Auftakt zur Ära Adenauer

Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949

Bearbeitet von Udo Wengst

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
im Auftr. d. Kommission für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien.
Düsseldorf: Droste
Reihe 4, Deutschland seit 1945 / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
Bd. 3.→ Wengst, Udo: Auftakt zur Ära Adenauer. – 1985
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]

Wengst, Udo:
Auftakt zur Ära Adenauer: Koalitionsverhandlungen u. Regierungsbildung 1949 /
bearb. von Udo Wengst.
[Hrsg. von d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien
sowie d. Archiv für Christl.-Demokrat. Politik d. Konrad-Adenauer-Stiftung].
Düsseldorf: Droste, 1985.
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien:
Reihe 4, Deutschland seit 1945; Bd. 3)
ISBN 3-7700-5126-2

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Bonn, wird institutionell gefördert durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Veröffentlichung im Rahmen der von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Schwerpunktforschung „Grundlegung und Festigung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland".

© 1985
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn

Verlag:
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1985

Gesamtherstellung:
Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt a. d. Aisch

ISBN 3-7700-5126-2

Quellen zur Geschichte

des Parlamentarismus und der politischen Parteien

VIERTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Vierte Reihe
Deutschland seit 1945

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 3

Auftakt zur Ära Adenauer
Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung
1949

herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Inhalt

Seite

Vorwort VII

Einleitung . . . . .

A. Der Forschungsstand IX

B. Die Quellen XIV

C. Die Akteure XIX

D. Die Handlung XXXVIII

Einrichtung der Edition . . . . .

A. Zur Edition LIII

B. Verzeichnis der Archivalien LVI

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur LVII

D. Verzeichnis der Abkürzungen LIX

E. Verzeichnis der Dokumente LXI

Dokumente 1

Register 457

Vorwort

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien hat bereits früher in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, Militärgeschichtliches Forschungsamt in Freiburg, Kommission für Zeitgeschichte in Bonn, Verein Deutscher Bibliothekare e.V. in Stuttgart) wissenschaftlich bedeutsame Veröffentlichungen aus dem Bereich ihres Forschungsprogramms herausgegeben. Diese Praxis wird mit dem vorliegenden Band fortgesetzt. Dadurch war es möglich, auch die Abfolge der – teilweise sehr umfangreichen – stenographischen Mitschriften der Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die für die Zeit vom 1. bis 17. September 1949 geschlossen vorliegen und im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin bei Bonn aufbewahrt werden, in die Edition aufzunehmen.

In diesen Sitzungen der soeben konstituierten größten Bundestagsfraktion bildete die Koalitions- und Regierungsbildung das zentrale Thema. Aufgrund dieser Quellen wie einer Reihe ergänzender Dokumente, die ebenfalls zum großen Teil aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik stammen, läßt sich der Verlauf des Entscheidungsprozesses, der zur Koalitions- und Regierungsbildung nach den ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 führte und damit die Ära Adenauer einleitete, nahezu lückenlos nachzeichnen.

Die wissenschaftliche Verantwortung für diese Edition liegt bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. In deren Namen danke ich dem Leiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Herrn Dr. Klaus Gotto, und seinen Mitarbeitern für reibungslose Zusammenarbeit und Unterstützung.

Bonn, Mai 1984

Prof. Dr. Rudolf Morsey
Präsident der Kommission für
Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Einleitung

Die Entscheidung des Bundestages am 15. September 1949, den CDU-Politiker Konrad *Adenauer* auf Vorschlag von Bundespräsident Theodor *Heuss* zum Bundeskanzler zu wählen, markiert den Beginn einer 14 Jahre dauernden Ära, die im nachhinein mit dem Namen des ersten Bundeskanzlers belegt wurde. Ihre Bedeutung für die Stabilisierung der 1949 noch ungefestigten und ihrer Zukunft ungewissen Demokratie kann nicht überschätzt werden. Das Interesse an der Frage, wie die Koalitions- und Regierungsbildung 1949 abgelaufen ist, die eine von der Union dominierte Bundesregierung hervorbrachte und der SPD die Oppositionsrolle zuwies, bezieht hieraus seine Begründung. Vorgegeben und ohne Alternative erscheint diese Entwicklung auch dem rückschauenden Betrachter keineswegs.

Zwar existierte seit dem Sommer 1947 im bizonalen Frankfurter Wirtschaftsrat eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP[1], doch in sieben von elf Ländern bildeten CDU und SPD gemeinsam eine Regierung, und kein einziges Land hatte eine Regierung aufzuweisen, die von einer Koalition nach dem Frankfurter Muster getragen wurde.[2] Auch das Wahlergebnis vom 14. August 1949 legte die Koalitions- und Regierungsbildung nicht von vornherein fest. Denn die Unionsparteien und die SPD gingen nahezu gleich stark aus der Wahl hervor[3], und alle möglichen Mehrheitsbildungen ohne die SPD waren zahlenmäßig relativ schwach ausgeprägt.

Die Frage nach der „richtigen" Koalitions- und Regierungsbildung war somit heftig umstritten, und die Diskussionen und Auseinandersetzungen hierüber haben die Führungsspitzen der Parteien für einige Wochen in Atem gehalten. Jahre später, als die Bedeutung dieser Entscheidung offen zutage lag, haben einige der Beteiligten ihre Erinnerungen an die damaligen Ereignisse der Öffentlichkeit preisgegeben, und auch in der historischen Forschung setzte ein intensives Bemühen ein, den Entscheidungsablauf aufzuhellen, der zum ersten Kabinett *Adenauer* führte.

A. Der Forschungsstand

Im Mittelpunkt der Erinnerungen fast aller Akteure innerhalb der Union, die an den damaligen Entscheidungen beteiligt waren und die später darüber berichteten, stand die Rhöndorfer Konferenz am 21. August 1949, zu der *Adenauer* einen größeren Kreis führender Unions-Politiker in sein Haus eingeladen hatte. Obwohl es sich hierbei um kein formelles Parteigremium handelte, schuf die von den in Rhöndorf anwesenden Politikern mehrheitlich vertretene Auffassung, eine Koalitionsregierung mit FDP und DP zu bilden und *Adenauer* als Kanzlerkandidat zu designieren, ein starkes Präjudiz für die weitere Entwicklung. Vor dem Hintergrund der folgenden Entscheidungen der mit der Koalitionsfrage befaßten Parteigremien, die schließlich – wenn auch nach heftigen Aus-

1 Vgl. Tilmann Pünder, Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949, Waiblingen 1966, S. 108–115; Ambrosius, S. 86–95.

2 Vgl. Potthoff/Wenzel, S. 49–84.

3 CDU und CSU = 31%; SPD = 29,2%, Datenhandbuch Bundestag, S. 34. Zur Wahlanalyse Falter.

einandersetzungen – zu einer Sanktionierung der Rhöndorfer Mehrheitsmeinung führten, kommt ihr in der Tat eine besondere Relevanz zu.

Der erste Teilnehmer, der seine Erinnerungen an das Rhöndorfer Treffen preisgab, war der *Adenauer* eng verbundene Bankier Robert *Pferdmenges*. In der „autorisierten Biographie" über Konrad *Adenauer* von Paul *Weymar* kam er 1955 ausführlich zu Wort.[4] Sein anekdotenhaft ausgeschmückter Bericht, in dem von einem starken Widerstand eines großen Teils der Anwesenden unter der (vermuteten) Führung von Peter *Altmeier* gegen die kleine Koalition die Rede war, der erst nach einem finessenreichen Taktieren *Adenauers* zusammengebrochen sei, hat tiefe Spuren hinterlassen. Selbst die 10 Jahre später erschienenen Memoiren *Adenauers*[5], in denen die Schilderung des Regierungsbildungsprozesses ansonsten sehr knapp ausfällt, übernahmen mit leichten Abweichungen[6] die Version von *Pferdmenges*, und bis heute findet sich auch in wissenschaftlichen Darstellungen von einigem Gewicht eine Übernahme dieses Berichtes.[7]

Die in den folgenden Jahren erschienenen Memoiren bzw. von *Dreher* veröffentlichten Befragungsergebnisse von Hermann *Pünder* (1968)[8], Günther *Gereke* (1970)[9], Peter *Altmeier*, Ludwig *Erhard*, Franz Josef *Strauß* und (ihre bisherigen Ausführungen ergänzend) nochmals Hermann *Pünder* (alle 1972)[10] und Franz Josef *Strauß*[11], zeichneten sich mit Ausnahme *Altmeiers* sämtlich durch die dem Historiker vertraute Neigung der Berichtenden aus, daß die eigene Rolle bei den damaligen Beratungen stark hervorgehoben und ihr eine besondere Bedeutung für ihr Ergebnis zugeschrieben wird. *Altmeier* seinerseits wehrte sich dagegen, daß er der Anführer jener Gruppierung gewesen sei, die für eine Koalition mit der SPD eingetreten ist. Dies war eine Korrektur an der *Pferdmenges/Adenauer*-Version, die nun auch – mit unterschiedlicher Akzentuierung – von *Erhard*, *Strauß* und *Pünder* bestätigt wurde. Als weiteres gemeinsames Kennzeichen ihrer Berichte ergab sich, daß von Beginn an eine Mehrheit der Anwesenden auf seiten *Adenauers* gestanden hatte, und sich die Befürworter eines Zusammengehens mit der SPD von Beginn an in der Minderheit sahen. Ein einigermaßen authentisches Bild vom Ablauf der Besprechungen ließ sich allerdings nach wie vor nicht gewinnen, da alle genannten Berichte „in den Einzelheiten weit voneinander" abweichen.[12] Übereinstimmung bestand nur insoweit, als der Anspruch *Adenauers* auf die Besetzung des Kanzler-

4 Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955 , S. 427–433.

5 Adenauer 1, S. 224–230.

6 Während es bei *Pferdmenges* noch hieß, er „glaube", daß *Altmeier* als Sprecher der Opposition aufgetreten sei (S. 428), konstatierte dies *Adenauer* (S. 227) als Tatsache. Vgl. Morsey, Weichenstellung, S. 510.

7 Vgl. z. B. Hüwel, S. 207, und Klotzbach, S. 189.

8 Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 408ff.

9 Günther Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (Ost) 1970, S. 360.

10 Alle Erinnerungen abgedruckt in: Klaus Dreher, Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht, Düsseldorf-Wien 1972, S. 351–360.

11 Franz Josef Strauß, Konrad Adenauer und sein Werk, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 90f. *Strauß* hat im folgenden diese seine Ausführungen wiederholt ergänzt. Zusammenstellung der Drucknachweise in: Morsey, Weichenstellung, S. 511.

12 Dreher (Anm. 10), S. 231.

amtes nach einem Vorschlag aus der Runde der Anwesenden unbestritten war und die Kandidatur von Theodor *Heuss* für das Amt des Bundespräsidenten – von *Adenauer* vorgeschlagen – Widerspruch hervorrief.

1964 und zu Beginn der achtziger Jahre erschienen Memoiren von CDU-Politikern, die – an der Rhöndorfer Konferenz nicht beteiligt – andere Aspekte der Regierungsbildung beschrieben. Linus *Kather* befaßte sich mit der Besetzung des Vertriebenenministeriums[13], Eugen *Gerstenmaier* und Anton *Storch* mit den Verhandlungen, die Mitte September 1949 der Berufung des letzteren zum Arbeitsminister vorausgingen.[14] Sie blieben damit auf zwei Einzelfragen beschränkt, deren Bedeutung im Gesamtkonzept der Koalitions- und Regierungsbildung im übrigen unbeleuchtet blieb.

Den insgesamt relativ zahlreichen Erinnerungen von CDU- und CSU-Politikern fehlt eine Entsprechung auf seiten der anderen Parteien. Keiner der damals beteiligten Politiker der FDP und DP hat Memoiren veröffentlicht, und aus der Führungsgruppe der SPD aus dem Jahre 1949 ist nur von Carlo *Schmid* ein Bericht über die damaligen Ereignisse gegeben worden. In dem umfangreichen Erinnerungsbuch von *Schmid* fallen die Partien über die Diskussionen innerhalb der SPD-Führung nach der Bundestagswahl knapp aus. Er verliert nur einige Sätze über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD in Bad Dürkheim am 29. und 30. August 1949, in der die Entscheidung zur Übernahme der Oppositionsrolle fiel. Hingegen nimmt die Darstellung der Rhöndorfer Konferenz, deren Verlauf *Schmid* nur aus Zeitungsmeldungen und vom Hörensagen bekannt war, in seinen Memoiren fast genausoviel Platz ein, wie die entscheidende Sitzung der SPD.[15]

Der Gewichtung in der Memoirenliteratur entsprach der Gang der Forschung. Wenn sich auch hier eine Konzentration auf die Darstellung der Haltung der Union feststellen läßt, so ist das aber nur zum Teil auf die größere Mitteilsamkeit von CDU- und CSU-Politikern zurückzuführen. Von größerer Bedeutung ist, daß die CDU/CSU und ihr erster Kanzler die ausschlaggebenden Faktoren innerhalb der werdenden Regierung und des sich konstituierenden Staates waren. Dies und die Tatsache, daß in keiner anderen Partei die Entscheidung für die bürgerliche Regierung ähnlich umstritten war wie in der Union, macht sie als Untersuchungsobjekt für den Historiker in dieser Phase besonders interessant.

Als schwierig erwies sich dabei von Anfang an die Quellenlage. Neben den veröffentlichten Erinnerungen und Befragungsergebnissen blieb in aller Regel nur der Rückgriff auf Zeitungsartikel. So hielt sich der Erkenntnisfortschritt der Arbeiten von *Heidenheimer* (1960)[16], *Alt* (1970)[17], *Dreher* (1972)[18], *Knorr* (1974)[19] und *Müchler* (1976)[20] in engen

13 Kather, S. 82–86.

14 Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981, S. 304f.; Storchs Erinnerungen in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 2, Boppard/Rh. 1983, S. 332f.

15 Carlo Schmid, Erinnerungen, Bonn u. a. 1979, S. 432–435.

16 Arnold J. Heidenheimer, Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party, Den Haag 1960, S. 178–187.

17 Alt, S. 72–146.

18 Dreher (Anm. 10), S. 229–254.

19 Heribert Knorr, Die Große Koalition in der parlamentarischen Diskussion der Bundesrepublik von 1949 bis 1965, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33 (1974), S. 24–28.

20 Günther Müchler, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 90–105.

Grenzen. Besonders für die Bücher von *Alt*, der wie *Knorr* auch die Vorgänge in den anderen Parteien einbezieht, und *Dreher* gilt, daß sie in ihren Darstellungsteilen wenig ergiebig sind und ihre alleinige Bedeutung darin liegt, daß einschlägige Zeitungsmeldungen und -artikel in Zitatform wiedergegeben werden bzw. Zeitzeugen selbst zu Wort kommen.

Über drei CDU-Politiker, die damals von Bedeutung waren, liegen Biographien vor, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. 1972 erschienen Publikationen über die beiden Bundesminister im ersten Kabinett *Adenauer*, Jakob *Kaiser* und Gustav *Heinemann*[21], 1980 eine Studie über Karl *Arnold*[22], in jenen Jahren Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Alle drei Biographen standen jedoch, was die Regierungsbildung von 1949 anbetrifft, vor einem Quellenproblem. Die Nachlässe *Kaiser* und *Heinemann* enthalten nur wenig diesbezügliches Material, und der Nachlaß *Arnold* blieb unzugänglich. *Kaisers* Biograph *Kosthorst* gelang es trotzdem durch eine systematische Auswertung des vorhandenen spärlichen Materials, die Überlegungen und Aktionen *Kaisers* im Zuge der Regierungsbildung in zufriedenstellender Weise herauszuarbeiten. In bezug auf *Kochs Heinemann*-Biographie muß hingegen festgestellt werden, daß die ohnehin nur marginale Rolle *Heinemanns* eindeutig aus der Perspektive des späteren Bruchs zwischen *Heinemann* und *Adenauer* beschrieben wird. *Arnolds* Biograph *Hüwel* stand vor der Schwierigkeit, *Arnolds* Einstellung und Initiativen beschreiben zu müssen, ohne über Primärquellen verfügen zu können, die über die Haltung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten in diesen Wochen Aufschluß geben.

Schlecht bestellt ist es mit wissenschaftlicher Literatur über FDP und DP in der Phase der Koalitions- und Regierungsbildung 1949. Es existiert keine Biographie über einen der damals führenden FDP-Politiker, die deren Beteiligung am Zustandekommen der Koalition nachzeichnet und interpretiert. Auch eine Untersuchung über die FDP als Partei, die Aufschlüsse über ihre Rolle in der Gründungsphase der Bundesrepublik geben könnte, liegt nicht vor.

Nur wenig besser steht es um die DP. Über ihren damaligen Vorsitzenden Heinrich *Hellwege* erschien 1977 eine kleine Biographie. Sein Part am Zustandekommen der Koalition von 1949 wird darin allerdings nur aufgrund von Erinnerungen *Hellweges* selbst und eines engen Mitarbeiters dargestellt, zu deren Ergänzung lediglich ein Briefwechsel *Adenauer-Hellwege* vom 14. September 1949 herangezogen wird.[23] Damit ist sie allerdings immer noch ausführlicher als die bereits 1965 veröffentlichte Geschichte der DP von Hermann *Meyn*, der seine Darstellung über die Beteiligung der DP an der Regierungsbildung lediglich auf den zuletzt genannten Briefwechsel gründet.[24]

Der Ablauf des Prozesses der Koalitions- und Regierungsbildung blieb nicht unbeeinflußt von den Entscheidungen, die die Parteiführung der SPD traf. Ihre Kenntnis und Einbeziehung ist daher zum Verständnis der Geschehnisse im Zuge der Regierungsbildung unverzichtbar. Die beiden Biographien über den seinerzeit maßgebenden SPD-Politiker, ihren Vorsitzenden Kurt *Schumacher*, von Fried *Wesemann* (1952) und Lewis

21 Kosthorst. Diether Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.

22 Hüwel.

23 Emil Ehrich, Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat, Hannover 1977, S. 75–80.

24 Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 23ff.

J. *Edinger* (1965), sind weitgehend unergiebig.[25] Beide beruhen fast nur auf persönlichen Erinnerungen Beteiligter – *Wesemann* konnte noch *Schumacher* selbst befragen – und veröffentlichtem Material. Etwas deutlicher umreißt Kurt *Klotzbach* in seiner SPD-Geschichte von 1982, die in den hier interessierenden Partien auf Protokollen der Sitzung des Parteivorstandes am 29./30. August 1949 und einer gemeinsamen Sitzung aller Führungsgremien am 6. September 1949 beruht, die in der SPD-Spitze vertretenen Positionen und die schließlich getroffenen Entscheidungen[26], ohne daß von einer erschöpfenden Auswertung dieser Quellen oder anderer Überlieferungen in den Beständen des Archivs der sozialen Demokratie die Rede sein kann.

Einen qualitativen Fortschritt in der Erforschung des Koalitions- und Regierungsbildungsprozesses erbrachten zwei Aufsätze von Rudolf *Morsey*. 1978 und 1980 veröffentlichte er zu wichtigen Vorbesprechungen innerhalb der Unionsführung erstmals aus der damaligen Zeit stammende Quellen.[27] Diese Dokumente – Aufzeichnungen über ein Gespräch zwischen *Adenauer* und *Ehard* am 20. August 1949 und über die Rhöndorfer Konferenz am folgenden Tage sowie einige Briefwechsel, die sich auf die zuletzt genannte Konferenz beziehen – ließen den Ablauf entscheidender Gespräche erkennen – nun nicht mehr gefiltert durch nachträgliche Erfahrungen und Sichtweisen der jeweils Beteiligten.

Neue Quellen, diesmal zur Schlußphase der Regierungsbildung, enthielten auch die 1980 veröffentlichten Blätter aus dem Tagebuch Herbert *Blankenhorns*[28], 1949 sicherlich einer der engsten Mitarbeiter *Adenauers*. Zwar weist das „Tagebuch" erhebliche Spuren späterer Überarbeitung auf, es muß aber in den hier interessierenden Eintragungen für den September 1949 – wie ein Vergleich mit anderen Quellen zeigt – als authentisch gelten. Allerdings setzen *Blankenhorns* Aufzeichnungen erst mit dem 7. September 1949 ein.

1981 erschien der zweite Band einer fünfbändigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter dem Titel „Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957". Der Autor dieses Werkes, Hans-Peter *Schwarz*, gibt hierin eine knappe Darstellung von *Adenauers* erster Koalitions- und Regierungsbildung. Ihre Grundlage bilden neben den oben erwähnten Memoiren, Monographien und Quellenveröffentlichungen die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und einige Stücke aus den Beständen der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.[29]

Eine Zusammenfassung und Erweiterung bot sodann 1984 ein Kapitel in einem Buch des Bearbeiters dieser Edition.[30] In wesentlichen Teilen ebenfalls auf Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestützt, liegen dieser Monographie zusätzliche Quellen auch anderer Provenienz zugrunde. So entstand eine ausführliche Darstellung des Ent-

25 Fried Wesemann, Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland, Frankfurt/M. 1952, S. 168ff.; Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, deutsche Übersetzung Köln/Opladen 1967, S. 296–299.

26 Klotzbach, S. 190f.

27 Morsey, Bildung, S. 430–434; Morsey, Weichenstellung, S. 513–538.

28 Blankenhorn, S. 53–62.

29 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik. 1949–1957, Stuttgart-Wiesbaden 1981, S. 27–42.

30 Wengst, S. 109–134.

scheidungsablaufes, die vor allem sämtliche Personalentscheidungen – vom Bundespräsidenten bis zu den einzelnen Ministern – auf sicherer Quellengrundlage abzuhandeln vermag.

B. Die Quellen

Während der Arbeit an der zuletzt genannten Studie entstand die Idee, die Koalitions- und Regierungsbildung im Sommer 1949 in einer eigenen Quellenedition zu belegen. Auslösendes Moment war die Existenz der Protokolle einer Sitzung der Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten, Minister und Landtagspräsidenten der CDU/CSU der drei Westzonen am 31. August 1949 und der Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zeitraum vom 1. bis 17. September 1949, die alle als stenographische Mitschriften vorliegen. Sie eröffnen dem Leser genauen Einblick in den Diskussions- und Entscheidungsablauf in diesen zentralen Parteigremien, kennzeichnen in aller Anschaulichkeit die verschiedenen Positionen, Überzeugungen und Argumente, und sie sind nicht zuletzt ein eindrückliches Zeugnis für den Führungsstil *Adenauers*, der in diesem relativ großen, erstmals zusammengetretenen Kreis, dessen Teilnehmer sich untereinander nur zum Teil kannten, seinen Anspruch auf letztendliche Entscheidungskompetenz erst noch durchsetzen mußte.

Da die Veröffentlichung der Protokolle im Rahmen einer Bestandsedition deswegen als undurchführbar ausschied, weil die Überlieferung der Sitzungsniederschriften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine größere Lücke aufweist[31], lag es nahe, sie in einem themengebundenen Zusammenhang zu edieren. Das ist deshalb ohne große Schwierigkeiten möglich, weil die Koalitions- und Regierungsbildung das zentrale Thema der Sitzungen in den ersten Septemberwochen 1949 war. Die zunächst erwogene Absicht, die nicht unmittelbar hierüber handelnden Partien vom Abdruck auszunehmen, wurde fallengelassen, weil auch die übrigen, hierin angesprochenen Themenkomplexe wie die Wahl des Fraktionsvorstandes und Organisationsfragen der Fraktion wie des Bundestages zumindest indirekt auch die Koalitionsbildung berühren.[32]

Neben den fraglichen Protokollen werden in dieser Edition alle Quellen veröffentlicht, die relevante Informationen zur Koalitions- und Regierungsbildung im August und September 1949 enthalten. Voraussetzung für einen Abdruck war, daß die zu berücksichtigenden Schriftstücke in dem hier interessierenden Zeitraum entstanden sind; nachträgliche, aus der Erinnerung gefertigte Aufzeichnungen, werden – bis auf eine Ausnahme[33] – nicht herangezogen. Um eine möglichst geschlossene Publikation aller bisher zugänglichen Quellen zu erreichen und damit auch eine annähernd vollständige Dokumentation des Handlungsablaufs sicherzustellen, sind auch diejenigen Aktenstücke nochmals abgedruckt, die Rudolf *Morsey* bereits 1978 und 1980 publiziert hat.[34]

---

31 Die Lücke besteht zwischen dem Februar 1950 (letztes vorhandenes Protokoll über die Sitzung vom 14. 2.) und dem Mai 1954 (erstes vorhandenes Protokoll über die Sitzung vom 18. 5.).

32 Die Protokolle sind abgedruckt unter den Nrn. 44, 50, 59, 61, 65, 68, 71, 74, 78 und 83.

33 Nr. 63.

34 Erscheinungsort Anm. 27. In die Edition aufgenommen unter den Nrn. 17a, 18, 19, 26, 27, 33, 34 und 41.

Parallele Überlieferungen zu den Protokollen der CDU/CSU-Fraktion auf der Ebene der anderen Fraktionen im ersten Deutschen Bundestag waren nicht zu finden oder erwiesen sich als weitgehend belanglos. Aufzeichnungen über die Sitzungen der FDP- und DP-Fraktion in diesen Wochen sind bisher nicht zum Vorschein gekommen[35], und die Protokolle der Sitzungen der SPD-Fraktion sind sehr dürftig und enthalten über die Koalitions- und Regierungsbildung so gut wie nichts.[36]

Besser bestellt ist es für die SPD und die FDP mit der Überlieferung der Diskussionen und Entscheidungen in ihren sonstigen Führungsgremien. Im Archiv der sozialen Demokratie fanden sich kurze Protokolle der Parteivorstandssitzung der SPD in Bad Dürkheim am 29. und 30. August 1949 und der gemeinsamen Sitzung aller Führungsgremien dieser Partei am 6. September 1949 in Köln.[37] Der Geschäftsführende Vorstand der FDP tagte in diesen Wochen nur einmal, und zwar am 4. September 1949 in Köln. Hierüber ist eine relativ knappe Aufzeichnung überliefert.[38] Die entscheidende Sitzung des Gesamtdirektoriums der DP fand am 23. August 1949 statt. Eine Aufzeichnung hierüber hat sich nach Auskunft Heinrich *Hellweges* früher in seinem Besitz befunden, gilt aber augenblicklich als verschollen.[39] Sie ist auch in anderen DP-Beständen[40] nicht gefunden worden. Allein die an diesem Tage verabschiedete Entschließung des Gesamtdirektoriums der DP ist überliefert.[41]

Da die Korrespondenz führender Politiker in den Koalitionsverhandlungen vom Sommer 1949 eine Rolle spielte und sie daher auch in diesem Fall zur Aufklärung der Zusammenhänge entscheidend beitragen kann, wurden entsprechende Stücke in die Edition aufgenommen. Dabei erwies sich der Briefwechsel *Adenauers* am ergiebigsten. Seine herausgehobene Position innerhalb der CDU als frühzeitig designierter Kanzler, der mit Nachdruck die Entwicklung in seinem Sinne voranzutreiben versuchte, ließ ihn zum bevorzugten Adressaten von kritischen Äußerungen, wohlmeinenden Ratschlägen und gruppenspezifischen Ansprüchen aus Kreisen der CDU werden. Der größte Teil der 16 in der Edition abgedruckten Briefe an *Adenauer* stammt von diesem Absenderkreis.[42] Die 11 in die Dokumentensammlung aufgenommenen Briefe von *Adenauer* sind in ihrer Mehrzahl Antwortbriefe hierauf.[43] Aus diesem Rahmen fallen lediglich einige Schreiben, die *Adenauer* als Parteivorsitzender der CDU in der britischen Zone oder als Bundes-

35 Es ist unsicher, ob die Sitzungen dieser beiden Fraktionen überhaupt von Anfang an protokolliert worden sind. Das erste im ADL, FDP-Akten 1839, überlieferte Protokoll einer FDP-Fraktionssitzung trägt das Datum vom 21. 9. 1949 und wird als 4. Protokoll bezeichnet. Demnach dürfte es über drei vorausgegangene Fraktionssitzungen Protokolle gegeben haben. Diese Protokolle befinden sich laut Auskunft des Persönlichen Referenten des FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzenden vom 4. 7. 1983 auch nicht in der noch im Besitz der FDP-Fraktion befindlichen Originalserie der Sitzungsniederschriften.

36 Einsichtnahme der Protokolle konnte dank der Genehmigung durch den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Gerhard *Jahn*, vom 23. 2. 1982 erfolgen.

37 Nrn. 42 und 62.

38 Nr. 58.

39 Mündliche Mitteilung am 23. 9. 1983.

40 Nachlässe Kalinke und v. Merkatz im ACDP.

41 Nr. 29.

42 Nrn. 19, 20, 21, 26, 30, 39, 40, 48, 52, 53, 56, 66 und 70.

43 Nrn. 33, 34, 35, 36, 46 und 47.

kanzler an andere Parteivorsitzende bzw. den Bundespräsidenten richtete.[44] Ergänzende Briefwechsel von anderen Unionspolitikern, an denen *Adenauer* nicht beteiligt war, fanden sich in den Nachlässen von Anton *Pfeiffer* und Fritz *Schäffer* und den Materialien von Gebhard *Müller*.[45] Parteiübergreifende Korrespondenz führte neben *Adenauer* in der Union anscheinend nur noch Fritz *Schäffer*.[46]

Eine auch nur annähernd so dichte, die Koalitionsbildung in ihren verschiedenen Facetten beleuchtende Korrespondenz von Politikern der anderen Parteien ist nicht überliefert. Relativ günstig stellt sich die Lage noch für die FDP dar. Hier ist besonders der Briefwechsel zwischen *Heuss* und *Blücher* in den 14 Tagen nach der Bundestagswahl hervorzuheben, der nicht nur die Überlegungen der beiden Politiker zur weiteren politischen Entwicklung belegt, sondern auch Einblick in die rastlose Tätigkeit *Blüchers* gewährt, der binnen kurzer Frist die Landesvorsitzenden seiner Partei auf seinen koalitionspolitischen Kurs festlegte.[47] Briefe von *Höpker Aschoff* an *Heuss* und von Karl *Atzenroth* und Hans *Wellhausen* an *Blücher* sowie dessen Antwortschreiben runden das Bild über die FDP in dieser Phase ab.[48] Kaum weniger bedeutend als der Schriftwechsel *Blücher-Heuss* sind die Briefe, die Eberhard *Wildermuth* ab dem 12. September 1949 in kurzen Abständen an seine Frau sandte.[49] Obgleich sie nur kurz sind, eröffnen sie in Verbindung mit den Notizen in seinem Tagebuch[50] und den Berichten von *Adenauer* und *Schäffer* vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wenigstens einen gewissen Einblick in die Vorgänge innerhalb der FDP in der Schlußphase der Regierungsbildung.

Für die DP ist außer dem bereits erwähnten Briefwechsel zwischen *Adenauer* und *Hellwege* vom 14. September 1949[51] nur noch ein Brief *Hellweges* an *Adenauer* vom 20. September 1949 zu nennen[52], der die abschließende Stellungnahme des DP-Vorsitzenden zur Regierungsbildung enthält. Interna der DP bleiben im dunkeln.

In dieser Hinsicht enttäuschend ist ebenfalls die Korrespondenz der Mitglieder des SPD-Vorstandes. Nur zwei Briefe lohnen einen Abdruck.[53]

Zur Abrundung des Bildes, das Sitzungsprotokolle und Korrespondenz von den Absichten und Aktionen der Politiker an der Spitze der Parteien vermitteln, wurden öffentliche Auftritte und Presseerklärungen einbezogen. Auch hier ist die Quellenlage wieder am besten für *Adenauer*, der am 23. August 1949 und erneut am 1. September 1949 eine Pressekonferenz abhielt, von denen stenographische Mitschriften angefertigt wurden.[54]

---

44 Nrn. 3, 38, 73, 84 und 85. Hiermit korrespondieren die Briefe an Adenauer unter den Nrn. 57, 72 und 87.

45 Nrn. 8, 9, 27, 41, 54, 79 und 80.

46 Nr. 13.

47 Nrn. 1, 2, 7 und 22.

48 Nrn. 4, 23, 28 und 49.

49 Nrn. 69, 76, 77, 81, 82 und 88.

50 Hinweise darauf zumeist in den Anmerkungen. Eintrag vom 19. 9. abgedruckt unter Nr. 86.

51 Nrn. 72 und 73.

52 Nr. 87.

53 Nrn. 14 und 32.

54 Nrn. 25 und 51.

Am 31. August 1949 stellte sich Kurt *Schumacher* den Fragen der Journalisten. Der Verlauf dieses Gesprächs ergibt sich aus einer längeren Aufzeichnung, die für *Adenauer* erstellt worden ist.[55] Ergänzung finden diese drei Dokumente durch die ersten öffentlichen Stellungnahmen von *Adenauer* und dem SPD-Parteivorstand zum Ergebnis der Bundestagswahl vom 15. August 1949[56] und zwei Presseerklärungen des CSU-Vorsitzenden Hans *Ehard*, die er zu Beginn der offiziellen Koalitionsverhandlungen und an ihrem Krisenpunkt abgab.[57] Die nur spärlich überlieferten Äußerungen des FDP-Vorsitzenden *Heuss* und des DP-Vorsitzenden *Hellwege* sind ebenso in den Anmerkungen nachgewiesen wie die Stellungnahmen, die von einer ganzen Reihe von CDU- und SPD-Politikern abgegeben wurden.

Die Stimmung in den einzelnen Landesverbänden der Parteien läßt sich nur punktuell dokumentieren. Innerhalb der SPD belegen zwei Berichte Willy *Brandts* die Auffassungen und die Überlegungen in Berliner Parteikreisen in den Tagen nach der Wahl.[58] Für die auch im September noch andauernde Diskussion in der CDU über den Kurs *Adenauers* und den daraus möglicherweise erwachsenden Problemen steht ein Protokoll der Landeskonferenz der CDU Hessens.[59]

Einen Einblick in die sogleich nach dem Wahltag brodelnde Gerüchteküche und die Überlegungen einzelner Politiker über die Zusammensetzung der Bundesregierung und ihre Kommentierung unter bayerischen Gesichtspunkten und Interessen vermitteln die Berichte des bayerischen Bevollmächtigten beim Wirtschaftsrat in Frankfurt, Johannes *von Elmenau*.[60] *von Elmenau* hat außerdem auch das wichtige Gespräch zwischen *Adenauer* und *Ehard* am 20. August 1949 zu Papier gebracht und damit zusammen mit Gebhard *Müller*, dem Verfasser einer Aufzeichnung der Rhöndorfer Konferenz, dafür gesorgt, daß diese beiden inoffiziellen, in ihrer Wirkung nichtsdestoweniger kaum zu überschätzenden Besprechungen in ihren wesentlichen Zügen festgehalten blieben und durch die vor einiger Zeit vorgenommene Veröffentlichung dieser Dokumente einem weiteren Kreis bekannt wurden.[61] Zu der Besprechung zwischen *Adenauer* und *Ehard* ist in vorliegender Edition außerdem noch ein ergänzender Bericht abgedruckt, den die Ehefrau des bayerischen Ministerpräsidenten in ihrem Tagebuch aufgezeichnet hat.[62]

Im Gegensatz hierzu blieben die näheren Umstände und der Verlauf anderer Besprechungen, deren Bedeutung ebenfalls nicht gering zu veranschlagen ist, bisher weitgehend unbekannt. Dies gilt für die Tagung des Ellwanger Kreises am 19. und 20. August 1949, für die Sitzung der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 23. August 1949 und schließlich für die Vorbesprechungen der Ministerpräsidenten am Nachmittag und Abend des 6. September 1949 in Unkel.

---

55 Nr. 45.

56 Nrn. 5 und 6.

57 Nrn. 43 und 64.

58 Nrn. 12 und 24.

59 Nr. 55.

60 Nrn. 11, 15, 31 und 37.

61 Nrn. 17a und 18.

62 Nr. 17b. Herr Prof. *Morsey* hat mir diesen Bericht zur Kenntnis gebracht, Frau Dr. Sieglinde *Ehard* (München) seine Veröffentlichung gestattet. Dafür sei beiden gedankt.

Anhand einiger Unterlagen aus dem Nachlaß Anton *Pfeiffer* können die Vorbereitungen des Ellwanger Treffens, der Kreis der Eingeladenen und die mit der Zusammenkunft verbundenen Absichten belegt werden.[63] Im Nachlaß Karl *Schwend* fanden sich sodann recht umfangreiche stenographische Notizen, die sich *Schwend* während des Treffens, über das kein offizielles Protokoll angefertigt wurde, gemacht hat. *Schwend* hat diese Notizen, die in der heute ungebräuchlichen Gabelsberger Schrift abgefaßt sind, selbst nicht in Langschrift übertragen, so daß ihre – nicht ganz vollständige – Entschlüsselung nur mit Hilfe eines ehemaligen Parlamentsstenographen möglich war.[64]

Als weitgehend ergebnislos erwiesen sich dagegen alle Recherchen nach Mitschriften, Aufzeichnungen, Vermerken oder auch Briefen, in denen auf die Sitzung der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag am 23. August eingegangen wird. Bisher konnten lediglich ein knapper Tagebucheintrag eines Fraktionsmitgliedes und Hinweise auf den Inhalt der im Verlauf der Sitzung verabschiedeten Entschließung ermittelt werden.[64a] Der Stellenwert dieser Sitzung für die Koalitions- und Regierungsbildung ergibt sich daraus, daß hierin *Adenauers* Kurs sanktioniert worden ist, obgleich sein Gegenspieler, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl *Arnold*, anwesend war.

Im Unterschied hierzu können im Rahmen dieser Edition bisher unbekannte Quellen veröffentlicht werden, die die Besprechungen der Ministerpräsidenten am 6. September in Unkel belegen, in deren Verlauf die Entscheidung fiel, nicht Hans *Ehard*, sondern Karl *Arnold* zum ersten Präsidenten des Bundesrates zu wählen. Anzeichen für eine solche Entwicklung sind bereits in einem Protokoll des Ministerrats von Württemberg-Baden am 5. September 1949 auszumachen.[65] Dieses Dokument dient damit zur Ergänzung der Hinweise im Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. September 1949.[66] Eine ausführliche Stellungnahme zum Ablauf der Gespräche der Ministerpräsidenten enthält ein Brief von Edmund *Kaufmann*, der in Unkel anwesend war, an Theodor *Blank* vom 9. September 1949.[67] Auf Anregung von Staats- und Bundesverfassungsgerichtspräsident a. D. Prof. Dr. Gebhard *Müller* erfolgte sodann eine Durchsicht der Bestände der Staatskanzlei von Württemberg-Hohenzollern im Staatsarchiv Sigmaringen. Diese Nachforschungen förderten eine Aufzeichnung *Müllers* über diese Besprechungen zutage, die allerdings erst im November 1949 angefertigt worden ist. Noch in der Prüfungsphase, ob dieses Dokument dennoch abzudrucken sei, trafen Informationen ein, nach denen Hans *Ehard* vor der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag am 14. September 1949 über die Vorgänge vom 6. September in Unkel berichtet hat. Bemühungen, eine Kopie des Protokolls dieser Sitzung zu erhalten, scheiterten indessen, da es nach Angaben aus der CSU-Fraktion nicht mehr auffindbar ist.[68] Peter Jakob *Kock*, der das Protokoll vor einigen Jahren eingesehen hat, stellte dankenswerter-

63 Davon sind zwei Dokumente abgedruckt, Nrn. 8 und 9. Weitere Informationen aus diesen Papieren in den Anmerkungen hierzu.

64 Nr. 16.

64a Vgl. Nr. 25, Anm. 7a und 8.

65 Nr. 60.

66 Nr. 61.

67 Nr. 67.

68 Laut Schreiben des Geschäftsführers der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag vom 30. 12. 1983 und 2. 2. 1984.

weise eine Abschrift der betreffenden Passage zur Verfügung. Ein Vergleich mit *Müllers* Aufzeichnung ergab weitgehende Übereinstimmung bei der Tatbestandsbeschreibung, so daß die Entscheidung für einen Abdruck der Aufzeichnung *Müllers* fiel.[69] *Ehards* Ausführungen werden nach der Abschrift *Kocks* in einer Anmerkung wiedergegeben.[70]

Weder über die vorbereitenden Zweiertreffen, in denen die Parteivorsitzenden von CDU (britische Zone), FDP und DP seit Mitte August untereinander Kontakt hielten, noch über die offiziellen Koalitionsverhandlungen und auch nicht über die Sondierungsgespräche, die *Adenauer* mit einzelnen Ministerkandidaten führte, sind – bis auf eine Ausnahme – Aufzeichnungen oder Vermerke der Beteiligten bisher bekanntgeworden. Nur die Aussprache, die *Adenauer* am 15. September 1949 mit *Heinemann* führte, hat letzterer in einer Niederschrift festgehalten.[71]

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß auch nach dem Erscheinen dieser Edition Quellenfunde zu deren Thematik gemacht werden. Zu erwarten ist dies bei einer Durchsicht der einschlägigen Akten der alliierten Militärverwaltungen, die für diese Publikation nicht herangezogen wurden. Allerdings zeigt ein zusammenfassender Bericht des britischen Hochkommissars Brian *Robertson* über den Verlauf der Koalitions- und Regierungsbildung, den er am 5. Oktober 1949 an Premierminister *Attlee* sandte, daß die britischen Stellen in der Bundesrepublik über wesentliche Einzelheiten und Zusammenhänge nur unvollständig informiert waren. Es hat den Anschein, als ob der Bericht fast ausschließlich aufgrund von Zeitungsmeldungen gefertigt wurde.[72] Im Hinblick hierauf und auf die große Dichte, in der die Koalitions- und Regierungsbildung nach der ersten Bundestagswahl in dieser Edition belegt ist, erscheint das Urteil gerechtfertigt, daß überraschende Quellenfunde nicht mehr ins Haus stehen dürften.

C. Die Akteure

Im Zentrum der Ereignisse im August und September 1949 in Bonn stand Konrad *Adenauer*. Innerhalb der Union und bei den führenden Politikern der späteren Koalitionspartner FDP und DP wie auch der SPD gab es keinen Zweifel daran, daß die anstehenden Entscheidungen nicht ohne *Adenauers* maßgebliche Beteiligung fallen konnten, und *Adenauer* selbst zögerte keinen Augenblick, im Spätsommer 1949 die Führung in die Hand zu nehmen. Die Voraussetzungen hierfür waren, wie sich nun herausstellte, gut.

Der damals bereits 73jährige hatte schon in der Weimarer Republik zur ersten Garnitur der Zentrumspolitiker gehört. Als langjähriger Kölner Oberbürgermeister (1917–1933) und Präsident des Preußischen Staatsrates (1921–1933) stand er in herausgehobenen Positionen, hielt aber zugleich Distanz zur „Reichspolitik". Damit zählte er nicht zu den Politikern, deren Versagen mit dem Scheitern der Weimarer Republik in Zusammenhang gebracht werden konnte. Die Machthaber des Dritten Reiches entfernten *Adenauer* aus

69 Nr. 63.

70 Nr. 63, Anm. 4.

71 Nr. 75.

72 Ich habe Herrn Dr. Ulrich *Reusch* (Würzburg) dafür zu danken, daß er mir diesen Bericht zur Kenntnis gebracht hat.

beiden Ämtern, der sich daraufhin in die private Sphäre zurückzog. Obgleich er zu Widerstandskreisen Abstand hielt, wurde er nach dem Attentatsversuch auf *Hitler* vom 20. Juli 1944 in ein Konzentrationslager eingeliefert und anschließend im Gestapogefängnis Brauweiler festgesetzt, aus dem er Ende November 1944 wieder entlassen wurde. Nach dem Zusammenbruch holte ihn die amerikanische Militärregierung in das Kölner Oberbürgermeisteramt zurück. Im Oktober 1945 wurde er vom britischen Befehlshaber der Nord-Rheinprovinz, Brigadier *Barraclough*, der seit Juni 1945 für Köln zuständig war, aus dem Oberbürgermeisteramt entlassen. *Barraclough* schuf damit die Voraussetzung für den unaufhaltsamen Aufstieg des rheinischen Politikers in den Jahren bis 1949.

Adenauer, nun frei von allen Amtspflichten, widmete sich fortan der Arbeit in der CDU und übernahm hier innerhalb kurzer Zeit wichtige Führungsfunktionen. Im Februar 1946 wurde er Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland und einen Monat später zugleich auch 1. Vorsitzender des Zonenverbandes für die britische Zone, bis zur Gründung der Bundes-CDU im Oktober 1950 die wichtigste Parteigliederung der CDU. Ab Februar 1946 nahm er eines der beiden Mandate für CDU-Vertreter im Hamburger Zonenbeirat wahr, im Oktober 1946 wurde er zum Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen ernannt, wo er sogleich zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewählt wurde, und im Februar 1947 trat *Adenauer* an die Spitze der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Als am 31. August 1948 die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates zusammentrat, wählte sie *Adenauer* auch zum Vorsitzenden dieses Gremiums, ein Amt, das *Adenauer* aber am 1. September wieder aufgab, als ihn der Parlamentarische Rat zu seinem Präsidenten bestimmte.[73]

Hiermit schuf sich *Adenauer* erstmals eine institutionelle Basis außerhalb der eigenen Partei, die das ganze Gebiet der westlichen Zonen umfaßte. Innerhalb kurzer Zeit überspielte er von hier aus die Ministerpräsidenten, verdrängte sie aus ihrer bevorzugten Stellung als Ansprechpartner der Alliierten und übernahm nun selbst – nach einer treffenden Formulierung von Theodor *Heuss* – „die Rolle des Sprechers der werdenden Bundesrepublik gegenüber den westlichen Mächten".[74]

Adenauers Einfluß innerhalb der CDU war infolge der Ämterfülle, die er auf seine Person vereinigt hatte, beträchtlich, sein Ansehen auch außerhalb der Partei aufgrund seiner erfolgreichen Amtsführung als Präsident des Parlamentarischen Rates ständig im Wachsen begriffen, so daß seit dem Ausgang des Jahres 1948 allseits damit gerechnet wurde, daß *Adenauer* eine herausgehobene Position im Regierungssystem der Bundesrepublik übernehmen werde. Dabei dachte die Mehrzahl der politischen Beobachter und möglicherweise *Adenauer* anfangs auch selbst an das Amt des Bundespräsidenten – hierfür schien nicht zuletzt *Adenauers* hohes Alter zu sprechen. Es läßt sich nicht eindeutig sagen, zu welchem Zeitpunkt *Adenauer* dann aber begann, das Amt des Bundeskanzlers anzuvisieren. Einige Hinweise deuten darauf hin, daß dies bereits frühzeitig, schon zum Jahresende 1948 der Fall war. Seit dem Frühjahr 1949 bestand jedenfalls kaum noch ein Zweifel, daß *Adenauer* zielstrebig darauf hinarbeitete, eine Regierung unter Ausschluß der SPD und unter seiner Führung zu bilden. Damit traf *Adenauer* nicht nur

73 Vgl. Rudolf Morsey, Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945–1949, in: ders. und Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien I, Mainz 1971, S. 20–57.

74 Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 364.

– wie der Prozeß der Koalitions- und Regierungsbildung später zeigte – auf eine vorherrschende entsprechende Disposition innerhalb der eigenen Partei, sondern er fand auch die Unterstützung wichtiger Unionspolitiker, die *Adenauer* geschickt in sein Konzept einzubinden vermochte.[75]

Hier ist zunächst Jakob *Kaiser* zu nennen, von Dezember 1945 bis zu seiner Ablösung durch die Sowjetische Militäradministration zwei Jahre später 1. Vorsitzender der CDU Berlins und der sowjetisch besetzten Zone. *Kaiser*, 1888 in Hammelburg (Franken) geboren, von 1924 bis 1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften für Rheinland und Westfalen und seit 1928 Mitglied des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei, im Dritten Reich verfolgt, zählte in den Jahren, als er an der Spitze der Berliner CDU stand, zu den Politikern, die nachdrücklich Anspruch auf die Führung der gesamten Union erhoben und dessen Beziehungen zu *Adenauer* durch eine starke Rivalität geprägt waren. Vor allem *Kaisers* Scheitern in Berlin nahm ihm jedoch jede Chance, *Adenauer* überspielen zu können. So besaß *Kaiser*, wie sein Biograph Erich *Kosthorst* berichtet, im Jahre 1949 „für sich selbst keine unmittelbaren Führungsambitionen mehr. [. . .] *Adenauers* Führungsanspruch, einmal anerkannt, galt ihm trotz aller wiederkehrenden Diskrepanzen schließlich doch als unantastbar."[76]

Adenauer war dies sicherlich nicht verborgen geblieben, und *Kaiser*, der seit Mai 1949 an der Spitze der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse" der CDU stand und daher immer noch ein erhebliches Gewicht innerhalb der Union besaß, war somit der gegebene Mann für *Adenauer*, mit dem auch der linke Flügel der CDU, der *Adenauer* kritisch gegenüberstand und eine Zusammenarbeit mit der SPD befürwortete, für seinen Kurs gewonnen werden konnte.

So erhielt *Kaiser* schon frühzeitig *Adenauers* Zusage für die Einrichtung eines Ostministeriums, das *Kaiser* leiten sollte.[77] Seine im August 1949 noch deutlich von *Adenauer* abweichende Auffassung über die Einbindung der SPD in die Koalitionsbildung durch die Überlassung des Bundespräsidentenamtes an die Sozialdemokraten wurde von *Adenauer* zwar entschieden in der Sache, aber freundlich im Ton zurückgewiesen – sie erledigte sich dann durch *Schumacher* von selbst. Schließlich wählte die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag am 1. September 1949 *Kaiser* unter tatkräftiger Mithilfe *Adenauers* zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, ein Amt, das *Kaiser* in starkem Maße in die Koalitionsverhandlungen einbezog und ihn endgültig auf *Adenauers* Kurs brachte.[78]

---

75 Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über *Adenauer* ist ein Desiderat der Forschung. Neueste biographische Skizze von Rudolf Morsey in: Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hrsg.), Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik. Politische Porträts, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 14–26.

76 Kosthorst, S. 66.

77 Die Errichtung eines solchen Ministeriums hatte *Kaiser* erstmals am 5. Juli 1949 verlangt. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 254. *Adenauers* Zustimmung erfolgte noch während des Wahlkampfes. Kosthorst, S. 81. *Kaiser* galt bereits am 20. August 1949 als einziger Anwärter für die Leitung dieses Ministeriums. Vgl. Nr. 17a.

78 Über *Kaiser* liegt eine vierbändige Biographie vor. Bd. 1: Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart ^{2}1970. Bd. 2: Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart ^{2}1970. Bd. 3: Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969. Bd. 4: Kosthorst.

Eine nicht so wichtige, dennoch vergleichbare Rolle wie *Kaiser* spielte in *Adenauers* Konzept Erich *Köhler*, stellvertretender Vorsitzender der von Werner *Hilpert* geführten CDU Hessens und Präsident des Frankfurter Wirtschaftsrates. *Köhler*, 1892 in Erfurt in Thüringen geboren, in der Weimarer Republik Mitglied der DVP, ohne jedoch politisch hervorgetreten zu sein, hatte als Ehemann einer Jüdin 1933 seine Anstellung verloren, war anschließend sechs Jahre arbeitslos geblieben und hat sich danach als Versicherungsagent bis Kriegsende durchgeschlagen. Mit der Gründung der hessischen CDU im November 1945 rückte er ins politische Rampenlicht. Im Beratenden Landesausschuß für Groß-Hessen, in der Verfassungsberatenden Landesversammlung für Groß-Hessen und im ersten gewählten hessischen Landtag stand er jeweils an der Spitze der CDU-Fraktion und qualifizierte sich in dieser Eigenschaft für das Präsidentenamt des Wirtschaftsrates, in das er im Juni 1947 gewählt wurde.

Adenauer setzte sich schon frühzeitig für die Wahl *Köhlers* zum Bundestagspräsidenten ein und gewann damit die rückhaltlose Unterstützung dieses Politikers für seine koalitionspolitischen Pläne.[79] Der Vorstand der hessischen CDU, der gegenüber *Adenauer* auch wegen dessen Eintreten für Bonn als Bundeshauptstadt bisher eher kritisch eingestellt war und zu einer Bundesregierung unter Einbeziehung der SPD – wie in Wiesbaden – tendierte, war damit gespalten und die Opposition von seiten dieses Landesverbandes deshalb um einiges geschwächt.

Köhler unterstützte *Adenauers* Kurs jedoch nicht nur wegen der damit verbundenen Erwartungen für die eigene politische Karriere, hinzu kam die Prägung durch den Frankfurter Wirtschaftsrat. Seine Mitglieder standen in der CDU/CSU nahezu geschlossen für die Fortsetzung der dortigen Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP.[80] Die Unterstützung für die von *Adenauer* angestrebte Regierungszusammensetzung ergab sich damit von selbst, und sie erschwerte die Opposition gegen den Führungsanspruch *Adenauers*, an deren Spitze – wie noch zu zeigen ist – innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat deren Vorsitzender Friedrich *Holzapfel* stand.

Wichtigster Helfer aus dem Frankfurter Kreis war für *Adenauer* der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig *Erhard*. Damals noch nicht einmal CDU-Mitglied hatte sich *Erhard* dennoch entschlossen, für die CDU in der Bundestagswahl 1949 zu kandidieren. Der Wahlerfolg der CDU wurde mehrheitlich als Folge der von der CDU nachhaltig unterstützten Wirtschaftspolitik *Erhards* in Frankfurt interpretiert. Im koalitionspolitischen Kalkül *Adenauers*, dessen Hauptargument gegen eine Einbeziehung der SPD deren Ablehnung der sozialen Marktwirtschaft war, stand daher die Besetzung des Wirtschaftsministeriums mit dem 52jährigen Ludwig *Erhard*, dessen politische Karriere 1945 mit der Übernahme des bayerischen Wirtschaftsministeriums begonnen hatte, außerhalb jeder Diskussion. *Erhard* hat in den Sitzungen der CDU/CSU-Gremien, in denen über die Koalitionsbildung debattiert und entschieden wurde, das Wort nur selten

79 Über Erich *Köhler*, der von seinem Amt als Bundestagspräsident bereits am 13. 10. 1950 zurücktrat, als Abgeordneter dem 1. und 2. Bundestag angehörte und am 23. 10. 1958 verstarb, existiert nicht einmal eine biographische Skizze. Zu seiner Tätigkeit als Bundestagspräsident die knappen Hinweise in Wengst, S. 203f.

80 Lediglich der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans *Schlange-Schöningen*, war Anhänger einer großen Koalition. In den Sitzungen, in denen die wesentlichen Entscheidungen innerhalb der CDU/CSU fielen, hielt er sich jedoch betont zurück, da er hoffte, Bundespräsident zu werden. S. u.

ergriffen. Seine Beiträge zeichneten sich jedoch stets dadurch aus, daß sie in wichtigen Momenten abgegeben wurden, *Adenauers* Position nachdrücklich unterstützten und in ihrer klaren und eindringlichen Argumentation zu überzeugen vermochten.[81]

Ein ähnliches Urteil kann über die Landesvorsitzenden der CDU von Schleswig-Holstein, Carl *Schröter*, und – mit gewissen Abstrichen – von Hamburg, Hugo *Scharnberg*, abgegeben werden. Beide waren entschiedene Gegner einer großen Koalition, und sie haben dies auch in den wichtigen Sitzungen am 21. August in Rhöndorf und am 31. August in Bonn zum Ausdruck gebracht.

Dabei hatte das Votum von Carl *Schröter*, der sich von Anfang an für die Einbeziehung der DP in die Koalition stark machte, einiges Gewicht. Der 1887 geborene Politiker, von 1918 bis 1933 Mitglied der DVP, als deren Spitzenkandidat er den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein im Jahr 1924 bestritt, führte seit 1946 den Landesverband der CDU in Schleswig-Holstein an. Er war Oppositionsführer im Landtag, hatte dem (zweiten) Zonenbeirat und dem Parlamentarischen Rat angehört und zählte 1949 zu den Männern, die innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als ministrabel galten.[82]

Nicht ganz so bedeutend war Hugo *Scharnberg*, Jahrgang 1893, ein Hamburger Bankier. Er hatte 1945 der Hamburger Bürgerschaft als Parteiloser angehört, war 1946 in die CDU eingetreten und im Mai 1948 zu deren Vorsitzenden in Hamburg gewählt worden.

Die von *Adenauer* intendierte Koalitionsbildung stand und fiel mit der Haltung der CSU, und der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone hat daher mit dem Vorsitzenden der CSU schon vor dem Wahltag einen Gesprächstermin vereinbart, um so früh wie möglich dessen Unterstützung für eine Regierung unter Ausschluß der SPD zu erlangen. CSU-Vorsitzender war seit dem 28. Mai 1949 Hans *Ehard*, auf den die Wahl deshalb gefallen war, weil man ihm die Integrationsfähigkeit zutraute, die durch Flügelkämpfe zerstrittene CSU vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren.[83]

Hans *Ehard*, 1887 in Bamberg geboren, hatte bis 1945 eine Karriere im bayerischen Justizdienst hinter sich gebracht. 1919: Staatsanwalt, 1931: Ministerialrat im Justizministerium, 1933: Senatspräsident am Oberlandesgericht München. Im Mai 1945 wurde *Ehard*, der bis 1933 der BVP angehörte, ohne allerdings politisch hervorgetreten zu sein, von der Militärregierung als Staatssekretär in das bayerische Justizministerium eingesetzt. Seinen Start als Politiker erlebte *Ehard* 1946, als er zu Beginn des Jahres in den Vorbereitenden Verfassungsausschuß für Bayern berufen und einige Monate später in die bayerische Verfassunggebende Landesversammlung gewählt wurde. Am 21. Dezember 1946 erfolgte dann die als Sensation gewertete Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten, und in diesem Amt ist *Ehard* rasch auch über die Grenzen Bayerns hinaus

81 Auch über Ludwig *Erhard*, nach *Adenauer* sicherlich der Politiker, dessen Wirken in den fünfziger und sechziger Jahren die tiefsten Spuren in der Bundesrepublik hinterlassen hat, fehlt eine aus den Quellen gearbeitete Biographie. Am zuverlässigsten bisher Jess M. Lukomski, Ludwig Erhard – Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf 1965. Neuester biographischer Abriß von Dirk Berg-Schlosser in: Bernecker/Dotterweich (Anm. 75), S. 113–122.

82 Hinweis auf *Schröters* Kandidatur für das Amt des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft in: Martin Schumacher, Agrarpolitische Weichenstellungen 1945/50. Karl Müller, ein rheinischer Agrarier im Bannkreis Konrad Adenauers, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Wuppertal 1984, S. 275. *Schröter* verstarb am 25. 2. 1952.

83 Vgl. Mintzel, S. 234–247.

bekannt geworden. Dies rührte nicht zuletzt daher, daß *Ehard* von Beginn an eine gewichtige Rolle im Kreise der deutschen Ministerpräsidenten spielte, wie erstmals die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947 offenbarte, die auf Initiative *Ehards* zustande gekommen war.[84]

In den Wochen nach der Bundestagswahl 1949 befand sich *Ehard* in keiner beneidenswerten Situation, denn der Stimmenanteil der CSU, der in den Landtagswahlen im Dezember 1946 noch 52,3 % betragen hatte, war auf 29,1 % zurückgegangen, und in der Bayernpartei, die am 14. August in Bayern 20,9 % der Stimmen erhalten hatte, war ihr ein äußerst unangenehmer Konkurrent entstanden. Eine mögliche Auflösung des bayerischen Landtages und die damit verbundene Gefahr, das Ministerpräsidentenamt zu verlieren, belasteten *Ehard* ebenso wie die Tatsache, daß der Einfluß der CSU auf die Politik der Union infolge der nun deutlich zu Gunsten der CDU veränderten Stärkeverhältnisse schwinden würde. Hinzu kam als weiteres gravierendes Manko, daß *Ehards* engster politischer Mitarbeiter, der Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Anton *Pfeiffer*, aufgrund des für die CSU miserablen Wahlausganges nicht in den Bundestag gelangt war. Mit dem Ausfall *Pfeiffers*, der vom 1. September 1948 ab die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates geführt und der in dieser Zeit stets engen Kontakt mit *Ehard* gehalten und dafür gesorgt hatte, daß die Mitsprache des bayerischen Ministerpräsidenten an den Beratungen und Entscheidungen über das Grundgesetz gewahrt blieb, fehlte *Ehard* in Bonn nun der Mann, der dafür vorgesehen war, die Einflußnahme des bayerischen Ministerpräsidenten auf die Arbeit der Bundesregierung sicherzustellen. Außerdem lassen einige Anzeichen darauf schließen, daß *Ehards* Einstellung gegenüber *Adenauer* nicht frei von Mißtrauen war[85], ein Umstand, der zu seiner weiteren Verunsicherung beitrug. Eine klare Vorstellung, wie dieser für ihn schwierigen Situation bei der in Bonn anstehenden Koalitions- und Regierungsbildung am besten Rechnung zu tragen sei, besaß der bayerische Ministerpräsident, wie seine Handlungen und Stellungnahmen beweisen, in den Wochen nach der Bundestagswahl nicht.

Adenauer hat die Unsicherheit *Ehards* mit sicherem Gespür erfaßt und ihn zu einer schnellen Entscheidung über den künftigen Kurs gedrängt.[86] Ohne sich auf bindende personelle Zusagen festgelegt zu haben, gelang ihm am 20. August 1949 das Kunst-

84 Eine Wertung der bisher vorliegenden bescheidenen biographischen Versuche über *Ehard* und eine Darstellung seiner politischen Rolle in den Jahren von 1946 bis 1949 von Rudolf Morsey, Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946–1949, in: Juristenzeitung, 36. Jg. (1981), S. 361–370. Neueste biographische Skizze von Dieter Albrecht in: Jürgen Aretz u. a. (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 5, Mainz 1982, S. 266–280.

85 So die Äußerung von Franz Josef *Strauß* in: Dreher, S. 354. Gewisse Vorbehalte *Ehards* gegenüber der CDU in der britischen Zone und damit gegenüber *Adenauer* auch in Nr. 16, Anm. 37, und Nr. 43.

86 Vor der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag führte *Ehard* am 14. 9. 1949 aus: „Nach der Bundestagswahl ist zunächst allgemein die Frage aufgetaucht, soll eine große oder eine kleine Koalition gebildet werden. Ich habe mich mit meiner Stellungnahme sehr zurückgehalten aus der Erwägung heraus, daß es unrichtig ist, Koalitionsgespräche schon abzuschließen, bevor die Bundesorgane überhaupt stehen. *Adenauers* Standpunkt aber war der, die Wahlen haben eine Mehrheit für die antisozialistischen Parteien klar ergeben, es wäre eine Mißachtung des Volkswillens, wenn nun doch eine Regierung mit der SPD gebildet werde." Nach Abschrift Kock.

stück, *Ehards* Zustimmung für eine Bundesregierung unter seiner Führung unter Ausschluß der SPD zu gewinnen. Als *Ehard* wenige Tage später versuchte, von dieser Vereinbarung abzurücken und seine Handlungsfreiheit zurückzugewinnen[86a], hatte *Adenauer* die Aussprache von Frankfurt/M. bereits in seinem Sinne verwertet. Dies war im Verlauf der Rhöndorfer Konferenz am 21. August geschehen, als *Adenauer* gegenüber seinen Parteifreunden erklärte, daß eine Koalition mit der SPD von der CSU-Führung abgelehnt werde.

Aus *Pfeiffers* gescheiterter Wahl in den Bundestag und *Ehards* Lavieren, das ihm im September 1949 das schon sicher geglaubte Amt des Bundesratspräsidenten kostete, vermochte ein anderer CSU-Politiker persönlichen Nutzen zu ziehen und sich als neue Führungspersönlichkeit der CSU in Bonn zu etablieren. Hierbei handelte es sich um Fritz *Schäffer*, einen 61jährigen, in München aufgewachsenen Politiker, der schon in der Weimarer Republik in hohe politische Ämter aufgestiegen war. Seit 1920 Mitglied des bayerischen Landtages, stand er von 1929 bis 1933 an der Spitze der Bayerischen Volkspartei. 1931 übernahm er als Staatsrat die Leitung des bayerischen Finanzministeriums. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zog sich *Schäffer* aus der Politik zurück und arbeitete als Rechtsanwalt in München. 1944 wurde er für einige Zeit im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Im Frühjahr 1945 setzten ihn die Amerikaner als ersten bayerischen Ministerpräsidenten ein, enthoben ihn aber im September desselben Jahres wieder dieses Amtes. *Schäffer* gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CSU, schied aus ihr jedoch im September 1948 im Konflikt mit dem Parteivorsitzenden Josef *Müller* aus. Anschließend ventilierte er einige Monate lang Pläne zur Gründung einer neuen konservativen Partei und erwog vorübergehend auch einen Eintritt in die Bayernpartei.[87] Im Frühjahr 1949 schloß er sich der CSU wieder an und kandidierte für sie – erfolgreich – im Wahlkreis Passau für den Bundestag.

Über den in Bonn einzuschlagenden Kurs war sich *Schäffer* anfangs nicht ganz klar. In den Tagen nach der Wahl dachte er daran, CSU, Bayernpartei und Deutsche Partei zu einem föderalistischen Block im Bundestag zusammenzufassen, der in eine Arbeitsgemeinschaft mit CDU und Zentrum treten sollte.[88] In Bonn angekommen, nutzte *Schäffer* sofort die sich bietende Chance einer engen Zusammenarbeit mit *Adenauer*, dessen koalitionspolitischen Kurs er nun nachdrücklich unterstützte. Am 1. September neben *Kaiser* und *Holzapfel* zum gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt, erwarb er sich bereits wenige Tage später große Verdienste, als er nach der gescheiterten Wahl *Ehards* zum Bundesratspräsidenten das Ausscheren der CSU aus der Fraktionsgemeinschaft zu verhindern half. *Schäffer* gewann hierdurch bei *Adenauer* gewaltig an Einfluß, den er auch für einige Jahre aufrechtzuerhalten wußte, was ihm sicherlich dadurch erleichtert wurde, daß die Biographien beider Politiker gewisse Parallelen aufweisen und sich auch in ihrer Persönlichkeitsstruktur Ähnlichkeiten feststellen lassen.[89] Seit dem 7. September 1949 führte *Adenauer* die noch andauernden Koalitionsgespräche nur noch im Einvernehmen mit *Schäffer*, dem

86a Vgl. Nr. 43.

87 Mintzel, S. 225–234; Kock, S. 290–294.

88 Vgl. Nr. 13.

89 Dazu die treffenden Hinweise in der Porträtskizze von Walter Henkels, Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe, Hamburg 1953, S. 201–206.

er zeitweise sogar die Verhandlungsführung auf Unionsseite überließ. Seine Berufung zum ersten Bundesfinanzminister und die starke Repräsentanz bayerischer Politiker in dem am 20. September vereidigten Kabinett *Adenauer* konnte so *Schäffer* weitgehend als persönlichen politischen Erfolg verbuchen.[90]

Ein Politiker, der innerhalb der CSU im Verlauf der Verhandlungen zur Koalitions- und Regierungsbildung erstmals deutlichere politische Konturen gewann, war der Generalsekretär der Partei, der noch sehr junge Franz Josef *Strauß* (Jahrgang 1915). Obgleich grundsätzlich auf *Adenauers* koalitionspolitischem Kurs, den er auch in Rhöndorf unterstützte, weisen ihn die recht zahlreichen Wortmeldungen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion doch bereits als Politiker aus, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt, mit Nachdruck bayerische Interessen vertrat und dabei auch *Adenauer* wiederholt widersprach.[91]

Entschiedene Gegner der von *Adenauer* intendierten Koalition waren innerhalb der CDU die dieser Partei angehörenden Ministerpräsidenten und einzelne CDU-Landesminister. Am gewichtigsten von ihnen war der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl *Arnold*.

Der 1901 in Herrlishöfen (Württemberg) geborene *Arnold* hatte seinen Weg in die Politik über den katholischen Gesellenverein gefunden. Von 1924 bis 1933 wirkte er als Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf. Die Zeit des Nationalsozialismus überstand er nach einigen Anfangsschwierigkeiten, von einer Verhaftung 1944 abgesehen, relativ unbehelligt als Leiter einer offenen Handelsgesellschaft. *Arnold*, ehemaliges Zentrumsmitglied, schloß sich nach dem Krieg der CDU an und wurde 1946 zum Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt. Ein Jahr später folgte die Wahl zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, 1948 zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen.[92]

Arnold war prononcierter Anhänger eines „christlichen Sozialismus", und im Kreis der Ministerpräsidenten galt er als die „am weitesten nach links exponierte Figur des politischen Katholizismus".[93] Er war im Bund und in den Ländern unbedingter Anhänger der Zusammenarbeit von CDU und SPD, und für eine nach der Wahl vom 14. August 1949 zustande gekommene Regierung der großen Koalition wäre er sicherlich erster Anwärter für das Kanzleramt gewesen. Konflikte mit *Adenauer* waren daher von Beginn an unausweichlich, und *Adenauer* hat sie immer wieder ganz bewußt verschärft, da er in *Arnold* einen ernst zu nehmenden Rivalen um die politische Führung erblickte.[94]

Im Entscheidungsprozeß, der zur Koalitionsbildung von 1949 führte, war *Arnold* gegenüber *Adenauer* von Anfang an im Hintertreffen. Zunächst einmal besaß *Arnold* innerhalb seiner eigenen Partei keinen herausgehobenen Posten und konnte daher von *Adenauer* ohne Schwierigkeiten vom innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausgeschal-

90 Auch über *Schäffer*, der das Amt des Bundesfinanzministers bis 1957 wahrnahm und anschließend noch vier Jahre als Bundesjustizminister amtierte, fehlt eine Biographie. Biographischer Abriß von Franz Menges in: Jürgen Aretz u. a. (Anm. 84, Bd. 6, 1984), S. 139–152.

91 Letzte Kurzbiographie von Alf Mintzel in: Bernecker/Dotterweich (Anm. 75), Bd. 2, S. 196–208.

92 Lebenslauf nach Hüwel, S. 19–112.

93 Ernst Glaeser, Köpfe und Profile, Zürich u. a. o. J., S. 22.

94 Persönliche Mitteilung von Herbert Blankenhorn vom 13. 4. 1981.

tet werden. So war *Arnold* bei der wichtigen Rhöndorfer Konferenz nicht anwesend, und auch in der Besprechung am 31. August, an der er qua Ministerpräsidentenamt zwar hätte teilnehmen können, war er nicht zugegen, da er an diesem Tag den Katholikentag in Bochum eröffnete. Da *Arnold* nicht für den Bundestag kandidiert hatte, gehörte er der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht an, die sich vom 1. September 1949 an zum zentralen Entscheidungsgremium der Union entwickelte. Hierin findet sich die Erklärung dafür, daß in vorliegender Edition zwar *Arnolds* Attacken gegen *Adenauers* Kurs immer wieder in einzelnen Dokumenten durchschimmern, *Arnold* selbst als Akteur aber kaum in Erscheinung tritt.

Die Niederlage des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten in der Auseinandersetzung über die Zusammensetzung der ersten Bundesregierung hing aber auch damit zusammen, daß *Arnold* zögerte, die Bildung einer großen Koalition unter seiner Führung zu forcieren und *Adenauer* zunächst gewähren ließ. Als es diesem dann noch gelang, Jakob *Kaiser* schon frühzeitig an sich zu ziehen, auf dessen Unterstützung *Arnold* gesetzt hatte[95], und sich im SPD-Vorstand die Linie *Schumacher*, der auf die Opposition zusteuerte, binnen kurzer Frist durchsetzte, besaß *Arnolds* Konzept keine Chance mehr. Sein Versuch, mit seiner Wahl zum Bundesratspräsidenten *Adenauer* noch zu Fall zu bringen, kam zu spät und hat langfristig *Arnold* selbst mehr geschadet als *Adenauer*.

Für eine große Koalition votierten auch die Ministerpräsidenten der Länder der französischen Zone, Peter *Altmeier*, Gebhard *Müller* und Leo *Wohleb*, von denen allerdings keiner die überregionale Bedeutung oder politischen Ambitionen Karl *Arnolds* besaß. In erster Linie Landespolitiker, brachten sie nur begrenztes Interesse für die Bundespolitik auf.

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der 1899 in Saarbrücken geborene Peter *Altmeier*, beruflich bis zur Einberufung zum Kriegsdienst in einem Koblenzer Großhandelsbetrieb beschäftigt, war in der Weimarer Zeit Mitglied der Windthorstbunde und des Zentrums, das er im Koblenzer Stadtrat vertrat. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der Christlich-Demokratischen Partei Hessen-Nassau, 1947 wurde er zum Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und im gleichen Jahr auch zum Ministerpräsidenten gewählt.[96]

Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern war seit 1948 Gebhard *Müller*, damals knapp 50 Jahre alt. Bis 1946 hatte *Müller*, der in der Weimarer Republik dem Zentrum angehörte, im Raum Stuttgart als Richter und Staatsanwalt gearbeitet. Dann wechselte er als Ministerialrat in das Staatssekretariat für Justiz von Württemberg-Hohenzollern über und wurde ein Jahr später zum Ministerialdirektor befördert. Im gleichen Jahr stieg er an die Spitze des CDU-Landesverbandes Süd-Württemberg auf und zog auch in den Landtag von Württemberg-Hohenzollern ein.[97]

---

95 Hüwel, S. 208.

96 Letzte Kurzbiographie über *Altmeier* von Rudolf Morsey in: Jürgen Aretz u. a. (Anm. 84, Bd. 6, 1984), S. 200–213.

97 Zur politischen Biographie Gebhard *Müllers* „Gebhard Müller im Gespräch mit Peter Kustermann", in: Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 55–90. Neueste Skizze von Paul Feuchte, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 7ff.

Dritter und mit etwas über 60 Jahren Ältester in diesem Bund war Leo *Wohleb*, der Staatspräsident von Baden. Nach einem Leben im gymnasialen Schuldienst und in der Kultusverwaltung Baden, deren Leitung er im Dezember 1946 als Staatssekretär für Erziehung und Kultur übernahm, gehörte Leo *Wohleb* zu den Gründern der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei, die im November 1947 in die CDU Baden umgewandelt wurde. Bis 1947 fungierte er als ihr Vorsitzender. Laut Parteisatzung mußte er dieses Amt niederlegen, als er im Juni 1947 als Staatspräsident an die Spitze der Landesregierung trat.[98]

Altmeier, *Müller* und *Wohleb* besaßen nach der Wahl vom 14. August den Vorteil, daß die CDU in der französischen Zone bei weitem die besten Ergebnisse erzielt hatte und der knappe Vorsprung auf Bundesebene gegenüber der SPD allein ihrem Erfolg im französisch besetzten Gebiet zu verdanken war. Sie unterließen es indessen, hieraus Kapital zu schlagen, was nur hätte gelingen können, wenn sie rechtzeitig eine Initiative zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen gestartet hätten. Das Treffen des Ellwanger Kreises am 19. und 20. August, zu dem alle drei Politiker eingeladen waren und das ihnen die Chance eröffnet hätte, einen wirkungsvollen Vorstoß in Richtung auf eine große Koalition in Szene zu setzen, sagten die drei Länderchefs der französischen Zone mit Rücksicht auf einen Empfang des französischen Militärgouverneurs in Mainz ab. Ob ihre Anwesenheit in Ellwangen ein anderes Ergebnis des Treffens erbracht und möglicherweise dem Verlauf des Gespräches zwischen *Adenauer* und *Ehard* am 20. August in Frankfurt/M. eine andere Richtung gegeben hätte, ist zumindest eine berechtigte Frage.

In Rhöndorf sprachen sich *Müller* (vielleicht auch *Altmeier*[99]) und die Landesvorsitzenden von Hannover (*Gereke*), Hessen (*Hilpert*), Nord-Württemberg (*Simpfendörfer*) und Süd-Baden (*Dichtel*) zwar für eine große Koalition aus; aber *Adenauer* hatte im Gegensatz zu ihnen gut vorgearbeitet, und die Mehrheit der Anwesenden unterstützte ihn, eine Tatsache, die von interessierter Seite auch sogleich in die Öffentlichkeit lanciert wurde.

Zwar erhob *Müller* hiergegen Protest, und er versuchte vor allem die Einbeziehung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundesratspräsidenten in die Koalitionsverhandlungen wieder rückgängig zu machen – allein, auf die künftige Entwicklung hatte dies keinen wesentlichen Einfluß mehr. *Müller* und *Wohleb* nahmen an der Sitzung der CDU/CSU-Repräsentanten am 31. August 1949, zu der auch die Ministerpräsidenten eingeladen waren, nicht teil, und *Altmeier*, der anwesend war, gab keine Stellungnahme ab. Da keiner von ihnen der Bundestagsfraktion angehörte, fielen auch in diesem Kreis die Entscheidungen ohne ihr Zutun und, wie sie meinten, gegen ihre Interessen. Ins Spiel kamen die Ministerpräsidenten aus der französischen Zone noch einmal bei der Wahl des Bundesratspräsidenten, wo sie nach kurzem Zögern *Arnolds* Wahl unterstützten.

Einen beachtlichen Gegenspieler fand *Adenauer* in Werner *Hilpert*, seit Ende 1945 Staatsminister und Stellvertretender Ministerpräsident in Hessen sowie Vorsitzender der hessischen CDU. 1897 in Leipzig geboren, nahm *Hilpert* bis 1939 verschiedene Funktionen in der Wirtschaft wahr, u. a. als Syndikus. Im September 1939 kam er wegen seiner

98 Über *Wohleb* Hans Maier/Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Humanist und Politiker. Leo Wohleb. Der letzte Staatspräsident des Landes Baden, Heidelberg 1969. Vgl. auch Paul Feuchte (Anm. 97), S. 2-6.

99 In Nr. 18 ist eine Wortmeldung *Altmeiers* nicht nachgewiesen. Er selbst erinnerte sich jedoch, gesprochen zu haben. Vgl. Dreher, S. 352f.

Tätigkeit für die Zentrumspartei (vor 1933) und für die Katholische Aktion Sachsens in das Konzentrationslager Buchenwald, aus dem er erst im April 1945 befreit wurde. Die Übernahme des Postens des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/M. brachte ihn nach Hessen, wo sich ihm sogleich auch im Rahmen der CDU ein politisches Wirkungsfeld bot.

Hilpert sah 1949 die finanz- und wirtschaftspolitische Lage als äußerst schwierig an, und er hielt ihre Bewältigung nur dann für aussichtsreich, wenn eine Bundesregierung auf breiter Grundlage, das aber hieß unter Einbeziehung der SPD, gebildet würde. In einer solchen Regierung war er bereit, das Finanzministerium zu übernehmen. In Ellwangen, in Rhöndorf und in der Sitzung der CDU/CSU-Vertreter am 31. August warb *Hilpert* nachdrücklich für eine Regierung der großen Koalition. Seine Argumente und seine bisweilen bissigen Angriffe auf *Adenauer* nahm dieser sehr ernst. Wiederholt machte er *Hilpert* „Friedensangebote" und versuchte ihn zur Zusammenarbeit zu gewinnen.[100] Den sachlichen, düster gefärbten Ausführungen des hessischen CDU-Vorsitzenden setzte *Adenauer* nicht nur sein optimistisch getöntes Zukunftsbild entgegen, sondern er veranlaßte auch Experten der Frankfurter Verwaltung, die die Finanzlage positiv beurteilten, zur Wortmeldung.

Der Schwachpunkt in *Hilperts* Argumentation bestand darin, daß er – hierin in Übereinstimmung mit den Ministerpräsidenten aus der französischen Zone – zwar eine Einbeziehung der SPD in die Regierung wünschte, gleichzeitig aber für eine Fortsetzung der Frankfurter Wirtschaftspolitik eintrat. Da diese jedoch vom SPD-Vorstand weiterhin scharf abgelehnt wurde, war *Hilperts* Position, die außerdem – wie die Haltung seines Stellvertreters *Köhler* zeigte – nicht vom gesamten hessischen Landesvorstand getragen wurde, schnell die Grundlage entzogen.

So blieb *Hilpert* kaum noch eine andere Wahl, als nach der Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September für das Konzept *Adenauers* auf diese Linie einzuschwenken. Er tat es nur halbherzig und ohne seine Sorgen bezüglich der weiteren Entwicklung zu verhehlen. Seinen hessischen Parteifreunden versprach er, daß er wachsam die Bonner Geschehnisse verfolgen werde. Als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat er in den folgenden Wochen seine Auseinandersetzungen mit *Adenauer* fortgesetzt, für die Wahl des Bundespräsidenten die Freigabe der Stimmabgabe gefordert (was gegen *Heuss* gerichtet war) und in der Bundeshauptstadtfrage für Frankfurt/M. votiert und damit die Mehrheit der Fraktion verärgert. Anzeichen der Resignation waren jedoch unverkennbar. Am 10. Oktober 1949 legte *Hilpert* sein Bundestagsmandat nieder.[101]

In ähnlicher Lage befand sich im August und September 1949 auch Günther *Gereke*, der Landesvorsitzende der CDU in Hannover. Er war ebenfalls Minister einer Landesregierung, in der SPD und CDU zusammenarbeiteten, und er bezog hieraus seine von *Adenauers* Auffassung abweichende Einstellung gegenüber der SPD. *Gereke*, der 1893 auf einem Rittergut in Sachsen zur Welt kam, war ein Mann mit recht bewegter politischer Vergangenheit. 1919 begann er als deutschnationaler Abgeordneter im Landtag der Provinz Sachsen. Von 1924 bis 1928 vertrat er die DNVP, von 1930 bis 1932 die Christlich-

100 Vgl. Nr. 34 und Nr. 44, wo *Adenauer* die Frage an ihn richtete, „ob wir nicht mal das Kampfbeil begraben" sollten.

101 Über Werner *Hilpert* existiert kein biographischer Abriß, geschweige denn eine Biographie.

Nationale Bauern- und Landvolkpartei im Reichstag. Reichskanzler Kurt *von Schleicher* ernannte ihn im Dezember 1932 zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung. Im März 1933 wurde er verhaftet und aufgrund eines Korruptionsvorwurfs zu einer Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. 1936 und 1944 erneut verhaftet, diesmal wegen illegaler politischer Tätigkeit, arbeitete er nach dem Krieg zunächst als Präsidialdirektor bei der Provinzialregierung in Halle. 1946 setzte er sich in die britische Zone ab. Noch im selben Jahr wurde er für einige Monate Innenminister in der ernannten Regierung *Kopf*. In der (zweiten) gewählten Regierung *Kopf* übernahm er am 9. Juni 1948 die Ämter des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; zwei Monate später wurde er zum Vorsitzenden der CDU Hannover gewählt.[102]

Im Unterschied zu *Hilpert* war *Gerekes* Kritik an *Adenauers* Kurs gegenüber der SPD in den Tagen und Wochen nach der Bundestagswahl nicht so sehr grundsätzlicher, als vielmehr taktischer Art. Ihm ging es zunächst darum, die Beziehungen zur SPD offenzuhalten, um einerseits eine Radikalisierung dieser Partei zu verhindern, und um sie gegebenenfalls andererseits als Gegengewicht gegen FDP, DP und Bayernpartei einsetzen zu können. Hieraus leitete er auch seine Vorstellungen über die Besetzung der Spitzenpositionen des Bundes außerhalb der Bundesregierung ab. Sie sollten nicht in die Koalitionsverhandlungen einbezogen, sondern mit der SPD abgesprochen werden. Dabei hielt *Gereke* die Nominierung eines norddeutschen, evangelischen CDU-Politikers für das Amt des Bundespräsidenten für unabdingbar. Obwohl kein Bundestagsabgeordneter, hat *Gereke* in mehreren Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Meinung vertreten und damit sein Verhältnis zu *Adenauer* belastet, für den sich *Gerekes* wiederholte Stellungnahmen gegen *Heuss*, die starke Resonanz in der Fraktion hervorriefen, als unangenehme Störungen seiner Absichten darstellten.

Nachhaltig gestört waren zum Abschluß der Regierungsbildung auch die Beziehungen *Adenauers* zu Friedrich *Holzapfel*, der im Verlauf der Koalitionsverhandlungen ebenfalls an *Adenauers* Vorgehen Kritik übte. Der knapp 50jährige *Holzapfel* hatte lange Jahre als Geschäfts- und Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld gearbeitet. 1937 wurde er entlassen, in Schutzhaft genommen und von den Nationalsozialisten in mehrere Gerichtsverfahren verwickelt. 1940 trat er als Teilhaber in eine Besen- und Bürstenfabrik in Herford ein. Im April 1945 wurde *Holzapfel*, der in der Weimarer Republik der DNVP angehört hatte, zum Oberbürgermeister der Stadt Herford gewählt. Hiermit begann für ihn, der wenig später zu den Gründungsmitgliedern der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens zählte (ab 1948 Landesverband Westfalen der CDU), eine schnelle politische Karriere. September 1945: stellvertretender Landesvorsitzender seiner westfälischen Partei; Anfang 1946: 2. Vorsitzender der CDU für die britische Zone und stellvertretendes Mitglied des Zonenbeirates in Hamburg; August 1946: Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU; Oktober 1946: Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen; Juni 1947: Mitglied des Wirtschaftsrates in Frankfurt/M., Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

Besonders im zuletzt genannten Amt hatte *Holzapfels* politisches Profil an Konturen gewonnen, und sein Ansehen und sein Einfluß in Frankfurt/M. waren so groß, daß *Holzapfel* selbst und eine große Zahl der CDU/CSU-Abgeordneten im Wirtschaftsrat,

102 Zu *Gerekes* Vita vgl. Anm. 9.

von denen eine ganze Reihe nun im Bundestag saß, in dem Frankfurter Fraktionschef durchaus einen Mann erblickten, der innerhalb der CDU/CSU als einer der ersten Anwärter für Führungsfunktionen in Bonn zu gelten hatte. Hierbei ist in süddeutschen Kreisen der Union wohl in erster Linie an den Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gedacht worden[103], während *Holzapfel* selbst und seine engere Umgebung in Frankfurt möglicherweise sogar die Übernahme des Amtes des Bundeskanzlers in Erwägung gezogen haben.[104]

Holzapfel, der in den Tagen nach der Wahl verreist und daher in Rhöndorf nicht anwesend gewesen war, stimmte mit *Adenauer* darin überein, daß eine Regierung unter Einbeziehung der SPD nicht in Frage kam, und auch gegen eine Fortsetzung der Frankfurter Zusammenarbeit mit FDP und DP hatte er grundsätzlich keine Einwände zu erheben. Scharfe Kritik fand allerdings das nach seiner Meinung allzu große Entgegenkommen *Adenauers* gegenüber den künftigen Koalitionspartnern bei der Ämtervergabe. Er wandte sich sowohl gegen die von *Adenauer* betriebene Wahl von Theodor *Heuss* zum Bundespräsidenten als auch gegen die nach seinem Empfinden zu große Repräsentanz von FDP und DP im Kabinett. Seine Angriffe auf *Adenauer* gipfelten in dem Vorwurf, sein Ehrgeiz, Kanzler zu werden, bringe der CDU/CSU Nachteile bei der Besetzung der Spitzenpositionen im Bund. Zweifellos hat *Adenauer* die Absichten, die *Holzapfel* mit seinen Vorwürfen gegen ihn verfolgte, durchschaut, und deswegen reagierte er auch auf die Stellungnahmen *Holzapfels* in den CDU/CSU-Fraktionssitzungen mit besonderer Schärfe.

Bei der Verteilung der Regierungsämter in der Koalition ging *Holzapfel* leer aus. Am 1. September 1949 von der Fraktion neben *Kaiser* und *Schäffer* zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, verblieb er auf diesem Posten, während *Kaiser* und *Schäffer* in ein Ministeramt berufen wurden. Auch der mit der Wahl *Adenauers* zum Bundeskanzler frei gewordene Fraktionsvorsitz fiel nicht an ihn. Für *Holzapfel* begann wie für *Hilpert* und *Gereke* in diesen Wochen der politische Abstieg; innerhalb relativ kurzer Zeit waren alle drei von der politischen Bühne verschwunden.[105]

Genau das Gegenteil trifft für Heinrich *v. Brentano* zu, der in den ersten Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion den Grundstein für seine Wahl zum Fraktionsvorsitzenden legte und von nun an zur ersten Garnitur der CDU-Politiker gehörte. Der 1904 als Sproß einer bekannten Familie geborene Heinrich *v. Brentano*, dessen Vater der Nationalversammlung von 1919 und dem Reichstag der Weimarer Republik angehört hatte und auch hessischer Landesminister gewesen war, arbeitete bis zum Kriegsende als Rechtsanwalt in Darmstadt. 1945 fand er den Weg in die Politik und gehörte zu den Mitbegründern der CDU in Hessen. Im Beratenden Landesausschuß für Groß-Hessen übernahm er im Februar 1946 den Vorsitz des Rechts- und Verfassungsausschusses, im hessischen Landtag, dem er von Beginn angehörte, saß er ab 1947 dem Hauptausschuß vor und war gleichzeitig Vorsitzender der CDU-Fraktion. Auch im Parlamentarischen Rat stand *v. Brentano* in vorderer Linie. Als stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

103 Vgl. Nr. 50, S. 176.

104 Vgl. die Äußerung von Gerd *Bucerius* in: Rudolf Morsey (Hrsg.), Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Zürich 1979, S. 53.

105 1952 schieden alle drei aus dem politischen Leben aus. *Holzapfel* ging als deutscher Gesandter in die Schweiz. *Hilpert* übernahm den Posten des Finanzdirektors bei der Deutschen Bundesbahn, und *Gereke* setzte sich in die DDR ab.

und des Fünfer- und Siebener-Ausschusses wirkte er an der Formulierung des Grundgesetzes in bedeutendem Maße mit.[106]

In der hessischen CDU stand *v. Brentano* im August 1949 auf seiten *Hilperts*, dessen Forderung nach der Bildung einer großen Koalition er in Ellwangen unterstützte. Diese Meinung hat er auch am 31. August in der Sitzung der führenden Unionspolitiker gegenüber *Adenauer* vertreten. Nachdem die Dürkheimer 16 Punkte der SPD vorlagen, ist er dann jedoch ohne Vorbehalte auf den Koalitionskurs *Adenauers* eingeschwenkt. Er blieb aber für den designierten Kanzler unbequem, weil er sich wiederholt zum Sprecher der Fraktion machte und *Adenauer* drängte, die Fraktion umfassender über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen zu informieren. Die Art, in der dies geschah, ließ zwar an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, *v. Brentano* verstand es aber gleichzeitig, dabei einen Ton zu treffen, mit dem er *Adenauer* nicht zu nahe trat und der dessen Führungsanspruch Rechnung trug. Nach diesen Erfahrungen bot sich *v. Brentano* der Fraktion als Vorsitzender geradezu an, da sie erwarten konnte, daß er ihre Interessen auch in Zukunft gegenüber dem Kanzler vertreten würde. Für *Adenauer* andererseits war *v. Brentano* an dieser Stelle dank seiner Umgangsformen und seiner über jeden Zweifel erhabenen Loyalität akzeptabel. Die Wahl *v. Brentanos* am 30. September 1949 kann somit als ein von beiden Seiten günstig beurteilter Kompromiß zwischen Kanzler und Fraktion gewertet werden, aus dem *Adenauer* aber am Ende den größeren Vorteil zog.[107]

Als ausgesprochene Repräsentanten bestimmter Flügel der CDU treten in den in dieser Edition abgedruckten Quellen vor allem Johannes *Albers*, Paul *Bausch* und Linus *Kather* in Erscheinung.

Da ist zunächst auf Johannes *Albers* einzugehen, *Adenauers* Stellvertreter im Vorsitz des rheinischen Landesverbandes der CDU und bis Mai 1949 Vorsitzender des „Reichsverbandes der Sozialausschüsse" der Union. Der 1949 knapp 60jährige *Albers*, ein gelernter Schriftsetzer, der seit 1919 in Köln lebte, hatte in der Zeit der Weimarer Republik als Sekretär der Christlichen Gewerkschaften und in der Zeit des Nationalsozialismus als Angestellter der Sozialversicherung gearbeitet.[108]

Albers, der *Adenauer* seit langem kannte und dessen Überlegenheit anerkannte[109], akzeptierte wie Jakob *Kaiser* im August 1949 die beabsichtigte Koalitionsbildung der Union mit FDP und DP. Er sah seine Aufgabe in der CDU/CSU-Fraktion in diesen Wochen insbesondere darin, bei jeder passenden Gelegenheit zu fordern, daß Vertreter der Arbeitnehmerschaft bei der Besetzung wichtiger Posten in genügender Zahl zu berücksichtigen seien und am Ahlener Programm festgehalten werden müsse.

Als hauptsächlicher Sprecher des evangelischen Flügels der CDU setzte sich im September 1949 Paul *Bausch* in Szene. *Bausch*, 1895 in Korntal bei Stuttgart zur Welt gekom-

106 Über *Brentano* sind in den letzten Jahren zwei Kurzbiographien erschienen. Die eine von Klaus Gotto in: Jürgen Aretz u. a. (Anm. 84, Bd. 4, 1980), S. 225–239, die andere von Arnulf Baring und Daniel Koerfer, in: Bernecker/Dotterweich (Anm. 75), S. 74–86.

107 Zu den Beziehungen zwischen *Adenauer* und *v. Brentano* Arnulf Baring (Hrsg.), Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich v. Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974.

108 Biographischer Abriß von Herbert Hömig in: Jürgen Aretz (Anm. 84), S. 205–222.

109 Vgl. Norbert Blüm/Arthur Rohbeck, Johannes Albers, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1966, S. 9.

men, gehörte seit 1920 über alle politische Umbrüche hinweg als Beamter dem württembergischen Wirtschaftsministerium an, 1949 als Oberregierungsrat. Er stand in der Tradition des württembergischen Pietismus. In den fünf letzten Jahren der Weimarer Republik war er für den Christlich-sozialen Volksdienst als Abgeordneter im württembergischen Landtag und im Reichstag politisch hervorgetreten. Nach dem Ende des Krieges tauchte sein Name sogleich in der württembergischen CDU auf, in deren Landesvorstand er aufstieg und für die er in die Verfassunggebende Landesversammlung und den Landtag von Württemberg-Baden gewählt wurde.[110]

Bausch war eine eigenwillige Persönlichkeit, schwäbisch durch und durch, nicht auf den Mund gefallen und jederzeit bereit, *Adenauer* zu widersprechen, wenn es darum ging, die Interessen der in der Minderheit stehenden Protestanten in der CDU/CSU-Fraktion zu vertreten oder aber für den Föderalismus eine Lanze zu brechen.

Ein höchst schwieriges Fraktionsmitglied war der einflußreiche Vertreter der Flüchtlinge innerhalb der CDU, Linus *Kather*. Der 1893 in Ostpreußen gebürtige *Kather* war von Beruf Rechtsanwalt und Notar. Politisch gehörte er bis 1933 dem Zentrum an, als dessen Vertreter er von 1930 bis 1933 auch als Stadtverordneter in Königsberg fungierte. Nach dem Krieg fand *Kather* in Hamburg eine neue Heimat. Hier drängte er sich innerhalb der CDU sogleich als Sprecher der Flüchtlinge in den Vordergrund. 1946 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt, übernahm er Anfang 1947 dort den Vorsitz des Flüchtlingsausschusses. Im selben Jahr stand er dann auch an der Spitze des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, und er leitete ebenfalls den Zonenverband der Vertriebenen in der britischen Zone.[111]

So fühlte sich *Kather* im Jahr 1949 als der maßgebende Sprecher der Flüchtlinge innerhalb der CDU, der für die Einrichtung eines speziellen Flüchtlingsministeriums eintrat und, als das von *Adenauer* zugesagt worden war, wie selbstverständlich davon ausging, daß als Minister hierfür nur er selbst in Frage kommen könne. Entsprechend selbstbewußt war sein Auftreten gegenüber *Adenauer*, der jedoch nicht daran dachte, diesen schwer berechenbaren Politiker in sein Kabinett aufzunehmen.

Ohne Berücksichtigung bei der Ämtervergabe innerhalb der Koalition blieben auch zwei CDU-Politiker, die in Frankfurt sehr einflußreich gewesen waren und die sich durchaus als ernsthafte Kandidaten für Führungspositionen in der Bundesrepublik betrachtet haben. Hierbei handelte es sich um den Oberdirektor des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Hermann *Pünder*, und den Direktor der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans *Schlange-Schöningen*. In den Diskussionen innerhalb der Parteigremien haben sich beide selten zu Wort gemeldet. Zur Frage der Koalitionsbildung hat sich *Schlange*, der eine große Koalition befürwortete, lediglich in einem Brief an *Adenauer* am 29. August geäußert[112], und *Pünder* hat hierzu nur am 21. August in Rhöndorf Stellung genommen und dabei *Adenauers* Kurs unterstützt.[113]

110 Vgl. Paul Bausch, Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten, Korntal 1969.

111 Zu *Kathers* Nachkriegskarriere seine Erinnerungen.

112 Nr. 39.

113 Nr. 18.

Bei *Schlange* erklärt sich seine Zurückhaltung wohl damit, daß er hoffte, zum Bundespräsidenten gewählt zu werden, bei *Pünder* ist sie vielleicht darauf zurückzuführen, daß seine Intentionen allzusehr darauf gerichtet waren, die Errichtung eines Amtes für zwischenstaatliche Beziehungen durchzusetzen, dessen Leitung er sodann übernehmen wollte.[114] Während *Schlanges* Kandidatur für das Bundespräsidentenamt in der CDU/CSU-Fraktion einige Befürworter fand, die sich allerdings nicht durchsetzen konnten, ist *Pünders* Name innerhalb der Fraktion kein einziges Mal gefallen, als es um die Besetzung der Führungspositionen ging. So gehören *Schlange* und *Pünder* zu den großen Verlierern beim Übergang von Frankfurt nach Bonn.

Als überragende Gestalt des deutschen Liberalismus am Ausgang der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts muß zweifellos Theodor *Heuss* gelten. Er war nicht nur Politiker, sondern gleichzeitig auch Journalist, Schriftsteller und Historiker. Eine Persönlichkeit mit so ausgeprägten und vielfältigen geistigen Fähigkeiten war nicht nur innerhalb der FDP ein Einzelfall, auch die anderen Parteien hatten kaum etwas Vergleichbares vorzuweisen.[115]

Heuss, 1884 in Brackenheim (Württemberg) zur Welt gekommen, hat das Schwäbische – in Mentalität und Sprache – nie abgelegt, obwohl er lange Jahre seines Lebens außerhalb Württembergs, vor allem in Berlin verbrachte, wo er von 1920 bis 1933 an der Hochschule für Politik lehrte. In der Weimarer Republik war *Heuss* Mitglied der DDP bzw. der Deutschen Staatspartei, als deren Abgeordneter er von 1924 bis 1928, von 1930 bis 1932 und wiederum 1933 dem Reichstag angehörte. Die Zeit des Nationalsozialismus überlebte er in der inneren Emigration. Er schrieb mehrere Biographien, u. a. über seinen Lehrer Friedrich *Naumann*, daneben Artikel für Zeitungen, so vor allem für das Feuilleton der „Frankfurter Zeitung". Bereits 1945 trat er wieder in das politische Leben. Er gehörte zu den Gründern der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden, war daselbst von Ende 1945 bis Dezember 1946 Kultminister und ab November 1946 Mitglied des Landtages. Im September 1946 wurde er zum 1. Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei in der amerikanischen Zone, im Dezember 1948 auf dem Gründungstreffen der Gesamtpartei FDP auch zu deren 1. Vorsitzenden gewählt. Zu dieser Zeit saß *Heuss* für die FDP bereits im Parlamentarischen Rat, wo er einen gewichtigen Beitrag zur Entstehung des Grundgesetzes leistete.[116]

In den Wochen nach der ersten Bundestagswahl trat *Heuss* innerhalb der FDP jedoch kaum in Erscheinung. Sogleich nach dem Wahltag trat er eine Kur an und verfolgte, nachdem er am 15. August eine kurze Presseerklärung abgegeben hatte, daß ihm eine Koalitionsbildung von CDU/CSU und FDP möglich erscheine, die Ereignisse der nächsten beiden Wochen ohne weitere öffentliche Stellungnahmen aus der Abgeschiedenheit des Schwarzwaldes. Dies erwies sich als ein nicht ungeschickter Schachzug, da *Heuss*, der als aussichtsreicher Kandidat für das Bundespräsidentenamt im Gespräch war, im Hintergrund bleiben und seine Interessen und die der FDP durch andere vertreten las-

114 Vgl. Wengst, S. 101f.

115 Von ähnlichem Zuschnitt wie *Heuss* war am ehesten noch Carlo *Schmid* von der SPD.

116 Zur Bedeutung von *Heuss* im Parlamentarischen Rat Karl Dietrich Bracher, Theodor Heuss und die Wiederbegründung der Demokratie in Deutschland, Tübingen 1965. Eine Biographie über Theodor *Heuss* ist ein Desiderat der Forschung. Neueste Lebensbeschreibung von Friedrich Henning, Heuss. Sein Leben vom Naumann-Schüler zum Bundespräsidenten, Gerlingen 1984.

sen konnte. Dabei verließ er sich insbesondere auf Franz *Blücher*, mit dem er auch in diesen Tagen dauernd Fühlung hielt.

Der 1896 geborene *Blücher*, bis 1945 in verschiedenen Funktionen als leitender Angestellter im Ruhrgebiet tätig, erlebte in den Jahren bis 1949 einen steilen politischen Aufstieg. Bis zum Ende des Dritten Reiches politisch in keiner Weise hervorgetreten, übernahm er nun ein Amt nach dem anderen. März 1946: Vertreter der FDP im Zonenbeirat; Mai 1946: Vorsitzender der FDP in der britischen Zone; August 1946 (bis Juni 1947): Finanzminister in Nordrhein-Westfalen; Juni 1947: Mitglied des Wirtschaftsrates, Vorsitzender der FDP-Fraktion; Dezember 1948: stellvertretender Vorsitzender der FDP-Gesamtpartei.

Bei den Liberalen beherrschte *Blücher* in den beiden Wochen nach der Bundestagswahl nahezu allein das Feld. Während sich fast alle seine Kollegen in den Führungsgremien der Partei von den Strapazen des Wahlkampfes erholten, hetzte *Blücher* von Termin zu Termin, suchte die Landesvorsitzenden seiner Partei der Reihe nach in ihren Wohnorten auf und legte sie auf eine Koalition mit der Union und der DP fest. Zugleich führte er erste Gespräche mit *Adenauer* und *Hellwege*, die so günstig verliefen, daß beim Zusammentritt der Führungsgremien der FDP am 4. September 1949 in Bonn die grundsätzlichen Entscheidungen bereits gefallen waren. *Blüchers* Anteil am Zustandekommen der Koalition von 1949 war beträchtlich, und er hoffte, auch in Zukunft einen maßgeblichen Part in der Bonner Politik spielen zu können. Dabei setzte er vor allem auf die von ihm am 20. September 1949 übernommenen Ämter des Stellvertreters des Bundeskanzlers und des Bundesministers für den Marshallplan, womit er seinen Anspruch auf die Besetzung des noch zu schaffenden Außenministeriums gefestigt glaubte. Sehr schnell stellte sich jedoch heraus, daß *Blücher* in den Wochen der Koalitions- und Regierungsbildung den Gipfelpunkt seiner Machtstellung erreicht hatte; sein Einfluß in der Bonner Politik ging von nun an ständig zurück, und *Adenauer* setzte sich ihm gegenüber in jeder Beziehung durch.[117] In der Geschichte der Bundesrepublik hat *Blücher* kaum Spuren hinterlassen.[118]

Gegen Ende der Koalitionsverhandlungen traten neben *Blücher* auch noch einige andere FDP-Politiker stärker hervor. Zu ihnen gehörte Eberhard *Wildermuth*, der durch seine Briefe an seine Frau und seine Tagebucheintragungen in der Edition deutlicher in Erscheinung tritt. Der damals knapp 60jährige hatte als Offizier an beiden Weltkriegen teilgenommen. Von 1919 bis 1925 stand er im württembergischen Verwaltungsdienst. Es folgten Anstellungen in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und im Reichsarbeitsministerium, von wo aus er 1928 in den Vorstand der deutschen Bau- und Bodenbank wechselte. Ab Dezember 1946 war er Leiter des Staatssekretariats für Wirtschaft, ab Juli 1947 Wirtschaftsminister in Württemberg-Hohenzollern. Im Oktober 1948 übernahm er den Vorsitz der DVP Süd-Württemberg, im Dezember 1948 wurde er in den engeren Vorstand der FDP-Gesamtpartei gewählt. Mit der Ernennung zum Bundeswohnungsbauminister im ersten Kabinett *Adenauer* hatte *Wildermuth* den Höhepunkt seiner Karriere erreicht. Seine Hoffnungen, zu einem späteren Zeitpunkt Verteidigungsminister zu werden, erfüllten sich nicht. Von den vorbereitenden Arbeiten zum Aufbau eines entspre-

117 Vgl. Wengst, S. 154f., 170f., 266–272.

118 Biographische Skizzen über *Blücher* sind nur zu finden in den zeitgenössischen Büchern von Walter Henkels (Anm. 89), S. 55–58, und Ernst Glaeser (Anm. 93), S. 23–28. Neuere Versuche über ihn liegen nicht vor.

chenden Ministeriums blieb er ausgeschlossen, und im Frühjahr 1952 setzte der Tod *Wildermuths* Wirken ein Ende.[119]

Soweit aufgrund der bisher vorliegenden wenigen Quellen zu erkennen ist, wurde die Haltung der DP im Sommer 1949 in der Koalitionsfrage weitgehend durch ihren 1. Vorsitzenden Heinrich *Hellwege* bestimmt. Dieser Politiker aus dem Alten Land bei Hamburg, der in den Augusttagen 1949 gerade seinen 41. Geburtstag feierte, hatte den Beruf des In- und Exportkaufmanns erlernt und ab 1934 im kleinen, vom Vater geerbten Geschäft einen Handel mit chemisch-technischen Erzeugnissen für Landwirtschaft, Industrie und Baugewerbe begonnen. Vor 1933 war *Hellwege* Mitglied der Deutsch-Hannoverschen Partei. Den Nationalsozialisten galt er als „politisch unzuverlässig", und *Hellwege* gehörte in dieser Zeit der Niedersächsischen Freiheitsbewegung an, die in Gegnerschaft zum NS-System stand. Bereits im März 1946 wurde *Hellwege* zum 1. Vorsitzenden der Niedersächsischen Landespartei gewählt, die ab Juni 1947 unter dem Namen Deutsche Partei firmierte. Im August 1946 übernahm *Hellwege* die Leitung der NLP-Fraktion im Hannoverschen, im Dezember 1946 im Niedersächsischen Landtag. Seit August 1946 gehörte er dem Zonenbeirat in Hamburg an, und er stand seit dieser Zeit in engerem Kontakt mit *Adenauer* und *Blücher*.[120]

Hellwege, der sich in den Wochen nach der ersten Bundestagswahl in Niedersachsen aufhielt, ließ frühzeitig seine Bereitschaft zum Eintritt in die Bundesregierung erkennen, und er führte, nachdem erste Fühlungnahmen, die *Adenauer* und *Blücher* mit ihm aufgenommen hatten, weitgehende Übereinstimmungen erbrachten, am 23. August einen entsprechenden Grundsatzbeschluß seiner Partei herbei. Programmatisch und personell erbrachten die weiteren Koalitionsverhandlungen ein Ergebnis, mit dem *Hellwege*, ab 20. September Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, sehr zufrieden sein konnte.

Zu den Politikern, die *Adenauers* Koalitions- und Regierungsbildung am stärksten gefördert haben, gehört auch der 1. Vorsitzende der SPD, Kurt *Schumacher*. Wie er seinem ersten Biographen später anvertraute, stand für ihn bereits in der Nacht nach der Bundestagswahl, als das vorläufige Ergebnis vorlag, fest, daß die SPD die Opposition übernehmen müsse.[121] Zwischen *Schumacher* und *Adenauer* ergab sich so seit dem ersten Tag nach der Wahl ein Zusammenspiel, in dem ein jeder dem anderen die trefflichsten Argumente lieferte, um die jeweilige Auffassung in den eigenen Reihen durchzusetzen.

Kurt *Schumacher*, 1895 in Westpreußen geboren, im Ersten Weltkrieg schwer verwundet (Amputation des rechten Armes, wandernde Granatsplitter im Körper), 1918 der SPD beigetreten, hatte von 1924 bis 1931 dem Württembergischen Landtag und von 1930 bis 1933 dem Reichstag als Abgeordneter angehört. Im Dritten Reich saß er bis auf wenige Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Mit ruinierter Gesundheit – 1948 mußte das linke Bein amputiert werden – nahm *Schumacher* 1945 die politische Arbeit wieder auf. Bereits im Mai dieses Jahres richtete er eine inoffizielle Parteizentrale der SPD für die Westzonen in Hannover ein, und ein Jahr später wählte ihn die SPD auf

119 Zu *Wildermuth* das Gedenkbuch von Wilhelm Kohlhaas, Eberhard Wildermuth. Ein aufrechter Bürger, Bonn 1960.

120 Detaillierter Lebenslauf und Würdigung *Hellweges* in Emil Ehrich, Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat, Hannover 1977.

121 Fried Wesemann (Anm. 25), S. 168.

ihrem Gründungsparteitag mit überwältigender Mehrheit zu ihrem ersten Vorsitzenden.[122]

Schumacher, der ein autoritäres Parteiregiment führte, betonte von Anfang an seinen Führungsanspruch in allen Fragen der nationalen Politik innerhalb der SPD, und er war daher – schon in dieser Frage in bemerkenswerter Übereinstimmung mit *Adenauer* – von Anfang an bestrebt, die Ansprüche der Ministerpräsidenten auf nationale Repräsentation zurückzudrängen. *Schumacher* betrat die politische Bühne nach dem Krieg mit einem starken Sendungsbewußtsein und mit der festen Überzeugung, daß allein die SPD berufen sei, die Führung der deutschen Politik in die Hand zu nehmen. Als die Wähler 1949 der SPD dieses Mandat nicht gaben und die Union mehr Stimmen als die Sozialdemokratie erhielt, reagierte *Schumacher* mit Verbitterung. Da eine Koalition mit der CDU für ihn in keinem Augenblick zur Diskussion stand, war für ihn der Weg in die Opposition vorgezeichnet, und er hat die Partei ohne Zögern und mit starker Hand in diese Rolle gezwungen.

Schumachers Zielsetzung und Führungsstil nahm die Partei in diesen Wochen allerdings nicht widerspruchslos hin. Neben einigen Ministerpräsidenten, die öffentlich abweichende Auffassungen zur Regierungsbildung geäußert hatten und die auch in den Sitzungen der Parteigremien Worte der Kritik an *Schumachers* Adresse richteten, war es vor allem der Oberbürgermeister von Dortmund, Fritz *Henßler*, der gegen den Parteivorsitzenden aufbegehrte.

Henßler, 1886 in Württemberg geboren, ging einen ähnlichen Weg, wie ihn knapp 20 Jahre später auch Karl *Arnold* einschlug. Er verließ frühzeitig seine schwäbische Heimat, um im gewerkschaftlichen und politischen Bereich Aufgaben im Ruhrgebiet zu übernehmen. Über lokale und regionale Ämter (1920: Vorsitzender des SPD-Parteibezirks Westliches Westfalen, 1924: Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung von Dortmund) gelangte er 1930 in den Reichstag, dem er bis 1933 angehörte. Obgleich er zur Widerstandsbewegung Abstand hielt, wurde er 1936 verhaftet und nach der Untersuchungshaft in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert, in dem er bis 1945 verblieb. Sein politischer Wiederaufstieg begann im Oktober 1945 erneut mit der Wahl zum Vorsitzenden des SPD-Parteibezirkes Westliches Westfalen. Im März 1946 folgte der Eintritt in den Zonenbeirat, im Mai 1946 die Wahl in den Vorstand der SPD, im Oktober 1946 die Aufnahme in den Landtag von Nordrhein-Westfalen, wo er sogleich an die Spitze der SPD-Fraktion trat, schließlich im Herbst 1946 die Wahl zum Oberbürgermeister von Dortmund.[123]

Henßler, dessen Verhältnis zu Karl *Arnold* recht gut war, hat nach der Bundestagswahl möglicherweise anfangs darauf gesetzt, daß *Arnold* sich gegenüber *Adenauer* durchsetzen und auch in Bonn eine große Koalition nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen zustande bringen werde. Als er erkannte, daß *Adenauers* Kurs in der Union obsiegte, plädierte *Henßler*, der von einem baldigen Scheitern *Adenauers* ausging, dafür, die Beziehungen zur CDU nicht ganz zu kappen und die Oppositionsstellung in Bonn zu mäßigen. Andernfalls sorgte er sich um den Bestand der Länderkoalitionen aus CDU

122 Zu *Schumacher* neben den beiden älteren Biographien von Wesemann und Edinger (Anm. 25) jetzt die Skizze von Volker Dotterweich in: Bernecker/Dotterweich (Anm. 75, Bd. 2), S. 182–195.

123 Vgl. Horst Lademacher, Fritz Henßler, in: Walter Först (Hrsg.), Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, Köln-Berlin 1972, S. 140–145.

und SPD und um die Einheit der Gewerkschaften. Daher setzte er sich bis zum Schluß – wie es auch eine Reihe von *Adenauers* Opponenten in der CDU tat – für einen gemeinsamen Kandidaten aller Parteien für das Bundespräsidentenamt ein. Ebensowenig wie in der CDU erwies sich dieser Vorschlag in der SPD als mehrheitsfähig, und *Schumachers* Nominierung zum Kandidaten der SPD für das Amt des Bundespräsidenten am 12. September besiegelte die Niederlage derjenigen, die versucht hatten, sich *Schumacher* in den Weg zu stellen.

D. Die Handlung

Unmittelbar vor der Wahl begannen *Adenauer* und *Blücher* mit Vorbereitungen, die dazu dienen sollten, den von ihnen gewünschten gemeinsamen Koalitionskurs innerhalb der eigenen Reihen abzusichern. *Adenauer* vereinbarte mit Hans *Ehard* für den 20. August einen Gesprächstermin in Frankfurt/M. und setzte für den Tag danach eine Konferenz führender CDU/CSU-Repräsentanten in seinem Haus in Rhöndorf an. Gleichzeitig versuchte er über *Ehard* eine Verschiebung der für den 20. und 21. August geplanten Zusammenkunft des Ellwanger Kreises der CDU/CSU zu erreichen, um damit sicherzustellen, daß kein Parteigremium der Union vor der Tagung in Rhöndorf zur Koalitionsbildung Stellung bezog.[124]

Blücher seinerseits bat im Hinblick auf die von ihm mit „Bestimmtheit" erwarteten Besprechungen mit *Adenauer Heuss* um eine Aussprache[125], der, wie sein Antwortbrief erkennen läßt, *Blüchers* Absicht, eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, durchaus teilte. *Heuss* wünschte vor der Wahl allerdings noch keine Festlegung in der Öffentlichkeit[126], die aber durch *Blücher* praktisch bereits erfolgt war.[127] Das Ausmaß der zu diesem Zeitpunkt schon bestehenden grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen dem *Adenauer*-Flügel der CDU und der FDP-Führung belegt ein Brief des FDP-Vorstandsmitgliedes Hermann *Höpker Aschoff*, den er am Wahltag an *Heuss* richtete. In ihm war nicht nur von einer Koalition von CDU und FDP die Rede, sondern er antizipierte bereits auch die Besetzung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers mit *Heuss* und *Adenauer*.[128]

In den Tagen nach der Wahl nahmen zahlreiche Politiker zum Wahlergebnis öffentlich Stellung. Ihre Auffassungen und Erwartungen bezüglich der künftigen Koalitionsbildung waren durchaus unterschiedlich und ließen die verschiedenen Richtungen innerhalb der Parteien und ihre Absichten erkennen. Am zurückhaltendsten war noch Konrad *Adenauer*, der zunächst vor allem eine Absage des deutschen Volkes an den Sozialismus konstatierte.[129] Andere Äußerungen, wie die des Generalsekretärs der Arbeitsge-

124 Nr. 3.

125 Nr. 1.

126 Nr. 2.

127 Nr. 7.

128 Nr. 4.

129 Nr. 5.

meinschaft der CDU/CSU, Bruno *Dörpinghaus*[130], oder wie die Ludwig *Erhards* und Hermann *Pünders*[131], stellten dagegen eindeutig eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP in Aussicht, während z. B. *Arnold*, *Gereke*, *Hilpert* und der Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, Josef *Gockeln*, mehr oder minder nachdrücklich für eine große Koalition votierten.[132] Angesichts dieser krassen Meinungsunterschiede versandte die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU – möglicherweise auf Veranlassung *Adenauers* – am 16. August ein Rundschreiben an die Landesverbände, das dazu aufforderte, mit Äußerungen zur Regierungsbildung zurückhaltend zu sein.[133]

Unterschiedlich waren ebenfalls die Erklärungen aus dem Lager der SPD. So gaben der hessische Ministerpräsident Christian *Stock* und die Berliner Bürgermeisterin Louise *Schroeder* zu erkennen, daß sie ein Zusammengehen von SPD und CDU wünschten.[134] Die offizielle Erklärung des Parteivorstandes am 15. August hingegen ging von der „Bildung eines Bürgerblocks" aus und kündigte die Oppositionsstellung der SPD bereits an.[135] Die in den Tagen darauf folgenden Stellungnahmen des Parteivorstandes und des Pressesprechers Fritz *Heine* ließen keinen Zweifel mehr daran, daß nach dem Willen des Parteivorsitzenden der Weg der SPD in die Opposition vorgezeichnet war.[136]

Auch die FDP gab in den Tagen nach der Wahl in der Öffentlichkeit kein einheitliches Bild ab. Während *Heuss* zwischen CDU/CSU und FDP keine „grundsätzlichen Gegensätze" sah, „die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten", und eine Zusammenarbeit mit der SPD aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms ausschloß[137], trat der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes, Thomas *Dehler*, mit der Forderung nach einer Koalition von CDU/CSU, SPD und FDP hervor.[138]

Entgegen *Adenauers* Wunsch traf der Ellwanger Kreis doch noch vor der Rhöndorfer Besprechung zusammen. Das Treffen wurde um einen Tag vorverlegt[139], und seine Teilnehmer reisten mit der Absicht nach Ellwangen, sich in der Koalitionsfrage innerhalb der südwestdeutschen CDU und der CSU auf eine gemeinsame Linie zu verständigen, um sich gegenüber dem norddeutschen CDU-Flügel behaupten zu können.[140] Das Ergebnis der Ellwanger Zusammenkunft, bei der durch die Absagen von *Altmeier*, Gebhard *Müller* und *Wohleb* drei gewichtige Politiker fehlten, die für eine große Koalition eintraten, entsprach dann jedoch nicht den in sie gesetzten Erwartungen der Teilnehmer. An der Koalitionsfrage schieden sich die Geister, und auch nach einer intensiven

130 Nr. 44, S. 123.

131 Nr. 6, Anm. 6.

132 Nr. 44, Anm. 3–6.

133 Nr. 10.

134 Nr. 42, Anm. 13 und 14.

135 Nr. 6.

136 Zusammenstellung dieser Äußerungen in Nr. 44, Anm. 2.

137 Nr. 14, Anm. 3.

138 Nr. 22 mit Anm. 10.

139 Nr. 8.

140 Nr. 9.

Diskussion ergab sich keine gemeinsame Plattform, so daß Beschlüsse nicht gefaßt wurden.[141]

So reiste *Ehard* nach dem Ende des Treffens am Nachmittag des 20. August zu seiner Verabredung mit *Adenauer* nach Frankfurt/M., ohne in irgendeiner Hinsicht gebunden zu sein. Der bayerische Ministerpräsident, in Ellwangen offensichtlich noch unsicher über den einzuschlagenden koalitionspolitischen Kurs, verständigte sich nun mit *Adenauer* auf eine Koalition nur mit der FDP und die Besetzung der Ämter des Bundeskanzlers, des Bundespräsidenten, des Bundestagspräsidenten, des Wirtschaftsministers und eines Ministers für die Ostgebiete und Flüchtlingsfragen mit *Adenauer*, *Heuss*, *Köhler*, *Erhard* und *Kaiser*. Die Bayern, durch Berichte ihres Bevollmächtigten beim Vereinigten Wirtschaftsgebiet, Johannes *von Elmenau*, beunruhigt, die den zirkulierenden Ministerlisten ein „ausgesprochen norddeutsches Gepräge" bescheinigten[142], meldeten im Anschluß hieran gegenüber *Adenauer* ihre Forderungen auf die Besetzung des Finanzministeriums und des Landwirtschaftsministeriums an, und sie brachten außerdem den Wunsch vor, daß maßgebliche Stellen (Staatssekretär oder Ministerialdirektor) im Innen- und Arbeitsministerium mit bayerischen Beamten zu besetzen seien. Nach den beiden überlieferten Berichten über dieses Gespräch gab *Adenauer* hierzu keine Stellungnahme ab; allein der abschließend vorgetragenen Absicht *Ehards*, das Amt des Bundesratspräsidenten zu übernehmen, stimmte er ausdrücklich zu.[143]

Die Rhöndorfer Konferenz am folgenden Tag leitete *Adenauer* – wie es seine Art war – mit einer ausführlichen Darlegung seines Standpunktes zur Koalitionsbildung ein. Nach seiner Auffassung bedingte allein schon die Fortsetzung der Frankfurter Wirtschaftspolitik, um die sich der Wahlkampf hauptsächlich gedreht habe, eine Koalition ohne die SPD, die im übrigen auch an einer Zusammenarbeit mit der CDU nicht interessiert sei. *Adenauer* forderte ein Zusammengehen mit der FDP und brachte gegen die Einbeziehung der DP Bedenken vor. In der anschließenden Diskussion meldeten sich *Adenauers* Parteigänger und Gegner zu Wort; erstere dominierten in der Aussprache, in der *Adenauer* immer wieder zu längeren Ausführungen das Wort ergriff. Hierbei unterstrich er insbesondere, daß auch auf dem kulturellen Gebiet der Abstand der Union zur SPD ein größeres Ausmaß habe als zur FDP. Eine Änderung gegenüber dem ursprünglich von *Adenauer* vertretenen Konzept trat nur insoweit ein, als nun doch – von mehreren Teilnehmern gefordert und auch von *Strauß* für die CSU unterstützt – eine Einbeziehung der DP ins Auge gefaßt wurde. Danach meldete *Adenauer* – ohne Widerspruch zu finden – seine Kandidatur für das Kanzleramt an und schlug *Heuss* als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor, gegen den sogleich Bedenken erhoben wurden.[144] Darüber hinaus hat offensichtlich auch die Besetzung des Amtes des Bundesratspräsidenten mit *Ehard* zur Debatte gestanden, ohne daß hierüber nähere Einzelheiten bekannt sind.[145]

Nach dem Ende der Aussprache gaben mehrere Teilnehmer, die alle zu den Gefolgsleuten *Adenauers* zählten, gegenüber der Presse über das Kommuniqué hinausgehende

141 Nr. 16.

142 Nrn. 11 und 15.

143 Nrn. 17a und b.

144 Nr. 18.

145 Dies geht hervor aus den Nrn. 26 und 27.

Auskünfte, so daß die Zeitungen am nächsten Tag ausführlich berichteten.[146] Obwohl das in Rhöndorf zusammengetretene Gremium keinerlei Legitimation für eine Entscheidung besaß, bestand in der Öffentlichkeit kaum ein Zweifel, daß die Würfel gefallen waren, und *Adenauers* Handeln und Auftreten in den folgenden Tagen waren hierfür nur noch eine Bestätigung.

Am 23. August stellte sich *Adenauer* der Presse. Hier begründete er die Absicht, eine Koalitionsregierung ohne die SPD zu bilden, wieder mit den gegensätzlichen Auffassungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, aber auch damit, daß das deutsche Volk endlich lernen müsse, wie eine Demokratie nach angelsächsischem Vorbild funktioniere, und daher eine starke Opposition notwendig sei. *Adenauer* dementierte Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und CSU und bestritt ebenfalls, daß der linke Flügel der Union gegen die Rhöndorfer Entscheidungen in Opposition stünde. Zur Begründung verwies er in diesem Fall auf eine Sitzung der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, der führende Mitglieder des linken Flügels angehörten (*Albers*, *Arnold* und *Gockeln*), vom selben Tag, in der ihm in „besonderer Weise das Vertrauen" ausgesprochen worden sei. Sodann berichtete er über die Rhöndorfer Besprechung und die dort gefallenen Personalentscheidungen (*Adenauer* für das Bundeskanzleramt, *Erhard* für das Wirtschaftsministerium) und referierte schließlich ablehnende Stellungnahmen aus der SPD zu einer Koalition mit der CDU. Auf die anschließenden Fragen der Journalisten reagierte er überlegen.[147]

Ebensowenig blieb *Adenauer* den Politikern eine Antwort schuldig, die sich in den Tagen nach der Rhöndorfer Konferenz brieflich an ihn wandten. *Hilpert* und Gebhard *Müller* beklagten sich über die Indiskretionen im Anschluß an die Rhöndorfer Besprechung, und *Müller* wandte sich darüber hinaus gegen die Einbeziehung der Besetzung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundesratspräsidenten in die Koalitionsverhandlungen.[148] *Kather* forderte die Errichtung eines Flüchtlingsministeriums und seine Besetzung mit einem CDU-Politiker[149] – aufgrund von Presseberichten legte er zwei Tage später Verwahrung dagegen ein, daß darüber bereits ohne Beteiligung der Vertriebenen verhandelt wurde[150] –, und Franz *Etzel*, Vorstandsmitglied der CDU Rheinland, sprach sich deutlich für *Adenauers* Kurs aus und betonte die Trennungslinie zwischen CDU und SPD.[151]

Am 25. August beantwortete *Adenauer* diese Briefe. *Hilpert* und Gebhard *Müller* ließ er wissen, daß auch er die Indiskretionen über die Rhöndorfer Konferenz bedauere, und Gebhard *Müller* bekam die Argumente zu hören, die für die Einbeziehung der Posten des Bundespräsidenten und des Bundesratspräsidenten in die Koalitionsverhandlungen sprachen.[152] *Kather* erteilte er eine Abfuhr[153], und *Etzel* ließ er eine knappe Mitteilung

146 Nr. 26, Anm. 4.

147 Nr. 25.

148 Nrn. 19 und 26.

149 Nr. 20.

150 Nr. 30.

151 Nr. 21.

152 Nrn. 33 und 34.

153 Nr. 36.

zukommen, daß *Arnold* einen „entscheidenden Vorstoß" auf eine große Koalition hin unternommen habe, der aber abgewehrt sei.[154]

Diese Bestrebungen *Arnolds* standen im Zusammenhang mit der Sitzung der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. und 26. August auf dem Rittersturz. Am Rande dieser Sitzung hatten die Ministerpräsidenten – wahrscheinlich vor allem auf Betreiben *Arnolds* – auch die Koalitions- und Regierungsbildung auf Bundesebene besprochen und in dieser Frage mehrheitlich eine große Koalition befürwortet. Die Resolution, die die Ministerpräsidenten am 26. August verabschiedeten, vermied jedoch Formulierungen, mit denen sich die Ministerpräsidenten eindeutig festlegten und die *Adenauers* Absichten ernstlich hätten gefährden können.[155] Die Ministerpräsidenten trugen damit der Tatsache Rechnung, daß zu diesem Zeitpunkt die Entwicklung in Richtung auf eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und DP schon weit fortgeschritten war und auch vom SPD-Vorstand erwartet und gefördert wurde.

Sehr viel beigetragen hierzu hatte Franz *Blücher*, der bis zum 25. August fast alle FDP-Landesverbände auf die Koalition mit der CDU/CSU und der DP festgelegt hatte.[156] Vorbehalte hiergegen gab es allein von seiten des Landesvorsitzenden von Bayern, Thomas *Dehler*, der sie aber Ende des Monats fallenließ.[157] Grundsätzliche Bedenken innerhalb der FDP gegen ein Zusammengehen mit Union und Deutscher Partei gab es hinfort nicht mehr. Zu Debatten kam es nur noch über Personalfragen, wobei in den letzten Augusttagen die Einwände gegen Anton *Storch*, der als Kandidat für das Arbeitsministerium im Gespräch war, besonders in den Vordergrund traten.[158]

Auch in der DP war inzwischen die Entscheidung für die Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit CDU/CSU und FDP gefallen. Die grundsätzliche Bereitschaft zum Mitmachen hatte *Hellwege* bereits kurz nach der Wahl verkündet.[159] Versuche aus Bayern, die DP in einen föderalistischen Block einzubinden, wurden von *Hellwege* gar nicht oder nur halbherzig aufgenommen.[160] Dagegen griff er zu, als *Blücher* und *Adenauer* eine Regierungsbeteiligung anboten.[161] Am 23. August führte er einen Beschluß des Gesamtdirektoriums seiner Partei herbei, der ihn ermächtigte, in Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer Regierung einzutreten, „deren Programm keine Verwässerung im sozialistischen Sinne enthält".[162]

Während eindeutig festzustellen ist, zu welchem Zeitpunkt nach der Wahl die Koalitionsbesprechungen zwischen *Blücher* und *Hellwege* und zwischen *Adenauer* und *Hellwege* begonnen haben, ist nicht mit letzter Sicherheit auszumachen, wann *Adenauer* und *Blücher* nach der Wahl erstmals zusammengetroffen sind. Während *Adenauer* betonte, daß er mit *Blücher* (und *Hellwege*) erst nach der Rhöndorfer Konferenz Kontakt aufgenom-

154 Nr. 35.

155 Nr. 35, Anm. 2 und 3.

156 Nr. 22.

157 Nr. 22 mit Anm. 10.

158 Nrn. 23, 28 und 37.

159 Nr. 29, Anm. 1.

160 Nr. 13 und Nr. 18, Anm. 40.

161 Nr. 22 mit Anm. 6 und Nr. 18, Anm. 13.

162 Nr. 29.

men habe[163], geht aus den Verlautbarungen *Blüchers* (und *Wellhausens*) hervor, daß es bereits vor dieser Konferenz zu Fühlungnahmen gekommen sein muß.[164] Mag daher die Frage nach dem Zeitpunkt des Beginns der Besprechungen zwischen *Adenauer* und *Blücher* über die Koalitionsbildung auch weiterhin unterschiedlich beantwortet werden können, so ist daran nicht zu deuteln, daß beide Politiker von Anfang an das gleiche Ziel verfolgten, ihr Vorgehen ohne gegenseitige Abstimmung kaum denkbar ist und die Absprachen über die gemeinsame Regierungsbildung am Ende des Monats August bereits so weit gediehen waren, daß an ihrem erfolgreichen Ausgang kaum noch gezweifelt werden konnte.

Dies tat auch Kurt *Schumacher* nicht. Schenkt man seinen Ausführungen Glauben, die er am 24. August gegenüber einem vertrauten Briefpartner in New York machte, so war er gar der Überzeugung, daß selbst in dem Fall, daß die SPD als stärkste Partei aus der Bundestagswahl hervorgegangen wäre, die „Entwicklung zum Bürgerblock" kaum hätte abgewendet werden können.[165] *Schumachers* Absicht, die SPD unter den gegebenen Umständen in die Opposition zu führen, schien in den Tagen nach der Wahl – sofern die Stimmung in Berlin als symptomatisch gelten kann – auf eine entsprechende Disposition an der Parteibasis zu treffen. Jedenfalls glaubte der Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, Willy *Brandt*, am 16. August bei den Genossen die Auffassung feststellen zu können, daß der Weg der SPD in die Opposition vorgezeichnet sei.[166] Die Übernahme der Oppositionsrolle war angesichts der Konstellation nach der Wahl auch für Fritz *Henßler* das naheliegende – allerdings verlangte er von *Schumacher* Verzicht auf eine vorzeitige Festlegung und Zurückhaltung in der Agitation gegenüber der CDU, um die Kluft zwischen der SPD und dem linken Flügel der CDU nicht zu vertiefen.[167] *Henßler* sah bei einer entgegenkommenden Haltung der SPD gegenüber diesem Flügel anscheinend noch Möglichkeiten, den „Bürgerblock" zum Scheitern zu bringen und die SPD innerhalb kurzer Zeit in die Regierung zu führen. Ähnliche Bestrebungen an der Basis konstatierte wenig später zu seiner eigenen Überraschung auch Willy *Brandt*, der am 22. August *Schumacher* berichtete, daß in einer Sitzung des Landesausschusses der Berliner SPD „ziemlich viele Genossen dafür sprachen, die eventuell vorhandenen Möglichkeiten einer Koalition voll auszuschöpfen".[168]

Alle innerparteilichen Bestrebungen und Spekulationen auf eine Aufweichung des strikten Abschottungskurses des Parteivorstandes gegenüber der CDU fanden jedoch mit der Sitzung des Parteivorstandes in Bad Dürkheim am 29. und 30. August ein Ende. *Schumacher* unterstrich in dieser Sitzung einleitend die Notwendigkeit, daß die SPD die Oppositionsrolle übernehmen müsse, und er lehnte die „Idee der nationalen Notgemeinschaft" ab. *Henßler* sprach dagegen, fand aber nur beim Bremer Bürgermeister Wilhelm *Kaisen* und beim Oberbürgermeister von Köln, Robert *Görlinger*, Unterstützung; alle übrigen standen auf seiten *Schumachers*.[169] Die Bundestagsfraktion der SPD schloß

163 Nr. 25 und Nr. 44, S. 93.

164 Nrn. 1, 22 und 37.

165 Nr. 32.

166 Nr. 12.

167 Nr. 14.

168 Nr. 24.

169 Nr. 42.

sich in ihrer konstituierenden Sitzung am 31. August der Entscheidung des Parteivorstandes an, wie *Schumacher* am selben Tag in einer ausführlichen Pressekonferenz der Öffentlichkeit mitteilte.[170] Das wiederum stärkte *Adenauers* Position gegenüber den nach wie vor nicht zum Schweigen gekommenen kritischen Stimmen innerhalb der eigenen Reihen.

So erreichten *Adenauer* Ende August zwei Briefe, deren Absender ihre Sorgen über den bisherigen Verlauf der Koalitionsverhandlungen nicht verhehlten. Der Direktor der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans *Schlange-Schöningen*, und der Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Hermann Joseph *Schmitt*, versuchten, mit unterschiedlichen Argumenten *Adenauer* zu bewegen, doch noch einen Versuch zu machen, mit der SPD eine Verständigung zu erzielen.[171] Die Antworten *Adenauers* erfolgten sogleich. Während er auf *Schlanges* sachliche Argumente nicht einging und sich mit zwei ironischen Sätzen begnügte[172], setzte er sich mit *Schmitts* Schreiben ausführlich auseinander und wies vor allem dessen Ansichten über die SPD zurück.[173]

Kein Dissens bestand dagegen zwischen *Adenauer* und dem Unternehmerflügel der Union, wie ein Brief des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wilhelm Alexander *Menne*, erhellt.[174] In diesen Kreisen wurde eine große Koalition strikt abgelehnt und eine Fortsetzung der Frankfurter Wirtschaftspolitik ohne jegliche Abstriche gefordert. Die Zusammenarbeit mit der FDP war damit vorgegeben, in deren Reihen es auch wieder die Unternehmer waren, mit denen sich *Blücher* im besonderen Maße einig wußte.[175]

Trotz des schon fortgeschrittenen Stadiums der Koalitionsverhandlungen gab es Ende August vor allem in der CDU/CSU noch genügend Unwägbarkeiten, die *Adenauer* ein vorsichtiges Taktieren nahelegten. Sorgen bereitete ihm die Haltung des CSU-Vorsitzenden, der – über die ihm zugespielten Informationen über den Gang der Verhandlungen[176] nicht besonders erfreut – auch öffentlich auf Distanz zu *Adenauer* ging. In einer Presseerklärung am 30. August stellte er fest, daß er Bindungen irgendwelcher Art nicht anerkenne, solange die maßgeblichen Gremien nicht gesprochen hätten. Außerdem meldete er bayerische Forderungen bei der Besetzung der Ministerposten an und ließ endlich die Meinung durchscheinen, daß er eine Verständigung mit der SPD nicht grundsätzlich ablehne.[177] Diese Presseerklärung legt die Vermutung nahe, daß die Kritik seiner südwestdeutschen Ministerpräsidentenkollegen an seiner Absprache mit *Adenauer* bei *Ehard* nicht ohne Wirkung geblieben ist[178] und er bestrebt war, mit ihnen wieder Übereinstimmung herzustellen. Die Formulierungen der Erklärung waren allerdings

170 Nr. 45.

171 Nrn. 39 und 40.

172 Nr. 46.

173 Nr. 47.

174 Nr. 48.

175 Nrn. 23 und 49.

176 Nrn. 31 und 37.

177 Nr. 43.

178 Nrn. 27 und 41.

so gewählt, daß sie *Ehard* nach jeder Richtung hin freie Hand ließen – er hielt sich letztlich bedeckt in der Hoffnung, damit für sich und Bayern die größten Vorteile erzielen zu können.

Die Entscheidung über die endgültige Marschroute der Union mußte in zwei Sitzungen fallen, die am 31. August und 1. September stattfanden. Am 31. August kamen in Bonn die Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten, Minister und Landtagspräsidenten der CDU/CSU in den drei Westzonen zusammen, und einen Tag später fand die konstituierende Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. In beiden Sitzungen übernahm *Adenauer* von Beginn an den Vorsitz und leitete sie beide mit ausführlichen Referaten ein, in denen er seine Sicht der Entwicklung seit der Bundestagswahl schilderte und hervorhob, daß eine Koalition mit der FDP und DP sowohl von der zahlenmäßigen Seite her als auch unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Übereinstimmungen – im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik und die Beurteilung der entscheidenden kulturellen Fragen – für die Durchsetzung der Politik der CDU/CSU bessere Voraussetzungen schaffe als eine Koalition mit der SPD.[179]

Der Verlauf der Aussprache am 31. August zeigte sodann sehr schnell auf, daß die Waagschale seit Rhöndorf noch stärker zu Gunsten *Adenauers* gesunken war. *Gereke* und *Simpfendörfer*, die noch in Rhöndorf für eine große Koalition gesprochen hatten, signalisierten nun ihr Einschwenken auf die Linie *Adenauers*, und auch *v. Brentano*, *Hilpert* und ihr Kollege aus dem Vorstand der CDU Hessen, Josef *Arndgen*, die weiterhin für ernsthafte Koalitionsgespräche mit der SPD eintraten, taten sich angesichts der in Bad Dürkheim gefallenen Beschlüsse schwer, ihre Position zu begründen und aufrechtzuerhalten. Die Argumente der Anhänger des *Adenauer*-Kurses, auch zahlenmäßig deutlich in der Überzahl, vermochten unter den gegebenen Bedingungen stärker zu überzeugen, so daß das Meinungsbild am Ende der Aussprache eindeutig für *Adenauer* sprach. Allerdings ließ bereits die Diskussion in diesem Kreis erkennen, daß sein Vorschlag, *Heuss* als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl zu nominieren, innerhalb der CDU/CSU mehr Widerstand als Zustimmung fand.

Der Verlauf der Fraktionssitzung am folgenden Tag bestätigte das Meinungsbild vom 31. August. Angesichts der Äußerungen von *Schumacher* in der Pressekonferenz am Abend dieses Tages[180] gab es niemanden mehr, der für eine Koalitionsregierung mit der SPD sprach. Die Fraktion billigte gegen eine einzige Stimme *Adenauers* Bericht über seine bisherigen Verhandlungen mit FDP und DP, und sie beauftragte den Fraktionsvorstand, die Verhandlungen fortzuführen. Widerstand gab es jedoch, als *Adenauer* die Wahl dieses Fraktionsvorstandes vertagen wollte. Gegen seinen Willen erfolgte diese noch in der konstituierenden Sitzung, wobei allerdings offensichtlich wurde, welche Schwierigkeiten es der Fraktion machte, die verschiedenen Gruppen und Interessen auf einen Nenner zu bringen. Gleichzeitig demonstrierte *Adenauer* in dieser Situation sein Geschick als Diskussionsleiter, und er führte der Fraktion vor Augen, wie unentbehrlich sie der Führung bedurfte. Es war beinahe schon selbstverständlich, daß der Fraktionsvorsitz bei der Wahl des Fraktionsvorstandes an *Adenauer* fiel, auf dessen Veranlassung die Fraktion sodann auch eine Resolution beschloß, die die SPD für das Scheitern einer Zusammenarbeit der beiden großen Parteien verantwortlich machte. Die Kandidatur *Adenauers* für

179 Hierzu und zum folgenden die Nrn. 44 und 50.

180 Nr. 45.

das Amt des Bundeskanzlers war innerhalb der Fraktion unbestritten, der Vorschlag hingegen, *Heuss* zum Bundespräsidenten zu wählen, stieß auf so heftige Ablehnung, daß die Entscheidung hierüber vertagt werden mußte.

Im Anschluß an die Fraktionssitzung gab *Adenauer* der Presse die Beschlüsse der Fraktion bekannt. Bei der Beantwortung der daraufhin an ihn gestellten Fragen der Journalisten erwies er sich erneut als ein Meister darin, alle Fragen schlagfertig und witzig zu parieren und in den meisten Fällen eine inhaltliche Stellungnahme zu vermeiden.[181]

Die Entscheidungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September wurden auch von dem bis zuletzt am heftigsten opponierenden Landesverband Hessen akzeptiert, wenngleich dort zunächst eine kritische Einstellung gegenüber *Adenauer* dominant blieb.[182] Auch die führenden CDU-Politiker der französischen Zone, voran Ministerpräsident *Altmeier*, waren mit dem Ergebnis der Fraktionssitzung am 1. September nicht zufrieden, da kein Vertreter der französischen Zone in das Präsidium der Fraktion gewählt worden war und sie außerdem befürchteten, daß *Adenauer* „die französische Zone bei der Zusammensetzung des Kabinetts vollständig zu übergehen" gedachte.[183] Zu Mißstimmungen gegenüber *Adenauer* kam es schließlich am 5. September ebenfalls wieder im linken Flügel der CDU, als der Vorschlag von Johannes *Albers*, den nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Josef *Gockeln* als Kandidaten der Union für die Wahl zum Bundestagspräsidenten zu präsentieren, unter tatkräftiger Mithilfe *Adenauers* von der Fraktion abgelehnt und Erich *Köhler* nominiert wurde.[184]

Adenauer maß diesen Vorgängen jedoch offensichtlich keine große Bedeutung bei und ließ sich nicht davon abbringen, die Entscheidung über die Personalfragen nach seinen Vorstellungen voranzubringen. Die größten Widerstände in der CDU/CSU-Fraktion gab es nach wie vor gegen *Heuss'* Wahl zum Bundespräsidenten. Sie versuchte *Adenauer* nun damit durchzusetzen, indem er auch die Wahl des Bundesratspräsidenten in das Koalitionspaket schnürte. Gegenüber der Fraktion argumentierte er am 6. September, daß die Wahl von *Ehard* zum Bundesratspräsidenten nur gewährleistet sei, wenn auch die FDP im Bundesrat für *Ehard* stimme. Hierzu sei aber diese nur unter der Voraussetzung bereit, daß die CDU/CSU ihrerseits für *Heuss* als Bundespräsidenten votiere. In der Fraktion führte dieser Vorschlag zu heftigen Auseinandersetzungen, die *Adenauer* in der Hinsicht erfolgreich bestand, als er die Verabschiedung eines Beschlusses durchsetzte, der den Fraktionsvorstand ermächtigte, in den Koalitionsbesprechungen mit der FDP auch über die Kandidatur *Heuss* zu verhandeln.[185] Dagegen glitt *Adenauer* die Entscheidung über die Wahl des Bundesratspräsidenten aus den Händen, und sein großer Widersacher *Arnold* konnte für einen Augenblick triumphieren.

Dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten war nicht entgangen, daß alle seine Ministerpräsidentenkollegen der Kandidatur *Ehards* für das Amt des Bundesratspräsidenten mit einiger Distanz gegenüberstanden. Die Ministerpräsidenten aus der französischen Zone verübelten ihm, daß er diese Kandidatur nicht mit ihnen abgesprochen und

181 Nr. 51.

182 Nr. 55.

183 Nrn. 52, 53 und 54.

184 Nr. 59.

185 Nr. 61.

sich hinter ihrem Rücken mit *Adenauer* verständigt hatte.[186] Die SPD-Ministerpräsidenten hegten Vorbehalte gegen *Ehard*, weil seine Wahl eine Unterstützung der gegen sie betriebenen Koalitionsbildung bedeutet hätte.[187] Dabei erhielten sie Unterstützung durch *Schumacher*. Auf einem kleinen Parteitag der SPD am 6. September, der die Entscheidung von Bad Dürkheim sanktionierte, sprach er sich gegen die Wahl *Ehards*, „den Neinsager zum Grundgesetz", aus und bezeichnete als geeigneten Kandidaten *Arnold*.[188] Unsicher war schließlich auch die Haltung des Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Reinhold *Maier* (DVP), der einer Regierung aus CDU, SPD und DVP vorsaß und zunächst einer Entscheidung auswich und sie von der Gesamtsituation in Bonn abhängig machen wollte.[189]

Angesichts dieser Ausgangslage besorgte sich *Arnold* die Unterstützung der Mehrheit seiner Ministerkollegen im nordrhein-westfälischen Kabinett für seine eigene Kandidatur und meldete seinen Anspruch in einer Vorbesprechung der Ministerpräsidenten am Nachmittag des 6. September in Unkel an.[190] *Adenauer*, der auf diese Vorgänge erst kurz vor Beginn der Sitzung hingewiesen worden war, versuchte *Arnold* zu einer Rücknahme seiner Kandidatur zu bewegen.[191] Erfolg hatte er damit ebensowenig wie die CDU-Ministerpräsidenten aus der französischen Zone, die anscheinend mehrere Gespräche führten, die dazu dienen sollten, *Ehards* Wahl doch noch zustande zu bringen. Als dies scheiterte, entschlossen sie sich, *Arnolds* Wahl zu unterstützen.[192]

Am 7. September wurde *Arnold* auf Vorschlag *Altmeiers* vom Bundesrat zu seinem ersten Präsidenten gewählt. *Ehard* veröffentlichte daraufhin eine scharfe Presseerklärung[193], und die CSU drohte mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft. *Schäffer* gelang es indessen, die Gemüter wieder zu beruhigen und damit die Auswirkungen von *Arnolds* Querschuß in Grenzen zu halten.[194] Die Verhandlungen über die personelle Zusammensetzung und das Programm einer Regierung aus CDU/CSU, FDP und DP konnten fortgesetzt werden – allerdings nunmehr mit erhöhten Ansprüchen der CSU auf Berücksichtigung bei der Ämtervergabe im Kabinett.

Die ersten offiziellen Verhandlungen über die Zusammensetzung des Kabinetts hatten am Nachmittag des 6. September stattgefunden. Sie führten im wesentlichen zu einer Bestätigung der zuvor getroffenen informellen Absprachen zwischen *Adenauer*, *Blücher* und *Hellwege*. Danach sollten das Innen-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Arbeits- und ein Vertriebenen- und Ostministerium an die Union fallen, der zusätzlich auch noch die Besetzung des Ministeriums für das Post- und Fernmeldewesen mit einem bayerischen Politiker zugestanden wurde. *Adenauers* Kandidaten für diese Ministerien waren Heinrich *Weitz*, Ludwig *Erhard*, Karl *Müller*, Anton *Storch*, Jakob *Kaiser* und Hans *Schu-*

186 Nr. 27.

187 Nr. 63.

188 Nr. 62.

189 Nr. 60.

190 Nr. 63.

191 Nr. 65, S. 294.

192 Nr. 63. Zum Ablauf der Vorbesprechungen auch Nr. 67.

193 Nr. 64.

194 Nr. 65, S. 287.

berth. Die Minister für Justiz und für Aufbau oder Wohnungsbau sollte die FDP stellen, ebenso den Stellvertreter des Bundeskanzlers. Für diese Posten kamen in Betracht Thomas *Dehler*, Eberhard *Wildermuth* und Franz *Blücher*. Für die Besetzung durch DP-Politiker waren das Verkehrsministerium und ein Ministerium ohne Portefeuille, das die Beziehungen der Bundesregierung zum Bundesrat wahrnehmen sollte, vorgesehen. Die Ministerkandidaten waren Hans-Christoph *Seebohm* und Heinrich *Hellwege*. Heftig umstritten war die Frage, wer Finanzminister werden sollte. FDP und CSU reklamierten beide dieses Ministerium für sich. Die FDP nannte als ihre Kandidaten den ehemaligen preußischen Finanzminister Hermann *Höpker Aschoff* und Franz *Blücher*, die CSU Hans *Ringelmann*, Staatsrat im bayerischen Finanzministerium, und Fritz *Schäffer*.[195]

Dieses Personaltableau, zu dem auch noch die Besetzung der Ämter des Bundespräsidenten und des Bundesratspräsidenten mit *Heuss* und *Ehard* gehörte, stieß allerdings in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Widerstand. Als am 7. September die Kandidatur von *Ehard* zum Bundesratspräsidenten scheiterte, blieb *Adenauer* keine andere Wahl, als die Diskussion über die Postenverteilung erneut aufzunehmen. Den Anspruch der CDU/CSU-Fraktion, hieran maßgeblich mitzuwirken, wies *Adenauer* zurück, da er aus der Stellung und der Verantwortung, die das Grundgesetz dem Bundeskanzler zuweist, die Entscheidungsbefugnis des Kanzlerkandidaten bei der Auswahl seiner wichtigsten Mitarbeiter ableitete.[196] Aber obwohl es ihm gelang, die Fraktion zunächst in die Schranken zu verweisen, war seine Lage schwierig.

Die FDP ließ ihn wissen, daß ihre Beteiligung an der Koalition an die Wahl von *Heuss* zum Bundespräsidenten gebunden bleibe und sie außerdem auf der Besetzung des Finanzministeriums durch einen FDP-Mann bestehen müsse.[197] Diese Forderung hielt wiederum die CSU für unerfüllbar, da sie nach der Niederlage *Ehards* die Überlassung des Finanzministeriums an die CSU als unbedingt erforderlich betrachtete.[198]

Den Anspruch der CSU machte sich *Adenauer* in den weiteren Besprechungen mit der FDP zu eigen, und er verlangte von *Blücher*, nicht länger auf das Finanzministerium zu reflektieren. Statt dessen bot er der FDP an, ein ERP-Ministerium einzurichten, das er mit *Blücher* besetzen wollte, der zugleich als Stellvertreter des Kanzlers fungieren sollte. Außerdem gestand *Adenauer* der FDP zu, den Justizminister zu stellen, allerdings mit der Auflage, daß der CDU-Politiker und Direktor des Frankfurter Rechtsamtes, Walter *Strauß*, zum Staatssekretär ernannt würde. Dieses Angebot hielt die FDP jedoch nicht für ausreichend, und sie verlangte zusätzlich noch die Besetzung des Wohnungsbauministeriums mit einem Mann aus ihren Reihen.[199] Bei diesem Stand erfolgte eine Vertagung der Koalitionsverhandlungen, weil zunächst die Wahl des Bundespräsidenten anstand.

Einen Tag vorher, am 11. September, war die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zusammengetreten, um sich erneut mit dem Thema Bundespräsidentenwahl zu befassen. Nach wie vor stieß die Kandidatur von *Heuss* bei einer starken Gruppe der Fraktion auf Ablehnung. Von einigen Mitgliedern wurde als geeigneter Kandidat der Union für das zur

195 Nr. 58 und Nr. 68, S. 319.

196 Nr. 65, S. 292.

197 Nr. 66.

198 Nr. 68, S. 319f.

199 Ebenda.

Diskussion stehende Amt *Schlange-Schöningen* ins Spiel gebracht, dessen Kandidatur auf den ersten Blick nicht chancenlos erschien, da es zeitweise so aussah, als ob auch die SPD, die überparteiliche Kandidaturen abgelehnt hatte, gegebenenfalls für ihn stimmen würde. Auf diesen Vorschlag war *Adenauer* jedoch vorbereitet. Er erhielt die Zusage der CSU und DP, daß sie *Schlange* nicht wählen würden. Da dieser auch nicht mit den Stimmen der FDP rechnen konnte, bedeutete dies, daß seine Nominierung durch die CDU zu einem Auseinanderfallen der Koalition in der Bundespräsidentenwahl führen und die SPD in eine Schlüsselposition gebracht würde. Unter diesen Voraussetzungen konnte die Kandidatur *Schlanges* in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion keine Mehrheit finden.[200] Auch die um die Wahlmänner aus den Länderparlamenten vergrößerte Fraktion sprach sich am Nachmittag des 11. September mehrheitlich für *Heuss* aus.[201] Die Nominierung *Schumachers* durch die SPD zu ihrem Kandidaten vergrößerte die Chancen, daß sich auch die gegen *Heuss* stehende Minderheit schließlich für seine Wahl entscheiden würde. Dies geschah am folgenden Tag im ersten Wahlgang noch nicht in ausreichendem Maße, wohl aber im zweiten, in dem *Heuss* 416 Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit gewählt war.[202]

Adenauer zog aus der nicht geschlossenen Stimmabgabe der Koalition für *Heuss* seine Schlüsse. Er befürchtete, daß bei der Kanzlerwahl ähnliches geschehen würde, und er sah damit bei den knappen Mehrheitsverhältnissen seine Aussichten, bereits im ersten Wahlgang zum Kanzler gewählt zu werden, gefährdet. *Adenauer*, der in einer früheren Phase der Koalitionsbildung schon einmal Fühlung mit dem Zentrum aufgenommen hatte[203], ventilierte nun die Möglichkeit, die Koalition durch Aufnahme der Bayernpartei zu erweitern. Als er dieses Thema in der CDU/CSU-Fraktion am 14. September zur Sprache brachte, rief er damit den Protest der CSU-Abgeordneten hervor.[204] *Adenauer* hielt zunächst dennoch die Verbindung zur Bayernpartei aufrecht, da er von einem Offenhalten der Frage nach ihrer Beteiligung an der Koalition günstige Auswirkungen auf die Stimmabgabe ihrer Abgeordneten bei der Kanzlerwahl erwartete.[205]

Mit dem Stand der Verhandlungen war zu diesem Zeitpunkt keine der Koalitionsparteien zufrieden. Innerhalb der CDU fühlten sich nach wie vor die Vertreter der französischen Zone bei der Verteilung der Ministersessel nicht genügend berücksichtigt[206], und auch der evangelische Flügel glaubte seine Interessen nicht gebührend gewahrt. Er verlangte daher von *Adenauer* in der Fraktionssitzung am 14. September nachdrücklich die Berufung von Gustav *Heinemann*, den Präses der Generalsynode der EKD, der sich gegenüber *Adenauer* bereits Anfang September als Sprecher der Protestanten in der Union zu Wort gemeldet hatte[207], zum Innenminister.[208] Darüber hinaus führten Gerüchte über

200 Nr. 68.

201 Nr. 68, Anm. 52.

202 Nr. 69.

203 Nrn. 38 und 57.

204 Nr. 71, S. 368f., 380.

205 Nr. 74, S. 415.

206 Nr. 70.

207 Nr. 56.

208 Nr. 71, S. 392f.

Einwirkungsversuche des Bundespräsidenten auf die Zusammensetzung des Kabinetts zu Irritationen in der Fraktion, die nun gegenüber *Adenauer* erneut den Anspruch erhob, vor seiner Wahl zum Bundeskanzler über die Namen der Minister informiert zu werden. Angesichts der erregten Stimmung kam *Adenauer* dem Wunsch insoweit nach, als er mitteilte, daß nach wie vor das Finanzministerium umstritten sei, er aber nicht daran denke, dieses Ressort der FDP zu überlassen.[209]

Auch FDP und DP waren bestrebt, vor der Kanzlerwahl von *Adenauer* feste Zusagen über Zusammensetzung und Programm des Kabinetts zu erlangen, um sich so rechtzeitig eine „starke Position im Kabinett" zu sichern.[210] Den Ansprüchen und Forderungen aus den Koalitionsparteien begegnete *Adenauer* mit dem Versuch, die Verhandlungen bis nach der Kanzlerwahl zu vertagen, was ihm jedoch nicht gänzlich gelungen ist.

Hellwege sandte ihm am 14. September einen Brief, der die Programmpunkte enthielt, von deren schriftlicher Zustimmung durch *Adenauer* er die Entscheidung der DP-Fraktion bei der Kanzlerwahl abhängig machte.[211] Die Antwort *Adenauers* erfolgte noch am selben Tag und fiel bis auf einen Punkt zustimmend aus.[212]

Zugestehen mußte *Adenauer* entgegen seinem ursprünglichen Willen auch ein weiteres Koalitionsgespräch am Abend des 14. September. Hierin kam es erneut zu langwierigen Diskussionen über das Finanzministerium, über die Errichtung eines eigenständigen Sozialministeriums und über die Person des Innenministers.[213] Entscheidungen fielen jedoch nicht, so daß *Adenauer* am 15. September mit deutlicher Ironie feststellen konnte, daß die Regierungsfraktionen „in die traurige Notwendigkeit" versetzt seien, „den Bundeskanzler wählen zu müssen, ehe die Koalitionsverhandlungen völlig abgeschlossen sind".[214]

Adenauer hatte Glück – ihm gelang die Wahl zum Bundeskanzler bereits im ersten Wahlgang.[215] Allerdings fiel das Ergebnis denkbar knapp aus. Da ihm fünf Abgeordnete der Koalitionsfraktionen ihre Stimme verweigerten, blieb es einem Abgeordneten der Bayernpartei vorbehalten, *Adenauers* Wahl im ersten Wahlgang sicherzustellen.[216]

Sogleich nach der Wahl *Adenauers* zum Bundeskanzler wurden die Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Sie drehten sich zunächst um die Frage, ob es nicht möglich sei, die bisher vorgesehene Zahl der Bundesministerien zu reduzieren. Im Hinblick hierauf diskutierten die Delegationen ausführlich darüber, ob sich nicht für gewisse Aufgaben die Errichtung von Bundesämtern empfehlen würde oder aber die Einrichtung ständiger Staatssekretariate innerhalb der klassischen Ministerien in Erwägung zu ziehen sei.[217] Die Verhandlungen verliefen schleppend[218] und litten darunter, daß FDP und DP daran

209 Nr. 71, S. 374.

210 Nr. 76.

211 Nr. 72.

212 Nr. 73.

213 Nr. 74, S. 413f., und Nr. 76.

214 Nr. 74, S. 412.

215 Nr. 77.

216 Nr. 78, Anm. 5, und Nr. 79.

217 Nr. 78, S. 430–437.

218 Nr. 81.

festhielten, die Besetzung von drei bzw. zwei Ministerien durch Politiker ihrer Couleur zu verlangen.[219] So konnten die Bestrebungen zur Verringerung der Zahl der Ministerien am Nachmittag des 16. September als gescheitert gelten, und das Interesse richtete sich wieder auf die Lösung der noch offenen Personalfragen.[220]

Über die Besetzung des Innenministeriums hatte *Adenauer* bereits am Nachmittag des 15. September mit *Heinemann* gesprochen und dabei festgestellt, daß *Heinemann* auf einen Platz im Kabinett drängte.[221] *Adenauer* konnte sich jedoch noch nicht dazu durchringen, diesem Drängen nachzugeben, und er stellte eine Entscheidung zurück.[222]

Der Bundeskanzler befaßte sich zunächst erst einmal mit der Besetzung des Finanzministeriums. Am 16. September zeichnete sich ab, daß mit der Nominierung *Schäffers* zu rechnen war[223] und der FDP dafür nun doch das Ressort für Wohnungsbau, das *Wildermuth* übernehmen sollte, als drittes Ministerium zugestanden wurde.[224] Außerdem ergaben die Besprechungen dieses Tages, daß für das Vertriebenenministerium, das nicht mehr mit dem Ostministerium, das nun die Bezeichnung „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen" erhielt, vereint sein sollte, der Leiter des Amtes für Heimatvertriebene in Frankfurt/M., Hans *Lukaschek*, als einziger Anwärter zu gelten hatte.[225]

Der 17. September brachte über die Besetzung des Finanzministeriums mit *Schäffer* und des Wohnungsbauministeriums mit *Wildermuth* die Entscheidung.[226] Offen blieb dagegen immer noch, welche Politiker das Innen-, das Arbeits- und das Landwirtschafts- und Ernährungsministerium leiten sollten. Für das Innenministerium favorisierte *Adenauer* am 17. September vor der CDU/CSU-Fraktion Robert *Lehr*, ohne hierfür einmütige Zustimmung zu finden, so daß die Aussprache ohne Beschluß beendet wurde.[227] Genausowenig fiel an diesem Tag eine Entscheidung über die Besetzung des Arbeits- und Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums.

Mit letzterem beschäftigte sich die CDU/CSU-Fraktion ausgiebig in ihren Sitzungen am 18. und 19. September. *Adenauers* Kandidat Karl *Müller* lehnte sie ab, sie war aber andererseits offensichtlich nicht in der Lage, eine Mehrheit für einen eigenen Kandidaten zustande zu bringen. Dies vermochte sie aber am 19. September bezüglich des Innenministers, als sie sich einmütig für *Heinemann* erklärte.[228]

Hierauf entschied *Adenauer* am Abend des 19. September, *Heinemann* zum Innenminister, *Storch* zum Arbeitsminister und *Müller* zum Landwirtschafts- und Ernährungsminister vorzuschlagen.[229] Die Nominierung von *Storch* war allerdings mit der Auflage ver-

219 Nr. 83, S. 443.

220 Ebenda.

221 Nr. 75.

222 Nr. 79.

223 Nrn. 79 und 80.

224 Nr. 82 und Nr. 83, S. 443f.

225 Nr. 83, S. 443f.

226 Nr. 83, S. 443, 451.

227 Nr. 83, S. 444–450.

228 Nr. 83, Anm. 37.

229 Nrn. 84 und 85.

bunden, daß Maximilian *Sauerborn* als Staatssekretär in das Arbeitsministerium eintrat.[230] Zur Bestimmung von Staatssekretären war es zu diesem Zeitpunkt bereits auch für das Justiz- und Innenministerium gekommen, in die die Unionspolitiker Walter *Strauß* und Hans Ritter *von Lex* einziehen sollten.[231]

Die Auseinandersetzungen über die Zusammensetzung des Kabinetts waren jedoch auch nach der Absendung der Ministerliste an den Bundespräsidenten noch nicht abgeschlossen. Karl *Müller* erklärte angesichts der Widerstände innerhalb der CDU/CSU-Fraktion und der Bauernverbände seinen Verzicht auf die Kandidatur[232], und gegen *Storch* machte die FDP-Fraktion weiterhin entschieden Front.[233] Dank einer Intervention von *Heuss* lenkte die FDP am Morgen des 20. September jedoch ein, so daß der Berufung von *Storch* nichts mehr im Wege stand.[234] Anstelle von *Müller* wurde der Stellvertreter des Direktors für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Frankfurt/M., Wilhelm *Niklas*, in das Kabinett berufen, so daß ein weiterer CSU-Politiker zum Minister aufstieg. Eine Verbesserung ihres Personalbestandes innerhalb der Regierung erzielte schließlich auch noch die DP, indem sie von *Adenauer* die Zusage erwirkte, daß ihr das Vorschlagsrecht für den Posten des Staatssekretärs im Landwirtschafts- und Ernährungsministerium zustand.[235]

Am 20. September nahm das erste Kabinett *Adenauer* mit einem dicht gedrängten Programm seine Arbeit auf. Bereits an diesem ersten Tag trat das Kabinett zu zwei Sitzungen zusammen, und *Adenauer* gab vor dem Bundestag seine Regierungserklärung ab.[236] Das Kabinett war sich offensichtlich der Dringlichkeit und Größe seiner Aufgaben bewußt, und es war entschlossen, die anstehenden schwierigen Probleme zu lösen. In diesem Bewußtsein schloß *Wildermuth* den Brief an seine Frau, in dem er ihr über den Ablauf des ersten Tages der Regierung *Adenauer* berichtete, mit den Worten: „Es soll etwas werden."[237]

230 Nr. 84.

231 Nr. 83, S. 443, und Nrn. 79 und 80.

232 Nr. 85, Anm. 2.

233 Nr. 86.

234 Nr. 86 mit Anm. 3.

235 Nr. 87.

236 Nr. 88.

237 Ebenda.

Einrichtung der Edition

A. Zur Edition

Die Einrichtung der Edition richtet sich nach den Grundsätzen, die für die Gestaltung der bisherigen Bände der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" maßgebend waren. Die fortlaufend numerierte Dokumentenabfolge wird grundsätzlich durch die Chronologie bestimmt. Tragen verschiedene Quellenstücke dasselbe Datum, so ist in den Fällen, in denen die Quellen Angaben über die Tageszeit enthalten, dies berücksichtigt worden. Ansonsten fiel die Entscheidung über die jeweilige Einordnung in aller Regel aufgrund formaler Kriterien: Umfängliche und gewichtige Dokumente erhielten den Vorrang vor kurzen und inhaltsärmeren; Aktenstücke, die die Vorgänge auf seiten der werdenden Koalition beleuchten, gehen den Archivalien voraus, die die Auffassungen und Entscheidungen innerhalb der SPD dokumentieren. Durchbrochen wurde dieses Prinzip allerdings dann, wenn inhaltliche Zusammenhänge dies nahelegten. In einem Fall, in dem über eine Besprechung zwei verschiedene Aufzeichnungen abgedruckt sind, tragen beide Dokumente dieselbe Nummer; die Unterscheidung erfolgt durch die angehängten Buchstaben a und b.

An der Spitze eines jeden Dokumentes stehen zwei Kopfregesten. Das erste Regest beginnt mit dem Datum, kennzeichnet das Schriftstück (Stenographische Niederschrift, Aufzeichnung, Erklärung etc.), nennt – sofern bekannt – den Verfasser und gibt schließlich den jeweiligen Gegenstand an (Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, Beratungen führender CDU/CSU-Politiker in Rhöndorf etc.). Bei Briefen entfällt eine Kennzeichnung, und es werden nach dem Datum lediglich Absender und Empfänger genannt, an die sich jeweils der Absende- bzw. Empfangsort in runden Klammern anschließt. Für die chronologische Einordnung der Briefe gilt das Absendedatum, bei Aufzeichnungen und Niederschriften ist das Datum des dokumentierten Vorganges maßgebend. Ist dieses nicht mit dem Tag der Ausarbeitung der Aufzeichnung identisch, so wird darauf in einer Anmerkung hingewiesen. Die im ersten Kopfregest genannten Personen werden mit Vor- und Zunamen und ihren jeweils politisch relevanten Funktionen aufgeführt. Bei Ämterhäufung erfolgte eine Beschränkung auf die beiden wichtigsten. Parteibezeichnungen werden in den Abkürzungsformen wiedergegeben, da eine andere Regelung die Übersichtlichkeit des ersten Kopfregestes zu sehr beeinträchtigt hätte.

Das zweite Kopfregest nennt den Archivfundort und die Bestandsbezeichnung bzw. den Nachlaß mit der jeweiligen Bandnummer. Bei einigen Dokumenten werden zwei Fundorte angegeben. In diesen Fällen beziehen sich die anschließenden Qualifikationsangaben auf das erste Quellenstück. Sofern hier nichts anderes vermerkt ist, handelt es sich um maschinenschriftliche Originale. Ansonsten wird unterschieden zwischen Abschrift, Durchschlag, Handschreiben, Handschrift, Stenogramm, Telegramm und vervielfältigtem Exemplar. Hierauf folgen Hinweise auf Vermerke, Korrekturen und Paraphen, bei Sitzungen und Besprechungen, deren zeitliche Dauer in der Vorlage genannt ist, die Angabe der Beginn- und Schlußzeit. In den Fällen, in denen Dokumente bereits an anderer Stelle abgedruckt worden sind, befindet sich am Ende des zweiten Kopfregestes eine hochgestellte Ziffer, unter der am Fußende des Dokumentes die genaue Angabe des Druckortes zu finden ist; außerdem ist das jeweilige Dokument selbst, sofern der vorherige Abdruck vollständig war, durch eine kleinere Schrifttype kenntlich gemacht.

Bei eigenhändig unterzeichneten Schriftstücken wird der Namenszug unter dem Text gemäß der Vorlage wiedergegeben. Liegen Abschriften und vervielfältigte Exemplare vor, die keine eigenhändige Unterschrift tragen, dann findet sich der Zusatz „gez." Bei paraphierten Schriftstücken werden die Paraphen zum Namen ergänzt und dabei die Ergänzung durch [. . .] kenntlich gemacht.

Bis auf wenige Ausnahmen sind alle Schriftstücke vollständig abgedruckt. In den Fällen, wo dies nicht geschehen ist, handelt es sich bei den Nummern 42, 58 und 60 um Niederschriften von Sitzungen, in denen auch Fragen behandelt werden, die das Thema dieser Edition nicht berühren und deshalb nicht berücksichtigt werden konnten. In den Nummern 69, 76, 77, 81, 82 und 88, Briefe *Wildermuths* an seine Frau, sind die Passagen, die private Angelegenheiten betreffen, ebenso nicht zum Abdruck gelangt wie die sehr persönlich gehaltenen Anreden und Schlußformeln. Mit Ausnahme dieser Anreden und Schlußformeln sind alle Auslassungen durch [. . .] gekennzeichnet worden; Hinweise auf den Inhalt finden sich in den Anmerkungen.

Alle vom Bearbeiter herrührenden Ergänzungen des Textes sind ebenfalls in [. . .] gesetzt. Gebräuchliche Abkürzungen werden beibehalten, ungebräuchliche aufgelöst, orthographische Fehler stillschweigend verbessert und altertümliche Schreibweisen modernisiert. Zahlen von eins bis neun sind ausgeschrieben, sofern durch den Zusammenhang keine andere Notwendigkeit bestand. Nachnamen sind grundsätzlich in *Kursiv*druck gesetzt. Eine Ausnahme von dieser Regel gilt für die Sprecher in Sitzungsprotokollen, die im **Fett**druck erscheinen. Die wenigen Hervorhebungen, die sich in den Texten der Vorlagen befinden, werden beim Abdruck nicht kenntlich gemacht, da sie keine besondere Relevanz besitzen.

Die Kommentierung der Dokumente erfolgte unter mehreren Gesichtspunkten: zum ersten muß sie die notwendige Textkritik enthalten und dabei insbesondere das zweite Kopfregest ergänzen; zum zweiten hat sie alle in den Dokumenten angesprochenen Punkte und Zusammenhänge zu erläutern, sofern sich ihr Verständnis aus dem Text der Dokumente nicht von selbst ergibt; zum dritten ist die weitere Entwicklung angesprochener Fragen zu schildern, wenn diese aus den folgenden Dokumenten nicht hervorgeht; zum vierten ist auf ergänzende Angaben in nicht abgedruckten Archivalien und in der einschlägigen Literatur hinzuweisen – letzteres mit der Einschränkung, daß nur relativ wenige Titel Erwähnung finden, um den Anmerkungsapparat nicht über Gebühr aufzublähen; zum fünften soll durch zahlreiche Querverweise auf andere Dokumente in der Edition eine Ergänzung zum Register geboten werden. Hierbei erfolgt bei den umfangreichen Dokumenten wie den Sitzungsprotokollen der CDU/CSU-Fraktion nicht nur ein Hinweis auf die Dokumentennummer, sondern es ist zur leichteren Auffindung der betreffenden Stelle jeweils die Seitenzahl genannt.

Abschließend sei allen gedankt, die dem Bearbeiter geholfen haben, die vorliegende Edition zum Abschluß zu bringen. An erster Stelle ist hier Herr Professor Rudolf *Morsey* zu nennen, der das Projekt, als es vom Bearbeiter vorgeschlagen wurde, sofort unterstützte und die notwendigen Verhandlungen zu seiner Realisierung führte. Darüber hinaus hat er das Manuskript einer gründlichen Detailkritik unterzogen, eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht und schließlich noch dazu beigetragen, die Quellengrundlage der Edition zu verbreitern. Ohne die umfassende Unterstützung von Herrn Professor *Morsey* hätte die Edition in vorliegender Form nicht erstellt werden können.

Zu danken ist aber auch den beiden anderen Herausgebern der Editionsreihe, den

Herrn Professoren Karl Dietrich *Bracher* und Hans-Peter *Schwarz*, und allen Archiven und Privatpersonen, die Dokumente zu diesem Band beigesteuert haben – der Bearbeiter hebt gerne hervor, daß sein Anliegen überall auf Verständnis und Hilfsbereitschaft gestoßen ist. Dies gilt im besonderen Maße für Herrn Dr. Günter *Buchstab* (Archiv für Christlich-Demokratische Politik), Herrn Engelbert *Hommel*, M.A., und Herrn Dr. Hans Peter *Mensing* (beide Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus), die für Fragen zu Detailproblemen stets ein offenes Ohr hatten und oft zu helfen vermochten.

Dank gilt schließlich auch den Kolleginnen und Kollegen in der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Frau Monika *Demary* hat die umfangreichen Schreibarbeiten erledigt und zusammen mit Frau Linda *Mattern* Korrekturarbeiten übernommen, Herr Michael *Hillen* das Manuskript für den Druck vorbereitet, Herr Dr. Martin *Schumacher* dafür gesorgt, daß die Drucklegung und Veröffentlichung dieses Bandes innerhalb kurzer Frist erfolgen konnte.

B. Verzeichnis der Archivalien

I. Staatliche Überlieferungen

BayHStA, MA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bayerische Staatskanzlei
HStASt, EA 1/20	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Protokolle des Ministerrats von Württemberg-Baden
StA Sigmaringen, WÜ 2	Staatsarchiv Sigmaringen, Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern

II. Parteiakten

ACDP, VIII–001–006/ 1 + 2	Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ADL, FDP-Akten	Archiv des Deutschen Liberalismus Gummersbach, FDP-Akten, Büro Blücher
AdsD, Bestand Schumacher	Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Bestand Schumacher
AdsD, Vorstandsprotokolle	Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Protokolle des Parteivorstandes der SPD

III. Private Materialien und Nachlässe

Nachlaß Adenauer	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus Rhöndorf (StBkAH)
Nachlaß Dehler	Archiv des Deutschen Liberalismus Gummersbach
Nachlaß Dörpinghaus	Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin
Nachlaß Heinemann	Archiv der sozialen Demokratie Bonn
Materialien Hellwege	Privatbesitz
Nachlaß Heuss	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Hilpert	Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin
Nachlaß Holzapfel	Bundesarchiv Koblenz
Materialien Müller	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Nachlaß Pfeiffer	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
Nachlaß Pünder	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Schäffer	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Schlange-Schöningen	Bundesarchiv Koblenz
Nachlaß Schwend	Bayerische Staatsbibliothek München
Nachlaß Wildermuth	Bundesarchiv Koblenz

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Adenauer 1	Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart ^{3}1976.
Adenauer 3	Konrad Adenauer: Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart ^{3}1976.
AdG	Keesing's Archiv der Gegenwart. 18. u. 19. Jg. (1948/49), Essen o. J.
Akten zur Vorgeschichte 5	Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Bd. 5: Januar-September 1949, bearbeitet von Hans-Dieter Kreikamp, München-Wien 1981.
Alt	Franz Alt: Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung 1949, Eichholz 1970.
Ambrosius	Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 10, Stuttgart 1977.
Blankenhorn	Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979, Frankfurt/M. u. a. 1980.
BR Sitz. Ber.	Deutscher Bundesrat. Sitzungsberichte, Bonn 1949.
BT Drucks.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949–1953. Anlage-Band 1 zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950.
BT Sten. Ber.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949–1953. Stenographische Berichte, Bd. 1, Bonn 1950.
Buchhaas	Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 68, Düsseldorf 1981.
Datenhandbuch Bundestag	Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages von 1949 bis 1982. Verfaßt und bearbeitet von Peter Schindler, Bonn 1983.
Entstehungsgeschichte	Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes. Bearbeitet von Klaus-Berto von Doemming, Rudolf Werner Füßlein und Werner Matz, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart NF Bd. 1, Tübingen 1951.
Falter	Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22. Jg. (1981), S. 236–263.
FRUS 1949, Vol. 3	Foreign Relations of the United States 1949. Volume 3: Council of Foreign Ministers: Germany and Austria, Washington 1974.
Hockerts	Hans Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte Bd. 1, Stuttgart 1980.
Höroldt	Dietrich Höroldt: Wie die Bundeshauptstadt entstand, in: Land und Bund, hrsg. von Walter Först, Köln u. a. 1981, S. 97–119.

Hüwel	Detlef Hüwel: Karl Arnold. Eine politische Biographie, Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 1, Wuppertal 1980.
Kaack	Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.
Kather	Linus Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1: Die entscheidenden Jahre, München-Wien 1964.
Klotzbach	Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin-Bonn 1982.
Kock	Peter Jakob Kock: Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 22, Stuttgart 1983.
Kosthorst	Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.
Mintzel	Alf Mintzel: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975.
Morsey, Bildung	Rudolf Morsey: Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949, in: Historisches Jahrbuch Bd. 97/98 (1978), S. 418–438.
Morsey, Weichenstellung	Rudolf Morsey: Die Rhöndorfer Weichenstellung am 21. August 1949. Neue Quellen zur Vorgeschichte der Koalitions- und Regierungsbildung nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 28. Jg. (1980), S. 508-542.
Potthoff/Wenzel	Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949. Bearbeitet von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel, Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 1, Düsseldorf 1983.
Schwarz	Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975.
Stern	Klaus Stern: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2: Staatsorgane, Staatsfunktionen, Finanz- und Haushaltsverfassung, Notstandsverfassung, München 1980.
Storbeck	Anna Christine Storbeck: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945, Deutsches Handbuch der Politik Bd. 4, München-Wien 1970.
Unger	Ilse Unger: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957, Studien zur Zeitgeschichte Bd. 16, Stuttgart 1979.
Welchert	Hans Heinrich Welchert: Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Bonn 1953.
Wengst	Udo Wengst: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 74, Düsseldorf 1984.
Wolf	Konstanze Wolf: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis. 1948–1960, Köln 1982.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

Abg.	Abgeordneter
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	Bayernpartei
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DENA	Deutsche Nachrichten Agentur
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse Agentur
dpd	Deutscher Pressedienst
DRP/NR	Deutsche Rechts-Partei/Nationale Rechte
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	vor 1933: Deutsche Volkspartei, nach 1945: Demokratische Volkspartei
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
FDP	Freie Demokratische Partei
GARIOA	Government Aid and Relief in Occupied Areas
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Grundgesetz
HStASt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
KAB	Katholische Arbeiter Bewegung
KGParl	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager

LDP	Liberal-Demokratische Partei
MdB	Mitglied des Bundestages
M.d.W.b.	Mit der Wahrnehmung beauftragt
MinDir	Ministerialdirektor
MinRat	Ministerialrat
NDP	Nationaldemokratische Partei
NL	Nachlaß
NLP	Niedersächsische Landespartei
NRW	Nordrhein-Westfalen
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
Parl.Arch.	Parlamentsarchiv (Deutscher Bundestag)
ORegRat	Oberregierungsrat
RegRat	Regierungsrat
SA	Sturmabteilung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSW	Südschleswiger Wählerverband
StBkAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
StM	Staatsminister
TOP	Tagesordnungspunkt
USA	United States of America
VfV	Verwaltung für Verkehr
VfW	Verwaltung für Wirtschaft
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WP	Wahlperiode

E. Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
1	10. 8. 1949	Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart) *Nachlaß Heuss*	3
2	12. 8. 1949	Der Vorsitzende der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen) *Nachlaß Heuss*	4
3	13. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard (München) *Nachlaß Adenauer*	6
4	14. 8. 1949	Das Vorstandsmitglied der FDP, Hermann Höpker Aschoff (Bielefeld), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart) *Nachlaß Heuss*	7
5	15. 8. 1949	Erklärung des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, zum Ergebnis der Bundestagswahl *Nachlaß Adenauer*	9
6	15. 8. 1949	Erklärung des Parteivorstandes der SPD zum Ergebnis der Bundestagswahl *Sozialdemokratischer Pressedienst*	10
7	15. 8. 1949	Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart) *Nachlaß Heuss*	12
8	15. 8. 1949	Rundschreiben des Staatsministers in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München), an die Mitglieder des Ellwanger Freundeskreises der CDU/CSU *Nachlaß Pfeiffer*	13
9	15. 8. 1949	Der stellvertretende Vorsitzende der CDU von Nord-Württemberg, Rudolf Vogel (Aalen), an den Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München) *Nachlaß Pfeiffer*	13
10	16. 8. 1949	Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU an die Landesverbände der CDU/CSU *Nachlaß Holzapfel*	15
11	16. 8. 1949	Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München) *Nachlaß Pfeiffer*	15
12	16. 8. 1949	Der Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin, Willy Brandt (Berlin), an den Parteivorstand der SPD (Hannover) *Bestand Schumacher*	18

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
13	17. 8. 1949	Das Vorstandsmitglied der CSU, Fritz Schäffer (München), an den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Stade) *Materialien Hellwege*	19
14	18. 8. 1949	Der Oberbürgermeister von Dortmund und Vorstandsmitglied der SPD, Fritz Henßler (Dortmund), an den 1. Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher (Hannover) *Bestand Schumacher*	20
15	19. 8. 1949	Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München) *Nachlaß Pfeiffer*	22
16	19./20. 8. 1949	Aufzeichnung von Ministerialrat Karl Schwend (bayerische Staatskanzlei) über die Sitzung des Ellwanger Freundeskreises der CDU/CSU *Nachlaß Schwend*	24
17a	20. 8. 1949	Bericht des Bevollmächtigten Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau, über die Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, und dem Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in Frankfurt/M. *Nachlaß Pünder*	30
17b	20. 8. 1949	Tagebuchaufzeichnung von Annelore Ehard über den Bericht des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, über seine Besprechung mit dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Frankfurt/M. *Privatbesitz*	32
18	21. 8. 1949	Aufzeichnung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller, über die Beratungen führender CDU/CSU-Politiker in Rhöndorf *Materialien Müller*	33
19	22. 8. 1949	Der Finanzminister von Hessen und Vorsitzende der CDU von Hessen, Werner Hilpert (Wiesbaden), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	42
20	22. 8. 1949	Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	43

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
21	22. 8. 1949	Das Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland und Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, Franz Etzel (Wiesbaden), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	44
22	22. 8. 1949	Der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Bühlerhöhe über Baden-Baden) *Nachlaß Heuss*	45
23	22. 8. 1949	Der Vorsitzende der Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Rheinland-Hessen-Nassau, Karl Atzenroth (Koblenz), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen) *FDP-Akten*	48
24	22. 8. 1949	Der Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin, Willy Brandt (Berlin), an den Parteivorstand der SPD (Hannover) *Bestand Schumacher*	49
25	23. 8. 1949	Niederschrift über die Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Bonn *Nachlaß Adenauer*	51
26	23. 8. 1949	Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzende der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Materialien Müller*	66
27	23. 8. 1949	Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzende der CDU Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen), an den Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München) *Nachlaß Pfeiffer*	68
28	23. 8. 1949	Hans Wellhausen (Augsburg) an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Frankfurt/M.) *Nachlaß Dehler*	69
29	23. 8. 1949	Entschließung des Gesamtdirektoriums der DP *Materialien Hellwege*	70
30	24. 8. 1949	Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	70
31	24. 8. 1949	Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München) *Bayerische Staatskanzlei*	71
32	24. 8. 1949	Der 1. Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher (Hannover), an Adolf Hamburger (New York) *Bestand Schumacher*	72

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
33	25. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen) *Materialien Müller*	73
34	25. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Finanzminister von Hessen und Vorsitzenden der CDU von Hessen, Werner Hilpert (Wiesbaden) *Nachlaß Hilpert*	74
35	25. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an das Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland und Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, Franz Etzel (Wiesbaden) *Nachlaß Adenauer*	75
36	25. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg) *Nachlaß Adenauer*	76
37	26. 8. 1949	Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München) *Nachlaß Pfeiffer*	76
38	27. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an die geschäftsführende Vorsitzende des Zentrums, Helene Wessel (Münster) *Nachlaß Adenauer*	77
39	29. 8. 1949	Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (Frankfurt/M.), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Schlange-Schöningen*	79
40	29. 8. 1949	Der Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Hermann Joseph Schmitt (Köln), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	80
41	29. 8. 1949	Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen) *Materialien Müller*	82
42	29./30. 8. 1949	Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD in Bad Dürkheim (Auszug) *SPD, Vorstandsprotokolle*	83

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
43	30. 8. 1949	Presseerklärung des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in München vor seiner Abreise nach Bonn *Nachlaß Pfeiffer*	88
44	31. 8. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten, Minister und Landtagspräsidenten der CDU/CSU der drei Westzonen in Bonn *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	89
45	31. 8. 1949	Aufzeichnung von Rudolf Junges über die Pressekonferenz des 1. Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, in Bonn *Nachlaß Adenauer*	130
46	31. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (Frankfurt/M.) *Nachlaß Adenauer*	134
47	31. 8. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Hermann Joseph Schmitt (Köln) *Nachlaß Adenauer*	134
48	31. 8. 1949	Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, W. Alexander Menne (Frankfurt/M.), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	136
49	31. 8. 1949	Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Rheinland-Hessen-Nassau, Karl Atzenroth (Koblenz) *FDP-Akten*	139
50	1. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	140
51	1. 9. 1949	Niederschrift über die Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer, in Bonn *Nachlaß Adenauer*	202
52	2. 9. 1949	Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	211
53	3. 9. 1949	Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	212

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
54	3. 9. 1949	Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Staatspräsidenten von Baden, Leo Wohleb (Freiburg), und den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen) *Materialien Müller*	214
55	3. 9. 1949	Niederschrift über die Landeskonferenz der CDU Hessens in Frankfurt/M. *Nachlaß Dörpinghaus*	214
56	3. 9. 1949	Der Oberbürgermeister von Essen und Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland, Gustav Heinemann (Essen), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf) *Nachlaß Adenauer*	216
57	3. 9. 1949	Die geschäftsführende Vorsitzende des Zentrums und Vorsitzende der Bundestagsfraktion des Zentrums, Helene Wessel (Münster), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	217
58	4. 9. 1949	Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der FDP in Bonn (Auszug) *Nachlaß Wildermuth*	218
59	5. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	220
60	5. 9. 1949	Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats von Württemberg-Baden (Auszug) *Württemberg-Baden, Ministerratsprotokolle*	239
61	6. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	241
62	6. 9. 1949	Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses, der Kontrollkommission, der Bundestagsfraktion und der Ministerpräsidenten der SPD in Köln *SPD, Vorstandsprotokolle*	278
63	6./7. 9. 1949	Aufzeichnung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller, für den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzenden der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, über die Besprechungen der Ministerpräsidenten in Unkel und die anschließenden Gespräche bis zur konstituierenden Sitzung des Bundesrates *Württemberg-Hohenzollern, Staatskanzlei*	281
64	7. 9. 1949	Erklärung des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in Bonn *Süddeutsche Zeitung*	284

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
65	8. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	285
66	8. 9. 1949	MdB Oskar Wackerzapp (Bonn) an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	311
67	9. 9. 1949	Der Finanzminister von Württemberg-Baden, Edmund Kaufmann (Frankfurt/M.), an MdB Theodor Blank (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	312
68	11. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	314
69	12. 9. 1949	Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) *Nachlaß Wildermuth*	354
70	12. 9. 1949	Der Staatspräsident von Baden, Leo Wohleb (Bonn), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	355
71	14. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	356
72	14. 9. 1949	Der 1. Vorsitzende der DP, Heinrich Hellwege (Bonn), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	407
73	14. 9. 1949	Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn), an den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	410
74	15. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	410
75	15. 9. 1949	Aufzeichnung des Oberbürgermeisters von Essen und Vorstandsmitgliedes der CDU von Rheinland, Gustav Heinemann, über eine Besprechung mit dem Bundeskanzler und Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Gegenwart von MdB Hermann Ehlers *Nachlaß Heinemann*	419
76	15. 9. 1949 (morgens)	Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) *Nachlaß Wildermuth*	421

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
77	15. 9. 1949 (abends)	Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) *Nachlaß Wildermuth*	422
78	16. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	422
79	16. 9. 1949	Das Vorstandsmitglied der CSU und 2. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Fritz Schäffer (Bonn), an den Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard (München) *Nachlaß Schäffer*	438
80	16. 9. 1949	Das Vorstandsmitglied der CSU und 2. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Fritz Schäffer (Bonn), an Ministerialdirigent Hans Ritter von Lex (München) *Nachlaß Schäffer*	439
81	16. 9. 1949 (mittags)	Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) (Auszug) *Nachlaß Wildermuth*	440
82	16. 9. 1949 (abends)	Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) *Nachlaß Wildermuth*	441
83	17. 9. 1949	Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU *CDU/CSU, Fraktionsprotokolle*	442
84	19. 9. 1949	Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher, und den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	452
85	19. 9. 1949	Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an Bundespräsident Theodor Heuss (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	453
86	19. 9. 1949	Tagebucheintragung des Wirtschaftsministers von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitgliedes der FDP, Eberhard Wildermuth *Nachlaß Wildermuth*	454
87	20. 9. 1949	Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und 1. Vorsitzende der DP, Heinrich Hellwege (Bonn), an den Bundeskanzler und Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn) *Nachlaß Adenauer*	455
88	21. 9. 1949	Der Bundesminister für Wohnungsbau und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) *Nachlaß Wildermuth*	456

Auftakt zur Ära Adenauer

Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949

Dokumente

1.

10. 8. 1949: Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart)

NL Heuss 54.

Sehr verehrter Herr Professor!

Ich habe Ihr Schreiben vom 8. 8.[1] Herrn *Blücher* sofort vorgelegt, und er hat mich gebeten, Ihnen noch zusätzlich zu meinem seinerzeitigen Brief[2] zu sagen, daß sich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit und Bestimmtheit in den ersten vierzehn Tagen nach der Wahl Gespräche mit Herrn Dr. *Adenauer* notwendigerweise ergeben werden.[3] Herr *Blücher* aber allein kann die Partei nicht auf bestimmte Abmachungen, die aus diesen Gesprächen resultieren, festlegen.

Außerdem bittet Sie Herr *Blücher* um Ihr Einverständnis, daß er für Sonntag, den 4. 9. abends, die für den Bundestag gewählten Abgeordneten der FDP an einem noch zu bestimmenden Orte zusammenruft zu Beratungen, die den Montag und Dienstag, also den 5. und 6. 9., fortgesetzt werden sollen.[4] Selbstverständlich hat es, falls Ihnen dieser Termin nicht genehm ist, keinen Zweck, die Fraktionssitzung ohne Sie durchzuführen. Herr *Blücher* möchte nur dafür Sorge tragen, daß nach Abstimmung des Termines er Ihnen die vorbereitenden Arbeiten dazu abnimmt.

Anläßlich der Anwesenheit von Herrn *Blücher* gestern in Bonn, wo er in einer Wahlkundgebung sprach[5], ist ihm verbindlich mitgeteilt worden, daß während der Zeit des Überganges die Landesregierung den Abgeordneten usw. der Fraktion das Hotel „La Roche" als Unterkunft eben für diese Übergangszeit zur Verfügung stellt.

Was die Haussache anbetrifft, so hat nach Abstimmung mit Ernst *Mayer* und nachdem Sie Herrn *Raederscheidt* in der gleichen Richtung Bescheid gegeben hatten, Herr *Blücher* Herrn *Raederscheidt* veranlaßt, die Kaufzusage für das Haus in der Moltkestraße[6] zu geben.[7]

Indem ich Ihnen für Ihre Erholungstage meine allerherzlichsten Wünsche und Grüße schicke, bin ich

Ihre sehr ergebene
Erika *Fischer*

---

1 Nicht ermittelt.

2 Datiert vom 4. 8. 1949, NL Heuss 54. Darin hatte *Blücher Heuss* um einen Gesprächstermin unmittelbar nach der Bundestagswahl gebeten, um sich mit ihm „über grundsätzliche Fragen, die sich dann ergeben werden, gründlich und ruhig auszusprechen".

3 Vgl. Nr. 22 mit Anm. 5.

4 Protokolle über diese Sitzungen der FDP-Fraktion sind nicht überliefert. Einladungsschreiben an die Fraktionsmitglieder in Nr. 23, Anm. 1. Kurzer Bericht über den Verlauf der Fraktionssitzung am 5. 9. 1949 in Nr. 61, Anm. 4.

5 Diese Kundgebung fand am Abend des 9. 8. 1949 im Bürgerverein statt. „General-Anzeiger" für Bonn vom 10. 8. 1949.

6 Erster Sitz der Bundesgeschäftsstelle der FDP.

7 Antwort Nr. 2.

2.

12. 8. 1949: Der Vorsitzende der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen)

NL Heuss 54. Durchschlag.[1]

Lieber Herr *Blücher*,

den Wahlkampf habe ich nach meiner persönlichen Empfindung gesundheitlich gut durchgemacht, aber der Arzt will haben, daß ich unmittelbar nach der Wahl 10 bis 14 Tage aussetze. Denn er behauptet, der Zustand meines Herzens sei so, daß es mich jetzt zwar nicht stört, aber daß, wenn nichts geschieht, die leisen Schädigungen, die im Spätwinter sich zeigten, sich ausdehnen können, während sie jetzt noch völlig zu beheben seien. Da meine Frau, die in dem Schlußstück des Wahlkampfes auch Versammlungen bestreitet, herzmäßig immer eine Behandlung brauchen kann, wollen wir am 16. 8. in das Sanatorium Bühlerhöhe bei Baden-Baden gehen.

Es wäre natürlich sehr gut, wenn wir uns über die Beurteilung der nach den Wahlen kommenden Lage nur zu zweit aussprechen könnten. Am nettesten wäre, wenn Sie im Anschluß an Ihre Frankfurter Sitzung[2] auch ein oder zwei Tage kommen könnten; bloß weiß ich nicht, ob ich es Ihnen zumuten darf. Ich will selber in dieser Zeit meinem Fahrer den ihm zustehenden Urlaub geben, da er in den letzten Wochen ja reichlich übersetzt war.

Wir hatten im ganzen recht gute Versammlungen. Einige Male gab es die langwierigen Diskussionen mit den monomanen Freiwirtschaftlern, aber eine eigentliche Krachversammlung habe ich selber gar nicht erlebt. Sogar die Nürnberger, die es immer auf Radau angelegt zu haben scheinen, blieben manierlich.

Ich habe selber Äußerungen über die kommenden parteipolitischen Kombinationen vermieden, aber zum Ausdruck gebracht, [daß] die Verschärfungen, die durch die persönliche Form des Wahlkampfes von *Schumacher* und *Adenauer* entstanden sind[3], die Aufgabe des Mittlertums nur schwerer machen. Welcherlei „Koalition" in Frage käme, habe ich nicht ausgesprochen und bin etwas unsicher, ob Ihre von den Zeitungen gemeldete schroffe Ablehnung der großen Koalition nicht bereits etwas wie eine Bindung in sich schließt.[4] Ich würde die eventuelle Unmöglichkeit einer solchen Lösung den Sozialdemokraten zugespielt haben, d. h. *Schumachers* Forderung nach dem Wirtschaftsministerium entgegengenommen und dann abgelehnt haben.

Unsere Beweglichkeit hängt natürlich überwiegend ab von der Zusammensetzung der Fraktion, die ich noch nicht genügend übersehe. Ich kenne wohl die Mehrzahl derer, die aussichtsreich kandidieren, weiß aber nicht, wie sich aus ihrem Gesamt eine politische Linie ergeben wird. Denn es kommen verschiedene landsmannschaftliche Temperaturen zusammen. Als ich in Bayern war, erfuhr ich, daß man dort das Wahlabkommen *Eulers* mit den Nationaldemokraten[5] öffentlich desavouiert hat. Als ich in Hessen

---

1 Abgedruckt in: Friedrich Henning (Hrsg.), Theodor Heuss: Lieber Dehler. Briefwechsel mit Thomas Dehler, München-Wien 1983, S. 33ff.

2 *Blücher* hatte in seinem Terminkalender für den 16. bis 18. 8. 1949 eine Sitzung mit den Finanzministern der Länder zwecks Beratung von Überleitungsfragen und eine Tagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung vermerkt, die beide in Frankfurt stattfanden und an denen er teilnehmen wollte. Wie Nr. 1, Anm. 2.

3 Vgl. *Adenauers* Darstellung in seinen Erinnerungen 1, S. 217ff. Zur Kritik an dieser Form der Wahlkampfführung im SPD-Lager die Nrn. 14, 24, 42.

4 Stellungnahme *Blüchers* hierzu in Nr. 7.

5 In Hessen hatten die FDP und die Nationaldemokratische Partei ein Wahlabkommen geschlossen, um eine „Stimmenzersplitterung im antisozialistischen Lager zu verhüten". So die Begründung durch den hessischen FDP-Vorsitzenden *Euler*. Vgl. Alt, S. 54; Max Gustav Lange, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. 298f.

sprach, nahmen das einige Leute als selbstverständlich an, daß wir uns auf der Rechten placieren würden, wohin ich persönlich gar nicht gehöre und wohin sicher auch *Dehler* nicht paßt, der, wie man mir sagte, für den bayerischen Wahlkampf *Schlieffen* kopierte, indem er immer wieder aussprach: Macht mir die Mitte stark (und nicht den Flügel). Diese Dinge können schon bei der Placierung im Saal des Bundestages eine Rolle spielen: Wenn ich richtig sehe, hat Bonn[6] eine andere Ordnung gehabt als Frankfurt[7]: Man hatte uns dort auch rechts setzen wollen, aber da habe ich eingegriffen und veranlaßt, daß wir zwischen SPD und CDU gesetzt wurden. Vielleicht lächeln Sie darüber, aber diese Optik ist nicht ohne politische Bedeutung. Ich fühle mich nämlich ganz und gar nicht als der Nachfolger von Alfred *Hugenberg*.

Wenn Sie *Adenauer* begegnen, so werden Sie die Fragen vorsichtig abtasten, wie er glaubt, der bayerischen Gruppe sicher zu sein. In Bonn war die CDU ja lange Zeit sehr bewegungsunfähig, weil sie immer auf die bayerische CSU starrte. Ob sie das weiterhin tun wird, hängt sehr davon ab, ob die CSU eine starke Niederlage erleiden mag und wie ihr personeller Bestand in Bonn sein wird. Sie kennen ja aus Frankfurt selber die Situation, wo nach meiner Erinnerung Bayern auch *Schlange-Schöningen* einmal stürzen wollte.[8]

Ich bin mit Ihrer Anregung sehr einverstanden, die Fraktion vor dem Zusammentritt zwei Tage zusammenzuhalten. Von mir aus könnte das auch schon in den allerersten Septembertagen der Fall sein. Ob man Königstein oder Schlangenbad dafür bekommt? Es müßte ja dabei auch geklärt werden, wer für die zwischenparteilichen Besprechungen angesetzt wird und in welcher Richtung wir sie beeinflussen werden.

Von den Geschichten, die mir in den Wahlversammlungen ein paar Mal begegnet sind, war bei uns im Süden die Frage Bonn oder Frankfurt die Häufigste.[9] Ich bin etwas ungewiß, ob die Nachricht zutrifft, daß die SPD den Antrag auf Korrektur der Entscheidung vom Frühjahr[10] stellen wird.[11] Wie Sie wissen, ist unsere Bonner Fraktion in diesen Dingen auseinandergegangen.[12] Ich möchte auch nicht haben, daß wir darin, wenn es kommt, etwas wie Fraktionszwang versuchen. *Dehler* hatte ja sich für Bonn erklärt, aus der südwestdeutschen Perspektive ist aber solches Votum schwer vertretbar. Auf die Initiative unserer Stuttgarter Landtagsfraktion hatte ja auch der Landtag sich nachträglich noch für Frankfurt ausgesprochen.[13] Lassen Sie sich bitte diese Frage auch fraktionspolitisch durch den Kopf gehen; mag sie auch praktisch keine Bedeutung haben, so ist sie sehr fest in die Phantasie der Bevölkerung eingegangen.

Freundlichen Dank für die Mitteilung, daß zunächst das Hotel La Roche unsere Zentralburg sein soll. Durch eine Freundin meiner Frau, die in Bonn wohnt, ist für mich in der Koblenzer Straße, etwa acht Mi-

---

6 Parlamentarischer Rat.

7 Wirtschaftsrat.

8 Im Herbst 1948. Dazu die ausführliche Darstellung in Hans Schlange-Schöningen (Hrsg.), Im Schatten des Hungers. Dokumentation zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949, Hamburg-Berlin 1955, S. 233–250.

9 Zum Streit um die Bundeshauptstadt Klaus Dreher, Ein Kampf um Bonn, München 1979 und Höroldt.

10 Der Parlamentarische Rat hatte am 10. 5. 1949 entschieden, daß Bonn vorläufiger Sitz der Bundesorgane sei.

11 Einen entsprechenden Schritt hatte Carlo *Schmid* am 7. 8. 1949 in Lübeck angekündigt. „Die Welt" vom 8. 8. 1949. Am 7. 9. 1949 brachte die SPD-Fraktion im Bundestag den Antrag ein, Frankfurt am Main zum vorläufigen Sitz der leitenden Bundesorgane zu bestimmen. BT Drucks. Nr. 4.

12 Von den 5 Abgeordneten der FDP im Parlamentarischen Rat stimmten 3 für Bonn, 2 für Frankfurt. Höroldt, S. 108.

13 Am 18. 5. 1949 hatte die FDP-Fraktion im Württemberg-Badischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem es hieß, daß „die Wahl der Stadt Bonn an Stelle von Frankfurt zum vorläufigen Sitz der Bundesorgane [...] aus geschichtlichen, geographischen, politischen, finanziellen und technischen Gründen eine Fehlentscheidung" sei. Das Staatsministerium wurde aufgefordert, über die Ministerpräsidentenkonferenz dahin zu wirken, daß die „endgültige Wahl des vorläufigen Bundessitzes" in die alleinige Zuständigkeit der Bundesversammlung falle. Beilage Nr. 1148. Diesen Antrag nahm der Württemberg-Badische Landtag noch am gleichen Tag an. Verhandlungen des Württemberg-Badischen Landtags, Wahlperiode 1946–1950, Bd. 5, S. 2970.

nuten vom Tagungsort, jetzt schon Quartier gemacht. Denn so nett und wichtig es im letzten Winter war, daß wir in der Hauptsache zusammenwohnten, so habe ich mich doch entschlossen, wenn es geht, getrennt zu hausen, weil man sonst immer zu lange zusammenhockt und Ausspannung und sonstige Berufsarbeit notleiden.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen
Ihr

3.

13. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard (München)

StBkAH 09. 01. Durchschlag. Handschriftlicher Vermerk: „vertraulich".[1]

Sehr geehrter Herr *Ehard*!

Es freut mich außerordentlich, daß wir am Samstag, den 20., Gelegenheit haben, uns über die schwebenden Fragen auszutauschen.[2] Natürlich werden alle Entschlüsse, die wir zu fassen haben, vom Ausgang der morgigen Wahl abhängen. Aber es spricht eine große Wahrscheinlichkeit dafür – wenigstens von hier aus betrachtet –, daß die CDU/CSU die Führung der deutschen Politik übernehmen muß.

Ich höre, daß der Ellwanger Kreis am Samstag, den 20., und Sonntag, den 21., zusammentreten soll. Andererseits kommen jetzt schon Verhandlungsfühler anderer Parteien an mich heran, und ich glaube nicht, daß ich mich auf die Dauer so völlig ablehnend gegenüber allen Fühlungnahmen verhalten kann wie bisher. Ich möchte mich aber in ein Gespräch irgendwelcher Art nicht einlassen, bevor mit den führenden Leuten der CDU/CSU aus allen drei Zonen die Sachlage besprochen worden ist. Wie Sie wissen, ist für diese letztere Besprechung der 21. vorgesehen.[3] Das scheint mir auch der äußerste Termin zu sein. Ich habe den 21. in Aussicht genommen, weil Sie ja nicht vor dem 20. zu einer Besprechung mit mir bereit sein können. Wäre es nun nicht möglich, daß Sie die Ellwanger Besprechung, falls nötig, um einige Tage verschöben?[4] Ich meine, die besonderen Angelegenheiten der süddeutschen Länder, die Sie in Ellwangen besprechen wollen[5], vertragen vielleicht doch noch einen kurzen Aufschub.

Mit vielen Grüßen
Ihr sehr ergebener
A[denauer]

---

1 Auszüge aus diesem Brief abgedruckt in: Morsey, Bildung, S. 425.

2 Zum Verlauf dieses Gesprächs die Nrn. 17a und b.

3 Dazu Nr. 18.

4 Die Tagung des Ellwanger Kreises wurde um einen Tag vorverlegt; Nr. 8.

5 Auf der Tagesordnung des Ellwanger Treffens standen keine besonderen Angelegenheiten der süddeutschen Länder, sondern der Ausgang der Wahl und das künftige Verhalten der CDU/CSU sowie Probleme des Bundesrates. Vgl. Nr. 16.

4.

14. 8. 1949: Das Vorstandsmitglied der FDP, Hermann Höpker Aschoff (Bielefeld), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart)

NL Heuss 57. Handschriftliche Korrekturen und Vermerk: „beantw."

Lieber *Heuss!*

Ich habe gestern den Wahlkampf mit der dreißigsten Versammlung hier in Bielefeld abgeschlossen. Dieser Schlußakt war gut. Mir selbst ist die Sache ausgezeichnet bekommen, da ich mir mit den Wahlreden meinen Bronchialkatarrh weggeredet habe. Anstelle der mir von Prof. *Martini* in Bonn empfohlenen Kur in Reichenhall oder Ems habe ich mir mit Atemübungen auf meinen Wanderungen im Teutoburger Walde geholfen: vier Schritte durch die Nase einatmen, zwölf Schritte durch den Mund ausatmen! Zur Nachahmung empfohlen. Morgen fahren wir auf zehn Tage nach Caux und werden auf der Rückreise noch einige Erholungstage in Aquae Vilarum anschließen. Sollte sich etwas Besonderes ereignen, so bitte ich, mir nach Caux sur Montreux, Schweiz, Réarmament Moral, unmittelbar Nachricht zu geben. Ansonsten beabsichtige ich meine Rückreise so einzurichten, daß ich jedenfalls am 4. und 5. zu dem geplanten Landesparteitag in Düsseldorf bin.

Ich habe meine Rednertätigkeit ganz auf Nordrhein-Westfalen beschränken müssen, da ich die Versammlungen mit meiner Vorlesungstätigkeit in Einklang bringen mußte, und habe daher die Aufforderungen, in München und Nürnberg und Hamburg zu sprechen, ablehnen müssen. Es hat mir leid getan, aber es ging nicht anders. Auf Kosten meines Ruhms! In Süd-Westfalen, wo die Organisation einigermaßen klappt, habe ich 20 Versammlungen allein gehalten, ich hoffe dort auf ein gutes Ergebnis.[1] Übrigens habe ich in Siegen Herrn *Juncker* kennengelernt. Er scheint ein netter Mann zu sein und ist im Sieger Land beliebt, er bedarf aber noch einiger Entwicklung. In Ost-Westfalen liegen die Dinge schlecht[2], trotz guter Chancen, da eine Organisation nicht vorhanden ist und der Bezirksvorstand in Bielefeld seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. *Biegel* hat allerdings in der Stadt Bielefeld Ihre Versammlung und meine Versammlung gut vorbereitet. Im volkreichen Industriegebiet sind nur zaghafte Ansätze einer Organisation vorhanden. In Essen, wo ich eine gute Versammlung hatte, ist die Radikal-Soziale Freiheitspartei stärker als die FDP.[3] Wenn mir die Herren in Düsseldorf einmal davon geschrieben hätten, wäre es ein leichtes gewesen, diese Geldfanatiker mit einem volkstümlichen Flugblatt zu „zerschmettern". Mit vagen Betrachtungen über die Notwendigkeit einer Goldwährung (die

1 In den zentralen Wahlkreisen Südwestfalens, Ennepe-Ruhr-Witten und Hagen, erzielte die FDP ca. 16 % der Stimmen und lag damit deutlich über dem Landesdurchschnitt in NRW, der 8,6 % betrug. Wahlunterlagen KGParl.

2 Die Ergebnisse für die FDP in den ostwestfälischen Wahlkreisen Herford, Detmold und Lemgo lagen bei ca. 6 %, 10 % und 13 %. Wahlunterlagen KGParl.

3 Dies schlug sich im Bundestagswahlergebnis nicht nieder, denn in allen drei Essener Wahlkreisen war die FDP stärker als die Radikal-Soziale Freiheitspartei. Im Wahlkreis Essen 1 erzielte die FDP fast doppelt so viele Stimmen wie die RSF, im Wahlkreis Essen 3 übertraf sie die RSF fast um das Dreifache, und nur im Wahlkreis Essen 2 erreichte die RSF nahezu annähernd so viele Stimmen wie die FDP. Wahlunterlagen KGParl.

gar nicht notwendig ist) und die lateinische Münzunion – wie unser verehrter Franz *Blücher* es meint – ist es nun freilich nicht getan.

Übrigens haben mir die „fundamentalen" Ausführungen über die Finanzpolitik (vgl. Rede in Dortmund, vom Sekretariat *Blücher* mitgeteilt) auch nur ein gelindes Entsetzen einflößen können.[4]

Nun ein offenes Wort. Ich könnte mir denken, daß man Ihnen mit der Frage Bundespräsident auf den Leib rückt. Es wäre mir ein schwerer Kummer, wenn wir Sie in der Fraktion und in der Partei entbehren müßten. Mir wäre damit die halbe Freude an dem ganzen Kram verdorben. Sie sind in diesem Sammelsurium, aus dem erst noch eine Partei werden soll, schlechthin unentbehrlich. Außerdem habe ich die ketzerische Meinung, daß der Bundespräsident – wie Nationalflagge und Nationalhymne – ein Symbol des ganzen Volkes sein müßte und daß kein Parteiführer diesen Platz einnehmen sollte, sondern vielmehr ein im Inlande und Auslande angesehener Mann von guten Qualitäten, vielleicht ein Mann wie Prof. *Laue* in Hamburg. In diesem Zusammenhange scheint mir auch ein Mann wie *Adenauer* als Bundespräsident völlig ungeeignet. Wenn wir nach den Wahlen eine Koalition der CDU und FDP bekommen sollten, muß *Adenauer* unter allen Umständen Bundeskanzler werden. *Pünder* ist eine Null und muß auf ein Obergericht abgeschoben werden. In der Bundesregierung würden dann als Vertreter der CDU unter allen Umständen *Schlange-Schöningen* und *Erhard* sitzen müssen. Wir dürften uns dann, wenn wir bei der Wahl, wie ich hoffe, mit etwa 50 Mandaten herauskommen[5], auch nicht mit einem Ministerium begnügen, sondern zwei bis drei beanspruchen müssen. Dann müßte Thomas *Dehler* unter allen Umständen Justizminister werden.

Eine Frage, die wir innerhalb der Fraktion zu einer offenen menschlichen Aussprache bringen müssen, ist die Frage rechts oder links. Ich sehe die Sache so an, daß wir in der Weimarer Republik um einer vernünftigen Verständigungspolitik willen gegen rechts kämpfen mußten. Die Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages ist im Kampfe gegen rechts erstritten worden. Heute liegen die Dinge anders. Wir können die Türe ruhig nach rechts offen machen, um alten Anhängern der Volkspartei und der Deutschnationalen den Eintritt zu erleichtern. Ich selbst bin ja konservativen Gedankengängen keineswegs unzugänglich, insbesondere darin, daß ich die Bundesregierung als ein Organ mit eigener Verantwortung und eigenen Rechten und nicht nur als einen Befehle empfangenden Ausschuß des Parlaments betrachte. Aber der nationale Rummel, wie ihn die Deutsche Partei[6] und die Konservative Partei, offenbar auch unsere Leute in Niedersachsen und bei uns natürlich Herr *von Rechenberg* treiben[7], ist mir geradezu widerwärtig und zerschlägt außerdem außenpolitisches Porzellan. Ich habe es in meinen Wahlreden an „Patriotismus" nicht fehlen lassen, aber man kann die Sache politisch klug und

4 Bezieht sich auf eine Rede *Blüchers* vor dem Betriebswirtschaftlichen Arbeitsring der Industrie- und Handelskammer Dortmund am 6. 7. 1949 über das Thema „Grund- und Zeitfragen der Finanzpolitik". Die stenographische Mitschrift der Rede wurde am 20. 7. 1949 vom Sekretariat *Blüchers* versandt. Kopie in den Beständen des ADL. Hierin auch die Feststellung über die Notwendigkeit der Wiedereinführung einer festen Wertbeziehung zwischen den einzelnen Währungen, „wie es in der lateinischen Münzunion bis zum ersten Weltkrieg der Fall war".

5 Bei der Bundestagswahl erzielte die FDP 52 Mandate.

6 Vgl. auch die Kritik *Adenauers* hieran in Nr. 18.

7 Vgl. auch das Urteil über *Rechenberg* in Nr. 78, S. 432.

doch warmherzig machen. Ich hoffe, daß wir eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschen Partei wie in Frankfurt nicht nötig haben.[8] *Seebohm* in unseren Fraktionssitzungen zu genießen, wäre mir nicht gerade erfreulich. Daß uns von einer sich entwickelnden Rechten Gefahren drohen können, ist mir dabei klar. *Glaeser*, den ich zufällig in Düsseldorf traf, hat in Niedersachsen, wie er mir sagte, gute Versammlungen gehabt. Die Grundstimmung des „Volkes" sei dabei demokratisch gewesen in seinem Sinne, aber die maßgebenden Vertreter und Geschäftsführer der Demokratischen Partei seien Nazis und Offiziere.[9]

Wir fahren also morgen über Frankfurt nach Caux, bleiben dort bis zum 26. oder 27. und werden wahrscheinlich eine kurze Erholung in Badenweiler anschließen. Wenn Sie, ob entweder selbst oder durch Ernst *Mayer* etwas „Bedeutsames" mitzuteilen haben, schreiben Sie mir unmittelbar nach Caux. Von unserer Weiterreise nach Badenweiler werde ich Sie und Ernst *Mayer* rechtzeitig in Kenntnis setzen. Wenn Sie dann von Stuttgart einmal nach Badenweiler herüberkommen würden, wäre uns das natürlich eine besondere Freude. Übrigens könnten Sie uns auf alle Fälle den Gefallen tun, uns eine vernünftige Bleibe in Badenweiler nach Caux mitzuteilen.

Mit herzlichen Grüßen, auch an Ihre liebe Frau und auch von meiner beklagenswerten, diesen Brief „schreiben müssenden" Frau

Ihr
getreuer
Höpker Aschoff

8 Zur Diskussion hierüber Nr. 58.

9 Zur niedersächsischen FDP Heinz-Georg Marten, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen – Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955, Göttingen 1977. Für unseren Zusammenhang besonders wichtig S. 220ff.

5.

15. 8. 1949: Erklärung des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, zum Ergebnis der Bundestagswahl

StBkAH 12.03. Vervielfältigtes Exemplar.

Die CDU/CSU steht so fest und stark wie nie zuvor.[1] Die schon vor Jahr und Tag vorgetragene Prophezeiung der SPD, daß die CDU/CSU auseinanderfallen werde, daß sie nach der von Dr. *Schumacher* geäußerten Ansicht nur das „Ergebnis einer Schrecksekunde" sei, hat sich als absolut irrig erwiesen.

Im übrigen zeigt der Ausgang der Wahlen ganz eindeutig, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes vom Sozialismus in allen seinen Schattierungen nichts wissen will. Es hat sich gezeigt, daß die nationalistischen Strömungen in unserem Volke bei wei-

1 In der ersten Bundestagswahl errangen CDU und CSU zusammen 31 % der Stimmen und 139 der 402 Bundestagsmandate und übertrafen damit knapp die SPD. Gegenüber dem Ergebnis der vorausgegangenen Landtagswahlen von 1946/47 bedeutete dies jedoch einen beträchtlichen Stimmenverlust. Nach Falter, S. 239, belief er sich auf mehr als 12 %.

tem nicht die Bedeutung haben, die ihnen in Meldungen deutscher und insbesondere ausländischer Zeitungen beigemessen wurde.[2] Eine leidenschaftslose unvoreingenommene Prüfung des Wahlergebnisses wird auch das Ausland über diesen Punkt beruhigen.

Jetzt aber müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit der soeben gewählte Bundestag und die Bundesregierung auf Grund des vom deutschen Volke übernommenen Auftrages gute Arbeit leisten.

---

2 Vgl. dagegen die entgegengesetzte Einschätzung durch den SPD-Vorstand, Nr. 6.

6.

15. 8. 1949: Erklärung des Parteivorstandes der SPD zum Ergebnis der Bundestagswahl

Sozialdemokratischer Pressedienst vom 15. 8. 1949.

Die Sozialdemokratische Partei hat Stimmen gewonnen.[1] Sie hat auch den Abstand zur CDU, der durch den Eintritt der französischen Zone in den provisorischen westdeutschen Bundesstaat beträchtlich war[2], zu verringern gewußt. Ihr ist es aber nicht gelungen, von der außerordentlichen Erhöhung der Wahlbeteiligung[3] den gebührenden Anteil zu erringen.

Diese Wahl ist ein Zeichen dafür, daß die Entwicklung des deutschen Parteiwesens erneut in Fluß gekommen ist. Ein großer Teil der Wählerstimmen drückt sich in Mandaten nicht aus und ist einfach sinnlos verschenkt worden. Die neuen Gruppierungen auf der Rechten zeigen die starke Rechtsbewegung in Deutschland nicht genau an. Die Christlichen Demokraten haben auch erhebliche Bestandteile, die an sich der deutschen Rechten angehören. So wie bei ihnen die Strömungen der Rechten virulent sind, sind auch bei der größten Rechtspartei, der Deutschen Partei, die Deutsche Konservative und die Deutsche Rechtspartei als Stimmungsfaktor vorhanden.[4] Das bedeutet eine weitgehende Lähmung der rechten Mitte in der deutschen Politik.

---

1 Die SPD erreichte 29,2 % der Stimmen, auf die 131 Mandate entfielen. Nach der Analyse von Falter, S. 239, hatte sie damit gegenüber den Landtagswahlergebnissen von 1946/47 mehr als 20 % ihrer Stimmen verloren.

2 In den Ländern der französischen Zone erzielte die CDU 49,0 % (Rheinland-Pfalz), 51,1 % (Südbaden) und 59,1 % (Württemberg-Hohenzollern). Dagegen lauteten die entsprechenden SPD-Ziffern: 28,6 %, 23,7 %, 18,9 %. Datenhandbuch Bundestag, S. 45.

3 Die Wahlbeteiligung betrug bei der Bundestagswahl 78,5 %, Datenhandbuch Bundestag, S. 28. In den voraufgegangenen Landtagswahlen lag sie nur in Hamburg (79,0 %) über dieser Marke, in den übrigen Ländern lag sie darunter. In sechs Ländern wurde die 70 %-Marke (zum Teil nicht einmal annähernd) nicht erreicht. Vgl. die Übersicht in Potthoff/Wenzel, S. 334–340.

4 Deutsch-Konservative Partei und Deutsche Rechtspartei errangen 5 Mandate. Datenhandbuch Bundestag, S. 34.

Das politische Ergebnis dürfte auf die Bildung eines Bürgerblocks, d. h. auf die Besitzverteilung auf Kosten der breiten Massen des Volkes hingehen.[5] Jedenfalls machen sich die Wortführer der führenden Schichten der Christlichen und Freien Demokraten schon in dieser Richtung bemerkbar.[6] Große Massen des Volkes haben millionenfach gegen ihre ureigensten wirtschaftlichen und sozialen Interessen gewählt. Sie dürften jetzt die Opfer der von ihnen geschaffenen politischen Machtverteilung werden. Man kann für den kommenden Winter mit Minderungen im Produktionsergebnis, vor allem aber muß man mit einem beträchtlichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit rechnen.[7] Auch der ganze Komplex des Lastenausgleichs und der Sozialisierung ist auf das Schwerste gefährdet. Die Sozialdemokratie freilich wird weiter um die Durchführung ihrer wirtschaftspolitischen und sozialen Ziele kämpfen und die Mehrheit im Parlament immer von neuem vor der deutschen Öffentlichkeit vor die Beantwortung dieser Fragen stellen.

Die Sozialdemokratie ist die Partei gewesen und ist es heute erst recht, die die Einheit Deutschlands zur Grundlage ihrer Politik macht. Sie wird weiter sich des deutschen Ostens mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln annehmen. Sie erklärt im besonderen gegenüber Berlin, daß sie die treue Kameradschaft der vergangenen Kampfperioden aufrechterhalten und für die wirtschaftlichen [und] politischen Notwendigkeiten Berlins stets eintreten wird.[8]

Die heutige politische Situation in Deutschland sollte auch das Ausland veranlassen, wohl zu unterscheiden zwischen gutwilligen Demokraten, die die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes verteidigen, und neuen extremen Rechtsgruppierungen, die weitgehend das Ergebnis der Demontage der deutschen Demokratie durch kurzsichtige ausländische Kräfte sind.

In dieser Lage erklärt die Sozialdemokratie, ihre Kräfte aufs äußerste anspannen zu wollen, um die für Deutschland und Europa notwendigen Ziele ihrer Politik durchzusetzen. Sie wird nicht aufhören, sich unermüdlich an das deutsche Volk zu wenden und es über die Zusammenhänge aufzuklären, die viele Deutsche in diesen Tagen so gefährlich verkannt haben.

---

5 Von einer Entwicklung in diese Richtung berichtete Walter *Menzel* Erich *Ollenhauer* bereits am 11. 8. 1949: „Ein Genosse, dessen Informationen im allgemeinen recht zuverlässig sind, macht mir die Mitteilung, daß die CDU im Falle eines Wahlsieges eine Koalition der bürgerlichen Parteien (FDP, DP und evtl. Zentrum) plane." AdsD, Bestand Ollenhauer 23.

6 Dies zielt auf die Erklärungen von *Dörpinghaus* (Nr. 44, S. 123), *Blücher* (Nr. 7) und *Heuss* (Nr. 14, Anm. 3). Am 15. 8. 1949 hatte auch Ludwig *Erhard* einen Kommentar abgegeben, in dem es u. a. hieß, „daß die Frankfurter Wirtschaftspolitik der CDU/CSU jetzt fortgesetzt werden könne". „Die Welt" vom 16. 8. 1949. Hiermit übereinstimmend äußerte sich Hermann *Pünder* zu den Koalitionsaussichten zwischen CDU und SPD: „Da mir die Fortsetzung unserer sozialen Marktwirtschaft unter allen Umständen geboten erscheint, aber auf der anderen Seite die SPD ohne Unterlaß auf die Notwendigkeit einer völligen Änderung der Wirtschaftspolitik, und zwar unter ihrer Führung, hinweist, scheint mir dieses Thema nicht ganz akut zu sein." DUD Nr. 164 vom 18. 8. 1949.

7 Die Entwicklung der Industrieproduktion (1936 = 100): Juni 1949: 87; September 1949: 90; Dezember 1949: 100; März 1950: 96; Juni 1950: 107; September 1950: 118; Dezember 1950: 134. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit: Juni 1949: 8,7 %; September 1949: 8,8 %; Dezember 1949: 10,3 %; März 1950: 12,2 %; Juni 1950: 10,0 %; September 1950: 8,2 %; Dezember 1950: 10,7 %. Vgl. Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt/M. 1983, S. 64.

8 Zur schwierigen Lage Berlins in dieser Zeit Nr. 16, Anm. 10.

7.

15. 8. 1949: Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Stuttgart)

NL Heuss 54. Handschriftlicher Vermerk: „beantw." Anstreichungen.

Lieber, sehr verehrter Herr Professor!

Damit Ihr Schreiben vom 12. 8.[1], das heute hier einging, umgehend beantwortet wird, hat mich Herr *Blücher*, der heute schon wieder mit Sitzungen und morgen mit einer Reise nach Frankfurt besetzt ist, gebeten, Ihnen unverzüglich zu schreiben, daß er versuchen wird, in Bühlerhöhe vorbeizukommen. Den Termin dieser Reise von Herrn *Blücher*, die zweckmäßigerweise von Frankfurt aus erfolgt, werden wir Ihnen, sobald er feststeht, durchgeben.[2]

Im übrigen äußerte sich Herr *Blücher* zu dem eigentlich politischen Teile Ihres Briefes wie folgt:

Die DENA habe seine Ausführungen nicht wörtlich gebracht, er habe gesagt, daß bei einer grundsätzlichen Betrachtung jede Art von großer Koalition auf ganz bestimmte Zeiten, wie etwa den Krieg beschränkt bleiben müsse. Anders sei im regelrechten politischen Geschehnisablauf eine klare, eindeutig ausgerichtete innere und Wirtschaftspolitik nicht möglich. Daraus habe die DENA eine sensationelle Wahlbemerkung gemacht.

Herr *Blücher* sagte aber auch weiter, daß ein Wahlkampf, der etwa die Möglichkeit einer großen Koalition, also eines Zusammengehens mit der SPD angedeutet oder auf Befragen als möglich bezeichnet hätte, bei den Wählern zu einer heillosen Verwirrung und zu einer Entstellung der Zielsetzungen im Wahlkampf geführt haben würde. Man hätte dann besser von vornherein auf den Wahlkampf verzichten müssen, denn hier in Nordrhein-Westfalen und im Norden, in Nordwestdeutschland überhaupt, sei es praktisch nur um diese Frage und zum Teil um diejenige der Schule gegangen. Aber, wie gesagt, er habe gar nicht prophezeit.

Deswegen ist er auch entsetzt über die angebliche Äußerung von *Dehler*, das Ziel müsse jetzt die große Koalition sein.[3]

Was die Frage des Sitzes im Parlament betrifft, so ist Herr *Blücher* allen Ernstes der Ansicht, daß man hier wegen der Inhaltlosigkeit der historischen Begriffe „rechts" und „links" in der Tat zur Auslosung der Sitzfolge schreiten sollte.

Mit vielen herzlichen Grüßen und guten Wünschen für Ihren Erholungsaufenthalt bin ich

Ihre Ihnen sehr ergebene
Erika *Fischer*

1 Nr. 2.

2 Ob dieses Treffen zustande gekommen ist, konnte nicht ermittelt werden.

3 *Dehlers* Eintreten für eine große Koalition von CDU/CSU, SPD und FDP gelangte auch in die Presse, so z. B. in die „Frankfurter Rundschau" vom 18. 8. 1949. Vgl. hierzu Nr. 22 mit Anm. 10.

8.

15. 8. 1949: Rundschreiben des Staatsministers in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München), an die Mitglieder des Ellwanger Freundeskreises der CDU/CSU

NL Pfeiffer 44. Durchschlag.

Liebe Freunde!

Sehr dringliche Umstände[1] machen es notwendig, daß wir die Ellwanger Tagung vorverlegen. Wir müssen am Freitag, den 19. August, um 15 Uhr zusammentreten. Die Besprechungen sollen Freitagnachmittag, Freitagabend und den Samstagvormittag in Anspruch nehmen. Einzelne Freunde und Gäste müssen schon am frühen Nachmittag des Samstags wieder abreisen.[2] Die Teilnahme an unserer Tagung ist äußerst dringlich.

In unserem Hotel besteht Unterbringungsmöglichkeit für die Nacht vom Freitag auf Samstag. Bitte teilen Sie meinem Vorzimmer (Tel. 31605) schleunigst telegraphisch oder telefonisch mit, ob Sie kommen.[3]

Mit freundlichem Gruß und in der Hoffnung auf vollzähliges Wiedersehen.[4]

Pf[eiffer]

1 Bezieht sich auf den für den Nachmittag des 20. 8. 1949 in Frankfurt vereinbarten Gesprächstermin *Ehards* mit *Adenauer*, Nr. 3.

2 *Pfeiffer* und *Schwend* begleiteten *Ehard* von Ellwangen nach Frankfurt. Vgl. Nr. 17a und b.

3 Absagen erhielt *Pfeiffer* von *Ankermüller*, *Fischer*, *Geiger*, *Kraus*, *Krehle*, *Müller*, *Seidel*, *Schlögl* und *Sühler* aus Bayern; *Arndgen*, *Kogon* und *Lorberg* aus Hessen; *Gögler*, *Simpfendörfer* und *Stooß* aus Württemberg-Baden sowie *Strickrodt* aus Niedersachsen. Aus der französischen Zone sagten ab *Altmeier*, Clemens *von Brentano*, Gebhard *Müller*, *Süsterhenn* und *Wohleb*. Nach Liste im NL Pfeiffer 44. Gebhard *Müller* hatte zunächst am 13. 8. 1949 seine Teilnahme zugesagt, sie am 16. 8. 1949 aber widerrufen, da der französische Hochkommissar an eben dem Wochenende in Mainz einen Empfang gab, an dem auch *Altmeier* und *Wohleb* teilnahmen. Die Schreiben Müllers in NL Pfeiffer 44.

4 Teilnehmerverzeichnis und Verlauf der Tagung Nr. 16.

9.

15. 8. 1949: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU von Nord-Württemberg, Rudolf Vogel (Aalen), an den Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München)

NL Pfeiffer 44.

Lieber Herr Staatsminister Dr. *Pfeiffer!*

Ich weiß noch nicht, ob ich Ihnen bereits gratulieren darf, da ich aus dem Radio bislang noch keine Namen aus Bayern erhielt.[1] In jedem Falle folgende Anregung:

1 Anton *Pfeiffer* hatte für die CSU im Wahlkreis München-Land kandidiert und außerdem auf Platz 5 der Landesergänzungsliste gestanden. Im Wahlkreis unterlag er dem Bewerber der BP

Zu dem Ellwanger Treffen[2] sollten unbedingt noch hinzugezogen werden Dr. *Weiß*, Tübingen, und Dr. *Bauknecht*, Ravensburg. Vielleicht auch Dr. *Kiesinger* aus Ravensburg, der auf mich einen recht guten Eindruck machte, als ich ihn das letzte Mal in Königswinter sah. Ebenso sollten aus Südbaden Heinrich *Höfler* und vielleicht noch ein zweiter eingeladen werden. Wie wäre es mit Dr. *Gerstenmaier*, dem Chef des evangelischen Hilfswerkes, der allerdings für uns in der CDU eine völlig neue Erscheinung darstellt und der politisch sicherlich als sozial-radikal angesprochen werden darf! Bitte betrachten Sie [das] nur als Anregung. Wir werden in Ellwangen vor sehr weitreichenden Beschlüssen stehen. Ich werde vermutlich versuchen, die südwestdeutschen Abgeordneten so schnell wie möglich zusammenzurufen. Da Nordrhein-Westfalen vermutlich sehr stark aus dem Wahlkampf hervorgehen wird[3], verstärkt noch durch Schleswig-Holstein und Hamburg[4], und wir Süddeutschen das gleiche nicht von uns behaupten können, werden wir gut daran tun, uns rechtzeitig zu besprechen. Wir in Württemberg-Baden sind im allgemeinen zufrieden.[5] Bedauerlich ist nur, daß die protestantischen Bauern in einigen Kreisen zu den demokratischen Bauernkandidaten überliefen und uns verlorengingen infolge der Parole des Bauernbundes „Bauern wählt nur Bauern".

Eben höre ich das Gesamtergebnis. Ich finde, daß wir im allgemeinen sehr zufrieden sein können. Eine Rechtskoalition wird wohl die unvermeidliche Folge sein. Zum Glück denkbar auch ohne Bayernpartei. Bin sehr gespannt, ob *Rattenhuber* und *Elsen* durchkamen![6]

Konnte eben mit Staatspräsident Gebhard *Müller* sprechen. Auch er hielte es für sehr gut, wenn nach Ellwangen die drei oben genannten Herren miteingeladen würden. Bitte telefonieren Sie ihm doch Ihre Einwilligung nach Tübingen so bald als möglich, wenn Sie einverstanden sind. Er würde die drei Herren dann weiterverständigen.[7]

Leider sind auch ihm nicht die südbadischen Abgeordneten bekannt. Aber vielleicht kann *v. Brentano* noch jemanden mitbringen.

Ich hörte von Freunden, daß Sie in den letzten Wochen krank zu Bett lagen? Lassen Sie mich hoffen, daß Sie sich inzwischen wieder wohlauf befinden.

Indem ich Ihnen von Herzen allen Erfolg wünsche, bleibe ich mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener
Dr. *Vogel*

---

und auch über die Landesergänzungsliste gelangte er infolge der hohen Verluste, die die CSU in dieser Wahl auf Kosten der Bayernpartei hinnehmen mußte, nicht in den Bundestag. Wahlunterlagen KGParl.

2 Vgl. Nr. 16.

3 Die CDU erzielte in Nordrhein-Westfalen 36,9 % der Stimmen. Sie lag damit um 5,5 % vor der SPD. Datenhandbuch Bundestag, S. 45.

4 In Schleswig-Holstein errang die CDU 30,7 %, in Hamburg 19,7 %. Datenhandbuch Bundestag, S. 45.

5 Hier erreichte die CDU 31,0 %. Datenhandbuch Bundestag, S. 45.

6 Ernst *Rattenhuber* hatte für die CSU im Wahlkreis Altötting kandidiert, Franz *Elsen* im Wahlkreis Traunstein. Beide unterlagen dem Bewerber der BP. Wahlunterlagen KGParl.

7 Nach einem Vermerk vom 17. 8. 1949 lehnte *Pfeiffer* die Anregung *Vogels* ab, den Ellwanger Kreis zu erweitern. NL Pfeiffer 44.

10.

16. 8. 1949: Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU an die Landesverbände der CDU/CSU

NL Holzapfel 253. Vervielfältigtes Exemplar.

Sehr geehrte Herren!

Vor den Wahlen hat bereits ein Teil der überparteilichen Presse sich dazu bereit gefunden, die künftigen politischen Entscheidungen hinsichtlich des Bundespräsidenten in einer bestimmten Richtung (Louise *Schroeder*)[1] zu beeinflussen.

Jetzt, nach den Wahlen, tritt bereits allenthalben in der gleichen Presse die Tendenz zutage, die politische Situation zu verwirren und Exponenten der CDU/CSU-Politik auf bestimmte Meinungen hinsichtlich der Regierungsbildung festzulegen.[2]

Es erscheint also vielleicht zweckmäßig, den in Frage kommenden CDU/CSU-Politikern, insbesondere den gewählten Abgeordneten, nahezulegen, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht der kommenden Entscheidung der Fraktion der CDU/CSU irgendwo vorgegriffen wird. Die Handlungsfreiheit der Partei muß in vollem Umfange gewahrt bleiben.

Dieses Schreiben erfolgt nach Rücksprache mit verantwortlichen Persönlichkeiten der CDU/CSU, soweit sie schnell erreichbar waren.

Durchschläge dieses Schreibens sind zur dortigen Bedienung beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. *Zimmer*.

---

1 Dazu eine Meldung der Zeitung „Die Welt" vom 5. 8. 1949: „Die Berliner Bürgermeisterin Louise *Schroeder* (SPD), deren Name in den Diskussionen um die Person des künftigen Präsidenten verschiedentlich genannt wurde, erklärte am Donnerstag [4. 8. 1949], daß sie derartige Debatten nicht allzu ernst nehme."

2 Dazu Nr. 44, S. 91.

11.

16. 8. 1949: Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München)

NL Pfeiffer 241. „Vertraulich", handschriftlicher Vermerk: „H. StM. Dr. Pfeiffer".

Betr.: Regierungsbildung

Die hier zirkulierenden Ministerlisten tragen ausgesprochen norddeutsches Gepräge. Als Innenminister werden Dr. *Lehr* und der nordrhein-westfälische Finanzminister Dr. *Weitz*, als Finanzminister *Blücher* oder Dr. *Höpker Aschoff*, als Ernährungsminister *Schlange-Schöningen* genannt. Professor *Erhard* ist zwar Süddeutscher, hat sich aber in Verwaltungsratssitzungen nur höchst selten für Landesinteressen eingesetzt; in letzter

Zeit allerdings zuzugebenderweise für den südbayerischen Fremdenverkehr. Als CSU-Exponent wird Staatssekretär *Schuberth* genannt, der sich auf seinem engeren Fachgebiet zwar allgemein Ansehen erworben hat, der aber seine grundsätzlich zweifellos vorhandene föderative Einstellung im Verwaltungsrat niemals durchzusetzen versuchte. Insbesondere ist er auch auf dem Postgebiet weitgehend in der Hand seiner Beamten. Es ist nicht erkennbar geworden, daß er versucht hat, regionale Lösungen für die Deutsche Post im ähnlich bescheidenen Rahmen durchzusetzen, wie dies hinsichtlich der Deutschen Reichsbahn mit einem gewissen Erfolg durch den Sonderausschuß für das Reichsbahngesetz möglich gewesen ist.[1] Als eine zureichende Vertretung der Landesinteressen könnte die Besetzung des Postministeriums durch ihn nach den bisherigen Erfahrungen im Verwaltungsrat nicht angesehen werden.

Von den bisherigen Direktoren bzw. ihren Stellvertretern haben gelegentlich Herr *Hartmann* und Staatsrat *Niklas* versucht, den süddeutschen Standpunkt zu betonen. Direktor *Hartmann* hat sehr intensiv mit den Länderfinanzministern zusammengearbeitet; da fiskalische Gesichtspunkte im allgemeinen mit den Länderinteressen konform gehen, hat sich seine Stellungnahme in vielen Fällen als länderfreundlich ausgewirkt. Der personalmäßige Aufbau seines Amtes, das sich nunmehr in zunehmendem Maße aus Angehörigen der Bürokratie des Reichsfinanzministeriums zusammensetzt, gibt jedoch länderfeindlichen Strömungen zunehmenden Spielraum, wie sich dies bei den Verhandlungen über die Zolleitstelle gezeigt hat.[2] Direktor *Hartmann* ist sehr geschmeidig und stets geneigt, nach der Seite des schwächsten Widerstandes auszuweichen.

Staatsrat *Niklas* bemüht sich, besonders auch in gewisser personeller Verbindung zu dem bayerischen Ernährungsministerium, der bayerischen Ernährungswirtschaft und den bayerischen Importeuren zu bleiben. Ein ausgesprochen länderfeindlicher Kurs würde von ihm wohl nicht mitgemacht werden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß nach dem bisherigen Stand der Dinge die Bauernverbände nicht geneigt zu sein schienen, Minister *Schlange* als Ernährungsminister zu akzeptieren. Sollten sich hier Schwierigkeiten ergeben, müßte m. E. unter allen Umständen versucht werden, Staatsrat *Niklas* als Ernährungsminister zu forcieren, schon um nicht eine Kandidatur Minister *Lübkes* zu bekommen. Wenn Minister *Schlange* jedoch Bundesernährungsminister werden sollte, dürfte es sich für die CSU empfehlen, unbedingt auf Staatsrat *Niklas* als Staatssekretär des Bundesernährungsministeriums zu bestehen, wobei nach dem eindeutigen Wahlausgang die Funktion Ministerialdirektor *Podeyns* als zweiter Stellvertreter und Leiter der besonders wichtigen Abteilungen Ernährung und Ein- und Ausfuhr einer Korrektur unterzogen werden sollte. Besonders die süddeutsche Ernährungswirtschaft und die süddeutsche Lebensmittelein- und -ausfuhr werden sich dagegen wenden, daß Ministerialdirektor *Podeyn* neben Staatsrat *Niklas* unmittelbar dem Bundeslandwirtschaftsminister unterstellt bleibt.

Der Stellung der Staatssekretäre im künftigen Bundeskabinett wird überhaupt eine besondere Bedeutung zukommen. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen,

---

1 Ein Sonderausschuß für das Reichsbahngesetz ist nicht nachweisbar. Möglicherweise ist aber der zu der Zeit in der Diskussion befindliche Reichsbahnbeirat gemeint, der als beratendes Organ dienen sollte, bis die gesetzliche Neuordnung des Eisenbahnwesens abgeschlossen war. Dem Reichsbahnbeirat, der sich schließlich am 5. 9. 1949 konstituierte, gehörten auch Vertreter der Länderregierungen an. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 877f.

2 *Hartmanns* Haltung in: Akten zur Vorgeschichte 5, S. 229ff.

daß von allen Direktoren lediglich der Direktor der VfV, Professor *Frohne*, (der auf der hier zirkulierenden Ministerliste weiter als parteilos fungiert) keinen Stellvertreter im Sinne der Proklamation Nr. 7/Ordinance Nr. 126[3] besitzt. Ministerialdirektor *Schiller* ist zwar sein Vertreter im Amt, aber nicht stellvertretender Direktor. Die Stelle des Staatssekretärs im künftigen Bundesministerium für Verkehrsangelegenheiten ist demnach noch zu besetzen. Dr. *Schiller* ist, wie sich jüngst wieder bei seiner Entscheidung in der Frage der Auftragsverwaltung der unteren Donau gezeigt hat, ein unbedingter Zentralist. Es wäre zu überlegen, ob die bayerische CSU nicht in der Lage ist, die Besetzung des Staatssekretärpostens im Verkehrsministerium durch einen Süddeutschen, etwa durch Ministerialdirigent *Brunner* zu verlangen. Ich darf hierzu bemerken, daß das persönliche Verhältnis zwischen Professor *Frohne* und Dr. *Schiller* schlecht ist, weshalb auch Professor *Frohne* von einer Berufung Dr. *Schillers* zum stellvertretenden Direktor abgesehen hat. Ich halte es für wahrscheinlich, daß Professor *Frohne*, der mit Ministerialdirigent *Brunner* sehr gut zu stehen scheint, letzteren gern als Staatssekretär zu akzeptieren bereit wäre.

Die Verwaltung, welche bisher die länderfeindlichste Einstellung gezeigt hat und auch wohl auf sozialpolitischem Gebiet weit über die Zielsetzung der CSU hinausgegangen ist, ist die Verwaltung für Arbeit unter der Leitung der Herren *Storch* und *Scheuble*. Von den beiden einzigen Bayern in diesem Amt ist Geheimrat *Kerschensteiner* bereits ausgeschieden[4], während Oberregierungsrat *Fitting* vom bayerischen Arbeitsministerium nach München zurückzukehren im Begriff ist.[5] Die Verwaltung wird von der Bürokratie des ehemaligen Zentralamtes in Lemgo beherrscht[6], insbesondere von Dr. *Dobbernack*, der sich weitgehend gewissen gewerkschaftlichen Einflüssen verschrieben hat. Es ist anzunehmen, daß die FDP hier gewisse personelle Umstellungen verlangt. Auch vom Landesstandpunkt aus muß es als höchst wünschenswert bezeichnet werden, wenn es möglich wäre, den Anhängern der klassischen Sozialversicherung, wie sie im Bayerischen Arbeitsministerium etwa in Gestalt der Herren Staatssekretär Dr. *Grieser*, Professor *Eckert* und Ministerialrat *Sauerborn* tätig sind, Einfluß zu verschaffen.[7]

M.d.W.b.:
Elmenau

3 Art. VI Abs. 1 (2) dieser Proklamation vom 9. 2. 1948 lautet: „Die Direktoren werden ohne Rücksicht auf die fachlichen Anforderungen für den öffentlichen Dienst ernannt und müssen jeder einen Stellvertreter haben, der diesen fachlichen Anforderungen entspricht." Amtsblatt der Militärregierung, Amerikanische Zone, Ausgabe I vom 16. 3. 1948 sowie Amtsblatt der Militärregierung, Britisches Kontrollgebiet, No. 23.

4 Anton *Kerschensteiner* leitete anfangs die Abteilung Arbeitsvermittlung. Er schied aber bald aus, um das Präsidentenamt des Landesarbeitsgerichts in München zu übernehmen. Persönliche Mitteilung von Karl Fitting vom 15. 11. 1983.

5 *Fitting* wechselte im Herbst 1949 in das Bundesarbeitsministerium über.

6 Vgl. Hockerts, S. 108f.

7 Diesen Vorschlag unterbreitete *v. Elmenau* am 20. 8. 1949 auch *Adenauer*, Nr. 17a.

12.

16. 8. 1949: Der Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin, Willy Brandt (Berlin), an den Parteivorstand der SPD (Hannover)

AdsD, Bestand Schumacher J 79/II. Handschriftlicher Vermerk: „Erl."

Zum Wahlergebnis

1. In der gestrigen Sitzung des Landesvorstandes herrschte Einmütigkeit, daß wir uns bei Äußerungen gegenüber Pressevertretern etc. mit folgenden Feststellungen begnügen wollten:

a) daß unsere Partei die stärkste Fraktion gestellt haben würde, wenn Berlin mitgewählt hätte[1],
b) die vernichtende Niederlage der Kommunisten[2],
c) die durch das Aufkommen der extremen Rechtsparteien manifestierte reaktionäre Gefahr[3],
d) demgegenüber jedoch auch die Tatsache, daß sich 75 % der Wähler zu den demokratischen Parteien bekannten[4],
e) daß die neuen Wählerschichten offenbar der Entscheidung zwischen der Wirtschaftspolitik Frankfurts und der SPD ausgewichen sind[5],
f) daß man von der Bundesregierung erwarten müßte, sich mit allen Kräften für Berlin einzusetzen.

Eine gewisse Enttäuschung eines Teiles unserer Genossen ist nicht zu verkennen, und es wird auch der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir intern sehr offen und kritisch darüber sprechen sollten, ob ein günstigeres Wahlresultat für uns zu erreichen gewesen wäre. Die Auffassung der Genossen hier scheint dahin zu gehen, daß uns durch das Wahlergebnis die Opposition im Bundestag eindeutig vorgezeichnet ist.[6]

Die Genossen haben mich gebeten, Sonnabend im Landesausschuß über die Situation nach der Wahl zu sprechen.[7]

---

1 Die Vertretung Berlins im Bundestag regelte § 26 des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag vom 15. 6. 1949, in dem es heißt: „Groß-Berlin hat das Recht, bis zum Eintritt des Landes Berlin in die Bundesrepublik Deutschland acht Abgeordnete mit beratender Funktion in den Bundestag zu entsenden." BGBl., 1. Jg., Nr. 2. Die Auswahl der Abgeordneten erfolgte durch das Berliner Abgeordnetenhaus entsprechend der dort herrschenden Mehrheitsverhältnisse.

2 Für die KPD hatten am 14. 8. 1949 nur 5,7 % der Wähler gestimmt. Gegenüber den Landtagswahlen von 1946/47 bedeutete dies nach der Analyse von Falter, S. 239, einen Stimmenrückgang von 40,6 %.

3 Vgl. Nr. 6.

4 Hierauf hatte bereits *Ollenhauer* in einer Stellungnahme am 15. 8. 1949 verwiesen: „Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die drei Parteien SPD, CDU und FDP fast drei Viertel aller Stimmen auf sich vereinigt haben." Sozialdemokratischer Pressedienst vom 15. 8. 1949.

5 Vgl. dagegen die entgegengesetzte Interpretation *Adenauers* in Nr. 25.

6 In Nr. 24 relativiert *Brandt* diese Einschätzung.

7 Vgl. ebenda.

2. Die Kommentare der Berliner Presse erseht Ihr aus den mit gleicher Post übermittelten Zeitungen.[8]

3. Die Engländer und Amerikaner, mit denen ich gestern und heute sprach, äußerten sich sehr zurückhaltend. Ich sehe meinerseits auch keine Veranlassung, mich mit ihnen über die Konsequenzen des Wahlergebnisses eingehender zu unterhalten.

Die verschiedenen Sondernummern des SOPADE und anderes noch kurz vor der Wahl herausgegebenes Material haben wir den drei Stellen übermittelt. Ich werde natürlich bei den fälligen Unterhaltungen nicht versäumen, jene Auslandsfaktoren festzustellen, die sich während des Wahlkampfes geltend gemacht haben.[9]

4. Die Berliner Vertretung beim Bundestag ist Sonntag in der Euch bekannten Zusammensetzung gewählt worden.[10] *Suhr* legte Wert auf die Bezeichnung „Berliner Abgeordnete". Man könnte natürlich auch von Berliner „Vertretern" beim Bundestag sprechen, sollte sich aber vor dem Ausdruck „Beobachter" hüten, der von denen lanciert wird, die Berlin möglichst abhängen möchten.

5. Im Landesvorstand wurde gestern vereinbart, die Genossin Gerda *Eick* als Sekretärin unserer fünf Berliner Vertreter zu beschäftigen. Das würde bedeuten, daß sie nicht wie im Parlamentarischen Rat zu unserem Fraktionssekretariat gehören würde.

Brandt

8 Nicht in den Akten.

9 Vgl. die Nrn. 32 und 42.

10 Ihr gehörten an Willy *Brandt*, Paul *Löbe*, Franz *Neumann*, Louise *Schroeder* und Otto *Suhr* für die SPD, Heinrich *Krone* und Robert *Tillmanns* für die CDU und Hans *Reif* für die FDP.

13.

17. 8. 1949: Das Vorstandsmitglied der CSU, Fritz Schäffer (München), an den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Stade)

Materialien Hellwege.

Sehr verehrter Herr *Hellwege!*

Sie werden sich noch an unsere Besprechung in München erinnern. Die Dinge sind also nunmehr so gelaufen, daß ich nach dem Scheitern meiner Versuche, die CSU aus einem unheilvollen Einfluß ihrer Parteileitung zu befreien, aus dieser ausgeschieden war.[1] Inzwischen ist die Bayernpartei entstanden.[2] Ich habe aber bei den letzten Wahlen mich doch auf Grund persönlicher Beobachtungen entschlossen, für die CSU zu kandidieren, nachdem inzwischen auch die Parteileitung der CSU gewechselt hatte.[3]

1 Am 14. 9. 1948. Dazu Mintzel, S. 225; Wolf, S. 50ff. Vgl. auch Franz Menges in: Jürgen Aretz (Einleitung Anm. 84, Bd. 6, 1984), S. 147.

2 Auf Landesebene von der amerikanischen Militärregierung zugelassen am 29. 3. 1948. Zum Entstehungsprozeß Unger, S. 31ff.

3 Am 28. 5. 1949 hatte Hans *Ehard* Josef *Müller* als Parteivorsitzenden abgelöst. Zu diesen Vorgängen ausführlich Mintzel, S. 239ff.

Ich bin dann auch in meinem Bundeswahlkreis Passau gewählt worden.[4] Ich werde also in den Bundestag einziehen und mit Ihnen dort zusammentreffen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn unser Zusammentreffen dort auch ein inneres Zusammenarbeiten werden würde. Ihre Partei hat sich in den Wahlen glänzend behauptet.[5] In Bayern haben CSU und BP zusammen genau das, was die CSU im Jahre 1946 vor dem Auseinanderfallen gehabt hat.[6]

Wenn im Deutschen Bundestag Deutsche Partei, Bayernpartei und Christlich-Soziale Union zusammenhalten, so wäre dies ein Block ausgesprochen föderativer Richtung, der in einer Arbeitsgemeinschaft mit CDU und Zentrum sich durchsetzen könnte und ein Gegengewicht bilden würde gegen die FDP, die man wahrscheinlich bei der Kabinettsbildung braucht.

Ich würde mich sehr freuen, mit Ihnen schon vor dem Zusammentritt des Bundestages in Gedankenaustausch treten zu können, und bitte mir zu schreiben, ob wir uns auch nicht etwa vor dem Zusammentritt des Bundestages schon irgendwo treffen und sprechen könnten.[7]

Mit ergebenen Grüßen!
Ihr
Schäffer

4 Auf *Schäffer* waren 27 561 Stimmen entfallen, auf die Kandidaten von BP, WAV und SPD jeweils 20 772, 18 963 und 12 277 Stimmen. Wahlunterlagen KGParl.

5 Auf die DP waren 4 % der Stimmen und damit 17 Bundestagsmandate entfallen. Datenhandbuch Bundestag, S. 34.

6 Der Stimmenanteil der CSU ging in Bayern von 52,3 % (Landtagswahl vom 1. 12. 1946) auf 29,1 % zurück, während die BP in der Bundestagswahl 20,9 % erzielte. Kaack, S. 198.

7 Eine Antwort *Hellweges* erfolgte nicht, da *Hellwege* aufgrund einer Unachtsamkeit seiner Mitarbeiter erst Jahre später Kenntnis von dieser Sache erhielt. Mitteilung Hellweges vom 23. 9. 1983. Zu den Kontakten zwischen DP und Bayernpartei zwei Tage später Nr. 18, Anm. 40.

14.

18. 8. 1949: Der Oberbürgermeister von Dortmund und Vorstandsmitglied der SPD, Fritz Henßler (Dortmund), an den 1. Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher (Hannover)

AdsD, Bestand Schumacher Q 23. Handschriftliche Korrekturen und Vermerke.[1]

Lieber Kurt!

Die durch die Wahlen geschaffene politische Situation von Bonn scheint eine ganz eindeutige zu werden. *Adenauer* steuert auf einen Bürgerblock zu[2], *Heuss* von den Demo-

1 Auszugsweise abgedruckt in: Alt, S. 85.

2 Zu *Adenauers* Aktivitäten die Nrn. 3, 17a und b und 18. Gegenüber der Öffentlichkeit hielt sich *Adenauer* mit Äußerungen zurück.

kraten begeistert sich dafür auch.[3] Die anderen Rechtsgruppen werden dabei gern mittun. Wenn alle diese Gruppen das Ergebnis des Wahlkampfs darin sehen, daß er ein antisozialistisches Votum brachte und *Erhard* Sieger wurde[4], dann haben wir eine klare Situation – wir beziehen Oppositionsstellung. Sind diese Gruppen auch einig in ihrer antisozialistischen Einstellung, so wird es der Dirigent dieser Koalition doch nicht leicht haben angesichts der auch in diesen Gruppen vorhandenen gegensätzlichen Interessen. Würde *Adenauer* dieser Dirigent sein, so würde ich voraussagen, daß er allein schon der Garant dafür ist, daß es ein hübsches Durcheinander geben wird – angefangen in seiner eigenen Partei.

Diese Situation ist für uns nicht ungünstig, sie hat aber auch Gefahrenpunkte, die wir ausschalten müssen. Ich bitte deshalb, daß nicht voreilig durch uns Festlegungen erfolgen, ohne daß wir durch eine sehr gründliche Aussprache die Sachlage klären. Ich lege großen Wert darauf, daß die Sachlage auch aus der politischen Schau Nordrhein-Westfalens beurteilt wird. Ich denke dabei nicht nur an die Situation in der Landespolitik; nicht minder wichtig ist die Gewerkschaftsseite.

Ein langersehnter Wunsch *Adenauers* ginge in Erfüllung, wenn durch Bonn entsprechende Rückwirkungen auf die Länderpolitik erfolgen. Das gilt vor allem für die Länderpolitik in Nordrhein-Westfalen. Würden dabei auch noch die Gewerkschaften einbezogen, dann hätten auch da *Adenauer-Frings*, was sie schon lange erstreben und vorbereiten. Andererseits würde eine solche Entwicklung praktisch auch die Stellung der Kommunisten in den Gewerkschaften stärken; wir kämen dabei in einen Zweifronten-Kampf, der besonders hinsichtlich der Position in den Gewerkschaften und in den Betrieben gegenwärtig noch leicht über unsere Kraft gehen könnte. Ob wir eine solche Entwicklung aufhalten können, ist eine Frage für sich. Wir sollten es aber tun, wenn wir es können, jedenfalls sollten wir nichts tun, was eine solche Entwicklung begünstigen könnte.

Fasse mein Schreiben nicht so auf, daß ich in Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialisierung eine Leisetreterpolitik befürworten möchte. Im Gegenteil! Hier müssen wir klaren Kurs steuern und fest bleiben. Wir haben dabei die Möglichkeit, unter Auswertung der sozialen Spannungen im CDU-Lager gewissen Kreisen der CDU sehr zusetzen und andererseits gewisse Wählerschichten wirkungsvoll ansprechen zu können. Ich weiß bestimmt, daß das Bürgerblockstreben *Adenauers* in seiner eigenen Partei von einem erheblichen Teil sehr widerstrebend beurteilt wird.[5] Mir geht es gerade darum, nicht durch eine schematische und lärmende Agitation die Kluft zwischen uns und den Kreisen der CDU-Anhängerschaft zu vertiefen, die uns in den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung nahestehen. Gerade jetzt kommt es auf den Beweis an, daß wir Politik nicht mit Katzbalgerei verwechseln, sondern eine Politik treiben, die in ihrer klaren Sachlichkeit stark absticht von der plumpen Demagogie derer um *Adenauer* und der Rechtsgruppen.

---

3 *Heuss* hatte am 15. 8. 1949 gegenüber Journalisten geäußert, daß keine „grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten". Dagegen sah er aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms mit der SPD keine Möglichkeit zur Zusammenarbeit. „Die Welt" vom 16. 8. 1949 berichtete hierüber auf der Titelseite. Vgl. auch Alt, S. 86.

4 So sehr nachdrücklich *Adenauer* in den Nrn. 18 und 25.

5 Zu den Strömungen innerhalb der CDU/CSU die Nrn. 16 und 18.

Die Erfahrung, die wir beim letzten Wahlkampf gemacht haben, veranlassen mich nochmals zur Mahnung, daß wir uns nicht vom Gegner Art und Ton der Auseinandersetzung vorschreiben lassen, ihm weder in die Gosse folgen, wenn er sich dort wälzen will, noch versuchen, es ihm in Demagogie gleichzutun.[6] Trotz der verhältnismäßig starken Wahlbeteiligung steht wohl ziemlich fest, daß sie nur deshalb erreicht wurde, weil die Alten stärker zur Wahlurne gebracht werden konnten, während bei den jungen Wählern noch eine starke Enthaltung festzustellen war. Hier winkt uns ein Erfolg, wenn wir in ernster Sachlichkeit unsere Auffassung vertreten. Wir sollten uns mehr überlegen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, den eigenen Anhängern durch saftige Erwiderung an die gegnerische Adresse besondere Freude zu machen, als vielmehr den Ton finden, der Eindruck auf diejenigen macht, die für die Politik noch gewonnen werden können. Das braucht nicht auf Kosten der klaren Herausstellung unseres Wollens zu gehen, das kann deutlich und hart geschehen und hat mit Leisetreterei nichts zu tun.

Mit sozialistischem Gruß
Henßler

6 Vgl. auch die Kritik *Henßlers* an *Schumachers* Wahlkampfführung in Nr. 42, ebenso die *Brandts* in Nr. 24. Vgl. auch die Darstellungen von Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Berlin 1977, S. 108 und Klotzbach, S. 176.

15.

19. 8. 1949: Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München)

NL Pfeiffer 241. Durchschlag. „Vertraulich". Handschriftlicher Vermerk: „H. StM. Dr. Pfeiffer".

Betr.: Personalfragen zur Regierungsbildung

Der stellvertretende Direktor der Verwaltung für Finanzen teilte mir am 17. 8. 1949 mit, daß nach den ihm vorliegenden Informationen Minister *Blücher* die Übernahme des Bundesfinanzministeriums abgelehnt habe. Dagegen wird angenommen, daß Minister a. D. *Höpker Aschoff* die Übernahme des Bundesfinanzministeriums anstrebt.[1] In diesem Fall würden Direktor *Hartmann* und Dr. *Kriege* Bedenken tragen, im Amt zu bleiben. Dr. *Kriege* würde in diesem Fall sich zur Annahme des Postens des Präsidenten der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen entschließen, den Minister *Weitz* ihm angetragen hat.[2]

Wie ich heute erfahre, ist Minister Dr. *Hilpert* ein unbedingter Befürworter der Koalition mit der SPD.[3] Er hat direkt zu meinem Gewährsmann sich geäußert, daß er im Falle der Bildung einer Koalition zwischen CDU/CSU und FDP sein Bundestagsmandat niederlegen würde, um nur im Bundesrat tätig zu sein.[4] Er würde in diesem Fall hessischer Fi-

1 Zu den Vorstellungen *Blüchers* zur Besetzung des Finanzministeriums Nr. 58.

2 Diesen Posten übernahm *Kriege* im Februar 1950.

3 Vgl. die Nrn. 16 und 18.

4 Vgl. Nr. 55 mit Anm. 6.

nanzminister bleiben. Im Fall der Bildung einer Koalition der CDU/CSU mit der SPD würde Herr Dr. *Hilpert* bereit sein, das Bundesfinanzministerium zu übernehmen. Er befürwortet eine derartige Koalition, da er einen sehr erheblichen wirtschaftlichen Rückschlag im Herbst erwartet und mit stärkerem Produktionsrückgang sowie einem erheblichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit rechnet. Dr. *Hilpert* steht der Politik Professor *Erhards* ablehnend gegenüber und hält insbesondere dessen Investitionsplanungen für zu wenig fundiert.

Direktor *Schuberth* würde sehr gern bereit sein, das Ressort für Post- und Fernmeldewesen weiter zu behalten. Er hat m. W. zur Zeit noch keinen Konkurrenten um dieses Amt. Sollte die CSU auf ihn als ihren Vertreter im Bundeskabinett Wert legen, müßte unbedingt auf ihn eingewirkt werden, daß er sich in den Bundeskabinettssitzungen der Landesdinge mit größerem Nachdruck annimmt, als dies während seiner Zeit als Direktor der Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen der Fall war.

Ich darf darauf verweisen, daß die Dienstzeit des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, Dr. *Busch*, in einigen Monaten wegen Erreichung der Altersgrenze abläuft. Die Dienstzeit von Dr. *Busch* wurde bereits verlängert, da er das 65. Lebensjahr schon überschritten hat. Es besteht einiger Grund zu der Vermutung, daß Professor *Frohne* selbst geneigt ist, die Nachfolge von Dr. *Busch* anzustreben.[5]

Dr. *Busch* hat sich in den letzten ein bis zwei Jahren den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber als außerordentlich nachgiebig erwiesen. Er hat den Personalabbau bei der Reichsbahn sehr zögernd betrieben, da die Gewerkschaften sich diesem Personalabbau naturgemäß widersetzt haben. Zwar wurden etwa 40 000 Angestellte und Arbeiter im Laufe des letzten Jahres entlassen, doch nach Ansicht sachverständiger Kreise könnten immer noch etwa 50 000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden, wodurch die Finanzlage der Reichsbahn eine erhebliche Verbesserung erfahren würde, da auf diese Weise etwa 180 Millionen [DM] im Jahr eingespart werden könnten. Infolge des Druckes der Gewerkschaften hat Dr. *Busch* sich diesem Entlassungsverlangen jedoch bisher widersetzt.

Noch folgenreicher ist der Einfluß der Gewerkschaften auf die einzelnen Reichsbahndirektionen, den Dr. *Busch* zugelassen hat. Die unerfreulichen Verhältnisse in der Reichsbahndirektion Regensburg (Präsident *Burger*) dürften auch dort bekannt sein.[6]

Sofern es möglich ist, bei Bildung der Regierung von dem Bundesverkehrsminister Zusagen dahin zu erhalten, daß bei Besetzung der bayerischen Reichsbahndirektionen auf die politische und weltanschauliche Haltung der Bevölkerung Rücksicht genommen wird, wäre dies besonders wertvoll. Professor *Frohne* wird möglicherweise zu solchen Zusagen bereit sein. Ich darf anregen, hierüber mit dem Herrn Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten[7] in Verbindung zu treten.

M.d.W.b.:
E[lmenau]

---

5 Zu diesen Überlegungen, die im Oktober 1949 auch *Adenauer* für bedenkenswert hielt, Wengst, S. 152.

6 Näheres nicht ermittelt.

7 Otto *Frommknecht*.

16.

19./20. 8. 1949: Aufzeichnung von Ministerialrat Karl Schwend (bayerische Staatskanzlei) über die Sitzung des Ellwanger Freundeskreises der CDU/CSU

NL Schwend 37. Stenogramm.[1]

Teilnehmer:

Beyerle, Binder, v. Brentano, Ehard, Frommknecht, Heubl, Hilpert, Hofmeister, Huber, Hundhammer, Lang, Massoth, Pfeiffer, Pfeiffer jun., Sattler, Schuberth, Schwalber, Schwend, Sedlmayr, Stein, [Walter] *Strauß, Vogel, Wutzlhofer.*

19. 8.:

Begrüßung *Pfeiffer.*
Leitung der Aussprache Dr. *Hilpert.*
[**Pfeiffer:**] Es dürfte notwendig sein, daß wir [. . .][2] einen Brief schreiben, daß er uns die Materialien zur Verfügung stellt. Angesichts der Erklärung von *Churchill*[3] müssen wir uns um die Dinge kümmern.

Der Ellwanger Kreis stellt das ausgesprochene Sprachrohr einer föderativen Struktur dar[4], was man sonst nicht sagen kann, auch nicht von unserer Partei. Wir dürfen föderative Gedanken nicht einschlafen lassen, nicht nur wegen unserer Partei. Wir müssen Folgerungen aus der Wahl ziehen.

Wir haben eine Reihe praktischer Fragen zu besprechen. Wahlergebnis vom 14. und was wird nach dem 15. Fragen der verschiedenen Koalitionen: Hessen, [. . .][5], Minderheitsregierung, [. . .][6].

Frage Bundesrat, Bundesratsbesprechung, Bundesratspräsident, weil der Bundesrat bei den organisatorischen Schwierigkeiten, die einer Bundesregierung gegenüberstehen, besondere Beachtung verdient und weil wir im Bundesrat das föderative Moment sehen, das in [die] Politik, in unser politisches Leben hineingeworfen ist. Wir sind gezwungen zu der Frage, gerade aus dem föderativen Gesichtspunkt heraus: Wie können wir die föderativen Kräfte etwas besser erfassen, als es im Parlamentarischen Rat möglich war?

---

1 Die Übertragung des Stenogramms, das in der Gabelsberger Schrift abgefaßt wurde, in Langschrift verdanke ich Herrn Hans *Gebhardt*, Bayreuth. Sie ist vom Bearbeiter in einzelnen Fällen aufgrund inhaltlicher Zusammenhänge redigiert worden.

2 Name nicht zu entziffern.

3 Bezieht sich offensichtlich auf die Erklärung *Churchills* vor dem Europarat am 17. 8. 1949, in der er eine Sondertagung der Konsultativversammlung in zwei oder drei Monaten vorschlug, um die deutsche Frage zu diskutieren. Nach Auffassung *Churchills* war zu dieser Tagung auch die westdeutsche Regierung einzuladen, da er eine Einigung Europas ohne Deutschland für unmöglich erachtete. AdG 1948/49, S. 2048 D.

4 Zum Ellwanger Freundeskreis Richard Ley, Föderalismus-Diskussion innerhalb der CDU/CSU. Von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes, Mainz 1978; Wolfgang Benz, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im Ellwanger Kreis 1947/48, in: VfZ, 25. Jg. (1977), S. 776–820.

5 Ein Wort nicht zu entziffern.

6 Ein Wort nicht zu entziffern.

Probleme der Bundesverwaltung nach der sachlichen wie nach der personellen Seite. Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Landtage.

Auswertung der Wahl in der Richtung einer tragfähigen Regierungsbildung. Wer führt die Verhandlungen seitens der CSU/CDU?

Hilpert: Wir haben zunächst noch den Nachweis erbracht, daß wir eine kompakte demokratische Mehrheit haben (Demokraten[7], Christliche Demokraten, Sozialdemokraten).[8] Außenpolitisch: Berlin 200000 Arbeitslose. Berlin nach der Blockade[9] wird viel zu wenig beachtet. Lage sehr schwierig.[10] Berlin hätte uns gekostet eine Milliarde im Rechnungsjahr, wenn alle Dinge gelaufen wären. Wir wissen im Augenblick nicht, woher wir die Substanzmittel für Berlin hernehmen sollen. Mit *Marshall*plan-Geldern[11], daß uns 1,6 Millionen von den Engländern weggenommen werden. Von 3,8 Milliarden statt 900 Millionen.[12] Nur Amerika ist in der Lage, für die Restitution etwas zu tun; das bedeutet für uns, daß eine schwierige Entscheidung in Richtung Festlegung nach dem Westen [erfolgen muß].

Wenn man rein wirtschaftlich sieht, wird man über den Riß nicht hinwegkommen, der durch die 320 geht.[13] Es geht aber nicht nur darum, sondern auch um außenpolitische und sozialpolitische Fragen von großer Bedeutung, bei denen es so liegt, daß wir uns in einer sehr schwierigen Situation befinden, daß jeder, der die Verantwortung trägt, Gefahr läuft, daran zu scheitern. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik gefährden wir durch falsche Sozialpolitik.

Unser politisches Moment: Man weiß im Augenblick nicht genau, ob man dem bürgerlichen Element die Beurteilung zuteil werden läßt, die man erhofft. Man muß sich im kla-

---

7 Gemeint ist die FDP.

8 Auf diese drei Parteien entfielen 322 der 402 Bundestagsmandate.

9 Die Sowjetunion hatte vom 24. 6. 1948 bis zum 12. 5. 1949 die Verbindungswege zwischen den Westzonen und Berlin blockiert.

10 Die Finanz- und Wirtschaftslage in Berlin war in diesen Wochen besonders kritisch, weil die Alliierten die Zahlungen für Berlin aus GARIOA-Mitteln stoppten und sich auf den Standpunkt stellten, daß Westdeutschland durchaus in der Lage sei, die Kosten für Berlin aus eigenen Mitteln zu zahlen. Dies erklärten die verantwortlichen Stellen für ausgeschlossen. Dazu die Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 16. 8. 1949, abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1040ff. In Berlin führten die ausbleibenden Zahlungen zu erheblichen Finanzschwierigkeiten der Stadt, so daß die Gehälter für die Angestellten nur noch in Raten ausgezahlt werden konnten. Vgl. Hans Herzfeld, Berlin in der Weltpolitik 1945–1970, Berlin-New York 1973, S. 313.

11 In diese Richtung wies eine Empfehlung der alliierten Kommandantur in Berlin an die Militärgouverneure, nach der eine „langfristige Kredithilfe für die Berliner Wirtschaft im Ausmaß von DM 455 Millionen aus Mitteln des ERP-Programms in die Wege zu leiten" war. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1041. Zu diesen Problemen ebenfalls die Diskussion zwischen den Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten der Bizone am 4. 8. 1949, ebenda, S. 977ff.

12 *Hilperts* Ausführungen beziehen sich auf die für das Finanzjahr 1949/50 vorgesehene Verteilung der *Marshall*plangelder. Ihre Gesamthöhe sollte sich auf knapp 3,8 Milliarden Dollar belaufen. Sie lag damit um ca. eine Milliarde Dollar unter der Zuweisung von 1948/49. Von den Kürzungen sollte insbesondere Großbritannien betroffen werden, das dagegen Einspruch erhob. AdG 1948/49, S. 2054 G. Aus den ERP-Mitteln für die drei Westzonen stand zu dieser Zeit ein Betrag von 900 Millionen DM zur Verteilung an. Vgl. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1057f.

13 Gesamtzahl der Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP.

ren sein, daß die bessere Diplomatie der Engländer etwas anders die Dinge ansieht wie die amerikanische. Dies hat mir die Veranlassung gegeben, man muß ohne Fehl und Arg mit absoluter Ernsthaftigkeit die sozialdemokratische Partei vor die entscheidende Frage stellen, ob sie bereit ist, im Sinne einer nationalen Konzentration mitzugehen, [. . .][14] Bedenken gegen die Taktik *Adenauers*. Damit wir diese Gruppe in eine Linie der Mitverantwortung hineinbringen. Lehnt man das ab, so kommt man zu der Mehrheit, der der innere Kitt genauso fehlt wie der andere.

Frage eines starken, von uns beeinflußten Bundesrates: Der Bundesrat wird für die nächste Zeit eine starke Stellung haben. Wir müssen uns den Kopf zerbrechen, wie wir im Bundesrat zu einer gewissen Mehrheit kommen und möglichst [auf] Bundesratspräsidenten für das erste Jahr für uns zu bestehen.

Schuberth: Gestern hat [. . .][15] das Gleiche gesagt wie *Hilpert*. Er sagt, er tut nicht mit, wenn weiter so verhandelt wird wie in Rhöndorf. Er hat sich mit einer jüngeren Generation SPD-Leute zusammengetan, um an die Öffentlichkeit zu treten, daß nur eine Koalition SPD/CSU in Frage kommt.

Binder: neigt der Auffassung *Hilperts* zu, daß unsere politischen Gesichtspunkte ein viel größeres Gewicht haben, als es beachtet wird.

Hundhammer: Ich habe Verhandlungskompetenz: Die gewählten Organe können sich nicht nur als ausführende Organe behandeln lassen. Frage des Vorsitzenden in der Fraktion und des Gesprächsführers. Wir wünschen an die Spitze [einen Mann], der Mark in den Knochen hat und nicht nur ausführendes Organ eines anderen [ist]. Unsere Freunde sind heute in München zusammengetreten.[16]

Zur Frage der zukünftigen Mehrheitsbildung: Wir haben den Wahlkampf geführt unter der Parole der Auseinandersetzung weltanschaulicher Gegensätze. Es wird eine sehr schwere Belastung sein, wenn in Bonn gleich auf den ersten Anhieb wir mit der Sozialdemokratie Arm in Arm antreten.

Die Mehrheit unserer Freunde in Bayern ist gegen eine Mehrheitsbildung mit der Sozialdemokratie. Bayernpartei ist in sehr schwieriger Situation. Entweder sie geht mit, dann ist sie in Bayern unten durch, oder sie tut nicht mit in Bonn, dann wird man sagen, ihr seid ein Jahr in Bonn und habt nichts getan.[17]

Ehard: Zur bayerischen Situation. Er [der Wahlkampf] ist geführt worden mit dem Gesicht nach innen und nicht nach außen. Demgegenüber Preis gesetzt, die Regierung anzugreifen und den Ministerpräsidenten *Ehard*. Er konnte nur gehalten werden, indem man sich abgesetzt hat gegen die Bayernpartei und auf der anderen Seite Absetzung gegen SPD. Es muß eine [. . .][18] Mehrheit im Bund erreicht werden. Ein sehr großer Teil, die CSU gewählt haben, waren der Meinung, daß den sozialistischen Parteien ein Damm entgegengestellt werden soll.

---

14 Einige Worte nicht zu entziffern.

15 Name nicht zu entziffern.

16 Nach einer Ankündigung *Hundhammers* vom 16. 8. 1949 ging es bei diesen Besprechungen über die Frage der Auflösung des bayerischen Landtags. „Die Welt" vom 17. 8. 1949.

17 Zur schwierigen Situation der Bayernpartei nach der Bundestagswahl 1949 Unger, S. 154ff.

18 Zwei Worte nicht zu entziffern.

Die Situation für Bayern ist sehr schwer, die 24 CSU bilden mit den anderen 139.[19] Weil diese 24 CSU, ist die CDU nicht die stärkste Partei.

Die CSU ist in Bayern innenpolitisch gehemmt, vor allem, wenn Sozialdemokraten in den Arm genommen werden. Weist auf die Gefahren hin.

Die Schwierigkeiten könnten nur ausgeglichen werden, vielleicht, wenn der CSU eine Schlüsselposition zugestanden wird.

Es ist fraglich, ob alle CSU-Leute bei einer großen Koalition mitmachen.

Pfeiffer: Zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion CDU/CSU ist eine [. . .][20] aktive CSU-Fraktion notwendig. Es ist anzunehmen, daß der Zustand kommt. Die Lage hat sich gegen den Parlamentarischen Rat für Bayern sehr verschoben. Wir werden in der neuen Fraktion nur 1/6 darstellen gegenüber 1/3 in der Fraktion des Parlamentarischen Rates.

Dr. Vogel: Übernächsten Montag treten die CDU-Abgeordneten der südwestdeutschen CDU zusammen.[21] Es sind 26 Abgeordnete. Allgemeine Stimmung: Man will sich keinem Diktat beugen. Stimmen der amerikanischen Presse gegen Koalition mit Sozialdemokratie. Es wird gut sein, sich mit der CSU zusammenzufinden. Ich kenne keinen Abgeordneten in Südwestdeutschland, der für Koalition mit SPD wäre. Wer sagt denn, daß FDP bei einer Koalition mit der SPD wirklich mitmacht?

Niedersachsen (Braunschweig) **Hofmeister:** Es wäre ein Verrat an den Wählern, wenn wir stracks auf eine Koalition mit der Sozialdemokratie zusteuern würden entsprechend den Neigungen *Gerekes*.[22]

Beyerle: Unsere Wählerschaft würde es zunächst nicht verstehen, wenn die CDU ohne Versuch eines anderen Weges in eine Koalition mit der Sozialdemokratie ginge, aber bei längerem Nachdenken komme ich zu dem Gesichtspunkt, wie kann es praktisch fertiggebracht werden, eine Regierung zu bilden, die die Aufhebung dieser alten [. . .][23] des Bundes stets sich gewachsen zeigt.

Binder: stimmt *Beyerle* zu. Es sei dies auch die Auffassung Dr. *Müllers*.[24]

Wenn die SPD *Erhard*[25] nicht schluckt, dann ist die Grenze erreicht, an die wir uns halten müssen.

Drei Gesichtspunkte sprechen für eine Koalition mit den drei Parteien: Wirtschaftspolitik – Sozialpolitik.

---

19 Gesamtzahl der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten.

20 Ein Wort nicht zu entziffern.

21 Das Treffen fand am 29. 8. 1949 in Bebenhausen bei Tübingen statt. Dazu Nr. 50, S. 174–177, sowie Paul Bausch, Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten, Korntal 1969, S. 165f.

22 „Die Welt" vom 17. 8. 1949 meldete eine Äußerung *Gerekes* vom Tage zuvor, nach der er bedauerte, daß sich auf Bundesebene bereits in Koalitionsgesprächen Festlegungen anbahnten, die die zweitstärkste Partei, die SPD, für die künftige Bundesregierung unberücksichtigt lassen. Zu *Gerekes* Haltung in der Koalitionsfrage auch Nr. 18.

23 Ein Wort nicht zu entziffern.

24 Zur Auffassung *Müllers* die Nrn. 18, 26 und 27.

25 In der Vorlage „*Ehard*". Hierbei liegt wohl ein Hörfehler vor, denn der Zusammenhang verweist eindeutig auf *Erhard*.

Brentano: plädiert für die große Koalition. Es handelt sich nicht um ein Liebeswerben um die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie muß klar und eindeutig darauf verzichten, gewisse Parteidogmen durchzusetzen. Wir stehen mit der FDP zusammen in einer Minderheit. Man soll die Idee einer Minderheitsregierung gar nicht ins Auge fassen.

Hilpert: Übereinstimmung, daß es eine sehr schwierige Situation ist. Wir haben 60 % unseres Volkes, die restlos verarmt sind, 15 % kleinbäuerliche[26] Bevölkerung, 25 % die bezahlen müssen.

Diesermaßen gehen wir in einen Winter mit 139 Leuten; man soll in dieser Politik nach der Methode des großmütigen Siegers vorgehen.

(Zusammenfassung)[27]

[**Hilpert:**] Alle Koalitionsgespräche sind Angelegenheit der Fraktion und haben stattzufinden nach der Konstituierung. Keine Einzel-Verhandlungen können von der Fraktion als bindend anerkannt werden.

Der Grundsatz: Am gegenwärtigen Standpunkt sind nur die Fraktionen berechtigt, Regierungsverhandlungen zu führen. Inwieweit vorbereitend die Landesvorsitzenden zu gewissen Ergebnissen kommen können, ist eine Frage für sich.[28]

Es ist von der Parteileitung zu beachten, daß es einen gewissen demokratischen Fond in der süd- oder südwestdeutschen Ecke gibt.

Wir kommen an der Situation unserer bayerischen Freunde nicht vorbei. Der Versuch, eine Affinität mit der Bayernpartei herzustellen, bedeutet eine Gefahr für die stärkste Partei.

Es muß in irgendeiner Form Sorge getroffen werden, daß bei der Regierungsbildung eine Persönlichkeit . . .

Wir können nicht im gegenwärtigen Augenblick darauf verzichten, daß der südwestdeutsche Raum in unserer Politik völlig kaputtgeschlagen wird.[29] Wann das ist, kann heute abend nicht entschieden werden.

Es scheint mir, als ob eine gewisse Stimmung hier vorhanden ist, so zu verhandeln, daß die SPD vor eine absolute Alternative gestellt wird, auch die FDP mit[30] [. . .][31] einer von allen Ideologien befreiten Note [zum] Deutschlandprogramm: Wir müssen ideologische [. . .][32] stellen, (Trennung, Flüchtlinge).

Bevor man überhaupt verhandelt, muß man versuchen, zu anderen Lösungen zu kommen. Die Debatte hat in dieser Beziehung zu keinem übereinstimmenden Ergebnis geführt. Man muß den Versuch machen, die SPD vor die absolut entscheidende Frage zu stellen: Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht. Das darf nicht eine taktische Frage sein.

---

26 Dieses Wort war in der Vorlage nicht zu entziffern, es ergibt sich aber aus der Erklärung *Hilperts* in Nr. 18.

27 Wort nachträglich in die Vorlage eingefügt.

28 Bezieht sich möglicherweise auf die Rhöndorfer Konferenz, Nr. 18.

29 Zusammenhang nicht eindeutig verifizierbar.

30 Übertragung unsicher.

31 Ein Wort nicht zu entziffern.

32 Zwei Worte nicht zu entziffern.

Ich bin persönlich überzeugt, daß es Möglichkeiten gibt, zu einem Ergebnis zu kommen. Gelingt es nicht, dann muß die Schuld eindeutig festgestellt werden.

20. 8.:

Problem des Bundesrates.

Pfeiffer: Zum Bundesrat notwendig, daß die zu uns gehörigen Ministerpräsidenten 8 bis 10 Tage vor Zusammentritt des Bundesrates sich treffen. Im Bundesrat wird es keine parteipolitische Neutralität mehr geben. Ich halte es für nötig, daß sich Fraktionen im Bundesrat bilden.

Sekretariat des Bundesrates: wie in Frankfurt oder kleines Sekretariat. *Pfeiffer* gegen große Lösung. Technisches Sekretariat oder Koordinationsbüro. Es wird auch ein mittlerer Weg vorgeschlagen: Koordinationsstelle mit einem gewissen Apparat.[33]

Zusammenarbeit zwischen kleineren und größeren Ländern.

Brentano (Hessen): Das Schwergewicht soll bei den Ländern liegen. Keine Ministerialbürokratie beim Bundesrat. Nur technisches Sekretariat.

Ehard: Rückwirkung der Wahlen auf das Land.

Es sind keine Folgerungen für die bayerische Regierung und für den Landtag zu ziehen.[34] Es könnte sich ergeben, daß eine [andere] Landtagszusammensetzung sich ergibt. Der bayerische Versuch geht davon aus, daß eine gewisse Stabilität für die Regierung gesichert ist. Der Ministerpräsident ist verpflichtet, den Sinn der Verfassung zu schützen. Neigung zum Zusammenschluß ist gering.[35]

Bundesrat: man soll den Anschein vermeiden, daß der Bundesrat etwas ist, was man nach Parteien zuteilen könnte. Kein Anschein eines Senats. Bundesratsmitglieder sind nicht auf das Innere der politischen Parteien, sondern für das Innere der Länder [gerichtet], die gleiche Interessen haben.

Man soll es bei der technischen Stelle belassen; keine größere Koordinierungsstelle beim Bundesrat.

Organisation des Bundesrates: ein ständiger Vertreter am Sitz der Bundesregierung.

Beyerle: Muß Präsident des Bundesrates nicht ständig am Bundessitz sein?

Strauß: Der Präsident muß dem Bundesrat angehören. Es muß einer der Länderchefs sein.[36] Es ist nicht notwendig, daß er ständig am Sitz des Bundesrates ist.

Hilpert: Gegen Gedanken *Pfeiffers*, politische Fraktionen im Bundesrat zu bilden. (Wir haben in unseren Verfassungen eine fortgeschrittene Regelung.)

Regelung der Präsidentenfrage: Wir müssen uns für das erste Jahr einen Bundesratspräsidenten schaffen, der dem föderativen Gedanken Ausdruck verleiht.

---

33 Zu diesem Problem Wengst, S. 221ff.

34 Am 18. 8. 1949 lautete die Schlagzeile der „Süddeutschen Zeitung": „Für und Wider Auflösung des Landtages." Nach diesem Artikel hatten sich *Hundhammer* und *Haußleiter* für die Auflösung, *Ehard* aber dagegen ausgesprochen. Auflösung des bayerischen Landtags lautete auch die entschieden vorgetragene Forderung der Bayernpartei. Vgl. Unger, S. 158.

35 Zusammenschluß von CSU und Bayernpartei. *Ehard* selbst plädierte im Jahr 1949 zeitweise für eine Annäherung an die Bayernpartei: Wolf, S. 158ff.

36 So das Ergebnis der Beratungen der Ministerpräsidentenkonferenz am 26. 8. 1949. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1064.

Es darf kein Angehöriger der SPD sein.

Wir haben . . .

Brentano: Bundesratspräsident muß an Bayern kommen. Wir müssen süddeutsche Forderungen anmelden.[37]

---

37 Das Kommuniqué über den Verlauf der Aussprache hatte folgenden Wortlaut: „Bei den Besprechungen wurde festgestellt, daß das Wahlsystem wieder klare Mehrheiten verhindert hat. Es mußten daher alle Möglichkeiten einer Koalitionsregierung im Hinblick sowohl auf die heutige wie auf die Lage in den nächsten Jahren analysiert werden. Es wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt, weil der Entscheidung der Fraktion der Union im Bundestag nicht vorgegriffen werden darf." Zitiert nach Alt, S. 78. Dieses Kommuniqué ergänzte *Ehard* gegenüber Journalisten mit der Erklärung, daß der Akzent der Beratungen auf Süddeutschland gelegen habe. Daran anschließend wörtlich: „Wir wollen uns nicht an die Wand drücken lassen. In Norddeutschland ist man organisierter und wirtschaftlich überlegen." „Frankfurter Rundschau" vom 22. 8. 1949.

17a.

20. 8. 1949: Bericht des Bevollmächtigten Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau, über die Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, und dem Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in Frankfurt/M.[1]

NL Pünder 265. Durchschlag. Handschriftlicher Vermerk und Paraphen.[2]

Betr.: Regierungsbildung und Personalfragen

In der gestrigen Besprechung zwischen dem Herrn bayerischen Ministerpräsidenten und Präsident Dr. *Adenauer* (unter Anwesenheit von Minister *Pfeiffer* und MinRat *Schwend* sowie zeitweise von Prof. *Erhard* und Staatsrat *Niklas*) wurde über folgendes Einverständnis erzielt:

Eine Koalition mit der SPD wird nicht ernstlich in Erwägung gezogen.[3] Es wird versucht werden, eine Koalition nur mit der FDP einzugehen.[4] Bundeskanzler soll Dr. *Adenauer* werden, der an sich Herrn Ministerpräsident *Ehard* als den geeignetsten Kanzler bezeichnete, jedoch Bedenken gegen dessen Wahl zum Ausdruck brachte, da Ministerpräsident *Ehard* gegen das Grundgesetz gestimmt hat.[5] Von bayerischer Seite wurde diesem Bedenken nicht widersprochen.

Als Bundespräsident wurde Dr. *Heuss* in Aussicht genommen, als Präsident des Bundestages Dr. *Köhler*.

Über die Besetzung des Bundeswirtschaftsministeriums mit Prof. Dr. *Erhard* bestand Einverständnis.

Von bayerischer Seite wurde Anspruch auf das Bundesfinanzministerium erhoben und hierfür Dr. *Ringelmann* vorgeschlagen. Eine Kandidatur Minister *Blüchers* für das Bundesfinanzministerium wurde von bayerischer Seite als nicht tragbar bezeichnet. Die Kandidatur *Höpker Aschoffs* für das Bundesfinanzministerium erscheint von seiten der FDP nicht mehr vertreten zu werden.[6]

---

1 Bericht datiert vom 21. 8. 1949.

2 Abgedruckt in: Morsey, Bildung, S. 430ff. Parallelüberlieferung Nr. 17b.

3 Vgl. dagegen die vorsichtigeren Formulierungen *Ehards* in Nr. 16.

4 So auch der Vorschlag *Adenauers* zu Beginn der Rhöndorfer Konferenz, Nr. 18.

5 Abstimmung im bayerischen Landtag in der Nacht vom 19. zum 20. 5. 1949. Zur Wertung der bayerischen Haltung Kock, S. 323ff.

6 Vgl. dagegen Nr. 58.

Im Laufe der Besprechungen ergab sich folgendes:

Für den Fall, daß ein süddeutscher Bundesfinanzminister aus Kreisen der CDU/CSU – als welcher neben Dr. *Ringelmann* auch Direktor *Hartmann* und Dr. *Hilpert*[7] genannt wurden – gegen die FDP nicht durchzusetzen sein sollte, würde von süddeutscher Seite erwogen werden, eine Kandidatur Dr. *Wellhausens* für das Bundesfinanzministerium hinzunehmen. Die FDP scheint Dr. *Wellhausen* unter allen Umständen als Minister präsentieren zu wollen.[8] Sollte er als Finanzminister nicht in Frage kommen, würde die FDP ihn wohl als Verkehrsminister präsentieren. Mit letzterer Lösung wäre man von bayerischer Seite einverstanden unter der Voraussetzung, daß als Staatssekretär Ministerialdirigent *Brunner* fungieren würde.

Für das Landwirtschaftsministerium wurde von bayerischer Seite Dr. *Niklas* genannt. Der Vorschlag fand grundsätzlich das Interesse Dr. *Adenauers*. Von bayerischer Seite wurde jedoch betont, daß Dr. *Niklas* als Fachminister gewertet würde, nicht als Vertreter der CSU im Bundeskabinett. Daneben scheint die Kandidatur Dr. *Schlanges* noch immer erwogen zu werden.[9] Eine Kandidatur Minister *Lübkes* als Bundeslandwirtschaftsminister wurde von bayerischer Seite unbedingt abgelehnt. Dr. *Adenauer* scheint dieser Stellungnahme beizupflichten.

Im Falle einer Besetzung des Innenministeriums durch Dr. *Lehr* oder ein anderes Mitglied der norddeutschen CDU wurde von bayerischer Seite die Besetzung des Staatssekretär- oder Ministerialdirektor-Postens durch Ritter *von Lex* gefordert.

Für das Bundesarbeitsministerium benannte Dr. *Adenauer* zuerst Herrn *Storch*, gegen den erhebliche Bedenken vorgebracht wurden. Sodann wurde die Kandidatur Herrn *Blanks* (Abgeordneter des Wirtschaftsrates, Christlicher Gewerkschaftler) in unverbindliche Aussicht genommen. Ich versuchte geltend zu machen, daß im Bundesarbeitsministerium unbedingt ein Vertreter der klassischen Schule der Sozialversicherung nach Art von Dr. *Grieser*, Dr. *Eckert* oder Ministerialrat *Sauerborn* an maßgeblicher Stelle eingesetzt werden müsse.

Es soll versucht werden, Minister *Blücher* die Vizekanzlerschaft anzubieten und ihm das Ministerium für Wiederaufbaufragen zu übertragen. Jakob *Kaiser* soll Minister für die Ostgebiete und für Flüchtlingsfragen werden.

Zu meiner Überraschung sprach sich Dr. *Adenauer* gegen ein Bundesministerium für zwischenstaatliche Angelegenheiten aus und befürwortete die Errichtung eines Staatssekretariats für diesen Aufgabenbereich unter dem Bundeskanzler. Als Staatssekretär hierfür wurde Herr Oberdirektor Dr. *Pünder* vorgeschlagen.

Ein weiterer Staatssekretär soll in der Bundeskanzlei[10] vorgesehen werden. Seine Besetzung mit einem Angehörigen der FDP scheint von Dr. *Adenauer* ursprünglich beabsichtigt gewesen zu sein; von bayerischer Seite wurden hiergegen Bedenken erhoben unter Hinweis auf die ungünstigen Erfahrungen mit politisch anders orientierten Staatssekretären gelegentlich der früheren bayerischen Koalition.[11] Dr. *Adenauer* schien sich diesen Bedenken anzuschließen.

Von bayerischer Seite wurde zum Ausdruck gebracht, daß Ministerpräsident *Ehard* Mitglied des Bundesrates werden würde, ebenso Minister *Pfeiffer* und drei weitere bayerische Ressortminister. Von bayerischer Seite würde in diesem Fall Wert darauf gelegt werden, daß Ministerpräsident *Ehard* den Posten des Präsidenten des Bundesrates übernimmt.[12] Dr. *Adenauer* war damit einverstanden.

---

7 Zu *Hilperts* Vorstellungen Nr. 15.

8 So auch in Nr. 31. Eine Berufung *Wellhausens* zum Minister war jedoch kaum möglich, da er NSDAP-Mitglied gewesen war.

9 Zur Position *Schlanges* Nr. 39.

10 Ab 1950 Bundeskanzleramt.

11 Vom Dezember 1946 bis September 1947 bestand in Bayern eine Regierungskoalition aus CSU, SPD und WAV. Damals amtierten im Ernährungs-, Innen-, Justiz-, Kultus- und Wirtschaftsministerium Staatssekretäre, die einer anderen Partei angehörten, als der jeweilige Minister. Potthoff/Wenzel, S. 49.

12 Hierüber ist bereits auf der Tagung des Ellwanger Kreises gesprochen worden. Nr. 16, letzte Wortmeldung *Brentanos*.

Es bestand Einverständnis darüber, daß die Entscheidung über die vorgenannten Vorschläge von den Fraktionen der CDU/CSU in Bonn zu treffen ist.[13] An den heutigen Besprechungen bei Dr. *Adenauer* in Rhöndorf nehmen u. a. Prof. *Erhard*, Minister *Pfeiffer* und Präsident *Horlacher* teil.[14] Um den 31. dieses Monats soll die erste Sitzung der neu gewählten CDU-Fraktion des Bundestages in Godesberg stattfinden.[15]

M.d.W.b.

13 So auch der Ellwanger Freundeskreis, Nr. 16.

14 Vgl. Nr. 18.

15 Am 1. 9. 1949. Nr. 50.

17b.

20. 8. 1949: Tagebuchaufzeichnung von Annelore Ehard über den Bericht des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, über seine Besprechung mit dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Frankfurt/M.

Privatbesitz. Handschrift. Unterstreichungen.

Gegen Mittag mit *Pfeiffer* und *Schwend* nach Frankfurt.[1] Besprechung im Bayernhaus mit *Adenauer*, der darum gebeten hatte.[2] Zunächst mit *Adenauer* allein, dann mit *Pfeiffer* und *Schwend* zusammen, später kamen noch *Erhard* und *Niklas*. Ein Schwarm Pressevertreter [vor dem Haus], die davon Wind bekommen hatten. *Adenauer* bestreitet alle Verhandlungen mit SPD und FDP.[3] Er habe nur mit *Arnold* auf dessen ausdrücklichen Wunsch [gesprochen][4], wollte zuerst Hans sprechen, um sich über die bayerischen Verhältnisse zu orientieren. *[Adenauer]* ist grundsätzlich gegen eine Koalition mit der SPD, hält an *Erhard* fest und freut sich zu hören, daß bayerische Bedenken etwa in derselben Richtung gehen.[5] Personalfragen nur etwa vorläufig, es müßte [von] Bundespräsident und Kanzler einer evangelisch sein, etwa *Heuss* Bundespräsident. Bundeskanzler nicht *Arnold*, außer Hans (Bedenken wegen des Nein[6]) wohl nur *Adenauer* selbst. *Adenauer* wäre selbst bereit dazu. Wirtschaft *Erhard*. Wir fordern mindestens eine Schlüsselstellung, am besten Finanzminister (*Hilpert?*, *Hartmann*, *Ringelmann*). Präsident des Bundesrates müßte an Hans fallen. Rückfahrt nach München am Abend, Ankunft 12 Uhr.

1 Vgl. zum folgenden Nr. 17a.

2 Zur Terminabsprache Nr. 3.

3 In bezug auf die SPD so auch *Adenauer* in Nr. 18 mit Anm. 4. Stellungnahme *Adenauers* zu den behaupteten Kontakten mit der FDP in Nr. 25.

4 Am 18. 9. 1949. Vgl. Hüwel, S. 207.

5 Zur Haltung der CSU-Politiker in dieser Frage Nr. 18.

6 Ablehnung des Grundgesetzes; vgl. Nr. 17a, Anm. 5.

18.

21. 8. 1949: Aufzeichnung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller, über die Beratungen führender CDU/CSU-Politiker in Rhöndorf

Materialien G. Müller.[1] **Stenogramm.**[2]

[Teilnehmer: *Adenauer*, *Altmeier*, *Blank*, *Blankenhorn*, *Cillien*, *Dichtel*, *Erhard*, *Gereke*, *Gronowski*, *Finck*, *Hilpert*, *Horlacher*, *Kaiser*, Edmund *Kaufmann*, *Koch*, *Köhler*, *Löns*, Gebhard *Müller*, *Naegel*, Anton *Pfeiffer*, *Pferdmenges*, *Pünder*, *Scharnberg*, *Schröter*, *Simpfendörfer*, Franz Josef *Strauß*, *Zimmer*.][3]

Dr. Adenauer wies zunächst darauf hin, daß es sich um drei Fragen handle: Bildung einer Regierungskoalition, Bundeskanzler und Bundespräsident. Ich habe bisher keinerlei Schritte unternommen in der Richtung auf eine Koalition mit der SPD. Alle hierüber erschienenen Meldungen sind frei erfunden.[4] Ich war außerordentlich überrascht und konnte überhaupt nicht verstehen, daß nach diesem Wahlausgang überhaupt jemand auf den Gedanken eines Zusammengehens mit der SPD kommen konnte.[5] Der Wille der Wähler hat klar und eindeutig gegen ein Zusammengehen mit der SPD sich ausgesprochen. Man würde den Sinn einer politischen Wahl verfälschen, wenn nach diesem erbitterten Kampf sich die beiden großen Gegner des Wahlkampfes zusammenfinden würden, um eine Regierungskoalition zu bilden. Freilich gibt es Situationen, wo politische Gegner und Parteien sich zusammenfinden, das Trennende zurückstellen, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen.

Dieser Wahlkampf wurde aber geführt unter der Parole: Fortsetzung der Frankfurter Politik oder Politik der Opposition in Frankfurt mit dem Ziele einer sozialistischen Planwirtschaft. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich gegen die Politik der SPD entschieden. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, wenn man nun nach einem solchen Wahlerfolg und Wahlkampf einen Regierungsmischmasch machen würde. Wir würden bei unseren Wählern sehr stark an Vertrauen verlieren, wenn wir so tun würden, als sei nichts geschehen. Im übrigen will die SPD keine Koalition mit uns, *Schumacher* und *Heine* haben sich ganz klar gegen eine große Koalition ausgesprochen[6], die abweichende Auffassung *Stocks* wurde von der Parteileitung ausdrücklich als privat bezeichnet.[7] Freilich gibt es auch in der SPD Gegner *Schumachers*, der aber immer seinen Willen durchgesetzt hat.[8] Am letzten Donnerstag hat *Arnold* erklärt[9], daß auch *Henßler* von Düsseldorf der Auffassung *Stocks* beigetreten sei.[10]

---

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 513ff. Zu den Parallelüberlieferungen über den Verlauf dieser Sitzung, die aber alle im nachhinein angefertigt wurden und mehr oder weniger falsche Angaben enthalten, die knappe Übersicht von Morsey, in: ebenda, S. 510f.

2 In Langschrift übertragen von Gebhard *Müller*.

3 Teilnehmerkreis nach der Zusammenstellung von Morsey, Weichenstellung, S. 509. Eingeladen, aber nicht erschienen, waren außerdem *Ehard*, *Heurich*, *Holzapfel* und *Schreiber*. Ebenda.

4 Nach DUD vom 19. 8. 1949 hatte *Adenauer* auf Anfrage in der Öffentlichkeit mitgeteilt, Meldungen und Einladungen der CDU an die SPD zu Koalitionsverhandlungen träfen nicht zu.

5 Zu diesen Strömungen innerhalb der CDU insbesondere Nr. 16.

6 Die amtliche Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD in Nr. 6. Zu *Heines* Erklärung vom 15. 8. 1949 Nr. 44, S. 110.

7 Vgl. Nr. 44, S. 110.

8 Vgl. dazu auch Nr. 47.

9 Am 18. 9. 1949 waren *Adenauer* und *Arnold* zweimal zusammengetroffen. Hierüber verlautete in einem Pressekommuniqué: „In der Beurteilung der Situation stimmten beide völlig überein." StBkAH 12. 03. Dies entsprach aber kaum den Tatsachen, denn *Arnold* verfolgte weiterhin die Bildung einer großen Koalition, s.u. Nr. 35 mit Anm. 2. Vgl. auch Hüwel, S. 207.

10 Zur Haltung *Henßlers* die Nrn. 14 und 42.

Es ist richtig, daß wir unter Umständen der Periode einer großen Arbeitslosigkeit entgegengehen und daß die Gegnerschaft der SPD in diesem Falle sehr unangenehm werden könnte. Wir können aber an unserer Wirtschaftspolitik nichts ändern und Professor *Erhard* unter keinen Umständen fallenlassen. Eine Lösung dieses Dilemmas erkennen wir nicht ohne weiteres. Inzwischen habe ich aber eine solche Menge von Telegrammen, Briefen und telefonischen Anrufen erhalten, die alle ihr Entsetzen darüber ausdrücken, daß man überhaupt den Gedanken einer Koalition mit der SPD erwäge und mit ihr in Koalitionsbesprechungen eintreten wolle.

Am letzten Freitag[11] habe ich mit Professor *Erhard* und Bankier *Pferdmenges* die Dinge eingehend besprochen. Es wäre das Schlimmste, wenn wir auf wirtschaftlichem Gebiete zu einem Mischmasch kämen. Wir können überhaupt nur auf Auslandskredite hoffen, wenn wir eine ruhige und zielbewußte Wirtschaftspolitik verfolgen. Für die Wirtschaft wäre es das Schlimmste, wenn man in der Grundauffassung heterogene Elemente vereinigen wollte. Wenn wir aber die bisherige Wirtschaftspolitik weiterverfolgen, haben wir die besten Aussichten. Die Arbeitslosigkeit werden wir durch Auslandskredite beseitigen und fernhalten. Ministerpräsident *Ehard* hat mir gesagt, daß eine Koalition mit der SPD für die CSU in Bayern vernichtend wäre.[12] Es wäre Wasser auf die Mühle der Bayernpartei. Wir müssen daher mit der FDP zusammengehen. Gegen die Deutsche Partei habe ich Bedenken[13], nachdem sie in der Wahlagitation völlig in das nationalistische Fahrwasser abgerutscht ist. Bei vielen unserer Arbeitnehmer könnte sonst das Bedenken entstehen, daß wir eine Regierung eines Rechts- oder Besitzbürgerblocks bilden. Die Einbeziehung der Deutschen Partei würde auch in USA sehr ungünstig wirken. Irgendeine andere der kleinen Parteien, Bayernpartei usw., kommt ebenfalls nicht in Frage. Wir würden also zusammen mit der FDP eine Minderheitsregierung bilden.[14] Das ist aber nicht schlimm, denn die Deutsche Partei kann gar nicht anders, als diese Regierung unterstützen. Schon im Parlamentarischen Rat hat sich ergeben, daß die Deutsche Partei gute Elemente enthält, die zu uns gehören. So war es auch in Frankfurt. Zur Zeit können wir aber wegen ihrer Wahlagitation nicht mit ihr zusammengehen. Freilich ist diese Minderheitsregierung, vom rein parlamentarischen Standpunkt aus gesehen, keine erfreuliche Erscheinung. Eine möglichst stabile Mehrheit wäre das Erfreulichste, sie ist aber nicht zu erreichen. Deshalb müssen wir eben die Entwicklung abwarten.

Hilpert – Hessen[15]: Auch die FDP hat in Hessen zu 25 % rein rechtsradikale Elemente aufgenommen, die aus der Nationaldemokratischen Partei gekommen sind, mit der man eine Wahlunion eingegangen ist. Ich erinnere nur an den Antisemit *Leuchtgens*. Der ernsthafte Versuch einer großen Koalition muß unter allen Umständen gemacht werden. Es wäre ein enormer Block demokratischer Kräfte mit einer außerordentlichen Durchschlagskraft. Die Garantie einer unabhängigen Politik. Sie würde das Spannungsverhältnis zum Osten mindern. Über eines freilich herrscht kein Streit. Die *Erhard*sche Wirtschaftspolitik muß unter *Erhard* weitergeführt werden. Auch die Außenpolitik ist weitgehend von der Sozialpolitik bestimmt. Die Opposition würde der SPD außerordentliche Chancen geben. Ohne taktischen Hintergedanken muß der massive Versuch einer großen Koalition gemacht werden. Im süddeutschen Raume würde eine andere Politik nicht verstanden werden.

Bei einer Minderheitsregierung hätte ich große Sorgen. Es muß eine ausgleichende Politik aller demokratischen Kräfte versucht werden. Die *Erhard*sche Wirtschaftspolitik wird in den Kreisen der SPD auf keinen großen Widerstand mehr stoßen. Unter allen Umständen muß daher der Versuch gemacht werden, die SPD zu gewinnen. Wir müssen mit absoluter Sturheit versuchen auszugleichen. Das ist auch später vom parteipolitischen Standpunkt aus ungeheuer wichtig. Es gibt eine Fülle von Kombinationsmöglichkeiten. Wer in den nächsten Jahren die Regierungsverantwortung übernimmt, bietet angriffsreife Flanken. Nur bei einem klaren Mehrheitswahlrecht hätten sich klare Fronten ergeben. Vergessen wir nicht, daß wir 60 % verarmte Menschen und weitere 15 % Kleinbauern haben. Bei dieser Situation eine Minderheitsregierung

---

11 19. 8. 1949.

12 Bezieht sich wohl auf die Besprechung am 20. 8. 1949, vgl. Nr. 17a. *Ehards* Überlegungen ausführlicher und vorsichtiger referiert in Nr. 16.

13 Diese Bedenken hinderten *Adenauer* indessen nicht, über seinen Mitarbeiter *Blankenhorn* bereits einen Tag vorher mit *Hellwege* Koalitionsbesprechungen zu führen. Materialien Hellwege. Damit werden die Vermutungen in Wengst, S. 114f., bestätigt, daß die Äußerungen *Adenauers* gegen die Einbeziehung der DP in die Koalition nur taktisch bedingt waren.

14 Große Bedenken hiergegen in Nr. 16.

15 Zum folgenden auch *Hilperts* Ausführungen in Nr. 16.

zu bilden, würde ein ungeheueres Maß von Verantwortungsbereitschaft erfordern und eine ebensolche Belastung bilden.

Schröter: Es ist völlig unmöglich, mit der SPD eine Koalition zu bilden. Zunächst muß ein klares Programm aufgestellt werden. Lieber klare Entscheidung und klare Verantwortung. Die SPD soll in die Opposition gehen. Die Deutsche Partei kann m. E. ruhig einbezogen werden. Ihre Exzesse sind lediglich eine Erscheinung des Wahlkampfes und nicht tragisch zu nehmen. Auch wir sind für Schwarz-Weiß-Rot. Das ergibt sich schon aus unseren Häfen und unserer Schiffahrt. In Hamburg und Schleswig-Holstein hat die Deutsche Partei auch bei den Arbeitern große Erfolge erzielt und Breschen geschlagen.[16] Im übrigen ist die FDP genauso nationalistisch. Es ist völlig ausgeschlossen, mit einer Minderheit in den Kampf zu gehen. Wir brauchen eine klare Mehrheit. In der Deutschen Partei hat der „Mauserprozeß" heute schon begonnen. Auf jeden Fall mit der DP, auf keinen Fall mit der SPD.

Pünder: Ich bin sonst kein Gegner von großen Koalitionen. Wir haben aber über die SPD gesiegt. Die Fronten dürfen nicht verwaschen werden. Der ganze Erfolg der kommenden Landtagswahlen[17] würde verloren gehen, wenn wir jetzt mit der SPD zusammengehen würden. Sowohl *Robertson* wie *McCloy* erwarten von uns ein Zusammengehen mit der FDP unter Ausschaltung der SPD.[18] Wir brauchen eine ruhige Entwicklung, die Wirtschaft stabile Verhältnisse. Siehe auch Straßburg.[19] *Arnold* hat die Dinge oft falsch gesehen und sieht sie auch jetzt falsch. Wir haben eine strukturelle, keine konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht zu beseitigen. Ich fürchte im übrigen keine große Steigerung der Arbeitslosigkeit, im Gegenteil sind alle Anzeichen einer Besserung vorhanden. Ein Zusammengehen mit der DP ist sehr zu prüfen. In ihren Reihen sind weitgehend wertvolle Elemente. Auch nach dem Osten haben wir mehr Chancen als die SPD. Von den führenden Leuten der SPD sind seinerzeit nicht weniger als 14 zur SED übergelaufen.[20]

Köhler: Ich teile die Auffassung *Pünders*. Ein Abweichen von der bisherigen Wirtschaftspolitik, eine Verwässerung derselben, würde die kommende amerikanische Hilfe unmöglich machen. Es besteht nämlich die Möglichkeit erheblicher privater Investitionen von amerikanischer Seite. *Adcock* ist ebenfalls für ein Zusammengehen mit der FDP. Es sind von amerikanischer Seite zwei Milliarden [Dollar] privater Investitionen vorgesehen. *Schumacher* hat schon in Frankfurt die Mitarbeit abgelehnt. Man kann von einem nationalen Notstand, der ein Zusammengehen rechtfertigen würde, überhaupt nicht sprechen. Das dürfen wir überhaupt nicht zugeben. Wir sind aus dem Hunger und den Versorgungsschwierigkeiten heraus. Wir würden bei Bildung einer großen Koalition die Erfolge unserer Politik abschwächen. Auch die kleine Koalition ist wahrhaftig demokratisch. Opposition ist heilsam. Dieser grundsätzliche Standpunkt muß mit aller Schärfe herausgestellt werden.

Der Weimarer Stil der Demokratie ist nicht die Demokratie der Zukunft. Man kann keinesfalls eine Hoffnung auf die Unterstützung durch die SPD oder einen Teil derselben setzen. *Schumacher* erhebt mindestens fünf Forderungen, die nicht annehmbar sind: Sozialisierung, Lenkung der Wirtschaft usw. Die Arbeitslosigkeit wollen wir nicht unterschätzen, aber sie ist auch eine Chance für uns, wenn wir sie erfolgreich bekämpfen, und daran habe ich keinen Zweifel, obwohl ein großer Teil der Industrie bereits auf Vorrat arbeitet. Die FDP darf man nicht nach ihrem hessischen Teil beurteilen. Die DP brauchen wir nicht unbedingt einzubeziehen. Der Bundeskanzler braucht kein Vertrauensvotum. Bei der gesetzgeberischen Arbeit suchen wir von Fall zu Fall eine Mehrheit. Trotz Bekämpfung der *Erhard*schen Wirtschaftspolitik durch die DP wird sie *Erhard* unterstützen. Wir brauchen die Frage der DP heute nicht endgültig zu entscheiden. Schon in acht Tagen werden wir eine größere Klarheit haben. *Hellwege* ist sehr anständig. 95 % unserer Freunde würden es nicht verstehen, wenn wir jetzt ernsthafte Koalitionsgespräche mit der SPD führen

16 Die DP hatte in der Bundestagswahl in Hamburg 13,1 %, in Schleswig-Holstein 12,1 % der Stimmen erhalten. Kaack, S. 197.

17 Am 16. 10. 1949 in Hamburg, am 18. 6. 1950 in Nordrhein-Westfalen und am 9. 7. 1950 in Schleswig-Holstein. Kaack, S. 210f.

18 *Pünder* war am 16. 8. 1949 mit *Robertson* und *McCloy* auf Schloß Kronberg zusammengetroffen. Es liegt nahe, daß sich die beiden Militärgouverneure bei dieser Gelegenheit gegenüber *Pünder* zur Regierungsbildung geäußert haben, obwohl Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa, Stuttgart 1968, S. 404f., in seinem Bericht über dieses Treffen hierauf nicht eingeht.

19 Bezieht sich auf die Sitzung des Europarates vom 8. 8. bis 9. 9. 1949.

20 Anspielung auf die Gründung der SED. Dazu auch die Äußerung *Kaisers* in Nr. 51.

würden. Schon jetzt herrscht in weitesten Kreisen der Industrie eine ungeheure Beunruhigung wegen der Möglichkeit einer Verständigung der CDU mit der SPD. Auch unsere Arbeiter wünschen die große Koalition nicht. Die große Koalition müssen wir ablehnen. Die ganze Welt hält es für selbstverständlich, daß sie [SPD] in die Opposition geht und wir die Regierung bilden.

Simpfendörfer: Die kleine Koalition ist ein äußerst fragwürdiges Gebilde. Eine Mehrheitsbildung bei der entscheidenden gesetzgeberischen Arbeit ist in jedem Falle zweifelhaft. Notwendig ist eine Konzeption, die Aufstellung eines Regierungsprogramms. Dann kann sich an der Regierung jeder beteiligen, der dieses Programm billigt. Wir brauchen ein Notprogramm.[21]

Gereke: Die Wahlen haben einen erheblichen Ruck nach rechts gebracht. Deshalb legt sich eine Regierungsbildung ohne SPD nahe. Andererseits ist die Basis CDU-FDP zu eng und zu schmal. Deshalb muß die FDP festgebunden werden. Auch die FDP hat sehr gefährliche und heterogene Elemente. In ihren Reihen ist hauptsächlich die „kulturelle Asphaltdemokratie". Auf der Grundlage CDU-FDP ist keine stabile Regierungspolitik möglich. Innerhalb der DP gewisser Klärungsprozeß. Selbst wenn DP in Opposition bliebe, wäre sie nicht gefährlich. Die SPD ist nicht fähig, konstruktive oder loyale Opposition zu treiben. Sie wird stets zur radikalen Opposition neigen. Geht sie gar mit der KPD zusammen, so wäre auch im Westen die SED-Entwicklung angebahnt. Andererseits hat *Schumacher* es fertiggebracht, seine Leute mit einem Haß gegen die KPD zu erfüllen.

(*Adenauer:* In entscheidenden Fragen gehen sie doch zusammen.)

Bei dieser Situation ist sehr zu erwägen, ob diese Entwicklung zur SED noch gefördert werden soll. Es wäre unzweckmäßig, von vornherein auszusprechen, daß wir mit der SPD überhaupt nicht verhandeln wollen. Wir müssen ruhig abwarten, ob die SPD unerfüllbare Forderungen aufstellt. FDP, DP und Bayernpartei sind ebenfalls sehr zweifelhafte politische Gebilde. Wir werden unter Umständen erleben, daß sie uns bei Maßnahmen, die wir unbedingt für erforderlich halten, niederstimmen. Die Situation würde viel günstiger, wenn wir eine Allianz mit der SPD nicht a limine ablehnen.[22]

Adenauer: Die parteipolitischen Verhältnisse nach der Wahl sind nicht erfreulich. Es wäre sehr viel glatter gewesen, wenn wir oder die anderen eine klare Mehrheit gehabt hätten. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Vergleicht man die möglichen Mehrheitsbildungen, so ist es sehr zweifelhaft, ob ein Zusammengehen mit der SPD nicht noch größere Schwierigkeiten schaffen würde, im Hinblick auf ihre bisherige Politik und Agitation. Dreimal habe ich vergebens versucht, mit der SPD gemeinsame Arbeit zu schaffen: in Hamburg – durch *Lüdemann* – durch Frau *Bähnisch*.[23] Bei Ruhrstatut[24] und Londoner Empfehlungen[25] wollte ich mit *Schumacher* ins Gespräch kommen. Verhandlungen mit *Heine* und *Ollenhauer* ohne Ergebnis. Ich verweise auf die Zusammenstellung der Angriffe *Schumachers* gegen uns, die ich Ihnen habe übergeben lassen.[26] Weder ein Gespräch, geschweige denn bestimmte Vereinbarungen waren möglich.

Wenn wir der Ansicht sind, daß unser Programm das beste ist, wenn wir das unseren Wählern tausendmal gesagt haben, so müssen wir auch den Mut haben, Ernst zu machen, das Vertrauen unserer Wähler zu erfüllen. *Schumacher* wird der Führer der SPD bleiben und sich durchsetzen. Man gebe sich keinen Illusionen hin. Über eine Koalition mit der SPD dürfen wir nicht verhandeln. Wir beurteilen den deutschen Menschen, den Wähler, nicht einfach genug. Die Leute denken tatsächlich viel einfacher. Sie stellen keine gro-

---

21 Vgl. *Simpfendörfers* Stellungnahme in Nr. 44, S. 106f.

22 Vgl. Nr. 16, Anm. 22.

23 Hierzu und zum folgenden ausführlich Nr. 25, S. 58f.

24 Abkommen zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten vom 28. 4. 1949, das die Errichtung einer Internationalen Ruhrbehörde zum Inhalt hatte.

25 Schlußdokument der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 7. 6. 1948. Abgedruckt in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte, bearbeitet von Johannes Volker Wagner. Boppard/Rh. 1975, S. 1–17.

26 Hierbei dürfte es sich um die gleiche Zusammenstellung handeln, die *Adenauer* am 31. 8. 1949 (Nr. 44, S. 91) verteilen ließ. Sie enthielt 46 verschiedene abwertende Äußerungen *Schumachers* über die CDU/CSU aus den Jahren 1948/49. Zusammenstellung in: ACDP, I-021-027 (NL Hilpert).

ßen Kombinationen an. Wir dürfen uns nicht mit der SPD zusammensetzen und die Posten verteilen. Nach meinen Beobachtungen ist überall dort, wo die CDU eine Koalition mit der SPD gebildet hat, die CDU unter den Schlitten gekommen. Das liegt daran, daß der überzeugte Sozialist auch ein Materialist ist, in der Verfolgung der irdischen Zwecke rücksichtslos, während der christlich denkende Mensch höhere Ziele hat und nicht so rücksichtslos ist und deshalb unterliegt.

In der Wirtschaftspolitik haben sich klare Fronten gebildet. Das Gros der Wähler hat uns Recht gegeben. Wir können keine Kippe mit der SPD machen. Wie soll denn eine solche Zusammenarbeit aussehen? Wir müßten zugeben, daß wir in den letzten Jahren falsch gehandelt haben, daß unser soziales Ideal falsch ist. Unsere Wähler würden das letzte klare Ideal, das sie haben, verlieren. Es ist kein Mischmasch möglich. Auf dem Gebiet der Personalpolitik würde die SPD rücksichtslos ihre Forderungen stellen. In der DP sind *Hellwege* und *Seebohm* ehrlich und anständig. Auch die FDP ist durch die hessische Entwicklung nicht verdorben. Auch in ihr sind föderalistische Gedanken sehr lebendig. In sechs Monaten sind Landtagswahlen. Wie können wir einen Wahlkampf gegen die SPD führen, wenn wir mit ihr zusammengehen? Wenn wir jetzt in Besprechungen mit ihr eintreten, gefährden wir den Erfolg der Landtagswahlen. Freilich wird die Situation sehr schwierig sein. Wir müssen mit der DP den Anfang eines Versuches machen. Die Stellung der Bundesregierung ist sehr stark. Die Würfel sind gefallen. Wir müssen sie aufnehmen, wie sie sind. Sie hätten noch schlechter fallen können. Wir müssen an die Arbeit gehen, nicht mit übergroßen Bedenken und Hemmungen. Wie energischer und selbstbewußter man ein Problem anpackt, desto besser sind die Erfolgsaussichten. Sobald man nur die geringste Schwäche zeigt, den geringsten Mangel an Selbstgefühl, ist man verloren. Ich habe zunächst auch geschwankt, ich bin aber nunmehr der festen Auffassung, daß wir nicht an die SPD herantreten dürfen. Der Wähler hat gesprochen, sein Befehl muß ausgeführt werden.

Dichtel: Der Wahlkampf wurde unter wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten geführt. Die Entscheidung der Wähler war eine kulturell-religiöse. Wenn Arbeitnehmer uns gewählt haben, so nicht wegen der *Erhard*schen Wirtschaftspolitik, sondern aus religiösen Gründen.[27] Daß wir an der *Erhard*schen Wirtschaftspolitik festhalten, ist klar. Auf kulturellem Gebiet ist aber die DVP[28] mindestens so unzuverlässig wie die SPD. Eine unsichere, auf schwankenden und nicht voll zuverlässigen Mehrheiten beruhende Koalition würde uns auf allen Gebieten schaden. Freilich läßt die Haltung des Herrn *Schumacher* ein Zusammengehen mit seiner Partei höchst unsicher erscheinen. Es liegt aber andererseits an der CDU, wie die Haltung der SPD künftig sein wird. Es ist schwer, aber zweifellos möglich, von ihr eine positive Haltung künftig zu erreichen. Keinesfalls darf man eine Ehe mit der DVP eingehen. Wir müssen zunächst abwarten, was die SPD in Dürkheim beschließt.[29] Wir dürfen ihr aber die Opposition nicht dadurch erleichtern, daß wir von vornherein Verhandlungen ablehnen.

Adenauer: Die Haltung der FDP in kulturellen Fragen ist sehr unterschiedlich. Sicher steht aber die SPD auf einem viel tieferen Standpunkt in kulturellen Fragen als die FDP. Hier ist die SPD unser Todfeind. Man betrachte nur ihre Haltung in Fragen der Familie, Ehe und Schule im Parlamentarischen Rate.[30] Die heutige SPD ist in die Zeit vor 1914 zurückgefallen. Kulturfragen werden im übrigen auf der Landesebene entschieden. Die Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen muß eine große Rolle spielen. Nach meiner Meinung können wir nach einem derart gemein geführten Wahlkampf nicht an sie herantreten. Das fordert die Selbstachtung der Partei. Man hat uns in gemeinster Weise beschimpft, wir stünden im Dienste des Besitzes.

Blank: Die Meinung der Gewerkschaftsführung ist ganz eindeutig. *Böckler* hat in Gelsenkirchen eindeutig erklärt, daß die Arbeiter sich nicht vor den Unternehmerkarren spannen lassen. Das Geschrei ginge mehr um die verlorenen Fabriken als um die Arbeiter. Dabei ist klar, daß die Arbeitslosigkeit nicht eine Folge unserer Wirtschaftspolitik ist, sie ist vielmehr durch diese nur offenbar und erkenntlich geworden. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien können nicht in die Ecke gestellt werden. Geld- und Kreditpolitik und ihr Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage. Als es sich in Frankfurt um die Schaffung des Preisamtes handel-

---

27 Ähnliche Wertung durch *Schumacher* in Nr. 32.

28 Demokratische Volkspartei: Bezeichnung der FDP in Württemberg-Baden.

29 Vgl. Nr. 42.

30 Artikel 6 und 7 des GG. Zu ihrer Entstehungsgeschichte im Parl.Rat und die von den einzelnen Parteien eingenommene Haltung der Überblick in: Entstehungsgeschichte, S. 92ff. Vgl. auch Nr. 47.

te, hat *Arnold* völlig versagt.[31] Die Bedeutung dieser Frage hat man damals nicht erkannt. Die Arbeitslosenfrage ist eine Frage der Kapitalausstattung. Wir haben eine unorganische Sozialpolitik, weil wir es nicht verstanden haben, eine vernünftige Personalpolitik zu betreiben. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Sind wir uns eigentlich in sozialpolitischer Beziehung selbst suspekt? Durch gescheite Wirtschaftspolitik vernünftige Sozialpolitik. Ich bin der Auffassung, daß wir die Arbeiter künftig mit unserer richtigen Wirtschaftspolitik ansprechen. Es muß aufhören, SPD und Sozialpolitik zu identifizieren. Die SPD hat schon in Frankfurt eine hemmungslose Opposition betrieben. Deshalb haben wir die Stimmen unserer Wähler bekommen. Wer von uns glaubt im Ernst, daß auf die Dauer mit einer so steril gewordenen Partei wie der SPD eine vernünftige Politik gemacht werden kann? Die Politik der englischen Labourparty steht vor dem Zusammenbruch. Sollen wir jetzt nach ihrer Niederlage die SPD in den Sattel heben? Was ich sage, ist die Stimme der Arbeiterschaft.

Erhard: Die SPD hat sich in Frankfurt jeder vernünftigen Maßnahme widersetzt. Es ist mir völlig unmöglich, in der Praxis mit der SPD zu gehen, selbst wenn die SPD grundsätzlich umschwenken würde. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden sich in den nächsten Jahren entscheidend bei uns bessern. Ich habe in der ganzen Welt herumgesehen und gesprochen. Auch mit Gewerkschaften in den USA.[32] Es geht wie ein roter Faden durch alle Besprechungen und Erklärungen. Man wünscht nichts anderes und ist glücklich, daß wir einen ganz klaren wirtschaftlichen Kurs steuern und eine Demokratie nach angelsächsischem Muster machen.

Wir werden große Erfolge erzielen. Die SPD wird künftig noch weniger Geschäfte machen. Die ganze in der Welt herrschende Tendenz stützt uns. Ich habe in den letzten Tagen das Telefon abgestellt, weil ich mich der Proteste nicht erwehren konnte, als bekannt wurde, daß auch nur der Gedanke einer großen Koalition erwogen wird. Eine große Koalition ist nicht möglich. Die FDP würde nicht mitmachen. Wir würden unsere Flanke gegen die SPD öffnen und nach rechts gegen die FDP würde eine Sintflut über uns hereinbrechen. Eine große Koalition wäre ein Selbstmord der CDU, wenn sie beide entscheidenden Flanken aufreißt. Wir können mit der SPD niemals zu einer Zusammenarbeit kommen. Wir müssen heute klar zu erkennen geben, daß es mit dem Schielen nach der großen Koalition ein für allemal zu Ende ist. Sonst wird noch mehr Porzellan zerschlagen.

Adenauer: Ich kann nur unterstreichen, was *Erhard* über die Haltung der FDP gesagt hat. *Heuss* geht nicht in eine Koalition mit der SPD.[33] Die FDP hat einen großen Stimmenzuwachs erhalten. Wir dürfen ihr nicht die Leute für die nächsten Wahlen zutreiben. Wir sind die Sieger, und wir wollen unsere Meinung heute offen sagen. Wenn wir es uns auch nicht leicht machen wollen.

Erhard: Was *Blank* gesagt hat, ist richtig. Die CDU muß als die große soziale Partei auftreten. Wir müssen die angebliche Identität zwischen Arbeiterschaft und SPD aufreißen. Der Begriff sozial ist nicht an die SPD verpachtet. Wir müssen wirkliche soziale Politik treiben. Das ist dann der Tod der SPD. Wenn wir aber jetzt eine Koalition mit der SPD machen, kann die CDU nur verlieren.

Adenauer: Die SPD würde in der Bundesregierung das Innen- und das Finanzministerium fordern. Das können wir ihr unter keinen Umständen zugeben.

Scharnberg: Keine Koalition mit der SPD: Klärung so schnell wie möglich. Man kann nicht von einer Notstandssituation reden, um die große Koalition zu rechtfertigen. Ein Notstand besteht höchstens außenpolitisch. Wir müssen die SPD von innen untergraben, indem wir eine scharfe soziale Politik machen. Wirtschaftspolitische Leitsätze.[34] Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Die SPD hat kein Wirt-

---

31 Nordrhein-Westfalen hatte im Herbst 1948 die Einrichtung eines bizonalen Preisamtes gefordert, was der Länderrat aber abgelehnt hatte. Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil II, Boppard/Rh. 1964, S. 207f. Am 19. 1. 1949 wurde der Antrag dann auch vom Wirtschaftsrat abgelehnt, obwohl sich *Arnold* für seine Annahme nachdrücklich eingesetzt hatte. Hüwel, S. 148f.

32 Besuch *Erhards* in den USA im April und Mai 1949. Dazu Jess M. Lukomski, Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf-Wien 1965, S. 106.

33 Vgl. Nr. 14, Anm. 3.

34 Düsseldorfer Leitsätze der CDU, verabschiedet am 15. 7. 1949. Abgedruckt in: Christliche Demokraten in Deutschland, Melle 1978, S. 742ff. Zu ihrer Entstehungsgeschichte, Bedeutung und Interpretation Buchhaas, S. 164–171.

schaftsprogramm. Ich habe keine Angst vor ihrer Opposition. Die DP hat ihren Wahlerfolg aufgrund gemeiner und niederträchtiger Lügen erlangt. Der Spitzenkandidat der DP in Hamburg[35] ist ein KPD-Mann. Die Deutsche Partei müssen wir aus der Koalition herauslassen.

Schröter: Am Anfang darf keine deutsche Minderheitsregierung stehen. Wenn wir die DP nicht in die Regierung hineinnehmen, machen wir einen großen Fehler. Schon *Stresemann* hat am Ende zugegeben, daß er einen großen Fehler gemacht hat, indem er die Deutschnationalen nicht in die Regierung hereingenommen hat.[36] Die 17 Leute der DP werden wir in der Regierung bestimmt verdauen. Es war ein Fehler, daß man in Niedersachsen die DP hat aus der Regierung aussteigen lassen.[37] Die Koalition CDU/FDP/DP fordert von uns keine Opfer. Sie wird keine Schwierigkeiten ergeben.

Hilpert: Die nächsten sechs Monate sind entscheidend: Was steht auf den Gegenwertkonten[38], wie ist es mit den Investitionen? Baumarkt. Wir sind überall hereingefallen. Vorfinanzierung? Einige ganz sichtbare Dinge müssen jetzt geschehen, dann brauchen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Wir sind mit der Nase am Schleifstein. Situation viel ernster als man zugibt. Wenn man keine Koalitionsgespräche will, muß man jetzt schon herauswinken und eine Mehrheit schaffen. Ein Minderheitskabinett scheidet völlig aus. Der Wahlerfolg beruht wesentlich auf der christlichen Propaganda, dem christlichen Kitt, nicht unbedingt auf der Wirtschaftspolitik. Für weite Teile der Bevölkerung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch völlig unbefriedigend. Mindestens feste Koalition mit DP.

Kaufmann: Große Koalition der bequemste Weg des Regierens. Blick in die Vergangenheit. Weil wir diesen bequemen Weg gegangen, kamen wir zu 1933. Daß England und USA immer klare Mehrheitsbildung hatten, ist nicht nur der Einsicht und Mehrheitswahlrecht zu danken, sondern [auch der Tatsache], daß sie niemals Koalitionsregierung hatten. Große Koalition bedeutet Parteizersplitterung, Neugründung von Parteien, immer weitere Parteien, noch schwierigere Verhältnisse. Ganz klare Verhältnisse, nichts Verwaschenes.

Köhler: Wir müssen uns mit dem Procedere und Presseerklärung befassen. Presse erwartet Äußerung. Wir dürfen der Fraktion nicht vorgreifen.[39] Öffentlichkeit muß aber sehen, daß der hier versammelte Kreis eindeutigen Standpunkt vertritt.

Adenauer: Maßgebliche Presseleute warten. Dank an Berlin. Treten für Erfüllung des von den Wählern erteilten Auftrags ein.

Strauß: Politische Gründe sprechen gegen Koalition mit SPD. Wir können uns gegen andere Parteien nur halten, wenn wir klaren, nicht sozialistischen Kurs steuern und durchhalten, vor allem gegenüber Bayernpartei. Wenn wir nicht gegen SPD sind, schwerste Einbuße. Man wird in Bayern sagen: „So haben sie euch belogen", wenn wir mit SPD gehen. Der alte Kuhhandel der müden Weimarer Parteien muß aufhören. Man wird uns ein Zusammengehen mit CDU unmöglich machen, wenn hier ein engeres Gespräch mit SPD zustande käme. Wir müssen mit DP in Verbindung treten. Dadurch Isolierung der Bayernpartei.[40]

---

35 Albert *Walter*.

36 Vgl. *Schröters* Ausführungen in Nr. 44.

37 Regierungsbildung am 9. 6. 1948. Potthoff/Wenzel, S. 65.

38 Die bei den Notenbanken der am *Marshall*plan beteiligten Länder eingerichteten Konten zur Führung der aus dem Wiederaufbauprogramm zur Verfügung gestellten Geldmittel. Diese Mittel wurden den beteiligten Ländern devisenmäßig gestundet, und sie mußten von den inländischen Abnehmern in der jeweiligen Landeswährung bedient werden.

39 So auch der Ellwanger Kreis, Nr. 16.

40 Der Vorsitzende der BP, *Baumgartner*, war bereits am 19. 8. 1949 mit dem Vorsitzenden der DP, *Hellwege*, in Hannover zu einem Gespräch zusammengekommen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen BP und DP im Bundestag zu klären. Über das Ergebnis dieser Unterredung teilte *Hellwege* in einem Interview am 26. 8. 1949 mit, daß DP und BP im Bundestag ein föderatives Bündnis bilden würden. Die DP werde bei ihrer Regierungsbeteiligung keine politische Entscheidung ohne Abstimmung mit der Bayernpartei treffen. „Frankfurter Rundschau" vom 27. 8. 1949. Zu den Bestrebungen *Schäffers*, diese Zusammenarbeit um die CSU zu erweitern, Nr. 13.

Adenauer: Wir sollten DP wissen lassen, daß Mindeststärke einer Fraktion 15 [Mitglieder] ist.

Müller: Für große Koalition, mindestens Vorschlag an SPD. Wenn sie ablehnt, trifft sie Schuld. Spannungen innerhalb SPD sehr groß. *Schumacher* wird weitgehend für Niederlage verantwortlich gemacht. Auseinandersetzung der maßvollen Kräfte innerhalb SPD (*Schmid*, *Kaisen*, *Kopf*, *Stock*) mit radikalem Flügel muß erfolgen und ist aussichtsreich. Völlig unmöglich, im Hinblick auf große Aufgaben SPD in Opposition zu treiben, zumal kleine Koalition in sich uneins, unharmonisch und von kleinen Splittergruppen abhängig ist. SPD wird sich mit *Erhard* abfinden.[41]

Adenauer: Ganze Situation unsagbar schwer. Habe denkbar größte Sorgen. Welcher Weg bietet die bessere Aussicht zur Meisterung der Aufgaben? Bin unsicher über den Weg, der Schicksal der Partei bedeutet. Vertrauen der Wähler zu verscherzen wäre das Schlimmste. Mit den Parteien, die mich so beschimpft haben, kann ich mich nicht zusammensetzen. Das moralische Vertrauen der Wähler zu gewinnen, ist ungeheuer schwer. Nach vier Jahren sind wir 1949 die stärkste Partei geworden. Den Schatz an Vertrauen dürfen wir nicht vertun.

Kaiser: SPD hat Niederlage erlitten. *Schumacher* ist Unglück für Deutschland. Es wird schwierig für den Bundeskanzler werden, wenn sich eine große Partei querlegt. Aber nach der heutigen Debatte gibt es nichts anderes, als entschlossen den Weg zu gehen, den siegreiche Partei gehen muß, einen eigenen Weg. SPD muß von dem Hochmutsteufel herunter. Der Arbeiterflügel (der CDU?) wird in den Prellbock hineinkommen. Diese Auseinandersetzung mit der SPD muß einmal kommen. Die Arbeiterschaft hat mit unglaublicher Bravour gewählt. *Adenauer* muß noch in dieser Woche sich vor der Öffentlichkeit mit einer großen politischen Konzeption äußern. Nicht bloß von Wirtschaft, sondern von dem Gehalt der Partei sprechen. Man darf nicht ohne Mehrheit beginnen. Warum spricht man nicht vom Zentrum?[42] Ich stimme mit der Auffassung der Mehrheit überein. Wir müssen unseren Weg gehen, SPD zum Anstand erziehen.

Adenauer: Die Landtagsfraktionen bleiben solange unberührt, als dort keine Obstruktion gegen Bundesregierung getrieben wird. Wenn ja, die Konsequenzen [ziehen]. Zentrum hat zum Schluß ein bodenlos gemeines Flugblatt herausgegeben, so daß wir nicht mit dieser Fraktion verhandeln können. Wenn sie wollen, können sie zu uns kommen. Frau *Wessel* ist mit Haß gegen uns erfüllt. Stimmung überwiegt, daß wir mit DP verhandeln. Zunächst allerdings mit FDP, vorsichtig auch mit DP. Wir müssen der DP, um sie von der Bayernpartei abzuhalten, mitteilen, daß wir für Festsetzen der Fraktionsstärke auf 15 eintreten.

Ein von *Köhler* verfaßtes Pressekommuniqué wird beraten.

Kaiser dazu: Wir sind der Öffentlichkeit schuldig, daß wir etwas mehr sagen als bisher. Wer ist dazu autorisiert? Bestimmt, aber mit aller Vorsicht.

(Bundespräsident und Bundeskanzler:)

Adenauer: Herr *Finck* hat in Landau eine ganz nichtsnutzige Rede in dem Sinne gehalten, daß ich Bundespräsident werde.[43] Die wichtigste Persönlichkeit ist der Bundeskanzler. Präsident soll ein anderer werden, ich will Kanzler werden. Ich bin 73 Jahre. Aber ich würde das Amt des Kanzlers annehmen, weil 1. der Bundespräsident aus dem Parteileben ausscheiden muß, der Kanzler nicht. Ich habe in der britischen Zone Autorität. Unsere Partei [ist] noch nicht so gefestigt, daß wir die großen Aufgaben auf die Dauer bei mei-

---

41 Solchen Überlegungen erteilte der Sozialdemokratische Pressedienst am folgenden Tag eine Absage, indem er feststellte: „Wenn gelegentlich noch Stimmen aus dem kommenden Bürgerblock laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, dann mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind wohl mehr taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen. Diese Methode scheint solchen Politikern um so eher anwendbar, als sie wohl wissen, daß die Gefahr gering ist, beim Wort genommen zu werden. Denn die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für einen Bundeskanzler *Adenauer* und einen Wirtschaftsminister *Erhard* eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten." Sozialdemokratischer Pressedienst vom 22. 8. 1949.

42 Zur Fühlungnahme mit dem Zentrum die Nrn. 38 und 57.

43 Auf einer Wahlkundgebung der CDU am 9. 8. 1949, in der *Finck Adenauer* als neuen Bundespräsidenten angekündigt hatte. Vgl. Morsey, Weichenstellung, S. 527.

nem Ausscheiden erfüllen können, die uns der vorige Sonntag gestellt hat. Gute Zusammenfassung auf die Dauer erforderlich. 2. Ich verfüge über gewisse Erfahrung in staatlichen Dingen und in der Verwaltung. 3. Habe stärkere Ellbogen, als ich früher geglaubt hätte.

Hilpert: Bundeskanzler ist das wichtigste Amt. Entscheidend auch Präsident des Bundesrates. Er ist im Anfang tragendes Element. Einheitliche Stimmabgabe. Wir müssen auch im Bundesrat zum Ziele kommen. Man rechne Mehrheit aus. Höchstens 20 Stimmen für uns. Bundesrat in Koalitionsverhandlungen einbeziehen!

Adenauer: Streit Bonn-Frankfurt[44] darf nicht in den ersten zwei Wochen ausgetragen werden. Eventuell Antrag in Ausschuß verweisen. Würde sofort darüber abgestimmt, dann rein politische, nicht mehr sachliche Frage. Fraktionssekretariat mit vier erstklassigen Kräften (technisch, wirtschaftlich, sozial, politisch) unerläßlich. Nicht Abgeordnete. Theophil *Kaufmann* als Chef?
SPD wird CDU-Mann nicht zum Bundespräsidenten mitwählen. Es können auch nicht beide, Kanzler und Präsident, katholisch sein. *Heuss?*

Horlacher: *Heuss* stößt bei uns auf Schwierigkeiten. Kabinett. Er muß sachlich, vorbildlich, objektiv wie *Ebert* sein.

Adenauer: Bundespräsident schlägt den Kanzler vor. Während der Verhandlungen müßte vereinbart werden, daß Bundespräsident in den vier Jahren der Wahlperiode einen CDU-Mann vorschlägt, wenn der erste Kanzler wegfällt.

Kaiser: Warum nicht Persönlichkeit aus SPD-Lager als Bundespräsident?[45] Bin über Bedenken gegen *Heuss* erstaunt. Hat ausgezeichnete Eigenschaften für ein solches Amt. Er hat CDU in Heidelberg mitbegründet.[46] Hat in Berlin Gespräche mit uns geführt. Innerer Respekt vor Christentum. Seine Besuche in Maria-Laach.

[*Köhler*, *Kaiser* und *Erhard* werden mit der Abfassung einer Presseerklärung betraut.[47]]

---

44 Frage des endgültigen Sitzes der Bundesorgane. Vgl. Nr. 2 mit Anm. 9–12.

45 Ausführlich hierzu Stellungnahme *Kaisers* in Nr. 44.

46 Vgl. Gerd Hepp, Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Die CDU in Baden-Württemberg, Stuttgart 1978, S. 117.

47 Text der Presseerklärung: „Die Konferenz der CDU/CSU-Politiker in der Wohnung von Dr. *Adenauer* in Rhöndorf kam am Sonntagnachmittag zu der Auffassung, daß die Wahlen nicht nur ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Grundideen der christlich-demokratischen Gesellschaftsauffassung, sondern auch eine eindeutige Bejahung der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft erbracht haben. Es bestehe daher die Verpflichtung, diese Gesamtpolitik fortzusetzen und daraus bei der Bildung der Bundesregierung die klaren Konsequenzen zu ziehen." Konrad Adenauer. Seine Zeit – sein Werk. Ausstellung aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5. Januar 1976, Köln 1976, S. 144.

19.

22. 8. 1949: Der Finanzminister von Hessen und Vorsitzende der CDU von Hessen, Werner Hilpert (Wiesbaden), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 06.07; ACDP, I–021–002 (NL Hilpert).[1]

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer!*

Ich nehme an, daß Ihnen in der Zwischenzeit die Berichte der Presse über die gestrige Sitzung in Rhöndorf zugegangen sind.[2] Sie hatten ausdrücklich zum Schluß festgestellt, daß die Besprechung vertraulich sein sollte.[3] Die Presseberichte lassen nun erkennen, daß man scheinbar in unseren Kreisen nur das Wort vertraulich zu nennen braucht, damit man möglichst alles, allerdings dann unter Außerachtlassung jeder Objektivität, vorzeitig der Öffentlichkeit bekanntgibt. Auf Grund dieser Nichtbeachtung des vertraulichen Charakters und der damit hervorgerufenen Festlegung der Bundestagsfraktion erkläre ich hiermit, daß ich mich nunmehr auch nicht mehr an die Vertraulichkeit gebunden erachte. Wir beide sind ja vielleicht in der Beurteilung der schwierigen Situation, wenn wir auch zu verschiedenen Ergebnissen kommen, viel klarer, als wie es gestern in der Diskussion von verschiedenen anderen unserer Freunde zum Ausdruck gekommen ist. Es kann doch nicht daran vorbeigegangen werden, daß gewichtige Stimmen aus den süddeutschen Ländern mit guter Begründung sich dahin ausgesprochen hatten, sich nicht festzulegen[4], ganz abgesehen davon, daß es mir das Kunststück der Politik zu sein scheint, sich nicht festzulegen, bevor man restlos Klarheit gewonnen hat.

Ich werde deshalb – und für diese Auffassung hoffe ich auch meine süddeutschen Freunde gewinnen zu können – in Zukunft derartigen Besprechungen in unzuständigem Kreise nicht mehr anwohnen.[5]

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Ihnen sehr ergebener
Hilpert

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 530. Abschriften dieses Schreibens erhielten *Altmeier*, *Ehard*, *Erhard*, *Dichtel*, *Kaiser*, *Köhler*, Gebhard *Müller* und *Pünder*. Der Text des Begleitschreibens hatte folgenden Wortlaut: „Ich habe mich für verpflichtet gehalten, Herrn Präsidenten Dr. *Adenauer* mit Rücksicht auf die publizistische Behandlung unserer gestrigen Besprechung in Rhöndorf wie aus der Anlage ersichtlich zu schreiben."

2 Zeitungsmeldungen über die Rhöndorfer Konferenz gab es bereits am 22. 8. 1949. Dabei gingen die Meldungen über den Inhalt des Kommuniqués hinaus, da insbesondere Jakob *Kaiser* am Abend des 21. 8. 1949 Journalisten Zusatzinformationen gegeben hatte. Vgl. Kosthorst, S. 70f. Vgl. auch Nr. 26, Anm. 4.

3 Hierauf kein Hinweis in Nr. 18 enthalten. Die beschlossene Vertraulichkeit ergibt sich aber aus den Nrn. 26 und 34.

4 Vgl. Nr. 16 mit Anm. 37.

5 Den gleichen Standpunkt bezogen *Altmeier* und *Müller*, Nrn. 26 und 41. Antwort *Adenauers* Nr. 34.

20.

22. 8. 1949: Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 09.20. Handschriftliche Vermerke.

Sehr verehrter Herr Dr. *Adenauer!*

Da ich leider zu der Sitzung der Landesvorsitzenden[1] gestern nicht eingeladen war, hat diese wichtige Tagung stattgefunden, ohne daß die Vertriebenen dabei gehört worden sind. Ich muß das ganz außerordentlich bedauern, nicht meinetwegen, aber der Union wegen.

Wie ich schon in meinem Brief an Herrn Minister *Gereke* schrieb, ist diesmal insoweit eine Katastrophe mit knapper Not verhindert worden, immerhin sind uns aus diesem Lager[2] sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Niedersachsen hunderttausende von Stimmen verlorengegangen und damit die entsprechenden Mandate. Es wäre noch ganz anders gekommen, wenn eine Lizenz erteilt worden wäre[3] und wenn der Zentralverband und die Zonenverbände sich nicht für das Zusammengehen mit den Parteien eingesetzt hätten, was im wesentlichen auch auf meinen Einfluß zurückzuführen ist.[4] Immerhin sind im ganzen Bundesgebiet mehr als eine Million Stimmen für die unabhängigen Kandidaten der Vertriebenen abgegeben worden.

Es ist zu erwarten, daß vielleicht für den Anfang das negative Ergebnis eine gewisse Ernüchterung mit sich bringt, aber wir werden für die Dauer die Vertriebenen bei den Parteien nur halten können, wenn wir von den Parteien nachdrücklich unterstützt werden, und dazu gehört, daß man auch auf unsere Wünsche Rücksicht nimmt.

Die erste Gelegenheit, bei der die Probe aufs Exempel zu machen sein wird, ist die Bildung und Besetzung des Flüchtlingsministeriums. Daß sich die CDU für ein solches Ministerium einsetzen wird, darf ich nach Ihren Erklärungen in Hamburg und Kiel[5] wohl annehmen. Ich darf weiter Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die FDP nach Pressemeldungen erklärt haben soll, sie würde sich an einer Koalition nur beteiligen, wenn sie dieses Ministerium bekommt.[6] Das zeigt, daß man dort die Situation richtig beurteilt. Der Zuwachs der FDP kommt aus dem Flüchtlingslager, jedenfalls gilt das für Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Diese Abwanderung müßte neuen Auftrieb bekom-

1 Gemeint ist die Rhöndorfer Konferenz, Nr. 18.

2 Lager der Flüchtlinge.

3 Die Bildung einer Flüchtlingspartei war von den Alliierten nicht gestattet worden.

4 Dazu die Darstellung in: Kather, S. 73f.

5 In Wahlkampfreden *Adenauers* am 31. 7. 1949. Nach einem Bericht der „Kölnischen Rundschau" vom 2. 8. 1949 hatte *Adenauer* hierin festgestellt, daß ein Ministerium für Ost- und Vertriebenenfragen „durchaus notwendig" sei.

6 Die Forderung nach Besetzung des Flüchtlingsministeriums durch die FDP erhob der hessische FDP-Vorsitzende August Martin *Euler* am 24. 8. 1949 nach der letzten Sitzung der FDP-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates. „Die Welt" vom 25. 8. 1949.

men, wenn die FDP ihren Willen in diesem Punkte durchsetzen kann. Wir Flüchtlinge von der CDU müssen fordern, daß die CDU sich dieses Ministerium nicht entgehen läßt und daß es mit einem Heimatvertriebenen besetzt wird. Jede andere Regelung müßte einen weiteren erheblichen Rückschlag bringen.

Ich darf daher die Bitte aussprechen, diese Gesichtspunkte bei den Koalitionsverhandlungen nicht außer acht zu lassen. Wir werden die Flüchtlingspartei nur verhindern können, wenn wir eine sehr energische und betonte Flüchtlingspolitik betreiben.

Ich darf ferner darauf hinweisen, daß ich wegen meines Eintretens für die CDU im Wahlkampf aus Flüchtlingskreisen starke Anfeindungen erfahren habe. Ich werde meine Stellung als Vorsitzender des Zonenverbandes nur halten können, wenn ich nachweisen kann, daß meine Tätigkeit in der Partei von Erfolg gekrönt ist. Die Tatsache, daß man sich im jetzigen Stadium überhaupt nicht für die Meinung der Vertriebenen interessiert, eröffnet keine erfreulichen Perspektiven für die zukünftige Entwicklung.[7]

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener
Dr. Linus *Kather*

---

7 Zwei Tage später wandte sich *Kather* erneut an *Adenauer*, Nr. 30.

21.

22. 8. 1949: Das Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland und Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, Franz Etzel (Wiesbaden), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 07.26.

Sehr verehrter Herr Dr. *Adenauer!*

Das Bewußtsein, zwischen den Schlachten die Dinge, welche getan werden müssen, bei Ihnen in den besten Händen zu wissen, erlaubt es mir, vor neuer Arbeit einige Tage notwendiger Erholung in Wiesbaden zu suchen. Ich betrachte die politische Entwicklung aus der Perspektive eines Schlachtenbummlers, der nur auf Zeitungsmeldungen zu seiner Information angewiesen ist.

Heute morgen habe ich den Eindruck, daß der – wohl nie ernstgemeinte – Versuch einer großen Koalition gescheitert ist. Es sprach bei genauer Beurteilung der Dinge nichts für eine solche Lösung. Wer nicht sieht, daß die Zukunft gegen die derzeitigen Auffassungen der Sozialdemokratie, nicht gegen die Arbeiter, gestaltet werden muß, hat den letzten Sinn der politischen Situation nicht begriffen.

Wir können aber nur dann politisch fruchtbar werden, wenn von uns die Lösung der sozialen Frage wirklich ernst gemeint ist. Unsere Freunde aus dem Gewerkschaftslager haben noch nicht gemerkt, auf was es ankommt. Die Meinung, daß uns im letzten nicht sehr viel von der SPD trennt, ist naiv, aber gefährlich. Ich las diese Auffassung vor einigen Tagen in einem Brief, den *Föcher* an mich richtete, und lese sie jetzt in der Presse bei

den Gründen, die *Gockeln* für seine Auffassung angibt.[1] Man muß doch sehen, daß jede Lösung mit der SPD und der heutigen Gewerkschaft ein Schritt ins Kollektiv ist. Hier gilt in mehrfacher Hinsicht das, was Sie in Heidelberg wegen der Entwicklung zur SED in der Ostzone ausgeführt haben.[2]

Unsere Freunde aus dem Arbeitgeberlager begreifen aber ebensowenig, wie ernst die Situation ist. Sie hören nur „Marktwirtschaft" und vergessen „soziale" Marktwirtschaft. Sie haben noch nicht gelernt, daß beides nicht dasselbe ist.

Wir werden viel Arbeit haben, uns verständlich zu machen, und noch mehr Arbeit, uns durchzusetzen. Die meiste Arbeit wird es im eigenen Hause und bei unseren Freunden geben.

Ich wünsche Ihrer Arbeit von Herzen alles Gute. M.E. genügt es fürs erste, wenn die Frankfurter Koalition erhalten bleibt.

Meine Wünsche und Gedanken sind in diesen Tagen oft bei Ihnen. Es wird sehr viel für Deutschlands Zukunft davon abhängen, daß Sie in diesen Stunden und Tagen richtig handeln.

Möge der Herrgott Ihnen die Einsicht geben, der Sie bei Ihrer schweren Aufgabe bedürfen![3]

Mit den besten Wünschen bin ich in alter Verbundenheit

Ihr sehr ergebener
Franz *Etzel*

---

1 Zu dieser Argumentation, die die „Rheinische Post" in Übereinstimmung mit *Arnold* und *Gokkeln* in der zweiten Augusthälfte vortrug, Hüwel, S. 208.

2 Rede *Adenauers* auf der Kundgebung der CDU/CSU zur Eröffnung des Wahlkampfes am 21. 7. 1949. Hierin hatte *Adenauer* der SPD die „historische Schuld" dafür zugewiesen, daß durch ihr Verhalten bei der Gründung der SED der „einheitliche Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen" sei. Schwarz, S. 146.

3 Antwort *Adenauers* Nr. 35.

22.

22. 8. 1949: Der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der FDP, Theodor Heuss (Bühlerhöhe über Baden-Baden)

NL Heuss 54.

Lieber Herr *Heuss!*

Da ich infolge einer überreichlichen Besetzung mit Terminen nicht mit Sicherheit absehe, ob ich vor der Vorstands- bzw. Fraktions-Sitzung am 4. 9.[1] zu Ihnen nach Bühlerhöhe kommen kann, möchte ich den Versuch machen, auf diesem Wege wenigstens an-

---

1 Nr. 58.

deutungsweise auf Ihre Briefe[2] und auf die verschiedenen Besprechungen, die ich inzwischen hatte, einzugehen.

Daß wir alle, daß aber insbesondere ich es nicht nur begrüßen, sondern daß es uns mit Stolz erfüllen würde, wenn Sie das Amt des Bundespräsidenten, das, so wie ich die Dinge übersehen kann, zweifellos an Sie herangetragen wird[3], übernehmen würden, brauche ich nicht besonders zu betonen. Daß damit der Posten von einer Persönlichkeit ausgefüllt würde, die unser aller Meinung nach unser Theodor *Heuss* dem Gewicht in Charakter und Können nach im weiten Abstand am besten ausfüllt, ist ohne allen Zweifel. Sie dürfen sich dieser Verantwortung nicht entziehen.[4]

In der letzten Woche habe ich, wie Sie inzwischen sicherlich auch durch die Presse und den Rundfunk gehört haben, mit den verschiedensten Parteifreunden einerseits und andererseits auch mit den führenden Männern von CDU[5] und DP[6] sehr ernste Besprechungen gehabt. Für den Norden ist, nachdem ich mit *Rademacher*, Hamburg, Dr. *Hasemann*, Niedersachsen, und Dr. *Oellers*, Schleswig-Holstein, sprach, alles klar, da es ohne Zweifel ist, daß Bremen sowieso auf der richtigen Seite mitzieht.[7] Was Nordrhein-Westfalen anbetrifft, so hatte ich eine sehr ernste Unterredung mit Herrn *von Rechenberg*, der meinen Gedankengängen voll und ganz zustimmte. Abzuklären bleibt die Situation „*Middelhauve*", der ja, wie Sie wissen, beabsichtigt, sein Amt als Vorsitzender des Landesverbandes niederzulegen.

Mit dem Süden, das heißt mit Ernst *Mayer*, *Dohr*, *Neumayer*, *Wildermuth* und einem von Ernst *Mayer* eingeladenen Dr. Karl *Hoffmann* wird am Donnerstag, den 25. 8., im „Haus der Länder" in Bad Königstein eine Sitzung stattfinden. Auch hier wird alles klargehen.[8] Nach Ihrem heutigen Briefe[9] werden Sie leider an dieser Sitzung nicht teilnehmen können, was ich sehr bedauere.

Bleiben Bayern und Hessen. In Bayern macht mir *Dehler*, das möchte ich offen aussprechen, Sorge. Durch seine Erklärungen, die sich eindeutig für die große Koalition: SPD – CDU – FDP aussprechen.[10] Ich ließ Ihnen schon schreiben, daß eine solche Konstella-

2 Von diesen Briefen ist lediglich das Schreiben vom 12. 8. 1949 überliefert, Nr. 2.

3 Vgl. die Nrn. 17 und 18.

4 Gleiche Bitte an *Heuss* von *Höpker Aschoff* in Nr. 4.

5 Darunter befand sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit *Adenauer*, den *Blücher* bereits am 10. 8. 1949 als Ansprechpartner auf CDU-Seite gegenüber *Heuss* genannt hatte. Vgl. Nr. 1.

6 *Blücher* war mit *Hellwege* am 19. 8. 1949 in Hannover zusammengetroffen. dpd vom 19. 8. 1949.

7 Gemeint ist die Entscheidung für eine Koalition mit CDU/CSU und DP.

8 Dazu die Meldung der Tageszeitung „Die Welt" vom 27. 8. 1949: „*Blücher* führte am Donnerstag Besprechungen mit Vertretern der Landesverbände von Rheinland-Pfalz und Württemberg-Baden, wobei die grundsätzliche Bereitschaft zum Ausdruck kam, mit der CDU/CSU und der DP eine Koalition einzugehen."

9 Nicht ermittelt.

10 *Dehlers* Eintreten für eine große Koalition war allerdings mit der Auflage an die SPD verknüpft, „auf jede Form der staatlich gelenkten Wirtschaft" zu verzichten. Dehler an Stiller vom 22. 8. 1949, ADL, DA/400/II. Nach dem Beschluß der SPD von Bad Dürkheim schrieb dann *Dehler* am 31. 8. 1949 an Paul Voigtländer: „Meine Hoffnung auf die große Koalition hat sich leider durch die schroffe Ablehnung der SPD nicht verwirklichen lassen." ADL, DA/400/II.

tion der Regierung den Sinn des Wahlkampfes verfälschen und den Auftrag, den uns unsere Wähler durch die Abgabe ihrer Stimme gegeben haben, mißachten würde.[11] Die Anrufe, die ich in bezug auf *Dehlers* Stellungnahme Tag für Tag erhalte, beweisen mir das. Ich habe nicht angestanden zu erklären, daß die Meinungsäußerung *Dehlers* eine vollkommen private sei.

Über den Gefahrenpunkt Hessen sind wir uns alle einig. Es gilt die Linie festzuhalten, auch auf die Gefahr hin, daß Hessen nicht mitzieht, denn jetzt kommt es auf das einheitliche Gesicht der Partei an. Das Ziel muß nicht, wie das kürzlich jemand aus der FDP geäußert hat, ein Zusammenschluß „aller nationalen Parteien" sein. Wir brauchen für die Führung der Außenpolitik zwingend eine radikale Rechte, von der wir uns klar unterscheiden, auf deren Gefahr wir aber müssen hinweisen können. Es wiederholt sich die Lage, wie wir sie nach den Reichstagswahlen 1930 hatten. Das Gebot der Stunde war damals und bleibt heute: die schlechthin staatsbejahenden Kräfte zusammenzuführen. Das war damals der nicht reaktionäre und nicht nationalistische Flügel der DNVP (*Westarp – Treviranus – Lambach*), der größte Teil der Volkspartei und vielleicht ein Viertel des damaligen Zentrums. Nur durch persönliche Eitelkeit und durch die Unfähigkeit zum Arten ist ein Zusammenschluß verhindert worden.[12] Heute kann die wesentlich größere FDP bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen nicht unbedeutende Teile der CDU, zum mindesten ein Viertel dieser Partei auf die Dauer für sich gewinnen und sicher auch ein Viertel bis ein Drittel derjenigen, die jetzt völlig desorganisiert sind und die verschiedensten sogenannten Rechtsparteien gewählt haben.

Bei der Bildung der Regierung kommt es vordringlich darauf an, sie so zu gestalten, daß sich in den grundsätzlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen ein weitgehend einheitlicher Wille manifestiert. Auf dieser Basis habe ich die Besprechungen mit CDU und DP geführt.

Dieser gesamte Komplex, um dessen Klarheit wir in der Vorstands- und Fraktions-Sitzung ringen müssen, ist das eine. Das andere, was im wesentlichen personell bedingt erscheint, ist das folgende: Ich sprach es eben schon aus, daß das Amt des Bundespräsidenten mit Sicherheit Ihnen zufallen wird. Damit scheiden Sie für die engere Parteiarbeit aus. Was soll geschehen, wenn das bei mir gleicherweise notwendig würde, indem ich ein Regierungsamt übernehmen müßte? Die Frage ist: Wen haben wir dann für die Partei- und Fraktionsarbeit? Ich denke an *Wildermuth*.

Dieses, lieber Herr *Heuss*, sind nur einige ganz wenige Dinge, die ich kurz anschneiden konnte. Sie wissen selbst, wie vielfältig und differenziert die Fragen sind, die gerade jetzt auftauchen. Wenn ich es nicht einrichten kann, nach Bühlerhöhe zu kommen, dann müssen wir versuchen, dafür Sorge zu tragen, daß wir uns allein, wenigstens eine Stunde vor dem offiziellen Beginn der Vorstandssitzung am 4. 9. um 10 Uhr, also um 9 Uhr, zusammensetzen.

---

11 Vgl. Nr. 7.

12 Zu den Versuchen der Bildung einer bürgerlichen Sammlungsbewegung im Sommer 1930 ausführlich die einschlägigen Dokumente in Bd. 1 von Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, eingeleitet von Gerhard Schulz, Düsseldorf 1980.

Als Antwort auf Ihre Frage nach der Zusammenkunft mit *Nadolny*[13]: Ich habe abgeschrieben, da ich für diesen Tag seit langem mit einem anderen Termin besetzt bin. Zu Ihnen gesagt: Mir gefällt der Kreis der Teilnehmer nicht, und es wird sich daraus nie das entwickeln, was die ursprüngliche Absicht war, nämlich den verstärkten Zusammenhang mit den Menschen in der Ostzone zu erhalten und auszubauen.
Für Sie und Ihre Gemahlin wünsche ich Ihnen auf der Bühlerhöhe schöne Tage und Ihnen beiden eine recht gute und gründliche Erholung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Franz *Blücher*

13 Der ehemalige Botschafter Rudolf *Nadolny* bemühte sich damals um die Gründung einer „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands", zu der es am 21. 1. 1950 kam. Er versuchte, in diese Vereinigung auch führende Parteipolitiker einzubeziehen, was jedoch nicht gelang. *Adenauer* verfolgte die Aktionen *Nadolnys* äußerst mißtrauisch. Vgl. Nr. 25. Zur Würdigung *Nadolnys* Günter Wollstein, Rudolf Nadolny – Außenminister ohne Verwendung, in: VfZ, 28. Jg. (1980), S. 47–93.

23.

22. 8. 1949: Der Vorsitzende der Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Rheinland-Hessen-Nassau, Karl Atzenroth (Koblenz), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen)

ADL, FDP-Akten 1840. Paraphe Blüchers.

Sehr geehrter Herr Minister!
Ich erhielt Ihre Einladung zu der ersten Zusammenkunft am 4. 9.[1] Da in den 14 Tagen bis zu diesem Zeitpunkte wahrscheinlich schon wichtige Verhandlungen geführt werden, möchte ich nicht verfehlen, Sie von der hiesigen Lage und Auffassung kurz zu unterrichten.
Wie Sie sich vielleicht von Ihrem Aufenthalt in Koblenz und Trier noch erinnern können, bin ich als Vertreter der Gesamtwirtschaft von Rheinland-Rheinhessen aufgestellt und gewählt worden. Diese Wirtschaftskreise stehen hier mit einer seltenen Einmütigkeit und Geschlossenheit hinter mir. Es ist uns daher auch gelungen, die Stimmenzahl in diesen so einseitig eingestellten Bezirken Koblenz-Trier gegenüber der letzten Wahl zu verdoppeln[2] und dies trotz der sehr mangelhaften Parteiorganisation und der viel zu geringen Werbetätigkeit.

1 Das Einladungsschreiben *Blüchers* zur ersten Fraktionssitzung der FDP am 4. 9. 1949 datierte vom 13. 8. 1949. Hierin hieß es u. a.: „Die Tagesordnung für den Sonntag [4. 9.] ist nur eine erste Begrüßung und allgemeine Aussprache sowie Festlegung der Arbeitsordnung für Montag, den 5., und Dienstag, den 6. September. Zweifellos wird jedoch bereits auch, obwohl das speziell nicht als Inhalt der Tagesordnung nach dem heutigen Verhandlungsstand bezeichnet werden kann, über die Wahl des Präsidenten des Bundestages, des Bundespräsidenten und über die Vorverhandlungen wegen der Regierungsbildung zu berichten sein." NL Wildermuth 8.

2 Im Wahlkreis Koblenz, in dem *Atzenroth* kandidiert hatte, erreichte die FDP bei der Bundestags-

Meine Wähler lehnen jeden Kompromiß mit der SPD ab. Ich bitte Sie daher dringend, die in der Presse manchmal genannte große Koalition der drei größten Parteien[3] unter allen Umständen abzulehnen. Ich könnte auf einem solchen Wege auf keinen Fall folgen.

Erhebliche Bedenken bestehen hier auch gegen eine Zusammenarbeit mit den bisherigen Direktoren *Schlange-Schöningen* und *Storch*[4] als eventuellen Ministern. Dem ersteren wird sein starres Festhalten an der Bewirtschaftung, dem letzteren seine Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung zum Vorwurf gemacht.

Nehmen Sie bitte diesen kurzen Warnruf nicht übel. Ich hoffe, recht bald Gelegenheit zu haben, Ihnen meine Ansichten ausführlicher darzulegen.[5]

Mit vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich Ihr sehr ergebener

Dr. *Atzenroth*

---

wahl 12,6 %, im Wahlkreis Trier 13,3 %. Die gegenüber der letzten Landtagswahl erzielte Verdoppelung der Stimmenzahl, d. h. einen Stimmenzuwachs um ca. 6 %, entsprach dem Stimmenzuwachs für die FDP auf Landesebene. Wahlunterlagen KGParl.

3 Die darauf hinauslaufende Absicht *Dehlers* – vgl. Nr. 22, Anm. 10 – meldete z. B. die „Frankfurter Rundschau" am 18. 8. 1949 auf ihrer Titelseite.

4 Zur Kritik an *Storch* von FDP-Seite auch die Nrn. 28 und 37.

5 Antwort *Blüchers* Nr. 49.

24.

22. 8. 1949: Der Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin, Willy Brandt (Berlin), an den Parteivorstand der SPD (Hannover)

AdsD, Bestand Schumacher J 79/II. Handschriftliche Korrekturen und Vermerk „erl".

1. Freitag, den 19. des Monats, fand in der Zietenstr. eine Referentenbesprechung (d. h. eine Zusammenkunft der von der Referentenvermittlung des Landesverbandes erfaßten Genossen) statt, um über die Eindrücke und Erfahrungen der am Wahlkampf beteiligten Berliner Genossen zu sprechen. Ich konnte leider nur am ersten Teil dieser Aussprache teilnehmen, an der sich nicht weniger als 19 Genossen beteiligten.

Von einigen wurde die ungenügende organisatorische Vorbereitung des Rednereinsatzes bemängelt. Es kam auch die Auffassung zum Ausdruck, daß die Haltung unserer Partei während des Wahlkampfes vielleicht nicht genügend konstruktiv, vor allem in Wirtschaftsfragen, gewesen sei. Ich nehme an, daß Euch Genosse *Walz* einen Bericht über diese Besprechung schicken wird.

2. Sonnabend, den 20. des Monats, hatte ich im Landesausschuß über den Ausgang der Bundestagswahlen zu referieren. Im ersten Teil bin ich davon ausgegangen, daß sich die innere Stärke einer politischen Partei am Verhältnis zu ihren Mängeln und Rückschlägen erweisen müsse, und daß man politische Realitäten nicht durch Arithmetik korrigieren kann. Trotz der erwiesenen Festigkeit fast aller unserer Positionen ist der erhoffte Durchbruch nicht gelungen. Ich habe mich dann mit den innen- und außenpolitischen Grün-

den des von den einzelnen Parteien erzielten Ergebnisses und mit der zutage getretenen nationalsozialistischen Gefahr befaßt.[1]

Im zweiten Teil habe ich mich damit beschäftigt, welche subjektiven Ursachen zu unserer Stagnation beigetragen haben mögen. Dabei waren u. a. die Fragen aufzuwerfen, ob wir unsere Alternative zur Frankfurter Wirtschaftspolitik überzeugend und einfach genug herausstellten, ob nicht durch das Nebeneinander von Frankfurter Opposition und Länderkoalitionen unsere Schlagkraft begrenzt wurde, ob wir uns vielleicht teilweise durch die Hetze der Gegner haben vom Hauptthema abdrängen lassen, und ob nicht in Teilen der Partei eine gewisse Selbstgefälligkeit in organisatorischer und politischer Hinsicht festzustellen war, mit der wir jedenfalls schwer an neue Schichten herankommen können.[2]

Drittens war zu erörtern, welche Konsequenzen sich aus den Wahlen ergeben. Ich habe die für und wider eine uns einbeziehende Koalition sprechenden Gesichtspunkte nebeneinander gestellt und die Opposition als wahrscheinlichste Linie bezeichnet.[3] Zunächst komme es jedoch darauf an, die Differenzen im Lager der CDU womöglich zu fördern. Ob Opposition oder eine auf der Basis von sachlichen Mindestforderungen erfolgende Regierungsbeteiligung – für beide Fälle sei eine aktive, selbständige Politik der Sozialdemokratie das Entscheidende.

Stärkere Übereinstimmung als bisher müsse zwischen unserer Gesamtkonzeption und der Länderpolitik erreicht werden.

Zu meiner Überraschung ergab sich aus der Debatte, daß ziemlich viele Genossen dafür sprachen, die eventuell vorhandenen Möglichkeiten einer Koalition voll auszuschöpfen. Dabei wurde selbstverständlich auch erörtert, ob unsere Berliner und Ostzonenpolitik wirkungsvoller durch Regierungsbeteiligung oder in der Opposition gefördert werden könnte. – Die Genossen sahen ein, daß es keinen Sinn hätte, einen Beschluß des Landesausschusses als Beitrag zur Diskussion in der Gesamtpartei im jetzigen ungeklärten Stadium herbeizuführen.

3. Die Presse spricht von ausländischer Beeinflussung in der Richtung einer Koalition der beiden großen Parteien. Ich habe von einer solchen Beeinflussung hier in Berlin nichts gemerkt. Die westalliierten Beamten, mit denen man spricht, betonen, daß sie keine Auffassung ihrer Regierung zum Ausdruck bringen. Bei den Engländern ebenso bei den Amerikanern tritt immer wieder der Gesichtspunkt hervor, ob durch ein vernünftiges Zusammenspiel von Regierung und Opposition eine einigermaßen kontinuierliche Entwicklung der deutschen Politik und ihre Einordnung in Europa erreicht werden könnte.[4] Einer der Amerikaner gab auch seiner Sorge darüber Ausdruck, daß sich aus der Bildung einer Rechtsregierung u. a. die Konsequenz neuer Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung ergeben könnte.

Brandt

---

1 Hierauf hatte *Brandt* bereits am 16. 8. 1949 hingewiesen, Nr. 12.

2 Zur Kritik aus der SPD an der Wahlkampfführung auch die Nrn. 14 und 42.

3 In diese Richtung zielte bereits die Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD am 15. 8. 1949, Nr. 6. Vgl. auch Nr. 12.

4 Ähnliche Argumentation *Adenauers* in Nr. 25.

25.

23. 8. 1949: Niederschrift über die Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Bonn

StBkAH 12.03. Vervielfältigtes Exemplar. Handschriftliche Korrekturen und Anstreichungen. Beginn 17.00 Uhr.

Präsident Dr. Adenauer (nach einer kurzen Einleitung über die Stellung des Bundeskanzlers nach dem Grundgesetz): Die Stellung des Bundeskanzlers ist nach dem Grundgesetz außerordentlich stark, sobald er einmal im Amt ist. Der Bundeskanzler bestimmt auch die Richtung in der Politik. Soweit ich sehe, ist bisher in keiner Verfassung der Welt die Stellung des Chefs der Regierung so gefestigt wie im Bonner Grundgesetz.[1]

(Zuruf: Doch! Auch nach der Ostzonen-Verfassung!)

– Ja also, bis zur Ostzonen-Verfassung[2] bin ich allerdings noch nicht vorgedrungen. Aber ich möchte mich lieber mit Verfassungen beschäftigen, die in der Praxis und nicht nur in der Theorie Geltung haben.

(Heiterkeit und Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Die CDU/CSU ist die stärkste Fraktion; sie ist als stärkste Partei aus den Bundestagswahlen hervorgegangen.[3] Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß in diesem Wahlkampf das Frankfurter Wirtschaftsprogramm und das sozialistische Wirtschaftsprogramm einander besonders scharf gegenüberstanden. Der Wahlkampf hat sich zwar nicht ausschließlich, aber doch in ungemein starkem Maße um diese Frage gedreht: Wähler, willst Du die soziale Marktwirtschaft, wie sie in Frankfurt seit anderthalb Jahren geübt worden ist, oder willst Du eine sozialistische Wirtschaft? Wenn Sie die abgegebenen Stimmen unter diesem entscheidenden Gesichtspunkt prüfen, werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß für eine sozialistische Wirtschaftsform nur die 6,9 Millionen Stimmen für die SPD [zu zählen sind] und vielleicht – aber sicher ist das auch noch nicht – die 1,3 Millionen, die für die KPD abgegeben worden sind. Alle anderen Stimmen sind abgegeben worden für die soziale Marktwirtschaft, jedenfalls aber gegen die sozialistische Wirtschaftsform. Das gilt auch – ich möchte das, meine Damen und Herren, ausdrücklich betonen – für die Stimmen, die für das Zentrum abgegeben worden sind. Denn in einer Unterredung, die ich mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentrums, Herrn Dr. *Stricker*, drei Tage vor seinem Unfall hatte, erklärte dieser mir auf meine präzise Frage: „Herr *Stricker*, der Wahlkampf in allen Ehren, aber mehr würde mich interessieren, was nach der Wahl geschehen soll"? „Darauf kann ich nur antworten: Ich habe im Frankfurter Wirtschaftsrat in der Regel so gestimmt wie Ihre Fraktion, und Sie können daraus auch die nötigen Schlüsse für das zukünftige Verhalten des Zentrums im Bundestag ziehen." Nun ist Herr Dr. *Stricker* ja leider gestorben, und daher weiß ich natürlich nicht, wie die jetzige Leitung der Zentrumspartei zu dieser

1 Vgl. die Ausführungen *Adenauers* in seiner Heidelberger Wahlrede am 21. 7. 1949, abgedruckt in: Schwarz, S. 138.

2 Diese Verfassung hatte der Deutsche Volksrat im März 1949 verabschiedet. In Kraft gesetzt wurde sie von der Provisorischen Volkskammer am 7. 10. 1949. Vgl. Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 53.

3 Vgl. Nr. 5, Anm. 1.

Frage stehen wird.[4] Jedenfalls aber kann man bei einer Betrachtung der Dinge, wie ich sie jetzt vor Ihnen entrolle, nicht sagen, daß zu den Stimmen, die für die sozialistische Wirtschaft abgegeben sind, auch die Zentrumsstimmen zu rechnen seien.

Wenn Sie sich unter diesem Gesichtspunkt das Wahlergebnis betrachten und sich vor Augen halten, worum eigentlich der Wahlkampf ging, so wird Ihnen klarwerden, daß angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands, so wichtig auch zahlreiche andere Fragen wie das Flüchtlingsproblem, der Lastenausgleich, der Wohnungsbau, die europäische Frage usw. sein mögen, doch die Frage der Wirtschaftsform die entscheidende gewesen ist. In den anderen Fragen sind im großen und ganzen – ich wiederhole: im großen und ganzen! – alle Parteien ungefähr gleicher Ansicht gewesen; da gab es keine großen Unterschiede.

Nun bin ich, meine Damen und Herren, freilich der Auffassung – und ich sage damit meine persönliche Meinung –, daß es gewiß Notzeiten für ein Volk geben kann, besonders im Krieg, in denen ein Ziel allen anderen vorgeht, in denen alle Parteiunterschiede zurücktreten und in denen dann eben ein Kriegskabinett, oder wie Sie es nennen wollen, die richtige Lösung ist. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir uns in Deutschland jetzt in einer solchen Zeit befinden. Sicher ist die Lage Deutschlands zur Zeit schwer, und die nächsten Monate und Jahre werden uns außerordentlich schwere Probleme bringen. Aber das wird noch so lange der Fall sein, daß wir es gar nicht ermessen können. Trotzdem werden es nicht Zeiten sein, die etwa mit einem Kriegszustand vergleichbar wären, in den ein Land verstrickt ist, dessen Existenz bedroht ist.

Noch ein weiteres, und dazu ebenfalls meine persönliche Ansicht: Ich bin der Meinung, daß wir Deutsche in den Jahren zwischen 1918 und 1933 die Grundprinzipien des demokratischen Parlamentarismus nicht richtig angewendet haben. Damals hat man zuallererst immer darauf gesehen, Koalitionen zu schaffen. Koalitionen können, wenn sie sich innerhalb gewisser Grenzen halten, gewiß gute Arbeit leisten. Aber wenn sie Elemente enthalten und namentlich, wenn die Elemente ungefähr gleich stark sind, die in wichtigsten Fragen genau entgegengesetzte Ansichten vertreten, dann besteht die Gefahr – ich spreche jetzt einmal ganz theoretisch –, daß eine solche Koalitionsregierung gelähmt ist und einfach steril bleibt. Das deutsche Volk muß daran gewöhnt werden und sich selbst daran gewöhnen, daß die stärkste Partei die Führung übernimmt und die andere große Partei eine Opposition treibt, die verantwortungsvoll ist, die mit dem Staatsganzen vereinbar ist. Wenn dann die führende Partei keinen Erfolg hat, dann wird ihr der Wähler bei der nächsten Wahl die Quittung geben. Wenn die Oppositionspartei gute Opposition getrieben hat, dann wird sie bei der nächsten Wahl an die Macht kommen. Und das ist gut so.

An diese Auffassung von Demokratie, wie sie namentlich in den angelsächsischen Ländern herrscht und wirksam ist, muß auch das deutsche Volk sich gewöhnen.[5]

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, daß ich auf die augenblickliche Lage zu sprechen komme. Da muß ich sofort mit dem Dementieren beginnen: Alle die Nachrichten über Differenzen zwischen CDU und CSU in der politischen Beurteilung der Dinge sind falsch. Ich stelle fest: Zwischen beiden Parteien besteht kein Unterschied in der

4 Nach dem Tod *Strickers* am 9. 7. 1949 war Helene *Wessel* zur Geschäftsführenden Vorsitzenden des Zentrums gewählt worden. Zur Haltung des Zentrums in der Koalitionsfrage Nr. 57.

5 Ähnlich *Schumacher* in Nr. 42 und die Haltung alliierter Kreise in Berlin, Nr. 24.

politischen Auffassung.[6] Ebenso unrichtig ist, was in den letzten Tagen besonders betont und unterstrichen wurde, daß der sogenannte linke Flügel der CDU, stark beheimatet in Nordrhein-Westfalen, mit der Tendenz des Rhöndorfer Beschlusses vom vergangenen Sonntag nicht einverstanden sei.[7] Die Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen hat sich heute mit dieser Frage und diesen Berichten beschäftigt.[7a] Ich weiß nicht, ob Sie ihren Beschluß schon erhalten haben; dies scheint noch nicht der Fall zu sein. Sicher ist er aber den dortigen Pressevertretern bereits zugegangen. Er lag im endgültigen Wortlaut noch nicht fest, als ich Düsseldorf verließ. Ich kann Ihnen aber den Inhalt mitteilen. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die CDU entschlossen sein muß, den Willen der Wähler zu erfüllen, weiter, daß sie für eine gute Staatsführung, für die soziale Marktwirtschaft und für eine sehr unterstrichene soziale Gesetzgebung eintreten werde. Ferner wird mir in dem Beschluß – das war der ausdrückliche Wunsch der Fraktion – in besonderer Weise das Vertrauen ausgesprochen.[8] Nachdem ich nunmehr derart in die öffentliche Diskussion hereingezogen wurde, ist vielleicht gerade die letztere Tatsache von gewisser Bedeutung auch für Sie. Wir waren am letzten Sonntag in Rhöndorf zusammen.[9] Es war das kein offizielles Parteigremium.[10] Zur Erläuterung darf ich Ihnen erklären: Im Gegensatz zur Sozialdemokratie und auch zur FDP ist die CDU/CSU der drei Westzonen noch keine einheitliche Partei. Sie ist in ihrer Organisation nicht einheitlich. Die CDU der britischen Zone ist einheitlich organisiert; jene der beiden anderen Zonen noch nicht. Sie wissen auch, daß die Partei in Bayern einen anderen Namen führt. Wir haben in Frankfurt eine Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU gegründet. Die Partei ist also eine, ich möchte sagen, offene Partei. Weil wir noch keine einheitliche Parteiorganisation haben, verfügen wir auch noch über kein Gremium innerhalb der Partei, das für alle Zonen absolut verbindliche Beschlüsse fassen kann.

Dazu kommt noch ein weiteres. Die Fragen, um die es sich hier handelt, wer Bundespräsident, wer Bundeskanzler werden soll und im Zusammenhang damit natürlich die Frage, welche Fraktionen sich zu einer Koalition verbinden, alle diese Fragen werden formell von der Fraktion des Bundestags entschieden. Diese Fraktion wird zum ersten Mal am 1. September zusammentreten.[11] Es erscheint notwendig, vorher in allen drei Zonen

---

6 Zur Haltung der CSU die Nrn. 16. 17a und 18.

7 Dagegen Hüwel, S. 208, der von einer negativen Einstellung *Arnolds* und seiner Anhänger gegenüber den Rhöndorfer Ergebnissen berichtet. Vgl. auch Nr. 35 mit Anm. 2.

7a Über diese Sitzung hat das Fraktionsmitglied Josef *Hofmann* in sein Tagebuch notiert: „In der Fraktionssitzung führt *Adenauer* Klage gegen *Arnold*. Dieser antwortet. Viele sind froh, daß diese Zänkereien bald aufhören." Privatbesitz.

8 Genauer Wortlaut dieser Entschließung wurde nicht ermittelt. Der Bonner „General-Anzeiger" vom 24. 8. 1949 berichtete, diese Entschließung sei einstimmig verabschiedet worden. In ihr habe sich die Fraktion dazu bekannt, „den Willen der Wähler im Hinblick auf die soziale Marktwirtschaft, die soziale Gesetzgebung und die Anwendung des machtverteilenden Prinzips in der Wirtschaft durchzuführen".

9 Nr. 18.

10 Gleichwohl hatte *Adenauer* in seiner Stellungnahme am 17. 8. 1949 betont: „Die einzelnen Parteivorstände müßten sich bis Ende August über die im Bundestag einzuschlagende politische Linie klar werden. Die entscheidende Konferenz der CDU/CSU werde am Wochenende [in Rhöndorf] stattfinden." Tagesnachrichten der VfW vom 17. 8. 1949.

11 Nr. 50.

eine gewisse Klärung der Auffassungen und eine gewisse Ordnung herbeizuführen. Diesem Zweck hat die Zusammenkunft in Rhöndorf gegolten. Sie fand, wie gesagt, am letzten Sonntag in meinem Hause statt. Vielleicht stand der eine oder andere von Ihnen dort unten am Fuße der Treppe, die zu meinem Hause heraufführt.

(Heiterkeit.)

Damit wir nicht immer nur von politischen Dingen sprechen, möchte ich die heutige Gelegenheit benutzen, um die Sache mit dem sogenannten Abgesandten des Vatikans aufzuklären.[12] Da habe ich heute im „Rheinecho" darüber sehr interessante Aufklärungen gelesen. Danach „platzte ganz zufällig der päpstliche Generalrat *Gründel* in das Haus, wo die Parteikonferenz stattfand, um sich, wie er nachher versicherte, lediglich von Dr. *Pünder* eine Reihe von Fragen beantworten zu lassen. Er verließ in einer knappen halben Stunde, nach seinem Gesichtsausdruck zu urteilen, äußerst zufrieden die Konferenz."

(Heiterkeit.)

Was er erfahren hat, weiß man nicht. – Dazu möchte ich nur folgendes sagen: Ich habe den Herrn weder gekannt noch gesehen. Ich habe ihn bis heute nicht kennengelernt und nicht gesehen. Von Mitgliedern meiner Familie wurde mir gesagt, daß er keine Strümpfe getragen hätte. Ich konnte mir nicht gut vorstellen, daß ein Vertreter des Vatikans ohne Strümpfe kommt.

(Erneute Heiterkeit.)

Ich bin dann der Sache nachgegangen und habe folgendes festgestellt. Dieser Herr sitzt im Generalrat der Steyler Patres, die in Holland und hier in Westdeutschland Klöster haben. Er hat mit dem Vatikan überhaupt nichts zu tun; es tut mir furchtbar leid. Damit ist die Sache mit den Strümpfen zu meiner Zufriedenheit geklärt. Der Herr wollte nur Herrn Dr. *Pünder* einen Besuch machen. Jedenfalls möchte ich ausdrücklich feststellen: Bisher ist der Vatikan mit der Frage der Schaffung einer Bundesregierung nicht irgendwie behelligt worden.

Nach diesem heiteren Intermezzo darf ich fortfahren. Ich habe versucht, Ihnen auseinanderzusetzen, daß die Konferenz in Rhöndorf den Zweck hatte, einen Überblick über die Ansichten der führenden Leute in den verschiedenen Ländern zu gewinnen und eine gewisse Ordnung herzustellen. Ich kann Ihnen sagen, daß sie diesen Zweck vollauf erfüllt hat. Die Verhandlungen, die mehrere Stunden – etwa fünf Stunden – dauerten, waren von einem außerordentlich hohen Ernst getragen. Herr *Gronowski*, der Vorsitzende der CDU in Westfalen, der schon sehr lange im politischen Leben steht, sagte gestern in der Sitzung der Landtagsfraktion in Düsseldorf, noch niemals bisher habe er an einer politischen Konferenz teilgenommen, in der politische Probleme mit solchem Ernst und solcher Sachlichkeit erörtert worden sind. Bei der Formulierung des Ergebnisses mußte natürlich Rücksicht darauf genommen werden, daß dieses Gremium nicht in der Lage war, bindende Beschlüsse für die Partei in den 11 Ländern und insbesondere für die Bundestagsfraktion zu fassen. Sie werden daher den etwas diplomatischen Charakter dieser Resolution[13] genügend verstehen. Das eine bitte ich Sie aber von mir entgegenzunehmen. Wenn auch einer oder zwei der in Rhöndorf Anwesenden mit der Resolution

12 Die folgende Episode abgedruckt in: Adenauer 1. S. 230.

13 Nr. 18, Anm. 47.

so, wie sie gefaßt wurde, nicht einverstanden gewesen sind – wahrscheinlich war es nur einer[14] –, so waren sich doch alle Teilnehmer, auch dieser eine, darüber klar, daß die CDU/CSU unter allen Umständen ihre Forderung an die künftige Bundesregierung und als Grundlage für irgendwelche Verhandlungen mit irgendeiner Fraktion dahin präzisierte: Fortführung der sozialen Marktwirtschaft, *Erhard* als Wirtschaftsminister. Dann hat man mich auch dazu bekommen, daß ich Bundeskanzler werden solle. Ich wiederhole: Alle waren sich darüber einig, daß es für uns ein Zurückgehen oder ein Abweichen von dem in Frankfurt eingeschlagenen Kurs nicht gibt.

Nun hat die Sozialdemokratische Partei seit dem 14. August in stärkerer Weise als meine Partei offizielle Verlautbarungen ergehen lassen.[15] Diese Verlautbarungen besagten immer wieder ganz klar, ganz deutlich, daß für die Sozialdemokratische Partei die Teilnahme an einer Regierung, in der sie nicht das Wirtschaftsministerium in Händen habe, nicht möglich sei. Ich gebe der Sozialdemokratischen Partei ohne weiteres zu, daß diese ihre Einstellung richtig ist. Wenn eine Partei wie die SPD im Frankfurter Wirtschaftsrat anderthalb Jahre lang die Wirtschaftspolitik, die in Frankfurt getrieben wurde, als falsch bezeichnet und gegen sie gestimmt hat, dann kann man von ihr weder erwarten noch verlangen, daß sie nach der Wahl auf einmal das verbrennt, was sie vorher angebetet hat, und das anbetet, was sie vorher verbrannt hat. Damit ist eigentlich sowohl für die SPD wie für die CDU/CSU die Weiterentwicklung, wie sie höchst wahrscheinlich nach den Wahlen einsetzen wird, schon gekennzeichnet, nämlich durch die Frankfurter Wirtschaftspolitik und durch die Haltung, die die beiden großen Parteien gegenüber dieser Wirtschaftspolitik eingenommen haben.

Ich meine, man sollte sich alle diese Probleme nicht unnötig erschweren, sondern sie möglichst einfach sehen und nicht so tun und glauben, als ob nun mit dem 14. August ganz neue Probleme aufgetreten wären. Die Probleme sind, was die Wirtschaftspolitik angeht, dieselben, wie sie im Frankfurter Wirtschaftsrat auf der Tagesordnung standen, und auch die Parteien sind dieselben. Aus der Stellung der Parteien zu diesen Problemen ergibt sich ganz logisch und konsequent das weitere Verhalten dieser Parteien zueinander. Dies hat die Sozialdemokratische Partei denn auch in weit entschiedenerer Weise zum Ausdruck gebracht als etwa ich. Aber das ist vielleicht eine Temperamentssache. Da lese ich z. B. im „Rheinecho", Nummer von heute, folgendes:

„Alle Vermutungen und Kombinationen um eine künftige Koalition im Bundestag und eine Beteiligung der SPD an der Regierung wies der Stellvertreter des Vorsitzenden der SPD, Erich *Ollenhauer*, in Hannover zurück. Erich *Ollenhauer* sagte zu den Koalitionsgerüchten, daß die Erklärungen von Professor *Erhard* und Dr. *Adenauer* über die Beibehaltung des bisherigen wirtschaftspolitischen Kurses der CDU alle anderen Erklärungen entwerten."

Im „Sozialdemokratischen Pressedienst"[16] heißt es:

---

14 Dagegen die Stellungnahme von *Hilpert* in Nr. 44, in der eine wesentlich höhere Zahl für die Gegner gegen die Resolution angegeben wird.

15 Vgl. Nr. 6 und den Überblick in: Alt, S. 83ff.

16 Vom 22. 8. 1949. Die folgenden Zitate weisen leichte Abweichungen von der Vorlage auf, die aber inhaltlich nicht relevant sind. Genauer Text auszugsweise wiedergegeben in Nr. 18, Anm. 41.

„Trotz vorangegangener Versicherungen gewisser Kreise in der CDU, noch weiterhin die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ins Auge zu fassen, hat man sich auf der CDU/CSU-Konferenz in Rhöndorf darauf geeinigt, eine Regierung ohne die SPD zusammenzubringen."

– Das ist nicht wahr, meine Damen und Herren!

„Wenn gelegentlich", so fährt der „Sozialdemokratische Pressedienst" fort, „noch Stimmen laut werden, die für den Versuch einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eintreten, so mögen einige davon aufrichtig gemeint sein, andere sind taktisch bedingt und entspringen dem Bestreben, loyal und verhandlungsbereit zu erscheinen."

Dazu möchte ich folgendes feststellen: Bis zum letzten Sonntag habe ich weder mit der FDP noch mit der DP noch mit irgendeiner anderen Partei irgendwelche Verhandlungen begonnen und gepflogen.[17] Wir waren völlig frei, als wir zur Konferenz in Rhöndorf zusammentraten. Wenn wir dort erklärt haben, daß wir an der Frankfurter Wirtschaftspolitik und an Professor *Erhard* festhalten nach diesem Wahlausgang, so ist das eigentlich für jeden politisch denkenden Menschen eine absolute Selbstverständlichkeit. Wenn die Sozialdemokratie darin eine Unmöglichkeit für sich erblickt, sich an einer solchen Regierung zu beteiligen, so ist das Sache der Sozialdemokratischen Partei.

Das, meine Damen und Herren, ist die augenblickliche Situation. Wir halten fest an der Frankfurter Wirtschaftspolitik, wir halten fest an Professor *Erhard*. Die Sozialdemokratie hat dazu Stellung genommen. Damit ist die Sache für uns erledigt. Das sind ganz einfache Dinge, meine Damen und Herren. Das ist es, was ich Ihnen zur politischen Situation sagen wollte. Ich darf Sie nun bitten, Fragen zu stellen.

Frage: Herr Dr. *Adenauer*, Sie haben vorhin erklärt, man habe Sie auf der Rhöndorfer Konferenz dazu bekommen, sich zur Übernahme des Bundeskanzleramtes bereit zu erklären. Zu Beginn sagten Sie uns, daß ein Bundeskanzler auch mit einer relativen Majorität gewählt werden könne. Ich frage Sie: Würden Sie bereit sein, mit einer solchen relativen Majorität Ihr Amt zu übernehmen?

Präsident Dr. Adenauer: Sehen Sie, das ist eine der Fragen, die ich nicht beantworten will. – Werden sonst noch Fragen gestellt?

Frage: Sie sagten eben, Herr Präsident, die SPD habe mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Besetzung des Postens des Wirtschaftsministers für sie bei der Entscheidung über ihre Beteiligung an einer Bundesregierung entscheidend sei. Nun hat Herr Dr. *Greve* jüngst einigen Journalisten erklärt, Herr *Heine* habe in einem Gespräch erklärt, der SPD komme es nicht unbedingt auf den Posten des Wirtschaftsministers an, sofern sie den Posten des Finanzministers besetzen könnte.

Präsident Dr. Adenauer: Das ist eine ganz neue Variation, von der ich jetzt zum ersten Mal durch Sie höre. Aber ich darf Ihnen hier vorlesen, was Herr *Heine* nach den „Kieler Nachrichten", Nummer vom 16. August, erklärt hat:

„Zweifellos wird sich die SPD nicht an einer Regierung beteiligen, wenn sie nicht die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik des Bundes erhält."[18]

Also: Aus den „Kieler Nachrichten" spricht ein anderer Herr *Heine* als nach den Mitteilungen des Herrn *Greve*.

---

17 Vgl. dagegen Nr. 22 mit Anm. 5 und Nr. 18 mit Anm. 13.

18 Dies meldete ebenfalls „Die Welt" vom 16. 8. 1949. Vgl. auch Alt, S. 84.

Frage: Herr Dr. *Adenauer*, einer Ihrer engeren Parteifreunde hat die Auffassung vertreten, man könnte trotz allem versuchen, eine Koalition zwischen CDU und SPD zustande zu bringen.

Präsident Dr. Adenauer: Wir spielen hier doch mit offenen Karten. Es hat doch gar keinen Zweck, sich hier auf irgendeinen meiner Parteifreunde zu berufen. Darauf möchte ich nicht eingehen. Nennen Sie mir den Namen dieses Parteifreundes; dann bin ich vielleicht in der Lage, Ihnen darüber etwas zu sagen.

Frage: Damit unterstellen Sie mir, daß meine Frage nicht glaubwürdig ist.

Präsident Dr. Adenauer: Ich unterstelle damit gar nichts. Ich kenne Sie schon lange und weiß, daß Sie Ihre Fragen sehr geschickt formulieren. Wenn Sie schon eine solche Frage stellen wollen, dann aber bitte nicht unter Berufung auf einen meiner Parteifreunde, dessen Namen Sie nicht nennen.

Frage: Es wurde angeregt, daß man vielleicht den Posten des Bundespräsidenten einer neutralen Persönlichkeit oder als Geste einem Sozialdemokraten anbieten könnte, um damit der SPD eine gewisse Bindung zu geben und die Opposition etwas konstruktiv zu gestalten.[19]

Präsident Dr. Adenauer: Das ist ein neuer Gedanke. Aber glauben Sie, daß im umgekehrten Fall die SPD einem von uns das Amt des Bundespräsidenten anbieten würde?

Fragesteller: Das weiß ich nicht.

Präsident Dr. Adenauer: Ach, Sie wissen es ganz genau!

Fragesteller: Ernsthaft gesprochen, Herr Dr. *Adenauer:* Würde eine solche Lösung nicht eine Bindung der Sozialdemokratie darstellen, eine gewisse Bindung zu sachlicher Opposition? Würden Sie persönlich nicht der Meinung sein, daß das eine gewisse Bindung wäre?

Präsident Dr. Adenauer: Verzeihen Sie, das ist eine Frage, auf die ich keine Antwort geben kann. Und überhaupt, meine Damen und Herren: Wir wollen doch nicht solch subtile Fragen hier erörtern, sondern es liegt Ihnen doch daran, eine Art Übersicht darüber zu bekommen, welche Haltung meine Partei im gegenwärtigen Stadium der politischen Entwicklung einnimmt. Daher bitte ich Sie, auch keine Fragen nach Ministern zu stellen. Darüber ist in Rhöndorf überhaupt noch nicht gesprochen worden. Lediglich von Professor *Erhard* und mir war die Rede, sonst über niemanden.

Frage: Herr Dr. *Adenauer*, halten Sie es für zutreffend und zweckmäßig, aus einer Zeitungsdarstellung absolute Rückschlüsse auf die wirkliche Haltung der SPD zu entnehmen? Sie haben doch selbst Bedenken gegen Äußerungen der Presse geäußert. Ist Ihnen der Standpunkt der SPD offiziell mitgeteilt worden?

Präsident Dr. Adenauer: Sehen Sie, eine Meldung der Presse über das, was Herr *Heine* gesagt hat, wollen Sie nicht. Dagegen darf ich aber wohl annehmen, daß die sozialdemokratische Pressestelle in Hannover, die Herrn *Heine* unterstellt ist, das wiedergibt, was der Parteivorstand in Hannover will.

Frage: Glauben Sie nicht, daß eine Partei in den Vorverhandlungen oder schon vor den Verhandlungen ein Maximum an Forderungen aufstellt, was aber erfahrungsgemäß doch nicht die Möglichkeit einer Annäherung während der wirklichen Verhandlungen ausschließt?

---

19 Vgl. die Nrn. 18 und 44, S. 128, und Nr. 26. Zusammenfassend dazu Wengst, S. 117ff.

Präsident Dr. Adenauer: Das ist in der Regel zweifellos der Fall. Aber in jeder Meldung, die der „Sozialdemokratische Pressedienst" herausgibt, ist eine sehr klare Stellungnahme des SPD-Parteivorstandes enthalten. Ich greife hier eine Meldung vom 23. August auf, die ich selber noch gar nicht gekannt habe. Da heißt es:

„Die SPD ist unverändert der Auffassung, daß die Zustimmung für den Bundeskanzler *Adenauer* und den Wirtschaftsminister *Erhard* eine allzu starke Zumutung für die sozialdemokratische Wählerschaft und für die sozialdemokratischen Politiker wäre, die in einer solchen Regierung arbeiten müßten."[20]

Angesichts einer so eindeutigen Klarstellung hat es wohl keinen Sinn, wenn etwa ich oder ein anderer schriebe: Nun ja, kann man nicht *Adenauer* durch Schmid und *Erhard* durch Müller ersetzen? Damit kein Mißverständnis entsteht, wiederhole ich: Nachdem durch den Lauf der Entwicklung der Name *Erhard* mit der Frankfurter Wirtschaftspolitik so eng verbunden ist, ist es für die CDU/CSU völlig unmöglich, auf *Erhard* als Wirtschaftsminister zu verzichten. Denn das würde, darin stimmen Sie sicher mit mir überein, im weitesten Kreisen der Bevölkerung als Kurswechsel aufgefaßt werden.

Herr *Blankenhorn* macht mich freundlicherweise etwas retrospektiv auf Vorgänge aufmerksam, die in der Vergangenheit liegen, aber in dem heutigen Zusammenhang doch recht interessant sind. Ich darf kurz darauf eingehen.

Ich habe in der Vergangenheit dreimal versucht, mit Herrn Dr. *Schumacher* in ein Gespräch über die Frage einer Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU zu kommen.[21] Schon vor zwei Jahren habe ich zum ersten Mal Herrn Dr. *Schumacher* vorgeschlagen, wir beide sollten uns doch einmal zusammensetzen – damals stand es um Deutschland noch weit schlechter als heute – und gemeinsam überlegen, ob nicht unsere beiden Parteien unter Zurückstellung all des Trennenden, das jetzt nicht erledigt zu werden brauche, eine gemeinsame Linie der Zusammenarbeit finden. Darauf erwiderte mir Herr *Schumacher*, dieser Vorschlag sei sehr interessant, er komme darauf noch zurück. – Ich habe dann nichts mehr gehört. Einige Zeit darauf habe ich ihm durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten *Lüdemann* den gleichen Vorschlag gemacht. Ich habe keine Antwort erhalten. Später fragte ich *Lüdemann*, und er sagte mir: *Schumacher* will nicht. Weiter habe ich durch die Vermittlung eines anderen Herrn einen Vorschlag an *Schumacher*, der in der gleichen Richtung ging, gemacht. Ich habe keine Antwort bekommen. Als das Ruhrstatut[22] kam, richtete ich an den Parteivorstand der SPD ein Telegramm.[23] Darin habe ich vorgeschlagen, daß die beiden Parteien eine gemeinsame Stellung zum Ruhrstatut einnehmen sollten. Auch dieser Vorschlag wurde vom sozialdemokratischen Parteivorstand abgelehnt. – In Parenthese bemerkt: In seinen Wahlreden hat Herr *Schumacher* ausgeführt, wir von der CDU hätten das Ruhrstatut mit Freuden begrüßt! – Und als dann das Ergebnis der Londoner Konferenz[24] bekannt wurde, habe ich denselben Vorschlag wiederholt. Ich habe Herrn *Schumacher* vorgeschlagen, ich wolle ihn in Hannover aufsuchen und mit ihm die Sache besprechen. Daraufhin wurde

20 So der Sozialdemokratische Pressedienst vom 22. 8. 1949. Vgl. Nr. 18, Anm. 41.

21 Vgl. Nr. 18, S. 36. Die Erwiderung *Schumachers* in Nr. 45.

22 Nr. 18, Anm. 24.

23 Hierzu und zum folgenden Adenauer 1, S. 141f.

24 Ende der Konferenz am 18. 6. 1948.

mir ein Herr geschickt, der mir mitteilte, es würde wohl nichts dabei herauskommen. Trotzdem bin ich nach Hannover gefahren. Ich bekam aber Herrn *Schumacher* nicht zu sehen. Statt dessen erhielt ich von den Herren *Ollenhauer*, *Heine* und *Henßler*[25], die da waren als Vertreter des Parteivorstandes, die Antwort, daß eine gemeinsame Stellungnahme unserer beiden Parteien zu den Beschlüssen der Londoner Konferenz für die SPD nicht in Frage komme. Beachten Sie bitte wohl: Die ablehnende Haltung des SPD-Parteivorstandes sowohl gegenüber dem Ruhrstatut wie gegenüber den Beschlüssen der Londoner Konferenz bestand von vornherein, und wir sind in eine sachliche Erörterung unserer Auffassungen überhaupt nicht eingetreten. Eine gemeinsame Stellungnahme wurde von vornherein abgelehnt. Diese Vorgänge zeigen zweierlei: einmal, daß auf unserer Seite der ehrliche Wille vorhanden war, in schwerster Notzeit mit der SPD zusammenzuarbeiten, und zweitens, daß dieser ehrliche Wille auf der Gegenseite ohne jede Antwort, ohne jedes Echo blieb.

Frage: Wie ist die Haltung der CDU zur Frage der Sozialisierung gewisser Industrien?

Präsident Dr. Adenauer: Dazu möchte ich sagen, daß sowohl das Ahlener Programm wie die Düsseldorfer Leitsätze nach wie vor für die Tätigkeit der CDU bestimmend sind, für jene der CSU noch nicht. Aber ich muß Sie da korrigieren: In dem Programm und in den Leitsätzen steht nichts von einer Sozialisierung, sondern lediglich, daß bei gewissen Industrien das machtverteilende Prinzip angewendet werden soll. Das ist ein großer Unterschied gegenüber dem Begriff der Sozialisierung. Damit kein Zweifel besteht: Sowohl das Ahlener Programm wie die Düsseldorfer Leitsätze bleiben das Fundament unserer Politik.[26]

Frage: dpd hat heute ein Interview mit Dr. *Pünder* veröffentlicht. Darin erklärt Dr. *Pünder*, nachdem anzunehmen sei, daß Sie, Herr Dr. *Adenauer*, zum Bundeskanzler gewählt werden, der Bundespräsident aus einer ganz anderen Ecke kommen solle. Wie ist das gemeint?

Präsident Dr. Adenauer: Darf ich die Gegenfrage stellen: Woher kommt dieses Interview? Wo soll Herr Dr. *Pünder* das gegeben haben? Ich war nämlich heute den ganzen Tag mit ihm zusammen in Düsseldorf. Ich war den ganzen Tag bis nach zwei Uhr mit ihm zusammen im selben Raum anwesend. Heute kann Herr Dr. *Pünder* dieses Interview keinesfalls gegeben haben. Ich glaube auch nicht, daß er so etwas gestern oder vorgestern gesagt hat. Übrigens: dpd hat auch den Abgesandten des Vatikans fabriziert.

Frage: Wurden auch in Ihrem Auftrag keine anderen persönlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung geführt?

Präsident Dr. Adenauer: Bis Sonntag sind keine solchen Verhandlungen geführt worden. Es ist möglich, daß sie seit Sonntag in Gang gekommen sind. Aber lassen wir doch die Hühner erst die Eier legen. Ein Huhn gackert doch immer erst, wenn das Ei gelegt ist. Das sollte auch der Mensch tun.

(Heiterkeit)

Frage: Geht der Plan, um die Koalition auf die notwendige breite Basis zu stellen, zu-

25 In der Vorlage „Wenzler".

26 Das Ahlener Programm datierte vom 3. 2. 1947, die Düsseldorfer Leitsätze wurden am 15. 7. 1949 veröffentlicht. Zu beiden zusammenfassend Buchhaas, S. 155–171.

sätzliche Ministerien einzurichten, über die Empfehlungen der Ministerpräsidenten[27] hinaus?

Präsident Dr. Adenauer: Dazu ein kurzes Wort. Zu diesen Empfehlungen werden wir am kommenden Donnerstag und Freitag Stellung nehmen, die Ministerpräsidentenkonferenz und Mitglieder des Parlamentarischen Rats.[28] Die Konferenz wird in Koblenz auf dem Rittersturz stattfinden. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat bisher gute und ernste Arbeit geleistet. Aber man muß sich völlig darüber klar sein, daß es sich bei ihren Ergebnissen um nichts anderes als um Empfehlungen handelt. Je nachdem, wie die Bundesregierung aussieht, dürfte sie, wie ich mir vorstellen könnte, auch über solche Empfehlungen hinweggehen.[29]

Frage: Ist am vergangenen Sonntag auch über die Bestellung eines Staatssekretärs für Äußeres gesprochen worden?

Präsident Dr. Adenauer: Nein.

Frage: Sie haben vorhin über die verhältnismäßig starke Stellung der Bundesregierung und vor allem des Bundeskanzlers gesprochen. Nach dem Bonner Grundgesetz ist es wohl so, daß die Opposition eine Regierung nur stürzen kann, wenn sie in der Lage ist, eine neue Regierung zu stellen.[30] In der Theorie wäre es aber wohl auch möglich, daß im Hinblick auf den Ausgang der Bundestagswahl eine Regierung, der der Bundestag in einer gewissen Frage das Mißtrauen ausspricht, trotzdem und gegen den Willen der Mehrheit im Amte bleibt.

Präsident Dr. Adenauer: Das war ja gerade die Absicht bei der Schaffung des Grundgesetzes. Gerade damit wollte man ja Mißständen vorbeugen, die die Weimarer Regierungen und den Weimarer Reichstag arbeitsunfähig gemacht haben. Nehmen Sie an, die KPD wäre stärker, als sie aus den Bundestagswahlen hervorgegangen ist. Sie würde gewiß mit Vergnügen gegen mich ein Mißtrauensvotum betreiben. Das kostet sie nichts. Aber es ist wirkungslos, wenn die Opposition keine neue Regierung bilden kann.

Frage: Glauben Sie nicht, daß eine solche Regelung auch große Nachteile mit sich bringen kann angesichts von Problemen wie dem Wohnungsbau, worüber bei den Koalitionsparteien verschiedene Auffassungen bestehen?

Präsident Dr. Adenauer: In etwa glaube ich doch noch an den gesunden Menschenverstand. Die Mehrheit des Bundestags wird doch in der Lage sein, sich über den grundsätzlichen Weg zu einigen. Vielleicht wird der gesunde Menschenverstand sich bei der Regierungsbildung und beim Parlament so stark zur Geltung bringen, daß eine Verständigung zustande kommt. Es kann doch nicht so sein, daß bei so schwerwiegenden Problemen, wie sie Bundestag und Bundesregierung zu meistern haben werden, immer nur eine und dieselbe Mehrheit die Sache macht, sondern man wird von Fall zu Fall versuchen müssen, diese Mehrheit zu erweitern und zu vergrößern, damit auch im Volke eine entsprechende Resonanz geschaffen wird.

---

27 Empfehlungen des Organisationsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz, hrsg. vom Büro der Ministerpräsidentenkonferenz, Wiesbaden 1949. Vgl. Wengst, S. 99–106.

28 Vgl. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1059f.

29 Zu *Adenauers* Haltung gegenüber den vorbereitenden Maßnahmen der Ministerpräsidenten für die Konstituierung der Bundesorgane ausführlich Wengst, S. 81–107.

30 Konstruktives Mißtrauensvotum, Art. 67 GG.

Ich darf hieran vielleicht eine allgemeine Bemerkung anknüpfen. Ich finde – und das gilt sowohl für Parteifreunde von mir wie auch für die Vertreter der Presse –, daß wir zu negativ und zu pessimistisch sind. Überall sucht man mit Leidenschaft, wo die Sache schiefgehen könnte. Suchen wir doch einmal in der umgekehrten Richtung, also wie die Sache gutgehen könnte! Ich meine, das ist in einer Lage wie der gegenwärtigen viel richtiger. Wir sollten auch einmal positiv und optimistisch denken. Vor vier Jahren, im Sommer 1945 hätte keiner von uns gedacht, daß wir heute in dieser leidlichen Verfassung sein würden. Hoffentlich sind wir in den nächsten vier Jahren in einer weit besseren Verfassung. Lassen Sie uns also Optimisten sein! Natürlich wird die Presse und muß sie kritisieren, besonders die Presse, die nicht im Regierungslager steht. Aber sie sollte doch nicht immer nur schwarzsehen, sondern auch einmal ein bißchen rosarot.

Frage: Während des Wahlkampfes hat die ausländische Presse vielfach eine Tendenz zum Nationalismus festgestellt. Was sagen Sie dazu?

Präsident Dr. Adenauer: Da bin ich der Auffassung, daß Ausländer sich nicht gut in unsere Lage hineinversetzen können und auch nicht hineinversetzt haben. Sonst würden sie nicht zu diesem Urteil gekommen sein. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Bundestagswahl eine starke nationalistische Bewegung in Deutschland aufgezeigt hat. Ich bin absolut nicht dieser Auffassung. Sie sehen das doch auch am Ergebnis. Daß bei Wahlen und Wahlreden dann und wann etwas über das Maß hinausgegangen wird, wird der, der schon in einer großen Volksversammlung gesprochen hat, leicht verstehen. Aber man muß das nicht so tragisch nehmen. Den Herren, die auswärtige Zeitungen vertreten, möchte ich sagen: Im deutschen Volk wird im allgemeinen durchaus anerkannt, daß die alliierten Mächte für Deutschland viel getan haben. Leider, und das möchte ich besonders betonen, ist die Atmosphäre in Westdeutschland durch die Demontagepolitik schwer und verhängnisvoll beeinflußt worden. Das ist ein unglückseliges Zusammentreffen gewesen. Man wird die deutsche Reaktion darauf verstehen können, wenn man daran denkt, daß der Abbruch der August-Thyssen-Hütte eine ganze Großstadt einfach vernichtet und daß schließlich die Kriegshandlungen doch schon seit vier Jahren aufgehört haben.[31]

Frage: Wäre nach dem Besatzungsstatut die Einsetzung eines Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten möglich?

Präsident Dr. Adenauer: Nach dem Besatzungsstatut wird die deutsche Außenpolitik durch die Hochkommissare vertreten. Ich kann mir aber nicht denken, daß die Hochkommissare das tun werden, ohne sich darüber zu orientieren, wie eine deutsche Bundesregierung über diese Dinge denkt. Zweitens wird es eine ganze Reihe von Dingen geben, in denen nur deutsche Stellen sprechen können, und zwar in steigendem Maße. Dies gilt für das Ruhrstatut und für die europäischen Fragen. Es ist doch ausgeschlossen, daß, wenn Deutschland in die europäische Union aufgenommen wird, die drei

31 Die Demontage der August-Thyssen-Hütte in Duisburg hatte *Schumacher* am 19. 8. 1949 zum Anlaß genommen, an die Alliierten ein Schreiben zu richten, in dem er den Vorwurf erhob, daß bei der Thyssen-Hütte die „Demontage in einen vollkommenen Zerstörungs- und Verschrottungsprozeß" ausarte. AdG S. 2046 E. Am 30. 9. 1949 debattierte der Bundestag auf Antrag der SPD- und KPD-Fraktion über die Demontage und ging dabei auch auf die August-Thyssen-Hütte ein. Am Ende der Debatte wurde der Antrag der SPD, der die Alliierten zur Überprüfung ihrer Demontageliste und bis dahin zur Einstellung jeder weiteren Demontage aufforderte, mehrheitlich angenommen. BT Sten. Ber., S. 210 D.

Hochkommissare sich als die deutschen Vertreter in Straßburg hinsetzen werden. Das werden Sie mir zugeben. Das werden die Herren selbst nicht wollen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß deutsche Stellen sich in zunehmendem Maße mit außenpolitischen Fragen, insbesondere auch wirtschaftlicher Natur, werden beschäftigen müssen.

Frage: Glauben Sie, daß mit den eigentlichen Besprechungen über die Regierungsbildung zwischen den Parteien noch vor Ende dieses Monats begonnen werden wird?

Präsident Dr. Adenauer: Über solche Dinge zu prophezeien ist schwer. Ich hoffe es aber doch. Es ist auch notwendig, daß das deutsche Volk baldigst Gewißheit bekommt.

Frage: Am Tage nach der Unterzeichnung des Atlantikpaktes[32] haben Sie, Herr Dr. *Adenauer*, erklärt, Sie würden es für eine vordringliche Aufgabe einer deutschen Regierung halten, für die baldige Zulassung Deutschlands zu arbeiten. Können Sie uns sagen, wie Sie sich die Arbeit der Bundesregierung in diesem Punkte vorstellen?

Präsident Dr. Adenauer: Ich will es versuchen, aber ohne eine zukünftige Bundesregierung irgendwie festlegen zu wollen. Nehmen Sie einmal an, Sie hätten an einer meiner Versammlungen teilgenommen und an mich eine solche Frage gerichtet. Dann würde ich etwa geantwortet haben: Die Alliierten verhandeln jetzt über die Frage, ob Deutschland an der Elbe oder am Rhein verteidigt werden soll. Die Entscheidung darüber geht über das Schicksal von vielen Millionen Deutscher. Daher wird eine Bundesregierung, die schließlich doch 45 Millionen Menschen vertritt, versuchen müssen, Fühlung mit den alliierten Regierungen aufzunehmen. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß alliierte Stellen an einer deutschen Bundesregierung bei der Behandlung so einschneidender Fragen einfach vorbeigehen würden. Ob sie das tun wird, was diese Stellen für richtig halten, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Sobald eine Bundesregierung da ist, wird, glaube ich, die Entwicklung dahin gehen, daß die Alliierten in manchen Fragen, die sie bis jetzt unter Ausschluß Deutschlands behandelt haben, mit Deutschland Fühlung nehmen werden.

Frage: Was sagen Sie, Herr Dr. *Adenauer*, dazu, daß im Bundesparlament ein Abgeordneter sitzt, der nicht der deutschen Volksgruppe angehört, sondern den Dänen?[33]

Präsident Dr. Adenauer: Deswegen geht die Welt nicht unter; lieber keinen Krieg deswegen! Und überhaupt: Man soll nur die Dinge tragisch nehmen, die wirklich tragisch sind.

Frage: Wie lange wird die sowjetische Zone von der Teilnahme an der Bundesregierung ausgeschlossen bleiben?

Präsident Dr. Adenauer: Ich würde Ihnen empfehlen, diese Frage in Washington zu stellen; wir hier können sie nicht beantworten. Selbstverständlich geht unser Wunsch dahin, daß das gesamte Deutschland möglichst bald wieder vereinigt ist, als einheitliches Deutschland, das möchte ich ausdrücklich betonen[34], freilich in dem Sinne, daß

---

32 Die Unterzeichnung dieses Paktes erfolgte am 4. 4. 1949.

33 Als Vertreter der dänischen Minderheit war Hermann *Clausen* in den Bundestag gewählt worden. Datenhandbuch Bundestag, S. 1102.

34 *Adenauer* machte sich allerdings keine Illusionen über die lange Dauer der Teilung. Im Oktober 1945 sprach er bereits von „einer nicht zu schätzenden Zeit", und im Juni 1946 stellte er lapidar fest, „daß der Osten bis auf weiteres verloren" sei. Adenauer Briefe. Rhöndorfer Ausgabe, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, Bd. 1, S. 124 und S. 263.

die persönliche Freiheit des Einzelnen und die Gesetze der parlamentarischen Demokratie dann gewahrt werden.

Frage: Können Sie etwas sagen über die angeblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CDU, vor allem über die Meinung des Herrn *Arnold*, der als Befürworter einer Koalition mit der SPD aufgetreten ist?

Präsident Dr. Adenauer: Diese Pressemeldungen sind offenbar nicht richtig. *Arnold* hat mit mir am vergangenen Donnerstag gesprochen.[35] Dabei haben wir beide das Für und Dagegen erwogen. Herr *Arnold* war heute morgen an der Fraktionssitzung in Düsseldorf anwesend, in der wir ja unseren Beschluß gefaßt haben, der Ihnen wahrscheinlich noch heute bekanntwerden wird. Was Herrn *Spiecker* anlangt, so wurde mir gesagt, daß er schwer krank sei und sich seit einiger Zeit an nichts mehr beteiligt habe.

Frage: Halten Sie es für erforderlich, daß innerhalb der zukünftigen Bundesregierung eine Stelle geschaffen wird, die die Interessen der Irredenta vertritt?

Präsident Dr. Adenauer: „Irredenta" ist ein häßliches Wort. Ich will mal so sagen: Nach meiner Auffassung wird es nötig sein, ein Ministerium zu schaffen, das dafür sorgt, daß die Verbindung mit der Ostzone möglichst stark, eng und intensiv bleibt.[36]

Ich darf nun noch kurz auf eine Frage eingehen, die vorhin gestellt wurde: Wenn der Geist, der aus dem Begleitschreiben, das die drei Außenminister von Washington an den Parlamentarischen Rat über das Besatzungsstatut zugeleitet haben[37], wirklich in die Tat umgesetzt wird, wird allerdings die angedeutete Entwicklung ziemlich schnell kommen. Nach meiner Auffassung wird es die Aufgabe der zukünftigen Bundesregierung sein, dafür zu sorgen, daß der Kontakt mit den drei Westalliierten möglichst eng und gut wird.

Frage: Wird die Bundesregierung beabsichtigen, bei den Alliierten zu beantragen, daß der Kriegszustand noch vor Abschluß des Friedensvertrags aufgehoben wird?

Präsident Dr. Adenauer: Darüber habe ich mir noch nicht den Kopf zerbrochen. Aber es mag wohl sein, daß völkerrechtlich ein Zwischenstadium zwischen Kriegszustand und Abschluß des Friedensvertrags konstruiert wird. Das Besatzungsstatut[38] ist ja schon in etwa eine Vorstufe dazu. Es enthält eine Bestimmung, daß es von Zeit zu Zeit, spätestens nach 18 Monaten revidiert werden soll. Auf diesem Wege etwa könnte die von Ihnen angeregte Frage gelöst werden.

Frage: Wann wird, rein technisch gesprochen, über den endgültigen Bundessitz entschieden werden?

Präsident Dr. Adenauer: Zunächst möchte ich sagen, daß diese Frage meiner Auffassung nach nicht die grundlegende Frage der kommenden parlamentarischen Arbeit ist und daß das deutsche Volk vom Bundestag wohl etwas anderes erwartet als die Absicht, erneut in den beinahe grotesken Streit zwischen Frankfurt und Bonn hineinzusteigen.

---

35 Am 18. 9. 1949. Dazu und zur unterschiedlichen Interpretation der Ergebnisse durch *Adenauer* und *Arnold* Hüwel, S. 207.

36 In dieser Hinsicht hatte *Adenauer* bereits im Wahlkampf *Kaiser* eine Zusage gemacht. Vgl. Kosthorst, S. 81.

37 Datiert vom 8. 4. 1949. Abgedruckt in: FRUS 1949, Vol. 3, S. 186.

38 Das Besatzungsstatut wurde am 8. 4. 1949 in Washington unterzeichnet und am 12. 5. 1949 verkündet. Abgedruckt in: FRUS 1949, Vol. 3, S. 179ff.

Frage: Aber es ist wohl als sicher anzunehmen, daß die SPD die Frage des Bundessitzes aufgreifen wird.[39]

Präsident Dr. Adenauer: Dann kann ich nur hoffen, daß diese Frage nicht als politische, sondern als eine sachlich zu prüfende Angelegenheit behandelt werden wird.

Frage: Wäre es nicht wichtig, sobald wie möglich zu wissen, wo die Bundesregierung und der Bundestag hingehen?

Präsident Dr. Adenauer: Leider wird diese Frage immer nur als eine Frage des Prestiges behandelt, als eine Frage der Steuern für Hessen, als eine Frage des Fremdenverkehrs. Das alles spielt bei der Stellungnahme Hessens eine große Rolle. In Wahrheit ist es weiß Gott eine Frage, die ausschließlich nach den wahren Interessen des Bundes zu lösen ist. Das ist die erste Voraussetzung. Es fragt sich nur: Wo ist die Arbeit der Bundesregierung und des Bundestages am besten gewahrt? Es kommt ausschließlich darauf an, wo Bundesregierung und Bundestag wirklich und fruchtbar arbeiten können.

Wenn die Sache Sie so sehr interessiert, so will ich Ihnen gern meine Stellungnahme zu der Angelegenheit sagen. Ich habe mich als Präsident des Parlamentarischen Rates bewußt und völlig von den Auseinandersetzungen über den Bundessitz ferngehalten, weil eine höchst naive Betrachtungsweise auf die Vermutung verfallen wäre, da ich in Rhöndorf drüben wohne, sollte der Bund nach Bonn gehen. Es wäre wirklich sehr naiv von mir gewesen, so etwas zu machen. Der Parlamentarische Rat hat einen besonderen Ausschuß zur Prüfung der Frage des Bundessitzes eingesetzt. Dieser Ausschuß ist an die Angelegenheit herangegangen und hat Reisen gemacht. Ich kann nur sagen: Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. *Schäfer*, und die Herren *de Chapeaurouge* und *Mayr* aus Franken sind an die Arbeit in der festen Überzeugung herangegangen, es komme nur Frankfurt als Bundessitz in Frage. Nachher haben die Herren mit derselben Entschiedenheit erklärt, sie hätten sich davon überzeugen müssen, daß es in Frankfurt nicht geht.

Ich möchte dem noch folgendes anfügen. Wir haben beschlossen, dem Wort „Bundessitz" das Wort „vorläufiger" vorzusetzen, nicht etwa in dem Sinne, daß der Bundestag, sobald er zusammengetreten ist, sich mit der Sache befassen soll, sondern auf ausdrücklichen Wunsch der Berliner Vertreter, um zu vermeiden, daß in Berlin, das damals in der denkbar größten Not und Gefahr schwebte[40], daraus der Schluß gezogen werden könnte, Berlin sei abgeschrieben. Als die Entscheidung über den Bundessitz fiel, waren alle der Auffassung, daß sie auch bestehen bleiben solle, bis durch die Rückkehr Berlins die Frage ein neues Gesicht bekomme. Erst hinterher, als man diese Angelegenheit nicht mehr im Parlamentarischen Rat, sondern von außen her plötzlich als hochparteipolitische Angelegenheit frisiert hat, hat man erklärt, jetzt muß der Bundestag entscheiden. Ich verstehe das nicht. Ich bin nicht so boshaft, daß ich Ihnen nunmehr die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates nennte, die, als die Entscheidung für Bonn gefallen war, ihrem Herzen laut Luft gemacht und gesagt haben: Gott sei Dank, daß wir nicht nach Frankfurt zu gehen brauchen. Sie würden staunen, wenn ich Ihnen die Namen nennen würde.

Frage: Ist daraus zu entnehmen, daß im Bundestag eine Abstimmung über den Bundessitz nicht erfolgen wird?

---

39 Dazu Nr. 2 mit Anm. 11.

40 Blockade.

Präsident Dr. Adenauer: Ich weiß es nicht. Darin ist der Bundestag selbstverständlich souverän. Der Bundestag wird sich zunächst eine Geschäftsordnung geben müssen.[41] Soviel ich weiß, ist von der Ministerpräsidentenkonferenz eine solche provisorische Geschäftsordnung vorbereitet. Der Bundestag wird also sofort einen Geschäftsordnungsausschuß einsetzen müssen, der die Geschäftsordnung ausarbeitet. Dann wird auch ein solcher Antrag behandelt werden, wie eben jeder andere Antrag auch.

Frage: Könnte nicht durch die Schaffung eines Ministeriums für die Ostgebiete und seine Besetzung durch einen Berliner Herrn die Verbindung mit Berlin enger gestaltet werden?

Präsident Dr. Adenauer: Ich kann nicht sagen, an wen man dabei als Minister denkt. Aber mir schwebt vor, daß dieses Ministerium gleichzeitig auch die Vertriebenen betreuen und dafür sorgen müßte, daß bei uns im Westen der Gedanke an den Osten niemals erlischt, daß andererseits im Osten niemals die Hoffnung untergeht, daß er wieder mit uns vereinigt wird.

Frage: Glauben Sie, daß die Parteien, die für eine Koalition in Frage kommen, neben der Wirtschaftspolitik auch die sozialpolitischen Grundsätze der CDU anerkennen und mitmachen werden?

Präsident Dr. Adenauer: Das nehme ich ohne weiteres an. Ich habe vorhin von dem Ahlener Programm und den Düsseldorfer Leitsätzen gesprochen, an die ich hier noch einmal erinnern darf.

Frage: Haben Sie die Absicht, bei der Bundesregierung eine Pressestelle einzurichten?

Präsident Dr. Adenauer: Das ist selbstverständlich.

Frage: Glauben Sie, daß ein solches Presseministerium auch für die Heranbildung guter Journalisten sorgen sollte?

Präsident Dr. Adenauer: Die Frage ist doch schon gelöst!

(Heiterkeit)

Frage: Wie stehen Sie bzw. die CDU zu der Aktion des Botschafters *von Nadolny*?[42]

Präsident Dr. Adenauer: Diese Frage ist von allgemeinem Interesse. Ich erkläre Ihnen hiermit absolut verbindlich für die CDU/CSU, daß wir der Aktion *von Nadolnys* absolut ablehnend gegenüberstehen und unsere Leute davor warnen, an Konferenzen dieses Herrn teilzunehmen. Diese Konferenzen haben überhaupt keinen Zweck. Sie haben nur den Erfolg, das alliierte Ausland, auf dessen Hilfe wir angewiesen sind, gegen die Bestrebungen deutscher Politiker mißtrauisch zu machen. Die Bestrebungen *von Nadolnys* mögen gut gemeint sein; ich kann das nicht entscheiden. Für uns sind sie jedenfalls sehr schädlich.

Frage: Was würden Sie tun, wenn Mitglieder der CDU/CSU an solchen Konferenzen teilnehmen?

Präsident Dr. Adenauer: Wir sind eine freie Partei. Wir kennen keinen Fraktionszwang. Wenn ein Mitglied unserer Partei sich mit wesentlichen Zielen der Partei in einen öffentlichen Widerspruch setzt, dann müßte man an ihn herangehen. Aber ich wiederhole: Wir sind eine freie Partei, eine demokratische Partei und keine totalitäre Partei. Bitte, keine Mißverständnisse!

41 Vgl. Nr. 65 mit Anm. 40.

42 Vgl. Nr. 22, Anm. 13.

26.

23. 8. 1949: Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzende der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

Materialien G. Müller. Durchschlag.[1]

Sehr verehrter Herr Präsident!

Ich möchte Ihnen noch einmal herzlich danken für die gastfreundliche Aufnahme in Ihrem schönen Hause.[2] Leider ist trotz des betont privaten Charakters unserer Besprechungen ein wesentlicher Teil der Verhandlungen der Öffentlichkeit bekanntgeworden.[3] Ich würde es begrüßen, wenn der oder die Urheber dieses Vertrauensbruches, die nach dem Bericht der „Neuen Zeitung"[4] zweifellos in der Umgebung von Bonn zu suchen sind[5], festgestellt und zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Ich würde mich freuen, wenn Sie folgenden Erwägungen, die ich auf Grund unserer Besprechungen angestellt habe, Ihre Aufmerksamkeit schenken wollten:

Ich halte es für bedauerlich, daß in die Verhandlungen über die Bildung der Regierung von der sie tragenden Koalition auch die Kandidatur des Bundespräsidenten einbezogen worden ist.[6] Diese Einbeziehung widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Trennung der Gewalten, sondern ist bei der Art der Presseberichterstattung geeignet, der Bevölkerung einen völlig falschen Eindruck über die Bedeutung und die Unabhängigkeit des Bundespräsidenten zu vermitteln. Durch die Koppelung der Verhandlungen und ihre Erstreckung auf die Person des Bundespräsidenten wird ihm von Anfang an das Ansehen jener Unabhängigkeit genommen, deren er für seine Autorität unbedingt bedarf. Das ist auch für die Zukunft bedenklich, wenn etwa eine Regierungskrise eintreten sollte. Es sollte ernstlich geprüft werden, ob nicht eine Persönlichkeit gefunden wird, die über den Parteien steht. Zweifellos wird dies sehr schwierig sein.

Auch der Vorschlag von Jakob *Kaiser*, nach österreichischem Vorbild den Bundespräsidenten aus der zweitstärksten Partei zu nehmen[7], verdient ernste Beachtung. Bei der außerordentlich schmalen Basis der künftigen Regierungskoalition wäre es erwünscht, die Verbindung zur SPD nicht abreißen zu lassen. Sie würde in glücklicher Weise dargestellt, wenn der Bundespräsident dieser Partei nahestehen oder aus ihr stammen würde. Die Opposition würde abgeschwächt, ein Abgleiten in das radikale Lager wäre schwieriger, und bei den ungewöhnlich schwerwiegenden gesetzgeberischen Arbeiten könnte ein derartiger Bun-

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 532f.

2 Rhöndorfer Konferenz am 21. 8. 1949, Nr. 18.

3 Vgl. Nr. 19.

4 Die „Neue Zeitung" erschien am 22. 8. 1949 mit der Schlagzeile: „Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP." Neben einem kurzen Bericht über den Verlauf der Konferenz und dem Abdruck des Kommuniqués wurden Stellungnahmen von Teilnehmern veröffentlicht. Hiernach hatte *Erhard* geäußert, „er erwarte nach diesem Kommuniqué keine politische Erklärung der SPD mehr, doch noch zu einer gemeinsamen Regierungsbildung mit der CDU zu kommen". *Straußens* Haltung wurde mit den Worten wiedergegeben, „die CDU werde den Mut haben, mit kleinerer oder größerer Mehrheit die Verantwortung zu übernehmen", und *Kaiser* wurden die Feststellungen zugeschrieben, daß die Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch *Erhard* „selbstverständlich" sei und als Koalitionspartner „neben der DP in erster Linie die FDP in Frage" komme, „nicht jedoch die BP, die WAV und die Deutsche Rechtspartei". Vgl. auch Nr. 19, Anm. 2.

5 Vgl. Nr. 19, Anm. 2.

6 Vgl. auch die Ausführungen *Müllers* in Nr. 27.

7 Vgl. die Nrn. 18 und 44.

despräsident stets eine überaus glückliche Vermittlerrolle spielen. Auch dem Ausland gegenüber würde die Bundesregierung eine stärkere Autorität bekommen, wenn wenigstens der Bundespräsident aus der Opposition stammt und, wie zu erwarten ist, im Rahmen seines Amtes und seiner Zuständigkeit, wie auch seines persönlichen Einflusses, schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen mit seinem Gewicht deckt.

In Frage käme unter Umständen Oberbürgermeister *Reuter* von Berlin, der als kluger, maßvoller und innerlich unabhängiger Mann wohl angesehen ist.

Selbstverständlich werden auch vor der Wahl des Bundespräsidenten Verhandlungen notwendig sein. Sie sollten aber, wenn irgend möglich, taktvoll von den Verhandlungen über die Bildung der Bundesregierung getrennt werden. Auch bei einem derartigen Vorgehen könnte der erwünschte Erfolg erzielt werden.

Besonders bedenklich erscheint mir die Einbeziehung des Präsidenten des Bundesrates in die Koalitionsverhandlungen.[8] Damit wird der Sinn des Bundesrates und der föderative Charakter dieser Institution geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Ich könnte mir denken, daß Bevollmächtigte im Bundesrat aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus es ablehnen, sich den Wünschen der Parteien zu fügen, aus denen sie stammen, auch wenn sie den vorgesehenen Ministerpräsidenten für den geeignetsten Mann halten.[9] Im übrigen wäre doch zu erwägen, für den Präsidenten des Bundesrates einen unserem Lager angehörenden Minister zu nehmen, der nicht gleichzeitig durch seine Landesaufgaben in Anspruch genommen ist. Zweifellos wird der Präsident des Bundesrats, wenn er überhaupt seine Aufgaben erfüllen wird, monatelang am Sitze der Bundesregierung weilen müssen.[10] Nur so kann er die dem Bundesrat bei der vorgesehenen Regierungsbasis besonders obliegende Aufgabe erfüllen, die Bundesregierung durch sachliche und maßvolle Arbeit des Bundesrates zu unterstützen.

Sie dürfen überzeugt sein, sehr verehrter Herr Präsident, daß nur sachliche Erwägungen mich bei meinen Ausführungen leiten. Ich gehöre leider nicht zu denjenigen, die den Optimismus teilen können, der auch am 21. 8. 1949 teilweise in erschütterndem Maße zum Ausdruck gekommen ist. Wir stehen auf allen Gebieten erst am Anfang. Ich füge mich der Entscheidung in Rhöndorf. Das kann mich aber nicht daran hindern anzunehmen, daß sie voller Gefahr nach allen Richtungen ist. Unter allen Umständen muß auch der Eindruck vermieden werden, der bereits weitgehend entstanden ist, daß Fraktion und Bundesversammlung im voraus festgelegt werden sollten.[11]

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung
Ihr ergebener
G[ebhard] *M[üller]*

8 Aus Nr. 18 geht nicht hervor, daß *Adenauer* diese Frage am 21. 8. angesprochen hat. Hiernach hat lediglich *Hilpert* dieses Problem berührt. Die Aufzeichnung *Müllers* wäre in diesem Punkt demnach unvollständig. Vgl. auch Nr. 27.

9 Dazu auch Nr. 63.

10 Vgl. dazu Nr. 16.

11 Antwort *Adenauers* Nr. 33.

27.

23. 8. 1949: Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzende der CDU Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen), an den Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer (München)

NL Pfeiffer 241. Materialien G. Müller.[1]

Lieber Freund *Pfeiffer!*

Die Besprechungen in Rhöndorf[2] veranlassen mich, Dir folgende Gedanken mit der Bitte um Prüfung zu unterbreiten[3]:

1) Ich halte es für verhängnisvoll, daß auch die Wahl des Bundespräsidenten mit den Abmachungen über die Bildung einer Regierungskoalition verkoppelt wird. Diese Einbeziehung der Kandidatur für den Bundespräsidenten widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Trennung der Gewalten, sondern vermittelt auch der Bevölkerung einen völlig falschen Eindruck über die Bedeutung und die Unabhängigkeit des Bundespräsidenten. Er bedarf in erster Linie für seine Autorität einer völligen Unabhängigkeit. Ich halte es auch für sehr bedenklich, daß auch in dieser Frage der Bundesversammlung vorgegriffen werden soll. Die Anregung von Jakob *Kaiser*, unter Umständen eine der SPD nahestehende Persönlichkeit für die Wahl vorzusehen, scheint mir sehr beachtlich.[4] Wenn auch die sogenannte kleine Koalition nach der Auffassung der Mehrheit unserer Freunde für den Augenblick unvermeidlich ist, so habe ich doch gar keine Zweifel, daß sie nicht sehr lange dauern, mindestens bei längerer Dauer nicht sehr arbeitsfähig sein wird. Es wäre eine glückliche und im allgemeinen politischen Interesse erwünschte Lösung, wenn auch die künftige Opposition durch die Person des Bundespräsidenten stärker an der Regierungsarbeit beteiligt würde. Eine derartige Koppelung würde eine etwaige Regierungsumbildung außerordentlich erleichtern, die Beziehungen zur Opposition weitgehend entschärfen und dem Ausland gegenüber die Stellung der Bundesregierung wesentlich stärken. In Frage käme unter Umständen Oberbürgermeister *Reuter*, Berlin, von dem ich den Eindruck habe, daß er sehr maßvoll, klug und weitblickend ist. Er hat m. W. auch seinerzeit bei dem Parteitag der SPD am 20. April 1949 gegen *Schumacher* gestimmt.[5]

2) Noch bedenklicher erscheint mir die Einbeziehung des Präsidenten des Bundesrates in die Verhandlungen über die Regierungsbildung. Damit wird ein ganz wesentlicher Grundsatz des Föderalismus in verhängnisvoller Weise preisgegeben. Die Wahl des Präsidenten des Bundesrates ist ausschließlich Sache der Ländervertreter. Sie mit dem Spiel der Parteien zu koppeln, wird sich bitter rächen. Gerade weil ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* für diese Stelle besonders geeignet halte, bedaure ich, daß er von vornherein seine Wahl einer Abmachung unter den künftigen Regierungsparteien verdanken sollte. Ich habe auch ganz erhebliche Zweifel, ob die maßgeblichen Minister sich einem derartigen Verlangen der Parteien, denen sie angehören, fügen werden[6], selbst wenn sie an der vorgeschlagenen Person nichts auszusetzen haben.

3) Endlich will ich Dir nicht verhehlen, daß ich sehr wenig glücklich darüber bin, daß Bayern zur Wahrung seiner Interessen in allen diesen Fragen ohne Fühlungnahme mit den übrigen süd- und südwestdeutschen

---

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 533f.

2 Nr. 18.

3 Vgl. zum folgenden auch Nr. 26.

4 Vgl. die Nrn. 18 und 44.

5 Bezieht sich auf den Konflikt zwischen Parlamentarischem Rat und den Alliierten über das Grundgesetz, in dem die SPD eine harte Linie vertreten hatte. Dazu Hans-Jürgen Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ, 26. Jg. (1978), S. 393–418. Zu *Reuters* Haltung Willy Brandt/Richard Lowenthal, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957, S. 486f.

6 Dazu Nr. 63.

Ministerpräsidenten verhandelt hat.[7] Schließlich dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir oft in schwierigen Verhältnissen die bayerische Position unterstützt haben. Es wird die künftige Zusammenarbeit im Bundesrat nicht erleichtern, daß Bayern, grob gesagt, nunmehr ohne Rücksicht auf uns vorgehen zu müssen glaubt. Wie sehr durch alle diese Verhandlungen Porzellan zerschlagen wird, tritt nunmehr besonders kraß in Erscheinung, nachdem die Verhandlungen in Rhöndorf durch die Veröffentlichung in der Presse (s. Neue Zeitung)[8] in allen Einzelheiten bekanntgeworden sind. Man muß sich ernstlich überlegen, ob man überhaupt noch an derartigen Verhandlungen teilnehmen soll[9], wenn nicht einmal in einem solchen Kreis die strikt geforderte Vertraulichkeit gewahrt wird.

Mit freundlichen Grüßen
stets Dein ergebener
Gebhard *Müller*

7 Bezieht sich auf das Treffen *Adenauer–Ehard*, Nr. 17a und b.

8 Nr. 26, Anm. 4.

9 Ähnlich *Hilpert* in Nr. 19.

28.

23. 8. 1949: Hans Wellhausen (Augsburg) an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Frankfurt/M.)

NL Dehler 1162.

Lieber Herr *Blücher*,

in den Zeitungen wird als mutmaßlicher Arbeitsminister im Rahmen der nun wohl sicheren kleinen Koalition auch Herr *Storch* genannt.[1]

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen meine Stellungnahme hierzu mitteilen würde. Herr *Storch* mit dem Gedächtnisfehler – um einen Ausdruck des Herrn *Pünder* aus seinem letzten Brief an mich zu gebrauchen – hat sich so oft unaufrichtig gezeigt, daß ich ihm unter keinen Umständen meine Stimme geben werde. Darüber hinaus ist er aber auch nicht fähig, ein solches Amt zu versehen, wie sich ebenfalls herausgestellt hat.

Ich bin nach wie vor dafür, einen Beamten an die Spitze dieses Ministeriums zu setzen. Alle beteiligten Kreise – hiermit meine ich in erster Linie die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, aber auch das Parlament – werden sich mit einem Beamten, der schon durch seine sachlichen Kenntnisse ein gewisses Übergewicht hat, am leichtesten tun. Als wir seinerzeit Herrn *Sauerborn* – derzeit Präsident des Landesversicherungsamtes München – an Stelle des Herrn *Storch* als Direktor der Verwaltung für Arbeit vorschlugen[2], kannte ihn niemand von uns. Ich hatte inzwischen mehrfach Gelegenheit, mit ihm zusammen zu sein, und habe eine recht gute Meinung von ihm. Ich habe Herrn *Bunzel*, den ich gestern sah, gebeten, inoffiziell mit ihm zu sprechen, wodurch keinerlei Verpflichtung entsteht.[3]

Ich übersende Abdruck dieses Briefes Herrn *Dehler* und bin
mit besten Grüßen
Ihr
H[ans] *W[ellhausen]*

1 Vgl. Nr. 17a.

2 Im August 1948. Vgl. Hockerts, S. 109f.

3 Ähnliche Bestrebungen verfolgten bayerische Regierungskreise. Vgl. Nr. 11.

29.

23. 8. 1949: Entschließung des Gesamtdirektoriums der DP

Materialien Hellwege. Abschrift.

Die Deutsche Partei ist der Auffassung, daß die Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung die Gewähr für eine eindeutige Politik bieten muß, die dem Wahlergebnis vom 14. August Rechnung trägt. Sie ist unter dieser Voraussetzung grundsätzlich zur Mitarbeit in einer Koalition bereit[1], deren Programm keine Verwässerung im sozialistischen Sinne enthält.

Sie fordert eine Einlösung des Wahlversprechens, im Rahmen eines Notprogramms soweit als möglich den sozialen Rechtsstaat, begründet auf der persönlichen Freiheit, zu verwirklichen, und daß ihr der erforderliche Einfluß eingeräumt wird, innerhalb der Regierung in diesem Sinne zu wirken. Insbesondere fordert sie die Errichtung eines Flüchtlingsministeriums[2], das mit einem echten, parteilich nicht gebundenen Vertriebenen zu besetzen ist[3], sowie die Gewährleistung einer Steuerreform und die Förderung eines großzügigen sozialen und privaten Wohnungsbaues als Voraussetzung für eine Linderung des Wohnungselends und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit dem gesamten Wiederaufbau unserer Wirtschaft.

gez. *Hellwege*

1 Diese Haltung hatte *Hellwege*, wie die „Neue Zeitung" am 19. 8. 1949 meldete, bereits einige Tage zuvor in Aussicht gestellt, als er sagte: „Ich könnte mir denken, daß wir mitmachen, wenn uns eine maßgebliche Stelle in der Bundesregierung angeboten wird." Am 20. 8. 1949 sagte *Hellwege* in einer Unterredung mit *Blankenhorn* bereits grundsätzlich die Regierungsbeteiligung der DP zu. Persönliche Mitteilung Hellweges.

2 Die Forderung nach Errichtung eines Flüchtlingsministeriums gab es auch innerhalb der CDU und der FDP. Vgl. Nr. 20 mit Anm. 6.

3 Im Verlauf der Verhandlungen zur Regierungsbildung setzte sich die DP für die Berufung *Lukascheks* ein, der zwar CDU-Mitglied war, aber bisher eher als Verwaltungsfachmann denn als Politiker hervorgetreten war. Zur Haltung der DP in dieser Angelegenheit Hellwege an Adenauer vom 17. 7. 1952, NL Seebohm I.

30.

24. 8. 1949: Das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 07.27. Telegramm.[1]

Bisheriger Pressebericht und besonders heutige Rundfunkmeldung nötigen zu der Annahme, daß über Errichtung und Besetzung des Flüchtlingsministeriums ohne Mitwir-

1 Auszugsweiser Abdruck dieses Telegramms mit Textabweichungen in: Kather, S. 83.

kung und Anhörung der Vertriebenen entschieden werden soll. Lege dagegen schärfste Verwahrung ein.[2] Beabsichtige Einberufung der Landesflüchtlingsausschüsse und erbitte telegrafische Bekanntgabe des Termins der ersten Fraktionssitzung.[3]

gez. Linus *Kather*

2 Kritik *Kathers* an der Nichtberücksichtigung der Vertriebenenpolitiker durch *Adenauer* bereits in Nr. 20.

3 Antwort *Adenauers* Nr. 36.

31.

24. 8. 1949: Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München)

BayHStA, MA 110299. „Vertraulich".

Betr.: Personalfragen zur Regierungsbildung

Wie mir Herr Oberdirektor Dr. *Pünder* heute mitteilt, scheint die FDP auf zwei Bundesministerien, nämlich Verkehr und Wiederaufbau, besonderes Gewicht zu legen und daneben den Vizekanzlerposten zu beanspruchen. Als Kandidaten hierfür werden Minister a. D. *Blücher* und Dr. *Wellhausen* nach wie vor benannt.[1]

Ferner sagte mir Herr Oberdirektor Dr. *Pünder*, daß die angeblichen Kandidatenbenennungen durch Dr. *Adenauer* (*Schlange* für Ernährung, *Lehr* als Innenminister, *Blücher* als Finanzminister und *Spiecker* als Chef des Bundeskanzleramtes)[2] unzutreffend sind, da Dr. *Adenauer* diese Herren höchstens als mögliche Bewerber, nicht aber als seine Kandidaten benannt haben könne. Eine Ernennung Dr. *Spieckers* zum Chef der Bundeskanzlei hält Oberdirektor Dr. *Pünder* für äußerst unwahrscheinlich, da die Beziehungen zwischen Dr. *Spiecker* und Dr. *Adenauer* sehr gespannt sind und überdies Dr. *Spiecker* augenblicklich schwer erkrankt ist.

Präsident Dr. *Horlacher* gab mir gestern zu verstehen, daß er Interesse für den Posten des Bundestagspräsidenten habe. Er wandte sich gegen eine Kandidatur von Dr. *Niklas* als Bundesernährungsminister.[3]

Zu der anliegenden Pressenotiz über die Ernennung von Staatsrat *Apel* als Hessischer Bevollmächtigter beim Bund[4] ist zu bemerken, daß damit die Frage noch nicht entschieden ist, ob Staatsrat *Apel* ordentliches Mitglied des Bundesrats wird oder nicht. Die Hes-

1 Nach den vorausgegangenen Berichten *v. Elmenaus* strebte die FDP vor allem die Besetzung des Finanzministeriums an. Vgl. die Nrn. 11, 15 und 17a.

2 Diese Namensliste in Nr. 11.

3 Zur Einschätzung von *Niklas* durch *Elmenau* Nr. 11.

4 Nicht bei den Akten.

sische Regierung hat die Entscheidung über diese Frage zurückgestellt, bis die Herren Ministerpräsidenten der drei Westzonen sich Ende dieser Woche in Koblenz hierüber ausgesprochen haben.[5]

Im Entwurf gezeichnet: *Elmenau*

5 TOP 5 der Ministerpräsidentenkonferenz am 25./26. 8. 1949, abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1063f. Nach dieser Überlieferung erfolgte jedoch keine Diskussion über den Status der jeweiligen Länderbevollmächtigten.

32.

24. 8. 1949: Der 1. Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher (Hannover), an Adolf Hamburger (New York)

AdsD, Bestand Schumacher Q 23. Durchschlag.

Lieber Doktor *Hamburger*,

zu lange habe ich schon geschwiegen. In der Zwischenzeit sind von Ihnen und Ihrer kleinen Bertha so manche Zeichen der Freundschaft eingegangen. Ich danke Ihnen herzlich für die Pakete. Einen besonderen Dank noch für das Geschenk, das mir Frau Edith *Baade* mitgebracht hat und von dem ich jetzt mit Stolz Gebrauch mache.

Inzwischen werden Sie ja einiges aus der Presse über das Wahlergebnis ersehen haben. Unsere Hoffnung, wenigstens die stärkste Partei zu werden, ist zunichte geworden, trotzdem wir 850 000 Stimmen gewonnen haben.[1] Noch niemals – auch in den besten Zeiten der Weimarer Republik – hatten wir einen derartig hohen Stimmenanteil in Westdeutschland. Das hat aber nichts geholfen, denn die Neuwähler haben uns genau wie 1932 nur wenig Zuneigung gezeigt. Es ist nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die uns im Wahlergebnis so sehr geschadet hat[2], als vielmehr die kämpfende Kirche[3], die nicht sehen will, daß hier ein deutsches Staatswesen neu entstehen soll, sondern die nur die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat. Es geht in Westdeutschland tatsächlich um die schrankenlose Auswirkung der mittelalterlichen „potestas directa", nur daß diesmal der Souverän, der geknetet wird, das Volk selbst ist.

Der andere Faktor, der uns unendlich geschadet hat, ist das Gewackel der britischen Deutschlandpolitik und ihre Unterwerfung unter die französischen Intentionen. Am schlimmsten hat sich auf diesem Gebiet die Demontagepolitik ausgewirkt.[4] Ohne diese

1 Vgl. dagegen Nr. 6, Anm. 1.

2 Dies allerdings die dezidierte Meinung *Adenauers*, Nr. 25.

3 Zum Problem der Beziehungen zwischen SPD und Kirche vor allem im Wahlkampf die Diskussion in Nr. 62.

4 Dazu der Sozialdemokratische Pressedienst vom 15. 8. 1949: „Es muß in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt." Zur Demontagefrage vgl. auch Nr. 25, Anm. 31.

praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen *Bevin* für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern [zu] können. Den sogenannten Siegern, die nicht eigentlich von der CDU als vielmehr von den kleinen Parteien repräsentiert werden, die als Satelliten mitmachen oder die auf eine neue Oppositionschance hoffen, ist nicht ganz wohl in ihrer Haut. Für unsere Partei kann aus dieser Lage eine neue Chance entstehen, wenn es gelingt, nicht nur die Mitgliedschaft mobil zu machen, sondern auch gewisse ministrable und administrative Zwischenschichten aus ihrem opportunistischen Schlendrian zu lösen. Der Versuch wird von uns in großem Stil unternommen werden, und ich habe dabei die Hoffnung, daß er nicht nur für Deutschland, sondern auch für den europäischen Aufbau von Nutzen sein wird.

Ich wünsche Ihnen und der kleinen Bertha alles Gute. Machen Sie sich aber bitte nicht mehr die Aufwendungen für mich. Wenn Sie jemandem helfen wollen, dann helfen Sie irgendwelchen armen Teufeln, deren Zahl jetzt wieder im Wachsen ist.

In der Zwischenzeit werden Sie ja wohl gehört haben, daß die DM 200,–, die Sie freundlicherweise für die Partei überwiesen haben, im Bestimmungsort angelangt sind und für die von Ihnen gewünschten Zwecke verwendet werden. Auch hierfür noch einmal den herzlichsten Dank aller unserer Genossen.

Mit herzlichen Grüßen an Sie und Bertha
Ihr

33.

25. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen)

Materialien G. Müller; StBkAH 06.07.[1]

Sehr verehrter Herr Staatspräsident!

Ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 23. d. Mts.[2] In der Zwischenzeit ist es aus den Verlautbarungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Presse wohl offensichtlich geworden, daß er eine Koalition nicht will.[3] Es liegt das wohl auch absolut in der Natur der Dinge begründet, und man kann weder der SPD noch uns einen Vorwurf daraus machen, daß es nicht zu einer solchen Koalition kommen wird.[4] Ich meine, man sollte nicht übersehen, daß die Wirtschaftspolitik, die wir in Frankfurt seit eineinhalb Jahren exerziert haben, planmäßig von der SPD bekämpft und abgelehnt worden ist. Jetzt, nach eineinhalb Jahren, kann man weder von der SPD verlangen, daß sie das, was sie bisher bekämpft hat, als richtig anerkennt, noch kann man von uns verlangen, daß wir das gleiche tun. Die Entwicklung ist m. E. ganz folgerichtig[5] eine Weiterentwicklung der Verhältnisse im Frankfurter Wirtschaftsrat. Ich halte aber auch mehr denn je es für richtig, daß man die Sozialdemokratie zwingt, in Opposition zu gehen, damit endlich

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 536f.

2 Nr. 26.

3 Vgl. Nr. 18, Anm. 41.

4 Vgl. zum folgenden Nr. 25.

5 In der Vorlage „folgerechtlich".

einmal in Deutschland die Form der Demokratie geübt wird, die in den angelsächsischen Ländern sich bewährt hat.

Ich bin nicht der Auffassung, daß man aus den ganzen Gesprächen die Frage, welche Partei den Bundespräsidenten stellen soll, herauslassen darf. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß man diesen Posten der Oppositionspartei geben darf, denn ihm kommt doch eine große Bedeutung zu bei der Frage der Wahl des Bundeskanzlers, und es ist m. E. ausgeschlossen, die Initiative in dieser Frage dem Angehörigen einer anderen Partei zu überlassen. Die Anregung des Herrn *Kaiser*, es zu machen wie in Österreich[6], ist wohl nicht ohne weiteres akzeptabel; weder Herr *Kaiser* noch ich wissen, welche Aufgaben der Bundespräsident in Österreich hat und welche Vereinbarungen dort getroffen worden sind. Ich mache insbesondere darauf aufmerksam, daß in Österreich die sozialistische Partei in der Regierung ist. Es könnte sein, daß man sich mit den Sozialisten dort dahin verständigt hat, daß sie den Bundespräsidenten und unsere Partei dafür den Bundeskanzler erhält.

Die Indiskretionen, die über die Verhandlungen in Rhöndorf begangen worden sind, bedauere ich außerordentlich. Ich glaube zu wissen, worauf sie zurückzuführen sind.

Bayern verlangt den Vorsitz im Bundesrat absolut für sich[7], ebenfalls aus föderativen Gesichtspunkten heraus.

Sie sehen, sehr verehrter Herr Präsident, zu welch verschiedenen Urteilen man kommt, obgleich man denselben Ausgangspunkt hat.

Ich hoffe, daß wir letzten Endes doch alle Schwierigkeiten gut lösen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
Adenauer

6 Vgl. Nr. 18, S. 41, und Nr. 44, S. 128.

7 Vgl. Nr. 17a.

34.

25. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Finanzminister von Hessen und Vorsitzenden der CDU von Hessen, Werner Hilpert (Wiesbaden)

ACDP, I–021–002 (NL Hilpert); StBkAH 06.07.[1]

Sehr geehrter Herr *Hilpert!*

Ich erhalte Ihren Brief vom 22. d. Mts.[2] Ich bedauere wie Sie, daß aus einer ausdrücklich für vertraulich erklärten Besprechung Mitteilungen gemacht worden sind. Es blieb mir daraufhin gar nichts anderes übrig, als die z. T. falschen Mitteilungen in einer Pressekonferenz richtigzustellen.[3]

Außerordentlich bedauere ich, daß Sie in Zukunft solchen Besprechungen nicht mehr beiwohnen wollen. Ich hoffe doch sehr, daß dieser Entschluß vielleicht von Ihnen doch noch einer Nachprüfung unterzogen werden wird. Ich glaube, man sollte nicht so empfindlich sein. Wir müssen doch versuchen zusammenzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
Adenauer

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 537.

2 Nr. 19.

3 Nr. 25.

35.

25. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an das Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland und Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, Franz Etzel (Wiesbaden)

StBkAH 07.26. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr *Etzel!*

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 22. des Monats.[1] Ich stimme mit Ihrer Auffassung völlig überein. Herr *Arnold* hat einen sehr entschiedenen Vorstoß in der Richtung des Abschlusses einer großen Koalition gemacht.[2] Die Sache ist aber erledigt.[3] Ich werde Ihnen darüber mündlich noch einiges sagen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
A[denauer]

1 Nr. 21.

2 Dies zielt offensichtlich auf die Ereignisse am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz auf dem Rittersturz am 25. 8. 1949. Nach einer Meldung der Tageszeitung „Die Welt" vom 26. 8. 1949 hatte *Arnold* am Morgen des 25. 8. 1949 vor Pressevertretern betont, daß er noch immer die Bildung einer großen Koalition für die westdeutsche Bundesregierung befürworte. Zugleich kündigte er an, daß die Ministerpräsidenten über diese Frage auf ihrer an diesem Tag beginnenden Konferenz Gespräche führen würden. Über deren Verlauf meldete „Die Welt" einen Tag später: „Aus den im Verlauf des Donnerstags [25. 8. 1949] bis weit in die Abendstunden hinein geführten Gesprächen kleinerer Gruppen der Länderchefs verlautet zuverlässig, daß die Forderung nach einer Zusammenarbeit der beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU von den Länderchefs auch deshalb erhoben würde, weil nur so die bisher in verschiedenen Ländern bestehenden Koalitionen dieser Parteien aufrechterhalten werden könnten."

3 Die Entschließung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 26. 8. 1949 zur Konstituierung der Bundesrepublik deutete die Forderung nach einer großen Koalition nur noch an – Bildung „einer starken und vom Volke getragenen Bundesregierung" – und vermied eine offizielle Festlegung der Ministerpräsidenten auf eine große Koalition. Es hat den Anschein, als ob *Adenauer*, der am 25. 8. 1949 auf dem Rittersturz war, bei der Abfassung seines Briefes an *Etzel* das Ergebnis der Beratungen in dieser Angelegenheit bereits bekannt war. Entschließung der Ministerpräsidentenkonferenz abgedruckt in: Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1065.

36.

25. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an das Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone und Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Linus Kather (Hamburg)

StBkAH 07.27. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr *Kather*!

Ich erhielt Ihr Telegramm.[1] Über die Errichtung und eventuelle Besetzung eines Flüchtlingsministeriums ist noch nicht gesprochen worden. Es ist also ganz überflüssig, daß Sie „schärfste Verwahrung" einlegen. Die erste Fraktionssitzung wird am 1. September sein.[2] Einladung ist unterwegs.[3]

Hochachtungsvoll
A[denauer]

1 Nr. 30.

2 Nr. 50.

3 Vgl. zu diesem Schreiben Kather, S. 83.

37.

26. 8. 1949: Der Bevollmächtigte Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Johannes v. Elmenau (Frankfurt/M.), an die bayerische Staatskanzlei (München)

NL Pfeiffer 241. Durchschlag, „Vertraulich".

Betr.: Personalfragen zur Regierungsbildung

Der Direktor der Verwaltung für Finanzen deutete mir gestern an, daß er nicht bereit sei, im Falle einer Leitung des Bundesfinanzministeriums durch Herrn Dr. *Ringelmann*[1] unter diesem als Staatssekretär tätig zu sein. Direktor *Hartmann* kann sich vorstellen, daß er unter einem politischen Minister als Staatssekretär fungieren würde, nicht jedoch unter einem Fachminister.[2]

Auch Ministerialdirektor Dr. *Kriege* würde in diesem Fall nicht bereit sein, als Staatssekretär tätig zu werden.[3]

1 *Ringelmann* war als Kandidat für das Finanzministerium am 20. 8. 1949 im Gespräch *Adenauer-Ehard* genannt worden. Nr. 17a.

2 Vgl. allerdings die von ihm gemachten Vorbehalte im Falle einer Ernennung *Höpker Aschoffs* zum Finanzminister, Nr. 15.

3 Zu *Krieges* Haltung ebenfalls Nr. 15.

Ich habe – unter Betonung des Umstandes, daß dies meine persönliche Meinung darstelle – erwidert, daß im Falle der Ernennung Dr. *Ringelmanns* auf Vorschlag der CSU dieser Minister ebenso als politischer Minister zu werten sei, wie wenn er Mitglied des Bundestags oder eines Landesparlaments wäre. Direktor *Hartmann* wollte dies nicht gelten lassen.

Seitens des Abgeordneten Dr. *Wellhausen* wird mir mitgeteilt, daß für die FDP die Kandidatur sowohl Herrn *Storchs* als Herrn *Blanks* für das Bundesarbeitsministerium untragbar ist.[4] Dr. *Wellhausen* war der Auffassung, daß es ein großer Gewinn für das künftige Arbeitsministerium des Bundes sein würde, wenn Ministerialrat *Sauerborn* aus dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge dort an maßgebender Stelle eingesetzt werden könnte.[5]

Von verschiedenen Seiten wurde gestern die Vermutung geäußert, daß die DP Herrn Minister a. D. Dr. *Seebohm* entweder als Bundesarbeits- oder als Bundesverkehrsminister durchzusetzen versuchen werde und dies als Bedingung ihrer Zustimmung zur Regierungsbildung machen würde.[6]

Wie ich von Herrn Dr. *Wellhausen* weiter erfahre, haben bereits verschiedene Besprechungen zwischen Herrn Präsident Dr. *Adenauer* und Minister *Blücher* stattgefunden.[7]

M.d.W.b.:
E[lmenau]

4 Zur Kandidatur *Storchs* und *Blanks* Nr. 17a.

5 So auch schon der Vorschlag von bayerischer Seite in Nr. 17a. Zu *Wellhausens* Standpunkt vgl. Nr. 28.

6 *Seebohm* war von Beginn an für die DP erster Ministeranwärter. Aufzeichnung Hellweges in den Materialien Hellwege.

7 Anders *Adenauer* in Nr. 44, S. 93.

38.

27. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an die geschäftsführende Vorsitzende des Zentrums, Helene Wessel (Münster)

StBkAH 09.01. Durchschlag.

Sehr geehrte Frau *Wessel*!

Anläßlich unserer kürzlichen Unterhaltung auf dem Rittersturz[1] hatten Sie den Wunsch geäußert, einiges über das Programm der von mir geplanten Koalitions-Regierung zu erfahren.

Ich darf Ihnen hierzu folgendes ausführen:

Meine Freunde sind mit mir einig, daß auf innenpolitischem Gebiet die Fortführung der

1 *Adenauer* war am 25. 8. 1949 auf dem Rittersturz zur Sitzung des Hauptausschusses für die Beratung der vorbereitenden Maßnahmen zur Errichtung der Bundesorgane. Zum Treffen mit Helene *Wessel* daselbst und zum Anlaß dieses Schreibens Nr. 44, S. 93.

Frankfurter Wirtschaftspolitik unerläßlich sein wird.[2] Allerdings haben wir die feste Absicht, unsere ganze Arbeit in erster Linie der sozialen Frage, und zwar der Sorge für die Vertriebenen und für die weiten Kreise aller derer zu widmen, die infolge der Katastrophe von 1945 und der harten Auswirkung der Währungsreform von 1948 heute gezwungen sind, ein wirtschaftlich und sozial menschenunwürdiges Dasein zu führen. In diesem Zusammenhang hat der noch zu schaffende definitive Lastenausgleich ganz besondere Bedeutung.[3] Wenn ich sage, daß wir entschlossen sind, die Frankfurter Wirtschaftspolitik fortzuführen, so denke ich hierbei in erster Linie daran, die Gefahr einer vermehrten Arbeitslosigkeit durch eine möglichst starke Ausdehnung unserer industriellen Produktion zu überwinden, und zwar dadurch, daß wir mit allen Mitteln versuchen wollen, diese Produktion durch Investierungskredite des Auslands zu steigern. Anzeichen aus dem Ausland, einer nicht sozialistischen Tendenzen zuneigenden Koalition solche Kredite zu geben, liegen vor.[4]

Im übrigen wird die CDU in der kommenden Bundesregierung ihre Politik auf die proklamatischen Erklärungen stützen, wie sie in dem Ahlener Programm vom Februar 1947 und in den Düsseldorfer Leitsätzen vom Juli 1949[5], von denen ich je ein Exemplar beifüge, niedergelegt sind.

Auf außenpolitischem Gebiet liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten, herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, daß Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen wird.[6] Bei der Durchführung dieser Absichten werden wir besonders eng mit den anderen in den westeuropäischen Völkern sich immer stärker entwickelnden christlich-demokratischen Kräften zusammenarbeiten. Die lebhaften Kundgebungen führender christlicher Politiker aus Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Österreich, die mir aus Anlaß des Ausganges der Wahlen zuteil wurden, zeigen, daß auch von deren Seite auf eine gegenseitige Förderung und Zusammenarbeit großer Wert gelegt wird.

Ich hoffe, daß diese Ausführungen Ihnen zeigen, worauf es mir und meinen Freunden im wesentlichen ankommt.[7]

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
gez. Dr. *Adenauer*

---

2 Dazu ausführlich Nr. 25.

3 Das Lastenausgleichsgesetz, das im Sommer 1952 verabschiedet wurde, gehörte zu den großen Gesetzgebungswerken der ersten Legislaturperiode.

4 Vgl. auch Nr. 18, S. 34.

5 Vgl. Nr. 25, Anm. 26.

6 Die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat wurde infolge einer Erklärung *Churchills* in Straßburg in jenen Tagen ausgiebig diskutiert. Vgl. Nr. 16, Anm. 3.

7 Antwort Nr. 57.

39.

29. 8. 1949: Der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (Frankfurt/M.), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn)

NL Schlange-Schöningen 11. Durchschlag. Handschriftlicher Vermerk: „persönlich und vertraulich! ab durch Götz. 29/8."

Sehr verehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Die Gelegenheit der Absendung eines Beamten nach Bonn zur Vorbereitung der Übersiedlung benutze ich, Ihnen diesen Brief auf kürzestem Weg zu übersenden. Es liegt mir daran, in dem Wirrwarr halbwahrer oder gänzlich falscher Zeitungsmeldungen einen klaren Standpunkt zu formulieren, den man sich gerade in so entscheidungsschweren Zeiten schuldig ist, um so mehr, als es nicht einfach sein wird, eine vernünftige Politik auf die Beine zu stellen mit 140 Abgeordneten[1], von denen die meisten absolute Neulinge sind.

1. Ich bedaure, daß es offenbar nicht möglich ist, die sogenannte „große Koalition" zu schaffen. Ich weiß, wie großen Anteil Dr. *Schumacher* an diesem Mißerfolg hat. Die breiteste Basis wäre die beste gewesen. Wir hätten weltanschaulich nichts aufzugeben brauchen; aber innere Ordnung, Flüchtlinge, Preisfragen, vieles andere mehr und schließlich ein Friedensvertrag – das sind Fragen, die kaum mit kleinen Mehrheiten oder in Kampfabstimmungen gelöst werden können[2] – gegen eine sich zweifelsfrei radikalisierende sozialdemokratische Arbeiterschaft. Ich bin der Meinung, daß ein letzter, großzügiger, wenn auch noch so aussichtsloser Versuch der Verständigung gemacht werden sollte, schon um die Schuldfrage festzustellen. Wir sollten den Beweis erbringen, daß wir jedenfalls die Situation nicht allzu parteipolitisch ansehen, etwa unter dem Gesichtspunkt, wie die Partei nach vier Jahren aussehen wird; Deutschlands Schicksal entscheidet sich innerhalb der nächsten vier Jahre.

2. Besonders interessiert mich die Sachlage natürlich vom speziellen Blickpunkt meines Ressorts – nicht meiner Person, die uninteressant ist. Wenn ich auf die schweren Jahre zurückblicke, die ich durchlebt habe, muß ich mit Nachdruck feststellen, daß wir die Zeit des Maisbrotes und der 1000 Kalorien zweifellos ohne eine Explosion der Verzweiflung nicht überstanden hätten, wenn ich nicht für eine enge Verbindung zu den Konsumenten und namentlich zu den Gewerkschaften gesorgt hätte. Ich spreche klar aus, daß ich diesen Weg nie verlassen werde, zumal es ein Trugschluß wäre zu glauben, daß die schweren Zeiten vorüber seien. Im Gegenteil: Alle Dinge verschieben sich in schneller Folge von der Produktion zum Preis. Die Preise auf allen Gebieten sind höher, als die Masse der ärmeren Bevölkerung sie auf die Dauer ertragen kann. Dazu kommt: Angleichung an den Weltmarkt, die Aussicht der Kürzung der *Marshall*gelder[3], alles schwere Gefahrenmomente mit glänzenden Chancen gegnerischer Kritik und Opposition, vielleicht Obstruktion.

---

1 Die CDU/CSU-Fraktion bestand zu Beginn der Arbeit in Bonn aus 139 Mitgliedern.

2 Vgl. die entsprechenden Argumente in den Nrn. 16 und 18.

3 Dazu Nr. 16, Anm. 12.

Ich spreche offen aus: Nur dann wird Agrarpolitik erfolgreich gemacht werden können, wenn sie eine Politik für die Armen ist.

Das durchzusetzen war schon schwer und wird immer schwerer werden. Bitte lesen Sie den Artikel in der „Welt" vom 27. August 1949, hinter dem zweifelsfrei Dr. *Hermes* steht.[4] Ob das mich betrifft, ist wiederum ziemlich gleichgültig. Es würde jeden betreffen, der die von mir für richtig gehaltene Politik weiterbetreiben würde. Damit Sie bei eventuellen persönlichen Entscheidungen auch darüber ganz klar sind[5]: Ich würde nie geneigt sein, in eine egoistische Landbundpolitik alter Art einzuschwenken, die das Hurra der Bauern und die Verzweiflung der Verbraucher zur Folge hätte. Es ist ganz selbstverständlich – und ich sollte es nicht nötig haben, als praktischer Landwirt ein Wort darüber zu sagen –, daß die landwirtschaftliche Produktion aufs höchste angekurbelt werden muß, und nur Böswilligkeit kann behaupten, daß in dieser Hinsicht nicht das Menschenmögliche geschehen sei; aber der heilige Egoismus muß seine Grenzen haben, und die Politik des Amtes kann sich nicht danach richten, was der Bauernverband seinen Leuten gern als eigene Erfolge hinstellen möchte.

Im Gegenteil: Erfolgreiche Agrarpolitik kann nur in erfolgreicher Konsumentenpolitik bestehen. Dazu braucht man in jedem Fall eine Verbindung des Amtes zu den Massen der Konsumenten. Dafür hatte ich bisher Herrn *Podeyn*[6] – erst viel umkämpft, aber allmählich begriffen –. Ob es möglich ist, eine solche Brücke zur Verbraucherschaft über alle Parteipolitik herzustellen, das scheint mir für jeden Träger meines jetzigen Amtes eine unverzichtbare Voraussetzung des Erfolges zu sein.[7]

Das alles in aller Offenheit. Inzwischen verbleibe ich mit verbindlicher Begrüßung

Ihr ergebener
S[chlange]

---

4 Nicht ermittelt.

5 Bezieht sich auf eine etwaige Ernennung *Schlanges* zum Ernährungs- und Landwirtschaftsminister. Zur Kandidatur *Schlanges* für dieses Amt die Nrn. 4, 11 und 17a.

6 Hans *Podeyn* war Generalreferent für Ernährungsfragen in der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; er war SPD-Mitglied und mit *Ollenhauer* befreundet.

7 Antwort Nr. 46.

40.

29. 8. 1949: Der Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Hermann Joseph Schmitt (Köln), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 07.28.

Verehrter Herr Präsident!

Für Ihre freundliche Unterstützung in der Angelegenheit *Heix*, Oberhausen, darf ich Ihnen zunächst auch namens der Katholischen Arbeiter Bewegung Westdeutschlands

herzlich danken.[1] Wir hoffen, daß durch die Mitarbeit des Herrn *Heix* in Bonn unserer und der Sache des Volkes gedient wird.

Sie werden es gewiß verstehen, verehrter Herr Präsident, wenn ich Ihnen nach Rücksprache mit einigen Herren der KAB und mit deren Zustimmung im Hinblick auf die verschiedensten Pressemeldungen über die Koalitionsbestrebungen unsere Sorgen und Überlegungen mitteile in der Erwartung, daß Ihnen diese für die eigene Entscheidung nicht unwichtig sind, wie Sie selbst anläßlich Ihres Besuches bei Dr. *Brüning* in meinem Hause äußerten.[2]

Es scheint uns, daß einige wichtige Tatbestände, wenigstens in der Presse, bei den Koalitionsüberlegungen nicht berücksichtigt wurden. Zweifelsohne zeigt die CDU in ihrer gesellschaftlichen Struktur bereits einen Anfang jenes gesellschaftlichen Ordnungsbildes, das der Kirche von der Quadragesimo anno[3] her vorschwebt. Die FDP dagegen repräsentiert eine klassenmäßige Arbeitsmarktpartei mit Deutlichkeit. Uns scheint eine Gefahr darin zu liegen, daß jene Kreise der CDU, die gesellschaftlich und wirtschaftlich der FDP verbunden sind, den sozial konstruktiven Willen der CDU in einem Maße schwächen können, daß die breiten Schichten, die nicht zuletzt durch den Einsatz der KAB die Christliche Union gewählt haben, sehr enttäuscht werden können. Vielleicht wäre dem zu begegnen, wenn Sie, verehrter Herr Präsident, das Ministerium, das neben dem der Wirtschaft, die Brücken zur Arbeiterschaft erhalten und festigen soll, entsprechend besetzen würden.

Aber auch die Apriori-Absage an die SPD macht uns Sorge. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die SPD keine eindeutige Arbeiterpartei mehr ist. Viel Bürgertum hat in ihr Heimat gefunden. Dadurch zeigt die gesellschaftliche Struktur dieser Partei eine ähnliche Zusammensetzung wie die CDU. Zweifelsohne ist der materialistische Marxismus auch heute noch die ideelle Grundlage dieser Partei und der Ausgangspunkt zum praktischen Handeln. Aber in der soziologischen Zusammensetzung hat sie einen Wandel erfahren, der für eine Zusammenarbeit mit der CDU u. E. Voraussetzungen bietet, die anscheinend durch die im Augenblick vorherrschende planwirtschaftliche Tendenz in der SPD nicht genügend gewürdigt werden. Durch ein Engagement der SPD könnte in deren Reihen sich möglicherweise eine Aufspaltung vollziehen, die einer sozialen Politik der CDU eine nicht zu unterschätzende Hilfestellung böte. Die Opposition im Lande, verehrter Herr Präsident, wird eine andere als die im Parlament sein. Rücken die Einheitsgewerkschaften noch näher an die SPD heran, was zu befürchten ist, dann ist das psychologische Klima für eine Politik der CDU/FDP das denkbar ungünstigste, von dem dann auch die Arbeit im Parlament nicht unberührt bleiben würde.

---

1 Bezieht sich offensichtlich auf die Unterstützung der Bundestagskandidatur von Martin *Heix* durch *Adenauer*. *Heix* hatte im Wahlkreis Oberhausen für die CDU kandidiert und diesen Wahlkreis auch gewonnen. Wahlunterlagen KGParl.

2 Dieses Treffen hat möglicherweise im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 700jährigen Jubiläum der Grundsteinlegung des Kölner Doms am 15. 8. 1948 stattgefunden. Beide Politiker waren in diesen Tagen in Köln, und *Brüning* berichtet in einem Brief an Claire *Nix* vom 5. 9. 1948 von „langen Gesprächen" mit *Adenauer*, die zum Teil bei Hermann Joseph *Schmitt* stattgefunden haben können, mit dem *Brüning* eng verbunden war. Der erwähnte Brief in: Claire Nix (Hrsg.), Heinrich Brüning. Briefe 1946–1960, Stuttgart 1974, S. 139–148.

3 Enzyklika Papst Pius XI. vom 15. 5. 1931.

Ob nicht doch von diesem, u. E. nicht unbedeutendem Gesichtspunkt eine Möglichkeit zu suchen und zu finden wäre, die diese Gefahren ausschaltet!

Seien Sie versichert, verehrter Herr Präsident, daß diese Überlegungen aus ernster Sorge und nicht aus klassenbedingtem Ressentiment kommen![4]

Für Ihre schwere und die Zukunft unseres armen Volkes wichtige Arbeit wünscht Ihnen Gottes Segen

Ihr
Dr. Herm[ann] Jos[eph] *Schmitt*

4 Antwort *Adenauers* Nr. 47.

41.

29. 8. 1949: Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen)

Materialien G. Müller. Handschriftliche Randbemerkung.[1]

Lieber Freund *Müller*!

Ich danke Dir für die Übersendung der Abschrift Deines Schreibens vom 23. August an den Herrn Minister Dr. *Pfeiffer*, München.[2]

Den hier gemachten Ausführungen kann ich nur in jeder Weise zustimmen. Ich selbst habe unmittelbar nach den ersten Veröffentlichungen in zahlreichen Unterhaltungen – zuletzt noch auf dem Rittersturz[3] – meiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß man die Rhöndorfer Besprechungen in dieser Weise der Presse zugänglich gemacht hat, obwohl zu Beginn der Sitzung und auch bei ihrem Abschluß ausdrücklich auf den rein informatorischen Charakter der Konferenz, „die keine Beschlüsse zu fassen hatte", verwiesen wurde.[4]

Wenn auch in den verschiedenen Presseverlautbarungen immer wieder gesagt wird, daß den berufenen Organen – also der neuen Fraktion und der Zusammenfassung der Parteiorganisationen – nicht vorgegriffen werden solle, so kann ja niemand bestreiten, daß die täglichen Erklärungen namhafter Parteifreunde nichts anderes als eine Festlegung dieser erwähnten Gremien darstellen. Man wird abzuwarten haben, wie die Dinge nach dem Zusammentritt der Fraktion[5] weiter verlaufen werden.

Ich selbst habe ebenso wie Du angesichts der Tatsache, daß wenige Stunden nach den Rhöndorfer Besprechungen in Rundfunk- und Presseerklärungen alle Einzelheiten – allerdings einseitig – veröffentlicht

1 Abgedruckt in: Morsey, Weichenstellung, S. 538.

2 Nr. 27.

3 Anläßlich der Ministerpräsidentenkonferenz am 25./26. 8. 1949.

4 Zur nachträglichen Interpretation des Stellenwertes der Rhöndorfer Konferenz durch *Adenauer* die Nrn. 25 und 44, S. 92.

5 Am 1. 9. 1949, Nr. 50.

wurden, den Entschluß gefaßt, zukünftig nur noch an solchen Parteiveranstaltungen teilzunehmen, die durch ihre Zusammensetzung Berechtigung und Auftrag zu Beschlüssen und Entschließungen haben.[6]

Im übrigen hoffe ich, daß wir uns gelegentlich der Besprechungen am 31. 8. und 1. 9. sehen werden.[7]

Mit freundlichem Gruß
Dein
Altmeier

6 So auch *Hilpert*, Nr. 19.

7 Handschriftliche Randbemerkung *Müllers*: „Fraktion und Landesvorstände in Königswinter." Vgl. die Nrn. 44 und 50.

42.

29./30. 8. 1949: Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD in Bad Dürkheim (Auszug)

AdsD, Vorstandsprotokolle.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung (Die politische Situation nach den Wahlen):

Schumacher: Wir haben [in der Bundestagswahl] in allen 11 Ländern Kreise mit Stimmenzuwachs und Stimmenverlust, und nur in einem Land haben wir absolut verloren, nämlich in Schleswig-Holstein.[1] Für die Niederlage sind sowohl lokale Mängel und Mißstände wie auch außenpolitische Momente verantwortlich. Dazu gehört die Demontagepolitik Groß-Britanniens.[2] Die antisozialistische Gruppierung hat im Verhältnis 65 zu 35 gesiegt. – Die sozialistische Partei Belgiens, die sich in einer ähnlichen Situation befindet, ging jetzt ohne Zögern in die Opposition.[3] Wir befinden uns in einer Situation der Mitgliederreduktion[4] und in einer Periode des Absinkens des Lebensstandardes. Ohne Zweifel hat ein großer Teil der Wähler seinen sozialen Interessen entgegenstehende Parteien gewählt und muß nun auch die Folgen tragen.[5] – In der Rhöndorfer Besprechung der CDU haben Gebhard *Müller*, Dr. *Gereke* und Dr. *Hilpert* für die Aufnahme von Koa-

1 In Schleswig-Holstein hatte die SPD in den Landtagswahlen im April 1947 43,8 % der Stimmen erzielt, in den Bundestagswahlen im August 1949 nur noch 29,6 %. Ihr Verlust betrug somit 14,2 %. Potthoff/Wenzel, S. 339, Datenhandbuch Bundestag, S. 45. Vgl. zur Wertung des Gesamtwahlergebnisses für die SPD Nr. 6, Anm. 1.

2 Vgl. Nr. 32 mit Anm. 4.

3 In Belgien hatten am 26. 6. 1949 Kammerwahlen stattgefunden, in denen die Christlichsozialen die absolute Mehrheit knapp verfehlten. Auf die Sozialisten waren etwas mehr als 30 % der Mandate entfallen, auf die Liberalen annähernd 14 % und auf die Kommunisten knapp 6 %. AdG 1948/49, S. 1987 C. Am 11. 8. 1949 bildeten die Christlichsozialen und Liberalen eine Regierung. AdG 1948/49, S. 2038 B.

4 Die Mitgliederzahlen der SPD entwickelten sich von 1949 bis 1953 kontinuierlich rückläufig. 1949: 736218; 1950: 683896; 1951: 649529; 1952: 627817; 1953: 607456. Vgl. Klotzbach, S. 265.

5 So schon die Verlautbarung des Parteivorstandes vom 15. 8. 1949, Nr. 6.

litionsverhandlungen mit der SPD gesprochen.[6] Dagegen erklärte *Pfeiffer*, daß die CSU gegenüber der Bayernpartei nicht mehr bestehen könnte, wenn auch nur der Versuch einer Annäherung an die SPD gemacht würde.[7] – Zu Beginn der deutschen Bundespolitik muß eine eindeutige Erklärung der SPD stehen. Gegen die Oppositionsstellung wird oft die Idee der nationalen Notgemeinschaft angeführt und die Gefahr aufgezeigt, die darin liegt, daß die andere Seite somit allein den gesamten Verwaltungsapparat stellt. Er glaube, daß die Anerkennung dieser Gesichtspunkte die Partei in eine Krise und die Demokratie in Deutschland in Gefahr bringen würde. Unser sachliches Programm soll kein Angebot sein. – Ein anderes Problem sei die Wahl des Bundespräsidenten. Es wurde angeregt, das österreichische System zu übernehmen[8], d. h. die stärkste Partei stellt den Kanzler und die zweitstärkste den Präsidenten. Das würde also bedeuten, daß ein sozialdemokratischer Präsident das gegen die Sozialdemokratie kämpfende Kabinett *Adenauer* zu ernennen haben würde.[9]

Henßler hält die Erklärung *Schumachers*, daß es Genossen gäbe, die mitlaufen wollen, für unangebracht. Noch weniger habe ihm gefallen, daß einige unserer Genossen von Hannover öffentlich abgekanzelt wurden.[10] Die Frage sei, ob wir uns nicht heute trotz Bonn noch näher am Ausgangspunkt 1945 befinden als zuvor. Wir sollten den anderen nicht nachlaufen, aber doch die Schichten ansprechen, die sich innerhalb der CDU in Opposition zur Parteileitung befinden. Es müsse unser Bestreben sein, Rückwirkungen auf die Länderkoalitionen und die Gewerkschaftseinheit zu verhindern. Wir könnten nicht in Bonn die CDU in Grund und Boden verdammen und gleichzeitig in den Länderregierungen zusammenarbeiten.[11] – In bezug auf den Wahlausgang müsse untersucht werden, ob sich nicht besonders die Jugend ferngehalten habe. Er bedauere die persönliche Schärfe, die durch uns in den Wahlkampf getragen wurde, und verweist dabei besonders auf den von Hannover geführten Telegrammkrieg.[12]

Kaisen erklärt, daß ein Anspruch auf Regierungsbeteiligung durch diese Wahl ohne weiteres gegeben sei. Man könne gegen uns eine Rechtskoalition bilden, aber diese dürfe nicht durch uns ausgelöst werden.

Eichler stimmt *Henßler* zu, daß der linke Flügel der CDU für uns gewonnen werden müßte, doch ginge dies nicht auf dem Wege über die große Koalition.

Louise Schroeder führt aus, daß Sie ebenso wie Christian *Stock*[13] sich gleich nach der

---

6 Zur Rhöndorfer Konferenz Nr. 18.

7 Dieses Argument wurde nach Nr. 18 nicht von *Pfeiffer*, sondern von *Strauß* vorgebracht. Vgl. auch die Äußerungen von *Ehard* und *Hundhammer* in Nr. 16.

8 Vorschlag Jakob *Kaisers*, Nrn. 18 und 44, S. 128.

9 Mit diesem Argument hatte *Adenauer* den Vorschlag *Kaisers* gegenüber Gebhard *Müller* abgelehnt, Nr. 33.

10 Bezieht sich auf die Erklärung des Parteivorstandes vom 17. 8. 1949, vgl. Nr. 44, S. 110.

11 Vgl. zu diesen Ausführungen Nr. 14.

12 Dazu ebenda mit Anm. 6.

13 *Stock* hatte sich am 16. 8. 1949 auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden für eine Koalition von CDU/CSU und SPD ausgesprochen und dabei betont, daß die SPD dann zwar einige Wünsche zurückstellen müsse, dies aber immer noch besser sei, als keinerlei Einfluß auf die Regierungsbildung zu besitzen. „Die Welt" vom 17. 8. 1949. Vgl. Alt, S. 84.

Wahl für eine große Koalition ausgesprochen habe.[14] Sie sehe jedoch nun ein, daß es mit der CDU keine Verständigungsmöglichkeit gibt. – In der vorliegenden Erklärung[15] sei zu bemängeln, daß die Forderung auf Einbeziehung Berlins als 12. Land nicht ausführlich genug sei. Die wirtschaftliche Lage der Ostmarkverdiener in Berlin sei verzweifelt. Von uns müßte die Forderung auf einheitliche Verwaltung und Einführung der Westmark in Gesamtberlin erhoben werden. Auch die Ostzone sei entsprechend zu erwähnen. – Wünschenswert wäre, wenn der Bundestag von Paul *Löbe* als Alterspräsident eröffnet würde.[16] – Zu bedenken sei auch, ob die vorliegende Erklärung nicht besser erst nach dem Zusammentreten der Fraktion abgegeben würde.

Schmid spricht sich entschieden gegen die Koalition aus. Er glaube, daß wir in der Opposition größere Chancen haben, sozialdemokratisch inspirierte Gesetze zu erzwingen. – *Francois-Ponçet* äußerte, er glaube, daß *Adenauer* die SPD an sozialen Leistungen überspiele und ihr damit jede Erniedrigung zufügen würde. Ebenso meinte *Schuman*, daß die SPD in die große Koalition gehen solle, um bei der sicherlich bevorstehenden Arbeitslosigkeit[17] die Situation meistern zu können.

Suhr hält die vorgelegte Erklärung für wenig glücklich, da wir die Wähler damit nicht richtig ansprechen. Die Formulierungen sind zu abgegriffen und zu farblos. Das Berlin-Problem müßte konkretisiert werden.

Schoettle meint, daß das Wahlresultat uns zum Ziehen notwendiger Konsequenzen veranlassen müsse. Die Wähler haben zum großen Teil gegen ihr Interesse gestimmt. Wir müßten aber doch erklären, daß wir auch die Interessen dieser Wähler wahrnehmen wollen. Die vorliegende Erklärung bedürfe der Vervollständigung; so sei die Forderung nach einer Steuerreform zu erheben.

Knoeringen erklärt, daß der SPD in Bayern die konstruktive Oppositionsstellung nichts eingebracht habe.[18] Wir sollten fünf oder sechs Programmpunkte formulieren, ohne uns aber gleichzeitig zu bemühen, daß die gegnerische Regierung in den Stand versetzt wird, sie zu verwirklichen.

Görlinger glaubt, daß die SPD durchaus ein Mandat habe, aktiv tätig zu werden. Wir wären verpflichtet gewesen, auch mit *Arnold* und seinem Kreis Verbindung aufzunehmen. Weiterhin müßten wir uns bemühen, unsere Position in den Gemeinden zu festigen.

Schumacher antwortet *Henßler*, daß es doch bei uns Leute gäbe, die mitgenommen werden wollten. Er verweist auf das Memorandum des Genossen *Baurichter*.[19] – Chri-

---

14 Erklärung Louise *Schroeders* am 15. 8. 1949: „Der Ausfall der Wahlen in Westdeutschland zeigt, daß eine ersprießliche, im Interesse Deutschlands unbedingt notwendige Arbeit möglich ist und erzielt werden kann, wenn die beiden stärksten Parteien sich auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zusammenfinden." „Frankfurter Rundschau" vom 16. 8. 1949.

15 Entwurf der Dürkheimer 16 Punkte.

16 Dazu Nr. 61, S. 269.

17 Vgl. Nr. 6, Anm. 7.

18 Die SPD war am 20. 9. 1947 aus der bayerischen Regierung ausgeschieden. Gleichwohl war ihr Stimmenanteil, der in den bayerischen Landtagswahlen vom 1. 12. 1946 28,6 % betrug, in den Bundestagswahlen 1949 auf 22,7 % herabgesunken. Daten und Zahlen nach Potthoff/Wenzel, S. 48 und 334, sowie Datenhandbuch Bundestag, S. 45.

19 Der Düsseldorfer Regierungspräsident Kurt *Baurichter* hatte am 24. 8. 1949 eine mehrseitige

stian *Stock* war als hessischer Verwaltungsleiter nicht berechtigt, sich zur Koalitionsfrage zu äußern. – Es sei noch eine offene Frage, ob es dem *Adenauer*-Flügel gelingen wird, seine Ansicht in der Koalitionsfrage auch in den Ländern durchzusetzen. – Er könne nicht sehen, wie es möglich sein solle, mit der zur Zusammenarbeit bereiten CDU-Minorität eine Koalition zu bilden. Die *Erhard*-Politik in Frankfurt sei doch ein Beweis dafür, was wir von einer CDU-Opposition erwarten können. Die vorliegende Erklärung solle jedoch von einer Kommission noch mal überarbeitet werden. Als Mitglieder dieser Kommission werden vorgeschlagen: *Schmid*, *Eichler*, *Schoettle*, *Suhr*, *Knoeringen* und *Schumacher*. – Zur Frage der Veröffentlichung sei er der Aufassung, daß der Parteivorstand befugt und verpflichtet sei, zur Parlamentspolitik Erklärungen abzugeben. – Er stellt abschließend fest, daß die Mehrheit des Parteivorstands mit der vorliegenden Erklärung, nach Berücksichtigung der Änderungswünsche, als Oppositionsdokument der Partei einverstanden sei.

Henßler wünscht Abstimmung darüber, ob der Parteivorstand der Fraktion diese Erklärung vorwegnehmen darf.

Ollenhauer erklärt, daß gemäß Parteistatut der Parteivorstand die Richtlinien der Politik zu bestimmen habe. In der vorliegenden Erklärung sei keine Rede davon, wie die Fraktion gegenüber der künftigen Regierung zu taktieren habe. In der nächsten Woche würde eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstands, Parteiausschusses, der Fraktion und der Ministerpräsidenten über die künftige Politik beraten.[20]

Henßler stimmt in der Zuständigkeitsfrage *Ollenhauer* zu. Dagegen glaube er, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen in diesem Falle nur gemeinsam mit der Fraktion eine Erklärung abgegeben werden könne.

Suhr stimmt *Henßler* zu. Er schlägt vor, daß der Fraktion in einem Nachsatz zur Erklärung die Handlungsfreiheit bestätigt wird.

Schumacher meint, daß man die Fraktion noch nicht als existent betrachten könne. Völlig klar sei jedenfalls der Auftrag des Parteitages an den Parteivorstand, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.

Henßler und **Kriedemann** kritisieren die Festlegung auf den Preis- und Mietstop.[21]

Ollenhauer stellt nach Abschluß der Diskussion fest, daß bei Berücksichtigung der vorgetragenen Anträge die Erklärung einstimmig angenommen sei.

[. . .][22]

Ausarbeitung unter dem Titel „Betrachtungen zum Wahlausgang" abgeschlossen, in der trotz der von ihm herausgearbeiteten Gegensätze zwischen CDU und SPD in der Wirtschaftspolitik die Schlußfolgerung gezogen wurde, daß die Entscheidung der SPD für die Opposition „in diesem Augenblick ein Fehler" sei, „der vermieden werden müßte". Zur Begründung führte *Baurichter* aus: „Eine Regierung ohne breite parlamentarische Grundlagen würde weder nach außen, noch nach innen über die erforderliche Autorität verfügen, um in der krisenhaften Situation, in der wir uns noch auf Jahre befinden werden, eine sichere und erfolgreiche Führung zu gewährleisten. Eine ausreichende demokratische Regierungsgrundlage ist aber ohne Koalition CDU/SPD nicht möglich [. . .]. Letzten Endes ist die Sicherung demokratischer Freiheiten und Menschenrechte wichtiger als die Figur dieses oder jenes Wirtschaftsministers." AdsD, Sammlung Personalia, Baurichter.

20 Nr. 62.

21 In der Schlußfassung der Dürkheimer Punkte nicht mehr enthalten.

22 Ausgelassen die Tagesordnungspunkte „Innerorganisatorische und innerpolitische Aufgaben der Partei" sowie „Schleswig-Holstein: Regierungsbildung".

[Wortlaut der Erklärung:][23]

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht bei ihrer Politik von der Erkenntnis aus, daß eine lebenskräftige Demokratie nur auf dem Fundament sozialer Gerechtigkeit erbaut werden kann. Nur auf dieser Grundlage wird die deutsche Bundesrepublik ihre Aufgabe erfüllen, die deutsche Einheit zu schaffen und Deutschland in ein neugeordnetes Europa einzugliedern.

Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden, daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.

Die Voraussetzungen für ein gesundes deutsches Staatswesen können nur geschaffen werden, wenn das deutsche Volk folgende Grundsätze im öffentlichen Leben durchsetzt:

1. Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung. Dazu ist die Stärkung der Kaufkraft und die Erhöhung des Reallohnes erforderlich. Abwehr weiterer Preissteigerungen. Umbau des Steuersystems durch Entlastung der kleinen Einkommen.
2. Planung und Lenkung der Kredite und Rohstoffe für Befriedigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs. Ablehnung einer vom bloßen Profitinteresse bestimmten Wirtschaftspolitik.
3. Sozialer Lastenausgleich durch Zugriffe auch auf die Vermögen und nicht nur auf die Erträgnisse der Vermögen.
4. Sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaus unter besonderer Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund.
5. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Seßhaftmachung und Freizügigkeit für die Vertriebenen und Kriegsgeschädigten durch zentrale Maßnahmen. Schaffung eines Flüchtlingsministeriums, zusätzliche Finanzhilfe an die mit Flüchtlingen überbelegten Länder.
6. Neuordnung der Sozialversicherung, des Rentenwesens und der Versorgung der Kriegsbeschädigten mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungen, Hilfe für die Opfer der Diktaturen.
7. Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben und gleichberechtigte Einbeziehung der Gewerkschaften in die Selbstverwaltung der Wirtschaft.
8. Politische und wirtschaftliche Entmachtung des großen Eigentums und der Manager durch Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien.
9. Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes.
10. Sicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung insbesondere durch einen den Gemeindeaufgaben gerecht werdenden Bundesfinanzausgleich.
11. Beschränkung der alliierten Einwirkungen auf bestimmte und reine Kontrollmaßnahmen. Änderung des Ruhrstatuts. Abwehr der Demontage deutscher Friedensindustrien.
12. Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Deutsche Bundesrepublik. Bis dahin schnelle und wirksame Hilfe für Berlin.
13. Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Verbleib des Saargebietes im deutschen Staatsverband. Abwehr neuer Gebietsabtretungen.
14. Unermüdlicher Appell an die moralischen Kräfte der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Frauen. Rückführung der Verschleppten. Kampf gegen Sklavenarbeit in jeder Form und gegen die Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone.
15. Wahrung des im Grundgesetz vorgesehenen Vorrechts des Bundestags gegenüber partikularen Gewalten und Interessen. Die Bundesgewalt muß imstande sein, die äußeren und inneren Kriegsfolgelasten gerecht zu verteilen und die Funktionen des deutschen Staates zu erfüllen.

---

23 Folgender Text nach Sozialdemokratischer Pressedienst vom 30. 8. 1949. Abgedruckt in: Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1980, Bonn [4]1984, S. 193f.

16. Sicherung der Freiheit der Lehre, der Verkündung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung. Bekämpfung des Mißbrauchs kirchlicher Einrichtungen und Personen als Instrumente des politischen Machtkampfes. Abwehr jedes Versuches, die sozialen und politischen Probleme durch Entfachung eines Kulturkampfes zu vernebeln.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft unter Ablehnung jeglicher Art von Nationalismus für die Gleichberechtigung aller Völker und für die Neuordnung Europas. Darum kämpft sie für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit in allen Besatzungszonen, insbesondere der sowjetischen Zone.

Nur diese Politik hält die Sozialdemokratische Partei für möglich und erfolgreich. Sie ist bereit, hierfür mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu kämpfen. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen.

43.

30. 8. 1949: Presseerklärung des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in München vor seiner Abreise nach Bonn

NL Pfeiffer 254. Durchschlag.

Ich habe mich bisher in der öffentlichen Diskussion über die mutmaßliche Zusammensetzung der zukünftigen Bundesregierung bewußt zurückgehalten, da ich der Meinung bin, daß, solange die für die Regierungsbildung im Grundgesetz vorgesehenen Organe noch nicht in Funktion getreten sind, alle diese Gespräche nur einen unverbindlichen Charakter tragen können.[1] Es erscheint mir auch für das Ansehen der neugeschaffenen demokratischen Institutionen nicht gut, wenn der Eindruck entstünde, sie seien durch Gespräche und Verhandlungen, die nur in einem Vorfelde geführt werden können, schon fest gebunden worden, ehe ihre eigene Entstehung überhaupt vollzogen war. Das mag etwas verfassungsdoktrinär klingen, hat aber in diesem Falle eine sehr praktische Bedeutung.

Man hat meine Zurückhaltung einesteils als eine zu starke Distanzierung von der um die Frage der Regierungsbildung allenthalben entbrannten Geschäftigkeit bezeichnet, andererseits tauchte die Befürchtung auf, Bayern könne, weil es sich hier so ruhig verhielte, an die Wand gespielt werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Zusammensetzung dieser ersten deutschen Bundesregierung für die Stellung Bayerns im neugeschaffenen Bundesstaate von allergrößter Wichtigkeit ist.[2] Da die von uns verfolgte Politik nicht auf Protest und Verneinung, sondern auf die Förderung einer konstruktiven föderalistischen deutschen Staatsentwicklung eingestellt ist, müssen wir entschiedenen Wert darauf legen, daß uns in der zukünf-

1 Diese Haltung entsprach der Resolution des Ellwanger Kreises vom 20. 8. 1949, Nr. 16, Anm. 37.

2 Zwei Tage zuvor hatte *Ehard* vor dem bayerischen Senat gefordert, „das Gewicht eines Landes von der Größe Bayerns müsse in einem föderalistischen Staat bei der Regierungsbildung berücksichtigt werden". Aufgrund der ihm bis dato zugegangenen Informationen über die von *Adenauer* vorgesehene Ministerliste hegte *Ehard* Zweifel, ob die bayerischen Interessen genügend berücksichtigt würden. Auch ein Besuch von *Adenauers* Mitarbeiter *Blankenhorn* am 28. 8. 1949 hatte seine Skepsis und kritische Einstellung nicht überwinden können. Vgl. Günther Müchler, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 97f.; Wengst, S. 116.

tigen Bundesregierung eine entsprechende Möglichkeit des Mitwirkens eingeräumt wird. Darum haben wir die Forderung nach einem Ministerium und nach Stellen in den Ministerien erhoben, die für die Gewährleistung einer föderalistischen Linienführung der Bundespolitik im Sinne des Grundgesetzes von Bedeutung sind. Es ist dies eine Forderung, die keineswegs aus einem rein bayerischen Gesichtspunkt erhoben wird.[3]

Meine Meinung über die zweckmäßigste Koalitionsbildung habe ich unmittelbar nach den Wahlen zum Ausdruck gebracht.[4] Es hat sich daran nichts geändert. Wenn ich ein Befürworter der Auffassung bin, daß unter allen Umständen dem in den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Wählerwillen Rechnung getragen werden muß, der sich klar und deutlich gegen eine sozialistisch geführte Regierung aussprach, so verbinde ich damit keineswegs die Vorstellung, daß ein Kampfkabinett gegen die zweitstärkste Partei des Bundestages gebildet werden solle.

Für die Stellungnahme zu einer Regierung ist aber nicht nur ihre personelle Zusammensetzung, sondern in gleichem Maße auch das von ihr in Aussicht genommene Arbeitsprogramm von entscheidender Bedeutung. Bisher hat man mehr von den Personen als von der Sache gehört. Wenn nun die Regierungsverhandlungen in ein konkretes Stadium treten, wird sich das Augenmerk auch auf das Programm richten. Bei der Lage unseres Volkes kann dieses Programm nur ein Notprogramm mit einem stark sozialen Einschlag sein, wobei das Festhalten an einer vernünftigen und erfolgreichen Wirtschaftspolitik immer gleichzeitig auch die beste Sozialpolitik sein wird.[5]

---

3 Vgl. Nr. 17a und b.

4 *Ehards* Haltung in der Koalitionsfrage in den Nrn. 16 und 17a und b.

5 Zu dieser Erklärung meldete die „Frankfurter Rundschau" vom 31. 8. 1949 ergänzend: „Wie wir aus Kreisen der bayerischen Staatskanzlei dazu noch erfahren, beabsichtigt Dr. *Ehard* eine stärkere Einflußnahme der süddeutschen Länder bei der Regierungsbildung als bisher vorgesehen zu erreichen. Besonders wird auf die Besetzung des Finanz- und Innenministeriums des Bundes hingewiesen, wobei eine Besetzung mit Persönlichkeiten gefordert wird, die die Gewähr dafür bieten, daß diese beiden Ressorts nach wirklich föderalistischen Prinzipien geführt werden."

44.

31. 8. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten, Minister und Landtagspräsidenten der CDU/CSU der drei Westzonen in Bonn

ACDP, VIII–001–006/1. Beginn: 17.00 Uhr. Schluß: 22.50 Uhr.

Tagesordnung:

1. Ergebnis der Wahlen
2. Verhandlungen für die Bildung der Bundesregierung

Anwesend waren:

Adenauer, Altmeier, Arndgen, v. Brentano, Blankenhorn, Chapeaurouge, Cillien, Degener, Dörpinghaus, Ehard, Erhard, Fricke, Friedensburg, Fecht, Gronowski, Gereke,

Gengler, Hilpert, Horlacher, Holzapfel, Hofmeister, Hartmann, Kaufmann, Kather, Köhler, Kunze, Lais, Lorberg, Pünder, Rex, Scharnberg, Schröter, Strickrodt, Simpfendörfer, Sträter, Strauß, Sauer, Stübinger, Schreiber, Schlange-Schöningen, Schuberth, Storch, Junglas, Etzel, Quent, Höhnle, Kaiser, Böx, Lubbers, Zimmer.

Dr.Adenauer: Meine Herren! Ich hatte mir erlaubt, für heute einzuladen die Landesvorsitzenden, die Ministerpräsidenten, die Minister und die Landtagspräsidenten unserer Trizone, und zwar zu dem Zweck, daß wir zunächst einmal, ehe wir morgen in der Bundestagsfraktion die schwebenden Fragen besprechen[1], uns hier darüber austauschen und, wenn möglich, eine gemeinsame Linie finden. Die Bundestagsfraktion zählt, wie Sie wissen, 139 Personen. Ein großer Teil von ihnen tritt ganz neu in das politische Leben ein; viele kennen einander noch nicht, und es wird ungemein schwer sein, diese 139 Menschen beim ersten Mal in wirklich gerechter Weise mit den Fragen zu beschäftigen, wenn man ihnen nicht wenigstens gewisse Vorschläge machen kann.

Das ist der Zweck unserer heutigen Zusammenkunft hier. Selbstverständlich ist diese Besprechung vertraulicher Natur. Ob wir nachher der Presse etwas mitteilen, das können wir noch überlegen. Ich möchte eigentlich vorschlagen, das nicht zu tun, und zwar aus sachlichen Gründen, um der Fraktion nicht vorzugreifen. Auf der anderen Seite laufen wir Gefahr, daß der eine oder andere irgend etwas Unvorsichtiges sagt, so daß nachher ganz falsche Meldungen in die Presse hineinkommen. Einige Sachen, die beim ersten Zusammentreten der Fraktion zu erledigen sind, werden wir natürlich der Fraktion selbst überlassen müssen, so die Frage ihrer inneren Organisation. 139 Mann sind ein nicht kleines Parlament. Es wird eine Geschäftsordnung aufgestellt werden müssen; es wird ein Vorstand gebildet werden müssen usw. Ich denke, damit beschäftigen wir uns heute nicht hier, sondern ich schlage Ihnen vor, daß wir heute in erster Linie uns beschäftigen mit einem Überblick über die gegenwärtige politische Situation und, konkret gesprochen, mit der Frage, wie wird die Bundesregierung aussehen sollen oder müssen; wie wird es mit dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler werden. Ich bin der Auffassung, daß man die Frage der Bundesminister hier heute nicht erörtern sollte. Das würde ein zu starker Eingriff sein. Ich bin der Meinung, man wird in der Bundestagsfraktion morgen einen kleinen Ausschuß wählen müssen, um mit ihm diese doch mehr oder weniger heiklen persönlichen Fragen zu erörtern. Dagegen ist die Frage: Bundespräsident und Bundeskanzler von so eminent politischer Bedeutung, daß sie wohl hier in diesem Parteikreis erörtert werden muß.

Wenn ich eben gesagt habe, daß die Bundestagsfraktion über diese Fragen entscheiden muß, so habe ich damit wiedergegeben den formell-rechtlichen Zustand, aber darin sind wir ja wohl alle einig, daß auch die Bundestagsfraktion keine Körperschaft ist, die für sich allein besteht und bestehen kann, sondern daß sie handeln muß im Einvernehmen mit der Partei. Es wird also für die Bundestagsfraktion das Ergebnis unserer heutigen Auseinandersetzung und Besprechung von großer Bedeutung sein.

Nun lassen Sie mich, meine Herren, Ihnen ein Referat erstatten, das ich beginnen möchte mit einem Überblick über das, was sich seit den Wahlen ereignet hat. Ich möchte an die Spitze stellen, daß die Sozialdemokratische Partei, vertreten durch ihren Vorstand, sich sowohl am 15. und 16. wie am 17. August geäußert hat zu der Frage der Regie-

1 Vgl. Nr. 50.

rungsbildung. Die Äußerungen der Sozialdemokraten habe ich Ihnen im Umdruck auf Ihren Platz gelegt.[2] Ich nehme an, daß Sie in der Zwischenzeit davon Kenntnis genommen haben, und daß man nur das eine oder andere davon gleich erörtern muß.

Von unserer Seite aus sind von einzelnen Vertretern, und zwar namhaften Vertretern, der Presse Äußerungen mitgeteilt worden über die zukünftige Bundesregierung. Und hier nenne ich in erster Linie, weil er zeitlich der erste war, den Landtagspräsidenten *Gockeln* von Nordrhein-Westfalen[3], dann Herr Ministerpräsident *Arnold*[4], Herr Minister *Gereke*[5] und, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, auch Herr Minister *Hilpert*.[6] Alle diese vier Herren haben bei ihren der Presse übergebenen Äußerungen im Gegensatz zu den Erklärungen des SPD-Vorstandes im „Neuen Vorwärts" vom 15. 8. und in der „Neuen Zeitung" vom 15. 8. und auch des Büros des SPD-Parteivorstandes vom 17. 8. 49[7] erklärt, daß man doch versuchen müsse, mit der SPD zu einer Verständigung und zur Bildung einer großen Koalition zu kommen. Die Erklärungen der Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes lassen sich dahin zusammenfassen, daß sie erklärt haben, wir werden uns nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn wir das Wirtschaftsministerium bekommen, und Professor *Erhard* ist für uns untragbar.

Durch diese Äußerung sozialdemokratischer Vertreter auf der einen und namhafter Vertreter von uns auf der anderen Seite ist in unserer Wählerschaft eine sehr große Unsicherheit und Unruhe eingetreten, die sich in zahllosen Schreiben und Telefonanrufen bei sehr vielen von uns bemerkbar gemacht hat. Unsere Leute wollten wissen, woran sie seien. Nun hat sich in dieser Situation ebenso wie vorher beim Wahlkampf hinderlich geltend gemacht, daß wir keine einheitliche Partei sind für die drei Zonen und wir daher keine Partei-Körperschaft haben, die das Recht hat, für alle drei Zonen eine Meinung abzugeben.

(Dr. *Zimmer*: Leider!)

---

2 Die Zusammenstellung enthielt einen Auszug aus Nr. 6, *Heines* Erklärung vom 15. 8. 1949 (dazu dieses Dokument, S. 110), Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD vom 17. 8. 1949 zur Erklärung *Stocks* (dazu dieses Dokument, S. 110), Erklärung *Heines* vom 18. 8. 1949 gegen *Erhard* als Wirtschaftsminister, „Kampfansage" *Heines* vom 22. 8. 1949 gegen die geplante Bundesregierung, Erklärung des Parteivorstandes der SPD vom 23. 8. 1949 (Auszug abgedruckt in Nr. 18, Anm. 41), Erklärung *Schumachers* und *Heines* vom 28. 8. 1949, daß sie nicht mehr mit einer großen Koalition rechnen, Erklärung *Heines* vom 29. 8. 1949, in der es hieß: „Die Bildung einer großen Koalition scheiterte an dem bösen Willen *Adenauers* und an der Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Politik als die einzige betrachte, die aus dem gegenwärtigen Chaos hinausführen könne." ACDP, I-021-027 (NL Hilpert).

3 Nach der Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 18. 8. 1949 hatte *Gockeln* am Tag zuvor in Düsseldorf die Hoffnung geäußert, daß die SPD „das Verharren in der Opposition nicht als letzte Möglichkeit" ansehe. Bund und Länder dürften einander nicht „stören". Eine solche Gefahr bestehe aber, wenn eine Partei, die in verschiedenen Ländern die Regierung führe, im Bundesparlament sich in der Opposition befinde. Vgl. Alt, S. 74.

4 Zur Haltung *Arnolds* Nr. 18, Anm. 9, und Nr. 35 mit Anm. 2.

5 Vgl. Nr. 16, Anm. 22. Vgl. ebenfalls Wortmeldung *Gerekes* in diesem Dokument, S. 101.

6 Laut Bericht der Tageszeitung „Die Welt" vom 19. 8. 1949 hatte *Hilpert* zwei Tage zuvor eine „Koalition des Wiederaufbaus" aus CDU/CSU, SPD und FDP als die „richtige Form der zu bildenden Bundesregierung" bezeichnet. Vgl. Alt, S. 74. Zu *Hilperts* Haltung in der Koalitionsfrage auch die Nrn. 16 und 18 und *Hilperts* Wortmeldung in diesem Dokument, S. 115–118.

7 Vgl. Anm. 2.

In dieser Lage erschien es einigen Herren von uns, darunter auch mir, richtig, daß man nicht nun etwa bis zum Zusammentritt der Fraktion warten solle, sondern daß schon vorher ein möglichst nicht großer Kreis zusammenträte, der sich über die Lage austauschte, und wenn man im großen und ganzen zu einer einheitlichen Stellung käme, diese der Öffentlichkeit mitzuteilen, ohne dadurch der Bundestagsfraktion vorzugreifen.

Aus dieser Situation heraus sind wir dann eine Woche nach der Wahl, am 21. August, in meiner Wohnung in Rhöndorf zusammengekommen[8], damit wir möglichst wenig von Kellnern und Journalisten ausgehorcht würden. Der Kreis, der dort zusammentrat, setzte sich zunächst zusammen aus Angehörigen des Wirtschaftsrates und der Wirtschaftsverwaltung, weil ja gerade die Tätigkeit in Frankfurt beim Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat und weil insbesondere der SPD-Vorstand in seinen Erklärungen nach der Wahl ja die Forderung, daß das Wirtschaftsministerium in sozialdemokratische Hände kommen müsse, als die für die Teilnahme der Sozialdemokratie schlechthin entscheidende Frage herausgestellt hat. Dann waren anwesend einige Herren des früheren Parlamentarischen Rates. Das ist ohne weiteres daraus erklärlich, daß sie am Grundgesetz mitgearbeitet hatten und daher in der Lage waren, am besten über die Dinge, die sich an die Wahl anknüpften, zu urteilen. Außerdem waren noch einige Herren hinzugezogen worden aus verschiedenen Ländern der Trizone, damit man möglichst ein Bild über die Meinung in allen Zonen bekommen sollte. Diese Besprechung hat nach den Worten von Herrn *Gronowski*, der daran teilgenommen hat, sich dadurch ausgezeichnet, daß alle Probleme und Fragen mit so vorbildlichem Ernst erörtert worden sind wie in keiner Konferenz, die er in seiner langen politischen Laufbahn mitgemacht habe. Daraus bitte ich Sie doch zu entnehmen, daß das, was als Ergebnis dieser Besprechung dann der Presse übergeben worden ist, Respekt verdient, weil es wirklich das Ergebnis einer außerordentlich gewissenhaften Prüfung gewesen ist.

Ich darf wohl voraussetzen, daß Sie den Wortlaut der Rhöndorfer Entschließung[9] seinerzeit gelesen haben. Ich stelle nur daraus fest, daß in dieser Entschließung mit keinem Wort die Rede von einer großen Koalition gewesen ist, sei es bejahend, sei es verneinend, sondern daß lediglich gesagt worden ist, daß bei der Bildung der Regierung aus dem Ergebnis der Wahl die nötigen Konsequenzen gezogen werden müßten. Ich glaube, ich darf hier sagen, daß wir bei dieser Besprechung mit Ausnahme von ganz wenigen Herren einer Meinung waren. Es waren anderer Meinung die Herren *Hilpert*, *Müller* aus Tübingen und *Gereke*.[10] Aber auch diese drei Herren, meine Freunde, sprachen aus, daß wir unter keinen Umständen die Frankfurter Wirtschaftspolitik verlassen dürften und daß wir unter keinen Umständen Professor *Erhard*, dessen Name nun in der öffentlichen Meinung mit der Frankfurter Wirtschaftspolitik absolut verknüpft sei, fallenlassen dürften, so daß eigentlich der Unterschied in der Auffassung mehr taktischer Natur war. Einige glaubten, man solle doch noch einmal versuchen, mit der Sozialdemokratie eins zu werden, um zu einer großen Koalition zu kommen, auch wenn die Aussichten sehr gering seien, während der weitaus überwiegende Teil der Anwesenden die Auffassung vertrat, wir sollten uns als stärkste Fraktion nicht der Gefahr aussetzen, von der Sozialdemokratischen Partei eine Ablehnung zu bekommen.

8 Vgl. Nr. 18.

9 Nr. 18, Anm. 47.

10 Außerdem *Dichtel* und *Simpfendörfer*. Vgl. Nr. 18.

Ich darf annehmen, daß das, was darauf in der Presse wiedergegeben wurde, im großen und ganzen bekannt ist; es ist, soweit es uns angeht, 3/4 bis 4/5 reiner Schwindel.

Wir haben bei der Besprechung in Rhöndorf dann noch zwei Fragen erörtert, über die ich Ihnen referieren muß, einmal die Frage, ob es nötig sei, mit den Demokraten und mit der Deutschen Partei Fühlung aufzunehmen, ob diese Parteien evtl. bereit seien, mit uns zusammenzugehen. Bis dahin hatte ich weder direkt noch indirekt mit diesen Parteien die Fühlung irgendwie aufgenommen.[11] Diese Fühlungnahme hielt man aber für notwendig in Rhöndorf, damit keine Festlegung insbesondere auch der Deutschen Partei stattfinde. Es war die Rede davon, daß Herr *Blücher* Herrn *Hellwege*, den Vorsitzenden der Deutschen Partei, besucht habe und ebenfalls Herr Dr. *Baumgartner* Herrn *Hellwege*.[12] In Verfolg dieser Rhöndorfer Besprechung habe ich dann vergangenen Freitag[13] mit Herrn *Blücher* eine Aussprache gehabt[14] und habe diese Aussprache gestern nachmittag hier in Bonn fortgesetzt. Herrn *Blankenhorn* habe ich gebeten, Herrn *Hellwege* aufzusuchen in der vorigen Woche.[15] Mit Herrn *Hellwege* werde ich übermorgen hier in Bonn eine Besprechung haben.

Um das vorwegzunehmen, was sich seit der Zeit bezüglich anderer Parteien ereignet hat, darf ich hier folgendes einschieben. Vertreter der Bayernpartei haben mich gestern aufgesucht und mir erklärt, daß sie zwar nicht irgendwie in eine Koalition eintreten würden, daß sie aber bereit seien, unsere Politik, wenn sie in der Richtung einer Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei gehe, zu unterstützen.[16] Heute hat ein Vertreter der Deutschen Rechtspartei – ich war anderweitig beschäftigt – Herrn *Blankenhorn* aufgesucht und hat ihm die gleiche Erklärung gegenüber abgegeben. Was das Zentrum angeht, so habe ich die Gelegenheit wahrgenommen, am letzten Mittwoch auf dem „Rittersturz" – Herr *Gronowski*, es ist nichts passiert, seien Sie ruhig, Sie sehen mich so böse an, ich habe noch nichts gemacht – Fräulein *Wessel*, die derzeitige Vorsitzende der Zentrumspartei, zu fragen, wie sie sich denn die innenpolitische Situation jetzt denke. Darauf hat Fräulein *Wessel* mir erklärt, um mir ein Urteil bilden zu können, müßte ich zunächst wissen, was die CDU denn will. Darauf habe ich gesagt, das will ich Ihnen schriftlich mitteilen. Ich habe ihr dann ein Schreiben übersandt[17] etwa des Inhalts, daß unsere Politik sich gründe auf die Fortsetzung der Frankfurter Wirtschaftspolitik, auf das Ahlener Programm und auf die Düsseldorfer Leitsätze. Auf dieses Schreiben habe ich bisher keine Antwort bekommen.[18] In der Zeitung hat etwas gestanden über den Verlauf einer

11 Vgl. dazu Nr. 18 mit Anm. 13 und Nr. 22 mit Anm. 5.

12 Beide Besprechungen am 19. 8. 1949. Vgl. Nr. 18 mit Anm. 40 und Nr. 22 mit Anm. 6.

13 26. 8. 1949.

14 Dazu die Mitteilung *Wellhausens* an *von Elmenau* vom 26. 8. 1949, wonach bereits verschiedene Besprechungen zwischen *Adenauer* und *Blücher* stattgefunden hätten. Nr. 37.

15 Diese Besprechung hat stattgefunden am 24. 8. 1949 in Hannover, Terminkalender Hellwege. Davor jedoch bereits eine Besprechung am 20. 8. 1949, Nr. 18, Anm. 13.

16 Zu der vorausgegangenen ähnlichen Absprache zwischen Bayernpartei und DP Nr. 18, Anm. 40.

17 Nr. 38.

18 Erfolgte am 3. 9. 1949, Nr. 57.

Vorstandssitzung der Zentrumspartei letzten Samstag[19], ich habe aber weiter noch nichts gehört.

Nun kann ich vielleicht versuchen, Ihnen auseinanderzusetzen, welche Gründe für den weitaus größten Teil der Herren, die in Rhöndorf versammelt gewesen sind, dafür maßgebend waren, daß man versuchen solle, eine Koalition zu bilden mit den Demokraten und mit der Deutschen Partei. Man war sich darüber einig, daß, wenn auch der Wahlkampf selbstverständlich sich auf andere Gebiete erstreckt hat, insbesondere auf kulturpolitischem Gebiet, doch bei der Abstimmung der Wähler die Frankfurter Wirtschaftspolitik eine außerordentlich große Rolle gespielt hat. Und man war sich – ich habe das eben schon in einem Satz hervorgehoben – darüber klar, daß man diese Frankfurter Wirtschaftspolitik, nachdem nun die Wähler in dieser Weise abgestimmt haben, unter allen Umständen fortsetzen müsse. In runden Ziffern haben für eine sozialistische Wirtschaftsform, wenn ich dafür rechne die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, acht Millionen Wähler gestimmt, und dagegen haben gestimmt 13 Millionen Wähler. Man war sich darüber doch klar, daß es demokratisch gehandelt sei, wenn man einem so klar zum Ausdruck gekommenen Willen der Wähler Folge leiste. Man glaubte, daß, wenn man das nicht tue und nach einem solchen Wahlkampf und nach einem solchen Wahlausgang zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierung bilde, [man] bei dem größten Teil unserer ohnehin mißtrauischen Wähler – ich meine jetzt nicht die CDU/CSU-Wähler, sondern den deutschen Wähler überhaupt – zu der Auffassung kommen würde: Diese ganzen Wahlkämpfe, diese ganzen Anrempelungen der Parteien beim Wahlkampf sind im Grunde genommen nur Spiegelfechtereien. Nachher setzen sie sich wieder zusammen und teilen die Posten unter sich aus.

Daher war man allgemein der Auffassung, daß man schon aus diesen allgemeinen Gründen heraus die Konsequenzen aus der Wahl ziehen müsse. Man war sich weiter wohl darüber klar, daß schließlich auf dem wirtschaftlichen Gebiet, das doch für eine längere Zeit entscheidend sein wird für Deutschland, ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, wie die Arbeit in Frankfurt gezeigt habe, unmöglich sei; denn die Arbeit auf dem gesamten Gebiet der Wirtschaft, die jetzt sowohl im Bundestag wie von der Bundesregierung geleistet werden muß, ist ja nichts anderes wie eine Fortsetzung der Arbeit, die in Frankfurt ein und dreiviertel Jahre lang getrieben worden ist. Man glaubte, nachdem nun in Frankfurt während dieser ganzen Zeit die Sozialdemokratie in einer so entscheidenden und entschlossenen Opposition gegen unsere Auffassung gestanden habe, man weder von uns verlangen könne, daß wir unsere Auffassung ändern sollten, noch von den Sozialdemokraten etwas Ähnliches verlangen könnte, sondern daß die logische Konsequenz der Haltung der Parteien im Frankfurter Wirtschaftsrat es mit sich bringe, daß wir den dort eingeschlagenen Weg auch in der Frage der Regierungsbildung weiter fortsetzen müßten.

Eine nicht unerhebliche Rolle hat bei unseren Erwägungen gespielt die Haltung der Sozialdemokratie und insbesondere des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Ich glaube, ungefähr alle, ich kann wohl sagen, alle waren sich darüber einig, daß die Art und Weise, wie Herr Dr. *Schumacher* und unter seiner Leitung die Sozialdemokratische Par-

19 „Die Welt" meldete am 29. 8. 1949, daß der Hauptvorstand des Zentrums unter dem Vorsitz Helene *Wessels* die grundsätzliche Bereitschaft ausgedrückt habe, an einer Regierungskoalition teilzunehmen.

tei den Wahlkampf geführt hat, eine ganz außerordentlich schwere Belastung – von allem anderen abgesehen – für uns sei zur Zusammenarbeit. Das hat mit persönlichen Dingen gar nichts zu tun. Sie wissen, daß Herr Dr. *Schumacher* mich wiederholt in sehr übler Weise persönlich angegriffen hat; Sie wissen, daß er gesagt hat, jedes Wort von mir sei eine Lüge, ich sei der Lügenauer usw. usw., obgleich – das möchte ich hier in allem Ernst Ihnen sagen – alles das, was ich gesagt habe gegenüber der Sozialdemokratie, sowohl in dem Fall *Robertson*[20] wie bezüglich meiner vergeblichen Versuche, mit Herrn *Schumacher* in ein Gespräch zu kommen[21], bis zum letzten Buchstaben der Wahrheit entspricht, und daß die Sozialdemokratische Partei und Herr *Schumacher* sich in einer bedauernswerten Gedanken- und Erinnerungsschwäche schuldig gemacht haben, wenn sie das, was ich gesagt habe, als Lüge bezeichnet haben.

Ich sehe aber von diesen persönlichen Dingen ganz ab, auch eine Partei hat ja schließlich doch eine Ehre. Ich habe Ihnen deswegen einmal zusammenstellen lassen die Ausführungen des Herrn Dr. *Schumacher* über die CDU/CSU im Wahlkampf.[22] Nun kann man in einem Wahlkampf sicher nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, aber was sich hier Herr Dr. *Schumacher* geleistet hat gegenüber der CDU/CSU, das ist, von allem Beschimpfenden abgesehen, der klarste Beweis dafür, daß Herr *Schumacher* und diejenigen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die zu ihm halten, nicht gewillt sind, andere Parteien als berechtigt anzuerkennen, sondern daß sie auf dem Standpunkt stehen, daß nur die Sozialdemokratie eine Daseinsberechtigung hat und alle anderen Parteien demgegenüber ein Nichts sind.

Wir verfolgen die Politik der Sozialdemokratie und insbesondere des sozialdemokratischen Parteivorstandes seit geraumer Zeit sehr sorgfältig und registrieren alle ihre Äußerungen, weil man aus diesen Äußerungen einen sehr sicheren Schluß ziehen kann auf die Mentalität, aus der diese Äußerungen kommen. Keiner von uns wird bestreiten – und ich selbstverständlich bestreite es auch nicht –, daß in der Sozialdemokratischen Partei auch Leute sind, die wirklich demokratisch denken, d. h. die die ehrliche Überzeugung des parteipolitischen Gegners achten; aber wir müssen doch zu unserem großen Bedauern feststellen, daß diese Stimmen in der Sozialdemokratischen Partei verklingen gegenüber den anderen und daß die Sozialdemokratische Partei absolut geleitet wird von Herrn Dr. *Schumacher*, Herrn *Heine*, Herrn *Ollenhauer* und einigen anderen Herren, und daß diejenigen, die anders denken, entweder sich anbequemen dem Herrn *Schumacher*, so z. B. Carlo *Schmid*, oder daß, wenn sie es wagen, wie der Ministerpräsident *Stock* von Hessen, einmal etwas zu sagen, sie sofort einen auf den Mund bekommen, indem gesagt wird, das ist nur eine private Meinung, maßgebend ist lediglich das, was der Parteivorstand sagt.[23]

Das waren im großen und ganzen die Erwägungen, die es dem weitaus größten Teil der

20 Bezieht sich auf das Telegramm *Adenauers* an den Parteivorstand der SPD vom 28. 7. 1949, in dem *Adenauer* mitteilte, daß nach seinen Informationen die SPD am 14. 4. 1949 durch *Robertson* über die nachgiebige Haltung der Alliierten in der Auseinandersetzung über das Grundgesetz unterrichtet worden sei. Adenauer 1, S. 220. Hierzu auch Hans-Jürgen Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ, 26. Jg. (1978), S. 409ff.

21 Dazu ausführlich Nr. 25.

22 Vgl. Nr. 18, Anm. 26.

23 Erklärung *Stocks* Nr. 42, Anm. 13. Zur Reaktion des Parteivorstandes der SPD hierauf S. 110.

anwesenden Herren für unmöglich erscheinen ließen, in eine Koalition mit der Sozialdemokratie hineinzugehen.

Es kam dann noch eins hinzu, aber ich möchte ausdrücklich betonen, daß das, was ich jetzt sage, erst ganz zum Schluß der Erörterung gesagt wurde und nicht entscheidend war für die vorher von 9/10 der Anwesenden ausgesprochene Meinung. Der Generalsekretär der CSU, Herr *Strauß*, erklärte, daß aus inneren Gründen in Bayern heraus die CSU-Abgeordneten, wenn wir eine Koalition mit der SPD abschlössen, nicht einer gemeinsamen Fraktion beitreten würden.

Lassen Sie mich dazu bemerken, daß das, was Herr *Strauß* gesagt hat, nicht nur vom Vorsitzenden der CSU, Herrn Dr. *Ehard*, in Bayern bestätigt worden ist, sondern daß es seine indirekte Bestätigung gefunden hat durch eine Bemerkung, die gestern Herr *Seelos*, der Vorsitzende der Bayernpartei-Fraktion im Bundestag, mir gegenüber gemacht hat. Als Herr *Seelos* gestern bei mir war, kam die Rede auf die Möglichkeit einer großen Koalition, d. h. einer Koalition mit der SPD. Darauf sagte *Seelos*: So sehr ich aus innenpolitischen, parteipolitischen Gründen das begrüßen müßte, weil wir dann der CSU in Bayern einen ganz außerordentlich großen Schaden zufügen könnten, so muß ich doch als Deutscher sagen, nachdem ich in Frankfurt alles das gesehen habe mit der SPD, daß ich das als Deutscher außerordentlich bedauern würde, weil nichts bei dem Ganzen herauskommen und eine solche Bundesregierung steril sein würde.

Nun bitte ich Sie, meine Herren, bei der Prüfung der ganzen Sachlage auch noch folgenden Gesichtspunkt nicht aus den Augen zu lassen. Wir haben ja nicht eine absolute Mehrheit in diesem Bundestag. Wir können also nicht eine Politik hundertprozentig so machen, wie wir es am liebsten möchten, sondern wir sind zwar die stärkste Fraktion, aber wir müssen koalieren mit anderen, um eine tragende Mehrheit zu haben. Jede Koalition ist natürlich kein Idealzustand, sondern ein Übel. Für uns müssen wir die Frage daher so stellen: Was ist für uns das größere Übel, die Koalition mit der Sozialdemokratie oder eine Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei. Wir waren uns alle darüber einig, daß wir dazu berufen seien, eine außerordentlich soziale Politik zu treiben. Es ist deswegen für uns sehr wichtig, ob wir eine soziale Politik betreiben können mit der FDP und der Deutschen Partei. Ich habe darüber mit Herrn *Blücher* ausgiebig gesprochen, und zwar sowohl bei der ersten wie gestern bei der zweiten Unterredung. Herr *Blücher* ist sozial ein sehr aufgeschlossener Mann. Das ergibt sich aus seinem ganzen Werdegang. Er war Leiter von gemeinnützigen Baugenossenschaften und ist ein absolut sozial eingestellter Mann. Selbstverständlich muß man sich darüber klar sein, daß in der FDP auch Kräfte sind, die – nun, ich will mich mal so ausdrücken – stark unternehmerische Tendenzen haben, aber auch diese Elemente in der Demokratischen Partei sind nach meiner Auffassung sich über eines vollständig klar: Wenn wir zu einer Koalition mit der FDP und der DP kommen und wenn wir dann nicht in den nächsten vier Jahren auch auf sozialem Gebiete etwas ganz Außerordentliches leisten, dann wird nach vier Jahren die Sozialdemokratie an die Macht kommen. Deswegen glaube ich, daß auch diese Elemente in der Demokratischen Partei, die, wie ich eben sagte, stark unternehmerische Tendenzen haben, in Erkenntnis dieser Sachlage sich bemühen werden, mit uns zusammen eine Politik zu machen, die uns sichert, daß wir bei der nächsten Wahl mit sozialen Erfolgen aufwarten können.

Ich bitte Sie also nochmals, meine Herren, sich immer bei alledem vor Augen zu halten, daß wir die Wahl zu treffen haben zwischen zwei Übeln, einem größeren und einem klei-

neren Übel. Da muß ich nun sagen auch gegenüber gewissen Besorgnissen, die hier und da laut geworden sind über ein Zusammengehen mit den Demokraten, Besorgnisse auf kulturellem Gebiet, daß doch die Demokraten, auch wenn sie auf kulturellem Gebiet in manchen Fragen anders denken wie wir, sehr viel uns näher stehen als die Sozialdemokraten. Wir haben im Parlamentarischen Rat beim Grundgesetz alles das, was dort aufgenommen worden ist in die Grundrechte und in die übrigen Bestimmungen und was das kulturelle Gebiet in unserem Sinne enthält, nur aufnehmen können gegen die Stimmen der Sozialdemokraten mit Hilfe der Stimmen der Demokraten.

Ich darf in dem Zusammenhange hier besonders betonen, daß jetzt im Parlamentarischen Rat zwei Sprecher der Sozialdemokratie die Ehe und Familie restlos preisgegeben und als überholt erklärt haben, daß sie den Schutzartikel für Ehe und Familie im Grundgesetz zu streichen beantragt haben[24], so daß ich also glaube, auch als auf christlichem Boden stehender Mensch kann ich ein Zusammengehen mit den Demokraten, geschweige denn mit der Deutschen Partei, die auf dem Gebiete genauso denkt wie wir, sehr viel eher verantworten als ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei.

Ich glaube also, aus dem Gesichtspunkt heraus braucht man keine Befürchtungen zu hegen.

Nun, meine Freunde, ein Wort zur Frage Bundespräsident/Bundeskanzler. Ich kann annehmen, daß wenigstens einem Teil von Ihnen die wichtigsten Bestimmungen des Grundgesetzes inzwischen bekanntgeworden sind (Heiterkeit), aber ich darf doch in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß zweifellos den größten Einfluß in politischer Hinsicht der Bundeskanzler hat, und zwar deswegen, weil er die Richtlinien der Politik bestimmt und weil er die Minister dem Bundespräsidenten zur Ernennung vorschlägt. Er muß gewählt werden vom Parlament. Der Bundespräsident hat das Recht vorzuschlagen. Wenn man die Stellung des Bundespräsidenten und die Stellung des Bundeskanzlers miteinander vergleicht, so ist zweifellos die Stelle des Bundespräsidenten die höhere, auch die repräsentabelere, aber die Stelle des Bundeskanzlers ist nach jeder Richtung hin bei weitem die wichtigere, auch die verantwortungsvollere.

Es kam noch eins hinzu, was man auch berücksichtigen muß, daß man möglichst erreichen müßte, daß der Bundespräsident nicht unter heftigem Widerstand der Sozialdemokraten gewählt werden sollte, und daß man es unter Berücksichtigung all dieser Umstände es für richtiger hielt, den Demokraten zu sagen, wir sind bereit, einen Bundespräsidenten in der Person des Herrn *Heuss* zu wählen unter der Voraussetzung, daß wir den Bundeskanzler stellen. Das zu dieser Frage.

Dann noch ein Wort zur Rückwirkung des etwaigen Zustandekommens einer solchen Bundesregierung auf die Koalitionen in den Ländern. Man war sich darüber einig, daß keine Konsequenzen daraus zu ziehen seien in den Ländern. Nur für den Fall, daß in den Ländern nun durch sozialdemokratische Koalitionspartner die Politik der Bundesregierung lahmgelegt oder außerordentlich erschwert würde, müßte man in den Fällen mit dem Koalitionspartner ein deutliches Wort sprechen, das übrige aber dem Lauf der Entwicklung überlassen.

Sie können sich die Tragweite der Entscheidung, die wir zu fällen haben, gar nicht groß genug vorstellen für Deutschland und auch für unsere Partei. Diese erste Bundesregierung wird die Organisation der Bundesregierung schaffen, sie wird die Beamtenstellen

24 Forderung der Abgeordneten *Bergsträsser* und *Menzel*. Vgl. Entstehungsgeschichte, S. 94.

besetzen. Was das bedeutet, was das insbesondere negativ für uns bedeuten kann, das wissen wir alle aus den Ländern zur Genüge.

Wir sind der Auffassung, daß nachdem wir nun als stärkste Partei gegen die Erwartungen der Sozialdemokraten und auch gegen die Erwartungen des Auslandes hervorgegangen sind, wir auch eine europäische Aufgabe zu erfüllen haben. Diese Bundesregierung wird maßgeblich beteiligt werden müssen an dem Aufbau des neuen Europas. Es ist auch für Europa von größter Bedeutung, ob diese Bundesregierung ausgesprochen eine christliche Grundlage hat oder nicht. Wenn man sie zur Hälfte zusammensetzt aus Sozialisten und aus Christlichen Demokraten, dann wird man auch da nicht mehr von einer christlichen Grundlage sprechen können. Wir würden dann beim Aufbau Europas nicht mit der vollen Kraft unserer Überzeugung zu den christlichen Teilen dort stoßen können.

Ein weiterer Gesichtspunkt war der: Wenn wir eine Regierung bilden, so muß sie hoffen lassen, daß sie positiv arbeitet in dem Sinne, wie bis jetzt in Frankfurt gearbeitet worden ist, damit wir auch die amerikanische Hilfe eher bekommen, als wenn wir das nicht tun. Daß wir ohne die amerikanische Hilfe hier eben nicht leben können, das bedarf keiner weiteren Ausführung.

Und endlich sind wir der Auffassung gewesen, daß wir in diesen vier Jahren, wenn wir die Frage so lösen, wie das in Rhöndorf der größte Teil wollte, die Sozialdemokratische Partei zu einer Regenerierung bringen müssen, daß wir ihr klar machen müssen, daß auch andere Parteien auf der Welt sind, die ein Recht haben zu leben, und nicht nur allein die Sozialdemokratische Partei, und daß wir all das Treibholz, das bisher zur Sozialdemokratie gestoßen ist, weil man allgemein geglaubt hat, die Sozialdemokratische Partei ist die Partei der Zukunft, mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen von der Sozialdemokratie wegbringen müssen und hoffentlich stärker mit uns zusammenbringen können, damit es eben kein Treibholz mehr ist, sondern damit es dann wirklich überzeugte Parteiangehörige werden.

Zweifellos würde im Parlament eine Bundesregierung, wenn sie eine große Mehrheit für sich hat, in mancher Beziehung es viel leichter haben. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, sondern es kommt darauf an, was an positiver Arbeit geleistet werden wird. Und da brauche ich Ihnen nur das zu sagen – dann haben Sie es in der krassesten Form, was das Ergebnis sein würde, wenn wir eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingingen –, was einer der Vertreter dieser Koalition, ein Mann von uns, vorschlug. Er sagte: Nun, dann macht man das eben so, daß der Wirtschaftsminister einer von uns wird, und der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium wird ein Sozialdemokrat. Nach meinem Empfinden ist das das Schlechteste, was man überhaupt machen könnte. Denn das würde wirklich bedeuten, daß das Kind schon bei der Konzeption getötet würde. Und nun meine ich, die CDU/CSU muß sich endlich einmal davon loslösen, daß man nicht ohne Sozialdemokratie in der Welt auskommen kann. Einer von uns, ich weiß jetzt nicht wer, hat das Beispiel gebraucht: Viele CDU-Leute säßen immer da wie Kaninchen vor der Klapperschlange und starrten gebannt darauf, was die Sozialdemokratie tun wird. In einer Zeit wie der unsrigen ist Selbstbewußtsein und ein starker Wille auch für eine Partei entscheidend. Ich glaube, wir müssen, nachdem wir diese Verantwortung durch die Abstimmung der Wähler bekommen haben, selbstbewußt sein und Kraft zeigen und den Weg gehen, den wir bei der Gründung uns vorgenommen haben zu gehen.

Damit möchte ich vorläufig meine Ausführungen schließen. Ich schlage Ihnen vor, daß die taktische Frage, soll man versuchen, mit der Sozialdemokratie in ein Gespräch zu

kommen oder nicht, vorläufig zurückgestellt wird, weil augenblicklich Herr Dr. Kurt *Schumacher* eine Pressekonferenz abhält[25], in der der Presse mitgeteilt wird das Ergebnis der Beratungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die heute nachmittag stattgefunden hat. Wahrscheinlich wird das Ergebnis dessen, was Dr. *Schumacher* dort der Presse mitteilt, auch für unsere Diskussion von Bedeutung sein. Wenn Sie damit einverstanden sind, stellen wir diese Frage vorläufig zurück und beschränken uns auf die Kardinalfrage: sollen wir eine Koalition mit der SPD machen oder mit den Demokraten und der Deutschen Partei. Herr *Blücher* hat mir gestern gesagt, wenn Sie eine Koalition mit der SPD machen, wird sich die FDP an dieser Koalition nicht beteiligen; dann werden Sie also mit den Sozialdemokraten allein sein, vielleicht, daß das Zentrum hinzukommt, das weiß ich nicht.

Bitte halten Sie sich dann die Ziffern vor Augen. Wenn dann die CSU nicht mit uns geht, dann würden in dieser Koalition 132 Sozialdemokraten 124 CDU-Leuten gegenüberstehen. Und wie das unsere Wähler auslegen würden, nachdem wir urbi et orbi erklärt haben, wir sind als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen, das kann sich jeder von uns ausmalen.

(Beifall)

(Es entsteht zunächst eine Pause von etwa zwei Minuten, dann meldet sich als erster Diskussionsredner Herr *Scharnberg*, Hamburg.)

Scharnberg: Ich glaube, zu der Frage einer etwaigen Koalition mit der SPD ist lediglich zu sagen, sie wird wohl allgemein abgelehnt, sonst hätte sich jemand zu Wort gemeldet. Ich möchte deshalb bitten, mir zu gestatten, ein Wort zur DP zu sagen.

Die Deutsche Partei hat sich ad hoc in einer Weise gezeigt, die doch beachtenswert ist. Sie hat in Hamburg zunächst einmal den Wahlkampf unter der Flagge schwarz-weiß-rot geführt; sie hat mit einem ungeheuren Aufwand an Mitteln die ganze Stadt schwarz-weiß-rot plakatiert, obwohl sie im Parlamentarischen Rat durch ihren Vertreter, Herrn *Seebohm*, die erste meines Wissens war, die die Farbe schwarz-rot-gold beantragt hat.[26] Sie ist auch soweit gegangen, daß sie jedenfalls die Politik von Ihnen, Herr *Erhard*, angegriffen oder sie zumindest außerordentlich stark kritisiert hat. Die Leute haben sich damit an den – soweit er noch vorhanden ist – Naziklüngel gewandt, und zwar mit Erfolg. Sie haben 120000 Wähler, immerhin eine beträchtliche Anzahl von den insgesamt etwa 950000, die in Hamburg gewählt haben, gewonnen.[27] Es sind das zweifellos Elemente, die sich zusammensetzen aus jungen verärgerten Offizieren, die im Grunde genommen noch der Meinung huldigen, es wäre wunderschön mit dem Nationalsozialismus gewesen, wenn der Nationalsozialismus nicht solche Fehler gemacht hätte, also eigentlich Leute, die in ihrer Auffassung nun wirklich unserer christlichen Auffassung von der Würde des Menschen absolut zuwiderlaufen.

Nun bin ich mir darüber klar, daß die Deutsche Partei dieses Gesicht nur in den Randgebieten gezeigt hat. In Schleswig-Holstein war es nicht viel anders; in Bremen wird es auch nicht viel anders gewesen sein, in Wolfsburg usw. Im Zentrum der Deutschen Partei, also

---

25 Nr. 45.

26 Dies trifft nicht zu. Zur Genesis des Artikels 22 GG und der Haltung der einzelnen Parteien hierzu Entstehungsgeschichte, S. 211ff.

27 Auf die DP waren in Hamburg 118583 Stimmen entfallen, was 13,1 % bedeutete. Kaack, S. 197.

in dem Gebiet, wo eigentlich die ursprüngliche Niedersächsische Landespartei zu Hause war, ist es wohl nicht so gewesen. Die Leute werden so angesehen: Sie haben eben zwei Gesichter. Die Frage ist, was macht Herr *Hellwege*, der Vorsitzende, dazu. Ich persönlich neige zu der Auffassung, daß Herr *Hellwege* diese Linie, die in den Randgebieten verfolgt wird, stillschweigend duldet, vielleicht sogar innerlich begrüßt, indem er sich sagt, die Deutsche Partei in ihrer alten Struktur, wie wir sie kennengelernt haben im Wirtschaftsrat, ist ja im Grunde genommen eigentlich gar nichts anderes als die CDU. Sie ist also gewissermaßen fusionsreif. Wenn ich aber als selbständige Partei existieren will, muß ich eine neue Linie finden. Und die neue Linie findet er unter dem nunmehr existenten Verhältniswahlrecht. Vielleicht wird er sich sagen, wir brauchen eine rechtsradikale Partei, und er macht den Versuch. Die Frage ist, ob man sich mit diesen Leuten, nachdem sie in den Randgebieten dieses Gesicht gezeigt haben, in eine Koalition setzen soll. Ich habe sehr schwere Bedenken.

Man muß die Sache rein nüchtern betrachten, nämlich unter dem Gesichtspunkt: Kann man sie neutralisieren und kann man sie nüchtern machen, indem man sie in die Regierung hineinnimmt, oder gelingt es nicht. Ich möchte sagen, das kann man sich eigentlich an den Knöpfen abzählen; eine gewisse Gefahr liegt darin. Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, daß man, wenn man Koalitionsverhandlungen mit der Deutschen Partei führt, ich sie nicht allein vom Hamburger, sondern auch vom Bundes-Gesichtspunkt aus geregelt hätte. Wir haben in sieben Wochen in Hamburg Bürgerschaftswahlen.[28] Die Zahlen in Hamburg sind so, daß die Sozialdemokratie in der letzten Wahl[29] 39,6 % und die CDU und FDP demgegenüber 35,5 % der Stimmen bekommen haben, die Deutsche Partei 11,8 %.[30] Nun haben wir in Hamburg ein anderes Wahlrecht.[31] Wir haben im Grundsatz Mehrheitswahlrecht, welches sich so auswirkt, daß alle Stimmen, die nicht in der direkten Wahl zum Zuge kommen, nur 30 % auf der Reserveliste wert sind. Hamburg würde, wenn es nicht gelingt, mit der Deutschen Partei irgendwie in Hamburg klarzukommen, bei der Bürgerschaftswahl einen sozialdemokratischen Senat haben, d. h. eine Differenz von sechs Stimmen im Bundesrat. Wenn wir mit der Deutschen Partei in Hamburg zusammengehen könnten, dann ist es totensicher, daß diese drei Parteien dann das Heft in Hamburg in die Hand bekommen. Es ist aber für uns wie für die FDP in Hamburg außerordentlich schwierig, mit der Deutschen Partei zusammenzugehen; denn wir können es technisch nur so machen, daß wir einzelne Wahlkreise der DP und andere den Demokraten überlassen, und die übrigen übernimmt die CDU. Wir müssen also unsere Wähler in bestimmten Wahlkreisen veranlassen, diese Leute von der DP zu wählen. Ich sehe da noch große Schwierigkeiten, ob die Wähler uns mit einer solchen Wahlparole folgen, wenn es uns hier nicht gelingt, die DP dazu zu bringen, daß sie irgendeine Erklärung von ihrer zentralen Stelle abgibt, nach der sie von diesem nationalistischen Rummel, der in Hamburg gemacht wurde, abrückt. Wenn wir das haben, werden wir mit der Deutschen Partei zusammengehen können.

Ich würde also dringend darum bitten, daß die Verhandlungen mit Herrn *Hellwege* auch unter dem Gesichtspunkt Hamburgs geführt werden; denn die Hamburger Frage ist nicht eine lokale, wie ich schon sagte, sondern eine Frage von sechs Stimmen Differenz.

---

28 Am 16. 10. 1949.

29 Gemeint ist die Bundestagswahl.

30 Falsche Zahlenangabe, vgl. Anm. 27.

31 Vgl. Potthoff/Wenzel, S. 324.

Dr.Adenauer: Das Wort hat Herr *Gereke*.

Dr. Gereke: Zunächst darf ich eine kurze Feststellung machen, Herr Dr. *Adenauer*, Sie nannten vorhin die vier CDU-Leute *Gockeln*, *Arnold*, mich und *Hilpert* in dieser Reihenfolge, von denen Sie meinten, sie hätten in Interviews Erklärungen abgegeben, die sich für eine sogenannte große Koalition einsetzen.[32] Ich darf dazu feststellen: Ich habe für meine Person überhaupt nur ein einziges Interview nach der Wahl abgegeben, das auch in den „Hannoverschen Neuesten Nachrichten" abgedruckt wurde und hinter dem von Ihnen persönlich abgegebenen ersten Interview steht. Zu meiner Freude konnte ich feststellen – ich habe das Belegexemplar leider nicht bei mir, aber Dr. *Kather* kann es bestätigen –, daß diese Erklärungen dem Sinne nach durchaus nicht voneinander abweichen. Ich habe lediglich zusätzlich vielleicht ein weiteres Wort über die unabhängigen Flüchtlinge gesagt, und ich glaubte, das gerade als Flüchtling bei den besonderen Verhältnissen in Niedersachsen tun zu sollen. Im übrigen habe ich wohlweislich keinerlei Interviews abgegeben. Ich weiß nicht, ob es die anderen Herren getan haben. Wenn ich jetzt z. B. in der „Zeit" unter der Überschrift „Weißer Rabe" abgebildet bin, so sind das Dinge, die ohne mein Wissen gemacht worden sind. Ich wollte das zur Klarstellung sagen.

Ich habe in dem geschlossenen Rhöndorfer Kreis damals, wie Sie selber wissen, erklärt, und zwar mit den Kollegen *Hilpert* und Dr. *Müller*, daß wir auch unter der taktischen Berücksichtigung der Lage ein Gespräch mit der SPD für richtig hielten.[33] Sie haben aber gewünscht, Herr Dr. *Adenauer*, daß wir über diese Frage zunächst nicht sprechen sollten, weil wir die Pressekonferenz[34] abwarten wollen. Dem wollen wir selbstverständlich entsprechen. Wir werden vielleicht nach der Pressekonferenz etwas Näheres darüber noch hören, wie sich die SPD verhalten hat. Sie glaubten, daß man in der Hauptsache zunächst heute sprechen sollte über den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten.

(Dr. *Adenauer:* Nein!)

Sie sagten, daß nicht über einzelne Ressorts gesprochen werden soll . . .

Dr.Adenauer (unterbrechend): Das ist ein Mißverständnis, Herr *Gereke*. Ich habe folgendes sagen wollen: Über die Frage, ob man noch einen Ausschuß machen sollte für die SPD, sollte man jetzt nicht sprechen, bis wir hören, was dort gesagt worden ist, aber über die Frage an sich und die Zusammensetzung der Regierung selbstverständlich.

Dr. Gereke: Dann darf ich also diese ganzen taktischen Betrachtungen zunächst ausschalten und mich kurz mit dem in meinen Augen wichtigsten Amt beschäftigen. Ich bin durchaus der von Ihnen vorgetragenen Meinung, daß das Amt des Bundeskanzlers das politisch weitaus wichtigste ist. Ich glaube auch, alle Anwesenden der von Ihnen erwähnten Rhöndorfer Besprechung und auch wohl die heute hier Anwesenden werden darüber keiner verschiedenen Meinung sein, daß dieses Amt mit dem Prominentesten aus unserem eigenen Kreise besetzt wird. Ich glaube also, man braucht diese Frage: *Adenauer* = Bundeskanzler nicht weiter zu debattieren, wohl aber erscheint es mir sehr fraglich, ob es auch mit Rücksicht auf die kommenden Koalitionsverhandlungen mit DP und FDP richtig ist, der drittstärksten Partei nun so ohne eine dringende Notwendigkeit das Amt des Bundespräsidenten zu überlassen.

32 Vgl. Nr. 16, Anm. 22.

33 Vgl. Nr. 18.

34 Von Kurt *Schumacher*. Vgl. Nr. 45.

Sie haben, Herr Dr. *Adenauer*, ausgeführt, und ich stimme dem absolut bei, daß wir als die stärkste Partei nun auch den Mut haben müßten, die volle Verantwortung zu übernehmen, und daß diese Politik im ganzen gesehen eine Fortführung der Frankfurter Wirtschaftspolitik sei. Ich sehe keinen Grund, gerade auch mit Rücksicht auf die Stimmung in unseren Wählerkreisen, weswegen man das Amt des Bundespräsidenten dem wohlverstandenen Vorsitzenden der drittstärksten Partei übergeben sollte. Sie haben in Rhöndorf, wenn ich mich recht entsinne, als einen der Gründe – nicht den wichtigsten, aber als einen der Gründe –, weswegen Sie glauben, gerade sich für das Amt des Bundeskanzlers entscheiden zu wollen, mit angeführt, daß es nie gut sei, wenn der offizielle Vorsitzende einer Partei nun auch das Amt des Bundespräsidenten übernehme, sondern es wäre, wenn ich mich recht entsinne, auch Ihrer Ansicht nach wichtiger, wenn das kein so ausgesprochener Parteiexponent, sondern mehr ein aus der eigentlichen Parteiorganisation losgelöster Mann sei, der nun schließlich eine gewisse Verständigungsmöglichkeit auf andere Gruppen haben müsse. Es entspricht das auch durchaus den früheren Gepflogenheiten, und es sollte deswegen in meinen Augen der künftige Bundespräsident eine Persönlichkeit sein, die nicht so ausgesprochen eine Partei, besonders nicht die drittstärkste Partei, repräsentiert. Es sollte eine Persönlichkeit sein, zu der wir als Christlich Demokratische Union auch auf kulturellem Gebiet ein absolut weitgehendes Vertrauen haben.

Ich muß schon sagen, es würde auch nach Ihren eigenen damaligen Darlegungen notwendig sein, daß, wenn der Bundeskanzler in Ihrer Person ein Repräsentant der katholischen Konfession ist, der Bundespräsident ein Repräsentant der evangelischen Konfession wäre. Ich würde es für durchaus wünschenswert halten, wenn dieser Posten von einem Mann aus unserer Partei besetzt würde, der in der Lage ist, eine gewisse Brücke zu schlagen zu den 12 Millionen Wählern, und eine gewisse starke Repräsentation auf den gesamtdeutschen Staat hat.

Ich bitte nun unsere Freunde aus Süddeutschland, mir diese offenen Worte nicht zu verargen. Wir werden doch zum Teil sachlich zu Unrecht deswegen angegriffen, aber in der Praxis wird man die künftige Bundesregierung von anderen Seiten, vielleicht auch von der SPD, ganz bestimmt von den anderen Zonen her ansehen als eine Regierung aus dem südwestdeutschen Raum. Ich glaube einer solchen – wir wollen ja alle das gesamte Deutschland – Agitation würden wir am besten widerstehen können, wenn wir eine Persönlichkeit als Repräsentant des gesamten Deutschlands ansehen könnten.

Man sollte auch nicht die Frage des Bundespräsidenten, der doch etwas herausgelöst sein soll, zu sehr verquicken mit der augenblicklichen Zusammenstellung der Regierung; denn es ist zeitlich so: Zunächst wird der Bundespräsident gewählt, dann der Bundeskanzler, und dessen Aufgabe ist es, die Regierung zusammenzustellen. Dann muß er sich eine Mehrheit suchen. Ich bin überzeugt, diese Verhandlungen müssen so geführt werden, daß er dafür unter allen Umständen eine Mehrheit hat, gleichgültig wie dieser Bundespräsident heißt. Ich muß allerdings sagen, es erschiene mir persönlich außerordentlich wertvoll, wenn der Bundespräsident mit einer breiteren Mehrheit gewählt werden könnte wie das zu bildende Bundeskabinett. Wenn es also möglich wäre, sich über die Person des Bundespräsidenten wenigstens auch mit der SPD zu unterhalten, so würde ich das im Interesse auch des Bundespräsidenten gegenüber dem Ausland für einen absoluten Vorteil ansehen.

Es ist nicht gut, wenn wir uns heute schon auf Herrn Professor *Heuss* festlegen. Einmal

haben wir gewisse kulturelle Bedenken gegen ihn, zum anderen bin ich der Ansicht, wenn wir schon nach diesem Wahlerfolg doch gegenüber allen Wählern die volle Verantwortung tragen werden, dann sollte man auch den Mut haben, einen der unsrigen mit diesem wichtigen Posten zu betrauen und zu versuchen, ob es nicht eine Persönlichkeit gibt, die unter Umständen auf einer breiteren Basis als das Kabinett gewählt werden kann.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Dörpinghaus*.

Dörpinghaus: Meine Herren! Verehrte Parteifreunde! Wenn ich zu einigen grundsätzlichen Dingen Stellung nehme, dann kann ich das wohl, weil ich gerade in den letzten Monaten Gelegenheit hatte, mir ein Bild zu machen, was außerhalb der parlamentarischen Ebene liegt. Ich möchte damit beginnen, daß ich bei allen, die mich gefragt haben – auch namhaften Persönlichkeiten innerhalb unserer Partei –, die Auffassung vertreten habe, wir werden als stärkste Partei aus diesem Wahlkampf hervorgehen. Ich habe das auch gegenüber denjenigen aus unseren Reihen vertreten, die durchaus nicht dieser Meinung gewesen sind, sondern die doch sehr klar sagten, man müsse damit rechnen, daß die SPD die stärkste Partei sein werde.

Gerade aus dieser Haltung heraus werden Sie verstehen, daß ich auch jetzt die Resonanz beobachte, wie sich die Entwicklung auf das Volk auswirkt. Es ist so, daß man von uns nunmehr eine klare Linie erwartet. Ich habe schon 1946 in einer Veranstaltung in Stuttgart gesagt, daß wir aus den alten Parteiformen herauskommen müssen und daß es notwendig sei, daß wir auch hinsichtlich der Parteigruppierungen zu anderen Verhältnissen kämen. Ich habe diese neuen Parteigruppierungen darin gesehen, daß wir unser künftiges parlamentarisches Leben mit einer Opposition und mit einer Regierungspartei haben werden. Ich habe immer wieder den Freunden gegenüber die Auffassung vertreten, das ist unbedingt notwendig, um einmal zu beweisen, daß die CDU/CSU hinsichtlich ihrer Politik ein klares Gesicht behält, und es ist zweitens deshalb notwendig, weil wir unter allen Umständen vermeiden müssen, daß eine Radikalisierung des rechten oder linken Flügels innerhalb des Parlamentes vor sich geht.

Würden wir eine Koalition machen, so dürfen Sie sicher sein, daß wir auf der rechten Seite sehr bald eine Opposition bekommen, die sich in eine Obstruktionspartei umwandeln wird; denn sie hätte die beste Möglichkeit, eine starke Partei zu werden. Am vergangenen Sonntag haben sich bereits in Frankfurt die Vertreter der wilden Kandidaten zusammengefunden. Sie kommen heute schon mit der Forderung, daß sie auf Grund der großen Wählerzahl das Recht haben, jetzt eine Partei zu bilden. Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, was für Ideologien zum Teil hinter diesen wilden Kandidaten stehen. Es ist meine feste Überzeugung, daß wir, wenn wir die große Koalition machen, diesem Gremium einen Auftrieb geben, daß es imstande wäre, eine Entwicklung herbeizuführen, die uns nicht recht sein kann.

Wenn ich weiter spreche von dem klaren Gesicht der Partei, dann muß ich auch hier ein Wort zu den Gewerkschaften sagen. Es muß der Auffassung gegenübergetreten werden, daß man die Gewerkschaften in das politische Kräftespiel hineinbringt, und zwar in einem unverantwortlichen Sinn. Es geht einfach nicht, daß man jetzt die Gewerkschaften mit in die Waagschale wirft für die künftige Regierungsgestaltung. Einmal haben die Gewerkschaftsmitglieder ihre Stimme abgegeben innerhalb der Partei. Es geht also nicht, daß sie jetzt gewissermaßen als Doppelgestalt erneut in die Waagschale geworfen werden. Zweitens meine ich, die Begriffe von Rechts und Links sind im alten Sinne überholt.

Wir haben so viel Arbeitnehmer in unseren Reihen, daß wir das mit Recht zurückweisen können. Ich meine, diese vier Jahre sind für uns eine Bewährungsprobe natürlich in erster Linie nach der sozialen Seite hin. Das muß ja unsere Aufgabe sein, aber es darf nicht der Anlaß sein, daß man uns einen Stempel aufdrückt, als wären wir die Vertreter des Besitzbürgerblocks.

Ich bin der Auffassung, daß man nicht den Fehler begehen sollte, die Auseinandersetzungen, die eben auf allen Gebieten notwendig sind, aus der parlamentarischen Ebene in die Regierung selbst hineinzulegen; denn ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß man eine Wirtschaftspolitik betreiben kann, die gewissermaßen einen Kompromiß darstellt zwischen der Planwirtschaft und der von uns betriebenen sozialen Marktwirtschaft.

Meine Ausführungen möchte ich mit folgendem abschließen: Ich habe das Gefühl, meine verehrten Parteifreunde, daß wir uns in einer Situation befinden ähnlich wie im Jahre 1947, als die Fraktion im Wirtschaftsrat ihre Arbeit begann. Es hat sich damals in der entscheidenden Sitzung darum gehandelt, ob wir auf den Posten des Direktors für Wirtschaft verzichten wollen, um eine Koalition zu bekommen, oder ob wir unter allen Umständen daran festhalten sollten.[35] Ich glaube, ich darf an dieser Stelle die Worte wiederholen, die ich damals in der Fraktion ausgesprochen habe: Es waren eine Reihe von Parteifreunden, die, ich gebe das gern zu, gewichtige Gründe darlegten, um diese große Koalition zustande zu bringen. Man hat mir gesagt, wir sind nicht sicher, ob Amerika die Lebensmittelimporte weiter schickt in dem Maße, wie wir sie nötig haben; wir wissen nicht, ob wir die Energieversorgung aufrechterhalten können; wir wissen nicht, ob unsere Kohlenförderung zusammenbricht; wir wissen nicht, ob die Gewerkschaften nicht große Streiks inszenieren werden. Man hat mir weiter entgegengehalten, daß wir uns einer Front des Zeitungsgewerbes gegenübersähen, daß wir uns sehr wohl überlegen müßten, diesen Schritt zu tun. Ich habe diese Gründe alle gewürdigt und anerkannt, habe aber gesagt, jetzt wird eine Weiche gestellt: ob wir in der Wirtschaftspolitik das Schwergewicht in die Hände einer Wirtschaftsbürokratie gelangen lassen, die zumindest in der großen Gefahr steht, daß sie überhaupt in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft übergeht, oder ob wir die Kraft und den Mut aufbringen, einmal einen eigenen Weg einzuschlagen, um zu einer Wirtschaftspolitik zu gelangen, die der Initiative Entfaltungsmöglichkeiten gibt. Ich habe meine Ausführungen abgeschlossen: Selbst um den Preis, daß wir gezwungen wären, allein die Verantwortung zu übernehmen, möchte ich Sie bitten und beschwören, meine Freunde, in diesem Punkt hart zu bleiben und nicht auf diesen Posten zu verzichten.

In einer ähnlichen Situation befinden wir uns heute. Herr Dr. *Adenauer* ist Zeuge, daß ich am 9. Januar dieses Jahres gesagt habe, diese Wahl ist nicht nur entscheidend für das Bundesland Deutschland, sondern auch für Europa.

Durch meine vielen Bekanntschaften, unter denen sich viele bedeutende politische Führer in Frankreich, Österreich, Italien, Schweiz, Holland, Belgien und Luxemburg befinden, habe ich den Eindruck gewonnen, daß hinsichtlich der Gestaltung Europas auch der Kampf und die Auseinandersetzungen durchzustehen sein werden, vor denen wir jetzt stehen. Es ist mir damals schon klargeworden, daß die sozialistischen Parteien schon dabei sind, eine Fraktion für Straßburg zu schaffen. Wir werden unsererseits bemüht sein müssen, daß wir auch demnächst auf der europäischen Ebene eine Arbeitsge-

35 Vgl. hierzu Ambrosius, S. 89ff.

meinschaft der christlich-demokratischen Parteien durchführen. Ich meine, es wäre eine große Vorbelastung, wenn wir mit einer Regierung in diese Arbeit hineingehen, die als eine sehr gemischte anzusehen ist.

Ich schließe deshalb mit der Bitte ab und mit der Beschwörung: Nehmen Sie auch jetzt die Entwicklung so, wie sie sein muß, lassen wir die Verantwortung so übernehmen, wie sie uns aufgetragen ist, damit wir auch unseren Wählern gegenüber ein klares Gesicht zeigen und damit sie das Gefühl haben, daß wir auch jetzt in schwieriger Zeit den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Schröter.*

Schröter: Ich stehe restlos auf dem Boden der Ausführungen von Dr. *Adenauer.* Wenn ich mich trotzdem zu Wort gemeldet habe, dann wegen der Ausführungen, die Herr *Scharnberg* über die DP gemacht hat.

Meine Herren! Eine DP existiert nur in Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Ich kann unterstreichen, was *Scharnberg* über die Agitationsmethoden der DP gesagt hat. Die DP hat sich als nationalistische Partei in Schleswig-Holstein erwiesen. Sie ist eingetreten für schwarz-weiß-rot, obwohl sie sich im Parlamentarischen Rat beim Verfassungsentwurf dafür einsetzte, daß die Farben des Deutschen Bundes schwarz-rot-gold sein sollten. Es ist wahr, daß die Leute meistens die Wirtschaftspolitik Professor *Erhards* angegriffen haben. Ich habe mich aber inzwischen davon überzeugt, daß das meistens Geschwätz ist von jungen unerfahrenen ehemaligen Offizieren. Sie waren die Hauptträger der Agitation, die einfach die Zusammenhänge nicht gekannt und psychologisch nach Art und Weise der Sozialisten und Kommunisten gehandelt haben.

Wenn Herr *Scharnberg* geglaubt hat – und es meldeten sich auch in den Rhöndorfer Besprechungen hierfür einige Stimmen –, vor einem Zusammengehen mit der DP zu warnen, so möchte ich sagen: Auf Grund der Erfahrungen, die wir in der Weimarer Koalition gemacht haben, müssen wir die DP in die Koalition hereinnehmen. Ich habe in den Rhöndorfer Besprechungen darauf hingewiesen, daß ein halbes Jahr vor seinem Tode *Stresemann* seinen Fehler bekannt hat, daß er die Deutschnationalen nicht zur rechten Zeit in die Verantwortung genommen hat aus außenpolitischen Gründen.[36]

Meine Herren! Die Situation ist doch so: Wenn wir jetzt die DP nicht hereinnehmen in die Koalition, dann schaffen wir gerade das, was wir vermeiden wollen, dann schaffen wir eine starke radikale Rechte. Das müssen wir auf jeden Fall vermeiden. Es ist richtig, die DP hat sich nationalistisch gebärdet. Sind die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei ihren Verhandlungen nicht der Auffassung gewesen, daß wir keine nationalistischere Partei in Deutschland hätten als die SPD? Es ist eine gewisse Bereitschaft vorhanden, mit der SPD zusammenzugehen. Warum sollten wir denn nicht mit der DP zusammengehen? Die DP setzt sich zusammen aus 17 Mitgliedern. Wir werden mit der FDP zusammen 192 Abgeordnete sein. Diese 192 werden diese 17 Menschen in Räson halten. Gerade deswegen, Herr *Scharnberg*, halte ich es für falsch, so vorzugehen, wie Sie vorschlagen, daß wir bei den Koalitionsverhandlungen von der DP eine Erklärung verlangen, daß sie von diesem nationalistischen Rummel abrückt. So kann man meines Erachtens bei Koalitionsverhandlungen nicht vorgehen. Dann zerschlägt man die Koalition von vornherein.

---

36 Vgl. Nr. 18.

Man nehme die Brüder in die Aktiengesellschaft hinein, man nehme die Brüder in die Koalition hinein, und dann sind sie für alles das verantwortlich, wofür auch wir verantwortlich sein müssen.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident *Lüdemann* ist zurückgetreten.[37] Die SPD ist von der CDU überrundet. Die CDU ist die stärkste Partei. Darüber hinaus haben wir mit den Stimmen der FDP und der DP 750000 antisozialistische Stimmen gegenüber 450000 der SPD.[38] Das bedeutet, die SPD-Regierung wird im kommenden März oder April durch eine Regierung abgelöst werden, die von der CDU geführt wird.[39] Obwohl wir so stark sind, daß wir die Regierung allein in Schleswig-Holstein bilden können, würden wir bereit sein – wir werden darüber am kommenden Samstag in einem Parteitag in Schleswig-Holstein abstimmen und entscheiden – zu versuchen, auf derselben Koalitionsgrundlage wie hier im Bundestag vorwärts zu kommen.

Wenn man also zu einer Koalition kommt, die aus CDU, FDP und DP besteht, dann werden wir in Schleswig-Holstein bemüht sein, im Interesse der Homogenität zwischen der Landesregierung in Schleswig-Holstein und der Bundesregierung auf derselben Basis zu einer Regierung in Schleswig-Holstein zu kommen.

Aus allen diesen Gründen möchte ich mich sehr energisch für die Bildung einer Koalition mit der DP aussprechen, damit wir nicht im Anfang der neuen deutschen Demokratie mit einer Minderheitsregierung zu rechnen haben, sondern mit einer Regierung, die sich wirklich auf eine breite Front innerhalb des Deutschen Bundestages stützen kann.

Dr. Adenauer: Herr *Blankenhorn* hat in meinem Auftrag mit Herrn *Hellwege* gesprochen wegen dieser nationalistischen Ausschreitungen. Herr *Hellwege* hat zugesagt, daß er sie abstellen würde. Inwieweit er dazu in der Lage ist, kann ich nicht beurteilen. Er hat aber ausdrücklich eine Reinigung zugesagt.

Das Wort hat Herr *Simpfendörfer*.

Simpfendörfer: Ich hatte in Rhöndorf eine ähnliche Auffassung vertreten wie die Herren *Hilpert*, *Müller* und *Gereke*.[40] Ich fühle mich verpflichtet, nachdem ich in Nordwürttemberg mit maßgebenden Männern Fühlung genommen habe, hier referierend die dortige Auffassung bekanntzugeben.

Es kann bei uns kein Zweifel darüber bestehen, daß die Wirtschaftspolitik von Frankfurt, und zwar mit Professor *Erhard*, fortgeführt werden muß. Man hat bei uns, vor allem von ehemaligen Zentrumspolitikern, kritisiert, daß die CDU nicht mit einem Programm herausgetreten sei, mit dem sie die Parteien, auch die Sozialdemokratie, vor eine Entscheidung gestellt hätte. Man ist also bei uns der Auffassung, daß man auch der Sozialdemokratie die Chance hätte geben müssen, abzulehnen oder in eine Zusammenarbeit einzutreten. Man geht bei uns von der Auffassung aus, daß wir uns in einem nationalen Notstand befinden und daß es notwendig ist, ein Kabinett der nationalen Konzentration

37 Am 29. 8. 1949.

38 In der Bundestagswahl 1949 erreichte die CDU in Schleswig-Holstein 428956 Stimmen = 30,7 %. Die SPD erhielt 413257 Stimmen = 29,6 % ; die FDP 103492 Stimmen = 7,4 % und die DP 169240 Stimmen = 12,1 %. Kaack, S. 197.

39 Neuwahlen fanden in Schleswig-Holstein am 9. 7. 1950 statt. Am 5. 9. 1950 bildete der CDU-Politiker Walter *Bartram* eine Koalitionsregierung aus CDU, BHE, FDP und DP. Storbeck, S. 341.

40 Vgl. Nr. 18.

zu bilden. Auch der sehr bekannte Landesbischof a. D. *Wurm* hat sich in einem Zeitungsartikel für die große Koalition eingesetzt.

Man sagt nicht mit Unrecht, daß die Entscheidung der großen Masse unserer Wähler nicht aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten heraus erfolgt ist, sondern sie hat zum Teil gegen ihr wirtschaftspolitisches Interesse aus christlichem Verantwortungsbewußtsein heraus zugestimmt, und zwar, weil auch kirchliche Kreise diese Wahl empfohlen haben. Das dürfen wir keinen Augenblick außer acht lassen. Unsere Partei hat damit eine sehr starke Hypothek mitbekommen für ihre künftige Arbeit. Das bedeutet, daß wir uns jederzeit der Verantwortung sehr bewußt sein müssen.

Ich habe mit großer Genugtuung vernommen, was Dr. *Adenauer* über unsere sozialpolitische Verpflichtung gesagt hat. Die Christlich Demokratische Union ist auch der Anwalt der großen Not der Armen und Schwachen in unserem Volk. Und die Zahl derer ist sehr groß.

Ich habe einige konkrete Fragen zu stellen: Was sind wir im Hinblick auf den notwendigen Wohnungsbau zu leisten in der Lage? Welche finanziellen Quellen können hier ausgeschöpft werden? In welcher Weise sind wir in der Lage, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu bannen, und was können wir in der Sozialpolitik tun? Ich habe von Männern, die Einblick haben in die Finanzlage, gehört, daß wir nicht in der Lage seien, große Summen künftig für weitere sozialpolitische Verpflichtungen auszugeben. Wie denken wir uns weiterhin die Lösung der Flüchtlingsfrage? Sind unsere Ernährungs- und Finanzminister in der Lage, vom 1. Oktober ab die Subventionen für das Brotgetreide weiter zu bezahlen? Über diese Fragen sollten wir uns unterhalten, wenn wir uns fragen, wie können wir künftig nicht nur innen- sondern auch außenpolitisch Erfolge aufweisen.

Ich fasse zusammen: Wir in Nordwürttemberg hätten auf jeden Fall gewünscht, daß die CDU unter unzweideutiger Betonung des Willens, die seitherige Wirtschaftspolitik fortzuführen, ein Programm aufgestellt hätte, das auch die Sozialdemokratie vor die Frage gestellt haben würde, ob sie mit uns in eine Koalition gehen wolle oder nicht.

Sollte die kleine Koalition zustande kommen, dann werden wir uns der Mehrheit fügen, wir werden aber – das möchte ich nochmals betonen – besonders darauf achten, inwieweit die Regierung ihre Verpflichtungen als Christlich Demokratische Union erfüllt.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *v. Brentano.*

Dr. von Brentano: Auch mir ging es so wie Dr. *Gereke*, daß ich die Anregung von Dr. *Adenauer* so verstanden habe, die Diskussion der Koalitionsregierung zurückzustellen. Ich glaube, es ist kaum mehr notwendig, in diesem Kreise festzustellen, daß wir wohl alle grundsätzlich entschlossen sind, die Politik, die im Frankfurter Wirtschaftsrat geführt worden ist unter der Leitung von Professor *Erhard*, weiterhin beizubehalten.

Ich bin allerdings nicht der Meinung, die Herr Dr. *Adenauer* vorgetragen hat, daß diese Wahl eine absolute Entscheidung auch in bezug auf die Wirtschaftspolitik gebracht hat. Diese Wirtschaftspolitik hat sicherlich einen großen Beitrag geleistet zu der Entscheidung dieser Wahl, aber ich möchte doch annehmen, daß zumindest das Gros der Stimmen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben, letztlich die Vertreter der Christlich Demokratischen Union gewählt haben, weil damit die Substanz unserer Partei bejaht worden ist. Ich glaube, daß dieser Gedanke bei der Mehrheit unserer Wähler den Ausschlag gegeben hat.

(Dr. *Adenauer*: Die Wirtschaftspolitik bildete einen Teil.)

Ja, einen Teil, damit stimme ich absolut überein. Ich bin insofern anderer Meinung, Herr Dr. *Adenauer*, als Sie sagten, die Politik im künftigen Bundestag müsse die gleiche wie im Wirtschaftsrat sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Bundestag vor völlig anderen und viel umfassenderen Aufgaben steht als der Wirtschaftsrat.

Der Bundestag ist das erste gewählte Parlament des deutschen Volkes, das vor der Gesamtheit der Entscheidungen steht, nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, sondern auch gleichzeitig auf allen anderen Gebieten. Ich sagte schon, ich und meine Freunde in Hessen, mit denen ich mich unterhalten habe, gingen unabdingbar von der Meinung aus, daß wir die in Frankfurt begonnene Wirtschaftspolitik fortzusetzen haben, und niemand von uns wird ernstlich daran denken, in diesem Punkt der Sozialdemokratischen Partei nach dieser Wahl Konzessionen zu machen, aber ich glaube, daß nicht alle von uns mit dem bisherigen Gang der Dinge restlos zufrieden sind; denn es gibt sicherlich solche, die der Meinung waren, es wäre nicht die Aufgabe der CDU gewesen, in diesem Augenblick, ich möchte sagen, der Sozialdemokratie den Stuhl vor die Tür zu stellen . . . ,

(Dr. *Adenauer:* Wann hat sie das denn getan?)

sondern zu versuchen, mit der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zu kommen, um sie zu zwingen, die Tür hörbar zuzuschlagen.

Es ist richtig, auch eine politische Partei hat weiß Gott eine Ehre. Und was von maßgebenden Leuten von der SPD der CDU/CSU gesagt worden ist, das ist so unqualifizierbar, daß es tatsächlich schwer fällt, sich überhaupt mit dem Gedanken vertraut zu machen, mit gewissen Leuten in einem gemeinsamen Raum zu sitzen. Das möchte ich offen sagen, das sagt auch mein Brief an die Sozialdemokratische Partei, in dem ich mich mit ihr auseinandersetze.[41] Aber es ist doch die Frage zu stellen, ob man nicht an diese zweitgrößte Partei im Bundestag, so wie es *Simpfendörfer* sagte, mit einem klaren Programm herantreten sollte oder hätte herantreten sollen. Ich habe gewisse Bedenken, wenn wir anders vorgehen. Wir sollten uns klar sein, daß die jetzige Krise noch nicht ihr Ende, vielleicht noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Wir sollten nicht durch ein vielleicht unzweckmäßiges Taktieren gerade die Elemente, von denen auch Sie, Herr Dr. *Adenauer* sprechen, die es zweifellos in der SPD gibt, in das Lager der Odeonstraße[42] hineindrängen. Wir sollten den Prozeß einer ernsten inneren Krise, den die SPD nach der Wahl durchzustehen hat, nicht dadurch in eine falsche Entwicklung bringen, daß wir sie, wenn wir sie von vornherein in eine Opposition bringen, konsolidieren.

Wir sind uns alle klar, daß es unendlich schwer sein würde, mit der SPD auch nur in ein Gespräch zu kommen. Aber wir sollten nicht vergessen – gerade wenn wir das Wahlergebnis auch rechnerisch betrachten –, daß wir, die CDU/CSU, zwar die stärkste Fraktion geworden sind, daß aber eine echte politische Entscheidung am 14. August nicht gefällt worden ist, daß wir ohne weiteres koalieren müssen mit einer FDP und mit anderen Splitterparteien.

Was die FDP angeht, möchte ich nicht etwa auch die Erfahrungen aus dem Wahlkampf wiedergeben. Wir haben in Hessen besondere Wahlverhältnisse. Was wir dort erlebt haben, war so unqualifizierbar, daß es an die schlechtesten und schlimmsten Zeiten der Jahre 1931/32 erinnert. Es erschienen Rollkommandos, die von der FDP auf Lastkraft-

41 Näheres nicht ermittelt.

42 Sitz des Parteivorstandes der SPD in Hannover.

wagen herangeholt wurden. Es war so infam und so verlogen, daß es alles Bisherige in den Schatten stellt. Es ist der FDP in Hessen vorbehalten geblieben, auf der Landesliste Herrn *Leuchtgens*[43] zu wählen, den Vorkämpfer des Antisemitismus. Dieser Mann wird als Abgeordneter der FDP in den Bundestag hineinziehen. Man wird nicht mit frohem Herzen mit allen Leuten koalieren. Ich bin auch nicht der Meinung, daß auf kulturellem Gebiet die Affinität mit der FDP stärker sei als mit den Kräften der SPD. In der Fünfer-Kommission des Parlamentarischen Rates kamen die ernstesten Schwierigkeiten von Dr. *Schäfer* mit Unterstützung des Herrn *Heuss*. Ich messe dieser Frage keine entscheidende Bedeutung bei, weil das Schwergewicht der kulturellen Entscheidungen bei den Ländern liegen wird.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ich bin nicht der Meinung – und ich glaube, kaum einer der Anwesenden wird es sein –, daß das Wahlergebnis uns veranlassen könnte, eine Koalition mit der SPD anzustreben, ich bin aber wohl der Meinung, daß die Frage einer großen Koalition im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben wert ist, zumindest diskutiert zu werden, schon um deswillen, weil wir damit die Frage der Verantwortung sehr klar vor unseren Wählern und vor allen anderen herausstellen müssen. Es wird vielleicht der Augenblick kommen, wo wir es als wertvolle Unterstützung empfinden, wenn wir sagen können: Wir haben der SPD als stärkste Fraktion ein Regierungsprogramm vorgelegt, aber die SPD war es, die sich der Verantwortung und Mitarbeit entzogen hat.

Deshalb ist meine persönliche Auffassung, daß man sich zunächst innerhalb der CDU/CSU über das Regierungsprogramm verständigen sollte, gleichgültig mit wem wir koalieren. Wir müssen der FDP und der sehr komplexen Gruppe der DP unser Regierungsprogramm vorlegen und müssen dazu ein Ja oder ein Nein hören. Wir sollten meiner Ansicht nach auch der SPD ein solches Regierungsprogramm zugänglich machen, wenn sie nicht vielleicht inzwischen von sich aus absolut nein sagt, was ja heute geschehen sein kann. Wir sollten auf diesem Wege verhandeln, um so mehr, als wir uns über eins klar sein sollten: daß eine Koalition, die wir ja nicht nur mit der FDP, sondern auch mit der – um ein vorsichtiges Wort zu gebrauchen – sehr komplexen DP haben müssen, also mit Splitterparteien, nicht gerade erstrebenswert zu sein scheint.

Es ist eine alte Tatsache, daß in einer solchen Koalition gerade diejenigen, die das Zünglein an der Waage bilden, diese kleinen Splitterparteien, die Rolle der Erpresser zu spielen pflegen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir, wenn wir unserem Auftrag entsprechend eine entschlossene und ernste Sozialpolitik verfolgen wollen, in einer Koalition mit der FDP und DP in außerordentliche Schwierigkeiten geraten werden. Es ist in solchen Fällen keine erfreuliche Aussicht, etwa bei jedem Gesetz erst die nötige Mehrheit herauszuarbeiten.

Ich würde es begrüßen, wenn die politische Entscheidung im August so gefallen wäre, daß wir uns mit diesen Dingen nicht zu beschäftigen hätten, daß wir also mit Parteien, die uns in der Substanz nahestehen, in die Verantwortung hätten gehen können. Leider ist dies nicht geschehen, und wir sollten daher zumindest in der Form des Taktierens so verfahren, wie ich es vorgeschlagen habe.

Dr.Adenauer: Es kürzt vielleicht die Debatte ab, wenn ich folgendes mitteile. Herr *Hei-*

43 In der Vorlage „Bosch (?)". Es muß sich aber um Heinrich *Leuchtgens* handeln, der die FDP-Fraktion bereits am 11. 9. 1949 verließ und sich der Fraktion der DRP/NR anschloß. Datenhandbuch Bundestag, S. 1131.

ne, der Pressechef der SPD, hat in der „Neue Zeitung" – Sie haben es alle schriftlich vor sich liegen, offenbar hat Herr *von Brentano* es nicht gelesen – am 15. 8., am Tage nach der Wahl, erklärt:

„Zweifellos wird sich die SPD nicht an einer Regierung beteiligen, wenn sie nicht die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik des Bundes erhält."

Das Büro des SPD-Parteivorstandes hat am 17. 8. 49 erklärt:

„Ministerpräsident *Stock* hat sich in der Tagespresse für eine Koalition zwischen CDU und SPD erklärt und die Meinung geäußert, daß die Sozialdemokratie unter Zurückstellung einiger Teile ihres wirtschaftspolitischen Programmes an einer Koalition teilnehmen soll. Bei dieser Stellungnahme des hessischen Ministerpräsidenten handelt es sich um eine rein private Meinung, die ohne die Fühlungnahme und Verständigung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand erfolgt ist. Der hessische Ministerpräsident ist zu dieser Erklärung von keiner Seite autorisiert worden."

Herr *Heine* erklärte am 18. 8. . . .

(Dr. *v. Brentano*: Die Fraktion der SPD hat noch nicht gesprochen.)

Lieber Herr *von Brentano*, nehmen Sie es mir nicht übel, gerade Sie mit einem berechtigten und empfindlichen Ehrgefühl müßten nun doch auch hören, was die anderen sagten. Vielleicht haben Sie folgendes doch noch nicht zur Kenntnis genommen:

Die SPD hat ihre 16 Punkte in Bad Dürkheim veröffentlicht und hat gesagt, das sei unabdingbar.[44] Darin stehen eine ganze Menge von Dingen, die für uns unannehmbar sind. Aber darauf kommt es mir jetzt nicht an, sondern Sie scheinen nicht gelesen zu haben den Eingang dieser Sätze. Dort ist gesagt worden:

Das Wahlergebnis beschwöre die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgesetzt und die deutsche Arbeitskraft ruiniert werde; die Spannungen zwischen den Klassen würden gesteigert, die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört.

Nun sagen Sie selbst, Herr *von Brentano*, daß wir weder von der Linie der Frankfurter Wirtschaftspolitik noch von der Person des Herrn *Erhard* abgehen sollen, wir bekommen aber dann das hier vorgesetzt, – und dann frage ich Sie wirklich bei Gott und aller Welt, was sollen wir denn tun, nachdem uns und der Weltöffentlichkeit das mitgeteilt worden ist. Bedenken Sie doch bitte folgendes: Nehmen Sie Rücksicht auf unsere Wähler. Was würden unsere Wähler sagen, wenn wir jetzt nach diesen Ohrfeigen, die wir bekommen haben, mit dem Hute in der Hand dahingehen und sagen: liebe SPD, laß noch einmal mit dir sprechen.

Herr *von Brentano*, persönlich will ich Ihnen am allerwenigsten zu nahe treten mit dem, was ich sage, aber wenn eine Partei die Quittung bekommen hat wegen zu großen Nachgebens mit der SPD, dann ist es die hessische CDU gewesen. Das war jedem Kenner der Verhältnisse seit vielen Jahren klar. Sie können überall feststellen, wo in einer Koalition mit der SPD die CDU in der Minderheit war, haben unsere Wähler versagt, und die CDU [hat] Schaden gelitten. Ich meine, das muß einen doch aufhorchen lassen.

Ich frage Sie, wenn uns das jetzt in den Dürkheimer Punkten quittiert worden ist, daß die Frankfurter Politik zum Ruin führe, daß durch uns die Demokratie zerstört würde, die SPD auf dem Standpunkt weiter besteht, wir wollen bei dieser Politik bleiben, sollen wir

44 Vgl. Nr. 42.

dann jetzt die Sozialdemokratie fragen: Wirst du nicht doch von deinem Dürkheimer Programm Abstand nehmen uns zuliebe, – oder was sollen wir tun?

Ich teile Ihre Meinung, daß wir versuchen müssen, für jeden faßbar klarzustellen, daß die SPD die Fortsetzung der Frankfurter Wirtschaftspolitik nicht nur nicht will, sondern daß sie das auch zur entscheidenden Frage für jede Teilnahme an der Regierung macht. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir der sozialdemokratischen Fraktion schreiben, ob die Ausführungen zu Beginn der Dürkheimer Beschlüsse so zu verstehen sind, daß sie es ablehnt, an einer Regierung teilzunehmen, die die Frankfurter Wirtschaftspolitik fortführt . . .

(Dr. *von Brentano:* Tür zuschlagen . . .)

Lieber Herr *von Brentano*, wir haben die Tür nicht zugeschlagen, sondern die haben die Tür zugeschlagen. Wir haben geschwiegen zunächst. Von uns sind nur Stimmen laut geworden, die sogar trotzdem gesagt haben, wir müssen versuchen, mit ihnen zusammenzukommen. Und trotzdem wird in Dürkheim uns jetzt eine Quittung über die Frankfurter Wirtschaftspolitik gegeben, die noch viel schlimmer ist als alles, was bisher darüber gesagt worden ist.

Das Wort hat Herr *Arndgen.*

Arndgen: Herr Dr. *Adenauer* ist zunächst auf die Unsicherheit eingegangen, die in unsere Wähler hineingetragen wurde durch die verschiedenen Interviews. Er hat dabei ein Interview vergessen. Am 15. August war es, als die erste Verlautbarung von *Heine* bekannt wurde. *Heine* ist vom Generalsekretariat ein Interview über den Rundfunk zugegangen, indem klipp und klar gesagt worden ist, daß die CDU auf dem Standpunkt stehe, sie wolle mit der FDP eine Koalitionsregierung bilden.[45] Dadurch ist eine Unsicherheit in unsere Wähler gekommen. Sie ist verschärft worden durch die Vorgänge in Rhöndorf, die wir nur durch die Presse erfahren haben. Wenn sich eine Opposition in unseren Reihen bemerkbar gemacht hat gegen die Verlautbarungen, die uns zugingen über Rhöndorf und um Rhöndorf[46], dann weiß ich nicht, ob wir nicht doch von unserer Seite damals die Tür zugeschlagen haben und der SPD trotz der Resolution, die in Rhöndorf gefaßt wurde[47], der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. In der Resolution ist nichts gegen und nichts für eine Koalition gesagt worden. Es ist aber wohl gesagt worden, daß aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen gezogen werden müßten. Das ist von der Presse ausgelegt worden, daß wir als CDU auf dem Standpunkt stünden, unter keinen Umständen eine Koalition mit der SPD.[48]

Das ist die Situation, in der wir gestanden haben, und das ist die Auffassung, wie sie bei unseren Wählern im Lande gewesen ist. Ich weiß nicht, ob wir bei den Besprechungen, die gepflogen wurden, daran gedacht haben, daß wir innerhalb unseres Volkes einen sehr großen Teil von Menschen haben, die zu den sozial Abgesunkenen gehören. Diese Menschen werden immer, auch wenn wir eine Politik machen mit den rechtsgerichteten

45 Bezieht sich auf ein Interview von *Dörpinghaus;* dazu Stellungnahme von *Dörpinghaus* auf S. 123.

46 Dazu die Nrn. 19, 26, 27 und 41.

47 Nr. 18, Anm. 47.

48 So lautete die Schlagzeile der „Neuen Zeitung" vom 22. 8. 1949: „Regierungskoalition ohne SPD. CDU verhandelt mit FDP und DP."

Parteien, negativ zur Politik stehen; denn wir sind nicht in der Lage – wir sind zu arm dazu –, um den Menschen alles das zu geben, was sie glauben verlangen zu müssen.

(Zuruf: Kann ihnen die SPD denn mehr geben?)

Wir können so weit rechts ausholen wie wir wollen, die Menschen werden negativ bleiben zu der gesamten Politik, die wir machen. Sollen wir zu den zu uns negativ stehenden Menschen auch noch die Kräfte stoßen lassen, die sich in der Sozialdemokratie gesammelt haben? Wir haben schon einmal in einer ähnlichen Situation gestanden. Ich erinnere mich des Kongresses der christlichen Gewerkschaft vor 1933. Da stand man auf dem Standpunkt, es müßte versucht werden, die gesunden Kräfte der SPD an uns heranzubringen. Einer, der unter uns sitzt, hat dieses Hauptreferat gehalten.[49] Ich weiß nicht, wenn es uns gelungen wäre, eine enge Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie herbeizuführen, ob das Unglück entstanden wäre, über das wir uns jetzt den Kopf zerbrechen. (Zuruf: Das ist jetzt uninteressant.) Wir haben während des nationalsozialistischen Regimes immer versucht, die Fäden mit der SPD aufrechtzuerhalten. Die SPD ist nicht das geblieben, was wir in der Illegalität von ihr gehalten haben. Das gebe ich zu, aber ich bin der Auffassung, daß auch heute noch, wenn wir an die richtigen Kräfte herangehen, wir doch Menschen finden werden, die mit uns bestimmt eine gesunde Politik durchführen wollen.

Ob wir uns mit *Schumacher* unterhalten, ist eine Frage für sich. Wenn man in den einzelnen Ländern mit führenden Menschen der SPD zusammenkommt, findet man ganz andere Gedankengänge, die die Meinung des Herrn *Schumacher* ablehnen. Ob es mit Hilfe dieser Menschen möglich ist, die Stellung *Schumachers* in der SPD zu erschüttern, ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann, aber ich meine, man dürfe diesen Versuch nicht unterlassen.

Ich hätte eine Frage an Herrn Direktor *Erhard*. Kann Herr Dr. *Erhard* uns sagen, ob wir bei der Wirtschaftspolitik, die jetzt geführt wird, von einer Krise in den nächsten Jahren verschont bleiben? Wird das nicht möglich sein und werden wir mit großen Arbeitslosenziffern in den nächsten Jahren rechnen müssen – und wir haben dann die SPD in einer Opposition stehen –, dann sind wir nicht erst in vier Jahren erledigt, dann sind wir schon früher erledigt. Das ist eine der entscheidenden Fragen, ob wir das dem Volke sagen können. Ich weiß, Herr *Erhard* beeinflußt nicht allein die Wirtschaftspolitik, die wird auch vom Ausland beeinflußt, aber das Negative an der Wirtschaftspolitik bekommen wir an den Hals gehängt. Daher ist es nach meiner Auffassung von großer Bedeutung, ob wir wissen, wie entwickelt sich unsere Wirtschaftspolitik und sind wir sicher, daß die jetzt schon hohe Arbeitslosenziffer nicht noch weiter gewaltig steigen wird im nächsten Jahre.[50] Wenn wir das nicht mit Sicherheit sagen können, dann ist es ein Risiko, wenn wir versuchen, ohne die SPD eine Koalitionsregierung zu bilden.

---

49 *Arndgens* Ausführungen beziehen sich auf den Kongreß der christlichen Gewerkschaften vom 18.–20. 9. 1932. Jakob *Kaiser* hatte damals das Hauptreferat mit dem Thema „Der volkspolitische und nationale Wille der christlichen Gewerkschaften" gehalten. Hierin hatte er den christlichen Gewerkschaften die Aufgabe zugeschrieben, den Brückenschlag „zwischen den bürgerlichen Schichten und der den freien Gewerkschaften folgenden sozialistischen Arbeiterschaft" zu betreiben. Vgl. Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart u. a. 1967, S. 155–159.

50 Vgl. Nr. 6, Anm. 7.

Ich bin der Auffassung, daß die SPD nicht will. Das ist möglich. Aber wir sollten unter allen Umständen den Versuch machen, mit ihr in ein ernstes Gespräch zu kommen. Wir haben auch sonst Trümpfe in der Hand, auch der SPD klarzumachen, daß das, was sie will, nicht immer durchführbar ist. Wir brauchen nur auf die Zustände in England zu verweisen. Ich habe auch mit einer Reihe von Gewerkschaftsführern aus England gesprochen. Die dortigen Gewerkschaftler sind über die Wirtschaftspolitik, wie sie in England durchgeführt wird, zurzeit durchaus nicht glücklich. Die Streiks sind ja ein Ausdruck des Unwillens der Arbeitnehmer.

Wenn man diese Dinge einmal ganz ernst mit der SPD verhandelt, dann glaube ich, daß man Menschen findet, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten. Ich möchte unter allen Umständen davor warnen, feste Bindungen mit den anderen Parteien einzugehen, bevor nicht ein ernstes Gespräch mit der SPD stattgefunden hat.

Dr. Adenauer: Der angesprochene Herr *Erhard* steht auf der Rednerliste.

Professor Dr. Erhard: Durch das Ergebnis der Wahl, nachdem die Sozialisten von 45 % auf 36 % zurückgegangen sind[51], ist es sicher, daß ganz klare Fronten in diesem Wahlkampf geschaffen worden sind. Die SPD ist angeschlagen, und meiner Ansicht nach wäre das einzige Mittel dafür, daß sie sich wieder erholen könnte, wenn man sie einbezöge in eine große Koalition. Wenn man ihr die Steigbügel halten würde, dann würden die Fronten gegenüber der CDU verwischt.

Es kann kein Zweifel sein auf Grund der unendlich vielen Zuschriften und Telefonanrufe, die auch ich bekommen habe, daß meiner Ansicht nach schon viel zu viel von einer Koalition gesprochen worden ist und daß die Wähler bereits unruhig geworden sind. Wenn das nicht bald verstummt, werden wir bei den nächsten Wahlen im Landtag die Quittung bekommen, besonders dann, wenn sie die Leute darauf aufmerksam machen, wir wären gern bereit gewesen, aber nur rein zufällig ist es gewissermaßen verhindert worden.

Wenn wir – das möchte ich zu Protokoll geben – eine große Koalition beschließen würden, dann sage ich eine Aufsplitterung der CDU von links und von rechts voraus, und in allen künftigen Entscheidungen ist die CDU nicht mehr Herr ihrer Entschlüsse, sie ist nicht mehr frei, sondern sie bleibt für alle Zukunft, wie es bei allen Koalitionen der Weimarer Republik war, mit der SPD verbunden, und diese gibt den Ton an. Die große Koalition wird so lange halten, bis die Radikalisierung nach rechts und links allmählich zu einer Überflügelung der Koalitionsparteien geführt hat. Das sage ich voraus, wenn wir diesen gefährlichen Weg gehen.

Und nun zu der wirtschaftlichen Lage. Ich weiß auf alle Fälle das eine – ich bin kein Laubfrosch und kann nicht im einzelnen prophezeien –, wenn es überhaupt einen Weg zu einer gesunden Wirtschaft gibt, dann nur bei der Verfolgung einer klaren Linie. Wenn wir ein Bündnis schließen mit der SPD und wir nehmen nur 20 % von dem herein, was in diesen 16 Punkten steht, dann können Sie keine vernünftige Wirtschaftspolitik führen. Sie werden vor allen Dingen dann eine Zerstörung unserer Währung erreichen, die jetzt erst ihr Vertrauen im Ausland gefunden hat. Ich hatte heute früh eine Besprechung mit Geheimrat *Vocke*, der mir berichtete von Verhandlungen mit auswärtigen Notenbankinstituten. Es ist uns von allen Seiten gesagt worden, mit welcher Bewunderung man unse-

51 Ungefährer Stimmenverlust von SPD und KPD in der Bundestagswahl im Vergleich zu den vorausgegangenen Landtagswahlen.

re konsequente Haltung auf wirtschafts-, finanz- und kreditpolitischem Gebiet verfolge, und daß wir drauf und dran sind, wieder unseren internationalen Kredit von Tag zu Tag zu steigern; daß uns Kredite in Aussicht gestellt worden sind von den verschiedensten Seiten unter der Voraussetzung, daß wir diese Politik fortsetzen werden.

Es wäre geradezu gefrevelt, uns bei allen Abmachungen, die getroffen worden sind, in einen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs hineinsteuern zu lassen, der die Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Währung verhindert, uns aber in den bequemen Zustand versetzt, daß es niemand gewesen ist, sondern daß die Verantwortung gemeinsam getragen wird. Das Parlament soll klare Verantwortung haben.

Ich habe heute noch eine Besprechung gehabt mit zwei amerikanischen Herren, die mich besucht haben und die mir ausdrücklich sagten, sie kämen von *McCloy* und Mr. *Harriman* von Paris und sollten die deutsche Wirtschaft in Deutschland studieren, insbesondere im Sektor Eisen und Stahl, wo jetzt große Entscheidungen zu treffen sind. Sie sollten berichten, wie die Stimmung ist, welche allgemeine politische Linie verfolgt werde usw. Sie haben völlig klar gesagt, wenn in Deutschland jetzt Experimente gemacht werden und keine klare Linie verfolgt wird, dann brauchen wir uns die Frage von Krediten überhaupt nicht mehr zu überlegen, dann sei sie bereits entschieden. Wenn wir aber von den sozialistischen Zielen, insbesondere auch von der Verstaatlichung und Sozialisierung abrückten, dann sollten sie sofort an *Harriman* berichten, weil er das ausnützen und dafür sorgen würde, daß wir einmal im Rahmen des *Marshall*planes reichlicher bedacht werden und daß private Kreditquellen eröffnet werden können. Mir ist kein Verbot auferlegt worden, darüber zu berichten. Deshalb trage ich es hier vor. Vor allen Dingen haben wir damit eine Veranlassung, ohne weiteres der SPD und dem deutschen Volke gegenüber zu erklären, daß wir uns nicht in der Lage fühlen, eine sozialistische Politik zu treiben. Ich bin der Meinung, das erste, was wir tun müssen, ist zu sagen, aus den und den Gründen können wir mit der SPD keine Koalition schließen, aber wir wollen demonstrieren, daß unsere Politik sozialer ist, als wie sie die SPD überhaupt führen kann, daß sie sozialer ist, weil nur auf der Grundlage einer wirklich gesunden und produktiven Wirtschaft auch eine vernünftige Sozialpolitik getrieben werden kann.

Man sollte hier nicht die Wirtschaftspolitik für sich allein betrachten, sondern Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind eine unlösbare Einheit, und das alles fließt ineinander. Ich habe meinen Willen und meine Absicht schon so oft und deutlich kundgetan, daß ich keinen anderen Ehrgeiz habe, buchstäblich keinen anderen, als eine soziale Politik zu treiben bis in die letzte Konsequenz hinein, daß es mir darauf ankommt, zu einer immer gerechteren Verteilung des Volkseinkommens und des Sozialproduktes zu gelangen. Aber das erreichen Sie nicht mit einer sozialistischen Wirtschaft, im Gegenteil, ich behaupte, die sozialistische Wirtschaft in der Konsequenz, wie sie bei uns vorgeführt wird, ist in letzter Zielsetzung eine typisch asoziale Politik.

Wir sollten jetzt endlich den Mut zur Verantwortung haben und sollten das möglichst schnell und laut und deutlich sagen, sonst bekommen wir bei der nächsten Wahl unsere Quittung.

Ich bin in den Zentralbankrat berufen worden, weil man dort vor kreditpolitischen Entschließungen gestanden hat. Ich habe den Herren gesagt, Sie müssen damit rechnen, daß in allernächster Zeit von der politischen Linie her Anforderungen an die Kreditpolitik gestellt werden, vor allem im Hinblick auf die Finanzierung des Wohnungs- und Siedlungsbaues. Ich bin ermächtigt worden, hier zum Ausdruck zu bringen, daß der Zentral-

bankrat und die Bank Deutscher Länder bereit sind, uns hier mit allen Mitteln zu unterstützen und großzügig – natürlich immer in den währungspolitisch vertretbaren Grenzen – auch hier Mittel und Wege zu eröffnen, so daß der Zentralbankrat und der Bundestag gemeinsam hier operieren und eine geschlossene Front erkennen lassen und auch nach deren Meinung die Widerstände von seiten der Alliierten überwunden werden können. Ich sprach mal ad hoc von einer zusätzlichen Finanzierung für den Wohnungs- und Siedlungsbau von 500 Millionen. Dieser Betrag wurde von dieser Seite aus ohne weiteres akzeptiert im Wege von sozialen Finanzierungsmaßnahmen.

Aber das Wichtigste scheint mir zu sein, was auf einer vorhergehenden Besprechung mit Geheimrat *Vocke* und mit zwei amerikanischen Herren in Verbindung mit *McCloy* geäußert worden ist: unsere Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit gegenüber dem Ausland. Die Vereinigten Staaten sind die Kapitalgeber. Wenn wir uns das bewahren wollen, dann um Gottes willen keinen Kuhhandel mehr, abgesehen von allen innenpolitischen Gründen, die meiner Ansicht nach eindeutig dagegen sprechen.

Wenn Sie die angeschlagene SPD wieder zu neuem Leben erwecken wollen, dann machen Sie eine große Koalition. Wenn Sie sie auflösen wollen, dann machen Sie eine kleine Koalition! (Beifall)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert.*

Dr. Hilpert: Ich habe im vorigen Jahr, Herr Dr. *Adenauer*, wenn ich mich recht erinnere, kein Glückwunschschreiben bekommen, als wir nach zweijähriger Koalition mit der SPD im Gegensatz zur SPD eine 20 %ige Erhöhung unserer damaligen Stimmen bekommen haben.[52]

Wir sind in Hessen durch die Sudetendeutschen in die unangenehme Situation gekommen, daß 240000 Stimmen der Flüchtlinge auf die Unabhängigen entfallen sind, die selbst nicht zum Zuge gekommen sind.[53] Wir können Ihnen, Herr Dr. *Adenauer*, wenn Sie ein weiteres Interesse an der Zusammensetzung der hessischen CDU bekunden, Ihnen das auch an dem absolut klaren Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen nachweisen, daß wir genau die Stimmenzahl verloren haben[54], die die unabhängigen Kandidaten, zum Teil von großen katholischen Flüchtlingsmassen in dem kurhessischen Flüchtlingsraum, aus bestimmtem Antagonismus dieser Leute bekommen haben. Wir sind in keiner Weise erschüttert. Eine Minderheit, die von mir in einem Koalitionskabinett vertreten wird, die weiß bestimmt den Standpunkt der CDU durchzusetzen. Wir haben den Sozialisierungsartikel abgeschlagen.[55] Es ist in Hessen nichts geschehen. Wir sind in keiner

52 Bezieht sich offenbar auf die Kreiswahlen in Hessen am 25. 4. 1948. Im Vergleich zur Landtagswahl vom 1. 12. 1946 hatte die CDU hierin in der Tat ca. 100 000 Wähler hinzugewonnen, was einer Steigerungsrate von ca. 20 % entsprach. Der Gewinn der SPD belief sich auf ca. 50 000 Wähler, was einer Steigerungsrate von ca. 7 % entsprach. Auf das Gesamtwahlergebnis projiziert hatten jedoch beide Parteien Verluste hinzunehmen. Der CDU-Anteil war von 30,9 % auf 29,1 % gefallen, der SPD-Anteil von 42,7 % auf 35,7 %. Potthoff/Wenzel, S. 335.

53 Auf unabhängige Kandidaten waren in der Bundestagswahl in Hessen 250 179 Stimmen = 11,8 % entfallen. Kaack, S. 198.

54 Der Verlust der CDU in Hessen in der Bundestagswahl im Vergleich zur Landtagswahl vom 1. 12. 1946 betrug 9,6 %. Kaack, S. 198.

55 Artikel 41 der hessischen Verfassung. Von ihm rückte die CDU immer weiter ab, und sie verhinderte zusammen mit der FDP schließlich seine Durchführung. Vgl. Gerd Winter, Sozialisierung in Hessen 1946–1955, in: Kritische Justiz, 7 (1974), S. 157–175.

Weise abhängig. Bei den Nachwahlen, die stattgefunden haben, haben wir die Verluste bereits wieder aufgeholt. Im übrigen ist das eine Angelegenheit der hessischen CDU, die ich nicht hervorgehoben hätte, wenn Sie sie nicht in diesem Zusammenhang glaubten behandeln zu müssen.

Es ist schon sehr vieles gesagt worden, und trotzdem muß ich noch einmal auf Rhöndorf zurückkommen.[56] Wir haben in Rhöndorf zusammengesessen. Sicherlich hat sich zahlenmäßig eine große Mehrheit für das Kommuniqué ergeben. In der Zwischenzeit hatten sich *Simpfendörfer* und *Dichtel* [gegen das Kommuniqué ausgesprochen] und, ich glaube, die Freunde aus Rheinland-Pfalz waren der gleichen Auffassung wie wir. Wir waren gegen das Kommuniqué, weil wir der Meinung waren, man müsse den Leuten in Dürkheim[57] zunächst überlassen, ihren sozialdemokratischen Standpunkt darzulegen. Es sind nun viele Rösselsprünge in der Presse bekanntgeworden. Wenn wir auf dieser Basis weiter taktieren, legen wir uns den Strick selber um den Hals.

Ich stimme mit Dr. *Adenauer* hinsichtlich des Ernstes unserer Situation überein. Daß, auch wenn wir so taktiert hätten, wie es unsere Meinung war, in Dürkheim keine anderen Beschlüsse herausgekommen wären, davon bin ich vollkommen überzeugt. Was wir tun müssen, ist folgendes: Wir müssen, um unsere jungen Menschen, die in den Betrieben arbeiten, straff und stramm zu halten, ihnen hundertprozentig nachweisen, daß wir den Leuten ein Angebot gemacht haben auf der Basis eines Notprogramms, daß sie es aber abgelehnt haben. Das scheint mir nicht nur ein taktisches, sondern auch ein politisches Moment zu sein.

Wenn ich persönlich für die große Koalition gesprochen habe und auch heute noch der Meinung bin, daß wir eigentlich ein Kabinett der nationalen Konzentration brauchen, wobei die SPD mitarbeiten soll, weil wir sie durch die Opposition stark machen und den radikalen Elementen Wasser auf die Mühlen geben, so aus folgendem Grund, und das habe ich auch in Rhöndorf gesagt: weil ich persönlich der Überzeugung bin, daß das nächste halbe Jahr sehr entscheidend sein wird und weil wir uns in einem absoluten Notstand befinden. Denn unsere Situation hat sich gegenüber dem vorigen Jahr im Verhältnis der vier Besatzungsmächte zweifellos verschlechtert.

Mein Freund *Erhard* und ich haben damals die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten dazu gebracht, daß sie im Gegensatz zur sozialdemokratischen Fraktion die wirtschaftspolitischen Leitsätze anerkannt haben.[58] Ich weiß auch, daß es sehr viele Gewerkschaftler gibt, die Sozialdemokraten sind, die hundertprozentig mit Ihnen (*Erhard*) zusammengehen. Es ist ja gar nicht so, daß das, was unbedingt von oben gesagt wird, restlos die Zustimmung aller Kreise findet. Aber finanzpolitisch sehe ich auf Grund meiner persönlichen Erfahrung die Dinge außerordentlich ernsthaft an.[59]

Warum hat man uns die in Aussicht gestellten Kredite nicht zu einer Zeit gegeben, wo im Wirtschaftsrat eine ganz klare Politik betrieben worden ist? Warum warten wir auf die 80 Millionen für den Wohnungsbau, die uns im Januar zugesagt worden sind? Warum muß

---

56 Vgl. Nr. 18.

57 Vgl. Nr. 42.

58 Bezieht sich auf die Verabschiedung des „Gesetzes über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform vom 24. 6. 1948 (Leitsätzegesetz)". Dazu Ambrosius, S. 171ff.

59 Vgl. die Ausführungen *Hilperts* in Nr. 16.

man jetzt in dieser Situation das StEG-Geschäft, was *Semler* damals richtig gekennzeichnet hat, einfach mit 400 Millionen Defizit auf dem Etat lassen? Warum verlangt man jetzt eine andere Abrechnung der Lebensmittelimporte und der anderen Importe aus der Zeit vor dem ersten Mai? Seien wir uns klar darüber, daß alle diese Projekte außerordentlich schwierig sind. Und was hat Herr *Hoffman* bei der letzten Besprechung mit uns getan? Eine geradezu lächerliche Milchmädchenrechnung hat er gegeben, was wir tun und nicht tun sollen.[60] Das nur zur Illustration des finanziellen Zustandes.

Wir haben heute schon Landesarbeitsversicherungsanstalten, die in ihren Beitragseinnahmen in den letzten Monaten unter den Unterstützungen geblieben sind, weil wir neulich die Umstellung von 6 1/2 auf 4 % vorgenommen haben.[61] Es tut mir sehr leid, aber es müssen Tatbestände heran, um die Begründung zu geben. Wir werden bei der Sozialpolitik Dinge machen müssen, die man uns als reaktionär auslegt, obwohl sie in Wahrheit die Rettung der deutschen Sozialpolitik sind. Wenn wir so fortfahren, wie es der Wirtschaftsrat in den letzten dreiviertel Jahren getan hat, ruinieren wir das Beste, was wir getan haben, unsere ganz vorzügliche Sozialpolitik und Sozialversicherung, weil wir unseren Etat nicht mehr in Ordnung halten können. Das sind alles Probleme, die in den nächsten sechs Monaten anstehen. Und nach sechs Monaten kommen die weiteren Wahlen.

Man muß immer wieder den Versuch machen, die Sozialdemokratie so anzusprechen, daß sie, wenn sie ablehnt, dann auch wirklich mit der Verantwortung belastet ist, die aus der Situation herauskommt.

In etwa zwei Stunden jährt sich zum zehnten Mal der Tag, wo ich von der Seite meines Freundes *Goerdeler* weggerissen worden und dann für nahezu sechs Jahre Häftling des SS-Staates gewesen bin. Und da denken wir bitte auch einmal an das demokratische Prinzip. Sie haben von den 13 Millionen gesprochen, die antimarxistisch sind. Da ziehe ich die Million, die die WAV hat, überhaupt ab. Diese Ignoranten sind für mich überhaupt in keiner Weise irgendwie möglich. Ob hierbei unter Umständen Geister vorhanden sind, die Herrn *Loritz* absolut kongenial sind, das überlasse ich dem Freund *Horlacher*. Ich sehe, er stimmt mir zu. Aber bitte denken Sie an dieses Moment. Wir haben draußen eine Stimmung, die sehr gefährlich ist. Es dürfen Leute auftreten, wo ich mich frage, findet sich denn niemand, der einfach so einen Kerl über den Haufen schießt. Dieser demokratische Notstand wird abgetan mit dem in der Weimarer Koalition bekannten Wort: Die Politik verdirbt den Charakter. Ich bin der Meinung, der Charakter verdirbt die Politik. Die Weimarer Republik ist kaputtgegangen durch die Menschen, die diese Dinge gemacht und in den entscheidenden Momenten – ich denke an *Severing* – [nicht] die nötige persönliche Zivilcourage gehabt haben. Das hat nichts mit einer Koalition zu tun, sondern eben mit dem Charakter derer, die die Politik machen.

Ich weiß nicht, ob wir heute in der Lage sind, zumal die Erklärung von *Heine* nicht vorliegt,

---

60 Die kritische Haltung der Alliierten gegenüber der Finanzpolitik und den Kreditwünschen der Bizonenverwaltung in dieser Zeit geht auch aus einer Sitzung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern am 16. 8. 1949 hervor. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1040ff.

61 Die Reduzierung des Beitragssatzes für die Versicherungsnehmer in der Arbeitslosenversicherung erfolgte mit Wirkung vom 1. 6. 1949 durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz (§ 14) vom 17. 6. 1949. Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Nr. 20, 1949, S. 100.

(Zuruf: Hier ist sie.)

uns endgültig zu entschließen. Ich persönlich halte die ganzen Erklärungen an sich nicht für so entscheidend, daß man nicht den Versuch machen sollte, daß die Fraktion sich schleunigst verständigt auf ein handfestes Programm und daß man dann ganz ruhig – man hat ja noch Zeit – der SPD dieses Notprogramm zur Verfügung stellt und sagt, bitte, das ist das, was wir anbieten, entscheidet euch!

Dr. Adenauer: Herr *Hilpert*, sind Sie wirklich der Auffassung, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion der Fortführung der *Erhard*schen Wirtschaftspolitik zustimmt?

Dr. Hilpert: Ich bin überzeugt, daß in der Bundestagsfraktion, solange Dr. *Schumacher* da sitzt, die vernünftigen Elemente in der Minderheit sind. Worauf es mir ankommt, ist folgendes: daß wir in den nächsten Tagen anders taktieren müssen in der ganzen Angelegenheit, um die Situation nach der anderen Seite umzudrehen. Wir sind in den Brunnen gefallen, und wir müssen die Dinge nun erledigen.

Zum Bundespräsidenten und Bundeskanzler. Den Bundesratspräsidenten haben Sie nicht erwähnt, es ist auch vielleicht nicht notwendig zurzeit. Ich denke an den Bundespräsidenten. Ich weiß nun nicht, wie weit die Vorbesprechungen gediehen sind, die wir nun in der Form nicht ganz so geführt haben, wie es den normalen demokratischen Spielregeln entspricht. Ich weiß also nicht, wieweit Bindungen bestehen.

Dr. Adenauer: Ich wiederhole Ihnen, es besteht nach keiner Seite irgendeine Bindung.

Dr. Hilpert: Dann darf ich folgendes sagen. Am Montag hat mich einer der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion angesprochen und dabei auch die Frage des Bundespräsidenten angeschnitten. Ich bin persönlich der Meinung, daß der Bundespräsident von einem möglichst breiten Kreis gewählt werden muß. Da habe ich ihm erklärt, das ist ganz klar, Ihr wart selber der Meinung: *Heuss*.[62] Ich glaube, es ist so, wie es neulich in Rhöndorf ausgeführt worden ist, daß die SPD sich einmal für *Heuss* entschieden hat zu einer Zeit, wo sie der Überzeugung war, sie würde die stärkste Partei sein. Wenn wir an sich damit rechnen müßten, daß wir der SPD in *Heuss* keinen genehmen Mann vorschlagen, dann sollte man überlegen, ob man nicht tatsächlich den Weg beschreitet, den *Gereke* angedeutet hat.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Versuchen wir doch, die Sozialdemokratie in einen großen Grad der Verantwortung zu nehmen. Sehen wir zu, doch ein Gespräch herbeizuführen, wobei das Gespräch sehr lose geführt werden kann, indem man lediglich das Programm gibt. Ich würde nicht ohne ein Programm an die SPD herantreten, wobei wir uns klar darüber sind, daß es in der Frage des Wirtschaftsministeriums und der Sozialisierung für uns keine Konzessionen gibt.

Ich hätte nie gesprochen, Herr Dr. *Adenauer*, um meine Stimme für morgen zu schonen, wenn Sie mich nicht wegen der hessischen CDU so liebenswürdig apostrophiert hätten.

Dr. Adenauer: Sollen wir nicht mal das Kampfbeil begraben und sollen wir nicht einmal die ganze Situation losgelöst von allen persönlichen Ressentiments so realistisch erörtern, wie sie ist und für unsere Partei das Beste daraus ziehen?

Dr. Hilpert: Ich habe keine Ressentiments zum Ausdruck bringen wollen.

---

62 Der Vorschlag, *Heuss* zum Bundespräsidenten zu wählen, war innerhalb der SPD von Paul *Löbe* gemacht worden. Welchert, S. 169.

Dr. Adenauer: Verzeihen Sie, Herr *Hilpert*, das, was ich ausgeführt habe, daß eine Koalition mit der SPD, wobei wir in der Minderheit sind, uns immer schlecht bekommt, ist nicht nur von mir, sondern auch von sehr vielen anderen gesagt worden. Es liegt vielleicht auch in der Natur der Sache. Ich meine, wir sollten bei einer so ernsten Sache, die für unser Land so entscheidungsvoll ist, alles Persönliche beiseite lassen und sollten nicht in der Vergangenheit wühlen usw. und sagen, man hätte dies oder jenes machen sollen. Ich habe eingangs gesagt: Wir sind noch keine Partei für drei Zonen. Wir haben ja kein Gremium, das für die drei Zonen verbindlich sprechen kann. Daher waren wir auch nicht in der Lage, uns früher zusammenzufinden als jetzt. Und diese Zusammenkunft in Rhöndorf, die ursprünglich gar nicht beabsichtigt war, ist tatsächlich erzwungen worden durch die Unruhe im Lande. Man mußte irgendwie etwas sagen.

Ich darf Ihnen nun ausführen, was Herr Dr. *Schumacher* eben auf der Pressekonferenz gesagt hat.[63] Ich habe hier Notizen, die Herr *Junges* aufgenommen hat. Ich lese Ihnen vor, was für uns am wichtigsten ist. Zunächst verlangen sie für sich den Bundestagspräsidenten, weil sie die stärkste Fraktion seien. CDU und CSU seien keine Fraktion, sondern zwei besondere Gebilde. Deswegen hätten sie ein Anrecht auf den Bundestagspräsidenten.

Dann hat Herr *Junges* folgendes notiert: Manifestationen leitender Persönlichkeiten gegen SPD erschweren Zusammenarbeit. Umgekehrt ist nichts passiert! Er fährt fort: Im übrigen gibt es angesichts der Wirtschaftspolitik *Erhards* keinen Kompromiß zwischen SPD und CDU. Regierungsbildung zusammen mit CDU wäre für uns eine Zumutung. *Schumacher* sprach über Fragen der Opposition. Dieses Wort ist im Dürkheimer Kommuniqué[64] nicht enthalten. SPD entschlossen, mit allen Mitteln für diese Politik zu kämpfen. SPD wird alles bekämpfen, was dieser Politik entgegensteht. Wenn nicht Zustimmung der anderen, ist Opposition einfach da.

Das ist wirklich so klar und deutlich, wie man es deutlicher und klarer nicht sagen kann.

Das Wort hat Herr *Friedensburg*.

Dr. Friedensburg: Ich spreche als Vertreter einer Stadt, die noch nicht die Freude und die Ehre hat, an der Bundesrepublik beteiligt zu sein, die aber durch die Entsendung von Delegierten einen gewissen Anspruch darauf hat, gelegentlich gehört zu werden.[65] Ich bitte, meine Worte in diesem Sinne aufzufassen. Wir haben insofern einen Anspruch, als wir von Berlin aus einen leidenschaftlichen Anteil an dem Wahlkampf genommen haben, der nicht nur in der Beteiligung unserer führenden Leute an Ihren Wahlversammlungen zum Ausdruck gekommen ist – ich selber habe mich gefreut, 15, zum größten Teil überfüllte, Wahlversammlungen im Westen gegeben zu haben –, sondern der auch zum Ausdruck bringt, wie wir empfinden, daß unser Schicksal von Ihren Entscheidungen abhängt.

Ich halte mich verpflichtet, hier in dieser Stunde darauf aufmerksam zu machen, wie ernst die Lage in Berlin und im Osten ist.[66] Zurzeit ist reichlich ein Drittel unserer Bevölkerung erwerbslos. Die industrielle Leistung ist auf weniger als ein Viertel des Jahres von

63 Vgl. Nr. 45.

64 Nr. 42.

65 Vgl. Nr. 12, Anm. 1.

66 Vgl. auch Nr. 16 mit Anm. 10 und 11.

1936 gesunken. Nur noch ein Drittel unserer städtischen Ausgaben kann aus eigenen Mitteln gedeckt werden. Vor der Stadt haben wir ein Gebiet, in dem die im Osten uns vertraute Entmachtung auf Auslöschung der bürgerlichen Schichten rasende Fortschritte macht. Wir haben täglich zurzeit etwa 200 Flüchtlinge, die legal registriert worden sind.

Deshalb werden Sie verstehen, daß wir Ihre Entscheidungen hier sehr stark auf unsere Nöte projizieren und uns überlegen, was uns von Ihnen hierbei beschert werden könnte. Wir möchten, daß zwischen Berlin und dem Westen ein möglichst hohes Maß Angleichung erfolgt. Wenn auch noch nicht formell, so fühlen wir uns doch mit Ihnen verbunden.

Es wäre für uns schwierig und delikat, wenn wir mit unserer großen sozialistischen Mehrheit – wir haben 64 % Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung[67] – in einen ausgesprochenen Gegensatz zu der künftigen Bundesregierung treten würden. Das führte zunächst dazu, dem Gedanken der großen Koalition mit besonderem Wohlwollen und besonderem Interesse zu huldigen.[68] Wenn aber trotzdem die CDU in Berlin – Herr Dr. *Schreiber* wird mir das bestätigen – nicht den Wunsch hat, daß hier im Westen die große Koalition ins Leben tritt, so deshalb, weil wir glauben, daß hiermit für Berlin Lebenswichtiges auf dem Spiel steht. Wir haben das allergrößte Interesse daran, die *Erhard*sche Politik fortgesetzt zu sehen, und wir wünschen nicht – ich glaube, im Namen der großen Mehrheit unserer Berliner Freunde sprechen zu können –, daß diese Politik durch irgendwelche Rücksichten hier beeinträchtigt wird.

Der Widerstand im Osten ist zum ganz überwiegenden Teil auf die Schultern der CDU gelegt. Wir sind in Berlin selbst eine Minderheit, wir sind aber in der Ostzone die zweitstärkste Partei. Wir hoffen, daß die CDU bei den kommenden Wahlen im Frühwinter einen großen Wahlsieg erfechten wird.[69] Unter diesen Umständen haben wir das größte Interesse daran, auch von Berlin und vom Osten her, daß die CDU-Politik nicht verwässert wird, sondern daß sie klar und deutlich in Erscheinung tritt. Ich glaube nicht, daß es gelingen wird, radikale Strömungen durch Koalitionen abzufangen.

Wir haben ein großes Interesse daran, daß wir als CDU ernstgenommen werden in allen Teilen des Landes. Deshalb meine ich, nach allem, was wir gehört haben, besteht diese Möglichkeit nicht, wenn mit der SPD in Koalition getreten werden soll, insbesondere nach den für mich zwingenden Ausführungen von Herrn Dr. *Adenauer*, so daß also diese große Koalition, zumal wir an der *Erhard*schen Wirtschaftspolitik festhalten wollen, eigentlich schon gegenstandslos geworden ist. Allerdings würde ich bitten, daß das nicht zu einer offenen und bis in alle Konsequenzen durchgeführten Gegnerschaft zur SPD führen soll, und zwar im Interesse der Berliner Verhältnisse. Wir haben in Berlin eine ausgesprochene sozialistische Führung. Die Verhältnisse sind sicher zum großen Teil Konsequenzen der äußeren Situation, aber zu einem nicht geringen Teil auch Konsequenzen der absoluten Sterilität des doktrinären Marxismus, wie er sich in Berlin ausgetobt hat. Die Schlußfolgerung ist nicht ganz leicht zu formulieren. Ich würde jedenfalls bitten, Herr Dr. *Adenauer*, daß man mit Rücksicht auf den Osten, wo ein Zusammenge-

67 Der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin (insgesamt 130 Mitglieder) gehörten zu dieser Zeit 76 SPD-, 26 CDU-, 17 FDP- und 11 SED-Abgeordnete an. Potthoff/Wenzel, S. 137.

68 Vgl. die gleiche Tendenz innerhalb der Berliner SPD, Nr. 24.

69 Die Wahlen zur Volkskammer und zu den Landtagen in der DDR wurden bis zum 15. 10. 1950 verschoben und fanden nach Einheitslisten statt.

hen aller drei demokratischen Parteien das Natürliche gewesen ist, die Gegnerschaft zur SPD nicht zu scharf sich auswachsen läßt. Ob das jetzt bei diesem Stand der Verhandlungen zu erreichen sein wird, wage ich nicht zu behaupten, aber wir haben zu Ihrer geschickten Haltung völliges Vertrauen, daß es möglich sein sollte, nach dieser Richtung die Tür nicht so zuzumachen, wie es im Augenblick der Fall zu sein scheint. Im übrigen habe ich die herzliche Bitte bei dieser Gelegenheit auszusprechen, wenn Sie Ihre Regierung gebildet haben und Ihre Politik führen, denken Sie bitte an diejenigen, die jenseits der Elbe auf Sie alle warten.

Dr. Adenauer: Ich darf Herrn *Friedensburg* folgendes sagen: Herr *Löbe* ist das älteste, ich das zweitälteste Mitglied, aber Herr *Löbe* hat kein Stimmrecht. Es würde an sich die eigenartige Konsequenz sich ergeben, wenn er Alterspräsident ist, daß er bei der Wahl des Präsidenten selbst nicht stimmen kann. Trotzdem habe ich Herrn *Löbe* geschrieben, ich würde in unserer Fraktion dafür eintreten, daß er die Eröffnung als Alterspräsident leiten soll, um damit Berlin herauszustellen und auch um das Verhältnis zur SPD nicht unnötig zu erschweren.[70] Herr *Löbe* ist dann berufen, bei diesem historischen Ereignis die Sitzung zu leiten. Das ist gegenüber Herrn *Löbe* und der SPD ein großes Entgegenkommen in Ihrem Sinne.

(Es folgt eine Pause für das Abendessen von 20.30 Uhr bis 21.30 Uhr.)

Dr. Adenauer: (läutet mit der Glocke) DasWort hat Herr *Gengler*.

Gengler: Nachdem die Glocke soeben ertönte, habe ich mich gefragt, zu welchem Zweck sie erklingen soll: zu des Vaterlandes Ehrentag, oder ob wir der Katze die Schelle anhängen sollen. Nun, vielleicht das letztere (Heiterkeit).

Mein Freund *Simpfendörfer* und ich hatten Gelegenheit, den Herrn Dr. *Schumacher* in einer Zeit kennenzulernen, in der er Mitglied des Stuttgarter Landtages war, und zwar von 1928 bis 1932.[70a] Er ist damals als Kriegsbeschädigter unter Verlust eines Armes eingetreten. Aber er zählte zu den Abgeordneten des Landtages, mit denen niemand etwas zu tun haben wollte. Und selbst seine eigenen Parteifreunde haben mir damals mehr als einmal nicht nur ihre Abneigung, sondern auch ihre Verurteilung der Art des Auftretens von Dr. *Schumacher* zum Ausdruck gebracht. Ich war in der letzten Woche in Caux[71], und auch dort hat man nicht das geringste unternommen, die Haltung und die Art des Auftretens von Dr. *Schumacher* irgendwie zu rechtfertigen, und zwar waren das sozialdemokratische Kreise. Man hat sogar anerkannt, daß es besser wäre, wenn die Sozialdemokratie einen anderen Führer besitzen würde. Ich habe vorhin mit einem Journalisten gesprochen, der die Erklärungen *Schumachers* angehört hat.[72] Er hat mir erklärt, er habe noch nie einen Politiker gehört, der so gemein gesprochen hätte, wie das heute der Fall war.

Ich habe in Süddeutschland den Sozialdemokraten, mit denen ich in den letzten Wochen gesprochen habe, erklärt, wenn wir es mit den süddeutschen Sozialdemokraten, namentlich mit denen aus Württemberg, zu tun hätten, dann wäre eine Koalition auch

70 Zu der Diskussion im Ältestenrat des Bundestages hierüber Nr. 61, S. 269.

70a Falsche Zahlenangabe. Richtig: 1924–1931.

71 Sitz der Moralischen Aufrüstung.

72 Nr. 45.

auf dem Boden der Wirtschaftspolitik *Erhards* möglich, aber unter der Führung *Schumachers* ist sie nicht möglich. Ich möchte als ein freudiges Aktivum in unserem Kreise bezeichnen, daß wir in dieser grundsätzlichen Frage der Führung der Wirtschaftspolitik einig sind. Ich glaube, daß das schon für eine Partei in der Zusammensetzung der CDU ein Aktivum bedeutet, um das uns alle anderen Parteien beneiden können.

(Dr. *Adenauer*: Sehr richtig.)

Wenn Dr. *Schumacher* von einem zusammengelaufenen Haufen der CDU sprach, dann wollen wir gerade in diesem Punkte zeigen, daß wir kein zusammengelaufener Haufen sind, sondern daß wir sowohl in weltanschaulicher wie aber auch in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eine Einheit darstellen. Ich möchte bitten, daß wir das, wenn wir eine Presseerklärung herausgeben, mit Nachdruck in die Öffentlichkeit hinaustragen.

Herr Dr. *Adenauer* sprach davon, daß wir uns nicht dem Risiko aussetzen wollten, von der Sozialdemokratie eine Ablehnung zu erhalten. Umgekehrt bestand die Auffassung, daß wir unseren guten Willen bekunden sollten, um auf der anderen Seite das Ausweichen in die Unverantwortlichkeit der Sozialdemokratischen Fraktion festzustellen. Ich neige dem letzteren Standpunkt zu. Ich bin überzeugt, solange *Schumacher* die Führung in der Sozialdemokratie hat, wird sie die Politik der Agitation und der Verneinung suchen. Ich meine, wir müssen trotzdem – indem wir diese letzte Geste machen, von deren Ergebnis wir überzeugt sind – den Versuch machen, auf der einen Seite eine gewisse Befriedigung für uns selbst zu erreichen, auf der anderen Seite aber den Elementen in der Sozialdemokratie, die mit der Führung *Schumachers* nicht einverstanden sind, eine gewisse Handhabe geben in dem Sinne, daß auch sie eine Stärkung für eine aktive staatsbejahende Politik finden.

Mein Vorschlag, der sich deckt mit einer Reihe von anderen vorgetragenen, geht also dahin, daß wir das tun, was vorhin Herr Dr. *Adenauer* gewissermaßen als Zusammenfassung seiner eigenen Stellungnahme hier vorgeschlagen hat. In der jetzigen Situation der Sozialdemokratie noch ein Notprogramm vorzulegen und ihre Stellungnahme zu ersuchen, das wird wohl nicht mehr notwendig sein. Aber die Frage, ob die Sozialdemokratische Fraktion sich die Parteibeschlüsse zu eigen macht und damit von sich aus die Brükken abbricht, halte ich für unbedingt notwendig.

Dr. Adenauer: Herr Dr. *Schumacher* ist heute zum ersten Vorsitzenden der Fraktion gewählt worden.

Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Ich habe sehr starke Beziehungen zu den besonnenen Kreisen in der SPD, die sich unmittelbar nach der Wahl an mich wandten. Ich habe ihnen gesagt, ihr müßt in eurem Hause Ordnung schaffen. Solange ihr nichts zu sagen habt in eurem eigenen Haus, ist es sinnlos, mit uns in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Gestern habe ich einem der führenden Leute gesagt, das Problem liegt bei euch, worauf er mir erklärte, Dürkheim wird beschließen, und die Fraktion wird dem zustimmen, weil die Fraktion nur das beschließt, was *Schumacher* will. Leider ist das so.

Wir müssen mit diesem Tatbestand rechnen und uns sorgfältig überlegen, wie können wir das Odium von uns abwenden, als ob etwa durch dieses Interview mit dem Sekretariat in Frankfurt das Primat der Ablehnung bei uns gelegen habe. Ich sage das ganz offen, ich habe dieses Interview für höchst unglücklich gehalten, weil ich mir sagte, das kann man nicht innerhalb von 24 Stunden tun.

Irgendeine Chance des Zusammengehens mit der SPD gibt es nicht. Ich würde es trotz aller Notprogramme für falsch halten. Es wäre für mich eine Politik auf kurze Sicht und nicht auf lange Sicht. Wir müssen endlich den Versuch wagen, in der Notzeit zu einer klaren Linie der Opposition zu kommen, sonst werden wir bei der Art, wie die deutsche Menschheit reagiert, nur ein Chaos bekommen, und wir wissen überhaupt nicht mehr, wie wir den Menschen das Positive sagen sollen, wenn wir in den nächsten Wahlkampf eintreten. Wir treten ja nicht dafür ein, um Stimmen für uns zu fangen, sondern dafür, daß wir es besser machen wollen als die anderen.

Es liegt in der Tragik der Sozialdemokratie, daß eine Reihe von anständigen und ordentlichen Menschen nicht zum Zuge kommen, denn Dr. *Schumacher* hängt einen nach dem anderen ab, oder, wie gestern gesagt wurde, er organisiert sie in führende Stellungen innerhalb der Regierung, um sie aus dem politischen Leben herauszumanövrieren. Das ist eine Tatsache, die wir sehen müssen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Dörpinghaus*.

Dörpinghaus: Es erscheint mir doch notwendig, daß ich zu diesem Interview etwas sage, das am 15. August von mir gegeben worden sein soll. Es war von mir nicht beabsichtigt, irgendein Interview zu geben. Denn ich bin mir sehr wohl der Verantwortung bewußt, die wir gerade jetzt zu tragen haben hinsichtlich der Regierungsbildung. Herr Dr. *Adenauer* ist oft genug Zeuge gewesen, daß ich in bestimmten Kreisen zugestimmt habe, daß man zunächst einmal mit einer großen Partei sprechen müsse. Es hat sich folgendes zugetragen: Ich bin telefonisch angerufen worden von einer amerikanischen Nachrichtenagentur. Man hat gefragt, ob man mir eine Frage stellen dürfe. Da habe ich gesagt: ja. Diese Frage lautete: Halten Sie in der Zukunft ein Zusammengehen mit der FDP für möglich hinsichtlich einer Regierungsbildung? Darauf habe ich gesagt: ja.

(Zuruf: Mit der SPD?)

Mit der FDP. Dann kam die zweite Frage, ob ich der Ansicht wäre, daß irgendwelche Kompetenzabgrenzungen, über die keine Klarheit bestehe, innerhalb der Bundesregierung zwischen FDP und CDU ein ernstes Hindernis wären. Darauf habe ich geantwortet: Ich glaube das nicht; denn die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, werden so groß sein, daß dies nur zweitrangige Bedeutung haben kann. Dann kam die dritte Frage: Glauben Sie, daß eine Koalition mit der SPD möglich ist. Darauf habe ich gesagt: Mit Rücksicht darauf, daß die SPD immer wieder betont hat, sie verlange unter allen Umständen das Wirtschaftsministerium, erscheint mir das aussichtslos.

So ist die Sache gewesen. Wenn man nun in der Öffentlichkeit etwas daraus macht, was der Entwicklung abträglich sein sollte, so muß ich nur hinzufügen, daß das von der Presse erst hineingelegt worden ist.

(Dr. *Adenauer*: Wann war das Gespräch?)

Am 15. August.

(Dr. *Adenauer*: Nachdem die Sache *Heine*[73] schon heraus war?)

Ja.

Dr. Adenauer: Wenn ich an Stelle von *Dörpinghaus* gewesen wäre, hätte ich eingehängt (Zurufe: Sehr richtig). Ich bin auch den Leuten, als es nicht mehr ging, davongelaufen.

Das Wort hat Herr *Schreiber*.

---

73 Stellungnahme *Heines* vom 15. 8. 1949; siehe S. 110.

Dr. Schreiber (Berlin): Eine große Koalition mit der SPD können Sie ja gar nicht wollen; denn wenn wirklich eine Koalition zwischen uns und der SPD möglich wäre, würde das bedeuten, daß nicht nur die FDP nicht mitmacht, sondern auch, daß die CSU mit uns keine gemeinsame Fraktion bilden würde.

Ich kann für meine Freunde in Berlin erklären, daß wir die Sozialdemokratie – nachdem wir sie als eine so beherrschende Partei mit all den Folgen, die diese Partei aus ihrer Machtstellung bezogen hat, kennengelernt haben – nicht so lieben, daß wir glauben, unsere Wählerschaft erwartet, daß wir irgendwelche zarten Rücksichten auf sie nehmen sollen, sondern die Wählerschaft, die ich vertrete, ist der Meinung, daß wir klare Verhältnisse schaffen und aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen ziehen müssen. Ich bitte Sie, dem Vorschlag von Dr. *Adenauer* zu folgen, dem ich hundertprozentig zustimme.

Dr. Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, daß wir heute nichts beschließen. Wir werden das Ergebnis der SPD-Pressekonferenz abwarten müssen, außerdem würde der Brief auch nur im Auftrag unserer Fraktion geschrieben werden können an die Fraktion der SPD, deren Vorsitzender Herr Dr. *Schumacher* ist, zweiter Vorsitzender ist Herr *Ollenhauer*, und dritter Vorsitzender ist Carlo *Schmid*. Eben hat mir Staatsrat *Schäffer* gesagt, aus seiner langen politischen Vergangenheit habe er eine Lehre gezogen, daß es falsch wäre, wenn man auf eine solche Weise eine Entschuldigung zu schaffen versuche. Wir sollten dieses Thema heute abend beenden und uns morgen früh weiter darüber unterhalten.

Inzwischen habe ich von den Herren *Pünder* und *Hartmann* gehört, daß die finanzielle Lage nicht so trostlos angesehen wird, wie sie uns Herr *Hilpert* schilderte. Es liegt mir daran, wenn dem so ist, daß wir nicht mit einem so düsteren Eindruck heute unser Bett aufsuchen.

(*Hilpert:* Dann muß ich mit *Hartmann* und *Pünder* debattieren.)

Erlauben Sie, daß zunächst Herr *Hartmann*, der vielleicht auch von den Dingen etwas versteht, das Wort ergreift.

Dr. Hartmann: Ich sehe auch wie *Hilpert*, daß eine Unmenge von Problemen im nächsten halben Jahr auf uns zukommen, gerade auf finanziellem Gebiet, aber ich sehe sie nicht so pessimistisch, daß sie in ihrer Summe viel schwieriger sind als das, was wir in den letzten beiden Jahren schon hinter uns gebracht haben, und das ist eine ungeheure Menge.

Sie können nur bewältigt werden, wie Herr Dr. *Adenauer* angedeutet hat, mit einer ganz klaren wirtschafts- und finanzpolitischen Linie, auch auf die Gefahr, mit den Militärregierungen in Konflikt zu kommen. Wir müssen endlich die Dinge durchzusetzen versuchen, die man uns in Frankfurt immer abgeschlagen hat, nämlich eine vernünftige Steuerreform, eine Revision der Währungsreform zugunsten der Altsparer, deren Vertrauen zum Staat wieder einmal restlos erschüttert worden ist, und eine endgültige beschleunigte Regelung des Lastenausgleichs.

Wenn wir diese Dinge nicht ganz entschieden anpacken, haben wir allerdings wenig Aussichten, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Ich möchte vorschlagen, einen kleinen Ausschuß zu bilden, der ein Sofortprogramm dessen, was im nächsten Jahre notwendig ist, zusammenstellt.

Dr. Adenauer: In den 16 Dürkheimer Punkten der SPD[74] – die ich Ihnen in einer hal-

74 Nr. 42.

ben Stunde hinschreibe – steht alles drin und nichts. Ich warne Sie davor, Sofortprogramme mit genauen Zielen zu machen, denn dann liegt man nachher fest. Es kann kein Mensch die nächsten sechs Monate genau übersehen.

Das Wort hat Herr *Hilpert.*

Dr. Hilpert: Sie kommen an einem Tatbestand nicht vorbei: Nicht die Frage der Steuerreform ist das Primäre. Deshalb war ich der Meinung, eine Koalition der nationalen Konzentration zu schaffen, die Dr. *Schumacher* glatt erschlagen wird. Nach dieser vorgelesenen Erklärung der SPD bin ich gar nicht mehr in der Lage, den Gedanken einer großen Koalition zu vertreten, weil es nämlich einen Punkt gibt, der einen Schlußstrich bedeutet.

Wenn es uns nicht gelingt, die Besatzungsmächte zu einem Verbraucher der deutschen Produktion zu machen und die 4,8 Milliarden auf 2,8 Milliarden unproduktiver Ausgaben herunterzudrücken, können Sie nicht über eine Steuerreform sprechen. Wenn die CDU sagt, wir werden die Steuern um 25 % senken, so ist das nach meiner Ansicht unmöglich. Wir können heute in den verschiedenen Ländern wichtigste Ausgaben nicht mehr bestreiten.

Weil ich seit dreiviertel Jahren als Vorsitzender des Finanzausschusses der 11 Länder die finanzielle Struktur der einzelnen Länder kenne, sind mir auch die Sorgen in etwa bekannt. Fangen wir daher, wenn es ums Geld geht, nicht an, von düster, schwarz, grau oder weiß zu sprechen, sondern lassen wir rechnen und rechnen, dann kommen wir zu einem Ergebnis.

Dr. Adenauer: Keiner von uns ist sich darüber im unklaren, daß wir auf lange Zeit hinaus sehr ernsten Problemen gegenüberstehen. Aber die Würfel sind gefallen. Die Wahlen haben für uns entschieden. Wir müssen unseren Weg gehen. Verehrter Herr *Hilpert*, ich habe vor der Wahl gesagt, ich könnte mir für mich persönlich nichts Schöneres wünschen, als [als] Führer einer Opposition tätig zu sein, eine wundervolle Sache, die man auch anständig machen kann. Aber was hilft das, wir haben uns unserer Idee – jetzt lassen Sie mich den Ausdruck gebrauchen – verschworen. Wir haben vom Volke das Vertrauen erhalten, und nun müssen wir versuchen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, und zwar entschieden davon durchdrungen – das möchte ich ausdrücklich sagen –, daß wir einen ganz außerordentlich schweren Weg zu gehen haben werden.

Das Wort hat Herr *Strickrodt.*

Dr. Strickrodt: Herr Dr. *Erhard*, entschuldigen Sie, wenn ich etwas sage, was vielleicht im Wahlkampf nicht gesagt werden sollte: Verbinden Sie, meine Herren, diese Frankfurter Wirtschaftspolitik nicht so sehr – ich weiß, Dr. *Erhard* tut es nicht, aber wir als Partei tun es – mit dem Namen eines einzelnen Mannes. Sie werden in der nächsten Zeit neben dieser Wirtschaftspolitik die Etatpolitik zu führen haben. Führen Sie diese Politik klar vor der Öffentlichkeit, verpflichten Sie die Opposition, verpflichten Sie vor allem die Gewerkschaften auf die Zahlen, die zugrunde liegen. Wenn es uns dadurch gelingt, die Gewerkschaften festzunageln, dann zwingen wir die Opposition zu einer sachlichen Politik. Führen Sie die Politik der nächsten Monate unter dem Gesichtspunkt einer Etat-Politik.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hartmann.*

Dr. Hartmann: Herr *Hilpert* hat eben gesagt, daß die Steuersenkung nicht das Primäre wäre. Ich muß ihm da widersprechen. Wenn es so weitergeht und diese ruinösen Steuersätze bleiben, dann wird das Steueraufkommen weiter sinken, und die Steuerunmoral

wird größer werden. Wir müssen in unserer Wirtschaft wieder mit dem Pfennig rechnen, damit wir auch export- und konkurrenzfähig bleiben. Wir müssen den Entschluß fassen, die Einkommensteuer zu senken, was von deutscher Seite – darunter auch die SPD – im Juni 1948 vorgeschlagen wurde. Darauf können wir die SPD festlegen; denn in den 16 Punkten der Dürkheimer Beschlüsse heißt es: nur Steuersenkung für die kleinen Einkommen.[75] Die kleinen Einkommen haben im Juni 1948 eine Senkung bekommen[76], die mittleren und großen Einkommen haben sie nicht bekommen.

Wenn wir uns nicht dazu aufraffen, diese deutschen Vorschläge wieder herauszuholen und zum 1. Januar 1950 durchzusetzen, kommt die Wirtschaft nicht wieder auf ein gesundes Fundament. Mit diesen Steuersätzen kommt unsere Wirtschaft nicht wieder hoch. Wir sind auch auf dem Weltmarkt auf die Dauer nicht konkurrenzfähig.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Fricke*.

Dr. Fricke: Ich möchte die beiden Finanzminister fragen, was mit ihrem Haushalt nach der Währungsreform geschehen wäre, wenn wir nicht die neue Wirtschaftspolitik eingeschlagen hätten, wenn wir nicht diese Verdoppelung der Produktion und damit automatisch die Verhinderung einer Arbeitslosigkeit, die auf vier, fünf und mehr Millionen prophezeit wurde, erreicht hätten. Die Verdoppelung der Produktion und die Angleichung der Preise an das Weltmarktniveau haben sich doch so auf den Etat ausgewirkt, daß er bis heute einigermaßen ausbalanciert werden konnte.

Glauben die Herren vielleicht, daß diese schweren vor uns liegenden Probleme leichter zu meistern sind, wenn uns die SPD in das Konzept hineinredet? Ich glaube, dann würde das Problem noch schwerer und unlösbarer.

Ich kann unterstreichen, was Herr *Hartmann* gesagt hat: Wenn wir nicht zu einer konstruktiven Steuerreform kommen, dann geht es immer weiter zurück, dann wird in der Wirtschaft eine uferlose Ausgabenpolitik betrieben. Eine klarere Konzeption ist möglich, wenn wir allein in die Verantwortung gehen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Kaufmann*.

Dr. Kaufmann: Wenn ich mir überlege, wie wir der Sorgen Herr werden können, so vermag ich die Auffassungen meiner Kollegen *Hilpert* und *Strickrodt* nicht zu teilen, sondern ich neige der Ansicht von Dr. *Hartmann* zu. Wir können unsere öffentlichen Finanzen aus einer geschröpften Wirtschaft nicht gesund machen. Wir sitzen alle auf dem Ast der Wirtschaft, und das ist unbedingt das Primäre, daß die Wirtschaft selbst gesund gemacht werden muß. Sie kann nicht gesunden, wenn sie unter solch ungeheuren Steuersätzen leidet. Wir müssen die Steuersätze senken, damit vor allen Dingen die Industrie frei werden kann für Investitionen. Wir werden dadurch auch konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland, und wir schaffen Arbeit. Gerade diese hohen Steuern sind vielleicht der wesentlichste Grund für unsere Arbeitslosigkeit.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Lohn und Gehalt nicht nur Unkosten sind, sondern sie stellen auch Kaufkraft dar. Gerade die Steuersenkung wird einer der größten Antriebe für eine Besserung der Wirtschaft und für eine Senkung der Arbeitslosigkeit sein. Mir scheint die Frage der Steuersenkung weniger ein Finanzproblem als ein Liquiditätsproblem zu sein.

---

75 Punkt 1 der Erklärung, Nr. 42.

76 Bezieht sich auf die Einkommensteuer-Durchführungsverordnung vom 2. 6. 1949. Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Nr. 22, 1949, S. 109–116.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Köhler.*

Dr. Köhler: Zur Frage der großen Koalition habe ich nichts mehr zu sagen. An meinem Rhöndorfer Standpunkt hat sich nichts geändert. Es ist richtig, was ich auch in Rhöndorf ausgesprochen habe, über eine Steuersenkung brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Wir bekommen aber keine Steuerreform, bevor nicht die Defizite in den öffentlichen Haushalten ausgeglichen sind. Die Frage ist, wie wir es durchführen können. Vergessen Sie nicht das Einspruchsrecht der Hohen Kommissare, was ja kommen wird, wenn die erste Voraussetzung – die Senkung der öffentlichen Ausgaben – nicht erfüllt ist.

Wir müssen, bevor der künftige Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgibt, im kleinsten Kreise darüber klarwerden, was wir tun können, um die Vermeidung eines Vetos zu schaffen bei einer Senkung der Steuersätze. Das ist der Kern des Problems. Ich bin der Meinung des Herrn *Hartmann* , daß sich ein paar Leute zusammensetzen vor Abgabe der Regierungserklärung, die diese Voraussetzungen klären, sonst ist jede Forderung nach einer Senkung der Einkommensteuern in die Luft hineingeredet.

Dr. Adenauer: Dieser künftige Kanzler, der ja kein beneidenswerter Mensch ist, wird, wenn er meinem Rate folgt, sich mit der Abgabe einer Regierungserklärung etwas Zeit lassen und sie nicht am Tage nach seiner Ernennung loslassen.

Das Wort hat Herr *Gengler.*

Gengler: Wir haben eine in die Millionen gehende Zahl von Wählern, die als Arbeiter und Angestellte dazu verurteilt sind, sich tagtäglich mit den Sozialdemokraten und Kommunisten an der Arbeitsstätte auseinanderzusetzen. Es ist keine Wählergruppe vorhanden, die jeden Tag zu einem solch aktiven Bekenntnis ihrer politischen Gesinnung und ihrer weltanschaulichen Haltung gezwungen ist, wie die breite Masse der christlichen Arbeiter und Angestellten. Das ist der Gesichtspunkt, den ich bei Ihren Überlegungen zu beachten bitte.

Ich halte es für unbedingt notwendig, daß wir in einer Haushaltsgesetzgebung dazu kommen, daß wir ein ähnliches Verfahren einführen, wie es in England der Fall ist, daß keine Partei von sich aus die Möglichkeit hat, Anträge mit finanziellen Auswirkungen zu stellen, ohne gleichzeitig die Deckungsgrundlage damit herzustellen.[77] Dann wird der bisherigen uferlosen Agitation gewisser Parteien ein Riegel vorgeschoben. Das ist der Anfang der parlamentarischen Gesundung.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kunze.*

Kunze: Dr. *Holzapfel* war mit mir der Meinung, daß wir bei allem Respekt vor der FDP doch die Tatsache, daß wir die stärkste Partei sind, im Auge behalten müssen, daß wir bei der Regierungsbildung nicht nur den Bundeskanzler, sondern auch unsererseits den Präsidenten stellen müssen. Es würde von der breiten Masse unseres Volkes nicht verstanden werden, wenn wir jetzt den von der SPD früher in anderer Beziehung propagierten FDP-Vertreter *Heuss* zum Präsidenten vorschlagen würden.

Dr. Adenauer: Nach der Pressekonferenz, die Dr. *Schumacher* jetzt abgehalten hat, erscheint es mir ganz ausgeschlossen, daß die SPD einen Kandidaten der CDU als Präsidenten wählt. Sie wird einen Gegenkandidaten aufstellen; sie wird nicht einmal weiße

77 Die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Geschäftsordnung beschloß der Bundestag im Jahre 1951. Aufgrund einer Klage der SPD-Fraktion entschied das Bundesverfassungsgericht am 6. 3. 1952, daß diese Bestimmung gegen Art. 76 Abs. 1 GG verstoße. Vgl. Wengst, S. 300.

Zettel abgeben. Und nun stellen Sie sich dieses Schauspiel vor. Wir müssen, wenn irgend möglich versuchen, daß der erste Bundespräsident gegen die Stimmen der Kommunisten und vielleicht einiger Splitterparteien gewählt wird, wenn auch schließlich die SPD weiße Zettel abgibt – in Gottes Namen –, dann haben wir aber nicht dieses blamable Schauspiel, daß wir so ins Leben treten. Dr. *Holzapfel* konnte die Entwicklung noch nicht kennen, als er mit Ihnen darüber gesprochen hat. Nach meiner Meinung ist das aber ein durchschlagender Gesichtspunkt, dem man Rechnung tragen muß. Ich glaube, wir sollten es morgen der Fraktion vortragen.

(*Kaiser*: Würde das bedeuten, daß Sie morgen für *Heuss* plädieren?)

Ich darf folgendes sagen: Herr *Blücher* fährt morgen nach Königstein zu Herrn *Heuss*. Er hat gebeten, man möchte ihm telefonisch dorthin Bescheid geben, wie unsere Fraktion zu der Sache steht. Bei ihm steckt wohl noch folgendes dahinter: Er hat mir gestern gesagt, Herr *Heuss* würde dann den Vorsitz in der FDP niederlegen und er, *Blücher*, würde erster Vorsitzender werden. Wir müssen uns also morgen über diese Frage noch schlüssig werden.

Herr *Gengler*, nach dieser Pressekonferenz – vorausgesetzt, daß es Herr *Junges* richtig niedergeschrieben hat – hat es kaum noch einen Zweck, wie ich zuerst vorschlug, die SPD zu fragen, ist das so und so, sondern ich glaube, wir werden uns auf die Feststellung beschränken müssen: Herr Dr. *Schumacher* hat namens der Fraktion das und das erklärt. Für uns ist dies unmöglich. Im Interesse des gesamten Volkes halten wir es für unmöglich, an der Frankfurter Wirtschaftspolitik eine Änderung vorzunehmen. Infolgedessen scheinen die Möglichkeiten zu einer Verhandlung mit der SPD nicht gegeben. Ich möchte das aber auch nur zur Erwägung geben. Ich selbst bin mir noch nicht klar, wie wir es machen sollen. Solche intrikaten Situationen entscheidet man am besten am anderen Morgen.

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Sie müssen sich darauf vorbereiten, daß möglicherweise morgen ein ganz anderer Vorschlag kommen wird. Ich sage das nicht ohne Anlaß. Dieser Zustand, daß die SPD in die Opposition gehen wird, schließt große Spannungen ein. Wenn wir aus unseren politischen Überlegungen zu der Auffassung kommen könnten, eine in Betracht kommende Persönlichkeit aus der SPD zum Bundespräsidenten zu wählen, dann wäre das ein Politikum von hohem Rang. Ich habe in Rhöndorf an das Beispiel von Österreich erinnert. Ich habe mit Karl *Arnold* gesprochen. Im Kreise der Ministerpräsidenten ist darüber diskutiert worden. Es ist auch ein bestimmter Name genannt worden.[78] Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß, wenn *Heuss* nominiert wird, auf jeden Fall damit gerechnet werden muß, daß weitere Namen genannt werden. Ob das zum Ansehen des Bundespräsidenten beitragen wird, muß überlegt werden.

Dr. Adenauer: Herr *Kaiser* hat neulich davon gesprochen, und ich habe mir die Frage durch den Kopf gehen lassen. Ich spreche also nicht aus dem Handgelenk heraus. In Österreich sind die Sozialisten und unsere Schwesterpartei zusammen in einer Regierungskoalition. Infolgedessen hat man die Aufteilung so vorgenommen, daß die kleinere Partei den Bundespräsidenten bekommen hat und unsere Schwesterpartei den

78 Bezieht sich auf die Tagung der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz am 25./26. 8. 1949. In diesen Gesprächen wurde Wilhelm *Kaisen* als Kandidat für das Bundespräsidentenamt genannt. Zu den Besprechungen der Ministerpräsidenten auch Nr. 35, Anm. 2.

Bundeskanzler.[79] Also, das sind andere Verhältnisse, die aber denen entsprechen, wenn Herr *Heuss* bei uns Bundespräsident würde.

Wenn wir aber schon unseren Wählern nicht zumuten wollen, daß wir mit der SPD jetzt noch den Versuch einer Verhandlung aufnehmen, dann bitte und beschwöre ich Sie, einen solchen Vorschlag nicht anzunehmen. Das würde bedeuten, daß uns unsere Wähler überhaupt nicht mehr ernst nehmen, nachdem wir nun heute abend wieder diese Ohrfeige bekommen haben. Herr *Junges* kann es vielleicht wiedergeben, daß heute in der Pressekonferenz der SPD Herr *Schumacher* den Herrn *Kaiser* wieder in so grober Weise beschimpft hat. Sie wissen, wie er mich beschimpft hat, er hat es auch jetzt wieder getan. Mich persönlich verletzt das nicht, mir ist es gleichgültig, aber unseren Wählern nicht. Ich bitte und beschwöre Sie nochmals bei allem, was Sie tun, denken Sie daran, daß wir das Vertrauen unserer Wähler uns erhalten müssen. Die Wähler sind nun einmal so, nicht wie wir sie uns denken, daß sie glauben, daß wir Gott weiß was für subtile Überlegungen anstellen. Der Durchschnittswähler denkt primitiv, und er urteilt auch primitiv. Wenn wir so etwas machen, dann würde er sagen, die Leute sind ja toll. Ich weiß nicht, wer gemeint ist. Es könnte sein, daß Prof. *Reuter* oder *Löbe* gemeint ist,

(Zuruf: *Kaisen*)

ich weiß es nicht. Ich sage Ihnen nochmals, wenn Sie unserer Partei einen sehr schweren Schaden zufügen wollen, dann machen Sie das. Nach meiner Meinung ist es einfach untragbar.

Das Wort hat Herr Dr. *Zimmer*.

Dr. Zimmer: Es ist meines Erachtens kein Zweifel, daß es in weiten Kreisen nicht von vornherein verstanden wird, wenn der Bundespräsident von einer Partei gestellt wird, die von 402 Abgeordneten nur 52 stellt. Die Präsidentenwahl wird damit zum Gegenstand des Koalitionsgeschäfts zwischen CDU und FDP. Wenn Herr *Heuss*, gegen den zweifellos in der morgigen Fraktionssitzung sehr starke persönliche und sachliche Bedenken sich erheben werden, nicht ausgesprochener Parteimann bisher gewesen wäre, dann wäre im Bewußtsein der breiten Masse Herr *Heuss* vielleicht ein Repräsentant der Nation. Herr *Heuss* wird aber, wenn er mit den 208 Stimmen der Koalition gewählt wird, zunächst bis auf weiteres der Exponent und Repräsentant der FDP bleiben im Bewußtsein der Bevölkerung. Das tut dem Ansehen eines deutschen Bundespräsidenten Abbruch. Der deutsche Bundespräsident muß auf Grund seiner Persönlichkeit ein großes und uneingeschränktes Vertrauen im ganzen deutschen Volke und auch ein großes Ansehen in der Welt besitzen. Es wäre gut, wenn sich eine Persönlichkeit finden würde, die die Voraussetzungen mitbringt, die an den Bundespräsidenten zu stellen sind, ohne daß er einer so kleinen Partei wie der FDP angehört. Er müßte auch – ich darf das offen aussprechen – aus einer Reihe von Erwägungen zunächst einmal evangelisch sein.

Ich möchte Sie bitten, Herr *Dr. Adenauer*, daß die Frage *Heuss* noch einmal sehr ernstlich geprüft wird. Ich glaube nicht, daß per Saldo die Lösung *Heuss* als Bundespräsident eine sehr glückliche für unser Volk sein wird. Ich bin aber auch der Meinung, daß wir in dieser Situation einen ausgesprochenen Sozialdemokraten nicht präsentieren können. Es muß eine christliche Persönlichkeit von Rang und Ansehen sein, die das deutsche Volk entsprechend vertreten kann.

---

79 So bereits *Adenauer* in Nr. 33.

Dr. Adenauer: Ich weiß, daß Herr *Kaisen* in den Kreisen der Länderchefs eine sehr objektive Rolle spielt. Er ist aber gegenüber unserer Partei in Bremen sehr unangenehm und übel aufgetreten. Er ist alles andere als ein christlich gesinnter Mann.

Das Wort hat Herr *Simpfendörfer*.

Simpfendörfer: Die Frage, daß ein Sozialdemokrat Bundespräsident werden könnte, haben auch wir in unserem Vorstand zur Debatte gestellt. Ich kann nur sagen, daß dieser Vorschlag von unseren Freunden scharf abgelehnt wird.

Dr. Adenauer: Dürfen wir damit für heute Schluß machen. (Zustimmung) Ich darf also die Sitzung schließen. Wir fangen morgen früh um spätestens 10 1/4 Uhr an.[80] Der Presse geben wir heute keine Erklärung.

---

80 Nr. 50.

45.

31. 8. 1949: Aufzeichnung von Rudolf Junges über die Pressekonferenz des 1. Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, in Bonn

StBkAH 12.03.

Fritz *Heine* eröffnete die Konferenz und erklärte, daß unter dem Vorsitz von Dr. *Schumacher* die SPD zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung am Mittag dieses Tages zusammengetreten sei. Die Fraktion zähle mit Einschluß der Berliner Abgeordneten (fünf) zusammen 136[1] Abgeordnete. Zu Vorsitzenden seien gewählt worden: Dr. *Schumacher*, Erich *Ollenhauer*, Dr. Carlo *Schmid*.

Unter den 15 Beisitzern sind die wesentlichsten: *Neumann* und *Suhr* aus Berlin, ferner *Zinn*, *Nölting*, *Baade*, *Henßler*, *Eichler*, *Knoeringen*, *Leddin*, *Menzel*, *Richter*, *Schoettle*, Frau *Krahnstöver* (Kiel), *Wehner* und *Wönner*.

Heine forderte die Pressevertreter auf, an Dr. *Schumacher* Fragen zu stellen. Ein Referat hielt Dr. *Schumacher* nicht.

Über den Begriff der „absoluten Opposition" befragt, sagte *Schumacher:* „Dieser Begriff ist uns fremd, weil die Frage der Opposition eine taktische und keine prinzipielle ist."

Daß die Parteien rechts von der SPD 65 % aller Stimmen erhalten hätten, sei eine nicht hinwegzudenkende Tatsache, wenn auch ein Teil dieser Wähler diese Parteien nicht aus sozialen Gründen, sondern aus anderen Erwägungen gewählt hätte. Als einen der anderen Gründe bezeichnete *Schumacher* den maßgeblichen Einfluß der Kirche in vielen Gebieten.[2]

Im Dürkheimer Kommuniqué[3] sei der Begriff der Opposition nicht enthalten. Sein wesentliches Merkmal seien die 16 Punkte. Diese stellten das Programm der SPD dar, zu dem weiteres nicht zu sagen sei. Niemand aber habe sich dieserhalben bisher an die SPD gewandt.

---

1 In der Vorlage irrtümlich „141".

2 Vgl. Nr. 32.

3 Nr. 42.

Zur richtigen Wertung des Dürkheimer Programms komme man, wenn man den letzten Punkt betrachte: „Die SPD ist entschlossen, mit allen Mitteln für diese Politik zu kämpfen. Sie wird alle bekämpfen, die dieser Politik entgegenstehen. Wenn dem Programm von den anderen Parteien nicht zugestimmt wird, ist die Opposition einfach da."

Schmückende Adjektiva für die Opposition (absolute oder konstruktive) liebe er nicht.

Es sei nicht so, daß die Regierung oben und die Opposition unten sei, sondern beide stünden nebeneinander. Beide hätten ihre Funktionen. Über die Nützlichkeit entschieden erst die Taten.

Schumacher sagte, er habe am Vormittag ein Referat über die politische Situation gehalten. Dabei habe er die 16 Punkte und deren Konsequenzen vorgetragen. Er habe nur Zustimmung dazu gefunden. Die Fraktion habe auf eigenen Wunsch verzichtet, über diese Konsequenzen zu diskutieren, sondern willigte ein, darüber erst auf dem kleinen Parteitag am 6. September in Köln zu sprechen.[4] Man könne dies kaum als eine vehemente Stimmung gegen die 16 Punkte bezeichnen.

Zur Frage Frankfurt/Bonn: Ein Antrag wird hierzu von der SPD eingebracht.[5] Minister *Zinn* werde der Sprecher sein. In diesem Zusammenhang wurde den geistigen und juristischen Fähigkeiten *Zinns* durch Dr. *Schumacher* großes Lob gespendet.

Frage: „Werden auch die 37 Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen für Frankfurt stimmen müssen?"

Schumacher: „Wieso müssen? Es gibt hier keinen Fraktionszwang." Da aber jeder Sozialdemokrat wisse, worum es bei dieser Abstimmung gehe, werde er für Frankfurt stimmen, auch wenn es ihm ins Herz stoße.

„Das Ausschalten der Länderminister bei Annahme eines Bundestagsmandats[6] möchten wir zum Gegenstand einer Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten machen." Man müsse erwarten, daß derlei Eingriffe von der Zeit der Gültigkeit des Besatzungsstatuts an unterblieben.

Bezüglich der Regierungsbildung liefen die Kombinationen darauf hinaus, daß man eine klasseneinheitliche Regierung zusammenhandle, die eine Mehrheit von 139 + 52 + 17[7] erhalten werde. Die Verantwortung für eine Regierung könne nicht von der Opposition getragen werden, sondern allein von der Regierung. Verantwortung trage aber auch die Opposition. Wenn die SPD kritisch und wohlwollend die Arbeit der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat betrachte, so glaube er, daß eine ähnliche Politik in Bonn betrieben werde.

Das erste Gesetz der Opposition sei aber, die Regierung zu zwingen, für ihre Gesetzesvorlagen bei den Regierungsparteien eine Mehrheit zu finden. Die Opposition sei verpflichtet, die Regierung in Schranken zu halten. Es würde nett sein, wenn ein Gesetz etwa von der DP abgelehnt werde, und man dann der SPD bedeute, daß sie ihm zustimmen solle.

---

4 Nr. 62.

5 Vgl. Nr. 2, Anm. 11.

6 Es gibt keine bundesrechtliche Regelung, ob die Mitgliedschaft in einer Landesregierung mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Bundestag vereinbar ist. Lediglich die Landesverfassungen von Niedersachsen und NRW erklären die gleichzeitige Mitgliedschaft für unvereinbar. Datenhandbuch Bundestag, S. 132f.

7 Zahl der Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, FDP und DP.

Zur Frage des Bundespräsidenten: *Schumacher* kann hier nichts aussagen. Die SPD habe sich noch nicht mit der Frage des Bundespräsidenten beschäftigt, weder im Parteivorstand noch in der Fraktion sei darüber diskutiert worden.[8] Aus Gründen der Loyalität müsse die Frage der Wahl des Bundespräsidenten der Entscheidung einer gemeinsamen Tagung von Bundestagsfraktion mit den von den Landtagen delegierten Mitgliedern überlassen bleiben. Zweifellos werde bei zahlreichen Maßnahmen die Regierung bei den sie tragenden Parteien keine Mehrheit finden. Schon heute spekuliere man auf eine Minderheitsregierung[9], die sich nach dem Grundgesetz auch behaupten könne. „Einige prominente CDU-Politiker waren so unklug, daß sie in Proklamationen erklärten, sie könnten auf Grund der Verfassungsbestimmungen auch ohne Mehrheit an der Regierung bleiben, z. B. wenn die FDP sich in SA und SS scheide." In diesem Zusammenhang machte *Schumacher* eine Anspielung auf die große Anzahl von hessischen FDP-Bundestagsabgeordneten, die nationalsozialistisch vorbelastet seien. Im Ausland sei man allerdings entsetzt über solche Demokraten. Ein Sturz der Regierung sei aber tatsächlich nur möglich, wenn innerhalb der Regierungsparteien eine Krise eintrete.

Zur Wahl eines Bundestagspräsidenten erklärte *Schumacher:* „CDU und CSU erklären, eine gemeinsame Partei und eine gemeinsame Fraktion zu sein.[10] Es bestehen aber sehr wohl Unterfraktionen, z. B. hat heute die CSU alleine getagt." Von einer echten einheitlichen Partei könne also keine Rede sein. „Man darf nicht vergessen, daß unsere Opposition gegen die Auffassung der CDU und CSU, sie seien eine Fraktion, diese beiden völlig verschiedenen Gruppen tatsächlich aneinanderschweißen könnte." An sich sei diese Einheit eine kühne Konstruktion. „Falls aber die Mehrheit unserer Auffassung, daß CDU und CSU keine gemeinsame Fraktion darstellen, beitritt, werden wir den ersten Präsidenten des Bundestages für uns fordern. Wenn aber die Gemeinsamkeit anerkannt werden sollte, werden wir Dr. Carlo *Schmid* als ersten Vizepräsidenten vorschlagen. *Schmid* kann dabei 3. Vorsitzender der Fraktion bleiben."

Auf die Frage, ob *Löbe* als Alterspräsident die erste Sitzung eröffnen wird[11], sagte *Schumacher*: „Ich glaube, daß dem so sein wird, da Dr. *Adenauer* kaum den Ehrgeiz haben kann, als der erklärt älteste Mann die Regierung zu bilden."

„Viele Manifestationen leitender CDU-Persönlichkeiten gegen die SPD haben die Möglichkeit einer Zusammenarbeit erschüttert. Von seiten der SPD gibt es aber auch gegen die Exzesse der Wirtschaftspolitik Prof. *Erhards* eine Kritik, die jeden Kompromiß SPD und CDU unmöglich machen."

Zur Frage der Kontakt-Versuche Dr. *Adenauers*[12]: „Es gibt Leute, mit einem reservierten Verhältnis zur Wahrheit. Zu den drei Annäherungsversuchen Dr. *Adenauers* kann ich folgendes sagen: Beim ersten Mal war ich wegen einer eben überstandenen Operation so aktionsunfähig, daß ich *Ollenhauer* und *Henßler* bat, selbst mit *Adenauer* zu sprechen. Dabei habe Dr. *Adenauer* erklärt, die deutsche Ehre gebiete, jede Zusammenarbeit mit den Alliierten einzustellen. Diesen Vorschlag habe er nicht akzeptieren kön-

8 In Bad Dürkheim hatte *Schumacher* das Problem kurz erwähnt. Nr. 42.

9 Zur Diskussion innerhalb der CDU/CSU hierüber die Nrn. 16 und 18.

10 Vgl. Nr. 50, S. 140f.

11 Hierzu Nr. 61, S. 269.

12 *Adenauers* Stellungnahme in Nr. 25.

nen." Das zweite Mal habe Dr. *Adenauer* ein gemeinsames Treffen nach dem Bekanntwerden des Ruhrstatuts vorgeschlagen. Es hätte keinen Zweck gehabt, dieser Bitte Folge zu leisten, weil er bereits gewußt habe, daß sowohl die Großindustrie wie in deren Schlepptau auch die CDU das Ruhrstatut annehmen würden. Es habe also keinen Zweck gehabt hinzugehen, da die SPD das Ruhrstatut abgelehnt habe. Die weiteren Versuche seien kein Schritt, sondern eine Vielheit von Beleidigungen gewesen. Wenn Dr. *Adenauer* gemeinsamen Bekannten gesagt habe, sie sollten eine Besprechung mit ihm vermitteln, so habe er diesen gemeinsamen Bekannten gesagt, dann solle Dr. *Adenauer* doch direkt mit ihm telefonieren. Zu der Darstellung Dr. *Adenauers*, die er als unrichtig bezeichnete, sagte *Schumacher* abschließend: „Damit will ich natürlich nicht die Wahrheitsliebe des künftigen Kanzlers bezweifeln."

Zur Frage der Unmöglichkeit einer Koalitionsbildung SPD/CDU seitens der SPD: Am Morgen nach der Wahl hat Dr. *Adenauer* bereits in einem INS-Interview erklärt, das Wahlergebnis sei absolut antimarxistisch, und man werde eine Regierung gegen die SPD bilden.[13] „Was muten Sie uns da zu?" sagte *Schumacher* zu einem Korrespondenten, der ihn gefragt hatte, ob nicht doch noch eine Koalition zwischen SPD und CDU möglich gewesen sei. Er fuhr fort, die Koalition gegen die SPD sei beschlossene Sache gewesen. Und selbst wenn die SPD die stärkste Partei geworden wäre, dann wäre der Endeffekt wegen der antimarxistischen Koalitionsbildung auch kein anderer gewesen.[14] Bei einer Wahl im Osten wäre das Gesamtergebnis natürlich ganz anders ausgefallen.

Zur Frage Berlin: Der DUD hat kürzlich erklärt, die SPD habe in der Ostzone noch nie verzweifelt gekämpft, nur die CDU hätte in die Illegalität gehen müssen. *Schumacher* sagte hierzu: „Der Betrachter hat offenbar den Schützengraben mit dem Regierungssessel verwechselt, denn in der Ostzone gehören CDU und LDP zu den Regierungsparteien."

Zum linken Flügel der CDU: „Bei aller Anerkennung des guten Willens des linken Flügels der CDU im Hinblick auf einen Ausgleich mit der SPD müsse man doch sagen, daß es sich hier mehr um einen ideenmäßigen als einen politischen Faktor handle."

Zum Atlantikpakt: Auf eine Aufforderung zum Beitritt würden die Sozialdemokraten keineswegs enthusiastisch reagieren. Man müsse erst einmal die genauen Bedingungen kennen. Ein solcher Schritt sei unter den Gesichtspunkten der Wiedervereinigung Deutschlands und der Anerkennung gleicher Rechte für die Deutschen zu betrachten. Wir wollen nicht in die Position des Mannes minderen Rechts geraten.

Ein Ostministerium betrachte er als einen psychologischen Fehler, da es de jure und de facto die Anerkennung der sowjetisch besetzten Zone als Ausland bedeute. Man müsse zwar eine Reihe von praktischen Hilfsmaßnahmen ergreifen, die zuständige Abteilung aber gehöre zum Innenministerium. Alles andere bedeute praktisch für die legale und illegale Zusammenarbeit ein Erschwernis. Die Schaffung des Ostministeriums sei geradezu dilettantisch. Mit wem habe dieses denn zu verkehren?

Zur Frage des Weiterbestehens der Länderkoalitionen: „Eine SPD-Opposition im Bundestag braucht keine Konsequenzen für die SPD/CDU-Länderkoalitionen nach sich zu ziehen." Man wird kaum erwarten können, daß beispielsweise in Nordrhein-Westfalen

13 *Adenauers* Stellungnahme in Nr. 5.

14 So ebenfalls in Nr. 32.

die Koalition aufs Spiel gesetzt werde, da ohnehin in sechs bis sieben Monaten dort gewählt werde.[15] Im übrigen habe die CDU zu einer solchen Maßnahme gar keine zentrale Instanz. Die SPD hätte sie wohl, sie sei aber nicht dilettantisch genug, eine solche Maßnahme anzuregen.

15 Die Wahlen fanden am 18. 6. 1950 statt.

46.

31. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (Frankfurt/M.)

StBkAH 07.28. Durchschlag. „Persönlich".

Sehr verehrter Herr *Schlange-Schöningen*!

Ihren Brief vom 29. August[1] mit seinen sehr wertvollen Ausführungen habe ich erhalten. Seien Sie versichert, daß ich die Ausführungen eines so erfahrenen und so verdienten Mannes, wie Sie es sind, verwerten werde.

Mit vielen Grüßen
Ihr ergebener
A[denauer]

1 Nr. 39.

47.

31. 8. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Rhöndorf), an den Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Hermann Joseph Schmitt (Köln)

StBkAH 07.28. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Verbandspräses!

Mit bestem Dank bestätige ich den Empfang Ihres Briefes vom 29. des Monats.[1] Ich verstehe auch Ihre Bedenken durchaus gegenüber der FDP. Lassen Sie mich zunächst eines berichtigen:

Es ist keine Apriori-Absage an die SPD erfolgt. Bis zu der Rhöndorfer Verlautbarung am

1 Nr. 40.

21. August[2] habe ich überhaupt nichts gesagt.[3] Dagegen hat die SPD schon am Tage nach der Wahl und dann wiederholt durch ihren Parteivorstand erklären lassen, daß sie nur dann bereit sei, an einer Regierung teilzunehmen, wenn sie die Verwaltung der Wirtschaft und das Wirtschaftsministerium erhielte.[4]

Bei dem Ausfall der Wahl liegen die Dinge so, daß wir zwischen zwei Übeln wählen müssen.[5] Wenn ich aber ein Zusammengehen mit der FDP, die etwas mehr als 1/3 so stark ist, als wir sind, und mit der SPD, die ungefähr so stark ist, wie wir sind, miteinander vergleiche, muß ich doch folgendes feststellen:

1. Die SPD muß insbesondere wegen ihrer Haltung auf kulturellem Gebiet, aber auch wegen ihrer Einstellung zur Wirtschaft als das größere Übel betrachtet werden gegenüber der FDP.
2. In einer Koalition, wie der oben geschilderten, sind wir gegenüber der FDP der offenbar stärkere Teil. Wir sind es nicht bei einer Koalition mit der SPD.
3. Wie mir von Leuten der „Jungen Union", und zwar aus dem Arbeitnehmerkreise, die mir als urteilsfähige Menschen bekannt sind, gesagt wurde, würden wir nach deren Auffassung die junge Generation geradezu der rechtsradikalen Bewegung in die Arme treiben, wenn wir jetzt, nach diesem Wahlkampf gegen die SPD mit ihr zusammen eine Regierung bildeten und uns in die Ämter teilten. Man würde in diesen, aber auch in weitesten Kreisen der Wähler sagen, der ganze Wahlkampf wäre Schwindel gewesen, es handelte sich jetzt nur noch um die Verteilung der Ämter.

Ich teile nicht Ihre Anschauungen über die SPD. Sicher sind in der heutigen SPD eine ganze Anzahl von Leuten, die in ihren Anschauungen vielleicht sich uns nähern. Aber ich bitte Sie, mir zu glauben aufgrund meiner Erfahrungen und Beobachtungen in den letzten 12 Monaten. Diese Leute sind durchaus in der Minderzahl. Herrschend ist die Richtung *Schumacher – Heine*, die uns so schroff gegenübersteht wie nur denkbar.

Man muß bei der ganzen Beurteilung vor allem im Auge halten: Wie werden sich die rechtsradikalen Tendenzen entwickeln? Sie sind noch mehr oder weniger latent, aber sie sind vorhanden. Wir würden ihr Aufkommen stark unterstützen durch das Zusammengehen mit der SPD.

Auch von kirchlicher Seite sind Bedenken laut geworden gegen eine Regierungsbildung ohne SPD. Mir ist eine solche Stellungnahme von kirchlicher Seite ganz unverständlich. Augenscheinlich haben die Herren nicht überlegt, daß sich im Parlamentarischen Rat die SPD ganz offiziell gegen Ehe und Familie ausgesprochen hat, die sie als überholte Einrichtung bezeichnet hat. Es ist uns nur mit Hilfe der FDP gelungen, im Parlamentarischen Rat unter den Grundrechten den Schutz der Ehe und der Familie aufzunehmen, ferner die Verpflichtung, daß in der Schule Religionsunterricht erteilt werden müsse usw.[6]

---

2 Nr. 18, Anm. 47.

3 *Adenauers* erste Äußerung nach der Wahl in Nr. 5. Bezüglich *Adenauers* Haltung zur Koalitionsbildung meldete die „Neue Zeitung" am 16. 8. 1949: „*Adenauer* lehnt Stellungnahme zur Koalitionsbildung ab."

4 Stellungnahme der SPD vom 15. 8. 1949 in Nr. 6. Zu den Stellungnahmen der SPD in den folgenden Tagen die Zusammenstellung in Nr. 44, Anm. 2.

5 Dazu ausführlich *Adenauer* in Nr. 44, S. 96f.

6 Vgl. dazu die Übersicht in: Entstehungsgeschichte, S. 92ff.

Ich würde mich sehr freuen, wenn meine Zeit es mir recht bald gestattete, mich mit Ihnen mündlich über die ganze Sachlage zu unterhalten. Ich bin überzeugt davon, daß Sie nach einer Aussprache zu der Auffassung kommen würden, gerade vom Standpunkt Ihrer Organisation aus kann man nicht mit der SPD zusammengehen. Lassen Sie mich noch eines hinzufügen:

Die bisherigen Verhandlungen mit der FDP und der Deutschen Partei haben ergeben, daß beide Parteien mit uns darin übereinstimmen, daß wir eine sehr soziale Politik treiben müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Zeilen und bin
mit vielen Grüßen
Ihr ergebener
A[denauer]

48.

31. 8. 1949: Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, W. Alexander Menne (Frankfurt/M.), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH 10.02. Abschrift.

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Die Diskussion um die Regierungsbildung gibt mir Veranlassung, Ihnen in kurzen Worten den Standpunkt der chemischen Industrie, soweit ich ihn habe feststellen können, hierzu bekanntzugeben. Hierbei betrachte ich im jetzigen Stadium die Frage der Regierungsbildung als eine in hohem Maße wirtschaftspolitische Angelegenheit.

1.) Es wäre verhängnisvoll, wenn die seit der Währungsreform durch Sie und Herrn Professor *Erhard* vertretene Wirtschaftspolitik durch die Bildung einer großen Koalition verwässert würde. Die wirtschaftspolitische Diskussion des letzten Jahres sowie der Wahlkampf sind klar unter der Devise der freien – sozialgebundenen – Marktwirtschaft geführt worden. Diese Grundsätze haben in der Wahl ihre eindeutige Bestätigung gefunden. Diese Politik muß daher in klarer Linie fortgeführt werden.

Eine große Koalition würde aber auch dem deutschen Parlamentarismus dadurch schweren Schaden, wenn nicht sogar eine tödliche Infektion zufügen, daß es ihn seines natürlichen Elements – der Opposition – von vornherein beraubte. Auch die politischen Dinge lassen sich am besten in gegensätzlicher Diskussion klären. So eindeutig der Sieg Ihrer Partei und des Bürgertums gewesen ist, so notwendig ist es für die künftige parlamentarische Arbeit, daß sie durch eine starke Opposition kontrolliert wird. Das gilt nicht nur für die parlamentarische Arbeit, sondern vor allem auch für die in die parlamentarische Arbeit unter den heutigen Umständen so stark eingreifende Ministerialbürokratie. Eine große Koalition würde diese Kontrolle in sich selbst paralysieren und der Bürokratie die Möglichkeit geben, auf beiden Klavieren zu spielen und sich dadurch einer wirksamen Kontrolle zu entziehen.

Auch in Kreisen der Wirtschaft wird mitunter die Ansicht vertreten, man solle die Sozialdemokratie nicht aus der Verantwortung entlassen. Diese Auffassung verrät mir einen

Mangel an eigener Verantwortungsfreudigkeit, die man nicht auf eigene Schultern nehmen, sondern auf mehrere verteilen will.

In dieser Auffassung spiegelt sich darüber hinaus eine starke Verkennung der oppositionellen Funktionen des Parlamentes wider. Das Parlament trägt insgesamt die Verantwortung. Nur die Funktionen der Parteien sind verschieden. Eine Opposition, die ihre Aufgabe ohne Verantwortung erfüllt, wird sich, von taktischen Teilerfolgen abgesehen, auf die Dauer nicht halten können. Die Verantwortung der Opposition ist also im Verhältnis zu den regierungsbildenden Parteien gleich groß, wenn nicht größer.

Man verweist in diesem Zusammenhang gern auf die Außenpolitik. Sicher wird der ersten Bundesregierung die Aufgabe eines endgültigen Friedensschlusses zufallen. Dabei wird man die Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht entbehren können. Sie wird in der Friedensdelegation maßgebend vertreten sein müssen, etwa nach dem englischen Vorbild anläßlich der Potsdamer Konferenz.[1] Im Rahmen der politischen Debatte des Friedensvertrages wird der Sozialdemokratie in der Opposition aber eine wesentlich höhere Verantwortung zufallen, als wenn sie in einer großen Koalition mit Ihnen verbunden wäre. Daß sie hierzu in der Lage ist, haben die staatspolitisch wertvollen Ausführungen des Ministers *Nölting* in den Demontagediskussionen des Rheinischen Landtags bewiesen.[2]

2.) Die Bildung der Bundesregierung setzt die Bildung und Komplettierung der Bundesministerien voraus. Hierbei spielen die Personalfragen eine wichtige Rolle. Der allgemeine Eindruck in der Wirtschaft von der Tätigkeit der bisherigen Ministerialbürokratie ist, daß das Format häufig trotz besten Willens nicht ausreicht.[3] Die Gründe hierfür sind bekannt. Es ist meine Anregung bei der Bildung der Ministerien, nach Möglichkeit eine erneute Erörterung der politischen Vergangenheit zu vermeiden.[4] Unterschiede zwischen den Gruppen IV und V[5] sollten nicht gemacht werden. Sie werden auf gute Kräfte im Alter von 40 Jahren nicht verzichten können. Wer heute 40 ist, war 1933 23 Jahre alt. Es wäre sinnlos, in solchen Fällen politische Ansichten zum Maßstab der Einschätzung zu machen.

Hierzu ein zweites: Meiner Ansicht nach sind die Personalverhältnisse in den Ministerien auch deswegen schlecht, weil die Bezahlung unzureichend ist. Es ist sinnlos, daß ein Ministerial- oder Oberregierungsrat mit hoher Verantwortung kaum das Einkommen eines Prokuristen in der Industrie erhält. Die Pensionsberechtigung bleibt in der Bewertung im

1 Zu Beginn der Potsdamer Konferenz war *Churchill* zusammen mit Oppositionsführer *Attlee* erschienen, da während der Potsdamer Konferenz in England Unterhauswahlen stattfanden.

2 *Nölting* hatte sich zuletzt am 7. 6. 1949 im Landtag von Nordrhein-Westfalen gegen die Demontagen gewandt und seine Rede mit den Worten beschlossen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Tagen in Bonn aus der Taufe gehoben worden. Mir will scheinen, meine Damen und Herren, die Aufhebung der Demontagen wäre das passendste Patengeschenk." Stenographischer Bericht über die 97. Sitzung des Landtages für Nordrhein-Westfalen (1. Wahlperiode), Düsseldorf 1949, S. 2352.

3 Mit dieser Beurteilung stimmte *Adenauer* vollständig überein. Vgl. Wengst, S. 91ff. und S. 138ff.

4 Vgl. die ähnliche Forderung *Hellweges* in Nr. 72.

5 Entnazifizierungskategorien nach dem Gesetz Nr. 104 der amerikanischen Militärregierung zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946. 5 = Entlastete; 4 = Mitläufer. Vgl. Erich Schullze (Hrsg.), Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 1. Aufl. München 1946. Zur Entstehung und Anwendung dieses Gesetzes ausführlich Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972, S. 260–537.

allgemeinen außer Betracht. Sie ist heute auch vielfach in der Industrie vorhanden. Will man gute Leute für die Ministerien gewinnen, so muß man eine hohe Qualifikations- bzw. Ministerialzulage gewähren. Die derzeitige ist zu gering.

Darüber hinaus muß die Ministerialzulage in einem Bundesministerium unbedingt höher als die in den Länderministerien sein und auch insoweit einen Anreiz für gute Kräfte bilden, sich auf die höchste Ebene der Verwaltungstätigkeit zu schwingen.

Bei der Besetzung der Ministerien sollte man sich auch in der Wirtschaft umhören und ihr Urteil einholen.

3.) In der parlamentarischen Erörterung spielen die Ausschüsse eine entscheidende Rolle. Unter ihnen besonders der Finanz-, der Wirtschafts- und der Rechtsausschuß. Auf ihre Besetzung kommt es entscheidend an. Hierbei erfüllt mich der Umstand, daß eine Reihe anerkannter Persönlichkeiten, die Überblick über die Wirtschaft haben, nicht in das Parlament eingezogen sind, mit Sorge. Ich denke hierbei u. a. an die Herren Dr. *Pferdmenges*[6] und Senator *Ketels*[7], in den Reihen der Sozialdemokratie an den früheren Vizepräsidenten *Dahrendorf*.[8] Unter den im Parlament verbliebenen Abgeordneten erlauben wir uns in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf den Abgeordneten Dr. *Wellhausen* zu lenken.

Mit großer Sorge erfüllt mich auch die geringe Bereitschaft von Industriellen zu politischer Betätigung. Ihr läuft die vielfache Ablehnung von Industrievertretern in den für die Nominierung der Kandidaten maßgebenden Parteigremien parallel. Diese Erscheinung muß überwunden werden. Wir werden auch Ihrer Partei hierzu bestimmte Vorschläge demnächst unterbreiten.

4.) Ich komme noch einmal zurück auf die Zusammensetzung der Ministerialbürokratie. Meine Erfahrungen bestätigen, daß sie zum Teil wenig innere Neigung hat, der jetzigen von Ihnen und Herrn Prof. *Erhard* gezogenen wirtschaftspolitischen Linie zu folgen. Das gilt in Sonderheit von der jungen Generation zwischen 30 und 40. Diese hat entweder überhaupt nicht oder zu einem Zeitpunkt in der Wirtschaft gearbeitet, in der die Kriegsplanung vorherrschte und ihr eine Überschätzung der eigenen Leistung und Stellung infiltrierte. Mangels ausreichender materieller Kompensation erliegt sie daher auch heute noch gern dem jeder Planung verbundenen Machtkitzel der Bürokratie. Diese Erscheinung wirkt sich häufig um so stärker aus, je tüchtiger und fleißiger der Einzelne ist. Bei übermäßig Ehrgeizigen kann sie sogar zum Verhängnis werden.

Meine Anregung daher: Beurlaubungsanträgen der Ministerialbürokratie, zur Erweiterung ihres Blickfeldes in der Wirtschaft vorübergehend tätig zu sein, soll man großzügig begegnen. Ich meinerseits werde in meinem Verband anregen, solchen Beschäftigungsanträgen unvoreingenommen und großzügig zu begegnen. Es wird in hohem Maße notwendig sein, das wirtschaftliche Blickfeld unserer Ministerialbeamten zu erweitern. Daß in diesem Zusammenhang auch Auslandsreisen besondere Bedeutung haben werden, bedarf keiner Darlegung.

---

6 Robert *Pferdmenges* zog am 12. 1. 1950 als Nachrücker in den Bundestag ein. Datenhandbuch Bundestag, S. 1141.

7 Der ehemalige Hamburger Senator Max Detlef *Ketels* hatte nicht für den Bundestag kandidiert. Wahlunterlagen KGParl.

8 Der Vizepräsident des Frankfurter Wirtschaftsrates Gustav *Dahrendorf* hatte ebenfalls nicht kandidiert. Wahlunterlagen KGParl.

Obgleich ich, sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*, weiß, wie sehr Ihre Zeit im Augenblick in Anspruch genommen ist, habe ich mir erlaubt, Ihnen diese Gedankengänge zu übermitteln. Sie sollen Ihnen neben den Anregungen die Gewißheit vermitteln, daß Sie bei der Einhaltung einer klaren politischen Linie die uneingeschränkte Unterstützung der Wirtschaft haben.

Ich verbinde hiermit den Glückwunsch, daß Ihnen in Ihrem Alter die Natur die Spannkraft verliehen hat, an der Gründung des neuen Bundesstaates so segensvoll Anteil zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und
besten Wünschen
Ihr Ihnen sehr ergebener
gez. W. A. *Menne*

49.

31. 8. 1949: Erika Fischer im Auftrag des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher (Essen), an den Vorsitzenden der Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Rheinland-Hessen-Nassau, Karl Atzenroth (Koblenz)

ADL, FDP-Akten 1840. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr *Atzenroth*!

Herr Minister *Blücher* läßt Ihnen durch mich, da er leider infolge der unablässigen Besprechungen, die sich durch die Regierungsbildung für ihn ergeben, nicht selbst dazu kommt, für Ihr Schreiben vom 22. 8.[1] sehr herzlich danken.

Sie werden inzwischen aus den entsprechenden Pressenotizen ersehen haben, daß Herr *Blücher* ebenso wie Sie jeden Kompromiß und jede Koalition mit der SPD ablehnt und das auch unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat.[2] Über die Verhandlungen, die mit der CDU einerseits und der DP andererseits geführt worden sind, und über die daraus resultierenden Ergebnisse wird Herr *Blücher* anläßlich der Fraktionssitzung in Bonn, bei der er Sie auf jeden Fall zu begrüßen hofft, berichten.[3]

Mit vorzüglicher Hochachtung
i. A. *Fi[scher]*

1 Nr. 23.

2 Vgl. die Nrn. 7 und 22.

3 Die erste Fraktionssitzung der FDP war für den 4. 9. 1949 angesetzt. Vgl. Nr. 23, Anm. 1.

50.

1. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/1. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: ca. 18.30 Uhr.

Dr. Adenauer: Meine Freunde! Unser Seniorchef ist Herr *Gronowski*. Herr *Gronowski* hat mich gebeten, die Sitzung zu eröffnen. Vielleicht sind Sie auch damit einverstanden, daß ich so lange die Versammlung leite, bis wir zur Konstituierung der Fraktion übergegangen sind und einen Vorstand gewählt haben. Man hat hier die Platzzuweisung nach dem Alphabet vorgenommen, und damit begann schon der „Aufstand der Nationen". Ich weiß nicht, ob der betreffende Herr aus Württemberg[1] mit seinem Nachbarn so unzufrieden gewesen ist, aber er verlangte unbedingt, sich landsmannschaftlich zusammenzusetzen. Wenn es Ihnen beim ersten Mal besonderes Vergnügen macht oder wenn Sie sich geborgener fühlen, wenn Sie im Schoße Ihrer engeren Heimatgenossen sind, dann tun Sie das in Gottes Namen, aber ich meine, man sollte auf derartige Äußerlichkeiten nicht so entscheidenden Wert legen (Zurufe: Doch). Es wird sich ganz von selbst in einer so großen Fraktion herausbilden ein Zusammenhang auch der landsmannschaftlichen Art, aber ich glaube, wir alle miteinander müssen doch das Bestreben haben, aus einer Fraktion von 139 Männern und Frauen einen einheitlichen Körper zu bilden (Beifall). Wenn Sie aber schon anfangen, daß Sie jetzt landsmannschaftlich zusammensitzen wollen, dann wollen sie nachher mit den Frauen usw. zusammensitzen. Das geht auch nicht so ohne weiteres, und da muß eine gewisse Ordnung herrschen. Dann wollen Sie nach Ständen und Berufen zusammensitzen usw. Lassen wir uns zunächst gegenseitig kennenlernen, dann wird sich alles Weitere von selbst ergeben, wenn wir uns begegnen in christlicher Geduld, die wir wahrhaftig sehr nötig haben.

Nun sind sehr viele unter uns, die sich nicht gegenseitig kennen. Ich schlage deshalb vor, daß Herr *Dörpinghaus* zunächst die Namen der Anwesenden verliest, und daß dann jeder sich die Mühe macht, sich zu erheben, damit die anderen sehen, womit sie es zu tun haben.

Dörpinghaus verliest die Namen sämtlicher Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion. Die einzelnen Abgeordneten erheben sich jeweils vom Platze und stellen sich der Versammlung vor.

Dr. Adenauer: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Staatsrat *Schäffer*.

Staatsrat Schäffer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten, die auf den Namen der bayerischen Landespartei CSU gewählt sind, haben in einer Vorbesprechung sich darauf geeinigt, Ihnen vorzuschlagen, daß sie als Mitglieder der vereinigten Fraktion CDU/CSU von Ihnen anerkannt werden und an Ihren Beratungen in dieser Eigenschaft teilnehmen wollen, damit wir auch in der Lage sind, dem Büro des Bundestages mitzuteilen, daß die CDU/CSU mit 139 Mitgliedern die stärkste Fraktion dieses Hauses ist.

(Lebhafter Beifall)

---

1 Bezieht sich auf den Abgeordneten Paul *Bausch*. Vgl. Paul Bausch, Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten, Korntal 1969, S. 166.

Sie wissen, daß die bayerische Landespartei der CSU unter besonderen Verhältnissen kämpft und unter diesen besonderen Verhältnissen den föderativen Gedanken vertreten wird. Wir stellen uns in dieser Situation vor, daß wir auch in die Fraktion ein Stück föderativer Gedanken hineintragen dürfen. Wir haben uns deshalb entschlossen, Sie zu bitten, daß wir eine bayerische Landesgruppe in Ihrem Kreise bilden, wir aber als Mitglieder der Fraktion gelten sollen.

Dr. Adenauer: Ich danke Herrn Staatsrat *Schäffer* für diese Erklärung, die um so wichtiger ist, als Herr Dr. Kurt *Schumacher* in der gestrigen Pressekonferenz erklärt hat, die CDU und CSU seien zwei getrennte Fraktionen.[2] Infolgedessen sei die SPD die stärkste Fraktion und könne demzufolge den Anspruch auf die Stellung des Präsidenten des Bundestages erheben.

Diese Ansicht des Herrn Dr. *Schumacher* und seiner Freunde ist damit widerlegt. Herr *Schäffer* hat erklärt, daß die in der CSU gewählten Abgeordneten Mitglieder der vereinten Fraktion CDU/CSU sind. Wir werden das dem Büro des Bundestags mitteilen, damit man nicht weitere Anstrengungen zu machen braucht über die Frage, wer Präsident des Bundestages wird.

Erlauben Sie mir, die Tagesordnung etwas zu ändern und vorwegzunehmen den Punkt 3 „Verhandlungen zur Regierungsbildung". Dieser Punkt ist sehr eilbedürftig. Eine Reihe von uns wünscht,daß die Verhandlungen hier bei uns spätestens um drei Uhr nachmittags ihr Ende finden, weil die betreffenden Mitglieder an dem Bochumer Katholikentag[3] teilnehmen wollen. Es sind Beschwerden gekommen, warum man diese Fraktionssitzung zu Beginn des Bochumer Katholikentages anberaumt habe. Ich möchte darauf folgende Klarstellung geben: Bei der Bestimmung des Termins war folgendes zu berücksichtigen. Es mußten erst die Landtagssitzungen stattgefunden haben, in denen die Vertreter für die Bundesversammlung gewählt wurden. Wir mußten weiter Rücksicht nehmen auf den Katholikentag, als wir nicht etwa mitten während des Katholikentages oder gar am Schlußtag, am Sonntag, die Sitzung abhalten konnten. Es blieb daher nichts anderes übrig – da wir auch nicht bis zur nächsten Woche, also kurz vor der Konstituierung des Bundestages, warten konnten –, als die Sitzung für heute anzuberaumen. Ich bitte die Freunde, die sich dadurch beschwert gefühlt haben, davon überzeugt zu sein, daß wir die Sachlage sehr wohl erwogen haben und eine andere Lösung nicht möglich war.

Eine weitere Bitte habe ich. Gerade im Hinblick darauf, daß eine Reihe von Damen und Herren möglichst früh abreisen wollen, bitte ich, sich möglichst kurz zu fassen in der Diskussion.

Es hat gestern eine sehr lange Vorbesprechung stattgefunden in einem Kreis, der sich zusammensetzte aus den Landesvorsitzenden, den Ministerpräsidenten, Ministern und Landtagspräsidenten, die zu uns gehören.[4] Es ist ganz selbstverständlich, daß die Fraktion allein das Recht hat, über die Regierungsbildung zu entscheiden, und daß deswegen dieser Fraktion nicht vorgegriffen werden durfte, aber, meine Damen und Herren,

(Zuruf: Sehr richtig!)

trotz dieses Zwischenrufes wollen wir uns darüber klar sein, daß keine parlamentarische

2 Vgl. Nr. 45.

3 Der Bochumer Katholikentag dauerte vom 31. 8. bis 4. 9. 1949.

4 Nr. 44.

Fraktion ein Wesen ist, das völlig für sich besteht, sondern jede Fraktion irgendeines Parlamentes muß die engste Fühlung halten mit ihrer Partei (sehr richtig); denn die Parlamentarier sind doch in das Parlament von den zuständigen Parteiinstanzen geschickt worden.

(*Bausch*: Von den Wählern!)

Von den zuständigen Parteiinstanzen, wozu auch die Wähler gehören, Herr *Bausch*. Darum glaube ich, muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß die Fraktion unbeschadet des Rechts ihrer selbständigen Entschlüsse dasjenige, was die zuständigen Parteiinstanzen einschließlich der Wähler denken, zu berücksichtigen hat. Es ist selbstverständlich in der gestrigen Vorbesprechung kein Beschluß gefaßt worden, sondern es hat lediglich ein Austausch stattgefunden, um eine Klärung der Meinungen herbeizuführen.

Erlauben Sie mir nun, wenn Sie mit dieser Änderung der Tagesordnung einverstanden sind, daß ich Ihnen möglichst gedrängt eine Übersicht gebe über die bisherige Entwicklung und über die verschiedenen Gesichtspunkte, die, sei es in der Presse, sei es in Diskussionen von hervorragenden Parteimitgliedern, sei es gestern, zutage getreten sind. Ich möchte meinen Ausführungen eins voranschicken. Es hat nicht viel Zweck, lange Ausführungen darüber zu machen, daß man in den 14 Tagen, die seit der Wahl vergangen sind, dieses oder jenes hätte so oder so machen sollen. Unsere Zeit ist kurz. Es ist alles so gut gemacht worden, wie es nach Lage der Verhältnisse möglich war. Lassen Sie mich dieses Wort „nach Lage der Verhältnisse" erläutern.

Im und auch nach dem Wahlkampf hat sich sehr störend geltend gemacht, daß wir keine Parteiorganisation haben, die sich über alle drei Zonen hinweg erstreckt.[5] Eine solche Organisation besteht in der britischen Zone, aber nicht in den beiden anderen Zonen. Infolgedessen haben wir eben kein Parteigremium, das in dem Zwischenstadium nach der Wahl bis zum Zusammentritt der Bundestagsfraktion irgendwie eine Erklärung über die politische Lage, über die Regierungsbildung hätte abgeben können mit der Autorität, wie sie z. B. der sozialdemokratische Parteivorstand hat. Unter diesem Mangel haben wir gelitten. Er war aber da, und man konnte nichts daran ändern.

In der gestrigen Diskussion ist nun von einer Seite ausgeführt worden, daß insbesondere durch ein Interview, das der neben mir sitzende Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, Herr *Dörpinghaus*, der United Press über die Frage einer Koalition CDU/CSU-SPD gegeben habe[6], es unmöglich gemacht worden oder jedenfalls sehr erschwert worden sei, daß man mit der SPD in ein richtiges Gespräch über die Bildung einer Koalition habe kommen können. Obgleich das retrospektive Betrachtungen sind, handelt es sich dabei um Tatbestände, die auch politische Konsequenzen evtl. noch haben werden, die jedenfalls in der Öffentlichkeit diskutiert werden, auch in der Zukunft. Lassen Sie mich deswegen folgendes dazu sagen. Herr *Dörpinghaus* ist am Montag, den 15. 8., abends, telefonisch von einem Vertreter der United Press u. a. gefragt worden, ob er eine Regierungskoalition SPD-CDU/CSU für möglich halte. Er hat dabei erklärt, er halte das nicht für wahrscheinlich. Herr *Dörpinghaus* mag mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, ich würde an seiner Stelle eine solche Erklärung nicht gegeben haben. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich bin allen solchen Fragen völlig negativ, schweigsam gegenüber

5 Vgl. Nr. 25 mit Anm. 10.

6 Vgl. Nr. 44, S. 123.

gewesen.[7] Aber, meine Damen und Herren, das eine möchte ich doch feststellen, daß man etwa aus dieser Erklärung des Herrn *Dörpinghaus* unter keinen Umständen den Schluß ziehen darf, daß dadurch die SPD in ihrer Haltung gegen uns gebracht worden sei (sehr wahr).

Es haben Leute von uns, die einen größeren Namen haben als Herr *Dörpinghaus*, öffentlich auf Anfragen erklärt, daß sie für eine Koalition mit der SPD seien. Das sind z. B. der Landtagspräsident *Gockeln* von Nordrhein-Westfalen und der Ministerpräsident *Arnold* von Nordrhein-Westfalen gewesen.[8] Man kann also jetzt nicht gut etwa die Schuld auf den Herrn *Dörpinghaus* abladen, sondern man muß festhalten, daß von seiten der CDU gewichtigere Stimmen zunächst in der Öffentlichkeit laut geworden sind, die sich für die Frage des Versuchs einer Koalition mit der SPD ausgesprochen haben. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß vom 15. August an die offiziellen Stellen der Sozialdemokratie erklärt haben, und zwar zu wiederholten Malen, daß für sie eine Koalition mit der CDU/CSU nur dann in Frage komme, wenn die Sozialdemokratie das Wirtschaftsministerium erhalte und wenn Herr *Erhard* verschwinde.[9]

Das möchte ich zu den Vorgängen in der Vergangenheit sagen und noch einmal feststellen, es ist richtig, daß Herr *Dörpinghaus* eine Äußerung gemacht hat, die ich nicht gemacht haben würde. Es ist aber ebenso richtig, daß bekanntere und einflußreichere Leute als Herr *Dörpinghaus* aus unserer Mitte den entgegengesetzten Standpunkt in der Öffentlichkeit vertreten haben, und daß von der SPD von Anfang an immer nur als das entscheidende Moment für die Frage eines Zusammengehens mit uns herausgestellt worden ist: Übergabe des Wirtschaftsministeriums an die SPD und Verschwinden des Professors *Erhard*. Damit möchte ich dieses Thema verlassen; denn ich wiederhole nochmals, es hat wirklich keinen Zweck, daß man nun sagt, man hätte das und jenes tun sollen. Wir müssen jetzt versuchen, die gegenwärtige Situation zu verstehen und die Entschlüsse zu fassen, die für das deutsche Volk und für unsere Partei das Beste und Richtigste sind und die dem Willen unserer Wähler entsprechen.

Lassen Sie mich unter diesem Gesichtspunkt Ihnen folgendes ins Gedächtnis zurückrufen. Die Frankfurter Wirtschaftspolitik ist unter besonderer Verantwortung unserer Fraktion in Frankfurt seit über eineinhalb Jahren in einer bestimmten Linie geführt worden unter ständiger Opposition der Sozialdemokratie. Wenn demgegenüber auch in der sozialdemokratischen Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates der eine oder andere Sozialdemokrat gelegentlich geäußert haben mag, daß er doch der und der Ansicht sei, so lassen Sie sich durch alle diese Bemerkungen nicht verwirren, sondern halten Sie bitte folgendes fest: Wir haben die Wirtschaftspolitik in einer bestimmten Richtung geführt während der ganzen Zeit unter ständiger und häufig nicht sehr honoriger Opposition der Sozialdemokraten. Nun ist es ja richtig, daß wir den Wahlkampf nicht lediglich um Wirtschaftsfragen und Wirtschaftsformen geführt haben, sondern daß bei uns allgemeine Fragen auch eine erhebliche Rolle gespielt haben, insbesondere auf kulturellem Gebiet, aber es läßt sich gar nicht bestreiten, daß doch die Frage: ist die Frankfurter Wirtschaftspolitik richtig gewesen oder nicht, bei diesem Wahlkampf eine sehr große, wenn nicht eine entscheidende Rolle gespielt hat (sehr richtig). Auf alle Fälle ist das bei den Sozialde-

7 Vgl. Nr. 47 mit Anm. 3.

8 Vgl. Nr. 44, Anm. 3; Nr. 18, Anm. 9, und Nr. 35 mit Anm. 2.

9 Vgl. Nr. 6 und die Zusammenstellung in Nr. 44, Anm. 2.

mokraten noch klarer herausgestellt worden als bei uns. Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt das Ergebnis der Wahl betrachten, kommen Sie zu dem Ergebnis, daß gegenüber acht Millionen sozialistischer und kommunistischer Stimmen, die abgegeben worden sind im Sinne der Opposition zur Frankfurter Wirtschaftspolitik, 13 Millionen Stimmen abgegeben wurden unter Verwerfung des sozialistischen Standpunktes.

Das ist gestern angezweifelt worden. Nun, den Zweiflern von gestern kann ich nur sagen, daß der Herr Dr. Kurt *Schumacher* in seiner Pressekonferenz gestern das selbst anerkannt hat. Darüber sollte man deswegen nach meiner Meinung gar nicht mehr weiter diskutieren. Dieses Faktum steht fest!

Nun ist es doch wohl der Sinn einer Wahl, daß die Gewählten den Willen der Wähler erfüllen. Das gilt vor allem bei einer Wahl wie der gegenwärtigen, und zwar deshalb, weil es die erste Wahl großen Formates ist und weil weite Kreise des deutschen Volkes gegenüber Demokratie und Parlamentarismus mit äußerster Vorsicht und Reserve gewappnet sind. Man kann wohl mit Fug und Recht sagen, wenn nach einer solchen Wahl die Wähler, die der Demokratie sehr mißtrauisch gegenüberstehen – insbesondere die junge Generation –, nun die Erfahrung machen müßten, daß dem von ihnen ausgesprochenen Willen nicht Folge geleistet wird, daß dann doch zu befürchten sein muß, daß diese großen Wählermassen einfach sagen, was hat das Ganze für einen Zweck, vorher bekämpfen sie sich, sie reden uns alles Mögliche vor, und nach der Wahl setzen sie sich zusammen und verteilen die Posten unter sich (sehr richtig). Das ist ein Gesichtspunkt, den wir unter allen Umständen bei unseren Entscheidungen berücksichtigen müssen. Wir müssen bei unserer Entscheidung daran denken, daß wir dem deutschen Wähler, insbesondere der jungen Generation, den Sinn einer Wahl, einer Demokratie und eines Parlamentes vor Augen führen. Wir müssen auch bei uns in Deutschland nach der Auffassung vieler einmal mit dem Gedanken brechen, daß die Hauptsache ist, keine Opposition im Parlament zu haben (sehr gut). Wir müssen auch einmal den Gedanken abbiegen, daß „in der Opposition zu sein" etwas Schimpfliches und nicht gut für die anderen Parteien, den Parlamentarismus und den Staat sei. Daher sollte man auch versuchen, sich einmal von der überkommenen Überlieferung des Weimarer Staates freizumachen, daß man eine möglichst große Regierungskoalition zusammenbringen müsse, weil es dann die Regierung im Parlament möglichst einfach habe. Es ist ganz klar, daß bei einer großen Mehrheit im Parlament die Regierung es sehr viel einfacher hat, aber das ist doch nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist doch, ob in einer Regierung Elemente vereinigt sind, die in dieser Vereinigung die möglichste Gewähr dafür bieten, daß die Regierung, wenn auch mit knapper Mehrheit im Parlament, Positives für das Volk leistet. Wenn Sie das Ergebnis der Wahl betrachten, dann haben wir einen sehr großen Erfolg errungen.

Meine Freunde, es liegt mir daran, [das] immer wieder zu betonen gegenüber denjenigen, die sagen, im Grunde genommen hätten wir ja doch nicht gesiegt. Wir haben nicht die absolute Mehrheit im Parlament; es wäre wünschenswert gewesen, wir hätten sie; – aber wie groß unser Erfolg gewesen ist, macht man sich am besten dadurch klar, daß man sich vorstellt, wie die politische Situation jetzt wäre und wie sie sich entwickeln würde, wenn die Sozialdemokratie gesiegt hätte. Erst dann bekommt man den richtigen Maßstab dafür. Ich betone das vor Ihnen deswegen, weil ich bei den vielen Besprechungen, die ich mitgemacht habe, immer wieder auf die Kleinmütigkeit stoße, daß eine Schwierigkeit nach der anderen groß und breit an die Wand gemalt und dadurch die In-

itiative gelähmt wird. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in einer Zeit wie der gegenwärtigen man Mut und Tatkraft und auch Selbstvertrauen haben und an seine Idee glauben soll (Beifall). Wenn wir den Glauben daran, daß wir das Bessere vertreten, nicht haben, und wenn eine Partei glaubt, daß sie es nicht leisten kann trotz eines Sieges, dann soll diese Partei vom politischen Geschehen besser abtreten.

Wie die Dinge nun gekommen sind, hat unsere Fraktion nur die Wahl zwischen zwei Übeln. Sie hat die Wahl – theoretisch betrachtet – zwischen einer Koalition mit der SPD und zwischen einer Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei. Daher bitte ich Sie, aus der Diskussion alle Wunschträume wegzulassen, sondern die Dinge so klar und einfach zu sehen, wie sie eben liegen, meinetwegen primitiv. Wir haben eben nur die beiden Möglichkeiten, die ich Ihnen eben auseinandergesetzt habe, und müssen wählen zwischen dem größeren und kleineren Übel. Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, was ist das größere und was ist das kleinere Übel. Ich unterstreiche aber nochmals, daß das theoretisch betrachtet ist; denn ob die SPD überhaupt jemals bereit gewesen ist, mit uns eine Koalition einzugehen, das steht auf einem anderen Blatt. Wenn wir mit Erfolg den Versuch machen, eine Koalition mit der SPD einzugehen, dann würden wir nach den ausdrücklichen Erklärungen der SPD zu verzichten haben auf unsere bisherige Wirtschaftspolitik. Wie wir aber in einem solchen Falle noch einmal vor unsere Wähler treten sollen, das weiß ich nicht. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich mich nicht in der Lage sehen würde, während der nächsten fünf Monate in der britischen Zone – wir haben dann dort Landtagswahlen[10] – vor die Wähler zu treten und für die CDU zu kämpfen, nachdem wir uns nach diesem Sieg mit dem Gegner von gestern in ein Schiff gesetzt haben.

Ich schiebe folgendes ein: Ich habe – und ich hoffe, Sie werden damit einverstanden sein – auf heute nachmittag um sechs Uhr eine Pressekonferenz einberufen, um dort der Presse zu berichten. Ich bitte Sie daher, wirklich nach besten Kräften bemüht zu sein, im Laufe des Tages der Presse keine Informationen zu geben, weil, wenn von 130 Leuten auch nur 20 eine Information geben, die Journalisten einen Salat daraus machen, von dem man überhaupt nicht mehr weiß, was gemacht worden ist.

Ich habe das vorangeschickt, weil ich Ihnen zu sagen verpflichtet bin, daß unsere bayerischen CSU-Freunde erklärt haben, und zwar nach gewissenhaften Überlegungen, daß sie schon aus Gründen der Innenpolitik in Bayern nicht in der Lage seien, in unsere Fraktion einzutreten, wenn wir eine Koalition [mit] der SPD eingingen.[11] Ich bitte Sie, üben Sie daran keine Kritik. Die CSU-Partei in Bayern kämpft gegen die Bayernpartei einen Kampf auf Leben und Tod. Auch ich habe mich durch Bemerkungen von leitenden Leuten der Bayernpartei mir gegenüber davon überzeugen lassen, daß es für unsere CSU-Freunde in Bayern nicht möglich sein würde, dann in unserer Fraktion zu bleiben.

Die Demokratische Partei hat mir gegenüber durch Herrn *Blücher* – und Herr *Heuss* hat es in der Presse ebenfalls getan – klar erklärt, an einer Koalition CDU/CSU-SPD nehmen wir nicht teil.[12] Es würde also dann diese Koalition sich zusammensetzen aus 132 Sozialdemokraten, aus 115 CDU-Leuten und vielleicht aus 10 Zentrumsleuten. Wir

10 Am 18. 6. 1950.

11 Vgl. Nr. 18, S. 39.

12 Zur Auffassung *Blüchers* die Nrn. 7 und 22, zu der von *Heuss* Nr. 14, Anm. 3.

würden also in einer solchen Koalition von vornherein die kleinere Partei sein. Bitte halten Sie zu dem ersten Punkt, den ich eben ausgeführt habe, auch diesen zweiten Punkt, daß wir die kleinere Partei sein würden, sich vor Augen; daß wir also bei einer Koalition mit der SPD verzichten müßten auf die bisher von uns eineinhalb Jahre lang durchgeführte Wirtschaftspolitik, und daß wir zudem dann in dieser Koalition der kleinere Partner sein würden.

Was das Kulturelle angeht, so kann man nach den Erfahrungen, die wir im Parlamentarischen Rate gemacht haben, folgendes feststellen: Denjenigen Bestimmungen im Grundgesetz, die wenigstens einigermaßen den Ansprüchen genügen, die wir auf kulturellem Gebiet stellen müßten, hat die Sozialdemokratie widersprochen. Wir haben sie nur durchbekommen mit Hilfe der FDP, der Deutschen Partei und des Zentrums. Insbesondere hat die Sozialdemokratische Partei durch ihre offiziellen Sprecher im Parlamentarischen Rat beantragt, den Artikel über Schutz der Ehe und Familie zu streichen mit der Begründung, daß Ehe und Familie durch die Entwicklung unserer Zeit überholte Begriffe seien. (Hört! Hört!)[13] Ich glaube also – ich betone das deswegen, weil von mancher Seite Bedenken laut geworden sind, daß wir auf kulturellem Gebiet von der FDP weit und fern stünden –, daß wir noch weiter entfernt sind von der SPD.

Mit dieser Schilderung der Folgen einer Koalition mit der SPD möchte ich mich begnügen. Es würde, ich wiederhole das, die Bundesregierung es leichter haben, wenn sie eine Mehrheit hätte. Wir würden aber auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Linie verlassen müssen, die wir bisher innegehabt haben und die, meine Freunde, ein Teil unseres weltanschaulichen Programmes ist und keine reine materielle Sache, sondern die hervorgeht aus dem Grundsatz von der Freiheit der Person, den wir überall vertreten haben, und wir würden der kleinere Teil in dieser Koalition sein.

Lassen Sie mich nun übergehen zu einer Schilderung der Folgen einer Koalition mit der FDP und der DP. In einer solchen Koalition, die eine knappe Mehrheit haben würde, hätten wir mit 139 Leuten gegenüber 53 FDP- und 17 DP-Abgeordneten den größten Block, und wir würden infolgedessen bei der Zusammensetzung der Regierung und bei den Entscheidungen, die im Laufe der Zeit zu treffen sind, innerhalb dieser Koalition präponderierend ein sehr viel größeres Gewicht haben als die beiden anderen.

Was die Deutsche Partei angeht, so ist diese in gewissen Randgebieten, vornehmlich in Hamburg und Schleswig-Holstein, bei der Wahlagitation in das nationalistische Fahrwasser übergegangen, das wir nach meiner Auffassung unter keinen Umständen mitmachen können. Aber es ist auch von den Herren, die ein Urteil darüber haben, wie Herrn *Gereke*, der sich nicht der Gunst und der Liebe der Deutschen Partei erfreut, betont worden, ebenso von Herrn *Schröter* aus Schleswig-Holstein, daß man diese Exzesse nicht so hoch veranschlagen dürfe, und daß im Grunde genommen die Deutsche Partei nach den Leuten beurteilt werden müsse, die den Kern in Niedersachsen bilden...[14]

(*Albers*: Widerstehe am Anfang!)

Diese Leute stehen uns kulturell sehr nahe; sie stehen auch – da mögen Sie sich erkundigen bei unseren Freunden aus dem Wirtschaftsrat – in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht uns recht nahe.

---

13 Vgl. die etwas anders lautende Begründung der SPD-Abgeordneten *Menzel* und *Bergsträsser* in: Entstehungsgeschichte, S. 94.

14 Vgl. die Äußerungen *Gerekes* und *Schröters* in den Nrn. 18 und 44.

Nun komme ich zu den Demokraten. Ich habe mit Herrn *Blücher* bisher zwei Gespräche gehabt.[15] Diese Gespräche, um das vorwegzunehmen, sind ohne jede Bindung sowohl für Herrn *Blücher* wie für mich gewesen. Herr *Blücher*, den ich schon längere Jahre kenne, ist ein sozial absolut aufgeschlossener Mann.

(*Lenz*: Fragen Sie mal Herrn *Storch*!)

Damit will ich nicht sagen, daß nun die Demokraten im ganzen so sozial eingestellt sind wie wir, aber auch diejenigen Demokraten, die stark unternehmerisch eingestellt sind, sind sich über eines klar, daß, wenn eine Koalition, bestehend aus uns, der FDP und der DP, in den nächsten vier Jahren auf sozialem Gebiet nicht etwas ganz Besonderes leistet, wir dann von den Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen geschlagen werden. Auch diese Demokraten werden, wenn nicht aus dem Gefühl einer inneren Verpflichtung heraus, dann – lassen Sie mich das Wort gebrauchen – eben aus Selbsterhaltungstrieb heraus sich uns fügen müssen bei der Erfüllung der sozialen Aufgabe, die wir erstreben. Ich glaube also, daß – ganz losgelöst von einer Frage, auf die ich jetzt komme – die soziale Arbeit in einer solchen Regierungskoalition durch die Demokraten nicht gehemmt ist. Jeder von uns, auch die DP und ein großer Teil der Demokraten, ist sich völlig darüber klar, daß wir während der nächsten vier Jahre gerade auf sozialem Gebiet etwas ganz Besonderes leisten müssen. Es läßt sich aber auf sozialem Gebiet nur dann etwas Besonderes erreichen, wenn das wirtschaftliche Leben in Ordnung ist. Wenn das wirtschaftliche Leben nicht in Ordnung ist, dann können Sie auf dem Papier Sozialgesetze machen, soviel Sie wollen. Zunächst einmal ist die größte soziale Wohltat für jeden Deutschen, daß er Arbeit findet. Wenn das wirtschaftliche Leben so geordnet wird, daß der weitaus größte Teil der Deutschen lohnende Arbeit findet, dann tun wir ein sehr soziales Werk, und dann sind wir auch nur in der Lage, an den Armen und Schwachen, den Alten, Verdrängten und Vertriebenen unsere sozialen Pflichten zu erfüllen. Man kann deshalb nach meiner Meinung, wenn man einigermaßen die Dinge richtig beurteilt, nicht unterschiedlich voneinander teilen: hier soziales Bestreben, hier wirtschaftliche Ansicht. Soziale und wirtschaftliche Leistungen stehen in allerengstem Zusammenhange miteinander. Ich kann nur nachdrücklichst immer wieder betonen, wenn uns auch die soziale Verpflichtung mehr drängt und drückt aus ethischen Gründen, unser Verstand muß uns sagen, wenn die Wirtschaft nicht in Ordnung gebracht wird, dann hilft mir alles Gefühl der sozialen Verpflichtung nichts; denn dann kann ich diese sozialen Verpflichtungen eben nicht erfüllen.

Wir müssen deswegen bei der Entscheidung, die wir zu treffen haben, auch wenn wir uns noch so sehr verpflichtet fühlen gegenüber den sozialen Aufgaben, die ungeheuer sind, in erster Linie leiten lassen, wie wir mit einer Regierungskoalition so oder so das wirtschaftliche Leben weiter vorwärtsbringen. Das ist vielleicht nicht für jeden angenehm zu hören, aber, was hilft das, die Tatsachen sind da und sprechen eine harte Sprache. Ich möchte noch einmal sagen: An die Prüfung dieser ganzen Frage kann man nicht kühl genug und verstandesmäßig genug herangehen.

Ich habe eben gesagt, eine Regierungskoalition, bestehend aus uns, der FDP und der Deutschen Partei, würde eine kleine Mehrheit sein. Vorgestern ist an mich herangetreten der Vorsitzende der Bayernpartei-Fraktion und hat mir erklärt, daß seine Fraktion bereit sei, zwar nicht in die Koalition einzutreten, aber doch sachlich unsere Arbeit zu

15 Zu den Kontakten zwischen *Adenauer* und *Blücher* vgl. Nr. 44 mit den Anm. 11 und 14.

unterstützen.[16] Eine gleichlautende Erklärung hat ein Sprecher der Deutschen Rechtspartei gegenüber Herrn *Blankenhorn* abgegeben. Er konnte mich nicht sprechen.

(*Albers*: Der kann da bleiben!)

Lassen Sie mich auf diesen Zwischenruf des Herrn *Albers* . . .

(*Albers*: Des Kollegen *Albers*!)

meines lieben Freundes *Albers* (Heiterkeit) etwas sagen, und zwar etwas Staatspolitisches. Das ist vielleicht ganz gut, daß man so etwas dazwischen schiebt. Ich erblicke eine ganz wesentliche Aufgabe der Regierung und der Koalition darin, möglichst weite Kreise, die dem heutigen Staat noch mehr oder weniger ablehnend gegenüberstehen, für diesen Staat zu gewinnen.

(*Lenz*: Nach beiden Seiten!)

Ich weiß nicht, Herr *Lenz*, was das heißt, nach beiden Seiten. Ich stehe einstweilen auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie, wenn Sie das meinen, eine staatserhaltende Partei ist. Daß es möglich ist, die Kommunisten zu gewinnen, halte ich für ausgeschlossen; das kann nur ein Utopist glauben. Aber seien wir uns darüber klar, daß in den nächsten Jahren die größte Gefahr für unseren Staat, für unser Deutschland in den noch mehr oder weniger ungeformten und unausgesprochenen rechtsradikalen Tendenzen liegt, so daß wir also, wenn von dort Leute kommen, die praktisch mitarbeiten wollen, wir sehr unklug wären, denen zu sagen, ihr könnt da bleiben. Ich bin ganz anderer Auffassung. Ich würde mich niemals mit den Leuten verheiraten, Herr *Albers*, aber wenn die Leute kommen und sagen, wir wollen praktisch mitarbeiten, dann sage ich, seid willkommen, arbeitet mit, ihr werdet sehen, daß bei der praktischen Arbeit sich zeigt, was leeres Gerede und was praktische Arbeit ist. Das möchte ich auf den Zwischenruf meines Freundes *Albers* sagen. (Heiterkeit!) Es war aber ernstgemeint, Sie brauchen nicht darüber zu lachen.

Wie sieht es in der Sozialdemokratie aus? Wir alle wissen, daß in der sozialdemokratischen Partei und dementsprechend auch in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ganz sicher eine gewisse Anzahl von Leuten sind, die das für meinen Geschmack oberste Prinzip eines jeden demokratischen Denkens beachten, nämlich daß man Respekt haben muß vor der ehrlichen Meinung eines anderen. Aber die Leitung der Sozialdemokratischen Partei kennt dieses Prinzip nicht. Das haben wir im Wahlkampf immer wieder erleben müssen. Sie kennt nur sich, und den politischen Gegner verachtet sie, beschimpft und schmäht ihn. Wenn wir auch für die persönlichen Beschimpfungen und Schmähungen des Herrn Dr. Kurt *Schumacher* ihm Dank schulden, wenn diese persönlichen Beschimpfungen und Schmähungen des Herrn Dr. Kurt *Schumacher* mich auch in keiner Weise berühren oder irgendwie mein Tun beeinflussen, so muß ich doch sagen, daß wir diese Beschimpfungen unserer Partei, die sich Herr Dr. Kurt *Schumacher* geleistet hat, nicht vergessen können. Auch eine Partei hat ihre Ehre, und unsere Wähler haben dafür ein sehr feines Empfinden, ob eine Partei so viel Selbstbewußtsein und Ehrgefühl aufbietet, daß sie sich nicht rechts und links um die Ohren hauen läßt und dann zum Friedenskuß herantritt.

Einstweilen ist es in der Sozialdemokratischen Partei so, daß die Richtung Dr. Kurt *Schumachers* absolut die Oberhand hat. Jeder, der glaubt, dem sei nicht so, der täuscht

16 Vgl. auch die Absprache *Baumgartner/Hellwege* in Nr. 18, Anm. 40.

sich absolut. Gestern ist auf der Sitzung der Bundestagsfraktion der SPD zum Vorsitzenden der Fraktion Herr Dr. *Schumacher* gewählt worden, zum 2. Vorsitzenden Herr *Ollenhauer* und zum 3. Vorsitzenden Herr Professor Carlo *Schmid* aus Tübingen. Herr Professor Carlo *Schmid* mag in seinem Inneren anders denken als Herr Dr. Kurt *Schumacher*, er mag sogar gelegentlich eine dahingehende Bemerkung machen, aber im Ernstfall wird er immer geradestehen und mit Herrn Dr. Kurt *Schumacher* marschieren. Es ist also ganz einheitlich ausgerichtet in der Bundestagsfraktion der SPD die Richtung durch die drei Vorsitzenden. Ich bin der Auffassung und befinde mich da in Übereinstimmung mit sehr vielen von uns, daß wir, wenn wir die SPD konservieren wollen, nichts besseres tun können, als sie regierungsfähig zu machen, daß wir aber, wenn wir der SPD die Lehre geben, daß auch andere Parteien da sind und sich berufen fühlen, die Politik in Deutschland zu führen, damit die SPD viel mehr schwächen, als wenn wir mit ihr jetzt Arm in Arm gehen. Auch diejenigen unter uns, die glauben – und ich gehöre dazu –, daß eine Sozialdemokratische Partei, die wirklich demokratisch [ist] und daher die Meinung anderer achtet und gelten läßt, in unserem deutschen Parteigefüge nötig ist, der muß sagen, wir tun damit der gesamten parteipolitischen Lage in Deutschland einen Dienst, wenn wir jetzt die SPD während der nächsten vier Jahre zwingen, sich zu mausern und zu ändern.

In seiner gestrigen Pressekonferenz hat Herr Dr. Kurt *Schumacher* vor der ausländischen Presse erklärt, daß es eine Zumutung für die SPD sei, eine Koalition mit der CDU einzugehen. Er hat ebenfalls erklärt, daß ein Kompromiß – er hat es noch schärfer ausgedrückt – mit uns auf wirtschaftlichem Gebiet einfach ausgeschlossen sei. Wenn Sie die 16 Dürkheimer Punkte[17] der SPD in Ruhe durchlesen, dann werden Sie finden, daß zwar eine Anzahl von Punkten darin sind, die wir durchaus billigen können, daß aber andere Punkte darin sind, die wir nicht mitmachen können und die so diametral unseren Auffassungen entgegengesetzt sind, daß wir uns nichts davon versprechen können, in einer solchen Gemeinschaft wirklich fruchtbare Arbeit zu leisten. Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß der letzte dieser 16 Punkte, der sich gegen die Kirche richtet, höchst überflüssig ist und daß er ganz offenbar hineingesetzt worden ist, um uns vor den Kopf zu stoßen. Ich möchte Sie auch auf die Präambel dieser 16 Punkte aufmerksam machen, in der ganz klar ausgesprochen ist, daß ein Kompromiß mit der CDU auf wirtschaftlichem Gebiete ausgeschlossen sei.

Damit haben Sie die ganze Situation. Bitte entscheiden Sie, was geschehen soll.

Ich wiederhole, mit den Demokraten sind irgendwelche verbindlichen Gespräche noch nicht geführt worden; mit der Deutschen Partei hat in meinem Auftrag Herr *Blankenhorn* gesprochen.[18] Die Besprechung war durchaus zufriedenstellend. Als der sozialdemokratische hessische Ministerpräsident *Stock* davon gesprochen hat, die SPD solle uns auf wirtschaftlichem Gebiet etwas entgegenkommen und eine Koalition mit uns abschließen[19], ist er glatt hingelegt worden[20], denn es ist von der SPD mitgeteilt worden, daß es sich um eine reine private Meinung ohne die Fühlungnahme mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand handele. Die offizielle Stellung des Parteivorstandes steht fest,

17 Vgl. Nr. 42.

18 Vgl. Nr. 29, Anm. 1.

19 Vgl. Nr. 42, Anm. 13.

20 Vgl. Nr. 44, S. 110.

und deswegen sind mit der SPD bisher keine Verhandlungen angeknüpft worden. Ob man jetzt noch Verhandlungen, namentlich nach der gestrigen Pressekonferenz anknüpfen soll, darüber möge man sich bitte aussprechen. Ich möchte Sie nur um eines bitten bei allen diesen Erwägungen: Enttäuschen wir niemals das Vertrauen unserer Wähler und sorgen wir dafür, daß wir in den Augen unserer Wähler unser Gesicht wahren und uns nichts vergeben. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Holzapfel: Herr Dr. *Adenauer* stellte an die Spitze seiner Ausführungen, daß wir nur die gegenwärtigen Verhältnisse prüfen sollten. Auch ich halte das für unbedingt notwendig, sonst kommen wir überhaupt nicht weiter. Dr. *Adenauer* hat von zwei Möglichkeiten gesprochen, die er als ein größeres und als ein kleineres Übel bezeichnet hat. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß es für uns ein Ding der Unmöglichkeit ist, jetzt eine Koalition mit der SPD zu suchen. Ich habe vom ersten Augenblick an diesen Standpunkt vertreten aufgrund der Erfahrungen, die wir in Frankfurt gemacht haben, und zwar im Hinblick auf unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ich erinnere daran, daß auch das Gesetz über die Wiederherstellung der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Sozialversicherung gegen die Stimmen der SPD angenommen worden ist.[21] Unsere gesamte Frankfurter Politik stand in einer klaren und deutlichen Opposition gegenüber der SPD. Wir würden unser ganzes Gesicht verlieren, wenn wir jetzt mit der SPD eine Koalition eingehen und unsere Wirtschaftspolitik ändern würden. Dazu kommt ein zweites, Herr Dr. *Adenauer*, das Sie nicht gesagt haben, mir aber notwendig erscheint, es klar und deutlich herauszustellen. Wenn wir jetzt in den beiden großen Parteien eine gemeinsame Koalition bilden würden, dann würden wir erreichen, daß sich eine Opposition auf einer äußersten Linken und auf einer äußersten Rechten bilden würde. Wir würden den gleichen Weg noch einmal gehen, den wir 1925 gegangen sind und der zu 1933 geführt hat. Den Sinn der Demokratie dem Volke vor Augen führen zu wollen, kann nur darin bestehen, daß wir sagen, eine große Partei trägt die Verantwortung, und die andere stellt die konstruktive Opposition dar.

Aus diesen Erwägungen heraus bin ich grundsätzlich der Auffassung, daß eine Koalition mit der SPD nicht möglich ist. Wir würden unsere bisherige Politik nicht fortsetzen können, sondern zu einer verschwommenen und verwaschenen Politik gerade auf wirtschaftlichem Gebiete kommen, ganz abgesehen von Differenzen auf kulturpolitischem Gebiet.

Nun die zweite Frage. Herr Dr. *Adenauer* hat die andere Möglichkeit als das kleinere Übel bezeichnet. Ich bin nicht mit Ihnen einer Auffassung, wenn Sie eben gesagt haben, die Sozialarbeit unserer CDU würde nicht gehemmt werden durch eine Koalition mit der FDP. Die Situation liegt etwas anders. Die FDP hat uns auf sozialpolitischem Gebiet immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen; Herr *Storch*, Sie können das bestätigen. Es handelt sich jetzt darum, ob wir unser Gesicht als CDU behalten werden, oder ob wir es nicht behalten werden. Wir dürfen uns nicht einen so ungeheuren Klotz auf eine Seite binden lassen, der uns möglicherweise dazu zwingen könnte, daß wir eine gewisse Schlagseite bekommen. Daher frage ich, Herr Dr. *Adenauer*, unter welchen Voraussetzungen ist die FDP bereit, in einer Regierung mitzumachen, in der wir aber eine klare

21 Der Wirtschaftsrat hat dieses Gesetz am 24. 5. 1949 verabschiedet und am 23. 6. 1949 den Einspruch des Länderrats hiergegen zurückgewiesen. Das Gesetz war jedoch nicht in Kraft getreten, da es die Militärgouverneure am 18. 8. 1949 abgelehnt hatten. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 91.

und eindeutige CDU-Politik betreiben. Wir wollen uns in unserer Politik nicht ins Schlepptau nehmen lassen von einem Marxismus, aber auch nicht von einem Liberalismus. (Beifall!)

Wenn man so weit gehen würde, daß man die Mitarbeit und Unterstützung der FDP nur dadurch bekommen kann, daß man ihr das Amt des Staatspräsidenten gibt und dazu noch das Amt eines Vizekanzlers und einige Ministerien, dann bin ich der Auffassung, daß das völlig indiskutabel ist. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir wollen die Verantwortung übernehmen und müssen deswegen klar und deutlich betonen: In einer solchen Koalition stellen wir – ich habe es prozentual genau ausgerechnet – 66% dar, die FDP 24,8% und die DP 8%. Es geht nicht, daß man glaubt, diese 66% so stark unter den Tisch drücken zu können.

Seien Sie mir bitte nicht böse, Herr Dr. *Adenauer*, wenn ich jetzt eine Frage anschneide. Sie wissen, wie ich zu Ihnen persönlich stehe, das brauchen wir nicht zu erörtern. Sie wissen, daß ich Ihnen alles Gute und das Allerbeste wünsche, aber überlegen Sie bitte einmal, Sie sind in einem gewissen vorgerückten Alter. Lassen Sie einmal in einem Zeitraum von vier Jahren Ihnen etwas passieren und wir haben einen Demokrat als Staatspräsidenten, wer gibt uns dann die Garantie dafür, daß er auch wieder einen CDU-Kanzler bestellt. Wir sind außerordentlich mißtrauisch aufgrund der Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit mit der FDP gemacht haben. Ich kann Ihnen persönlich berichten, daß keine politische Partei in einer derartigen, ich hätte beinahe gesagt hundsgemeinen Form den Wahlkampf geführt hat wie die FDP. Überall wurde uns aufs Butterbrot gestrichen: Wir von der FDP haben Euch damals den Professor *Erhard* hindelegiert, damit er seinen Namen und sein Gewicht in die Waagschale wirft und der linke Flügel der CDU endlich an die Strippe genommen wird. Das ist alles auf Veranlassung der FDP geschehen, damit sie die Garantie hat, daß die CDU keine Dummheiten macht. Dieses Märchen wird auch heute noch erzählt, und ich traue der FDP nicht so weit über den Weg, daß ich ihr einen solchen Einfluß einräumen würde, sondern ich bin der Auffassung, daß der Einfluß nicht mehr als 24% sein soll, sonst können wir nicht zu irgendeiner Koalition kommen.

Ich muß noch etwas sagen, Herr Dr. *Adenauer*, seien Sie bitte nicht böse, daß ich Ihnen vorgreife. Es handelt sich um zwei wichtige Fragen: 1. behalten wir unser soziales Gesicht und 2. wie können wir jetzt endlich die beiseite stehende Jugend bekommen. Darüber, daß die beiden Ämter des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers zwei Herren übertragen werden sollen, die beide die Grenze von 65 Jahren erheblich überschritten haben, lesen Sie im „Spiegel", es sei eine Seniorclique, über die man nach vier Jahren restlos zur Tagesordnung übergehen werde. Wir müssen versuchen, unsere Jugend zu gewinnen, und dürfen nicht solche schweren Fehler machen, die uns im Augenblick möglicherweise unser ganzes politisches Gesicht kosten werden. Ich lehne es aufgrund meiner genauen Kenntnisse und Erfahrungen ab, eine Koalition mit der SPD einzugehen. Wir müssen versuchen, eine Mehrheit mit der anderen Seite zu finden, aber wir müssen wissen, was kostet das. Wir dürfen nicht ein einziges Stückchen von uns aufgeben. Wir müssen bewußt klar und deutlich eine soziale Politik betreiben. Denken Sie daran, daß FDP und DP gegen das erste Lastenausgleichsgesetz gestimmt haben.[22] Wohin kommen wir, wenn wir eine solche Sozialpolitik betreiben wollten, die schon beim er-

22 So geschehen in der 3. Lesung des Gesetzes im Wirtschaftsrat am 1. 12. 1948. Vgl. die Wortmeldung von *Bucerius* auf S. 157.

sten Gesetz ein klares und deutliches Nein sagt und nicht bereit ist, eine Verantwortung zu tragen. (Beifall!)

Dr. Adenauer: In aller Freundschaft möchte ich Herrn *Holzapfel* sagen, es wäre sehr gut gewesen, wenn Herr *Holzapfel* nach der Wahl im Lande geblieben und nicht nach der Schweiz gegangen wäre.

(Zwischenruf: Caux?)

Nicht in Caux, sondern anderswo. Sicherlich gönne ich ihm seine Erholung, aber es ist doch so, wenn man außerhalb des Landes ist, dann verliert man leicht etwas die Fühlung.

(Dr. *Holzapfel*: Oder bekommt einen klaren Abstand!)

Wenn Sie hier gewesen wären und an den Besprechungen teilgenommen hätten, dann würden Sie einen großen Teil Ihrer Ausführungen nicht gemacht haben. Ich bitte Sie, mir das nicht übelzunehmen. So tun Sie das, worum ich gebeten habe, es nicht zu tun. Sie malen jetzt fortwährend Schwierigkeiten an die Wand. Das hat gar keinen Zweck.

(Dr. *Holzapfel*: Nein!)

Bitte sehr, Sie haben viel mehr gegen die FDP gesprochen als gegen irgend jemand anders.

(Dr. *Holzapfel*: Nein!)

Ob die FDP bei der Wahl gesagt hat, wir haben Euch den Professor *Erhard* verschrieben, das ist mir völlig wurscht bei der Entscheidung dieser Frage jetzt.

Ich hatte vor, wenn Sie sich eine Meinung über die große Frage gebildet hätten, noch auf die Personalfrage zu sprechen zu kommen. Ich bitte Sie, folgen Sie mir darin. Wenn 130 Leute hier anfangen, ehe die Entscheidung über die große Frage gefällt ist, sich in Personalien zu verlieren, dann kommen wir überhaupt nicht weiter. Ich habe deswegen absichtlich geschwiegen über die Frage Bundespräsident und Bundeskanzler. Ich möchte dabei bleiben. Wir werden darüber zu sprechen haben, wenn wir uns über die große Frage klargeworden sind, nach welcher Richtung sollen wir versuchen, eine Koalition zu bilden.

Albers: Auf meine Zwischenbemerkung, daß ich eine zu enge Zusammenarbeit mit den Konservativen nicht wünsche, hat Herr Dr. *Adenauer* auf große politische Gesichtspunkte verwiesen. Ich weiß diese zu würdigen, muß aber darauf aufmerksam machen, daß man auch bei uns den Grundsatz beherzigen soll: Widerstehe am Anfang. Es gibt Dinge im Leben, die darf man nicht bis zu einem Punkte kommen lassen, wenn sie nicht eine Gefahr für uns und den Staat werden sollen. Ich habe von den Konservativen bisher nicht den Eindruck, als wenn sie ein positives Verhältnis zu diesem neuaufzubauenden Staat, wie wir ihn uns denken und wollen, zur Stunde haben.

Nun zur Frage SPD und FDP. Es ist kein Geheimnis, daß wir, die wir aus dem Lande Nordrhein-Westfalen kommen, hier die breiten Arbeiterschichten Gott sei Dank noch hinter der CDU haben und [uns] selbstverständlich Gedanken über das gemacht haben, was nun werden soll. Ich habe nicht die Auffassung des Kollegen *Arnold* in diesem Zusammenhang vertreten, ich bin auch abgerückt von der Meinung des Kollegen *Gockeln*.[23] Wir haben in der Landtagsfraktion in ernster Aussprache uns über alle die Probleme unterhalten, die vor uns stehen. In einem Punkt waren wir uns einig: Er muß

23 Vgl. die Hinweise in Anm. 8.

vor allem die Interessen der breiten Volksmassen vertreten, d. h. er muß sozial bis zur letzten Konsequenz geführt werden. Wir haben vor allen Dingen bei unseren Überlegungen den Gründungsgedanken unserer Partei vor Augen gehabt. Ich freue mich sehr, Herr Dr. *Adenauer*, daß Sie in den letzten Tagen besonders ein eindeutiges Bekenntnis zum Ahlener Programm abgelegt haben.[24] Das Ahlener Programm muß die Grundlage unserer politischen Arbeit im Bundestag werden.

(Dr. *Adenauer*: Das habe ich auch dem Herrn *Blücher* gesagt!)

Wenn das der Fall ist, dann bin ich der Meinung, daß wir auch den Kampf gegen die SPD durchstehen können. Wir haben in den letzten Tagen in einem Kreise von verantwortlichen Gewerkschaftssekretären aus dem Lande Nordrhein-Westfalen, insbesondere aus der Gruppe Bergbau und Metall die Fragen eingehend besprochen. Diese Männer stehen in schwierigeren Posten als der größte Teil der hier Anwesenden. Es sind Vorposten, die die Männer für unsere Idee einnehmen. Diese Leute haben sich zu der Auffassung bekannt, wenn es mit der SPD nicht geht, dann haben wir den Weg, den uns unser Gewissen aufzeigt, richtig zu gehen, aber unter einer Verpflichtung, daß unsere breiten Volksmassen wissen, daß sie sich auf unsere Partei und auch auf Sie, Herr Dr. *Adenauer*, verlassen können. Das ist der Kernpunkt der ganzen Geschichte. Ich habe gestern in einer Vorbesprechung unter Vorsitz des Kollegen *Kaiser*[25], wo meine Freunde aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen waren, die auch heute hier vertreten sind – 27 Personen waren es –, mich zu dieser Auffassung noch einmal bekannt. Ich habe bei diesen Freunden die restlose Zustimmung gefunden. Wir werden den Kampf durchstehen, wenn wir wissen, daß bei allen politischen Entscheidungen das Soziale das grundlegende Element ist.

Es ist selbstverständlich, daß mit der SPD eine Besprechung durchgeführt werden muß. Das liegt im Rahmen der ganzen Situation. Wir werden auch feststellen müssen, wie sie sich zu einer solchen Einladung bekennt.

Wie verhält sich nun die FDP zu den ganzen Dingen? Wie verhält sie sich zur Neuordnung und Demokratisierung der Wirtschaft, zur Frage der neuzuschaffenden Eigentumsverhältnisse der Großunternehmungen? Wie steht sie – lassen wir es sagen – zu der Frage der Vergesellschaftung der Kohlenindustrie? Ich weiß, daß sie im Landtag Nordrhein-Westfalen zu diesen Fragen stets eine ablehnende Stellung eingenommen hat. Wenn das Ahlener Programm kein Lippenbekenntnis sein soll, dann haben wir auch diese Frage in den nächsten Tagen mit der FDP zu klären. Die Sozialpolitik wird vielleicht von der FDP mitgemacht, aber es gibt grundlegende Fragen, die die FDP wahrscheinlich nicht mitmachen wird. Ich möchte bitten, daß in den kommenden Verhandlungen diese Dinge von vornherein ganz klargestellt werden.

Ich darf zusammenfassend also sagen: Wir werden diesen Weg mitgehen, aber wir möchten bitten, daß dabei unsere Auffassungen bis zum Letzten berücksichtigt werden. Ich bitte Sie, für folgenden Gedanken Verständnis zu haben: Es muß eine Möglichkeit geschaffen werden, daß der Vorsitzende des Bundesparlamentes ein Mann der christlichen Arbeiterschaft ist,

---

24 Vgl. Nr. 25. Ebenso in einer Besprechung am 31. 8. 1949 mit dem Gewerkschaftsflügel der CDU in Königswinter. Hier hatte *Adenauer* ausgeführt, „daß die Ahlener Grundsätze für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU nach wie vor richtungsgebend sein werden". Vgl. Kosthorst, S. 75f. und S. 362.

25 Bezieht sich auf die in Anm. 24 genannte Besprechung.

(*Lenz*: Sehr gut!)

und zwar aus ganz einfachen Überlegungen. Der Kampf, der zu führen sein wird, wird in der Hauptsache von den breiten Schichten des Volkes getragen werden müssen. Das Schwergewicht dieser Auseinandersetzungen liegt in der britischen Zone, insbesondere im Lande Nordrhein-Westfalen. Dieser Kampf wird erleichtert werden, wenn wir sagen können, daß ein Mann aus der christlichen Arbeiterschaft an wichtigster Stelle steht, insbesondere ein Mann, der nach draußen wirken kann.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Horlacher*.

Horlacher: Ich glaube, daß die Verhandlungen so weit fortgeschritten sind, daß wir endlich einen Schlußstrich unter diese große Frage setzen müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir grundsätzlich die Ausführungen von Dr. *Adenauer* billigen können. (Beifall!) Wenn ich auch eine Zeitlang schwankend war, ob es taktisch richtig sei, überhaupt nicht mit der SPD in Verhandlungen einzutreten, so stelle ich auch diese Frage zurück, weil ich mir sage, sie ist durch die gestrige Presseerklärung der SPD[26] überholt. Denn hier hat die SPD die Türen von sich aus zugeschlagen. Ich würde wünschen, daß Dr. *Adenauer* den Brief an die SPD schreibt bezüglich der Präambel[27], in der gesagt wird, daß wir gewissermaßen die Zerstörer der Demokratie usw. seien. Es muß eine Rückfrage erfolgen, wie sie sich das vorstellt und ob sie das aufrechterhält. Das tut uns vielleicht ganz gut, weil man daraus den Rückschluß ziehen kann, daß wir nicht so hart gewesen sind, wie es von der anderen Seite behauptet wird.

Ich habe die Sache hin und her überlegt, eine Änderung des Kurses unserer Wirtschaftspolitik halte ich für unmöglich. Wenn wir sie mit irgendwelchen anderen Ideen wie Planwirtschaft usw. vermischen, dann schwächen und lähmen wir den ganzen Kurs der Wirtschaftspolitik und haben überhaupt keine Aussicht mehr, irgend etwas Positives zu erreichen. Wir hoffen, daß die Prophezeiungen Professor *Erhards* in Erfüllung gehen, daß es uns gelingen möge, mit dem Kurs der Wirtschaftspolitik die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das ist das schwierigste und größte Problem, das ist die soziale Frage, die zunächst zu lösen ist. Gott gebe es, daß die Mittel aus dem ERP-Plan usw. fließen und flüssiggemacht werden können. Gott gebe es, daß die notwendigen Auslandsanleihen dazukommen, um das ganze Werk vollenden zu können.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Sieg, den die CDU/CSU errungen hat, nicht so überwältigend ist, und doch ist er bedeutsam, nämlich aus dem einfachen Grunde, daß wir dem deutschen Volke sagen müssen, acht Millionen Stimmen der Linken stehen 13 Millionen der anderen gegenüber, daß aber diese 13 Millionen Stimmen nicht in einer großen starken Partei voll zur Wirksamkeit kommen können; denn daran ist die Zersplitterung des deutschen Volkes schuld. Wir als CDU/CSU übernehmen die Verantwortung für die, die unklug gehandelt haben auf der nichtsozialistischen Seite.

Das ist unsere Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Wir müssen gewissermaßen aus den Wählerstimmen das für uns an Verantwortung noch herausnehmen, um die notwendige Stärke für unsere Gesamtposition zu haben. Diese Dinge müssen von uns propagandistisch ausgenützt werden. Es muß in die Reihen unserer Jugend hinein, daß die Parteizersplitterung Deutschlands keinen Zweck mehr hat. Besonders bedauern wir diese

---

26 Nr. 45.

27 Der Dürkheimer Erklärung, vgl. Nr. 42.

Zersplitterung in Bayern. Man muß es besonders denen sagen, die die Schuld mit daran tragen, daß wir nicht die große Stärke haben, auf die wir an sich aufgrund des allgemeinen Willens der Wähler Anspruch hätten. Das gibt mir die Veranlassung, daß das, was jetzt hier geschehen ist, von uns gebilligt wird. Was sollen wir noch lange hin und her reden und Bedenken geltend machen. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion steht auf diesem Standpunkt, und da müssen wir uns zu einer einheitlichen Stellung durchringen. Eine einheitliche Meinung in grundsätzlichen Fragen ist immer besser als irgendeine Zersplitterung. Da soll jeder die einzelnen Bedenken zurückstellen und das Ganze auf sich wirken lassen. So schwer es mir fällt, ich bin dafür, die Ausführungen von Dr. *Adenauer* zu billigen und ihm damit etwas freie Hand zu geben, damit er das noch vollenden kann, was zur Vollendung des Ganzen absolut notwendig ist.

Was für die Wirtschaftspolitik gilt, das muß auch in gleicher Weise für die Ernährung und Landwirtschaft gelten, daß nämlich die CDU/CSU regiert und nicht andere nebenher regieren.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Ausführungen Dr. *Adenauers* billigen und das auch beschlußmäßig zum Ausdruck bringen, damit sich Dr. *Adenauer* heute abend in der Pressekonferenz darauf berufen kann.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Lenz*.

Lenz: Wir stehen heute morgen vor sehr entscheidenden Beschlüssen. Nicht das erste Bundesparlament wird die Entscheidungen treffen, sondern wir bereits hier. Deshalb müssen sie überlegt sein. Herr Dr. *Adenauer* hat eben gesagt, entscheidend ist der Auftrag der Wähler, die uns hierhin geschickt haben. Alle diejenigen, die ähnlich wie ich einen Wahlkreis, der in der Hand der Linken war, zurückerobern mußten, die nicht durch Reisen oder wichtige Vorbesprechungen verhindert gewesen sind, sich um das Echo aus dem Volke zu kümmern, die den Mann auf der Straße gefragt haben und die die Massen der Betriebe gehört haben, werden mit [mir] sehr, sehr ernste Besorgnisse haben. Unsere Menschen sagen uns, wir haben Euch die Stimme gegeben, wir haben Euch unser Vertrauen geschenkt in der sicheren Überzeugung, daß Ihr das tut, was im Augenblick getan werden muß, nämlich den Einbau der breiten Volksschichten in den Staat als tragendes Element.

Wir haben uns gestern im Kreise von Gewerkschaftsfreunden und von Menschen der konfessionellen Arbeiterbewegung[28] noch einmal mit der ganzen Problematik auseinandergesetzt. Ich glaube, daß sich eine Brücke nach der anderen großen Gruppe nicht mehr schlagen läßt, wenigstens nicht zu einer großen Koalition. Wenn dann nur das zweite Übel, wie Dr. *Adenauer* gesagt hat, bleibt, dann müssen wir Garantien dafür haben, daß unsere Grundforderungen – und zwar sind es Grundforderungen der Menschen, die den ersten Stein zum Fundament unserer Bewegung gelegt haben –, die ich umreißen will mit dem Anspruch, daß unsere Sozialpolitik gegenüber unserer Flanke der FDP und was noch weiter davon rechts steht, durchgesetzt werden. Denken Sie an die Schwierigkeiten, wenn ich auch jetzt dem letzten Wunsch von Dr. *Adenauer* nicht entspreche, die uns nicht schlafen lassen. Die Leute kommen mit Ansprüchen. Sie wissen ganz genau, wenn diese Ansprüche nicht in einem für sie zufriedenstellenden Umfange realisiert werden, dann werden sie nicht mehr mittun. Dann werden wir zu einem unmöglichen Schritt gezwungen, den wir heute schon als nicht gangbar erkannt haben.

28 Bezieht sich auf die in Anm. 24 genannte Besprechung.

Denken wir daran, daß wir Faustpfänder haben müssen. Wir müssen, da wir nun einmal in der Optik des Volkes eine Rechtsregierung bekommen – ob das sachlich zutrifft, ist unerheblich, es sieht so aus –, schon in kürzester Zeit Taten aufweisen. Wir müssen an die Probleme herangehen, die von der Sozialdemokratie nicht in Angriff genommen worden sind. Ich denke dabei an die Neuordnung unserer Grundstoffindustrie. Dann kann es uns gelingen, daß wir den besonnenen Kreis der Menschen aus dem SPD-Lager herausbrechen, daß sie in eine Reinigungskur kommen, die wir im staatspolitischen Interesse alle dringend wünschen. Die Ausführungen Dr. *Adenauers* zur Wirtschaftspolitik sind nicht frei von Bedenken. Ich spreche es ganz freimütig aus, daß bei aller Anerkennung der Wirtschaftspolitik unter Ludwig *Erhard* wir aus der Arbeitnehmerschaft auch noch manche Sorge haben, und daß wir zuerst den Druck und den Widerstand da unten haben. Darum bitten wir Sie, wenn Sie Ihr Ja oder Nein sprechen, den Einbau der Arbeitnehmerschaft durch maßgebende Mitbestimmung in den zentralen, von uns zu bildenden Körperschaften auf der Bundes- und Landesebene sehr bald in Angriff zu nehmen. Wir bitten weiter, daß Sie mutig an die bis heute ungelösten Probleme der Vergesellschaftung gewisser Industrien herangehen. Wir wollen das jetzt zu Beginn klar aussprechen, damit nicht noch einmal jemand kommen kann und sagt, ich habe ja nicht gewußt, daß ihr das alles wollt. Doch, doch, das haben wir gewollt, das habe ich auch in den umstrittenen Bezirken von Nordrhein-Westfalen gesagt. Sprechen wir es darum in dieser Stunde ernsthaft aus; handeln wir danach, denn wenn wir die breiten Schichten unseres Volkes, die Arbeitnehmerschaft, nicht staatstragend in die neue Ordnung einbauen, dann ist es mit diesem Staat sehr schnell zu Ende. Deshalb ist dieser unser Anspruch unbedingt staatspolitisch vorausschauend. Tragen wir ihm Rechnung! Tun wir es! Setzen wir unser Ahlener Programm in die Tat um!

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Bucerius*.

Bucerius: Es ist richtig, daß durch viele Teile unseres Volkes, besonders durch diejenigen, die heute noch kein Verhältnis zu den Parteien gefunden haben, die Vorstellung geht, es müsse doch möglich sein, eine Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU herbeizuführen. Nach meiner Auffassung ist das ein politischer Irrtum. In der Wählerschaft in Hamburg, die in diesen Dingen vielleicht etwas präziser denkt und unter einem sozialistischen Regime die Formen einer sozialdemokratischen Herrschaft gesehen hat, sehen die Dinge wesentlich anders aus, obwohl ich persönlich Ihnen gerne sagen will, daß es mir ein Wunsch gewesen wäre, man könnte mit dieser anderen großen Partei in fachlichen Fragen auch sichtbar durch eine Koalition zusammenarbeiten. In Hamburg haben schon die bisher geführten Erörterungen über die Frage einer Koalition mit der SPD unserer Partei Schaden zugefügt.

Wir müssen es erleben, daß in Hamburg Herr *Hellwege*, der Führer der Deutschen Partei, auftritt und erklärt, er müsse von der CDU verlangen, daß sie eine konsequente Wirtschaftspolitik betreibe und nicht von dem Kurse *Erhards* abweiche.[29] Und das müssen wir uns sagen lassen, die wir im Wirtschaftsrat in erbittertem Widerstand gegen andere Parteien diese Wirtschaftspolitik unter großen Schwierigkeiten und mit großer Verantwortung durchgefochten haben. Es hat in der Frage der Verhandlung mit der SPD vielleicht unsere Parteileitung etwas zu große Härte gezeigt in den vergangenen 14 Tagen,

29 Rede *Hellweges* auf dem Landesparteitag der DP in Hamburg am 28. 8. 1949. Bericht der „Neuen Zeitung" vom 30. 8. 1949.

aber diese Härte war nach meiner Überzeugung hervorgerufen durch die absolute Unnachgiebigkeit der anderen Seite. Gegenüber solchen Unnachgiebigkeiten gibt es nach meiner Auffassung doch nur eine einzige Konsequenz: Sie würden die CDU in Hamburg endgültig ruinieren, wenn Sie eine Koalition mit der SPD eingingen. Die CDU Hamburg kann nur einen kleinen Teil dieser Körperschaft stellen, das Urteil mag deshalb für Sie nicht ausschlaggebend sein. Ich bin erschrocken über das, was Herr Dr. *Holzapfel* über die Haltung der Freien Demokraten im Wirtschaftsrat gesagt hat. Auch da habe ich als Hamburger einen abweichenden Standpunkt. In Hamburg haben wir eine Wahlgemeinschaft mit der FDP gehabt. Diese Gemeinschaft ist getragen worden von dem Vertrauen der gesamten CDU. Es ist nun einmal so, daß zum Teil durch historische Zufälle im Vorstand und im Landesausschuß der CDU in Hamburg der Arbeitnehmerflügel das größere und entscheidende Gewicht hat. Ohne ihn hätte eine Koalition mit den Freien Demokraten nicht stattfinden können. Ich schildere Ihnen die Stimmung des Arbeitnehmerflügels in Hamburg am besten dadurch, daß in der letzten Sitzung des Landesvorstandes gegen die Bedenken des anderen Flügels sehr deutlich und positiv die Arbeitnehmer verlangt haben, daß wir für den nächsten Wahlkampf in Hamburg eine Verabredung nicht nur mit der FDP, sondern auch mit den weiter davon rechtsstehenden Gruppen treffen sollen, um unter allen Umständen die sozialistische Herrschaft in Hamburg zu brechen. In keinem Lande außer Hamburg und Bremen haben wir erlebt, was eine Diktatur der Sozialdemokratie bedeutet. Wir haben es hinter uns, und unsere Wähler wollen davon nichts mehr wissen. Sie kompromittieren uns endgültig, wenn sie trotzdem mit der SPD eine Koalition eingehen wollen.

Herr Dr. *Holzapfel* muß richtiggestellt werden. Ich bin Vorsitzender des Lastenausgleichsausschusses und kann Ihnen deshalb aus erster Hand darüber berichten, wie die Verhandlungen zum Lastenausgleich gegangen sind.[30] Die Freien Demokraten haben beim ersten Lastenausgleichsgesetz starke Bedenken angemeldet gegen die nach ihrer Auffassung zu hohe Belastung des Grundbesitzes. Sie haben von einer Korrektur dieser Belastung ihre Zustimmung abhängig gemacht. Wir sind über die Auffassung unseres hochverehrten und leider nicht wieder erschienenen Dr. *Pferdmenges* – die auch von unserer Fraktion zu einem erheblichen Teil geteilt wurde – hinweggegangen. Auf Anregung des Länderrates, in dem zu 50 % die Sozialdemokraten vertreten sind, ist im endgültigen Lastenausgleich entsprechend der Anregungen der Freien Demokraten die Belastung des Grundbesitzes herabgesetzt worden. Man kann nicht gut sagen, daß die Haltung der Freien Demokraten nicht anständig gewesen wäre. Sie hat einen Standpunkt vertreten, hat an ihm festgehalten, und nachher hat das gesamte Haus einschließlich der Sozialdemokraten mit Ausnahme der Kommunisten diesen Standpunkt akzeptiert.[31]

Was die Sozialgesetze anbetrifft, so müssen wir uns vor Augen halten, daß die Bedenken der Freien Demokraten in vollem Umfange vom Länderrat geteilt worden sind. Es hat den Einspruch des Länderrates zur Folge gehabt, daß ein Teil dieser Sozialgesetze nicht über die Bühne hat gehen können.[32] Bitte erinnern Sie sich daran, daß im Länderrat die Sozialdemokraten ein erhebliches Kontingent stellen.

---

30 Bezieht sich auf obige Stellungnahme *Holzapfels*.

31 Zur Abstimmung im Wirtschaftsrat am 14. 12. 1948: Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, bearb. von Christoph Weisz und Hans Woller, München 1977, S. 1265.

32 Vgl. Hockerts, S. 99ff.

(Dr. *Adenauer*: Vielleicht hören Sie mal zu, Herr *Holzapfel*!

Dr. *Holzapfel*: Verzeihen Sie, Herr *Gronowski* hat mich soeben etwas gefragt!)

Wenn tatsächlich im Rheinland die Freien Demokraten den Wahlkampf in einer unanständigen Weise geführt haben sollen, was ich nicht beurteilen kann, muß man daraus Konsequenzen ziehen. Sie müssen aber auf Tatsachen beruhen und nicht auf einem angeblichen Verhalten der Freien Demokraten im Wirtschaftsrat; denn ich kann dieses angebliche Verhalten nicht bestätigen.

Unser Freund *Albers* hat völlig Recht, daß es darauf ankommt, daß wir in den nächsten vier Jahren das wirklich erwogene Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU durchsetzen. Er und seine Freunde haben hier Garantien verlangt. Ich wüßte eigentlich nicht, welche besseren Garantien es dafür gibt, daß wir dieses Wirtschaftsprogramm in die Tat umsetzen, als die Tatsache, daß wir in einer Verbindung mit den Freien Demokraten und möglicherweise der Deutschen Partei – gegen die ich persönlich übrigens viel stärkere Bedenken habe, weil sie in einer Art und Weise gegen uns gekämpft hat, über die ich schweigen will – das absolut ausschlaggebende Wort haben.

Ich würde nicht empfehlen, uns heute mit den Freien Demokraten wegen der Überführung des Kohlenbergbaues in Gemeinwirtschaft auseinanderzusetzen. Wir wollen uns nicht mit den Freien Demokraten fusionieren, sondern eine bestimmte und klare politische Zusammenarbeit herbeiführen. Wir haben die Handlungsfreiheit, den Demokraten zu sagen, das und das machen wir nicht mit. Die Frage, auf die es allein ankommt, ist die, ob Sie zu einem Ministerium[33], das Sie zu wählen haben und das Sie abberufen können, das Vertrauen haben, daß es aus einem Geiste heraus handeln wird, wie es unserem Programm entspricht. Haben Sie dieses Vertrauen, dann ist alles in Ordnung; haben Sie das Vertrauen nicht, dann nützen Ihnen alle Vereinbarungen nichts. Deshalb bin ich der Auffassung, daß die Zusammensetzung des Ministeriums der Punkt ist, an dem sich die Gemüter entzünden müssen. Weil es sich um politischen Einfluß handelt, muß im neuen Kabinett das Übergewicht der Partei, die wir vertreten, unter allen Umständen gewahrt bleiben, nicht nur deshalb, weil wir zahlenmäßig die stärksten sind, sondern auch, weil wir im Schnittpunkt stehen und die Balance zwischen rechts und links einigermaßen halten. Das kann weder die Sozialdemokratie, noch die Freie Demokratische Partei, auch nicht die Deutsche Partei. Diese beiden letzteren Parteien stehen immer am äußeren Flügel der Balance. Wir tragen die Verantwortung. Weitere Erörterungen hierüber halte ich nicht für zweckmäßig, weil wir selber noch nicht wissen, wie wir das von uns allen erstrebte Ziel eines Tages durchsetzen wollen. Wir kämen selbst in große Verlegenheit, wenn wir heute die Unterschrift der FDP oder der DP unter bestimmte Koalitionspunkte verlangen würden. Das muß sich aus der zukünftlichen Zusammenarbeit ergeben, und wir müssen es dem Kabinett und seiner zukünftigen Arbeit anvertrauen.

Dr. Adenauer: Ich darf vielleicht, da wir doch in die Frage hineingekommen sind, ob wir uns den Demokraten gegenüber behaupten können, folgendes sagen: Die Demokraten sind einverstanden damit, daß wir den Bundeskanzler stellen. Der stellvertretende Bundeskanzler tritt nur dann in Funktion, wenn der Bundeskanzler verhindert ist. Sie sind damit einverstanden, daß wir den Bundesminister des Innern stellen, daß wir den Finanzminister stellen, daß wir den Wirtschaftsminister stellen, daß der Arbeitsminister ein Mann aus den christlichen Arbeitnehmerkreisen wird (Bravo-Rufe!).

33 Gemeint ist das Kabinett.

Ich habe weiter dem Herrn *Blücher* gesagt, daß das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze die Grundlagen unserer Politik seien (Zurufe: Wunderbar!). Eine notarielle Urkunde kann man aber beim besten Willen nicht machen, wenn man eine Koalition schließt.

(*Lenz:* Sie wissen, was Koalition ist!)

Herr *Lenz*, Sie können zu allem etwas Negatives sagen, aber das eine glauben Sie mir, Herr *Lenz*, mit allem Verneinen erreichen Sie nicht soviel. Sie erreichen nur etwas mit Positivem.

Das Wort hat Herr *Gereke*.

Gereke: Wir haben vorhin von unserem Freund *Albers* gehört, wie schwer es ist, gerade die Arbeitnehmerkreise unserer Wähler davon zu überzeugen, daß wir in der künftigen Bundesregierung die von uns propagierten, dem Ahlener Programm entsprechenden Dinge durchzusetzen in der Lage sind. Auch bei den Flüchtlingen, von denen heute noch nicht die Rede gewesen ist, ist es ungeheuer schwierig, sie in stärkerem Maße an uns heranzuziehen. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, daß ganz wenige Programmpunkte aufgestellt werden, die wir als die größte Partei – die dazu das Recht hat und sich in meinen Augen gar nichts damit vergibt – denjenigen Parteien mitteilen, die unserer Überzeugung nach staatsbejahend sind. Dazu gehört allerdings auch die SPD. Ich würde dieses Programm beschränken auf drei Punkte: 1. daß wir unter allen Umständen an unserer Frankfurter Wirtschaftspolitik festzuhalten bereit sind, 2. daß wir das Ahlener Programm durchführen wollen und 3. daß wir die Grundsätze dafür aufstellen, wie wir den Vertriebenen helfen können. Dabei wird sich die erste Frage in der Hauptsache an die SPD richten, die zweite sehr stark an die FDP und die dritte vornehmlich an die DP. Wenn wir so vorgehen, dann erleichtern wir uns die Situation bei der Auseinandersetzung mit der SPD. Die SPD wird sich nicht zur Fortführung der Frankfurter Wirtschaftspolitik bekennen. Das müssen wir annehmen. Aber dann trägt sie die Schuld daran, daß sie sich absentiert hat, und wir haben gegenüber unseren Freunden draußen im Lande um so mehr das Recht zu sagen, wir werden diesen Weg beschreiten und weitergehen.

Bei der dann voraussichtlich erfolgenden sog. kleinen Koalition habe ich aber – ich will nicht schwarzmalen – die weit größere Sorge, daß namentlich die Kreise der Nationaldemokraten, die von Hessen belebend nun in die Fraktion der FDP gekommen sind[34], der FDP ein Gepräge geben könnten, was viel mehr die Zusammenarbeit erschweren würde als mit der DP. Sie hat sich zwar in Hamburg, Schleswig-Holstein und in Niedersachsen – ich bin besonders von ihr beschimpft worden – manches geleistet, aber wenn Sie daran denken, daß die Masse dieser Wähler niedersächsische Bauern sind, dann bin ich überzeugt, daß von dieser Seite gegen die von uns gewünschte Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik viel weniger Einwendungen gemacht werden als von ganz bestimmten Kreisen der FDP, die noch in einem Liberalismus leben und das auch betont immer wieder zum Ausdruck bringen.

Wenn Sie gar keine Verhandlungen mit der SPD wünschen, dann bin ich dennoch der Ansicht, daß man in zwei Punkten mit ihr sprechen müßte, nämlich wegen der Wahl des Bundestagspräsidenten und des Bundespräsidenten. Ich würde allerdings der Ansicht sein, daß es sehr gut wäre, wenn der Bundespräsident nicht nur mit wenig Stimmen Mehrheit, sondern auf einer möglichst breiten Plattform gewählt werden könnte. Ich

34 Zur hessischen FDP die Nrn. 2 und 22.

würde es weiter für sehr glücklich ansehen, wenn er nicht ein ausgesprochener Repräsentant einer Partei wäre. Nach meiner Ansicht kann es gar nicht in Frage kommen, daß man dem offiziellen Parteivorsitzenden der drittstärksten Partei, nämlich Herrn *Heuss*, der uns kulturell auch nicht paßt, nunmehr das Amt des Bundespräsidenten geben soll, sondern ich glaube, wenn wir schon den Mut haben, die Verantwortung für die Geschikke des deutschen Vaterlandes zu übernehmen, dann sollten wir auch diesen repräsentativ wichtigsten Posten mit einem uns besonders nahestehenden Mann betrauen. Ich würde es für besonders gut halten, wenn er auch ein Repräsentant der Gesamtheit Deutschlands wäre und möglichst auch eine Resonanz hätte bei den 12 Millionen Vertriebenen, die wir bei diesen Dingen nicht vergessen wollen. Wir haben wenig Freude gehabt, weil unabhängige Flüchtlingskandidaten aufgestellt worden sind, die uns manche Stimmen weggenommen haben.[35] Ich halte es für eine Aufgabe, daß wir nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die zu den unabhängigen Flüchtlingskandidaten abgesprungenen Leute heranziehen müssen. Das werden wir um so eher tun können, wenn wir einen solchen Repräsentanten ganz Deutschlands hätten und wenn wir ihn aussuchen könnten nach Besprechung mit der SPD.

(Dr. *Adenauer*: Wen denn, *Hermes* oder *Nadolny*?)

Wenn Sie sonst schon keinen Vorschlag haben wollen, in der Frage des Bundespräsidenten würde ich es für notwendig halten, einen solchen Vorschlag zumindest zu versuchen. Ich bin überzeugt, daß es gelingen könnte, wenn man nur will.

Dr. Adenauer: Ich weiß nicht, auf wen sich Ihr letzter Satz bezieht, Herr *Gereke:* Wenn man nur will. Bezieht der sich auf die SPD oder auf uns?

(*Gereke*: Wieso?)

Sie haben gesagt: Ich bin überzeugt, daß es gelingen könnte, wenn man nur will.

(*Gereke:* Wenn die SPD will, wird sie das tun!)

Ich wollte nur klarstellen, daß Sie nicht uns damit gemeint haben. Ich gehe auf die Ausführungen des Herrn *Gereke* wegen des Bundespräsidenten nicht ein. Wir werden darüber gesondert sprechen müssen, aber ich wende mich mit aller Entschiedenheit gegen seine Auffassung, daß wir uns vor unseren Wählern und dem deutschen Volke entschuldigen müssen, weil die SPD nicht mitmacht. (Starker Beifall!)

Das ist ein Standpunkt, den ich niemals zu dem meinigen machen kann. Wir haben es nicht nötig, uns ein Alibi zu verschaffen. Wir sind die siegende Partei. Sie haben wörtlich gesagt: Wir müssen feststellen, daß es ihre Schuld ist, wenn sie sich absentiert. Sie haben weiter ausgeführt, wir müssen uns eine Entschuldigung schaffen. Nein, wir haben nicht nötig, uns eine Entschuldigung zu schaffen, wir sind die stärkste Partei und die stärkste Fraktion. Die Sozialdemokratie hat uns fortgesetzt derartig um die Ohren gehauen und sofort nach der Wahl erklärt: Wenn die Frankfurter Wirtschaftspolitik bleibt, dann machen wir unter keinen Umständen mit. Wir haben es also wahrhaftig nicht mehr nötig, uns jetzt noch eine Entschuldigung zu suchen. Ich will Ihnen nur den Eingang der 16 Punkte verlesen, der in vielen Zeitungen gar nicht abgedruckt worden ist. Sie hat gesagt, daß die bisherige Wirtschaftspolitik die deutsche Arbeitskraft ruiniere, daß sie die Spannungen zwischen den Klassen steigere, die staatsbildenden Kräfte lähme und die deutsche Demokratie zerstöre.[36] Das ist das Urteil der Sozialdemokratie über unsere Frank-

35 Vgl. Nr. 20.

36 Vgl. Nr. 42.

furter Wirtschaftspolitik. Und da sollen wir noch hingehen und versuchen, von ihr einen Korb zu bekommen, damit wir vor der deutschen Öffentlichkeit nicht als diejenigen dastehen, die keine Koalition mit der Sozialdemokratie gewollt haben? Ich muß Ihnen sagen, das widerstrebt dem primitivsten Ehrbegriff, daß wir jetzt an die SPD herantreten sollen, damit sie nein sagt, nachdem uns derartige Angriffe noch vorgestern von der Sozialdemokratie in einer hochoffiziellen Kundgebung gemacht worden sind.

Das Wort hat der Herr *von Brentano*.

Dr. v. Brentano: Ich glaube, daß wir in der grundsätzlichen Frage im Augenblick dabei sind, Eulen nach Athen zu tragen. Die wirklich beispiellose Intransigenz der sozialdemokratischen Führung und die Art, wie diese Partei einen totalitären Anspruch anmeldet, hat uns, wie ich glaube, wirklich gewisser Entscheidungen enthoben. Ich entnehme aus alledem, was hier gesagt worden ist, daß wir in dieser Frage grundsätzlich einig sind, wobei ich die andere Frage, ob man nach dem parlamentarischen Brauch in irgendeiner Weise in ein Gespräch oder in einen Schriftwechsel mit der SPD kommen soll, nicht erörtern möchte. Ich möchte anknüpfen an das, was Herr *Holzapfel* sagte. Ich hatte durchaus nicht den Eindruck, daß aus den Ausführungen von Dr. *Holzapfel* irgendein Kleinmut herauszuhören war, sondern eine ernste Sorge vor der Koalition schlechthin, die auch Sie, Herr Dr. *Adenauer*, mit Recht als ein Übel bezeichnet haben. Die gleiche Sorge höre ich aus den Ausführungen von *Albers* und *Lenz*. Ich teile allerdings nicht den Standpunkt, den uns Kollege *Bucerius* vorgetragen und den Sie, Herr Dr. *Adenauer*, sich zu eigen gemacht haben. Selbstverständlich können wir nicht in Form eines notariellen Protokolls die Grundlagen für eine Koalitionspolitik festlegen.

Wenn wir die Frage stellen – und das ist die entscheidende politische Frage, vor der wir stehen –, mit wem wir koalieren, können wir sie nicht trennen von der zweiten Frage, auf welcher Basis wir koalieren. Selbstverständlich wird es nicht möglich sein, alle Punkte erschöpfend aufzuführen. Ich möchte nicht einmal so weit gehen wie unser Freund *Gereke*, der einige Punkte angeschnitten hat, aber ich glaube, darüber sollten wir uns hier im Kreise der Fraktion doch einmal Klarheit verschaffen: Wenn wir die Frage beantworten, mit wem gehen wir, dann müssen wir auch gleichzeitig die Frage beantworten, welchen Weg gehen wir. Ich glaube, das ist auch keine Zumutung, wenn wir als die stärkste Partei, die in der Koalition mit zwei Drittel der Stimmen vertreten sein wird, an unsere Partner herantreten und sagen, wir sind bereit, das Koalitionsgespräch zu führen, aber wir müssen, wenn wir die Entscheidung fällen, daß wir mit euch gehen, uns darüber klar sein, welchen Weg seid ihr bereit, mit uns zu gehen. Und da teile ich allerdings auch die Auffassung, die unsere Freunde *Albers* und *Lenz* vorgetragen haben. Ich glaube, daß wir diese Frage deswegen stellen müssen, weil wir mit der Feststellung, welche Koalition wir eingehen, auch unseren Wählern sagen müssen, warum wir das tun und was wir uns von dieser Koalition versprechen.

Ich würde es persönlich zumindest für bedenklich halten, wenn wir heute durch einen Beschluß, der nur dahin ginge, wir koalieren mit dem und dem, für die Politik im künftigen Bundestag und im künftigen deutschen Bund einen Blancowechsel ausschreiben würden. Deswegen bitte ich, die Frage zu prüfen, ob wir nicht unter Zurückstellung zunächst der Frage, mit wem wir gehen müssen, die zweite Frage behandeln sollten, auf welche Punkte müssen wir bei den Koalitionsbesprechungen uns mit unserem Partner zu einigen versuchen. Ich gebe zu, daß das, was Sie, Herr Dr. *Adenauer*, gerade über die evtl. Verteilung der Kabinettsmitglieder gesagt haben, sicherlich einem großen Teil von

uns bereits gewisse Befürchtungen nimmt. Ich sehe daraus, daß man in den vorbereitenden Besprechungen immerhin schon so weit gekommen ist, daß das Schwergewicht der politischen Entscheidungen, auf die wir Wert legen müssen, in den Ressorts, in denen sie bearbeitet werden müssen, von Menschen unserer Partei und unserer Richtung bearbeitet werden. Das nimmt uns sicherlich viele Sorgen, aber das enthebt uns nicht der grundsätzlichen Aufgabe, uns darüber zu verständigen, auf welcher Basis wir koalieren wollen.

Dr. Adenauer: Ich denke mir den Ausgang heute nicht so, daß wir beschließen: Wir schließen eine Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei, sondern Sie nehmen Kenntnis und geben uns die Vollmacht, in dem Sinne weiterzuarbeiten. Zu den sachlichen Ausführungen des Herrn *v. Brentano* möchte ich ergänzend bemerken, daß ich dem Herrn *Blücher* gesagt habe: Unsere Forderungen sind: Frankfurter Wirtschaftspolitik. Darüber sind wir uns einig. Soziale Leistungen bis zum Äußersten, insbesondere stärkste Forcierung des Wohnungsbaues. Auch damit sind sie einverstanden. Ich habe ihm weiter gesagt: Ahlener Programm und Düsseldorfer Leitsätze. Ich habe dem Herrn *Hellwege* das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze übermittelt. Ich werde morgen Herrn *Hellwege* sehen. Ich bitte Sie, daraus zu entnehmen, daß bei den vorerst völlig unverbindlichen Besprechungen nicht nur über die Verteilung der Ministerien gesprochen worden ist, sondern auch über das sachliche Fundament einer gemeinsamen Arbeit, und zwar in unserem Sinne, meine Freunde.

Das Wort hat Herr Staatsrat *Schäffer.*

Staatsrat Schäffer: Ich glaube, daß es besser ist, wenn wir jetzt nur über die Frage der kleinen Koalition sprechen. Die CSU hat die Erklärung abgeben müssen, daß sie eine Verhandlung über eine große Koalition nicht wünscht, da sie aus ihren inneren Verhältnissen heraus eine Koalitionsbildung mit der SPD zur Zeit nicht für möglich hält.[37] Wir haben im Wahlkampf gegen die SPD gekämpft, weil sie kultur-, sozial- und auch staatspolitisch in der Frage des Zentralismus unser Gegner ist. Es würde von unseren Wählern nicht verstanden, wenn wir Verhandlungen mit dieser Partei über eine Koalition aufnähmen, zumal in dem Augenblick, wo diese Partei neue Leitsätze herausgibt[38], in denen sie uns in keiner Weise entgegenkommt, sondern diese Punkte noch verschärft. Ich wünsche und kann das im Namen aller meiner Freunde erklären, daß wir mit Ihnen in vollem Vertrauen zusammenarbeiten, aber wenn Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufgenommen würden, dann wären wir bei unserer Situation wahrscheinlich gezwungen, Ihnen zu erklären, daß diese Verhandlungen ohne unseren Willen geführt werden. Das würde in der Öffentlichkeit als eine Meinungsverschiedenheit gedeutet werden. Ich bitte Sie, uns nicht in diese Situation zu bringen. Wir wollen in der Öffentlichkeit als ein Block und eine Gemeinschaft gelten.

Die gesunde Sozialpolitik ist kein Monopol der Sozialdemokraten. Wir haben es deshalb nicht nötig, wenn wir gesunde Sozialpolitik treiben wollen, uns an die Sozialdemokratie zu wenden. Wir können das aus eigenem Willen und aus eigener Kraft tun. (Beifall!) Ich glaube, daß wir deswegen, nachdem Dr. *Schumacher* die neuen Erklärungen in Dürkheim abgegeben hat, am besten unser Verhandlungsbüro beauftragen, die Verhandlungen mit der anderen Seite weiterzuführen und Beziehungen mit der SPD nicht aufzunehmen.

---

37 Vgl. Anm. 11. Zur schwierigen Lage der CSU ausführlich Nr. 16.

38 Bezieht sich auf die Dürkheimer Punkte, vgl. Nr. 42.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Frau Dr. *Weber.*

Frau Dr. Weber: Ich habe eine Einladung nach der Schweiz abgelehnt, weil ich mir sagte, die Zeit ist so wichtig, daß jetzt Verhandlungen stattfinden werden in kleineren Gremien, wozu man wahrscheinlich nach dem großen und siegreichen Wahlkampf, den die Frauen vor allem geführt haben, auch mal eine Frau hinzuzieht. Aber ich muß hier erklären, in allen Vorbesprechungen von Rhöndorf bis heute ist keine einzige Frau der CDU/CSU hinzugezogen worden. Das ist die Antwort auf das, was wir geleistet haben. Die ganze Fraktion der CDU/CSU soll es wissen, daß die anderen Herren, die bei den Vorbesprechungen anwesend waren, hätten sagen können, es entspricht nicht der Objektivität, keine einzige Frau hinzuzuziehen.

Zu den Fragen von heute bin ich der Meinung, daß es sich nicht um die eine oder andere Partei handelt, sondern um das Schicksal Deutschlands. Für das deutsche Interesse können wir keine andere wirtschaftspolitische Linie eingehen, wie sie bisher der Wirtschaftsrat geführt hat. Wir müssen für Deutschland das tun, was nötig ist.

Zur FDP möchte ich noch folgendes sagen: Die FDP ist sehr unzuverlässig. Wir sind im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates bei den Ehe- und Familienfragen und in den Schulfragen nachher wohl Verbindlichkeiten eingegangen. In der Schulfrage hat schließlich auch die Sozialdemokratie zugestimmt.[39] Beim Konkordat und bei anderen Fragen war aber die FDP widerwärtig bis zum äußersten.[40] Ich weiß, daß die Schulfrage im Bundestag keine erhebliche Rolle spielt, da das Schwergewicht bei den Ländern liegt, aber wir haben den Rundfunk und andere kulturelle Fragen zu bearbeiten. Und hier müssen wir sehr aufpassen bei der FDP. Wir trauen ihr in kulturpolitischen Fragen nicht. Zusammenfassend möchte ich sagen, wir müssen eine Realpolitik treiben, so wie sie heute für Deutschland nötig ist.

Dr. Adenauer: Wenn man einen Fehler begangen hat, soll man ihn offen eingestehen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß wir einen Fehler gemacht haben. Wir hätten eine Frau mit nach Rhöndorf mit hinzuziehen sollen.

(Frau Dr. *Weber:* Hoffentlich, Herr Dr. *Adenauer*, sind Sie auch zerknirscht!) – Heiterkeit! –

Das Wort hat Herr *Bausch.*

Bausch: Ich spreche hier als Vertreter des evangelischen Teils der CDU. Wir stehen nun an einem für unsere Politik entscheidenden Zeitabschnitt. Für uns vom evangelischen Volksteil ist es nicht leicht, diese Entscheidungen jetzt zu fällen. Der deutsche Protestantismus hat in der Vergangenheit in seiner politischen Haltung große und entscheidende Fehler gemacht. Wir haben die brennende Sehnsucht, daß unseren evangelischen Glaubensgenossen politisch ein guter Weg gezeigt wird. Es soll ein Weg sein, den wir mit vollem und mit ganzem Herzen gehen können. Wir wollen ihn mit Mut, Tatkraft, Entschlossenheit und Selbstvertrauen gehen. Ich möchte jetzt einen politischen Weg gehen, für

---

39 Zur Genesis des Artikels 7 des GG Entstehungsgeschichte, S. 101ff.

40 Zur Haltung der FDP in der Konkordatsfrage im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates vgl. die Stellungnahmen *Höpker Aschoffs* in der 39. Sitzung am 14. 1. 1949, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49, S. 490f. Vgl. Alexander Hollerbach, Zur Entstehungsgeschichte der staatskirchenrechtlichen Artikel des Grundgesetzes, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 373f.

den ich Kopf und Kragen riskieren und für den ich die ganze deutsche Jugend aufrufen kann, ihn mitzugehen, für den ich aber auch das ganze deutsche Volk ansprechen kann.

Die Sache mit der SPD hat zwei Seiten. Wenn Herr Dr. *Schumacher* und seine Partei versuchen, uns durch Terror und Gewalt unter Druck zu setzen, dann dürfen wir unter keinen Umständen eine schwache Stelle zeigen. Wir dürfen aber zweitens, und das ist die andere Seite, uns auch nicht verbittern lassen. Wir dürfen uns nicht auf die gleiche Ebene zwingen lassen, auf der Dr. *Schumacher* steht, sonst sind wir verkauft.

Ich sage jetzt ein Wort, wobei ich bitte, nicht mißverstanden zu werden. Wir müssen versuchen, das Böse mit Gutem zu vergelten. Wir müssen versuchen, den schlechten Ton durch einen guten zu ersetzen. Das bitte ich politisch zu verstehen. Ich glaube, daß das auch politisch von einer unerhörten Bedeutung ist, daß wir jetzt die richtige Tonart in der Auseinandersetzung mit der Opposition finden. Ich bin der Meinung, daß das die beste Politik ist, die wir machen können, wenn wir jetzt versuchen, die besten Kräfte im anderen Lager politisch anzusprechen durch einen ganz neuen Ton, durch eine ganz neue Politik, um sie für uns zu gewinnen und im Herzen zu erobern, für den guten Weg, den wir gehen wollen.

Ich glaube, hier liegt das Geheimnis. Wenn uns dies gelingt, dann würde die CDU die Stoßkraft bekommen, die wir alle ersehnen. Wir haben das im Wahlkampf ausprobiert. Wir haben in einigen Wahlkreisen ein Experiment gemacht. Wir haben versucht, überhaupt nicht gegen etwas zu kämpfen. Wir haben uns mit der SPD überhaupt nicht befaßt, sondern nur sachlich über politische Probleme gesprochen und haben eindeutig und klar den politischen und wirtschaftspolitischen Kurs der CDU vertreten. In allen Wahlkreisen, in denen wir diesen Weg gegangen sind, hatten wir die besten Erfolge und haben tausende und abertausende von Stimmen hinzubekommen. Nach diesem Rezept, so schwebt es mir vor, müssen wir hier im Bundestag handeln. Wenn wir diesen Weg gehen, wobei man auch der Leute gedenkt, die auf der Schattenseite leben, an unsere Jugend, an unsere Flüchtlinge, dann werden wir das Echo in breiten Teilen des deutschen Volkes haben.

Wir müssen bereit sein, uns immer wieder korrigieren zu lassen. Das Bußgewand ist keine Schande für den Christen, sondern eine Zierde. Geben wir zu, daß wir im Wahlkampf Fehler gemacht haben. Es würde der CDU sehr gut anstehen, wenn wir gerade zu Beginn dieses Weges frei und offen sagen würden, daß Mißgriffe gemacht wurden, die wir bedauern.

Ich würde es für gut halten[41], gerade aus den Gründen, die ich angeführt habe, wenn wir nun unsere Entschlüsse über die Koalitionsbildung fassen, vorher den Versuch zu machen, auch vor der breiten Öffentlichkeit die guten Leute der Sozialdemokraten irgendwie anzusprechen. Wir sollten einen Weg finden. Man könnte daran denken, eine Kundgebung zu machen oder einen Brief zu schreiben. Man müßte irgendeine Art von Willenskundgebung herausbringen, durch die diese Leute angesprochen und dazu aufgefordert werden, mit uns zusammenzuarbeiten, wenn nicht in der Regierung, dann in der Opposition. Ich kann mir sehr gut eine Zusammenarbeit mit den guten Teilen der Sozialdemokratie denken, auch wenn sie in Opposition stehen.

Dr. Adenauer: Wenn wir die Regierung zusammen mit anderen übernehmen, dann ist es nach meiner Meinung eine Selbstverständlichkeit, daß eine neue Phase gegenüber der

41 In der Vorlage: „Ich würde es nicht für gut halten."

Sozialdemokratie beginnt, und daß wir dann nicht etwa, um mit Ihren Worten zu sprechen, einfach Böses mit Bösem vergelten, sondern daß wir die guten Kräfte in der Sozialdemokratie sowohl durch unsere Haltung als auch durch die Art unserer Sprache ansprechen; denn ich habe die Hoffnung, daß schließlich doch noch, auch in der Sozialdemokratischen Partei und vielleicht auch in der Fraktion sich Kräfte ergeben, die sich zur Wehr setzen gegenüber dem Terror, der jetzt da geübt wird.

Aber, Herr *Bausch*, so sehr ich in der Sache mit Ihnen übereinstimme, so glaube ich, daß man den Zeitpunkt sehr gut wählen muß, und daß auch ein gutgemeintes Wort, wenn es einfach verhallt, schädlich ist. Das müssen wir der weiteren Entwicklung überlassen. Es lag mir nur daran festzulegen, daß, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition geht, wir uns nicht dadurch zwingen lassen, uns immer hart auf hart mit ihr herumzuschlagen.

Das Wort hat Herr *Feldmann*.

Feldmann: Ich bin der Auffassung, daß wir mit der Herauslösung einzelner Fragen aus ihrem Gesamtzusammenhang die Frage einer zweckmäßigen oder unzweckmäßigen Koalition nicht lösen können, ganz abgesehen davon, daß wir uns über eine Frage unterhalten, die praktisch bereits gelöst ist, da ja die SPD durch ihr kategorisches Verlangen des Wirtschaftskurses, dem wir kraft unseres politischen Auftrages nicht folgen können, ohnedies von sich aus die Verbindung bereits gelöst hat.

Wir sind jetzt dabei, zum zweiten Male in Deutschland einen demokratischen Staat aufzubauen. Zwischen dem ersten und zweiten Staat liegen Ereignisse, die nicht nur das Angesicht der Erde verändert, sondern die auch den ganzen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang der Welt zerrissen haben. Das Gesicht des neuen Staates muß wirklich einer Zukunft zugewandt sein, die auch äußerlich bestätigt, daß wir uns der großen Aufgaben der kommenden Tage gewiß sind. Die Regierungsbildung, die uns nach meinem Dafürhalten möglich ist, enthält nicht nur Züge, die der Zukunft zugewandt sind, sondern die mindestens zum großen Teil mit sehr bösen Reminiszenzen aus der Vergangenheit behaftet ist. Wir werden das aber nicht ändern können, da wir uns über eine Frage unterhalten, in der wir nach meinem Dafürhalten gar nicht mehr frei sind, sondern die bereits durch die praktischen Ereignisse überholt ist. Wenn man überhaupt die politische Zeit verstehen und die großen Aufgaben lösen will, die nicht nur unserem Volk aus innerpolitischen Notwendigkeiten, sondern auch mit Rücksicht auf die zwingenden Postulate des Zusammenwohnens der Menschen überhaupt gesetzt sind, dann muß jede deutsche Regierung eine Generalaufgabe erfüllen, nämlich die große Masse der Werktätigen und der Entwurzelten in die Gemeinschaft des Staates hinzuführen, damit diese große Masse den demokratischen Staat auch als ihren Staat ansieht. Ich habe den Eindruck, daß wir das durch eine Koalition nicht mehr erreichen. Wir können es aber mildern durch eine richtige, kluge und zweckmäßige Lösung der Personalfrage. Wir sind bei der ganzen Besprechung innerhalb der letzten eineinhalb Stunden nicht mehr vorwärtsgekommen. Auf der einen Seite scheint eine Lösung mit der SPD unmöglich zu sein. Auf der anderen Seite haben wir gewisse Bedenken bei der FDP hinsichtlich ihrer sozialen Grundhaltung, vielleicht auch hinsichtlich ihrer nationalen Liebäugelei. Da wir die Frage durch eine Koalition nicht lösen können und sie durch die zwischenzeitliche politische Entwicklung bereits eindeutig abgegrenzt ist, haben wir lediglich die Möglichkeit, durch eine kluge Regelung der Personalangelegenheit hier vorwärtszukommen.

Wichtiger als alles andere im demokratischen Staat ist die Macht und Bedeutung der menschlichen Persönlichkeit. Dr. *Adenauer* und Dr. *Erhard* sind ja Beweise für die Rich-

tigkeit meiner Behauptung. Damit wir vorwärts kommen, sollten wir uns jetzt der Personalauslese zuwenden, damit wir durch diese Personalauslese dem nicht ganz demokratisch glaubwürdigen Gesicht der zweiten deutschen Demokratie etwas freundlichere Züge verleihen. Ich würde vorschlagen, daß wir nunmehr durch die Nennung derjenigen Personen, die in Frage kämen, zur endgültigen Lösung der Frage kommen.

Dr. Adenauer: Ich halte es für ganz unmöglich, in einem Kreise von 140 Personen über die einzelnen Ministerposten usw. zu sprechen. Was wir noch besprechen müssen, ist die von Dr. *Holzapfel* angeregte Frage Bundespräsident – Bundeskanzler. Im übrigen werden wir einen Vorstand der Fraktion wählen müssen, mit dem in kleinerem Kreis weitergesprochen wird, wenn die Verhandlungen im Gange sind.

Das Wort hat Herr Dr. *Schröder*.

Dr. Schröder: Das Wesentliche, was gesagt worden ist, scheint das zu sein, was Dr. *Adenauer* in einem Satz herausstellte, daß es bei uns in dieser Situation auf eine einzige Sache ankomme, nämlich den Mut und den Glauben an uns selbst zu haben. Die Entscheidung des Wahlkampfes ergab eine klare Verantwortung für diejenigen, die die Frankfurter Wirtschaftspolitik in erster Linie zu verantworten haben. Es folgt daraus, daß wir den Mut haben müssen, uns klipp und klar dazu [zu] bekennen, daß die einen regieren und die anderen in der Opposition sind. Es war in diesem Wahlkampf etwas ganz Neues, daß nämlich hier eine Partei stand, die in eineinhalb Jahren eine bestimmte Politik gemacht und dann vor die Wählerschaft hingetreten ist und sie aufgefordert hat, ja oder nein zu sagen. Es ist ja gesagt worden. Dadurch haben wir die Verpflichtung, diese Politik mit allen Kräften fortzusetzen.

Ich bin der Meinung, die CDU hat die Regierung zu bilden. Sie hat die Verantwortung so weit wie möglich auf sich zu konzentrieren. Entweder trägt diese Regierung unser Gesicht, oder wir werden nach diesen vier Jahren eine große Enttäuschung erleben. Man hat hier ausgesprochen, daß wir mit der SPD in eine Koalition gehen wollen. Die Wahl hat eindeutig gegen die SPD entschieden. Wir fangen jetzt an, diesen neuen Staat zu begründen. Da ist es unbedingt erforderlich, daß wir klarstellen, daß dieser Staat nicht etwa reicht von der CDU/CSU bis zur Deutschen Rechtspartei, sondern daß dieser Staat zu reichen hat von der SPD bis irgendwohin, wo Sie die Grenze ziehen mögen. Wir haben sehr ernsthaft überlegt, wie unsere Haltung gegenüber der SPD sein muß. Es liegt an uns, gegenüber der SPD eine konstruktive Politik zu betreiben, die an die Kräfte appelliert, die sich innerhalb der SPD in den letzten Jahren nicht haben durchsetzen können.

Ich bitte, sehr ernsthaft zu überlegen, ob nicht eine Möglichkeit besteht, in der Person des Bundespräsidenten irgendeine Art von Verklammerung zu finden. Unsere Wähler haben ein sehr gutes Verständnis dafür, daß es ein großer und breiter Staat ist. Es scheint mir unerläßlich zu sein, daß wir wenigstens den ehrlichen Versuch machen, ganz gleichgültig auf welche Resonanz er stößt, zu demonstrieren, daß wir in irgendeiner Weise alle in den Staat, nicht aber in die Regierung hineinnehmen.

Dr. Adenauer: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr *Hilbert*.

Hilbert: Das Für und Wider ist genügend von allen Seiten erörtert worden. Ich beantrage deshalb Schluß der Debatte. Ich möchte folgende Entschließung vorschlagen, die ich bitte anzunehmen:

Die Fraktion billigt die Erklärungen von Dr. *Adenauer* über die bisher unverbindlich geführten Verhandlungen mit anderen Parteien. Sie beauftragt den Fraktionsvorstand,

diese Koalitionsverhandlungen im Sinne der Erklärungen Dr. *Adenauers* weiterzuführen.

Dr. Adenauer: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Dr. *Kather.*

Dr. Kather: Der Herr Vorredner hat seinen Antrag damit begründet, daß alle Gruppen zu Wort gekommen seien. Es hat noch niemand für die Vertriebenen gesprochen. Ich möchte bitten, daß mir das Wort nicht entzogen wird.

(*Hilbert:* Ich erweitere meinen Antrag dahingehend, daß Dr. *Kather* seine Ausführungen über die Flüchtlinge noch vortragen kann. Aber dann bitte ich, den Geschäftsordnungsantrag zu beschließen.)

Dr. Adenauer: Herr *Gereke* ist ja auch schließlich Flüchtling und hat gesprochen. Wenn wir jetzt eine Ausnahme machen, dann stehe ich auf dem Standpunkt, müssen wir auch die Herren Dr. *Hilpert* und *Storch* noch hören. Ich schlage vor, wir hören noch die Herren *Kather, Hilpert* und *Storch* und geben jedem eine Redezeit von fünf Minuten. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung!) Dann hat das Wort Herr Dr. *Kather.*

Dr. Kather: Als Sprecher der Heimatvertriebenen möchte ich zum Ausdruck bringen, daß auf dieser Seite ein entscheidendes Interesse an einer großen Koalition nicht besteht. Die Flüchtlinge sind im allgemeinen parteimüde, aber ich habe im Wahlkampf, wobei ich nur in Flüchtlingskundgebungen gesprochen habe, feststellen können, daß eine besonders starke Aversion gegen die Sozialdemokratie besteht, besonders in Schleswig-Holstein; denn Hamburg ist nicht das einzige Land, das unter einer SPD-Diktatur steht. Die Flüchtlinge haben sachliche Anliegen. Sie werden der Partei Gefolgschaft leisten, die ihre Anliegen fördert, die seit vier Jahren ja nicht entscheidend weitergekommen sind.

Es ist heute zum Ausdruck gekommen, daß es notwendig ist, die Jugend, die Arbeitnehmer und die Frauen zu berücksichtigen. Ich glaube, daß die Not der Vertriebenen nicht minder groß ist. Es sind von 10,8 Millionen Flüchtlingen annähernd sechs Millionen wahlberechtigt. Sie erkennen an der Zahl, um welchen Faktor erster Ordnung es sich hier handelt. Wir stehen vor der Tatsache, daß eine Million Flüchtlingsstimmen unter den Tisch gefallen sind, die an Unabhängige gegeben wurden.[42] Wäre diese Million zu uns gestoßen, dann wäre es gar nicht nötig, sich über die DP usw. den Kopf zu zerbrechen. Eine andere Million ist gegangen an die FDP, DP, WAV und Deutsche Rechtspartei. Wenn die FDP sich so gut gehalten hat, so sind das Flüchtlingsstimmen. Von der DP gilt das in gleichem Maße.

Herr *Dörpinghaus* hat gestern erklärt[43], daß die unabhängigen Kandidaten schon zusammengekommen sind. Wir werden uns nur durchsetzen können, wenn wir beweisen, daß die Partei in sachlicher Beziehung etwas zu leisten hat. Unter den Ministerien, die Herr Dr. *Adenauer* nannte, wurde das Flüchtlingsministerium nicht genannt. Die DP hat verkündet, es müsse ein Unabhängiger sein.[44] Von der FDP sind Versuchsballone herausgegangen.[45] Die Parteien haben erkannt, daß hier von der Besetzung des Ministeriums Flüchtlingsstimmen abhängen werden. Es ist unsere Forderung, daß das Flücht-

42 So schon *Kather* in Nr. 20.

43 Nr. 44.

44 Vgl. Nr. 29.

45 Vgl. Nr. 20, Anm. 6.

lingsministerium nicht aus der Hand gegeben und mit einem Heimatvertriebenen besetzt wird.[46]

Dr. Adenauer: Ich möchte Herrn Dr. *Kather* erwidern, daß Herr *Blücher* mit der Besetzung des Flüchtlingsministeriums durch einen von uns einverstanden ist.[47] Ich möchte auch noch gegenüber Anfragen, die aus dem Kreise der Versammlung laut geworden sind, feststellen, daß die FDP das Landwirtschaftsministerium nicht für sich beansprucht.

Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert.*

Dr. Hilpert: Wir leiden zweifellos unter der Persönlichkeit des Herrn Dr. *Schumacher.* Ich möchte demzufolge folgendes erklären: Ich schließe mich dieser Erklärung, die vorgelesen worden ist, an. Das, was die Herren *Lenz, Albers*, Dr. *Holzapfel* und Dr. *Schröder* erklärt haben, ist stark zu beachten. Ich bin der Meinung, daß es Aufgabe der Fraktion ist, in wenigen Punkten zu den hauptsächlichsten Notstandsproblemen des unmittelbar vor uns Liegenden wirklich klare Postulate, wobei man auch von einer relativen Erfüllungsmöglichkeit sprechen kann, aufzustellen, die möglichst bis zum 7. September, wenn wir endgültig zusammentreten, der Presse übergeben werden können. Das sind Dinge, die müssen nach meiner Auffassung in einem kleinen Gremium vorbereitet werden. Wenn der Fraktionsvorstand die Regierungsverhandlung führt, dann sind die Möglichkeiten absolut noch offen, dieses Programm, in dem ganz klar die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik vertreten wird, auch der Sozialdemokratischen Partei zur Stellungnahme zuzuleiten. Ich würde aber, nachdem Herr *Schumacher* in der Presse bekanntgegeben hat, es sei noch niemand an ihn herangetreten, das aufgreifen, was Dr. *Adenauer* gestern vorgeschlagen hat.[48] Es ist nach meiner Auffassung ein wohlformulierter Brief an den Vorstand der SPD hinsichtlich der Präambel zu den Dürkheimer Beschlüssen zu senden, zu dem die SPD Stellung nehmen muß. Nimmt sie keine Stellung, dann ist es genausogut. Aber diese Präambel fordert uns nach meiner Auffassung heraus, um der ganzen Öffentlichkeit klarzumachen, in welcher Form, ich möchte beinahe sagen, in welch politischem Rowdyton, man immer wieder anfängt, uns in den Grund und Boden herunterzukämpfen. Ich schlage vor, diesen Brief zu schreiben und eine kurz befristete Erklärung des Parteivorstandes zu diesem Brief zu verlangen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Storch.*

Storch: Ich habe mich sehr gefreut, daß es immer wieder durchgeklungen ist, daß wir bei der ganzen Arbeit, die vor uns steht, neben der Wirtschaftspolitik den sozialen Charakter unserer Partei herausgestellt sehen wollen. Wenn wir eine soziale Politik treiben, dann können wir in eine Regierung hineingehen ohne die Sozialdemokraten. Denn was diese Leute unter Sozialpolitik verstehen, ist nichts anderes als eine zentrale Politik für ihre Parteianhänger. (Sehr gut!) Das muß herausgestellt werden. Täuschen Sie sich nicht, unsere Sozialdemokraten haben scheinbar diese Stärke, weil man vielfach der Meinung ist, daß die Gewerkschaften wie vielleicht in der Vergangenheit auch in der Zukunft dieser Partei Gefolgschaft leisten werden. Das steht aber keineswegs fest. Wir haben durch unseren Beweis dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaft mehr oder weniger von der Sozialdemokratischen Partei gelöst wird. Dafür sind auch bereits Anzeichen vorhan-

46 Diese Forderung *Kathers* bereits in Nr. 20.

47 Vgl. Bericht *Blüchers* in Nr. 58.

48 In Nr. 44, S. 111.

den. Diejenigen, die im Wirtschaftsrat gewesen sind, wissen, wie wir uns mit ihnen herumgekatzbalgt haben, als die Frage der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung verhandelt worden ist. Man hat dort gesagt: Wir werden in Eure Wahlkreise hineingehen und werden Euch beweisen, daß die Arbeiterschaft für Euch eintritt. Was ist dabei herausgekommen? Man hat durch den Länderrat Vetos einlegen lassen. Nach dem sind die Gewerkschaften zu den Militärregierungen gelaufen und haben darum gebeten, man möge dieses Gesetz genehmigen.[49] Es ist also gar nicht so, wie es draußen vielfach aussieht.

Wenn wir jetzt die Verantwortung in der Politik übernehmen, dann haben wir immer eins vor Augen zu sehen: Das sind die breiten Schichten der arbeitenden Menschen. Geben Sie denen die Gewißheit, daß sie in der Zukunft gerecht behandelt werden. Dann werden Sie sehen, daß Ihnen die Sozialdemokratie gar nichts machen kann. Die arbeitenden Menschen müssen von uns die Überzeugung bekommen, daß wir die von ihnen geleistete Arbeit anerkennen und daß wir ihnen das dafür notwendige Äquivalent geben.

Wir stehen vor einer neuen Entwicklung, die mit der Vergangenheit überhaupt nicht zu vergleichen ist. Die arbeitenden Menschen müssen die Lebensgrundlagen für unser ganzes Volk schaffen; sie müssen eine neue Wertsubstanz erarbeiten. Wir müssen von den Menschen eine viel größere Leistung verlangen als in den vorhergehenden Generationen, sonst kommen wir nicht zu einem positiven Ergebnis. Die Menschen müssen auch die Überzeugung haben, daß sie, wenn sie heute mehr arbeiten als sie verzehren, sie sich etwas sparen können. Das muß sich so zeigen, daß sie auch an der erarbeiteten Wertsubstanz beteiligt werden. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht den Fehler des vergangenen Jahres wiederholen, daß wir neben einem gewissen Kreis von besitzenden Menschen die Millionen der Proletarier stehen haben. Glauben Sie mir doch, die Sozialdemokratie steht ja hier gar nicht auf demselben Standpunkt. Sie möchte ein Kollektiv. Man hat mir in meiner Verwaltung so oft gesagt: Es muß dafür gesorgt werden, daß wir einen planmäßigen Arbeitseinsatz bekommen; also das Fortbestehen der Allmacht unserer Arbeitsämter. Wir haben im Wirtschaftsrat zum Schluß noch das von manchem auch in unseren Kreisen gar nicht verstandene Kündigungsschutzgesetz herausgebracht[50], wodurch wir die Menschen endlich freimachen.

Wenn Sie in den Wahlversammlungen über diese Dinge zu den Menschen gesprochen haben, dann haben Sie gesehen, wie gerade die Jüngeren aufgetaut sind, daß sie nun endlich so etwas wie eine persönliche Freiheit wieder vor sich sehen. Wir sollten uns heute in diesem Stadium der Entwicklung nicht allzusehr mit der Frage beschäftigen, wie können wir der Sozialdemokratie noch goldene Brücken bauen. Sie wollen sie ja gar nicht. Eine Partei, die sie nicht will, soll man ihrem Schicksal überlassen. Das ist m. E. das allerwesentlichste. Täuschen Sie sich nicht, die Anzeichen, die uns heute von England herüberkommen, zeigen ganz klar, daß zwischen Theorie und Praxis im Sozialismus ein ungeheurer Unterschied besteht. Vor kurzem war der Staatssekretär des englischen Arbeitsministers bei mir. Er hat sich mit mir lange über Fragen der Wirtschaftspolitik unterhalten. Ich habe ihm gesagt, ich bin für alles, was wirtschaftspolitisch gemacht

---

49 Zu den Auseinandersetzungen um die Sozialgesetzgebung im Wirtschaftsrat Hockerts, S. 95ff. Zur Haltung der Gewerkschaften in der Schlußphase ebenda, S. 103f.

50 Nach der Überwindung starker Widerstände innerhalb des Verwaltungsrates verabschiedete der Wirtschaftsrat das Gesetz am 20. 7. 1949; den Einspruch des Länderrates wies er am 8. 8. 1949 zurück. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 791f. und S. 876.

worden ist genauso verantwortlich wie Professor *Erhard*, denn ich habe im Verwaltungsrat für seine Gesetzesvorlagen gestimmt. Auf der anderen Seite kann sich Dr. *Erhard* auch nicht von der Verantwortung für die sozialpolitischen Gesetze drücken, denn er hat mitgestimmt. Wenn man diesen Leuten einmal die Zahlen genannt hat, wie sich bei uns die wirtschaftliche Entwicklung gestaltet hat, dann stand man doch vor der Frage: Handeln wir denn richtig? Es war auch bestimmt kein Zufall, daß bereits 14 Tage später der englische Arbeitsminister selber da war und sich mit uns über alle Fragen unterhalten hat. Dabei hat er mich gefragt, wieviel Leute werden bei Ihnen[51] beschäftigt. Als ich ihm sagte, das sind z. Zt. 170 Menschen, hat er die Achseln gezuckt und gefragt, wie ist das möglich. Dann hat er mir gesagt, daß sein Ministerium bei 42 Millionen Menschen in England nicht weniger als 5000 Menschen beschäftigt. Eine derartige Bürokratie ist doch eine Instanz, die viel mehr auffrißt, als der Unternehmer aus seiner Wirtschaft herausnehmen kann. Stellen Sie sich vor, wenn das Arbeitsministerium, zu dessen Zuständigkeit noch nicht einmal die Sozialversicherung gehört, sich so gestaltet hat, wie mag es dort erst in der Wirtschaftsverwaltung aussehen. Und wir haben diese Dinge klar genug erkannt und sollten unseren Weg gehen. Er wird uns ungeheure Schwierigkeiten machen, das ist keine Frage, aber wieviel von unseren Freunden im Lande haben uns Briefe geschickt, als wir die Verantwortung in Frankfurt übernommen haben. Wir können die Briefe vorlegen, worin uns diese Freunde gesagt haben, ihr geht einen Weg, der in den Abgrund führt. Aber heute sind m. E. alle diese Freunde der Überzeugung, daß es richtig gewesen ist. Wenn man das, was in Frankfurt gemacht worden ist, als eine erste Etappe ansieht, nämlich die Beseitigung der übergroßen Not, dann müßten wir uns darüber klar sein, daß wir in der zweiten Etappe, die jetzt beginnt, dafür zu sorgen haben, daß wir eine endgültige Ordnung in unsere Dinge hineinbringen, daß unsere Menschen die Gewißheit bekommen: Das Bestreben der verantwortlichen Leute geht dahin, daß jeder arbeitsfähige und arbeitswillige Mensch in Deutschland auch seinen Arbeitsplatz findet.

Das sind die großen Aufgaben, die vor uns stehen. Wir sollen den Weg gehen: freie Wirtschaft, freie Menschen, aber Sicherung für alle diejenigen, die ihre Pflicht erfüllen, auch für die Wechselfälle des Lebens. Man kann nicht davon reden, daß wir hinsichtlich der Sozialpolitik zurückgehen können. Wir haben sie gründlich zu ordnen. Selbstverständlich kann nichts auf dem Gebiete gefordert werden, was nicht durch die Wirtschaft oder durch die Finanzpolitik gedeckt ist. Denn jedes Geld, was in der Wirtschaft als Kaufkraft vorhanden ist, ohne daß eine Warendeckung dafür da ist, ist der Anfang einer Inflation. Wir sollten den Weg weiter gehen und hart sein und sollten dem deutschen Volk den Beweis erbringen, daß wir zumindest den guten Willen haben, das einzuhalten, was wir bei der Wahlpropaganda versprochen haben. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Adenauer: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Es liegt jetzt folgender Antrag vor:

Die Fraktion billigt die Erklärungen von Dr. *Adenauer* über die bisher geführten unverbindlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung. Sie beauftragt den Fraktionsvorsitzenden, die Koalitionsverhandlungen im Sinne dieser Erklärung weiterzuführen.

(Zwischenruf *Albers:* Lassen wir doch sagen: Verhandlungen!)

Woran stören Sie sich?

(*Albers*: An dem Wort Koalition!)

---

51 In der bizonalen Verwaltung für Arbeit.

Also gut, es wird gewünscht, daß das Wort „Koalition" gestrichen und nur gesagt wird: Verhandlungen. (Zustimmung!) Wir haben noch keinen Fraktionsvorstand. Ich habe den Eindruck, als wenn der Fraktionsvorstand heute noch nicht so richtig zustande kommt, (Zurufe: Doch, doch!) als ob es vielleicht besser wäre – der Antrag ist mir angekündigt worden –, daß vorläufig bis zum nächsten Monat drei Leute eingesetzt werden, die die Verhandlungen weiterführen und gleichzeitig auch über die Zusammensetzung des Fraktionsvorstands sich einmal schlüssig werden, um Ihnen Vorschläge zu machen (Widerspruch!)

Das Wort dazu hat Herr *Scharnberg*.

Scharnberg: Ich möchte den Vorschlag machen, daß zunächst eine Kommission eingesetzt wird, bestehend aus je einem Vertreter der Länder und einem Vertreter Berlins, der für die nächste Sitzung der Fraktion einen Vorschlag bezüglich des Fraktionsvorstandes ausarbeitet, und daß in der Zwischenzeit ein vorläufiger Vorstand eingesetzt wird, bestehend aus den Herren Dr. *Adenauer*, *Kaiser* und Staatsrat *Schäffer*.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Vogel*.

Dr. Vogel: Im Auftrage meiner südwestdeutschen Freunde möchte ich den Antrag stellen, daß der Fraktionsvorstand im Verhältnis von 5 : 4 : 3, und zwar britische, amerikanische und französische Zone, zusammengesetzt wird. Dann können wir uns über die Zusammensetzung schlüssig werden, weil wir im großen und ganzen über die Lage uns klargeworden sind.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Köhler*.

Dr. Köhler: Ich bitte dringend, von einer Verschiebung der Wahl des Fraktionsvorstandes bis zum Montag abzusehen. Es macht nach außen keinen erhebenden Eindruck, wenn die zur Regierung bestimmte Fraktion nicht in der Lage ist, in ihrer ersten Sitzung einen Fraktionsvorstand zu wählen – und das angesichts der Tatsache, daß umgekehrt die SPD ihren Vorstand gewählt hat –. Ich bin mir darüber klar, daß wir es nicht so ex abrupto machen können. Ich würde vorschlagen, daß wir eine kleine Pause machen, damit wir uns über diese Sache unterhalten können. Ich bin davon überzeugt, es werden sich sehr schnell die Vorschläge herauskristallisieren. Meine Bitte: Grundsätzlich gehen wir nicht auseinander, ohne daß das verantwortliche Organ der Fraktion gewählt ist.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Albers*.

Albers: Ich bin anderer Meinung. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn *Scharnberg* an. Der Vorstand muß doch in den nächsten Wochen schwerste Arbeit leisten. Wir möchten aber auch, die wir jetzt zum ersten Male zusammengekommen sind, uns etwas näher kennenlernen. Die jetzigen Verhandlungen sind doch von entscheidender Bedeutung. Sie können nicht auf breiteste Schultern gelegt werden. Deshalb meine ich, wir beauftragen unsere Leute entsprechend dem Vorschlag des Herrn *Scharnberg*: Dr. *Adenauer*, *Kaiser* und Staatsrat *Schäffer* mit der Verhandlungsführung über all die Dinge, die bis Montag zu erledigen sind. Dann wird dieser kleine Kreis vielleicht auch in der Lage sein, uns am kommenden Montag Vorschläge über die Zusammensetzung des Vorstandes zu machen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Im Namen meiner Freunde darf ich zunächst erklären, daß die Bildung des Fraktionsvorstandes nicht noch längere Zeit hinausgeschoben wird. Es mag eintreten, daß wir in den heute zu bildenden Fraktionsvorstand die eine oder andere Persönlichkeit

hineinnehmen, die später wieder auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch ihrer Freunde ausscheiden wird. Wir können aber in der ersten Sitzung, die sich mit grundsätzlichen Fragen befaßt, nicht auseinandergehen, ohne den Fraktionsvorstand zu wählen. Die Fraktion ist nicht damit konstituiert, daß sich die 139 Abgeordneten zusammenfinden, sondern erst wenn sie ihren Vorstand gewählt haben, dann hat sie ihr Gesicht. Ich würde deshalb nicht unbedingt dem Vorschlag *Scharnberg* widersprechen, aber wir würden auf jeden Fall beantragen, einen Fraktionsvorstand nach dem Schlüssel von Dr. *Vogel* zu bilden. Es mag der Fraktionsvorstand, wenn er aus 12 bis 15 Personen besteht, aus seinen Reihen heraus die eben genannten Persönlichkeiten beauftragen. Wir treten für den Antrag *Köhler* ein und wollen einen Fraktionsvorstand gebildet sehen.

Dr. Adenauer: So können wir nicht verfahren, daß wir sagen, Du trittst jetzt zurück, sondern ich bin der Auffassung, wir wählen den Fraktionsvorstand auf alle Fälle zunächst nur für eine gewisse Zeit, sagen wir auf sechs Wochen oder zwei Monate (Zurufe: Mit zwei Monaten einverstanden.), damit wir nachher frei sind.

(Zwischenruf: Ich halte es für unerläßlich, daß wir zu einer Bildung des Fraktionsvorstandes kommen, und zwar wie Dr. *Vogel* vorgeschlagen hat. Den Wünschen des Kollegen *Albers* ist auch Rechnung zu tragen durch die Anregung von Dr. *Adenauer*!)

(Dr. *Vogel*: Meine Freunde aus der amerikanischen und aus der französischen Zone wären binnen weniger Minuten in der Lage, Ihnen einen Vorschlag zu machen.)

Sie haben besser vorgearbeitet.

(*Albers:* Dann müssen wir noch eine Unterbrechung haben.)

Wir wollen doch wenigstens ein Stück weiterkommen. Darf ich annehmen, daß Sie einverstanden sind mit dem Antrag, den ich nochmals verlese, der eine ganze Reihe von Unterschriften trägt:

Die Fraktion billigt die Erklärung von Dr. *Adenauer* über die bisher geführten unverbindlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung. Sie beauftragt den Fraktionsvorstand, diese Verhandlungen im Sinne seiner Erklärungen weiterzuführen.

(*Strauß*: Eine redaktionelle Bemerkung! Ich würde vorschlagen, das Wort „unverbindlich" zu streichen, da es einen Beiklang hat, den wir im Interesse Ihres Ansehens gar nicht wünschen.)

Damit scheint man einverstanden zu sein. Würden wir über diesen Antrag im Sinne des Herrn *Strauß* abstimmen können.

(Viele Zurufe: Ja!)

Ich bitte also diejenigen, die für diesen Antrag sind, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen?

Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen. Der Lenz ist da! (Lebhafte Heiterkeit!)

(*Lenz*: Ihr Ansehen ist so groß, daß das Wort „unverbindlich" drin bleiben kann, das ist nämlich wichtig!)

Ich möchte Ihnen noch folgendes unterbreiten: Wir werden in der heute abend stattfindenden Pressekonferenz[52] der Presse etwas sagen müssen. Ich hatte gestern beim ersten Teil der Vorbesprechung – wie das eben Dr. *Hilpert* gesagt hat – zur Erwägung gestellt, ob man an die SPD-Fraktion einen Brief des Inhalts richten soll: Ist die Präambel zu Eu-

52 Nr. 51.

ren Dürkheimer Beschlüssen in der Presse richtig wiedergegeben? Ich habe Ihnen die Präambel eben verlesen. Wenn Sie es wünschen, lese ich sie nochmals vor. (Zustimmung und Ja-Rufe!)

Es ist in der Präambel gesagt worden, das Wahlergebnis beschwöre die Gefahr herauf, daß durch die bisherige Wirtschaftspolitik die deutsche Arbeitskraft ruiniert werde. Die Spannungen zwischen den Klassen würden dadurch gesteigert, die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört.

In der Zwischenzeit wurde nun mitgeteilt, was Herr Dr. *Schumacher* in der gestrigen Pressekonferenz gesagt hat[53], daß ein Kompromiß mit der CDU über die Wirtschaftsfrage nicht in Frage kommt. Ich weiß nicht, ob man es sich deswegen noch erlauben darf, diesen Brief an die SPD-Fraktion zu richten: Denn Herr Dr. *Schumacher* hat ja gestern als Vorsitzender der SPD-Fraktion gesprochen. Ich habe deswegen folgendes entworfen, was ich Ihnen unterbreiten möchte; es wäre eine Mitteilung, die für die Presse bestimmt sein würde.

„Die Fraktion der CDU/CSU des Bundestages hat sich in eingehender und gewissenhafter Weise mit der politischen und wirtschaftlichen Lage in ihrer heutigen Sitzung befaßt. Sie hat die Frage der Regierungsbildung einer besonders aufmerksamen Prüfung unterzogen. Im Hinblick auf die Herausstellung der Frage der Wirtschaftspolitik als die für die Regierungsbildung schlechthin entscheidende Frage durch die Sozialdemokratische Partei hat sie sich auch mit der Wirtschaftspolitik besonders befaßt. Sie hält eine Fortführung der von der Fraktion der CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat verfolgten Wirtschaftspolitik für absolut notwendig, weil nur dadurch der bisher erzielte wirtschaftliche Fortschritt gesichert und weiter gefördert werden kann. Nur hierdurch wird eine Lösung der großen sozialen Aufgabe möglich.

Sie nimmt Kenntnis von der Einführung der Veröffentlichung der 16 Dürkheimer Punkte: Die bisherige Wirtschaftspolitik ruiniert die Arbeitskraft, die Spannungen zwischen den Klassen würden dadurch gesteigert, die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört.

Wir nehmen ferner Kenntnis von der Erklärung, die Herr Dr. *Schumacher* auf der von ihm nach der ersten Sitzung der sozialdemokratischen Bundes[tags]fraktion abgehaltenen Pressekonferenz am 31. 8. abgegeben hat, dahingehend, daß die Frankfurter Wirtschaftspolitik jeden Kompromiß zwischen SPD und CDU unmöglich macht.

Sie stellt fest, daß diese Erklärung [der] sozialdemokratischen Bundestagsfraktion die innerpolitische Situation eindeutig klärt.

Die CDU/CSU-Fraktion wird bestrebt sein, zur Bildung einer Regierung beizutragen, die die Fortführung der Frankfurter Wirtschaftspolitik und die Führung der sozialen Aufgaben ermöglicht."

Ich darf vielleicht während der Mittagspause eine Anzahl von Exemplaren herstellen lassen, die Sie nachher bekommen werden. Ich schlage Ihnen vor, daß wir eine Pause von einer Stunde machen.

Das Wort hat noch Herr Dr. *Pünder*.

Dr. Pünder: Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag wegen des Vorstandes machen. Ich sehe vollkommen ein, daß wir heute nicht auseinandergehen können, ohne einen

53 Nr. 45.

Vorstand gebildet zu haben. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht möglich, daß wir heute zu 140 Menschen einen abschließenden Beschluß fassen. Wir haben schon in den Vorschlägen Dr. *Adenauer*, *Kaiser* und *Schäffer* benannt. Nun könnte aus den drei Zonen noch je ein weiterer dazu gewählt werden. Dann hätten wir etwas, und am Montag bei der nächsten Fraktionssitzung würden wir weiterberaten. Wenn man das Land Nordrhein-Westfalen nimmt, das allein dreimal soviel Einwohner hat wie die französische Zone, dann wird man die Zahl überlegen müssen. Ich stelle anheim; wenn wir einen Vorstand von sechs Personen haben, dann ist das sehr viel. Soviel ich weiß, haben die Sozialdemokraten nur die Spitze ihres Vorstandes gewählt.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Ich möchte nur eine Anregung geben wegen der Pressevertreter. Auf Grund der gemachten Erfahrungen bitte ich die Herren Kollegen, bei den Gesprächen darauf zu achten, daß nicht vielleicht einige ihrer Worte am nächsten Tage als Schlagzeile erscheinen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Es ist zum zweiten Male das Wort von den Zonen gefallen. Ich bin aufrichtig genug zu sagen, daß ich darüber erschrocken bin. Es ist möglich, daß dieser einstweilige Vorstand nicht anders ausgewählt werden kann, da wir uns noch nicht alle zur Genüge kennen. Aber ich bitte doch darauf zu achten, daß wir bei unseren Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, nicht in Zonen und auch nach Möglichkeit nicht in Ländern denken, sonst würde die gesamtdeutsche Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, nur schwer gelöst werden können. Es ist mein Wunsch, daß wir nach Möglichkeit uns nicht an die Zonen gewöhnen. Diese werden überwunden von uns.

Dr. Adenauer: Ich denke, jetzt machen wir die Mittagspause bis 15 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung um 15.05 Uhr.

Dr. Adenauer: Wir waren eben bei der Wahl des Vorstandes stehengeblieben. Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen von folgendem Kenntnis zu geben, und zwar stehe ich nicht an zu sagen, daß, falls die mir zugegangenen Nachrichten richtig sind, ich sie auf das tiefste bedauere. Es ist mir mitgeteilt worden, daß eine Zusammenkunft stattgefunden hat vor einigen Tagen[54], in der die Ämter hier in der Fraktion verteilt worden sind. Es sind dort Vorschläge zustande gekommen für den ersten Vorsitzenden, den zweiten und dritten Vorsitzenden, – den anderen lehnt man ab, der des Generalgeschäftsführers bleibt usw. usw.

(*Albers*: Dann braucht er nicht mehr hier zu bleiben.)

Ich bin der Auffassung, wenn diese Nachrichten richtig sein sollen, daß dies eine sehr bedauerliche Verkennung dessen ist, was uns hier in der Fraktion verbinden muß. Wir sind doch hier nicht in einem Parlament mit entgegengesetzten Parteirichtungen, sondern wir sind hier in einer Gemeinschaft, die zusammenarbeiten will. Sie können sich doch vorstellen, meine Freunde, daß derartige Nachrichten – ich wiederhole: immer vorausgesetzt, daß sie richtig sind – von vornherein in uns ein solch tiefgehendes Mißtrauen erzeugen, daß das nach meiner Meinung völlig unmöglich ist.

---

54 Tagung der südwestdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten in Bebenhausen am 29. 8. 1949. Vgl. Nr. 16 mit Anm. 21.

Wenn wir nicht in unserer Fraktion in einer so ungeheuer schwierigen Zeit innere Geschlossenheit aufbringen, dann sollen wir uns wahrhaftig nicht an die Aufgabe, das deutsche Geschick in die Hand zu nehmen, heranwagen. Ich meine, meine Freunde, man kann verschiedener Meinung über alle möglichen Dinge, aber man soll offen gegeneinander sein und sich offen aussprechen. Und wenn man Wünsche hat bezüglich der Wahl des ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden und des Hauptgeschäftsführers usw., dann soll man das hier in unserer Fraktion offen proklamieren. Aber man sollte nicht unter der Hand irgendwelche derartige Verabredungen treffen.

Ich weiß, daß in unserer Fraktion durch diese Mitteilung eine große Beunruhigung eingetreten ist. Ich muß Ihnen gestehen, es ist ein sehr schlechter Auftakt für das erste Zusammensein der Fraktion. Wenn man das beseitigen kann, dann würde mich das außerordentlich freuen, wenn also die betreffenden Herren, die in Frage kommen, uns offen sagen, was sie wünschen, damit man über die Wünsche sprechen kann. Ich bitte Sie dringend, doch nicht unter der Hand solche Geschichten zu machen.

Die Sache ist sehr ernst, und ich wäre dankbar, wenn diejenigen Herren, die solche Zusammenkünfte arrangiert haben, uns Auskunft darüber geben könnten. So kann es nicht bleiben.

(Zurufe: Namen nennen!)

Sie sagen, Namen nennen. Ich würde vorziehen, wenn die Betreffenden aus sich heraus die Sache zur Sprache brächten. Nun, meine Herren, die Sie in Bebenhausen zusammengewesen sind, Sie wissen Bescheid!

Abg. *Bausch* meldet sich.

Bausch: Nachdem der Herr Präsident den Namen Bebenhausen genannt hat, muß ich sagen, daß ich dort war. Ich habe mich nun sehr offen geprüft, ob das, was wir dort gemacht haben, richtig war. Und ich bin der Meinung, daß das, was wir dort gemacht haben, vollkommen in Ordnung war. Von einer Verteilung der Ämter ist mir nichts bekannt. Wir haben uns lediglich darüber besonnen, wie wir es fertigbringen können, daß wir aus Württemberg die Möglichkeit haben, unsere Dienstaufgabe hier in dieser Fraktion auszuführen. Das ist unser gutes Recht nicht nur, das ist unsere Pflicht, die wir gegenüber dem Wähler haben.

Herr Präsident, ich versichere Ihnen, was wir dort gemacht haben, das könnte ich ohne weiteres in allen Details hier vortragen. Ich kann nur annehmen, daß hier ein vollkommenes Mißverständnis vorliegt und daß Ihnen Nachrichten zugegangen sind, die nicht den Tatsachen entsprechen. Die Quintessenz ist zum Ausdruck gekommen in dem Vorschlag, den Dr. *Vogel* heute früh gemacht hat, eine Schlüsselung der Teilnehmer am Fraktionsvorstand vorzunehmen, die der mandatsmäßigen Zusammensetzung der Zonen entspricht. Das ist etwas Loyales, etwas Anständiges, etwas, was recht, billig und redlich ist.

Ich bitte Sie, meine Herren, überzeugt zu sein, daß wir nicht mehr wollen, als daß wir aus Württemberg und Baden in einer Weise im Fraktionsvorstand und in den Ausschüssen vertreten sind, die der Zahl unserer Mandate entspricht. Mehr wollen wir nicht! In keiner Weise!

Dr. Adenauer: Sie werden es gerade verstehen. Sie haben mir von Caux aus geschrieben, daß vollste Offenheit in einer Fraktion Grundbedingung für ein Zusammenarbeiten ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn das nicht richtig ist, was mir gesagt worden ist, daß

in Bebenhausen bestimmt worden ist, der wird erster, der wird zweiter Vorsitzender, und der wird Hauptgeschäftsführer (Zurufe: Nein, nein!) (Zuruf: Völlig falsch!), das und das lehnen wir ab.

(*Bausch*: Ich weiß davon nichts. In meiner Anwesenheit ist etwas Derartiges nicht besprochen worden.)

Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Herr Dr. *Adenauer*! Ich war beinahe bestürzt über das, was Sie jetzt gesagt haben. Ich nehme nach Ihren Worten an, daß irgendein Kreis mit finsteren Absichten, die gegen die Fraktion oder gegen unsere gemeinsame Linie der Politik gerichtet war[en] oder [der] zum Zweck der Erjagung von Ämtern zusammenkam, sich irgendwo zusammengefunden hat. Der Informant muß Ihnen eine solch unzutreffende Darstellung gegeben haben, daß man sie als kompletten Unsinn bezeichnen muß. Von dem, was Ihnen gesagt worden ist, kann überhaupt keine Rede sein.

Ich bin z. B. von Württemberg aus angerufen worden, nach Bebenhausen zu kommen, und zwar mit der Bitte, ihnen Auskunft zu geben über die Rhöndorfer Besprechungen. Ich habe dort genau das vertreten, was ich heute hier in der Fraktion vor der Gesamtheit vertrete, über die Pressenotiz, über das Auftreten des Herrn *Blücher*, der zwei Ministerien für sich bereits in Anspruch nahm, wie es in der Presse hieß. Weil man beunruhigt war, bin ich gern nach Bebenhausen gefahren und habe über Rhöndorf und die große und kleine Koalition gesprochen und genau das vertreten, was ich in Rhöndorf gesagt habe. Ich habe Klarheit geschaffen über die Zusammenhänge, die mir in Rhöndorf bekannt wurden, und habe mit dazu beigetragen, daß den Freunden aus Süddeutschland, die nur aus Zeitungsmeldungen und Radionachrichten halbe Wahrheiten erfahren haben, ein klares Bild gegeben wurde, so daß die beunruhigten Herren heute in voller Einhelligkeit und Einmütigkeit mit uns gemeinsam dieselben Beschlüsse gefaßt haben.

Es ist Ihnen eine vollkommen unzutreffende Darstellung gegeben worden. Es ist ferner eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, es sei auch nur ein einziges Amt vergeben worden oder man hätte sich abgesprochen, irgendeinen Posten dem einen oder anderen zu geben.

Es ist darüber gesprochen worden, ob man das Finanzministerium der FDP geben kann. Es ist nicht davon gesprochen worden, wer es von uns übernehmen könnte. Es ist davon gesprochen worden, wer als Fraktionsvorsitzender in Frage käme. Da ist der Name *Holzapfel* genannt worden. Es ist gefragt worden, ob noch ein anderer da sei, ob der Fraktionsvorstand besser aus 6, 12 oder 15 Leuten bestehen würde, ohne einen einzigen Beschluß zu fassen. Es ist gefragt worden, wie wollen wir das Fraktionssekretariat einrichten, wieviel Leute; wie wollen wir die Diäten regeln und was werden wir beanspruchen. Es ist in keiner Weise ein Beschluß gefaßt worden.

Wenn Sie sagen, es sei etwas abgelehnt worden, dann würde das bedeuten, daß ein Kreis vorher etwas beschlossen hätte, was wir nachher abgelehnt haben würden.

Bebenhausen hat dazu gedient, daß die nicht orientierten süddeutschen Abgeordneten heute bei Beginn der Fraktionssitzung bereits auf unserer gemeinsamen Linie sich gefunden haben. (Beifall.)

Dr. Adenauer: Darf ich darauf aufmerksam machen, daß Klatschen nicht parlamentarisch ist. Herr *Strauß*, dagegen ist selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden, im Gegenteil, man kann das nur begrüßen, wenn aufklärend gewirkt wird. Es ist über

Mittag verschiedenen unter uns gesagt worden, daß dort gewisse Abmachungen getroffen worden seien, nicht über den Finanzminister, überhaupt nicht über Ministerien, sondern lediglich über die Frage der Besetzung von Ämtern innerhalb der Fraktion.

Ich bitte, das wohl zu beachten, und das würde ich für höchst unglücklich halten. Darüber sollte man sich in der Fraktion offen aussprechen. Ich glaube, es ist ganz klar, denn wir müssen in der Fraktion zu einem Vertrauensverhältnis miteinander kommen. Es ist sehr undankbar, aber ich finde es richtig, wenn etwas Derartiges gesagt wird, bringt man das einfach zur Sprache. Dann stellt es sich heraus: Entweder es ist wahr oder nicht wahr. Wenn es wahr ist, spricht man sich weiter aus. Wenn es nicht wahr ist, hört das Gerede auf.

Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Herr Präsident! Ich bin dankbar, daß Sie das, was Ihnen berichtet worden ist, hier offen gesagt haben. Wir haben ebenso offen über die Tatsachen berichtet. Damit ist der Fall erledigt.

Dr. Adenauer: Herr *Pfeiffer* war Vorsitzender der Fraktion des Parlamentarischen Rates. Er hatte es übernommen, eine Geschäftsordnung für unsere Fraktion zu entwerfen. Ich habe sie noch nicht gesehen. Herr *Dörpinghaus* hat sie da und wird sie vorlesen.

Dörpinghaus: Ich lese zuerst vor über den Fraktionsvorstand: Der Fraktionsvorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, dem zweiten Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und drei Schriftführern.

Die Fraktionsvorstandschaft besteht 1) aus dem Fraktionsvorstand, 2) den Vorsitzenden der Fraktionsausschüsse. Artikel 12: Die Fraktion bildet Ausschüsse a) für den inneren Betrieb der Fraktion, b) für die politische Arbeit der Fraktion. Dann ist geschildert...

Dr. Adenauer (unterbrechend): Das können wir jetzt lassen. Darüber werden wir uns noch länger unterhalten müssen.

Es handelt sich darum, wie das heute morgen gewünscht wurde, einen Vorstand heute zu wählen, und wie zahlreich er sein soll. Sie wissen, was die Sozialdemokraten beschlossen haben, nämlich einen ersten Vorsitzenden, das ist Herr *Schumacher*, einen zweiten, das ist Herr *Ollenhauer*, und einen dritten, das ist Herr Carlo *Schmid*. Dann haben sie etwa 15 Leute, ich weiß nicht, wie sie es nennen. (Zuruf: Erweiterter Vorstand.)

Was hier Herr *Pfeiffer* vorgesehen hat, scheint mir ziemlich kompliziert, jedenfalls aber verfrüht zu sein. Man wird vielleicht später darauf zurückkommen.

Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Wir stimmen damit überein, wenn Sie bis zum 31. Oktober heute hier ein vorstandsähnliches Gremium schaffen, das von heute ab die Fraktion vertritt. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag von Dr. *Vogel* richtig ist, um in etwa dem föderativen Aufbau der einzelnen Länder zu entsprechen. Es handelt sich jetzt nur darum, ob wir 11, 12, 13 oder mehr in den Vorstand wählen.

Dr. Adenauer: Herr *Vogel* hat beantragt: 5:4:3.

Herr *Albers*.

Albers: Ich weiß nicht, ob wir mit diesem Vorschlag vorwärts kommen. Ich nehme noch einmal meine bereits gegebene Anregung auf. Wir bestimmen drei oder vier Personen...

(Mehrere Zurufe: Nein, nein!)

Hören Sie doch zu, was ich sagen will. Wir müssen uns erst klar werden über die drei bis vier Personen, die nun effektiv die Fraktionsführung auch nach außen repräsentieren. Dazu nehmen wir acht Beisitzer. Wenn so verfahren würde, dann wäre ich einverstanden mit der Prozedur. Dann wäre es richtig, daß wir 12 bis 13 insgesamt verantwortlich machen. Sonst kommen wir nicht zur Lösung.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Vogel.*

Dr. Vogel: Ich glaube, daß der Vorschlag, den ich gemacht habe, doch bei weitem der einfachste ist, weil er am schnellsten realisierbar ist. Wir sind in der amerikanischen Zone nicht in der glücklichen Lage wie die britische Zone, die einen so gewaltigen Vorsitzenden besitzt, der in sich die Allmacht der Zone verkörpert wie Herr Dr. *Adenauer.* Aus diesem Grunde und weil wir das föderative Prinzip bejahen, haben wir geglaubt, Ihnen einen Dienst zu erweisen, indem wir uns untereinander absprachen, damit jedes Land zu seinem Recht kommt. Das lag uns in erster Linie am Herzen. Wir glauben, daß wir mit diesem Vorschlag sehr schnell zum Zuge kommen können.

Dr. Adenauer: Ich bin sicher von Hause aus föderativ, aber ob man nun den Vorstand so zusammensetzen muß, daß von jedem Land jemand in den vorläufigen Vorstand kommen muß, das weiß ich nicht. Wie denken Sie sich zunächst die Koalitionsverhandlungen? Ich weiß es nicht. Das können doch die 12 nicht machen. (Zuruf: Das wollen wir auch gar nicht!) Das Wort hat Herr *Bausch.*

Bausch: Es geht zunächst um dieses föderative Prinzip. Bei uns in Württemberg hat ein Staatspräsident einmal gesagt: Bis der Schwab das Wort „Wurst" ausspricht, hat sie der Preuße gefressen! (Lebhafte Heiterkeit!)

(Dr. *Adenauer*: Ich würde Herrn *Bausch* zur Ordnung rufen, aber es ist kein Preuße hier! – Heiterkeit!)

Weil das so ist, deshalb haben wir etwas Angst gehabt und uns erlaubt, den Vorschlag zu machen. Wir wollen doch diese Aufschlüsselung machen, die sofort geschehen kann. Dann haben wir die Leute, und dann soll jede Gruppe ihre Leute benennen. In einer Viertelstunde können wir einig sein. Ich bin davon überzeugt, daß wir so die richtigen Männer an die Spitze stellen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Köhler.*

Dr. Köhler: Ich schlage vor, wir wählen zuerst den Vorsitzenden, dann den ersten stellv. Vorsitzenden und dann den zweiten stellv. Vorsitzenden unter Berücksichtigung des allseitig anerkannten Zonenprinzips. Dann werden danach die neun Beisitzer gewählt nach der gleichen Methode. Wir müssen doch endlich anfangen. Die Schlüsselung kann so bleiben. Innerhalb der Schlüsselung liegt der Vorsitzende, der erste stellvertretende und der zweite stellvertretende Vorsitzende. Ich schlage also vor, rufen Sie auf: Vorschlag für den 1. Vorsitzenden, für den 2. und für den 3. Vorsitzenden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Albers.*

Albers: Wenn Sie diesen Gesichtspunkt zur Grundlage Ihrer Entscheidung machen wollen, kommen Sie nicht zur Lösung. Wir haben ja auch, wenn Sie schon Zonenprinzipien berücksichtigen wollen, daran zu denken, daß es auch noch Standesprinzipien gibt. Ich bitte Sie, daran zu denken, daß wir auch von der Arbeiterschaft her uns darüber klar sind, wer die Geschichte machen soll. Dabei möchten wir nicht die verschiedensten lokalen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt haben.

Dr. Adenauer: Nehmen Sie mir es bitte nicht übel, wenn ich die Diskussion laufen lasse, aber man lernt sich gut dabei kennen. Ich möchte noch sagen, es muß auch eine Frau hinein. Eben war eine Deputation der Flüchtlinge hier, die erklärt hat, es müsse ein Flüchtling hinein. Sie hörten von Herrn *Albers*, ein Vertreter der Arbeitnehmer muß hinein. Wir wollen einmal ausbieten: Welches Land übernimmt die Frau?

(*Albers*: Zuerst müssen Sie fragen, Herr Dr. *Adenauer*, welches Land übernimmt den Arbeitnehmer?)

(Zuruf aus der Versammlung: Warum denn?)

Wir müssen eine Frau dabei haben. Darüber sind wir uns klar, aber wir haben jetzt dasselbe Theater wie bei der Aufstellung der Kandidaten. Jeder sagt, es muß eine Frau hinein, doch will sie keiner übernehmen.

(Frau Dr. *Steinbiß*: Ich schlage Frau Dr. *Weber* vor!)

Das ist von Ihnen, Frau Dr. *Steinbiß*, sicher gut gemeint, aber ich glaube nicht, daß es richtig ist. So sehr ich Frau *Weber* schätze, es ist doch unmöglich, daß das Land Nordrhein-Westfalen, das volkreichste Land mit der ganzen Industriearbeiterschaft, durch eine Frau allein vertreten ist. Das geht doch nicht.

(*Bausch*: Nordrhein-Westfalen hat doch fünf.)

Die britische Zone besteht aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen.

Frau Dr. Steinbiß: Die Nennung von Frau Dr. *Weber* war selbstverständlich unter der Voraussetzung geschehen, daß Nordrhein-Westfalen als volkreichstes Land mehrere Vorschläge machen kann. Wir haben ausgerechnet, in welchem Verhältnis die Zahlen aufgeteilt werden; sie stimmen nicht ganz mit dem Vorschlag von Dr. *Vogel* überein. Ich bitte Sie, Herrn Dr. *Holzapfel* darüber zu hören.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Holzapfel*.

Dr. Holzapfel: Als ich den Vorschlag von Dr. *Vogel* hörte, habe ich gedacht, so geht es nicht, daß nunmehr für die süddeutschen Länder – um nicht von Zonen zu sprechen – im ganzen sieben und für die norddeutschen fünf Mitglieder in einem Vorstand beansprucht werden. Die Zahl der Mandate würde zueinander in einem Verhältnis von 66 zu 73 stehen. Es ist wohl nicht recht und billig, wenn Dr. *Vogel* mit 73 Mandaten – also mit sieben Mandaten mehr – zwei Sitze mehr im Vorstand für sich proklamieren will. Ich hatte daher einen anderen Vorschlag gemacht und mich dabei an den Vorschlag angelehnt, wie er bei der SPD durchgeführt ist, nämlich einen größeren Fraktionsvorstand zu bilden mit 20 Mitgliedern, um den föderativen Gedanken verwirklichen zu können, daß jedes Land zum Zuge kommt. Denn wie wollen Sie bei fünf Ländern der britischen Zone – Nordrhein-Westfalen allein mit 13 Millionen Einwohnern – aufteilen? Entweder kommt jedes Land zum Zug – dann bekommt Nordrhein-Westfalen nur einen einzigen Vertreter –, oder es muß eine Möglichkeit gegeben sein, daß dem einen oder anderen entsprechend seiner Größe mehr Sitze eingeräumt werden.

Ich bin mehr als zwei Jahre Vorsitzender der Fraktion des Wirtschaftsrates gewesen und kann Ihnen das eine sagen, daß nämlich die Arbeit im Fraktionsvorstand recht, recht mühselig gewesen ist. Es ist zu 90 % aller Fälle so gewesen, daß die Arbeit hängen geblieben ist bei zwei oder drei Mitgliedern der Fraktion und daß die übrigen Mitglieder kaum gekommen sind. Wenn wir einen Fraktionsvorstand wählen, dürfen wir nur solche Mitglieder nehmen, die bereit sind, regelmäßig zu den Sitzungen zu kommen. Es nützt ja

nichts, wenn jemand formell Mitglied eines Fraktionsvorstandes ist und nachher an den Sitzungen nicht teilnehmen kann. Ein ordnungsmäßig funktionierender Fraktionsvorstand, so haben wir es in Frankfurt gehalten, hat jede Woche seine Sitzung abzuhalten, sonst klappt die Sache nicht. Wer nicht in der Lage ist, jede Woche einen ganzen Tag zu kommen, der möge von vornherein auf seine Wahl verzichten. Ich bin der Auffassung, daß eine solche schematische Abstimmung auf die einzelnen Länder, wenn wir sie durchführen wollen, nur dann Sinn hat, wenn jedes Land entsprechend berücksichtigt wird. Wenn wir das nicht tun wollen und die Leute nicht nach den Ländern aussuchen, müssen wir diejenigen nehmen, die bereit sind mitzuarbeiten. Es nützt wenig, wenn jedes Land im Fraktionsvorstand vertreten ist, die Mitglieder aber nicht kommen können. Besser wäre dann eine kleine Fraktion von etwa 12 Mitgliedern, die regelmäßig zur Sitzung kommen. Das kann ich auch nach meinen Erfahrungen in Frankfurt sagen.

Ich würde vorschlagen, Herr Dr. *Vogel*, daß wir Ihren Vorschlag von 5 : 4 : 3 korrigieren und sagen: 6 : 4 : 2 und daß wir einen Vertreter von Berlin hinzuwählen, außerdem eine Frau, evtl. einen Vertriebenen. Das würde bedeuten, daß wir einen Fraktionsvorstand von insgesamt 15 Damen und Herren hätten. Das scheint mir der beste und richtigste Weg zu sein.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Man kann dem Vorschlag von Dr. *Holzapfel* mit einer Korrektur zustimmen, nämlich: 6:4:3. Das entspricht der Zahl 73:66, wobei Berufsstände innerhalb dieser Gruppe vertreten sein können. Es ist gleich, ob es 12 oder 15 sind. Die SPD hat 20. Wir können dann auf 13 gehen; wenn eine Frau, ein Flüchtling und evtl. ein Vertreter der Jungen Union dazu kommt, sind es in Gottes Namen 16.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Vogel*.

Dr. Vogel: Wir haben nichts gegen den Vorschlag von Herrn *Strauß*, 6 : 4 : 3 zu nehmen, aber einen Vorstand von 15 oder 16 halte ich nicht für gut. Sie werden nicht erleben, daß Sie diesen Vorstand vollständig beieinander haben werden. Aus diesem Grunde möchte ich also vorschlagen, einen Vorstand von 13 Personen einzuberufen, also 6 : 4 : 3.

(Dr. *Adenauer*: Keine Frau?)

Nein, das möchten wir nicht.

Dr. Adenauer: Sie haben die Vorschläge gehört. Herr *Vogel* sagt: 6:4:3, Herr *Strauß* sagt ebenfalls 6:4:3 und evtl. die beiden anderen dazu.

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Ich habe bereits ausgeführt, daß ich über das Wort Zone erschrocken bin. Über das, was ich jetzt gehört habe, bin ich einfach traurig. Ich bin der Auffassung, daß auf keinen Fall der Mann, der 1. Vorsitzender werden soll, unter Berücksichtigung irgendeiner Zone gewählt wird. Ich bin der Meinung, vorläufig wird keine andere Persönlichkeit wie Konrad *Adenauer* dafür in Betracht kommen können. Es müssen die ersten drei oder vier Persönlichkeiten nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten, wie das auch früher der Fall war, gewählt werden. Danach kann erst die Verteilung, wenn es schon sein muß, nach Zonen oder Ländern erfolgen. Schließlich sind wir ja nicht nur aus Ländern und Zonen eine Einheit, sondern wir sind auch eine deutsche Einheit. An Ihrer Stelle, Herr Dr. *Adenauer*, würde ich es klar und höflichst ablehnen, daß ich als der Repräsentant der gesamten Union auf einem so wichtigen Posten eingeteilt würde in ein bestimmtes Land. Konrad *Adenauer* gehört nicht mehr nach Nordrhein-Westfalen in diesem Falle,

sondern er ist eine gesamtdeutsche Angelegenheit. Ich bitte Sie, daß wir dafür das nötige politische Verständnis aufbringen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Schäffer*.

Staatsrat Schäffer: Warum wollen wir die Dinge so kompliziert machen, wenn es einfach geht. Für mich sind nur Zweckmäßigkeitspunkte entscheidend. Ich glaube, daß eine Vorstandschaft von 12 Personen eine Körperschaft wäre, die arbeiten könnte. Wenn sie die Zahl weit übersteigt, wird die Arbeitsfähigkeit dadurch nicht gewinnen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn ich Deutschland als einen einheitlichen Körper betrachte, dann ist es ganz selbstverständlich, daß dieser ganze Körper gleichmäßig durchflutet wird. Deswegen sind wir doch Glieder eines Körpers. Die Fraktionsvorstandschaft soll doch das Bild der gesamten CDU und CSU wiedergeben. Es ist eine Schlüsselung von 6:4:3 vorgesehen. Das ist nach der Zahl der Mandate, wie sich die Fraktion zusammensetzt, richtig. Ich würde vorschlagen, daß wir uns zunächst auf diese 13 Personen einigen. Wir sehen dann, wie die Berufsstände und sonstigen Interessen innerhalb der 13 sind. Wenn da noch eine Lücke bleiben sollte, können wir sie ergänzen.

Dr. Adenauer: Sie haben den Vorschlag von Herrn *Schäffer* gehört. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen also abstimmen, da eine Einigung nicht zu erzielen ist.

(*Kaiser*: Ich habe auch vorgeschlagen, die ersten drei Leute nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten zu wählen.)

Sie hören den Vorschlag. Herr *Kaiser* schlägt vor, daß die ersten drei Leute hier, so fasse ich es auf, von der Fraktion als Ganzes bestimmt werden. Wir lassen den Ausdruck „gesamtdeutsch" mal weg, sondern sprechen von der Fraktion als Ganzes. Dann kann die Schlüsselung erfolgen, wie das die Herren vorgeschlagen haben. Der Vorschlag *Kaiser* ist auf alle Fälle der weitestgehendste. Wir müssen über ihn zuerst abstimmen. Ich darf nochmals wiederholen: Herr *Kaiser* schlägt vor, daß die drei ersten Leute von der Fraktion als Ganzes gewählt werden und daß dann nach Ländern oder Zonen geschlüsselt wird, wie es vorgeschlagen worden ist.

(Zuruf: Sollen diese drei Personen, die zunächst von der Gesamtfraktion gewählt werden, nachher angerechnet werden?)

Nein, sie werden nicht angerechnet. Stimmen wir also zunächst über den Vorschlag *Kaiser* ab.

Ich bitte diejenigen, die für den Vorschlag *Kaiser* sind, daß drei Leute von dem Ganzen hier gewählt werden ohne Anrechnung, und daß dann aufgeschlüsselt wird entsprechend dem Vorschlag *Vogel*, eine Hand zu heben. Herr *Holzapfel*, darf ich Sie bitten abzuzählen. (Ergebnis: 77 Stimmen!)

Wer ist dagegen?

Also einverstanden.

Dann bitte ich um Vorschläge für die drei ersten Vorsitzenden.

(Zuruf *Kunze*: Ich schlage vor: Dr. *Adenauer*, Dr. *Holzapfel* und Dr. *Schäffer*!)

Das Wort hat Herr *Albers*.

Albers: Wir müssen bei der Beurteilung dieser Frage einmal die gesamtdeutschen Gesichtspunkte sehen. Was glauben Sie, wie es draußen im Lande wirkt, wenn bei diesen drei Verhandlungspartnern nicht auch ein Mann des großen Vertrauens der arbeitenden

Bevölkerung ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß letztendlich die Folgewirkungen unserer Politik nach der positiven oder nach der negativen Seite sich in den breiten Wählerschichten an Rhein und Ruhr zeigen. Sie werden verstehen, daß ich in diesem Gremium einen Mann des Vertrauens dieser breiten Schichten haben möchte. Ich schlage Ihnen Jakob *Kaiser* vor, über den wir gar nicht zu reden brauchen. Die Süddeutschen müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Es ist Herr Dr. *Schäffer* vorgeschlagen worden. Ich schließe mich diesem Vorschlag an. Denken Sie daran, daß bei der Aufstellung dieser Personen die gesamtdeutschen Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Müller*.

Dr. Karl Müller: Wir müssen daran denken, daß das Schild, was wir heute heraushängen mit den drei Vorsitzenden, im Lande draußen eine Proklamation ist, die so aufgefaßt wird, wie wir unsere Politik betreiben wollen. Heute morgen ist sehr eindeutig ausgesprochen worden, daß wir unsere Politik in erster Linie sozial ausrichten müssen. Daher muß auch in unserem Firmenschild unter den drei ersten Vorsitzenden einer stehen, der aus der Gruppe der arbeitenden Menschen kommt. Deshalb bin ich der Auffassung, wenn Dr. *Adenauer* der erste Vorsitzende ist – darüber ist nicht zu streiten –, daß an zweiter Stelle Herr *Schäffer* kommt und an dritter Stelle Herr *Kaiser*. Wir müssen auch bedenken, wenn Herr Dr. *Adenauer* aus dem Westen kommt, dann ist es nicht gut – und das richtet sich nicht gegen Herrn *Holzapfel* –, auch den zweiten Mann aus dem Westen zu nehmen. Nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten, einmal der Arbeiter wegen und zweitens des Ostens wegen, muß Jakob *Kaiser* dabei sein.

Dr. Adenauer: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß unbedingt ein Protestant dabei sein muß.

Das Wort hat Herr Dr. *Krone*.

Dr. Krone: Ich habe die Pflicht, als Vertreter Berlins hier zu sagen, daß dieser Bundestag ja auch den Osten mit einschließt. Vom Osten sind hier nur *Kaiser*, *Tillmanns* und ich. Sie müssen unbedingt Herrn *Kaiser* als Vertreter des Ostens, der den Kampf in der Ostzone mit uns geführt hat, mit hineinnehmen, wenn Sie es aufrechterhalten wollen, daß dieser Bundestag gesamtdeutschen Charakter haben soll.

Dr. Adenauer: Für den Fall, daß ich von Ihnen designiert werden sollte, als Bundeskanzler zu kandidieren, würde ich selbstverständlich ausscheiden, aber bis diese Entscheidung gefallen ist, glaube ich, werde ich dabei bleiben müssen. Es wird aber notwendig sein, daß wir alle diese Gesichtspunkte berücksichtigen. Deswegen glaube ich, daß wir vier nehmen müssen. (Zurufe: Ja!)

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir als vierten Herrn *Kunze* nehmen,

(Zurufe: Dr. *Holzapfel*, Dr. *Lehr*!)

oder, meine Herren, wenn damit der Norden zu sehr berücksichtigt sein sollte, würde ich Ihnen Herrn *Gerstenmaier* vorschlagen.

(Unruhe, Zustimmung und Widerspruch !)

Wenn alle zusammen sprechen, geht es zwar schneller, aber zunächst hat das Wort Herr *Strauß*.

Strauß: Es ist die Ansicht geäußert worden, daß nach Ihrem Ausscheiden, Herr Dr. *Adenauer*, aus der Gruppe des engeren Fraktionsvorstandes der Nachfolger kommen soll. Ich möchte bitten, daß dies nicht der Fall sein soll. Der erste Vorsitzende der Gesamtfraktion soll dann neu gewählt werden und zu den übrigen drei Persönlichkeiten

von den bisher genannten noch zwei hinzunehmen. Ich schlage vor Herrn Dr. *Holzapfel* und Herrn Präsidenten *Gengler* aus der französischen Zone. Ich denke nicht in Zonen als junger Mensch, aber *Gengler* als Landtagspräsident sollte dabei nicht übersehen werden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Ich glaube, daß die Diskussion sich auf einem Irrweg befindet. Es ist nicht die Rede davon gewesen, daß die drei von der Gesamtfraktion zu Ernennenden die drei Vorsitzenden sein sollen. (Zurufe: Doch, doch!) Nein, dann wäre der Vorschlag *Adenauer – Kaiser – Schäffer* ja untragbar, weil kein Evangelischer darunter ist; dann wäre mein Vorschlag *Adenauer – Holzapfel – Schäffer* untragbar, weil kein Arbeitervertreter darunter ist. Wenn wir jetzt auf die Linie kommen: *Adenauer – Kaiser – Schäffer* und einen vierten Evangelischen, dann bin ich der Meinung, daß wir unter allen Umständen Herrn *Holzapfel* nehmen.

Dr. Adenauer: Da ist wohl Herr *Kunze* im Irrtum gewesen. Die Abstimmung war klar dahingehend, daß diese drei Herren nicht aufgerechnet werden sollten auf die anderen.

(Zuruf *Mehs*: Ich wollte Herrn Minister *Junglas* als Vertreter der Arbeiter hier vorschlagen!)

(*Bausch*: Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir Herrn *Gerstenmaier* in den Vorstand hineinnähmen!)

Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Wir waren uns klargeworden, daß wir über die drei ersten Leute zunächst abstimmen sollten und dann noch 6 : 4 : 3. Wenn wir die 13 haben, können wir einen engeren Vorstand bilden. Man kann dann zwei Vertreter der evangelischen Konfession hineinnehmen. Ich würde zunächst an die 13 herangehen, also sechs von der britischen Zone, vier von der amerikanischen und drei von der französischen Zone. Dann haben wir ein Bild und können rangieren, was uns bis jetzt nicht möglich war.

Dr. Adenauer: Wir können diesem Vorschlag nicht folgen. Unter denjenigen, die von der Fraktion als Ganzes bestimmt werden, muß unbedingt ein Evangelischer dabei sein.

(Zuruf: Als evangelischer Bauer, der draußen im harten Wahlkampf gestanden hat, fühle ich mich verpflichtet, meinen Wählern gegenüber hier unbedingt klarzulegen, daß es unbedingt notwendig ist, einen evangelischen Mann zu wählen!)

Ich glaube, die große Mehrheit ist dafür. Darüber brauchen wir nicht mehr zu sprechen, sondern nur noch über die Personen.
Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Einigen wir uns darauf, daß unbedingt ein evangelischer Mann herein muß, weil das dem Prinzip und dem Namen unserer Partei entspricht. Ich würde dringend davor warnen, bitte aber mich dabei nicht mißzuverstehen, berufsständische Gesichtspunkte in diesen engsten Vorstand hineinzubringen. Ich habe mit Schrecken auf eine Wortmeldung eines Bauern gewartet und habe Angst gehabt, er könne behaupten, die meisten Wähler seien Bauern.

(Frau Dr. *Steinbiß*: Ich beantrage Abstimmung!)

Dr. Adenauer: Worüber?

Frau Dr. Steinbiß: Über die Annahme.

Dr. Adenauer: Dann stimmen wir zunächst ab über den 1. Vorsitzenden. Es ist der Vor-

schlag gemacht worden, mich zu wählen. Ich bitte diejenigen, die das tun wollen, eine Hand zu heben.

(Einstimmig für Dr. *Adenauer*!)

Dann waren weiter vorgeschlagen worden: *Kaiser*, *Schäffer* und der vierte zu gleichen Rechten. Wir wählen nun über *Kaiser* und *Schäffer*. Ich glaube, wir machen es schön, wenn wir über die beiden zusammen abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für *Kaiser* und *Schäffer* sind, eine Hand zu heben.

Das ist einstimmig.

Jetzt kommt der vierte, ein evangelischer Parteifreund. Es sind vorgeschlagen worden: *Holzapfel*, *Kunze*, *Gerstenmaier* und *Lehr*. In welcher Reihenfolge stimmen wir ab? (Zuruf: Alphabetisch!)

(Zuruf *Hilbert*: Ich schlage Herrn Dr. *Lehr* vor, der als stellv. Fraktionsvorsitzender im Parlamentarischen Rat unser besonderes Vertrauen erlangt hat.)

(Dr. *Kather*: Ich möchte ein Wort für Herrn *Gerstenmaier* einlegen.)

Wir sind in der Abstimmung.

(*Albers*: Zur Abstimmung: Ist es nicht richtig, wenn sich die evangelischen Freunde auf ihren Kandidaten einigen?)

(*Kunze*: Ich würde dringend raten, daß wir in der Reihenfolge der Vorschläge vorgehen. Der erste Vorschlag ist von mir gemacht worden: Dr. *Holzapfel*, und daß dann in der zeitlichen Reihenfolge weiter abgestimmt wird.)

Wie war die Reihenfolge?

(*Kunze*: *Holzapfel*, *Kunze*, *Gerstenmaier*, *Lehr*!)

Wir üben uns heute sehr. Sie haben gehört, der eine Vorschlag ging dahin, in alphabetischer Reihenfolge abzustimmen, der Vorschlag *Kunze* geht dahin, in zeitlicher Folge abzustimmen, wie die Vorschläge eingebracht wurden.

(Dr. *Vogel*: Wenn der Vorschlag auf *Holzapfel* lautet und wir bekommen *Adenauer*, *Kaiser* und *Holzapfel*, dann ist die amerikanische und auch die französische Zone nur mit Herrn *Schäffer* vertreten, und das steht in einem direkten Widerspruch.)

(Verschiedene Zurufe: Gesamtdeutsche Abstimmung!)

Das Wort hat Herr *Bucerius*.

Bucerius: Wir müssen uns überlegen, wer die Fraktion nachher führen soll. Das ist keine leichte Aufgabe. Der Mann, der sie führen soll, muß in den ersten vier enthalten sein. Dr. *Gerstenmaier*, den ich schätze, fällt nach meiner Auffassung aus. Er hat nicht die Erfahrungen, die nötig sind, um die Fraktion zu führen. Es muß ein Mann sein, der entweder im Parlamentarischen Rat oder im Wirtschaftsrat diese Aufgaben hinter sich gebracht hat. Der Posten des Fraktionsführers ist nächst dem des Bundeskanzlers die schwierigste Mission, über die wir heute zu bestimmen haben. Dabei dürfen wir uns nicht an die Einteilung halten, wie sie hier vorgeschlagen worden ist, nämlich: protestantisch, katholisch, Arbeitnehmer usw. usw. Diese Frage wollen wir in zweiter Linie behandeln. Die erste und entscheidende ist: Wer soll die Fraktion wirklich leiten. Darüber habe ich noch kein einziges Wort gehört. Herr Dr. *Adenauer* kann es doch nur vorübergehend.

(Zurufe: Neuwahlen!)

Dr. Adenauer: Besonders wichtig ist es, daß bei einer Fraktionssitzung alle aufpassen.

Das Wort hat Herr *Tillmanns*.

Dr. Tillmanns: Ich habe den Lauf der Verhandlungen so verstanden, daß wir uns bereits geeinigt haben, daß, falls der 1. Vorsitzende ein hohes Amt bekommt, nicht den Vorsitz führen kann und die Fraktion als Ganzes eine Neuwahl vornimmt.

Dr. Adenauer: Das ist doch alles erledigt. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr *Feldmann*.

Feldmann: Da Zweifel entstanden sind, ob wir in der Abstimmung oder in der Debatte sind, beantrage ich Abstimmung in alphabetischer Reihenfolge.

Dr. Adenauer: So weit waren wir vorher auch schon. Glauben Sie nicht, daß ich immer so langmütig bin. Es ist aber gut, ad oculos zu demonstrieren, daß eine Fraktion nur bei strengster Selbstdisziplin arbeiten kann. Wir stimmen zunächst ab, wer für alphabetische Reihenfolge ist. Diejenigen, die für alphabetische Abstimmung sind, bitte ich, die Hand zu heben.

Das ist die große Mehrheit. Wir stimmen also jetzt alphabetisch ab, und da ist unbestritten Herr *Gerstenmaier* der erste. Ich bitte diejenigen, die für Herrn *Gerstenmaier* sind, eine Hand zu heben. (Ergebnis: 34 Stimmen!)

Das ist nicht die Mehrheit.

Ich bitte diejenigen, die für Herrn *Holzapfel* sind, eine Hand zu heben. (Ergebnis: 82 Stimmen!)

(*Kunze*: Ich verzichte meinerseits, damit die Abstimmung nicht unnötig aufgehalten wird!)

Wir stimmen nicht weiter ab. Herr *Holzapfel* hat die Stimmenmehrheit bekommen und ist damit als vierter Mann gewählt.

(Dr. *Holzapfel*: Theoretisch kann der nächste 100 bekommen!)

Wir sind hier in einer verständigen Fraktion. Also ist Herr *Holzapfel* gewählt.

Ich bitte Sie jetzt, die einzelnen Leute aus den Zonen zu nominieren im Verhältnis 6 : 4 : 3. Wir müssen dafür die Sitzung unterbrechen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.10 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung um 16.30 Uhr.

Dr. Adenauer: Ich bitte, das Ergebnis der Wahlen mitzuteilen. Ich rufe zunächst auf die amerikanische Zone.

(Zuruf *Mehs*: Wir haben uns die Sache durch den Kopf gehen lassen und festgestellt, daß beim engeren Vorstand drei Herren der britischen und einer der amerikanischen Zone gewählt worden sind und außerdem noch Berlin. Die französische Zone ist überhaupt nicht berücksichtigt. Das sieht nach außen nicht gut aus. Deshalb würde ich vorschlagen, daß aus der französischen Zone noch zusätzlich ein Herr gewählt wird, und zwar Herr Minister *Junglas*.)

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Ich glaube nicht, daß wir das machen dürfen. Ich habe vorhin ausdrücklich gesagt, daß wir um des Politischen willen darauf Wert legen, daß Dr. *Adenauer* nicht ein Mann der britischen Zone ist und ich kein Mann von Berlin, sondern daß wir nach gesamtdeutschen Gesichtspunkten diese Wahl vornehmen.[55]

---

55 Zur Reaktion auf diese Ablehnung in der französischen Zone die Nrn. 53 und 54.

Dr. Adenauer: Wir waren doch eben fertig. Nun fangen wir wieder an. Ich meine, das können wir nicht. Ich bitte nun, das Ergebnis der Wahlen bekanntzugeben.

Dörpinghaus liest das Ergebnis vor:

Französische Zone: *Hilbert* – *Gengler* – Dr. *Wuermeling*.

Britische Zone: Frau Dr. *Weber* – *Blank* – Dr. *Bucerius* – Dr. *Kather* – Dr. *Lehr* – *Eckstein*.

Amerikanische Zone: Dr. *Vogel* – Dr. *Gerstenmaier* – *Strauß* – Dr. *von Brentano*.

Dr. Adenauer: Wir können in keine Diskussion mehr eintreten. Lassen Sie mich aber nur ein Wort sagen. Schleswig-Holstein ist nicht vertreten, das ist sehr bedauerlich. Aber die britische Zone hat eben so entschieden. Wir können jetzt nichts mehr daran ändern. Denken wir daran, daß in spätestens zwei Monaten die ganze Sache neu aufgerollt wird. Deswegen würde ich das jetzt nicht so tragisch nehmen.

(Zuruf: Ich spreche als Norddeutscher. Wir können es uns als Schleswig-Holsteiner nicht gefallen lassen, daß wir mit Rücksicht auf die nationalpolitische Frage an der Grenze nicht vertreten sind. Das würde einen schlechten Eindruck machen, den wir nicht hinnehmen können. Wir haben Herrn *Schröter* vorgeschlagen. Wir schlagen ihn erneut vor.)

(Weiterer Zuruf: Herr *Kaiser* hat gesagt, er sei nicht als Vertreter Berlins, sondern als Vertreter Gesamtdeutschlands hier. Wir stimmen dem zu. Wir bitten aber, daß Berlin vertreten werden soll, daß also zu dieser Aufschlüsselung 6 : 4 : 3 noch ein Mann aus Berlin gewählt wird.)

(Widerspruch und Unruhe!)

Es muß jetzt aufhören. Wir sind uns eben klargeworden, es den einzelnen Zonen zu übertragen, die Leute zu wählen. Die Zonen haben gewählt, und damit ist für heute Schluß und die Sache vorbei.

(Frau Dr. *Steinbiß*: Ich möchte nur noch vorschlagen, daß wir in die Veröffentlichung nicht hineinbringen: französische, amerikanische und britische Zone, sondern die Namen nur in einfacher Reihenfolge!)

In der Veröffentlichung nehmen wir die alphabetische Reihenfolge, abgesehen von den vier ersten.

Sie haben durch die bisherigen Verhandlungen einen Vorgeschmack davon bekommen, mit welchem großen Interesse alle Mitglieder an den Verhandlungen teilnehmen. Man kann wohl annehmen, daß auch alle mit solchem Interesse teilnehmen werden an den Verhandlungen über schwierige Gesetzentwürfe. Ich glaube, daß die Verhandlungen in unserer großen Fraktion sehr viel schneller vonstatten gehen, wenn das ganze Material von einem sehr guten Sekretariat entsprechend vorbereitet ist. Wir haben uns daher in der Fraktion des Parlamentarischen Rates, als feststand, daß wir auf 400 Abgeordnete kommen würden, über diese Frage den Kopf zerbrochen. Wir waren zu dem Ergebnis gekommen, daß wir mindestens vier ausgezeichnete Leute gebrauchen, und zwar – ich greife das etwas willkürlich jetzt aus dem Geschäftsbereich – einen für den ganzen technischen Betrieb, einen für das Politische, einen für das Wirtschaftliche und einen für das Soziale. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen irgendeine Persönlichkeit zu nennen. Ich habe mir absichtlich darüber kein Bild gemacht, weil ich nicht in den Verdacht kommen wollte, Ihnen vorgreifen zu wollen. Lassen Sie sich aber bitte diese Frage durch den Kopf gehen. Nur dann, wenn wir ein ausgezeichnetes Sekretariat haben, können wir erwarten,

daß wir in unseren Entscheidungen den Ansprüchen, die man an uns zu stellen berechtigt ist, wirklich genügen. Wir hatten auch in der Fraktion des Parlamentarischen Rates schon Schritte unternommen, ein Fraktionshaus zu bekommen. Es soll gemietet werden von der Stadt Bonn. Herr *Pfeiffer* – ist leider noch nicht hier, er wollte noch kommen – hat es, glaube ich, schon gemietet. Es finden in dem Hause Umbauten statt. Es ist gelegen in der Koblenzer Straße und enthält genügend Räume für ein solches Sekretariat, darüber hinaus auch Räume, um etwa in der Art eines Clubs zusammenzusein. Mit dem Hause ist weiter ein großer Garten verbunden. Der Gedanke des Herrn *Pfeiffer*, der sehr richtig ist, war der, daß wir unsere Fraktion daran gewöhnen müssen, in diesem Hause den Mittelpunkt ihrer Existenz zu sehen, damit wir uns dort einander kennenlernen und in ein interzonales Verhältnis miteinander kommen. Ich wiederhole: Herr *Pfeiffer* ist nicht da, ich nehme an, daß er nächsten Montag bei unserer Sitzung anwesend ist. Er wird Ihnen dann die Details vorlegen können.[56] Lassen Sie sich diese Frage durch den Kopf gehen.

Die Geldfrage ist natürlich wichtig. Hier ist an folgendes gedacht worden: Es wird vielleicht so kommen, daß in den Haushaltsplan des Bundestags Beträge aufgenommen werden, die den Fraktionen für ihre Sekretariate zur Verfügung gestellt werden, wenigstens zu einem Teil, was darüber hinaus nötig ist, muß bezahlt werden durch Abzug von den Diäten.

Zur Diätenfrage[57] folgendes: Im Parlamentarischen Rat haben wir uns über diese Frage unterhalten, insbesondere auch mit den Sozialdemokraten. Die Vertreter der Sozialdemokraten waren ebenso wie wir folgender Auffassung:

Die Arbeiten im Bundestag werden den weitaus größten Teil, wenn nicht ganz die Arbeitskraft seiner Mitglieder in Anspruch nehmen, so daß die Herren und Damen ihrer übrigen Tätigkeit in weitestem Umfange entzogen werden. Wir waren uns auch darüber klar, daß Diäten gezahlt werden müßten in einer Höhe, die es den Herren und Damen gestattet, anständig davon leben zu können. Es war die Rede davon, daß man etwa das Gehalt eines Ministerialdirektors nehmen solle. Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns heute hierin nicht weiter vertiefen, sondern das wird wohl zunächst in einem interfraktionellen Ausschuß des Bundestages zu erörtern sein. Es wird bis Dienstag der Ältestenausschuß zusammentreten müssen. Wir werden also einige Herren von uns bestimmen müssen, die in den Ältestenausschuß gehen. Wir können das nächsten Montag machen.[58] Wir können uns überlegen, wer zunächst dafür in Frage kommt. Das alles ist ja zunächst provisorisch.

Ich würde nun vorschlagen, daß wir zu der Frage übergehen: Bundespräsident und Bundeskanzler. Alle anderen Personalfragen müssen zunächst im Vorstand erörtert werden. Wir können es jetzt nicht im Plenum machen.

Der Bundespräsident ist die oberste Spitze. Er vertritt den Bund auch nach außen gegenüber dem Ausland.[59] Er repräsentiert; er hat außer den repräsentativen Verpflichtungen

---

56 Ein Vortrag *Pfeiffers* über diese Frage erfolgte in den anschließenden Fraktionssitzungen nicht.

57 Art. 48 Abs. 3 GG. Im Parlamentarischen Rat ohne „grundsätzliche Erörterungen" verabschiedet. Vgl. Entstehungsgeschichte, S. 377.

58 Vgl. Nr. 59, S. 222.

59 Art. 59 Abs. 1 GG.

einige Rechte[60]; er hat das Recht, dem Bundestag einen Bundeskanzler vorzuschlagen. Der Bundestag hat dann das Recht, entweder den Vorgeschlagenen zu wählen oder ihn nicht zu wählen. Wenn er ihn nicht wählt, tritt ein etwas kompliziertes Verfahren ein, das letzten Endes darin endet, daß der Bundespräsident das Recht hat, den Bundestag aufzulösen. Es ist nicht anzunehmen, daß der erste Bundespräsident, gleichgültig wie er heißt, nun sofort damit anfängt, daß er den Bundestag auflöst. Deswegen glaube ich, können wir das einmal zurückstellen.

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.[61] Der Bundeskanzler schlägt dem Bundespräsidenten die Minister vor, der sie dann ernennt.[62] Die Stellung des Bundeskanzlers ist auch insofern sehr fest, als er nur zum Rücktritt gezwungen werden kann durch ein sog. konstruktives Mißtrauen, d. h. wenn diejenige Mehrheit des Bundestages, die sich daraufhin verständigt, daß sie dem Bundeskanzler ihr Mißtrauen ausspricht, sich gleichzeitig daraufhin verständigt, daß sie einen neuen Bundeskanzler wählt.[63] Sie werden ohne weiteres einsehen, daß bei der Zusammensetzung des Bundestages, wie er aus den Wahlen hervorgegangen ist, es wohl nicht möglich ist, wenn wir zu einer Koalition kommen, [daß] ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird gegen den Bundeskanzler und gleichzeitig ein neuer vorgeschlagen wird. Denn das könnte schließlich nur dieselbe Mehrheit tun, die ihn wählt, und dann würde der Bundeskanzler ja wohl freiwillig zurücktreten.

Es ist also zunächst die Frage von uns zu prüfen, welche Position ist die wichtigste für uns, die des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers. Ich glaube, man muß sich diese Frage zunächst stellen, ehe man die zweite Frage stellt, ist es möglich, daß wir beide Posten besetzen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß, auch wenn man die Stellung des Bundespräsidenten nach außen noch so hoch einschätzt, die Stellung des Bundeskanzlers für die Führung der Geschäfte und auch für unsere Partei die wichtigste ist. Es kommt noch eins hinzu, was ich in dem Zusammenhang auch erwähnen muß: Der Bundespräsident wird nicht irgendwie eine Parteifunktion ausüben können; er kann ja auch nicht Mitglied des Bundestages sein. Der Bundeskanzler ist nicht daran gehindert, auch parteipolitisch tätig zu sein. Das ganz allgemein.

Und nun konkret gesprochen: Sie müssen mir erlauben, jetzt von mir zu sprechen. Im Winter haben mehrere unserer Freunde mir gesagt, Sie müssen Bundespräsident werden. Dann mehrten sich die Stimmen, die sagten, nein, Sie müssen Bundeskanzler werden. Wenn ich 10 Jahre jünger wäre, dann wäre die Entscheidung bei mir, was ich tun würde, wenn Sie mich zum Bundeskanzler wählen wollen, sehr viel einfacher und leichter als in meinem Alter. Ich habe auf die Bitten meiner Freunde hin mich innerlich sehr eingehend geprüft. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß ich, wenn auch nicht irgendwie frohen Herzens, wenn Sie mich dieses Amtes für geeignet halten, diesem Ruf Folge leisten müßte. Ich darf noch hinzufügen, daß sowohl die Demokraten wie auch die Deutsche Partei mit meiner Wahl zum Bundeskanzler durchaus einverstanden [sein] werden. Soweit ich den Herrn Dr. *Seelos* verstanden habe – ich sagte schon, daß er vor-

60 Vgl. zum folgenden Art. 63 GG.

61 Art. 65 GG.

62 Art. 64 Abs. 1 GG.

63 Art. 67 GG.

gestern bei mir war –, würde auch von dieser Seite aus meine Wahl zum Bundeskanzler begrüßt werden.

Jetzt gehe ich auf das ein, was die Herren *Holzapfel* und *Albers* gesagt haben.[64] Herr *Holzapfel* hat gemeint, wenn ich ihn richtig verstanden habe, wir müßten erstreben, beide Posten zu besetzen. Herr *Albers* hat angeregt, wir möchten überlegen, ob wir nicht einen der Sozialdemokratie angehörigen Herren ausfindig machen könnten, der die Stelle des Bundespräsidenten einnehme. Lassen Sie mich bei dem letzteren zunächst mal anfangen. Ich halte diesen Vorschlag für nicht diskutabel. Wie die Dinge gelaufen sind und die ganze Entwicklung gewesen ist, würden nicht nur unsere Wähler, sondern auch andere uns nicht mehr verstehen, wenn wir jetzt einen der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Herrn wählten. Die andere Frage, die Herr Kollege *Holzapfel* angeregt hat, möchte ich Ihnen in folgender Weise mit einer Glosse versehen: Es ist sehr wünschenswert, daß der erste Bundespräsident von einer möglichst großen Mehrheit des Bundestages gewählt wird, wenn das nicht zu erreichen ist, daß dann wenigstens die sozialdemokratische Fraktion weiße Stimmzettel abgibt. Ich glaube nicht, daß wir nach der Sachlage, die sich in der Zwischenzeit entwickelt hat, einen CDU-Mann finden, dessen Kandidatur auch nur auf weiße Stimmzettel bei den Sozialdemokraten rechnen kann, sondern nach meiner Überzeugung würden die Sozialdemokraten einen Gegenkandidaten aufstellen, auf den sie dann ihre Stimmen konzentrieren würden. Das würde für die neue deutsche Republik ein sehr schlechter Beginn sein.

Aus diesem Grunde waren wir bei den Gesprächen mit diesem und jenem der Auffassung, daß es doch sehr erwägenswert sei, wenn Herr *Heuss* als Bundespräsident vorgeschlagen und gewählt werde. Auf Herrn *Heuss* ist man aus folgendem Grunde gekommen: Die Sozialdemokraten haben im Laufe des Winters wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie bereit wären, Herrn *Heuss* zum Bundespräsidenten zu wählen.[65] Zur Persönlichkeit des Herrn *Heuss* möchte ich nach meiner Erfahrung folgendes sagen: Herr *Heuss* ist an sich ein sehr liebenswürdiger und honoriger Mann; er ist ein Liberaler alten Schlages.

(Zuruf: Das ist schlimm!)

(*Kaiser*: Er ist kein Liberaler, sondern ein Demokrat!)

Er ist dabei auch demokratisch gesinnt. Er ist Württemberger. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß er christentumsfeindlich ist. Das ist er keinesfalls. Er hat natürlich nicht das innere Verhältnis zum Christentum, was wir haben, aber er hat eine gewisse Achtung vor dem Christentum.

(*Bausch*: Er hat eine gute Frau!)

Ich möchte mich jetzt vorsichtiger ausdrücken als Herr *Bausch*. Er hat eine gute häusliche Atmosphäre, was das Christliche angeht. Die Frau ist, glaube ich, nach jeder Richtung hin einwandfrei. Nach den Beobachtungen, die ich gemacht habe, als die Frau hier war, hat sie auf Herrn *Heuss* einen guten Einfluß. Wir wählen sie ja indirekt. Ich resümiere nochmals: Der Bundeskanzler ist für uns das wichtigste. Ein CDU-Kandidat wird nicht die Stimmen der Sozialdemokratie bekommen; er wird auch keine weißen Zettel bekommen. Wenn Herr *Heuss* vorgeschlagen wird, kann man annehmen, daß er vielleicht von den Sozialdemokraten mitgewählt wird; keinesfalls werden sie ihm einen Ge-

64 S.o. in diesem Dokument.

65 Vgl. Nr. 44, Anm. 62.

genkandidaten gegenüberstellen. Alles in allem genommen, glaube ich, daß Herr *Heuss* – aber verstehen Sie das recht, was ich jetzt sage – uns keine großen Schwierigkeiten machen wird. Der Bundespräsident kann überhaupt keine Schwierigkeiten machen, wenn der Bundeskanzler genügend Nerven hat, um ihm das unmöglich zu machen. (Heiterkeit!) Ich drücke mich doch so zart aus wie möglich, und da lachen Sie. Aus diesen Gründen heraus glaubten wir – das ist keine geschlossene Gemeinschaft gewesen, sondern Gespräche mit diesem und jenem, der die Verhältnisse kennt –, man soll den Herrn *Heuss* zum Präsidenten von den Demokraten vorschlagen lassen. Die Entscheidung liegt natürlich bei Ihnen. Dann würden wir ihn mitwählen. Das würde natürlich auch den Demokraten angerechnet werden.

Nun hat Herr *Holzapfel* mit Recht gesagt, Herr *Heuss* ist nicht mehr jung, und Sie sind noch weniger jung. Das stimmt, Herr *Holzapfel*. Und jeder von uns, der viel Auto fährt, kann sich eines schönen Tages im Himmel wiederfinden.

(*Lenz*: Oder in der Hölle!)

Ich glaube, es kommen wenige Menschen in die Hölle, Herr *Lenz*. Nun kann man aber dafür keine schriftliche Vorsorge treffen, was sich ereignen soll. Vergessen Sie bitte nie, daß, solange die Zusammensetzung des Bundestages so ist, wie sie heute ist, sowohl für den Fall, daß der Bundespräsident wegfällt, wie dafür, daß der Bundeskanzler wegfällt, ohne uns nichts gemacht werden kann. Wenn Sie sich das einmal ruhig durch den Kopf gehen lassen, dann kommen Sie zu folgendem Ergebnis: Wenn der Bundeskanzler wegfallen sollte, dann kann ohne uns kein Bundeskanzler gewählt werden. Dann ist der Bundespräsident auf unsere Zustimmung angewiesen. Ob das nun vorher schriftlich gemacht wurde oder nicht, das ändert an der Sache nichts.

(Dr. *Holzapfel*: FDP und SPD könnten das machen!)

Herr *Holzapfel*, das ist reine Theorie. Jetzt haben noch die Demokraten ausdrücklich erklärt: Wir werden unter keinen Umständen in eine Koalition mit der SPD und der CDU hineingehen. Glauben Sie denn, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten – 132 plus 53, das ist nicht die Mehrheit – einen Bundeskanzler gegen uns durchsetzen werden? Man soll sich nach meiner Meinung nicht mit theoretischen Spekulationen den Blick für die Wirklichkeit verwirren. Auch wenn der Bundeskanzler wegfällt, ist es absolut unmöglich, daß der Bundespräsident *Heuss* gegen unseren Willen jemand zum Bundeskanzler macht, der uns nicht paßt. Ich bitte Sie aber, diese Frage in aller Ruhe zu überlegen. Vielleicht ist es richtig, daß Sie mir gestatten, einen Augenblick an die frische Luft zu gehen, damit Sie in meiner Abwesenheit über die ganze Frage ungehemmt sprechen können.

(*Lenz:* Es wäre noch eine andere Möglichkeit zu erwägen, nämlich folgende, daß wir in der Person des Bundespräsidenten sichtbar zum Ausdruck bringen, der Staat wird von den breitesten Schichten des Volkes getragen, d. h. wir stellen einen Arbeiter, einen Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung an die Spitze des Staates. (Zuruf: Wer denn?) Zunächst meine ich das Prinzip.)

Wie kann man so unpolitisch sprechen! Ich bin wirklich aufs äußerste erstaunt darüber, Herr *Lenz*, Sie provozieren doch geradezu, daß jetzt ein Bauer kommt und sagt, ein Bauer muß an die Spitze des Staates, oder daß noch ein anderer kommt und sagt: Der und der muß an die Spitze des Staates. Man kann doch wahrhaftig nicht den Präsidenten des Bundes nach dem Stande wählen. Das ist doch unmöglich. Dann müssen Sie auch Namen nennen.

(*Lenz*: Hans *Böckler*!)

(Lebhafte Unruhe und Widerspruch im Saal!)

Ich bin im allgemeinen ein sehr ruhiger Mensch, aber daß der Herr *Lenz* uns vorschlägt, den Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft, den Sozialdemokraten Hans *Böckler* zum Bundespräsidenten zu wählen, das, muß ich gestehen, ist ein starkes Stück.

(*Lenz:* Ich habe keinen Sozialdemokraten vorgeschlagen. In der Gewerkschaft stehen auch die christlichen Menschen.)

(Zuruf: Welcher Kirche gehört er an?)

(Zuruf: Er ist protestantisch!)

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Ich würde bitten, daß wir diese Diskussion nicht weiterführen. Ich kann wohl verstehen, aus welchen Überlegungen heraus *Lenz* diesen Vorschlag machen wollte. Er hängt mit Überlegungen zusammen, die politische Situation nach Möglichkeit zu entgiften. Dieser Vorschlag mit *Böckler*, der von sozialdemokratischer Seite einmal erfolgt ist, ist ebenso abwegig wie der Vorschlag, Frau Louise *Schroeder* zu wählen. Das kommt gar nicht in Frage. Ich würde bitten, daß wir diese Diskussion fallenlassen.

Herr *Adenauer* hat gesagt, er möchte an die frische Luft gehen, damit wir über ihn sprechen können. Ich glaube, das ist nicht nötig, er soll bei uns bleiben. Wir stimmen alle mit ihm darin überein, daß er berufen ist, der Kanzler der deutschen Bundesrepublik zu werden. (Lebhafter Beifall!) Wir alle – gleichgültig ob jemand mit Konrad *Adenauer* in jeder Einzelheit seiner politischen Betrachtungsweise und seines Urteils übereinstimmt – ehren und auszeichnen uns mit dem Nachvornetreten dieses Mannes, und ich kann nur wünschen, daß er die Versicherung von uns entgegennimmt, daß wir alle miteinander – auch wenn wir nicht immer mit ihm einverstanden sein können, das kann nicht einmal ich, Herr Dr. *Adenauer* – ihn überzeugt sehen möchten, daß wir nach besten Kräften mit allem, was wir positiv einsetzen können, ihm helfen werden, diese schwere Aufgabe zu meistern. Und jetzt können wir über die Angelegenheit mit *Heuss* usw. sprechen. (Beifall!)

Dr. Adenauer: Ich danke Ihnen sehr, und ich warne Sie. Denn ganz leicht wird es nicht mit mir sein. Bis heute haben Sie noch nichts gemerkt.

(Zurufe: Wir kennen Sie. – Das gewöhnen wir Ihnen ab!)

Wenn ich dieses Amt übernehme, dann tue ich das – ich will nicht pathetisch werden – im Gefühl einer höheren Verpflichtung. Und wenn man etwas im Gefühl einer höheren Verpflichtung tut, dann muß man in entscheidenden Dingen sich selbst treu bleiben, dann muß man auch darauf rechnen können, daß man in entscheidenden Fragen letzten Endes die ganze Unterstützung der Leute hat, die einem das Vertrauen geschenkt haben. Ich bin fest davon überzeugt, nicht immer mit allen und mit allem übereinzustimmen. Sie müssen sich dann damit abfinden, daß letzten Endes derjenige, der die Verantwortung trägt, auch von den Rechten, die er dann hat, Gebrauch machen muß. Das muß ich mit aller Offenheit sagen.

(*Kaiser*: Das erwarten wir sogar!)

Wenn Sie das erwarten, dann will ich hoffen, daß ich Ihre Erwartung nicht enttäusche.

Das Wort hat Herr *Holzapfel*.

Dr. Holzapfel: Ich muß bei dem bleiben, was ich heute morgen gesagt habe. Wir haben

in diesem Wahlkampf eine Entscheidung für uns bekommen. Herr Dr. *Adenauer*, Sie meinten heute morgen, ich hätte weniger Mut. Ich glaube, es ist umgekehrt, ich habe mehr Mut und bin der Auffassung, daß wir nicht dieses Amt des Staatspräsidenten der FDP geben dürfen; denn damit machen wir die FDP groß. (Sehr richtig!) Wir werden damit die FDP zu einer entscheidenden Partei machen. Sie werden sehen, wie groß die Bewegung sein wird, die zur FDP geht von unserem Kreis. Wir sind der Auffassung, daß eine Partei, die das Vertrauen bekommen hat, die Verantwortung tragen muß und die andere in Opposition geht. Die Demokratie funktioniert da, wo Verantwortung und Opposition geteilt sind; sie funktioniert nicht, wo ein großer Kuhhandel gemacht werden muß mit einer Fülle von kleinen Parteien. Hier machen wir die kleinen Parteien groß, wenn wir der Demokratischen Partei die Stelle des Züngleins an der Waage geben. Das ist von unserem grundsätzlichen Standpunkt aus verkehrt.

Wir haben diesen Wahlkampf in erster Linie aus wirtschaftspolitischen, aber auch aus kulturpolitischen Gesichtspunkten geführt. Wir verleugnen glatt unser Gesicht, wenn wir unsere Stimmen einem Kandidaten geben, der diese Voraussetzungen nicht hat.

Es gibt drei Wahlvorgänge für den Staatspräsidenten; der erste Wahlgang, in dem festgestellt wird, ob eine absolute Mehrheit da ist, ein zweiter Wahlgang, in dem das erneut festgestellt wird, und ein dritter, in dem derjenige, der die meisten abgegebenen Stimmen erhält, gewählt ist.[66] Ich glaube, mit einer ziemlichen Sicherheit sagen zu können, soweit ich von der SPD unterrichtet bin, die SPD wird für den ersten Wahlgang einen Mann nominieren, für den zweiten denselben, ob sie für den dritten Wahlgang einen nominieren wird, weiß ich nicht. Wir sind doch in der Lage, einen Mann zu besitzen, der die gleichen Qualitäten besitzt wie *Heuss*. Ich will und kann keinen Namen nennen. Aber es würde Aufgabe des Vorstandes sein, einen geeigneten Kandidaten vorzuschlagen. Seien wir uns darüber klar, es dreht sich jetzt bei dieser Frage um die Entscheidung, wie die Zukunft unserer CDU sein wird. Halten wir unsere Partei zusammen.

Wenn der Staatspräsident bei irgendeinem feierlichen Akt heraustritt und z. B. zu dem Problem des deutschen Ostens etwas sagt, dann garantiere ich Ihnen dafür, daß das von der FDP als eine rein politische Sache ausgenutzt wird. Wenn die FDP jemand aus den Kreisen der Wirtschaft, der Kunst und sonstwoher nominieren würde, dann hätte ich Verständnis dafür, aber sie nominiert ihren Parteivorsitzenden. Das geht einfach nicht. Ich bin der Auffassung, wir müssen uns dafür stark machen, auch dieses Amt zu besetzen.

Sie haben eben gesagt, als ich die Frage – wir hoffen, daß es nicht der Fall sein wird – der Neubesetzung des Bundeskanzlers anschnitt, es sei vollkommen unmöglich, daß die FDP mit der SPD zusammengehen würde. Ich bin leider aufgrund der Erfahrungen im Frankfurter Wirtschaftsrat davon überzeugt, meine Freunde aus Bayern, wenn es sich einmal um die Frage Zentralismus oder Föderalismus handeln würde, daß beide in eine Regierung hineinziehen werden. Auf der anderen Seite ist unsere Position viel stärker. Die FDP kann, solange wie wir uns für eine Marktwirtschaft einsetzen, niemals gegen uns stimmen.[67] In dem Moment, wo wir den Ton auf das Soziale legen, habe ich sehr erhebliche Bedenken, ob die FDP mit uns zusammengeht, oder ob sie es so macht, wie sie es in Frankfurt zwei Jahre getan hat. Wir können die FDP auch vorher nicht festlegen. Ich rufe

66 Art. 54 Abs. 6 GG.

67 In der Vorlage irrtümlich „mit uns stimmen".

die Kollegen aus Frankfurt als Zeugen an. Bei der FDP hat es bisher nie eine einheitliche Meinung gegeben. Wenn wir mit einem Redner herauskamen, kam die FDP mit Dreien heraus. Die Drei erklärten genau das Gegenteil. Ich darf daran erinnern, welchen Brief die Fraktion der FDP und die Fraktion der DP an die Fraktion der CDU geschrieben haben, in dem gesagt wurde, wir treten aus bei euch, weil ihr eine Politik treibt, die zu sehr im Sinne der Gewerkschaft liegt.[68] Die FDP hat uns damals gewarnt, sie würde im Plenum gegen uns stimmen, wenn wir unsere Politik nicht ändern würden. Das sind reale Tatsachen, mit denen wir rechnen müssen.

Ich darf noch einmal anknüpfen an die Tage nach der Wahl. Ich bin im ganzen sechs Tage weg gewesen, und ich darf hierbei erwähnen: Als ich in einem großen Kurhotel mit Freunden aus Schweden, Holland und der Schweiz auf die Frage kam, daß die CDU als die stärkste Partei das Amt des Bundespräsidenten an einen Angehörigen der FDP geben wolle, haben sie alle die Köpfe geschüttelt und gesagt, das sei unmöglich in einer Demokratie. Ihr habt doch gesagt, ihr müßt doch diese beiden Posten besetzen. Das ist ein Grundsatz, der selbstverständlich für die Demokratie ist. Das ist mir von diesen Leuten übereinstimmend gesagt worden. Es waren keine Marxisten anwesend, sondern alles Leute, die mehr oder weniger auf unserem Standpunkt stehen. Daher nochmals meine Bitte: Überlegen wir das sehr vorsichtig, es dreht sich nicht nur um die Grundsteinlegung der deutschen Demokratie, sondern auch um den Bestand der CDU.

Ich darf nochmals wiederholen, was ich vorhin gesagt habe. Ich glaube, nach Ihren letzten Ausführungen haben Sie mich nicht ganz richtig verstanden; als ich gesagt habe, es sind zwei Herren, die in einem vorgerückten Alter stehen, habe ich darauf angespielt und gemeint, guckt Euch bitte die Jugend an, die Jugend, die sich von uns abwendet und sagt, ihr seid nur eine Partei der alten Leute, und diese neue Demokratie ist eine Sache der alten Herren.

(*Etzel*: Ein Mindestmaß von Taktgefühl muß gewahrt werden!)

Herr *Etzel*, lesen Sie den Aufsatz im „Spiegel". Ich weiß nicht, ob Sie einen Verstoß gegen den Grundsatz eines Taktgefühls . . .

(Dr. *Adenauer*: Ich wundere mich, daß Sie sich jetzt vom „Spiegel" in Ihrer politischen Absicht leiten lassen.)

Ich lasse mich nicht davon leiten. Ich sehe aber, wie bei uns die Situation ist. In meinem Heimatkreis sind 7000 verkehrte Stimmen abgegeben worden, wo Leute auf den Wahlzettel „Deutschland" geschrieben und keine Namen angekreuzt haben. Das ist die Jugend. Ich fühle mich verpflichtet als Mitglied des Vorstandes unserer CDU das mit allem Nachdruck zu sagen, weil ich nicht nur diesen einmaligen Wahlkampf gewonnen haben möchte, sondern weil ich auch für die Zukunft eine starke CDU mir wünsche, die dieses neue Deutschland gestaltet und formt. (Beifall!)

Dr. Adenauer: Wenn ich nicht der Stellung des Bundespräsidenten glaubte Abbruch zu tun, würde ich sagen, diese ganze Rede hätten Sie halten können, wenn Sie gegen ein Zusammengehen mit der FDP gesprochen hätten. Nehmen Sie mirs nicht übel, ob dieser Bundespräsident nun ein FDP-Mann ist und ob er noch ein bißchen jünger ist und wir beide zusammen schon recht alt sind, das macht an der Jugend gar nichts aus.

(Dr. *Holzapfel*: Er ist Repräsentant des Staates!)

---

68 Schreiben datierte vom 17. 1. 1948. Vgl. Ambrosius, S. 191f.

Lieber Herr *Holzapfel*, Repräsentant des Staates, es kommt darauf an, was wir leisten und nicht darauf, daß man gelegentlich eine Rede hält. Ich habe mich sehr gewissenhaft geprüft in dieser Frage schon aus rein egoistischen Gründen heraus. Ich bin mir völlig klar darüber, welche Last ich auf mich nehme. Ich weiß auch, wenn man mir vielleicht gesagt hätte, wir wollen Dich zum Bundespräsidenten wählen, daß ich es dann unendlich viel leichter hätte, aber so darf man wirklich die Sache nicht ansehen, wie Sie es tun, Herr *Holzapfel*. Alles, was Sie anführten, können Sie meinetwegen sagen zur Begründung: Geht nicht mit der FDP zusammen. Aber Sie können es nicht bei der Wahl des Bundespräsidenten sagen.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, was ich eben absichtlich nicht gesagt habe. Eine sehr wichtige Persönlichkeit in unserem staatlichen Leben ist auch der Präsident des Bundesrates. Mir schwebt vor, daß Ministerpräsident *Ehard* von Bayern Präsident des Bundesrates werden soll.[69] (Zurufe: Bravo!) Ich habe das auch schon Herrn *Blücher* gesagt. Das muß selbstverständlich bei den ganzen Besprechungen berücksichtigt werden. Nun können wir aber unmöglich – Sie müssen sich die Skala vor Augen halten – den Bundespräsidenten für uns beanspruchen, den Bundeskanzler, den Präsidenten des Bundesrates und den Präsidenten des Bundestages und dazu noch die wichtigsten Ministerien . . .

(Dr. *Holzapfel*: Wir tragen doch die Verantwortung, warum denn nicht!)

Verehrter Herr *Holzapfel*, die Demokraten, die mit uns zusammengehen, tragen doch auch zu ihrem Teil Verantwortung. Sie können doch den Leuten nun wirklich nicht zumuten, daß sie lediglich unsere Hilfstruppen sind. Wenn Sie sich nun einmal die ganze Reihe vor Augen halten: Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundesratspräsident, Bundestagspräsident, dann die wichtigsten Ministerien, Ministerium des Innern, Finanzministerium, Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, – ja einmal muß man doch Schluß machen und – ich will nicht sagen, aus christlicher Nächstenliebe, aber aus Vernunft – auch den anderen etwas zukommen lassen. Ich bitte Sie daher, sehen Sie die Sache nicht so temperamentvoll an. Auch was Ihre Herren im Schweizer Hotel gesagt haben, ist nicht bestimmend für mich, die wußten und kannten die augenblickliche Situation nicht. Und wenn der „Spiegel" etwas schreibt, dann habe ich nur ein Achselzucken dafür. Es kommt lediglich darauf an, daß wir eine gute Politik machen und etwas Gutes leisten. Ich muß mir sehr kaltblütig alle diese Posten überlegen und sehen, was ist nun für uns das wichtigste; wenn ich den anderen auch etwas geben muß, dann gebe ich ihnen das, was mir am unwichtigsten zu sein scheint. Ich mag mich dabei täuschen. Aber ich habe den Eindruck, daß das nach außen hin etwas ist, aber de facto ist es nicht so wichtig. Unter dem Gesichtspunkt habe ich Ihnen meine Meinung gesagt; ich glaube, sie ist richtig.

Das Wort hat Herr Dr. *Dresbach*.

Dr. Dresbach: Nach dem Rezept des Herrn *Holzapfel* müßte zum mindesten in Italien die Demokratie in Gefahr sein. Dort ist die Lage ähnlich wie hier, wo der liberale *Einaudi* Staatspräsident ist. Ich will mich mit Herrn *Heuss* beschäftigen, mit dem mich eine jahrelange gemeinsame publizistische Arbeit verbindet. Zunächst möchte ich ein etwas äußerliches Moment erwähnen, was mir menschlich sympathisch ist. Dieser Mann hat lange Jahre in Berlin zugebracht, aber er spricht ein unverfälschtes und m. E. sehr schönes schwäbisch. Auf dieser Seite des Föderalismus ist er zumindest akzeptabel. (Heiterkeit!)

69 Dieser Wunsch wurde von bayerischer Seite erstmals am 20. 8. 1949 vorgetragen. Vgl. Nr. 17a und b.

(*Lenz*: Manchester-Mann!)

Er stammt aus der Schule *Naumann*. Ich war bei der Deutschen Volkspartei. Auch diese Partei hat Spaltungen und Meinungsunterschiede gehabt. Ich darf feststellen, daß sie sogar bei der CDU vorhanden sind. Vom Standpunkt des sozialpolitischen Denkens scheint mir *Heuss* akzeptabel zu sein. Vom christlichen Standpunkt ist er Liberaler, aber durchaus stehend auf der christlichen Sittenlehre. Er gehört nicht jener Partei der Freidenker an, die im letzten Wahlkampf den furor protestantismus wecken wollten, die im antikatholischen Wesen ihren Protestantismus erschöpft sehen.

Es ist so viel vom Arbeiter gesprochen worden. Lieber Herr *Albers*, es gibt auch den Typ des geistigen Arbeiters.

(*Lenz*: Den haben wir damit gemeint!)

In *Heuss* sehe ich einen guten Repräsentanten des deutschen geistigen Arbeiters, womit ich nicht sagen will, daß unser Bundeskanzler zu den ungeistigen gehört. Wir können uns mit Herrn *Heuss* einverstanden erklären. Er ist nicht ganz mein Mann, sonst wäre ich bei seiner Partei. Ich bin aber hier. Immerhin, Herr *Holzapfel*, Ihre von mir als Brandrede angesehene Rede ist nicht angetan, wenn sie in die Öffentlichkeit kommt, zu einer Koalitionspolitik beizutragen, und ich muß Herrn *Adenauer* Recht geben, daß Ihre Rede besser früher gehalten worden wäre, nämlich gegen eine Koalition mit der FDP.

Dr. Adenauer: Ich erinnere daran, was Herr *Dresbach* gesagt hat. Herr *Heuss* ist Süddeutscher. Ich zähle nicht zu Süddeutschland. Es ist ganz gut, wenn auch Süddeutschland berücksichtigt wird. Herr *Heuss* ist evangelisch. Es können nicht etwa beide Spitzen der gleichen Konfession angehören. Auch das ist alles dabei zu berücksichtigen. Ich bitte also, sine ira et studio diese ganze Frage sich durch den Kopf gehen zu lassen. Ich glaube, Sie werden sagen, man kann es machen.
Das Wort hat Herr *Ehren*.

Ehren: Wenn es wahr ist, daß Politik die Kunst des Möglichen darstellt, müssen wir uns doch einmal leidenschaftslos fragen, ist die FDP auch bereit mitzumachen, wenn sie den Präsidentenposten nicht bekommt. Die Situation ist für uns doch ganz klar. Allein haben wir keine Mehrheit. Wir müssen also einen Bundesgenossen suchen. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir dem Bundesgenossen gewisse Konzessionen machen müssen. Ich glaube also, daß es gar keinen Wert hat, daß wir uns irgendwie etwas vornehmen, was politisch einfach nicht realisierbar ist.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Gerstenmaier*.

Gerstenmaier: Ich bin in einer außerordentlichen Verlegenheit. Professor *Heuss* ist mein Landsmann, den ich persönlich sehr schätze. Ich bedauere außerordentlich, daß hier in der Diskussion der Eindruck entstanden ist, als ob Herr *Heuss* nach der persönlichen Seite nicht tragbar wäre als Bundespräsident. Ich meine, daß er durchaus tragbar wäre.

Ich halte mich aber für verpflichtet, auf etwas hinzuweisen, was ich vorher nicht wußte und was ich erst im Laufe der letzten vier bis sechs Wochen am eigenen Leibe erfahren habe. Herr Professor *Heuss* vertritt mit seinem ganzen Charme und seiner großen Einflußmöglichkeit als Spitzenmann eine Partei, bei der ich als einziger im Wahlkampf Züge des Klassenkampfes gefunden habe und der mich aufs tiefste erschreckte. Ich würde dafür plädieren, daß diese Frage auf Wiedervorlage gelegt wird bis zum nächsten Montag. Wir müssen uns darüber klar sein, daß damit der FDP eine Position zugespielt wird, die

uns in jedem Wahlkampf außerordentliche Schwierigkeiten machen wird gerade in den Kreisen, um die wir entschlossen sind, in den nächsten Jahren einen wilden Kampf zu führen, nämlich in den Kreisen, die die CDU als politischen Katholizismus usw. bezeichnen. Das ist eine solch große Bedrohung, wie ich sie für die CDU auf keiner anderen Seite im Wahlkampf zu erblicken vermochte. Entschuldigen Sie, wenn ich sage, ich hätte diese Rede vor vier Wochen halten können. Sie ist einfach das Ergebnis einer nackten Erfahrung. Ich bin völlig vorbehaltlos und muß gestehen, die große Bedrohung, die uns in der FDP als solche erwächst, das ist der konziliante Mann, der in den evangelischen Kreisen großen Einfluß besitzt, daß er die Evangelischen wegzureißen vermag, auf die wir nicht verzichten können und nicht verzichten wollen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Ich kann nur unterstreichen, was *Gerstenmaier* gesagt hat. Ich bin der Meinung, man sollte heute nicht zu einer abschließenden Entscheidung kommen. Es muß überprüft werden, was Dr. *Holzapfel* gesagt hat. Ich weiß nicht, wieweit man bei den Vorverhandlungen vorangekommen ist. Nach den Erklärungen von Dr. *Adenauer* sind wir noch vollkommen frei. Gerade aus den Worten des Herrn *Gerstenmaier* klang es heraus, daß wir uns überlegen sollten, ob wir der FDP diese Chance geben können. Der Bundespräsident darf nach meiner Auffassung nicht bloß mit einer schmalen Mehrheit gewählt werden, weil er der Repräsentant des ganzen Staates werden soll.

Wir müssen auch verhüten, daß der Bundesrat das blockierende Element einer Gesetzgebung des Bundestages werden könnte. Ich bitte also 1. um Vorsicht bei der Frage des Bundespräsidenten und 2. in der Frage des Bundesratsvorsitzenden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Frau *Niggemeyer*.

Frau Niggemeyer: Ich bin der Ansicht, daß nicht nur der „Spiegel" und einige Leute in einem internationalen Hotel die Dinge so sehen, wie sie Dr. *Holzapfel* dargestellt hat, auch hier im Lande wird von den verschiedensten Seiten gesagt, daß man es als ein allzu großes Geschenk an die FDP ansieht, wenn man ihr den Posten des Bundespräsidenten ohne weiteres gibt. Es bleibt zu berücksichtigen, ob es nicht noch anders geht. Ich unterstreiche das, was Herr *Holzapfel* gesagt hat: Wird die Stellung der FDP in der kommenden Regierung sehr stark, dann werden wir wahrscheinlich bei den Wahlen zum Landtag in der britischen Zone, besonders in Nordrhein-Westfalen, erleben, wie viele unsichere Elemente dann zur FDP gehen. Ich halte es für ratsam, daß wir der Jugend entgegenkommen und daß wir vielleicht eine Persönlichkeit für den Bundespräsidenten finden würden, der die jungen Menschen zu uns herüberziehen wird, den sie als den Ihren ansehen. Ob die Situation im Moment so ist, heute schon eine Person zu nennen, das glaube ich nicht, und ich würde das dem Vorstand überlassen.

Dr. Adenauer: Auf mich macht Eindruck, was Herr *Gerstenmaier* gesagt hat. Ich bitte Sie, es mir nicht übel zu nehmen, Frau *Niggemeyer*, aber Ihre Ausführungen sind nach meiner Meinung nicht zutreffend. Wenn Sie bedenken, daß wir in dem Kabinett den Kanzler haben, den Innenminister, den Wirtschaftsminister, den Finanzminister, den Landwirtschaftsminister und den Arbeitsminister, dann ist doch vor aller Welt klar, wo die politische Macht steht. Daran ist doch wirklich nicht zu zweifeln.

Ich hatte geglaubt, Herr *Gerstenmaier*, daß der Herr *Heuss*, weil er eben doch ein sehr liberaler Christ ist, so will ich mich ausdrücken, auf diejenigen Kreise unserer evangelischen Teile unserer Landsleute, auf die wir rechnen, keine besondere Anziehungskraft ausüben würde. Ich hatte angenommen, daß die sowieso zur FDP gehören. Wenn der

Herr *Heuss* ein praktizierender Protestant wäre, dann wäre die Gefahr nach meiner Meinung viel größer. Aber das ist er ja nicht. Also die noch lebendig christlich empfindlichen Evangelischen wird *Heuss* nicht stark beeinflussen und anziehen. Ich muß Ihnen gestehen, daß Herr *Heuss* nun kein sehr eifriger evangelischer Mann war, das war in meinen Augen ein Grund dafür, für ihn zu sein, aber ich werde mir das noch durch den Kopf gehen lassen, was Sie gesagt haben, Herr *Gerstenmaier*.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir im Bundesrat durch die CDU- und CSU-Stimmen allein den Bundesratspräsidenten[70] wählen könnten, aber ganz sicher ist das nicht. Daß wir alle diese Posten mit unseren Leuten besetzen sollten, scheint mir nicht richtig zu sein. Ich glaube, wenn wir das machen würden, dann würde auch im Lande gegen uns – wie soll ich es sagen – verzeihen Sie den Ausdruck – wegen zu großer Gefräßigkeit eine Opposition entstehen. Wir sollten das ruhig einmal überlegen und am nächsten Montag weiter darüber sprechen.

Das Wort hat Herr *Tillmanns*.

Tillmanns: Die deutsche Bundesrepublik beschränkt sich z. Zt. in ihrem Wirkungsbereich notgedrungen auf einen Teil Deutschlands. Es ist aber von entscheidender Bedeutung für die künftige politische Entwicklung in Deutschland, daß zum Ausdruck kommt, daß sich dieser Staat für das gesamte deutsche Volk verantwortlich fühlt, auch für die 20 Millionen, die auf Grund fremden Druckes nicht Glieder der deutschen Bundesrepublik sein können. Es ist für mein Gefühl richtig, daß dieser Gesichtspunkt in der Person des obersten Repräsentanten dieses Staates in irgendeiner Weise zum Ausdruck kommt. Ich bin nicht in der Lage, hier gleich einen konkreten Vorschlag zu machen. Aber es wäre für mein Gefühl sehr wichtig für die Menschen auf der anderen Seite der Zonengrenze, wenn ein Mann zum obersten Repräsentanten dieses Staates bestellt werden könnte, den auch die Leute drüben in einer besonderen und ausgeprägten Weise auch als einen der ihren mit ansehen. Es wäre zu wünschen, wenn dieser Gedanke mit in Erwägung gezogen würde, wenn wir uns in den nächsten Tagen weiter überlegen, wie wir diese Frage weiter lösen wollen.

[**Dr. Adenauer:**] Das Wort hat Herr *Gerstenmaier*.

Gerstenmaier: Ich glaube, daß wir bei der FDP jedenfalls in Süddeutschland, ich fürchte aber auch in Nordwestdeutschland, in Zukunft mit der Gefahr rechnen müssen, daß aus verschiedenen Gründen – namentlich als einer liberal-protestantischen Partei mit stark nationalem Typ in der Gegenkonzeption zur CDU/CSU – eine Menge von Wählern zu dieser Partei stoßen werden, die dort ihre Zukunft, ihre politische Heimat sehen. Das haben wir bereits in Württemberg deutlich erfahren.[71] Ich muß sagen, ich bleibe dabei, wenn uns bis zum Montag nichts Besseres einfällt, daß wir uns wohl oder übel entschließen müssen, *Heuss* als Präsidenten zu wählen, dessen persönliche Vorzüge auch von mir unbestritten sind. Wir müssen es tun in der klaren Erkenntnis, daß wir uns da eine Hypothek aufladen, die FDP heißt. Wir müssen aber versuchen, das auf andere Weise zu beheben. Ob es möglich ist, weiß ich nicht.

---

70 In der Vorlage irrtümlich „Bundespräsident".

71 In der Bundestagswahl 1949 hatte die CDU von Württemberg-Baden gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl von 1946 einen Stimmenrückgang von über 7 % zu beklagen. Die FDP hingegen hatte ihr Ergebnis von 1946 in der Bundestagswahl knapp gehalten, was angesichts der erheblich höheren Wahlbeteiligung den Gewinn vieler neuer Wähler bedeutete.

(Zuruf: Wäre es nicht gut, eine Persönlichkeit zu wählen, die nicht so in der politischen Kampfarena steht, etwa in der Art wie Alfred *Weber*, dem Universitätsprofessor von Heidelberg, oder Friedrich *Meinecke*?)

Dr. Adenauer: Auf Herrn *Heuss* sind wir nur deshalb gekommen, weil sich die Sozialdemokraten im Winter für ihn ausgesprochen haben und man deshalb annahm, die Sozialdemokraten würden auch für *Heuss* stimmen. Man hat ihn dann besehen und abgewogen. Es war manches für ihn und einiges gegen ihn.

Das Wort hat Herr *Kleindinst*.

Kleindinst: Man unterschätzt leicht das Maß an Erfahrung, das für den Staatspräsidenten notwendig ist. Der Bundespräsident wird nur in ganz heiklen Situationen entscheiden, z. B. bei der Frage der Auflösung des Bundestages. Dazu bedarf es einer ganz großen Erfahrung. Das gleiche gilt für die Repräsentation nach außen. Ich kenne Herrn *Heuss* als einen Mann mit geistreichen Aperçus; ob das aber ausreicht als Bundespräsident, das möchte ich dahingestellt lassen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Arndgen*.

Arndgen: Ich möchte die Frage stellen, ob bei den bisherigen Verhandlungen mit den Freien Demokraten in irgendeiner Weise schon eine Zusage gemacht worden ist. Sollte dem nicht so sein, dann möchte ich die Frage aufwerfen, ob es glücklich ist, diese Person mit den Koalitionsverhandlungen zu verknüpfen. Wäre es nicht glücklicher, wenn wir nach einer Person Umschau hielten, die nach keiner Seite hin parteipolitisch gebunden ist und so als Repräsentant des Volkes herausgestellt werden könnte. Es wäre die Frage zu überlegen, ob man nicht vielleicht – um eine Richtung zu nennen – an einen evangelischen Kirchenfürsten herantreten könnte, der sein Mandat[72] in der Kirche dann niederlegt und sich bereit erklärt, das Amt des Bundespräsidenten zu übernehmen, oder ob man sich nicht an einen hervorragenden Wissenschaftler oder Künstler wenden könnte, die von Format sind. Ich meine, diese Frage ließe sich bis zum Montag überlegen.

Dr. Adenauer: Wir wollen das alles überlegen, aber bitte keinen Künstler und keinen Professor.

(Zuruf: *Heuss* ist Professor!)

Er streitet das ab. Er ist auch in diesem Sinne kein Professor. Es muß aber ein Mann sein, der auch etwas politisches Empfinden hat, das ist doch nicht zu bestreiten. Und wie man einen Mann hinsetzen kann, der attraktiv wirken soll auf die Jugend durch seine Jugend, – ich bitte Sie! Es ist nicht die geringste Verpflichtung eingegangen worden. Herr *Blücher* trifft sich heute mit Herrn *Heuss* in Königstein.[73] Ich habe lediglich dem Herrn *Blücher* gesagt, wir würden das heute hier in der Fraktion besprechen und ihm dann nach Königstein telefonieren. Ich kann ihm also nichts anderes telefonieren lassen, daß die Frage hier besprochen worden sei und wie das bei einer so wichtigen Frage durchaus verständlich ist – man wolle die Entscheidung erst Montag treffen. Diese Antwort muß ich ja geben. Ich glaube, ich kann sie auch geben. Bitte überlegen Sie sich nach allen Regeln der Kunst diese Angelegenheit, und zerbrechen Sie sich auch einmal den Kopf, wie wir es auch getan haben. Ich glaube, sehr viel klüger werden Sie auch nicht sein, als wir es waren.

---

72 In der Vorlage „Mann".

73 Angaben hierüber nicht ermittelt.

Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Es fällt uns außerordentlich schwer, heute in dieser Frage zu *Heuss* eine eindeutige Erklärung abzugeben. Was *Gerstenmaier* gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Es gab keine Partei, die in so gehässiger Weise gegen die CDU agitiert hat wie die FDP, und zwar wurden die konfessionellen Gesichtspunkte in negativer Weise hervorgehoben. Keine Partei hat in so großem Umfange die CDU als eine vom Katholizismus kommandierte Partei hingestellt wie die FDP. Das wird sie auch in Zukunft tun. Wir haben auch große Sorge um die FDP, daß sie weiter versuchen wird, einen gewissen Nationalismus, der sich jetzt breitmacht, hoffähig zu machen. Diese Sache muß man sehr ernst nehmen.

Ich möchte auf einige Gesichtspunkte hinweisen, die wir nach der positiven Seite werten müssen. 1. Es ist tatsächlich nicht gleichgültig, wie die Sozialdemokratische Partei sich zu dieser Wahl stellt. Wir sollten unter allen Umständen erreichen, daß die SPD bei der Wahl des Bundespräsidenten in positivem Sinne mitmacht. Das scheint mir bei der Person von *Heuss* möglich zu sein. 2. hat dieser Mann den Vorzug, wahr zu sein. Sie dürfen nicht übelnehmen, wenn ich der Meinung bin, daß das ein Vorzug ist. 3. hat er eine ganz ausgezeichnete Frau. Das spielt bei der Wahl eine Rolle. Frau *Heuss* ist eine gläubige Christin im besten Sinne des Wortes. Sie wird ohne Zweifel einen ausgezeichneten Geist in das Haus des Mannes hineinbringen,der an der Spitze des Staates steht. Das muß um der Wahrheit willen gesagt werden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Storch*.

Storch: Ich weiß nicht, ob wir auf Grund des Wahlausganges einen derartigen Totalitätsanspruch erheben können, daß wir nun alle Stellen, die zu vergeben sind, übernehmen wollen.

(Zuruf: Das können wir nicht.)

Wenn wir das nicht können und darauf angewiesen sind, mit den anderen zusammenzugehen, dann muß man sich fragen, wo kann man den Leuten auch nach außen ein Zeichen ihrer Beteiligung geben. So betrachtet, sieht die Sache wesentlich anders aus.

Nun werfen unsere Freunde aus Württemberg die Frage auf, ob *Heuss* eine besondere Stärkung für die Freien Demokraten sei. Diese Frage ist aus der Vergangenheit ganz klar zu beantworten. Sind die Sozialdemokraten unter ihrem Reichspräsidenten stärker geworden oder sind sie zurückgegangen. Sie werden mir sagen, nein. Auf der anderen Seite hat man dann *Hindenburg* gewählt. Alle Leute in Deutschland haben gedacht, daß die Kreise, die ihn hauptsächlich wollten, die Deutschnationalen, einen sehr starken politischen Auftrieb bekämen. Wir haben erlebt, daß das nicht der Fall war. Die Nazis haben ihn gehabt; aber die Vorbereitungen dafür waren doch schon vorher gegeben.

Wenn *Heuss* die Qualitäten hat, die man ihm von den Leuten aus Württemberg nachsagt, dann muß er, wenn er ein sauberer Charakter ist, wie er ja dargestellt wird, doch anerkennen, daß wir ihn gewählt haben. Das weiß auch draußen das Volk. Wenn wir ihn mit unseren Stimmen zum Präsidenten machen, dann muß er uns doch entgegenkommen.

Wenn Sie nun die Frage verneinen, daß man *Heuss* wählt, müssen Sie sofort die Gegenfrage aufwerfen, wie will man denn den Demokraten ein Äquivalent geben. Wollen Sie ihnen eines der wichtigsten Ministerien dafür in die Hand geben? Ich glaube, daß das unsere politische Arbeit stören und hemmen würde.

Ich bin der Meinung, wenn *Heuss* die Persönlichkeit ist, als die er herausgestellt wird, dann wird er sogar manchmal seinen Freunden sagen müssen, hört mal, der Weg, den ihr gehen wollt zum rein liberalistisch-kapitalistischen System, der geht nicht. Dann haben wir in ihm eher eine Stütze.

Raestrup: Wenn ich mich recht entsinne, ist der größte Teil unserer Gruppen in den Wahlkampf gezogen mit der Parole: christlich oder marxistisch. Ich kann Ihnen offen sagen, die breite Masse des Volkes wird es nicht verstehen, wenn wir es zulassen, daß im kommenden Deutschland ein Bundespräsident gewählt wird, von dem wir nicht hundertprozentig wissen, daß er auf dem Boden des positiven Christentums steht. Dazu kommen die Fragen, die von Dr. *Holzapfel* und Dr. *Gerstenmaier* angeschnitten worden sind.

Wenn in irgendeiner Form die FDP aus irgend etwas Kapital zu schlagen versucht, dann wird sie es aus dieser Position zu tun versuchen. Wir haben unsere Erfahrungen mit ihr gemacht, obwohl wir im Wahlkampf mit ihr zusammengegangen sind. Wir haben die Erfahrung mit ihr gemacht, daß der kleinste Finger, der ihr gereicht wird, für sie das Fundament ist, auf dem sie nun aufbaut. Die einzige Chance, zu weiteren Stimmen bei der FDP zu kommen, ist ihr nur geboten durch die CDU. Von der Sozialdemokratie und von den Kommunisten kann sie nichts erben; aber holen kann sie etwas von uns. Deshalb müssen wir uns die Frage überlegen, wen wollen wir oben hinstellen. Wenn es kein Mann ist, von dem wir wissen, daß er hundertprozentig auf dem Boden des Christentums steht, können wir nicht mit ruhigem Gewissen vor unsere Wähler hintreten.

Dr. Adenauer: Herr *Heuss* ist [dafür] eingetreten, daß der Religionsunterricht an Volksschulen im Grundgesetz vorgeschrieben wurde.[74]

(Zuruf: Wir haben gegen die FDP agitiert, weil sie gegen das Elternrecht gestimmt hat.)

Das ist alles wahr, aber Sie hätten dafür sorgen müssen, daß wir die absolute Mehrheit hatten.

(Wir haben getan, was wir konnten.)

Ja, sicher, aber, meine Damen und Herren, schließlich muß man mit Wasser kochen, wenn man nichts anderes hat. Halten Sie sich das vor Augen. Ich weiß nicht, ob wir uns weiter heute so in die Sache vertiefen sollen, ich meine, wir sollten für heute abschließen. Wir zerreden zuviel. Denn wenn wir uns schließlich für heute auf *Heuss* festlegen, dann ist es nicht gut, wenn kurz vorher so viel Negatives gesagt worden ist.

Ich schlage Ihnen vor, lassen wir Schluß damit machen, und am Montag reden wir weiter darüber.

(Dr. *Holzapfel*: Wieweit sind wir denn gebunden?)

Ich habe das schon beantwortet. Wir sind gar nicht gebunden.

Massoth: Wenn wir bis Montag prüfen sollen, wie wir uns zu entscheiden haben, so ist das vollständig eine rhetorische Frage. Wir können uns ja gar nicht entscheiden, weil wir nichts zu entscheiden haben. Es steht einzig und allein der Name *Heuss* da. Irgendein Gegenvorschlag ist nicht gemacht worden. Wir wissen auch nicht, wer eventuell noch in Frage kommen könnte, so daß wir uns mit dieser Frage nicht zu beschäftigen brauchen.

Es wäre gut, wenn wir zu einer Entscheidung kommen könnten. Wir wissen nun, daß auf

74 Zur Haltung von *Heuss* in der Schulfrage und der Haltung der FDP zum Elternrecht im Parlamentarischen Rat übersichtlich Entstehungsgeschichte, S. 101ff.

der einen Seite *Heuss* in den Himmel gehoben wird, auf der anderen Seite wird gegen *Heuss* gesprochen. Er ist wohl nicht geeignet. Die politischen Bedenken sind meiner Ansicht nach überaus schwerwiegend. Wir müssen uns klarwerden, ob wir nicht jemand von uns vorschlagen können. Ich würde z. B. an den Bischof in Rheinhessen[75] denken, ein Mann mit den besten Verbindungen zum Ausland, der auch absolut kulturpolitisch auf unserem Standpunkt steht.

(Dr. *Adenauer*: Lassen wir uns nicht so sehr in die Sache vertiefen!)

Ich nehme auch das Recht in Anspruch, das die anderen haben, und möchte meine Ausführungen vollenden. Wenn ich nun sage, daß dieser Mann so sozial ist wie kaum ein anderer, der auch die gesamte Arbeiterschaft hinter sich hat, dann wäre es zu begrüßen, wenn wir ihn einmal unter die Lupe nähmen und uns dann entscheiden würden. Ich hoffe, daß bis zum Montag noch andere Vorschläge gemacht werden, damit wir nicht vor die Frage gestellt werden: *Heuss*, ja oder nein.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Höfler*.

Höfler: Es ist im Laufe der Debatte einige Male von unserem Sieg geredet worden. Ich bringe das nicht in Zusammenhang mit der Präsidentenwahl. Es tut mir sehr leid, daß ich denen, die das gesagt haben, einigermaßen widersprechen muß. Wir haben wohl einen großen Auftrag von unserem Volk empfangen, wer aber glaubt, daß unter den 402 Abgeordneten unsere 139 Stimmen uns berechtigen, die höchsten Ämter in Anspruch nehmen zu wollen, der steht nicht auf dem Boden der politischen Wirklichkeit, sondern auf dem Boden einer Illusion. Es ist doch so, wenn man eine Koalition mit jemand will, muß man ihm zumindest etwas anbieten, was in Relation zu dem steht, was der politischen Wirklichkeit entspricht.

Dr. Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Debatte abbrechen. Wir können sie am Montag fortsetzen.

Ich habe noch folgendes bekanntzugeben. Wir wollen am Montag, den 5. 9., um 16 Uhr mit dem Vorstand und um 18 Uhr mit der Fraktion[76] zusammentreten. Wir fahren am Dienstag mit unserer Sitzung fort.[77] Am Mittwoch haben wir keine Zeit mehr, weil vormittags die Gottesdienste sind. Ich bitte Sie alle, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Gottesdienste beider Konfessionen auch besucht werden.

Für die Pressekonferenz[78] habe ich Ihnen vor Tische einen Vorschlag gemacht. Herr *Gerstenmaier* hat die Freundlichkeit gehabt, ihn etwas umzuändern. Ich darf Ihnen den jetzigen Wortlaut vorlesen:

„Die Fraktion der CDU/CSU des Bundestages hat sich in ihrer heutigen Sitzung in eingehender, gewissenhafter Weise mit der politischen und wirtschaftlichen Lage befaßt. Sie hat die Frage der Regierungsbildung einer besonders aufmerksamen Prüfung unterzogen. Die Fraktion der CDU/CSU ist entschlossen, mit allen Kräften und mit jedem, der guten Willens ist, den Wiederaufbau Deutschlands im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und des inneren Friedens zu fördern.

---

75 Gemeint ist möglicherweise der Mainzer Bischof Albert *Stohr*, am Ausgang der Weimarer Republik MdL in Hessen (Zentrum).

76 Dazu Nr. 59.

77 Dazu Nr. 61.

78 Nr. 51.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei die Frage der Fortführung oder der Beseitigung der Frankfurter Wirtschaftspolitik als die für die Regierungsbildung schlechthin entscheidende erklärt hat, hat die CDU/CSU-Fraktion sich mit dieser Frage besonders beschäftigt. Sie hält eine Fortführung der von der Fraktion der CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat verfolgten Wirtschaftspolitik für absolut notwendig, weil nur dadurch der bisher erzielte wirtschaftliche Fortschritt gesichert und weiter gefördert werden kann. Nur hierdurch wird auch eine Lösung der großen sozialen Aufgaben möglich sein.

Sie nimmt Kenntnis von der in Dürkheim am 30. 8. 49 von der zuständigen Parteiinstanz der SPD abgegebenen Erklärung, ‚die bisherige Wirtschaftspolitik ruiniere die deutsche Arbeitskraft, die Spannung zwischen den Klassen würde durch sie gesteigert, die staatsbildenden Kräfte würden gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört'.[79]

Sie nimmt ferner Kenntnis von der Erklärung des Herrn Dr. *Schumacher* auf der von ihm nach der ersten Sitzung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion abgehaltenen Pressekonferenz am 31. 8. 49[80], wonach die Frankfurter Wirtschaftspolitik jeden Kompromiß zwischen SPD und CDU unmöglich mache. Sie stellt fest, daß diese Erklärungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion die Voraussetzungen zerstören, auf denen die Zusammenarbeit der beiden größten Parteien in der Bundesregierung beruhen müßte. Die CDU/CSU-Fraktion wird bestrebt sein, zur Bildung einer Regierung beizutragen, die im Willen zur nationalen Solidarität die Fortführung der Frankfurter Wirtschaftspolitik und die Erfüllung der sozialen Aufgaben ermöglicht."

Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung!) Dann schließe ich die Sitzung.

---

79 Vgl. Nr. 42.

80 Nr. 45.

51.

1. 9. 1949: Niederschrift über die Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer, in Bonn

StBkAH 12.03. Vervielfältigtes Exemplar. Anstreichungen. Beginn: 19.00 Uhr. Schluß: 19.40 Uhr.

Dr. Adenauer: Ich habe Ihnen einige Beschlüsse mitzuteilen. Zunächst ist folgende Entschließung gefaßt worden: [...][1]

Dann hat die Fraktion einen Vortrag von mir über das entgegengenommen, was bisher in der Frage der Verhandlungen mit anderen Parteien geschehen ist. Sie hat dazu folgende Entschließung gefaßt: [...][2]

---

1 Mitteilung über die gemeinsame Fraktionsbildung von CDU und CSU und das Ergebnis der Vorstandswahl. Vgl. Nr. 50, S. 140f., 186.

2 Mitteilung des Beschlusses der Fraktion zu den Verhandlungen *Adenauers* zur Koalitions- und Regierungsbildung. Vgl. Nr. 50, S. 172.

Der dritte Beschluß lautet folgendermaßen: [...][3]

Lescrinier: Herr Dr. *Schumacher* hat gestern u. a. erklärt[4], daß es der SPD gegebenenfalls möglich wäre, das Amt eines Vizepräsidenten[5] zu besetzen. Er nannte als Kandidaten Herrn Prof. Dr. Carlo *Schmid*. Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. Adenauer: Nach den parlamentarischen Regeln wird der Präsident des Parlaments von der stärksten Fraktion gestellt, der erste Vizepräsident von der zweitstärksten Fraktion und ein zweiter Vizepräsident, wenn ein solcher gewählt wird, von der drittstärksten Fraktion.

Grüssen: Von Herrn Dr. *Schumacher* ist gestern auf der Pressekonferenz gesagt worden, daß es Sache der CDU/CSU als Sieger des Wahlkampfes sei, an die SPD heranzutreten. Ist hierzu irgend etwas von Ihrer Seite zu sagen?

Dr. Adenauer: Ich kann Sie nur auf die Entschließung verweisen, die soeben von unserer Fraktion gefaßt wurde.

Henkels: Ist irgend etwas zu der Frage der Bundeshauptstadt gesagt worden?

Dr. Adenauer: Nein.

Dr. Löwenthal: Wird als Grundlage für die Fortführung der Koalitionsbesprechungen von der CDU/CSU ein formuliertes Programm ausgearbeitet werden?

Dr. Adenauer: Von formulierten Programmen halte ich nicht viel. Man wird natürlich die wichtigsten Punkte herausnehmen und sich vergewissern, daß der Koalitionspartner darin mit uns übereinstimmt. Aber große Programme zu machen, hat nach meiner Meinung keinen besonderen Wert.

Lescrinier: Ist es auch heute noch zu früh, etwas über die Zusammensetzung der Regierung zu sagen?

Dr. Adenauer: Das ist heute noch zu früh.

Lescrinier: Auch soweit es eine Rolle in Ihren Besprechungen gespielt hat?

Dr. Adenauer: Das ist alles noch zu früh.

Lescrinier: Hat die Presse mit ihren Kombinationen gelegentlich ins Schwarze getroffen?

Dr. Adenauer: Sie droht zwar schwarz, aber sie trifft nicht immer ins Schwarze. Ein blindes Huhn findet auch einmal ein Korn.

Lescrinier: Sie haben bei der letzten Pressekonferenz[6] gesagt, daß das Amt des Präsidenten, das Amt des Kanzlers und die Wirtschaftspolitik des Herrn *Erhard* klar seien. Nach den bisherigen Verhandlungen könnte es ja sein, daß zwei oder drei Namen mit einer solchen Bestimmtheit schon in der Debatte genannt worden sind.

Dr. Adenauer: Sie sind ein vorzüglicher Ausfrager. Aus mir kriegen Sie nichts heraus.

Martin: Herr Dr. *Schumacher* hat gestern gesagt, die Opposition der SPD sei keine prinzipielle Angelegenheit, sondern werde lediglich durch taktische Erwägungen bestimmt werden. Glauben Sie, daß Sie zuweilen mit der SPD zusammenarbeiten können?

3 Mitteilung des am Schluß der Fraktionssitzung vom 1. 9. 1949 beschlossenen Pressekommuniqués. Vgl. Nr. 50.

4 Vgl. Nr. 45.

5 Des Bundestages.

6 Nr. 25.

Dr. Adenauer: Ich habe die Hoffnung, daß die sozialdemokratische Fraktion eine konstruktive Opposition treibt, d. h., wie auch Herr Dr. *Schumacher* gesagt hat, nicht eine Obstruktion um jeden Preis – es ist selbstverständlich das gute Recht der sozialdemokratischen Fraktion, Opposition zu treiben –, bei der keineswegs ausgeschlossen ist, daß man sich bei einzelnen Gesetzentwürfen mit der Sozialdemokratie auf denselben Boden stellt. Ich möchte vielleicht in diesem Zusammenhang noch eins betonen. Es ist nicht die Absicht unserer Fraktion, etwa bei den Verhandlungen des Parlaments in die Töne des Wahlkampfes zu verfallen. Es liegt uns vielmehr daran, daß unter den Wahlkampf ein Strich gemacht wird und daß im Parlament vernünftig, solide und mit der Achtung vor der Meinung des Gegners gearbeitet wird.

Lescrinier: Herr Dr. *Schumacher* hat sich auch zu der Frage des Ostministeriums oder einer ähnlichen Institution geäußert. Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. Adenauer: Die Fragen des Ostens sind für uns derartig wichtig, daß sie nicht, wie es Herr Dr. *Schumacher* anscheinend gestern hier gesagt hat, im Innenministerium von einer Abteilung bearbeitet werden sollten. Sie sollten vielmehr von einem Ministerium bearbeitet werden, das dafür geschaffen wird. Ich halte das sowohl im Hinblick auf die Meinung hier im Lande als auch auf die Meinung drüben im Osten für wichtig.

Lescrinier: Können Sie uns etwas darüber sagen, wie man sich die ersten Schritte dieser Verwaltungsstelle technisch vorstellt? Wird das Ostministerium an autorisierte Stellen drüben herantreten, oder in welcher Weise wird man die Geschäftsbeziehungen aufnehmen? Das war nämlich das, was Herr Dr. *Schumacher* gestern im Hinblick auf die mögliche Besetzung dieses Ministeriums durch Herrn *Kaiser*, wie man glaubte, sagte.

Dr. Adenauer: Jetzt hat er Herrn *Kaiser* so hereinschlittern lassen, und jetzt soll ich darauf sofort antworten.

Lescrinier: Wird Herr *Kaiser* mit Herrn *Semjonow* Beziehungen aufnehmen oder zu Herrn *Tulpanow* gehen?

Dr. Adenauer: Sie wissen ganz genau, daß die Aufgabe des Ostministeriums eine andere ist. Sie wissen ganz genau, daß dieses Ostministerium nicht etwa die Aufgabe hat, durch seine Tätigkeit die Zustände in der Ostzone zu legalisieren. Ich habe Ihnen, glaube ich, schon in der letzten Pressekonferenz gesagt, daß dieses Ostministerium zunächst einmal die Aufgabe hat, daß hier bei uns in den drei Westzonen die Überzeugung, daß die Ostzone zu uns gehört und eines Tages zu uns zurückkehren muß, aufrechterhalten wird und daß nicht allmählich über all den Dingen, die wir hier noch erleben werden, der Gedanke an die Ostzone mehr und mehr in den Hintergrund tritt. Ein solches Ostministerium wird sich auch ständig darüber auf dem laufenden halten müssen, wie man in den alliierten Ländern zu der Frage steht. Es wird auch die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern betreffend die Ostfragen verfolgen müssen, und es wird auch vielleicht das Seinige dazu beitragen müssen, daß die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern richtig ist. Das ist nur ein Teil der Aufgaben dieses Ostministeriums, wenn auch ein sehr wesentlicher Teil.

Flick-Steger: In diesem Zusammenhang war in einem Interview von *Nuschke* davon die Rede, daß ein Repräsentant der Ostzone in Bonn sei. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Dr. Adenauer: Mir ist nicht mehr bekannt, als was Sie auch gelesen haben.

Flick-Steger: Würden hiergegen gewisse Hindernisse bestehen?

Dr. Adenauer: Warten Sie doch einmal ab, bis wir eine Bundesregierung haben, was die dazu sagen wird.

Spieker: In Zusammenhang mit den Ostfragen hat Herr Dr. *Schumacher* gestern gesagt, die CDU sei als Regierungspartei in der Ostzone mit dafür verantwortlich, daß Sozialdemokraten in die Konzentrationslager gesteckt würden. Was können Sie dazu sagen?

Dr. Adenauer: Ich finde, daß das eine sehr kühne Behauptung ist. Ich könnte vielleicht mit noch größerem Recht sagen, daß diejenigen früheren Sozialdemokraten, die führende Mitglieder in der SED sind, die Verantwortung dafür tragen, daß ihre früheren Gesinnungsgenossen in Konzentrationslagern sind.

Papenhoff: Darf ich die indiskrete Frage stellen, mit welchen Parteien Sie bereits über die Regierungsbildung verhandeln?

Dr. Adenauer: Sie können sich doch denken, daß man darüber nicht spricht. Ich habe neulich schon im selben Hause und im selben Raum gesagt: Das Huhn gackert erst, wenn das Ei gelegt ist, und der Mensch sollte sich ein Beispiel daran nehmen.

Dr. Löwenthal: Hat die CDU/CSU bereits zu den besonderen Wünschen der bayerischen CSU in Personalfragen und Organisationsfragen auf dem Gebiet der Finanzen Stellung genommen?

Dr. Adenauer: Ich kenne keine besonderen Wünsche der CSU auf diesem Gebiet.[7]

Dr. Löwenthal: Die sind in verschiedenen Presseinterviews geäußert worden.[8]

Dr. Adenauer: Ich kann Ihnen nichts darüber sagen. Aber Sie wissen ja genau, daß Interviews nicht immer zutreffend wiedergegeben werden.

Dr. Löwenthal: Ich darf mich auf meine eigene Unterhaltung mit Herrn Dr. *Pfeiffer* berufen.

Dr. Adenauer: Was hat er denn gesagt?

Dr. Löwenthal: Daß die bayerische CSU das Finanzministerium als eines der am meisten föderalistischen Ministerien ansieht und auf die Ausnutzung der in der Verfassung gegebenen Möglichkeiten Wert legt, z. B. bei der Umsatzsteuer von der Auftragsverwaltung der Länder Gebrauch zu machen.

Dr. Adenauer: Ich weiß nicht, wer Bundeskanzler wird. Aber ich glaube Ihnen sagen zu können, der Bundeskanzler wird Wert darauf legen, daß das Grundgesetz in dem Geist gehandhabt wird, in welchem es beschlossen ist, daß also weder eine zentralistische Interpretation noch eine übertrieben föderalistische Interpretation erfolgt.

Martin: Herr Dr. *Schumacher* hat in seiner gestrigen Pressekonferenz die Forderung aufgestellt, nach West-Berlin nicht Fertigwaren, sondern Rohstoffe zu senden und West-Berlin Kredite zu geben, da Berlin eine der größten Veredlungswerkstätten des Kontinents sei. Wird die neue Bundesregierung ähnliche Maßnahmen treffen? Halten Sie es für richtig, daß solche Maßnahmen getroffen werden?

Dr. Adenauer: Das ist eine bessere Frage. Ich weiß ja nicht, was die neue Bundesregierung tun wird. Aber daß die Berliner Industrie eine Veredlungsindustrie ist, ist ja be-

7 Vgl. dagegen Nr. 17a und b.

8 Vgl. Nr. 43.

kannt. Und man wird der Berliner Arbeitslosigkeit[9] nach Möglichkeit dadurch steuern müssen, daß man ihr solche Arbeit gibt, bei der diese Veredlungsindustrie tätig werden kann. Daraus folgt, daß zweckmäßigerweise nur Rohfabrikate und Halbfabrikate nach Berlin geliefert werden.

Dr. Löwenthal: Sie haben wiederholt betont, daß der Frankfurter wirtschaftspolitische Kurs mit einer aktiven Sozialpolitik verbunden werden soll. Ich nehme an, daß Sie das insbesondere auf Fragen des Wohnungsbaus, des Kreditwesens usw. beziehen. Können Sie uns darüber etwas sagen, wie diese Aufgaben finanziert werden sollen?

Dr. Adenauer: Die größte soziale Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß möglichst alle lohnende Arbeit finden, daß der wirtschaftliche Aufschwung bleibt und weiter gefördert wird. Das ist die beste soziale Tat, die man tun kann. Ich nehme an, daß die künftige Bundesregierung sich nach der Richtung hin mit ganzer Kraft einsetzen wird, daß sie sich aber auch mit ganzer Kraft für den Wohnungsbau einsetzen wird. Ich habe keinen Zweifel, daß es ihr gelingen wird, dafür auch nicht unbeträchtliche Summen zur Verfügung zu stellen.

Royer: Ihre Regierung ist als Rechts-Regierung bezeichnet worden.

Dr. Adenauer: Wessen Regierung, meine Regierung?

Royer: Ich nehme an, daß Sie schon eine entfernte Ahnung davon haben werden.

Dr. Adenauer: Es kann ja allerhand sein.

Royer: Die Regierungskoalition ist als Rechts-Regierung bezeichnet worden. In der Tat sind in der Deutschen Partei und insbesondere in der FDP rechtsradikale Elemente zahlreich vertreten. Fürchten Sie nicht, von den rechtsradikalen Elementen dieser Parteien in unangenehme Situationen gebracht zu werden?

Dr. Adenauer: Nein, das befürchte ich nicht. Ich glaube, die künftige Bundesregierung wird sehr sorgsam darauf achten, im Ausland nicht etwa den Eindruck entstehen zu lassen, daß die Regierung einen nationalistischen Kurs einschlagen will. Da kann man vollkommen beruhigt sein. Das wird unter keinen Umständen der Fall sein. Im übrigen sind die Begriffe rechts und links so wechselbar. Wenn Sie nur einmal in Rußland fragen, was rechts und was links ist!

Royer: Die FDP ist eine Koalition mit der NDP eingegangen.[10] Die DP hat eine ganze Anzahl rechtsradikaler Elemente, und auch die CDU enthält zum Teil sehr stramm nationale Elemente.

Dr. Adenauer: Sie vergessen jetzt die Sozialdemokratische Partei, die hätten Sie auch aufführen müssen. Sie spricht sehr starke nationale Töne, das werden Sie doch nicht bestreiten können.

Royer: National, nationalistisch und rechtsradikal ist ein Unterschied.

Dr. Adenauer: Was verstehen Sie denn unter rechtsradikal?

Royer: Ich denke an Herrn Prof. *Feuchting*. Die Deutsche Partei hat sehr viele sehr stramm rechts eingestellte Abgeordnete.

---

9 In Berlin waren Ende September 1949 245 000 Menschen als arbeitslos gemeldet, und diese Zahl stieg bis Ende des Jahres auf 278 000 an. Das entsprach einer Arbeitslosigkeit von ca. 30 %. Zahlen nach dem Ersten Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1950, S. 46f.

10 Bezieht sich auf das Wahlbündnis in Hessen.

Dr. Adenauer: Es scheint etwas in der Luft zu liegen. Als ich in Hamburg war, sah ich ein sozialdemokratisches Plakat, weißer Grund mit starker roter Umrahmung und schwarze Buchstaben darauf. Aus der Entfernung dachte ich, das ist ja eine sehr schöne schwarz-weiß-rote Plakatierung. Als ich genauer hinsah, war es die Ankündigung einer Versammlung des Herrn Dr. *Schumacher*. Die Farben scheinen sich da besser zu halten.

Aber in der Beziehung brauchen Sie nichts zu befürchten. Die rheinische Luft ist da etwas anders.

Fay: Hat Ihre Fraktion sich auch mit der Frage der Wahl des künftigen Bundespräsidenten befaßt?

Dr. Adenauer: Es ist wohl ganz klar, daß, wenn eine Fraktion stundenlang zusammensitzt, um die politische Lage zu besprechen, das Gespräch auch darauf kommt.

Fay: Würden Sie die Liebenswürdigkeit haben, uns den Inhalt dieses Gesprächs mitzuteilen?

Dr. Adenauer: Ich bin Ihnen gegenüber gern liebenswürdig. Aber so heftig ist die Liebenswürdigkeit nicht.

Lescrinier: Herr Dr. *Schumacher* glaubte gestern in seiner Pressekonferenz Anlaß zu einer gewissen Sorge haben zu müssen, daß der Einfluß des katholischen Klerus in einer kommenden Regierung zu stark sein würde.

Dr. Adenauer: Ich weiß nicht, welche Anhaltspunkte Herr Dr. *Schumacher* dafür hat. In dem sozialdemokratischen Wahlaufruf sind so fromme Worte drin, daß ich das eigentlich nicht recht verstehe.

Lescrinier: Ich könnte mir vorstellen, daß er an Pützchen[11] und die Bischofsversammlung dachte.

Dr. Adenauer: Sind Sie schon einmal in Pützchen gewesen? Gehen Sie doch einmal hin, sehen Sie sich doch einmal an, wie es da aussieht! Daß die Bischöfe Konferenzen abhalten, ist doch wohl ihr gutes Recht. Ein halbes Dutzend solcher Konferenzen war schon in Pützchen, ehe wir den Parlamentarischen Rat hatten.

Lescrinier: Zur Zeit des Parlamentarischen Rates sind einige sehr konkret umrissene Forderungen aufgestellt worden, die vom deutschen Episkopat hier vorgetragen worden sind.[12]

Dr. Adenauer: Von sehr konkret umrissenen Forderungen ist mir nichts bekannt.

Lescrinier: In kulturellen Fragen, in Schulfragen.

Dr. Adenauer: Was damals von evangelischer und katholischer Seite gewünscht worden ist, ist Ihnen damals alles mitgeteilt worden. Neues hat sich nicht ergeben.

Lescrinier: Diese Sorge teilen Sie nicht mit Herrn Dr. *Schumacher*?

Dr. Adenauer: Ich teile mit Herrn Dr. *Schumacher* manche Sorge, aber die nicht.

Kerneck: Hat der Herr Ministerpräsident *Arnold* der heutigen Sitzung beigewohnt?

---

11 Vorort von Bonn.

12 Am 10. und 11. 2. 1949 tagte in Pützchen die Deutsche Bischofskonferenz. Sie verabschiedete bei dieser Gelegenheit eine Erklärung, in der sie zum Elternrecht und der fortdauernden Gültigkeit des Reichskonkordats Stellung nahm. Vgl. Burkhard van Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980, S. 119f.

Dr. Adenauer: Der Ministerpräsident *Arnold* hat der heutigen Sitzung nicht beigewohnt. Heute ist die Eröffnung des Katholikentages in Bochum. Er hat sich entschuldigt, weil er dort zu sprechen hat.

Henkels: Sie verneinten vorhin die Frage, ob sich Ihre Besprechung mit dem künftigen Bundessitz befaßt habe. Herr Dr. *Schumacher* hat gestern angekündigt, einer der ersten Anträge der SPD würde sich mit der Frage Bonn oder Frankfurt beschäftigen.[13] Welche Chancen geben Sie der einen oder anderen Stadt?

Dr. Adenauer: Wir haben über die Frage überhaupt nicht gesprochen. Welche Chancen geben Sie denn?

Henkels: Ich sehe ja nicht hinter die Kulissen.

Dr. Adenauer: Es sind gar keine Kulissen da.

Kerneck: Sind Sie persönlich der Ansicht, daß die gesamte CDU/CSU für Bonn stimmt?

Dr. Adenauer: Wir haben eiligere und wichtigere Fragen zu besprechen gehabt. Ich bin der Auffassung, daß es für das deutsche Volk unendlich viel wichtigere Fragen gibt als diese Frage, die jetzt die deutsche Öffentlichkeit in einer Weise beschäftigt, als wenn wir überhaupt keine Not und kein Elend in Deutschland hätten.

Spieker: Wann wird man mit dem Arbeitsbeginn des Kabinetts rechnen können?

Dr. Adenauer: Das können Sie sich an den fünf Fingern abzählen. Am 12. September muß der Bundespräsident gewählt werden. Dieser muß dem Bundestag dann einen Bundeskanzler vorschlagen. Der Bundestag muß ihn wählen. Dann muß der Mann sich entscheiden, ob er annimmt oder nicht. Dann wird er sich Minister suchen und diese dem Bundespräsidenten vorschlagen. Dieser wird sie dann ernennen. Ich habe schon einmal in anderem Zusammenhang gesagt: Wenn ich dem Bundeskanzler einen guten Rat geben darf, dann soll er alles in Ruhe und Geduld tun.

Flick-Steger: Welches Lied werden die Abgeordneten bei der ersten Sitzung singen?

Dr. Adenauer: Ich will Ihnen das sagen: So tief sind wir in die Dinge noch nicht eingedrungen.

Hange: Besteht bereits Klarheit über die Frage des Bundestagspräsidenten?

Dr. Adenauer: Nach den parlamentarischen Regeln stellt die größte Fraktion den Bundestagspräsidenten.

Hange: Wer ist das?

Dr. Adenauer: Damit haben wir uns auch noch nicht beschäftigt, weil wir solche Fragen, die vielleicht nach außen hin sehr große Bedeutung zu haben scheinen, nicht so bewerten. Es gibt viel wichtigere Fragen materieller Art. Der Bundestag und die verantwortlichen Fraktionen, namentlich die stärkste Fraktion, haben so unendlich wichtige Fragen zu erledigen, daß man nicht nur an diesen äußerlichen Dingen kleben darf. Wir werden am nächsten Montag wieder Fraktionssitzung haben.[14] Ich zweifle nicht daran, daß wir uns dann auch mit dieser Frage beschäftigen werden.

Lescrinier: Sie haben uns kürzlich einmal gesagt, es bestehe die Möglichkeit, daß Sie uns kurz vorher – Sie sagten, am 5. oder 6. September, wenn ich nicht irre – etwas über die mögliche Zusammensetzung des Kabinetts sagen könnten. Bleiben Sie dabei?

---

13 Vgl. Nr. 2, Anm. 11.

14 Nr. 59.

Dr. Adenauer: Vielleicht.

Lescrinier: Das wäre eventuell am Montag.

Dr. Adenauer: Nein, das glaube ich nicht. Der Bundeskanzler wird doch frühestens am 13. September gewählt werden. Man kann doch nicht so viel vorgreifen.

Lescrinier: Es wäre doch immerhin denkbar, daß Ihre Fraktion vielleicht einmal als Antwort auf die vielen Kombinationen in der Presse etwas dazu sagt.

Dr. Adenauer: Das will ich grundsätzlich nicht. Ich meine, man darf der Presse nicht die Möglichkeit nehmen zu kombinieren.

Lescrinier: Die nächste Frage würde sein: Glauben Sie, daß man bisher sehr falsch kombiniert hat, wenn man beispielsweise mit solcher Bestimmtheit von der Kandidatur des Herrn Jakob *Kaiser* für ein Ostministerium gesprochen hat? Ich freue mich, daß Sie da sind , Herr *Kaiser*. Ich hätte die Frage auch in Ihrer Abwesenheit gestellt. Es ist doch nun einmal so, daß seit zwei, drei Tagen davon gesprochen wird. Selbst von sozialdemokratischer Seite ist Ihr Name gestern in diesem Zusammenhang genannt worden.

Dr. Adenauer: Herr *Kaiser* ist einer der besten Kenner des Ostens. Und daß er im Osten sehr angesehen ist, wissen wir ja alle. Eine solche Kombination würde dann vielleicht in der Natur der Sache liegen.

Lescrinier: Das ist schon eine ziemlich präzise Darlegung.

Dr. Adenauer: Das nennen Sie präzise?

Lescrinier: Wenn sie von Ihnen kommt, bestimmt.

Von Ihren politischen Freunden wurde in der Presse ziemlich klar gesagt, daß die CDU/CSU sehr großen Wert darauf lege, beispielsweise auch das Arbeitsministerium mit einem christlichen Gewerkschaftler zu besetzen. Wenn Herr *Kaiser* für das Ostministerium in Frage kommt, bleiben höchstens noch zwei oder drei Personen, die dafür in Frage kommen. Ich darf mir die Frage erlauben, ob beispielsweise Herr *Storch* ebensolche Aussichten hat?

Dr. Adenauer: Ganz zweifellos wird meine Fraktion – aber das ist übrigens nicht so absolut entscheidend –, sondern der zukünftige Bundeskanzler entscheidenden Wert darauf legen, daß das Arbeitsministerium mit einem Manne besetzt wird, der aus dem Arbeitnehmerstande kommt.

Spieker: Es wird vielfach gesagt, daß man, um die Ansprüche der kleineren an der Koalition beteiligten Parteien erfüllen zu können, über die Fachminister hinaus Minister ohne Portefeuille ernennen müßte. Was sagen Sie dazu?

Dr. Adenauer: Das muß man abwarten. Es kann sein, es kann nicht sein. Ich kann es nicht sagen.

Grüssen: Hat man sich denn in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon über einen Kanzler geeinigt?

Dr. Adenauer: Hat man das, Herr *Kaiser*?

Kaiser: Ich bin über diese Frage erstaunt. Zu dieser Frage ist wirklich keine Veranlassung mehr gegeben. Weder in Deutschland noch sonstwo.

Rüp: Herr Dr. *Schumacher* hat gestern in Zusammenhang mit der Frage der eventuellen Besetzung des Ostministeriums durch Herrn *Kaiser* erhebliche Bedenken gegen Herrn *Kaiser* geltend gemacht. Unter anderem hat er gesagt, daß Herr *Kaiser* mit der Wegbereiter der verhängnisvollen Blockpolitik in der Ostzone gewesen sei und erst dann die Ostzo-

ne verlassen habe, als die Sowjets ihn nicht mehr nötig gehabt hätten. Vielleicht kann sich Herr *Kaiser* einmal zu diesem Vorwurf äußern.

Kaiser: Ich möchte Herrn Dr. *Schumacher* den guten Rat geben, in dieser Hinsicht zurückhaltend zu sein. Sonst würde ich einmal sehr massiv werden. Es wären ganz andere Zustände in der Ostzone, wenn Herr Dr. *Schumacher* es fertiggebracht hätte, die Kapitulation seiner Leute zu verhindern.[15] Der Zustand, den wir in der Ostzone haben, ist doch darauf zurückzuführen, daß die größte politische Gruppe in der Stunde nationaler Bewährung einfach kapituliert hat und sich mit der KPD zur SED vereinigt hat. Ich bin immer wieder darüber erstaunt, wie Herr Dr. *Schumacher* überhaupt den Mut hat, diesen Punkt zu berühren, der so bedrückend für uns Deutsche insgesamt und insbesondere für die SPD ist. Es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die SPD in dieser Stunde, als es darauf ankam, sich zu bewähren, einfach mit Pauken und Trompeten kapituliert hat und mit der KPD zur SED übergegangen ist. Ich finde es wirklich erstaunlich, daß Herr Dr. *Schumacher* es immer wieder fertigbringt, auf dieser Sache herumzureiten.

Flick-Steger: Nachdem es nicht möglich ist, über die betreffenden Parteien selber Näheres zu erfahren, könnten wir vielleicht von Ihnen hören, wie viele Parteien ungefähr in der Koalition sein werden?

Dr. Adenauer: Nein, das weiß ich auch nicht. Aber ich will Ihnen noch etwas verraten: Morgen komme ich mit Herrn *Hellwege* zusammen.

(*Flick-Steger*: Welche Uhrzeit, hier im Hause?)

– Soll ich Ihnen sagen, wo?

(*Flick-Steger*: Wenn Sie es für opportun halten, dann ja.)

– Aber ich spiele Ihnen einen bösen Streich.

(*Flick-Steger*: Das ist schwer für den künftigen Kanzler. Auf sein Wort wird in der Presse sehr viel gegeben.)

– Jetzt will er mich sogar noch beim Ehrgefühl packen. – Ich möchte mit Herrn *Hellwege* einmal in aller Ruhe sprechen. Nehmen Sie an, wir gingen zusammen nach Maria Laach und würden dort den Rat der Patres einholen.

Lescrinier: Würden Sie uns eventuell morgen etwas über Ihre Verhandlungen sagen? Es besteht doch schließlich ein großes Interesse gerade für diesen Komplex.

Dr. Adenauer: Sicher. Nur sind unsere Interessen manchmal entgegengesetzter Natur. Sie haben Interesse, etwas zu hören; ich habe Interesse, etwas zu verschweigen. Welches Interesse morgen das größere sein wird, kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen.

Lescrinier: Gesetzt den Fall, Sie würden zu einem Abschluß kommen.

Dr. Adenauer: Wir kommen überhaupt zu keinem Abschluß.

Lescrinier: Wenn Herr *Hellwege* ein Ministerium fordert und Sie glauben, es zugestehen zu können, so wäre das ein gewisser Abschluß.

Dr. Adenauer: Mit Speck fängt man Mäuse. Warten Sie einmal ab!

Rüp: Ich habe noch eine technische Frage zu stellen. Das soeben verlesene Kommuniqué ist meines Wissens bereits vor zwei Stunden in den Händen einer Agentur gewesen. Besteht die Möglichkeit, daß man künftighin solche Verlautbarungen gleichzeitig an die Presse herausgibt?

---

15 Bezieht sich auf die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946.

Dr. Adenauer: Das kann nicht möglich sein. Dann war es etwas anderes. Dieses Kommuniqué ist soeben erst fertiggestellt worden, ehe ich hierhergekommen bin. Dann hat diese Agentur auf einem mir leider nicht bekannten Wege irgendeinen von mehreren Entwürfen in die Hände bekommen. Aber dieses Kommuniqué, so wie es jetzt ist und das sich doch auch in der Tonart von den ersten Entwürfen unterscheidet, ist keiner Agentur für sich gegeben worden. Es wird Ihnen vielmehr jetzt hier insgesamt mitgeteilt.

Rüp: Soeben wurden hier Kommuniqués vorgelesen, die zumindest im Inhalt ähnlich waren.

Dr. Adenauer: Das mag sein. Ich lege Wert darauf, Ihnen zu sagen, daß Sie derartige Kommuniqués gleichzeitig bekommen.

52.

2. 9. 1949: Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 09.20. Handschriftlicher Vermerk: „Hat Herrn Dr. Adenauer vorgelegen. Eine Antwort ist nicht notwendig, da die Wünsche [...] Beteiligung im Kabinett berücksichtigt werden."

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Als Regierungschef des größten Landes der französischen Zone und Landesvorsitzender der CDU – in Übereinstimmung mit den Herren Staatspräsidenten *Wohleb* und Dr. *Müller* – halte ich es für notwendig, die Aufmerksamkeit der zuständigen CDU-Instanzen, insbesondere auch der CDU-Fraktion des Bundestages auf folgende Tatsache zu lenken:

Die Gründung der deutschen Bundesrepublik bedeutet nicht zuletzt den Zusammenschluß der französischen Zone mit der Bizone und damit die Beseitigung der gerade von der Bevölkerung der französischen Zone immer wieder bedauerten Isolierung. Dieses wichtige Ereignis muß aus nationalpolitischen Gründen auch dadurch sinnfällig in Erscheinung treten, daß CDU-Vertreter der französischen Zone Mitglied der ersten Bundesregierung sind. Dieses Verlangen erscheint auch schon dadurch gerechtfertigt, daß in der französischen Zone die Mehrheit der Bevölkerung der CDU ihre Stimme gegeben hat[1] und die CDU tatsächlich die Regierungspolitik in den drei Ländern bestimmt.[2] Auch in der CDU-Fraktion des Bundestages stammen 27 Mitglieder, also rund ein Fünftel der Fraktion aus den Ländern der französischen Zone. Es geht daher nicht an, die französische Zone bei der Zusammensetzung des Kabinetts vollständig zu übergehen. Außerdem ist es notwendig, daß bei der Zusammensetzung der Bundesbeamtenschaft

1 Vgl. Nr. 6, Anm. 2.

2 Die Länderregierungen in der französischen Zone standen alle unter CDU-Ministerpräsidenten. In Baden existierte eine CDU-Alleinregierung, in Rheinland-Pfalz eine Koalition aus CDU, SPD, FDP und KPD, in Württemberg-Hohenzollern eine Koalition aus CDU, SPD und DVP. Potthoff/Wenzel, S. 76–81.

die Länder der französischen Zone entsprechend ihrer Bevölkerungszahl und, soweit es sich um CDU-Beamte handelt, entsprechend der in der französischen Zone aufgebrachten CDU-Stimmen vertreten werden.

Schließlich darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß aus außenpolitischen Gründen eine Nichtberücksichtigung der französischen Zone bei der Zusammensetzung der Bundesregierung bedenklich erscheint. Es ist in den vergangenen Jahren gerade den führenden CDU-Politikern der französischen Zone gelungen, eine direkte enge persönliche Fühlung, ja sogar ein gewisses unmittelbares Vertrauensverhältnis mit dem verantwortlichen Leiter der französischen Außenpolitik, Herrn Robert *Schuman*, und mit einer Reihe sonstiger maßgebender französischer Politiker herzustellen. Dieser enge Konnex konnte in zahlreichen Fällen zu Gunsten deutscher Interessen nutzbar gemacht werden. Eine derartige enge Verbindung konnten unsere politischen Freunde in der amerikanischen und britischen Zone infolge der anders gearteten politischen Verhältnisse zu den verantwortlichen Leitern der amerikanischen und englischen Außenpolitik bisher nicht herstellen. Es würde daher für die Bundesregierung von außenpolitischem Nutzen sein, wenn der Aktivposten des unmittelbaren Konnexes mit den verantwortlichen Leitern der französischen Politik durch ein aus der französischen Zone stammendes Kabinettsmitglied mit in die Bundesregierung eingebracht würde.[3]

Mit ergebenem Gruß
Altmeier

3 Vgl. zur Ergänzung die Nrn. 53 und 54.

53.

3. 9. 1949: Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 09.20.

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Den beifolgenden Brief vom 2. 9. 1949[1] hatte ich vor meiner Abreise nach Bonn bereits diktiert. Er behandelt in erster Linie die Mitarbeit von unseren Parteifreunden in der kommenden Bundesregierung sowie in den kommenden Bundesministerien. Als ich diesen Brief in Übereinstimmung mit den Auffassungen meines Freundes Dr. *Süsterhenn* niederschrieb, konnte ich allerdings nicht ahnen, daß sich unsere Besorgnisse wegen einer Ausschaltung ausgerechnet bei der Zusammensetzung des Präsidiums der eigenen Fraktion bereits bewahrheiten sollten.[2] So etwas hätten wir nicht für möglich gehalten. Wir lebten bisher [in] der Auffassung, daß der für die Länder der französisch besetzten Zone durch die Bildung des Bundesstaates beendeten Isolierung immerhin auch eine „gesamtdeutsche" Bedeutung (um mit Herrn *Kaiser* zu sprechen) zukäme.

1 Nr. 52.

2 Vgl. zu den folgenden Ausführungen die Diskussion und die Bestimmung über die Zusammensetzung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. 9. 1949; Nr. 50, S. 177–186.

So betrachtet wird man es verstehen, daß unsere Freunde aus der französisch besetzten Zone über die kurze und formlose Art bestürzt waren, wie ihre Bitte nach einer Beteiligung am Präsidium der Fraktion abgetan worden ist und daß sie sich geradezu beleidigt fühlen mußten, wenn Herr *Kaiser* das Verlangen nach dieser Beteiligung und die Nennung des Namens des Wohlfahrtsministers *Junglas* damit ablehnte, daß er die Wahl der voraufgegangenen vier Herren als im „gesamtdeutschen Interesse" liegend bezeichnete, um dadurch in einer uns geradezu unverständlichen Schärfe zu bekunden, daß es sich bei unserem, aus innen- und außenpolitischen Erwägungen erwachsenen Wunsche mehr oder weniger um eine „lokale" Angelegenheit handele.

Niemand bestreitet, daß bei der Wahl der vier Persönlichkeiten diese gesamtdeutschen Interessen beachtet wurden; aber es kann auch niemand bestreiten, daß das jetzige Präsidium aus drei Abgeordneten der Länder der britischen Zone und aus einem Abgeordneten der amerikanischen Zone besteht, daß in der Wahl des Herrn *Kaiser* außerdem an Berlin gedacht wurde, daß infolgedessen einzig und allein die französisch besetzte Zone unbeachtet geblieben ist. Hat man kein Gefühl dafür, daß in diesem Augenblick, wo die Länder des Westens aus ihrer Isolierung heraustreten, gerade vom gesamtdeutschen Gesichtspunkt her eine entsprechende Vertretung im Präsidium wie auch in den anderen Körperschaften des Bundes geboten ist, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die französische Zone von den 139 Mitgliedern der Fraktion immerhin 27 = 1/5 der Gesamtfraktion gestellt und prozentual zum Gesamt-Wahlsieg der CDU mehr als irgendein anderer Teil des Bundesgebietes beigetragen hat?

Angesichts dieser Entwicklung bei der Wahl der Fraktionsvorsitzenden halte ich es als Landesvorsitzender der CDU von Rheinland-Pfalz – und hier spreche ich zweifellos auch im Sinne unserer Parteifreunde aus Baden und Württemberg-Hohenzollern – für meine Pflicht, Sie noch einmal ebenso herzlich wie dringend zu bitten, darauf bedacht zu sein, daß bei der Bildung der kommenden Bundesregierung die CDU der französischen Zone berücksichtigt wird. Als geeignete Persönlichkeit[en] weise ich hin auf

Regierungspräsident Dr. *Zimmer*, Montabaur,
Wohlfahrtsminister *Junglas*, Koblenz,

der der Exponent der christlichen Arbeiterschaft von Rheinland-Pfalz ist. Wir denken weiterhin an entsprechende Positionen in den Ministerien selbst, wofür wir geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen haben. Es kann ja nicht übersehen werden, daß in den Frankfurter Verwaltungsstellen der bisherigen Bizone, die ja zweifellos zum großen Teil in den kommenden Ministerien aufgehen, überhaupt keine Personen aus der französisch besetzten Zone beteiligt sind.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, auf diese Gesichtspunkte noch einmal hinzuweisen, und ich glaube um so mehr dazu berechtigt zu sein, als ich persönlich keinerlei Ambitionen auf irgendwelchen Posten habe, sondern meine Aufgabe in der weiteren Tätigkeit auf der Landesebene sehe; eine Aufgabe, die mich veranlaßt hat, eine Bundes-[tags]kandidatur abzulehnen.[3]

Mit freundlichem Gruß bin ich
Ihr ergebener
Altmeier

3 Vgl. zur Ergänzung Nr. 54.

54.

3. 9. 1949: Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (Koblenz), an den Staatspräsidenten von Baden, Leo Wohleb (Freiburg), und den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller (Tübingen)

Materialien G. Müller.

Lieber Freund *Wohleb*!
Lieber Freund *Müller*!

Einliegend Abschriften von zwei Schreiben, welche ich heute an den Herrn Dr. *Adenauer* richtete.[1] Ich nehme an, daß unsere Freunde Dich über den Verlauf der Wahl der Vorsitzenden der Fraktion unterrichteten. Es war bedauerlich, daß wir – d. h. unsere Parteifreunde aus Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz – in dieser Angelegenheit keine Vorbesprechung abgehalten hatten, so daß wir in dieser Weise abgehalftert wurden. Herr *Kaiser* konnte unwidersprochen mit Pathos auf die Wahl der vier Persönlichkeiten verweisen, die vom „gesamtdeutschen Standpunkt her" gewählt worden seien und wobei er die Nennung von Namen aus der französisch besetzten Zone geradezu brüsk zurückwies, nachdem er bereits vorher bei anderen Gelegenheiten „sehr traurig" war, daß man in der Fraktion überhaupt noch von Ländern und Zonen sprechen würde, wo es sich doch um ein „gesamtdeutsches Parlament" handele.[2]

Es besteht alle Veranlassung annehmen zu müssen, daß man mit solchen billigen Redensarten die französische Zone auch weiter abtun wird. Herr *Kaiser* lebt anscheinend auf dem Mond, sonst müßte er wissen, daß es auch weiterhin Zonen mit Hohen Kommissaren gibt und daß man vor allen Dingen einen Bundesstaat gegründet hat, dessen tragende Säulen die Länder sind.

Mit freundlichem Gruß!
Dein
Peter *Altmeier*

1 Die Nrn. 52 und 53.

2 Vgl. die Wortmeldungen *Kaisers* in Nr. 50, S. 174, 185.

55.

3. 9. 1949: Niederschrift über die Landeskonferenz der CDU Hessens in Frankfurt/M.

ACDP, I-009-003/1 (NL Dörpinghaus).

Eingeladen war der Landesvorstand, die Kreisvorsitzenden, die Kreisgeschäftsführer, die Minister, die Landräte, die hessischen Abgeordneten des Bundestages, die Abgeordneten des Landtages, die nichtgewählten Kandidaten des Bundestages und die Vorsitzenden der politischen Beiräte.

Minister Dr. Hilpert referierte über die politische Lage nach den Bundeswahlen. U. a. erklärte er: Die CDU/CSU verfügt nicht über die geschlossene politische Betrachtung wie die SPD, es gäbe eine „geistige Mainlinie". Die erste Tragik der Lage nach den Wahlen sei, daß keine innerlich geschlossene Mehrheit vorhanden sei. Es gäbe verschiedene Meinungen über die Regierungsbildung; persönlich meine er, man müsse alles versuchen, um eine große Koalition mit einem Notprogramm zustande zu bringen.[1] Die zweite Tragik liege in der Person Dr. *Schumachers*. Die Wähler haben sich allerdings klar antimarxistisch und für eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik entschieden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat sich mit überwältigender Mehrheit für die Regierung CDU/CSU, FDP und DP ausgesprochen.[2] Die Gewerkschaftsvertreter haben hervorgehoben, man solle die Situation nicht noch verschärfen, man solle die Sozialpolitik an die erste Stelle setzen. Es genügen nicht bloß Leitsätze, notwendig sind konkrete Punkte mit Vorschlägen für die Erfüllung.

Die SPD sei innerlich absolut brüchig und lebe nur von ihrer großartigen Organisation. Vielleicht habe man ihr mit der Ermöglichung einer Oppositionsstellung ein Geschenk gemacht.

Wir können nur eine soziale Politik betreiben, weil wir zu 75 % verarmt sind.[3] Wir müssen den Entschluß (betr. Regierungsbildung) hinnehmen und versuchen, das Beste für die Partei und unser Volk zu tun. Bezüglich der Regierungsbildung haben beide Seiten gute Gründe; die Richtigkeit des Beschlusses wird sich nur im Laufe der Entwicklung erweisen. Eine große Koalition sei auch mit Rücksicht auf Bayern nicht möglich gewesen.[4] Seit dem 14. August seien auch bei uns Fehler gemacht worden (in Richtung einer zu stark autokratischen Führung).[5]

Dr. *Hilpert* erklärte, er werde der Bundestagsfraktion während der ersten Wochen angehören, bis die Frage Frankfurt-Bonn erledigt sei.[6]

„Ich hoffe, daß ich spätestens am 1. Oktober mein Versprechen, zu dem ich stehe, erfüllen kann" (gemeint ist die Frage der Niederlegung des Mandates im Bundestag).

In der Debatte wurden von verschiedenen Sprechern Vorwürfe gegen Dr. *Adenauer* erhoben. So z. B.:

Abgeordneter Sabel: Wir bedauern die Haltung *Schumachers*, aber wir wollen nicht, daß sich bei uns ähnliche Verhältnisse entwickeln. Hier fielen auch die Ausdrücke „Vasallentum" und „Hofschranzen".

Abgeordneter Dr. v. Brentano: Nach dem 14. 8. haben offenbar beide (Dr. *Adenauer* und Dr. *Schumacher*) den Riegel vor die Tür geschoben. Es war kein legaler Vorstand der CDU/CSU vorhanden. Wenn es mit der Koalition nicht geht, dann lieber Neuwahlen.

Dr. Steinmetz: Es ist schmerzlich, daß man zwischen Hannover und Rhöndorf kaum mehr einen Unterschied sieht. Das konnte nur deshalb so kommen, weil zu viele keine

1 Vgl. *Hilperts* Ausführungen in den Nrn. 16, 18 und 44.

2 Am 1. 9. 1949, Nr. 50.

3 Hierzu ausführlicher *Hilpert* in den Nrn. 16 und 18.

4 Vgl. den bayerischen Standpunkt ebenda.

5 Kritik an *Adenauer*.

6 *Hilpert* schied am 20. 10. 1949 aus dem Bundestag aus. Diesen Schritt hatte er bereits kurz nach der Bundestagswahl angekündigt. Vgl. Nr. 15.

Zivilcourage besitzen. Die Dinge haben auch bei uns mit Demokratie sehr wenig zu tun. Man hätte die Landesvorsitzenden (!) und auch die Fraktion einberufen können. Ich bin der Auffassung, daß man nicht versucht hat, das Mögliche zu erreichen.

Minister Arndgen: Wir wären etwas weitergekommen, wenn sich die führenden Männer einmal zusammengesetzt und nicht mit Steinen (Interviews und Presseerklärungen) über die Mauer geworfen hätten.

Andererseits wandte sich jedoch der Sprecher **Dietz** unter Beifall gegen die Angriffe gegen Dr. *Adenauer*.

Abschließend erklärte Minister Dr. **Hilpert** u. a.: Man müsse mit größter Sorge den jetzt beschlossenen Start der Bundesregierung betrachten. Wir sind uns mit vielen Freunden in der süddeutschen CDU einig: Aus dem Bekenntnis zur sozialen Politik muß die soziale Tat werden! Wir sind Demokraten, wir halten Disziplin, aber wir sind wachsam! Nichts wäre gefährlicher, als jetzt eine Entzweiung.

Die nördlichen Kreise der CDU Hessen verlangten unter Oppositionsdrohung, daß dem Bundestagskandidaten *Rest* die Möglichkeit zum Nachrücken geboten werde.[7] Minister Dr. **Hilpert** erklärte, dies werde erst zu entscheiden sein, wenn man die Lage klar überblicke. Er werde erwähntermaßen auf sein Bundestagsmandat verzichten, vielleicht würden auch Dr. *Schlange-Schöningen* und unter den Nachrückenden Peter *Horn* verzichten.[8] Dann wäre es möglich, dem Wunsche Nordhessens zu willfahren. Man einigte sich darauf, die Entwicklung bis zum 20. Oktober abzuwarten.

Ein ordnungsgemäß einberufener Landesparteitag wird am 21. und 22. Oktober in Kassel stattfinden.

Unterschrift

---

7 Friedrich *Rest* hatte für die CDU im Wahlkreis Korbach kandidiert, war aber gegen den FDP-Kandidaten unterlegen. Auf der Landesliste hatte er Platz 9 eingenommen, der für den Einzug in den Bundestag nicht reichte. Wahlunterlagen KGParl.

8 Peter *Horn* verzichtete nicht. Am 10. 6. 1950 rückte er für *Schlange-Schöningen* in den Bundestag nach. Anstelle *Hilperts* gelangte Heinrich *Hohl* am 3. 11. 1949 in den Bundestag, nicht aber *Rest*. Datenhandbuch Bundestag, S. 1120.

56.

3. 9. 1949: Der Oberbürgermeister von Essen und Vorstandsmitglied der CDU von Rheinland, Gustav Heinemann (Essen), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Rhöndorf)

StBkAH 10.01; NL Heinemann vorl. 10.

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Die Bildung der Bundesregierung wird begreiflicherweise von den verschiedensten Gesichtspunkten aus mit außerordentlicher Aufmerksamkeit verfolgt. Unter den evangelischen Freunden der Union wird auch beachtet, ob unter den von der Union zu stellenden Bundesministern der evangelische Teil zu einer angemessenen Berücksichtigung

kommt, um wirklich dem immer noch bestehenden Einwand begegnen zu können, daß die Union zu stark katholisch geführt werde. Ich bin nicht darüber unterrichtet, wie Sie die Zusammensetzung der Bundesregierung endgültig zu gestalten gedenken, kann mich aber zahlreichen Appellen nicht entziehen, welche dahingehen, daß ich Ihnen den dringlichen Wunsch evangelischer Parteifreunde auf eine gute konfessionelle Ausgewogenheit nahebringen möchte.[1] Ich tue das hiermit aus der Verbundenheit, die zwischen uns besteht, und bitte um rechte Respektierung des Anliegens.[2]

Mit den besten Wünschen für Ihre hohe Verantwortung begrüße ich Sie als

Ihr
Dr. *Heinemann*

1 Die entsprechende Forderung des evangelischen Flügels der Unionsfraktion in Nr. 71, S. 392f.

2 Eine schriftliche Antwort *Adenauers* ist nicht vorhanden.

57.

3. 9. 1949: Die geschäftsführende Vorsitzende des Zentrums und Vorsitzende der Bundestagsfraktion des Zentrums, Helene Wessel (Münster), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH 10.07. Handschriftlicher Vermerk: „Der Fraktion CDU/CSU bekanntgegeben."[1]

Sehr geehrter Herr Dr. *Adenauer*!

Mit verbindlichem Dank bestätige ich Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 27. 8. 1949[2], aus dem ich einiges über das Programm der von Ihnen geplanten Koalitions-Regierung entnehmen konnte.

Meine politischen Freunde und ich sind auf das Äußerste um eine wirksame und gerechte Lösung der sozialen Frage besorgt.

Wir sehen in dem Aufkommen des Liberalismus eine ebenso ernste Gefahr wie in allen kollektivistischen Tendenzen.

Ich darf Ihnen versichern, daß meine Freunde und ich auf Grund der unbedingten Unabhängigkeit, die sich das Zentrum bewahrt, alle Mittel und Kräfte, die dem Gemeinwohl dienen, unterstützen werden.

Die jetzt beginnende praktische Arbeit im Bundestag wird hoffentlich schon bald zu den Klarstellungen führen, die die sich heute anbahnende Entwicklung deutlich bezeichnen. Das Zentrum wird sich in keine liberalistischen, keine marxistischen und keine nationalistischen Strömungen hineinbegeben.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser kurzen Orientierung gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen!
Helene *Wessel*

1 Vgl. Nr. 59, S. 238.

2 Nr. 38.

58.

4. 9. 1949: Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der FDP in Bonn (Auszug)

NL Wildermuth 12. Durchschlag. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: 19.00 Uhr.

Anwesend: *Heuss*, *Blücher*, *Dehler*, Ernst *Mayer*, *Euler*, *Bleek*, *Schäfer*, *Schwennicke*, später auch *Wildermuth*.[1]

Als Gäste: *Glaeser*, *Rademacher*, *Oellers*, *Pfleiderer*, *Vietzen*, Frl. *Fischer*.

[...][2]

Blücher gibt nunmehr einen Überblick über die durch den Wahlkampf geschaffene Lage, die nicht zwei, sondern mehrere Fronten ergeben hat. Die Sozialisten haben eine entscheidende Niederlage erlitten. Es ist notwendig, aus der FDP eine nationale und soziale Partei zu machen. Die DP muß an der Verantwortung beteiligt werden. Die Besprechungen mit *Adenauer*[3] hat *Blücher* ausdrücklich nur für seine Person geführt und nicht im Namen der Partei. Seine Auffassung: große Koalition schlimmer als reine sozialistische Regierung. Mit *Adenauer* Übereinstimmung erzielt über die Notwendigkeit, ein Vertriebenenministerium und ein Wohnungsbauministerium zu errichten. Das Wirtschaftsministerium kann nicht durch einen einzigen Mann geleitet werden. Für das Finanzministerium hat *Blücher Höpker Aschoff* vorgeschlagen, dieser begegnet aber, wie er selbst, heftiger Ablehnung durch Bayern.[4] Die CSU schlägt vor, den Staatsrat im Bayerischen Finanzministerium, *Ringelmann*, oder Dr. *Schäffer* zu beauftragen. Parteipolitisch am schwierigsten läßt sich die Besetzung des Arbeitsministeriums an. *Storch* ist absolut unannehmbar.[5] Genannt wurden *Blank* und *Gengler*. *Blücher* hat *Schäfer* vorgeschlagen. Wenn dieser nicht durchzusetzen ist, dann für *Sauerborn*.[6] Für das Landwirtschaftsministerium schlägt *Adenauer* Dr. Karl *Müller*, Godesberg, vor. Bedenken wegen politischer Vergangenheit.[6a] Sehr geeignet für diesen Posten wäre der DP-Mann *Block*.[7]

---

1 *Wildermuth* traf erst nach dem Ende der Sitzung in Bonn ein. In sein Tagebuch notierte er: „Abends La Roche. Es stellt sich heraus, daß ich die Vorstandssitzung von 10.00 Uhr ohne Schaden verpaßt habe." NL Wildermuth 28.

2 Innerparteiliche Angelegenheiten: Wahl eines Schatzmeisters (*Bleek*), Finanzierung der FDP, Hauskauf für die Geschäftsstelle in Bonn, Bestellung eines Verbindungsmannes der Fraktion zum Frauenausschuß.

3 Verschiedene Angaben über Zeitpunkt und Häufigkeit dieser Gespräche. Vgl. Nr. 22 mit Anm. 5, Nr. 37 und Nr. 44, S. 93.

4 Vgl. Nr. 17a und Nr. 68, S. 319.

5 Zur Kritik an *Storch* aus Bayern Nr. 17a, von seiten der FDP Nr. 28.

6 Sein Name wurde im Zusammenhang mit der Besetzung des Arbeitsministeriums erstmals am 20. 8. 1949 genannt. Vgl. Nr. 17a. Innerhalb der FDP setzte sich vor allem Hans *Wellhausen* für seine Berufung zum Arbeitsminister ein. Vgl. die Nrn. 28 und 37.

6a Bezieht sich vermutlich auf die Vorwürfe einer Verstrickung *Müllers* in die rheinische Autonomiebewegung am Anfang der Weimarer Republik, die seine politische Karriere schon in den zwanziger Jahren ungünstig beeinflußt hatte. Vgl. Martin Schumacher, Agrarpolitische Weichenstellungen 1945/50. Karl Müller, ein rheinischer Agrarier im Bannkreis Konrad Adenauers, in: Kurt Düwel/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Wuppertal 1984, S. 264ff.

7 Dies war ein Vorschlag *Hellweges*. Aufzeichnung Hellweges in den Materialien Hellwege.

Das Innenministerium mit *Weitz* steht außer Diskussion.[8] Das Justizministerium soll uns zufallen. Für das Vertriebenenministerium hat *Adenauer* Jakob *Kaiser* vorgeschlagen[9], für den Wohnungsbau *Blücher* oder *Wildermuth*. Für Verkehr schlägt die DP *Seebohm* vor. Sie will zwei Ministerien haben, *Hellwege* ohne Portefeuille mit Vertretung der Regierung im Bundesrat.[10]

Dieser Bericht wird eingehend diskutiert, wobei **Euler** eine Koalition mit der SPD ebenso für unmöglich erklärt wie die große Koalition. Er möchte eine Fraktionsgemeinschaft mit der DP anstreben wie im Wirtschaftsrat. Kritik an der Nichteinberufung einer Vorstandssitzung. Ernst **Mayer** teilt die Auffassung, daß keine Links- oder große Koalition möglich sei, ebenso **Oellers**, der auffordert, der politischen Situation der DP besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie habe selbst den Wunsch, die nationalen Schreier loszuwerden. **Dehler** erläutert seine ursprüngliche Stellungnahme zur großen Koalition.[11] Sie sei taktisch zu verstehen gewesen. Er habe durch die Aufnahme eines Gespräches mit der SPD diese zu dem Nein zwingen wollen. Nach der Veröffentlichung des Dürkheimer Programms der SPD[12] und den Erklärungen *Schumachers*[13] komme eine Koalition mit der SPD nicht mehr in Frage.

Schäfer plädiert dafür, daß die Regierungsbildung einen neuen politischen Stil bringen müsse. Jetzt zeigen sich aber statt „einem Führer" zwei. Insbesondere sei es völlig falsch, die Frage des Bundespräsidenten mit der Regierungsbildung zu verquicken. In diesem Punkt müsse man versuchen, mit der SPD ins Gespräch zu kommen. Eine Fraktionsgemeinschaft mit der DP hält er für unmöglich[14], aber die Koalition mit ihr für gut. Inhalt der Regierungspolitik müsse eine positive Sozialpolitik sein, damit der schlechte Eindruck eines Bürgerblocks vermieden werde. **Heuss** weist darauf hin, daß die Kabinettsbildung einer anderen Arithmetik unterliegt als die der Koalitionsbildung. Letzteres sei nur zwischen CDU, FDP und DP möglich. Eine Koalition CDU - SPD sei nach diesem Wahlkampf kaum zu glauben.[15] Das Kabinett dürfe kein politischer Dauerausschuß des Parlaments sein, sondern müsse nach fachlich-personellen Gesichtspunkten besetzt werden. Er warnt vor der Vorstellung, daß die CDU eine zerfallende Partei sei. **Euler** erklärt, daß die FDP in Hessen[16] eine bäuerliche Partei geworden sei und liberale und konservative Elemente vereinige. Die Deutsche Rechtspartei bilde den Abgrenzungsposten auf der Rechten. Man müsse verhindern, daß sie zu großen Zulauf bekomme. Bezüglich

---

8 Dies änderte sich am 14. 9. 1949. Vgl. Nr. 71, S. 392–399.

9 Zu dieser Zeit bestand offensichtlich noch die Absicht, Vertriebenen- und Ostministerium zusammenzulegen. Vgl. Nr. 17a.

10 *Hellwege* selbst hatte zunächst offenbar kein Ministerium angestrebt. Erst auf das ausdrückliche Drängen *Adenauers* erklärte er sich bereit. Persönliche Mitteilungen von Heinrich Hellwege und Adolf Dedekind. Außerdem Hellwege an Blücher vom 14. 10. 1949: „Wie Sie aus den Koalitionsverhandlungen wissen, habe ich mehrfach betont, daß ich auf die Berufung meiner Person in die Bundesregierung keinen besonderen Wert gelegt habe." StBkAH III/21.

11 Vgl. Nr. 22, Anm. 10.

12 Nr. 42.

13 Nr. 45.

14 So schon *Höpker Aschoff* am 14. 8. 1949, Nr. 4.

15 So bereits *Heuss* in einer Stellungnahme am 15. 8. 1949; vgl. Nr. 14, Anm. 3.

16 Zur hessischen FDP Nr. 2 mit Anm. 5 und Nr. 22.

der Sitzordnung im Bundestag vertritt er die Meinung, daß die FDP rechts von der CDU sitzen müsse, keinesfalls zwischen CDU und SPD.[17] **Rademacher** übt Kritik an der Verhandlungsführung, insbesondere bezüglich der Einschaltung der Presse. Peinlich sei die Hereinziehung des Bundespräsidenten in die Regierungsverhandlungen. Zur Frage der Koalition fordert er mehr Minister für die FDP, als die DP beanspruche. Im übrigen verlangt er klare Unterstützung gegen die Auswüchse in der DP. Man müsse in den Koalitionsverhandlungen von der DP verlangen, daß sie von den nazistischen Erscheinungen des Wahlkampfes in ihren Reihen abrückt.

Glaeser bezeichnet als wesentliche Aufgabe einer liberalen Partei, tolerant auflockernd zu wirken und nicht starr dogmatisch zu sein. Er berichtet über den Mißkredit der FDP im Ausland wegen des Bündnisses mit den National-Demokraten in Hessen. Deshalb sei er besonders dankbar für die von *Euler* gegebene Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremisten. Das Ausland befürworte die zu erwartende Koalition in dem Sinne, daß Regierung und konstruktive Opposition einander gegenüberstehen. **Heuss** betont, daß er in der Platzfrage Wert darauf lege, zwischen SPD und CDU zu sitzen.[18] **Blücher** macht den Vorschlag, die Plätze auszulosen, da die Begriffe rechts und links heute ohnehin nicht mehr gelten.[19] Zur Regierungsbildung stellt **Euler** die Forderung auf, daß wir drei Ministerien, darunter ein großes zentrales Ministerium fordern müssen. **Bleek** ist der gleichen Meinung. Er fordert als Schlüsselministerium das Finanzministerium für uns. **Schäfer** hält das Finanzministerium für zu problematisch. **Oellers** möchte dem Vizekanzler ein Ressort zuteilen[20], da er sonst in Gefahr gerate, überspielt zu werden. Er schlägt vor, Vizekanzler und Finanzen für *Blücher*. Auf Frage **Rademachers**, was wegen der parlamentarischen Staatssekretäre besprochen sei, berichtet **Blücher**, daß er bisher einen solchen für ein Hauptministerium (Wirtschaft) besprochen habe, daß dies aber von *Adenauer* abgelehnt worden sei.

---

17 Zur Meinung innerhalb der FDP hierüber die Nrn. 2, 4 und 7.

18 Vgl. Nr. 2.

19 Vgl. Nr. 7.

20 In diesem Punkt war *Blücher* anfangs wohl anderer Meinung. Der dpd meldete am 19. 8. 1949: „Im Kabinett hält *Blücher* einen Vizekanzler ohne eigenes Fachressort für notwendig."

59.

5. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/1. Beginn: 18.00 Uhr. Schluß: 22.00 Uhr.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Vorstand ist in seinen Beratungen noch nicht fertig geworden.[1] Daher werden wir auch die Tagesordnung für heute nicht absolvieren können. Der Vorstand muß morgen früh fortfahren. Wir bitten Sie um Geduld,

---

1 Aufzeichnungen über die Sitzungen des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion existieren erst für die Sitzungen ab dem 23. 9. 1949.

daß wir Sie so lange haben warten lassen, aber ich wiederhole, wir müssen uns alle erst aufeinander einarbeiten. Daher sind die Beratungen etwas zeitraubend.

Ich möchte noch eins voranschicken. Aus der letzten Fraktionssitzung sind Indiskretionen sehr starker Art erfolgt, und zwar aus der Fraktionssitzung heraus, während wir hier noch tagten. Dem Korrespondenten der „Welt" sind Mitteilungen gemacht worden, die die „Welt" dazu gebracht hat, eine ganz falsche Darstellung in der Öffentlichkeit über den Verlauf unserer Verhandlungen zu geben.[2] Die „Welt" erscheint auch jetzt noch, soviel ich weiß, in einer Auflage von einer Million Exemplaren. Es wird daher durch derartige Indiskretionen sehr großer Schaden angerichtet.

Ich bitte Sie, sich darüber klar zu sein, daß wir ein großes Ziel gemeinsam verfolgen müssen, daß es daher unmöglich ist, daß aus einer Fraktionssitzung heraus derartige Indiskretionen gemacht werden. (Zurufe: Sehr richtig.)

Ich darf Ihnen dann, soweit ich dazu in der Lage bin, kurz berichten über das Programm der nächsten Tage. Ich sage, soweit ich dazu in der Lage bin, weil die Ministerpräsidenten jetzt den Auftrag erhalten haben, alle Vorbereitungen zu treffen für das Zusammentreten des Bundestages[3] und weil ich bisher keine offizielle Mitteilung irgendwelcher Art darüber bekommen habe, was denn nun geplant ist. Soviel ich weiß, tritt der Bundesrat zusammen am Mittwoch um 12 Uhr und wird sich dann konstituieren. (Zuruf: Um 11 Uhr.) Mir ist gesagt worden 12, ich weiß es nicht.[4] Wir haben auch noch nicht gehört, wann die Gottesdienste sind. Von der evangelischen Seite ist eine Einladung gekommen, von der katholischen noch nicht.

Es wird sich dann der Bundesrat konstituieren, und zwar wohl absichtlich vor dem Bundestag. Wie ich gehört habe, werden die Hohen Kommissare an dieser konstituierenden Sitzung des Bundesrates teilnehmen.[5] Ob und wer von den gewählten Bundestagsabgeordneten zu dieser Konstituierung eingeladen werden wird, ist mir nicht bekannt. Ich habe weiter gehört, daß der Bundesrat nach seiner Konstituierung 43 Mitgliedern des Bundesrates und des Bundestages – die Ziffern wurden mir von Herrn *Löbe* heute gesagt – und den Hohen Kommissaren ein Diner gibt; wann und wo, weiß ich nicht, auch nicht, wer dazu eingeladen ist.[6] Dem Vernehmen nach werden wir uns dann im Bundestag im

2 „Die Welt" hatte am 2. 9. 1949 ihren Bericht über die Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Tag zuvor (Nr. 50) mit der Schlagzeile überschrieben: „*Adenauer*-Kurs umstritten. Bewegte erste Fraktionssitzung der CDU/CSU." *Adenauer* hatte darauf noch am gleichen Tag ein Protesttelegramm an den Chefredakteur der „Welt" gesandt und eine Berichtigung verlangt. StBkAH 02.02.

3 Nach § 25 des Wahlgesetzes zum ersten Deutschen Bundestag. Aufgrund einer Äußerung von Anton *Pfeiffer* während der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. 8. 1949 beinhaltete dieses Recht auch die Festlegung des Programmablaufs für diese Sitzung. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1061f.

4 Die konstituierende Sitzung des Bundesrates begann am 7. 9. 1949 um 11.00 Uhr.

5 Hierzu waren sie von den Ministerpräsidenten am 29. 8. 1949 schriftlich. und am 1. 9. 1949 noch einmal mündlich eingeladen worden. Akten zur Vorgeschichte 5, S. 1091f.

6 Zum geplanten Ablauf dieser Veranstaltung meldete „Die Welt" am 5. 9. 1949: „Am Mittwochnachmittag wird dann der Bundesratspräsident als erster hoher gewählter Würdenträger der Bundesrepublik Deutschland einen großen Staatsempfang im Königshof in Bonn geben. Als Gäste nehmen hieran teil: die drei Hohen Kommissare, die westdeutschen Ministerpräsidenten sowie der Berliner Oberbürgermeister Prof. *Reuter*, die 43 Vertreter des Bundesrates und 43 Abgeordnete des Bundestages." Kritik *Schumachers* hieran in Nr. 62. Die Veranstaltung fand in dieser Form nicht statt. Vgl. Nr. 61 mit Anm. 40.

Laufe des Nachmittags konstituieren.[7] Aber auch dazu habe ich bisher – ich weiß nicht, ob es auch bei den anderen so ist – eine Einladung noch nicht bekommen.

(Dr. *Holzapfel*: Sie ist da, um 16 Uhr.)

Ich höre um 16 Uhr. Ich habe heute früh Herrn *Löbe* besucht, um mit ihm über den Gang der Dinge zu sprechen und ihm zu sagen, daß unsere Fraktion durchaus bereit ist, einen Strich zu machen unter die wahlagitatorischen Gespräche und im Bundestag sachlich zu arbeiten. Herr *Löbe* begrüßt das sehr. Ich stehe auf dem gleichen Standpunkt.

Wie mir Herr *Löbe* sagte, stellt er sich den Gang der Sitzung folgendermaßen vor: Er wird die Sitzung eröffnen und dabei längere Ausführungen machen. Dann wird der Aufruf erfolgen und zur Wahl der Präsidenten des Bundestages geschritten werden. Herr *Löbe* meinte, daß diese Wahl wohl mit Stimmzetteln erfolgen müsse. Er sprach dann von den weiteren Vorsitzenden. Ich habe ihm – Ihr Einverständnis voraussetzend – gesagt, daß wir nach meiner Meinung mit zwei stellvertretenden Vorsitzenden auskommen würden. Wenn wir mehr als zwei wählen würden, dann würde sofort die Frage entstehen, ob die beiden stärksten Fraktionen, wir und die SPD, dann noch weitere stellvertretende Vorsitzende stellen sollten, oder ob dann die Siebzehner-Fraktionen an die Reihe kämen. Ich hoffe, daß Sie damit zufrieden sind, daß zwei stellvertretende Vorsitzende genügen. (Zustimmung) Ich habe Herrn *Löbe* gesagt, nach meiner Meinung würde man die beiden stellvertretenden Vorsitzenden per Akklamation wählen können, damit nicht stundenlang durch Stimmzettel abgestimmt wird. Herr *Löbe* glaubte, daß sich das wohl ermöglichen lasse.[8]

Mehr kann ich Ihnen über den Verlauf der konstituierenden Sitzung nicht mitteilen. Herr *Löbe* steht wie ich auf dem Standpunkt, daß so schnell wie möglich eine wenigstens vorläufige Geschäftsordnung gegeben werden müsse, damit nun ordnungsmäßig der Ablauf der ganzen Verhandlungen im Bundestag gewährleistet ist. Herr *Löbe* wird dafür morgen nachmittag den Ältestenausschuß einberufen, um damit den Gang der ersten Sitzung zu besprechen. Er glaubte, es würde genügen, wenn man, bis der Ältestenausschuß gewählt sei, von jeder Fraktion zwei Vertreter einlade. Ich habe ihn gebeten, von den beiden stärksten Fraktionen je drei einzuladen.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß zu der ersten vorbereitenden Sitzung des Ältestenausschusses die Vorsitzenden der Fraktion – das sind insgesamt vier – hingehen.[9] Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind? (Zustimmung)

Ich darf auf folgendes hinweisen: Der Bundesrat wird, wie man wohl annehmen darf, in seiner ersten Sitzung seinen Präsidenten wählen. Wir haben uns über diese Frage neulich hier unterhalten.[10] Herr *Hilpert* meinte, es würde wohl möglich sein, daß wir im Bundesrat eine Mehrheit hätten für unseren Kandidaten auch ohne die Stimmen der De-

7 Der Bundestag konstituierte sich am 7. 9. 1949 um 16.00 Uhr. Zur Kritik *Adenauers* an der Reihenfolge der Konstituierung von Bundesrat und Bundestag Nr. 61, S. 271.

8 Entsprechende Verabredungen erfolgten in der konstituierenden Sitzung des Ältestenrates des Bundestages am 6. 9. 1949. Vgl. Nr. 61, S. 269.

9 Für die CDU/CSU nahmen an der Ältestenratssitzung fünf Abgeordnete teil: *Adenauer*, *Holzapfel*, *Kaiser*, *Köhler* und *Schäffer*. Die SPD war durch *Löbe*, *Schmid* und *Zinn* vertreten, die FDP durch *Heuss* und *Blücher*. Für die Bayernpartei, die DP, die KPD, die WAV und die Deutsche Rechtspartei nahmen je zwei Abgeordnete teil, für das Zentrum einer. Teilnehmerverzeichnis im Protokoll der konstituierenden Sitzung im Parl. Arch.

10 *Adenauer* hatte dies am 1. 9. 1949 kurz erwähnt. Vgl. Nr. 50, S. 194.

mokraten. Ich weiß nicht, inwieweit da Verhandlungen bis jetzt gepflogen worden sind. Im Vorstand wurde eben die Meinung laut, daß man unter allen Umständen dafür sorgen müsse, daß vor der Wahl des Bundesratspräsidenten die Stimmen der Demokraten für den Kandidaten, der zu uns gehört, d. h. für den Ministerpräsidenten *Ehard*, abgegeben würden. Mir scheint das bei der doch etwas unsicheren Lage auch der einzig sichere Weg zu sein. Daraus ergibt sich dann zeitmäßig für uns folgendes: Es muß mit den Demokraten eine Vereinbarung erfolgen, daß ihre Vertreter im Bundesrat Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* wählen. In gleicher Weise muß natürlich mit unseren Vertretern im Bundesrat gesprochen werden.

Nun steht aber auch die Wahl des Präsidenten des Bundesrats doch in engstem Zusammenhang mit der ganzen politischen Gestaltung, die wir jetzt vornehmen, weil der Präsident des Bundesrates doch einer Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten zu machen in der Lage ist. Da wir ja nun in unserer letzten Sitzung hier den Beschluß gefaßt haben, daß wir eine Regierung ohne SPD bilden, ist es sehr wesentlich, daß [der] Präsident des Bundesrates kein Sozialdemokrat wird, weil sonst wirklich sehr unangenehme Komplikationen kommen können.

Die Frage des Bundespräsidenten steht aber auch in engem Zusammenhang damit. In dieser Frage ist die Diskussion im Vorstand noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Diskussion über die Frage des Bundespräsidenten soll morgen früh im Vorstand zunächst fortgesetzt werden. Es wird aber nötig sein, daß wir über diese Personenfrage sowohl im Vorstand wie hier morgen im Laufe des Vormittags schlüssig werden, damit im Laufe des morgigen Nachmittags mit den Demokraten und der Deutschen Partei über diese Dinge endgültig gesprochen werden kann. Ich fasse mich dahin zusammen, Ihnen namens des Vorstandes vorzuschlagen, die Frage des Bundespräsidenten heute hier nicht zu erörtern, aber sich darauf einzurichten, daß diese und andere Koalitionsfragen im Vorstand und hier in der gesamten Fraktion im Laufe des morgigen Vormittags endgültig geklärt werden[11], und daß unsere Vertreter Vollmacht bekommen, morgen nachmittag mit den anderen in Frage kommenden Parteien darüber Vereinbarungen zu treffen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Darf ich geschäftsordnungsmäßig einige Mitteilungen machen. Soweit ich unterrichtet bin, ist jetzt dieser kleine Vertrauensrat *Arnold-Altmeier-Stock* im Bundeshaus, um die technischen Dinge zu erledigen. Vielleicht wäre es gut, wenn man dort einmal anruft. Für morgen nachmittag um 16 Uhr hat es Herr *Altmeier* übernommen, die nichtmarxistischen Mitglieder des Bundesrates zu einer Vorbesprechung zusammenzurufen wegen der Frage der Wahl des Bundesratspräsidenten.[12]

Das wollte ich nur ergänzen auf Grund meiner Sachkenntnisse. Es wäre nicht unzweckmäßig, vielleicht heute abend mit *Arnold* die Fühlung aufzunehmen, wie man sich das Weitere gedacht hat.

Dr. Adenauer: Wir wollen mal hören drüben, wie es ist.

Wir hätten uns in erster Linie zu beschäftigen mit der ebenso dringenden Frage der Wahl des Bundestagspräsidenten. Auch mit dieser Frage hat sich der Fraktionsvorstand ein-

---

11 Dazu ausführlich Nr. 61.

12 Dazu Nr. 63.

gehend befaßt in einer sehr ausgedehnten Diskussion, und er schlägt Ihnen vor, Herrn *Köhler* dafür zu nominieren.

Das Wort hat Herr *Albers*.

Albers: Ich habe in der ersten Fraktionssitzung schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir bei der Verteilung der führendsten Positionen des Bundes daran denken müssen, in vorderster Linie auch einen Vertreter der christlichen Arbeiterschaft zu berücksichtigen. [13] Ich habe diese Meinung dem Herrn Dr. *Adenauer* vor 10 Tagen und auch noch einmal in den letzten Tagen unterbreitet, und ich stehe bei dieser Meinung.

Wer gestern Zeuge dieser außerordentlichen Kundgebung des Bochumer Katholikentages gewesen ist, und ich weiß von den Dingen und von dieser großen Veranstaltung der evangelischen Kirche in Hannover[14], der hat gemerkt, daß innerhalb der breitesten Schichten unserer arbeitenden Bevölkerung ein großer Aufbruch zu dem Positiven unserer Politik ist. Wenn wir auch gewisse Dinge nach der Seite des rein Menschlichen berücksichtigen wollen, meine ich, müssen wir hier in eine dieser Positionen einen Vertreter der christlichen Arbeiterschaft nehmen.

Ich schlage Ihnen einen Mann vor, es ist der Landtagspräsident Josef *Gockeln* aus Düsseldorf. (Zurufe: Bravo!) Ich weiß, daß er hier und da auch kritische Bemerkungen findet; ich weiß, daß seine Geschäftsführung nicht hundertprozentig immer gesehen wird von einigen Kollegen im Landtag Nordrhein-Westfalen. Aber ich darf Ihnen sagen, daß der größte Teil der Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen diesen Mann als einen außerordentlichen Gewinn für die Fraktion und für die Partei ansieht. Deshalb mein Vorschlag.

Wenn *Gockeln* sich dieser Aufgabe widmet, haben wir keinen schlechten Mann mit dieser wichtigen Aufgabe betraut. Ich schlage Ihnen also vor, den Herrn *Gockeln* als Präsidenten des Bundestages heute von uns mit dem notwendigen Vertrauen auszustatten. (Zuruf: Bravo!)

Dr. Adenauer: Auch mit dieser Frage hat sich der Vorstand in seiner Sitzung eben beschäftigt. Er hat diese Anregung nach jeder Richtung hin erwogen. Ich darf Ihnen referieren, welche Gründe dort maßgebend gewesen sind, Ihnen Herrn *Köhler* vorzuschlagen.

Herr *Gockeln* ist Oberbürgermeister von Düsseldorf; er ist Präsident des Landtages Nordrhein-Westfalen; er ist Präsident der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands. Herr *Gockeln* müßte alle diese drei Positionen niederlegen; denn der Bundestagspräsident kann nicht irgendeine andere Funktion noch nebenher ausüben, weil das Amt des Bundestagspräsidenten seine Arbeitskraft völlig in Anspruch nimmt. Ich weiß nicht, ob Herr *Gockeln* – ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen, ich weiß auch nicht, ob Kollege *Albers* mit ihm darüber gesprochen hat – bereit ist, diese Konsequenzen zu ziehen. Zweitens muß bei allen unseren Erwägungen zur Besetzung dieser Stellen, wenigstens solange wir noch eine Partei sind, die noch in der Entwicklung begriffen ist, das konfessionelle Moment durchaus betrachtet werden. Es wird vielleicht einmal auch bei uns in Deutschland die Zeit kommen, wo dieses Moment nicht mehr die Rolle spielt wie jetzt. Aber zurzeit spielt es die Rolle, und auch unter diesem Gesichtspunkt war man der Auffassung, daß es sich empfehlen würde, hier den Herrn *Köhler* zu wählen.

---

13 Vgl. Nr. 50, S. 153 f.

14 Deutsche Evangelische Woche in Hannover vom 27. 7. bis 1. 8. 1949.

Dann darf ich Ihnen – trotzdem es sich um Dinge handelt, die vielleicht mißdeutet werden können – folgendes sagen: Man hatte an der Geschäftsführung des Herrn *Köhler* im Frankfurter Wirtschaftsrat verschiedene Dinge auszusetzen. Man war der Auffassung, daß er im Frankfurter Wirtschaftsrat gegenüber der Linken zu passiv gewesen sei, daß er vielleicht sogar ein gewisses Wohlwollen gegenüber der Linken gezeigt habe, um es mit der Linken nicht zu verscherzen. Man war sich auch im Vorstand darüber klar, daß Herr *Köhler*, da er die Fähigkeit hat, sehr schnell etwas zu formulieren, vielleicht von dieser Fähigkeit einen Gebrauch mache, der nicht immer mit dem Willen der Mehrheit der Fraktion übereinstimme. Endlich war man der Auffassung, daß Herr *Köhler* in seinem Verhalten gegenüber den drei Oberbefehlshabern vielleicht nicht immer den richtigen Ton getroffen habe. Man hat sich aber folgendes gesagt: daß die Situation in Frankfurt doch eine ganz andere sei als jetzt in Zukunft bei uns. In Frankfurt sei keine Bundesregierung gewesen, der allein das Recht der Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren zusteht. Man war sich darüber klar, daß der Bundestagspräsident lediglich die Funktion habe, die Verhandlungen im Bundestag objektiv, mit Vornehmheit, aber auch mit Strenge zu leiten und den technischen Apparat so zu gestalten, daß diese Verhandlungen glatt ablaufen. Man glaubte, daß evtl. Herr *Köhler*, wenn er darauf aufmerksam gemacht werde, falls er irgendwie politisch als Bundestagspräsident tätig werden wolle, das dann nicht mehr tun werde. Sie sehen, ich referiere ganz objektiv, auch wenn es nicht ganz angenehm auszusprechen ist. Man war sich aber auf der anderen Seite darüber klar, gerade auf Seiten der Mitglieder des Wirtschaftsrates, daß Herr Dr. *Köhler* sich doch eine große Gewandtheit erworben habe bei der Leitung der dortigen Verhandlungen.

Was Herrn *Gockeln* angeht, so habe ich schon darauf hingewiesen, daß Herr *Gockeln* unter allen Umständen gleich drei Ämter nicht mehr weiterführen könnte, und er müßte sich darüber klar sein, daß der Präsident des Bundestages voll ausgelastet ist, so daß er allein diese Aufgabe wahrnehmen könnte. Auch Herr *Gockeln*, das sage ich als Mitglied des Landtages – Herr *Albers* deutete es eben schon an –, hat nach meinem Empfinden bei der Leitung der Geschäfte im Landtag gegenüber der Linken, und zwar gilt das insbesondere gegenüber der KPD, es an der nötigen Kraft fehlen lassen.

Das sind die Erwägungen, die angestellt worden sind. Keiner von uns ist vollkommen, weder Herr *Köhler* noch Herr *Gockeln* ist vollkommen, aber unter Abwägung der ganzen Situation und unter Abwägung der beiden Persönlichkeiten nach der positiven wie nach der negativen Seite hin, ist man doch im Vorstand bei ziemlich zahlreicher Stimmenthaltung, soweit Mitglieder ihre Stimme abgegeben haben, einstimmig dazu gekommen, Ihnen zu empfehlen, Herrn *Köhler* zu wählen. Ehe wir die Diskussion weiter fortsetzen, müssen wir uns über eines völlig klar sein. Wir haben zwar keinen Fraktionszwang, ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, daß man Fraktionszwang einführen soll. Aber jeder von uns, der gewählt und hierhin entsandt wurde, hat nach meiner Auffassung die Verpflichtung, alles zu tun, damit weder die Fraktion noch unsere Partei irgendwie Schaden leidet. Das ist die oberste Pflicht, die jeder von uns übernommen hat, als er dieses Mandat annahm. Daher erschien es uns im Vorstand völlig unmöglich, daß es etwa der Sozialdemokratie dadurch möglich gemacht werden könne, daß sie hier geheime Abstimmung beantragt, den Willen der Mehrheit der Fraktion zu durchkreuzen und einen Bundestagspräsidenten zu schaffen entgegen der Meinung, die wir in der Fraktion haben. Parlamentarisch betrachtet ist die Sache ja so, daß es das ungeschriebene Recht der stärksten Fraktion ist, den Präsidenten des Parlaments vorzuschlagen, und daß es gegen die parlamentarische Etikette ist, diesem Vorschlag nicht ohne weiteres zuzustim-

men, daß daher, wenn von den Sozialdemokraten – und das mußte ich aus dem, was *Löbe* sagte, entnehmen – geheime Abstimmung beantragt wird, dies schon ein Verstoß ist und abweicht von jeder parlamentarischen Gepflogenheit, daß also keiner von uns hierbei hilfreich die Hand der Sozialdemokratie geben darf.

Das Wort hat Herr *Albers*.

Albers: Ich möchte dem letzten Grundsatz des Herrn Dr. *Adenauer* von mir restlose Unterstützung zuteil werden lassen. Was nötig ist, das muß selbstverständlich auch in der Fraktion 100%ig bei Entscheidungen respektiert werden. Das schließt aber nicht aus, daß man in dieser Weise auch letzte Überlegungen anstellt und letzte klare Stellungnahmen zum Ausdruck bringt.

Wenn ich eben den Vorschlag *Gockeln* gemacht habe, so haben mich dazu Gründe veranlaßt, die ich eben schon ausführte. Man muß Verständnis haben für die Situation der christlichen Arbeiterschaft in diesem Augenblick. Allen unseren Kumpels, die vor Ort liegen, all den Leuten, die in den Montanindustrien stehen, die alle den ersten Ansturm und die Agitation auszuhalten haben, möchte ich eine Rückendeckung und eine Stärkung geben. Wir haben auch in unserem Kreise überlegt – Sie können davon überzeugt sein, daß *Kaiser* und ich doch die meiste Personenkenntnis haben über alle die Kräfte, die aus der christlichen Arbeiterbewegung kommen –, ob wir einen evangelischen Freund irgendwie für dieses Amt präsentieren können. Ich habe mir z.B. den Namen *Rümmele* vor Augen geführt, aber ich weiß, daß er die letzte Woche erklärte, er komme nicht in Frage. Ich wende mich an die evangelischen Freunde. Wenn ich aber aus dem evangelischen Kreise den Mann nicht sehe, dann darf ich auch unsere evangelischen Freunde vielleicht um Verständnis für den Vorschlag *Gockeln* bitten.

Gockeln wird klare Entscheidungen treffen. Er kann nicht Landtagspräsident und nicht Oberbürgermeister bleiben. Ob er Verbandsvorsitzender der katholischen Arbeitervereine noch sein kann, das muß er entscheiden. Ich habe ihm in der vorigen Woche die ganz präzise Frage gestellt, worauf er mir erklärte, daß er, wenn er hier von uns nominiert würde, auch die Konsequenzen in Düsseldorf ziehen müsse. Diese Erklärung müßte genügen.

Ich bitte Sie noch einmal, Verständnis für meinen Vorschlag aufzubringen. Gegenüber Herrn *Köhler* habe ich damit kein kritisches Wort geäußert. Ich schätze Herrn *Köhler*, besonders auch deshalb, weil er in Godesberg im Jahre 1945, als die erste Zusammenkunft der CDU über den Bereich von Nordrhein [hinaus] stattfand[15], er die Leitung der Versammlung übernahm und ich ihn dort kennen, werten und schätzen gelernt habe. Dr. *Köhler* wird aber auch sicherlich Verständnis für meinen Vorschlag haben. Ich schlage Ihnen daher vor, wenn noch Unstimmigkeiten sein sollten, die Frage bis morgen früh zu vertagen. Dann lassen sich noch einige Dinge klären.

Ich muß Ihnen sagen, trotz aller Argumente des Herrn Dr. *Adenauer* muß ich bei dem Vorschlag, *Gockeln* Ihnen hier zu empfehlen, bleiben.

Dr. Adenauer: Ich möchte zunächst gegenüber Herrn *Albers* feststellen, daß der Ausdruck „trotz aller Argumente des Herrn Dr. *Adenauer*" nicht richtig gewählt ist. Ich habe hier objektiv alles das vor Ihnen ausgebreitet, was in der Vorstandssitzung gesagt worden ist.

15 Gemeint ist das sogenannte „Reichstreffen" der CDU in Bad Godesberg vom 14. bis 16. 12. 1945. Dazu ausführlich Leo Schwering, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, S. 150–167.

(*Kaiser*: Es ist sogar noch mehr gesagt worden!)

Ich habe es etwas abgedämpft; ich habe nur ein Referat gehalten über die Verhandlungen im Vorstand. Darf ich an Herrn *Albers* die Frage richten: Ist Herr *Gockeln* bereit, wenn er Präsident des Bundestages wird, sein Amt als Oberbürgermeister und als Präsident des Landtages Nordrhein-Westfalen niederzulegen?

(*Albers*: Es gibt gar keine andere Lösung für ihn!)

Ist er bereit?

(*Albers*: Als wir zum ersten Mal die Frage besprochen haben, habe ich aus seinen Erklärungen entnommen, daß er dazu bereit ist!)

Ich habe das Empfinden, als wenn eine ganz klare Antwort bisher noch nicht vorliegt.

Das Wort hat Herr *Sabel*.

Sabel: Die Entscheidung, die wir zu fällen haben, ist nicht leicht zu treffen, weil es sich um zwei Personen handelt, die m. E. qualitativ gleichwertig und beide in der Lage sind, diese Funktion zu übernehmen. Ich bin aber doch der Meinung, wir sollten ernstlich prüfen, ob wir nicht dem Wunsche von Kollegen *Albers* Rechnung tragen sollten.

Wir sind doch auf dem Wege zu einer kleinen Koalition, das bedeutet, daß immerhin ein wesentlicher Teil der Arbeitnehmer nicht aktiv an dem Geschehen beteiligt ist. Ich bitte daher, ernsthaft zu prüfen, ob wir nicht aus optischen Gründen dem Vorschlag *Albers* Rechnung tragen sollten. Ich erkläre allerdings, wenn die Entscheidung der Fraktion anders ausfällt, dann haben wir uns dieser Fraktionsentscheidung zu fügen. Wir dürfen natürlich nicht das Risiko eingehen, daß unter Umständen ein anderer der lachende Dritte sein wird.

Ich kenne Herrn *Köhler* sehr gut und schätze ihn sehr hoch, aber die anderen Gründe sind nicht aus dem Wind zu schlagen. Daher bitte ich, allen Ernstes diese Frage zu prüfen, ob wir nicht den von *Albers* vorgebrachten Vorschlag respektieren können.

Dr. Adenauer: Ich möchte Ihnen sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach von den Bundesministern zwei Arbeitnehmer sein werden, so daß also keineswegs mit dem Argument stark operiert werden kann, daß die Arbeitnehmer nicht genügend in Erscheinung treten.

Das Wort hat Herr *Kather*.

Dr. Kather: Der Präsident des Bundestages wird von der stärksten Partei vorgeschlagen; er soll aber nicht der Repräsentant der CDU in diesem Amte sein, sondern der Repräsentant des Bundestages. Wir haben von den 402 Abgeordneten einen Mann herauszustellen. Ich halte es unter diesem Gesichtspunkt nicht für vertretbar, daß irgendeine bestimmte Berufsgruppe mit dem Anspruch hervortritt, diesen Mann stellen zu müssen. Das ist nach meiner Auffassung völlig unmöglich, zumal wir ja gehört haben, daß andere sachliche Gründe nicht vorgetragen worden sind, sondern Herr *Albers* ausdrücklich gesagt hat, gegen Herrn *Köhler* ist nichts einzuwenden. Herr Dr. *Adenauer* hat schon darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmergruppe im Ministerium genügend vertreten sein wird. Ich kann darauf hinweisen, daß der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen aus dieser Gruppe kommt, daß Jakob *Kaiser* im Präsidium sitzt, was sollen wir Ostvertriebenen sagen, die wir immerhin auch mit 7,8 Millionen keine kleine Gruppe vertreten. Wenn wir mit ähnlichen Forderungen herauskommen würden, so wäre es in diesem Falle unangebracht; denn wir haben nur einen Mann herauszustellen. Hier muß der genommen werden, der am besten geeignet ist.

Wir haben nicht einmal im Präsidium eine Vertretung durchsetzen können. Wir haben nicht mit dieser Energie unsere Ansprüche angemeldet. Ich sehe auch keine Möglichkeit, den Gesichtspunkt des konfessionellen Ausgleichs anders zu berücksichtigen. Die Wahl des Bundespräsidenten wird ohnehin schon schwierig sein, wenn wir sie noch mit dieser Frage verkoppeln, wird sie noch schwieriger. Von den drei wichtigen Ämtern, die wir für uns in Anspruch nehmen, muß wenigstens eins mit einem Protestanten besetzt werden. Das ist dieses Amt. Ich bitte daher, dem Vorschlag *Köhler* zuzustimmen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Huth*.

Huth: Gelegentlich einer Zusammenkunft mit der „Rheinischen Post" hatte ich Gelegenheit, mit Herrn *Gockeln* zusammenzukommen. Er bedauerte, daß er überhaupt als Bundes[tags]kandidat aufgestellt wurde. Er erklärte mir dann frank und frei, daß er nicht daran dächte, sein Oberbürgermeisteramt in irgendeiner Form zu vernachlässigen oder gar aufzugeben. Dieser Ausspruch ist sehr beachtenswert. Er ist ein Plus für Dr. *Köhler*.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Ich habe mich zu Wort gemeldet, als Dr. *Kather* gesprochen hat. Vielleicht hat mein Freund *Albers* einen kleinen Fehler begangen, als er zu sehr die Sache *Gockeln* auf die christliche Arbeiterschaft bezogen hat. Worauf es ankommt, hat Herr *Sabel* gesagt: Wir gehen in die kleine Koalition hinein. Das ist eine Realität, die große Schwierigkeiten für die Meisterung der Politik einschließen wird.

Es muß unter allen Umständen zu verhindern gesucht werden, daß weite Kreise der Arbeiterschaft sich unbeteiligt fühlen. Deshalb kam der Gedanke von *Albers*, man solle mit politischer Klugheit Umschau halten, ob nicht unter den drei Hauptposten ein Mann aus den breiten Kreisen der Bevölkerung gefunden werden kann. Aber vielleicht hätte eine andere Lösung gefunden werden können. Es ist bedauerlich, daß wir heute abend nicht über den Bundespräsidenten sprechen können. Es ist noch ein anderer Vorschlag gemacht worden. Wir haben im Vorstand darüber gesprochen, ob nicht die politische Lösung so gefunden werden könne, daß aus den Reihen der SPD der Bundespräsident gesucht wird.[16] Das ist mit großer Mehrheit im Vorstand verneint worden. Ich hatte geglaubt, daß *Albers*, als er seinen Vorschlag machte, die beiden Fragen miteinander verbinden würde. Ich bin und bleibe der Auffassung, daß das ein Politikum von hohem Rang wäre und daß es zu einer Erleichterung der Situation, vor der wir stehen, – denn die kleine Koalition ist diese Realität – beitragen könnte. Wenn aber beides verneint wird, müssen wir eben die Entscheidung herbeiführen, wen wir aus unseren Reihen für den besten Mann halten, um Präsident des Bundestages zu werden.

Ich möchte nur den Kollegen *Kather* bitten, nicht mit solchen Argumenten zu kommen; denn die breite Schicht der Arbeiterschaft ist hier nicht vergleichbar mit irgendeinem anderen Stand. Ich weiß, daß wir im wesentlichen eine Partei der Arbeiterschaft und der Bauern sind, aber wir müssen doch berücksichtigen, daß der Flügel unserer Arbeiterschaft in dem, was jetzt durchzustehen und zu meistern ist, das Schwerste durchzustehen hat. Wir fürchten uns davor nicht, aber man muß die Sache so zu erleichtern suchen, wie es eben geht.

Dr. Adenauer: In der Zwischenzeit versuche ich, telefonische Verbindung mit Herrn *Gockeln* zu bekommen, damit man zunächst feststellt, ob *Gockeln* wirklich die beiden

16 Diesen Vorschlag hatte *Kaiser* mehrfach gemacht. Vgl. die Nrn. 18 und 44.

Ämter als Oberbürgermeister von Düsseldorf und Präsident des Landtages Nordrhein-Westfalen niederlegt. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, daß ich bisher nicht die Überzeugung habe, daß er es tun wird. Ich halte das allerdings für eine absolut unabdingbare Voraussetzung. Daher möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir abwarten, ob wir eine Verbindung mit ihm bekommen.

Das Wort hat Herr Dr. *Dresbach*.

Dr. Dresbach: Ich kenne Herrn *Köhler* nicht. Ich kenne Herrn *Gockeln* sehr gut und schätze ihn sehr, aber ich muß die Frage an *Albers* richten: Wen haben Sie als Ersatz für Herrn *Gockeln* in Düsseldorf? Ich bitte, diese Frage nicht so leicht zu nehmen. Wenn Sie schon *Gockeln* vorschlagen, dann ist es wohl zweckmäßig, daß Sie für Düsseldorf auch Ersatz haben.

(*Albers*: Das müssen wir sehen!)

Ich weiß, daß damals allerhand Friktionen waren, bis man zu einem Präsidenten kam.[17]

Dr. Adenauer: Das würde vielleicht so oder so gehen, aber mir ist es wichtiger: Wer wird Oberbürgermeister von Düsseldorf? Das ist eine entscheidende Frage. Wir haben in Köln nicht mehr den Oberbürgermeister[18], wir haben ihn nur noch in Essen[19] und in Düsseldorf. Wenn nun Herr *Gockeln* in Düsseldorf niederlegt, so kann es sein, daß sie einen anderen haben, ich weiß es nicht, aber ich bin durchaus der Auffassung, daß man eine solche Frage nicht einfach beiseite schieben kann und sagt, das wird man schon sehen. Wir gehören doch alle zusammen, und man muß sich über die Folgen vollkommen klar sein. Ich hoffe, daß wir mit *Gockeln* eine Verbindung bekommen.

(Zuruf *Nellen*: Ich bitte fragen zu dürfen, mit wieviel Stimmenthaltungen uns der Vorstand einstimmig Herrn *Köhler* vorgeschlagen hat?)

Bei vier Stimmenthaltungen.

Das Wort hat Herr *Mensing*.

Mensing: Ich kann nur Dr. *Köhler* bewundern, wie virtuos er es verstanden hat, das Parlament zu leiten. Ich persönlich würde es als eine Taktlosigkeit seiner Person gegenüber ansehen,

(Zurufe: Nein, nein – Widerspruch!)

wenn man einen solchen bewährten Mann . . .

(Widerspruch im Saal!)

– Gestatten Sie mir bitte, offen meine Meinung zum Ausdruck zu bringen – heute ablösen würde. Sie werfen immer wieder die Arbeiterschaft und die Bauernschaft in die Waagschale. Vergessen Sie bitte nicht, daß es Dr. *Schumacher* war, der im Wahlkampf den Ausspruch tat: Wir müssen den Kampf um die Seele des gewerblichen Mittelstandes aufnehmen. Wer diese Kreise gewinnt, der wird einmal die Mehrheit bekommen.

---

17 *Gockelns* Ernennung zum Landtagspräsidenten erfolgte im Zusammenhang mit der Bildung des ersten Kabinetts *Arnold* im Juni 1947. Hierzu ausführlich Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 241–246.

18 Seit dem 15. 11. 1948 war Robert *Görlinger* (SPD) Oberbürgermeister von Köln.

19 Gustav *Heinemann*.

Dr. *Köhler* gilt als der Mann des gewerblichen Mittelstandes und des Handwerks. Die zahlenmäßige und wirtschaftliche Bedeutung dieser Kreise dürfte Ihnen schließlich bekannt sein. Wenn andere das Recht haben, auf ihre Berufsgruppen hinzuweisen, dann nehme ich dieses Recht auch für die große Gruppe des Handwerks genauso in Anspruch. Wir vom Handwerk würden es außerordentlich wohltuend empfinden, wenn Sie diesen Mann als unseren Vertrauensmann mit in die Führung hineinnehmen würden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Nickl*.

Nickl: Wir als Vertreter des Bauernstandes haben bisher geschwiegen, aber man zwingt uns, es offen auszusprechen: Wenn Ihr in diesem Sinne weiterfahrt, dann fordern wir, daß wir in erster Linie zum Zuge kommen, daß es nicht so weitergehen darf, daß wir nach Ständen und Gruppen behandelt werden. Die CDU/CSU setzt sich zum großen Teil aus der Bauernschaft und dem Mittelstand zusammen. Wenn daher die Vertreter der Arbeiterschaft verlangen, daß sie den Bundestagspräsidenten stellen wollen, dann verlangen wir, daß wir ebenfalls zum Zuge kommen. Wir behalten uns alle Rechte vor.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Es handelt sich darum, einen Mann zu finden, der in der Lage ist, ein solch großes Parlament mit 402 Abgeordneten objektiv zu leiten. Ich möchte wohl sagen, daß Dr. *Köhler* für diesen Posten geradezu prädestiniert ist, weil er die ganze geschäftsordnungsmäßige Sache beherrscht und sich auch durchsetzt. Darauf wird es entscheidend ankommen. Ich bitte also, nach diesen objektiven Gesichtspunkten die Frage zu entscheiden. Ich würde mich absolut dagegen wenden, wenn man hier anfängt, nach irgendwelchen ständischen Gesichtspunkten eine Persönlichkeit zu wählen. (Zurufe: Sehr richtig!)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß das konfessionelle Moment nicht beiseite geschoben werden darf. Die Optik ist den Damen und Herren nicht klar. Es ist völlig unmöglich, daß die CDU auf dem Wege der kleinen Koalition vor die breite Öffentlichkeit ihrer evangelischen Wähler, die in Bewegung geraten sind, tritt und sagt, wir stellen den Bundeskanzler, den Bundespräsidenten und den Bundesratspräsidenten von katholischer Seite. Das geht nicht. Wenn wir die Wahl zwischen zwei gleichwertigen Persönlichkeiten haben, dann müssen wir in diesem Falle den Evangelischen nehmen, weil wir es ja nicht anders lösen können und auch nicht anders lösen wollen. Ich bin froh, daß Dr. *Adenauer* darauf hingewiesen hat, daß wahrscheinlich im neuen Kabinett zwei Arbeitervertreter vorhanden sein werden. Es steht außer Frage, daß der Ernährungsminister das Vertrauen der Landwirtschaft haben muß. Damit haben wir die Gesichtspunkte der Interessentenvertretungen ausreichend berücksichtigt. Bei dieser Koalition besteht die große Gefahr, daß wir nur katholische Minister und die anderen Koalitionsparteien die evangelischen Minister stellen. Das bedeutet, daß wir nach vier Jahren die evangelischen Teile aus der CDU herausholen und zu den anderen Parteien bringen werden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Müller*.

Dr. Karl Müller: Ich stehe seit mehr als 40 Jahren im politischen Leben. Bei der Diskussion habe ich festgestellt, daß vieles noch nicht vergessen ist. Ich habe bedauert, daß wir heute in eine solche Diskussion hineingeraten sind, daß, nachdem *Albers* auf *Gockeln* als Vertreter der christlichen Arbeiterschaft hingewiesen hat, sofort Herr *Mensing* auftrat und erklärte, daß die Handwerker noch stärker seien. Ähnlich hat auch der landwirtschaftliche Kollege gesprochen.

Seien wir uns über eins klar: Es handelt sich hier nicht um Standesinteressen, sondern um hochpolitische Entscheidungen, die wir von der politischen Plattform aus zu lösen haben. Wenn wir an diese Dinge unter dem Gesichtswinkel der Standeszugehörigkeit herangehen, dann können wir in der Koalition mit unserer Politik überhaupt einpacken.

Ich spreche nicht gegen *Köhler* und auch nicht gegen *Gockeln*. Wer wie ich als Vertreter der Landwirtschaft in allen Teilen des Industriegebietes gerade in den letzten Jahren tätig war, der weiß, welch große politische Bedeutung bei unserer christlichen Arbeiterschaft liegt, und daß es notwendig ist, sie auch an der politischen Führung zu beteiligen. Die Ausführungen von Dr. *Adenauer*, daß wahrscheinlich im Kabinett zwei Vertreter der christlichen Arbeiter sein werden, scheinen mir so wichtig zu sein, daß man von diesem Gesichtspunkt aus auch das Problem des Bundestagspräsidenten betrachten soll, um so mehr, als die Ausführungen von Herrn *Kunze* einen tiefen Eindruck auf mich gemacht haben. Wir müssen die evangelischen Volksteile mehr und mehr mit uns verbinden; denn sie haben nicht die politische Tradition wie wir von katholischer Seite. Wir müssen nach dieser Richtung vorsichtige und kluge Politik betreiben. Ich bitte Sie, die Diskussion und Abstimmung bis morgen früh zu verschieben, bis wir das ganze Personalprogramm überblicken und überprüfen können.

(Dr. *Adenauer*: Das können wir nicht!)

Ich bedauere das sehr, denn ich glaube, wir würden dann leichter zu einer klaren und einmütigen Entscheidung kommen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Lenz*.

Lenz: Die Frage der Wahl des Bundestagspräsidenten ist eine eminent politische. Ich unterstreiche die Ausführungen von Dr. *Müller*, man dürfe die Sache nicht unter dem Gesichtswinkel sehen, ist der Kandidat nun Sägewerksbesitzer oder Fleischer oder Steuerberater. Wir haben doch schließlich eine Politik zu betreiben für unser ganzes Volk. Entscheidend muß die sachliche und persönliche Qualifikation sein. Wir wissen das von Herrn Dr. *Köhler*, wir wissen es aber auch von Herrn *Gockeln*.

Ich darf Sie daran erinnern, daß Josef *Gockeln* einem Landesparlament vorsteht, dessen heterogene Struktur und dessen inneren Spannungen und Schwierigkeiten nachgerade landesnotorisch sind. Der zweite Gesichtspunkt, der unsere Wahl bestimmen muß, ist die politische Seite nach außen hin. Hier möchte ich nachdrücklichst daran erinnern – ich habe das beim letzten Mal schon getan, und zwar im Interesse unserer Bewegung –, daß wir nach außen hin einen Mann herausstellen wollen, bei dem man den breiten Massen an Rhein und Ruhr sagen kann, hier präsentieren wir den Mann unseres Volkes. Das ist der Mann, der von unten kommt. Das ist der Mann, der das Gesicht unserer Bewegung darstellt. Wenn Sie es unter dem Gesichtspunkt besehen, dann, meine ich, sollten wir uns im Interesse unserer Partei wie auch aus politischen Gesichtspunkten für *Gockeln* entscheiden.

Herr Dr. *Adenauer* sagte, ich weiß nicht, ob Herr *Gockeln* die Ämter niederlegen wird. Nun, die Präsidentschaft des deutschen Katholikentages ist inzwischen vorbei. Das Präsidium der Katholischen Arbeitervereine – eine Bewegung von Hamburg bis nach München – verleiht gerade seiner Persönlichkeit das von uns so unbedingt notwendig angesehene Gewicht. Der Oberbürgermeisterposten in Düsseldorf kann anderweitig besetzt werden. In der Landtagsfraktion – das wollen wir nicht entscheiden – haben wir Persönlichkeiten, die ganz gut an die Stelle des Herrn *Gockeln* treten können und die es auch tun werden.

Erfahrungsgemäß kann ich sagen, daß wir in solchen Fällen nicht zuerst gefragt haben, hat der Mann seine Hände, alle zehn Finger und alle zehn Zehen frei, sondern daß wir uns entschieden haben nach der sachlichen und persönlichen Eignung und nach dem politischen Gewicht unserer Bewegung. Wenn unsere Wahl auf einen Menschen gefallen ist, dann haben wir noch niemals eine Enttäuschung erlebt. Seien Sie versichert, das weiß ich ganz genau, wenn wir uns hier für Josef *Gockeln* aussprechen, macht Josef *Gokkeln* sich für diese Aufgabe frei. Ich bitte Sie, wählen Sie und entscheiden Sie sich für Josef *Gockeln*, denn es geht letzten Endes darum, daß wir mit gutem Gewissen und mit freier Seele vor unser Volk hintreten und sagen können: In diesem Kabinett, in dieser ersten Regierung der Deutschen Bundesrepublik ist der Sohn des Volkes,

(Unruhe und Widerspruch im Saal!)

da kommt es zum Ausdruck, daß wir uns . . .

(Lebhafter Widerspruch im Saal, so daß der Abg. *Lenz* nicht mehr weiterreden kann!)

Dr. Adenauer: (eingreifend) Herr *Lenz*, ich bitte Sie, beachten Sie doch, daß wir hier nicht in einer Wahlversammlung sind. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) Ich bitte Sie, beachten Sie auch, daß jeder von uns sich genausogut als Arbeiter vorkommt, wie Sie sich vorkommen, (Zustimmung und Zurufe: Sehr richtig!) jeder von uns.

(*Lenz*: – sehr laut – Bravo!)

Jetzt rufen Sie bravo, aber Sie reden anders. Was Sie eben gesagt haben, liegt völlig neben der Sache. Der Herr *Gockeln* würde als Bundestagspräsident nicht Mitglied der Regierung sein. Der Bundestagspräsident muß eine politisch neutralisierte Persönlichkeit sein. (Sehr richtig!)

Wenn Sie sagen, Herr *Gockeln* ist als Präsident der Katholischen Arbeitervereine bald hier und bald dort, dann muß ich sagen, er hat hier zu sein. Beachten Sie bitte weiter, der erste Vertreter wird wohl Herr Carlo *Schmid* sein. Er wird ständig hier sein. Dann wird er das Parlament leiten, und dann wird der Sozialdemokrat in Erscheinung treten. Das müssen Sie doch auch beachten. Ich unterstreiche das, was Herr *Kunze* gesagt hat, in jedem Buchstaben. Ich betrachte mit größter Sorge, Herr *Lenz*, daß von den CDU-Ministern, die wir stellen, entsprechend der ganzen Zusammensetzung nicht genügend evangelische Leute da sind, sondern in der Hauptsache katholische. Deswegen würde ich es außerordentlich begrüßen, wenn wir diesen Gesichtspunkt bei der Wahl des Bundestagspräsidenten beachten würden. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir müssen auch beachten, was Herr *Kunze* sagte, daß die evangelischen Kabinettsmitglieder nicht allein von der FDP und der DP gestellt werden. Es gibt höhere Gesichtspunkte, Herr *Lenz*, die Sie, wenn Sie sich besonders als Arbeitnehmer fühlen, auch berücksichtigen müssen.

Das Wort hat Herr *Mensing*.

Mensing: Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß auch ein Vertreter des Handwerks hier sitzt. Dem Handwerk hat es gänzlich ferngelegen, berufsständische Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen. In unserer ersten Zusammenkunft wurde diese Frage noch viel stärker hervorgehoben als heute. Ich habe mich bisher nicht zu Wort gemeldet, aber Sie werden mir gestatten müssen, daß ich bei einer so wichtigen Frage zum Ausdruck bringe, daß das Handwerk es begrüßen würde, wenn Dr. *Köhler* in diese Funktion kommt, weil das Handwerk in Dr. *Köhler* den Vertrauensmann sieht.

(Dr. *Vogel*: Zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte. – Beifall und Zustimmung!)

Dr. Adenauer: Der Lautstärke nach scheint das die Mehrheit zu sein. Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Debatte sind, eine Hand zu heben. Das ist die große Mehrheit. Wir kämen zur Abstimmung. Es sind zwei Vorschläge gemacht. Ich würde vorschlagen, daß wir mit Stimmzetteln abstimmen. (Zurufe: Nein!) Ich tue das wirklich aus guten Gründen; denn bei so spitzen Dingen und solange wir uns nicht näher kennengelernt haben, ist es besser, mit Stimmzetteln abzustimmen. Aber Sie haben darüber zu befinden. Ich bitte diejenigen, die für Abstimmung mit Stimmzetteln sind, eine Hand zu heben. Das ist die Mehrheit.

(Es wird nun nach Stimmzetteln abgestimmt. Herr *Blankenhorn* gibt das Ergebnis bekannt: 80 Stimmen für *Köhler*, 16 Stimmen für *Gockeln*.)

Damit schlägt die Fraktion übermorgen Herrn *Köhler* als Bundestagspräsidenten vor. Ich darf wohl annehmen, daß, wenn die Sozialdemokratie geheime Abstimmung beantragt, alle unsere Stimmen für Dr. *Köhler* abgegeben werden.

(Dr. *Hilpert*: Ich mache darauf aufmerksam, wenn wir feststellen müssen, daß die SPD hier aus der Reihe tanzt und unseren Kandidaten nicht wählt, sind wir gezwungen, bei der Wahl des Vizepräsidenten, der der SPD zufällt, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.)

(Dr. *Vogel*: Wir sollten dann die entsprechenden Konsequenzen bei den einzelnen Ausschüssen ziehen, die vollkommen in unserer Hand sind. Wir haben damit ein sehr starkes Druckmittel in der Hand!)

So sehr ich unterstreiche, was Herr *Hilpert* gesagt hat, aber Herr *Vogel*, das würde zu weit gehen und eine Sabotage der ganzen Arbeit bedeuten. Wir müssen im Ältestenausschuß die Sache zur Sprache bringen und mit der FDP und DP sprechen und dann die Sozialdemokraten fragen, warum beantragt ihr geheime Wahl gegen alles Hergekommene. Im allgemeinen geschieht es nicht, daß geheim abgestimmt wird. Wenn sie sagen, wir bestehen darauf, dann würde ich doch bei der Abstimmung des stellv. Vorsitzenden geheime Abstimmung verlangen. Wir würden uns dann so verhalten, wie sie sich unserem Kandidaten gegenüber verhalten hat. Ich darf noch einmal feststellen, daß wir uns nun auch an dieses Mehrheitsvotum der Fraktion halten werden.

(Zuruf Dr. *Tillmanns*: Herr *Löbe* hat vorgeschlagen, daß die Geschäftsführung des früheren Reichstages gelten soll. Es wäre interessant festzustellen, was in der Geschäftsordnung des früheren Reichstages steht!)

Das kann Herr *Löbe* nur für diesen Wahlakt vorschlagen. Es wird die Aufgabe des Herrn *Köhler* sein, das festzustellen.

Zur Frage des Bundessitzes müssen wir damit rechnen, daß die Sozialdemokraten den Antrag stellen, Frankfurt zum Bundessitz zu erklären, und daß sie sofortige Abstimmung darüber verlangen.[20] Herr Dr. *Schumacher* hat zwar in seiner letzten Pressekonferenz nach den von unseren Herren gemachten Notizen erklärt[21], daß er für Fraktionszwang sei, aber nicht in dieser Frage. Wer die Vorgänge im Parlament kennt, weiß, was er davon zu halten hat. Nun wird diese Frage von der Sozialdemokratie als eine politische Frage insoweit behandelt, daß sie sofortige Abstimmung darüber verlangt. Die Angele-

20 Vgl. Nr. 2, Anm. 11.

21 Vgl. Nr. 45.

genheit ist wirklich so kompliziert, daß man jemandem, der sich bisher nicht damit befaßt hat, nicht zumuten kann, ohne weiteres so oder so zu entscheiden. Es ist weiter ganz ungewöhnlich, daß in einem Parlament eine sofortige Entscheidung ohne Ausschußberatungen verlangt wird. Daraus geht die politische Bedeutung der ganzen Frage hervor. Die Sozialdemokratie will damit die kleine Koalition in einer ersten Abstimmung vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit als zerbrechlich dartun. Sie will zweitens mich persönlich auch noch, wenn ich dann Bundeskanzler sein sollte, in die Minderheit versetzen. Wir haben uns im Vorstand mit der Frage beschäftigt, wir sind übereinstimmend der Auffassung, daß die gesamte Fraktion der Überweisung des Antrages an einen dafür zu bildenden Ausschuß zustimmen soll.

(Dr. *von Brentano*: Ist im Vorstand nicht besprochen worden!)

Wir haben es eben besprochen, Herr *von Brentano*! (Zurufe: Ja!) Wir waren doch zu 15, 16 Leuten. Dann können wir ja jetzt darüber abstimmen. Der Vorstand kann nicht die Fraktion binden, er kann der Fraktion nur Vorschläge machen. Ich glaube, ich habe richtig referiert, daß der Vorstand Ihnen den Vorschlag macht, daß, wenn die Sozialdemokratie diesen Antrag stellt, wir dafür stimmen, ihn an einen zu bildenden Ausschuß zu überweisen.

Das Wort hat Herr *Lenz*.

Lenz: Wäre es nicht richtig, wenn diese Abstimmung kommt, daß von unserer Seite darauf hingewiesen wird, daß erst die Häuser erstellt werden müssen für die Menschen, die nun den Räumungsbefehl haben. Man müßte mit den Alliierten verhandeln, daß die Wohnungen erst dann belegt werden, wenn die Ersatzwohnungen fertiggestellt sind. Die Erbitterung unter den Menschen, die aus ihren Häusern müssen, ist sehr groß.

Dr. Adenauer: Daß das geschehen muß, ist ganz klar. Aber es handelt sich jetzt um die politische Frage, die zur Entscheidung steht, ob wir einem Antrag der Sozialdemokratie auf Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt zustimmen werden oder nicht, oder ob wir Überweisung an einen zu bildenden Ausschuß beantragen. Das ist die Frage, um die es sich handelt.

(Zuruf Dr. *Vogel*: Ich stimme Ihrem Vorschlag durchaus zu und möchte nur ergänzen im Namen der Freunde, die in dieser Frage noch nicht restlos klargeworden sind, daß dieser Ausschuß befristet sein muß.)

Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Das ist eine Frage, die für mich besonders schwierig ist, weil ich als Treuhänder in Frankfurt mit allen Ländern spreche. Wenn man überhaupt zur Frage des Ausschusses Stellung nimmt, gleichgültig nach welcher Seite man sich entscheidet, dann ist es in jedem Falle notwendig, unverzüglich eine Entscheidung zu treffen, weil sonst weder in Bonn die Dinge weitergehen noch in Frankfurt vorbereitet werden können. Wenn die Angelegenheit in einem Ausschuß erörtert werden soll, dann darf dieser Ausschuß nicht ein Begräbnis erster Klasse werden, sondern er muß unverzüglich zusammentreten und in kurzer Frist die Dinge machen. Herr *Lenz* hat schon auf ganz bestimmte Dinge hingewiesen, auch hinsichtlich der Freigabe von Gebäuden usw. Ich möchte nicht, daß man diese Angelegenheit ohne weiteres dem Ausschuß überweist. In diesem Falle möchte ich persönlich erklären, daß ich das nicht mitmachen kann, weil ich sachlich zu stark darin stehe und es für ungeheuer bedenklich halte, wenn es etwa wieder so ähnlich wie in der Schlangenbader Konferenz beim Hauptausschuß werden sollte, wo

wir in einen Zustand hineingekommen sind, der weder Fisch noch Fleisch ist.[22] Wenn überhaupt Ausschuß, dann würde ich eine ganz kurzfristige Entscheidung verlangen, zumal die Dinge durch den Technischen Ausschuß der Ministerpräsidenten-Konferenz hinreichend geklärt sind.[23] Ich würde bitten, daß man sich darüber klar wird, in welcher Frist man es tun soll. Das liegt noch stärker im Interesse von Bonn als von Frankfurt.

Dr. Adenauer: Es ist unmöglich, eine Frist zu setzen. Das müssen wir der Gewissenhaftigkeit dieser Ausschußmitglieder überlassen. (Zuruf: Nein!) Bedenken Sie doch, was das heißt, wenn Sie in öffentlicher Sitzung dem Ausschuß eine Frist setzen. Wenn Sie einen Ausschuß einsetzen, dann müssen Sie auch das Vertrauen haben, daß er schnell prüft und entscheidet. Im übrigen möchte ich Herrn *Hilpert* folgendes erwidern: Dieser Bericht des Technischen Ausschusses ist nur mit einer Stimme Mehrheit genehmigt worden, wie mir von Herrn *Wandersleb* gesagt worden ist, also ist die Sache alles andere als ohne weiteres klargestellt. Ich möchte noch weiter sagen, damit Sie kein falsches Bild bekommen: Als der Parlamentarische Rat den Beschluß gefaßt hat, vorläufig Bonn zu nehmen[24], hat keiner im Parlamentarischen Rat daran gedacht, daß der Bundestag unverzüglich nach seinem Zusammentreten diese sehr komplizierte Frage neu behandeln sollte, sondern man war der Auffassung – auch die Sozialdemokraten waren vor der Abstimmung der Auffassung, als es sich um die Formulierung des Beschlusses handelte und der Name der Stadt offenblieb –, daß damit die Sache erledigt sei, bis die Frage Berlins spruchreif geworden sei. Nur um unserer Berliner Landsleute willen hat man diese Formulierung gewählt.[25] Dann haben die Sozialdemokratie und insbesondere die Stadt Frankfurt – das wissen Sie alle, darauf wollen wir nicht eingehen – darauf bestanden, daß der Bundestag die Sache sofort in die Hand nehme. Nehmen Sie mir es nicht übel, aber wir machen uns nicht nur vor dem deutschen Volk, sondern auch vor dem Auslande einfach lächerlich, daß wir, nachdem der Parlamentarische Rat, dem der Auftrag von den Militärgouverneuren gegeben war, eine einwandfreie Entscheidung getroffen hat, uns im neuen Parlament mit dieser Frage beschäftigen.

Das Wort hat Herr Dr. *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Ich bitte, Herrn *Wandersleb* zu veranlassen, daß er in einer Besprechung mit Ihnen, Herr Dr. *Adenauer*, das wiederholt, und daß er Ihnen soweit berichtet, als ich zur Klarstellung notwendig halte.

Die Frage des Ausmaßes der Investition bei unserer gegenwärtigen Versorgung des Marktes mit Kapital müssen wir sehr ernsthaft prüfen. Ich bin absolut gegen eine politische Entscheidung. Die Frage ist, wieweit nicht vorher eine politische Entscheidung getroffen worden ist. Ich bin der Meinung, daß hier eine sachliche Entscheidung maßgebend sein muß, die unsere gesamte äußerst schwierige finanzielle Situation berücksichtigt.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Blank*.

---

22 Die Konferenz fand am 6. 7. 1949 statt und bestätigte die Entscheidung des Parl. Rates, daß Bonn vorläufiger Sitz der Bundesorgane sei. Vgl. Höroldt, S. 111ff.

23 Abgedruckt in: Büro der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes (Hrsg.), Empfehlungen des Technischen Ausschusses, Wiesbaden 1949.

24 Am 10. 5. 1949. Vgl. Höroldt, S. 102–108.

25 So schon *Adenauer* in Nr. 25.

Blank: Ich möchte Sie warnen, dem Ausschuß eine Befristung aufzuerlegen. Ich habe mich auch im Wirtschaftsrat zweimal dagegen gewendet, daß man einem Ausschuß eine Befristung auferlegte, weil ich der Meinung bin, daß die Damen und Herren in einem Ausschuß von sich aus genügend Verantwortungsbewußtsein haben, ihre Arbeit schnellstens zu Ende zu bringen. Ich bin also der Meinung, wir müssen uns dazu bekennen, den Antrag an einen zu bildenden Ausschuß zu verweisen. Wir müssen es dem Ausschuß überlassen, wann er uns Bericht erstattet. Meine persönliche Entscheidung lasse ich mir aber weder durch einen Bericht, noch durch ein technisches Gutachten vorwegnehmen.

Dr. Adenauer: Ich glaube, es ist parlamentarisch am besten, wenn wir so verfahren, wie es vorgeschlagen wurde. Sollen wir abstimmen? (Zurufe: Ja!) Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, daß ein solcher Antrag der SPD einem Ausschuß – der selbstverständlich möglichst schnell arbeiten muß, aber keine Frist gesetzt erhält – überwiesen wird, die Hand zu heben.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Der Antrag wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.[26]

Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Bei der Abstimmung zum Bundestagspräsidenten haben, wenn ich nicht sehr irre, 40 von den 139 Abgeordneten der Fraktion gefehlt. Da sie nicht anwesend waren, besteht die Gefahr, daß sie eine Dummheit machen. Verzeihen Sie, wenn ich das sage, aber es sind noch Anfänger in dieser Hinsicht hier.

Dr. Adenauer: Bei der Frage der Organisation werden wir noch einige Herren und Damen bestimmen müssen, die dafür sorgen, daß alle Leute bei Abstimmungen und wichtigen Besprechungen anwesend sind. Herr *Kunze* hat vollkommen recht. Viele gehen in das Restaurant, und wenn sie nachher wiederkommen, wissen sie nicht bei irgendeiner Sache, wie sie stimmen sollen.

(Zuruf *Hilbert*: Ich nehme an, daß die vier Kollegen sich an die Fraktion gebunden fühlen und selbstverständlich der Überweisung an den Ausschuß zustimmen, auch Minister *Hilpert*.)

(Minister *Hilpert*: Ich werde nicht teilnehmen; das ist die einzige Möglichkeit für mich!)

(Zurufe: Sehr bedauerlich!)

Ich denke, Herr *Hilpert* wird sich das noch einmal überlegen.

(Weiterer Zuruf: Es ist notwendig, daß man weiß, wer in den Ausschuß hineinkommt. Das ist doch die entscheidende Frage.)

Wir haben morgen die Ältestenausschußsitzung und werden dort hören, ob die SPD den Antrag einbringt und wie sie ihn formuliert. Wir werden morgen abend dann entsprechend disponieren müssen.

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Mir macht Sorge die Behandlung vor der Öffentlichkeit, wenn der Mann, der für uns spricht, nicht mit großer Sorgfalt seine Rede vorbereitet. Sie haben mit Recht gesagt,

26 Der Antrag aus der CDU/CSU-Fraktion, die Frage des Bundessitzes zunächst zur Beratung an einen Bundestagsausschuß zu überweisen, wurde in der 11. Sitzung des Bundestages am 30. 9. 1949 mit 196 gegen 169 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. BT Sten. Ber., S. 254 D.

das kann zu einer Blamage für das ganze deutsche Volk werden, wenn dieses Parlament, das Deutschland neu gestalten soll, mit diesem unschönen Streit beginnt. Ich möchte beinahe wünschen, Herr Dr. *Adenauer*, da Ihr Name mit der ganzen Angelegenheit so verbunden ist – nicht durch Ihre Schuld, sondern durch Frankfurt –, daß Sie mit dem Gewicht Ihrer Persönlichkeit in dieser Angelegenheit selbst das Wort ergreifen, damit jede störende Bemerkung nach dieser Seite unterboten wird. Was hier geschieht, ist nicht schön für die Demokratie.

(Dr. *Krone*: Könnten Sie nicht bei den Koalitionsbesprechungen die Frage Bonn zu einer entscheidenden Frage machen?)

Dr. Adenauer: Wenn die Sozialdemokratie einen solchen Antrag stellt, dann sind wir es den parlamentarischen Gebräuchen schuldig, diesen Antrag einem Ausschuß zu überweisen.

Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Ich möchte fragen, was wir tun können, um zu verhindern, daß in einer so wichtigen Fraktionssitzung 40 der Kollegen fehlen. Wir haben heute Dinge von grundsätzlicher Bedeutung beraten. Es könnten tatsächlich schwierigste Umstände eintreten, wenn Kollegen sich entfernen und nachher nicht in der Lage sind, nach unseren gefaßten Beschlüssen zu entscheiden. Wir sollten uns darüber verständigen, daß wir wenigstens bei diesen wichtigen Fragen vollständig zusammen sind.

Dr. Adenauer: Ich muß auch gestehen, der Anfang ist schlecht. Fünf Herren haben sich entschuldigt, ca. 35 fehlen ohne jede Entschuldigung. (Hört, hört!) Wir wollen hoffen, daß es morgen anders ist. Ich bin der Auffassung, daß alle diejenigen unter uns, die häufiger fehlen, den Landesparteien mitgeteilt werden. Ein anderes Mittel haben wir nicht.

(Pause von 20.30 bis 21.30 Uhr.)

Dr. Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, daß die Fraktion die Ziffer 9 unserer heutigen Tagesordnung (Konstituierung der Fraktion) dem Vorstand überweist, um hier endgültige Vorschläge zu machen.

Was die FDP angeht,so hat keine weitere Verhandlung stattgefunden. Ich habe lediglich dem Herrn *Blücher* gesagt, daß die Frage *Heuss* auf heute vertagt worden sei, weil sich die Mitglieder der Fraktion die Frage überlegen wollten. Wir werden aber, ich darf das noch mal in aller Klarheit sagen, uns morgen über diese Frage einig werden müssen, weil damit in engstem Zusammenhange die Frage des Bundesratspräsidenten steht. Der Bundesrat wählt seinen Präsidenten am Mittwochvormittag. Wir müssen also morgen nachmittag mit der DP, namentlich aber mit der FDP verhandeln, damit die FDP dafür sorgt, daß im Bundesrat der Herr Ministerpräsident *Ehard* gewählt wird. Die FDP wird aber dazu nicht bereit sein, wenn wir ihr nicht Klarheit über die Frage *Heuss* geben können. Deswegen muß die Frage *Heuss* morgen vormittag zunächst im Vorstand und dann im Plenum erledigt werden. Ich möchte Sie um Ihre Meinung über folgendes bitten. Es ist Ihnen bekannt, daß am 12. September die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung stattfindet. Wir müssen mit denjenigen Mitgliedern der Bundesversammlung, die nicht Mitglied der Fraktion sind, diese Frage in Ruhe besprechen. Das setzt voraus, daß wir eine erste Aussprache haben am Sonntagnachmittag[27], damit die Mitglieder der Bundesversammlung, je nachdem, was sie von uns gehört haben, über

27 11. 9. 1949.

Nacht überlegen, wie sie stimmen sollen. Wir müssen uns Montagvormittag dann in der Fraktion über die Wahl des Bundespräsidenten schlüssig werden. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Bundesversammlung erst am Montagnachmittag und nicht am Montagvormittag stattfindet. Ich darf also feststellen, daß wir am Sonntagnachmittag um 17 Uhr mit der Fraktion und den Mitgliedern der Bundesversammlung, die zu uns gehören, zusammenkommen.

Ich bitte Sie, sich zu erinnern, daß ich Ihnen schon über das Zentrum berichtet habe.[28] Ich habe Frau *Wessel* vorige Woche auf dem Rittersturz gefragt, wie sie die innenpolitische Lage ansehe. Sie hat mir darauf geantwortet, sie müsse zunächst einmal von uns wissen, was beabsichtigt sei. Ich habe ihr dann ein Schreiben geschickt, in dem ich ihr das wesentlichste von unserem Arbeitsprogramm in dieser Regierung mitgeteilt habe, und zwar habe ich auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik, auf das Ahlener Programm und auf die Düsseldorfer Leitsätze verwiesen.[29] Ich habe heute von ihr folgenden Brief bekommen:

[. . .][30]

(Heiterkeit!)

Das ist doch ein sehr netter Brief!

(Dr. *Müller*: Hat ja auch eine Frau geschrieben!)

Auf Grund des Briefes könnte sie bei uns Hospitant werden; denn wir sind weder liberalistisch, noch marxistisch, noch nationalistisch. Aber wir wollen die Entwicklung mal abwarten.

Dann hatte ich eine längere Aussprache mit Herrn *Hellwege*.[31] Ich habe Herrn *Hellwege* zunächst von den Bedenken gesprochen, die die nationalistische Propaganda vornehmlich in Hamburg, zum Teil auch in Schleswig-Holstein, bei uns hervorgerufen hat. Herr *Hellwege* sagte mir, daß er vor einigen Tagen auf einer geschlossenen Parteiversammlung in Hamburg gesprochen habe.[32] An der Parteiversammlung hätten 1200–1400 Leute teilgenommen. Er habe festgestellt, daß in dieser großen Versammlung nur etwa 20–25 nationalistische Schreihälse gewesen seien, alles junge Leute im Alter von 18–22 Jahren. Er sei genau wie wir der Ansicht, daß sich bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg eine Verständigung zwischen uns, der FDP und ihnen, der DP, erreichen lassen müsse.[33] Herr *Hellwege* hat dann sehr stark betont und anerkannt, daß unsere Hauptaufgabe während der vier Jahre sei, gute soziale Arbeit zu leisten, um Deutschland und das Ausland davon zu überzeugen, daß es kein Monopol der Sozialdemokratischen Partei sei, sozial zu arbeiten. Herr *Hellwege* erklärte weiter, daß seine Partei mit Herrn *Heuss* als Bundespräsident einverstanden sei. Seine Partei wünsche sich den Stellvertre-

---

28 Vgl. Nr. 44, S. 93f.

29 Vgl. Nr. 38.

30 Verlesung von Nr. 57.

31 Diese Aussprache fand am 2. 9. 1949 in Rhöndorf statt. Meldung der Tageszeitung „Die Welt" vom 3. 9. 1949.

32 Am 28. 8. 1949.

33 In den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 16. 10. 1949 kandidierten CDU und FDP gemeinsam unter der Bezeichnung Vaterstädtischer Bund Hamburg unabhängig von der DP. Kaack, S. 210.

ter des Kanzlers. Er hat weiter gesagt, daß der Vorstand der Deutschen Partei den Landwirtschaftsminister wünsche.[34] Er hat sich aber davon überzeugen lassen, daß das nicht möglich sei, und er hat erklärt, daß sie für diesen Fall damit einverstanden wären, wenn sie das Verkehrsministerium bekämen und als Minister hierfür Herrn *Seebohm* benennen könnten. Herr *Hellwege* bat dann, daß man ihn ebenfalls in das Kabinett aufnehme und daß er betraut werde mit der Vertretung der Bundesregierung gegenüber dem Bundesrat.[35] Er glaube, daß er auf Grund seiner Gesinnung, Einstellung und seiner Personalkenntnis beim Bundesrat dafür besonders geeignet sei.

Irgendwelche Abmachungen sind nicht getroffen worden. Weder er noch ich ist eine solche Verpflichtung eingegangen. Ich muß ja erst die Fraktion unterrichten. Ich möchte Ihnen heute vorschlagen, davon Kenntnis zu nehmen und in keine große Diskussion jetzt darüber einzutreten. Sehr befriedigt, das muß ich ausdrücklich betonen, war ich von der durchaus sozialen Einstellung des Herrn *Hellwege*. Ich glaube, daß die Persönlichkeit des Herrn *Hellwege* im Kabinett eine sehr gute Auswirkung haben würde auch für die Arbeit des Kabinetts. Ich würde mich nun besonders freuen, wenn insbesondere Hamburg – Herr *Hellwege* wird ja morgen hier sein – die Gelegenheit beim Schopfe nähme und mit ihm verhandeln würde über die Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Ich meine, das Abkommen über die Bürgerschaftswahlen in Hamburg muß parallel gehen mit der Deutschen Partei über die Bildung einer Koalitionsregierung. Herr *Hellwege* hat noch gesagt, für ihn sei die Frage Bonn oder Frankfurt entschieden mit dem Beschluß des Parlamentarischen Rates. Er habe an sich eine andere Auffassung gehabt, aber nachdem der Parlamentarische Rat diesen Beschluß gefaßt habe, sei für ihn die Sache erledigt.

Das ist alles, was ich Ihnen darüber mitzuteilen habe. Ich möchte Ihnen vorschlagen, jetzt zu schließen. Ich bitte den Vorstand, morgen früh um 9 Uhr und die Fraktion um 11 Uhr wieder hier zu sein.[36]

Ich schließe die Sitzung.

34 Kandidat der DP für dieses Amt war August *Block*. Aufzeichnung Hellweges in den Materialien Hellwege.

35 Aufgrund anderer Quellen war es indessen vornehmlich der Wunsch *Adenauers*, daß *Hellwege* in das Kabinett eintrat. Vgl. Nr. 58, Anm. 10.

36 Nr. 61.

60.

5. 9. 1949: Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats von Württemberg-Baden (Auszug)

HStASt, EA 1/20, C 1/32.

Anwesend: Die Herren Minister; ausgenommen der Verkehrsminister – vertreten durch MinDir *Fetzer*; Staatsrat *Wittwer*; Präsident *Koransky*; als Vertreter von MinDir *Stetter* MinRat *Hof*; MinRat *Gögler*; RegDir *Spreng*; ORegRat *Mühlberger*

[. . .][1]

1 Landespolitische Themen.

Ministerpräsident [**Maier**]: Die Konstituierung des Bundesrats ist auf [den] 7. September 1949, 11 Uhr, festgelegt. Am 6. September abends findet eine Vorbesprechung in Unkel statt.[2] Nach dem Vorgang anderer Länder (Bayern) schlage ich vor, daß wir zunächst nur drei Bundesratsmitglieder bestellen – und die Ernennung des vierten Mitgliedes zurückstellen – und zwar

1. Ministerpräsident Dr. Reinhold *Maier*
Stellvertreter: Justizminister Dr. *Beyerle*
2. Innenminister *Ulrich*
Stellvertreter: Verkehrsminister *Steinmayer*
3. Finanzminister Dr. *Kaufmann*
Stellvertreter: Landwirtschaftsminister *Stooß*.

An den Vorbesprechungen und der Konstituierung des Bundesrats werden alle drei Mitglieder teilnehmen. Nach Pressemitteilungen soll Ministerpräsident *Ehard* zum Präsidenten des Bundesrats gewählt werden.[3] Einen genauen Überblick über die Situation haben wir aber noch nicht. Es wird deshalb auch nicht möglich sein, einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Justizminister [**Beyerle**] erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden. Der Bundesratspräsident habe keine ausgesprochen parteipolitische Stellung und sei berufen, die Rechte und den Einfluß der Länder geltend zu machen. Auf der anderen Seite sollte eine extrem partikularistische Ausnutzung der Stellung vermieden werden. Ministerpräsident *Ehard* entspreche diesen Voraussetzungen, so daß er vorschlagen möchte, ihn, wenn sich nicht besondere Umstände ergeben sollten, in Aussicht zu nehmen.

Ministerpräsident [**Maier**]: Für Ministerpräsident *Ehard* spricht die Größe des von ihm vertretenen Landes. Auf der anderen Seite sollte die Besetzung der drei wichtigsten Posten – Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundesratspräsident – aufeinander abgestimmt werden. Man sollte eine paritätische Besetzung anstreben. Dies lasse sich erst auf Grund der Vorbesprechungen übersehen, so daß heute eine Festlegung noch nicht möglich sei.

Innenminister [**Ulrich**]: Von bindenden Instruktionen sollte man nach Lage der Sache absehen.

Ministerpräsident [**Maier**]: Erfahrungsgemäß erfolgt die Abstimmung nicht unter dem Gesichtspunkt Nord gegen Süd, sondern nach der parteipolitischen Ausrichtung. Im übrigen haben wir mit Bayern z. B. in der Flüchtlingsfrage auch gewisse Kontroversen. Ich möchte deshalb vorher wissen, wie die anderen Posten besetzt werden.

Wirtschaftsminister [**Veit**]: Als weiteres Argument kommt hinzu, ob wir einen Vertreter des extremen Föderalismus, der im Schatten der Bayernpartei handeln muß, wählen sollen.

Landwirtschaftsminister [**Stooß**]: Bayern wird einen seiner Stellung entsprechenden Posten verlangen. Auf meinem Gebiet bin ich mit einer Zusammenarbeit im süddeutschen Raum immer am besten gefahren.

Ministerpräsident [**Maier**]: Auf vielen Gebieten haben wir mit Bayern bestens zusammengearbeitet. Entscheidend ist aber die Konstellation in Bonn, die nur auf Grund der

2 Vgl. Nr. 63.

3 Vgl. Nr. 17a und b und Nr. 59, S. 222f.

Vorbesprechung endgültig beurteilt werden kann. Insoweit müssen eben die drei Bundesratsmitglieder die Verantwortung übernehmen.[4]

Der Ministerrat ist einverstanden.[5]

[. . .][6]

4 Ähnlich lautete der Beschluß, den das Staatsministerium von Württemberg-Hohenzollern in seiner Sitzung am 2. 9. 1949 gefaßt hatte. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es: „Staatspräsident Dr. *Müller* wird ermächtigt, in der ersten Sitzung des Bundesrats, bei der voraussichtlich lediglich die Wahl des Bundesratsvorsitzenden erfolgen wird und vielleicht noch Fragen des Bundesratssekretariats erörtert werden, das Land Württemberg-Hohenzollern allein zu vertreten. Eine Beschlußfassung im Staatsministerium über die Person des Bundesratsvorsitzenden erfolgt nicht. Staatspräsident *Müller* wird vielmehr gebeten, seine Entscheidung je nach den infrage kommenden Kandidaten im Verlauf der Sitzung selbst zu treffen." HStASt EA 1/20, A 8.

5 Zur Haltung *Maiers* in der entscheidenden Vorbesprechung der Ministerpräsidenten am 6. 9. 1949 gab es später unterschiedliche Darstellungen. Vgl. Nr. 65, S. 293f.

6 Landespolitische Themen.

61.

6. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/1. Beginn: 12.00 Uhr. Schluß: 20.30 Uhr.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst feststellen, daß in dem Kurzprotokoll ein Fehler ist. Wir haben in unserer Sitzung nicht etwa einen ersten Vorsitzenden, zwei zweite und einen dritten Vorsitzenden gewählt, sondern wir haben gewählt einen ersten Vorsitzenden und drei Vertreter zu gleichen Rechten.[1] Ich weiß nicht, ob in der Presse etwas ähnliches gestanden hat wie in dem Protokoll. Wenn etwas derartiges dringestanden hat, dann muß es korrigiert werden. Wir haben unsere Pressevertreter hier, und zwar die Herren *Krueger*, *Lubbers* und *Böx*. Sind das die einzigen, die hier sind?

(Zuruf: Und *Junges*!)

Sind Sie damit einverstanden, daß bei dieser Diskussion die Herren anwesend sind? Ich würde Ihnen empfehlen, ja zu sagen. Ich glaube, wir haben die Gewähr, daß diese Herren nichts an die Öffentlichkeit bringen, was nicht an die Öffentlichkeit kommen darf.

(Zuruf Dr. *Vogel*: Ich möchte bitten, den Rolf *Vogel* auch zuzulassen. Er vertritt zwei Zeitungen.)

Aber Sie übernehmen die Gewähr. (Dr. *Vogel*: Ja!) Damit sind Sie einverstanden? (Zustimmung!)

Ich habe Ihnen gestern vorgetragen, daß heute nachmittag die Frage des Vorsitzes im Bundesrat entschieden wird. Ich habe auf die große Bedeutung dieser Frage hingewiesen[2], so daß ich mich darauf beschränken kann, die wesentlichsten Gesichts-

1 Vgl. Nr. 50, S. 184.

2 Vgl. Nr. 59, S. 222f.

punkte zu wiederholen. Wir waren hier – Widerspruch ist von keiner Seite laut geworden – der Auffassung, daß der bayerische Ministerpräsident Dr. *Ehard* Vorsitzender des Bundesrates werden sollte aus zwei Gesichtspunkten: einmal damit auch Süddeutschland an einer sichtbaren Stelle in die Erscheinung tritt und zweitens, weil Herr Ministerpräsident *Ehard* – und das ist gerade für die CSU in Bayern in ihrem Kampf gegen die Bayernpartei wichtig – in dieser Form die politische Entwicklung mit beeinflussen kann. Wir waren uns darüber klar, daß ohne die Hilfe der FDP im Bundesrat dieses Ziel nicht zu erreichen ist.

(*Bausch*: Sind doch instruiert von den Kabinetten der Länder!)

Nein, die sind nicht instruiert von den Ländern[3], sondern es ist so, daß diese Verpflichtung, den Kabinettsbeschlüssen entsprechend abzustimmen, sich auf die Angelegenheit bezieht, die nach dem Grundgesetz mit der ganzen Gesetzgebung und Verwaltung zusammenhängt. Es bestand im Vorstand wohl Einmütigkeit darüber – das liegt wohl auch in der Natur der Sache –, daß nicht bei der Frage der Wahl des Vorsitzenden und seines Vertreters oder zweier Stellvertreter nach Kabinetten dort entschieden wird. Nun hat Herr *Vogel* davon Mitteilung gemacht, daß Herr *Hilpert* gestern eine Aufstellung gemacht habe, wonach zur Erreichung dieses Zieles absolut notwendig ist, daß wir die demokratischen Stimmen dafür bekommen. Wir waren im Vorstand, und ich glaube, Sie werden diese Ansicht teilen, der Auffassung, daß die Frage des Bundespräsidenten jetzt geklärt werden muß, einmal im Hinblick auf die Sache selbst und zweitens im Hinblick auf die Abstimmung, die heute nachmittag im Bundesrat erfolgen soll.

Wir haben in Aussicht genommen, vor dieser Sitzung des Bundesrates eine Besprechung mit den Vertretern der FDP und der DP abzuhalten, um bei dieser Besprechung die Angelegenheit absolut klarzulegen, daß die der FDP angehörigen Mitglieder des Bundesrates für Herrn *Ehard* stimmen. Wir waren uns weiter im Vorstand darüber klar, daß das nicht zu erreichen wäre, wenn nicht die Frage des Bundespräsidenten jetzt gelöst würde. Nach eingehenden Beratungen nach allen Richtungen hin ist der Vorstand mit 13 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zu dem Beschluß gekommen, Ihnen vorzuschlagen, Herrn *Heuss* als Bundespräsidenten zu wählen, vorbehalten, daß auf der ganzen Koalitionsebene, Minister usw., eine Verständigung zwischen der FDP, der Deutschen Partei und uns erfolgt. Die bisherigen Verhandlungen waren nur unverbindlicher Art, sowohl von uns wie auch von den anderen Seiten. Es sind, wie ich heute früh durch eine Radiomeldung gehört habe, in den gestern abgehaltenen Fraktionssitzungen der FDP[4] und der Deutschen Partei Kommissionen gewählt worden, die mit uns über die Koalition verhandeln sollen.[5] In gleicher Weise würden auch wir sechs Herren zu bestimmen haben. Wir können das gleich machen. Es wird Ihnen vom Vorstand vorgeschlagen, dazu

3 Vgl. Nr. 60 mit Anm. 4.

4 Über den Verlauf dieser Sitzung, über die bisher kein Protokoll gefunden wurde, meldete dpa-Inland (Nr. 35) am 5. 9. 1949: „Der Parteivorsitzende Professor Dr. *Heuss* gab den 52 Abgeordneten einen Überblick über die politischen Aufgaben der FDP. Minister a. D. *Blücher* berichtete anschließend über seine bisherigen Verhandlungen mit den anderen Parteien." *Wildermuth* schrieb in sein Tagebuch: „Um 9.00 Uhr im Bürgerverein (nomen est omen?) Fraction. Manches geht ganz ordentlich. Es ist erstaunlich, wie minderwertig jede Art von Nationalismus macht." NL Wildermuth 28.

5 Ihnen gehörten laut Bericht Nr. 52 von dpa-Inland vom 6. 9. 1949 für die FDP die Abgeordneten *Blücher*, *Schäfer*, *Oellers* und *Wellhausen*, für die DP *Seebohm*, *Kuhlemann* und Frau *Kalinke* an.

zu bestimmen die vier Vorsitzenden sowie die Herren *Gengler* und *Gerstenmaier*. Das ist das Ergebnis der langen und ausgedehnten Beratungen im Vorstand. Ich möchte Ihnen zum Schluß sagen, daß sich alle Beteiligten darüber klar sind, daß, wie es im politischen Leben keine Ideallösung gibt, [. . .] auch die Nominierung des Herrn *Heuss* als Bundespräsident keine Ideallösung [ist]. Wir waren uns auch darüber einig, daß für unsere Partei damit eine gewisse Gefahr verbunden sei, aber wenn man sich vor Augen hält, daß wir uns hier wohl einmütig auf den Standpunkt gestellt haben, daß der Bundeskanzler die wichtigste und für unsere Parteientwicklung entscheidende Figur sei, zusammen natürlich mit dem Kabinett, jedenfalls entscheidender als die Figur des Bundespräsidenten, dann kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis, das ich Ihnen als die Meinung des Vorstandes unterbreitet habe. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich dieser Ansicht der großen Mehrheit des Vorstandes anschließen würden, und zwar möglichst ohne lange Diskussion. Es läßt sich natürlich an jeder Lösung sehr viel kritisieren, aber ich wiederhole nochmals: Die Politik ist die Kunst des Möglichen, und wir haben keine absolute Mehrheit. Wir sind darauf angewiesen, mit der FDP und der Deutschen Partei eine Regierung zu bilden.

(Zuruf: Verlangt die FDP unter allen Umständen, daß der Bundespräsident ihr angehören muß, unter der Bedingung, daß sie eine Koalition eingeht oder nicht?)

Es haben Koalitionsverhandlungen in dieser Schärfe bisher überhaupt noch nicht stattgefunden, aber ich glaube, mit einer an absolute Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit Ihnen sagen zu können: ja.[6]

Das Wort hat Herr *Pünder*.

Dr. Pünder: Ich möchte mich dem Vorschlag des Vorstandes anschließen. Ich habe schon in einer Vorbesprechung ausgeführt, wenn die Kanzlerschaft *Adenauer* heißt, dann müsse der Bundespräsident drei Voraussetzungen mitbringen:

1. dürfe er nicht der CDU/CSU angehören,

2. müsse er ein evangelischer Christ sein und

3. dürfe er nicht aus Westdeutschland sondern aus Süddeutschland stammen.

Diese drei Voraussetzungen sind bei Herrn *Heuss* gegeben. Das ist wohl keine Ideallösung. Herr *Adenauer* hat das auch schon betont, aber ich glaube, ein Mann, der diese drei Voraussetzungen uns bietet, ist außer seiner Person nicht zu finden. Aus diesem Grunde möchte ich mich dem Vorschlage anschließen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Wenn nach den Ländern abgestimmt werden soll, bin ich persönlich der Meinung, daß Dr. *Maier* mit uns stimmt.[7] Dann würden wir 24 Stimmen haben. Wird nach Personen abgestimmt, dann haben wir bestenfalls 23 Vertreter.[8] Dann müßten wir noch einen Vertreter von der FDP, denn die DP ist im Kabinett nicht vertreten, herüberziehen. Ich bin der Meinung, daß eine Verkoppelung in der Frage des Bundespräsidenten notwendig ist, zumindest müßte man das überprüfen.

---

6 Dazu Nr. 66.

7 Bezieht sich auf die Wahl des Bundesratspräsidenten. Zu *Maiers* noch unentschiedener Haltung Nr. 60.

8 In der Vorlage irrtümlich „213 Vertreter".

Zur Frage der Persönlichkeit des Bundespräsidenten, der im Vorstand Ihre Zustimmung gefunden hat, darf ich Ihnen folgendes sagen: Ich habe seit geraumer Zeit, besonders aber seit der letzten Fraktionssitzung ein beunruhigendes Gefühl bekommen, daß wir unter Umständen in allen sachlich wohlerwogenen Gesichtspunkten und hinsichtlich der Parteientwicklung mit der Wahl dieses Bundespräsidenten ein außerordentliches Handicap bekommen. Ich bin der Meinung, daß man eigentlich alles daransetzen müsse, diese Frage noch in der Schwebe zu halten, weil in der Zwischenzeit soviel Momente gerade vom Standpunkt der Evangelischen aus aufgetaucht sind. Ich muß meine größten Bedenken geltend machen. Mein beunruhigendes Gefühl ist gestern abend verstärkt worden, als Sie uns bekanntgaben, welche Wünsche die Deutsche Partei hat.[9] Ich erinnere die Herren bei der Frage der kleinen Koalition an unsere 66%. Wir mit unseren 66% sind gar nichts, wenn wir sehen, welche Forderungen von der anderen Seite kommen. Wenn ich diesen Herrn *Hellwege* höre, wenn ich den vielgewandten Polytropos *Seebohm* höre – und ich habe Munkeln hören, daß man verschiedene andere Ministerien noch unbedingt aufrichten will –, dann würde mich eins interessieren, und darum wäre ich dem Fraktionsvorstand sehr verbunden, wenn man uns eine Gesamtliste der in Aussicht genommenen Ministerien und deren Verteilung vorlegen könnte, selbstverständlich unverbindlich, damit man einmal sieht, ob wir nicht unter Umständen bei einer Reihe von Ministerien anfangen, jetzt aufgeblähte Sonderverwaltungen zu bekommen.

Ich möchte das in aller Form erklären und weiter dazu sagen, daß die Dinge so gelaufen sind und wir in die kleine Koalition nunmehr kommen, liegt – ich habe nie Zweifel darüber gelassen – in dem ungeschickten Wahlrecht; das ist die Tragik der gegenwärtigen Situation.[10] Ich bitte Sie, das alles in keiner Weise subjektiv zu bewerten, sondern rein objektiv. Ich möchte erklären, daß ich mich nach wie vor an die Minderheit des Fraktionsvorstandes in meiner Entschließung halten werde.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Minister *Lübke*.

Minister Lübke: Bei aller Schwierigkeit, die Gesamtlage zu übersehen und zu entwirren, könnte man sich folgendes sagen:

1. Den Bundeskanzler wird der stärksten Fraktion wohl niemand streitig machen wollen. Dazu braucht es kein Gegengeschäft.

2. Der Vorsitzende im Bundesrat wechselt alle Jahre.[11] Ist unseren bayerischen Freunden und uns allen etwa soviel an diesem wechselnden Vorsitzenden gelegen, daß wir uns deshalb heute schon festlegen müssen auf den Bundespräsidenten? Ich halte das nicht für richtig.

Es wird jetzt zum ersten Male der Bundespräsident gewählt. Wir legen gewissermaßen hier die Tradition für die kommenden Jahre fest. Ich halte es für einen grundsätzlichen Fehler, die Person oder die Wahl des Bundespräsidenten mit den Koalitionsverhandlungen zu verquicken. Es ist ein Fehler; denn der Bundespräsident ist für alle da und für alle Richtungen, nicht bloß für die Richtung, die von der kleinen Koalition vertreten wird. Ich

9 Nr. 59, S. 238f.

10 Vgl. Nr. 55.

11 Der jährliche Wechsel des Bundesratspräsidenten war nicht durch das GG vorgeschrieben, sondern lediglich die jährliche Neuwahl. Vgl. auch Nr. 62, S. 279f. Den jährlichen Wechsel nach festem Turnus vereinbarten die Ministerpräsidenten erst im August 1950. Vgl. Wengst, S. 220.

möchte gerade die bayerischen Freunde bitten zu überlegen, ob Ihnen an dieser Sache soviel liegt, daß wir uns jetzt festlegen müssen, und ob es nicht doch möglich ist, die Sache noch einmal zu überlegen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Staatsrat *Schäffer*.

Staatsrat Schäffer: Ich habe nach Rücksprache mit unseren bayerischen Freunden in der Vorstandschaft den Antrag selbst gestellt, sich für den Namen *Heuss* zu entscheiden, nicht deshalb, weil wir uns über den Namen *Heuss* freuen, sondern deshalb, weil wir das Ganze als einen einheitlichen Komplex ansehen müssen und weil sich daraus Notwendigkeiten ergeben, denen wir Rechnung tragen müssen. Wenn ich sehe, daß eine Notwendigkeit gegeben ist, der ich Rechnung tragen muß, dann mache ich es gleich ganz und entschlossen in der Übersicht über die Konsequenzen, die gegeben sind.

Es ist richtig, daß die Wahl des Bundespräsidenten mit der Bildung des Kabinetts nach dem Sinne der Verfassung nicht verbunden sein sollte. Es ist auch die Wahldauer des Bundespräsidenten und die Kabinettsdauer in der Verfassung eine verschiedene, aber ich bitte doch daran zu denken, wir machen jetzt den ersten Schritt für den neuen deutschen Bundesstaat. So wie der neue deutsche Bundesstaat im Jahre 1949 entsteht, so wird der Wegweiser für die künftige Entwicklung aufgestellt sein. Infolgedessen ist der innere Zusammenhang zwischen dem ersten gewählten Bundesratspräsidenten und Bundespräsidenten auch von höherer Bedeutung und länger, als es vielleicht sonst sein würde, weil man daraus die Richtlinien sieht. Wenn Sie als Bundesratspräsidenten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. *Ehard* wählen, so wird das in der Öffentlichkeit zunächst einmal dahin gedeutet werden, daß eine maßvolle, aber bewußt föderative Linie in der kommenden Bundesrepublik eingehalten werden soll. Darauf müssen wir vom bayerischen Standpunkt aus Wert legen.

Wenn wir vom bayerischen Standpunkt aus für den Bundespräsidenten *Heuss* eintreten, so tun wir das, weil nun einmal der Wählerwille so gesprochen hat. Der Fraktionsvorstand hat in einer großen Einmütigkeit sich für den Gedanken der kleinen Koalition ausgesprochen. Wenn auch der Bundespräsident nicht unmittelbar zu den Koalitionsverhandlungen gehört, so ist es doch menschlich selbstverständlich, daß die Kräfte, die die Koalition bilden, ein Auswiegen ihrer politischen Bedeutung bei der kommenden neuen Bundesrepublik wünschen. Ich glaube, kein schlechter Prophet zu sein, wenn ich sage, falls die Wahl des Bundespräsidenten *Heuss* nicht zustande kommt, würden die Verhandlungen über die Bildung einer kleinen Koalition so erschwert werden, daß wir vielleicht in zwei Wochen vor einem vollkommen chaotischen Zustand stehen und daß wir es erleben könnten, daß die stärkste Fraktion des Bundestages, die CDU/CSU, erklären muß, es geht nicht. Wir müßten dann demütig zur SPD gehen und ihr das Ersuchen unterbreiten, die Verhandlungen in die Hand zu nehmen.

Einen anderen Weg haben wir nicht gefunden. Wir haben keinen Gegenkandidaten gefunden, der das Amt bekleiden könnte. Wir müssen daran denken, daß, wenn wir den Namen *Heuss* nicht wählen, die Ansprüche der FDP bei der Auswahl der Ministerien so stark werden würden, daß wir sie nicht akzeptieren könnten. Dadurch würden die Koalitionsverhandlungen in Schwierigkeiten geraten. Ob uns der Weg freut oder nicht, ich halte ihn für notwendig. Ich sehe wenigstens, wie der Weg läuft. Wenn ich an meine schönste Lebenszeit, an meine Bergsteigerzeit zurückdenke, dann sage ich, wenn ich schon durch eine Wand muß und ich kenne den Weg, dann mache ich es. Einen unbekannten Weg mit unbekanntem Risiko gehe ich nur, wenn es unbedingt sein muß. Ich

bitte Sie, die Fraktion CDU/CSU nicht vor die Wahl zu stellen, nun plötzlich alles der Gefahr des Scheiterns auszusetzen und einen ganz unbekannten Weg zu beschreiten.

Ich glaube, daß unsere evangelischen Freunde in der CDU/CSU in allem gemerkt haben, daß wir bereit sind, der Schwierigkeit ihrer Situation Rechnung zu tragen. (Zurufe: Jawohl!) Auch die Mitglieder innerhalb der Vorstandschaft haben sicherlich die Überzeugung mitgenommen, daß wir bereit sind, ihren Bedenken bei der Frage der Kabinettsbildung möglichst Rechnung zu tragen. Ich glaube deshalb sagen zu dürfen, ein berechtigter Grund auch von seiten unserer evangelischen Freunde, die Gesamtfraktion in ein unbekanntes Terrain mit unbekanntem Ausgang hineinzuführen, besteht nicht mehr. Ich möchte daher dringend bitten, der Lösung *Heuss*, aus der sich die Lösung des Bundesratspräsidenten wohl automatisch ergibt, zuzustimmen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Minister *Gereke*.

Minister Gereke: Ich pflichte Herrn *Lübke* bei, wenn er ausführt, daß man unterscheiden muß zwischen der Wahl des Bundespräsidenten und der des Bundesratspräsidenten. Die Wahl des Bundesratspräsidenten wird zeitlich zuerst kommen. Sie wird morgen stattfinden. Heute nachmittag findet darüber eine Besprechung statt.[12] Ich habe Ihnen, Herr Dr. *Adenauer*, deswegen die Mitteilung von einer Einladung gemacht, die von Ministerpräsidenten *Stock* auf Wunsch des Ministerpräsidenten *Arnold* für heute nachmittag ergangen ist. Ich darf, da wir ja vertraulich in der Fraktion sprechen, hinzufügen, daß gestern in Hannover bei einer Vorbesprechung der Kabinettssitzung mir der Ministerpräsident *Kopf* mitgeteilt hat, daß er seines Wissens mit den anderen SPD-Ministerpräsidenten und den einzelnen Mitgliedern wohl bereit sein würde, einen CDU-Vertreter zum Vorsitzenden des Bundesrates zu wählen, aber – ich zitiere *Kopf* – daß man den Vorschlag machen wird, daß von den einzelnen deligierten Bundesratsmitgliedern gewählt wird, d. h. also, daß nicht etwa die Stimmen der Länder geschlossen abgegeben werden, sondern daß bei der Wahl des Vorsitzenden jedes einzelne gewählte Mitglied seine Stimme für den Vorsitzenden abgeben kann.[13] Sollte das so kommen, dann verschiebt sich etwas die Situation zu unseren Ungunsten. Dann kommt es nicht auf die Stimme des Dr. *Maier* an, sondern es kommt auf die Stimme der einzelnen von den Ländern offiziell gewählten Mitglieder des Bundesrates, zu denen *Hilpert* und ich gehören, an. Dort wird voraussichtlich, wie mir *Kopf* sagte, der Vorschlag gemacht werden, man möge, da es sich um eine Wahl immer nur für ein Jahr handelt, einen gewissen Turnus festlegen nach der Größe der Länder. Das würde bedeuten, daß im ersten Jahr der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, im zweiten Jahr der Ministerpräsident von Bayern, im dritten Jahr der Ministerpräsident von Niedersachsen den Vorsitz im Bundesrat führen würde.[14] Wir wählen den Vorsitzenden des Bundesrates bekanntlich nur auf ein Jahr. Deswegen halte ich es für verkehrt, ihn zu koppeln mit der Person des Bundespräsidenten. Den Bundespräsidenten wählen wir bekanntlich für die ganze Legislaturperiode. (Zurufe: Noch länger!) Jedenfalls stehen sich hier gegenüber die Wahl eines Mannes als Bundespräsident für fünf Jahre und die Wahl eines Mannes als Vorsitzender des Bundesrates für ein Jahr, der dann durch einen anderen ersetzt wird. Ich würde es für gut halten, wenn man einmal prüft, ob überhaupt diese Stimmen geschlossen abgegeben werden müssen

12 Vgl. Nr. 63.

13 Kritik an diesem Vorschlag übte Carlo *Schmid*, Nr. 62.

14 Ein entsprechender Beschluß wurde erst ein Jahr später gefaßt. Vgl. Anm. 11.

beim Bundesrat. Wenn das nicht der Fall sein sollte, ist die Situation völlig anders. Dann werden die einzelnen gewählten Kabinettsmitglieder der Länder nun einzeln zu wählen haben. Dabei würde es sehr wünschenswert sein, wenn man eine gewisse Verständigung über die zu wählenden Persönlichkeiten hätte.

Es ist vielleicht denkbar, daß man mit Hilfe des Herrn Ministerpräsidenten *Arnold* auch die SPD-Ministerpräsidenten bewegen kann, den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* für das erste Jahr zu wählen, daß man im zweiten Jahr dann *Arnold* und im dritten Jahre *Kopf* an die Stelle treten läßt. Aber darüber müßte man sich unterhalten. Ich fürchte aber, diese Unterhaltung wird wesentlich erschwert, wenn man sie koppelt mit der Person des auf fünf Jahre zu wählenden Bundespräsidenten.

Ich habe ein weiteres Bedenken zu dem, was Staatsrat *Schäffer* ausführte, daß es so wichtig sei, den Professor *Heuss* zu wählen, und daß deswegen vielleicht die Ansprüche der FDP geringer wären bei den Ministerien. Wir müssen uns hier zuerst für den Bundespräsidenten entscheiden, wer gibt uns aber eine Gewähr dafür, daß die beiden kleinen Koalitionspartner nicht dennoch nachher bei der Erörterung der einzelnen Ministerposten Ansprüche stellen, die unserer Ansicht nach zu hoch sind. Und dann haben wir die Pfänder aus der Hand gegeben. Deshalb bin ich der Ansicht, man sollte unter keinen Umständen den Vorsitz des Bundesrates mit der Person des Bundespräsidenten koppeln. Es müßte möglich sein, wenn *Arnold* mithilft, sich auch mit den SPD-Ministerpräsidenten auf die Person von Herrn *Ehard* aus Bayern zu verständigen. Man sollte den gleichen Versuch machen über die Person des Bundespräsidenten und versuchen, nicht in Abhängigkeit von einer kleinen Partei zu sein, sondern ihn etwas losgelöst von den Parteien als gesamtdeutschen Repräsentanten ansehen. Ich bin der Ansicht, wenn wir im Bundesrat heute nachmittag in den Besprechungen geschickt verfahren, dann müßte es vielleicht möglich sein, unseren Wunsch, den bayerischen Ministerpräsidenten das erste Mal für ein Jahr zu wählen, durchzusetzen, insbesondere, wenn man dann auch ein Gespräch anstellt über die Person des Bundespräsidenten und sich nicht vorzeitig auf den Führer der drittstärksten Partei festlegt, was gerade von unserem evangelischen Standpunkt aus überhaupt kaum irgendwie zu empfehlen ist.

Dr. Adenauer: Ich möchte Herrn *Gereke* berichtigen. Es ist keine Rede davon, die Wahl des Bundespräsidenten und die Wahl des Bundesratspräsidenten zu koppeln, sondern es ist lediglich die Rede davon, nachdem nun die Frage des Bundespräsidenten hier erörtert worden ist, und zwar als Teil der ganzen Konzeption, nachdem beschlossen worden ist, die Entscheidung auf gestern zu vertagen, und nachdem gestern auch noch keine Entscheidung gefallen ist, wenigstens bei uns intern eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn diejenigen von uns, die von der Fraktion mit der Führung der Koalitionsverhandlungen betraut sind, wissen, daß sie den Willen der Fraktion in bezug auf die Wahl des Bundespräsidenten kennen, dann werden sie diesen Willen, falls er für *Heuss* ist, sowohl bei der Frage des Präsidenten des Bundesrates wie bei den endgültigen Koalitionsverhandlungen verwerten.

Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Ich habe volles Verständnis dafür, daß, wenn man in Koalitionsverhandlungen eintritt, man als Politiker wissen muß, ich kann nicht alles das erreichen, was ich persönlich für richtig halte; man muß aber auch an bestimmten Punkten bereit sein, seine Pflöcke zurückzustecken, und ich sehe diese Wahlen unter den größeren Gesichtspunkten. Wir haben jetzt auf lange Sicht zu arbeiten. Meine Sorge, die ich nicht loswerde, ist

die, daß durch die Wahl von Herrn *Heuss* als Bundespräsident der evangelische Weg zur CDU außerordentlich und auch die CDU/CSU als solche gefährdet wird. Ich rede jetzt vom rein evangelischen Standpunkt aus und sehe sehr stark die Gefahr, daß durch die Wahl von Professor *Heuss* als Bundespräsident die FDP in evangelisch-kirchlichem Raum hoffähig gemacht wird. Ich bitte meine katholischen Freunde doch eins zu bedenken: Sie haben während des Kulturkampfes gelernt, politisch zu denken und auch die katholische Bevölkerung zu politischem Denken zu erziehen. Wir Evangelischen sind einen anderen Weg geführt worden. Wir haben die Aufgabe, diese Erziehung jetzt zwei Generationen später vorzunehmen. Wir haben angefangen – ich glaube, das darf ich sagen als einer, der seit 25 Jahren hauptamtlich im Raume der evangelischen Kirche gearbeitet [hat] und Deutschland übersehen kann –, die evangelische Kirche und die evangelische Bevölkerung in eine Bewegung zu bringen: zur CDU hin. Bedenken Sie bitte, was es bedeutet, wenn wir jetzt einen Vertreter der FDP zum Präsidenten wählen und damit ein Grundprinzip der Demokratie, daß die stärkste Partei den Präsidenten zu stellen hat, vernachlässigt wird. Meine Sorge ist, da wir ja nach vier Jahren erneut wählen, daß die FDP, weil sie nun in der Koalition – wie bisher in Frankfurt an der Wirtschaftspolitik der CDU – positiv teilnehmen kann, auch kulturpolitisch einen Auftritt bekommt mit dem Ergebnis, daß der evangelische Teil der CDU nicht größer sondern kleiner wird. Das Endergebnis wird also sein, daß die FDP gestärkt wird und wir eine CDU haben werden, die überwiegend katholisch ist, dann würde die SPD wahrscheinlich die stärkste Partei werden.

Wenn aber der Weg *Heuss* gegangen werden muß, dann ist er nur zu gehen, wenn bei der Kabinettsbildung ganz klar vor der breitesten evangelischen Öffentlichkeit sichtbar wird, daß der evangelische Volksteil seiner Bedeutung nach auch berücksichtigt ist. Das würde ich politisch gesehen für möglich halten. Damit nehme ich nichts von dem Grundsätzlichen, was ich gesagt habe, weg, wenn man sagen würde, der Stellvertreter des Kanzlers und zugleich der Innenminister ist eine klare evangelische Persönlichkeit, die der CDU angehört. Ich bitte dieses Sechs-Männer-Gremium freundlichst darum, dies bei den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen. Ich bin im Moment noch nicht in der Lage zu sagen, ich kann das so mitmachen, daß wir jetzt die einzelnen Aktionen hintereinander vornehmen und uns nun entscheiden für *Heuss*, ohne zu wissen, wie diese von mir vorgetragenen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Vielleicht werden wir morgen hören, daß es sich mit dem Vizekanzler doch nicht so machen läßt, wie ich es für notwendig halte, daß wir dann Schrittchen für Schrittchen in eine Minderheit kommen, die wir alle nicht wollen. Ich bin überzeugt davon, daß die evangelische Kirche ihren Aufbruch zur CDU in vollem Umfange ernst nimmt, wenn wir sagen, wir haben die Union nicht auf irgendwelchen Ressentiments einzelner Menschen gegründet, sondern wir haben geglaubt, unserem Volke und der ganzen abendländischen Kultur einen Sinn zu geben, wenn wir zeigen, daß die beiden großen christlichen Konfessionen in Deutschland auf einem Weg sind: im politischen Raum.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Nellen*.

Nellen: Wir sind in der ungeheuer schwierigen Lage, als CDU eine höchst differenzierte Politik machen zu müssen. Der Wahlkampf hat uns wieder einmal vor die Aufgabe gestellt, diese differenzierte Politik, die psychologisch sehr schwer zu propagieren ist, noch einmal vor uns selbst zu entwickeln. Ich glaube, man kann sie so bezeichnen, daß wir die ungeheure Aufgabe haben, haargenau zwischen dem Liberalismus und dem Marxismus

zu marschieren. Wenn ich unter dem Gesichtspunkt die Kandidatur des Herrn Professor *Heuss* mir ansehe, dann kann ich nach Rücksprache mit meinen Freunden im Münsterland nur sagen, daß die Freude an der Kandidatur so gering ist, daß ich dafür kein Verständnis gewinnen werde. Professor *Heuss* hat sich in der vergangenen Zeit absolut als Liberaler alten Schlages erwiesen. Auch wenn er von *Naumann* her kommt und ihm nachgesagt wird, daß er etwa für die Ideen eines christlichen Sozialismus Verständnis habe, dann ändert das daran nichts. Herr *Heuss* hat m. E. für richtig gefunden, im Wahlkampf an den Rundfunk zu gehen, und [er hat] in geradezu provozierender Weise noch einmal seinen Standpunkt gegen das Elternrecht und gegen die Konfessionsschule zum Ausdruck gebracht. Ich bin deshalb nicht der Meinung, die Herr Dr. *Adenauer* in der ersten Fraktionssitzung geäußert hat, wenn ich recht verstanden habe, daß die FDP oder vielleicht Herr *Heuss* uns kulturpolitisch geholfen haben.[15] Daß die FDP und Professor *Heuss* uns in Familien- und Kirchenfragen unterstützen, halte ich für selbstverständlich; daß sie uns den Religionsunterricht zubilligen, halte ich für selbstverständlich. Es ist leider Gottes nicht davon gesprochen worden, daß Herr Professor *Heuss* der Antagonist jener liberalistischen Seite ist, die uns das Elternrecht kategorisch verneint hat. Ich bin bestürzt darüber, daß der Führer dieser Partei, die als befrackter und mit Zylinder bekleideter Liberalismus mit dem Sozialismus über die Bühne geht, nun ausgesprochen als Bundespräsident vorgeschlagen wird.

Ich bedauere, obwohl ich die ungeheuren Schwierigkeiten des Koalierens vollkommen zu sehen glaube, daß leider Gottes – ich weiß nicht, wie weit das an Dr. *Adenauer* liegt – wir vor keine Alternative gestellt worden sind, sondern von Anfang an auf einen einzigen Mann festgelegt werden sollten. Ich bedauere es sehr, daß die FDP nicht zumindest einen anderen Mann genannt hat. Ich bedauere es ebenfalls, daß wir bis jetzt in keiner Weise die Frage geprüft haben, ob wir nicht einen starken unabhängigen Mann ausfindig machen können, an dem es in Deutschland keinen Mangel gibt. Ich würde z. B. einen evangelischen Kirchenfürsten, etwa *Dibelius*, unbedingt *Heuss* vorziehen. Ich habe die allergrößten Bedenken, daß in diesem Zusammenhang auch nicht mit einem einzigen Wort die außenpolitischen Wirkungen bis jetzt gestreift wurden, die mit einer Kandidatur von *Heuss* verbunden sind. Ich habe das Gefühl, daß wir – das mag falsch sein – damit in eine Schwierigkeit kommen. Ich weiß selbstverständlich aus zweieinhalbjährigem Aufenthalt in Amerika, daß unser wichtigster alliierter Partner dem Wirtschaftsliberalismus zugeneigt ist. Ich weise Sie aber darauf hin, daß das Echo diesen Dingen [gegenüber] in Straßburg für uns recht negativ und böse gewesen ist.

(Dr. *Adenauer*: Welche Dinge?)

Dieser zukünftigen Entwicklung, Herr Dr. *Adenauer*!

(Dr. *Adenauer*: Das verstehe ich nicht!)

Es ist ganz eindeutig, die Presse hat es schon gebracht.

(Dr. *Adenauer*: Nein, Sie sind vollkommen im Irrtum über Straßburg!)

Der Ausdruck ist vielleicht zu stark, Herr Dr. *Adenauer*. Ich muß wiederholen, daß ich mit meinen Freunden im Münsterland für *Heuss* keinerlei Stimmen gewinnen kann. Ich bekenne mich als außerordentlich scharfer Gegner des Liberalismus. In diesem Zusammenhange muß ich auf etwas eingehen, was gestern gesagt wurde. Ich begrüße es absolut, daß Dr. *Adenauer* uns gestern die Loyalität gegenüber der Partei so warm ans Herz

15 Vgl. Nr. 50, S. 146.

gelegt hat. Ich muß aber darüber hinaus betonen, daß die Sicherung unseres Gewissens in dieser Frage der wesentlichste Teil ist. Ich muß schon sagen, daß das Präsidium *Heuss* für mich eine solche Frage ist. Ich werde also mit Unterstützung meiner politischen Freunde dieser Kandidatur nicht zustimmen können. Im übrigen glaube ich, daß unser Bundeskanzler einen stärkeren Mann als *Heuss* im Präsidium verträgt. Ich kann mir nicht helfen, ich gebe Ihnen ganz offen die Meinung meines Wahlbezirkes zum Ausdruck. Es wird dort gesagt, der Kanzler macht den König zuerst, und dann macht der König den Kanzler. Das mag vollkommen falsch sein, ich glaube aber doch, daß wir einen starken unabhängigen Mann haben. Ich habe das Vertrauen, daß Dr. *Adenauer* als Bundeskanzler aus der Zusammenarbeit mit einem starken unabhängigen Mann nur gewinnen kann.

(Frau Dr. *Weber*: Nennen Sie ihn doch!)

Ich habe *Dibelius* genannt und nenne noch *Lilje*. Im übrigen möchte ich nach Rücksprache mit meinen politischen Freunden erklären, daß es uns sympathischer wäre, wenn bei der Verteilung der Ministersessel Konzessionen gemacht würden, daß wir aber in der Frage des Bundespräsidenten unbedingt eine Härte fordern.

Dr. Adenauer: Lassen Sie mich nur einige Worte dazu sagen. Vergessen Sie niemals, daß wir keine einzelnen Entscheidungen treffen, sondern halten Sie immer im Auge, daß alle Entscheidungen, die wir treffen, in einem untrennbaren Zusammenhang miteinander stehen. Wenn wir uns nun in diesem Saale mit einer geradezu überwältigenden Mehrheit uns dazu entschlossen haben, eine Koalition zu bilden nicht mit der SPD, dann ergibt sich zwangsläufig, daß wir nicht aus Liebe, sondern aus der Notwendigkeit heraus, die wir als stärkste Fraktion haben, und aus der Verantwortung – das ist auch eine Gewissensfrage – gegenüber dem deutschen Volke, daß wir dann eben eine Regierung mit den beiden anderen Parteien bilden müssen. Diese Entscheidung haben Sie hier im Saale vollkommen frei und mit großer Mehrheit getroffen. Aus dieser Entscheidung heraus werden Konsequenzen zu ziehen sein im einzelnen. Aber ich bitte Sie um Gottes willen, fangen Sie nicht an, Politik machen zu wollen aus einzelnen Entscheidungen heraus; denn dann wird das nachher eintreten, was Herr *Schäffer* eben gesagt hat, daß wir in 14 Tagen vor einem Trümmerhaufen stehen und daß dann die stärkste Fraktion nicht in der Lage ist, eine Regierung aufzustellen. Dann liefern Sie das deutsche Volk der SPD aus. Sie sind nicht frei insofern, als Sie sagen können, ich treffe eine Entscheidung, nein, Sie haben immer nur die Wahl zwischen zwei Entscheidungen. Was ich bei unserer ersten Zusammenkunft gesagt habe, das bleibt bestehen, das Wahlergebnis nötigt uns, immer und überall zwischen zwei Übeln zu wählen.[16] Da ist es einfach eine Frage der politischen Vernunft und auch des Gewissens, hier das kleinere Übel zu wählen.

Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Die totalitären Propheten von damals stehen auch heute wieder vor den Toren. Täuschen wir uns darüber nicht. Die Frage ist, ob die Willensträger der Demokratie heute sich wieder streiten, oder ob sie in einer großen staatspolitischen Konzeption zu einer Zusammenarbeit kommen können. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß CDU und SPD miteinander die Verantwortung für die heutige Demokratie tragen. Das ist eine politische Tatsache, an der wir nicht vorbeigehen können. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß wir eine große Koalition nicht bilden können. Ich bin ein überzeugter Ver-

16 Ebenda.

treter der kleinen Koalition, aber ich bin der Meinung, eine Zusammenarbeit zwischen den hauptsächlichsten Willensträgern der Demokratie ist auch dann möglich, wenn sie sich in Regierung und Opposition gegenüberstehen. Ich glaube, daß es gerade die Aufgabe ist, die wir heute lernen müssen, daß in dieser Gruppierung eine wirkliche Zusammenarbeit nach den Grundsätzen eines loyalen fair play stattfindet. Wir stehen vor der Frage, werden wir es fertigbringen, den Zwiespalt, der das Merkmal unserer Zeit in der ganzen Welt ist, zu schließen, werden wir es fertigbringen, in Deutschland diese Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, auch mit denen, die uns zunächst gegenüberstehen? Wenn ich diese Dinge unter dem großen Gesichtspunkte der Weltlage von 1949, auch in der außenpolitischen Situation, betrachte, dann muß ich sagen, daß mich viele jetzt nicht verstehen. Ich würde es begrüßen, wenn wir den Weg dazu fänden, mit der Sozialdemokratischen Partei darüber zu sprechen, ob wir nicht einen wohlgesinnten überzeugten demokratischen Sozialdemokraten zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland machen sollen.

(Zuruf: Sie überschätzen den moralischen Wert der SPD.)

Es gilt, die guten Kräfte der SPD, die ohne Zweifel da sind, zu entzünden und zur Zusammenarbeit mit uns heranzuführen. Das ist die Frage, vor die wir gestellt sind. Ich fühle mich verpflichtet, diesen Vorschlag einmal hier aufzuwerfen. Wir sind dazu da, uns auszusprechen, um zu einer Willensbildung zu kommen. Ich bin der Meinung, daß das ein Weg wäre, der uns außenpolitisch unerhört viel Kredit eintragen würde. Ich erinnere an das Wort von *McCloy*, der gesagt hat, werden es die Deutschen fertigbringen, ihre Streitigkeiten zu begraben und zusammenzuarbeiten? Ich erinnere an die Vorgänge in der großen Weltpolitik. Die Chance vor Moskau ist zerstreut zwischen CDU und Sozialdemokratie. Die Herren in Moskau würden voller Kummer sein, wenn es uns gelänge, zu einer staatspolitischen Konzeption mit der SPD zu kommen. Das ist meine ehrliche Überzeugung. Ich bin der Meinung, wir könnten diesen Weg gehen. Wir müssen es ernsthaft versuchen. Wenn wir diesen Weg nicht gehen können, müssen wir versuchen, eine überparteiliche Persönlichkeit an die Spitze des deutschen Staates zu stellen. Die Frage der Regierungskoalition ist losgelöst von der Frage des Bundespräsidenten zu behandeln. Wir dürfen das nicht so verkoppeln, wie wir das tun. Wir sollten das auseinanderhalten. Wir sollten diese Frage einzig und allein unter großen staatspolitischen und außenpolitischen Perspektiven betrachten. Wir dürfen nicht kurzsichtig denken, wir dürfen nicht parteipolitisch denken, sondern müssen immer an die vergangenen Jahre von 1930 bis 1933[17] denken.

Denken wir über diese Dinge nach und handeln wir jetzt nicht unter Zeitdruck. Es geht um geschichtliche Entscheidungen. Lassen wir uns bei diesen geschichtlichen Entscheidungen Zeit und lassen wir die Dinge ausreifen. Ich wehre mich dagegen, daß wir von einer Stunde auf die andere gejagt werden, solche Entscheidungen zu treffen. Wir müssen hierfür Zeit haben, meinetwegen vier oder acht Tage, und wenn es sein muß, auch 14 Tage.

(Zuruf: Wir müssen am 12. wählen!)

Wir müssen gar nichts, wir müssen politische Vernunft zeigen. Wir dürfen uns unter gar keinen Umständen in diesen Fragen zur Eile zwingen lassen. Ich habe die politische Erfahrung gemacht: Alles, was in der Politik unter Zeitdruck und in Eile geschieht, das ist

17 In der Vorlage „1931".

immer falsch gewesen. Wir haben Zeit zu diesen Fragen, und wir wollen uns Zeit dazu nehmen. Unsere Kinder werden uns einmal zur Rechenschaft ziehen, wenn wir solche Entscheidungen so schnell und ohne genügende Überlegungen und nicht aus der Gelassenheit und Ruhe des Herzens heraus getroffen haben. Lassen wir uns Zeit meine Freunde, lassen wir uns nicht drängen, versuchen wir, wirklich alle Möglichkeiten und alle Chancen auszuschöpfen, die es überhaupt gibt.
Ich bin überzeugt, wir können den guten Weg finden, wenn wir uns nicht von der Parteileidenschaft, sondern von der Liebe zu unserem Volk und auch von der Liebe zu den Menschen im anderen Lager leiten lassen.

Dr. Adenauer: Wir sind leider hier in einer sehr ernsten politischen Versammlung und nicht in einer Versammlung, in der man versucht, den guten Weg zu finden. Ich darf zunächst, was den Zeitdruck angeht, von dem Herr *Bausch* spricht, zweierlei feststellen:

1. haben wir diese Frage vergangenen Donnerstag[18] in aller Ausführlichkeit besprochen. Es ist am Donnerstag beschlossen worden, daß die Entscheidung gestern fallen sollte. Heute haben wir schon Dienstag. Herr *Bausch* irrt, wenn er meint, wir könnten uns Zeit lassen. Am 12., d. h. am Montag, muß nach dem Grundgesetz der Bundespräsident gewählt werden. Wir haben also keine Zeit. Wir haben aber Zeit genug gehabt.

2. möchte ich feststellen, daß die Frage, einen Herren aus der SPD zum Bundespräsidenten zu wählen, hier ebenfalls schon ausgiebig besprochen worden ist, daß weiter Herr *Lenz*, der diese Frage anschnitt, nach Aufforderung einen Namen genannt hat, und zwar den Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft, Herrn *Böckler*.[19] Ich stelle ausdrücklich fest, daß – Sie, Herr *Bausch*, eingeschlossen – die ganze Versammlung das abgelehnt hat.

Gegenüber den Ausführungen von Herrn *Bausch* wegen der außenpolitischen Wirkung möchte ich Ihnen nur folgendes sagen: Nach Mitteilung des Nordwestdeutschen Rundfunks von heute früh um 6.45 Uhr hat der Außenpolitische Ausschuß der Sozialdemokraten gestern in Köln beschlossen, daß Deutschland nicht der Europäischen Union beitreten dürfe, wenn auch das Saargebiet beitritt.[20] Der Außenpolitische Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat diesen Beschluß urbi et orbi mitgeteilt. Ich glaube, Herr *Bausch*, daß wir der deutschen Außenpolitik keinen schlechteren Dienst tun können, und wenn etwas bewiesen hat, daß die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von Herrn Dr. *Schumacher* ganz stur einen Weg geht, den wir nicht mitmachen können, dann ist es dieser Beschluß, den die Sozialdemokratie jetzt gefaßt und veröffentlicht hat.

Zur Saarfrage steht meine Meinung völlig fest. Daß man aber diese Frage, ob das Saargebiet an der Europäischen Union teilnimmt – nicht aber, ob es von Deutschland getrennt wird –, als Entscheidung dafür nimmt, daß Deutschland der Europäischen Versammlung nicht beitreten soll, das finde ich als eine Kurzsichtigkeit, die geradezu nicht mehr zu überbieten ist. Daß eine deutsche Partei von der Größe wie die Sozialdemokratie hingeht und ohne jede Fühlungnahme mit einer anderen Partei einen solchen Beschluß der Öffentlichkeit mitteilt und dadurch versucht, Deutschland in dieser Frage festzulegen, das finde ich als einen Herrschaftsanspruch sondergleichen. (Zurufe: Sehr richtig!)

---

18 1. 9. 1949; vgl. Nr. 50.

19 Vgl. Nr. 50, S. 190f.

20 Die Erklärung des Außenpolitischen Ausschusses in: Die Sozialdemokratie und das Saarproblem, o. O. 1950, S. 46. Vgl. auch Nr. 62 mit Anm. 2.

Daher bitte ich Sie, damit die Diskussion sich nicht verwirrt, daß wir über diese Frage, ob wir einen Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten wählen oder nicht, jetzt abstimmen. Ich muß Ihnen sagen, wenn wir das tun wollen, dann hätten wir uns gar nicht die Mühe machen sollen, uns hier in längeren Ausführungen auseinanderzusetzen. Das würden nun das deutsche Volk und unsere Wähler am allerwenigsten verstehen, daß wir jetzt ausgerechnet hingehen, nachdem wir den Mund so voll genommen haben, und einen Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten wählen. Dafür habe ich kein Verständnis. Ich stelle den Antrag, damit nun die Frage jetzt aus der Diskussion herauskommt und wir in Ruhe über die Frage, *Heuss* oder nicht *Heuss*, diskutieren können, so oder so Schluß zu machen. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung)

Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, daß diese Frage nicht weiter erörtert wird, daß nämlich ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei für uns als Präsident nicht in Frage kommt, die Hand zu heben.

Ich stelle fest, daß das die übergroße Mehrheit ist.

(Zuruf: Gegenprobe!)

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß ein Sozialdemokrat gewählt . . . (Widerspruch im Saal!)

Es ist die Gegenprobe verlangt worden. Wer eben nicht mitgestimmt hat, muß auch jetzt den Mut haben, anders zu stimmen.

(Zuruf: Es ist die Frage, ob man mit der Sozialdemokratie überhaupt nicht mehr sprechen soll wegen des Bundespräsidenten!)

Das ist eine ganz andere Frage. Wenn wir uns für *Heuss* entscheiden, werden wir mit den Sozialdemokraten nicht sprechen, sondern dann ist dies Sache der Demokraten. Das ist eine Verfahrenstaktik. Wir haben darüber abgestimmt, ob wir die Frage in Erwägung ziehen sollen, einen Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten zu wählen. Dabei hat die übergroße Mehrheit das abgelehnt. Dann ist die Gegenprobe verlangt worden. Sind Sie damit einverstanden, daß ich die Frage so stelle: Ich bitte diejenigen, die diese Frage offen halten wollen . . . (Ja- und Neinstimmen, Zuruf: Das ist keine Gegenprobe mehr!)

Wir müssen jetzt klar sehen, das sind wir uns als Fraktion schuldig. Die große Mehrheit hat eben abgelehnt, in Betracht zu ziehen, einen Sozialdemokraten als Bundespräsidenten zu wählen. Dann ist die Gegenprobe verlangt worden.

(*Albers*: Sie haben eben gesagt, ob diese Sache nicht offen bleiben kann!)

Wir kommen zur Gegenprobe. Ich bitte diejenigen, die anderer Ansicht sind, eine Hand zu heben.

Ich zähle 25, Herr *Schäffer* 26 und Herr *Holzapfel* 28 Stimmen. Damit ist die Frage entschieden.

(Zuruf *Gereke*: Zur Geschäftsordnung: Damit ist die Frage nicht entschieden, ob wir den Versuch einer Verhandlung machen sollen.)

Verzeihen Sie, Herr *Gereke*, damit ist das Thema nun erschöpft.

Das Wort hat Herr *Kiesinger*.

Kiesinger[21]: Es tut mir leid, daß ich, nachdem so viele Argumente für und gegen vorge-

21 Zu den folgenden Ausführungen *Kiesingers* und der Reaktion *Adenauers* auch Kurt Georg Kiesinger, Erlebnisse mit Konrad Adenauer, in: Dieter Blumenwitz (u. a.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 60.

tragen worden sind, nochmals aus Gewissenspflicht zu diesem Thema Stellung nehmen muß. Es ist entschieden von der Fraktion, daß ein Sozialdemokrat als Bundespräsident nicht in Betracht kommt. Es war mir nie wichtig, ob nun gerade ein Sozialdemokrat Bundespräsident werden soll. Wichtig war, daß in dieser Stunde die beiden größten Parteien, CDU/CSU und Sozialdemokratie, denen das deutsche Volk das kommende deutsche Schicksal in die Hand gelegt hat, wenn sie schon nicht in einer großen Koalition zusammenarbeiten konnten, wenigstens in einer großen Geste sich zusammengefunden hätten, nämlich bei der Wahl des Bundespräsidenten. Ich weiß nicht, wieviel Männer und Frauen unter Ihnen mit demselben bangen Gefühl die Arbeit als Abgeordneter des deutschen Volkes bei diesem neuen Versuch zur Gründung einer deutschen Demokratie aufgenommen haben wie ich selbst. Halten Sie das nicht für Angst und Feigheit. Ich hätte mich nicht als Abgeordneter zur Verfügung gestellt, wenn ich nicht trotz des Risikos, das ich damit eingehe, gemeint hätte, daß der Versuch gewagt werden muß. Ich weiß nicht, ob wir wieder einmal mit jenem verhängnisvollen Optimismus an die Gründung dieser deutschen Demokratie herangehen, mit dem man schon im Jahr 1919 darangegangen ist. Die Aussichten, daß dieser Kurs gelingt, sind nach meiner Überzeugung außerordentlich gering. Wir leben bei uns in Deutschland in einer Zeit, die die Sache der Demokratie zu einem wahren Glücksfall macht. Deshalb ist es ja die Angst nicht unserer Schlechtesten gewesen, daß der Weg nun so gehen würde, daß sich CDU/CSU auf der einen und SPD auf der anderen Seite in eine furchtbare Verstricktheit der kommenden Jahre hineinmanövrieren würden. Man redet von konstruktiver Opposition. Haben wir Deutsche denn das Recht, den Mut zu haben, daß die Sozialdemokratie diese konstruktive . . .

(Dr. *Adenauer* unterbrechend: Verzeihen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Wir haben schon . . .)

Herr Präsident, ich habe die zwei Tage zugehört, ich habe die zwei Tage noch nicht gesprochen . . .

(Dr. *Adenauer* wieder unterbrechend: Verzeihen Sie, daß ich Sie doch unterbreche. Ich will die Rednerliste verlesen, damit Sie sehen, wieviel noch auf der Liste stehen!)

Gut, ich werde mich kurz fassen.

(Dr. *Adenauer*: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen!)

Ich spreche zur Sache. (Zuruf: Nein!) Ich spreche deswegen zur Sache, weil ich glaube, daß wir alles tun müssen, um die Demokratie in Deutschland zu retten, daß die Demokratie, die unser beider Anliegen ist, wirklich in Deutschland volkstümlich wird, daß das deutsche Volk dem, was wir hier tun, seine Zustimmung gibt, nämlich dem neuen Staat. Was hat denn dieser neue Staat an integrierender Kraft schon? Wir haben keine Fahne, die die Symphatie des Volkes hat, wir haben keine Nationalhymne, wir haben keine Bundeshauptstadt, die dem Volke zusagt. Sie wissen doch, wie das Volk dazu steht, Sie wissen, wie die junge Generation dazu steht. Täuschen wir uns nicht darüber, welch ungeheure Wirkung es im deutschen Volke gehabt hätte, wenn es einer kleinen Koalition gelungen wäre, wenigstens in der Frage des Bundespräsidenten einen gemeinsamen . . .

(Dr. *Adenauer*: Verzeihen Sie, die Sache ist erledigt!)

Ich will keinen Sozialdemokraten als Bundespräsident. Es ist aber nicht darüber abgestimmt worden, ob ein Gespräch mit der Sozialdemokratie darüber geführt werden soll.

(Unruhe und Widerspruch im Saal.)

Das ist nicht geschehen, wenn Sie das tun wollen und wenn Sie mir das Wort abschneiden, dann tun Sie es. Ich bitte um so viel Höflichkeit, wenigstens mich die paar Sätze, die mich mein Gewissen zum Reden zwingt, noch reden zu lassen. Nach meiner Meinung ist nicht darüber abgestimmt worden, ob wenigstens der Versuch noch möglich ist, mit der Sozialdemokratie einen gemeinsamen, durchaus nicht sozialdemokratischen Kandidaten zu finden, den man dann dem deutschen Volk ausbieten könnte als den gemeinsamen Mann, den die staatstragenden und staatserhaltenden Parteien gemeinsam wollen.

Bei den ganzen Diskussionen schien mir zu stark betont worden zu sein, daß die Position des kommenden Bundespräsidenten die eines schwachen Repräsentanten des Staates sein würde. Die eigentliche Zuständigkeit liegt ohne Zweifel in der Hand des Bundeskanzlers. Ich wäre froh, wenn dieser Mann Herr Dr. *Adenauer* sein würde. Aber unterschätzen wir nicht die integrierende Bedeutung des kommenden Bundespräsidenten. Dieser Bundespräsident repräsentiert nun einmal das neue Deutschland. Auf ihn werden sich die Blicke unseres Volkes richten. Er darf eben nicht der einfache und einseitige Repräsentant seiner Schicht, seiner Klasse oder gar einer Partei sein. Vielleicht findet sich in der Tat kein anderer als *Heuss*. Ich weiß es nicht.

Heuss ist ein liebens- und ehrenwerter Mann. Für mich ist er ein liebenswerter Überrest des 19. Jahrhunderts. (Zurufe: Bravo!) Dieses 19. Jahrhundert ist überwunden. Wir schaffen es nicht, diese Demokratie zu bauen mit den Mitteln und nur mit den Männern des 19. Jahrhunderts. Warum wollen wir uns den Weg versperren. Warum soll es ganz ausgeschlossen sein, daß wirklich die Sozialdemokratie nicht einem Mann aus ihren Reihen, aber einem Mann, der von beiden akzeptiert wird, zustimmt. Dieser Mann würde jene bindende Kraft haben, die jeder Staat braucht. Er müßte wenigstens das Bescheidene tun, um der Demokratie jene bindende Kraft zu sichern, die sie einfach braucht, wenn sie nicht nach vier Jahren wieder zerschellt sein soll.

Dr. Adenauer: Ich höre, daß Sie noch mehr liebenswürdige Überreste des 19. Jahrhunderts . . .

(*Kiesinger*: Sie betrachte ich nicht dazu.)

Sie meinen, ich wäre nicht liebenswürdig!

(Heiterkeit)

Ich möchte dem Kollegen *Kiesinger* noch folgendes sagen: Das ist ja gerade die Ursache, weswegen *Heuss* zuerst genannt worden ist, nicht von mir, die Sozialdemokraten haben im Laufe des Winters zu wiederholten Malen sowohl im Gespräch wie in der Presse erklärt, daß *Heuss* der richtige Kandidat sei. Sie haben dem Herrn *Heuss* auch persönlich im Parlamentarischen Rat zu verstehen gegeben, daß sie ihn mitwählen würden.

Das Wort hat Herr *Schröder*.

Dr. Schröder: Wir kennen uns zu einem großen Teil erst seit vergangenem Donnerstag. Wir sind seitdem in einer Situation, wo alles wie ein verhängnisvoller Automatismus wirkt. Wir müssen uns von diesem verhängnisvollen Automatismus mit aller Entschlossenheit freimachen.

Ich stimme allen denen zu, die gesagt haben, daß wir diese Frage des Bundesratspräsidenten unter allen Umständen herauslassen müssen. Denn uns interessiert nicht so sehr der Bundesratspräsident,sondern uns interessiert, wie wir für die Dauer unserer Wahlperiode mit dem neuen Bundespräsidenten durchkommen werden. Deswegen ist der Bundespräsident für die Betrachtung von einer großen Wichtigkeit. Das müssen wir mit

aller Klarheit und Deutlichkeit zunächst einmal herausstellen. Wenn jetzt gesagt wird, ohne kleine Koalition geht es nicht, dann kann ich nur erwidern, das ist unter allen Umständen falsch. Wir dürfen uns nicht an die Wand Gespenster malen lassen, daß wir in 14 Tagen ohne Regierung seien. Wenn die Verhandlungen so lange dauern, dann dauern sie in Gottes Namen so lange. Die Regierungsdauer beträgt vier Jahre. Deswegen brauchen wir in den allerersten Tagen noch keine Geste zu zeigen, als ob wir unter allen Umständen klarstellen möchten, daß nur die Sache automatisch über die Bühne gehen soll. Davon ist gar keine Rede. Deswegen sollte man die Frage des Bundespräsidenten nicht zu einem unbedingten Teil der Koalition machen. Das können nicht die anderen, sondern das können nur wir machen.

Machen wir uns klar: Wir sind in einer einmaligen Situation. In diesem Bundesrat gibt es keine Regierung ohne oder gegen die CDU. Es wäre jämmerlich, wenn wir aus dieser Tatsache nicht das alleräußerste herausholen würden. Das sind wir unseren Wählern und wohl auch der Idee schuldig. Die Regierung heißt CDU und die Opposition SPD. Deswegen müssen wir unsere ganzen Bestrebungen unter alleräußerster Ausnutzung der Stellung, die uns die Wahl gegeben hat, darauf einstellen, daß diese Regierung ganz und gar unser Gesicht trägt.

Was zu der Person von *Heuss* und der politischen Situation gesagt worden ist, kann ich vor allem das unterstreichen, was Herr *Kunze* seinen süddeutschen Freunden gesagt hat. Herr *Heuss* wird für uns eine unerhört schwere Belastung in den Wahlkämpfen sein, die wir in der kommenden Zeit in den Ländern zu führen haben. Nachdem die andere Lösung abgelehnt worden ist, gibt es in jedem Falle zwei weitere Lösungen, über die wir mit allem Ernst nachdenken sollten, entweder einen Mann aus unseren eigenen Reihen zu nehmen oder eine überparteiliche Persönlichkeit zu finden. Uns zwingen zu lassen, den Bundesratspräsidenten unter allen Umständen mit der Person des Bundespräsidenten zu verknüpfen, ist nach meiner Meinung etwas, was man schlechthin ablehnen sollte.

Wir werden morgen wissen, wer Bundesratspräsident geworden ist. Wir werden sehen, wie sich die Partei dabei verhalten hat. Dann haben wir immer noch die Möglichkeit, uns zu besprechen. Mit dieser gebundenen Marschroute der FDP gegenüberzutreten, halte ich für einen verhängnisvollen Fehler. Sie können sicher sein, die Kräfte, die diese Regierung vor allem tragen werden, insbesondere aus der Wirtschaft, werden es niemals dazu kommen lassen, daß sie eine Regierung der kleinen Koalition ist. Deswegen wollen wir diese Situation ausnutzen. Wenn wir uns schon in solche Bindungen begeben, dann zu ganz anderen Kreisen als die, die bisher gezogen wurden.

Ich bin dafür, daß wir abstimmen sollen, ob wir *Heuss* haben wollen oder nicht. Alles andere wird sich danach finden.

Dr. Adenauer: Ich kenne Herrn *Schröder* seit langer Zeit und weiß, daß Herr *Schröder* ein sehr geschickter Taktiker ist. Herr *Schröder* findet sehr gut die Meinung einer Versammlung heraus. Er weiß ganz genau, daß er mit den Worten, wir ließen uns von der FDP nicht binden, an das Mannesgefühl pocht, das jeder von uns in der Brust trägt. Tatsächlich ist es aber genau umgekehrt, wie Herr *Schröder* es darstellt. Die FDP hat doch gar nicht von uns verlangt, daß wir uns binden. Wir sind die Partei, die eine Koalition zusammenbringen soll. Bei der Wahl am 12. muß gewählt werden, ob eine Koalition fertig ist oder nicht. Nun sagt es doch der einfachste Menschenverstand, Herr *Schröder*, daß man jetzt bei diesem Gespräch die Frage mit berührt. Wir müssen uns doch vergewis-

sern, daß der Bundespräsident, der gewählt ist, einen Mann als Bundeskanzler vorschlägt . . .

(*Schröder*: Sicher!)

Also, dann müssen wir vorher Nägel mit Köpfen machen.

(*Schröder*: Das besagt nicht, daß wir uns für *Heuss* entscheiden müssen.)

Erlauben Sie, ich habe das Wort, Herr *Schröder*, und nicht Sie. Ich möchte nochmals in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß wir uns jetzt den dritten Tag mit dieser Frage beschäftigen und dann keine Rede davon sein kann, daß hier irgendwie jemand unter den Druck der Automatik gestellt wird. Im übrigen weiß Herr *Schröder* genau wie Sie und ich, daß in der Politik die ganzen Dinge zusammenhängen, und daß man nicht einfach sagen kann, lassen wir heute mal den Bundesratspräsidenten wählen, dann sehen wir, wie sich die Gruppe gestellt hat. Wenn der Bundesratspräsident gewählt ist, dann ist er gewählt. Wenn wir die Wahl des Bundesratspräsidenten beeinflussen können, dann wären wir politische Kinder, wenn wir es nicht tun würden. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Nun darf ich nochmals wiederholen: Der Bundesratspräsident ist auch deswegen wichtig, weil er sich der Bundesregierung gegenüber quer legen kann. Er kann – das ist eine Selbstverständlichkeit – der Bundesregierung große Schwierigkeiten machen; nicht im Endresultat, sie werden überwunden werden können, aber er kann den dornenvollen Weg der zukünftigen Bundesregierung weiter mit Dornen bestreuen. Deswegen haben wir das größte Interesse daran, daß der Bundesratspräsident ein Mann von uns wird. Daran ist doch gar nicht zu zweifeln. Wenn wir aber die Dinge laufen lassen, dann wissen wir gar nicht, was herauskommt; denn die Mehrheit ist doch zur Hälfte SPD, zur Hälfte CDU, und in der Mitte sitzen die Demokraten im Bundesrat. Das ist doch die Situation.

Das Wort hat Herr *Arndgen*.

Arndgen: Der Koalitionsgedanke, der uns seit der vorigen Woche bewegt, bringt mich in Sorge um die Linie, in die wir die Opposition hineindrängen. Wir haben in der vergangenen Woche entschieden, daß wir eine kleine Koalition wollen. Wenn wir aber bei diesem Koalitionsgespräch auch noch den überragenden Posten des Bundespräsidenten hineinbringen, dann müssen wir erwarten, daß die Menschen in der Opposition in eine zügellose wilde Obstruktion hineingedrängt werden. Es kommt doch im politischen Leben darauf an, eine konstruktive Opposition zu haben. Ich bin der Auffassung, daß wir die Wahl des Bundespräsidenten aus dem Koalitionsgeschäft herausbringen müssen. Bei der Stellung, die dieser Mann im künftigen Bund haben wird, müßte er, wenn er nicht aus unserer Partei genommen werden kann, ein Mann sein, der über den Parteien schwebt. Ich bin nicht der Meinung, daß wir mit diesem Mann auch noch die kleinen Parteien, die uns sehr große Schwierigkeiten machen können, stärken sollten.

Es sind heute schon Leute genannt worden. Ich nenne noch *Schlange-Schöningen* hinzu. Es wäre ein Mann, der innerhalb unserer Partei steht. Er wird nicht das Koalitionsgeschäft benutzen. Das wird auch bei der Opposition Verständnis finden. Ich bin der Auffassung, daß wir einen Mann nehmen, der außerhalb jeder Koalitionsbesprechung steht, weil wir dann eine Klammer schlagen für die Menschen, die gegen uns in Opposition stehen.

Ich glaube weiter, daß die Besprechung hier für uns leichter würde, wenn uns der Herr Vorsitzende einmal ein Bild vermitteln würde über die Anzahl der Ministerien und wie sie

nach den bisherigen Besprechungen besetzt werden sollen. Wenn wir diese Dinge genau sehen, dann glaube ich, daß wir einen Weg finden werden, für den Bundespräsidenten den geeigneten Mann vorzuschlagen.

Dr. Adenauer: Im Vorstand ist diese Frage, die Sie, Herr *Arndgen*, zum Schluß angeschnitten haben, erörtert worden. Man nahm davon Kenntnis, daß es sich um erste Anfänge handelt. Man war einstimmig der Auffassung, daß es in diesem Stadium völlig inopportun sei, diese Dinge hier in einer so großen Versammlung zu besprechen. Dafür sind die Dinge noch zu sehr im Anfangsstadium. Aber ich kann Ihnen das eine sagen, Herr *Arndgen*, daß, abgesehen von der Frage der Konfessionen und einer gewissen Korrektur bei einem Ministerium, der Vorstand im großen und ganzen doch nicht unzufrieden gewesen ist mit dem Bild, das er hat.

Das Wort hat Herr Professor *Erhard*.

Professor Erhard: Ich glaube, man muß die realpolitische Linie sehen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Wahl des Bundespräsidenten nicht zu trennen ist von den ganzen Koalitionsverhandlungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Regierung. Ich habe den Eindruck gehabt, als ob wir Angst vor unserer eigenen Courage hätten, als ob wir uns nicht zutrauen könnten, aus eigener Verantwortung heraus wirklich eine soziale Politik zu treiben. In bezug auf die Richtung der Politik braucht es einen Gegensatz zur SPD nicht zu geben. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen – ich tue es in diesem Kreise noch einmal –, wir werden unter allen Umständen eine soziale Politik treiben; wir werden die deutsche Arbeiterschaft ansprechen und werden mit ihr zusammenarbeiten. Wir werden keine Rücksicht darauf nehmen, ob eine andere Partei für sich das Recht und das Privileg in Anspruch nimmt, nur allein berufen zu sein, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Ich glaube, in dem Ziel sind wir uns einig, daß wir die Opposition nicht zu fürchten brauchen, weil wir eine soziale Politik machen wollen. Es ist ganz klar, wenn Sie den demokratischen Gedanken in Deutschland wirklich erwecken und am Leben erhalten wollen, müssen Sie klare und eindeutige Verantwortung schaffen und nicht Vermanschung und Vermischung, denn das hat die deutsche Demokratie zerstört. Wir sind heute auf dem Wege, wirklich klare demokratische Verhältnisse zu schaffen.

Was die Wahl des Bundespräsidenten anlangt, abgesehen von der konfessionellen Frage, so möchte ich sagen, wenn die CDU sich dazu versteht, Herrn *Heuss* zu nominieren und er Bundespräsident werden sollte, dann ist es eindeutig gegeben, daß sie damit nicht an ihre evangelischen Wähler die Empfehlung aussprechen möchte, nun das nächste Mal FDP zu wählen. Aber das wird eine Sache – und da stimme ich mit Herrn *Kunze* überein – der nächsten Jahre sein. In informatorischer Hinsicht ist die CDU so aufzubauen, daß die Ziele, die *Kunze* verfolgt und die ich als meine eigenen betrachten möchte, erreicht werden.

Zur Person von *Heuss* bin ich vielleicht am meisten zu sprechen berufen. Ich kenne Herrn und Frau *Heuss* seit Beginn der Nazizeit, seit 1933. Ich glaube, es würde wirklich eine Beleidigung sein, wenn man Herrn *Heuss* als einen Mann des 19. Jahrhunderts betrachten würde. Das hat er nicht verdient. Und ich hatte während der letzten Wochen Gelegenheit, mit Herrn *Heuss* zu sprechen, wobei er mir die Zustimmung zu unserer Wirtschaftspolitik erklärt hat. Ich sagte ihm darauf, sind Sie sich dessen bewußt, daß der Begriff der sozialen Marktwirtschaft nicht eine Verbrämung unsererseits bedeutet, sondern daß das Wort so sozial und so ernstgemeint ist, wie es nach seinem Sprachge-

brauch gedeutet werden kann. Es ist unsere ganz bestimmte Absicht, in unserer Wirtschaftspolitik gerade die Interessen der breiten Masse unserer Bevölkerung zu vertreten. Eine soziale Marktwirtschaft ist nur dann zu verantworten, wenn sie der Gesamtheit unseres Volkes dient und nützt. Ich habe ihm weiter gesagt, er solle sich keinem Zweifel hingeben, daß wir alles andere treiben wollen als eine Interessenten- oder gar eine Standespolitik, und Herr *Heuss* hat mir zugestimmt. Aus meiner 16-jährigen Bekanntschaft mit Herrn und Frau *Heuss* kann ich Ihnen das eine versichern: Ich möchte mich persönlich verbürgen, wenn *Heuss* Bundespräsident wird, dann wird er ein absolut objektiver und neutraler Präsident sein. Ich wüßte nach seinem Charakter und dem Bild des Menschen kaum eine Persönlichkeit, von der ich so sehr überzeugt bin, daß sie dann jede Art von Parteipolitik ablegt und getreu der Verpflichtung dieses neue Amt in vollem Umfange, wie wir es wünschen, erfüllt. Ich glaube, man darf das Amt nicht vom Menschen trennen. Nachdem ich den Menschen sehr gut kenne und auch weiß, was mich von ihm trennt, obwohl die Gespräche seit 1933 alles andere als parteipolitischer Art in engerem Sinne waren, kann ich nur sagen, ich persönlich habe trotz der vorgetragenen Bedenken gegen *Heuss* nicht den geringsten Zweifel, daß er in diesem neuen Amt die Persönlichkeit wäre, die wir uns einmal wünschen könnten.

Wenn vom Ausland gesprochen worden ist, so habe ich in den letzten 14 Tagen mehrfach Gelegenheit gehabt, nicht nur mit amerikanischen, sondern auch mit Vertretern der Benelux-Staaten zu sprechen. Dort ist ganz deutlich die positive Linie unserer Politik bejaht worden, nämlich die Herausstellung klarer Verantwortung, der Mut zur Verantwortung. Ich möchte das sagen, was Dr. *Adenauer* sagt: Wir sind dabei, das Vertrauen der Welt zurückzugewinnen mit unserer Politik, weil wir auf dem rechten Wege sind. Es hat wenig Sinn mehr, hier alle Pros und Contras noch einmal zum Ausdruck zu bringen. Das eine scheint mir realistisch und unbestreitbar zu sein, daß man eben die Wahl des Bundespräsidenten nicht trennen kann von der Regierungsbildung als solcher. Darum möchte ich Sie bitten, daß wir hier zu einer klaren Entscheidung kommen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Wir müssen daran denken, daß heute um 16 Uhr unsere fünf Beauftragten sich mit der FDP treffen. Dafür müssen wir ihnen einige Richtlinien mit auf den Weg geben.

Wir können nicht der FDP gegenüber sagen, nachdem die Absage zwischen CDU und SPD definitiv zu sein scheint, der Bundespräsident liegt jenseits unserer Gespräche, das ist etwas, was mit der Regierung im engeren Sinne nichts zu tun hat. Das hieße den Kopf in den Sand stecken – wenn ich auch *Strauß* heiße (Heiterkeit!) –. Wir müssen die Frage des Bundespräsidenten in das Koalitionsgespräch mit der FDP hereinziehen. Wir müssen überlegen, welche Möglichkeiten wir unseren fünf Unterhändlern mit auf den Weg geben. Die eine Möglichkeit wäre die, der FDP zu erklären, daß bei uns starke Bedenken gegen Herrn *Heuss* bestehen, und daß wir gemeinsam versuchen sollten, entweder von der FDP oder eine andere Persönlichkeit namhaft zu machen. Wir dürfen aber über die realen Tatsachen, vor denen wir stehen, nicht hinwegsehen. Was *Schröder* sagte, hat mich gefühlsmäßig stark angesprochen, aber wir haben doch nur die Entscheidung, ob wir den Bundespräsidenten oder den Bundeskanzler stellen. Ich glaube nicht, daß unser Volk – wenigstens der aktive Teil unseres Volkes –, nachdem nun die CDU/CSU 139 und die SPD 131 Mandate bekommen hat, wünscht, beide sollten gemeinsam die Regierung übernehmen. Im Gegenteil, die Vernünftigen unseres Volkes werden Wert darauf legen, daß diese Regierung durch eine Opposition kontrolliert wird. Das ist der histori-

sche Auftrag der SPD. Wenn sie das nicht tut, dann geht sie den Weg der KPD. Wir müssen uns doch der realen Möglichkeit ganz bewußt sein. Ich habe auch bis vor kurzem geglaubt, daß Herr Dr. *Adenauer* sich für das Amt des Bundespräsidenten entscheidet, aber die Politik und die Erfolge liegen doch beim Bundeskanzler und bei seinem Kabinett, das er aufstellt.

Glauben Sie mir, meine Freunde, wenn wir den Winter überstanden haben, dann wird bei den Gemeinde- und Landtagswahlen keiner sagen, ihr habt den und den als Bundespräsidenten aufgestellt, sondern man wird uns fragen, seid ihr fertig geworden mit dem brennenden Problem der Arbeitslosigkeit, der Produktion, der Demontage und der Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkergemeinschaft. Diese Frage wird man uns stellen. Wir können einen Engel oder einen Heiligen als Bundespräsident wählen, wenn wir diese Frage nicht lösen, dann wird sich das Volk bei allen kommenden Wahlen gegen uns entscheiden. Darüber gibt es gar keinen Zweifel.

Wenn man heute nach einer überragenden Persönlichkeit sucht, und es werden gleich fünf namhaft gemacht, dann ist das der beste Beweis dafür, daß wir keine überragende Persönlichkeit haben. Es ist eine Tragik, daß wir nach dem Zusammenbruch definitiv keine Persönlichkeit in Deutschland haben, die von vornherein jenseits der Fronten der Parteien steht, um als Repräsentant des deutschen Volkes zu gelten. Es würde auch bei den evangelischen Teilen der Wähler auf große Bedenken stoßen, wenn man einen evangelischen Kirchenfürsten als Bundespräsident aufstellen würde. Ich selbst als Katholik würde ihn gern wählen, konfessionelle Bedenken spielen keine Rolle; darauf kommt es nicht an. Es ist auch aus unseren eigenen Reihen der Name *Schlange-Schöningen* genannt worden. Jeder, der im Laufe der drei letzten Jahre wie *Schlange-Schöningen* an solch schwieriger Stelle gestanden hat – das gilt für alle –, hat sich zwangsläufig in dieser schwierigen Zeit stark leergelaufen. Darüber gibt es keinen Zweifel, daß große Teile auch diesen Mann ablehnen würden. Wir haben einfach keine Patentlösung dafür. Es ist mir von Herzen zuwider, daß der Bundespräsident in die Koalitionsgespräche einbezogen wird, aber wir stehen doch vor einer Realität und müssen dafür sorgen, daß wir ein homogenes Kabinett aufstellen. Ich habe als blinder Verehrer von Dr. *Adenauer* zu ihm das Vertrauen, daß er gegenüber jedem Bundespräsidenten unsere Interessen durchsetzen und sich nicht die Politik vom Bundespräsidenten vorschreiben lassen, sondern sie mit uns gemeinsam machen wird. Es ist das vielleicht ein Bekenntnis zur Schwäche des Bundespräsidenten. Aber wenn wir keinen geeigneten Mann haben, dann ziehen wir den Bundeskanzler als die zweckmäßigere Lösung vor. Auch in kulturpolitischer Hinsicht lieben wir Herrn *Heuss* nicht, aber das Kabinett gibt den Ausschlag. Der Finanzminister hat z. B. auf die Kulturpolitik mehr Einfluß als der Bundespräsident, ich glaube, daß wir den Bundespräsidenten, ganz gleich, wer er sein wird, vorher über einige Punkte hier hören müssen. Ich würde es ablehnen, jemand im Plenum zu wählen, der nicht vorher in der Fraktion über seine staatspolitische Außenpolitik und kulturpolitische Linie eine klare und verbindliche Erklärung abgibt. Herr *Heuss* wird mit dem Augenblick, wo er als Bundespräsident in Frage kommt, aus dem Bereich der FDP heraustreten müssen, weil er von der Mehrheit des Bundestags als Repräsentant unseres Volkes gewählt wird.

Wir Bayern denken nicht daran, etwa diese Frage des Bundesratspräsidenten[22] in Verbindung zu bringen als eine conditio sine qua non mit dem Bundespräsidenten. Das wä-

22 In der Vorlage „Bundestagspräsidenten".

re ein sehr schlechtes und egoistisches Handeln. Nachdem aber die Person von Herrn *Heuss* mit großer Wahrscheinlichkeit in Frage kommt, müssen wir darauf bestehen, daß im Bundesrat, wo die Entscheidung bei der FDP liegt, die FDP sich mit *Ehard* einmal ausspricht. Die Frage der Mehrheit der CDU/CSU wird in Zukunft weitgehend davon abhängen, ob wir gegenüber der Bayernpartei uns in Bayern als stärkste Partei behaupten werden. Darum legen wir ja so großen Wert darauf, daß Dr. *Ehard* den Posten übernimmt, um diese verhängnisvolle und falsche Ansicht zu beseitigen, daß man Bayern an Preußen oder Deutschland verraten habe. *Ehard* muß anerkannt werden vom übrigen deutschen Volk. Sie glauben nicht, in welcher Weise Sie uns den Rücken stärken in dieser ganzen Frage.

Ich bin der gleichen Meinung wie die evangelischen Freunde, daß wir einen unheilvolleren Weg gehen würden, wenn das Kabinett nach einer Art katholischen Monopols aussehen würde. Entzünden wir unsere Debatte hierbei nicht im Zusammenhang mit der Frage des Bundespräsidenten, sondern sorgen wir im Kabinett dafür, daß unsere evangelischen Freunde hier paritätisch vertreten sind, denn die FDP wird vielleicht versuchen, sich als Vertreterin der evangelischen Christen auszugeben, weil sie behauptet, die CDU/CSU würde zu sehr zu einer katholischen Partei ausarten. Nach vier Jahren wird das Volk darüber entscheiden, welche Politik wir gemacht haben und nicht darüber, welchen Bundespräsidenten wir gewählt haben. Wir haben heute andere Verhältnisse als in der Weimarer Zeit. Mir liegt viel daran, daß dieses Kabinett die vier verfassungsmäßigen Jahre auch tatsächlich durchsteht. Wenn wir mit dem ersten Bundeskabinett etwa das Beispiel der Weimarer Republik nachahmen würden und nach dreiviertel Jahren in eine Regierungskrise kämen, dann könnten wir heimgehen. Wir müssen also eine Wirtschaftspolitik treiben, mit der wir uns sehen lassen können. Überlegen wir uns, was wir auf diesem Gebiete tun können. Die Koalition muß, wenn sie eine schmale Basis hat, so stabil wie nur möglich gebaut sein.

(Zuruf zur Geschäftsordnung: Die Frage *Heuss* ist hinreichend geklärt worden. Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte.)

Dr. Adenauer: Es sind noch mehrere Leute zum Wort gemeldet. Ich würde vorschlagen, daß wir zum mindesten die Redezeit beschränken und die Redner bitten, jeweils in drei bis fünf Minuten fertig zu werden. (Zustimmung!)

Das Wort hat Herr Dr. *Horlacher*.

Dr. Horlacher: Wenn wir hier mit Mehrheit Herrn *Heuss* wählen, ist die Frage noch nicht entschieden. Denn es kommt darauf an, ob die gesamte Fraktion, wobei es auf jede Stimme ankommt, alle Bedenken zurückstellt und *Heuss* geschlossen wählt. Unsere Stimmenverhältnisse sind sehr knapp und sehr schwankend und reichen in der Gesamtabstimmung über den Bundespräsidenten bei den 804 Abgeordneten nicht einmal zur Mehrheit aus. Wir haben von 804 Abgeordneten, wenn keiner abspringt, nur 395 Stimmen auf unserer Seite. Die Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung für uns, ob alle miteinander gewillt sind, einen bestimmten Weg zu gehen. Wenn ich in einem größeren Gremium bin – das war z. B. im Stuttgarter Länderrat der Fall –, dann spreche ich nicht in erster Linie vom bayerischen Gesichtspunkt aus, sondern ich höre mir das an, was die Vertreter der anderen Länder sagen, und bilde mir dann ein Urteil über die Gesamtlage. Deswegen sage ich auch hier, trotzdem wir eine Sondergruppe Bayern haben, das, was ich als Mitglied dieser Gesamtfraktion für notwendig erachte. Das werde ich jeder Zeit tun unbeschadet aller übrigen Gesichtspunkte.

Ich glaube, daß die Dinge – trotzdem das Präsidium sagt, daß nur unverbindliche Gespräche geführt worden sind – so weit abgerollt sind, daß wir letzten Endes gar nicht mehr viel dazu tun können, um das Ganze nicht wieder in Gefahr zu bringen. Ich habe mich jetzt sehr vorsichtig ausgedrückt. Ich habe jedes Wort abgewogen. Auch die Worte von *Strauß* überzeugen mich in dieser Beziehung nicht. Wir müssen unter allen Umständen eine Mehrheit schaffen. Wir sind in einer Zwangslage. Wir können ohne die Spieler des Gesamtspiels nicht mehr auskommen. Wir sind in der Fraktion zu den einfachsten Bauern heruntergedrückt, aber die Bauern haben oft Schlüsselstellungen. Wenn die Bauern nicht mitspielen, dann geht das Gesamtspiel nicht.

Was die evangelischen Freunde gesagt haben, hat mich außerordentlich nachdenklich gestimmt. Wenn wir zu einem einheitlichen Beschluß für *Heuss* kommen wollen, dann müssen wir die Gewißheit haben, daß die evangelischen Freunde ihre Bedenken in Gottes Namen zurückstellen. Wir müssen eine gemeinsame Front verteidigen, was im Interesse der Gesamtheit absolut notwendig ist.

Ich möchte auf den Unterschied zwischen Bundesratspräsidenten und Bundespräsidenten hinweisen. Der Bundesratspräsident wird nur auf ein Jahr gewählt. Der Bundesratspräsident kann heißen wie er will, wenn die entsprechenden Vollmachten von den Regierungen für föderalistische Beschlüsse nicht gegeben werden, dann kann auch der Vorsitzende nichts daran ändern. Er kann genauso als bayerischer Ministerpräsident auf die Dinge Einfluß nehmen wie als Vorsitzender dieses Gremiums. Deswegen wollen wir die Bedeutung des Vorsitzenden nicht unterschätzen. Aber der Bundespräsident hat ganz andere persönliche Vollmachten als der Bundesratspräsident. Er hat die persönliche Vollmacht beim Vorschlag des Bundeskanzlers. Es kommt also darauf an, wem der Bundespräsident den Auftrag zur neuen Regierungsbildung gibt. Diese verfassungsmäßigen Rechte, die an die einzelne Person des Bundespräsidenten geknüpft sind und von denen er Kraft des Grundgesetzes Gebrauch machen kann, die kann ihm niemand abnehmen. Herr Dr. *Adenauer*, ich wünsche Ihnen viel Glück, Sie müssen die gesamte Fraktion auf einen Vorschlag bringen. Von 804 Stimmen haben wir nur 395.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Gerstenmaier*.

Dr. Gerstenmaier: Ich habe heute vormittag in der Vorstandssitzung für *Heuss* gestimmt. Erlauben Sie mir, Ihnen kurz zu sagen, warum. Was wir auch immer hier gesagt haben und worüber wir auch geteilter Meinung sein können, über das eine können wir auf keinen Fall geteilter Meinung sein, daß wir Herrn Dr. *Adenauer* als Bundeskanzler einstimmig bestimmt haben. Das liegt außerhalb der Diskussion. Daraus folgt, daß man dem Bundeskanzler die Chance geben muß, das Schiff nach dem Kurs zu steuern, den er nun einmal in Gottes Namen für richtig hält. Ich persönlich muß gestehen, daß – unbeschadet meiner Zustimmung zu Herrn *Heuss* von heute vormittag, zu der ich stehe – mir diese Zusammensetzung so außerordentlich gefahrvoll zu sein scheint, daß ich immer noch der Meinung bin, daß wir ernsthaft damit rechnen müssen, daß beim ersten Sturm unser Schiffchen auf die Klippen geht. Ich sehe keine weißen Mäuse. Das sage ich für die, die heute morgen gegen *Heuss* gestimmt haben. Mein Vorbehalt gegen *Heuss* liegt nicht in seiner Person, sondern gegen den Vorsitzenden dieser Partei, die uns in den nächsten Jahren die größten Schwierigkeiten machen wird, und zwar gerade um die Menschen, für die wir geradezustehen haben. Ich sehe das alles nach wie vor. Ich bin der Meinung, daß diese Gefahr überhaupt nicht zu beheben ist.

Ich gebe zu erwägen, möchten wir uns nicht entschließen, die Sache in Gottes Namen

dem Manne zu überlassen, den wir als Bundeskanzler herausstellen? Ich sehe keine andere Möglichkeit außer der: Wir gehen von dieser Entscheidung ab. Dann ist die ganze Frage noch offen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Bucerius*.

Dr. Bucerius: Wenn wir uns vorher nicht einigen und mit der FDP verhandeln, den Bundespräsidenten zu nominieren und Konzessionen auf der anderen Seite verlangen, dann laufen wir Gefahr, daß uns diese Karte aus der Hand genommen wird. Die Sozialdemokraten haben schon damals Herrn *Heuss* angeregt. Wenn wir jetzt die Dinge mit *Heuss* scheitern lassen, so werden sie diese Karte wieder aufnehmen, und dann wird der Bundespräsident gegen uns gewählt. Das ist eine Situation, die wir uns nicht leisten können.

Tun Sie es uns in Hamburg nicht an, daß wir die Koalition gefährden. Hamburg hat eine Chance, demnächst eine nicht sozialistische Mehrheit zu bekommen.[23] Das bedeutet, daß wir im Bundesrat[24] drei neue Mitglieder haben werden, womit das Verhältnis endgültig zu unseren Gunsten in Erscheinung tritt. Ist die kleine Koalition gescheitert, dann scheitert auch diese Chance für uns in Hamburg. Die FDP hat seit drei Wochen Herrn *Heuss* in den Vordergrund gestellt. Wenn wir Herrn *Heuss* als Bundespräsidenten ablehnen, können die Leute gar nichts anderes tun als von den Koalitionsverhandlungen zurückzutreten.[25] Das müssen wir verhindern; denn sonst haben wir nicht nur eine Opposition von links, sondern auch eine Opposition von rechts, die uns mehr Schaden zufügen würde als *Heuss* als Bundespräsident.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Tillmanns*.

Dr. Tillmanns: Wenn ich den Bericht des Vorsitzenden über den Beschluß des Vorstandes richtig verstanden und alles das, was heute vormittag über die Kandidatur *Heuss* gesagt worden ist, gut aufgenommen habe, dann ist wohl der tragende Kern dieser Ausführungen der, daß man trotz der verschiedensten politischen und persönlichen Bedenken aus Gründen der Regierungsbildung der Meinung ist, diese Bedenken zurückzustellen. Wir haben im Laufe der Diskussion von *Hilpert*, *Gereke*, *Lübke* und anderen Ausführungen gehört, die mich beeindruckt haben, daß es wahrscheinlich möglich sein könne, die Verhandlungen zur Regierungsbildung zu führen, ohne die Frage des Bundespräsidenten unmittelbar in direkten Zusammenhang zu nehmen. Ich bin der Meinung, wir sollten der Kommission, die die Verhandlungen führen soll, die Bitte mit auf den Weg geben, mit allem Ernst und Nachdruck die Verhandlungen dahin zu führen, daß unter Darlegung der hier genannten wichtigen Gründe unser Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, die Frage des Bundespräsidenten nicht unmittelbar mit der Koalition zu verbinden. Wenn diese Verhandlungen zum Erfolg führen, stehen wir vor der Möglichkeit, uns neu zu entscheiden. Es ist die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß staatspolitische Gründe, die über Wohl und Wehe unserer Demokratie entscheiden, dafür sprechen, daß wir noch einmal einen letzten ernsthaften Versuch ma-

23 Diese Hoffnung trog. Die SPD blieb in den Wahlen am 16. 10. 1949 mit Abstand stärkste Partei, und sie bildete zusammen mit der FDP unter Max *Brauer* wiederum den Senat. Storbeck, S. 188f.

24 In der Vorlage irrtümlich „Bundestag".

25 Vgl. Nr. 66.

chen sollten, die Frage des Bundespräsidenten in einer Ebene zu behandeln, die uns die Möglichkeit gibt, diese Angelegenheit zu abstrahieren.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Kleindinst.*

Dr. Kleindinst: Ich habe meine Vorbehalte zu *Heuss* gegeben.[26] Wenn es sich aber darum handelt, daß sich die Demokraten von der Besetzung der Schlüsselministerien zurückgezogen haben, dann ist mir das wertvoller, als daß *Heuss* Bundespräsident wird. Er ist nun einmal Führer der FDP. Die übrigen Herren aus der FDP, die wir im Parlamentarischen Rat kennengelernt haben, wären in den Schlüsselministerien wie an der Spitze des Bundes gefährlicher als *Heuss*. Deshalb bin ich für *Heuss*.

Wir dürfen nicht wie in der Weimarer Zeit der Öffentlichkeit das Schauspiel geben, daß man bei der Bildung der obersten Regierungsorgane überhaupt zu keinem Entschluß kommt, auch nicht innerhalb der größten Partei. Das würde ich für die größte Gefahr halten. Deswegen dürfen wir unsere Entschlüsse nicht weiter verzögern.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Kather.*

Dr. Kather: Ich möchte nur eine Richtigstellung vornehmen. Herr Dr. *Adenauer* hat vorhin über die heutige Vorstandssitzung berichtet und dabei erwähnt, daß uns die Ministerliste vorgelegt worden ist, die er in Aussicht genommen hat. Am Schluß hat er gesagt, daß, abgesehen von der konfessionellen Zusammensetzung, der Vorstand nicht gerade unzufrieden war. Dazu möchte ich folgendes sagen: In einer Beziehung ist das nicht richtig, um keinen Irrtum aufkommen zu lassen. Es sind sehr erhebliche Vorbehalte gemacht worden und noch zu machen. Wir haben uns nicht zu Wort gemeldet, weil ausdrücklich gesagt wurde, darüber wird heute nicht diskutiert. Ich möchte diesen Irrtum nicht aufkommen lassen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. *Holzapfel.*

Dr. Holzapfel: Meine grundsätzliche Stellungnahme ist bekannt. Ich möchte noch ein paar Worte sagen. Wir haben uns darüber unterhalten und gesagt, die Frage steht in engster Verbindung zu der Frage des Bundesratspräsidenten. Wir haben aus den Ausführungen von Dr. *Gereke* gehört, daß doch eine andere Regelung getroffen wird, so daß eine Art turnusmäßiger Wechsel dieses Amtes des Bundesratspräsidenten durchgeführt wird.[27] Es käme daher nicht darauf an, dieses Amt nun mit der FDP auszuhandeln, sondern darauf, eine Verständigung zwischen den CDU-Ministerpräsidenten *Ehard* und *Arnold* darüber zu erzielen, daß Bayern, obwohl es der Einwohnerzahl nach an zweiter Stelle steht, diesmal an erster Stelle und Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle kommt. Dafür brauchen wir also nicht eine besondere Kompensation mit der FDP zu machen. Wir haben also die Möglichkeit, über das Amt des Bundespräsidenten auch noch einmal mit der FDP sprechen zu können.

Ich bin grundsätzlich der Auffassung, daß das Amt des Bundespräsidenten nicht in ein Koalitionsgespräch hineingehört. Man sollte ruhig der SPD sagen, wir stehen vor der Wahl des Bundespräsidenten und sind der Auffassung, daß wir als die stärkste Partei dieses Amt zu besetzen haben. Wir hoffen, daß ihr Euch auf den Standpunkt stellt, daß der Bundespräsident einstimmig gewählt werden soll. Wie ist es überhaupt dazu gekommen, daß dieses Amt in die Koalitionsverhandlungen hineingetragen wurde? Vor den

26 Vgl. Nr. 50, S. 198.

27 Dazu Anm. 11.

Wahlen waren in Frankfurt die Gespräche auf der Basis geführt worden, *Heuss* Bundespräsident und Carlo *Schmid* Bundeskanzler, weil angenommen wurde, daß die SPD die stärkste Partei würde. Das ist die Diskussion gewesen, die in Frankfurt geführt wurde. Ich habe selber telefonisch über Dr. *Six*, Ihnen, Herr Dr. *Adenauer* bzw. Herrn *Blankenhorn*, davon berichtet, wie die Gespräche waren. Damals war die FDP bereit, das Amt des Bundeskanzlers der SPD zu geben, wenn die SPD die stärkste Partei wäre.

Eine andere Konstruktion: Als wir der Auffassung waren, Herr Dr. *Adenauer* würde das Amt des Staatspräsidenten übernehmen, hat es keinen Zweifel darüber gegeben, daß wir neben dem Amt des Staatspräsidenten auch das Amt des Bundeskanzlers für uns verlangen sollten. Ich weiß nicht, warum wir heute einen anderen Standpunkt einnehmen. Das Amt des Staatspräsidenten hat mit einer Regierung, mit einer Koalition nichts zu tun. Wir sind die stärkste Partei und daher diejenigen, die meiner Auffassung nach, wenn wir wirklich eine gesunde Demokratie haben wollen, den Staatspräsidenten vorzuschlagen haben, ihn allerdings mit den übrigen politischen Parteien besprechen und ihnen nicht etwas diktieren sollen. Regierungsbildung und Koalition ist eine Angelegenheit, die nur gemeinsam mit der FDP gemacht werden kann, wo man aber – jetzt darf ich ein Wort zur Ministerliste sagen, von der ich heute morgen zum ersten Male gehört habe – reichlich, ja überreichlich der FDP und der DP entgegengekommen ist bei der Besetzung von Ministerposten. (Zurufe: Hört! Hört!)

Wenn wir wirklich unseren Unionsgedanken durchsetzen wollen, dann würde ich sagen, ist es an der Zeit, daß wir jetzt diese Diskussion beenden und daß wir unseren Unterhändlern mit den beiden politischen Parteien zunächst einmal auf den Weg geben, daß sie versuchen sollen, das Amt des Bundespräsidenten außerhalb jeder Koalition zu betrachten, um dann zu sehen, daß wir dafür jemand bekommen, den wir nominieren, der entweder von uns kommt oder uns zum mindesten nahesteht. Gelingt das nicht, dann haben wir morgen früh oder am Donnerstag Gelegenheit, uns darüber zu unterhalten, nachdem der Zeitdruck bezüglich des Bundesratspräsidenten von uns genommen ist.

Dr. Adenauer: Lassen Sie mich zunächst etwas sagen zu den Ausführungen von Kollegen *Holzapfel*, er habe aus der ihm mitgeteilten Liste feststellen müssen, daß man den anderen viel zu viel entgegengekommen sei. Ich habe in Gegenwart des Herrn Kollegen *Holzapfel* ausdrücklich erklärt, daß nicht die geringste Verbindlichkeit von mir eingegangen sei. Herr *Holzapfel*, deswegen war eben Ihre Darstellung unzutreffend. Nun will ich Ihnen aber sagen, meine Freunde, worauf die FDP und die Deutsche Partei keinen Anspruch machen: auf das Ministerium des Innern, auf das Finanzministerium, auf das Arbeitsministerium, auf das Landwirtschaftsministerium, auf das Wirtschaftsministerium, auf das Ost- und Flüchtlingsministerium. Meine lieben Freunde, was wollen wir denn noch mehr. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir Ihnen heute gesagt hätten, wir haben zwar das Finanzministerium den Demokraten geben müssen, wir haben das Innenministerium der Deutschen Partei oder den Demokraten geben müssen, aber dafür haben wir den Bundespräsidenten, – dann würden Sie uns auslachen, und zwar mit Recht; ich bitte Sie aber doch, nun wirklich mit beiden Füßen auf der Erde zu bleiben und nicht oben in den Wolken herumzuschweben. Sie können die Frage des Bundespräsidenten von den Koalitionsbesprechungen gar nicht trennen, das ist schlechterdings unmöglich. Wo steht denn das geschrieben, daß die stärkste Fraktion das Recht hat, den Bundespräsidenten zu stellen? Das steht nirgendwo geschrieben. Aber derjenige wird Bundespräsident und derjenige wird Bundeskanzler, der eine Mehrheit der Stimmen be-

kommt. Vergessen Sie das nicht! Lassen Sie daher alle mehr oder weniger theoretischen Redensarten außer acht. Man kann die politische Frage nur dann meistern, wenn man sie ohne jede Illusion klar, nüchtern und einfach sieht und sich hinsetzt und die Stimmenzahl addiert. Will mir hier einer im Saal behaupten, daß die Demokraten das mitmachen würden, wenn wir ihnen sagen, wir bekommen den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Innenminister, den Wirtschaftsminister und alle die anderen Minister? Das ist doch ausgeschlossen. Darüber müssen Sie sich doch klar sein. Wollen Sie für den Bundespräsidenten einen teuren Preis zahlen in der Form von Ministern? Das ist doch die ganz einfache Frage. Weiter ist gar nichts zu sagen, als ganz nüchtern und ruhig zu fragen, worauf wir mehr Wert legen, auf die Leute in den verantwortlichen Ministerien oder auf den Bundespräsidenten. Darin hat Herr *Strauß* vollkommen recht: Wenn wir nach sechs Monaten in der britischen Zone die Landtagswahlen haben, dann wird die Frage des Bundespräsidenten gar keine Rolle mehr spielen, aber es wird eine Rolle spielen, wie wir durch den Winter gekommen sind. Es werden die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Preisgestaltung, des Wohnungsbaus und der Demontage eine Rolle spielen. Wenn wir auf den Gebieten nichts aufzuzeigen haben, dann nützt uns der Bundespräsident gar nichts. Kein Mensch wird davon sprechen.

Nun sollten wir auch einmal aufhören zu sprechen. Alles hat ein Ende, auch die Diskussion um einen Bundespräsidenten. Jetzt ist der dritte Tag der Diskussion. Wir müssen nun in Koalitionsverhandlungen mit den anderen Parteien kommen. Deshalb müssen wir wissen, welche Direktiven die Unterhändler bekommen. Ich glaube, Herr *Kleindinst* hat mit Recht gesagt, wenn eine solche große Fraktion wie wir in den Geruch kommt, daß sie überhaupt nicht weiß, was sie will, dann hat sie schon einen großen Teil ihres Einflusses verspielt. Deshalb müssen wir zum Schluß kommen. Ich schlage Ihnen vor, daß Sie dem Beschluß, den der Vorstand mit großer Mehrheit gefaßt hat, beipflichten. Es ist klar, daß wir nicht zur FDP gehen und sagen, Ihr habt den Bundespräsidenten. Daß wir aber bei den Verhandlungen mit den anderen Koalitionsparteien zurückhalten und sagen, alles das unter der Voraussetzung, daß auch unsere Wünsche erfüllt werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich brauche das nicht besonders zu betonen.

(Zuruf: Abstimmung!)

Es ist Abstimmung verlangt worden.

(*Brentano*: Ich möchte bitten, über den Antrag *Holzapfel* abzustimmen.)

Das würde also ein Antrag über eine Vertagung bedeuten, über den wir zuerst abstimmen müssen.

(Zuruf: Ich möchte vorschlagen, Abstimmung durch Stimmzettel: Die Frage müßte lauten: *Heuss*? Ja oder nein.)

Das geht zu weit, daß die Demokraten wissen, wir haben uns festgelegt. So können wir nicht verfahren. Wir können nur folgendes machen: Sie geben dem Vorstand das Recht, wenn er es nach Lage der Verhandlung für nötig hält, zuzustimmen, daß *Heuss* Bundespräsident wird. Dann haben wir im Vorstand noch eine gewisse Freiheit und können auch gegenüber der FDP ganz anders operieren. Würden Sie damit einverstanden sein?

(Zuruf: Nein!)

Ich beantrage, daß Sie dem Vorstand die Vollmacht geben, nach Lage der Verhandlung dem Vorschlag *Heuss* zuzustimmen.

(Zuruf: Nein!)

(*Gereke*: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß dieses Gremium nicht allein abstimmen kann, sondern daß die Gesamtfraktion[28] abstimmen muß!)

Mit dieser Weisheit hätten Sie zu Anfang kommen können; dann hätten wir gar nicht zu diskutieren brauchen. Wir müssen den Wahlmännern doch unsere Meinung sagen.

Es ist der Antrag gestellt worden, die Entscheidung zu vertagen.

(Zuruf: Nein!)

Dr. Holzapfel: Ich hatte beantragt, jetzt nicht endgültig zu entscheiden, sondern den Vorstand bzw. die sechs Herren zu beauftragen, heute nachmittag mit der FDP und der DP zu verhandeln, um zu versuchen, ob das Amt des Staatspräsidenten nicht außerhalb des Rahmens der Koalition behandelt werden kann.

Dr. Adenauer: Das ist nun wirklich ein Komplex von Anträgen. Darin ist indirekt eingewilligt, überhaupt die Frage, die Besetzung des Amtes des Staatspräsidenten aus den Koalitionsverhandlungen auszuschalten. Das bedeutet aber auch, daß wir heute nicht darüber abstimmen. Ich bin bereit, darüber abstimmen zu lassen.

(Zurufe: Nein! Unruhe im Saal.)

Herr *Holzapfel* hat beantragt, die Frage der Besetzung des Bundespräsidenten aus den Koalitionsverhandlungen auszuschalten.

(Dr. *Holzapfel*: mit FDP und DP darüber zu verhandeln. Ich wiederhole nochmals: mit der FDP und der DP darüber zu verhandeln und ihnen zu sagen, die Frage des Staatspräsidenten hat mit der Regierungsbildung nichts zu tun. Wir wollen einen Staatspräsidenten, der nicht in die Koalition hineingehört, sondern der über den Parteien zu stehen hat als Repräsentant des ganzen Volkes!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr *Strauß*.

Strauß: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder die kleine Koalition einigt sich auf einen Präsidenten, auf *Heuss*, oder die Vorsitzenden aller Fraktionen treten zu einer Fühlungnahme zusammen, um über den über den Parteien stehenden Präsidenten zu diskutieren und allen Fraktionen vorzuschlagen. Das sind die zwei Möglichkeiten, die es gibt.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Gengler*.

Gengler: Bei dem Vorschlag *Holzapfel* sehe ich die Gefahr, daß wir nachher vielleicht Herrn *Heuss* ohne Anrechnung bekommen werden.

Dr. Adenauer: Ich bitte diejenigen, die für den Vorschlag *Holzapfel* sind, eine Hand zu heben. (Ergebnis: 28 Stimmen.) Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, eine Hand zu heben.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über meinen Vorschlag, daß Sie dem Vorstand die Vollmacht geben, nach Lage der Koalitionsverhandlungen dem Vorschlag *Heuss* zuzustimmen. Sind wir klar? Dann bitte ich diejenigen, die für diesen Antrag sind, eine Hand zu heben.

Das ist die große Mehrheit. Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, eine Hand zu heben. (Ergebnis: 29 Stimmen.) Ich nehme an, daß keiner von Ihnen zweimal gestimmt hat. Ich hatte hier und da den Eindruck.

---

28 Gemeint ist die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung.

Der Ältestenausschuß tritt um 17 Uhr zusammen. Wir werden um 19 Uhr hier in der Fraktion heute abend Bericht erstatten können. Damit sind Sie einverstanden? (Zustimmung) Dann schließe ich jetzt die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 14.40 Uhr.

Wiederbeginn: 19.00 Uhr.

Dr. Adenauer: Ich darf Ihnen zunächst berichten über die Besprechung mit der FDP und der Deutschen Partei. Ich bitte die Kollegen, die mit mir anwesend waren, mich eventuell zu korrigieren oder zu ergänzen, weil ich teilweise herausgerufen wurde zu einer Besprechung mit Ministerpräsident *Arnold*. Die Besprechung bezog sich zunächst auf den Ablauf der morgigen Sitzung. Es herrschte im allgemeinen Übereinstimmung über das ganze Vorgehen dort. Dann stellten die Herren die Frage, wie es denn mit unseren Koalitionsabsichten sei. Herr *Blücher* sagte, es hätten so viele Nachrichten widersprechendster Art in der Zeitung gestanden und es sei manches im Hause herumgetragen worden, daß sie den Wunsch hätten, von uns zu hören, wie es damit stünde. Ich glaube, die Herren, die mit dort waren, werden mir bestätigen, daß es sehr gut war, daß wir heute den Beschluß gefaßt haben. Ich konnte also sagen, die Fraktion hat sich sehr eingehend mit der ganzen Lage beschäftigt und das Für und Wider besprochen. Sie hat dem Vorstand Vollmacht gegeben, bei den Koalitionsverhandlungen entsprechend dem Gang dieser Verhandlungen ihren Wünschen zu willfahren.

(*Kaiser*: Ich war noch nicht da.)

Sie haben gesagt, ich hätte mich sehr zurückhaltend ausgedrückt.

(*Kaiser*: Habe ich gesagt, ja.)

Ich habe mich zurückhaltend ausgedrückt, aber die Herren waren sehr zufrieden und haben unserer Anregung entsprechend auch sofort Herrn *Maier*, den Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, wegen der Frage des Bundesratspräsidenten verständigt, und die DP will den Landesvorsitzenden von Hamburg herüberkommen lassen. Dann seien hier in Bonn die drei Landesvorsitzenden von Hamburg anwesend, und man wolle dann versuchen, zu einem Abkommen wegen der Bürgerschaftswahl zu kommen.[29]

(Dr. *Bucerius*: Ausgezeichnet!)

Es wird nötig sein, daß Sie sich dranhalten. Insbesondere die Herren der DP haben das zugesagt. Die DP hat auch anerkannt, daß es wünschenswert sei, das gleiche Abkommen für Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl im Frühjahr[30] zu treffen. Ich glaube, aus gelegentlichen Äußerungen des Herrn Kollegen *Schröter* entnehmen zu können, daß er im Prinzip damit einverstanden sei. Ich habe das den Herren gesagt, habe aber gleichzeitig gebeten, daß man nicht zuviel auf einmal in Angriff nehmen soll, um die Verhandlungen nicht zu komplizieren, sondern man möchte zunächst Hamburg, weil das am dringendsten sei, in Ordnung bringen. Wir werden wohl am Donnerstag früh im Vorstand zusammentreten müssen, um die Koalitionsverhandlungen mit den Demokraten und der Deutschen Partei vorwärtszutreiben. Es wird nötig sein, daß wir vor der Wahl am nächsten Montag[31] die Koalition in Ordnung haben.

---

29 Vgl. Nr. 59, Anm. 33.

30 In den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 9. 7. 1950 marschierten CDU, FDP und DP getrennt. Zusammen mit dem BHE bildeten die drei Parteien im September eine Landesregierung unter Walter *Bartram* (CDU). Storbeck, S. 341.

31 Wahl des Bundespräsidenten am 12. 9. 1949.

In der heutigen Ältestenausschußsitzung haben wir die Vertreter der verschiedenen Fraktionen und Gruppen zum ersten Mal kennengelernt. Ich will nicht so töricht sein wie die meisten Leute aus dem Publikum und den Herrn *Loritz* an erster Stelle erwähnen, aber ich leugne nicht, daß wir uns alle dieses Phänomen doch sehr vorsichtig und eingehend betrachtet haben. Die Sozialdemokraten waren erst nach dreiviertel Stunden anwesend; Dr. *Schumacher* war nicht da. Es waren *Schmid*, *Zinn* und *Schoettle* anwesend. Die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn *Löbe* begannen damit, daß Herr *Seelos* von der Bayernpartei die Berechtigung des Herrn *Löbe* bezweifelte, den Bundestag als Alterspräsident zu eröffnen. Er behauptete, daß das verfahrenswidrig sei. Nach einigem Hin und Her stimmten auch *Loritz* und die anderen kleinen Gruppen zu, daß man im Hinblick auf Berlin Herrn *Löbe* die ganze Sache eröffnen ließe. Herr *Seelos* gab sich nachher damit zufrieden, daß Herr *Löbe* nicht erklären soll: Ich bin der Älteste, seid Ihr einverstanden damit, daß ich eröffne? – sondern daß er sage: Ich bin der Älteste, ich eröffne die Sitzung. Nur wenn Herr *Löbe* frage, seid Ihr einverstanden, dann müsse *Seelos* – so sagte er – widersprechen. Wenn aber eine solche Frage nicht gestellt würde, wolle er sich damit begnügen, daß in das Protokoll über die Sitzung des Ältestenausschusses aufgenommen werde, daß er widersprochen habe. Das ist dann auch geschehen, und die Angelegenheit wird nun so vonstatten gehen, daß Herr *Löbe* eröffnet. Er hat auch auf Vorstellung des Vorsitzenden der kommunistischen Fraktion, des Herrn *Renner*, erklärt, daß er nicht etwas sagen werde, was irgendeine Fraktion oder Partei verletzen würde. Nachdem Herr *Löbe* eröffnet und dann gesprochen hat, wird zur Wahl des Präsidenten geschritten. Nun stellte sich heraus, daß selbst der Reichstagspräsident *Löbe*, der ja eine große Erfahrung hat, doch die Geschäftsordnung des Reichstages nicht vollständig im Kopfe hatte, sondern nur eine gewohnheitsmäßige Entwicklung dort; denn er meinte, nach der Geschäftsordnung werde der erste Präsident immer durch geheime Abstimmung gewählt; die Vertreter würden nicht in geheimer Abstimmung gewählt. In der Geschäftsordnung des Reichstages steht aber, daß der Präsident und die Vertreter in geheimer Wahl gewählt werden. Man kam daraufhin überein, daß der Präsident in geheimer Wahl und die stellvertretenden Präsidenten, wenn kein Widerspruch erfolge, nicht in geheimer Wahl gewählt werden sollen.[32]

Zur Zahl der stellvertretenden Präsidenten möchte ich folgendes sagen: Bei der Vorbesprechung heute morgen, die wir mit der FDP und der DP hatten, hat die DP den Wunsch ausgedrückt, auch einen stellvertretenden Präsidenten zu stellen. Da sie 17 Leute hat, die Bayernpartei aber ebenfalls 17 Leute, konnte man natürlich der Bayernpartei nicht verwehren, ebenfalls einen stellvertretenden Präsidenten zu stellen. Herr *Schäffer* hat sich auch damit einverstanden erklärt, so daß wir bis jetzt – ich sage bis jetzt, Sie werden sehen, warum – folgende Vizepräsidenten haben: SPD: Carlo *Schmid*, FDP: *Schäfer*, Deutsche Partei: *Ewers* und Bayernpartei: Dr. *Etzel*.[33] Herr *Löbe* war sehr erstaunt, als Dr. *Seelos* den Dr. *Etzel* vorschlug, er fragte: von der CDU? Es gibt aber zwei Herren *Etzel*, den Dr. *Etzel* von der Bayernpartei und den Herrn *Etzel* von der CDU.

---

32 Entsprechend ist die konstituierende Sitzung des Bundestages am 7. 9. 1949 abgelaufen. BT Sten. Ber., S. 1 A. Die von *Adenauer* richtig wiedergegebene Bestimmung der Geschäftsordnung des Reichstages zur Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten in § 16. Die im übernächsten Absatz erwähnte Vorschrift über die Fraktionsstärke in § 7 dieser Geschäftsordnung. Reichstags-Handbuch, 2. Wahlperiode 1924, Berlin 1924, S. 221ff.

33 Zum Fortgang Nr. 78, S. 426, 429f.

Dann wurde die Frage erörtert, bei wieviel Mitgliedern die Fraktionsstärke erreicht sei. Nach der Geschäftsordnung des Reichstages ist die Fraktionsstärke bei 15 erreicht. Von einer der kleinen Gruppen wurde beantragt: bei fünf. Vom Zentrum und von Herrn *Loritz* wurde beantragt: bei 10. Dann wurde abgestimmt. Es bleibt bei 15. Dann hatte Herr *Renner*, der Vorsitzende der KPD-Fraktion, einen besonderen Wunsch. Er sagte – und kam auch nachher zu *Kaiser* und mir –, was das für ein Unrecht sei, wenn die Bayernpartei und die Deutsche Partei bei 17 Leuten als Fraktion einen Vizepräsidenten bekämen, sie aber bei 15 Leuten keinen bekämen. *Kaiser* und ich haben ihm zugesagt, die Sache morgen noch einmal zur Sprache zu bringen; denn, meine Damen und Herren, ob wir fünf oder sechs Vizepräsidenten haben, das spielt gar keine Rolle. (Widerspruch) Ich rege mich darüber nicht auf.

(Zuruf: Die KPD ist keine demokratische Partei!)

Wenn Sie die KPD von vornherein außerhalb des Rahmens der Geschäftsordnung oder der Leitung der Geschäfte stellen wollen, weil sie keine demokratische Partei ist, dann müssen Sie auch andere Konsequenzen ziehen; aber das muß sich noch finden.

Die Sache wird sich nun so abspielen: Der Präsident wird gewählt mit Stimmzetteln. Dann ist die Frage, ob die anderen per Akklamation gewählt werden oder nicht. Das wird sich auch noch finden. Dann wird der Herr *Renner* kommen. Darüber müssen wir uns gleich unterhalten, ob Sie nachgeben wollen oder nicht. Wenn Sie nicht nachgeben wollen, bekommen wir morgen den ersten Krach, das macht aber auch nichts, und danach wird Herr *Köhler*, der noch nicht unter uns weilt, eine Schlußansprache halten. Und dann spielt das Bonner Orchester.

Sehr lange zur Sprache stand die Frage der Sitzverteilung.[34] Hierbei wurden alle möglichen Wünsche laut. Wir hatten uns vorher mit den Demokraten und der Deutschen Partei dahin verständigt, daß wir neben der Sozialdemokratie Platz nehmen wollten, und zwar deswegen, weil wir am gefeitesten sind gegen Ansteckung von der Seite der Sozialdemokraten – ich habe großes Vertrauen in Sie, Herr *Albers*, Sie brauchen mich nicht so anzugucken.

(*Albers*: Ich bin auch nicht ansteckungsfähig der Rechten gegenüber!)

Da kommen Sie auch nicht hin. Also, wir neben den Sozialdemokraten, dann die Demokraten, dann die Deutsche Partei, dann die Bayernpartei, dann kommen die ganzen Gruppen, die ich mit dem Sammelnamen „das Übrige" bezeichnen möchte. Es ist sehr schwierig, wie sie zu plazieren sind. Darüber konnten wir uns nicht einigen. Der Ältestenausschuß wird morgen um ein Uhr zusammentreten, um über die Sitzordnung zu beraten. Aber diese Sitzordnung soll nur für morgen gelten. Es wird am Donnerstag nötig sein, eine Plenarsitzung abzuhalten.[35] Herr *Köhler* hat vor, sie für nachmittags anzusetzen, weil ein Geschäftsordnungsausschuß gewählt werden und man überhaupt über die Frage der Ausschüsse sich klar werden muß. Damit war diese Sache zu Ende.

Nachher kam Herr Carlo *Schmid* zu mir und fragte ganz vertraulich, er hätte so etwas gehört, daß zum Schluß ein Lied gesungen werden solle. Das machte ihm offenbar großen Kummer, wenn eine solche Absicht bestehen würde. Ich habe ihm gesagt, mir sei davon nichts bekannt. Es ist im Programm auch nicht vorgesehen. (Herr *Köhler* erscheint.)

---

34 Zur Diskussion innerhalb der FDP hierüber die Nrn. 2, 4, 7 und 58.

35 Am Donnerstag, den 8. 9. 1949, fand keine Plenarsitzung statt.

Herr *Köhler*, wir sind gerade an einem für Sie interessanten Moment, nämlich an der Frage, ob nachher gesungen wird. (*Köhler* verneint.)

Ich muß als Vorsitzender der stärksten Bundestagsfraktion sagen: Durch die Anordnungen der Ministerpräsidenten ist der Bundestag am morgigen Tag absolut in die zweite Linie gedrückt. Der Bundesrat konstituiert sich zuerst, was ich zeitlich für falsch halte; denn es steht ausdrücklich im Grundgesetz – ich habe den Wortlaut nicht hier –, daß der Bundesrat erst zusammentritt, wenn der Bundestag sich konstituiert hat.[36] Wir haben im Grundgesetz diese Bestimmung absichtlich aufgenommen, weil wir uns von vornherein gedacht haben, daß die Ministerpräsidenten den Bundesrat möglichst früh konstituieren wollen, um gegenüber der deutschen Öffentlichkeit als der maßgebende Faktor zu erscheinen. Die Herrschaften haben es trotz der Bestimmungen des Grundgesetzes gemacht. Der Bundesrat konstituiert sich um 11 Uhr. Ob irgendwelche Vertreter des Bundestages dazu eingeladen sind, weiß ich nicht. Mir ist bisher von einer solchen Einladung nichts bekanntgeworden. Es werden die Oberkommissare und ihre Leute selbstverständlich dabei zugegen sein. Es werden wahrscheinlich auch Ansprachen gehalten, ich weiß es aber nicht, ich kenne das Programm der ersten Bundesratssitzung nicht.

Die Frage des Präsidenten des Bundesrates ist kritisch, und zwar deshalb – es hat keinen Zweck, das zu verschweigen –, weil anscheinend – wenigstens war das bis zum Augenblick der Fall, als wir mit *Arnold* gesprochen haben – zwischen Ministerpräsident *Arnold* und Ministerpräsident *Ehard* ein Gegensatz bestand. Herr *Arnold* legt Wert darauf, daß er zum ersten Präsidenten gewählt wird.[37] Er sagt, Herr *Ehard* könne der zweite Präsident werden. Herr *Kaiser*, Herr *Hilpert* und ich haben Herrn *Arnold* gesagt, daß es aus mehreren politischen Gründen wünschenswert erscheine, wenn Dr. *Ehard* gewählt werde, und zwar insbesondere aus zwei Gründen:

1. Bayern habe ja bekanntlich gegen das Grundgesetz in seiner Mehrheit gestimmt. Wenn nunmehr der bayerische Ministerpräsident, der gegen das Grundgesetz gestimmt habe, als Leiter einer solch hohen Institution, die durch das Grundgesetz geschaffen worden sei, erscheine, dann sei das gegenüber dem In- und Auslande ein ausdrückliches Bekenntnis auch Bayerns zum Grundgesetz.

2. sei es für die Stellung Dr. *Ehards* in Bayern – er ist ja Vorsitzender der CSU in Bayern – insbesondere gegenüber der Bayernpartei sehr wünschenswert, daß er diese Auszeichnung erhalte. Dies sind auch die Gründe insbesondere auch unserer bayerischen Freunde gewesen.[38]

Herr *Arnold* hat erklärt, er werde sich die Frage überlegen. Was dabei nun in Unkel, wo die Herren zusammensitzen[39], herauskommen wird, weiß ich nicht.

Ich glaube, ich habe alles berichtet, was zu berichten ist. Ich möchte Sie bitten, daß Sie sich zu dieser Frage noch äußern, wenn Herr *Köhler* das Wort genommen hat. Herr *Köhler*, was ist nach der Konstituierung des Bundestages in den morgigen Abendstunden beabsichtigt?

---

36 Art. 136 Abs. 1 GG lautet: „Der Bundesrat tritt erstmalig am Tag des ersten Zusammentritts des Bundestages zusammen."

37 Dieses Verlangen *Arnolds* unterstützte auch *Schumacher*, Nr. 62.

38 Vgl. Wortmeldung von *Strauß* auf S. 260f.

39 Vgl. Nr. 63.

Dr. Köhler: Ich habe mit Herrn Kollegen *Schmid* von der SPD darüber gesprochen unter dem Gesichtspunkt, den Sie, Herr Dr. *Adenauer*, eben mit Recht hervorgehoben haben, daß die erste repräsentative Veranstaltung durch den Bundestag erfolgt. Ich persönlich habe es mir so gedacht, daß wir am besten morgen abend ein sog. zwangloses geselliges Zusammensein machen. Offiziell geht um 20 Uhr folgende Zeremonie vor sich: Der Präsident des Bundesrates und der Präsident des Bundestages machen sich mit den drei Kommissaren gegenseitig bekannt. Anschließend werden die beiden Präsidenten den Stäben der drei Hohen Kommissare bekannt gemacht.[40] Um 21 Uhr findet dann in der Redoute das gesellige Beisammensein statt.

Dr. Adenauer: Herr *Köhler*, nehmen Sie es mir nicht übel, aber Sie dürfen Ihre angeborene Bescheidenheit nicht übertreiben und dürfen nicht sagen: Präsident des Bundesrates und Präsident des Bundestages, sondern Sie müssen sagen: der Präsident des Bundestages und der Präsident des Bundesrates.

(Dr. *Köhler*: Das macht meine gute Erziehung.)

Dr. Köhler: Dann lädt also, das Einverständnis der Fraktion vorausgesetzt, der Präsident des Bundestages die Mitglieder beider Kammern ein. Oder nur den Bundestag? Ich stelle es anheim. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß wir zur morgigen Konstituierung des Bundesrates bis zur Stunde keine Einladung haben. Umgekehrt bin ich orientiert, daß der Bundesrat morgen an der Konstituierung des Bundestages teilnehmen wird. Da ist der Chef des Protokolls, der im Hintergrunde wirkt. Darauf habe ich keinen Einfluß.

Dr. Adenauer: Wenn der Vertreter des Bundesrates[41] keinen Vertreter des Bundestages einlädt, haben wir keine Veranlassung, morgen abend zu einem geselligen Zusammensein des Bundesrates einzuladen. Ich bin der Auffassung, man muß von vornherein da die richtige Weisung beobachten.

(*Kaiser:* Herr *Arnold* hat mir gesagt, daß er für morgen abend Einladungen an uns ergehen läßt. Dann wird sich rasch die Sache aufklären.)

Das Wort hat Herr *Höfler*.

Höfler: Es ist zu überlegen, ob wir nach der Schlußrede des Präsidenten *Köhler* einfach auseinanderlaufen, oder ob wir unserem Gefühl einen bescheidenen Ausdruck geben in einer Weise, wie das möglich ist. Ich berühre damit die Frage der Nationalhymne. Wir haben einen Staat morgen; wir haben ein Grundgesetz; wir haben eine Flagge. Das Nationallied wollen wir nicht ausnehmen. Die erste und zweite Strophe der Nationalhymne können wir nicht singen. Ich habe im Wahlkampf den Versuch gemacht, die dritte Strophe zu singen. Ich bin der Meinung, daß wir die dritte Strophe übernehmen, solange Deutschland dieses Deutschland ist.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Köhler*.

Dr. Köhler: Carlo *Schmid* hat sich mit mir und Dr. *Adenauer* über diese Frage unterhalten. *Schmid* hat der Meinung Ausdruck gegeben, es wäre am besten, wir sängen gar

---

40 Über den Ablauf dieser Veranstaltung meldete die Tageszeitung „Die Welt" am 8. 9. 1949: „Die drei Hohen Kommissare statteten den Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates am Mittwochspätnachmittag im Bonner Hotel Königshof einen ersten offiziellen Staatsbesuch ab. Anschließend gaben Dr. Erich *Köhler* und Ministerpräsident *Arnold* eine Cocktailparty für die Hohen Kommissare und ihre Stäbe." Der Ablauf dieser Veranstaltung entsprach nicht den ursprünglichen Absichten *Arnolds*. Vgl. Nr. 59 mit Anm. 6.

41 In der Vorlage irrtümlich „Bundestages".

nicht, weil das wieder vorher einer Verständigung bedürfe. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn wir ihm beipflichten.

(Dr. *Adenauer*: Wir haben *Schmid* gesagt, uns sei von einer solchen Absicht nichts bekannt.)

Im übrigen ist vorgesehen, daß die Sitzung mit dem letzten Satz der 5. Symphonie von *Beethoven* endet. Wenn ich eine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen darf, lassen Sie bitte diese Frage wegen des Absingens eines Verses des Deutschland-Liedes morgen nicht aufkommen. Die erste Sitzung der interfraktionellen Besprechung ist wider Erwarten sehr glatt vom Stapel gegangen. Wir könnten diese Frage nur lösen, wenn wir darüber eine interfraktionelle Verständigung erzielten. Diese Verständigung ist aber nicht einstimmig, was jedoch Voraussetzung sein muß; denn sonst stehen wir vor einer Panne.

Dr. Adenauer: Bei der letzten Sitzung des Parlamentarischen Rates haben wir in allseitigem Einverständnis gesungen: Ich hab' mich ergeben mit Herz und Hand.

Das Wort hat Herr *Höfler*.

Höfler: Ich darf noch darauf hinweisen, daß wir kaum Widerstand finden werden. Die Ausländer werden sich höchstens darüber unterhalten, daß eine Hymne nicht von uns gesungen wird. Sie werden nichts dagegen haben. Wir sind endlich in der Lage, dieses Lied in seiner dritten Strophe zu singen ohne das furchtbare Anhängsel der anderen Strophen.[42] Wir können uns gegen den Mißbrauch schützen, indem wir sofort der Presse mitteilen, wie das von unserer Seite gemeint ist.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Lenz*.

Lenz: Die Sitzung des Bundestages wird sicherlich ein historisches Ereignis werden und auch die Aufmerksamkeit aller Wähler auf sich ziehen. Ich bitte zu überlegen, zu welchen Auseinandersetzungen es dann kommen wird. Die Kommunisten werden die Internationale anstimmen, die Sozialdemokraten werden „Brüder zur Freiheit, zur Sonne" singen, und wir verständigen uns auf etwas anderes. Das gibt eine Pleite, die wir vermeiden wollen. Ich empfehle, daß wir es bei dem feierlichen Schlußsatz der Fünften von *Beethoven* lassen, dann hat die Sache ihren guten Ausgang.

Dr. Adenauer: Ich würde folgendes vorschlagen: Herr *Köhler* wird mit den anderen Fühlung nehmen und schlägt ihnen als den Wunsch dieser Fraktion vor, daß die dritte Strophe von „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen wird.

(Zuruf: Mit Erhebung der rechten Hand!)

Wenn die anderen das ablehnen, müssen wir dem Folge leisten. Wir können etwas Derartiges nicht erzwingen, aber ich sehe wirklich nicht ein, warum man einem Wunsche dieser Fraktion gegenüber den anderen Fraktionen nicht Ausdruck geben soll. Ich hoffe, daß Sie den Vers kennen, gerade Sie, Herr *Lenz*, sind ein musikalisch begabter Mann.

(*Lenz*: Sie überschätzen mich!)

Ich kenne doch Ihre stimmlichen Mittel, besonders als Führer im Chor.

(*Lenz*: Versuchen wir es probeweise hier!)

Ich bin überzeugt, daß von seiten der SPD Widerspruch erfolgen wird. Dann muß es un-

42 Bezieht sich auf das Horst-Wessel-Lied, das im Dritten Reich stets im Anschluß an das Deutschland-Lied gesungen wurde.

terbleiben; denn das Schauspiel können wir allerdings der Öffentlichkeit nicht geben: Die einen singen das, und die anderen singen etwas anderes. Aber warum soll denn, wenn die Fraktion den Wunsch hat, der Präsident nicht gebeten werden, mit den anderen Fraktionen darüber Fühlung aufzunehmen.

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Ich würde bitten, daß wir diese Frage mit dem notwendigen Ernst behandeln. Es ist eine wirklich ernste Angelegenheit. Ich bin zunächst einmal davon überzeugt, daß weder die Kommunisten, noch die SPD die Sache stören werden. Wir haben das auch in Wahlversammlungen, insbesondere in der Pfalz erlebt. In Pirmasens, wo die Versammlung zum großen Teil von Sozialdemokraten besucht war, sind die Männer alle aufgestanden. Es kommt darauf an, ob *Köhler* die Sache mit dem nötigen Ernst behandelt und den Boden dafür vorbereitet. Das hat unser Freund *Finck* in jener Versammlung, von der ich sprach, in einfach meisterhafter Weise getan, indem er die drei Worte „Einigkeit und Recht und Freiheit" als Motto für das Vaterland erläuterte und dann sagte, nun werden wir die dritte Strophe singen. Die Männer haben alle mitgesungen, manchen standen die Tränen in den Augen, daß sie nach so langer Zeit einmal dieses Lied wieder singen konnten. Ich bin der Meinung, wir wollen morgen in der Ältestenratssitzung das mit dem Ernst, der geboten ist, vortragen. Ich bin überzeugt, daß auch die Sozialdemokraten davor Respekt haben. Wenn wir wollen, können wir es durchsetzen.

Dr. Adenauer: Was *Kaiser* gesagt hat, habe ich in Landau in einer sehr großen Versammlung erlebt, in der ich gesprochen habe.[43] Herr *Finck* hat meisterhaft gesprochen, und wir haben zum Schluß stehend die dritte Strophe von „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen. Kein einziger in dem großen Saal ist sitzen geblieben, sondern ganz geschlossen wurde das Lied gesungen.

(*Kaiser*: Auch die Franzosen waren des Respektes voll!)

Darf ich vorschlagen, daß wir den Präsidenten *Köhler* als solchen beauftragen, mit den anderen Fraktionen in der Weise, wie *Kaiser* es geschildert hat, Fühlung aufzunehmen wegen des Gesanges der dritten Strophe? (Zustimmung!)

Damit sind Sie also einverstanden. (Zurufe: Ja!)

Das Wort hat Herr *Horlacher*.

Dr. Horlacher: Ich habe viele Regierungsbildungen und viele Parlamentsbesprechungen mitgemacht, aber das ist mir zum ersten Male vorgekommen, daß man auf die kleinen Splitterparteien bei der Präsidiumsbildung in einer solchen Weise Rücksicht nimmt, wie das hier geschehen soll. Ich warne davor, das zu tun, sondern [empfehle], es bei der Geschäftsordnung des Reichstages zu belassen, sie ist im allgemeinen sehr gut, einen Präsidenten und drei Vizepräsidenten . . .

(Dr. *Adenauer* unterbrechend: Verzeihen Sie, Herr *Horlacher*, es steht in der Geschäftsordnung des Reichstages: und mehrere Vertreter. Herr *Löbe* sagt, man habe je nachdem drei oder vier gewählt.)

CDU, SPD und FDP bilden nahezu 3/4 des ganzen deutschen Bundestages. Diese Parteien bestimmen den Präsidenten und die Vizepräsidenten, und da wird keine Rücksicht genommen auf die Splitterparteien. Die Splitterparteien haben in die Rolle der Schriftführer einzurücken, sonst nirgends. Ein Präsident und drei Vizepräsidenten würden ge-

43 Diese Versammlung hatte am 9. 8. 1949 stattgefunden. Vgl. Morsey, Weichenstellung, S. 527.

nügen. Im Reichstag ist es praktisch so gehandhabt worden, daß die Präsidenten von den Vertretern der größten Fraktionen gewählt wurden, ohne Rücksicht auf die Kommunisten. Es besteht hier gar kein Grund, auf irgendeine Splitterpartei Rücksicht zu nehmen. Es ist sogar so, wenn eine Partei, wie die CSU, die absolute Mehrheit hat, daß dann der nächste Vizepräsident wieder auf diese Partei fällt. Die CSU hat im bayerischen Landtag einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, weil sie nach der Stärke der Fraktion das beanspruchen kann. Ich würde bitten, es unbedingt dabei zu belassen, daß eine Partei, die nur 17 Mandate zählt und zur Regierungskoalition gehört, noch berücksichtigt werden kann, aber darüber hinaus absolut nichts mehr. Ich würde also bitten, so zu verfahren und es nicht anders zu machen; denn das gibt einen Präzedenzfall für die Zukunft.

Dr. Adenauer: Bei der Hitze würde ich mich nicht so darüber aufregen. Die Deutsche Partei hatte sich mit den Demokraten ausgetauscht. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Deutsche Partei den dritten Vizepräsidenten bekommen sollte. Da konnten wir doch nicht nein sagen. Nun hat die Deutsche Partei 17 Leute, und die Bayernpartei hat auch 17 Leute. Wie wollen Sie da einen Unterschied machen? Ich wiederhole nochmals: Die Bayernpartei und die Deutsche Partei haben je 17 Mitglieder. Wenn Sie nun der Deutschen Partei den Vizepräsidenten konzedieren – und den mußten wir ihr konzedieren –, können Sie ihn wahrhaftig der Bayernpartei nicht abschlagen. Ich meine, das geht gegen mein Gerechtigkeitsgefühl. Wenn Sie der Auffassung sind, die Kommunisten nicht, gut, einverstanden, aber ich meine, wenn Sie dem einen mit 17 Leuten einen Vizepräsidenten geben, müssen Sie dem andern mit 17 Leuten auch einen geben.

(*Albers*: Dann müssen wir beiden nichts geben!)

Lieber Herr *Albers*, Sie sind ein guter Koalitionsmann; beinahe hätte ich gesagt: wegen eines lumpigen Vizepräsidenten! Es gibt wahrhaftig wichtigere Dinge. Stimmen wir ab. Wir haben jedenfalls, die wir dort als Ihre Vertreter gewesen sind, zugestimmt, daß auch die Bayernpartei einen Vizepräsidenten bekam. Wenn Sie uns jetzt desavouieren wollen, dann müssen wir es tun.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß auch die Bayernpartei ebenso wie die Deutsche Partei einen Vizepräsidenten bekommt, eine Hand zu heben.

Das scheint mir die übergroße Mehrheit zu sein.

Das Wort hat Herr *Köhler*.

Dr. Köhler: Die Fraktion muß einen Schriftführer stellen. Wir haben uns vorbehalten, daß sämtliche Schriftführer von den Fraktionen bestimmt werden, die bei der Bildung des Präsidiums nicht berücksichtigt werden. Dann fängt es wieder von vorne an: CDU/CSU, SPD, FDP usw. Wir werden auf ungefähr sieben bis acht Schriftführer kommen. Das soll aber noch keine endgültige Regelung sein. Die Fraktion muß heute abend eine Persönlichkeit bestimmen, die morgen als Schriftführer mir gemeldet wird, damit ich sie wählen lassen kann. Es ist beabsichtigt, die Schriftführer durch das gesamte Haus wählen zu lassen. Darüber hat man sich verständigt.

Dr. Adenauer: Ich mache noch darauf aufmerksam, daß morgen um 9 Uhr die Gottesdienste stattfinden. Ich bitte Sie, möglichst zahlreich daran teilzunehmen. Sie wissen, daß in den Kirchen der beiden Konfessionen hervorragende Vertreter der Kirche erscheinen werden. Es ist eine Pflicht einer christlichen Partei, wie wir es sind, an diesem Gottesdienst zahlreich, ich möchte sagen geschlossen teilzunehmen.

Im Bundesrat haben wir nichts zu tun. Wir werden uns morgen das Parlamentsgebäude etwas ansehen. Ich würde Ihnen empfehlen, schon mal in den Sitzungssaal zu gehen und sich dort die Sache einmal anzusehen, damit wir uns evtl. noch kurz im Stehen klarwerden über die Platzverteilung. Vielleicht sagen Sie etwas, Herr *Kaiser*, wie Sie sich das am besten denken. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir uns innerhalb der Fraktion vorläufig nach dem Alphabet setzen.

Kaiser: Man hat ausdrücklich gebeten, zunächst die Ordnung alphabetisch durchzuführen. (Zuruf: Nein!) Nur für morgen! Dann soll man sich in der Fraktion darüber klarwerden. Wir sind ausdrücklich gebeten worden, die Fraktionsmitglieder des Bundestages zu bitten, eine Viertelstunde vor Beginn da zu sein, damit sie ihren Platz schon kennenlernen und es nicht ein großes Suchen gibt, wenn die hohen Alliierten kommen. Dann würde ich bitten, daß wir uns über die Fraktionsstärke äußern. Wir haben die Auffassung vertreten: Fraktionsstärke 15 Abgeordnete. Dagegen haben sich die kleineren Parteien gewendet. Es wird gut sein, wenn wir darüber einen Beschluß herbeiführen. Die Zentrumspartei hat auch ihre Wünsche geäußert, wohin sie sich setzen will. Wir haben ihr nahegelegt, hinter unserem Rücken Platz zu nehmen. Ich glaube, damit ist die Mehrheit einverstanden. Dann wollte sich zwischen uns und die Sozialdemokraten der Herr *Loritz* drängen (Zurufe: Hört, hört!) mit der Begründung, daß er die Repräsentation des kleinen Mannes wäre. Wir haben ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er nach hinten gehöre. Damit hat er sich abgefunden.

Dr. Adenauer: Ich glaube, wir sind alle der Auffassung, daß mindestens 15 Mann nötig sind, damit die Fraktionsstärke erreicht ist. Erhebt sich Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

(Dr. *von Brentano*: Ich wäre dankbar, wenn wir hören könnten, wie das Koalitionsgespräch gelaufen ist. Das scheint mir von wesentlich größerer Bedeutung zu sein als die Feststellung von Fraktionsstärken.)

Ich habe darüber ausführlich berichtet. Ich darf wiederholen, was ich gesagt habe. Herr *Blücher* hat gefragt, wie ist es denn überhaupt mit dem Bestreben [nach] einer Koalition; wir haben alle möglichen Nachrichten in der Zeitung gelesen und möchten gerne wissen, woran wir sind. Darauf habe ich dem Herrn *Blücher* und den anderen Herren gesagt, wir haben in dieser großen Fraktion diese Frage hin und her besprochen. Ich muß noch einschieben, Herr *Blücher* und ein anderer Herr von der FDP wollten insbesondere wissen, wie wir zu der Frage des Bundespräsidenten stünden, da der Präsident ja am 12. gewählt werden müsse. Ich habe darauf erklärt, die Fraktion hat dem Vorstand die Vollmacht gegeben, im Verlaufe der Koalitionsverhandlungen ihren Wünschen nachzukommen. In weitere Verhandlungen sind wir nicht eingetreten, weil wir zunächst nach dem Verlaufe der heutigen Vorstandssitzung die ganzen Fragen der einzelnen Ministerien nach meiner Auffassung nochmals im Vorstand besprechen müssen. Wenn wir das hinter uns haben, dann wird allerdings die Sechserkommission, die wir gewählt haben, in ein Koalitionsgespräch mit den beiden anderen Partnern treten müssen, damit wir die Sache bis Montag fertig haben. Genügt es jetzt, Herr *von Brentano*? Mehr kann ich nicht sagen. Es ist aber auch nicht mehr passiert.

(Dr. *von Brentano*: Ist der Name *Heuss* genannt worden?)

Ich habe nicht den Namen des Herrn *Heuss* genannt.

(Dr. *von Brentano*: Aber Herr *Blücher* hat ihn genannt!)

Ich weiß nicht, Herr *Brentano*, worauf Sie hinauswollen. Ich kann nur wiederholen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, der Vorstand habe die Ermächtigung bekommen, im Verlaufe der Koalitionsverhandlungen über diese Frage mit den beiden Fraktionen in deren Sinne zu verfahren. Dadurch, daß ich gesagt habe, im Laufe der Koalitionsverhandlungen, habe ich ausdrücklich kundgetan, daß die ganze Sache von deren Verlauf abhängt.

Der Schriftführer muß noch benannt werden. Ich würde vorschlagen, daß wir eine Frau nehmen. Ich möchte bitten, daß die Frauen uns jemand vorschlagen.

(Dr. *Köhler*: Das sollen die Frauen unter sich ausmachen!)

Ich nehme an, wir sind mit den Damen einverstanden, die die Frauen uns vorschlagen. (Zustimmung!)

Das Wort hat Herr *Gengler*.

Gengler: Ich möchte beantragen, die Fraktionssitzung der Bundesversammlung nicht am Sonntag[44] um 17 Uhr wie vorgesehen, sondern am Montag[45] um 10 Uhr abzuhalten.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Scharnberg*.

Scharnberg: Ich würde nicht raten, das zu tun, denn damit werden wir die Herren und Damen, die hierhin kommen, in eine Rolle bringen, daß sie sich geradezu nur als Stimmstatisten ansehen. Die Damen und Herren müssen zumindest – ob sie die Gelegenheit haben, es wahr zu machen, ist eine zweite Frage – eine Nacht und einen Vormittag Zeit haben.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Frau Dr. *Steinbiß*.

Frau Dr. Steinbiß: Ich bin unbedingt dafür, daß wir bei Sonntag um 17 Uhr bleiben. Die ganzen Verhandlungen der letzten Tage haben gezeigt, daß es nicht so einfach ist, so schnell zum Schluß zu kommen. Man kann die Mitglieder, die nach hier kommen, nicht einfach so behandeln, als wenn man ihrer Stimme absolut sicher wäre, sondern es muß ihnen die Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden. Ich bitte daher dringend, daß wir als Termin für die nächste Sitzung Sonntag um 17 Uhr nehmen.

(Zuruf Dr. *Wuermeling*: Was uns noch sehr fehlt, ist ein Fraktionsraum der CDU/CSU, damit wir uns untereinander kennenlernen. Das ließe sich am Sonntagabend mit verbinden. Vielleicht können wir dafür das Bundestagsrestaurant bekommen.)

Dr. Adenauer: Das sind zusammen 280 Leute. Und nun sonntags etwa für 280 Leute einen Raum zu finden, in dem sie unter sich sind, das halte ich für ausgeschlossen. Das Bundesrestaurant steht allen Abgeordneten zur Verfügung.

Das Wort hat Herr *Köhler*.

Dr. Köhler: Daß die Fraktion einmal unter sich zusammenkommen muß, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Könnte man das nicht am Donnerstag oder Freitag machen. (Widerspruch im Saal!)

Dr. Adenauer: Wir sind morgen abend zusammen und treffen uns in der nächsten Woche. Wir bereiten die Sache entsprechend vor. Ich habe zu meiner Freude gehört, daß die Frauen hier in unserem Kreis schon ein Vergnügungskomitee gebildet haben, daß sie dazu beitragen wollen, uns den Aufenthalt und die Arbeit möglichst zu erleichtern. Ich

44 11. 9. 1949.

45 12. 9. 1949.

empfehle den Damen, sich mit Staatssekretär *Wuermeling* von Rheinland-Pfalz gut zu halten, damit er von Rheinland-Pfalz die entsprechenden Weine zu billigen Preisen uns besorgt.

(*Kaiser*: Wir müssen auf jeden Fall damit rechnen, daß die SPD morgen im Ältestenrat wegen Frankfurt[46] den Antrag stellen wird, daß das Plenum am nächsten Tag zusammentreten soll.

Dr. *Köhler*: Ich habe mit *Schmid* darüber gesprochen, daß ich beabsichtige, am Donnerstag den Ältestenrat zusammenzurufen zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Er hat mir bei dieser Gelegenheit nicht gesagt, daß er auf einer Vollversammlung bestehe.)

Herr *Schmid* sagt erstens nicht alles, was die SPD will, zweitens weiß er nicht alles, was sie will. Deswegen müssen wir auf alles gefaßt sein.

Ich habe noch unterlassen, Ihnen zu referieren, daß die Deutsche Partei und die FDP, auch Herr *Euler* aus Hessen, zugestimmt haben, daß der Antrag der SPD wegen Frankfurt einem Ausschuß überwiesen wird. Ich hoffe, daß dann auch unsere Freunde aus Hessen dem Beispiel des Herrn *Euler* in dieser Beziehung folgen.

(Zuruf *Arndgen*: Herr *Euler* ist uns in keiner Weise ein Vorbild!)

Ich verlange gar nicht, daß Sie zur FDP übergehen, aber ich sage das aus folgendem Grund: Einer der, ich will mal sagen, wildesten Leute war doch Herr *Euler*. Wenn Herr *Euler* nun erklärt, er sehe ein, daß derartige Forderungen, sofort nun darüber zu beschließen, eine politische Sache seien, die dazu angetan wäre, unsere Koalition in dieser Sache auseinanderzutreiben, und daß er deswegen für die Überweisung an den Ausschuß sei, dann meine ich, dürfe man das als Beispiel in diesem Falle nehmen.

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, ich schließe daher die Sitzung.[47]

---

46 Vgl. Nr. 2, Anm. 11.

47 Nächste Sitzung der CDU/CSU-Fraktion Nr. 65.

62.

6. 9. 1949: Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses, der Kontrollkommission, der Bundestagsfraktion und der Ministerpräsidenten der SPD in Köln

AdsD, Vorstandsprotokolle.

Schumacher erklärt gleich einleitend, daß wir in keine Regierung gehen könnten, in der wir nur mitlaufen, statt zu gestalten. Zu parteiverbindlichen Äußerungen hierüber habe nur der Parteivorstand das Recht. Die koalitionswillige Äußerung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten[1] hat unserer Position sehr geschadet und zu Deutungen über weitgehende Meinungsverschiedenheiten in der Partei Anlaß gegeben. – Drei Faktoren beherrschen die CDU: Großkapitalismus, Klerikalismus und Föderalismus, wovon

---

1 Bezieht sich auf den hessischen Ministerpräsidenten Christian *Stock*; vgl. Nr. 42, Anm. 13.

schon jeder für sich zu einer Kooperation keine Voraussetzung gibt. – Wenn wir uns im Kampf um das Saargebiet nicht stark machen würden, hätten wir auch das Ringen um eine Revision der Oder/Neiße-Grenze verloren.[2] – Der vernünftigste Weg bei der Besetzung der Bundesratspräsidentenposition wäre, wenn man den Ministerpräsidenten des größten Landes, nämlich *Arnold* in Nordrhein-Westfalen, vorschlüge.[3] Die Absicht, den Neinsager zum Grundgesetz, Ministerpräsident *Ehard*, zu wählen, ist absurd. – Der geplante feierliche Empfang der ausländischen Würdenträger durch den Bundesratspräsidenten[4] sei nicht akzeptabel, da nicht der Bundesrat alleine die Bundesrepublik repräsentieren könne.[5] – Die künftigen Regierungsparteien haben bereits das Amt des Bundespräsidenten zu einem Verhandlungsobjekt der Regierungsbildung gemacht. Daran dürfte in diesem Stadium nichts mehr zu ändern sein.[6] Ein evtl. sozialdemokratischer Bundespräsident käme zudem in die Situation, *Adenauer* zum Kanzler ernennen zu müssen, was u. a. auch in bezug auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch eine konservative westdeutsche Regierung zu einer für unseren Präsidenten peinlichen Situation führen könne.[7] – Wir sollten in keinem Land die Frage der Auflösung der Koalition aufwerfen.

Brauer berichtigt die Ausführungen *Schumachers*, daß der Vorsitzende des Bundesrates turnusmäßig wechselt. Der Präsident würde jeweils neu gewählt werden.[8] – Er kritisiert dann scharf das Abwürgen anderer Auffassungen in der Partei durch den Vorsitzenden. Es bedeute den geistigen Tod, wenn man immer zuvor abhören müsse, wo gerade die Parteilinie verläuft. – In der Frage der Regierungsbildung teile er voll und ganz die Auffassung *Schumachers*, daß unsere Beteiligung nicht in Betracht käme. – Das Wahlresultat zeige, daß die seinerzeit von den Ministerpräsidenten geänderte Verhältniszahl im Wahlrecht sich zu unseren Gunsten ausgewirkt habe.[9] SPD und CDU erhielten dadurch je vier Mandate mehr.

Dobbert wünscht, daß wir uns bei künftigen Wahlkämpfen nicht vom Gegner auf ein niedriges Niveau drängen lassen.[10] Ebenso sei äußerste Zurückhaltung beim Kampf gegen die Kirche zu beachten. Er glaube, daß Hannover dafür nicht immer das richtige Ge-

---

2 Zur Saarfrage hatte der Außenpolitische Ausschuß der SPD am Tag zuvor eine Erklärung abgegeben (vgl. Nr. 61, S. 252), und in einer Pressekonferenz im Anschluß an diese Sitzung erhob *Schumacher* nochmals nachdrücklich die Forderung nach einer freien Abstimmung an der Saar. Zusammenstellung der Erklärungen der SPD zur Saarfrage bis 1950 in: Die Sozialdemokratie und das Saarproblem, o. O. 1950.

3 Zu *Arnolds* Kandidatur um das Amt des Bundesratspräsidenten Nr. 61, S. 271, und Nr. 63.

4 Vgl. Nr. 59, Anm. 6.

5 Vgl. die Kritik *Adenauers* am Bundesrat in Nr. 61, S. 271.

6 Zum Stand der Diskussion über diese Frage innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Nr. 61, S. 267.

7 Vgl. Nr. 42, S. 84.

8 Vgl. Nr. 61 mit Anm. 11.

9 Änderung der Verhältniszahl der Mandate der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenmandate von 50:50 auf 60:40. Vgl. Erhard H.M. Lange, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956, Meisenheim/Glan 1975, S. 389ff.

10 Vgl. *Henßlers* Kritik in Nr. 14.

fühl habe. – Die Oppositionsvorstellung in Frankfurt habe uns keinen Gewinn gebracht. Wir haben weder die Jugend, noch den Mittelstand ansprechen können. – Er findet es beschämend, den Worten Kurt *Schumachers* entnehmen zu müssen, daß man sich nicht einmal über die Person eines Bundespräsidenten in dieser schweren Zeit habe einigen können. Er wünschte, daß es Kurt *Schumacher* gelänge, auch den Weg der Synthese zu finden.

Jacobi meint, daß der Bundesrat ein gesundes Regulativ sein kann, ohne ein überspitztes Instrument des Föderalismus zu werden. Unser Wahlkampf wurde zu sehr mit negativen Parolen geführt.

Brandt meint, daß unser Wahlprogramm nicht verständlich und konzentriert genug herauskam.[11] Die Dürkheimer 16 Punkte[12] wären zweckdienlicher gewesen. In Deutschland gibt es einen Teil, wo die Idee der nationalen Notgemeinschaft besonders Fuß gefaßt habe, nämlich in der Ostzone. Es müsse vermieden werden, daß ein Scheitern der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben werden könne.

Heine gibt zur Richtigstellung bekannt, daß im Wahlkampf verwandt wurden: 2,9 Millionen Plakate, davon 239000 negativ, d. h. Abwehr gegen Angriffe, aber 2,7 Millionen positiv, d. h. unsere Forderungen enthaltend.

Schmid erklärt, daß wir uns durchaus mit der Kirche unterhalten hätten, auch im Wahlkampf. Die deswegen erhobenen Vorwürfe hält er für unberechtigt. – Gemangelt habe es ohne Zweifel in vielen Orten an aufzuweisenden guten Leistungen der sozialdemokratischen Verwaltungsleiter. – Eine Vereinbarung über die Turnuswahl des Bundesratspräsidenten[13] hält er für nicht annehmbar, ebensowenig die Nominierung eines Sozialdemokraten zum Bundespräsidenten.

Schoettle fordert, daß unsere Vertreter in den Länderregierungen durch eine starke sozialdemokratische Politik die Bundesratspolitik beeinflussen. Wir sollten bei der Wahl des Bundespräsidenten mit einem eigenen Kandidaten aufwarten und damit unseren Anspruch für die Zukunft anmelden.

Preller erklärt, daß das Verhältnis im Bundesrat 24 gegen 19 Sozialdemokraten sein wird.

Böhm ist der Auffassung, daß die Stellung der CDU-Gewerkschafter nicht gleichgestellt werden könne mit der Politik *Adenauers*. Die 40 Abgeordneten der CDU im Landtag Nordrhein-Westfalen legten nach der Wahl erneut ein Bekenntnis zum Programm des DGB ab. Der Katholikentag in Bochum habe der bisherigen Wirtschaftspolitik in Frankfurt eine klare Absage erteilt.[14] Es müßte unsere Aufgabe sein, diesen Leuten den Rükken zu stärken.

---

11 Vgl. die ausführlichere Kritik *Brandts* an der Wahlkampfführung der SPD in Nr. 24.

12 Nr. 42.

13 Wie Anm. 8.

14 So hieß es in der Resolution des Katholikentages (31. 8.–4. 9. 1949) u. a.: „Die gegenwärtige Eigentumsverteilung widerspricht der sozialen Gerechtigkeit und gefährdet die Einrichtung des privaten Eigentums überhaupt." Gefordert wurde eine beschränkte Sozialisierung: „Übergroße, das Gemeinwohl bedrohende wirtschaftliche Macht in den Händen Einzelner muß aufgelöst werden." Resolution abgedruckt in: Gerechtigkeit schafft Frieden. Der 73. Deutsche Katholikentag vom 31. August bis 4. September 1949 in Bochum, hrsg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Paderborn 1949, S. 110–118.

Henßler: Es ist keine Frage, daß wir in Opposition gehen müssen, aber man müsse sich darüber unterhalten, wie man diese Opposition betreibe. Wir sollten nicht so viel von Mindestforderungen reden, sondern bedenken, daß wir auch Verantwortung zu tragen gezwungen werden können. – Er bemängelt die Unduldsamkeit des Parteivorstandes gegenüber Äußerungen der Genossen draußen. In der Präsidentenfrage sollten wir bemüht sein, mit den anderen Parteien eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Selbstverständlich kämen *Heuss* und *Schlange-Schöningen* nicht in Betracht.

Roth ist der Meinung, daß die Jugend von dem Parteienstreit in diesem Wahlkampf angeekelt wurde. Er glaube, daß wir nach dieser Wahl auch einen Machtanspruch anzumelden haben und doch jedenfalls mit der Verantwortung für die Demokratie betraut werden. Wir sollten bemüht sein, diese Koalition auseinanderzutreiben unter Ausnutzung der klaren Gegensätze im anderen Lager.

Wehner tritt für eine scharfe Frontentrennung in Bonn ein, auch in der Frage des Bundespräsidenten. Er fordert von der SPD ein Bekenntnis zu Gesamtdeutschland.

Schumacher erklärt abschließend, daß die Äußerung *Stocks* in der Koalitionsfrage vom Parteivorstand auch nur als eine private Äußerung behandelt wurde.[15] – Er weist entschieden die Anschuldigungen *Brauers* und *Henßlers* zurück, daß in der Partei die Meinungsfreiheit abgewürgt [werde] und eine Unduldsamkeit überhandgenommen habe.

Ollenhauer bringt die Dürkheimer 16 Punkteerklärung zur Abstimmung und stellt einstimmige Annahme, ohne Stimmenthaltung, fest.

Der Parteiausschuß billigt den Beschluß des Parteivorstandes, den Parteitag zum Mai nächsten Jahres einzuberufen.

15 Vgl. Nr. 44, S. 110.

63.

6./7. 9. 1949: Aufzeichnung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und 1. Vorsitzenden der CDU von Süd-Württemberg, Gebhard Müller, für den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und 1. Vorsitzenden der CDU von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, über die Besprechungen der Ministerpräsidenten in Unkel und die anschließenden Gespräche bis zur konstituierenden Sitzung des Bundesrates[1]

StA Sigmaringen, Wü 2, 180.

Zu den Vorgängen bei der Wahl des Ministerpräsidenten *Arnold* von Nordrhein-Westfalen zum Präsidenten des Bundesrats darf ich folgendes bemerken:

1) Die Regierungschefs der Länder der französischen Zone waren sich einig und haben von Anfang an vorgeschlagen, Herrn Ministerpräsident Dr. *Ehard* von Bayern zum Rats-

1 Aufzeichnung datiert vom 21. 11. 1949. Sie wurde veranlaßt durch einen Brief *Altmeiers* vom 24. 10. 1949, in dem es hieß, daß gegenüber *Altmeier* wiederholt der Vorwurf erhoben worden sei – zuletzt vom nordrhein-westfälischen Innenminister Heinrich *Weitz* –, daß durch das Verhalten von *Altmeier* und seiner beiden Kollegen Gebhard *Müller* und Leo *Wohleb* die Wahl *Ehards* zum Bundesratspräsidenten gescheitert und an seiner Stelle *Arnold* gekürt worden sei. StA Sigmaringen, Wü 2/180.

präsidenten zu wählen. Für diesen Vorschlag war maßgebend, daß Herr Dr. *Ehard* sich in besonderem Maße nach seinen juristischen, politischen und menschlichen Fähigkeiten für dieses Amt eignet. Auch sollte in der Wahl zum Ausdruck kommen, daß der Bundesrat Wert darauf legt, vor allem die Mitarbeit Bayerns im Bundesrat zu gewinnen. Bayern hatte zwar das Grundgesetz abgelehnt, aber erklärt, daß es in loyaler Weise nach seinem Zustandekommen sich dem Grundgesetz verpflichtet fühle.[2] Die Tatsache, daß auch der als Kanzler vorgesehene Dr. *Adenauer* für die Wahl *Ehards* eingetreten ist [3], war nicht maßgebend.

2) In den Vorbesprechungen unter den der CDU angehörenden Bundesratsmitgliedern am Tage vor der Wahl [4] haben sowohl Sie wie ich Herrn Dr. *Ehard* vorgeschlagen. Wider alles Erwarten und ohne jede Vorbereitung erklärte plötzlich Ministerpräsident *Arnold*, daß sein Kabinett beschlossen habe[5], die Stimmen des Landes Nordrhein-Westfalen für *Arnold* selbst abzugeben. Sowohl ich wie Sie haben uns jede erdenkliche Mühe gegeben, schon in dieser Vorbesprechung Ministerpräsident *Arnold* von seinem Begehren abzubringen. Als *Arnold* trotz des Widerspruchs des Finanzministers *Weitz*, im übrigen aber unterstützt von *Spiecker* und Frau *Teusch*, auf seinem Begehren beharrte, habe ich ihm erklärt, daß er damit rechnen müsse, daß sämtliche Stimmen der CDU-Vertreter für Dr. *Ehard* abgegeben würden. Auch werde zweifellos die Stellungnahme gegen den bayerischen Ministerpräsidenten für das Verhalten der bayerischen CSU in der Frage der Bundeshauptstadt von wesentlicher Bedeutung sein. Auch diese Argumente, die Sie nachdrücklich unterstützt haben, blieben ohne Wirkung.

Einem aus der Mitte der Versammlung gemachten Vorschlag entsprechend haben Sie und ich den Versuch unternommen, die der SPD angehörenden Bundesratsmitglieder für Ministerpräsident Dr. *Ehard* zu gewinnen. Eine Besprechung hierüber fand alsbald

---

2 Vgl. Kock, S. 323ff.

3 Vgl. Nr. 61, S. 242.

4 Am 6. 9. 1949. Hierüber berichtete Hans *Ehard* am 14. 9. 1949 der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag wie folgt: „Vor der entscheidenden Bundesratssitzung waren zwei Vorbesprechungen. Man hat dort vorgeschlagen, Bayern solle den Vorsitz im Bundesrat erhalten, einmal weil Bayern den föderalistischen Charakter am stärksten durchgedrückt hat, dann weil das Gegengewicht gegen Nordrhein-Westfalen notwendig sei und schließlich, weil der bayerische Ministerpräsident ja in erster Linie den Bundesrat geschaffen habe. Bei den Vorbesprechungen war alles mit dem genannten Vorschlag einverstanden. Nur so nebenbei wurde von Nordrhein-Westfalen gesagt, man könnte den Vorsitz auch dem größten Land geben und das zweitgrößte Land (Bayern) den Vizepräsidenten stellen lassen. Das wurde zunächst allgemein abgelehnt. Da warf *Arnold* ein und erklärte, mein Kabinett hat beschlossen, daß der Vorsitz an Nordrhein-Westfalen fallen muß und ich Bundesratspräsident sein werde. In der Sitzung hatte sich vorher bereits der Vertreter Württembergs und sogar der Vertreter Hessens für den bayerischen Ministerpräsidenten ausgesprochen gehabt. Nun war man in einer merkwürdigen Situation, da *Arnold* also mit seinen eigenen Stimmen von Nordrhein-Westfalen und mit den Stimmen der SPD gewählt worden wäre. Jetzt haben die süddeutschen Herren plötzlich erklärt, das geht natürlich auf keinen Fall, und man bot Bayern die Stelle des 1. Vizepräsidenten an, die wir selbstverständlich ablehnten. Schließlich war es dann *Altmeier* von Rheinland-Pfalz, der *Arnold* als Präsidenten vorschlug, *Kopf* wurde als 1. Vizepräsident und Gebhard *Müller* als 2. Vizepräsident vorgeschlagen." Für die Überlassung dieser Abschrift aus dem Protokoll der Sitzung der CSU-Fraktion vom 14. 9. 1949 danke ich Herrn Dr. Peter Jakob *Kock*.

5 Nach Auskunft von *Weitz* gegenüber *Adenauer* hatte sich *Arnold* die Zustimmung zu seiner Kandidatur bei seinen Ministerkollegen lediglich telefonisch eingeholt und dabei *Weitz* übergangen. Vgl. Nr. 65, S. 295.

zwischen den Herren *Kopf, Stock, Altmeier* und *Müller* statt. Unsere gemeinsamen Bemühungen, die SPD-Vertreter für Dr. *Ehard* zu gewinnen, schlugen jedoch fehl. *Kopf* und *Stock* erklärten übereinstimmend, daß sie bei aller Wertschätzung der Persönlichkeit des bayerischen Ministerpräsidenten aus allgemein politischen Erwägungen nicht in der Lage seien, Dr. *Ehard* zu wählen. Dr. *Adenauer* habe es nicht einmal für notwendig gehalten, mit der SPD über die Frage der Regierungsbeteiligung überhaupt in ein Gespräch einzutreten. Andererseits sei Dr. *Ehard* der Kandidat *Adenauers*. Es sei daher untragbar für sie, Dr. *Ehard* bei dieser Sachlage zu wählen.[6] Unsere Vermittlungsvorschläge, die Frage der Wahl des Bundesratspräsidenten nach einem gewissen Turnus vorzunehmen und mit dem Regierungschef des größten Landes, nämlich Bayern, zu beginnen[7], wurden ebenfalls abgelehnt. In den folgenden Stunden, wie am Tag der Wahl selbst, haben sowohl Sie wie ich wiederholt den Versuch unternommen, Ministerpräsident *Arnold* von seinem Begehren abzubringen. Auch diese Bemühungen, die bis kurz vor Beginn der Plenarsitzung des Bundesrats fortgesetzt wurden, hatten keinen Erfolg.

Bei dieser Sachlage beschlossen wir in Übereinstimmung mit Kollege *Wohleb*, unsere Stimmen für Ministerpräsident *Arnold* abzugeben[8], um eine Bloßstellung der CDU schon bei der ersten Sitzung des Bundesrats zu verhindern und eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit unter den der CDU angehörenden Ratsmitgliedern nicht an die Öffentlichkeit treten zu lassen. Maßgebend dabei war, daß gar keine Aussicht mehr bestand, selbst wenn sich Württemberg-Baden für Dr. *Ehard* entschieden hätte[9], die Wahl des letzteren angesichts der Mehrheitsverhältnisse zustande zu bringen. Wir waren gemeinsam der Überzeugung, daß es geradezu ein gebieterisches Interesse der CDU war, in diesem Falle und bei dieser Sachlage trotz unserer bisherigen Bemühungen die Stimmen für *Arnold* abzugeben. Um jeden Anschein zu vermeiden, daß Ministerpräsident *Arnold* der Kandidat der SPD wäre, haben Sie auf unsere Bitte im Bundesrat *Arnold* vorgeschlagen.[10] Ich darf noch bemerken, daß Ministerpräsident Dr. *Ehard* bei der Vorbesprechung seine Kandidatur für erledigt erklärt hat, nachdem er von der Haltung *Arnolds* Kenntnis erhalten hatte.[11]

---

6 Vgl. die Argumentation *Kopfs* gegenüber *Ehard*, die *Adenauer* vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiedergab. Nr. 65, S. 290.

7 Von dem Vorschlag der turnusmäßigen Wahl sprach erstmals *Kopf*. Allerdings sollte nach seiner Version zunächst *Arnold* gewählt werden. Vgl. Nr. 61, S. 246. Für die Kandidatur *Arnold* war auch *Schumacher*; gegen den turnusmäßigen Wechsel wandte sich Carlo *Schmid*, Nr. 62.

8 Die Entscheidung der Mehrheit der Ministerpräsidenten für *Arnold* schlug am Abend des 6. 9. 1949 wie eine Bombe ein. Dazu die Tagebucheintragung von *Wildermuth*, der sich bei Bekanntwerden dieser Nachricht in Unkel aufhielt: „Große Verwirrung. *Arnold*, Nordrhein-Westfalen, statt *Ehard* Bundesratspräsident. CSU droht mit Sprengung der Fraktionsgemeinschaft." NL Wildermuth 28.

9 Die Haltung Württemberg-Badens war unsicher. Siehe die unterschiedlichen Auffassungen und Bedenken gegen *Ehard* in Nr. 60.

10 *Altmeier* tat dies mit folgenden Worten: „Es haben gestern Besprechungen unter den Mitgliedern des Bundesrates stattgefunden, die mich veranlassen vorzuschlagen, den Herrn Ministerpräsidenten *Arnold* zum Präsidenten des Bundesrates zu wählen." BR Sitz. Ber., S. 2.

11 *Ehard* war durch die Entscheidung des Bundesrates tief verletzt, und sein Urteil über das Verhalten seiner süddeutschen Ministerpräsidentenkollegen war nicht frei von Kritik. Vgl. Anm. 4, Nr. 64 und Nr. 65, S. 289.

Zu dieser Schilderung des tatsächlichen Ablaufs der Dinge darf ich noch bemerken, daß ich zutiefst davon überzeugt bin, daß die Nichtwahl *Ehards* ausschließlich auf die taktisch unmögliche Haltung der Bayern selbst und Dr. *Adenauers* zurückzuführen ist.[12] Bei der Stellung des Bundesrats war es von vornherein verfehlt, die Wahl des Ratspräsidenten in die Kombination der Koalitionsverhandlungen einzubeziehen.[13] Damit erst wurden die Bundesratsvertreter der SPD endgültig abgeschreckt. Ich habe gar keinen Zweifel, daß ohne diese Verständnislosigkeit für die Belange des Bundesrats, die anders gearteten Mehrheitsverhältnisse in diesem Organ und die Haltung der SPD zu der von Dr. *Adenauer* beabsichtigten kleinen Koalition die Wahl Dr. *Ehards* glatt zustande gekommen wäre.

12 Vgl. die Kritik *Müllers* in den Nrn. 26 und 27.

13 Vgl. die Stellungnahme *Ehards* in Nr. 64. Kritisch hierzu *Kaufmann* in Nr. 67.

64.

7. 9. 1949: Erklärung des Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard, in Bonn

Süddeutsche Zeitung vom 8. 9. 1949.

Die Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zum Präsidenten des Bundesrats bedeutet eine weitere Häufung von wichtigen politischen Positionen zugunsten des wirtschaftlich stärksten Landes. Diese Konzentration von Einfluß und Macht bedroht von vornherein einen gesunden föderalistischen Ausgleich. In Süddeutschland wird dieser Vorgang mit Recht das Gefühl verstärken, daß die vom neuen Machtzentrum mehr abseits liegenden Gebiete rücksichtslos beiseite geschoben werden. Befremdlich ist es, daß diese bedauerliche Situation durch das Verhalten und durch einen geradezu diktatorisch erhobenen Anspruch des Ministerpräsidenten des größten Landes herbeigeführt wurde, der sich hierbei auf einen Beschluß seines Koalitionskabinetts berief.[1]

Die bayerischen Bundesratsmitglieder sehen sich unter diesen Umständen nicht in der Lage, dieses Spiel, dessen politische Hintergründe offenkundig sind, mitzumachen[2] und den Weg zu gehen, den die anderen süddeutschen Bundesratsmitglieder der CDU, wenn auch nur notgedrungen, mitmachten.[3]

Daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates von der ihnen gebotenen politischen Situation Gebrauch machten, kann ihnen niemand verübeln.

Daß die Bundesrats-Angelegenheiten nicht mit den Fragen der Regierungs- und Koalitionsbildung oder gar der Wahl des Bundespräsidenten verkoppelt werden dürfen, war

1 Vgl. Nr. 63.

2 Bei der Wahl des Bundesratspräsidenten am 7. 9. 1949 enthielt sich Bayern als einziges Land der Stimme. BR Sitz. Ber., S. 2.

3 Zur Kritik *Ehards* an dieser Haltung Nr. 63, Anm. 4, und Nr. 65, S. 289.

von Anfang an mein Standpunkt.[4] Dieser Grundsatz ist offensichtlich verletzt worden. Aber gerade auch durch das Vorgehen von Nordrhein-Westfalen wurde der Bundesrat von vornherein leider auf eine parteipolitische Ebene gezogen.

4 Diese Auffassung ließ *Ehard* am 9. 9. 1949 durch einen Beschluß der bayerischen Staatsregierung bestätigen, in dem es hieß: „Die bayerische Staatsregierung würde es bedauern, wenn der Neuaufbau der Bundesrepublik dadurch gefährdet und Schaden erleiden würde, daß die Wahl des Bundespräsidenten gekoppelt wird mit der Regierungsbildung, die auch im Verhandlungsstadium der Wahl des Bundespräsidenten nicht voranzugehen, sondern zu folgen hat." StBkAH 12.03.

65.

8. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/1. Beginn: 16.00 Uhr. Schluß: 18.40 Uhr.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen berichten aus der heutigen Vorstandssitzung. In der heutigen Vorstandssitzung ist u. a. der Verlauf der gestrigen Sitzung[1] besprochen worden. Insbesondere hat man sich darüber unterhalten, daß es unmöglich ist, daß Anträge plötzlich gestellt werden, die nicht auf der Tagesordnung gestanden haben.[2] Es wird wohl dafür gesorgt werden, daß sich derartige Fälle in Zukunft nicht wiederholen können. Ich bin von Freunden der Fraktion, als Herr *Ollenhauer* den sozialdemokratischen Demontageantrag verlas, gefragt worden, ob ich nicht etwas dazu sagen wollte. Ich habe aber erklärt, nein. Ich glaube, es war auch richtig, daß ich das gesagt habe, man wäre ja nur als Nachbeter der anderen erschienen und man würde – das ist nämlich das wichtigste – den sehr schlechten Eindruck, den diese Sache im Ausland gemacht hat, nur noch vertieft haben. Ich hatte nachher Gelegenheit, mit Herrn *Robertson* zu sprechen, andere haben mit *McCloy* gesprochen, wieder andere mit dem Vertreter der Franzosen. Alle drei haben darin übereingestimmt, daß eine derartige Methode einer solchen Stellung und Behandlung von Anträgen der beste Weg sei, um die Demontagefrage endgültig für uns kaputtzumachen.

Ich hoffe, Sie werden damit einverstanden sein, daß ich nicht das Wort dazu ergriffen habe.

Ein weiterer Punkt betraf die Organisation bzw. den inneren Aufbau der Fraktion. Wir haben heute morgen einen Ausschuß von vier Herren im Vorstand gewählt, der bis zur nächsten Sitzung hier die nötige Vorarbeit machen soll.

(Zuruf: Wer ist das?)

Vogel, *Brentano*, *Holzapfel* und *Strauß*.

Dann haben wir einen Geschäftsordnungsausschuß gewählt, zu dem wir drei Mitglieder zu stellen haben, und zwar haben wir gewählt: *Brentano*, *Gengler* und *Horlacher*. Die

1 Konstituierende Sitzung des Bundestages.

2 Gegen Ende der ersten Sitzung des Bundestages hatten KPD und SPD Anträge zur Demontagefrage eingebracht. BT Sten. Ber., S. 6 B.

drei Herren werden über entscheidende Fragen der Geschäftsordnung uns hier berichten, ehe sie eine definitive Erklärung in dem Geschäftsordnungsausschuß [3] abgeben. Weiter waren wir der Auffassung, daß bis zur Wahl des Bundeskanzlers und der Zusammenstellung der Bundesregierung keine Sitzungen im Bundestag stattfinden sollten, die sich mit irgendwelchen Anträgen oder dergleichen beschäftigen würden, da man dadurch der künftigen Bundesregierung vorweggreifen würde und auch kein Organ da ist, das darauf antworten kann.

Wir waren weiter im Vorstand der Auffassung, daß die Koalitionsverhandlungen möglichst intensiv jetzt fortgesetzt werden sollen. Auch die Demokraten sind dieserhalb heute an uns herangetreten. Der Vorstand wird versammelt bleiben müssen. Diejenigen Mitglieder, die unbedingt nach Hause müssen, werden sich bereithalten, sofort zurückzukommen. Eine Anzahl von Vorstandsmitgliedern wird überhaupt einige Tage hier in Bonn bleiben, damit diejenigen von uns, die mit den Demokraten und der Deutschen Partei verhandeln, sich ständig unterrichten und von ihnen auch Rat holen können. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen nächsten Sonntagvormittag[4] abgeschlossen sind – ich bitte, das nicht der Presse irgendwie mitzuteilen –, und die Fraktion müßte am Sonntagvormittag wieder um 10 Uhr zusammentreten, damit wir eine Fraktionssitzung abhalten können[5], ehe wir die große Bundesversammlung[sfraktion] zusammenrufen, weil wir die Koalitionsbildung nicht in diesem großen Kreise behandeln können; denn wir sind ja doch doppelt so stark wie heute. Ich bitte Sie also, sich darauf einzurichten, daß Sie Sonntag um 10 Uhr zur Fraktionssitzung hier vollzählig anwesend sind. Wir werden dann nachmittags um 5 Uhr die Tagung der Bundesversammlungsgruppe von unserer Fraktion abhalten. Wir werden am Montagvormittag ebenfalls eine Besprechung über das Thema „Wahl des Bundespräsidenten" abhalten müssen; denn wir müssen unter allen Umständen am Montagnachmittag zur Wahl des Bundespräsidenten kommen. Wenn auch, rechtlich genommen, die Wahl des Bundespräsidenten kein Bestandteil der Koalitionsverhandlungen an sich ist, so ist es doch ganz klar, daß sie bei der Betrachtung des ganzen politischen Bildes ebenfalls mit in Rücksicht zu ziehen ist. Es wird wohl zweckmäßig sein, daß man die Frage der Person der Bundespräsidenten so lange zurückstellt, bis man mit der Deutschen Partei und den Demokraten über die übrigen Fragen, auch über die Fragen in personeller Hinsicht einig ist.

Nun haben Sie, wie jeder von uns, im Laufe der letzten Tage und auch heute sicher eine Fülle von Gerüchten und Behauptungen gehört. Das bringt jeder parlamentarische Betrieb mit sich. 90 %, vielleicht noch mehr, davon sind Märchen, sind Geschichten, die namentlich in vorgerückter Stunde entstehen. Ich habe gehört, daß um 4 Uhr diese Nacht noch Herrschaften unten gesessen haben. Wenn man so lange bei Wein und Zigarren zusammensitzt, dann ergeben sich von selbst solche Geschichten, die man aber nicht so tragisch nehmen soll. Ich glaube aber, daß jeder von uns gut daran tut, wenn er sich von allen solchen Reden möglichst fernhält. Ich selbst bin in folgender Weise hereingefallen: Als ich nach einer Fraktionssitzung im Bürgerverein das Zimmer verließ, trat der Vertreter der United Press an mich heran und fragte mich, wie sieht das Kabinett aus. Darauf habe ich ihm scherzhaft gesagt: Das Kabinett steht bei mir schon vollständig fest.

---

3 Hierzu näheres in der Wortmeldung *Schäffers* auf S. 299.

4 11. 9. 1949.

5 Nr. 68.

Dann hat der Mann an alle Welt telegrafiert, das Kabinett steht fest.[6] Ich hätte dem Vertreter der United Press etwas mehr Verständnis für Humor zugetraut. Nun, er hat es nicht gehabt, aber Sie sehen, daß man auch mit humorvollen Antworten sehr zurückhaltend sein muß, weil in unserer aufgeregten Zeit alles für bare Münze genommen wird, was keinen Anspruch darauf erheben kann, bare Münze zu sein.

Heute ist im Vorstand gesagt worden, man sei sehr beunruhigt darüber, daß Herr *Heuss* einen oberen Grad in der Freimaurerei habe. Nun stehe ich auf dem Standpunkte, daß man immer am weitesten kommt, wenn man sofort fragt. Ich habe infolgedessen Herrn *Heuss* gefragt: Wie ist es mit Ihrer Stellung in der Freimaurerloge? Darauf hat er mir gesagt, ich bin absolut in keiner drin. Dann ist z. B. heute oder gestern gesagt worden, Herr *Heuss* habe erklärt, er verzichte auf die Kandidatur, weil die Sozialdemokraten ihm seine Stellungnahme beim Ermächtigungsgesetz vorhalten wollten.[7] Ich habe ihn gefragt, wie ist es damit. Er hat geantwortet, die Frage meiner Stellung zum Ermächtigungsgesetz ist im württembergischen Landtag ein ganzes Jahr lang untersucht worden.[8] Es ist eine alte Jacke. Es stimmt, daß ich auf die Frage, halten Sie Ihre Kandidatur aufrecht, gesagt habe, ich habe ja gar keine Kandidatur aufgestellt. Also, es wird auch viel geschwätzt und geredet in diesen Tagen. Ich glaube, man sollte möglichst wenig davon für wahr halten.

Eine Sache möchte ich etwas ausführlicher darlegen, und zwar insbesondere im Hinblick auf unsere süddeutschen Freunde. Sie wissen, daß der Bundesrat gestern beschlossen hat, Herrn *Arnold*, den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, zu seinem ersten Präsidenten zu wählen.[9] Sie werden auch wissen, daß Herr *Ehard* und unsere Freunde von der CSU diese Übergehung des Ministerpräsidenten *Ehard* sehr bitter empfunden haben.[10] Es ist dadurch bei unseren CSU-Freunden eine sehr große Spannung und eine sehr große Gereiztheit entstanden; um das vorwegzunehmen.

Es ist wohl den Bemühungen des Herrn Staatsrat *Schäffer* gelungen, gestern den verständlichen und begreiflichen Unmut bei unseren Freunden von der CSU bis zu einem gewissen Grade nicht zu Taten kommen zu lassen.[11] Er hat, wie er heute im Vorstand erklärte, sich namentlich dabei auf einen Satz in einem Apostelbrief berufen: Seid langsam

---

6 Entsprechend meldete „Die Welt" am 8. 9. 1949 in großer Aufmachung auf der ersten Seite den Ausspruch *Adenauers*: „Die Regierung steht. Ich habe sie im Kopf, und das genügt zuerst."

7 *Heuss* hatte als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei am 23. 3. 1933 im Reichstag für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes gestimmt. In der der Abstimmung vorangehenden Sitzung seiner Fraktion, die nur noch aus fünf Abgeordneten bestand, hatte er dagegen votiert. Er war mit dieser Meinung aber in der Minderheit geblieben. Vgl. Welchert, S. 87. Zur Haltung der SPD zu *Heuss* ausführlicher Nr. 68, S. 316.

8 Der württemberg-badische Landtag hatte 1947 einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit dieser Angelegenheit befaßte. Aussage von *Heuss* vor diesem Ausschuß abgedruckt in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert von Martin Vogt, Tübingen 1984, S. 316–321.

9 Vgl. Nr. 63.

10 Vgl. Nr. 64.

11 Dazu der Tagebucheintrag *Blankenhorns* vom 7. 9. 1949: „Die Bayern, die an diesem Tag nicht mehr sichtbar waren, drohten mit Abreise und Ablehnung jeder Mitwirkung auf Bundesebene. Bemühungen des Staatsrats *Schäffer* und des Staatsministers *Pfeiffer* um die Beruhigung der aufgeregten Gemüter hatten jedoch Erfolg." Blankenhorn, S. 53. Vgl. Kock, S. 330f.

im Zorn![12] Das ist ein ausgezeichnetes Wort. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich es noch nicht gekannt habe, aber ich habe es mir sehr gut gemerkt; vielleicht kann man als Politiker das Apostelwort noch dahin ergänzen: Seid langsam und ausdauernd im Zorn! (Heiterkeit!) Wenn man langsam ist, braucht man ja auch genug Zeit dazu. Wenn man vergißt, gut, dann ist es vorbei, aber in der Politik soll man kein zu kurzes Gedächtnis haben, weil man sonst nie vor Wiederholungen sicher ist. Nun hat uns heute Herr Staatsrat *Schäffer* im Vorstand die Gründe, die unsere CSU-Freunde bewogen haben, diesen Akt als besonders unfreundlich anzusehen, klargelegt. Ich kann Ihnen sagen, daß sämtliche Mitglieder des Vorstandes sehr beeindruckt gewesen sind von den Ausführungen des Herrn *Schäffer*. Ich habe danach eine sehr lange Aussprache mit Ministerpräsident *Ehard* über die ganze Sache gehabt.[13] Was Herr *Ehard* mir gesagt hat, hat den Eindruck der Worte des Herrn *Schäffer* bei mir noch vertieft. Es war tatsächlich, meine Freunde, sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch und auch parteipolitisch ein ganz schweres Unglück, daß die CDU/CSU-Ministerpräsidenten nicht dafür eingetreten sind beim Bundesrat, daß Herr *Ehard* zum Präsidenten gewählt worden ist. (Zurufe: Sehr richtig!) Die Gründe sind zahlreich. Ich will Ihnen die beiden wichtigsten, namentlich für die Herren, die nicht aus Bayern sind, sagen. Sie wissen, daß man in Bayern gegen das Grundgesetz gestimmt hat[14]; ob zu Recht oder Unrecht, steht nicht mehr zur Debatte. Aber es wäre außenpolitisch von größtem Wert gewesen, wenn nun bei der ersten Konstituierung des Bundes gerade der bayerische Ministerpräsident als Präsident des Bundesrates in eine führende Rolle getreten wäre. Zweitens wissen Sie alle, daß die CSU – und Herr *Ehard* ist ja Vorsitzender der CSU – in Bayern in schwerem Kampfe mit der Bayernpartei steht.[15] Es würde ganz zweifellos die persönliche Stellung und das Ansehen des Herrn *Ehard* in Bayern sehr gehoben haben, wenn er jetzt nicht diese Niederlage hier erlitten hätte. (Zurufe: Sehr richtig!)

Es läßt sich noch manches darüber sagen, meine Freunde, die Sie nicht aus Bayern sind. Ich glaube, ich habe die Gesinnung, die Mentalität unserer bayerischen CSU-Freunde im Laufe der fast 10monatigen Dauer des Parlamentarischen Rates sehr gut kennen und auch zu einem sehr großen Teil verstehen und würdigen gelernt. Ich möchte hier in diesem Kreise eine Bitte [an Sie] richten. Sie werden, genau wie das uns in der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates ergangen ist, zunächst wenigstens über manche Stellungnahme der bayerischen Freunde zu dieser oder jener Sache etwas erstaunt sein. Aber ich würde bitten, dann nicht ohne weiteres eine abfällige Kritik zu üben, sondern zu versuchen, nach beiden Seiten gerecht zu werden. Wir müssen immer beachten, daß Bayern der einzige deutsche Staat ist, der eine innere Geschlossenheit und ein Staatsgefühl hat. Das haben die anderen deutschen Länder nicht. (Zuruf: Hamburg und Bre-

12 Jakobus 1, Vers 19 und 20: „Wisset, liebe Brüder, ein jeglicher Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn. Denn des Menschen Zorn tut nicht, was vor Gott recht ist."

13 Nach dem Bericht *Ehards* vor der CSU-Fraktion des bayerischen Landtags am 14. 9. 1949 versicherte *Adenauer Ehard* hierin, „er empfinde den Ausgang der Wahl des Bundesratspräsidenten als eine persönliche Niederlage", worauf *Ehard* erwiderte, daß er sich „in Bayern sehr schwer tun werde, [seine] Freunde zu überzeugen, daß man auf die CDU rücksichtslos alles Vertrauen setzen kann." Kock, S. 331.

14 Vgl. Kock, S. 323–326.

15 Dazu grundsätzlich Wolf, passim.

men!) Hamburg und Bremen sind mehr Städte. Aus diesem Staatsgefühl der Bayern, und zwar der verschiedenen Parteien, erklärt sich manches, was Länder, die nach dem Zusammenbruch durch die Alliierten zurechtgeschnitten worden sind, an sich nicht verstehen. Das ist das eine.

Das zweite ist – schade, daß Herr *Pfeiffer* nicht da ist – folgendes: Jeder deutsche Stamm hat seine Eigenart. So haben auch die Bayern, die übrigens aus verschiedenen Stämmen sich zusammensetzen, ihre verschiedene Eigenart. Die sollte man auch respektieren. Daher möchte ich Sie bitten, daß Sie, wenn hier oder dort im Laufe unserer Beratungen unsere bayerischen Freunde vielleicht andere Ansichten haben als andere, dem Rechnung tragen und nicht ohne weiteres, wie ich eben schon sagte, abfällig kritisieren. Ich bin überzeugt, es wird in unserer Fraktion so gehen, wie es auch in der Fraktion des Parlamentarischen Rates gegangen ist: Als wir eine Anzahl von Monaten in der Arbeit miteinander verbunden waren, haben wir uns alle miteinander gegenseitig geschätzt und aufeinander Rücksicht genommen. Wir haben alle voneinander gelernt; das muß auch das oberste Ziel in unserer großen Fraktion sein, daß wir alle voneinander lernen und nicht ohne weiteres abfällige Kritik üben.

Nun komme ich zu diesem Vorfall von gestern zurück. Das Bedauernswerte ist ja bei dieser ganzen Angelegenheit, daß ein Ministerpräsident, der der CDU angehört, nun der Gegenkandidat gegen Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* gewesen ist. Wenn es ein Sozialdemokrat gewesen wäre – das ist auch die Ansicht unserer bayerischen Freunde –, dann würde man das von seiten der CSU nicht so tragisch genommen haben, aber daß es nun gerade ein Ministerpräsident der CDU gewesen ist, das macht natürlich die Bayern außerordentlich nachdenklich. Sie werden wissen, daß in Bayern schon davon gesprochen worden ist, daß Nordrhein-Westfalen in dem neuen Deutschland nunmehr dieselbe Rolle zu übernehmen sich anschickt wie Preußen im früheren Deutschland.

(Zuruf: Das ist nicht nur in Bayern geschaffen worden . . .)

Aber auch unter diesem Gesichtspunkt bedauere ich, daß es so gekommen ist. Auf den Zwischenruf, den ich eben gehört habe, daß nicht nur in Bayern das geschaffen worden ist, möchte ich antworten: Um so bedauernswerter finde ich, daß die Ministerpräsidenten der anderen süddeutschen Länder Herrn *Ehard* glatt im Stich gelassen haben.[16] (Zurufe: Sehr richtig!)

(Dr. *Hilpert:* Er ist leider gar nicht vorgeschlagen worden. Hätte man ihn vorgeschlagen, dann wäre er von den süddeutschen Ministerpräsidenten unterstützt worden.)

Herr *Hilpert*, Sie wissen ganz genau, daß eine Vorbesprechung der CDU/CSU-Mitglieder des Bundesrates stattgefunden hat.[17] Über diese Vorbesprechung hat mir Herr Ministerpräsident *Ehard* eine Schilderung gegeben, die ganz klar erkennen läßt, daß man auf keine Weise nach anfänglichem Zögern eine Haltung eingenommen hat seitens der übrigen süddeutschen Länder, die dem Standpunkt unserer bayerischen Freunde gerecht wurde. (Hört, hört!) Daß das geschehen ist, hat die Verstimmung bei Ministerpräsident *Ehard* und bei unseren bayerischen Freunden noch vertieft. Es steht noch gar nicht fest, wie das, ich muß Ihnen gestehen, sehr traurige Ergebnis zustande gekommen ist. Während Herr Ministerpräsident *Arnold* dem Herrn *Kaiser*, der augenblicklich in Düsseldorf mit *Arnold* spricht, gesagt hat, der Fehler liege daran, daß wir von der Bundestagsfrak-

16 Diese Kritik ist später verschärft und auf *Altmeier* konzentriert worden. Vgl. Nr. 63, Anm. 1.

17 Vgl. Nr. 63.

tion aus ihn nicht darüber unterrichtet hätten, daß ein Teil der Koalitionsverhandlungen die Wahl des Herrn *Ehard* zum Bundesratspräsidenten gewesen sei, hat heute mittag Herr *Kopf*, der Ministerpräsident von Niedersachsen, dem Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* erklärt, die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wären an sich bereit gewesen, den Herrn *Ehard* zu wählen, (Zurufe: Hört, hört!) aber es sei ihnen gesagt worden, daß die Wahl des Herrn *Ehard* ein Teil der Koalitionsabmachung mit den Demokraten und der Deutschen Partei gewesen sei, deswegen hätten sie es nicht tun können. (Zurufe: Hört, hört!) Sie haben also da zwei Erklärungen. Ich habe das eben von Ministerpräsident *Ehard* – er war gerade bei mir – gehört. Wir werden auch diesen Dingen weiter nachgehen müssen.

Alles in allem genommen sieht es nach außen so aus, als wenn – und ich neige dazu, daß diese Annahme richtig ist – von der Sozialdemokratischen Partei aus man versuche, unter uns Uneinigkeit zu stiften. (Zurufe: Sehr richtig!) Das versucht man auf alle und jede Weise. Hier in dieser Angelegenheit – das ist einstweilen meine Meinung – ist es der Sozialdemokratie gelungen, das zu erreichen. Deswegen finde ich das gerade so bedauerlich. Seien wir uns darüber klar, daß wir bei den außerordentlich wichtigen Entscheidungen, die wir beschlossen haben und die wir jetzt beginnen, in die Tat umzusetzen, nur dann die von uns erstrebte Politik wirklich durchführen können, wenn wir innerlich geschlossen und einig sind. Darum bitte ich dringend, jeder möge zu seinem Teil unter Zurückstellung aller persönlichen und sonstigen Wünsche aus ganzer Kraft dazu beitragen, daß wir in dem jetzigen gefährlichen Stadium – gefährlich deshalb, weil wir uns erst so kurze Zeit kennen und trotzdem so wichtige und weittragende Entscheidungen treffen müssen – uns nicht auseinanderreden, sondern einig und geschlossen bleiben, (Bravo!) und daß auch diejenigen von uns, die in der Abstimmung mal in einer Minderheit geblieben sind, dann die Beschlüsse der Mehrheit respektieren. Ich hoffe, daß wir aus der Angelegenheit der Wahl des Bundesratspräsidenten nun alle miteinander den notwendigen Schluß ziehen, daß wir einig und geschlossen bleiben müssen und daß wir uns durch die gerissenste Taktik und durch die geschickteste Manövrierkunst der Sozialdemokratie nicht die Köpfe verwirren und auseinanderbringen lassen dürfen.

Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Zeit eine Koalitionsregierung auf die Beine zu stellen, dann haben wir in der Öffentlichkeit einen großen Teil unseres Ansehens verloren. Dann werden die Sozialdemokraten diejenigen sein, die triumphieren. Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Ich habe eben schon erwähnt, Herr *Kaiser* ist nach Düsseldorf zu Herrn *Arnold*, und zwar auf dessen Wunsch. Herr *Arnold* hat auch den Wunsch, morgen mit mir eine Aussprache hier in Bonn zu haben. Diese Aussprache wird morgen stattfinden.[18] Wir werden bei dieser Aussprache versuchen, einen Schlußstrich unter das zu machen, was sich in den letzten Tagen ereignet hat, darüber hinaus aber noch zwei Dinge zu erledigen [haben]. Einmal muß zwischen den CDU/CSU-Angehörigen im Bundesrat und unserer Fraktion eine Verbindung hergestellt werden, damit im Bundesrat von unseren Leuten nicht eine Politik getrieben wird, die der Politik hier unserer Fraktion zuwider ist. Im Bundesrat sind, wie Sie wissen, die Sozialdemokra-

18 Hierzu Blankenhorn, S. 55: „Nachmittags Aussprache *Adenauer-Arnold* über die große oder kleine Koalition, zu der Jakob *Kaiser* und ich später hinzugezogen wurden. *Adenauer* spricht sich mit Nachdruck gegen die große Koalition aus." Daß *Arnold* zu dieser Zeit den Gedanken an eine große Koalition noch immer nicht aufgegeben hatte, erhellt eine Erklärung, die er am selben Tag gegenüber der Presse abgab. Hierin hieß es, daß nach seiner Ansicht „die Gespräche mit der SPD über die Regierungsbildung durchaus fortgesetzt werden könnten". Hüwel, S. 211.

ten sehr stark. Bei der Struktur unserer Verfassung kann der Bundesrat sehr viel Schwierigkeiten dem Bundestag und der Bundesregierung machen. Dem muß nun von vornherein jetzt vorgebeugt werden, daß wir nämlich nicht auseinandergehen: wir mit unserer Meinung und die Bundesratsleute mit ihrer Meinung. Das ist das eine, was geschehen muß. Das zweite ist folgendes: In einem anderen Zusammenhang habe ich unlängst gesagt, daß wir nicht wie die Sozialdemokratie eine einheitliche Partei sind mit einer einheitlichen Organisationsspitze. Dasjenige Organ, was alle verbindet, ist diese Bundestagsfraktion. Deswegen hat diese Bundestagsfraktion eine besonders große Verantwortung gegenüber der Gesamtpolitik, die die CDU/CSU in allen drei Zonen treibt und treiben muß. Wenn sie diese große Verantwortung hat und das einzige Organ ist, das wir z. Zt. haben und das gemeinschaftlich alle drei Zonen umfaßt, dann ist es auch nicht möglich, daß, wenn wir nun in wichtigen Fragen hier eine bestimmte Politik beschlossen haben, von irgendeiner Seite her dagegen quergeschossen wird, daß ein Ministerpräsident oder eine Landespartei, sei es, wer es sei, dagegen nun in irgendeiner Form etwas tut. Dadurch würden wir an innerer Kraft und Geschlossenheit und an äußerem Ansehen in höchstem Maße einbüßen.

Das ist doch immer die Theorie des Herrn *Schumacher*, auf die gestützt er geglaubt hat – er hat es noch vier Wochen vor der Wahl pflichtgemäß nach London berichtet –, daß die SPD die Regierungspartei sein würde[19], wie ich aus zuverlässiger englischer Quelle weiß. Das war immer die Überzeugung des Herrn *Schumacher*, wir, die CDU/CSU seien, wie er sich ausdrückt, ein in einer Schrecksekunde zusammengelaufener Haufen[20], der morgen oder übermorgen wieder auseinanderfallen werde. Das war nicht nur sein Wunsch, sondern das war auch, wie ich glaube, seine Überzeugung. Ich verhehle nicht, daß manche Vorgänge in den drei Westzonen in unseren Parteien eine gewisse Berechtigung zu einer solchen Meinung hätten geben können. Um so mehr müssen wir in der Bundestagsfraktion – ich wiederhole diese Worte, weil ich das für eine ganz wesentlich politische Aufgabe unserer Fraktion halte – besorgt sein, in den großen Linien eine Politik zu machen, die zielbewußt ist und auf unseren Grundsätzen beruht, die dann aber auch in allen drei Zonen und allen Ländern als Politik der CDU/CSU respektiert wird.

Es lag mir daran, weil doch gerade in Bayern, wie ich fürchte, die Sache mit der Wahl des Bundesratspräsidenten noch nicht erledigt ist, Ihnen in aller Ausführlichkeit diese Dinge hier vorzutragen, damit Sie sehen, wie der Vorstand darüber denkt, und hoffentlich auch dazu beizutragen, daß die, ich unterstreiche es nochmals, berechtigte Entrüstung in Bayern nunmehr auch zum Abflauen kommt.

Nun zur Frage der Koalitionsverhandlung. Der Vorstand war der Ansicht, daß zunächst einmal mit den Partnern in der Koalition ohne Nennung von Personen über die Verteilung der Ministerien gesprochen werden sollte. Wenn man dann eine Einigung erzielt habe, sollte man zu dem zweiten Kapitel kommen. Ich möchte Ihnen aber nun, wo wir hier versammelt sind, folgendes sagen, was ich heute morgen auch dem Vorstand gesagt habe. Der Bundeskanzler hat nach dem Grundgesetz eine viel größere Verantwortung als

19 Vgl. dagegen Nr. 32.

20 In einer Wahlrede in Rosenheim am 5. 6. 1949 hatte *Schumacher* ausgeführt: „Die CDU/CSU ist ein zusammengelaufener Haufen politisch Unmündiger, die unwissentlich und gegen die eigenen Interessen ihrer Armut den kapitalistischen Naturschutzpark des von dieser Partei begünstigten Prof. *Erhard* aufrechterhalten helfen." ACDP, I–021–027 (NL Hilpert).

der Reichskanzler nach der Weimarer Verfassung.[21] Er trägt in erster Linie diese Verantwortung. Die Verantwortung ist so ungeheuer groß bei der unendlich schwierigen Lage Deutschlands, daß man wohl dem Bundeskanzler, gleichgültig wie er heißen mag, in der Frage der Bildung der Regierung, mit der er arbeiten muß und für die er die Verantwortung trägt, einen entsprechenden Einfluß einräumen muß, und daß bei der Auswahl der Minister die fachliche Eignung ein ganz entscheidendes Moment bedeutet. Wenn diese Bundesregierung, die wir zu schaffen im Begriffe sind, nicht in sich die Kraft und die Fähigkeit hat, wirklich etwas zu leisten während der nächsten vier Jahre, dann fängt sie besser überhaupt nicht an. Daher glaube ich, daß man – Sie haben einstimmig beschlossen, mich zum Bundeskanzler zu nominieren[22] –, wenn man jemand eine solche Aufgabe anvertraut, man auch das Vertrauen zu ihm haben muß, daß er bei der Regierungsbildung unter Berücksichtigung aller der Gesichtspunkte, die wirklich berücksichtigt werden müssen, das Beste tut, was er zu tun in der Lage ist. Ohne ein solches Vertrauen, meine Freunde, kann ein Bundeskanzler nicht arbeiten. Ich habe Ihnen, als Sie mich dazu bestimmt haben, gesagt, daß ich unter Umständen schwierig sei. Ich erkläre Ihnen, wie ich das auch den Demokraten und der Deutschen Partei sagen werde, in erster Linie muß ich, wenn ich Bundeskanzler werde, die Überzeugung haben, daß der für ein bestimmtes Ministerium benannte Mann wirklich in der Lage ist, dieses Ministerium zu führen. Es darf nicht so gehen, wie es bei den Regierungsbildungen zwischen 1920 und 1930 vielfach gegangen ist, daß man etwas zusammengeflickt hat, von dem man von vornherein wußte, es ist mehr oder weniger brüchig und nicht in der Lage, die Sache zu meistern.

Es kommt noch ein weiteres hinzu gegenüber der Zeit der Weimarer Republik. Auf vielen Gebieten müssen diese Ministerien ja erst neu geschaffen und zusammengestellt werden. Der Minister, der jetzt etwas übernimmt – sagen wir mal das Ministerium des Innern –, findet ja noch nichts vor. Er ist aber in erster Linie uns allen gegenüber dafür verantwortlich, daß er ein Ministerium aufbaut, das wirklich leistungsfähig ist. Er kann aber ein solches Ministerium nicht aufbauen, wenn er von der ganzen Sache keine Ahnung hat. Und daher glaube ich, daß die Fraktionen der Koalitionsparteien das Vertrauen haben müssen, daß man mit dem Ziele, eine leistungsfähige Regierung zu schaffen, arbeitet und deswegen ein gewisses Vertrauen zu dem Bundeskanzler haben muß, sonst kann er eben die Aufgabe nicht übernehmen.

Selbstverständlich werden Sie zur richtigen Zeit, hoffentlich am Sonntagvormittag, vom Vorstand und von mir über alles unterrichtet werden.[23] Dann wird natürlich die Möglichkeit bestehen, sich darüber auszusprechen. Aber zerreden kann man alles, keiner ist vollkommen, an jedem kann man etwas aussetzen. Man sollte nur dann etwas aussetzen, wenn man wirklich die berechtigte Überzeugung hat, daß es sich um ausschlaggebende Dinge dabei handelt.

Das Ihnen einmal vorzutragen, lag mir sehr am Herzen. Ich bitte Sie vor allem, sich in gar keine Redereien einzulassen; fest steht überhaupt noch nichts. Sie werden zur richtigen Zeit ins Bild gesetzt.

---

21 Vgl. Nr. 25 mit Anm. 1.

22 Vgl. Nr. 50, S. 191.

23 Vgl. Nr. 68, S. 318–322.

Es wäre mir nun sehr lieb, wenn Sie zu diesen Fragen, die ich eben angeschnitten habe, etwas sagen würden.

(*Hoogen:* Herr Dr. *Adenauer*, Sie sagten, es wäre Zeit, die Verbindung zwischen der Bundestagsfraktion und der Bundesratsfraktion herzustellen. Ist das so zu verstehen, daß eine Übereinstimmung hinsichtlich der Person des Präsidenten des Bundesrats zwischen Ihnen und den CDU/CSU-Ministerpräsidenten nicht zu erzielen ist?)

Ich kann dazu nur folgendes sagen: Herr *Arnold* führt zur Erklärung für sein Verhalten an, daß ihm nichts darüber gesagt worden sei, daß wir den Wunsch hätten, daß Herr *Ehard* Bundesratspräsident würde. Herr *Kopf* führt an, daß sie den Herrn *Ehard* deswegen nicht gewählt hätten, weil sie dahin unterrichtet worden seien, daß die Wahl des Herrn *Ehard* ein Punkt der Koalition gewesen sei.

Schon aus diesen einander direkt widersprechenden Darstellungen werden Sie erkennen können, daß etwas nicht stimmt. Ich möchte nun folgendes sagen: Bei der ersten Besprechung, die wir in Rhöndorf hatten[24] und bei der anwesend gewesen sind Herr Ministerpräsident *Altmeier*, Herr Staatspräsident *Müller* von Tübingen und Herr *Hilpert*, habe ich ausdrücklich gesagt, daß Bayern den Wunsch habe, daß Herr *Ehard* der erste Bundesratspräsident werde.[25] Ich habe bei der Gelegenheit auch die Gründe dafür angegeben, und keiner hat etwas dagegen eingewandt. Dann habe ich weiter, weil ich nicht im Traum daran gedacht habe, daß nun Herrn *Ehard* diese Sache durch einen zu uns gehörenden Ministerpräsidenten strittig gemacht werden könne, entsprechend Ihrem Auftrag nur die Demokraten angegangen, dafür zu sorgen, daß der Herr *Maier* aus Stuttgart für Herrn *Ehard* stimme[26], weil er unter Umständen ausschlaggebend sei. Das ist von mir geschehen. Die Demokraten haben auch Herrn *Maier* dementsprechend verständigt.

Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Die Gründe, die wir wegen der Kandidatur *Ehards* in Ellwangen[27] angeführt haben, brauche ich nicht näher darzulegen. Es handelt sich um ein Land, das gegen die Verfassung stimmt; das war der sachliche Gesichtspunkt.

Herr *Kaufmann* hat uns erklärt, Herr Dr. *Maier* werde diese Bindung nicht eingehen, wenn eindeutig feststünde, daß Herr *Heuss* Bundespräsident würde. Es sind dies keine zusammengehörenden Dinge, und in diesem koalitionspolitischen Dreieck liegt nach meiner Ansicht eine weitere Erschwernis. Ich habe schon in Rhöndorf auf die Bedeutung des Bundesratspräsidenten als ein blockierendes Instrument mit zentralistischer Tendenz gegenüber dem föderativen Bundesrat[28] hingewiesen. Ich verkenne keineswegs, daß der Bundeskanzler die Minister nach fachlicher Eignung aussuchen muß, aber ich bin der Meinung, daß insbesondere, soweit es sich um die von den schwächeren Koalitionspartnern vorgeschlagenen Herren handelt, es gut wäre, wenn wir uns in der Fraktion darüber verständigten. Ich weise besonders auf die föderativen Gesichtspunkte hin. Nach dem Grundgesetz sollen besonders landsmannschaftliche Zusammenhänge berücksichtigt werden. Ich halte es für dringend nötig, daß nicht der Eindruck erweckt

24 Vgl. Nr. 18.

25 Vgl. die Nrn. 26 und 27.

26 Vgl. Nr. 59, S. 223, und Nr. 61, S. 268.

27 Vgl. Nr. 16.

28 In der Vorlage „Bundestag".

wird, als ob die regionalen Dinge eine verhältnismäßig einfache Zusammenstellung der Regierung wären. Gerade nach dem Vorgang mit dem Bundesratspräsidenten möchte ich da meiner großen Besorgnis Ausdruck geben und bitten, insbesondere die Frage der Staatssekretäre in Erwägung zu ziehen. Die Staatssekretäre können bekanntlich eine ganz besondere Bedeutung bekommen. Ich glaube, man müßte sich nicht nur über die Minister, sondern auch über die Staatssekretäre verständigen, weil ich da Möglichkeiten sehe, eventuell gewissen landsmannschaftlichen Notwendigkeiten zu entsprechen. Das möchte ich besonders für die süddeutschen und die westdeutschen Freunde nachdrücklich zum Ausdruck bringen. Ich habe schon Herrn Staatssekretär Dr. *Strauß*, Herrn Ministerialrat *Hermans* und Herrn Regierungspräsidenten Dr. *Zimmer* gebeten, in der Zwischenzeit im Lande Umschau zu halten, wieweit wir die Regierung so unterbauen können, daß sie auch in den einzelnen Ländern die Berücksichtigung findet, die dringend notwendig ist.

Dr. Adenauer: Die Ausführungen von Herrn *Hilpert* sind durchaus richtig. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in den verschiedenen Ländern die berufenen Organe angewiesen würden, uns mitzuteilen, welche Herren für diese oder jene Stellung in den einzelnen Ministerien in Frage kommen. Die Frage ist mindestens so wichtig wie die der Minister.

Ich bin überrascht zu hören, daß Herr *Maier* von Stuttgart eine solche Erklärung abgegeben hat. Ich höre das zum ersten Mal. Auch Herr *Ehard* hat mir nichts davon gesagt, sondern ich habe nur von ihm gehört, daß Herr *Maier*, da er gesehen habe, daß die CDU/CSU-Ministerpräsidenten der anderen Länder bereit gewesen seien, Herrn *Arnold* zu wählen, dann auch nichts mehr gesagt habe. Aber ich weiß nicht, was vor sich gegangen ist. Ich weiß bis jetzt noch nichts.

(Dr. *Hilpert*: Ich hatte die Absicht, Sie am Abend[29] zu sprechen, ich habe Sie nicht mehr erreichen können. Im zweiten Akt war es für Herrn *Maier* sehr leicht, den Beweis guter Freundschaft zu geben. Ich hatte gesagt, lassen wir den *Maier* stolpern, damit wir sehen, was von der Sache zu halten ist.)

Herr *Gereke* kam auf der Reise nach Unkel, wo die CDU-Mitglieder eine Vorbesprechung hatten[30], durch Bonn und besuchte mich, wobei er mitteilte, er hätte von Herrn *Kopf* gehört, daß die Sozialdemokraten sich mit Herrn *Arnold* dahin verständigt hätten, Herrn *Arnold* zu wählen. Darauf habe ich Herrn *Kaiser* gebeten, sofort Herrn *Arnold* anzurufen und ihn zu bitten, auf der Fahrt nach Unkel hier durch Bonn zu kommen. Das ist auch geschehen. Dann haben *Hilpert*, *Kaiser* und ich mit *Arnold* gesprochen und ihm die Sachlage vorgehalten. Er war nicht bereit, eine andere Stellung einzunehmen. Dann war in Unkel diese Vorbesprechung, zunächst der CDU/CSU-Leute und dann aller Teilnehmer. Ich hörte davon am anderen Morgen früh und habe dann nach dem Gottesdienst wieder mit Herrn *Arnold* in Gegenwart von Herrn *Kaiser* gesprochen. Aber auch da hat Herr *Arnold* sich unzugänglich gezeigt, so daß, wenn nicht Herr *Gereke* mir mitgeteilt hätte, was ihm der Herr *Kopf* gesagt hat, ich überhaupt nichts davon gehört hätte, daß der Herr *Arnold* Bundesratspräsident werden sollte.

Was den Kabinettsbeschluß von Nordrhein-Westfalen angeht, so muß ich jetzt folgendes sagen, damit bei unseren bayerischen Freunden kein falscher Eindruck entsteht. Das Kabinett besteht aus fünf CDU-Leuten, darunter der Ministerpräsident, aus vier

29 6. 9. 1949.

30 Vgl. Nr. 63.

Sozialdemokraten und einem Zentrumsmann, dem Herrn *Amelunxen*. Es hat keine Kabinettssitzung stattgefunden, sondern Herr *Arnold* hat an demselben Morgen, an dem gegen Mittag Herr *Gereke* zu mir kam, sieben seiner Minister telefonisch angerufen und gefragt, ob sie damit einverstanden wären, daß Nordrhein-Westfalen in seiner Person das Amt für sich verlange. Herr *Weitz* hat mir das gesagt, er ist nicht angerufen worden, und er hat infolgedessen auch erklärt, daß kein Kabinettsbeschluß vorliege.[31] Es sei keine Einladung erfolgt, und das ganze Verfahren widerstrebe der Geschäftsordnung für die Kabinettssitzung.

Das Wort hat Herr *Laforet*.

Dr. Laforet: Nur zu einer kurzen rechtlichen Erklärung habe ich ums Wort gebeten. Es ist vielleicht überraschend, daß der Präsident erklärt hat, daß der künftige Minister sein Vertrauen haben muß, aber das haben wir in Bonn ausdrücklich klargestellt. Der Minister bedarf des Vertrauens des Kanzlers, nicht des Parlaments, das wurde ausdrücklich abgelehnt. Das Bonner Grundgesetz gibt Ihnen – wollen Sie das bitte nachlesen – die klare Fassung. Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt. Das Parlament kann aus dem Kabinett keine Minister ausschließen. Es kann nur eine Kanzlerkrisis eintreten, wenn einer Forderung des Parlaments entsprechend der Kanzler den Entlassungsantrag an den Bundespräsidenten stellt.[32] Es ist auf der anderen Seite klargestellt, daß der Kanzler eine Liste seiner Vertrauensmänner dem Parlament unterbreitet, bevor er ernannt wird[33], auf Grund der Besprechungen mit seiner Partei und auf Grund der Koalitionsbesprechungen, aber über die Minister und Staatssekretäre wird allein durch die Wahl des Kanzlers entschieden. Alle anderen Auffassungen sind irrig und mit dem Wortlaut des [Grund]Gesetzes nicht zu vereinbaren.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kather*.

Dr. Kather: Diese Ausführungen von unserem Freund *Laforet* dürfen meiner Ansicht nach nicht unwidersprochen bleiben. Herr *Laforet* hat uns die staatsrechtliche Seite der Angelegenheit aufgezeigt, aber für uns handelt es sich hier um etwas anderes. Es handelt sich darum, ob wir ein Wort sagen dürfen zu der Ministerliste, die Herr *Adenauer* . . .

(Dr. *Adenauer*: Das ist doch selbstverständlich!)

Ich möchte nur das eine sagen, wenn das hier in dieser Schärfe herausgestellt wird und so gehandhabt würde, dann würde unsere Fraktion die einzige sein, die nicht zu diesen Fragen Stellung zu nehmen hat. (Zurufe: Oho!) Jawohl; denn die anderen Koalitionsparteien werden sich durchaus mit der Frage beschäftigen, welche Minister sie haben wollen oder nicht. Nachdem aber Dr. *Adenauer* gesagt hat, daß es selbstverständlich ist, daß wir uns über diese Frage aussprechen werden, kann ich mir weitere Ausführungen schenken. Ich wollte sonst zum Ausdruck bringen, daß er bisher mit keinem Wort sowohl über die sachliche wie die persönliche Seite gesprochen hat.

Dr. Adenauer: Das letztere ist absolut richtig; das habe ich auch noch nicht getan. Ich war bisher dazu noch nicht in der Lage. Die offiziellen Verhandlungen mit den anderen

---

31 Zur Haltung von *Weitz* ebenda.

32 Diese etwas unklare Formulierung bezieht sich auf das konstruktive Mißtrauensvotum, Art. 67 Abs. 1 GG.

33 Das GG enthält keine solche Vorschrift.

haben noch nicht begonnen. Es waren lediglich unverbindliche Besprechungen mit den Herren *Blücher* und *Hellwege*, bei denen weder von deren Seite noch von meiner Seite irgendwie auch nur eine Zusage gemacht worden ist.

Ich habe eingangs meiner Ausführungen gesagt, daß Sie rechtzeitig ins Bild gesetzt werden, um darüber zu sprechen. Ich habe die Bitte hinzugefügt, daß man eine Sache nicht zerreden soll – das kann man sehr gut, weil sich an jedem etwas aussetzen läßt –, sondern daß man sich in der Kritik auf die wirklich entscheidenden Gesichtspunkte beschränkt. Daraus geht hervor, daß selbstverständlich unsere Fraktion in ausgiebiger [Weise] Gelegenheit erhält, dazu Stellung zu nehmen.

Das Wort hat Herr Dr. *Jaeger*.

Dr. Jaeger: Sie können sicher sein, so merkwürdig, wie wir manchmal Ihnen vorkommen, kommen Sie uns wieder vor. Unser bayerisches Wappentier ist keine Sphinx, sondern ein Löwe, ist ein Tier von Charakter. Es weiß, was es will, und wenn es brüllt, soll man darauf achten. So dürfen Sie also darauf achten, wenn der bayerische Löwe heute brüllt; denn er hat gestern genug Grund dazu erhalten. Man kann die Frage des Präsidenten des Bundesrates verfassungsrechtlich völlig von der Frage der Koalition trennen; ebensogut die Frage des Bundespräsidenten. Man wird das in fünf Jahren wahrscheinlich auch tun; denn in fünf Jahren hat man die neue deutsche Bundesregierung bereits ein Jahr vorher gebildet. Diesmal kann man es nur theoretisch machen.

Wenn wir hier eine Situation vorgefunden haben, in der der Bundespräsident und alles übrige bereits verknüpft waren mit der Koalition, dann ist es wahrscheinlich nicht die Schuld der CDU, sondern eben der Verhältnisse; jedenfalls ist dieser Gedanke von Dr. *Adenauer* zum Ausdruck gebracht worden. Es ist auch klar ausgesprochen worden, wenn wir uns schon auf *Heuss* einigen, müssen wir daran denken, daß wir die liberalen Stimmen brauchen, damit *Ehard* Präsident des Bundesrates wird. Wenn meine bayerischen Freunde und ich starke und stärkste Bedenken gegen *Heuss* schließlich zurückgestellt und zugestimmt haben bei der Abstimmung, so haben wir es wegen der Gesamtkoalition und auch wegen der Inaussichtstellung dessen getan, daß Dr. *Ehard* diese hervorragende Stellung im Bundesrat bekommt. Wenn er nun diese Stellung nicht bekommen hat, so wird für uns alles andere, sagen wir nun, etwas unverbindlicher als vorher.

Wir müssen nun sicherstellen, daß der bayerische Anschluß in anderer Weise gesichert ist. Wir stehen in Bayern in einem ausgesprochen harten Kampf auf Leben oder Tod mit einer Partei, die Sie alle kennen. Das ist ein Gesichtspunkt, den Sie berücksichtigen müssen. Mein Freund *Strauß* und ich sind die beiden Kandidaten der Union, die sich in den 12 bayerischen Kreisen allein haben durchsetzen können. Uns ist im ganzen Wahlkampf immer wieder das Sündenregister der CSU vorgehalten worden, von denen die erste und hauptsächlichste Sünde war, daß wir in Frankfurt mit der CDU zusammengearbeitet haben, und daß sie nach Bonn überhaupt hingegangen ist. Man wirft uns in der übelsten Weise vor: Ihr habt gegen das Grundgesetz gestimmt, und Dr. *Ehard* kann nichts mehr werden, und ihr könnt euch in Deutschland nicht mehr blicken lassen.

Die Union hat damals im Landtag die erste Frage verneint, aber die zweite Frage bejaht, d. h. sie hat zu dieser Verfassung nein gesagt aus guten Gründen, über die man verschiedener Meinung sein kann; sie hat aber ebenso deutlich zu Deutschland ja gesagt.[34] Dieses zweite Ja ist mir in jeder Wahlversammlung von Diskussionsrednern vorgeworfen

34 Dazu Kock, S. 323ff.

worden. Mit diesem zweiten Ja zu Deutschland haben wir den Verlust von 17 Mitgliedern zu verdanken, die heute in der Bayernpartei sind.[35] Im Wahlkampf habe ich den Standpunkt vertreten, eine Splitterpartei wie die Bayernpartei kann im Bundestag bei 400 Abgeordneten nichts erreichen, aber wir, selbst wenn wir etwas angeschlagen werden durch die Bayernpartei, sind stark durch das Bündnis mit den Freunden von der CDU. Deshalb können wir mit denen auch für die bayerische Heimat etwas erreichen. Dies hat auch im allgemeinen eingeleuchtet.

Nun stellen Sie sich unsere Enttäuschung vor, wenn unter den Männern, die jetzt in Deutschland herausgestellt worden sind, sich kein einziger Bayer befindet. Wenn wir aber fast soweit gekommen sind, daß doch noch ein Bayer dabei gewesen wäre, nämlich Dr. *Etzel* von der Bayernpartei als Vizepräsident des Bundestages[36], dann hätte man uns sagen können, seht ihr, die kleinen Parteien, weil sie mit den sogenannten Preußen nicht paktieren, die bringen es zu etwas, ihr aber bringt es zu nichts. Ich bitte auch, das zu überlegen und sich Zurückhaltung aufzuerlegen, wenn wir schon im schwersten Kampf gegen die Bayernpartei stehen, daß nicht von hier aus der Bayernpartei Konzessionen gemacht werden, während man uns keine macht. Ich glaube, für Sie vertreten wir Bayern und nicht die Bayernpartei. In einem Punkt ist unser Kampf noch bedeutender: Wir kämpfen nicht nur für die Union, sondern indem wir für die Union kämpfen, helfen wir in Bayern auch Deutschland. Das vergessen Sie bitte nicht!

Dr. Adenauer: Können wir damit dieses Thema verlassen? (Zustimmung) Dann darf ich im Nachklang dazu mir eine Frage erlauben, obgleich Herr *Schäffer* nicht hier ist: Wird eigentlich Herr Prof. *Erhard* als Bayer anerkannt oder nicht? Darauf müssen wir eine Antwort haben.

(Prof. Dr. *Erhard*: Die Frage ist offen an mich gestellt. Ich kann vom 16. Jahrhundert an meine bayerische Abstammung nachweisen.)

Das Wort hat Herr *Strauß*.

Strauß: Darf ich die gemeinsame Meinung unserer Freunde wiedergeben. Es gibt niemand unter uns, der etwa den bayerischen Ariernachweis des Herrn Wirtschaftsdirektors Prof. Dr. *Erhard* bestreiten möchte. Ob es nun die sechzigste oder fünfundsiebzigste Generation ist, er wird von uns in seiner biologischen Abstammung ohne weiteres als 100%iger Bayer anerkannt.

(Dr. *Adenauer*: Sie haben nicht gehört, was Herr *Strauß* unterstrichen hat: die biologische Abstammung.)

Aber – und das ist etwas, was nicht gegen den Prof. *Erhard* spricht, sondern was ihn in diesem Falle über die bayerische Repräsentanz hinaushebt – Prof. *Erhard* ist durch seine Wirtschaftspolitik in Frankfurt zu einem Exponent der gesamten deutschen Wirtschaft geworden, ohne daß er noch geographisch lokalisiert werden kann. (Heiterkeit)

(Zuruf: Wenn ein Bayer etwas geworden ist, dann ist er kein Bayer mehr.)

Wir haben aus diesem Grunde in Bayern schweren Herzens den Prof. *Erhard* der CDU in Württemberg abgetreten[37], weil die ihn noch nötiger gebraucht hat als wir. Wir hätten ihn damals ebenfalls gerade in Nordbayern in den schwierigen Verhältnissen in Mittel-

35 Gemeint sind die 17 Bundestagsabgeordneten, die die Bayernpartei im 1. Bundestag stellte.

36 Vgl. Nr. 61, S. 269, und Nr. 78, S. 426.

37 *Erhard* kandidierte in der Bundestagswahl 1949 wie auch später für die CDU im Wahlkreis Ulm.

franken oder in Schwaben als Spitzenkandidat aufgestellt, aber Prof. *Erhard* fühlt sich heute und hat sich damals als Vertreter der gesamtdeutschen Wirtschaft und der Interessen der Union gefühlt.

Ich habe in einer Wahlversammlung, die Prof. *Erhard* in meinem Wahlkreis gehalten hat, ihm eines dabei besonders hoch angerechnet. Er hat damals erklärt, daß er sich als ein Mann, der das Steuer der deutschen Wirtschaft in einer entscheidenden Stunde herumgerissen hat, sich vor unsere Gesamtpartei hingestellt hat, weil es in dieser Stunde galt, persönliche Wünsche und Lokalinteressen zurückzustellen. Darum bitte ich, Herrn Prof. *Erhard* – wir würden ihm unrecht tun, wenn wir es täten – hier nicht als einen Repräsentanten der CSU und als einen Kompensationsfaktor zum Bundesratspräsidenten zu betrachten.

Dr. Adenauer: Daran hat wohl niemand gedacht, wenigstens ich nicht. Aber es lag mir daran, wenn ich mir das Ganze so vorstelle, mal über den Prof. *Erhard* und den bayerischen Standpunkt eine gewisse Klarheit zu bekommen. Nun kann ich das so zusammenfassen: biologisch ja, aber sonst nicht einwandfrei! (Heiterkeit)

In der Zwischenzeit ist Herr *Schäffer* erschienen; er wird uns über den Ältestenausschuß Bericht geben.

Staatsrat Schäffer: Zunächst ist für uns am interessantesten die Frage der nächsten Plenarsitzung mit der Behandlung der Demontageanträge[38] usw., die gestern eingereicht worden sind. Es wurde beschlossen, darüber erst einen Beschluß in der nächsten Sitzung des Ältestenrates, die vorerst auf Dienstag[39], 9 Uhr, festgesetzt ist, zu fassen, wobei man hofft, daß bis Dienstag, 9 Uhr, die Wahl des Bundespräsidenten abgeschlossen sein wird. Man ist im Ältestenrat zu der Überzeugung gekommen, daß unter Umständen aus rein technischen Gründen dieser Wahlakt ziemlich viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: vorläufige Regelung der persönlichen Finanzfragen für den Monat September. Es wurde im Ältestenrat beschlossen: 1. für den Monat September die allgemeinen Diäten auf den Betrag von 500,– DM festzusetzen, der als Vorschuß ja bereits zur Auszahlung kommt; 2. als Tagegeld für den Monat September 30,– DM festzusetzen, und zwar für die Plenarsitzungen, Ausschußsitzungen, Fraktionssitzungen einschl. des Anreise- und des Abfahrtstages. Bezüglich der Fahrtunkosten ist man für den Monat September bei der bisherigen Regelung des Parlamentarischen Rates geblieben, ein Kilometergeld von 0,30 DM anzunehmen, Schlafwagenkosten werden ersetzt, Freikarten bleiben selbstverständlich. Die Benzinfrage soll so geregelt werden, daß sich das Bundestagshaus zunächst einmal 200–300 Liter zuweisen läßt und das dann der einzelne je nach Bedarf bei der sogenannten Fahrbereitschaft selbst anfordern kann. Die Verteilung auf die Fraktionen soll einer späteren Entschließung vorbehalten bleiben. Die Regelung der Chauffeure ist vorläufig festgesetzt ohne Unterschied, ob Übernachten oder nicht Übernachten, auf täglich 15,– DM. Betont wurde, daß dem Büro für den Gebrauch der Abgeordneten neun Kraftwagen zur Verfügung stehen, die bei der sogenannten Fahrbereitschaft jeweils anzufordern sind. Es wurde auch darüber grundsätzlich gesprochen, daß die Kosten für die Fraktionssekretariate aus dem allgemeinen Bundeshaushalt übernommen werden sollen, einschl. der Telefongespräche, die über die Sekretariate gehen. Über die Kosten, die ungefähr anfallen,

38 Vgl. Anm. 2.

39 13. 9. 1949.

sollen sich die Fraktionen inzwischen den Kopf zerbrechen und Vorschläge für die nächsten Sitzungen machen.

Das wäre das Wesentlichste bisher; dann wurde beschlossen, daß das große Restaurant grundsätzlich nur den Abgeordneten und den von ihnen eingeführten Gästen, daß das andere Restaurant dagegen den Herren und Damen der Presse und den Angestellten des Hauses zur Verfügung stehen soll.

Die Fraktionen werden gebeten, für die Bildung der Ausschüsse Vorschläge einzureichen. Die Ausschüsse sind in einer Liste festgelegt worden; es sollen 19 Ausschüsse sein. Ich darf sie kurz vorlesen:

1) Ältestenrat, 2) Hauptausschuß, 3) Ausschuß für die Geschäftsordnung, 4) Ausschuß für die Wahlprüfung, 5) Ausschuß für die Petitionen, 6) Ausschuß für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten, 7) Haushaltsausschuß samt Unterausschüssen, 8) Finanzausschuß, 9) Volkswirtschaftlicher Ausschuß samt Unterausschüssen zum Außenhandel – ERP, 10) Ausschuß für Wohnungswesen, 11) Ausschuß für den Lastenausgleich, 12) Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 13) Ausschuß für Sozialpolitik, 14) Ausschuß für Heimatvertriebene, 15) Ausschuß für Rechtspflege, 16) Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung, 17) Ausschuß für Beamtenrecht, 18) Ausschuß für Verkehrswesen, 19) Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen.

Zu beachten ist folgendes: Wenn die Ausschüsse in einer Besetzung von 21 Mitgliedern tagen, dann erhalten CDU/CSU acht [Mitglieder], SPD acht [Mitglieder], FDP drei [Mitglieder], Bayernpartei ein [Mitglied], Deutsche Partei ein [Mitglied]. Die Mehrheit ist 11.

Beim 15er-Ausschuß ist die Verteilung wie folgt: CDU/CSU sieben [Mitglieder], SPD sechs [Mitglieder], FDP zwei [Mitglieder];

beim Siebener-Ausschuß: CDU/CSU drei [Mitglieder], SPD drei [Mitglieder], FDP ein [Mitglied].

Ich darf noch bemerken, daß der Geschäftsordnungsausschuß nach Wunsch des Ältestenrates möglichst sofort zusammentreten soll[40] und daß der Geschäftsordnungsausschuß auch schon eine vorläufige Geschäftsordnung für die nächste Sitzung des Plenums ausarbeiten soll. Der Geschäftsordnungsausschuß ist schon zusammengesetzt vorläufig aus drei [Mitgliedern der] CDU, drei [Mitgliedern der] SPD und je einem Mitglied von den anderen Parteien. Es ist festgestellt worden, daß die stärkste Fraktion den Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses stellt – wir haben Herrn *v. Brentano* benannt –, und den 2. Vorsitzenden stellt die zweitstärkste Fraktion, die SPD.

(Dr. *Adenauer*: Herr *v. Brentano*, Sie sollen ihn einladen.)

(Dr. *Bucerius*: Es ist die Frage erörtert worden, wie die Besetzung der Vorsitzenden überhaupt stattfinden soll. Es gibt zwei Prinzipien. Im Wirtschaftsrat haben wir uns aufgeteilt zwischen Regierungspartei und Opposition. Im amerikanischen Parlament ist es so, daß die Regierungspartei alle Ausschüsse organisiert, also alle Vorsitzenden stellt.[41])

Darüber ist keine Einigung erzielt worden. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß sich die Fraktionen über die Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden den Kopf zer-

40 Der vorläufige Geschäftsordnungsausschuß konstituierte sich am 9. 9. 1949.

41 Im Senat und im Repräsentantenhaus stellt die jeweilige Mehrheitspartei alle Ausschußvorsitzenden – diese ist jedoch nicht immer mit der Partei des Präsidenten identisch. Vgl. Kurt L. Shell, Das politische System der USA, Stuttgart u. a. 1975, S. 99.

brechen und Vorschläge machen sollen. Über den Grundsatz ist nicht gesprochen worden.

(Dr. *Bucerius*: Es wäre die Frage, ob wir uns mit der SPD zu verständigen haben, oder ob die Regierungsparteien unter sich die Vorsitzenden bestellen.)

Dr. Adenauer: Das ist eine sehr entscheidende Frage, es wäre gut, wenn man sich darüber unterhalten würde.

Das Wort hat Herr *Schröter*.

Schröter: Ich möchte auf Schleswig-Holstein hinweisen, wo wir klare Verhältnisse haben: Die SPD ist in der Regierung und wir in der Opposition. Die SPD in Schleswig-Holstein steht auf dem Standpunkt, daß die Vorsitzenden sämtlicher Ausschüsse von der Regierungspartei gestellt werden.[42] Ich möchte auf diesen Präzedenzfall hinweisen.

Dr. Adenauer: Bei der Bedeutung, die ein Ausschußvorsitzender hat, ist das eine Entscheidung von größter Tragweite. Ich muß gestehen, daß ich dazu neige, diesem Vorgehen der SPD in Schleswig-Holstein zuzustimmen, das gibt klare Verhältnisse. Die Parteien, die die Verantwortung tragen, tragen dann auch die Verantwortung für rechtzeitiges Funktionieren der Ausschüsse.

Das Wort hat Herr *Bucerius*.

Dr. Bucerius: Es wäre richtig, diese Entscheidung durch Präzedenzfälle zu untermauern, und zwar aus allen Parlamenten; es müßten einige Herren sich mit dieser Frage beschäftigen. Wenn es gewünscht wird, will ich es tun.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Günther*.

Günther: Ich würde anregen, daß wir einen zwanzigsten Ausschuß annehmen, den Ausschuß für Grenzgebiete, den Nordrhein-Westfalen bereits hat. Der Ausschuß könnte für die Grenzgebiete sehr gut wirken. Ich bin in einem Grenzwahlkreis gewählt worden. Es ist mir dies nahegelegt worden. Die Grenzlandnot ist eine gemeinsame deutsche Not und sollte daher vom Bunde Beachtung finden.

Wir haben in diesen Grenzgebieten meistens die Mehrheit. Unsere Wähler wünschen, daß insbesondere für diese Gebiete etwas getan wird.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Schröter*.

Schröter: Ich möchte den Vorschlag des Vorredners auf das Wärmste unterstützen. Wir haben in Schleswig-Holstein die SSW-Bewegung, die Neudänen. Unsere schleswig-holsteinische Landesregierung ist im gegenwärtigen Augenblick dabei, mit dieser Bewegung sich über gewisse Grenzfragen zu einigen. Aber das wird nicht zum Erfolg führen, sondern ich bin der Auffassung, daß die Landesregierung gezwungen sein wird – dafür gibt es gewisse Möglichkeiten im Grundgesetz –, sich mit der dänischen Regierung über diese Dinge zu verständigen. Das ist offenbar letzten Endes eine Angelegenheit des Bundes. Aus diesem Grunde möchte ich dringend raten, dem Vorschlag des Vorredners zu folgen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Ich nehme an, daß die Zahl der Ausschüsse wirklich [groß] genug ist; wir hätten sonst nichts als Geschäftsordnungen zu machen. Man könnte vielleicht den Fi-

---

42 Mit Ausnahme eines Sonderausschusses Sylt stellte die SPD im Kieler Landtag von 1947 bis 1950 alle Ausschußvorsitzenden. Potthoff/Wenzel, S. 125f.

nanzausschuß mit dem Haushaltsausschuß zusammentun, indem man Unterausschüsse macht. Ich möchte dringend bitten, von dieser Unzahl von Ausschüssen, die wir wahrscheinlich gar nicht durchführen können, abzusehen und unserer Armut entsprechend die Ausschüsse zu verkleinern.

(*Hoogen*: Ich möchte die Anregung unterstützen, einen Grenzlandausschuß einzurichten.)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Mensing*.

Mensing: Ich hätte einen Vorschlag zu machen, der vielleicht bei einem Teil der Anwesenden die Meinung zur Folge haben wird, daß ich hier einen weitreichenden Erfolg erzielen will. Man wird sagen, das kommende Parlament hat einen solchen Ausschuß nicht nötig. Ich möchte kurz und bündig auf Grund der Erfahrungen, die wir im Dritten Reich gemacht haben, auch einen Propagandaausschuß einrichten. Jeder einzelne von Ihnen, der auf dem Boden der Wirklichkeit steht, weiß, daß, wenn wir für den demokratischen Gedanken werben wollen, es unbedingt notwendig ist, daß der heutige Staat aus der Vergangenheit die Schlußfolgerung zieht und alle Angriffe, die gegen den Staat gestartet werden, auch in der Form einer Flüsterpropaganda, abwehrt. Der Ausschuß soll dazu da sein, in der Öffentlichkeit über diese Dinge zu berichten.

Ich werde bestärkt in dieser meiner Auffassung durch folgenden Vorgang, den ich hier zur Kenntnis bringen möchte. Gestern morgen habe ich in Königswinter im Hotel „Loreley" um 7 Uhr gehört, wie auf einem Rheindampfer ein Choral gesungen wurde. Es war scheinbar eine Klasse älterer Semester. Der Lehrer hatte die Jungen aufgefordert, nachdem das Schiff abgestoßen war, nunmehr einen Choral anzustimmen. Es blieben sieben Jungen vor meinem Hotel stehen, glossierten erst den Choral, und dann entdeckten sie auf einmal, wie man sich bemühte, die schwarz-rot-goldene Fahne auszuhängen. Dabei hörte ich etwa folgende hämische Bemerkungen über die Fahne: Was ist das für ein Lappen usw. Auf einmal fingen diese sieben jungen Burschen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren an, das Horst-Wessel-Lied zu singen. Ich habe dann empört aus dem Fenster gerufen und diese Burschen zurechtgemacht. Dann ergriffen sie das Hasenpanier.

(Dr. *Adenauer*: Wie haben Sie die zurechtgemacht?)

Dadurch, daß ich gerufen habe: Ihr Lausejungen, ihr wißt scheinbar noch nicht, daß all dieses Leid, das wir nun erleben, diesen Strolchen zu verdanken ist.

Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Sie kennen den Radikalismus nicht, der im Begriffe ist, sich im Lande Niedersachsen auszubreiten. Wir haben dort die Rechtspartei. Sie wurde drei Wochen vor den Wahlen zugelassen. Die Methoden der Rechtspartei unterscheiden sich in nichts von den Methoden des Dritten Reiches. Um Ihnen einen Fall zu nennen: Herr *Meder-Eggebert*[43] hat in Hameln einen kolossalen Wahlerfolg erzielt auf Kosten der Deutschen Partei.[44] Meine persönliche Auffassung ist übrigens, daß die Deutsche Partei im Lande Niedersachsen in vier Jahren von der Rechtspartei aufgefressen sein wird.[45] Davon bin ich überzeugt. Der Herr *Meder-Eggebert* setzte eine öffentliche Versammlung zur gleichen Zeit an, als Herr *Kriedemann* in Hameln sprach. Er un-

43 In der Vorlage „von Kant (?)".

44 In diesem Wahlkreis erhielt Joachim *Meder-Eggebert* für die DRP annähernd 15 000 Stimmen, der DP-Kandidat Ernst-August *Farke* 20 000 Stimmen. Wahlunterlagen KGParl.

45 In der Bundestagswahl 1953 ging der Stimmenanteil der DRP in Niedersachsen von 8,1 % auf 3,5 % zurück, der der DP verringerte sich von 17,8 % auf 11,9 %. Kaack, S. 197 und S. 216f.

terbrach nach 20 Minuten sein Referat und erklärte seinen Zuhörern, so, und jetzt gehe ich in die *Kriedemann*-Versammlung und werde mit *Kriedemann* abrechnen. Das ganze Volk begleitete nun johlend Herrn *Meder-Eggebert*. Die Folge war, daß die Versammlung gesprengt wurde, das Überfallkommando wurde mobilisiert. Das Endergebnis war, daß die Rechtspartei ebenso viele Stimmen bekam auf Grund dieses Vorganges in der Stadt und im Kreis Hameln wie unsere Partei und die Deutsche Partei zusammen. Gehen Sie nicht über diese radikale Bewegung zur Tagesordnung über. Wir haben in der vorigen Woche schon andeutungsweise gesagt, uns fehlt die Jugend. Gerade um diese Jugend für uns zu gewinnen, wird ein solcher Propagandaausschuß erforderlich sein. Machen wir uns gegenseitig nichts weis, ein großer Teil unserer Erzieher, ganz besonders im evangelischen Norden, hat nach wie vor sein nationalsozialistisches Herz behalten, auch wenn sie sich nach außen hin tarnen. Darum möchte ich Sie herzlich bitten, nehmen Sie die Dinge ernst. Es müssen natürlich die entsprechenden Männer dorthin entsandt werden, die tatsächlich das nötige Fingerspitzengefühl besitzen.

Dr. Adenauer: Herr *Mensing* hat unzweifelhaft eine Frage berührt, die uns noch manches zu schaffen machen wird. Ich würde allerdings diese Sache nicht Propagandaausschuß nennen. Fangen wir nicht mit zuviel auf einmal an. Ich glaube, wir wollen zunächst einmal warten, ob nicht, nachdem die Wahl vorbei ist, eine gewisse Beruhigung eintritt. Darüber bin ich mir vollkommen klar, daß während der nächsten vier Jahre mit besonderer Aufmerksamkeit das Entstehen insbesondere rechtsradikaler Strömungen beobachtet werden muß. Es wird die Aufgabe des Innenministers des Bundes sein, hier nach dem Rechten zu sehen und Vorsorge zu treffen, um so mehr, weil die Polizeiverwaltungen in der Regel keinen Schuß Pulver wert sind. Ich würde empfehlen, über dieses Thema jetzt nicht weiter zu sprechen, sondern es einstweilen bei dieser Anzahl von Ausschüssen genügen zu lassen.

Das Wort hat Herr *Nickl*.

Nickl: Aus den Ausführungen der Herren Vorredner bezüglich der Bildung eines Grenzlandausschusses geht dessen Wichtigkeit hervor. Ich möchte mich als Vertreter Bayerns ebenfalls für einen solchen Ausschuß einsetzen. Gerade wir in Bayern als ausgesprochenes Grenzlandgebiet der Tschechoslowakei wissen, wie wichtig die Bildung eines solchen Ausschusses ist. Ich möchte deshalb dringend bitten, daß wir im Interesse der Bevölkerung dieser Kreise unbedingt auf die Gründung eines solchen Ausschusses hinwirken.

Dr. Adenauer: Können wir diese Frage erledigen? Ich glaube, wir sind uns alle einig darüber, daß wir einen solchen Grenzlandausschuß bilden. Wir müssen dementsprechend vorstellig werden.[46]

Das Wort hat Frau Dr. *Steinbiß*.

Frau Dr. Steinbiß: Es sind eher Ausschüsse zu wenig als zu viel, weil wir durch die Unterausschüsse zu viel Wasserköpfe bekommen. Ich möchte empfehlen, den Hauptausschuß etwas größer zu machen. Ich bin also für eine Erhöhung der Ausschüsse.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Ich bin der Meinung, daß wir mit den 19 Ausschüssen auskommen. Man kann mit Unterausschüssen arbeiten. Die Ausschüsse müssen abgestimmt werden auf die zuständigen Ministerien. Wir wissen aber noch nicht, wieviel Sonderministerien Dr.

46 Der Ausschuß für Grenzlandfragen wurde als 29. Ausschuß gebildet. Datenhandbuch Bundestag, S. 570.

Adenauer geplant hat, weil davon die Ausgestaltung der Ausschüsse abhängig ist. Ich würde bitten, das im Geschäftsordnungsausschuß noch einmal zu behandeln und auf die künftigen Ministerien abzustellen. Das ist absolut notwendig, um Überschneidungen zu verhindern.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Ich möchte eine Frage stellen wegen der Diätenangelegenheit. Die Sache hat eine ungewöhnliche politische Bedeutung. Es gibt eine Reihe von Mitgliedern dieser Fraktion, die, seitdem sie die Ehre haben, dem Hause anzugehören, keinerlei Einkommen beziehen. Ich möchte fragen, ob die Regelung für September endgültig sein soll und ob damit eine Festlegung für die endgültige Regelung getroffen sein soll.

(*Schäffer*: Nein, alles ist nur vorläufig.)

Dr. Adenauer: Die Frage, die Herr *Bausch* angeschnitten hat, ist für viele von entscheidender Bedeutung. Ich glaube, wir müssen über diese Frage einmal in aller Offenheit und aller Ruhe sprechen. Als im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz beraten worden ist, waren sich alle Fraktionen darüber einig, daß die Mitglieder des Bundestages so gestellt werden müßten, daß die mit ihrer Familie anständig leben können. Deswegen ist auch in das Grundgesetz eine Bestimmung über die Festsetzung der Entschädigung aufgenommen worden. Ich habe das Grundgesetz nicht hier – Herr *Laforet*, Sie haben eins da –, worin ein Hinweis darüber enthalten ist. Wir gingen von der verständlichen Meinung aus, daß man schließlich, wenn man nicht eine derartige Regelung treffe, kaum jemand noch hier haben werde, der einem freien Beruf angehört, sondern daß dann schließlich nur Angestellte von irgendwelchen Organisationen, sei es von Arbeitgebern, sei es von Arbeitnehmern, hier sein würden.

(*Schröter*: Oder Lizenzträgern!)

Diese Bestimmung ist da.

Das Wort hat Herr *Laforet*.

Dr. Laforet: Der Herr Präsident hat den Kern der Sache schon behandelt. Man ist auf folgende Fassung gekommen[47]: Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Dann kommt das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel. Alles nähere regelt ein Bundesgesetz. Irgendeine genaue Festlegung wurde abgelehnt, um dem Grundgesetz keinerlei Schranken zu setzen.

Dr. Adenauer: Es wird nicht die Sache des Bundestages sein, einen Initiativantrag einzubringen, sondern das wird man der Bundesregierung überlassen müssen, nach Verständigung mit den Parteien einen Gesetzentwurf einzubringen. Ich möchte aber doch noch die Frage anschneiden, ob nicht ein Betrag von 500,– DM plus 30,– DM Tagegeld zu gering ist. Nach meiner Meinung ist die Unabhängigkeit des betreffenden Abgeordneten und seiner Familie nicht gewährleistet.

Das Wort hat Herr *Schäffer*.

Schäffer: Es ist geplant ein verhältnismäßig mäßiger Betrag für den allgemeinen Aufwand, dazu kommen die Tagegelder, dann kommt noch ein Zuschuß für die Unterhaltung eines persönlichen Sekretariates, wobei man an ungefähr 300–400 DM denkt; dann kommen noch die Kilometergelder und diese Dinge.

47 Art. 48 Abs. 3 GG.

Dr. Adenauer: Wir müssen jetzt einmal an die Monate September und Oktober denken. Ich glaube nicht, daß das Bundesgesetz schon Rechtskraft hat vor dem Oktober. Wenn man nun anfängt mit den 500,– DM und den Tagegeldern – von den Tagegeldern kann die Familie nicht leben –,

(Zuruf: Von den Kilometergeldern auch nicht!)

(Zuruf: Wovon denn?)

dann befürchte ich, daß eine Reihe von Mitgliedern des Hauses in eine sehr schwierige Lage hineinkommt. Das sollte man nach meiner Meinung vermeiden. Wir haben im Parlamentarischen Rat auch eine solche Bestimmung in das Grundgesetz aufgenommen, damit die Kandidaten, die aufgestellt würden, sich darüber klarwerden, daß für sie gesorgt wird. Ich möchte unsere Vertreter bitten, im Ältestenausschuß diesen Gesichtspunkt geltend zu machen und dafür einzutreten, daß der feste Satz pro Monat höher gesetzt wird als 500,– DM. Wir wollen keinen Beschluß fassen, das muß sich aus dem Laufe der Diskussion dort ergeben, aber wir dürfen doch bitten, Herr *Schäffer*, daß die laut gewordenen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Das Wort hat Herr *Günther*.

Günther: Ich würde empfehlen, daß wir bei den Ausschüssen unter 21 Mitgliedern bleiben. Man könnte damit der Bayernpartei die Mitarbeit in einem Ausschuß verweigern. Auf der anderen Seite könnte man in Ausschüssen, wo wir ein Mitglied mehr haben als die SPD, auf einen Mann verzichten. Die kleinen Parteien treffen wir am entscheidendsten, wenn wir sie nicht in die Ausschüsse einlassen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Schäffer*.

Schäffer: Ich habe nur die Zahlen über die Verteilung der Ausschüsse bekanntgegeben, nämlich 21, 15 und 7. Es ist daran gedacht, die großen Ausschüsse mit einer stärkeren Zahl, wahrscheinlich mit 28 zu belegen, aber die mathematische Verteilungszahl habe ich nicht. Grundsätzlich glaube ich, daß zum Beispiel im Verhältnis Bayernpartei zur CSU es meinen bayerischen Freunden angenehmer ist, in der sachlichen Arbeit mit der Bayernpartei zusammenzuarbeiten. Ich bin der Überzeugung, daß unsere Freunde glauben, in sachlicher Arbeit die Bayernpartei in unser Schlepptau nehmen zu können. Ich halte es für sehr gefährlich, einer anderen Partei aus Freundschaft einen Sitz abzutreten. Die Mehrheitsverhältnisse sind so knapp, daß wir die schlimmsten Überraschungen erleben und uns der Gnade oder Ungnade der anderen Koalitionsparteien aussetzen können. Ich würde es dabei belassen, die großen Ausschüsse mit 28, die bedeutsamen Ausschüsse mit 21 und die kleineren mit 15 oder 7 Mitgliedern zu besetzen.

Dr. Adenauer: Im Wirtschaftsrat lagen die Dinge lange nicht so schwierig wie hier. Hier haben Sie viel mehr Parteien und Gruppen. Die Mehrheit war auch da knapp, Sie wußten aber von vornherein, daß die SPD immer in der Opposition war. Ich weiß nicht, ob das vier Jahre hier so bleiben wird. Ich sehe nicht ein, warum es uns nicht gelingen sollte, im Laufe der Entwicklung die eine oder andere Partei oder Gruppe oder sogar auch die SPD zu diesem oder jenem Gesetz zur Mitarbeit zu bekommen. Wenn man von vornherein die Ausschüsse unter dem Gesichtspunkt festsetzt, daß jemand ausgeschlossen werden soll, so glaube ich, daß das nicht richtig ist, ich würde es sehr begrüßen, wenn es möglich wäre, auch die KPD vertreten zu sehen, damit sie dort vor die Frage gestellt wird, wie sie praktisch arbeitet, und nicht lediglich im Plenum lange Reden hält.

(*Nellen*: Ich habe kein Gehalt bekommen im August. Ich möchte fragen, wie es bei anderen Kollegen ist. Es ist so, daß ich kein Geld habe.)

(Dr. *Köhler*: Wir haben im Ältestenrat folgende Regelung beschlossen. . .)

(Zurufe: Die ist uns bekannt.)

Mit Recht ist hier gesagt worden, daß eine Festsetzung eines festen Betrages von 500,– DM nicht das gewährleistet, was im Grundgesetz enthalten ist. Zweitens war man übereinstimmend der Auffassung, daß man keinen Initiativantrag einbringen könne, sondern es der Bundesregierung überlassen müsse. Man war sich weiter klar, daß es, bis ein solches Gesetz rechtskräftig sei, Ende Oktober werden könne. Daher hatte man den Wunsch, daß man die Regelung für September und Oktober so gestalten solle, daß der feste Betrag von 500,– DM entsprechend erhöht wird, wobei wir keine Ziffer nannten, sondern das unseren Unterhändlern überlassen.

Das Wort hat Herr *Köhler*.

Dr. Köhler: Wir haben uns im Ältestenrat darüber ausgesprochen, daß wir versuchen wollten, bis Ende September eine endgültige gesetzliche Regelung herbeizuführen. Das ist meines Erachtens technisch durchaus möglich. Dieser Gesetzentwurf wird vor allen Dingen seitens des Parlaments und in zweiter Linie seitens der Bundesregierung ausgearbeitet werden können. Es kann sich in jeder Fraktion ein kleiner Ausschuß einmal Gedanken über diese Dinge machen. Wir behandeln das dann im Ältestenrat und können die Grundsätze des materiellen Inhaltes eines Gesetzentwurfes im Laufe des Monats September festlegen, so daß meines Erachtens Anfang Oktober eine endgültige Regelung in Kraft treten kann.

Dr. Adenauer: Ich glaube, der Herr Präsident *Köhler* übersieht dabei folgendes. Der Bundesrat hat auch eine gewisse Frist. Es muß ihm erst das Gesetz zur Stellungnahme zugeleitet werden. Nachdem das Gesetz beschlossen ist, hat er eine Einspruchsfrist. Wenn Sie das berücksichtigen und dabei überlegen, daß es einen ungeheuer schlechten Eindruck macht, wenn als erster Gesetzentwurf derjenige für die Diäten kommt, dann sollte man sich darauf einrichten, daß es Ende Oktober werden wird, und sollte deswegen für September und Oktober eine vorläufige Regelung in unserem Sinne treffen.

Das Wort hat Herr *Muckermann*.

Muckermann: Ich nehme die Ausführungen von Herrn *Mensing* sehr ernst. Ich möchte sie dahin konkretisieren, daß die Initiative in der sogenannten staatspolitischen Schulung und Bildung des Volkes – das ist nämlich das Positive an dem, was *Mensing* sagen wollte – von uns ausgeht. Das ist entscheidend. In der Weimarer Zeit war diese Einrichtung an das Bundeskanzleramt angehängt.[48] Ich möchte vorschlagen, daß man gleich zu Beginn dieser Abteilung, die vorgesehen ist, hinsichtlich der staatspolitischen Schulung einen parlamentarischen Beirat zur Seite stellt.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Albers*.

Albers: Bezüglich der Aufwandsentschädigung bitte ich daran zu denken, daß wir bei unserer Entscheidung auch auf die Stimmung der breiten Massen Rücksicht nehmen müssen. Lassen wir in diesem Augenblick nicht die ersten Anreger sein für eine Auf-

48 Hierbei handelt es sich um die Reichszentrale für Heimatdienst. Sie unterstand ab August 1919 als Mittelbehörde dem Pressechef der Reichsregierung. Vgl. Johannes Karl Richter, Die Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1963, S. 38.

wandsentschädigung, die die breite Masse bei ihrer großen Not nicht verstehen wird. Ich würde es für richtig halten, wenn die anderen die Anregung für eine solche Regelung gäben, die über das hinausgeht, was jetzt vorgesehen ist. Wenn Sie etwas Besonderes tun wollen, würde ich sagen einen Betrag von 100,– DM, aber dann muß Schluß sein. Es wird richtig sein, wenn der erste Sturm der Opposition hinter uns ist, vielleicht im November oder Dezember daran zu denken. Ich mache darauf aufmerksam, daß die letzten Konsequenzen aus dem Versagen der Regierung und des Parlaments zur Zeit der Weimarer Republik gezogen werden müssen.

Wir haben einen Justizminister nötig, der auf der Höhe ist, einen Mann, der auch die rechtsradikalen und linksradikalen Tendenzen rechtzeitig unterbindet und nicht mit Sammethandschuhen an die Dinge herangeht, sondern auch mit letzter Konsequenz das Treiben insbesondere der äußersten Rechten unterbindet. Herr Dr. *Adenauer*, legen Sie auf diesen Punkt großen Wert.

Dr. Adenauer: Ich fürchte, wir reden uns auseinander. Wir sind bei der Frage der Ausschüsse. Ich glaube, wir sollten es vorläufig mit diesen Ausschüssen einschließlich Grenzlandausschuß genug sein lassen und das weitere der künftigen Entwicklung überlassen. Wie wir in die Diskussion über die Aufwandsentschädigung hineingekommen sind, weiß ich auch nicht recht. Ich schlage Ihnen vor, daß sich der Vorstand mit dieser Frage beschäftigt und daß vielleicht der eine oder andere von uns seine Wünsche einem der vier Vorsitzenden mitteilt, damit wir dieses Thema nicht weiter zu erörtern brauchen.[49]

Eine Anregung ist vollständig ins Hintertreffen gekommen. Ich möchte sie wieder aufgreifen. Es ist die ungemein wichtige Frage, die Herr *Bucerius* angeschnitten hat, nämlich die Frage der Vorsitzenden in den Ausschüssen. Darüber können wir uns heute nicht schlüssig werden. Wir müssen uns überlegen, wie wir es machen, und auch mit den anderen Koalitionsparteien darüber sprechen. Herr Dr. *Bucerius*, Sie würden sich verdient machen, wenn Sie das Material zusammenstellen und uns bei der nächsten Sitzung ein Referat darüber halten könnten.

(Dr. *Bucerius*: Jawohl, einverstanden.[50])

Können wir damit die Frage des Vorsitzenden denn verlassen?

Das Wort hat Herr *Bausch*.

Bausch: Die Diätenfrage ist eine Angelegenheit von außerordentlich politischer Bedeutung. Bei einer ganzen Reihe von Kollegen besteht folgende Situation: Wenn sie ihr Brot für sich und ihre Familie nicht verdienen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das Mandat niederzulegen und nach Hause zu gehen. So liegen die Dinge und nicht anders.

Dr. Adenauer: Können wir die Frage jetzt nicht verlassen? Wir haben darüber ausgiebig gesprochen. Ich bitte nochmals diejenigen von uns, die besondere Schmerzen oder Anregungen haben, sich an einen der vier Vorsitzenden zu wenden.

Das Wort hat Herr *Tillmanns*.

---

49 Das erste Diätengesetz wurde am 31. 3. 1950 verabschiedet. Nach ihm wurde eine monatliche steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 600,– DM, ein Tagegeld von 30,– DM und ein allgemeiner Kostenersatz von 100,– DM gewährt. Gegen Einzelnachweis konnten zusätzlich 200,– DM in Anspruch genommen werden, die Fahrtkosten wurden mit 0,25 DM pro Kilometer oder einer Pauschale von 200,– DM abgegolten. Vgl. Datenhandbuch Bundestag, S. 976.

50 Vgl. Nr. 71, S. 358f.

Dr. Tillmanns: Der bisherige Wirtschaftsrat in Frankfurt hat einen besonderen Berlin-Ausschuß gehabt, der sich mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation Berlins befaßt hat. Ich glaube, sachlich kann darüber kein Zweifel bestehen, daß ein solcher Ausschuß auch im Bundestag notwendig ist. Auch die anderen Fraktionen haben sich bereits mit dieser Frage befaßt. Man hat lediglich bisher davon Abstand genommen, weil die Frage dabei eine Rolle spielte, ob es sinnvoll und richtig ist, daß in einem solchen Berlin-Ausschuß auch ein Vertreter der Kommunisten anwesend ist. Nachdem wir heute gehört haben, daß nach der Regelung, die der Ältestenrat vorgesehen hat, zum mindesten die Ausschüsse, die 21 und weniger Mitglieder haben, so zusammengesetzt sein würden, daß kein Vertreter der Kommunistischen Partei dabei ist, scheint mir nunmehr die Situation reif, sich hierüber Gedanken zu machen. Sie haben gestern bereits gehört, daß die SPD eine Art Berlin-Entschließung eingebracht hat.[51] Das ist ein Anzeichen dafür, daß die SPD weiter fortfährt in ihren Bemühungen, für sich allein das Monopol in Anspruch zu nehmen, vor allem gegenüber der Berliner Bevölkerung, daß sie die einzige große Partei sei, die ein Herz für die Sorgen und Nöte Berlins habe. Ich würde es daher für sehr gut halten, wenn wir uns entschließen könnten, nunmehr den Antrag zu stellen, daß ein solcher Berlin-Ausschuß sofort eingesetzt wird, und zwar mit 21 oder weniger Mitgliedern. Das würde eine sehr gute Ergänzung des gestrigen Entschließungs-Antrages der SPD sein. Bei den kommenden Wahlen in Berlin[52] wird es für die Position der CDU von entscheidender Bedeutung sein, daß nicht die SPD allein erklären kann, sie sei die einzige Partei gewesen, die etwas für Berlin getan hätte.

Dr. Adenauer: Wie mir Herr *Friedensburg* gesagt hat, nimmt er mit Bestimmtheit an, daß in der gesamten Ostzone in Kürze Wahlen stattfinden.[53] Wir werden nicht den Ausschuß auf Berlin beschränken können, sondern im Gegensatz zum Wirtschaftsrat, der sich nur mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigte, wollen wir auch die politische Seite der Ostzone behandeln. Daher müßte er, glaube ich, etwas weiter gefaßt werden. Ich würde empfehlen, daß sich einige Herren mit Herrn *Schäffer* zusammensetzen, um eine Formulierung für einen solchen Antrag zu finden.

Das Wort hat Herr *Hilpert.*

Dr. Hilpert: Wir sind in einer schwierigen Lage, weil wir vor schwierigen finanziellen Verhältnissen stehen. *Hartmann* hat mir erklärt, daß man einen Berlin-Ausschuß für sehr schwierig hält. Es wäre unbedingt notwendig festzustellen, ob der bisherige Berlin-Ausschuß des Wirtschaftsrates die Dinge weiter bearbeiten kann. Nach meiner Auffassung ist das nicht mehr möglich. Ich würde bitten, daß der Fraktionsvorstand diese Dinge einmal nachprüft.

Dr. Adenauer: Ich habe gestern eine Besprechung mit Oberbürgermeister *Reuter* gehabt. So schwer auch die Lage in Berlin ist, ich hatte nicht den Eindruck von dem, was er sagte, daß sie so unmittelbar drohend ist. Wir sind alle einig, daß wir einen solchen Antrag stellen wollen, um diesen Ausschuß zu schaffen. Es handelt sich darum, daß einige Herren sich mit Herrn *Schäffer* zusammensetzen, um den Antrag zu formulieren.

---

51 BT Drucks., Nr. 3.

52 Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus fanden am 3. 12. 1950 statt. Die SPD blieb hierin stärkste Partei, obwohl sie große Verluste hinnehmen mußte. CDU und FDP erzielten deutliche Gewinne. Kaack, S. 213.

53 Die Wahlen zur Volkskammer und zu den Landtagen in der DDR wurden bis zum 15. 10. 1950 verschoben.

(Zuruf: Ich möchte bitten, in der Presse bekanntzugeben, daß wir einen solchen Ausschuß bilden wollen.)

Wir müssen darüber sprechen, was wollen wir aus unserer Fraktion der Presse mitteilen. Sind Sie damit einverstanden, daß die Herren *Tillmanns*, *Krone* und *Hilpert* zusammen mit Herrn *Schäffer* einen solchen Antrag wegen eines Ausschusses formulieren?

Das Wort hat Herr *Tillmanns*.

Dr. Tillmanns: Wir können diesen Ausschuß nicht verbinden mit den Fragen der gesamten Ostzone. Westberlin ist gegenwärtig angewiesen auf ganz aktuelle praktische Unterstützungen und Hilfe in Zusammenarbeit mit der deutschen Bundesrepublik. In der Ostzone handelt es sich demnächst um die Wahlen zu den Landtagen der Länder in der Ostzone; die Wahlen in Westberlin sind unter Umständen, wenn die Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Bundesrepublik kommt, Wahlen zum Bundestag. Wir brauchen einen speziellen Berlin-Ausschuß.

Dr. Adenauer: Ich weiß nicht, ob Sie die sehr pessimistischen Ausführungen von *François-Poncet* gelesen haben. Danach ist gar nicht daran zu denken.

(Zuruf: Die Amerikaner und Engländer wollen es!)

Wenn Frankreich widerspricht, geschieht es nicht. Sie können sich fest darauf verlassen; die drei werden nicht uneins werden wegen der Frage der Einbeziehung Berlins als 12. Land. Das werden sie auch aus einem anderen Grunde nicht tun, Herr *Tillmanns*, sie werden es nicht in der gegenwärtigen Lage auf eine vielleicht nicht absehbare Zeit hinaus den Russen gegenüber zu weiteren Auseinandersetzungen kommen lassen. Ich meine, das ging doch schon aus dem, was *François-Poncet* sagte, hervor. Ich kann mir auch nicht denken, daß *François-Poncet* etwas sagt auf eigene Verantwortung hin; dafür war das eine viel zu politische Angelegenheit. Aber ich möchte die Frage, ob man den Berlin-Ausschuß und den Ostausschuß getrennt machen soll, wo Herr *Kaiser* nicht hier ist, nicht jetzt entschieden sehen, sondern ich bitte nochmals, daß sich die Herren, die ich eben genannt habe, mit Herrn *Kaiser* zusammensetzen und den Antrag formulieren, das kann aber morgen geschehen.

(Zuruf: *Ollenhauer* hat erkennen lassen, daß der angekündigte Antrag bezüglich Berlin von einem sehr weitgehenden materiellen Inhalt sein wird. Deshalb muß von uns der Antrag auf Bildung eines Berlin-Ausschusses so eingebracht werden, daß wir ihn bereits am Samstag publizieren können, damit uns die anderen nicht zuvorkommen.)

Herr *Kaiser* ist morgen da, es kann also morgen geschehen. Ich lege Wert darauf, daß das nicht in Abwesenheit des Herrn *Kaiser* gemacht wird.

(Dr. *Tillmanns:* Der gestrige Entschließungsantrag der SPD ist bereits gestern im Berliner Rundfunk zum Gegenstand einer riesigen Propaganda gemacht worden auf der alten Linie, die SPD sorge allein für Berlin. Es ist keine Zeit zu verlieren mit der Veröffentlichung einer Notiz, daß die CDU einen solchen Antrag stellt.)

Die Formulierung hat noch Zeit bis morgen, wenn Herr *Kaiser* da ist. Es ist doch gegenüber *Kaiser* nicht zu verantworten, der in einer wichtigen Angelegenheit abgereist ist, die Sache heute schon zu erledigen. Herr *Kaiser* ist morgen wieder da. Dann kann Herr *Schäffer* den Ausschuß für morgen früh zusammenrufen.[54]

54 Die Fraktion der CDU/CSU brachte am 9. 9. 1949 einen Antrag auf Bildung eines „Ausschusses Berlin" ein. BT Drucks., Nr. 12. Der Ausschuß für Berlin wurde als 21er-Ausschuß unter Leitung von Gerd *Bucerius* eingerichtet. Datenhandbuch Bundestag, S. 567.

Das Wort hat Herr *Schmitz.*

Schmitz: Man sollte aus der Vergangenheit lernen und alle die Fragen, die jetzt in der Öffentlichkeit diskutiert werden, von einem Ausschuß – möglicherweise von einem Ausschuß in der Fraktion – laufend untersuchen und behandeln lassen. Ich bin sicher, daß viele Äußerungen, die wir von uns geben, so oder so bekanntgemacht werden können. Ich kann mir die Auswirkungen eines Propagandaausschusses innerhalb der Fraktion als außerordentlich günstig vorstellen. Es kommt darauf an, wie man der breiten Masse die Dinge bekanntgibt und wie man sachlich vorgeht. Infolgedessen meine Anregung. Wenn es nicht ein offizieller Ausschuß für derartige Dinge sein soll, dann einen Ausschuß innerhalb der Fraktion.

Dr. Adenauer: Wir suchen schon die ganze Zeit nach einem guten Journalisten zwecks Verbindung mit der Presse. Wir haben Herrn *Heinen* in Köln gebeten, Herrn *Böx* uns vorläufig zur Verfügung zu stellen. Er hat das zunächst abgelehnt. Diese Aufgabe hat der Journalist zu erfüllen, wenn Sie uns mit Rat hier helfen können, dann tun Sie es. Es handelt sich darum, so ähnlich wie das Herr *Finck* früher getan hat[55], die Verbindung mit der Presse herzustellen.

(*Gockeln:* Ich habe eine Anfrage, die den Ablauf des gestrigen Tages betrifft. Es ist aufgefallen, daß bei der Konstituierung keine Verpflichtung der Abgeordneten vorgenommen wurde. Es ist ein sinnvoller Vorgang, daß bei der Eröffnung eines Parlaments die Abgeordneten feierlich verpflichtet werden. Ist das bewußt nicht gemacht worden?)

Dr. Köhler: Über diese Frage ist kurz vorher gesprochen worden. Man ist gestern an mich herangetreten. Es ist ganz inoffiziell geschehen. Es war keine genügende Zeit vorhanden, die Frage so gründlich zu besprechen, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Ich habe mich in dem Augenblick auf folgenden Standpunkt gestellt: Das Grundgesetz ist nicht einstimmig angenommen worden. Ich wäre unter Umständen in eine schwierige Situation gekommen, hätte ich in einer kollektiven Form – eine andere wäre nicht möglich gewesen bei der Masse der Abgeordneten – eine Verpflichtung des gesamten Hauses auf die Verfassung vorgenommen. Deswegen habe ich davon abgesehen.

(*Gockeln:* Die allgemeine Eidesleistung wird bei jedem Parlament vorgenommen.[56])

Ich sitze seit 1946 im hessischen Landtag. Wir haben unsere Arbeit doch geleistet, ohne verpflichtet worden zu sein. Ich habe darauf verzichtet, eine solche Maßnahme durchzuführen, weil es mir zu riskant erschien. Es hätte unter Umständen ein Desaster geben können.

(Dr. *Müller:* Ich möchte fragen, ob dieser Raum als ständiger Fraktionsraum benutzt werden soll. Oder ist das nur ein vorübergehender Zustand?)

Dr. Adenauer: Ja, das ist der große Fraktionsraum.

---

55 Der Abgeordnete Albert *Finck* war in der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates für Pressefragen zuständig. Dazu Rainer Salzmann (Bearb.), Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, Stuttgart 1981, S. 272, 318, 320, 400, 478, 621, 657f.

56 Im Landtag von NRW wurden damals in der ersten Sitzung des Landtags nach einer Neuwahl die Abgeordneten verpflichtet. § 9 (3) der Geschäftsordnung des Landtags von NRW vom 6. 4. 1948, abgedruckt in: Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen, 1. Wahlperiode, Düsseldorf 1949, S. 115. Eine ähnliche Bestimmung enthielten die Geschäftsordnungen des Deutschen Reichstags nicht.

(Dr. *Müller:* Es ist unmöglich, daß die Fraktion so zusammengepreßt ist; wir sitzen wie die Heringe in der Tonne!)

Ich finde das stark übertrieben. Was die Heringe in der Tonne angeht, so haben die wenigstens keinen Rauch zu ertragen. Es werden nicht alle Fraktionssitzungen so stark besucht sein, sondern demnächst werden gleichzeitig auch Ausschußsitzungen stattfinden. Mir scheinen aber die Tische etwas zu breit zu sein. Wenn die Tische etwas schmäler wären . . .

(Zuruf: Nein, nein!)

Seien Sie froh, daß wir keinen Carlo *Schmid* hier haben. Wir werden die Tische überall 10 cm herausrücken. Im übrigen wollen wir auch das Gute anerkennen, denn die Stühle sind sehr bequem. Die Stühle im Plenum finde ich sehr bequem, nur vorne sind sie zu tief . . .

(Zuruf: Ich möchte anregen, daß die Stühle im Plenum einen Befestigungsschlüssel bekommen. Man kann gar nicht vorne sitzen, man rutscht dauernd wieder zurück!)

Über die Frage, ob man die Stühle oder Sessel beweglich machen soll oder nicht, haben wir im kleinen Kreis beraten und Proben gemacht. Wenn Sie sich vorstellen, Sie müssen stundenlang auf einem solchen Ding sitzen, ohne den Stuhl bewegen zu können, so ist das viel unangenehmer als wenn Sie den Stuhl mal verschieben können.

(Zuruf: Man kann eine Apparatur anbringen. Das Pult besteht aus drei Teilen, darunter ein bewegliches Brett, das Sie nach Belieben zurückziehen können, dann können Sie doch darauf schreiben!)

Eine Frage, die auch besprochen werden muß, ist die Verteilung der Plätze im Plenum innerhalb der Fraktion. Der eine hat vielleicht den Wunsch, möglichst hinten zu sitzen, damit er schnell mal herausgehen kann, der andere hat den Wunsch, vorne zu sitzen, damit er den blendenden Reden folgen kann. Wie soll es gemacht werden?

(Unruhe im Saal und Gemurmel – Zurufe: Alphabetisch – Nein, nein! Im Vorstand Besprechung –.)

Ich möchte vorschlagen, eine kleine Kommission zu ernennen, die die Diäten- und Sitzordnungsfrage vorbereitet. Die Sitzordnungsfrage ist noch schwieriger. (Zuruf: Über den Vorstand.)

Nicht über den Vorstand, Herr *Laforet*, das wäre eine Sache für Sie.
(*Laforet:* Das ist keine Rechtsfrage!)

Ich kenne Herrn *Laforet* als einen sehr gewissenhaften Mann. Ich bitte Sie, sich der Sache mit einigen anderen Herren zu widmen. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung!)

Ich darf nochmals wiederholen: Der Vorstand bleibt gegenwärtig. Die Fraktion tritt wieder zusammen am Sonntagvormittag um 10 Uhr hier.[57] Am Sonntagnachmittag um 5 Uhr ist Fraktionssitzung im Plenarsaal. Außerdem werden wir am Montagvormittag wieder im Plenarsaal tagen. Nachmittags ist die Wahl des Bundespräsidenten. Wir müssen dann noch überlegen, was wir Dienstag und Mittwoch machen. Sie müssen sich darauf einrichten, daß Sie noch einige Tage hier bleiben. Wir wissen noch nicht, was kommt. Die Regierungsfrage muß erledigt werden. Die Wahl des Bundeskanzlers kommt wahrscheinlich am 13. oder 14. Hierbei müssen Sie alle zugegen sein, weil sonst evtl. keine

57 Nr. 68.

Mehrheit da ist. Richten Sie sich unbedingt darauf ein, in der nächsten Woche bis Freitag einschließlich hier zu sein.

(Dr. *von Brentano*: Ich möchte die Frage stellen, ob die Mitteilung, daß Herr *Dehler* im Auftrage der FDP in Verhandlungen mit der SPD eingetreten ist, uns nicht veranlassen sollte, diese Frage bezüglich unserer Fraktion zu überlegen.)

Die meisten Mitglieder der Fraktion werden nicht wissen, worum es sich handelt. Herr *Brentano* hat diesen Morgen eine Notiz verlesen, wonach Herr *Dehler* . . .

(Dr. *von Brentano*: Ich habe sie hier, sie steht in der „Allgemeinen Westdeutschen Zeitung" vom 7. 9.: Ich empfinde es als ungerecht, daß man bisher mit der SPD noch nicht gesprochen hat, erklärte Dr. *Dehler* auf einer Pressekonferenz seiner Fraktion. Gleichzeitig gab er bekannt, daß er den Auftrag erhalten habe, mit Vertretern der SPD in ein Gespräch zu kommen, das noch am gleichen Abend in Bonn beginnen werde. Geklärt werden muß u. a. das Problem des Bundespräsidenten, des Vizepräsidenten usw.)

Wollen Sie mir die Zeitung geben? Ich werde gleich mit Herrn *Blücher* sprechen und ihn fragen, was das bedeutet.[58] Dann darf ich für heute die Sitzung schließen.

58 *Adenauer* hat in den folgenden Sitzungen diese Frage nicht mehr berührt. Die Zielsetzung der von *Dehler* angekündigten Kontakte zur SPD geht aus dem Tagebucheintrag *Wildermuths* vom 8. 9. 1949 hervor, wo es heißt: „Für *Heuss* Gespräch mit Carlo *Schmid*. Scheint leidlich." NL Wildermuth 28.

66.

8. 9. 1949: MdB Oskar Wackerzapp (Bonn) an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH 09.20. Handschreiben. Handschriftlicher Vermerk „zdA."

Sehr verehrter Herr Dr. *Adenauer!*

Auf dem gestrigen parlamentarischen Abend kam Herr Dr. *Oellers*, Vorstandsmitglied der FDP, auf mich zu und erklärte im Laufe des Gesprächs folgendes:

1. Wenn die Kandidatur *Heuss* im letzten Augenblick scheitern sollte, müsse dies bei der FDP, auch aus rein menschlichen Gründen, eine tiefe Verstimmung auslösen. So würde der Gedanke erwogen, sich in diesem Fall an der kleinen Koalition nicht mehr zu beteiligen, sondern die Regierung *Adenauer* nur von Fall zu Fall zu unterstützen.

2. Unabhängig von der Besetzung des Bundespräsidenten müsse die FDP darauf bestehen, eines von den drei wichtigsten Ministerien zu erhalten. Da aus den bekannten Gründen Wirtschaft und Arbeit nicht in Frage kämen, müsse die Partei auf dem Finanzministerium bestehen, für dessen Leitung jedoch nicht Herr Dr. *Höpker Aschoff*, sondern Herr *Blücher* vorgesehen sei.[1] Die Besetzung minder wichtiger Regierungsstellen sei für die FDP von geringer Bedeutung.

1 In dieser Frage war die Haltung der FDP-Fraktion schwankend. Vgl. Nr. 58 und Nr. 68, S. 319. Aus dem Tagebucheintrag *Wildermuths* vom 7. 9. 1949 geht hervor, daß die FDP-Fraktion an diesem Tag über die Besetzung des Finanzministeriums mit *Blücher* oder *Höpker Aschoff* beraten hat. Das Ergebnis dieser Beratungen geht aus dem Tagebucheintrag nicht hervor. NL Wildermuth 28.

3. Die Wahl *Arnolds* zum Bundesratspräsidenten werde von der FDP als ein Anzeichen dafür bewertet, daß der „linke" Flügel der CDU einen offensichtlichen Erfolg davongetragen habe. Dies sei von der FDP nicht ohne Bedenken zur Kenntnis genommen worden, zumal die Wahl *Ehards* stimmungsmäßig die „Bundestreue" Bayerns dokumentiert hätte.

4. Herr Dr. *Oellers*, den ich aus gemeinsamer Arbeit beim ehemaligen Zonenbeirat in Hamburg kenne, bat mich, seine – wie er sagte – „freimütigen und ungeschminkten Äußerungen" unseren maßgeblichen Stellen zur Kenntnis zu bringen.

5. Der niedersächsische Finanzminister Dr. *Strickrodt* den ich über die Äußerungen des Herrn Dr. *Oellers* unterrichtete, regte an, daß Herr *Blücher* gegebenenfalls eingeladen werden sollte, um sich mit den Finanzexperten unserer Partei unter Führung von Herrn Dr. *Hilpert* über die maßgeblichen Punkte der künftigen Finanzpolitik auszusprechen. Er – *Strickrodt* – sei bereit, an einer derartigen Verhandlung teilzunehmen.

Ich wollte nicht verfehlen, Sie, sehr verehrter Herr Dr. *Adenauer*, über die in der FDP herrschende Stimmung zu unterrichten, und verbleibe mit Unionsgruß als Ihr sehr ergebener

Oskar *Wackerzapp*

67.

9. 9. 1949: Der Finanzminister von Württemberg-Baden, Edmund Kaufmann (Frankfurt/M.), an MdB Theodor Blank (Bonn)

StBkAH 09.01. Abschrift.

Sehr geehrter, lieber Herr *Blank!*

Die Vorgänge, die zur Wahl *Arnolds* zum Präsidenten des Bundesrats geführt haben, veranlassen mich zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen, weil ich darin Anzeichen einer Entwicklung sehe, die mich mit größter Sorge erfüllt. Ich wende mich dabei an Sie, weil Sie christlicher Gewerkschaftler sind und weil ich Sie als den politischen und wirtschaftlichen Dingen gegenüber besonders aufgeschlossenen Menschen kennen und schätzen gelernt habe.

Die Wahl *Arnolds* zum Bundesratspräsidenten halte ich für eine politische – dieses Wort im Sinne von staatspolitisch – Fehlentscheidung. Aber darum geht es mir in diesem Augenblick nicht. Ich brauche deshalb diese meine Auffassung in diesem Zusammenhange nicht näher [zu] begründen. Es geht mir um die inneren Beweggründe, die *Arnold* dazu geführt haben, nach dem Posten des Bundesratspräsidenten zu streben, und um die Methoden, die er zur Erreichung seines Zieles angewandt hat.

In der Vorbesprechung der CDU/CSU-Minister des Bundesrats in Unkel am Dienstagnachmittag[1] hat man uns Dinge erzählt, wie wenn wir politische Kinder wären. Man sprach davon, daß Nordrhein-Westfalen das größte Land sei. Man sprach von Grenzlandproblemen, von Demontagen und vom Ruhrstatut. Und man sprach davon, daß es falsch sei, die Frage des Bundesratspräsidenten mit der Frage des Bundespräsi-

1 Vgl. Nr. 63.

denten, des Bundeskanzlers und des Bundestagspräsidenten zu verquicken, und daß die Verlautbarung Dr. *Adenauers* in dieser Hinsicht ein „katastrophaler Fehler" gewesen sei. Die Frage des Bundesratspräsidenten gehe die Partei und die Fraktion überhaupt nichts an, sie sei ausschließlich Angelegenheit der Länder.

Es gehört nicht viel dazu, die innere Unwahrheit dieser Argumente ohne weiteres zu erkennen. Warum sollte z. B. nicht gerade das kleinste Land den Präsidenten stellen, denn das würde vielleicht am ehesten dafür bürgen, daß der Präsident nicht seine Landesinteressen mit den Interessen der Gesamtheit aller Länder verwechselt? Und Grenzland-, Demontage- und ähnliche Fragen kann der Vertreter des betroffenen Landes vielleicht weniger wirksam vertreten, als der nicht pro domo, sondern für ganz Deutschland sprechende Vertreter eines anderen Landes. Und die übrigen Argumente sind nichts anderes als Ausflüchte ins Formale. Alle diese Fragen stehen in der Politik und werden unter politischen – auch unter parteipolitischen – Aspekten betrachtet und beurteilt. Und deshalb geht auch die Frage des Bundesratspräsidenten die Partei und die Fraktion etwas an. Man möge uns doch nicht weismachen wollen, daß die SPD die Frage des Bundesratspräsidenten nicht unter parteipolitischen Aspekten betrachtet habe. *Arnold* erschien der SPD, wenn sie schon selbst nicht den Präsidenten stellen kann, als der parteipolitisch tragbarste Kandidat.[2] Wäre ihr der Ministerpräsident eines anderen Landes als der für sie tragbarste Kandidat erschienen, so wäre ihr das größte Land egal gewesen, und sie hätte eben andere Argumente gesucht und gefunden. Und uns CDU-Ministern erzählt man, daß diese Frage *Adenauer*, die Partei und die Fraktion nichts angehe und daß dies reine Länderangelegenheit sei, und begibt sich damit in das Schlepptau der nur parteipolitisch denkenden SPD!

Selbstverständlich stehe ich nicht auf dem Standpunkt, daß ein Kandidat der CDU abzulehnen sei, wenn oder weil er der SPD genehm ist. – Im Gegenteil: Wenn ein in die gesamtpolitische Konzeption der CDU passender Kandidat auch der SPD genehm ist, so kann dies nur ein Vorteil sein. *Arnold* hat aber – und damit komme ich zum eigentlichen Grund meines Schreibens an Sie – den Posten des Bundesratspräsidenten in bewußter Opposition gegenüber Dr. *Adenauer* und der Bundestagsfraktion erstrebt und sich dabei der Unterstützung seines Koalitionskabinetts und der SPD bedient, statt sich in die gesamtpolitische Konzeption seiner Partei einzuordnen. Das ist schon schlimm genug. Schlimmer ist aber noch, daß sich hier – zum Teil aus Ehrgeiz, zum Teil aus Mißtrauen gegenüber anderen Angehörigen der Partei – eine Entwicklung anbahnt, die letzten Endes zu einer Spaltung der Partei führen muß. Selbstverständlich muß in einer Partei wie der CDU, die keine Klassenpartei, sondern eine Volkspartei ist, jeder Berufsstand zu Wort kommen und die Dinge aus dem Blickpunkt seines Berufsstands heraus beleuchten, weil dies zum Finden dessen, was dem allgemeinen Wohl dient, unerläßlich ist. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn sich „Flügel" oder „Gruppen" bilden würden, die sich gegenseitig bekämpfen oder doch mindestens beargwöhnen, denn das wäre eine Sünde, nein: die Sünde gegen den heiligen Geist der Partei. Wohin soll es auch führen, wenn schon zu Beginn der parlamentarischen Tätigkeit sich eine Gruppe laut und sichtbar von den anderen absondert und unmißverständlich zu erkennen gibt, daß sie zu dem sozialen Wollen der anderen kein Vertrauen hat? Das ist ein schlechter Start einer christlichen Partei. Die Angelegenheit *Arnolds* ist nichts anderes als eine gewerkschaftlich betonte Flügelbildung – und dies auch noch im Schatten der SPD. Wo bleibt da das Band des

2 Die Befürwortung der Kandidatur *Arnolds* durch *Schumacher* in Nr. 62.

Christentums, das alle umschließen soll? Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Meinungsverschiedenheiten gibt es selbstverständlich auch in einer christlichen Partei. Aber es handelt sich hier nicht um Meinungsverschiedenheiten, sondern um Mißtrauen gegenüber der Aufrichtigkeit des sozialen Wollens der anderen, und ich meine in einer christlichen Partei sollte es keine größere Beleidigung geben, als gegenüber den Fraktionskollegen Zweifel zu setzen, daß sie nicht ebenso ernst nach sozialer Gerechtigkeit streben und nicht ebenso ernst soziale Not bekämpfen wollen wie man selbst. Gewiß, sie können im Weg einmal irren, aber das kann jedem passieren, auch einem christlichen Gewerkschaftler, wie *Arnold* im Länderrat zur Genüge bewiesen hat.

Die angebahnte Entwicklung kann zu einer Lawine führen, unter der schließlich die Partei selbst begraben wird. Die erste Etappe auf diesem verhängnisvollen Weg wird die sein, wo Dr. *Adenauer* das Kanzleramt nicht mehr übernehmen kann und es anderen überlassen muß. Und an diesem Tage beginnt *Schumachers* Triumpf.

Mit den besten Grüßen
verbleibe ich Ihr
gez. Dr. *Kaufmann*

68.

11. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII–001–006/1. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: 14.15 Uhr.

Staatsrat Schäffer: Meine Damen und Herren! Herr Dr. *Adenauer* ist durch [die] Fortführung der Koalitionsbesprechungen, in diesem Falle mit der Deutschen Partei, noch verhindert, hier zu erscheinen. Er hat mich gebeten, daß ich an seiner Stelle – nachdem ich bisher bei den Koalitionsbesprechungen als einziger dabei gewesen bin – Ihnen den Stand der Dinge kurz bekanntgebe. Vorher möchte ich noch eine geschäftliche Angelegenheit regeln. Es sind einige Wahlmänner bereits in Bonn und auch im Saal. Sie bitten um die Erlaubnis, als Gast oder als Zuhörer an der Fraktionssitzung teilnehmen zu dürfen. (Zustimmung) Das wird also genehmigt?

(Zurufe: Aber nur als Zuhörer.)

(Dr. *Vogel*: Zur Geschäftsordnung. Ich bitte um nochmalige Prüfung, daß darüber hinaus niemand hier teilnehmen kann.)

Ausgenommen sind natürlich Regierungsvertreter, d.h. ich frage, wieviel Wahlmänner sind da? Dankeschön. Ist von der Presse jemand anwesend?

(Zuruf: Das ist die Presse, die von uns zugelassen wird.)

Sonst ist niemand im Saal von der Presse? Ich mache die Presse darauf aufmerksam, daß ich einen Bericht über die Koalitionsverhandlungen gebe. Die Koalitionsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Jedes Wort, das in die Öffentlichkeit kommt, kann den größten Schaden anrichten. Ich bitte also, ohne ausdrückliche Genehmigung von Herrn Dr. *Adenauer* nichts in der Presse zu bringen, und das, was Sie hier hören, für sich streng vertraulich zu behandeln.

(*Kaiser:* Ich würde bitten, daß die Angelegenheit der Pressevertreter vom Vorstand so schnell wie möglich geprüft wird. Es sind an mich Herren der Presse herangetreten, die teilnehmen wollen. Ich habe gesagt, es ist nicht möglich. Diese Herren sind uns alle bekannt, aber es muß eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, wer aus den Reihen der Presse an unseren Sitzungen teilnehmen kann und wer nicht; sonst würde es ungehörig gegenüber denen sein, die wir nicht zugelassen haben.)

Ist die Fraktion einverstanden, daß die Fraktionsvorstandschaft in der nächsten Sitzung diesen Punkt endgültig erledigt?

(Zustimmung)

Ich darf in die Tagesordnung eintreten. Die beiden Punkte der Tagesordnung heißen: Wahl des Bundespräsidenten und Regierungsbildung. Zur Wahl des Bundespräsidenten darf ich kurz referieren über das Gespräch, das gestern zwischen Dr. *Schumacher*, Carlo *Schmid* einerseits und Dr. *Adenauer* und meiner Person andererseits stattgefunden hat. Das Gespräch hat von halb 3 [Uhr] bis viertel vor 4 [Uhr] nachmittags gedauert. Die Presse hat mit der Stoppuhr an der Tür gestanden. Das Gespräch ist nach einer zunächst kühlen Zurückhaltung des Herrn Dr. *Schumacher* dann in der liebenswürdigsten und wärmsten Form verlaufen. Der Inhalt des Gesprächs – solange es sich auch hinausgezogen hat – ist mit wenigen Sätzen wiedergegeben. Uns interessiert nur das politische Ergebnis. Es wurde zunächst von Dr. Kurt *Schumacher* das Bedenken erhoben, daß man erst an ihn mit der Erklärung, welcher Kandidat allenfalls aufgestellt würde, herangetreten sei. Herr Dr. *Adenauer* hat darauf erwidert, 1) es sei notwendig gewesen, nach den Wahlen ein gewisses Abebben der Stimmung, die durch die Wahlen hervorgerufen worden ist, abzuwarten; 2) hätte er einen Namen erst nennen können, nachdem er mit seinen Freunden Fühlung genommen habe und wisse, welcher Name wenigstens bei der Mehrheit seiner Freunde Anklang finden würde. Die Entscheidung über den Namen sei in der Fraktion der CDU/CSU vor dem vergangenen Dienstag[1] nicht zu erreichen gewesen.[2] Am Mittwoch war dann die Konstituierung des Bundesrates und des Bundestages. Am Donnerstag ist dieser Wirbel – wie wir in Süddeutschland sagen – *Arnold-Ehard* gewesen[3], der zu sehr langwierigen und auch nervenanspannenden Besprechungen Anlaß gegeben hat. So sei es nicht früher möglich gewesen, die Herren von der SPD zu verständigen, daß ein Gespräch über diese Frage gewünscht werde. Die Herren von der SPD haben sich mit dieser Erklärung zunächst beruhigt. Als ihnen dann bekanntgegeben wurde, daß von uns aus der Name *Heuss* als Kandidat benannt würde, haben sie, wenn auch in vorsichtiger Weise, erklärt, daß sie hofften, wenn der neue Bundespräsident seine Verfassungstreue und seine menschliche Urbanität bewiesen habe, mit ihm loyal zusammenarbeiten zu können, daß sie aber vorher mit dem Kandidaten, also Herrn *Heuss*, eine Besprechung grundsätzlich ablehnten. Sie seien wohl bereit, nach den Wahlen sich mit Herrn *Heuss* persönlich ins Benehmen zu setzen. Sie haben dann mit einiger, sagen wir Liebenswürdigkeit, um das so auszudrücken, davon erzählt, daß viele Gespräche gewesen seien, daß sie auch wüßten, daß in der CDU andere Namen genannt würden und daß eine Strömung gegen *Heuss* vorhanden sei. Sie haben auch er-

1 6. 9. 1949.

2 Die eingeschränkte Zustimmung der Mehrheit der Fraktion zu *Heuss* in Nr. 61, S. 267.

3 Vgl. die Nrn. 63 und 64 sowie Nr. 65, S. 287–290, 293ff., und Nr. 67.

zählt, daß nicht nur Leute der CDU, sondern auch der FDP mit ihnen gesprochen und ihnen über die inneren Auseinandersetzungen Anhaltspunkte gegeben hätten.

Sie haben erwähnt, daß sie Herrn *Heuss* nicht wählen würden, und zwar mit der Begründung, daß er für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe.[4] Es sei damit kein subjektiver Vorwurf verbunden; sie wüßten, daß er damals in der Staatspartei, die aus fünf Abgeordneten bestanden habe, mit einem anderen – also zwei gegen drei – sich gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen hätte, aber er habe nun einmal bei der Abstimmung die Hand erhoben, und damit sei er ungeeignet für das Amt des Bundespräsidenten nach ihrer Anschauung geworden.

Sie haben uns erzählt, daß in den Reihen der CDU andere Namen genannt worden sind. Dabei haben sie insbesondere gegen *Dibelius* Vorwürfe erhoben, die in der Form viel schärfer waren als gegen *Heuss*. Es hänge das mit seiner Predigt zusammen, die *Dibelius* am 23. März 1933 in Potsdam gehalten habe.[5] Sie haben erklärt, es sei in ihren Augen unmöglich, daß ein Mann einer christlichen Kirche als Staatspräsident auftrete (Zurufe: Hört, hört!); es sei für sie nicht tragbar, denn – wie eine Redewendung gelautet hat – entweder ist er ein guter Mann der Kirche, dann kann er kein guter Staatspräsident sein (Unruhe und Widerspruch im Saal), oder er sei ein guter Staatspräsident, und dann könne er kein guter Mann der Kirche sein. Jedenfalls findet der Name *Dibelius* hier lebhaften Widerstand. Für uns ist das nichts Neues. Es war von vornherein damit zu rechnen, daß die SPD einen Kandidaten, der von anderer Seite aufgestellt wird, grundsätzlich nicht wählt. Der Vorwand, warum er nicht gewählt wird, ist politisch bedeutungslos, er hat nur eine Bedeutung für die Agitation.

Sie haben dann – und das ist für uns das entscheidende – erklärt, daß sie einen Gegenkandidaten, ja, das Wort hat gelautet: einen Kampfkandidaten gegen die Kandidatur von unserer Seite aufstellen werden. Wir haben vorsichtig angefragt, ob wir den Namen dieses Kandidaten erfahren könnten, denn wenn es ein guter Name wäre, wenn er für Deutschland von Bedeutung wäre, könne man objektiv dazu Stellung nehmen. Sie haben die Antwort mit der Begründung verweigert, daß sie ihre Fraktion und ihre Wahlmänner erst am Montag[6] um halb 11 Uhr zusammentreten lassen. Vorher sei es ihnen nicht möglich, einen Namen zu nennen, womit sie auch bekundet haben, daß es für Herrn *Adenauer* unmöglich war, vor dem Dienstag überhaupt einen Namen zu nennen.

(Zuruf: Wird der Kampfkandidat ein SPD-Mann sein?)

Sie haben gesagt: Kampfkandidat. Ich nehme an, daß es wirklich ein Mann der SPD sein wird. Es wäre aber auch möglich, daß sie einen Köder auswerfen und vielleicht einen Kandidaten nennen, der ihnen nahesteht und ihr parteipolitisches Vertrauen hat, um in unseren Reihen möglichst eine Verwirrung hervorzurufen. Die Tatsache, daß sie unter diesem Scheinvorwand, sie könnten jetzt den Namen noch nicht nennen, den Namen verschwiegen haben, ist jedenfalls der Beweis dafür, daß sie mit einer Überraschung rechnen. Ich bitte Sie, auf jede Überraschung bei dem Namen gefaßt zu sein. Ich will z. B.

---

4 Vgl. Nr. 65, Anm. 7.

5 *Dibelius* hatte am Morgen des 21. 3. 1933, dem Tag von Potsdam, im evangelischen Festgottesdienst in der Nikolaikirche in Anwesenheit von Reichspräsident *von Hindenburg* die Predigt gehalten. Vgl. Otto Dibelius, Ein Christ ist immer im Dienst. Erlebnisse und Erfahrungen in einer Zeitenwende, Stuttgart 1961, S. 171ff.

6 12. 9. 1949.

einen Scherz machen und sagen, sie würden, um die Stimmen der CSU zu gewinnen, den Namen von Dr. Josef *Müller* nennen, dann müßten wir darauf gerüstet sein.

(Zuruf: Dr. Josef *Wirth*!)

Meinetwegen *Wirth*, wir müssen darauf geistig vorbereitet sein. Das ist die Situation nach der einen Richtung.

Ich habe gestern Gelegenheit gehabt und mußte es tun, mit den Herren von der FDP und DP einmal die Wahlaussichten zu besprechen. Die Ziffern sind, soweit ich sie im Kopf habe, folgende:

CDU/CSU an Wahlmännern und Abgeordneten	279 Stimmen
FDP an Wahlmännern und Abgeordneten	88 Stimmen
DP an Wahlmännern und Abgeordneten	28 Stimmen
Ich bitte, noch dazu zu schreiben	
Bayernpartei	34 Stimmen
das sind zusammen	429 Stimmen[7]

Die Mehrheit sind 403 Stimmen bei 804 Wahlberechtigten. Wenn 429 Stimmen geschlossen abgegeben werden, dann könnte das Ziel erreicht werden, den Bundespräsidenten im ersten Wahlgang zu wählen.

Ich habe vorhin gefragt, ob jemand außer den Mitgliedern und den Wahlmännern im Saal ist. Ist niemand sonst im Saal?

(Jemand verläßt hierauf den Saal.)

Jetzt stimmt es.

Wenn die Stimmen der vorgenannten 429 Abgeordneten und Wahlmänner geschlossen abgegeben würden, dann hätten wir schon im ersten Wahlgang den gewünschten Erfolg. Dadurch würde das häßliche Bild gegenüber dem Ausland vermieden, daß die deutsche Nation nicht einmal in dieser Stunde in der Lage ist, sich auf einen Bundespräsidenten zu einigen. Ich weiß, daß in Erkenntnis dieser Situation die Deutsche Partei einen Schritt bei der Bayernpartei unternimmt und die Bayernpartei bittet, unter allen Umständen schon im ersten Wahlgang ihre Stimmen für *Heuss* abzugeben.[8]

Die Situation bei der Bayernpartei ist folgende: Die Bayernpartei hat wissen lassen, daß sie auf keinen Fall die Verantwortung dafür übernehmen will, daß durch ihr Verhalten etwa ein von der Sozialdemokratie benannter Kandidat einen Überraschungserfolg erringt. Sie hat erklärt, sie wolle aus grundsätzlichen Erwägungen – da sie ja in Bayern nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern auch gegen die zweite Frage gestimmt habe, die damals Ministerpräsident *Ehard* im Landtag aufgeworfen hat[9] – nun trotz des Neins zum Grundgesetz das Grundgesetz als rechtsverbindlich für Bayern anerkannt haben. Die Bayernpartei hat im Landtag – sie hat dort nur zwei oder einen Vertreter – dagegen gestimmt oder sich der Stimme enthalten. In der Agitation jedenfalls hat sie gegen die CSU gekämpft, weil diese Fragen im bayerischen Landtag aufgeworfen und vom bayeri-

7 Die genauen Zahlen lauteten: CDU/CSU: 280 (+ 4 Berliner); FDP: 87 (+ 3 Berliner); DP: 28; BP: 34. Datenhandbuch Bundestag, S. 932.

8 Nach Unger, S. 158, gaben die Abgeordneten der Bayernpartei erst im zweiten Wahlgang ihre Stimmen für *Heuss* ab. Dagegen die Mitteilung von *Adenauer*, daß bereits im ersten Wahlgang sechs Abgeordnete der Bayernpartei für *Heuss* gestimmt hätten. Vgl. Nr. 74, S. 415.

9 Die Frage galt der Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes für Bayern. Vgl. Kock, S. 325.

schen Landtag mit Ja beantwortet worden sind. Sie wollte infolgedessen ihre grundsätzliche Einstellung dadurch beweisen, daß sie wenigstens im ersten Wahlgang sich an der Wahl durch Stimmenthaltung, also durch Abgabe weißer Stimmzettel, beteiligt. Die Deutsche Partei wird ihr erklären, daß sie damit grundsätzlich dieselbe Stellung einnehmen würde wie die KPD, die sich an der Wahl auch nicht beteiligt, weil sie den Westdeutschen Bund nicht anerkennt. Es sei für eine Partei wie die Bayernpartei nicht gerade sehr ehrenvoll, aus derselben Begründung, wenn auch mit anderen Motiven wie bei der KPD, diesen ersten historischen wichtigen Wahlakt im Deutschen Bundestag zu stören.

Es ist also die Hoffnung vorhanden, daß es gelingen wird, die Stimmen der Bayernpartei schon beim ersten Wahlgang zu erreichen. Das hängt natürlich davon ab, daß die Fraktion der CDU/CSU, wobei das Wort „Fraktion" in diesem Falle auch die Wahlmänner umfaßt, auch eine geschlossene Haltung einnimmt.

Das ist der Zweck, warum wir heute hier zusammen sind. Das schließt nicht aus, daß vielleicht jemand noch einmal seine Gewissensbedenken, wie ich es nennen darf, vorträgt. Aber über eines sollten wir uns klar sein: Diese Gewissensbedenken müssen dann ausscheiden nach meiner Überzeugung, wenn der Kampf innerhalb der Fraktion nun zu einer Mehrheitsentscheidung geführt hat. Wenn jemand dann trotzdem anders stimmen würde, dann würde er damit nicht den Kandidaten, den er an Stelle von *Heuss* wünscht, zum Siege bringen, sondern den, der von der SPD gestellt werden wird. Es würden dann sämtliche Bemühungen, überhaupt zu einer Bundesregierung zu kommen, gefährdet, ohne daß dadurch ein sichtbarer Erfolg für irgendeinen Bevölkerungsteil geschaffen würde.

Ich darf in diesem Zusammenhang einen Punkt hervorheben, der innerlich damit zusammenhängt, wenn auch nicht sachlich und rechtlich. Herr Dr. *Adenauer* hat in den Verhandlungen mit Dr. *Schumacher* ausdrücklich einleitend aus eigener Initiative und dann wiederholt die Erklärung abgegeben, daß zwischen der Wahl des Bundespräsidenten und der Koalitionsbildung ein sachliches Junktim nicht bestehe. Wir können nicht leugnen, daß ein zeitlicher Zusammenhang besteht, weil wir heute in dem Stadium sind, daß die gesamte Bundesregierung und die gesamte Bundesrepublik, also Präsident, Kanzler und Kabinett, in einem Zug gewählt werden und zur Entstehung kommen müssen. Dieser zeitliche Zusammenhang besteht. Daß dieser zeitliche Zusammenhang stimmungsmäßig für den Koalitionspartner nicht übersehen werden darf und nicht übersehen werden kann, ist eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht zu reden braucht. Dieser menschlich-politische Zusammenhang ist also gegeben. Der Bundespräsident wird gewählt ohne jede Wahlkapitulation durch Ihre Entscheidung. Der Bundespräsident kann theoretisch nach seiner Wahl erklären, ich bin ein freier Mann, ich habe mich nach freiem Gewissen zu entscheiden. So ist die Situation. Das wurde Herrn Dr. Kurt *Schumacher* ausdrücklich erklärt. Und Dr. Kurt *Schumacher* hat diese Erklärung ohne Widerspruch hingenommen, was ich feststellen möchte.

Nun darf ich sagen, es besteht ganz gewiß ein innerer menschlicher Zusammenhang. Ich habe selbst in den ersten Fraktionssitzungen gesagt, wenn wir uns zu der Wahl von *Heuss* als Bundespräsident entschließen, so ist es selbstverständlich, daß wir vorher mit der FDP doch vereinbaren, welche Ansprüche sie hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang, weil die Frage doch kommt und sich nicht vermeiden läßt, Ihnen ein Bild geben über den bisherigen Verlauf der Koalitionsbesprechungen, soweit sie die Teilnahme der FDP am Kabinett betreffen. Ich werde über nichts mehr in diesem Stadium referieren,

weil wir sonst, wenn wir über alle 13 oder 14 Namen reden, ins uferlose geraten würden und wir vielleicht den zweiten Punkt der Tagesordnung ganz vergessen könnten. Wir müssen über die Wahl des Bundespräsidenten doch zu einem endgültigen Resultat kommen.

Die offizielle Besprechung mit der Deutschen Partei findet augenblicklich statt. Es war bisher wegen eines technischen Umstandes nur Herr *von Merkatz* als Informator und Beobachter dabei, die Herren *Hellwege* und *Seebohm* mußten erst telegraphisch geholt werden; sie sind inzwischen eingetroffen. Es ist von allen Koalitionsparteien übereinstimmend die Überzeugung ausgesprochen worden, wir müssen mit der Regierungsbildung rasch zum Abschluß kommen. Es wäre denkbar ungünstig, wenn die drei Koalitionsparteien in langen Verhandlungen die gegenseitige Geduld und die Geduld der Öffentlichkeit auf die schwerste Probe stellen würden. Der Eindruck, daß dieses Kind unter schweren Schmerzen geboren wurde und dann als Zangengeburt doch nicht lebensfähig ist, muß unter allen Umständen vermieden werden. Es bestand daher die Meinung, daß die Koalitionsparteien in den grundsätzlichen Fragen bis morgen wenigstens einig sein müßten. Diese Einigung ist gegenüber der FDP bis heute nicht völlig erreicht worden.

Ich darf über den Stand der Dinge kurz berichten. Wir werden mit 13 oder 14 – die Zahl steht noch nicht fest – Ministerien zu rechnen haben.

(Lebhafte Zurufe: Hört, hört, unerhört! – Unruhe.)

Sie können sich zu den einzelnen Ministerien noch äußern. Es handelt sich hier um die prozentuale Beteiligung oder um das Kräfteverhältnis, –

(Widerspruch und Unruhe.)

das ist besser ausgedrückt, also um das Verhältnis, in dem die verschiedenen Parteien im Kabinett stehen werden.

Daß Herr *Blücher* als Stellvertreter des Kanzlers in Aussicht genommen worden ist, das ist Ihnen bekannt. Der Stellvertreter des Kanzlers ist ja immer auch ein Minister; denn nur ein Minister kann mit der Stellvertretung des Kanzlers beauftragt werden. Die Ansprüche der FDP haben zunächst damit begonnen, daß sie das Finanzministerium für *Höpker Aschoff* wollen[10] – nebenbei bemerkt: der Name spielt aber keine Rolle –.

(Zuruf: Der spielt wohl eine Rolle!)

Zur Vervollständigung darf ich bemerken, daß sie bereit gewesen wären, den Namen *Höpker Aschoff* mit dem Namen *Blücher* zu tauschen. Hier ist es zu einem Gegensatz gekommen. Ich muß hier referieren, ohne pro domo zu sprechen, aber es wurde der Standpunkt von mir vertreten, daß in der bisherigen Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Verwaltung der Finanzen in Händen des Landes Bayern lag, daß also das Land den höchsten Wert darauf legt, daß ein Mann seines Vertrauens dieses Ministerium übernehmen soll. Die Deutsche Partei ließ durchblicken, daß sie ebenfalls den höchsten Wert darauf legt, daß ein Mann, der als Mann mit föderativer Gesinnung bekannt ist, diesen Posten innehaben soll, weil beim Grundgesetz gerade die Frage der Gestaltung der Finanzhoheit und deren Verteilung der eigentliche Streitpunkt gewesen ist. Die FDP hat in dieser Frage eine Stellung eingenommen, die von den föderativen politischen Kräften in Deutschland als antipodisch betrachtet worden ist. Durch das Eingreifen der Alliierten sei das Grundgesetz dann als Kompromiß zustande gekommen, aber in

10 Die Forderungen der FDP bei Beginn der Koalitionsverhandlungen in Nr. 58.

dem Kompromiß liege die Gefahr, da das Grundgesetz verschiedene Handhabung zulasse (Zuruf: kautschukartig), wenn das Amt in die Hand eines Mannes mit zentralistischer Gesinnung gerate, daß das Grundgesetz mißbraucht werde und de facto auf diesem Gebiet ein Zentralismus zum Zuge komme. Da also nun die DP einerseits und die CDU/CSU andererseits einer Meinung in dieser Hinsicht waren, hat nach recht schwierigen Verhandlungen, wenn sie auch in der liebenswürdigsten Form geführt worden sind, die FDP dann, die ihre Fraktion wieder zusammenrief, die Erklärung abgegeben, wenn sie sich damit begnügen würde, das Finanzministerium nicht zu erhalten, ob es nicht eine andere Lösung gäbe, die es der FDP erlaube, sich doch an der Koalition zu beteiligen. Sie hat dann Eventualvorschläge gemacht, die praktisch darauf hinausgingen, daß sie wenigstens drei Ministerien haben müßte. Dabei sind genannt worden: ERP-Ministerium, Justizministerium, Ministerium für Wohnungsbau oder Wiederaufbau.

Diese drei von der FDP beanspruchten Ministerien standen zuletzt im Feuer der Aussprache. Wir haben ihr zur Antwort gegeben, daß nach unserer Überzeugung das Kräfteverhältnis dann gerecht ausgeglichen sei, wenn die FDP neben dem Stellvertreter des Kanzlers noch zwei Ministerien erhalte, wobei daran gedacht ist, ihr das ERP-Ministerium – für das *Blücher* in Frage kommt[11] – und das Justizministerium zu geben, unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig in das Justizministerium Herr *Strauß* aus Hessen als politischer Staatssekretär berufen wird, –

(Zuruf: Es gibt keine politischen Staatssekretäre!)

als Verwaltungsstaatssekretär.

Unser Angebot, wie es zurzeit steht, ist folgendes: ERP-Ministerium plus Stellvertretung des Kanzlers einerseits und Justizministerium – tatsächlich kommen sie trotz der von uns erhobenen Einwände auf den Namen Dr. *Dehler* zurück – plus Staatssekretär unsererseits.

Das ist der Vorschlag, den wir gemacht haben. Angenommen ist dieser Vorschlag noch nicht. Die FDP hat erklärt, daß ihr dieses Zugeständnis als zu gering erscheint, daß sie infolgedessen morgen vormittag ihre Fraktion zusammenruft, um uns dann anschließend den letzten Bescheid zu geben.[12]

Ich resümiere ganz kurz: Die Ansprüche der FDP gehen auf drei Ministerien. Wir haben ihr von den drei Ministerien, die ich nochmals wiederhole: Wohnungsbau-, Justiz- und ERP-Ministerium, zwei in Aussicht gestellt, wobei wir den Vorbehalt machten, daß in das Justizministerium ein Mann unseres Vertrauens als Staatssekretär hineinkommt. Nebenbei sei bemerkt, ich glaube, die Hessen und alle anderen, die Herrn *Strauß* kennen, werden es bestätigen, ist meines Erachtens als Jurist der Herr *Strauß* dem Herrn *Dehler* himmelhoch überlegen. (Zustimmung und Ja-Rufe.) Das ist die Situation. Zu dem ERP-Ministerium möchte ich folgendes sagen: In den Statuten, die über die ERP-Hilfe von den Besatzungsmächten aufgestellt worden sind, heißt es, daß der Deutsche

11 Dazu Blankenhorn, S. 55 (9. 9. 1949): „*Blücher* ist über ein Angebot *Adenauers*, ein ERP-Ministerium zu übernehmen, erfreut."

12 Eine Fraktionssitzung der FDP hat am 12. 9. 1949 offensichtlich nicht stattgefunden, denn *Wildermuth* notierte für diesen Tag in sein Tagebuch: „Ruhiger Morgen. Im Grunde nichts." Erst am 13. 9. 1949 gingen innerhalb der FDP-Fraktion die Beratungen weiter. Dazu *Wildermuth*: „Vormittags lange und unnötige Debatten in der Fraktion." NL Wildermuth 28.

Bund bei den Verhandlungen, die in Paris stattfinden, ebenso wie alle anderen Länder durch einen Minister, also durch ein Kabinettsmitglied, vertreten sein muß.[13] Das hat zu dem Gedanken geführt, diesen ganzen ERP-Komplex herauszunehmen und zu einem Ministerium zu machen, das aber voraussichtlich eine kleine Zahl von Personal haben wird. Ich habe mit Herrn *Blücher* selbst gesprochen, wie er sich das vorstellt. Er sagt, daß er ungefähr 30, vielleicht 40 Leute als Personal braucht. Jedenfalls ist die Vorstellung so, daß wir uns dieses ERP-Ministerium als ein Kopfministerium denken, ohne einen eigenen Verwaltungsapparat. Wir haben mit Direktor *Erhard* über dieses Thema, das sein Ressort betrifft, gesprochen.

(Dr. *Pünder:* Mein Ressort ist es bisher![14])

Künftig gehört es eigentlich dem Wirtschaftsministerium.

(Dr. *Pünder:* Das ist völlig falsch!)

Wenn schon ein Streit entsteht, – wir haben angenommen, es sei zum Bereich des Wirtschaftsministeriums gehörig.

(Dr. *Hilpert: Erhard* hat den Standpunkt auch vertreten!)

Jedenfalls dieser ganze Fragenkomplex ERP-Vertretung gegenüber den Besatzungsmächten sollte durch einen Minister mit einem kleinen Ministerium erfolgen, wobei wir daran dachten, daß dieses Ministerium ohne untere Behörde sein soll. Nun werden Sie mich wohl nicht der Lüge zeihen, wenn ich bei den Verhandlungen versucht habe, dieses Angebot als stellvertretender Kanzler und Vertreter im ERP-Ministerium dem Herrn *Blücher* entsprechend seiner charakterlichen Eigenschaften möglichst mundgerecht zu machen und möglichst wertvoll erscheinen zu lassen.

Ich habe mich in dem Gespräch auf den Standpunkt gestellt, einen Außenminister könnten wir nicht haben. Die einzige Form, in der wir mit dem Ausland in offizieller Verhandlungsbereitschaft stünden, sei die Form des ERP. Infolgedessen ginge seine Tätigkeit, wenn er stellvertretender Kanzler und gleichzeitig ERP-Minister sei, weit über den Bereich der Verwaltung hinaus. So stehen zurzeit die Dinge. Es ist möglich, daß die Demokraten vielleicht noch mit der Forderung nach dem Wohnungsbauminister kommen. Herr Dr. *Adenauer* ist, soviel ich weiß, fest entschlossen, diese Forderung abzulehnen, weil hier ein Mann der evangelischen Konfession gesucht wird und dieses Gewicht im Kabinett verstärkt werden soll.

Das wäre das Bild, das ich Ihnen zu geben habe. Ich wiederhole noch einmal: Wenn die Fraktion der CDU/CSU sich in dieser Situation entschließen kann, ihre Stimmen, Wahlmänner und Abgeordnete, für die Wahl des Bundespräsidenten abzugeben, dann wird voraussichtlich der erste Wahlgang, ohne daß ich es prophezeie, genügen. Dann wäre auch das böse Spiel, daß der westdeutsche Bund schon beim ersten Akt eine innere Schwäche zeigt, Gott sei Dank vermieden.

---

13 Eine diesbezügliche schriftliche Erklärung gaben die Alliierten Hohen Kommissare am 20. 10. 1949 ab. Die Bundesrepublik wurde als Vollmitglied in die OEEC aufgenommen. Am 31. 10. 1949 nahm Bundesminister *Blücher* erstmals an einer Sitzung des OEEC-Ministerrats in Paris teil. Vgl. Erster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes. 1. Oktober 1949 bis 31. Dezember 1949, Bonn 1950, S. 9.

14 ERP-Fragen ressortierten bei der Verwaltung des Frankfurter Wirtschaftsrats in der Direktorialkanzlei.

Soweit ich meine bayerischen Freunde kenne, glaube ich, daß sie sich trotz ihrer Bedenken entschlossen haben, der Gesamtsituation Rechnung zu tragen.

(Zuruf: Wie ist es mit der DP?)

Die DP hängt mit der Wahl des Bundespräsidenten nicht zusammen. Deshalb habe ich es vermieden, darauf einzugehen. Mit der DP will man sich einigen. Hierbei wird es sich vermutlich um das Verkehrsministerium handeln und um, ich möchte sagen, ein Scheinministerium, das aber nicht den Namen „ohne Portefeuille" trägt, sondern die merkwürdige Bezeichnung: Minister für Verbindung mit dem Bundesrat. Der eine heißt *Seebohm*, der andere *Hellwege*. Diese Verhandlungen haben noch nicht begonnen.

Ich bitte Sie daher, außerhalb der Fraktion über diese Frage nicht zu reden, sondern wir können das erst dann, wenn wir uns mit dem Partner offiziell verständigt haben. Alle anderen Ministerien liegen in der Hand der CDU/CSU. Die Kräfteverteilung ist nach meiner Überzeugung sehr zu Gunsten der CDU/CSU. Ich bitte Sie, nunmehr in die Diskussion einzutreten.

(Zuruf *Kaiser:* Zur Geschäftsordnung möchte ich bitten, daß man die beiden Punkte trennt.)

Ich lasse darüber abstimmen. Wenn sich zur Geschäftsordnung niemand meldet, dann bitte ich Sie, darüber abzustimmen, ob wir uns in der jetzigen Debatte auf die Frage: „Wahl des Bundespräsidenten" beschränken? – Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, die Hand zu heben. – Das ist also einstimmig angenommen. Es ist nun meine Pflicht, als Leiter der Verhandlungen auch erbarmungslos einzugreifen, wenn einer abirrt. Ich werde das auch tun.

Das Wort hat Herr Dr. *Weiß*.

Dr. Weiß: Ich schlage vor, durch eine Probeabstimmung die Gesinnung der Fraktion zu den einzelnen Kandidaten festzustellen. Nach meiner Kenntnis stehen drei Kandidaten zur Wahl: 1. Prof. *Heuss*, gegen den ich persönlich schwerwiegende kulturpolitische Bedenken habe, 2. Dr. *Dibelius*, dessen Wahl ein bestimmtes Bekenntnis zur christlichen Weltanschauung und zum Osten wäre, und 3. *Schlange-Schöningen*, für den ebenfalls seine Haltung zur christlichen Weltanschauung spricht. *Schlange-Schöningen* ist Heimatvertriebener; er hat in schwerster Zeit das schwerste Amt bekleidet, das es gab. Ich weiß, daß nicht alle mit ihm und seiner Amtsführung einverstanden waren. Ich möchte aber jedenfalls vorschlagen, durch eine Probeabstimmung die Stimmung der Fraktion herbeizuführen.

Schäffer: Ich habe gegen eine Probeabstimmung Bedenken. Es ist so, daß wir verfassungsmäßig im Plenum ohne Aussprache abzustimmen haben. Das ist deshalb angebracht, weil eine Aussprache vor der Öffentlichkeit die Person des Kandidaten unter Umständen so schwer treffen könnte, daß dieser Kandidat ohne das notwendige Ansehen, das ein Bundespräsident braucht, sein Amt antreten müßte. Der Gedanke des Bundespräsidenten ist ja letzten Endes der, daß man eine Persönlichkeit sucht, die außerhalb der Linie des politischen Kampfes steht. Er soll über diesen Dingen stehen. Deshalb muß eine Aussprache vermieden werden. Es handelt sich bei uns um eine Frage von höchster politischer Tragweite. Es handelt sich nicht so sehr um die Namen *Heuss*, *Dibelius* und *Schlange-Schöningen*, sondern darum, ob überhaupt die Möglichkeit gegeben sein soll, eine Bundesregierung zustande zu bringen. Alle Männer und Frauen hier im Saale wissen, daß eine Abstimmung gegen den von der Mehrheit vorgeschlagenen Kandidaten jedes Bemühen, eine Regierung zustande zu bringen, vollkommen scheitern

läßt.[15] Wer im Innern seines Herzens auf die nunmehr gefundene Plattform der kleinen Koalition keinen Wert legt, wird diese Bedenken geringschätzen, wer dagegen Wert darauf legt, daß der Start der neuen Bundesrepublik möglichst reibungslos vor sich geht, der wird darauf bedacht sein – mir persönlich und, ich glaube, auch Herrn Dr. *Adenauer* wäre dies von höchstem Wert –, seine persönlichen Wünsche und Neigungen zurückzustellen gegenüber dem politischen Gebot, unter dem wir alle zu handeln haben. Darüber wünschen wir eine Aussprache.

Das Wort hat Herr *Gereke*.

Dr. Gereke: Herr Staatsrat, Sie sagten, wenn ich recht verstanden habe, daß in der Unterhaltung zwischen Dr. *Adenauer* und den Sozialdemokraten [von] Herrn Dr. *Adenauer* ohne Aufforderung erklärt worden wäre, es bestehe kein Junktim, also keine direkte Beziehung zwischen der Wahl des Bundespräsidenten und der vorzunehmenden Regierungsbildung. Habe ich das recht verstanden?

(*Schäffer:* Ich habe ausdrücklich gesagt, es ist kein rechtliches und kein koalitionspolitisches Junktim; aber ich habe weiter gesagt, Sie haben es genau gehört, selbstverständlich ist es ein menschliches und zeitliches Junktim.)

Wenn das so aufzufassen ist, daß wir morgen den Bundespräsidenten wählen und dann zu einem noch nicht ganz feststehenden Tag nachher den Bundeskanzler und die Regierung – wenn das die Überzeugung unserer Unterhändler ist –, dann würde ich bitten, daß wir aber auch die Gespräche ausschalten, die bisher zum Teil so lauteten: Wenn wir Herrn *Heuss* wählen, dann braucht die FDP unter Umständen einen Sitz im Kabinett weniger zu haben. Wenn wir uns also nunmehr ohne Junktim frei entscheiden können, dann habe ich kein Verständnis dafür, daß wir seitens der CDU/CSU den Parteiführer einer kleinen Partei vorschlagen. Ich sehe auch keinen Grund, da Herr *Heuss* uns kulturell nicht besonders nahesteht, daß wir ihn deswegen vorschlagen sollen.

(Dr. *Bucerius:* Herr *Gereke*, Sie müssen uns doch nicht für politische Kinder halten!)

Ich habe eine weitere Frage wegen dieser Verhandlungen, die Sie und Dr. *Adenauer* mit der SPD geführt haben. Sind diese Verhandlungen abgeschlossen, oder soll, nachdem die SPD einen Mann vorschlagen will und wir einen vorschlagen wollen, noch einmal verhandelt werden?

Schäffer: Wir kennen uns schon sehr lange. Ich habe Sie immer sehr hoch eingeschätzt und gedacht, daß Sie politisch von einer ungewöhnlich raschen Auffassungsgabe sind, aber hier haben Sie mich mißverstanden. Ich habe sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß es Verhandlungen in der Stunde zwischen Dr. Kurt *Schumacher* und Dr. *Adenauer* überhaupt nicht gewesen sind. Man kann das nicht als Verhandlung bezeichnen. Es war die Bitte an Dr. Kurt *Schumacher*, daran zu denken, daß der Wahlkampf jetzt vorüber ist, daß er an das gemeinsame Interesse aller Parteien, die im Wahlkampf gegeneinander gestanden haben, denken soll. Es war die Bitte an ihn, einem Mann die Zustimmung zu geben und ihm eine große Mehrheit zu verschaffen, den sie, wie ausdrücklich betont worden ist, durch Herrn *Löbe* im vergangenen Winter selbst als völlig geeignet für diesen Posten bezeichnet haben.[16] Die Erklärung Dr. *Schumachers* war nicht etwa eine Art von Verhandlung, sondern wenn Sie diese Bitte von Herrn Dr. *Adenauer* als Verhandlungs-

15 Vgl. Nr. 66.

16 Vgl. Nr. 44, Anm. 62.

angebot bezeichnen, dann war die Erklärung von Dr. *Schumacher* eine brüske Ablehnung. Es war eine Erklärung zwar in der liebenswürdigsten Form, aber sie lautete so: Wir stellen einen Kampfkandidaten auf und weigern uns, euch den Namen überhaupt zu nennen. Das war die Erklärung inhaltlich von Dr. *Schumacher*.

(Dr. *Vogel:* Fügen Sie noch die Äußerungen hinzu!)

Er hat gesagt, falls *Heuss* gewählt werden sollte, bin ich bereit, nach der Wahl mit ihm zu sprechen, zusammenzuarbeiten und ihn in seinem Amt zu achten unter der Voraussetzung, daß er die Verfassungstreue beweist und eine menschliche Urbanität zeigt. Darüber wird bei uns nicht gestritten, daß Herr *Heuss* verfassungstreu ist und daß er die notwendigen Voraussetzungen für den Beweis einer menschlichen Urbanität mitbringen wird. Herr *Gereke*!

Dr. Gereke: Ich danke Ihnen. Ich möchte fortfahren: Damit ist klar, daß weitere Verhandlungen nicht stattfinden. Ich möchte jetzt auf eine Schwierigkeit aufmerksam machen. Sie wissen, daß ich Herrn Dr. *Adenauer* in der Vorstandssitzung rechtzeitig Kenntnis von beginnenden Verhandlungen über die Wahl des Bundesratspräsidenten in Unkel gegeben und darauf aufmerksam gemacht habe, daß es zweckmäßig wäre, sich schnell einzuschalten, um den Wunsch der Fraktion, den Herrn Ministerpräsidenten *Ehard* zum Bundesratspräsidenten zu wählen, durchzubringen.[17]

Dies ist dann nicht geschehen, und wir haben eine Überraschung erlebt. Ich fürchte . . .

(*Schäffer:* Darf ich unterbrechen, wir haben beschlossen, daß wir über die Wahl des Bundespräsidenten sprechen. Der Bundesratspräsident hat mit der Wahl des Bundespräsidenten nichts zu tun.)

Ich wollte es nur als Vergleich sagen, damit wir beim Bundespräsidenten nicht das Gleiche erleben, wenn wir nicht vorsichtig sind. Man soll sich nicht nur auf Herrn *Heuss* versteifen, weil ich die begründete Sorge habe, daß wir auch hier eine Überraschung erleben werden. Wir wählen nicht nur in diesem Kreis, sondern auch im Kreis der Bundesversammlung einschl. der Wahlmänner. Sie werden, Herr Staatsrat, nicht damit rechnen können, daß wir in einer solchen Frage die gesamte Fraktion der Bundesversammlung einheitlich bekommen werden. Es ist das vielleicht unpopulär, wenn ich es hier ausspreche, aber ich halte es für richtiger, man spricht rechtzeitig darüber, wie ich es beim Bundesratspräsidenten rechtzeitig getan habe, als daß hinterher eine Entwicklung zu beklagen ist, die wir hätten verhindern können. Sie dürfen sicher sein, daß für Herrn *Heuss* zum mindesten ein sehr wesentlicher Teil der Bundesversammlung nicht stimmen wird.

Schäffer: Darf ich als Redner antworten, weil die Frage an mich gestellt worden ist. Ich habe in dem Bericht über das Gespräch mit Dr. Kurt *Schumacher* ausdrücklich hervorgehoben, daß Herr *Schumacher* mit diesem Argument begonnen hat, daß er so spät verständigt worden sei. Herr Dr. Kurt *Schumacher* hat, wie ich ebenfalls erwähnte, dann die Weigerung, den Namen des Kampfkandidaten zu nennen, damit begründet, daß er von seinen Wahlmännern und seinen Abgeordneten noch nicht durch Mehrheitsbeschluß aufgestellt worden sei, und daß er deshalb noch nicht genannt werden könne. Ich finde, daß die CDU/CSU, vertreten durch Dr. *Adenauer*, in diesem Falle nicht zu weit gegangen ist, als sie den Namen Dr. *Heuss* genannt hat, nachdem in einer Abstimmung der Vorstandschaft und der Fraktion sich ein Mehrheitsbild für den Namen *Heuss* herausgestellt hat. Den Namen aber vorher zu nennen, vor dem Dienstag, wäre politisch aber das

17 Vgl. Nr. 65, S. 294.

größte Wagnis gewesen. Und, Herr *Gereke*, ich weiß nicht, ob nicht vielleicht einer unserer Freunde Herrn Dr. *Adenauer* einen persönlichen Vorwurf gemacht hätte, wenn er den Namen *Heuss* ausgesprochen hätte, bevor er durch eine Mehrheitsabstimmung im Vorstand und in der Fraktion gedeckt gewesen wäre. Also, technisch war es unmöglich, vorher mit einer anderen Fraktion offiziell ins Benehmen zu treten und einen Namen zu nennen. Wir haben in der jetzigen Situation die Schritte getan, die dazu ausreichen, eine Mehrheit für den Kandidaten zu erreichen. Ich habe Ihnen die Ziffern vorgerechnet. Es ist mit der Fraktion, wenn sie geschlossen ist, noch keine Mehrheit vorhanden. Mit den Stimmen der Bayernpartei ist eine Mehrheit vorhanden. Mit der Bayernpartei ist durch die Partei, die ihr politisch am nächsten steht, Fühlung aufgenommen worden. Das Ergebnis nach der Fühlung wissen Sie.

Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Es ist gut, daß Konrad *Adenauer* jetzt bei uns ist und er selbst in dieser Angelegenheit das Wort ergreifen kann. Wir haben über die gleiche Frage gestern abend verhältnismäßig lange im Vorstand gesprochen. Herr Dr. *Adenauer* war dabei der Meinung, daß wir in der Fraktion im Grunde schon Klarheit geschaffen haben durch die Mehrheitsentscheidung, die neulich getroffen wurde. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir mit ungefähr 80 gegen 30 Stimmen Dr. *Adenauer* autorisiert, die Kandidatur *Heuss* zu vertreten.[18] Ich selbst bin nach allem, was ich gesehen, gehört und empfunden habe, nicht der optimistischen Auffassung, daß wir damit glatt durchkommen. Deswegen möchte ich einige Dinge vortragen, damit insbesondere auch Herr Dr. *Adenauer* sieht, wie die Situation sein dürfte. Ich stelle an die Spitze die Frage, wie ist es überhaupt zur Kandidatur *Heuss* gekommen. Unmittelbar nach der Wahl war Konrad *Adenauer* in Übereinstimmung mit vielen von uns der Auffassung, daß eine klare Entscheidung des Volkes herbeigeführt worden ist, daß es zu einer sogenannten großen Koalition nicht kommen wird, sondern zu einer anderen Lösung, die nicht unbedingt kleine Koalition zu heißen braucht.[19]

Herr Dr. *Adenauer* hat eine persönliche Entscheidung herbeigeführt, die wir zu achten und zu würdigen wissen, daß er als der erste Mann in unseren Reihen nicht für den Bundespräsidenten kandidiert, sondern für den Bundeskanzler, weil der Bundeskanzler die wichtigste Persönlichkeit ist. Er war der Auffassung, daß es politisch ein Fehler wäre, beide Posten bei uns vereinigen zu wollen. Ich stimme ihm darin vollkommen bei. Nun hat Herr Dr. *Adenauer* etwas ausgesprochen, was von Bedeutung ist, als er nämlich sagte, kein Mann von uns, insbesondere er nicht, wenn er Bundespräsident werden wollte, würde die Stimmen der Sozialdemokraten bekommen. Auch das ist in bezug auf ihn in jedem Falle richtig; mit Bezug auf andere Persönlichkeiten war das auch anzunehmen. Nun hat Herr *Adenauer* selbst den Namen *Heuss* zuerst vorgeschlagen.[20] Warum? Ich erinnere daran, daß die SPD zur Zeit des Parlamentarischen Rates, also in der Zeit, in der sie glaubte, die stärkste Partei nach dieser Wahl zu werden, immer hat erkennen und verbreiten lassen, der Kanzlerposten ist am wichtigsten; ein Mann der SPD wird Kanzler werden. Bundespräsident wird nicht einer von den bösen Christlichen Demokraten, sondern Bundespräsident soll *Heuss* werden. Es bleibt also zu beachten, daß die Kandida-

18 In Nr. 61, S. 267, werden 29 Gegenstimmen genannt.

19 Vgl. vor allem Nr. 18, S. 33, Nr. 44, S. 94, und Nr. 50, S. 143–150.

20 In einem größeren Kreise von Parteifreunden erstmals am 21. 8. 1949 in Rhöndorf, Nr. 18.

tur *Heuss* zuerst von der SPD in das Bewußtsein des deutschen Volkes getragen worden ist. Nun war Herr *Adenauer* – das scheint mir sehr wichtig zu sein, was besonders beachtet werden muß – der Meinung, daß *Heuss*, wenn wir ihn nun vorschlagen, auf keinen Fall von der SPD wird abgelehnt werden können. Es ist ein staatspolitisch wichtiger Grund, daß der Mann, der an der obersten Stelle steht, möglichst eine große Zahl von Stimmen auf sich vereinigt. Es wird nicht gut sein, wenn in einer Kampfabstimmung die Sache gelöst wird. Nun wissen wir, daß darüber die SPD anders denkt. Sie lehnt *Heuss* ab. Ich habe versucht, die Gründe dafür herauszubekommen. Ich bin folgender Meinung: Sie will diesen Machtzuwachs unter der gewandelten Situation, daß nicht sie den Kanzler stellt und nicht beteiligt ist, nicht den anderen zuerkennen. Ich hatte keine Gelegenheit, mit Herrn *Schumacher* zu sprechen, und weiß nicht, wie der Mann darüber denkt, aber ich weiß, daß andere Persönlichkeiten in der SPD aus dem Verantwortungsgefühl für das ganze Volk doch ein Empfinden dafür haben, daß es nicht gut ist, wenn der Mann nicht von ihnen mitgewählt werden kann. Dafür spricht eine Reihe von Gründen. Ich meine daher, es muß festgestellt werden, wie es in unseren Reihen um *Heuss* steht. Stellt es sich heraus, daß eine große Schicht von uns nicht für *Heuss* ist, dann ist Veranlassung gegeben, über diese Angelegenheit noch einmal nachzudenken, denn ich spreche es aus, weil es ausgesprochen werden muß. Es werden heute nachmittag wohl Kollegen von uns auftreten und sagen, daß die SPD bereit ist, für einen anderen Mann aus unseren Reihen zu stimmen.[21] Wenn eine solche Situation heraufziehen sollte, dann kann, so wie die Dinge stehen, ein solcher Weg nur beschritten werden nach allem, was geschehen ist, in Übereinstimmung mit der FDP, nicht ohne dem; das ist nicht möglich, sondern es müßte eine neue Verständigung gesucht werden.

Das ist meine Meinung, die ich von den Dingen habe. Ich möchte bitten, daß Dr. *Adenauer* dieser Sache ausreichendes Verständnis entgegenbringt, damit nicht Dinge eintreten, die wir alle miteinander nicht wünschen können. Ich bin und bleibe der Auffassung, daß der Bundespräsident mit einer möglichst großen Mehrheit gewählt werden muß, gerade, weil es zu keiner großen Koalition kommt. Ich hatte einen bestimmten Standpunkt eingenommen.[22] Er ist verneint worden von der großen Mehrheit, aber die Sache selbst muß beachtet werden, da es hochpolitische Gründe erfordern, daß der Bundespräsident nicht in einer Kampfabstimmung gewählt wird, sondern eine möglichst große Mehrheit auf sich vereinigt. Wir müßten dann in einem politischen Gespräch zu einer Übereinstimmung zwischen den drei großen Parteien kommen.

Dr. Adenauer: Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß ich später komme. Ich hatte eine lange Besprechung mit der Deutschen Partei. Die Deutsche Partei war gestern nicht hier; sie war nur durch Herrn *Merkatz* als Beobachter bei den Besprechungen vertreten, die wir mit den Demokraten gehabt haben. Ich muß weiter um Entschuldigung bitten, wenn ich etwas sage, was Sie vielleicht schon gehört haben, da ich der Diskussion nicht von Anfang an beigewohnt habe.

Ich nehme an, daß Herr Kollege *Schäffer* Ihnen über das Gespräch berichtet hat, das wir beide gestern mit den Herren *Schumacher* und *Schmid* gehabt haben. Es genügt daher, wenn ich Ihnen aus diesem Gespräch nur zwei Dinge hervorhebe: Einmal sagte Herr

21 So hatte z. B. „Die Welt" am 6. 9. 1949 folgende Schlagzeile gebracht: „*Schlange-Schöningen* Bundespräsident? Man erwartet Zustimmung der SPD."

22 *Kaiser* war anfangs dafür eingetreten, einen SPD-Politiker zum Bundespräsidenten zu wählen. Vgl. die Nrn. 18 und 44.

Schumacher, daß wir reichlich spät kämen, daß es also in 2 × 24 Stunden vor der Wahl, wie er sagte, wohl nicht mehr möglich sei, zu einer Verständigung zu kommen. Er sagte weiter, seine Fraktion und die Wahlmänner träten morgen vormittag um 11 Uhr zusammen. Als ich ihm mein Erstaunen und meinen Glückwunsch darüber aussprach, daß es ihm dann möglich sein würde, 270 Leute so kurz vor der Wahl zu einer einheitlichen Meinung zu bekommen, sagte er mir, das wird gut gehen, weil wir in dieser Frage in zwei Vorstandssitzungen schon sehr eingehend uns besprochen haben, mit anderen Worten, bei den Sozialdemokraten ist die Entscheidung über die Frage, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen oder nicht, gefallen in zwei Vorstandssitzungen, die sie schon gehabt haben, so daß diese Ausführungen des Herrn Dr. *Schumacher*, sie hätten nur noch 2 × 24 Stunden Zeit, einfach Worte waren. Aus dem, was Herr *Schumacher* sagte, möchte ich noch eines hervorheben. Er sagte, es wäre an sich wünschenswert, wenn ein überparteilicher Mann gefunden würde, der ein allgemeines Ansehen genießt, daß alle Parteien zustimmen können. Er setzte aber sofort hinzu, er müsse gestehen, er wisse keinen solchen Mann. Ich habe ihm darauf erwidert, wir wissen auch keinen, wir haben uns auch darüber den Kopf zerbrochen. Als ich sagte, es ist auch ein Künstler genannt worden, da sagte Herr *Schmid*, um Gottes willen, doch nicht etwa der Thomas *Mann*! (Heiterkeit) Ich stelle also daraus fest, daß auch die Sozialdemokraten keinen überparteilichen Mann wissen, der ein allgemeines Ansehen genießt, daß er von allen Parteien wirklich als Bundespräsident genommen werden könnte. Herr *Schumacher* hat dann ausdrücklich erklärt, daß sie einen eigenen Kandidaten aufstellen würden. Ich glaube, das ist wichtig, wenn Herr *Heuss* aufgestellt wird, zu wissen.

Ich darf Ihnen nun den Artikel des Grundgesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, der hier in Frage kommt, vorlesen: Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält.[23] Der Ausdruck „Mehrheit der Bundesversammlung" kommt häufig vor. Es ist deswegen in einem besonderen Artikel erläutert, daß „Mehrheit der Bundesversammlung" bedeutet: „Mehrheit der gewählten Mitglieder", nicht etwa der Anwesenden.[24] Es heißt weiter: Wird diese Mehrheit im zweiten Wahlgang von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.[25] D. h. also, wenn in den beiden ersten Wahlgängen – da die Versammlung 804 Mitglieder umfaßt – keiner 403 Stimmen erhält, wird im dritten Wahlgang derjenige gewählt, der die relative Mehrheit hat. Man muß sich einmal die Zusammensetzung der Bundesversammlung nach den verschiedenen Parteien klarmachen. Ich weiß nicht, ob die Ziffern heute schon vorgetragen wurden. (Zurufe: Ja, ja!) Ich kann also annehmen, daß Sie diese notiert und vor sich liegen haben.

Diesmal trifft die Wahl des Bundespräsidenten zeitlich mit der Bildung der Regierung zusammen. In Zukunft wird das nicht mehr vorkommen können, es sei denn, daß der Bundespräsident durch einen Zufall in demselben Augenblick wegfällt, in dem auch eine Regierung gebildet werden muß. Wenn das aber nicht der Fall ist, wird das nicht mehr vorkommen können, da ja der Bundespräsident eine Wahlperiode von fünf Jahren und der Bundestag eine solche von vier Jahren hat. Jedenfalls ist es aber diesmal der Fall. Da nun der Bundespräsident gewisse Funktionen zu erfüllen hat, die mit der Regierungsbildung

23 Art. 54 Abs. 6 Satz 1 GG.

24 Art. 121 GG.

25 Art. 54 Abs. 6 Satz 2 GG.

in unmittelbarem Zusammenhang stehen, d. h., da er dem Bundestag einen Mann als Bundeskanzler vorzuschlagen hat, ergibt es sich ganz von selbst, daß kein halbwegs vernünftig denkender Politiker diese beiden Fragen völlig voneinander trennt und sagt, es ist ganz egal, wen wir als Bundespräsidenten wählen, wir nehmen auf die Parteizugehörigkeit gar keine Rücksicht. Der Bundespräsident muß schon 24 Stunden danach einen Bundeskanzler vorschlagen, wenn auch der Bundestag schließlich von dem Vorschlag abgehen kann, so kann er das doch nur unter sehr erschwerenden Umständen. Theoretisch und auch des Aussehens nach außen halber ist deswegen durchaus richtig, wenn man sagt, die Wahl des Bundespräsidenten darf kein Punkt der Koalition sein, aber jeder betrachtet doch die beiden Dinge in einem inneren Zusammenhang, den sie ja auch haben.

Sie kennen das Ergebnis des Wahlkampfes. Wir haben uns hier in diesem Kreise lange darüber unterhalten, ob wir dem Willen der Wähler entsprechen sollen oder nicht, d. h., ob wir eine Koalition mit der SPD erstreben sollen oder nicht. Wir waren ungefähr einstimmig zu der Überzeugung gekommen, wir dürfen eine Koalition mit der SPD aus den mannigfachsten Gründen nicht erstreben, sondern wir sollen erstreben eine Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei. Ich habe bisher auch von den Gegnern der Kandidatur *Heuss* noch nicht gehört, daß sie von diesem Beschluß, den die Fraktion gefaßt hat, abzugehen gewillt sind, d. h., daß sie sich nunmehr dazu innerlich bereitgefunden haben, die große Koalition zu erstreben.

Wir können also davon ausgehen, daß dieser Beschluß der Fraktion nach wie vor unbestritten feststeht. Es gibt nun noch eine dritte Möglichkeit, die ich hier kurz vortragen möchte, weil ich weiß, daß kein Geringerer als Herr *Arnold* diesen Gedanken außerordentlich stark vertritt und auch mir gegenüber stark vertreten hat. Das ist der Gedanke, man soll überhaupt keine Koalition bilden, sondern man sollte im dritten Wahlgang einen Bundeskanzler mit relativer Mehrheit wählen und es dann diesem Bundeskanzler überlassen, sich von Fall zu Fall eine Mehrheit für die Gesetzesvorlage zu suchen. Da Herr *Arnold* und einige ihm nahestehende Herren diesen Gedanken so warm vertreten, ist es doch möglich, trotz Ihrer Ablehnung einen Augenblick hierbei zu verweilen; denn ich zweifle nicht, daß diese Frage bei manchen Gegnern der Kandidatur *Heuss* eine Rolle gespielt hat. Ich will Ihnen nun klarlegen, in welcher Situation sich der Bundeskanzler und seine Regierung befinden würden. Er würde zunächst ein Kabinett zusammenstellen lassen nur aus CDU/CSU-Leuten auf Vorschlag des Herrn *Arnold*, und dann würde er von Fall zu Fall sich eine Mehrheit zu suchen haben. Er würde, um eine Mehrheit zu finden, entweder die Demokraten und die Deutsche Partei hinter sich bringen oder nur mit den Sozialdemokraten zusammengehen müssen.

Wenn Sie sich nun vorstellen, daß nach alledem, was jetzt vorangegangen ist, dieser unglückselige Mann den Demokraten und der Deutschen Partei, die keine Mitglieder im Kabinett dann haben und völlig frei sind, nachlaufen müßte, um deren Stimme zu haben, dann können Sie sich totensicher darauf verlassen, dann bekommt er die Mehrheit nicht. Selbst wenn er in irgendeinem oder anderen wirtschaftlichen Gesetz die Stimmen der Demokraten bekäme, dann bliebe ihm doch nichts anderes übrig, als zu den Sozialdemokraten zu gehen. Dann wäre dieser Kanzler in einer solchen Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, daß wir dann faktisch die von manchem erwünschte große Koalition mit der Sozialdemokratie hätten.

(Zuruf: Unter deren Kommando!)

Die Sozialdemokratie würde sich dann in jedem einzelnen Falle ihre Stimmen teuer bezahlen lassen. Daß ein Kabinett mit nur CDU/CSU-Ministern die vier Jahre nicht durchstehen würde, sondern daß es im Laufe dieser Jahre umgebildet werden müßte, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Diejenigen, die nun diesen Wunsch aussprechen, daß man so verfahren sollte, sind sich entweder über die Situation nicht klar, die sich daraus ergibt, oder sie wollen die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie herbeiführen. (Zurufe: Sehr richtig!) In der Sozialdemokratischen Partei gibt es genügend Kräfte, die klug sind, um das zu erkennen und auch zu wissen, daß dadurch der offizielle Weg zu einer großen Koalition nicht verschlossen ist, sondern von dem Bundeskanzler notgedrungen heute oder morgen gegangen werden müßte. Ich glaube deswegen, man sollte diesen Gedanken völlig beiseite legen; es ist eine ganz unmögliche und unwürdige Geschichte.

Wenn Sie nun diesen Gedanken beiseite legen und dabei bleiben, daß wir eine Koalition mit den Demokraten [und] der Deutschen Partei zustande bringen müssen, wenn Sie dann in aller Ruhe und Sachlichkeit sich überlegen, was nun bisher vor sich gegangen ist, dann müssen auch diejenigen, glaube ich, die den Herrn *Heuss* damals abgelehnt haben, sich jetzt sagen, es bleibt, wenn wir das wesentliche Ziel unserer ganzen Politik erreichen wollen – d. h. eine kleine Koalition als Damm gegen den Sozialismus und die Sozialdemokratie –, gar nichts anderes übrig, als den Weg weiterzugehen, den wir eingeschlagen haben. Und nun darf ich Ihnen in Ihr Gedächtnis zurückrufen den ganzen Verlauf.

Zunächst – das ist eben von Herrn *Kaiser* erwähnt worden –, wie ist man überhaupt auf *Heuss* gekommen. Bei der Schärfe des Wahlkampfes, bei dem starken Gegensatz zwischen SPD und uns schien es unmöglich, daß einer von uns oder einer von der SPD eine große Mehrheit auf sich vereinigen könnte. Und da erinnerten wir uns, daß ausgerechnet die Sozialdemokraten aufgebracht hatten, der richtige Bundespräsident sei Herr *Heuss*. Das hat auch in den sozialdemokratischen Zeitungen gestanden. Im Parlamentarischen Rat ging sogar das Gerede, die Sozialdemokraten hätten das dem Herrn *Heuss* angeboten. Infolgedessen habe sich auch Herr *Heuss* in dieser oder jener Frage bei der Abstimmung geneigter gegeben, den sozialdemokratischen Wünschen beizugeben. Man konnte also annehmen, die Kandidatur *Heuss* wird auch bei der Sozialdemokratie wie auch bei uns eine gewisse Geneigtheit finden. So ist der Name *Heuss* aufgekommen.

Nun hat gestern Herr Dr. *Schumacher* in dem Gespräch mit *Schäffer* und mir eine Bemerkung gemacht, die deutlich erkennen läßt, daß diese Annahme richtig gewesen ist. Er hat nämlich gesagt, Herr *Heuss* kommt deswegen für uns nicht in Frage, weil er mit großer Entschiedenheit und ohne das nötig zu haben, nach der Wahl erklärt hat, daß eine Koalition mit der Sozialdemokratie für die FDP nicht in Frage komme.[26] Das hat er gestern ausdrücklich erklärt, daß das der Grund sei, warum sie nicht für *Heuss* eintreten.[27] Wir haben uns am Donnerstag im Plenum mit der Frage ausführlich beschäftigt. Es ist der Wunsch von der Versammlung laut geworden, daß man jetzt keine Entscheidung treffen solle, sondern daß man sich diesen ganzen Fragenkomplex in Ru-

26 Vgl. Nr. 14, Anm. 3.

27 In einem Brief an Erich Roßmann vom 23. 9. 1949 hat *Heuss* wie folgt hierzu Stellung genommen: „Daß man auf meine Äußerung vom 15. August sich verbiß, war etwas gekünstelt." NL Heuss 192.

he überlegen und daß man am Montag darüber entscheiden wolle.[28] Dann sind wir am Montag wieder zusammengekommen und haben wiederum die Frage *Heuss* diskutiert.[29] Wir haben auch am Montag noch keine Entscheidung getroffen, sondern haben die Entscheidung erst am Dienstag gefällt.[30] Wir haben nicht etwa beschlossen, wir nominieren oder wir stimmen für *Heuss* als Bundespräsident, sondern Sie haben durch Ihren Beschluß Ihre Koalitionsverhandler mit der FDP und der Deutschen Partei bevollmächtigt zu verhandeln. Und bei den Verhandlungen je nach deren Verlauf auch die Bereitschaft der Fraktion erkennen zu lassen, daß sie bereit sei, Herrn *Heuss* als Bundespräsident zu wählen. (Zurufe: Ja und sehr richtig. Weitere Zurufe: Unter gewissen Voraussetzungen.)

Der Vorstand hat diese Vollmacht bekommen. Auf Grund dieser Vollmacht hat der Vorstand seine vier Vorsitzenden dazu bestimmt, mit den Demokraten und der Deutschen Partei die Verhandlungen aufzunehmen. Wir haben denen nicht den Beschluß der Fraktion im Wortlaut wiedergegeben, aber wir haben ihnen beim ersten Zusammenkommen erklärt, daß je nach dem Verlauf der Verhandlungen auch die Frage *Heuss* geregelt werden wird. Die Verhandlungen sind nun weitergeführt worden. Diese haben nun, trotzdem sie zeitweise durch das Intermezzo *Arnold-Ehard* sehr beeinträchtigt waren[31], einen Verlauf genommen, der dazu berechtigt, daß wir unter Bedingungen zum Abschluß kommen werden, die für uns durchaus annehmbar sind. Das „annehmbar" möchte ich mit einem Strich unterstreichen, das Wort „durchaus" ebenfalls.

Sie müssen nun die ganze psychologische Situation auch sehen. Damals haben 88 für diesen Beschluß und 28 dagegen gestimmt.[32] Der Rest war nicht da. Wenn man diesen Teil, der nicht da war, wie Herr *Blank* das ausführte, im selben Verhältnis aufteilt, wie gewählt worden ist, dann kommt immerhin heraus, daß mit 3/4 Mehrheit als Hintergrund und Rückgrat Ihre Unterhändler die Verhandlungen geführt haben. Nun kommt in diesem Augenblick von der relativ kleinen Mehrheit von neuem die Bitte, *Heuss* nicht zu wählen.

Ich möchte Ihnen zunächst klarzulegen versuchen, welche Wirkungen dies auf die Koalitionsverhandlungen haben wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, wenn wir plötzlich, nachdem wir monatelang mit den beiden anderen Parteien verhandelt haben, eine solche Schwenkung vornähmen, daß wir dann an Kredit und an dem Glauben, daß wir eine einheitliche und geschlossene Politik verfolgen, entscheidend verlieren. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir müßten dann, wenn es möglich sein sollte, – ich unterstreiche das „wenn" – doch wieder in ein Koalitionsgespräch mit Aussicht zu kommen, einen sehr teuren Preis bezahlen. Bedenken Sie auch bitte folgendes: Herr *Heuss* ist der 1. Vorsitzende der FDP, er ist ein Mann von 65/66 Jahren, und er würde, nachdem nun die Dinge so gelaufen sind, bis über die Ohren vor der gesamten Öffentlichkeit blamiert sein. Welche Partei kann schließlich, wenn ihr 1. Vorsitzender derartig behandelt und in der Öffentlichkeit heruntergezerrt wird, dann gegenüber ihren eigenen Wählern noch verant-

28 Vgl. Nr. 50.

29 Am Montag, den 5. 9. 1949, hat keine Diskussion innerhalb der CDU/CSU-Fraktion über *Heuss* stattgefunden. Auf Antrag *Adenauers* ist die Diskussion vertagt worden. Nr. 59, S. 223.

30 Vgl. Nr. 61.

31 Vgl. Nr. 65, S. 287–290, 293ff.

32 Richtige Zahlenangabe in Anm. 18.

worten, wieder in ein Koalitionsgespräch mit einer so – nehmen Sie mir den Ausdruck nicht übel – unzuverlässigen Gesellschaft zu kommen.[33]

(Zuruf: Siehe *Ehard*!)

Lassen Sie mich noch etwas anderes sagen. Wir sind 139 Mann stark. Ein großer Teil von uns hat sich zum ersten Mal vor kurzem kennengelernt. Wir haben über viele Dinge verschiedene Ansicht. Wir müssen erst zu einem möglichst einheitlichen und geschlossenen Körper heranwachsen. Wir müssen, auch wenn wir keinen Fraktionszwang haben, doch Fraktionsdisziplin kennen. Es werden sachliche Gegensätze im Laufe der Zeit kommen, bei denen hier die verschiedenen Meinungen noch viel stärker gegeneinander stehen werden als jetzt in dieser Personalfrage, die, ich weiß keinen anderen Ausdruck, von relativ untergeordneter Bedeutung ist. Es werden sachliche Gegensätze in unseren Auffassungen von viel größerer Bedeutung und viel größerer Schärfe auftreten. Dann wird es nötig sein müssen, daß sich die Minderheit nach der Aussprache der Mehrheit anbequemt; sonst ist eine einheitliche Politik überhaupt nicht zu machen. Ich möchte Sie bitten, dieses wichtige Moment, das in der bisherigen Diskussion nicht so recht gewürdigt worden ist, nämlich der Gedanke unserer gegenseitigen Erziehung zu einer geschlossenen Willensbildung und zur Hochhaltung der Parteidisziplin, nicht außer acht zu lassen.

Was würde denn nun bei der ganzen Sache herauskommen? Lassen Sie mich das in vollster Offenheit hier auseinandersetzen. Es ist davon gesprochen worden, daß Herr *Schlange-Schöningen* ein sehr geeigneter Kandidat sei.[34] Ich glaube, ich darf doch wohl sagen, was Sie, Herr *Schäffer*, gestern ausgeführt haben, daß Herr *Schlange-Schöningen* die Stimmen der CSU-Mitglieder dieser Fraktion und der CSU-Wahlmänner nicht bekommen würde. Dann würde er also, selbst wenn er alle anderen Stimmen erhalten würde, nur 231 Stimmen bekommen. Jedenfalls sind hier genau wie bei *Heuss* sehr große Meinungsverschiedenheiten aufgetreten. Ob die überwunden werden und zu einer einheitlichen Stimmabgabe führen werden, das lasse ich sehr dahingestellt. Ich habe eben den Herrn *Hellwege*, der mit zwei anderen Mitgliedern seiner Fraktion bei mir war, gefragt, ob sie bereit wären, für Herrn *Schlange-Schöningen* zu stimmen. Herr *Hellwege* hat mich mit seinen Begleitern autorisiert zu erklären, daß Herr *Schlange-Schöningen* von seiner Fraktion und ihren Wahlmännern keine Stimme erhalten würde. Daß die Demokraten – wenn wir Herrn *Heuss* nicht wählen – Herrn *Schlange-Schöningen* wählen, halte ich für ganz ausgeschlossen. Dann würde also *Schlange-Schöningen* zu rechnen haben, wenn wir im übrigen geschlossen für ihn stimmen, auf 231 Stimmen von uns. Ob er die Zentrumsstimmen bekommt, weiß ich nicht. Ob er die WAV-Stimmen bekommt, weiß ich auch nicht. Die KPD-Stimmen würde er selbstverständlich nicht bekommen. Nun ist gestern bei der Erörterung dieser Frage die Meinung ausgesprochen worden, Herr *Schlange-Schöningen* würde dann die Stimmen der Sozialdemokraten bekommen.[35] Gesetzt den Fall, diese Annahme wäre richtig, dann ergäbe sich folgende politische Merkwürdigkeit: Während wir einmütig eine Koalition mit den Sozialdemokraten in der Regierung nicht wollen, würden wir den Bundespräsidenten in Koalition

33 Vgl. Nr. 66.

34 Vgl. Anm. 21. Am 9. 9. 1949 hatte die FAZ auf der 1. Seite gemeldet: „*Heuss* oder *Schlange-Schöningen*? Widerstand gegen *Heuss* in CDU/CSU-Fraktion gewachsen. In erster Linie nun *Schlange-Schöningen* genannt."

35 So die Vermutung in Anm. 21. Vgl. dagegen die Stellungnahme *Henßlers* in Nr. 62.

mit der SPD wählen, und zwar gegen die Stimmen derjenigen Parteien, mit denen wir eine Koalition bilden wollen. Ich glaube, ich brauche weiter nichts zu sagen. Wir sind alle miteinander politisch geschult genug, um zu sagen, daß weder das deutsche Volk, noch unsere Wähler, noch die übrigen Parteien eine derartige Geschichte für möglich halten würden.

Nun komme ich zu der Untersuchung der Frage, würde denn Herr *Schlange-Schöningen* die 279 Stimmen der Sozialdemokraten bekommen. Da frage ich mich, warum soll er sie nicht bekommen. Herr *Schlange-Schöningen* ist doch kein Mitglied der SPD, Herr *Schlange-Schöningen* ist doch Mitglied der CDU. Warum soll er ausgerechnet auf einmal die 279 Stimmen der Sozialdemokraten bekommen? (Zuruf: Kriegt er auch nicht!) Ich habe bisher keinen Grund dafür gesehen. Es sind Stimmen hier laut geworden – Sie müssen mir nicht für übelnehmen, Herr *Schlange-Schöningen*, ich spreche ganz unpersönlich, aber ich bin als Vorsitzender der Fraktion verpflichtet, möglichst klar die Situation hier klarzustellen –, die meinen, daß Herr *Schlange-Schöningen* die Stimmen der SPD bekommen würde, weil in Frankfurt er doch bessere Beziehungen zur SPD unterhalten hätte als andere. (Zuruf: Leider!) Die Stimmen sind weiter der Auffassung, daß Herr *Schlange-Schöningen* deswegen die Stimmen der SPD bekommen würde, weil er im Gegensatz zu Professor *Erhard* auf seinem Arbeitsgebiet ein Anhänger der Planwirtschaft gewesen sei. Ich bin geneigt, jeder Darlegung zunächst einmal zu folgen, aber dieser Darlegung kann ich aus folgendem Grunde nicht folgen: Wenn wir Herrn *Schlange-Schöningen* aufstellen, dann wird totensicher der sozialdemokratische Kandidat mit relativer Mehrheit gewählt werden. Das können Sie sich an den Ziffern sehr klar ausrechnen. Dann würde Herr *Schlange-Schöningen* unsere 231 Stimmen bekommen; das Zentrum wird ihm keine Stimme geben, sobald ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wird; von der WAV wird er einige bekommen. Aber damit hört es auf. Er würde 240 bis 245 Stimmen im Höchstfalle bekommen können, wenn wir alle geschlossen für ihn stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat dagegen würde die 279 Stimmen der SPD geschlossen bekommen; er würde höchstwahrscheinlich auch die Stimmen des Zentrums bekommen. Nehmen wir an, er bekäme sie nicht, dann würde der sozialdemokratische Kandidat mit 279 Stimmen doch an der Spitze liegen, und er würde dann im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit gewählt werden. Selbst wenn auf sozialdemokratischer Seite – damit will ich nun niemand zu nahe treten – ein gewisses Wohlwollen gegenüber *Schlange-Schöningen* bestehen sollte, daß dieses aber so weit gehen soll, daß sie zu Gunsten von Herrn *Schlange-Schöningen* auf ihren eigenen Mann verzichten, das widerstrebt doch dem gesunden Menschenverstand. Die Sozialdemokraten sind außerordentlich gewiegte und gerissene Taktiker und haben dieselbe Frage, die wir hier anstellen, sicher auch angestellt. Darum kann ich mir nicht helfen, man mag die Dinge sehen, wie man sie ansehen will, wenn wir von der Kandidatur *Heuss* abgehen und eine Kandidatur *Schlange-Schöningen* beschließen sollten, dann würden wir

1. dem sozialdemokratischen Kandidaten mit Sicherheit dazu verhelfen, daß er Bundespräsident wird – eine Groteske geradezu –, und

2. würden wir namentlich unter einem sozialdemokratischen Bundespräsidenten die Aussichten, zu einer Koalition mit [der] FDP und der Deutschen Partei zu kommen, gleich null machen.

Bei der Frage der Wahl des Bundesratspräsidenten zwischen *Ehard* und *Arnold* war die Gefahr, daß unsere CSU-Freunde aus der Fraktion ausscheiden und eine eigene Frak-

tion bilden würden, außerordentlich groß, und zwar im Hinblick auf die Bayernpartei. Wenn wir es nun fertigbrächten, daß wir gegen die Stimmen unserer CSU-Freunde einem Sozialdemokraten zur Bundespräsidentschaft verhelfen würden, dann glaube ich, sind unsere CSU-Freunde in unserer Fraktion nicht mehr zu halten, so daß wir dann von 139 Stimmen 24 abschreiben müßten für eine nicht abzuschätzende Zeit. Das wäre politisch ein Selbstmord.

Selbstverständlich ist Herr *Heuss* kein idealer Kandidat. Wer ist überhaupt ein idealer Kandidat? Nehmen wir mal an, wir würden einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten bekommen, dann würden wir die CSU-Mitglieder verlieren, wir würden höchstwahrscheinlich überhaupt keine kleine Koalition zustande bringen. Das Ende vom Lied wäre tatsächlich, daß wir vor unserer Wählerschaft als – ich weiß keinen anderen Ausdruck – Hohlköpfe dastehen würden, die besser die Finger von der Politik lassen sollten; denn wer in der Politik, wenn er nun einmal eine gewisse Macht in die Hand bekommen hat, diese Macht einfach vertut, verspielt und sie nicht auszunützen weiß, der muß weg von der politischen Bühne.

Ich bitte Sie, überlegen Sie sich diese Sache in aller Ruhe. Versuchen wir, daß wir zu einer Klärung und einer geschlossenen Willensbildung kommen; denn wir werden es sehr schwer haben heute nachmittag, die Elektoren, unter denen eine ganze Anzahl von Herren und Damen sind, denen die ganzen Verhältnisse noch fremd sind, zu überzeugen. Aber die Aussichten, sie zu überzeugen, sind um so größer, je geschlossener wir ihnen unsere Meinung mitteilen können.

Ich bitte Sie nochmals, lassen wir uns offen aussprechen, aber lassen wir bei dieser Frage eins an die Spitze stellen: daß wir unsere Partei im Bundestag die Rolle spielen lassen, die ihr auf Grund ihrer Stärke zukommt. (Beifall!)

Das Wort hat Herr *Kleindinst*.

Dr. Kleindinst: Es ist bedrückend, daß wir heute, einen Tag vor der Wahl und einen halben Tag, bevor wir mit unseren Wahlmännern sprechen, wieder damit anfangen, womit wir auch vor acht Tagen angefangen haben. Damals hat eine beachtliche Mehrheit beschlossen: Es ist ein zeitlicher und damit auch ein gewisser sachlicher Zusammenhang zwischen der Wahl des Bundespräsidenten und der Regierungsbildung. Das liegt daran – ich wiederhole das, was ich vor acht Tagen gesagt habe[36] –, daß wir am Anfang der Bildung der Regierungsorgane überhaupt stehen.

Eine Möglichkeit, den Bundespräsidenten für uns zu sichern, ist schon deshalb nicht gegeben, weil wir zu einer Koalition kommen müssen. Es liegt nahe, daß das Gewicht verteilt wird, und zwar bei der FDP den Bundespräsidenten und bei uns die wichtigsten Ministerien. Darauf haben wir uns festgelegt. Es ist bedauerlich, was wir heute gehört haben, daß die FDP trotzdem das Finanzministerium noch einmal angesteuert hat. Nachdem wir das Schwergewicht auf die Ministerien gelegt haben, können wir den Demokraten den Bundespräsidenten in der Person des Herrn *Heuss* zugestehen. Darauf haben wir uns insofern festgelegt, als wir den Vorstand ermächtigt haben, darüber zu verhandeln. Wenn wir heute davon abgehen, die ganzen Koalitionsverhandlungen in Frage stellen, dann stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Wir würden dann vielleicht erst in vier Wochen zu einer Regierungsbildung kommen. Damit wäre nicht nur die CDU/CSU bloßgestellt, sondern der ganze Anfang der parlamentarischen Demokratie nach dem

36 Nr. 61.

Bonner Grundgesetz. Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Wenn wir heute davon gesprochen haben, daß man möglichst rasch zu einer Regierungsbildung kommen muß, dann müssen wir konsequent den Weg weitergehen, den wir vor acht Tagen bereits beschlossen haben.

Daß mit der Sozialdemokratie nicht zu arbeiten ist, darüber sind wir uns vollkommen klar. Sie ist und bleibt die alte Oppositionspartei, die nur dann zur Zusammenarbeit bereit ist, wenn ihr stimmenmäßig die Führung zukommt; sonst tut sie es nicht. Es ist hier dieselbe Situation, wie wir sie aus der Weimarer Zeit her kennen. Deshalb halte ich den Gedanken, ohne eine Koalition eine Regierung zu bilden, für ganz unmöglich. Das widerspricht allen Erfahrungen, die wir zwischen 1919 und 1932 gemacht haben. Die erste Regierung Dr. *Luther*[37] war eine derartige Regierung aus dem Zwang der Notwendigkeit heraus, der jetzt nicht gegeben ist, weil es ein Verlegenheitskabinett war. Die Sozialdemokratie hat dann auch bei der nächsten Gelegenheit die Flaggenfrage dazu benützt, das Kabinett zum Sturz zu bringen.[38] In eine solche Situation dürfen wir uns ohne zwingende Notwendigkeit nicht begeben.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Weg weiterzugehen, den wir eingeschlagen haben, weil wir eine andere geeignete Persönlichkeit als Herrn *Heuss* außerhalb der CDU nicht haben. Der Gedanke einer Regierung ohne Koalition ist vollkommen den Erfahrungen der Weimarer Zeit widersprechend. Das würde auch sehr bald zu einem Verfall der Regierung führen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Mehs*.

Mehs: Darf ich den Eindruck wiedergeben, den ich bisher von den Verhandlungen gehabt habe. Ich bin ein Neuling und habe mir meine Gedanken über die bisherigen Verhandlungen gemacht. Als wir hierher kamen, stand für mich ungefähr fest, daß wir niemand anders zu präsentieren hätten als *Heuss* infolge der Verhandlungen, die bis jetzt geführt worden sind. Vor allen Dingen dadurch, daß schon Koalitionsverhandlungen geführt wurden, stehen wir heute gewissermaßen unter einem Druck, daß wir schließlich niemand anders wählen können als Professor *Heuss*. Wir haben uns gewissermaßen dadurch, daß man bisher überhaupt nur nach dieser einen Richtung hin Verhandlungen geführt hat, selbst die Hände gebunden. Es ist dabei ein viel größerer Plan, der auch in der vorigen Woche hier zur Aussprache kam – ich erinnere an die Ausführungen des Herrn *Bausch*[39] –, vollständig unter den Tisch gefallen.

Ich möchte mich deshalb zum Wortführer derjenigen machen, die heute noch an dem Gedanken festhalten, daß wir über unsere eigenen Gedanken und Verhandlungen hinaus zu einer größeren Konzeption kommen. Die würde darin bestehen, daß wir tatsächlich mit der Sozialdemokratie Verhandlungen führen und dann sehen, ob wir in diesen Verhandlungen zu einem Kandidaten kommen, der nun von allen gewählt werden kann. Darin, daß wir bisher ganz einseitig unsere Verhandlungen geführt haben und daß nur nach einer Richtung hin besonders unter dem Zeitdruck noch gearbeitet worden ist, sehe

37 Sie amtierte vom 15. 1. 1925 bis zum 20. 1. 1926.

38 Das zweite Kabinett *Luther* (20. 1. 1926–17. 5. 1926) stürzte über die Flaggenfrage. Verursacht wurde der Sturz *Luthers* jedoch nicht durch die SPD, sondern durch die DDP und das Zentrum. Dazu Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967, S. 148ff.

39 Nr. 61.

ich einen großen Fehler. Wenn gesagt worden ist, wir würden das Ganze zerschlagen, so stehe ich auf dem Standpunkt, wenn man etwas nicht ganz korrekt oder richtig gemacht hat, daß wir uns selbst die Hände gebunden haben, dann besteht noch immer die Möglichkeit, daß man etwas Besseres tut. Deshalb knüpfe ich an die Ausführungen von *Kaiser*[40] an, der, soviel ich gehört habe, auch für eine größere Konzeption ist.

Ich muß hier feststellen, daß nach dieser Richtung hin, die bedeutender ist, überhaupt keine so energischen und gründlichen Verhandlungen geführt worden sind als für die Kandidatur *Heuss*. Ich sage Ihnen ganz offen, daß mir die Kandidatur *Heuss* unsympathisch ist und daß ich nicht die Absicht habe, ihn zu wählen. Wir sollten im Interesse einer größeren Idee doch noch einmal größere Anstrengungen machen.

(Frau Dr. *Weber*: Wen schlagen Sie vor?)

Ich sage, man müßte mit der Sozialdemokratie . . .

(Heiterkeit und Unruhe!)

Wenn uns seitens der Sozialdemokraten ein annehmbarer Kandidat präsentiert würde, und man würde vernünftigerweise mit ihnen nach der Seite sprechen – soviel ich gehört habe, ist nach der Seite hin keine Verhandlung geführt worden –, dann würde das im Interesse der Geschlossenheit unseres Volkes liegen, daß wir einen Kandidaten wählen, der nach vier Jahren noch da ist, der also den nächsten Kanzler nach vier Jahren ernennt, und der für uns ein Garant sein muß, daß die Demokratie hier erhalten bleibt.

Wenn ich unter diesem Gesichtspunkt jetzt meinen Vorschlag mache, dann meine ich, wäre es der Mühe wert, daß man diese große Konzeption mit derselben Intensität verfolgt wie die Kandidatur *Heuss*, die letzten Endes auf der ganz schmalen Basis unserer kleinen Koalition aufgebaut ist. Ich persönlich bin selbstverständlich für die kleine Koalition.

(Heiterkeit und Widerspruch!)

Ich möchte folgendes sagen: Was mir nicht gefallen hat, ist, daß wir unsere Hände gebunden haben, so daß wir im Ablauf der Ereignisse, z. B. Präsident des Bundesrates, Präsident des Bundestages, Ernennung des Kanzlers, Aufstellung der Regierung usw. alles im voraus projektiert und nicht berechnet haben, daß nachher irgendeiner kommt und macht uns einen Strich dazwischen, genauso wie es bei der Präsidentenwahl für den Bundesrat der Fall gewesen ist.

Dr. Adenauer: Darf ich fragen, wie Ihr Name ist?

(Zuruf *Mehs: Mehs*!)

Es wurde der Wunsch laut, Ihren Namen kennenzulernen. Ich darf folgendes sagen: Wir haben bisher in den Fraktionssitzungen zusammen die Fragen der großen Koalition und der kleinen Koalition, des Bundesratspräsidenten, Bundeskanzler oder Bundespräsident, und Bundespräsident erörtert. Wir haben also diese ganzen Dinge so erörtert, wie Sie es vorschlagen. Gestern sind ja auch – ich glaube , das haben Sie überhört, Herr *Mehs* – Herr *Schäffer* und ich bei Dr. *Schumacher* und Carlo *Schmid* gewesen und haben sie gefragt, ob sie einen überparteilichen Kandidaten wüßten. Da haben beide erklärt, nein, wir wissen keinen.

(*Mehs*: Überparteilich, das ist etwas anderes als ein Sozialdemokrat!)

---

40 Siehe Anm. 22.

(Widerspruch und Unruhe im Saal!)

Erlauben Sie, Herr *Mehs*, wenn wir als stärkste Fraktion zu den Sozialdemokraten hingehen und fragen: Wißt ihr einen guten Sozialdemokraten, der Bundespräsident werden kann, – so meine ich, das ist doch ein bißchen viel verlangt.

Das Wort hat Herr *Feldmann*.

Feldmann: Die Schwierigkeit unserer gegenwärtigen Lage hat ihre Ursache in dem Umstand, daß wir uns bisher noch nicht kennengelernt haben und daß wir auch die politischen Auffassungen der einzelnen noch nicht kennen. Wir müssen uns darüber klar werden, wir mögen es drehen und wenden wie wir wollen, die Frage des Bundespräsidenten ist eine Vorentscheidung über die Koalition, über ihr Zusammenbrechen oder ihr Zustandekommen. Wenn wir die Frage des Bundespräsidenten nicht mit der Koalition lösen, werden wir einen Zustand herbeiführen, der uns politisch jeglichen Kredit nimmt. Wenn die Spannung, die in unserer Fraktion besteht, etwa zu einer Änderung des Kurses gegenüber *Heuss* führen würde, dann wüßten die kleinen und großen Parteien, daß man mit der CDU alles und jedes erreichen kann, wenn man es nur mit einigem Geschick versteht, diese Spannungen in den Auffassungen herbeizuführen. Dann würde das kommen, was *Schumacher* sagte: ein zusammengelaufener Haufen.

Die Frage ist praktisch entschieden, weil wir, wenn wir sie anders lösen, als sie durch die bisherige Entwicklung und durch unseren Beschluß gegeben ist, jeglichen Kredit verlören. Damit würde auch die Möglichkeit auch nur einer annähernden einheitlichen Zusammenfassung der Meinungen nicht mehr gegeben sein. Ich sehe nach dem, was der Herr Dr. *Adenauer* vorgetragen hat, überhaupt keine Möglichkeit mehr, eine Mehrheitswahl zustande zu bringen. Wir wollen es bei dieser entscheidenden Frage nicht auf eine Zufallsmehrheit ankommen lassen. Das täten wir, wenn wir nicht den Weg gehen, den wir begonnen haben. Ich bin durchaus nicht mit ganzem Herzen bei *Heuss*. Ich habe mir vorgestellt, daß der Repräsentant des deutschen Volkes mit Rücksicht auf die demokratische Glaubwürdigkeit, vor allen Dingen gegenüber dem Ausland, ein Arbeiter sein soll oder ein Mann, der jedenfalls den Arbeitern nahesteht, wie es damals *Ebert* gewesen ist. Ich hätte das gern gesehen. Ich bin auch Anhänger der Auffassung, die Herr *Bausch* vorgetragen hat, aber in der Situation, in der wir uns z. Zt. befinden, besteht nach meiner festen Überzeugung kein Weg mehr, die demokratische Glaubwürdigkeit der zweiten deutschen Republik durch die Änderung in der Person ihres äußeren Repräsentanten herbeizuführen. Wir können diese Glaubwürdigkeit nur dadurch herbeiführen, daß wir in der Regierung einen Kurs steuern, der unserer demokratischen und sozialen Grundhaltung entspricht.

Ich habe heute hier genau wie im Bürgerverein den Eindruck, daß mit dem Fortschreiten der Diskussion die Angelegenheit immer unklarer wird. Eine Angelegenheit, die nach der Länge der Erörterung längst entscheidungsreif ist, darf nicht von neuem kompliziert werden. Vermeiden wir doch das Schauspiel einer politischen Unreife. Daß wir die Wahl des Präsidenten von dem Notausgang eines dritten relativen Wahlganges abhängig machen, können wir einfach nicht verantworten.

Ich sage noch einmal, *Heuss* entspricht nicht ganz meiner Vorstellung, aber wenn wir bei unseren Koalitionspartnern nicht jeden Glauben und jedes Vertrauen verlieren wollen, dann tun wir das, was von vornherein die Linie unserer Entwicklung war aufgrund des Wahlausganges und unserer Wahlverpflichtung. Wählen wir einstimmig unter Zurückstellung persönlicher Bedenken den Herrn *Heuss*, weil wir nur dadurch die Möglichkeit

haben, die von uns nun einmal nach Lage der Verhältnisse erstrebte Koalition zusammenzubringen. Herr *Heuss* ist die Person, auf die wir das Höchstmaß von Stimmen vereinigen. Herr *Heuss* ist nun einmal, nachdem er so lange propagiert worden ist, der Mann, der innerhalb der Koalitionsparteien das sehr stark ins Wackeln geratene Vertrauen[41] wiedergibt und in kurzer Zeit eine Regierungsbildung ermöglicht. Das sind wir, wenn wir der Demokratie Ansehen und einen überzeugenden Beweis für die Arbeitsfähigkeit des demokratischen Staates geben wollen, dem Volke schuldig. Wir sollten nicht mehr so schrecklich lange darüber reden. (Beifall!)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Hilpert*.

Dr. Hilpert: Mein Standpunkt ist hinreichend bekannt. Ich war der Auffassung, daß wir eine Abstimmung vorher durchgeführt hätten, um ein Bild über die Lage zu bekommen. Die kleine Koalition ist mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden.[42] Wir haben uns durch die Verhandlungen zweifellos in die Situation gebracht, daß die SPD in der Hinterhand sitzt. Ich möchte lediglich den Darlegungen des Herrn Dr. *Adenauer* folgende Frage entgegenhalten: Was geschieht, wenn die SPD Herrn *Schlange* oder Herrn *Arnold* vorschlägt?

(Zurufe: Kampfkandidaten!)

Gerade weil sie einen Kampfkandidaten vorschlagen will, schlägt sie nicht Herrn *Kaisen*[43] vor. Man darf die Dinge tatsächlich nicht einfach hinstellen. Die Affinität im Kulturpolitischen ist bei Herrn *Heuss* viel stärker zur SPD hin als zu uns. Das ist eine Frage des Gewissens. Demzufolge möchte ich darauf hinweisen, daß nach meiner Auffassung – eine Frage, die Herr *Adenauer* angeschnitten hat – die Fraktionsdisziplin in ganz bestimmten Gewissensfragen nicht in Betracht kommen kann, weil wir noch nicht wissen, wie heute nachmittag sich die Meinung bei den Elektoren herausbilden wird.

Ich werde heute nachmittag nicht dabei sein. Ich habe mir erzählen lassen, daß bei den Elektoren verschiedene Meinungen sind. In dieser schwierigen Situation befinden wir uns. Wir können nicht sophistisch Verhandlungen über das Junktim führen, sondern müssen ganz klar aussprechen, daß wir nach Treu und Glauben seitens unserer Verhandlungsführer den anderen gegenüber im Wort stehen. Wir wollen an den Dingen nicht vorbeigehen. Wir stehen an sich vor einer vollendeten Tatsache, die nicht nur allein durch Sie, sondern durch den Gang der Verhandlungen gekommen ist, die uns, ohne daß wir etwas daran ändern können, in eine schwere Situation bringen kann.

Ich werde von der Mehrheit wohl gerügt, ich werde auch angegriffen werden, wenn ich folgendes sage: Es muß noch einmal unbedingt der Versuch gemacht werden, daß wir diese Sache unter Zuhilfenahme der SPD vernünftig durchführen. Das ist unabhängig von den Kandidaten. Wir müssen es verhindern, daß wir vor eine vollkommen überraschende Situation gestellt werden. Wir schlagen jetzt den Nagel, an dem wir uns aufhängen müssen, nämlich den Bundespräsidenten, der die Klammer darstellen soll auch bei der klaren Entscheidung, daß wir sagen: Wir sind die Regierung, und ihr seid die Opposition.

---

41 Zur Skepsis innerhalb der FDP gegenüber dem Zustand der CDU/CSU infolge der Wahl *Arnolds* zum Bundesratspräsidenten Nr. 66.

42 Vgl. Nr. 50, Schluß der Sitzung.

43 Für *Kaisen* hatten sich die Ministerpräsidenten mehrheitlich ausgesprochen. Vgl. Nr. 44, Anm. 78.

Denken Sie bitte daran, Herr Dr. *Adenauer*, was geschieht, wenn *Schlange-Schöningen* vorgeschlagen wird. Stellen Sie sich vor, was das für ein Schauspiel gibt! Ich persönlich gebe ohne weiteres zu, weil das sachliche Junktim so stark war, daß man an einem Punkt angelangt ist, wo man glaubt, gar nicht mehr anders springen zu können. Die Frage ist, ob man das als unabänderlich hinnimmt. Wenn man es [als] unabänderlich hinnimmt, muß man m.E. der Gewissensentscheidung des einzelnen Mitgliedes der CDU/CSU-Fraktion in diesem Falle absolut Freiheit geben.

Dr. Adenauer: Herr *Hilpert* hat eine ganz konkrete Frage an mich gestellt, nämlich: Was tun wir, wenn die SPD Herrn *Arnold* oder Herrn *Schlange-Schöningen* vorschlägt. Ich möchte folgendes darauf antworten. Ich glaube, ich darf Ihnen das sagen, weil die Sozialdemokraten an Herrn *Arnold* herangetreten sind und ihn gefragt haben, wie wäre es, wenn wir Sie vorschlagen würden. Darauf hat Herr *Arnold* erklärt: Das lehne ich ab. (Bravo!) Ich darf Ihnen weiter antworten, Herr *Hilpert*, Sie waren doch bei der Eröffnungssitzung anwesend und haben doch gehört, wie die Kommunisten den Sozialdemokraten *Böhm* vorgeschlagen haben.[44] Sie haben erlebt, wie Herr *Böhm* aufgestanden ist und gesagt hat, ich lehne das ab. Ich bin fest überzeugt davon, wenn die Sozialdemokraten Herrn *Schlange-Schöningen* vorschlagen würden, während wir der Auffassung sind, das ist nicht richtig, daß Herr *Schlange-Schöningen* sagen wird, ich lasse mich dazu nicht mißbrauchen.

(Dr. *Köhler*: Wenn ihm aber die Stimmen gegeben werden; jetzt kommt die formelle Seite!)

Ein Wort zu dieser Möglichkeit. Ich kenne Herrn Dr. *Schumacher* auch seit einigen Jahren und habe mit ihm gestern eine Stunde lang gesprochen. Wenn die Sozialdemokratie einen CDU-Mann vorschlägt, ohne mit der CDU-Fraktion vorher Fühlung zu nehmen, würde sie das Ganze zu einer Farce machen. Ich habe die Überzeugung, Herr *Hilpert*, daß Herr Dr. *Schumacher* so etwas nicht tut. Herr *Schumacher* ist sich des Ernstes der ersten Wahl des Bundespräsidenten, und zwar des Ernstes im Hinblick auf die Demokratie in Deutschland zu sehr bewußt, um diese Wahl zu einem durchsichtigen taktischen Manöver zu mißbrauchen.

(Dr. *Hilpert*: Ich bin Ihnen dankbar für diese Auskunft. Damit ist es abgewiesen.)

Ich füge noch hinzu, daß Herr *Schumacher* ausdrücklich Herrn *Schäffer* und mir erklärt hat, sie hätten in dieser Frage in zwei Vorstandssitzungen sich besprochen. Sie würden einen Sozialdemokraten vorschlagen. Was soll Herr *Schumacher* denn noch sagen?

Nun möchte ich Herrn *Hilpert* zwei Bemerkungen gegenüber machen. Herr *Hilpert*, ich achte und schätze zarte Gewissen. Ich weiß nicht, ob ich eins besitze; ich weiß auch nicht, ob Sie eins besitzen.

(Dr. *Hilpert*: Sie überschätzen meine Zartheit auch!)

Ich meine, man sollte nun nicht immer bei diesen Fragen mit dem Gewissen kommen. Über allen Gewissensfragen steht nach meiner Meinung die Verpflichtung, die jeder von uns auch vor seinem Gewissen eingegangen hat: die Partei nicht zu zerstören. Das ist das oberste Gebot unseres Gewissens . . .

(Frau Dr. *Weber*: Nein, nein!)

Lassen Sie mich doch aussprechen: Das ist in parteipolitischen Angelegenheiten das oberste Gebot unseres Gewissens . . .

44 Bezieht sich auf die Wahl des Bundestagspräsidenten in der konstituierenden Sitzung des Bundestages. Vgl. BT Sten. Ber., S. 3 D.

(Frau Dr. *Weber*: Nein!)

Nach meiner Auffassung ist es das wohl, ich darf nicht darauf ausgehen, diese Partei zu zerstören.

(Frau Dr. *Weber*: Darauf ausgehen ist etwas anderes!)

Ich muß diese Möglichkeit ins Auge fassen. Wenn Herr *Hilpert* eben in geschickter Weise die kulturellen Fragen verbunden hat mit der Frage eines zarten Gewissens, dann möchte ich dem folgendes entgegenhalten: Es ist Herrn *Hilpert* ganz genau bekannt, daß die kulturellen Fragen Sachen der Länder sind. Es ist Herrn *Hilpert* auch wohl bekannt, daß er seit Jahr und Tag in einem Kabinett arbeitet, das unter sozialdemokratischer Führung steht . . .

(Dr. *Hilpert*: Aber nicht kulturpolitisch!)

Verzeihen Sie, Herr *Hilpert*, der Bundespräsident hat auf kulturellem Gebiet, das wissen Sie ganz genau, ebensowenig zu sagen, wie der Herr Schmitz oder Müller auf irgendeiner Straße in Bonn.

(Dr. *Hilpert*: Aber der Repräsentant soll ein würdiger Vertreter sein!)

Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr *Hilpert*, ich habe aus allem, was Sie sagen, den Eindruck, Sie wollen einfach Sand in die Räder hineinstreuen. Sie sagen im ersten Satz etwas anderes wie im dritten, und im fünften Satz wieder etwas anderes und bringen es in sehr geschickter Weise fertig, hier eine Atmosphäre zu schaffen, die wirklich nicht dazu da ist, der Fraktion zu gestatten, in Ruhe und Überlegung Beschlüsse zu fassen.

(Dr. *Hilpert*: Herr *Adenauer*, das weise ich zurück!)

Das können Sie, ich habe nichts dagegen. Herr *Hilpert* hat weiter gesagt, wir sollten mit der SPD verhandeln. Wo bleibt denn da das kulturelle Gewissen? Da ist es auf einmal nicht mehr da. Jetzt mit der SPD noch einmal Fühlung zu nehmen, nachdem sie uns erklärt hat, wir wählen nicht den Herrn *Heuss*, nachdem Herr *Schumacher* erklärt hat, daß ein CDU-Mann für sie nicht in Frage komme und daß er keinen überparteilichen Mann wisse, er hat das nicht nur abgelehnt, er hat gesagt, wie können Sie überhaupt auf eine solche Idee kommen, Herrn *Dibelius* vorzuschlagen . . .

(Dr. *Gerstenmaier*: Das ist eine ganz gewöhnliche Gemeinheit!)

Ich bin nicht der Verteidiger von Herrn *Schumacher*, ich führe es nur an; wenn wir also jetzt, nachdem das alles von Herrn *Schumacher* erklärt worden ist, noch einmal an ihn herantreten und sagen, habt ihr keinen Kandidaten, dann bedeutet das doch: Schlagt einen Sozialdemokraten vor! Und dann schneiden Sie die Gewissensfrage in kultureller Hinsicht an. Frau *Weber* hat sich zum Wort gemeldet. Frau *Weber* ist die berufenste von uns allen, Ihnen hier zu sagen, wer denn auf kulturellem Gebiet uns näher steht, die Sozialdemokraten oder Herr *Heuss*. Das hat sie gerade im Parlamentarischen Rat in erster Linie erfahren.

Das Wort hat zunächst Herr *Jaeger*.

Dr. Jaeger: Ich möchte Sie nicht langweilen. Darf ich Ihnen an Hand des Grundgesetzes die Bedeutung des Bundespräsidenten auf diesem oder jenem Gebiet auseinandersetzen. Ich nehme an, Sie haben alle das Grundgesetz studiert, und zwar nicht nur diejenigen, die es abgelehnt, sondern auch diejenigen, die es angenommen haben. (Heiterkeit!) Wir sind uns alle darüber einig, ohne in Einzelheiten der Verfassung einzugehen, daß es ein Ideal wäre, wenn die Staatsspitze außerhalb des Streites der Parteien stände. Aber

wenn Sie so ganz energisch dagegen auftreten, daß der Bundespräsident hineingezogen wird in die parteipolitische Erörterung, dann muß ich Ihnen schon sagen, wenn Sie die Staatsspitze wirklich völlig aus dem Streit der Parteien heraushalten wollen, dann müssen Sie sich zur Erbmonarchie bekennen. Wenn Sie auf dem Boden einer republikanischen Verfassung stehen, werden Sie niemals herumkommen, daß er das tut. Ich will nicht aus meiner noch dürftigen Erfahrung als Abgeordneter des Bundestages schöpfen, sondern aus der reichlichen, manchmal überreichlichen Erfahrung als Oberbürgermeister der bayerischen Stadt Eichstätt.

Es ist ein Junktim vorhanden. Wenn behauptet wird, rechtlich ist es nicht da, so hat man damit recht, aber das kann nur die Meinung eines Professors des öffentlichen Rechtes sein, nicht aber die Meinung eines Politikers, der die Dinge so sehen muß, wie sie zeitlich und örtlich zusammenfallen. Wie uns die Dinge nun einmal vorgetragen wurden und wie wir uns vor einer Woche entschieden haben, ist doch diese Verbindung einmal da. Wir haben uns zur kleinen Koalition entschieden. Wir haben das aus guten Gründen getan. Wir müssen daher auch diesen Weg zu Ende gehen und können unmöglich jetzt ein Spiel treiben, wie es im Bundesrat getrieben worden ist, daß man den Sozialdemokraten einen Ball zuwirft oder von ihnen einen Ball nimmt.

Es ist überhaupt vom Standpunkt der Union untragbar, daß wir uns von den Sozialdemokraten einen Mann präsentieren lassen. Daß wir auf Vorschlag oder mit Hilfe der SPD uns einen Kandidaten vorsetzen lassen, lehne ich ab, ob das *Arnold* im Bundesrat oder *Schlange-Schöningen* in der Bundesversammlung ist. Was die beiden Kandidaten persönlich betrifft, so möchte ich hier – ohne im einzelnen mit meinen bayerischen Freunden gesprochen zu haben – folgendes sagen: Über Herrn *Arnold* habe ich bis vor drei Tagen sachlich nichts als Gutes gehört. Er hat es aber für gut gehalten, im Bundesrat den Gegenkandidaten gegen Herrn *Ehard* zu machen. Ich möchte sonst gar nichts über Herrn *Arnold* sagen. Daß er aber unter diesen Umständen eine einzige bayerische Stimme bekommt, das werden Sie wahrscheinlich nicht erwarten.

Was *Schlange-Schöningen* betrifft, – ich kenne ihn persönlich nicht, hoffentlich ist er da (Zurufe: Ja!), dann brauche ich mich in meinen Ausführungen nicht zu mäßigen (Heiterkeit!) – so habe ich über ihn aus der Zeit vor 1933, als er noch Minister bei *Brüning* war, sachlich sehr viel Gutes gehört, ebenfalls nach 1945, als er Ernährungsdirektor in Frankfurt war. Wir wollen uns über diese Dinge nicht sachlich auseinandersetzen, aber das eine kann ich sagen: Für unsere bayerischen Bauern ist *Schlange-Schöningen* der „schwarze Mann" schlechthin, vielfach vielleicht zu Unrecht, vielfach auf Kosten des Herrn *Podeyn*. Daß Herr *Schlange-Schöningen* keine einzige Stimme der Bayernpartei bekommt, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Es ist auch völlig unmöglich, daß er unsere Stimmen bekommt. Ich kann mich bei uns überhaupt nicht mehr sehen lassen, wenn ich für *Schlange-Schöningen* spreche. Das ist für uns Bayern eine völlig untragbare Kandidatur.

Sie wissen, daß ein Mann wie Dr. Josef *Müller* einen so entschiedenen Kampf gegen *Schlange* geführt hat . . .

(Dr. *Adenauer*: Er tritt jetzt für *Schlange-Schöningen* ein![45])

so hartnäckig, um mich vorsichtig auszudrücken, daß ich mich aufs äußerste wundere, wenn er tatsächlich eine andere Haltung einnehmen sollte.

45 So eine Meldung der „Süddeutschen Zeitung" am 10. 9. 1949.

(Dr. *Adenauer*: Er hat eine halbe Stunde lang ein Mitglied der Deutschen Partei davon zu überzeugen versucht, daß er unbedingt die Deutsche Partei dazu bringen müsse, für Herrn *Schlange-Schöningen* zu stimmen!)

Ich habe es bisher nicht geglaubt. Was in der Zeitung steht, habe ich nicht geglaubt.

(Dr. *Adenauer*: Das stand nicht in der Zeitung!)

Man wird *Heuss* entgegenhalten, daß er für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Ich weiß es nicht genau, wenn ich mich recht erinnere, war *Schlange-Schöningen* auch im Reichstag . . .

(Zurufe: Nein, andere Zurufe: Doch!)

Dann muß er auch für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, die bürgerlichen Parteien haben alle dafür gestimmt.

(Zuruf: *Schlange-Schöningen* war nicht da![46])

Dann hat er Glück gehabt. Ich glaube, der Gesichtspunkt „Ermächtigungsgesetz" ist für uns hier im Saal kein entscheidender Gesichtspunkt. Entscheidend ist an sich ein Gesichtspunkt, den Herr Minister *Hilpert* ausgesprochen hat, nämlich die Kulturpolitik. Ich habe mich sehr gefreut, daß der Finanzminister des Landes Hessen ein Gewissen hat; denn er wird damit der einzige Finanzminister in Deutschland sein.

(Heiterkeit – Frau Dr. *Weber*: Das wird Ihnen der Herr *Weitz* sehr übelnehmen!)

Das sollte kein Vorwurf gegenüber den anderen sein. Ich habe vor einiger Zeit ein Flugblatt in die Hand bekommen, das die Demokratische Partei im Jahre 1925 herausgegeben hat anläßlich der Reichspräsidentenwahl. Damals schrieb die Demokratische Partei: Herr *Marx* ist uns ausgesprochen unsympathisch. Er ist ein sturer Katholik, aber als Reichspräsident ist er völlig ungefährlich. Auf diesem Posten ist er besser als anderswo.

Was für die Demokraten hinsichtlich *Marx* galt, das darf für uns gegenüber *Heuss* gelten, zumal der Bundespräsident weniger Rechte hat als der Reichspräsident. Politik ist nun einmal nach dem Wort eines Mannes, der ein bedeutender Staatsmann war, wenn man ihn auch nicht liebt, die Kunst des Möglichen.[47]

Wenn wir einen christlichen Präsidenten wollen, dann hätten wir eine christliche Mehrheit haben müssen. Die haben wir nicht. Das ist die Folge einerseits der Verhältniswahl und andererseits überhaupt der in Deutschland vorhandenen geistigen Lage. Ich bin mit aller Abneigung gegen *Heuss* gekommen, aber ich sehe nach den realen Gesichtspunkten keine andere Möglichkeit, als ihn zu wählen, wenn wir nicht unserer Partei und dem Auftrag unserer Wähler schaden wollen.

Dr. Adenauer: Zu dem Ermächtigungsgesetz möchte ich folgendes sagen. Bei der Unterredung mit *Schmid* und *Schumacher* schnitt Herr *Schmid* das Thema an und sagte, es ist doch wohl dem Bundespräsidenten sehr peinlich, wenn ihm das vorgeworfen wird. Darauf habe ich ihm gesagt, Herr *Schmid*, man muß diese Sache endlich einmal ruhen lassen. Darauf hat er erklärt, wir tun das ja auch nicht, sondern er muß eben damit rechnen, daß er in der Öffentlichkeit deswegen angegriffen wird.

Das Wort hat Herr *von Brentano*.

Dr. von Brentano: Es ist vorhin von Herrn *Kleindinst* gesagt worden, er empfinde es als

---

46 Dazu die Ausführungen *Schlanges* unten in diesem Dokument.

47 Bezieht sich auf Otto *von Bismarck*.

bedrückend, daß wir diese Diskussion heute wieder führen. Die Tatsache, daß wir darüber diskutieren, halte ich nicht für bedrückend, sondern für unerläßlich. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir morgen in der Bundesversammlung zusammentreten und einen Akt vollziehen von höchster, vielleicht von einmaliger Bedeutung. Ich messe diesem Akt eine solch große Bedeutung bei, weil ich nicht die Auffassung von Dr. *Adenauer* teile, daß der Bundespräsident aufgrund der Befugnisse, die ihm das Grundgesetz zu geben oder zu verweigern hat, letzten Endes eine Persönlichkeit sei, die nicht von ausschlaggebender Bedeutung wäre. Ich bin anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß der Bundespräsident auch mit den Befugnissen, die ihm das Grundgesetz verleiht, derjenige ist, der als Repräsentant des deutschen Volkes von Deutschland und vom Auslande her betrachtet wird. In ihm soll sich die neue deutsche Demokratie integrieren. Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß man die Bedeutung des Bundespräsidenten gar nicht überschätzen kann; das zeigt allein die Tatsache, daß er für fünf Jahre gewählt wird.

Ich möchte zu dem, was Dr. *Adenauer* gesagt hat, grundsätzlich nichts hinzufügen, weil ich mich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einverstanden erklären kann. Ich stelle, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, fest, daß auch ich von der Tatsache ausgehe, daß wir die kleine Koalition schließen werden und müssen. Ich stelle weiter fest, daß hier im Zimmer kein Mensch ist, der etwa mit dem Gedanken spielt, der SPD bewußt oder durch falsche Taktik die Position des Bundespräsidenten zuzuschanzen. Ich glaube, daß wir uns über diese Dinge gar nicht zu unterhalten brauchen.

Ich bin aber nicht der Meinung, wie Kollege *Feldmann* geäußert hat, daß wir vor einem fait accompli stehen, das unabänderlich sei. Ich bin der Meinung, daß der bisherige Gang der Verhandlungen uns stark präjudiziert hat; ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich sage, daß ich nicht mit allem in diesen Verhandlungen einverstanden bin. Ich bin nicht der Meinung, daß es jemals zu spät sein könnte, die Frage anzuschneiden, ob es überhaupt noch einen Weg gibt, einen Bundespräsidenten zu wählen, der nicht in einer Kampfabstimmung und nicht mit einer kleinen Mehrheit gewählt wird, solange wir diese Frage nicht eindeutig verneinen müssen. Das können wir auf Grund des Berichtes, den *Adenauer* und *Schäffer* uns gegeben haben, nicht. Darüber wurde noch nicht diskutiert, ob es möglich ist, unter Umständen einen Mann zu finden, der mit einer großen Mehrheit gewählt werden kann.

(Mehrere Zurufe: Namen nennen!)

Ich will nicht von einem Namen sprechen, sondern von einem Grundsatz. Solange ich die Möglichkeit sehe, bin ich der Meinung, daß man das Letzte tun sollte, um sie zu verwirklichen. Dabei brauche ich wohl kaum die Einschränkung zu machen, daß mir dabei nicht etwa die Vorstellung vorschwebt, daß wir uns von der SPD einen ihr genehmen Mann präsentieren oder diktieren lassen. Wir haben um so mehr Anlaß dazu, diesen Weg noch einmal zu gehen, als wir uns nicht der Tatsache verschließen können, daß große Teile von uns und sicherlich auch große Teile unserer Freunde, die morgen am Wahlakt teilnehmen werden, ernste und vielleicht zum Teil auch unaustilgbare Bedenken gegen die Persönlichkeit des Herrn *Heuss* haben.

Ich wiederhole, was schon gesagt worden ist, ich bin persönlich überzeugt, daß wir mit Fug und Recht den Anspruch darauf anmelden können, daß der erste Repräsentant im neuen Deutschland ein Christ ist. Ich sehe nicht ein, warum wir, ohne den Versuch unternommen zu haben, dieses Postulat zu verwirklichen, ohne weiteres erklären sollen: Es geht nicht, deswegen wählen wir Herrn *Heuss*.

Ich möchte keinen Vergleich ziehen zwischen der Affinität, die uns nach der einen oder anderen Seite verbindet, die Verhandlungen in Bonn haben mir gezeigt, daß die Affinität bei der SPD genauso ist wie bei der FDP.

(Dr. *Adenauer*: Halten Sie ihn nicht für einen Christen?)

Ich halte ihn nicht für einen Menschen, der die gleichen Auffassungen hat wie wir, der das positive Christentum im politischen Leben auch zu verwirklichen beabsichtigt. Mit welchem Recht rechnet die FDP damit, daß 279 Stimmen für den Mann abgegeben werden, der zwar Vorsitzender der FDP ist, mit dem uns aber sonst, mich wenigstens, sehr wenig verbindet.

Ich bitte zu erwägen, daß ich die Persönlichkeit des Herrn *Heuss* aus den Gründen, die *Gerstenmaier* und *Holzapfel* in der letzten Sitzung vorgebracht haben[48], nicht für den geeigneten Kandidaten halte. Ich bitte weiter zu erwägen, daß jeder Versuch unternommen werden muß, um den Präsidenten mit einer möglichst starken Mehrheit im ersten Wahlgang zu wählen und ihm damit das Vertrauen zu verschaffen, ohne das er diese junge Republik überhaupt nicht in das politische Leben einführen kann.

Aus dieser Überzeugung sage ich, wir sollen nicht heute etwa sagen, es ist zu spät. Für Entscheidungen dieser Art kenne ich das Wort „zu spät" nicht. Wir sollen auch nicht sagen, wenn wir den Versuch unternehmen, stellen wir uns bloß. Prestigefragen dürfen bei einer solchen Entscheidung keine Rolle spielen. Lieber möchte ich, daß bei dem einen oder anderen der Eindruck entsteht, daß wir in der Taktik versagt haben, als daß wir jetzt eine Entscheidung treffen, die wir vielleicht in Kürze bitter bereuen und nicht mehr verantworten können.

Ich möchte eines wiederholen, wobei ich hoffe, daß Dr. *Adenauer* mir nicht den Vorwurf macht, ich würde Sand in die Maschine streuen. (Dr. *Adenauer*: Na!)

Ich würde diesen Vorwurf allerdings . . . (Zuruf: Öl!)

(Dr. *Adenauer*: Kein Öl!)

Doch, meiner Überzeugung nach sogar gutes Öl. Auf diese Gefahr hin möchte ich sagen, Herr *Adenauer*, überlegen Sie bitte, daß es sich hier nicht um eine beliebige Frage von politischer Bedeutung handelt, sondern darum, wenn wir morgen dem ersten Präsidenten der Republik unsere Stimme zu geben haben, daß es sich weiß Gott um eine echte Gewissensfrage handelt. Ich bitte Sie, das so zu verstehen, wie es gemeint ist. Ich stimme mit Ihnen restlos überein, wenn Sie sagen, wir müssen in der Fraktion alles tun, um im Wege der gegenseitigen Verständigung eine gemeinsame Linie zu finden, wir müssen alles tun, um auch die CDU/CSU, zu der wir uns bekannt haben, stark zu machen, aber niemals dürfen wir eine parteitaktische Erwägung über unser Gewissen stellen. Deswegen bitte ich, daß wir uns völlig freimachen von irgendeiner Eventualität. Ich wiederhole meine Bitte, wir wollen mit gegenseitigen Vorwürfen sparen und davon ausgehen, daß wir alle gleichermaßen ehrlich sind. Wir wollen die Frage ausscheiden, daß eine Zufallsmehrheit für einen SPD-Kandidaten kommen könnte. Das werden wir zu verhindern wissen.

(Dr. *Adenauer*: Das können wir nicht!)

Ich möchte die Frage noch einmal hier diskutiert wissen, ob nicht doch die Fraktion oder

48 Argumente gegen *Heuss* äußerten *Holzapfel* und *Gerstenmaier* nicht in der vorhergehenden Sitzung am 8. 9. 1949, sondern am 6. 9. 1949. Vgl. Nr. 61.

ein großer Teil der Fraktion mit mir der Meinung ist, daß wir auch heute noch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, das Äußerste zu versuchen, um einen Mann, der auch innerlich uns vollkommen entspricht, mit einer möglichst großen Mehrheit zum Präsidenten zu wählen.

Dr. Adenauer: Ich will nur wenige Feststellungen treffen. Am 7. habe ich ein langes Gespräch mit dem Berliner Oberbürgermeister *Reuter* über die gleiche Frage gehabt, ob es einen Mann in Deutschland gibt, der überparteilich allgemein so geachtet wird, daß er gewählt werden kann. Herr *Reuter* hat mir auf meine Frage klipp und klar gesagt, wir wissen keinen solchen Mann. Ich habe dieselbe Frage an die Herren *Schumacher* und *Schmid* gestern gerichtet. Beide haben mir erklärt, wir wissen keinen solchen Mann.

(Zuruf: Auch an die Fraktion?)

Ich habe in dieser hundert Mann starken Fraktion bisher noch keinen Vorschlag für einen solchen Mann gehört.

Es hat auch keinen Zweck, daß wir uns in theoretischen Erörterungen darüber ergehen, was wünschenswert wäre, sondern wir müssen die Dinge realistisch nehmen wie sie sind. Wenn Sie, Herr *von Brentano*, oder sonst jemand, der so schweren Anstoß an Herrn *Heuss* nimmt, einen überparteilichen Namen nennen können, dann bitte nennen Sie ihn doch. Dann können wir uns darüber unterhalten. Aber ich wiederhole nochmals, es bedeutet – nehmen Sie es nicht übel – für die Beschleunigung des Ganges der Maschine nicht das Öl, wenn man immer nur theoretisch ausführt, es wäre wünschenswert, wenn, aber keinen Namen zu nennen . . .

(Zuruf: Es sind die Namen *Lilje* und *Dibelius* genannt worden!)

(Weiterer Zuruf: Darüber ist überhaupt nicht diskutiert worden!)

Erstens haben wir darüber diskutiert, zweitens ist von Ihnen gesagt worden, Herr *von Brentano*, es muß ein Mann sein, der einen solchen Ruf genießt, daß er von einer großen Mehrheit gewählt wird; das bedeutet also, daß er von der Sozialdemokratischen Partei mitgewählt wird. Drittens haben Dr. *Schumacher* und Herr *Schmid* Herrn *Schäffer* und mir gestern erklärt, Herr *Dibelius* kommt überhaupt für uns nicht in Frage, und dann ist es keine überwältigende Mehrheit.

(Zuruf: *Dibelius* will auch nicht!)

Lassen wir die Dinge nicht verwirren. Allmählich sind wir wie ein Eichhörnchen in einer Trommel, das fortwährend rundläuft.

Ich wiederhole nochmals: Es ist von den Gegnern der Kandidatur *Heuss* gewünscht worden, daß ein überparteilicher Mann gewählt wird, der eine große Mehrheit bekommen soll. Eine große Mehrheit ist nur zu bekommen unter Einschluß der Sozialdemokraten. Es ist der Name *Dibelius* genannt worden. Aus sich heraus haben die Herren *Schmid* und *Schumacher* gestern erklärt: Herr *Dibelius* kommt für uns gar nicht in Frage. (Hört, hört!) Da kann man jetzt nicht wieder anfangen. Ich bitte Sie nun, lassen wir doch wirklich rein verstandesmäßig die Sache betrachten, keine Theorien, sondern die Ziffern nehmen und die Erklärungen, die die Leute uns abgegeben haben.

Das Wort hat Frau *Weber*.

Frau Dr. Weber: Ich will nicht wiederholen, was die Herren *Adenauer* und *Schäffer* gesagt haben. Wir hatten uns eigentlich entschieden. Nun gebe ich Herrn *Brentano* recht, wenn man nachher einsieht, daß man etwas falsch gemacht hat, dann könnte man einen Beschluß wieder aufheben und einen anderen annehmen. Darin gebe ich ihm recht,

aber man muß uns, wenn solche Anforderungen kommen, doch den Kandidaten nennen; denn wir müssen ihn morgen wählen. Die Sozialdemokraten wissen keinen. Auch heute ist keiner genannt worden.

(Zuruf: *Schlange-Schöningen*!)

Der ist auch nicht überparteilich. Ich muß dazu etwas sagen: Ich wünschte, Herr *Schlange-Schöningen* stände auf und sagte, ich komme gar nicht in Betracht in dieser Situation. Ich würde wünschen, daß er das gesagt hätte, damit wir endlich aus diesem Gespräch herauskommen.

Nun gebe ich unseren evangelischen Freunden recht, daß die Kandidatur *Heuss* gerade für die evangelischen Christen in unserer Partei schwierig ist. Ich gebe auch denen recht, die darauf hinweisen, welchen Kampf *Heuss* gegen die Elternrechte geführt hat. Darf ich Ihnen aber sagen, daß es im Grundsatzausschuß noch mehr Leute gab, die die Elternrechte, die wir so verteidigt haben, gar nicht so verteidigten[49]; es sind auch welche hier im Saal! Herr *Heuss* gefällt mir als Präsident auch nicht. Ich würde ihn nicht in die Debatte geworfen haben. Der Fehler ist meiner Meinung nach gemacht worden, daß man seinen Namen zu früh genannt hat, daß er zu früh festgelegt wurde. Wir müssen uns heute entscheiden. Wir haben doch heute mittag die Versammlung, und ich sehe schon, wie einige auf mich losstürzen und mit dem Elternrecht und unpolitischen Erwägungen kommen. Dies ist aber politisch zu entscheiden. Ich weiß, was *Heuss* über das Elternrecht gesagt hat. Ich weiß, daß er „Gott" nicht in der Verfassung haben wollte, weil er eine ganz bestimmte Auffassung über den Staat und auch über die Religion hat. Und trotzdem wage ich als katholische Christin zu sagen, Herr *Heuss* ist ein Christ. Das wage ich zu sagen, ein Christ mit ganz besonderen Auffassungen; die soll es geben.

Und nur der darf dagegen angehen und das, was wir beschlossen haben, zur Aufhebung bringen – das sage ich vor allem Herrn *Brentano* –, der uns sagen kann, da ist der Mann, der eine große Mehrheit auf sich vereinigt. Eigentlich haben wir gar kein Recht, in dieser Stunde der Entscheidung die Frage noch einmal so aufzurollen. Wenn wir so entscheidungslos heute nachmittag sind, freut sich die Sozialdemokratie über uns, die hinter den Kulissen steht. Sind nicht doch welche unter uns, die mit ihnen gesprochen haben und durchblicken ließen, daß wir uneins sind? Ich wünschte auch, wir hätten für *Heuss* einen anderen Mann, aber in dieser wichtigen Stunde der deutschen Geschichte bin ich aus politischen Gründen für *Heuss*, weil wir leider keine andere Entscheidung treffen können und weil wir in dieser geschichtlichen Stunde endlich zueinanderkommen müssen. (Beifall!)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Lenz*.

Lenz: Wir beraten am siebenten Tag der Woche. Dieser Tag verpflichtet uns ganz besonders auf das Grundgesetz unserer Bewegung, auf unsere christliche Verpflichtung. Wenn wir uns bei der Wahl zum Bundespräsidenten für *Heuss* entscheiden, dann wird bei unseren Wählern eine große Verstimmung eintreten; denn wir haben diese Menschen zur Wahl geholt und sie für die Entscheidung unserer Partei gewonnen mit dem Versprechen, es kommt auf Deine Stimme an, ob christliche oder ob liberale Kräfte an die Spitze des Staates gestellt werden.

Wäre es, so frage ich Sie, wirklich gefährlich für uns, wenn wir einen Mann vorschlagen,

49 Übersicht über die Beratungen des Grundsatzausschusses über Artikel 6 GG in: Entstehungsgeschichte, S. 94–97.

der von einem Teil, vielleicht sogar von der ganzen SPD mitgewählt würde? Das wäre nach meiner Auffassung Herr *Schlange-Schöningen*. Lassen Sie sich nicht durch die Äußerungen der SPD irreführen. Morgen früh kommen die noch zusammen. Wenn wir dann Herrn *Schlange-Schöningen* vorschlagen, dann kann es sehr wohl sein, daß die SPD mitstimmt. Stimmt sie nicht mit, würde das Ergebnis ohnehin nicht schlechter werden, als es auch bei *Heuss* ist. Bedenken Sie, wenn wir schon Steigbügelhalter sind durch die angebotenen Ministerien, daß wir uns dann aber viel eher für einen christlichen Mann entscheiden sollen als für einen Mann, der in weitesten Kreisen der Bevölkerung als der politische Exponent des Neo-Liberalismus angesehen wird. Das ist er doch nun einmal. Ich sage, *Heuss* ist der Vertreter der FDP und wird als solcher von unserem Volke gesehen.

Unseren bayerischen Freunden möchte ich bezüglich der Kandidatur *Schlange-Schöningens* folgendes sagen. Sie erklären, unsere Bauern machen das nicht mit. Was sollen denn wir von Nordrhein-Westfalen sagen? Man muß auch im Herzen das Grundgesetz unserer Bewegung tragen, und wenn *Schlange-Schöningen* von uns vorgeschlagen wird, dann ist es eine moralische Pflicht unserer bayerischen Freunde, daß sie dem christlichen Mann den Vorrang gegenüber dem Liberalen geben.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Dresbach*.

Dr. Dresbach: Meinen evangelischen Freunden möchte ich einmal ans Herz legen: Muß man, um evangelischer Christ zu sein, zum engen Kreis der Gemeinschaftsleute gehören?

(Dr. *Holzapfel*: Nein, aber nicht zu den ausgesprochenen liberalen evangelischen Christen!)

Bleibt das Wort Christ bestehen? Entscheidend ist, ob man sich auf den Boden der christlichen Sittenlehre stellt oder nicht.

(Dr. *Holzapfel*: Nein, es geht weiter!)

Dann muß ich meinen Standpunkt revidieren; ich werde es nicht im Augenblick tun.

Im übrigen hat Herr *Hilpert* die Frage aufgeworfen, ob *Schlange-Schöningen* von der Sozialdemokratie als Kampfkandidat aufgestellt werden könne? Jetzt muß ich an *Schlange-Schöningen* die präzise Frage stellen, und zwar präziser als Frau *Weber* es getan hat; würde Herr *Schlange-Schöningen* in dem Falle, daß er von der SPD nominiert wird, die Wahl annehmen?

Dr. Adenauer: Es haben sich zu Wort gemeldet die Herren *Kunze* und *Schlange-Schöningen*. Das Wort hat zunächst Herr *Kunze*.

Kunze: *Dibelius* und *Lilje* sind die beiden überparteilichen Kandidaten. Ich kann aus meiner Verbundenheit mit *Lilje* – ich glaube, Dr. *Gerstenmaier* wird das für *Dibelius* auch bestätigen – folgendes sagen: Nach diesen Erklärungen der SPD können sich diese Herren gar nicht aufstellen lassen aufgrund ihrer Verantwortung, die sie als Bischof der evangelischen Kirche gegenüber der breiten Schicht der Arbeiterklasse haben. Darum fallen die beiden Kandidaten aus, wobei ich ganz ehrlich sage, mir wären diese beiden Kandidaturen die allerliebsten gewesen. Aber vielleicht bin ich in dem Punkt zu sehr Idealist und muß mich von anderen erfahrenen Freunden wieder auf die Erde zurückstellen lassen.

Ich habe Ihnen eine an mich gemachte Feststellung zu berichten über die konfessionelle Zusammensetzung der SPD. Es sind auch in dieser Bundestagsfraktion mehr als 60 %

der Mitglieder der SPD, die keiner der beiden christlichen Kirchen angehören. (Zurufe: Hört, hört!) Zu der Frage, die mich als evangelischen Christen entscheidend bewegt, nämlich der christliche Standpunkt von *Heuss*, möchte ich Ihnen folgendes sagen. Wie ich denke, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Ich bin, seitdem ich die Ehre habe, hinter meinen Namen „Bethel" setzen zu dürfen, gekennzeichnet in Deutschland, aber ich habe nicht das Recht, Herrn *Heuss* abzusprechen, daß er Christ sei. Ich möchte noch bemerken, auf der einen Seite holt der Bischof einer großen evangelischen Kirche den evangelischen Herrn *Heuss* als Redner bei einer Jahrhundertfeier[50], auf der anderen Seite erklären wir als politisches Gremium, er ist kein Christ.

Ich erkläre ausdrücklich – was Herr *Holzapfel* sagt, unterschreibe ich –, er ist nicht ein Christ des Dogmas, wie ich ihn gerne haben möchte, aber ich möchte in meinem Gewissen unbeschwert bleiben, indem ich sage, ich habe kein Recht, ihn nicht als Christ zu bezeichnen. Ich bedauere die Entwicklung, wie sie gegangen ist. Aber ich fürchte vielmehr, das spreche ich offen aus, daß aus unseren Reihen gegen *Heuss* ein Gegenkandidat genannt wird, dem ein Teil der Sozialdemokraten zustimmt, um damit wieder, wie es beim Bundesrat war, bei uns einen Riß herbeizuführen. Darum bin ich der Meinung, wir können und müssen so lange reden, wie es jedem sein Gewissen vorschreibt. Unser gemeinsames Ziel muß sein, daß wir diesen Raum nicht verlassen, ohne uns geeinigt zu haben.

Dr. Adenauer: Ehe ich Herrn *Schlange-Schöningen* das Wort gebe, möchte ich Ihnen mitteilen, wie mir Herr *Schäffer* sagt, daß Herr *Hellwege* mitgeteilt hat, sie hätten in der Zwischenzeit die Kandidatur *Schlange-Schöningen* in ihrer Fraktion besprochen. Die Fraktion habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß Herr *Schlange-Schöningen* von ihnen keine Stimme bekommen werde.

Das Wort hat Herr *Schlange-Schöningen*.

Dr. Schlange-Schöningen: Es ist das erste Mal, daß ich hier vor Ihnen das Wort ergreife. Mein Name ist im Zusammenhang mit der Kandidatur zum Bundespräsidenten vor etwa 14 Tagen zum ersten Mal in der Presse genannt worden, ohne daß ich irgendwelchen Einfluß jemals darauf genommen hätte. Ich habe deswegen in allen Fraktionssitzungen stumm wie ein Stein dagesessen, weil mir diese persönlichen Auseinandersetzungen mit Namen widerwärtig sind. Seit acht Tagen sind in steigendem Maße – das stelle ich mit einer gewissen Freude fest –, Freunde zu mir gekommen und haben mich gedrängt, falls ich gewählt würde, das Amt anzunehmen. Da ich vor diesen Dingen keine Angst habe und immerhin mehr als 20 Jahre politischer Erfahrungen hinter mir stehen, habe ich gesagt: Ja, wenn ich von einer tragfähigen Mehrheit gewählt werde. Weiter sage ich dazu nichts. Das andere liegt in Ihrer Hand.

Aber ich darf zwei Dinge unseren Freunden aus Bayern gegenüber noch sagen:

1. Ich bin nach dem Zusammenbruch des *Brüning*-Kabinetts überhaupt nicht mehr im Reichstag gewesen. Ich habe keine Gelegenheit gehabt, für oder gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Ich will Ihnen eins dabei verraten. Was mir damals von der Zentrumsseite, Herrn *Brüning*, angetragen worden ist, mich vom Zentrum wählen zu lassen, das habe ich abgelehnt, weil das aus der damaligen Situation für einen Evangelischen noch nicht möglich war.

2. Die Frage der bayerischen Bauern ist eine eigenartige Sache, meine Damen und Her-

50 Am 3. 9. 1949 sprach *Heuss* anläßlich der Jubiläumsfeier des Bruderhauses in Reutlingen. Vgl. Margret Boveri/Walter Prinzing, Theodor Heuss, Stuttgart 1954, S. 227.

ren. Wenn ich selbst nach Bayern komme und vor tausend Bauern spreche, dann schreien sie alle Hurra,

(Zuruf: Das haben wir in Hannover erlebt!)

überall, wohin ich auch komme. Das eine nehme ich allerdings mit Stolz für mich in Anspruch, daß ich vier Jahre lang in dieser Bresche gestanden habe und daß ich den Vormarsch vom Hunger bis zu 2000 g Fett gemacht habe. Auf der anderen Seite möchte ich sagen, ich möchte meine bayerischen und bäuerlichen Freunde einmal um einen Augenblick Gerechtigkeit bitten. Hat es jemals derartige Preiserhöhungen in der ganzen deutschen Agrargeschichte gegeben, wie sie in den letzten eineinhalb Jahren gemacht worden sind?

Es ist Größeren so gegangen wie mir; das ist der Dank des Vaterlandes, daß man, wenn man zwischen diesen beiden Feuern so lange gestanden hat, von beiden Seiten beschimpft zu werden pflegt. Solange wie es dauern wird, aber der Augenblick wird kommen, wo eine anständige distanzierte Geschichtsschreibung diese vier Jahre einmal klarstellt. Darüber will ich weiter nichts sagen.

Eine einzige Bitte an Sie alle, meine Damen und Herren! Ich kenne Herrn *Heuss* sehr lange; ich kenne ihn aus dem Reichstag. Ich weiß, daß Herr *Heuss* ein sehr anständiger Mann ist. Ich weiß, daß *Heuss* bis jetzt jedenfalls keine großen Beweise politischer Fähigkeit erbracht hat. Herr *Heuss* ist ein versonnener Privatgelehrter und Schriftsteller anständigsten Formates. Mit ihm werden wir vielleicht in dieselbe Situation kommen wie beim alten *Hindenburg*, daß ein unpolitischer Mann plötzlich in diesen Zustand versetzt wird.

Es ist Unsinn, wenn man glaubt, wir wären über das Gröbste hinaus, weil wir im Augenblick satt zu essen haben. Die Krise kommt, und dann wird man einen Menschen brauchen, der furchtlos ist und von diesen Dingen Ahnung hat und weiß, wie man sie zu lösen hat. Ich spreche das nicht für mich aus, sondern ich sage, ich zweifle, ob *Heuss* das machen kann.

Es wird darüber gesprochen, ob *Heuss* Christ ist oder Nichtchrist. So ist die Frage überhaupt nicht zu stellen. Ich bitte Sie, meine katholischen Freunde in diesem Raum, etwas mehr auf unser positives evangelisches Gefühl Rücksicht zu nehmen. Wir kommen allmählich sonst in einen Standpunkt gegenseitiger Verketzerung, die dem Zusammenhalt der Partei unter keinen Umständen günstig ist. Es ist nicht das erste Mal, daß ich diese Klage ausspreche. Ich habe sie von vielen Menschen in dieser Fraktion und beim Wahlkampf gehört: Seid ihr auch noch sicher, daß eure evangelischen Belange wirklich berücksichtigt werden? Das scheint mir allerdings eine Frage zu sein, wenn auch *Heuss* das in seiner Geburtsurkunde oder im Taufschein stehen hat und er dann und wann einen Vortrag gehalten hat. Das reicht uns positiven Christen nicht aus. Ich wende mich noch einmal an unsere katholischen Mitglieder. Was würden Sie wohl sagen, wenn in einem umgekehrten Verhältnis eine evangelische kleine Mehrheit Ihnen einen liberalen Katholiken als Reichspräsident aufzwingen wollte? Sie würden sich bis zum äußersten wehren, und ich würde zweifelsfrei an Ihrer Seite stehen.

Zum Schluß noch einen Satz. Mir ist von Frau *Weber* nahegelegt worden, ich solle von mir aus verzichten. Meine Damen und Herren! Ich habe meine Kandidatur nicht gemacht. Ich habe nicht den kleinen Finger dafür erhoben, aber ich habe in meinem Leben meine Freunde nicht im Stich gelassen. Lassen wir die Debatte abrollen, dann werden wir sehen, was zum Schluß dabei herauskommt.

Dr. Adenauer: Trotz der vorgerückten Zeit möchte ich mir einige Bemerkungen erlauben. Zunächst stehe ich durchaus wie Herr *Schlange-Schöningen* auf dem Standpunkt, daß man die Leistungen, die er in diesen Jahren aufzuweisen hat, nicht genügend würdigt. Ich bin wie er durchaus der Auffassung, daß eine spätere Zeit diese Leistungen mehr würdigen wird, als das z. Zt. geschieht. Aber ich empfinde es als überaus peinlich, daß man hier ein Urteil über die Qualität eines anderen Mannes fällt, ob er ein Christ ist oder nicht. Wenn wir so weit kommen, daß wir vielleicht auch uns gegenseitig darauf hin prüfen, dann sind wir auch keine politische Partei. Wenn Sie so weit kommen, dann gehen Sie bitte nach dem Norden Deutschlands, nach Hamburg und nach Schleswig-Holstein, dann versichere ich Ihnen, können Sie den größten Teil der evangelischen Freunde dort nicht mehr als Christ gelten lassen.

Aber ich bin der Auffassung, wir sind in einer politischen Partei. Wir sollten tolerant gegeneinander sein und auch gegen andere. Ich habe mir niemals angemaßt, über einen Menschen zu urteilen, ob er ein Christ ist oder nicht; das muß der Betreffende mit seinem Herrgott abmachen, und er muß seinem Gewissen folgen. Wenn ein Mensch seinem Gewissen folgt, ist er nach meiner Überzeugung vor unserem Herrgott ein Christ.

Wenn Sie, Herr *Schlange-Schöningen*, sagen, wenn man Ihnen vorschlüge, einen liberalen Katholiken zu nehmen, dann sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, ich würde gar keinen Anstoß daran nehmen. Solange der Betreffende nicht eine ausgesprochen feindliche Stellung gegenüber dem Christentum bezogen hat, überlasse ich das Weitere ihm. Das ist nach meiner Meinung eine notwendige Toleranz, die wir gegeneinander üben müssen.

Nun hat Herr *Schlange-Schöningen* abgelehnt, auf die Frage von Frau *Weber* eine Antwort zu geben. Er hat aber vorher gesagt, wenn er eine tragfähige Mehrheit habe, würde er annehmen. Herr *Schlange-Schöningen* hat nicht gesagt, ob er darunter versteht eine tragfähige Mehrheit mit Zustimmung der zuständigen Parteiinstanz der CDU; das ist hier die Fraktion des Bundestages, ob sie dazu gehört, oder ob sie nicht dazu gehört. Herr *Schlange-Schöningen*, nachdem Sie das nun einmal ausgeführt haben, muß ich Ihnen in aller Offenheit erklären, ich halte es für ganz unmöglich und für ganz untragbar, daß ein Mitglied unserer Partei gegen den Willen der Mehrheit dieser Fraktion sich von einer sozialdemokratischen Mehrheit zum Bundespräsidenten wählen läßt und diese Wahl annimmt. Das ist ausgeschlossen. Ich überlege genau, was ich sage, eine Fraktion und eine Partei, die sich das gefallen läßt, gibt sich selbst auf. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich bin tief erschüttert, das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen, über die Erklärung des Herrn *Schlange-Schöningen*. Ich habe Herrn *Schlange-Schöningen* außerordentlich geschätzt, ich weiß, wie wertvoll er für uns ist, aber nach dem ganzen Verlauf dieser Debatte habe ich geglaubt, Herr *Schlange-Schöningen* würde sagen, bitte, sehen Sie von mir ab. Das ist für mich, ich kann Ihnen das nicht verhehlen, eine große Enttäuschung.

Herr *Scharnberg* hat den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

(Zurufe: Nein - Unruhe!)

Wir kommen in immer schwierigere Situationen hinein, die an sich mit der Frage, die wir zu entscheiden haben, nichts zu tun haben. Zunächst hat Herr *Scharnberg* das Wort.

Scharnberg: Ich würde vorschlagen, jetzt abzustimmen, um festzustellen, wie die Meinung der Fraktion ist.

Dr. Adenauer: Ich möchte Ihnen sagen, daß überhaupt kein Antrag vorliegt, über den wir abstimmen können.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr *Blank*.

Blank: Gegen diesen Antrag möchte ich mich wenden. Nunmehr ist nichts klar. Herr *Schlange-Schöningen* hat klar erkennbar auf die präzis gestellte Frage, ob er sich seitens der SPD vorschlagen ließe, nicht geantwortet. Dadurch ist eine Verwirrung bei uns hineingetragen worden. Ich weiß aus meiner Kenntnis der politischen Vorgänge während zweier Jahre im Wirtschaftsrat bezüglich des so häufig merkwürdigen Spiels zwischen *Schlange-Schöningen* und der SPD wider unsere politischen Interessen einiges zu sagen. Unter diesen Umständen bin ich, denn das muß geklärt werden, gegen Schluß der Debatte.

Dr. Adenauer: Wir stimmen über den Antrag auf Schluß der Debatte ab. Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich, die Hand zu heben. Wer ist gegen Schluß der Debatte?

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist abgelehnt.

Zunächst hat Herr *Schröter* das Wort.

Schröter: Herr Dr. *Adenauer* hat eine Erklärung gemacht über Schleswig-Holstein. Diese Äußerung von Dr. *Adenauer* möchte ich nicht so aufgefaßt wissen, weil ich Dr. *Adenauer* kenne aus langjähriger Zusammenarbeit, als ob er die christliche Gesinnung der Bevölkerung von Schleswig-Holstein anzweifelt. Ich will nur ausdrücklich erklären, die CDU ist in Schleswig-Holstein die stärkste Partei. Ich glaube, das spricht für meine Heimat.

Dr. Adenauer: Ich wollte Ihnen folgendes klarstellen: Wenn man den scharfen Maßstab anlegt, ob einer Christ ist oder nicht, der hier zum Ausdruck gebracht worden ist, dann fürchte ich, daß sowohl in Hamburg wie in Schleswig-Holstein, von denjenigen, die diesen Maßstab anlegen, viele nicht mehr als christliche Leute betrachtet werden.

(Zuruf: Auch anderswo!)

Also, einigen wir uns auf allenthalben.

(Dr. *Köhler*: Ich halte diese Bemerkung für sehr unglücklich. – Unruhe im Saal!)

(*Schlange-Schöningen*: Ich bin erstaunt, daß das mißverständlich ist. Es ist selbstverständlich, wenn die Sozialdemokraten mich nominieren würden, daß ich das ablehnen würde, wenn . . .)

(Zustimmung und Unruhe im Saal!)

Warten Sie erst den Nachsatz ab . . .

(*Sabel*: Das ist unerhört, Herr Präsident!)

(Dr. *Köhler*: So geht es nicht!)

Herr *Schlange-Schöningen* war noch nicht fertig, also warten Sie erst ab.

(*Sabel*: Das ist nicht das erste Mal, daß Sie sich heute morgen so verhalten. Denken Sie an den Vorwurf gegenüber *Hilpert*! – Herr *Sabel* ruft nun sehr heftig: Das ist keine Verhandlungsführung, das ist Terror!)

(Erregung im Saal und lebhafte Unruhe!)

Ich möchte doch hier feststellen, daß der Wille der übrigen Mehrheit von Anfang an feststand. Und wer hier Terror ausübt, – das sind ganz andere Leute.

(Zuruf: Nein – weitere Unruhe!)

(*Schlange-Schöningen*: Was ich sagen wollte, ist, daß Sie die Debatte abwarten sollen, die auch heute mittag weitergehen wird, und daß man dann schließlich zur Abstimmung kommt!)

Das Wort hat Herr *Feldmann*.

Feldmann: Wir haben vergessen, daß wir uns schon einmal über die Rangordnung dieser führenden Stellen unterhalten haben. Solange früher die Vermutung bei uns bestand, daß Herr *Adenauer* Bundespräsident würde, hat niemand darüber gesprochen. Aber wir sind uns darüber klar geworden, daß die Stellung eines Kanzlers für uns aus dem christlichen Gewissen sehr viel wichtiger ist als die des Bundespräsidenten. Lediglich aus diesem Gesichtspunkt sind wir zu der Überlegung gekommen, diesen weniger wertvollen Posten demjenigen anzutragen, von dem wir die Mitarbeit verlangen wollen. Hätten wir die Mehrheit, dann brauchten wir so lange Gespräche nicht zu führen. Es überrascht mich wirklich, daß man hier in reiner Illusion macht. Wir tun so, als ob wir alleine da wären. Wir müssen doch die Mitarbeit der Parteien haben. Wir können dies nicht erreichen, ohne die Kandidatur von *Heuss* als Bundespräsident. Wir müssen die Kandidatur entweder wahrmachen oder den Koalitionsparteien die Möglichkeit der Mitarbeit überhaupt nehmen. Das ist eine klare Situation, die gar keiner Erörterung mehr bedarf.

Ich will in die Apologie der evangelischen Mitglieder nicht eingehen. Viele Menschen verdanken die Güte ihres Rufes nicht ihrem positiven Wert, sondern dem Umstand, daß ihr nicht positives Verhalten nicht bekanntgeworden ist.

Geben Sie sich keinen Illusionen darüber hin, wenn Sie einen anderen Namen nennen, dann wird man auch bei dem etwas finden. Es wird angefangen und heruntergegangen bis zu den kleinen Jugenderlebnissen. Wenn wir die Würde des Parlaments wahren und die Glaubwürdigkeit des demokratischen Staates sowie unsere Zuverlässigkeit als politischer Partner bewahrheiten wollen, dann können wir nach meinem Dafürhalten bei aller Achtung vor Herrn *Schlange-Schöningen* und vor der Klugheit des Wortes, die er eben bewiesen hat, überhaupt nichts anderes wollen, als Herrn *Heuss* zu wählen, weil er der einzige Mann ist, der nach den abgegebenen Erklärungen überhaupt eine Mehrheit bekommen wird. Das ist die Situation.

Dr. Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr *Vogel*.

Dr. Vogel: Ich glaube, die Erklärung, die *Schlange-Schöningen* abgegeben hat, hat eine sehr weitgehende Klärung geschaffen. Ich glaube nicht, daß es Sinn hat, nachdem wir einmal im Plenum und auch im Vorstand so viel Zeit verbracht haben, die gleiche Debatte heute nachmittag in der Vollversammlung noch einmal von vorne zu beginnen. Ich stelle erneut den Antrag auf Schluß der Debatte, damit wir zu Ende kommen. Diesmal wird sich eine Mehrheit dafür finden.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Schäffer*.

Schäffer: Ich spreche nicht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte, aber ich möchte, daß die Debatte mit einem Ergebnis endet. Ich stelle den Antrag:

Die Fraktion wolle beschließen, die heutige Verhandlung hat keinen Anlaß gegeben, von der bisherigen Beschlußfassung der Fraktion abzugehen.

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Sofern der Antrag auf Schluß der Debatte nicht angenommen wird, möchte ich den Antrag auf Schluß der Rednerliste stellen.

(Zuruf Dr. *Gerstenmaier*: Wenn die Debatte geschlossen wird, möchte ich darum bitten, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen!)

(*Sabel*: Ich würde vorschlagen, daß wir schriftlich abstimmen: für oder gegen *Heuss*! Die Debatte hat ergeben, daß gewaltige Bedenken bestehen. Wenn Sie glauben, daß es aus taktischen Gründen nicht gut wäre, daß eine solche Abstimmung nun publik würde, wäre ich damit einverstanden, daß das Ergebnis nur der Vorstand zur Kenntnis nimmt als Grundlage für seine Verhandlungen.)

(Widerspruch und Unruhe!)

Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr *Kaiser*.

Kaiser: Wir brauchen weder so noch so abzustimmen. Die Aussprache geht heute nachmittag weiter. Ich glaube dahin unterrichtet zu sein, daß heute nachmittag nicht nur Dr. *Adenauer* sprechen wird, sondern es wird auch *Arnold* sprechen. Zum Schluß wird festgestellt werden können, wie die Fraktion denkt. Ich würde deswegen nicht abstimmen, sondern wir brauchen nur die Debatte zu unterbrechen und können sie heute nachmittag fortsetzen.

Dr. Adenauer: Ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich meine, wenn wir jetzt nach alledem nun auseinandergehen, ohne daß sich eine Mehrheit zeigt, dann werden wir heute nachmittag überhaupt nicht zu Ende kommen. Daß wir in dieser großen Versammlung, die wir heute nachmittag haben, nochmals abstimmen müssen, ist ganz klar. Aber wir müssen doch hier nach der Debatte zu einem Ergebnis kommen.

Das Wort hat Herr *Kunze*.

Kunze: Das gleiche wollte ich sagen. Wenn wir heute nachmittag mit 279 Menschen anfangen zu reden, dann können wir die Nacht durchreden und sind morgen um 16 Uhr noch immer nicht fertig. Wir müssen Klarheit bekommen.

Dr. Adenauer: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte und auf Schluß der Rednerliste gestellt worden.

Ich bitte diejenigen, die für Schluß der Debatte sind, eine Hand zu heben.

Das ist die übergroße Mehrheit.

Dann liegt vor ein Antrag *Schäffer*:

Die Fraktion wolle beschließen, die heutige Verhandlung hat keinen Anlaß gegeben, von der bisherigen Beschlußfassung der Fraktion abzugehen.

Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, die Hand zu heben.

(Unruhe im Saal.)

Darf ich wiederholen:

Die Fraktion wolle beschließen, die heutige Verhandlung hat keinen Anlaß gegeben, von der bisherigen Beschlußfassung der Fraktion abzugehen.

(Frau Dr. *Weber*: Hier sind Leute, die sagen, wir wissen nicht, was dieser Antrag bedeutet. Das muß klar- und festgestellt werden, sonst stimmen sie nicht mit.)

Wir waren mitten in der Abstimmung, und es ist ausdrücklich von mir gesagt worden, was der Antrag bedeutet. Der Antrag bedeutet, daß wir hier in diesem Kreis diesen Beschluß fassen, und daß er selbstverständlich im Referat der großen Versammlung mitgeteilt wird und daß in der großen Versammlung nochmals abgestimmt werden muß. Das ist doch alles so klar.

(*Lenz*: Für *Heuss*?)

Jawohl, Herr *Lenz*! Eine Beschlußfassung für *Heuss*, wie neulich auch.

(*Lenz*: Wir müssen geheim abstimmen, weil hier zur Debatte stehen ein christlicher und ein liberaler Mann.)

Ich verstehe allmählich nicht, wo wir überhaupt sind. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag *Schäffer* sind, eine Hand zu heben. – Es sind 75, die dafür sind.

Wer ist dagegen? Das sind 30 Stimmen.

Der Antrag ist mit 75 gegen 30 Stimmen angenommen.

(Dr. *Köhler*: Dann ist die Fraktion nicht vollständig.)

Ein Antrag kommt jetzt noch ohne Unterschrift. Ich weiß nicht, wer ihn geschrieben hat. Es meldet sich keiner. Darf ich fragen, wer diesen Antrag gestellt hat?

(Es meldet sich Herr *Bach* und sagt: Ich kann keinen Antrag stellen, weil ich nicht Mitglied bin!)

Also ist der Antrag nicht gestellt.

(Frau Dr. *Weber*: Es hat hoffentlich keiner mitgestimmt, der nicht mitstimmen durfte. Es wird behauptet, Herr *Gereke* hätte dagegen gestimmt. Wir sind der Meinung, daß er nicht abstimmen darf!)

(*Blankenhorn*: Er hat mitgestimmt!)

Er hat mitgestimmt und ist mitgezählt worden. Hat sonst noch jemand mitgestimmt, der nicht Mitglied der Fraktion ist?

(*Bausch*: Es haben 34 Mitglieder der Fraktion gefehlt!)

Es können sich doch auch welche enthalten haben.

Ich stelle zunächst fest, das kein Mitglied mitgestimmt hat, das nicht der Fraktion angehört. Damit ist der Fall *Gereke* jetzt klargestellt. Ich stelle fest, daß Sie, Herr *Gereke*, mitgestimmt haben und mitgezählt wurden, so daß also gegen den Antrag 29 Stimmen abgegeben wurden.

Ich erteile Herrn *Gerstenmaier* das Wort.

Dr. Gerstenmaier: Ich habe folgende Erklärung abzugeben, daß der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, der evangelische Bischof von Berlin, Dr. *Dibelius*,

1. lediglich ohne jede Äußerung zur Kenntnis genommen hat, daß sein Name genannt worden ist als möglicher Präsidentschaftskandidat.

2. Ich weise hiermit die von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gegen diese Benennung angeführte Begründung auf das Schärfste und Nachdrücklichste zurück. Sie scheint mir über das hinauszugehen, was heute im politischen Leben eigentlich erlaubt sein soll, nachdem wir in einer völlig anderen Zeit leben.

Bischof *Dibelius*, der bekanntlich wenige Wochen, nachdem er seine Rede in Potsdam gehalten hatte, seines Amtes verlustig gegangen ist und mehrfach verhaftet wurde, ist in seiner übrigen Haltung untadelig und unzweifelhaft nicht nur in Deutschland, sondern auch der Welt gegenüber gewesen.[51]

---

51 Vgl. Otto Dibelius, Ein Christ ist immer im Dienst. Erlebnisse und Erfahrungen in einer Zeitenwende, Stuttgart 1961, S. 169–205.

Dr. Adenauer: Ich würde empfehlen und es für richtig halten, wenn Sie das dem Herrn *Schumacher* schreiben.

Wir haben eine Mittagspause verdient. Wir versammeln uns um 17 Uhr im Sitzungssaal des Bundesrates, dem früheren Plenarsaal des Parlamentarischen Rates.[52]

Wenn aus unserer heutigen Verhandlung etwas an die Presse kommt, schädigen wir unsere Partei auf das allerempfindlichste. Ich bitte daher, daß jeder von uns es absolut ablehnt, der Presse direkt oder indirekt irgendwie eine Mitteilung hierüber zu machen. Unsere Pressevertreter werden selbstverständlich nichts weitergeben. Das findet Ihren Beifall? (Zustimmung!) Ich stelle das ausdrücklich fest.

Damit schließe ich die Sitzung.

---

52 Über diese Sitzung ist kein Protokoll überliefert. „Die Welt" meldete am 12. 9. 1949 darüber: „Im Anschluß an die Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den CDU/CSU-Vertretern der Bundesversammlung am Sonntagnachmittag verlautete von unterrichteter Seite, daß sich die Mehrheit nach wie vor für die Kandidatur Prof. *Heuss* ausgesprochen habe. Einige Fraktionsmitglieder hätten nochmals *Schlange-Schöningen* für die Präsidentenwahl vorgeschlagen, während andere Abgeordnete einen unabhängigen Kandidaten forderten."

69.

12. 9. 1949: Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

Eben wird der zweite Wahlgang[1] ausgezählt – die Zahlen des ersten lest Ihr in der Zeitung.[2] Schade! Wieder zeigt sich, daß man bei uns über abwegigen Überlegungen und Ressentiments die Aufgabe nicht sieht.

19.30 [Uhr]: *Heuss* gewählt.[3] Feierliche Vereidigung. Sehr schöne Rede von Theodor *Heuss*.[4]

Ob von ihm und heute eine neue deutsche Epoche ausgeht? Gott gebs!

---

1 Wahl des Bundespräsidenten.

2 *Heuss*: 377 Stimmen; *Schumacher*: 311 Stimmen; *Amelunxen*: 28 Stimmen; *Schlange-Schöningen*: 6 Stimmen; *Arnold*, *Loritz* und Josef *Müller* je eine Stimme; 76 Enthaltungen; 2 ungültige Stimmen. Datenhandbuch Bundestag. S. 934. Die Kandidatur *Schumachers* hatte die SPD-Fraktion der Bundesversammlung am 12. 9. 1949 auf Betreiben ihres Vorsitzenden selbst beschlossen. Vgl. Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln-Opladen 1967, S. 175. „Die Welt" meldete am 13. 9. 1949 folgendes Abstimmungsergebnis: 134 Stimmen für *Schumacher*; 112 gegen *Schumacher*; 33 Stimmenthaltungen.

3 *Heuss*: 416 Stimmen; *Schumacher*: 312 Stimmen; *Amelunxen*: 30 Stimmen; *Schlange-Schöningen*: 2 Stimmen; 37 Enthaltungen; 3 ungültige Stimmen. Datenhandbuch Bundestag, S. 934.

4 Rede abgedruckt in: Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden, ausgewählt und kommentiert von Martin Vogt, Tübingen 1984, S. 376–380.

70.

12. 9. 1949: Der Staatspräsident von Baden, Leo Wohleb (Bonn), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH 10.02. Handschriftliche Vermerke.[1]

Sehr verehrter Herr Präsident,

ich muß meiner großen Besorgnis Ausdruck geben, daß das Land Baden nach der bisher veröffentlichten Ministerliste in der kommenden Bundesregierung keinerlei Vertretung finden soll. Mit Nachdruck muß ich als Staatspräsident des Landes Baden, zugleich auch namens der gesamten Landesregierung, ferner des Landesvorstandes der CDU Baden und der Bundestagsabgeordneten der CDU die dringende Bitte an Sie richten, bei der Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung auch das Land Baden zu berücksichtigen. Als Grenzland mit stark heimatbetontem Charakter erwartet unsere Bevölkerung, die sich mit 51,1 % für unsere Partei erklärt hat[2], daß zumindest ein Vertrauensmann des Landes und der badischen CDU von Ihnen als dem Bundeskanzler in den Kreis Ihrer engsten Mitarbeiter berufen wird. Nachdem Bayern eine Schlüsselstellung in der künftigen Bundesregierung zugestanden wurde[3] und die übrigen süddeutschen Länder nach den mir vorliegenden Mitteilungen gleichfalls in der Bundesregierung vertreten sein werden[4], wäre es eine Unbilligkeit, wenn das Land Baden, das mit seinen Wahlergebnissen so ziemlich an der Spitze aller Länder steht, unberücksichtigt bliebe. Es kommt dazu, daß ich bei einer solchen Zurücksetzung nicht nur für unsere ausschließliche CDU-Landesregierung, die seit zwei Jahren die volle Verantwortung trägt[5], Schwierigkeiten erwarten muß, sondern auch unsere, wie schon gesagt, durchaus föderalistisch eingestellte Wählerschaft Folgerungen ziehen würde, die ich um der Einheit unserer Partei willen unbedingt hintanhalten möchte. Ich lege meinem Ansuchen eine derartige Wichtigkeit bei, daß ich Sie, Herr Präsident, dringend bitte, mich heute noch zu einer Unterredung zu empfangen.[6]

Mit dem Ausdruck besonderer Hochachtung und Verehrung
Ihr sehr ergebener
Wohleb

---

1 Handschriftlicher Entwurf abgedruckt in: Paul-Ludwig Weinacht und Tilmann Mayer, Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik, Sigmaringen 1982, S. 237f.

2 Vgl. Nr. 6, Anm. 2.

3 Nach der Entscheidung des Bundesrates gegen *Ehard* verlangte die CSU als Ausgleich eine stärkere Repräsentanz in der Bundesregierung. Zu *Schäffers* Erfolgen in den Verhandlungen mit *Adenauer* die Nrn. 79 und 80. Außerdem war Bayern noch durch den FDP-Politiker Thomas *Dehler* im Kabinett vertreten.

4 Württemberg-Baden durch *Erhard*, dessen Mitgliedschaft im Kabinett von Beginn an unumstritten war, und Württemberg-Hohenzollern durch den FDP-Politiker *Wildermuth*, dessen Eintritt in das Kabinett sich in diesen Tagen abzuzeichnen begann. Vgl. Nr. 76.

5 Im Land Baden bestand seit dem 30. 12. 1947 eine CDU-Alleinregierung. Potthoff/Wenzel, S. 75f.

6 Ein Hinweis, ob dieser Bitte stattgegeben worden ist, wurde nicht ermittelt.

71.

14. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/2. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: 19.44 Uhr.

Kaiser: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die heutige Fraktionssitzung, der angesichts der politischen Situation besondere Bedeutung zukommt.

Ich darf zunächst einige geschäftliche Angelegenheiten erledigen. Mir liegt vor eine Umlaufliste über die Besetzung der Bundestagsausschüsse. Ich bin über den Sachverhalt nicht genau unterrichtet, möchte daher empfehlen, Präsident Dr. *Köhler* über die Angelegenheit zu hören.

Präsident Dr. Köhler: Meine lieben Freunde! Ich habe in einer der letzten Ältestenratssitzungen den Vertretern sämtlicher Fraktionen eine auf Grund der Erfahrungen beim Wirtschaftsrat in Frankfurt und beim Reichstag der Weimarer Republik entworfene Liste der Ausschüsse vorgelegt. Diese Liste ist den Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen zugegangen. Es handelt sich darum, die Mitglieder der Fraktion auf die Ausschüsse entsprechend ihrer sachlichen und fachlichen Vertrautheit mit den einzelnen Materien zu verteilen. Hierbei darf ich vertraulich mitteilen, daß, wie ich mit meinem Kollegen im Präsidium, Professor *Schmid*, abgesprochen habe, wir gemeinsam wie in Frankfurt bei der Verteilung der Vorsitzenden auf die Fraktionen die KPD diskriminieren.[1] Ich habe diese Anregung als außerordentlich dankenswert empfunden. Wir müssen bei der Verteilung einen mechanischen Schlüssel anwenden, das System von *d'Hondt*. Dabei wird man sich in jeder Fraktion zu überlegen haben, für welche Ausschüsse man den Vorsitzenden zu stellen wünscht. Ich bitte, sich die Sache zu überlegen.

Dr. v. Brentano: Liebe Parteifreunde! Der Geschäftsordnungsausschuß hat unter meinem Vorsitz soeben seine zweite Sitzung abgehalten. Ihm obliegt, wie Sie wissen, die Ausarbeitung einer vorläufigen Geschäftsordnung. Als Grundlage dient uns dabei die Geschäftsordnung des Reichstags.

Wir konnten in einigen wichtigen Punkten die Arbeit nicht fortsetzen, weil die Fraktion der CDU/CSU zu gewissen Vorfragen noch nicht Stellung genommen hat. Die Hauptfrage, die vorweg zu klären sein wird, betrifft die Mindeststärke der Fraktionen. Sie wissen, daß der Ältestenrat beschlossen hat, die Regelung der Geschäftsordnung des Reichstags zu übernehmen, die für eine Fraktion mindestens 15 Mitglieder forderte.[2] Der Geschäftsordnungsausschuß hat heute morgen diese Frage kurz behandelt. Ich habe die Entscheidung mit der Begründung vertagt, daß meine Fraktion dazu noch nicht Stellung genommen habe. Sämtliche anderen Fraktionen mit Ausnahme der Deutschen Rechtspartei, die eine Mindeststärke von fünf Mitgliedern forderte, weil sie fünf Mitglieder hat, haben sich dahin entschieden, daß die Mindeststärke einer Fraktion 10 Mitglieder betragen soll. Darin stimmen, wie gesagt, die SPD, die Zentrumspartei, die Deutsche Partei und die Bayernpartei überein. Lediglich die FDP hat in ihrer Fraktionssitzung beschlossen, für eine Mindeststärke von 15 Mitgliedern einzutreten. Da die DP, die BP, die SPD

1 Hierzu die Ausführungen *Köhlers* weiter unten in diesem Dokument.

2 Vgl. Nr. 61, S. 270.

und das Zentrum sich auf eine Mindeststärke von 10 Mitgliedern festgelegt haben, ist mit einer solchen Festsetzung auch im Plenum zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die DP und die BP davon zu überzeugen, daß das falsch ist.

Präsident Dr. Köhler: Die DP soll, wie ich gehört habe, Koalitionspartei sein.

Dr. v. Brentano: Ich möchte die Fraktion bitten, zu dieser Frage alsbald Stellung zu nehmen. Ich selbst habe, selbstverständlich ohne die Fraktion festzulegen, die Auffassung vertreten, daß wir auf jeden Fall an einer Mindeststärke von 15 Mitgliedern festhalten würden. (Zustimmung.) Ich bitte Sie, wenn sich kein Widerspruch erhebt, mich zu ermächtigen, daß ich diesen Standpunkt auch in der nächsten Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses vortrage. (Zustimmung.)

Kaiser: Wir hatten im Ältestenrat eine Mindeststärke von 15 Mitgliedern vertreten, und zwar in Übereinstimmung mit der SPD. Die SPD hatte mit Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Mindeststärke einer Fraktion 15 Mitglieder betragen soll. Wenn die SPD aber die Frage erneut prüft, und zwar nach taktischen Gesichtspunkten, so erscheint es mir fraglich, ob sie bei dieser ihrer Auffassung bleiben wird.

Dr. v. Brentano: Diese Entscheidung der SPD ist überholt. Der Abg. *Löbe* hat mitgeteilt, die Fraktion der SPD habe sich neuerdings auf eine Mindeststärke von 10 Mitgliedern festgelegt.

Dr. Laforet: Die Fraktionsstärke ist maßgebend für eine ganze Reihe wichtiger Bestimmungen der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung des früheren Reichstags ist auf der Mindeststärke von 15 Mitgliedern aufgebaut. Bei einem Parlament von 402 Abgeordneten erscheint mir die Mindeststärke von 15 Mitgliedern schon ziemlich hoch bemessen. Aber ich bin für diese Mindeststärke und wäre dafür, dabei zu bleiben.

Dr. Horlacher: Herr *Kaiser*, ich habe mich wiederholt zum Wort gemeldet, aber das wird geflissentlich übersehen. Ich stelle fest, daß mir das schon einige Male passiert. Das ist mir keineswegs entgangen. Ich bitte dringend, daß solche Methoden in Zukunft unterbleiben. Es ist jetzt nicht das erste Mal, sondern das dritte und vierte Mal, daß man meine Wortmeldungen einfach ignoriert. Ich verlange das gleiche Recht für mich wie die anderen. Wir wollen da schon gleich auf gleich stehen. Ich bitte das zu unterlassen; ich liebe das nicht.

Zur Sache selbst möchte ich folgendes ausführen: Ich halte es für wenig zweckmäßig, mit der Mindestfraktionsstärke unter 15 Mitglieder herunterzugehen. Die Frage ist von weittragender Bedeutung, namentlich bei der Verteilung der Ausschußsitze auf die Fraktionen. Wir müssen auch auf die Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Ausschüssen achten und nicht etwa bloß auf die Minoritäten, die mehr oder weniger zufällig im Bundestag vertreten sind. Es erscheint mir in keiner Weise gerechtfertigt, die Minoritäten stärker zu berücksichtigen, als sie es verdienen. Eine prozentuale Ausrechnung ergibt, daß die kleinen Fraktionen und Gruppen in manchen Ausschüssen überhaupt nicht vertreten sein können. Wir müssen bei der Bildung der Ausschüsse auch auf die Mehrheitsverhältnisse Rücksicht nehmen, zumal die Mehrheit dieser Regierungskoalition ohnedies sehr schmal und eng ist. Daher sollten wir unter keinen Umständen unter die Mindeststärke von 15 heruntergehen. In Ausschüssen, die mit 21 oder gar nur 14 Mitgliedern besetzt sind, fällt eine Reihe von Fraktionen ohnehin aus. Die kleinen Fraktionen können unmöglich in allen Ausschüssen vertreten sein. Die Geschäftsordnung des Reichstags ist auf der Mindeststärke von 15 Mitgliedern aufgebaut. Ich bitte, es dabei zu belassen.

Dr. Adenauer: Meine lieben Parteifreunde, ich konnte leider erst später erscheinen, und weiß daher nicht, ob ich hier etwas vorbringe und zu bedenken gebe, was schon gesagt worden ist. Es handelt sich hierbei um die Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir hier bei der Fraktionsmindeststärke von 15 Mitgliedern bleiben, so daß das Zentrum keine Fraktion mehr bildet, so versetzen wir damit dieser Partei bei den Landtagswahlen in der britischen Zone, die im April nächsten Jahres stattfinden werden[3], einen vernichtenden Schlag. Wenn dagegen das Zentrum mit seinen 10 Mitgliedern hier eine Fraktion bilden kann, so wird es sehr viele Wähler geben, die der Ansicht sind: Warum sollen wir die kleine Partei nicht wählen, sie setzt sich doch durch! Wenn der Wähler jedoch sieht: Jetzt haben wir das Zentrum gewählt; aber die Leute sind ja in keinem Ausschuß vertreten und haben nichts zu bedeuten, dann wird er sich anders entscheiden. Die Sozialdemokratie will unter allen Umständen erreichen, daß die Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen, bestehend aus uns, der Sozialdemokratie und dem Zentrum, bestehen bleibt. Aus dem gleichen Grunde hat die SPD sich schon im Parlamentarischen Rat gegen das Personalwahlrecht ausgesprochen, um eben das Zentrum zu halten. Ich möchte nicht lange darüber reden. Es ist in sich ein Unding, ein reiner Wahnsinn, bei 400 Abgeordneten Fraktionen von 10-Mann-Stärke zu bilden. Es kann sich hier nur um den Versuch handeln, in Nordrhein-Westfalen das Zentrum zu retten. Daran haben wir weiß Gott kein Interesse.

Dr. v. Brentano: Unser Standpunkt ist geklärt: Wir bleiben bei der Mindeststärke von 15 Mitgliedern. Aber die übrigen Fraktionen haben sich mit der Frage bereits befaßt, und heute haben im Geschäftsordnungsausschuß die Vertreter der SPD, des Zentrums, der WAV und der DP die Erklärung abgegeben, daß sie an einer Mindeststärke von 10 Mitgliedern festhalten. Wir werden also damit rechnen müssen, daß wir in dieser Frage die Mehrheit nicht bekommen.

Was ferner die Bestellung der Ausschußvorsitzenden angeht, so ist die Frage anzuschneiden, ob die Ausschußvorsitzenden ausschließlich von den Regierungsparteien gestellt werden sollen oder nicht.[4] Ich habe diese Frage im Geschäftsordnungsausschuß nur angeschnitten, weil eine Beschlußfassung unserer Fraktion noch nicht vorlag. Die Resonanz war aber, daß zurzeit alle anderen Fraktionen von der Auffassung ausgehen, man sollte der Praxis des Weimarer Reichstags folgen und auch die anderen Fraktionen nach dem üblichen Verteilungsschlüssel berücksichtigen. Wenn wir die Ausschußvorsitzenden den Regierungsparteien vorbehalten wollen, dann müssen wir uns die Zustimmung der FDP und DP sichern. Sie werden verstehen, daß ich als Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses sehr ungern den Antrag stelle, die Ausschußvorsitzenden ausschließlich den Regierungsparteien vorzubehalten, wenn ich annehmen muß, daß zwei Vertreter dieser Parteien gegen meinen Antrag stimmen werden. Es dürfte sich für uns empfehlen, binnen kurzem mit der FDP und DP Fühlung zu nehmen, damit wir im Geschäftsordnungsausschuß nicht schon zu Anfang das Bild einer auseinanderfallenden Koalition bieten.

Kaiser: Ich darf als einhellige Meinung der Fraktion feststellen, daß wir an der Mindeststärke von 15 Mitgliedern für die Fraktion festhalten. Ist jemand anderer Meinung? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich darf nur daran erinnern, daß *Ollenhauer, Schoett-*

3 Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen fanden am 18. 6. 1950 statt. Kaack, S. 210.

4 Vgl. Nr. 65, S. 299f.

le und *Schmid* – von dem letzteren weiß ich es allerdings nicht genau – in letzter Klarheit darauf bestanden haben, daß es bei der Fraktionsmindeststärke von 15 Mitgliedern bleiben solle. Ändert sich diese Haltung, dann kann es nur auf Grund taktischer Überlegungen sein, die mit den Vermutungen zusammenhängen, die Herr Dr. *Adenauer* soeben erörtert hat. Ich stelle nur die Frage, ob man nicht auch mit der SPD über die Frage sprechen sollte.

Dr. v. Brentano: Ich würde es tun.

Kaiser: Gut.

Dr. v. Brentano: Ich bin bereit, mit der SPD über diese Frage zu sprechen.

Dr. Horlacher: Zu dem Plan, die Ausschußvorsitzenden ausschließlich der Regierungskoalition vorzubehalten, ein kurzes Wort: Es wäre das erste Mal in einem Parlament, daß die Besetzung der Ausschüsse mit Rücksicht auf die Regierungskoalition vorgenommen würde. Nach meiner Kenntnis der Dinge war das in Deutschland seit 1920 nirgends der Fall, und ich habe es niemals erlebt. Die Besetzung der Ausschüsse ist eine Angelegenheit, die außerhalb der Regierungskoalition vor sich geht; sie vollzieht sich genau nach der Stärke der Fraktionen.

Dr. Bucerius: Ich habe diese Frage nachgeprüft. In manchen demokratischen Ländern herrscht das Verfahren, daß die Mehrheit alle Ausschußvorsitzenden stellt, so vor allem in USA.[5] Dort organisiert die Regierung den Kongreß, wie man sagt. Sie will unter allen Umständen sicherstellen, daß die Arbeit in den Ausschüssen sich so gestaltet, wie die Regierungspolitik es für wünschenswert hält. In Deutschland ist diesem Beispiel nur Schleswig-Holstein gefolgt.[6] Dort ist dieses Verfahren auch möglich, weil man ein klares Mehrheitswahlrecht hat.[7] Nun haben wir aber im Bundestag kein Mehrheitswahlrecht, sondern nur ein verkapptes Verhältniswahlrecht. Die Frage ist, ob wir in dieser Frage einen Schritt vorprellen sollen. Tut man es, dann müßte man auch politische Erwägungen anstellen. Sicherlich würde es für die SPD einen schweren Schock bedeuten, wenn wir dieses Verfahren durchführen würden.

Dr. Wuermeling: Ich hatte mich zuerst innerlich aus demokratischen Gründen gegen den Plan gewehrt, die Sitze der Ausschußvorsitzenden der Regierungskoalition vorzubehalten. Aber je mehr ich darüber nachgedacht habe und vor allem im Hinblick auf die Erfahrungen, die wir in Rheinland-Pfalz mit SPD-Ausschußvorsitzenden gemacht haben, bin ich mir darüber klar geworden, daß ein Ausschußvorsitzender, der der Opposition angehört, in der Lage ist, die Arbeit des Parlaments durch die Ansetzung oder Nichtansetzung, durch Beschleunigung oder Verschleppung von Ausschußsitzungen zu hemmen. In der Tat hat die Mehrheit des Parlaments, die die Regierung stützt, ein großes Interesse daran, die Leitung der Ausschüsse in der Hand zu behalten. Darin liegt noch keine sachliche Beeinflussung der Arbeit und der Abstimmung in den Ausschüssen, wohl aber die Sorge, daß die Arbeit vonstatten geht und nicht durch die Opposition gehemmt wird.

Dr. Adenauer: Auch mir war der Gedanke neu, die Leitung der Ausschüsse ausschließ-

5 Vgl. Nr. 65, Anm. 41.

6 Vgl. Nr. 65, Anm. 42.

7 In Schleswig-Holstein gab es ein Mehrheitswahlrecht mit Verhältnisausgleich. Vgl. Potthoff/Wenzel, S. 326.

lich der Regierungskoalition vorzubehalten. Aber wie man die Sache auch durchdenkt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit des Ausschußvorsitzenden sich auf die Leitung des Ausschusses beschränkt. Die Mehrheit hat ein großes Interesse daran, daß die Ausschußgeschäfte so geführt werden, wie es notwendig ist, um voranzukommen.

Dr. v. Brentano: Ich würde vorschlagen, die Aussprache über diesen Punkt jetzt abzubrechen. Wir werden endgültig zu dieser Frage Stellung nehmen können, wenn wir die Auffassung der Koalitionsparteien kennen. Daher müssen wir zunächst die Frage der Mindeststärke der Fraktion und die Frage der Besetzung der Ausschußvorsitzenden mit den Koalitionsparteien klären. Daher sollten wir zunächst mit den Koalitionsparteien Fühlung nehmen. Fest steht jedenfalls, daß die beiden anderen Koalitionsparteien zum mindesten in der Frage der Besetzung der Ausschüsse nicht unserer Auffassung sind.

Albers: Es kommt darauf an, daß wir von Anfang an gewisse Verhärtungen verhüten. Wenn wir auch SPD-Leute als Ausschußvorsitzende dabei haben, so kann auf diese Weise immerhin eine gute Stimmung zu positiver Arbeit geschaffen werden. (Widerspruch.) Letzten Endes kommt es auf die Zusammensetzung der Ausschüsse an. Mein Gott, die Koalitionsparteien haben ja die Mehrheit und können von sich aus einen oppositionellen Vorsitzenden zwingen, einen Ausschuß einzuberufen, wenn sie es für notwendig halten. Was hier gesagt wurde, kann mich noch nicht davon überzeugen, daß es zweckmäßig wäre, der Anregung des Herrn Dr. *Bucerius* zu folgen.

Feldmann: Wir haben nun einmal eine sehr schwache Regierungsmehrheit und stehen vor der Notwendigkeit, andere Parteien zu einer erträglichen Zusammenarbeit zu gewinnen und jede Brüskierung zu vermeiden. Daher sollten wir auch die anderen Parteien bei der Bestellung der Ausschußvorsitzenden beteiligen. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag machen die Erörterung des Plans, die Ausschußvorsitzenden nur den Regierungsparteien vorzubehalten, unmöglich. In Schleswig-Holstein herrschen ganz eindeutige Mehrheitsverhältnisse: Daher kann man die dortige Situation nicht zum Vergleich heranziehen. Damit darf man diesen Plan als erledigt ansehen. Wir sind uns darüber einig, daß die Mindeststärke einer Fraktion 15 Mitglieder betragen soll. Diese Richtlinie sollten wir unseren Vertretern mit auf den Weg geben.

Schröter: Wir stehen vor zwei Problemen: das Problem der Bestellung der Ausschußvorsitzenden und die Frage der Fraktionsstärke. Was das erste angeht, so sollten wir jede zusätzliche Verhärtung in den Beziehungen der Fraktionen untereinander vermeiden. Jedenfalls sollte darüber unter keinen Umständen mit den Koalitionspartnern eher gesprochen werden, als die Fraktionsstärke mit 15 Mitgliedern festgesetzt und sichergestellt ist. Erst wenn diese Fraktionsstärke gesichert ist, können wir das andere Problem angehen und es lösen. Über die Ausschußvorsitzenden sollten wir kein Wort verlieren, um nicht die SPD ganz wild zu machen. Jetzt haben wir noch eine bescheidene Hoffnung, die DP und die BP auf unsere Linie zu bringen.

Kaiser: Auch ich wäre dafür, die beiden Fragen nicht mehr weiter zu diskutieren; darin stimme ich Herrn Dr. *von Brentano* zu. Unsere Beziehungen zu den Oppositionsparteien, vor allem zur SPD, werden immer wieder erörtert werden. Der Ausdruck „Verhärtung", der in der Debatte wiederholt gefallen ist, deutet an, wie eine Reihe von Kollegen darüber zu denken scheint.

Es besteht also zunächst Klarheit über folgendes: *Brentano* und ich werden in der Frage der Fraktionsstärke mit den anderen Fraktionen Fühlung aufnehmen. Die zweite Frage

wird nicht weiter diskutiert, und zwar auch nicht in den Wandelgängen des Hauses. Sie bleibt vielmehr unter uns, bis die erste Frage geklärt ist.

Gengler: Ich komme soeben aus der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses. Zuletzt wurde die Frage der Behandlung von Anträgen erörtert, deren Ausführung finanzielle Aufwendungen in sich schließt. Hierzu beantragte Herr Dr. *Becker* von [der] FDP, in § 50 einen Absatz 3 anzuhängen des Inhalts, daß Anträge, die Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfen, wenn sie nicht zugleich angeben, wie diese Ausgaben gedeckt werden. Die hessische Verfassung enthält eine ähnliche Bestimmung.[8] Auch der Reichstag hat einen solchen Beschluß gefaßt[9]; die Bestimmung wurde aber nicht mehr praktisch. Ich habe im Geschäftsordnungsausschuß erklärt, die CDU/CSU-Fraktion stimme im Grundsatz diesem Antrag zu; bloß sei die Frage offen, ob man eine solche Vorschrift schon in die vorläufige Geschäftsordnung aufnehmen oder aber der endgültigen Geschäftsordnung vorbehalten solle. Die KPD widersprach der Aufnahme einer solchen Vorschrift, während bei der SPD Geneigtheit besteht mitzumachen, wobei allerdings unklar bleibt, ob sie es schon in der vorläufigen Geschäftsordnung oder aber erst in der endgültigen Geschäftsordnung will. Ich denke, man sollte über diese Frage so bald wie möglich in unserer Fraktion Klarheit schaffen.

Dr. v. Brentano: Ich darf die Angelegenheit mit einigen Worten erläutern. Ich habe die Meinung meiner Fraktion dahin wiedergegeben, daß wir eine solche Bestimmung an sich wünschen. Ich habe aber meine Bedenken nicht verhehlt, ob wir sie schon in der vorläufigen Geschäftsordnung festlegen sollen. Die vorläufige Geschäftsordnung wird auf jeden Fall nur ergehen durch Beschluß auf Grund der Autonomie des Bundestags. Ich habe erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, ob wir durch eine Prozedur-Ordnung eine derart einschränkende Maßnahme verfügen können. Sie bedürfte nach meinem Dafürhalten auf alle Fälle der Gesetzesform. Denn ein derartiger Beschluß schränkt das verfassungsmäßig anerkannte Antragsrecht ein. Ob man auf Grund einer im Wege autonomer Satzungsbefugnis des Parlaments erlassenen Geschäftsordnung eine solche Einschränkung vornehmen kann, halte ich für zweifelhaft. Deshalb mein Vorschlag, diese Frage unmittelbar im Anschluß an die Beratung der vorläufigen Geschäftsordnung zu behandeln, sie nicht aber in der vorläufigen Geschäftsordnung zu regeln. Wir würden sonst Gefahr laufen, daß Gesetze und Beschlüsse als in Widerspruch mit der Verfassung stehend für ungültig erklärt werden.[10] Im übrigen empfehle ich, die heute abend stattfindende nächste Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses abzuwarten. Wenn sich eine Mehrheit für unsere Absichten findet, dann wäre ich bereit, meine Bedenken zurückzustellen.

---

8 Artikel 142 der hessischen Verfassung vom 1. 12. 1946 lautet: „Beschlüsse des Landtags, welche Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, müssen bestimmen, wie diese Ausgaben gedeckt werden."

9 Änderung der Geschäftsordnung am 9. 2. 1931. Stenographischer Bericht über die 21. Sitzung des Reichstags, 5. Wahlperiode, Berlin 1931. Reichskanzler *Brüning*, auf dessen Initiative diese Entscheidung zurückging, sah hierin „die größte Zurückdämmung der Macht des Parlaments, die denkbar war". Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 255ff.

10 So ist es auch gekommen. Als der Bundestag am 6. 12. 1951 beschloß, eine entsprechende Bestimmung in die Geschäftsordnung aufzunehmen, reichte die SPD-Fraktion beim Bundesverfassungsgericht Klage ein. In der Sache entschied das Verfassungsgericht am 6. 3. 1952 im Sinne der Antragsteller. Vgl. Wengst, S. 300.

Gengler: Was die Ausschüsse betrifft, so bin ich der Meinung, daß die Sitzungen nichtöffentlich sind, damit sie nicht zu verkappten Plenarsitzungen werden. Herr *Löbe* hat vorgetragen, daß die Mitgliederzahl der größeren Ausschüsse im Reichstag 28 betragen habe. Man hat angeregt und gewünscht, es bei dieser Zahl, 28 oder 30, zu belassen, je nach der Verteilung. Man hielt es für gut, auch den kleineren Fraktionen die Möglichkeit einer Vertretung in den Ausschüssen zu geben, weil sie sonst gezwungen wären, ihre Wünsche und Forderungen in den Vollsitzungen vorzutragen.

Präsident Dr. Köhler: Ich habe bereits eine überschlägige Berechnung anstellen lassen und möchte vorschlagen, wir sollten nicht über 21 Mitglieder bei den größeren Ausschüssen hinausgehen. Bei dieser Zahl ergäbe sich folgender Verteilungsschlüssel: CDU/CSU 8, SPD 8, FDP 3, DP 1, BP 1; Mehrheit 11. Bei Ausschüssen mit 15 Mitgliedern ergibt sich folgender Verteilungsschlüssel: CDU/CSU 7, SPD 6, FDP 2; Mehrheit 8. Ein Siebener-Ausschuß hätte folgende Sitze-Verteilung: CDU/CSU 3, SPD 3, FDP 1; Mehrheit 4.

Wenn wir 28er-Ausschüsse vorsehen, dann kommt die KPD mit hinein, und zwar stimmberechtigt. Wir hatten im Wirtschaftsrat in Frankfurt unter den drei großen Fraktionen, denen sich die drei Zentrumsabgeordneten anschlossen, vereinbart, daß die KPD in keinem Ausschuß vertreten war, wenigstens stimmberechtigt nicht. Selbstverständlich kann jedes Parlamentsmitglied an der Sitzung jedes Ausschusses teilnehmen, aber als Zuhörer. Will er einen Antrag stellen, dann muß er sich der Hilfe eines ordentlichen Ausschußmitgliedes bedienen. Auf diese Weise können wir verhindern, daß die KPD in einen Ausschuß hineinkommt. Überdies sind 28er-Ausschüsse schon ein halbes Plenum, und die große Mitgliederzahl ist nicht geeignet, die sachliche Arbeit zu fördern. Ich möchte also Ausschüsse mit 21 und kleinere mit 15 Mitgliedern besetzen. Bei Ausschüssen mit 28 Mitgliedern bekommen wir die KPD mit hinein.

Kaiser: Meine Herren, ich möchte vorschlagen, diese Angelegenheit zurückzustellen.[11] Herr Dr. *Adenauer* hat das Bedürfnis, zu uns über die Lage zu sprechen.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich habe das dringende Bedürfnis, daß wir uns in der Fraktion einmal mit ganzer Offenheit aussprechen, mit christlicher Liebe gegeneinander, aber mit vollster Offenheit über all das, was, wie ich höre, so unter der Decke schwelt. Daß der eine oder andere mit diesem und jenem nicht zufrieden ist, ist klar. Dazu sind wir auch zu zahlreich, vielleicht auch zu verschiedenartig. Aber ich lege größten Wert darauf: Wer glaubt, berechtigten Anlaß zur Kritik zu haben, der mag damit offen hervortreten. Denn nur dann werden wir begründete Hoffnung haben, daß wir einmal zu einer geschlossenen, einheitlich denkenden Fraktion werden und zusammenwachsen. Das ist meine dringende Bitte, die ich an Sie zuallererst richten möchte.

Nun darf ich zunächst ganz kurz andeuten, nach welchen Richtungen hin Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind. Da ist zunächst die Frage der Repräsentanz – so möchte ich mich einmal ausdrücken – der verschiedenen Konfessionen. Über diese Frage haben Besprechungen unter den evangelischen Freunden stattgefunden. Ich erwarte, daß diese durch ihre Wortführer uns hier ihre Meinung in aller Offenheit sagen.

Eine zweite Zielscheibe der Kritik sind, nach meiner Ansicht etwas unberechtigt, angebliche Äußerungen des Herrn *Heuss* gewesen. Ich höre, man habe sich unter Mitgliedern der Fraktion darüber erheitert, daß nunmehr der der FDP angehörende Bundespräsi-

11 Fortsetzung der Diskussion über die Organisation des Parlamentsbetriebes in Nr. 78, S. 424–430.

dent sich anschicke, innerhalb des ganzen Bundeskomplexes einen Einfluß auszuüben, der ihm nach dem Grundgesetz nicht zukomme. Nach der einen Version soll Herr *Heuss* gegenüber Pressevertretern erklärt haben, er werde sich nicht darauf beschränken, einfach zu unterschreiben, was der Bundeskanzler ihm vorlege. Nach einer anderen Version erblickt man einen Anlaß zur Kritik an Herrn *Heuss* in Äußerungen, die er mir gegenüber getan haben soll. Ob Herr *Heuss* gegenüber Pressevertretern derartige Äußerungen getan hat, weiß ich nicht. Ich habe nichts davon gehört. Es ist nur gestern nachmittag oder abend in Brühl[12] davon gesprochen worden, aber nur in Andeutungen, ohne positive Unterlagen, ohne positive Angaben. Wenn einer von Ihnen von einem Pressevertreter eine dahingehende Angabe erhalten hat, so wäre es wünschenswert, wenn er das hier mitteilte, damit man diesen Dingen nachgehen kann. Denn der Bundespräsident wird in Kürze zum ersten Mal zuVorschlägen des Bundeskanzlers bezüglich der Ernennung von Ministern nach dem Grundgesetz Stellung zu nehmen haben. Daher ist es unerläßlich, sich ganz losgelöst von den einzelnen Persönlichkeiten über diese Frage klarzuwerden, weil hier eventuell ein Präcedentium für die Zukunft geschaffen wird.

Nachdem ich gestern in Brühl davon gehört habe, habe ich mich mit dieser Angelegenheit, die ich vorher schon einmal geprüft hatte, noch einmal beschäftigt. Für mich ist es ganz zweifellos, daß der Bundespräsident die Vorschläge, die ihm der Bundeskanzler in bezug auf die Ernennung oder Entlassung von Bundesministern macht, vollziehen muß und nicht das Recht hat, dem Bundeskanzler, ganz spitz ausgedrückt, zu erklären: Ich ernenne den Herrn Schmitz nicht; ich habe zwar nicht das Recht, an seiner Stelle etwa den Herrn Müller vorzuschlagen, aber ich lehne es ab, Herrn Schmitz zu ernennen. – Dieses Recht hat er nicht; das geht nach meiner Meinung klar aus dem Wortlaut des Grundgesetzes hervor, auch wenn er, wohl mit Absicht, nicht bis ins letzte klar gehalten ist. Aber wenn Sie die einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes zusammenhalten, und zwar den Grundsatz, daß der Bundeskanzler die Verantwortung trägt und der Bundespräsident die Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernennt und entläßt, dann ist es völlig klar, daß der Bundespräsident nicht das Recht hat, einen Vorschlag des Bundeskanzlers auf Ernennung eines Ministers abzulehnen. Denn auf solche Weise könnte ja der Bundespräsident dem Bundeskanzler, der genau wie der Bundespräsident seine Legitimation vom Bundesparlament herleitet und nicht dem Bundespräsidenten verdankt – und das ist mit Absicht so gemacht worden –, wenn er böswillig oder in den Ansichten einer Partei oder Tradition befangen ist, die Übernahme der Verantwortung in der Tat völlig unmöglich machen. (Sehr richtig!) Der Bundeskanzler trägt die Verantwortung, und er kann diese Verantwortung nur dann übernehmen, wenn seine Bundesminister innerhalb der Richtlinien arbeiten, die er anzugeben hat, und wenn er die Überzeugung hat, daß die Bundesminister auch die Fähigkeit haben, ihr Amt zu versehen. Ich glaube also, man braucht gar nicht einmal die Herrenchiemseer-Beschlüsse und die Erläuterungen dazu zur Auslegung des Grundgesetzes heranzuziehen, wo das klar ausgesprochen ist, sondern es genügt, sich darüber klar zu werden, daß der Parlamentarische Rat auf diese Weise den demokratisch-parlamentarischen Gedanken im Grundgesetz ganz fest und klar zum Ausdruck bringen wollte, indem er die Wahl des Bundeskanzlers durch das Parlament vorschreibt. Das Grundgesetz gibt dem Bundespräsidenten das Recht, einen Mann vorzuschlagen; auf der anderen Seite sieht es aber auch die Möglichkeit vor, daß das Bundesparlament entgegen diesem Vorschlag des

12 Anläßlich des ersten Empfangs des Bundespräsidenten.

Bundespräsidenten einen Bundeskanzler kreiert. Die Rechtslage ist daher eindeutig und klar.

Nun komme ich zum Verhalten des Herrn *Heuss*. Ich hatte gestern morgen ebenso wie die Vorsitzenden aller anderen Fraktionen mit Herrn *Heuss* gesprochen. Sie können sich aber denken, daß das Gespräch, das wir hatten, die Frage, wen Herr *Heuss* als Bundeskanzler zweckmäßig vorschlagen werde, überhaupt nicht berührte. Das fällt mir jetzt nachträglich ein. Ich konnte doch wahrhaftig nicht Herrn *Heuss* sagen, daß Sie mich vorschlagen. Wie gesagt, wir haben dieses Thema nicht berührt.

Vorher war aber, glaube ich, jedenfalls Herr *Blücher* im Haus. Ob er zuerst mit Herrn *Heuss* gesprochen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls war ich als der erste und Dr. *Schumacher* als der zweite Besucher vorgesehen.

Im Verlauf meines Gesprächs mit Herrn *Heuss* kam, übrigens von Herrn *Heuss* angeschnitten, die Rede auf diesen oder jenen Herrn, der hier und dort einmal für dieses oder jenes Ministerium genannt worden war. Bei dieser Gelegenheit hat Herr *Heuss* auch seine persönliche Ansicht über diesen und jenen Herrn gesagt. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen: Ich hatte nicht den Eindruck, als wenn es dem Herrn *Heuss* irgendwie darum zu tun gewesen wäre, entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes einen Einfluß in bezug auf die Ernennung von Ministern auszuüben.

Ich wiederhole aber, was ich eben gesagt habe: Es ist jetzt das erste Mal, daß von der einschlägigen Bestimmung des Grundgesetzes Gebrauch gemacht wird, und es muß volle und absolute Klarheit darüber bestehen, daß der Bundespräsident die ihm vom Bundeskanzler benannten Herren oder Damen zu ernennen hat. Wenn der Bundestag mich zum Bundeskanzler wählen würde, wenn ich Herrn *Heuss* meine Vorschläge machen würde, Sie können sich darauf verlassen, daß ich ihn, falls seinen Äußerungen zu entnehmen wäre, daß er einen Einfluß ausüben will, der ihm nicht zusteht, in höflicher aber entschiedener Form auf den Wortlaut des Grundgesetzes aufmerksam machen würde. (Sehr gut!) Ich hafte Ihnen dafür, daß Sie an meiner Höflichkeit nicht zweifeln.

Kaiser: Ich glaube, darüber ist sich auch Herr *Heuss* klar.

Dr. Adenauer: Nun kommt aber die Kehrseite der Medaille, die Sie besonders interessiert. Ich habe schon gehört, daß im Hause, und zwar unter uns, das Wort vom Ermächtigungsgesetz gefallen ist. Ja, meine Herren, darüber müssen Sie sich natürlich klar sein, und das habe ich Ihnen schon in einer unserer ersten Fraktionssitzungen gesagt: Wenn der Bundeskanzler die Verantwortung trägt, dann muß er auch in der Lage sein, wenn er gegenüber Vorschlägen oder Anregungen anderer Koalitionsfraktionen und sogar seiner eigenen Fraktion ernste Bedenken hat, diesen Bedenken auch Rechnung zu tragen.[13] Denn sehen Sie: Unsere Tätigkeit erschöpft sich nicht und darf sich nicht erschöpfen darin, daß wir Minister kreieren, sondern unsere Tätigkeit hat zum Ziel, daß wir in den vier Jahren, die vor uns liegen, gute Arbeit leisten, (sehr richtig!) und wenn Sie nunmehr einen Mann zum Kanzler nehmen, von dem Sie wissen, daß er nicht unhöflich, aber unter Umständen entschieden ist (Heiterkeit), dann müssen Sie sich vorher darüber klar werden. Das ist, meine lieben Freunde, wie in der Ehe.

(Frau Dr. *Weber*: Wie ist es da mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau?)

– Frau *Weber*, die Gleichberechtigung ist außerhalb der Ehe. (Heiterkeit.)

13 Vgl. Nr. 50, S. 191.

Kaiser: Bitte, Frau Dr. *Weber*, greifen Sie Herrn Dr. *Adenauer* nicht weiter an; Sie werden sicher den Kürzeren dabei ziehen.

Dr. Adenauer: Aber sehen Sie, meine Freunde, es geht im Verhältnis zwischen Kanzler und Koalitionsparteien nicht so weit, wie es in einer Ehe der eine oder andere Ehegatte tut, indem er sagt, hinterher tue ich es doch. Denn umgekehrt haben die Koalitionsparteien den Bundeskanzler an der Strippe. Denn schließlich muß er doch dafür sorgen, daß er für seine Vorlagen Mehrheiten bekommt. Und da ist er natürlich darauf angewiesen, daß er zu den Koalitionsfraktionen und besonders zu seiner eigenen Fraktion ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis hat.

Daher meine ich, meine Freunde, wir sollten die Dinge im ganzen sehen. Es darf uns nicht nur ins Auge stechen, daß der Bundeskanzler bei der Ernennung der Bundesminister eine besondere Rolle spielt. Dann darf man da aber nicht von „Ermächtigungsgesetz" sprechen, sondern man sollte gleichzeitig im Auge haben, daß Bundeskanzler und Bundesminister laufend darauf angewiesen sind, mit der eigenen und den Koalitionsfraktionen einträchtig zusammenzuarbeiten. Schließlich sind beide aufeinander angewiesen, und beide müssen sich ergänzen. Daher bitte ich Sie, meine Freunde: Sehen Sie nicht nur das eine. Es ist gar nicht schwer, Minister zu kreieren. Sehen Sie auf das Ganze und wägen Sie alles gegeneinander ab. Das Wort „Ermächtigungsgesetz" wollen wir begraben.

(Dr. *Hilpert*: Also Blankovollmacht!)

– Die Blankovollmacht hat er ja gar nicht. Er ist darauf angewiesen, das Vertrauen seiner Leute zu haben und es sich zu erhalten.

Damit, meine Freunde, komme ich zur Regierungsbildung. Wenn Sie mich zum Kanzler bestimmen und wenn der Vorschlag kommt, mich zum Kanzler zu wählen – Sie haben neulich die Güte gehabt, das einstimmig zu beschließen[14], obgleich ich damals wenig versöhnlich gesprochen und gesagt habe, ich werde schon langsam in die Mühle hereinkommen –, dann würde eine Regierungserklärung gegeben werden müssen. Auf diese Regierungserklärung ist man im Inland, aber auch im Ausland sehr gespannt. Wenn ein Engel vom Himmel herabkäme und eine Regierungserklärung abgäbe – der bin ich nicht –,

(Zuruf: Nein! – Heiterkeit.)

man würde an seiner Regierungserklärung etwas auszusetzen haben. Ich bin der Auffassung: Jeder Tag hat seine eigene Sorge. Die Regierungserklärung wird kommen. Aber das habe ich mir vorgenommen: Falls ich die Regierungserklärung abgeben werde, dann wird sie so kurz sein wie irgend angängig. Sie wird kurz sein, um möglichst wenig Angriffspunkte für die Kritik zu bekommen.

Und das, meine Freunde, möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang sagen: Wir haben in der heutigen Zeit das Paradoxon, daß, obgleich Deutschland keinen Außenminister hat, seine gesamte Politik unter dem Aspekt der Außenpolitik steht, also auch das, was wir im Innern des Landes tun. Alles wird unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik stehen. Seien wir uns immer darüber klar, daß uns der Brotkorb jederzeit von den Amerikanern so hoch gehängt werden kann, daß wir in die bedenklichste Lage geraten können.

14 Vgl. ebenda, S. 191.

Nun steht eine ganze Menge außenpolitischer Probleme an. Ich möchte Ihnen hier nur meine grundsätzliche Auffassung sagen, und die ist folgende: Eile mit Weile! Nicht drängen! Um Gottes willen nicht drängen! Denn sonst wird uns von mißgünstigen Stimmen und Kräften im Ausland gesagt: Aha, kaum sind sie da, dann wollen sie schon Gott weiß was! Alles kommt darauf an, daß die Stimmung des Auslandes gegenüber Deutschland wieder günstiger wird. (Sehr gut!) Mir hat *McCloy* vorgestern in einer Aussprache auf dem Petersberg gesagt, vor drei Monaten sei in [den] USA die Stimmung gegen uns sehr viel günstiger gewesen als jetzt. Das ist durch alle möglichen Dinge gekommen. Gerade im Hinblick darauf habe ich es außerordentlich beklagt, daß die Kommunisten und in ihrem Gefolge die Sozialdemokraten schon in der ersten Sitzung des Bundestags die Demontagefrage angeschnitten haben.[15] Ich erbitte mir von Ihnen, meine Freunde, die nachträgliche Genehmigung dafür, daß ich dazu geschwiegen habe. Ich habe absichtlich geschwiegen. Ich höre von Herrn Dr. *Köhler*, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten unter Umständen eine Geschäftssitzung erpressen wollen. Sie wollten diese Sitzung schon am Freitag haben[16], obgleich da noch keine Bundesregierung aktiv auftreten kann, geschweige denn eine Regierungserklärung möglich ist. Auf diese Weise wird wieder Gott weiß wieviel Porzellan im Verhältnis zum Ausland zerschlagen werden.

Meine Freunde, ich bitte die Bemerkungen, die ich jetzt mache, so vertraulich zu behandeln, wie es Ihnen unter Anspannung aller Kräfte irgend möglich ist . (Heiterkeit.) Diese Regierung, deren Umrisse man erkennt, wird in Amerika und auch in England außerordentlich günstig aufgenommen. Auch in England, Herr *Albers*! Dies gilt nicht nur für die Presse. In der englischen Presse hat mein Name abgesehen von gewissen Labour-Zeitungen und von der Beaverbrook-Presse, die ja nur das Empire vertritt, eine gute Aufnahme gefunden. Ich kann Ihnen hier sagen, bitte darüber aber nicht zu sprechen: Ich habe gestern mit *Robertson* eine längere Aussprache gehabt, und General *Robertson* hat mir erklärt, daß meiner Bitte, dieser meiner Regierung einen Vorschuß an Vertrauen zu geben, stattgegeben werden würde. (Beifall.)

Da Sie, meine Damen und Herren, meine Grundtendenz in diesen Dingen billigen, darf ich Sie bitten, nicht mit dem Holzhammer auf den Tisch zu schlagen, nicht den ganzen Codex von Forderungen sofort aufzustellen, sondern in aller Höflichkeit und auch mit einem gewissen Gefühl dafür, was Deutschland in der Vergangenheit sich hat zuschulden kommen lassen und was andere jetzt an uns zu tun bereit sind, vorzugehen. Dazu müssen Sie mir, meine Freunde, helfen und sich auf denselben Boden stellen, meine Ansichten in diesen Dingen unbedingt unterstützen. Ich kann Ihnen nur nochmals sagen: Nach allem, was gestern anläßlich des Empfangs beim Bundespräsidenten sowohl Herr *McCloy* wie Herr *Robertson* mir gesagt haben, wird diese Regierung einen guten Start haben, und sie wird guten Grund haben anzunehmen, daß sie auch in der Demontagefrage etwas erreichen wird, sofern die Sozialdemokraten nicht große Dummheiten machen. Das wäre natürlich ein großer Erfolg für uns.

Meine Freunde, es lag mir daran, Ihnen auseinanderzusetzen, daß man auch die innerpolitischen Probleme in Deutschland fast durchweg unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik betrachten muß. Dabei braucht man sich gegenüber dem Ausland an Würde nicht das Geringste zu vergeben. Ich habe mir bis jetzt noch keinem Ausländer gegen-

15 Vgl. Nr. 65 mit Anm. 2.

16 Zur Aussprache über die Demontageanträge von KPD und SPD im Bundestag kam es erst am 30. 9. 1949. Vgl. BT Sten. Ber., S. 210 D.

über auch nur das Geringste vergeben; dafür bin ich vom Engländer auch schon einmal herausgeschmissen worden.[17] Aber sich nichts vergeben und doch mit Würde anerkennen, was der andere für uns tut, das verträgt sich füglich miteinander. Man schadet sich dadurch nicht, sondern im Gegenteil, man zeigt, daß man ein anständiger Mensch ist. Sehen Sie, gestern war bei mir Lord *Layton*, der stellvertretende Vorsitzende der Europa-Union. Er sprach mit mir lange über Deutschlands Stellung in Straßburg.[18] Er hatte nach gewissen sozialdemokratischen Presseäußerungen und vor allem nach Äußerungen Dr. *Schumachers* große Sorge darüber, wie wir uns dazu stellen würden, daß wir in Straßburg zunächst nur in der Versammlung, aber nicht im Ministerrat vertreten sein würden.[19] Denn wir haben noch keinen Außenminister und werden wenigstens auf dem Papier und nominell nach außen hin von den Hohen Kommissaren vertreten. Ich habe Lord *Layton* erklärt, ich als Deutscher lege keinen Wert darauf, Deutschland im Ministerrat durch einen Oberkommissar vertreten zu sehen; unter solchen Umständen würde Deutschland lieber völlig unvertreten sein. Daher sehe ich für meine Person kein Hindernis, wenn wir uns, solange unsere auswärtigen Beziehungen nach dem Besatzungsstatut durch die Oberkommissare vertreten werden, damit begnügen, in der Versammlung vertreten zu sein. Dabei bin ich mir, das sagte ich dem Lord klar und deutlich, völlig darüber klar, daß die Probleme Deutschlands und die anderer Länder so zwingender Natur sind, daß sich eins aus dem anderen von selbst entwickeln wird. Ich hatte aus der Unterredung mit Lord *Layton* den Eindruck, daß er sichtlich befreit und erleichtert von dannen ging. Meine Antwort und meine Stellungnahme zu diesen Problemen paßten ihm augenscheinlich in sein eigenes Konzept.

Ich betone noch einmal: Das Verhältnis zum Ausland ist für uns Deutsche gerade heute von der entscheidendsten Bedeutung. Daher habe ich auch geglaubt, es an die Spitze meiner Ausführungen stellen zu sollen. Ich darf annehmen, und Ihre Zustimmung zeigt es mir, daß Sie diesen meinen Standpunkt teilen.

(Allgemeine Zustimmung.)

Die Regierungserklärung wird auch auf die Innenpolitik eingehen müssen. Daher ist es klar, daß man darüber auch mit den Koalitionspartnern die Verbindung wird aufnehmen müssen, und das ist bisher nicht geschehen, und ich gestehe, ich habe es bisher mit Absicht unterlassen. Dafür ist nach meiner Auffassung nach der Regierungsbildung noch hinreichend Zeit.

Nun komme ich zur Frage der Wahl des Bundeskanzlers. Sie soll morgen stattfinden, um 10 Uhr. Ursprünglich war in Aussicht genommen, die Wahl schon heute stattfinden zu lassen. Aber zunächst ist der Ersatzmann – oder die Ersatzfrau – für Herrn *Heuss* heute noch nicht in Bonn; sie wird morgen da sein.[20]

Präsident Dr. Köhler: Es war mit dem Herrn Bundespräsidenten vereinbart, die Wahl unter der Voraussetzung anzusetzen, daß die verfassungsmäßige Mehrheit von 202

---

17 Bezieht sich auf *Adenauers* Entlassung als Oberbürgermeister von Köln am 6. 10. 1945. Vgl. Adenauer 1, S. 33ff.

18 Bezieht sich auf den erwarteten Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.

19 Der SPD-Vorstand stand einem Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat mit Hinblick auf das Saarproblem kritisch gegenüber. Vgl. Nr. 61, S. 252. Eingehend hierzu Klotzbach, S. 200–204.

20 Hierbei handelte es sich um Margarete *Hütter*, die am 15. 9. 1949 in den Bundestag eintrat. Datenhandbuch Bundestag, S. 1121.

Stimmen vorhanden sei. Herr *Blücher* hat sich telefonisch mit der Landesleitung der FDP in Württemberg-Baden in Verbindung gesetzt. Wir hoffen, daß die Nachfolgerin von Herrn *Heuss* schon morgen hier anwesend sein kann.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen morgen bei der Wahl des Bundeskanzlers ein Beispiel geben und dafür sorgen, daß wir alle da sind. Es kommt auf jeden Abgeordneten an. Es kommt darauf an, daß die Koalitionsfraktionen geschlossen und einhellig für den Bundeskanzler stimmen. Wenn unter Ihnen einer anwesend sein sollte, der in diesem Punkt irgendwelche Bedenken hat, den bitte ich, diese hier ganz offen zu sagen, damit wir uns darüber aussprechen können. Denn wir können den Bundeskanzler, den wir haben wollen, nur dann mit der verfassungsmäßigen Mehrheit wählen, wenn wir alle für ihn stimmen. Daher müssen alle Abgeordneten der Koalitionsfraktionen anwesend sein, und sie müssen geschlossen für den Bundeskanzler stimmen. Wer glaubt, das nicht tun zu können, der soll es jetzt offen sagen, damit man klarsieht.

Präsident Dr. Köhler: Dazu eine kleine Bemerkung: Der Ältestenrat wird heute nachmittag zusammentreten. Wir können die Sitzung des Bundestags für morgen ansetzen, und zwar mit einem einzigen Punkt der Tagesordnung: Wahl des Bundeskanzlers. Die Sitzung kann auch erst um 11 Uhr beginnen.

Gengler: Die KPD will gegen die Wahl des Bundeskanzlers mit der Begründung Einspruch erheben, daß nach dem Grundgesetz eine Frist von 48 Stunden dafür vorgesehen sei.[21] Diese Bestimmung betrifft aber lediglich die Wahl in Verbindung mit einem Mißtrauensvotum; sie gilt aber nicht für die Wahl des ersten Bundeskanzlers.

Dr. Adenauer: Herr *Blankenhorn* wird noch genau feststellen müssen, wer von unseren Abgeordneten abgereist ist. In gleichem Sinne wird man Besprechungen mit der FDP und DP führen müssen, damit sichergestellt ist, daß auch die Mitglieder dieser beiden Fraktionen vollzählig anwesend sind und geschlossen für den vorgeschlagenen Bundeskanzler stimmen.

Und nun, meine Damen und Herren, eine Mitteilung, die ich einstweilen mit aller gebotenen Reserve und Vorsicht aufzunehmen bitte. Ich werde mich meinerseits bemühen, meine Worte sehr vorsichtig und sehr reserviert zu formulieren. Was ich sagen möchte, ist kurz folgendes: Es ist nicht absolut ausgeschlossen, daß die Koalition um eine weitere Partei erweitert wird.

(Zurufe: *Loritz?*)

– Nein, *Loritz* nicht, obgleich ich das auch nicht für ausgeschlossen halte. Denn was will der arme *Loritz* hier machen?

Ich wiederhole: Es ist nicht absolut ausgeschlossen, daß unsere Koalition eine Erweiterung erfährt. Ich spreche hier ganz hypothetisch, wenn ich die Bayernpartei nenne.[22] Ich sage das nicht ohne jeden Grund. Sehen Sie, ich würde als Nichtbayer eine solche Entwicklung unter zwei Gesichtspunkten außerordentlich begrüßen: einmal unter dem Ge-

21 Art. 67 Abs. 2 GG.

22 In: Blankenhorn, S. 58, steht unter dem 14. 9. 1949 der Eintrag: „Vor der Fraktionssitzung der CDU Besprechung mit Staatsrat *Schäffer* über die Möglichkeit der Erweiterung der Koalition durch Einbeziehung der Bayernpartei." Aufgrund von Befragungen von Abgeordneten der Bayernpartei des ersten Bundestages kommt Wolf, S. 126, zu dem Ergebnis, daß fast die Hälfte der BP-Fraktion im September 1949 für einen Eintritt in die Bundesregierung votierte.

sichtspunkt, daß damit auch unser Grundgesetz durch die Partei gebilligt würde, die bisher grundsätzlich dagegen gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Zweitens – und jetzt komme ich schon in innerbayerische Belange herein, Herr *Strauß* –: Ich könnte mir denken, daß eine solche Entwicklung auch den nächsten Landtagswahlen in Bayern eine gewisse Erleichterung zugute kommen lassen würde. Herr *Strauß*, da muß man sich hüten, mit dem kleinen Finger daran zu rühren.

(Zurufe von der CSU: Wir zweifeln sehr daran!)

– Ich bin auf einen solchen Einwand gefaßt, aber, meine Damen und Herren, ich stehe einstweilen noch außerhalb dieses Kampfes, der sich in Bayern abspielt. Aber ich muß Ihnen sagen: Für meinen normalen Verstand ist es eigentlich unverständlich und wird es bei der kommenden bayerischen Landtagswahl unverständlich sein, wenn etwa die Bayernpartei hier im Bundestag in einer Koalitionsgemeinschaft mit der CSU wäre, während sie bei der nächsten Landtagswahl der CSU Verrat an Bayern vorwerfen würde. Das ginge dann nicht mehr. In dieser Perspektive gesehen, würde ich eine solche Entwicklung auch im Hinblick auf die innerbayerischen Verhältnisse begrüßen. Im übrigen wollen wir die weitere Entwicklung ruhig sich selbst überlassen und vor allem nicht darüber reden. Auch wäre es verfehlt, sich heute schon auf eine solche Entwicklung zu verlassen. Wir kennen sie noch nicht, wir kennen ihren Verlauf nicht. Heute kommt es darauf an, daß, und ich wiederhole meinen Appell, daß morgen alle Mitglieder der Koalitionsfraktionen zur Stelle sind.

Nun hat mich Präsident Dr. *Köhler* gebeten, ihm, wenn möglich schon den Termin für die Abgabe der Regierungserklärung anzugeben. Dazu möchte ich folgendes sagen: Nach meiner Auffassung dürfen wir dem Volke nicht das beschämende Schauspiel bieten, daß die Fraktionen, die die Regierung bilden, endlos viel Zeit dazu brauchen. Wir müssen vielmehr die Sache möglichst beschleunigen. Das wird in der Volksmeinung sehr gut wirken. Ich werde mich auch davor hüten, die Regierungserklärung allzulang zu machen. Ich werde den Sonntag zur Ausarbeitung der Regierungserklärung verwenden.[23]

Ich wiederhole meine Bitte: Wenn irgendeiner hier in diesem Kreis irgend etwas gegen mich auf dem Herzen hat, insbesondere gegen meine verbindliche, diktatorische Art,

(Heiterkeit.)

der mag es hier offen sagen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung! Ich habe von Teilnehmern an der Kundgebung auf dem Bonner Marktplatz nach der Wahl des Bundespräsidenten, und zwar von Teilnehmern, die parteipolitisch mehr oder weniger neutral waren, nur ein Wort des Lobes darüber gehört, wie diese Kundgebung verlaufen ist, namentlich darüber, daß tausende von Menschen, die dort versammelt waren, spontan das Lied „Großer Gott, wir loben Dich" angestimmt haben. Das hat nach vielen Mitteilungen auf alle tiefsten Eindruck gemacht. Die rheinische Bevölkerung hat damit gezeigt, daß sie deutsch ist, daß sie fortschrittlich ist. So war die Wahl des ersten Bundespräsidenten und seine Aufnahme

23 Nach Blankenhorn, S. 60f., begannen die Arbeiten an der Regierungserklärung am Samstag, dem 17. 9. 1949. Hiernach wurden sie jedoch am 18. 9. 1949 auf Anweisung *Adenauers* einstweilen zurückgestellt. *Adenauer* habe die Regierungserklärung dann selbst erst in der Nacht vom 19. auf den 20. 9. und in den frühen Morgenstunden des 20. 9. 1949 niedergeschrieben.

durch die Bonner Bevölkerung ein ausgezeichneter Auftakt für unseren neuen Staat, für unser Deutschland.

(Lebhafter Beifall.)

Kaiser: Ich danke in Ihrem Namen Herrn Dr. *Adenauer*. Er hat uns mit Klarheit und Offenheit die politische Situation auseinandergesetzt. Wir wissen, woran wir mit Konrad *Adenauer* sind.

(Zuruf: Das weiß man nicht immer. – Heiterkeit.)

Daher sollten Vorbehalte, die da und dort herumgehen, hier offen ausgesprochen werden und klar zum Austrag kommen. Wir brauchen eine klare Politik, und eine solche Politik kann mit Aussicht auf Erfolg nur weitergeführt werden, wenn wir unter uns im klaren sind; wenn wir uns trotz aller Gegensätze in Einheit zusammenfinden.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, müssen wir klarstellen, daß die Fraktion morgen bei der Wahl des Bundeskanzlers bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau da ist. Zu diesem Zweck wollen wir zunächst feststellen, wer voraussichtlich fehlt. Unsere Aufgabe wird es dann sein, dafür zu sorgen, daß der Mann unter allen Umständen herankommt. Ich bitte Herrn *Blankenhorn*, die Namen der Fraktionsmitglieder aufzurufen.

(Folgt Namensaufruf.)

Wir treten nunmehr in die Aussprache ein.

Dr. von Brentano: Meine Damen und Herren! Wir haben, glaube ich, allen Anlaß, Herrn Dr. *Adenauer* für seinen umfassenden Bericht zu danken. Ich möchte auf einige Fragen eingehen, die mir besonders am Herzen liegen, und dabei der Darstellung folgen, die Herr Dr. *Adenauer* soeben gegeben hat.

Da ist zunächst die Frage: Welche Befugnisse stehen dem Bundespräsidenten bei der Bildung der Bundesregierung zu? Das ist eine sehr ernste, eine hochpolitische Frage. Denn aus ihrer Beantwortung könnte sich, namentlich wenn man an Andeutungen des Herrn *Heuss* oder seiner Umgebung denkt, eine erste, ernste und echte Verfassungskrise entwickeln. Einem zufälligen Gespräch, das ich gestern beim Empfang des Herrn Bundespräsidenten in Brühl geführt habe, konnte ich entnehmen, daß in der Umgebung des Herrn *Heuss* tatsächlich die Auffassung vertreten wird, daß er nach dem Grundgesetz die Ernennung der vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister nicht nur vollziehen, sondern auch verweigern könne.

(Zuruf: Das steht auch in einem Kommentar von *Giese*.[24])

– Ich weiß, daß diese Auffassung in dem Kommentar von *Giese* vertreten wird, wobei wir allerdings wohl feststellen müssen, daß *Giese* besser daran getan hätte, gar keinen Kommentar zu schreiben als einen so miserablen.

(Sehr richtig!)

Die Situation ist folgende: Ich selbst habe an der Entstehung des Grundgesetzes mitgewirkt. Ich stelle fest: Es scheint mir unzweifelhaft zu sein, daß der Artikel 64 des Grund-

24 Friedrich Giese, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, S. 62, schreibt zu Art. 64 Abs. 1: „Der Bundespräsident braucht die Vorschläge des Bundeskanzlers nicht zu befolgen, kann aber keine nicht vorgeschlagenen Personen berufen und keine Bundesminister ohne Zustimmung des Bundeskanzlers entlassen."

gesetzes dem Bundespräsidenten lediglich eine funktionelle Zuständigkeit zuweist.[25] Dies würde aus der gesamten Tendenz des Grundgesetzes hervorgehen, selbst wenn es nicht ausdrücklich ausgesprochen wäre. Denn der Grundgesetzgeber wollte ja mit voller Absicht den Bundespräsidenten im Gegensatz zur Regelung der Weimarer Verfassung von politischen Entscheidungen fernhalten. Wir wollten ihm keinen unmittelbaren politischen Einfluß einräumen. Der Bundespräsident hat die Befugnis, die Bundesbeamten zu ernennen. Dabei hat er den Vorschlägen des Bundeskabinetts bzw. der Ressortminister zu folgen.[26] Er hat die Befugnis, die Bundesgesetze auszufertigen und zu verkünden. Er hat nicht das Recht, etwa wegen des materiellen Inhalts eines Gesetzes diese Ausfertigung und Verkündung zu verweigern.[27] So ist er zweifellos auch gehalten, die Vorschläge des vom Parlament gewählten Bundeskanzlers ohne Weigerung zu vollziehen und die Kabinettsmitglieder zu ernennen, die der Bundeskanzler ihm vorschlägt. Dies schließt nicht aus und ist selbstverständlich, daß er in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler seine persönliche Auffassung und vielleicht auch seine Bedenken in dem einen oder anderen Fall zu äußern vermag. Wenn aber der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten als Landwirtschaftsminister den Abgeordneten Schmidt oder Müller vorschlägt, dann muß der Bundespräsident diese Ernennung vollziehen. Das gleiche gilt für die Entlassung eines Bundesministers. Sie wird vom Bundespräsidenten ausgesprochen und vom Bundeskanzler vorgeschlagen. Auch hier ist der Bundespräsident gehalten, dem Auftrag des Bundeskanzlers zu entsprechen. Ich meine, wir sollten sobald als möglich eine klare und verbindliche Erklärung des Bundespräsidenten darüber herbeiführen, daß er diese Auslegung des Gesetzgebers anerkennt. Ich kann mich bei meiner Auffassung der Dinge auf den Aufsatz meines Freundes Dr. *Laforet* berufen, der auch den Standpunkt vertritt, daß der Bundespräsident einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister zu ernennen hat und nicht ablehnen darf.[28] Wir würden ja auch den von uns designierten Bundeskanzler in eine geradezu unerträgliche Situation bringen, wenn der Bundespräsident für sich das Recht in Anspruch nähme, schon bei seiner ersten Amtshandlung die vom Bundeskanzler vorgeschlagene Kabinettsliste zu sabotieren. Der Bundeskanzler würde damit sofort sein politisches Gesicht verlieren, und es bliebe ihm nur noch übrig zurückzutreten. Überlegen Sie doch den Fall: Herr Dr. *Adenauer* kommt nach seiner Wahl zum Bundeskanzler mit der Kabinettsliste zum Bundespräsidenten, und dieser nennt zwei oder drei Herren, auf die wir entscheidenden Wert legen müssen, deren Ernennung er aber ablehnt. Wir können zum Beispiel das Finanzministerium niemals in die Hand eines ausgesprochenen Zentralisten geben, wie es etwa Herr Dr. *Höpker Aschoff* ist! Stellen Sie sich vor, Herr Dr. *Adenauer* schlägt einen Mann seines Vertrauens als Bundesfi-

25 Die staatsrechtliche Würdigung des Artikels 64 GG ist nicht ganz einheitlich. Hierzu übersichtlich Stern, S. 245–249.

26 In dieser apodiktischen Form ist dies nicht ganz zutreffend. Vgl. Stern, S. 260ff.

27 *Heuss* hat eine andere Auffassung vertreten. Vgl. Wengst, S. 285. Auch die herrschende staatsrechtliche Meinung geht davon aus, daß dem Bundespräsidenten ein eingeschränktes materielles Gesetzprüfungsrecht zusteht. Stern, S. 233–236.

28 Zur Haltung *Laforets* sein Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer 1949: Mit Art. 64 Abs. 1 „ist eine Pflicht des Bundespräsidenten ausgesprochen, nach dem Antrag des Bundeskanzlers zu verfahren [...]. Auf die Auswahl der Person der Minister hat der Bundespräsident, wenn diese Auswahl nicht von ihm vor seinem Vorschlag nach Art. 63 Abs. 1 mit dem künftigen Bundeskanzler vereinbart ist, keinen rechtlichen Einfluß." Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Heft 8, Berlin 1950, S. 55f.

nanzminister vor, und der Bundespräsident erklärt: „Bedauere, ich lehne ab, den Mann zu ernennen." Ich brauche wohl kaum näher zu erläutern, welch unheilvolle Situation dann entstehen würde. Die Auswirkungen einer solchen Entscheidung wären unvorstellbar, und der Kanzler könnte überhaupt nicht anfangen zu regieren. Es wäre gut, Herrn *Heuss* vor der Wahl des Bundeskanzlers zu einer entsprechenden Erklärung zu veranlassen. Gibt er eine befriedigende Erklärung nicht ab, dann warne ich – und ich sage das mit allem Ernst – vor einer Wahl Dr. *Adenauers* schon im Interesse seines persönlichen Ansehens, bevor dieser Verfassungsstreit geklärt ist. Ich weiß, in der Umgebung des Herrn *Heuss* wird der Standpunkt vertreten, daß der Bundespräsident das Recht hat, einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister zu ernennen oder abzulehnen. Aber die Rechtslage ist so eindeutig, daß es wohl unschwer sein wird, Herrn Dr. *Heuss* sobald als möglich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, eine verbindliche und maßgebliche Erklärung zu dieser Rechtsfrage abzugeben. Es dürfte ein leichtes sein, eine solche Erklärung von ihm zu erhalten. Aber ich warne mit allem Nachdruck davor, unseren Bundeskanzler Dr. *Adenauer* durch seine Wahl vor der Klärung dieser Frage unter Umständen schon nach wenigen Tagen in eine unhaltbare Situation zu bringen, die ihn sein politisches Gesicht kostet und auch auf uns, seine politischen Freunde, unheilvolle Rückwirkungen haben muß. Darin müssen wir, die Dr. *Adenauer* wählen, weiß Gott mit ihm einer Meinung sein.

Weiter möchte ich urbi et orbi allen, die es noch nicht wissen, ein Schuldbekenntnis ablegen. Ich bin es gewesen, der das Wort „Ermächtigungsgesetz" gebraucht hat. Aber ich habe dieses Wort in die Debatte geworfen, damit eine grundsätzliche Frage geklärt wird, eine Frage, die ich Herrn Dr. *Adenauer* mit aller Sachlichkeit vorlegen möchte, zumal er ja selbst eine freundschaftliche und vertrauensvolle Aussprache wünscht. Es ist richtig, daß nach dem Grundgesetz der gewählte Bundeskanzler das Recht hat, sein Kabinett zusammenzustellen. Aber ich glaube, im Verhältnis zwischen Parteifreunden und dem künftigen Bundeskanzler ist es nicht notwendig, sich auf die Verfassung zu berufen. Ich persönlich war und bin der Meinung, daß wir den Wunsch äußern dürfen, vor der Wahl des Bundeskanzlers zu wissen, wie das von ihm beabsichtigte Kabinett aussieht. Ich bitte Herrn Dr. *Adenauer*, diesen Wunsch nicht als Ausdruck des Mißtrauens zu betrachten. Er darf mir glauben, daß ich persönlich nicht daran denke, an seiner Kabinettsliste von vornherein Kritik zu üben. Vielmehr habe ich die Absicht, die ehrliche Absicht, mich mit der Kenntnisnahme seiner Vorschläge zu begnügen. Ich bin mir klar darüber, daß der Kanzler das Recht hat, sein Kabinett aus Männern zu bilden, die sein Vertrauen genießen. Auf der anderen Seite aber, meine Damen und Herren, tragen wir Abgeordneten der CDU und CSU vor unseren Wählern die Verantwortung nicht nur für die Persönlichkeit des Bundeskanzlers, sondern für die gesamte Politik seines Kabinetts. Diese vermögen wir aber erst zu beurteilen, wenn wir die Zusammensetzung des Kabinetts kennen. Wir dürfen erwarten, daß wir die Kabinettsliste kennenlernen, ehe wir zur Wahl des Bundeskanzlers schreiten, selbstverständlich nach der Zustimmung unserer präsumtiven Koalitionsparteien. Ich sähe es nicht gerne, daß uns nach der Wahl des Bundeskanzlers eine Kabinettsliste bekannt wird, die vielleicht einzelne von uns, vielleicht auch einzelne unserer Koalitionspartner verstimmt und so dem neuen Kanzler schon zu Beginn seiner Arbeit die Möglichkeit nähme, fruchtbar zu wirken. Daher habe ich für mich persönlich an Herrn Dr. *Adenauer* die aufrichtige Bitte zu richten, er möge uns vor seiner Wahl zum Bundeskanzler seine Kabinettsliste vorlegen. Ich mache mir dabei nicht gewisse Couleurgespräche in diesem Hause zu eigen, weiß aber, daß ich gestern von zwei

Bekannten aus der FDP angesprochen wurde, die mir beide erklärten, es sei eine neue Situation entstanden; es sei ihnen mitgeteilt worden, die FDP würde nicht das Finanzministerium erhalten, auf das sie unter keinen Umständen verzichten könne.[29] Diese Darstellung wurde mir gestern von zwei Mitgliedern der FDP-Fraktion unabhängig voneinander dargestellt. Nun ist aber gerade das Finanzressort für uns von entscheidender Bedeutung. Herr Dr. *Adenauer*, die gerade von Ihnen nicht nur gewünschte, sondern verlangte vertrauensvolle Zusammenarbeit macht es notwendig, daß wir vor Ihrer Wahl die Namen der Kabinettsmitglieder erfahren. Bei diesem Wunsch darf ich mich zum Sprecher der ganzen CDU/CSU-Fraktion machen, die entschlossen ist, den Bundeskanzler Dr. *Adenauer* vorbehaltlos und mit voller Loyalität zu unterstützen. Aber dieses Vertrauen, das ich Ihnen entgegenbringe, sollte von Ihnen mit demselben Vertrauen beantwortet werden, indem Sie vor Ihrer Wahl zum Bundeskanzler uns Ihre endgültige Kabinettsliste mitteilen, damit wir nicht nur wissen, wie die Mitglieder des Kabinetts heißen, sondern auch, welche Absichten das Kabinett hat.

Auf diese Ausführungen möchte ich mich zunächst beschränken. Dem, was Dr. *Adenauer* bezüglich der Regierungserklärung gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen; ich würde sonst Eulen nach Athen tragen. Herr Dr. *Adenauer* hat in diesem Punkt genau das gesagt, was meiner eigenen Auffassung entspricht. Niemand von uns denkt daran, ihm in dieser Richtung irgendwelche Vorschriften machen oder Wünsche äußern zu wollen. Denn wir haben das absolute Vertrauen, daß die Regierungserklärung, die Sie, Herr Dr. *Adenauer* vortragen werden, von uns ohne Einschränkung gebilligt werden wird.

Ich darf meine Bitte wiederholen: Ich halte es zunächst für unerläßlich, noch heute eine endgültige Erklärung des Bundespräsidenten zu erlangen, daß er hinsichtlich der Auslegung des Artikels 64 mit uns übereinstimmt, damit Auswirkungen vermieden werden, über deren Ernst wir uns keinem Zweifel hingeben dürfen.

Meine zweite Bitte: Herr Dr. *Adenauer* möge uns vor seiner Wahl zum Bundeskanzler die endgültige Kabinettsliste auf Grund seiner Koalitionsbesprechungen vorlegen.

(Beifall.)

Kaiser: Ich nehme an, die Fraktion ist damit einverstanden, wenn Herr Dr. *Adenauer* sofort zu den Ausführungen des Herrn Dr. *Brentano* das Wort ergreift. Auf diese Weise werden wichtige Punkte von vornherein zur Klärung gebracht; sie belasten dann die weitere Diskussion nicht mehr. – Herr Dr. *Adenauer*!

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich lese gerade in der „Welt", in politischen Kreisen glaube man an die Möglichkeit, daß der neue Bundespräsident durchaus von seinen im Grundgesetz niedergelegten Rechten Gebrauch machen und einen erheblichen Einfluß auf die Regierungsbildung nehmen werde.

Es ist mir zunächst gar nicht zweifelhaft, daß die „Welt" diese Auffassung mit Absicht wiedergibt. Doch sei dem, wie ihm sei. Nun gibt es verschiedene Wege, um diese Verfassungsfrage klarzustellen. Ich könnte als Vorsitzender der Fraktion und als präsumtiver Bundeskanzler offiziell zu Herrn *Heuss* gehen und ihm sagen: „Hör mal, lieber Freund, du weißt doch, was im Grundgesetz steht." Ich halte diesen Weg für ausgeschlossen. Wir

29 Wie hartnäckig die Forderung auf das Finanzministerium aufrechterhalten wurde, geht aus Blankenhorn, S. 59, hervor, der unter dem 15. 9. 1949 notiert: „*Euler* versucht noch einmal, die Wahlentscheidung seiner Fraktion von der Zuweisung des Finanzministeriums abhängig zu machen."

haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir warten ab, bis ich zum Bundeskanzler gewählt bin, mit meiner Kabinettsliste zu Herrn *Heuss* komme und dann sehe, was er macht. Ich glaube nicht, daß er etwas macht. Die andere Möglichkeit wäre die, daß man vorher auf andere Weise mit ihm Fühlung nimmt. Aber dann könnte ich mir denken, daß die Situation sehr viel schwieriger sein könnte, als wenn ein Bundeskanzler gewählt ist und der Bundespräsident es ablehnt, die Minister zu ernennen, die der Bundeskanzler ihm vorschlägt. Sehen Sie: Nehmen wir an, ich gehe jetzt zu Herrn *Heuss*, und dieser erklärt unter dem Einfluß gewisser Einflüsterungen, der Bundespräsident habe das Recht, Bundesminister abzulehnen. Ich würde ihm selbstverständlich in ernsthaftem Tone widersprechen. Ich bin der Auffassung, wenn ein gewählter Bundeskanzler Herrn *Heuss* gegenübertritt, dann ist die Position des Bundeskanzlers gegenüber dem Bundespräsidenten viel stärker, als wenn Herr *Heuss* allein dasteht. Das bitte ich, Herr Dr. *von Brentano*, zu überlegen. Man kann durch die Presse darauf hinweisen, daß die Ausführungen der „Welt" falsch sind. Ich würde es begrüßen, wenn dies sofort geschähe, damit sich in der öffentlichen Meinung nicht falsche Auffassungen festsetzen. Damit sollte man es bewenden lassen und lieber abwarten, bis der gewählte Bundeskanzler dem Bundespräsidenten klarmacht, was im Grundgesetz steht. Sie können sich darauf verlassen, daß ich es ihm sagen würde. Würde Herr *Heuss* diese Auffassung ablehnen, dann würde er einen Verfassungskonflikt hervorrufen. Wie können wir aber diesen Streit austragen, wenn Herr *Heuss* diese Ansicht vertreten sollte, ihm aber kein gleichrangiger Partner gegenübersteht, der unsere Meinung verfechten könnte? Überlegen Sie sich doch, meine Damen und Herren, ob man nicht besser die Wahl des Bundeskanzlers abwartet, ehe man vorgeht. In der „Welt" steht auch, ich hätte gestern eine Unterredung mit Dr. *Schumacher* gehabt. Nun, ich habe gestern abend in der Redoute ein paar Minuten mit ihm zusammengesessen, weil er so einsam war. Aber wir haben uns dabei über Politik nicht unterhalten.

Weiter hat Herr Dr. *von Brentano* den Wunsch geäußert und unterstrichen, der künftige Bundeskanzler möge vor seiner Wahl die Kabinettsliste bekanntgeben, wie er sie im Kopfe habe. Übrigens, wenn er sie hier bekanntgibt, muß er das loyalerweise auch gegenüber der FDP und der DP tun. Ich habe vorgestern Herrn *Blücher* erklärt, ich müsse es ablehnen, in weitere Verhandlungen einzutreten, ehe ich zum Bundeskanzler gewählt sei. Wenn ich jetzt gewissermaßen als der Mann, der vor der Türe steht und anklopft, fungiere und bitte, mir die Türe aufzumachen, wenn ich weiß Gott wieviele gute Worte geben muß, dann habe ich eine schlechte Position gegenüber den Koalitionspartnern. Bin ich dagegen zum Bundeskanzler gewählt, dann brauche ich keine guten Worte mehr zu geben. Ich nehme an, Herr Dr. *Hilpert* ist so demokratisch, daß er vom Bundeskanzler nicht verlangt, der FDP und DP immer nur gute Worte zu geben. Ich habe eine andere Auffassung von der Aufgabe des Bundeskanzlers, der auch durch die Stimmen der Koalitionspartner gewählt ist.

Weiterhin, und dies [sei] Herrn Dr. *von Brentano* versichert, würde ich niemals daran denken, einen Demokraten zum Bundesfinanzminister vorzuschlagen. Das erkläre ich Ihnen hiermit ausdrücklich.

Aber nehmen Sie einen anderen Fall. Ich war bisher der Auffassung, daß der Finanzminister *Weitz* von Nordrhein-Westfalen ein sehr guter Innenminister sein würde.[30] Heute

30 Vgl. Nr. 58.

morgen aber waren einige Fraktionsfreunde bei mir und gaben mir eine Darstellung der Zusammenhänge, die mich doch nachdenklich gemacht hat. Ein solcher Fall kann auch morgen wiederkommen. Aber eines verspreche ich Ihnen: Mit dem Bundesfinanzminister steht und fällt für mich die Sache. Sobald ich die Kabinettsliste fertig habe und ehe ich sie dem Bundespräsidenten vorlege, werde ich sie ganz selbstverständlich in der Fraktion mit Ihnen erörtern.

(Dr. *Hilpert*: Das ist reichlich spät!)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Der Bundeskanzler kann durch Ihre Stimmen allein nicht gewählt werden, es sei denn, im dritten Wahlgang; wenn der Bundeskanzler durch Ihre Stimmen allein im ersten Wahlgang gewählt werden könnte – etwas, was durchaus wünschenswert wäre –, dann würde ich durchaus bereit sein, mit Ihnen die ganze Kabinettsliste durchzusprechen. Ich bin übrigens immer bereit, mit einem kleinen Kreis von Ihnen ständige Fühlung zu nehmen und die Situation durchzusprechen. Das habe ich doch schon bisher immer getan.

(Widerspruch.)

– Ja, Herr Dr. *Hilpert*, das kann geschehen sein, auch wenn Sie nicht dabei waren. Aber es ist unmöglich, daß ich bei den Demokraten das, bei der Deutschen Partei jenes und hier bei Ihnen wieder etwas anderes tue. Warum? Wir dürfen uns nicht auseinanderreden. Wenn Sie wollen, daß der Bundeskanzler schließlich mit einer Minderheit gewählt wird, also von uns hier allein, dann bin ich bereit, mit Ihnen die ganze Kabinettsliste durchzusprechen. Wünschen Sie das aber nicht, dann müssen Sie mir auch zugestehen, daß ich dieselben formalen Rechte – ich bitte auf den Ausdruck zu achten –, die ich der CDU/CSU-Fraktion einräume, auch den beiden anderen Fraktionen der Koalition zugestehe. Etwas anderes ist nicht möglich.

Wie gesagt, ich bin jederzeit bereit, mit einem kleinen, von Ihnen zu bestimmenden Gremium fortlaufend Fühlung zu halten und einen ständigen Gedankenaustausch zu pflegen.

Schließlich erkläre ich Ihnen, daß ich bisher weder mit einem Demokraten noch mit der Deutschen Partei, abgesehen von unverbindlichen Besprechungen mit Herrn *Blücher* und *Hellwege* nach der Wahl des Bundespräsidenten, alleine Verhandlungen geführt habe. Bei allen Verhandlungen, die ich geführt habe – Herr *Hilpert*, seien Sie es zufrieden –, war immer einer aus unserer Fraktion zur Kontrolle dabei. Vielleicht beruhigt es Sie, daß mein Nachbar, Herr *Schäffer*, mehr Koalitionsverhandlungen geführt hat als ich.

(Zuruf: Das ist keine Beruhigung.)

Er war dabei von keinem zweiten Mitglied der Fraktion kontrolliert. Ich habe das Vertrauen zu Herrn *Schäffer*, daß er bei allen Koalitionsverhandlungen unsere Interessen in vollem Umfange wahren und niemals etwas Definitives zusagen wird, ohne daß die Fraktion davon weiß. Sollten wir es denn wirklich so machen, wie zu den Zeiten der Weimarer Republik, wo man geredet und geredet hat, wo die eine Seite diesen, die andere jenen Minister wollte, bis es schließlich passierte, daß mir ein führender Beamter eines Tages sagte: „Stellen Sie sich vor, wir haben tatsächlich einen Mann gefunden, der gern Reichsminister ist." Sehen Sie doch das Grundgesetz an, wie es ist. Entweder haben Sie das Vertrauen, oder Sie haben es nicht. Wenn Sie es nicht haben, dann sagen Sie es offen, und ich werde die Konsequenzen ziehen.

Damit kein Mißverständnis entsteht, wiederhole ich: Ich habe gegenüber Herrn *Blücher* es abgelehnt, weitere Verhandlungen zu führen, bis der Bundeskanzler gewählt ist; denn dann ist meine Stellung gegenüber den Demokraten und der Deutschen Partei ungleich stärker als vorher. Was ich den Demokraten und der Deutschen Partei gegenüber sagte, das gilt auch für Sie hier; sonst müßte ich jedes Vertrauen verlieren. Ich habe bisher nichts getan oder gesagt, ohne das engste Einvernehmen mit dem internen Kreis unserer Fraktion einzuhalten. Ich denke auch in Zukunft nicht daran, es anders zu halten. Herrn Dr. *von Brentano* möchte ich sagen: Ich werde niemals einen Demokraten zum Bundesfinanzminister[31] vorschlagen.

Kaiser: Die Führung der Geschäfte scheint schwierig zu werden angesichts der Bedeutsamkeit der Fragen, die Dr. *von Brentano* angeschnitten hat.

Zunächst bittet Herr *Holzapfel*, eine sachliche Mitteilung machen zu dürfen.

Dr. Holzapfel: Meine Damen und Herren! Herr Dr. *Adenauer* wünschte soeben, wir sollten mit aller Offenheit sagen, was uns auf dem Herzen liegt. Nun hat Herr Dr. *von Brentano* mit einem Schuldbekenntnis begonnen. Auch ich muß mit einem Schuldbekenntnis beginnen. Herr Dr. *Adenauer*, seien Sie mir nicht böse, wenn ich hier beichte, daß ich eine ganze Anzahl von Unterhaltungen gehabt habe. Ich habe darüber kein Wort verlauten lassen, soweit diese Gespräche vertraulich geführt wurden. Ich habe gestern morgen ohne irgendwelche Bedenken, daß das vertraulich zu behandeln wäre, gesagt, was ich gehört hatte, nämlich, daß *Heuss* auch Politik machen wolle und zwei Namen von Männern, die Sie, Herr Dr. *Adenauer*, für ein Ministeramt vorgesehen hätten, abgelehnt habe.

Dr. Adenauer: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Holzapfel: Sie haben sogar die Gründe angeführt, die gegen jeden der beiden Ministerkandidaten bestanden.

Dr. Adenauer: Aber Herr *Holzapfel*, das war wirklich vertraulich und zwar, weil Herr *Heuss* eine persönliche Kritik an den beiden Herren übte. Das habe ich Ihnen vertraulich gesagt. Es ist übrigens auch nicht richtig, daß Herr *Heuss* politische Gründe gegen die beiden Herren anführte. Er hat das Wort „politisch" nicht in den Mund genommen.

Dr. Holzapfel: Sie haben mir nicht gesagt, daß das vertraulich sein soll. Erst in der weiteren allgemeinen Erörterung habe ich die von Ihnen gegebene Erklärung im Kreise einiger Fraktionskollegen mit erörtert und die Situation behandelt, in die wir jetzt hereinkommen. Ich bin der Auffassung, daß die Bundesminister vom Bundeskanzler benannt und vorgeschlagen werden, und daß es nicht angeht, wenn der Bundespräsident sagt, ich will den nicht und den nicht.

Kaiser: Wir müssen verhindern, daß hier ein Streit aller gegen alle angeht. Als vertraulich habe ich alle Mitteilungen angesehen, die, sei es von Dr. *Adenauer*, sei es von einem anderen kamen und die auf den ersten Blick delikate Punkte betrafen. Was delikat ist, muß jeder Politiker wissen. Jeder Politiker muß im Gefühl haben, was er weitersagen darf und was nicht.

Dr. Adenauer: Ich war gestern morgen gegen 10 Uhr bei Herrn *Heuss*. Von dort kam ich zu dem Empfang in der Redoute in Godesberg. Darüber habe ich Herrn Dr. *Holzapfel* berichtet, und zwar folgendes: Herr *Heuss* begann damit, von Namen zu sprechen, die

31 In der Vorlage „Bundesminister".

bei den bisherigen Koalitionsverhandlungen als Ministerkandidaten genannt wurden. Dabei bemerkte er, Herr Soundso scheine für das und das Amt zu alt zu sein, Herr Soundso scheine für das und das Amt etwas zu wenig Erfahrung zu besitzen. Dann kam er – und das habe ich Ihnen, Herr *Holzapfel*, noch nicht gesagt – auf Herrn *Höpker Aschoff* zu sprechen und darauf, daß wir ihm, als er einen Ruf nach Berlin erhielt, geraten hätten: „Bleiben Sie hier im Lande." Darauf erwiderte ich Herrn *Heuss*, *Höpker Aschoff* sei, wie die Dinge sich entwickelt hätten, als Bundesfinanzminister völlig unerwünscht.[32]

Das war das Gespräch mit Herrn *Heuss*. Ich bedauere es außerordentlich, daß Herr *Holzapfel* solche Mitteilungen des Herrn *Heuss*, daß ein Kandidat zu alt, der andere zu wenig erfahren sei, nicht vertraulich behandelt hat.

Weiter darf ich Ihr Gedächtnis, Herr *Holzapfel*, noch in folgender Richtung noch etwas auffrischen. Ich habe Ihnen gesagt: „Hat der Bundespräsident überhaupt das Recht, einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister nicht zu ernennen?" Darauf erwiderten Sie mir, dieses Recht habe er; er könnte zwar keinen Mann von sich aus vorschlagen, aber er habe das Recht, einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Mann nicht zu ernennen. Daraufhin sagte ich Ihnen, ich würde mir diese Frage noch gründlich ansehen. Das habe ich auch getan. Ich habe mein Büro angewiesen, das Material darüber zusammenzustellen, ob der Bundespräsident das Recht habe, einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Mann abzulehnen. Meine Auffassung war, er hat dieses Recht nicht. Wenn er das Recht hat, dann hätte er auch das Recht gehabt, in dieser ganz persönlichen Unterhaltung mit mir, bei der ich keinerlei Vorschläge machte, zu sagen, was er getan hat. Ich war um so mehr darüber erstaunt, als Sie, Herr *Holzapfel*, sagten: „Jetzt seht Ihr's, nun habt Ihr *Heuss* gewählt, und jetzt fängt er schon an, Politik zu machen." Nach Ihrer Auffassung hat er das Recht dazu, nach meiner Auffassung nicht. Ich würde ihm dieses Recht niemals konzedieren.[33]

Frau Dr. Weber: Zur Geschäftsordnung! Ich halte es für falsch, in diesem großen Kreis eine Aussprache über einzelne Persönlichkeiten stattfinden zu lassen, seien sie nun vertraulich oder nicht. Solche Dinge sollten in einem kleineren Gremium vor sich gehen. Wir reden uns sonst noch mehr auseinander, und die Mißverständnisse werden größer statt kleiner. Ich bedauere den bisherigen Verlauf der Aussprache. Die Situation wird dadurch nicht besser, sondern schlimmer.

Dr. Lehr: Der Organisationsausschuß des Parlamentarischen Rates, dessen Vorsitzender ich war, hat in einer Beratung von sieben Monaten die hier in Betracht kommenden

32 Vgl. Wengst, S. 128.

33 Im Rückblick hat *Adenauer* die Angelegenheit anders beurteilt. In Adenauer 3, S. 503 zitiert er aus einer Rede vor CDU/CSU-Politikern aus dem Jahre 1959: „Die Frage, ob der Bundespräsident an den Vorschlag des Bundeskanzlers gebunden ist, ob er verpflichtet ist, einen Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers zu ernennen oder zu entlassen, ist verfassungsrechtlich nicht ganz klar. Der gegenwärtig amtierende Bundespräsident hat niemals als seine Verpflichtung anerkannt, daß er jeden, den der Bundeskanzler als Bundesminister vorschlägt, ohne weiteres zu ernennen habe. Ich bin Schwierigkeiten, die sich eventuell hätten ergeben können, immer dadurch aus dem Weg gegangen, daß ich mit dem Bundespräsidenten *Heuss* die Frage, welche Herren als Bundesminister und für welche Ressorts sie in Betracht kommen, freundschaftlich besprochen habe. Er hat auf mich gehört, auf die Gründe, die ich anführte, wie umgekehrt ich auch in anderen Fällen auf ihn gehört habe."

Bestimmungen des Grundgesetzes beraten. Vielleicht würde es die Diskussion abkürzen, wenn ich ein paar Worte dazu sage.

(Zustimmung.)

Artikel 64 enthält tatsächlich eine Lücke; wir hätten ihn im Organisationsausschuß präziser fassen müssen. Tatsächlich waren aber sämtliche Mitglieder des Organisationsausschusses der Meinung, daß es ausschließlich Sache des Bundeskanzlers sei, sich über die Zusammensetzung seines Kabinetts schlüssig zu werden. Schließlich bestimmt ja der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik, und dazu gehört auch die Entscheidung über die Männer seines Kabinetts, das diese Politik durchführen soll. Die Funktion des Bundespräsidenten besteht darin, daß er die Ernennungsurkunden der vorgeschlagenen Bundesminister unterzeichnet. Ein weiterer Einfluß sollte aber dem Bundespräsident nicht zustehen. Damit ist klargestellt, daß die Auffassung, die *Giese* in seinem Kommentar vertritt, unrichtig ist. Dies geht klar aus den Beratungen des Organisationsausschusses hervor.

Strauß: Meine Damen und Herren! Im Restaurant des Bundeshauses gingen gestern abend eine Reihe von Behauptungen und Gerüchten um. Lauter Dinge, die auch von Presse- und Radioleuten gehört wurden. Sie sind nicht nur in die Ohren unserer Freunde, sondern genauso der der SPD und der Bayernpartei gedrungen. Einer der Punkte betraf eine Äußerung Dr. *Adenauers*, der Bundespräsident mache von seinem Recht der Ernennung eines Bundesministers nur dann Gebrauch, wenn ihm die Person des Vorgeschlagenen zusage;

(Dr. *Adenauer:* Kein Wort davon wahr!)

insbesondere werde er zwei Personen ablehnen, die ihm Dr. *Adenauer* für den Posten des Innenministers vorgeschlagen habe: Dr. *Lehr* und Dr. *Heinemann*.

Dr. Adenauer: Ich darf korrigieren: Ich habe Herrn *Heuss* diese Namen überhaupt nicht genannt.

Strauß: Weiter wurde gestern abend verbreitet, bei den Koalitionsverhandlungen habe die FDP niemals ihre Forderung auf das Finanzministerium aufgegeben, sondern bestehe nach wie vor darauf. Sie sei auch bereit, die Koalition scheitern zu lassen; ihr käme es nicht darauf an, in die Opposition zu gehen. Die CDU, die sich gegenüber der SPD restlos versagt habe, sei auf die FDP angewiesen und würde damit zwischen zwei Stühlen sitzen. Dies ist der Inhalt dessen, was gestern abend gesagt worden ist; ich gebe es hier wörtlich wieder. Diese Gespräche fanden an einer Reihe von Tischen statt.

Ich möchte dazu folgendes sagen. Auf einer unserer letzten Fraktionssitzungen haben wir als wesentlichen Gesichtspunkt für die Wahl von *Heuss* die staatspolitische Notwendigkeit herausgehoben.[34] Wir haben erklärt, daß die Wahl von *Heuss* in einem unlösbaren Zusammenhang mit der Frage der ganzen Koalition stehe. Man hat hierbei die Forderung erhoben, daß mit *Heuss* eine klare, glatte Wahlkapitulation abgeschlossen werde. Kurz, *Heuss* war eine Figur im Schachspiel der Koalitionspartner, wenn auch nicht der König. Mit *Heuss* wurden, so hieß es, klare Abmachungen getroffen.

Ich bin offen gestanden einigermaßen darüber erschüttert, daß wir uns heute, zwei Tage nach der Wahl des Bundespräsidenten darüber unterhalten müssen, wie die Artikel 63 und vor allem 64 des Grundgesetzes auszulegen sind. Ich hätte es für unmöglich gehalten, daß diese Frage heute noch Gegenstand einer Debatte sein kann. Ich bin überrascht

34 Vgl. Nr. 68.

darüber, daß man mit *Heuss* und mit der FDP nicht vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten eine klare Übereinkunft getroffen hat. Ich möchte Herrn Dr. *Adenauer* keinen Mangel an Vertrauen vorwerfen, aber es erscheint mir doch notwendig, definitiv zu wissen, wie die Dinge nun eigentlich liegen. Diese Verhandlungen und Unterhaltungen waren noch vertraulich, und doch ist die Presse voll davon. Ich habe den sehr häßlichen Verdacht, daß auch in unserer Fraktion der eine oder andere ist, der aus Leichtsinn oder aus Berechnung solche tendenziösen Meldungen an die Presse gibt in der Absicht, das politische Spiel zu beeinflussen. Jedenfalls müssen wir Klarheit über die Abgrenzung der Ansprüche zwischen CDU/CSU, FDP und DP haben, und zwar nicht erst, wenn Herr Dr. *Adenauer* zum Bundeskanzler gewählt ist. Wir müssen auch Klarheit über die Besetzung der einzelnen Ministerposten haben. Eine solche Klarheit erscheint mir unerläßlich. Wenn sie nicht bald geschaffen wird, müssen wir die Wahl des Bundeskanzlers aufschieben. Das liegt auch im Interesse des Herrn Dr. *Adenauer* selbst. Wir müssen die Wünsche der einzelnen Koalitionspartner genau kennen. Eine Koalition hat nur dann Sinn, wenn sie zusammenhält, und zwar für die Dauer der ganzen Wahlperiode. Die Koalition steht einer klaren Opposition gegenüber, und es ist ein gefährliches Spiel, mit der steten, ängstlichen Bemühung, von einer Krise zur anderen immer eine Mehrheit hinter sich zu haben. Wenn dieses Spiel getrieben werden soll, dann verzichte ich auf die kleine Koalition, dann sind wir den falschen Weg gegangen, dann interessiert mich und viele meiner Freunde diese kleine Koalition überhaupt nicht mehr.

Was die Erweiterung der Koalition durch Zuziehung der Bayernpartei angeht, so sollte darüber noch nicht gesprochen werden, weil meine Freunde von der CSU darüber erst noch ins reine kommen wollen. Ob eine solche Erweiterung ein erfreuliches Ereignis wäre, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Dr. Adenauer: Keinem Mitglied des Parlamentarischen Rates ist es jemals zweifelhaft gewesen, daß der Bundespräsident die ihm vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister ernennen muß. In dem Gespräch, das ich gestern mit Herrn *Heuss* hatte, ist auch nicht der geringste Anlaß dafür zutage getreten, daß Herr *Heuss* anderer Ansicht wäre.

Strauß: Die Juristen der FDP haben darüber eine andere Meinung und Interpretation als die der CDU.

Dr. Adenauer: Ich kann nur wiederholen: Kein Mitglied des Parlamentarischen Rates – es ist eine ganze Reihe davon hier – ist in dieser Frage jemals anderer Auffassung gewesen.

Frau Dr. Weber: Ich kann das vollauf bestätigen.

Dr. Adenauer: Herr *Heuss* hat in dem Gespräch mit mir auch nicht die geringste Anspielung darauf gemacht, daß er anderer Ansicht sei.

Was die Frage der Wahlkapitulation angeht, so wurde sie in der Fraktion und im Vorstand ausführlich besprochen. Man war der Auffassung, man dürfe keine solche Wahlkapitulation mitmachen. Das ist hier ausdrücklich beschlossen worden.

Was Herr *Strauß* schließlich über andauernde Krisen gesagt hat, nun, da müssen wir abwarten, das werden wir sehen. Herr *Schäffer* wird Ihnen Auskunft darüber geben, wie die Ministerien verteilt werden sollen. Er hat darüber schon in einer Sitzung des Fraktionsvorstandes berichtet.

Schäffer: Meine Damen und Herren! Zur gleichen Stunde, als ich in den Vorstand gewählt wurde, begannen die Koalitionsbesprechungen. Herr Dr. *Adenauer* hat mir die

nicht angenehme Aufgabe übertragen, die Koalitionsbesprechungen in seiner Abwesenheit fortzuführen. Bei den Besprechungen handelt es sich hauptsächlich um die Ansprüche der FDP und DP. Ich habe der Fraktion darüber berichtet. Die FDP hat mit äußerster Hartnäckigkeit immer wieder die Forderung nach dem Bundesfinanzministerium erhoben. In Übereinstimmung mit Dr. *Adenauer* habe ich dieses Ansinnen stets abgelehnt und es als unmöglich bezeichnet, das Finanzministerium in die Hände eines Herrn der FDP zu legen. Die FDP wollte daraufhin die Angelegenheit noch einmal in ihrer Fraktion besprechen. Sie machte aber nun folgenden Vorschlag: Für den Fall, daß sie das Finanzministerium nicht erhalte, fordere sie drei Ministerien, nämlich das ERP-Ministerium, das Justiz-Ministerium und das Ministerium für Wohnungsbau. Ich habe daraufhin mit unserem Fraktionsvorstand Fühlung genommen, und in Übereinstimmung mit ihm stellte ich der FDP äußerstens zwei Ministerien in Aussicht: ERP-Ministerium und Justiz-Ministerium; zu einer weiteren Zusage sei ich außerstande.

Der Stand der Dinge ist vollkommen klar. Was die DP anlangt, so erhebt sie Anspruch auf ein wirkliches Ministerium, nämlich das Ernährungsministerium.

Nun kommt die Frage des Ministeriums *Hellwege*, das ich als ein Ministerium ohne Portefeuille betrachten möchte. *Hellwege* ist damit einverstanden; er ist Föderalist und möchte dem föderativen Gedanken dienen.

Die Stellung gegenüber der Bayernpartei dürfte zur Zeit folgende sein: Die Bayernpartei rechnet aus, daß die CDU – von der CSU gilt das weniger – bei der Wahl des Bundespräsidenten nicht einig gewesen sei. Wenn alle Abgeordneten für *Heuss* gestimmt hätten, dann hätte dieser mindestens 429 Stimmen auf sich vereinigt. Tatsächlich hat er nur 416 Stimmen erhalten. Man weiß auch, daß die Deutsche Rechts-Partei ihre fünf Stimmen Herrn *Heuss* gegeben hat. So müssen 17 Stimmen von der CDU/CSU auf einen anderen Kandidaten als auf *Heuss* gelautet haben. Unter diesen Umständen hält die Bayernpartei es für möglich, daß auch bei der Wahl des Bundeskanzlers die CDU/CSU nicht geschlossen für Dr. *Adenauer* stimmen werde. Sie wird daher beim ersten Wahlgang sich nicht beteiligen. Sie rechnet mit einer Vertagung und hofft, zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang ihre Stimme für Dr. *Adenauer* gegen einen guten Preis verkaufen zu können.[35] Im Namen meiner bayerischen Freunde möchte ich Sie bitten, uns die Situation, daß die Bayernpartei Gelegenheit hat, einen Kaufpreis auszuhandeln, möglichst zu ersparen. Ich bitte darum. Wenn schon bei den gegebenen knappen Mehrheitsverhältnissen eine Partei die Verantwortung übernimmt, dann soll sie das voll und geschlossen tun. Sonst verliert sie das Spiel.

Dr. Laforet: Der Parlamentarische Rat hat bei der Beratung des Grundgesetzes in einzelnen Teilen absichtlich eine allgemeine Fassung gewählt, die juristisch bedenklich ist. Dies gilt auch für den Artikel 64. Er ist in sich nicht absolut klar. Carlo *Schmid* sprach vom Bundespräsidenten als dem Pouvoir neutre, eine neutrale Gewalt, die sich in keinerlei politische Entscheidung einzumischen hat. Es wurde im Hauptausschuß klar ausgesprochen, daß das Grundgesetz vom Kanzlersystem ausgeht. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, nicht der Bundespräsident. Der Bundespräsident mag ein Gespräch mit dem Bundeskanzler über einzelne Persönlichkeiten führen, aber er hat die vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Ernennungen zu vollziehen. Er hat kein Recht, eine vorgeschlagene Ernennung abzulehnen. Die Ausschußprotokolle geben leider kein

35 So auch Blankenhorn, S. 58.

genügendes Bild. Nur aus den Ausführungen in der Debatte wird ganz klar, welchen Standpunkt der Verfassungsgesetzgeber einnimmt. Aber Sie wissen, daß Herr Carlo *Schmid* auch leicht geneigt ist, über abgrundtiefe Rätsel mit leichtem Sinn hinwegzugehen. Auch bei der Gesetzesverkündung gibt es kein Recht des Bundespräsidenten, etwa den Hüter der Verfassung zu spielen; er muß ein vom Bundestag angenommenes Gesetz verkünden. Genauso muß er einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister ernennen. Wir Juristen haben bei der Gestaltung des Grundgesetzes leider nicht den entscheidenden Einfluß gehabt. Mir wäre es viel lieber gewesen, wenn man den Wortlaut gewählt hätte: „ . . . sind zu ernennen" statt „ . . . werden ernannt und entlassen". Dann würde klargestellt worden sein, daß der Bundespräsident in diesem Fall keinerlei Entscheidungsbefugnis hat. Der Aufsatz, auf den vorhin hingewiesen wurde, stammt nicht von mir, sondern von meinem Bruder. Aber in diesem Punkt besteht zwischen uns keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Die zweite Frage ist die: Was geht der Wahl des Bundeskanzlers vor? Auch hierüber finden Sie in den Protokollen nur Ausführungen einzelner Redner. Klargestellt ist aber jedenfalls, daß die Persönlichkeit des Bundeskanzlers den Ausschlag geben soll, und zwar erstens auf Grund seiner allgemeinen Einstellung, Grundeinstellung, zweitens aus dem Grundsatz, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Dazu gehört auch die Auswahl seiner Mitarbeiter, die diese von ihm bestimmte Politik durchführen. Es mag sein, daß die Partei des Bundeskanzlers und die Koalitionspartner vom Bundeskanzler die Vorlage der Kabinettsliste fordern, ehe sie sich dazu entschließen, dem Kabinett das Vertrauen auszusprechen. Es kann aber auch sein, daß sie dem Kanzler schlechthin Vertrauen schenken. Das wäre dann das, was mein verehrter Freund Dr. *von Brentano* mit dem kurzen Wort „Ermächtigung" bezeichnet. Wenn Sie der Meinung sind, daß zur Schaffung einer klaren politischen Führung die Vorlage der Ministerliste an die Fraktion unerläßlich ist, daß man nicht dem Bundeskanzler die Auswahl der Persönlichkeiten allein überläßt, sondern den Fraktionen der Koalition einen Einfluß einräumt, dann müssen Sie eine entsprechende Forderung stellen, und zwar ausdrücklich. Wir können dem Bundeskanzler zwar keine Männer aufzwingen und aufdrängen, aber wir können ihm klipp und klar erklären, daß wir ihm unser Vertrauen nur geben, wenn er die und die Bedingungen erfüllt. So ist die Rechtslage. Es kann durchaus sein, daß die Wahl des Bundeskanzlers verschoben werden muß, wenn die Koalitionsfraktionen nicht bereit sind, dem Bundeskanzler freie Bahn zu geben und ihm ein kurz gefaßtes Vertrauen zu schenken. Aber diese Frage hat mit der Rechtslage nichts zu tun; sie ist vielmehr eine rein politische Frage, wie es auch eine politische Frage ist, vor die sich eine Fraktion gestellt sieht, ob sie nämlich dem gewählten Kanzler das Vertrauen gibt oder nicht. In Ihrer Hand liegt es zu fordern, daß Ihnen zuerst die Ministerliste vorgelegt wird, weil Sie glauben, daß Sie nur so ein erschöpfendes Bild über die Absichten und Pläne der Bundesregierung gewinnen können. Sie können aber auch einen anderen Weg gehen und, um ein viel mißbrauchtes Wort zu gebrauchen, dem Bundeskanzler plein pouvoir geben.

(Zuruf: Es gibt auch Zwischenlösungen.)

– Gewiß, man kann auch Zwischenlösungen [finden]; aber täuschen Sie sich darüber nicht: In dem Augenblick, in dem Sie den Kanzler gewählt haben, [haben Sie] sich Ihres Einflusses begeben.

Dr. Adenauer: Das gilt auch für die beiden anderen Koalitionsparteien.

(Zuruf: Das ist ein schwacher Trost.)

Dr. Laforet: Dr. *Adenauer* ist der Mann unseres Vertrauens; er hat uns erklärt, er würde sich in jeder wichtigen Frage mit uns ins Benehmen setzen. Aber sobald er zum Bundeskanzler gewählt ist, können wir als Fraktion keine Forderung mehr an ihn stellen, und er allein entscheidet über die Zusammensetzung seines Kabinetts. Es handelt sich hier um eine politische Entscheidung. In Frage steht allein, wie sich die politischen Voraussetzungen gestalten. Zu dieser Frage selbst will ich keine Stellung nehmen. Wir können den einen oder anderen Weg nehmen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, was wir tun.

Kleindinst: Ich möchte die Darlegungen des Kollegen Dr. *Laforet* in einem Punkt ergänzen. Die Stellung des Bundeskanzlers im Grundgesetz ist vollkommen klar. Der Bundespräsident kann gegenüber den einzelnen Bundesministern keine höheren Rechte in Anspruch nehmen, als er sie gegenüber dem Bundeskanzler in Anspruch nehmen kann. Dieser Gesichtspunkt ist noch nicht hervorgehoben worden. Die Bundesminister rücken nach dem Grundgesetz und im Gegensatz zur Weimarer Verfassung in eine zweite Linie. Nur der Bundeskanzler hat die hier umrissene verfassungsrechtliche Stellung. Gegen ihn allein, nicht gegen einen einzelnen Minister richtet sich ein Mißtrauensvotum. Die einzelnen Minister bedürfen weder eines Vertrauensvotums noch einer Wahl. Daher steht ohne Zweifel fest, daß der Bundespräsident kein Recht hat, einen vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Minister abzulehnen. Wohl aber hat er die Möglichkeit, wenn er Tatsachen über einen Kandidaten erfährt, die dem Bundeskanzler offenbar nicht bekannt sind, oder wenn er sonst politische Bedenken hat, diese dem Bundeskanzler zu sagen. Aber das ist eine rein persönliche und politische Angelegenheit. Verfassungsrechtlich muß der Bundespräsident einen Minister ernennen, der ihm vom Kanzler vorgeschlagen wird, und einen Minister entlassen, wenn der Kanzler es beantragt. Im übrigen stimme ich mit Dr. *Laforet* vollkommen überein.

Dr. von Brentano: Herr Dr. *Adenauer* schloß seine Ausführungen, indem er – erlauben Sie mir, das klar zu sagen – die Vertrauensfrage ankündigte. Nun, ich bitte ihn, überzeugt zu sein, daß wir ihm unser Vertrauen nicht versagen werden. Herr Dr. *Adenauer*, wir kennen Ihr souveränes Geschick in der Führung von Verhandlungen. Aber selbst Ihrem souveränen Geschick wird es nicht gelingen, unsere Fraktion zu einem Mißtrauensvotum zu gewinnen.

(Bravorufe und Heiterkeit!)

Ich will mich sehr kurz fassen. Ich will keine rechtlichen Betrachtungen anstellen; denn ich habe nicht den Eindruck, daß die Beziehungen zwischen unserer Fraktion und Herrn Dr. *Adenauer* irgendwie rechtlich bestimmt werden können. Uns kommt es nicht darauf an, Schwierigkeiten zu machen; das liegt uns meilenfern. Wir wollen morgen den Kanzler wählen. Dann fahren wir nach Hause, dann fahren auch die Herren von der FDP und DP nach Hause und sagen, Herr *Seebohm* und Herr *Hellwege* werden Minister, die Herren *Blücher*, Dr. *Dehler* und vielleicht noch ein Dritter von der FDP werden Minister. Nun, es gibt da noch eine dritte Gruppe, die ich nicht ganz zu vergessen bitte, Herr Dr. *Adenauer*: die CDU. Diese CDU würde morgen vielleicht nach Hause fahren, ohne zu wissen, wie das Kabinett aussieht. Für diese Situation bitte ich Sie, Verständnis zu haben. Herr Dr. *Adenauer*, bringen Sie uns bitte nicht in eine solche für uns peinliche, ja unerträgliche Situation. Wir müßten dann von unseren Wählern den berechtigten Vorwurf hören: Warum seid ihr eigentlich nach Bonn gefahren. Ihr kommt jetzt von der Wahl des Bundespräsidenten, des Präsidenten des Bundesrats und des Präsidenten des Bundestags, ihr kommt schließlich von der Wahl des Bundeskanzlers, und ihr könnt uns

nicht einmal sagen, wie das Kabinett aussieht! Offenbar habt ihr euch gar keine Gedanken darüber gemacht, wie die Politik der Bundesregierung aussehen soll. Ich bitte Sie, Herr Dr. *Adenauer*, inständig, die Frage, die ich hiermit angeschnitten habe, nicht als einen Mangel an Vertrauen aufzufassen. Ich versichere Ihnen für mich und für viele meiner Freunde, daß wir gar nicht die Absicht haben, wenn Sie uns Ihre endgültige Konzeption mitteilen, in eine Diskussion mit Ihnen darüber einzutreten und den verfehlten Versuch zu machen: Dessen Nase gefällt uns nicht, dessen Auffassung behagt uns nicht. Ich will mit meiner Frage nur eins erreichen: daß wir morgen, wenn wir den Kanzler wählen, auch wissen, wie seine Regierung aussieht. Meine Frage entspringt auch nicht einer Spur von Mißtrauen gegen Sie, verehrter Herr Dr. *Adenauer*. Aber bedenken Sie wohl, daß wir vor unseren Wählern eine Verantwortung tragen, die auch Sie uns mit dem Hinweis auf verfassungsrechtliche Bestimmungen nicht abzunehmen vermöchten. Ich kann mich nicht damit begnügen, am Samstag meinen Wählern zu sagen: Seid nur zufrieden; mit dem Kabinett werdet ihr schon einverstanden sein. Ich kann das nicht, ohne mich selbst als einen Abgeordneten zu entlarven, der offenbar hier in Bonn auf jeden politischen Einfluß zu verzichten bereit ist. Zu einem solchen Verzicht bin ich meinen Wählern gegenüber nicht berechtigt. Geben Sie uns die Möglichkeit, Herr Dr. *Adenauer*, daß wir mindestens ebensoviel wissen wie die Angehörigen der anderen Koalitionsparteien, wenn wir nach Hause fahren. Insoweit sollten Sie uns, Herr Dr. *Adenauer*, gerade im Hinblick auf das Vertrauen, das wir Ihnen entgegenbringen und erstreben, entgegenkommen können.

Dr. Adenauer: Ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu fassen. Ich bitte Sie noch einmal, Verständnis für die taktische Situation zu haben, wie auch ich Verständnis für Ihre Argumentation aufbringe. Bei der Frage der Kabinettsbildung geht es in erster Linie um die Person des Finanzministers. Das ist die entscheidende Frage; Herr *Schäffer* wird es mir bestätigen. Es steht für uns völlig klar und fest, meine Freunde, daß der Bundesfinanzminister ein Mann sein muß, der auf Grund seiner föderalistischen Einstellung nicht in die Versuchung kommt, von den Möglichkeiten, die das Grundgesetz dem Bunde gibt, auf Kosten der Länder Gebrauch zu machen. Diese Frage war der Angelpunkt, um den sich alles übrige drehte. Nun verlangte die FDP den Bundesfinanzminister für sich, und zwar zunächst für den Herrn Dr. *Höpker Aschoff*. Als die Herren erkannten, daß das unmöglich sei, entstand für Herrn *Blücher* eine neue Situation. Ich habe die Herren auf die Einstellung der FDP im Parlamentarischen Rat hingewiesen. In der Frage der Ordnung der Bundesfinanzen und der Länderfinanzen hat die FDP sich dem Diktat der Alliierten gefügt, vor allem Herr *Höpker Aschoff*. Seit dieser Zeit ist die FDP bei uns und in der Öffentlichkeit mit dem Odium belastet, in diesem Punkt föderalistisch nicht sicher zu sein. Daher bin ich, und dies sagte ich auch Herrn *Blücher*, nicht in der Lage, falls ich Bundeskanzler werden sollte, einem Angehörigen der FDP das Bundesfinanzministerium zu übertragen. Das habe ich klipp und klar erklärt; Herr *Schäffer* wird es mir bestätigen. Ich gehe nun auf die Ausführungen des Herrn *Strauß* ein. Die Herren von der FDP, und zwar Herr Dr. *Höpker Aschoff* in erster, Herr *Blücher* in zweiter Linie hatten sich auf das Bundesfinanzministerium versteift. Nun mußte man ihnen doch, wenn man ihnen das Bundesfinanzministerium nicht geben wollte, einen Ersatz bieten. Nun ergab sich die Möglichkeit, daß das ERP eine deutsche Vertretung in Paris durch einen Bundesminister verlangt. Sieht man nun, daß der Vorschlag, Herrn *Blücher* zum stellvertretenden Bundeskanzler und ERP-Minister zu machen, bei Herrn *Blücher* Anklang findet, weil er sich für diesen Posten für geeignet hält, dann erscheint es mir doch taktisch

richtig, ihn auf solche Weise von seiner Forderung auf Besetzung des Bundesfinanzministeriums abzubringen. Immerhin, die FDP hat die Forderung nach dem Bundesfinanzminister noch nicht völlig aufgegeben. Wenn es mir nun jetzt gelingt, die Stimme der FDP für meine Wahl zum Kanzler zu gewinnen, ohne daß ich der FDP eine weitere Zusage als den stellvertretenden Kanzler, das ERP-Ministerium und das Justizministerium gegeben habe, dann bin ich gegenüber weiteren Forderungen der Demokraten als gewählter Bundeskanzler in einer absolut unangreifbaren Lage und Stellung. Denn ich bin gewählt auch mit den Stimmen der FDP, und ich bin überzeugt, die FDP wird sich mit den beiden Ministerien begnügen. Das ist doch mehr als selbstverständlich. Aber es ist andererseits klar, daß ich die drei Koalitionsfraktionen gleich behandeln muß, daß ich den drei Koalitionsfraktionen gegenüber im gleichen Sinne vorgehen muß. Anders ausgedrückt: Ich will die Stimmen der FDP und der DP nicht als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, sondern als designierter Bundeskanzler. Gewiß hat Herr Dr. *von Brentano* Recht, wenn er sagt, kein Mitglied der CDU-Fraktion kann nach Hause fahren, ohne zu wissen, wie das Kabinett aussieht. Aber ich habe von diesem Platz aus wiederholt gefordert, die Fraktion müsse beisammen bleiben, mindestens bis übermorgen. Und ich ging dabei davon aus, daß ich die Fraktion über den Gang und den Stand der Koalitionsverhandlungen laufend unterrichten würde, aber als Bundeskanzler. Ist denn das nicht zu verstehen, daß dies die beste Art ist, um zu einem Ergebnis zu kommen, wie wir es hier alle wünschen? Von Ihnen, meine Freunde, hätte ich einen Widerstand gegen diese meine Methode wahrlich nicht erwartet. Bei der FDP und der DP war ich darauf gefaßt. Die Demokraten haben [sich] auf das Finanzministerium gespitzt. In der Tat, das Bundesfinanzministerium ist das wichtigste Ministerium, und das wollten die Herren haben. Ich möchte es ihnen auf eine Weise verweigern, daß sie nicht abspringen können, das ist meine Methode, meine Damen und Herren, und ich bin nach wie vor der Auffassung, sie ist richtig. Ich hoffe, daß ich damit bei den Demokraten durchkomme. Ihrer Forderung, Herr Dr. *von Brentano*, möchte ich im vollsten Umfang nachkommen. Nachdem morgen vormittag die Kanzlerwahl vollzogen sein wird, habe ich vor, auf morgen nachmittag als Bundeskanzler, nicht als Vorsitzender dieser Fraktion, einige Herren der drei Fraktionen zusammenzurufen und mit ihnen zu überlegen, wie wir das Kabinett nun gestalten. Daß bis dahin entweder die Fraktion in toto oder vielleicht ein verstärkter Vorstand versammelt bleiben muß, ist doch eine absolute Selbstverständlichkeit. Für wie jung halten Sie mich denn eigentlich?

(Heiterkeit.)

Ich würde doch niemals daran denken, dem Bundespräsidenten meine Minister vorzuschlagen, ohne daß ich weiß, daß die große Mehrheit der Fraktion damit einverstanden ist.

Dr. Köhler: Das wollten wir doch nur hören, Herr *Adenauer*.

Dr. Adenauer: Lieber Herr *Köhler*, erstens haben Sie es gehört, zweitens ist das selbstverständlich.

(Zuruf: Nein, nicht ganz selbstverständlich.)

– Dann überschätzen Sie meine diktatorischen Gelüste. Verlassen Sie sich darauf: Ich bin diktatorisch nur mit starkem demokratischen Einschlag.

(Heiterkeit.)

Nein, meine Damen und Herren, lassen wir diese Scherze beiseite. Angesichts unserer schweren Zeit und entsprechend dem Geist des Grundgesetzes müssen wir Entschei-

dungen treffen. Wir können uns nicht auf einen großen Kuddelmuddel einlassen. Das ist es ja auch, was uns bewogen hat, nicht mit der SPD zusammenzugehen. Ich bitte Sie also, versammelt zu bleiben. Wenn ich morgen vormittag zum Bundeskanzler gewählt bin, werde ich Vertreter der drei Fraktionen als Bundeskanzler zu mir bitten und mit ihnen dann erörtern, wie wir das Kabinett zusammenstellen. Ich bitte Sie, das ist doch auch ein Beweis dafür, daß ich gar nicht daran denke, wie ein Diktator zu verfahren. Auch die Frage der Besetzung des Innenministeriums muß noch besprochen werden; ich möchte sie nicht schon heute entscheiden, nachdem ich sehe, wie sehr sie die Gemüter beschäftigt.

(Die Sitzung wird um 14 Uhr unterbrochen und um 16.07 Uhr wieder aufgenommen.)

Kaiser: Meine Damen und Herren, Herr Dr. *Adenauer* hat mich bitten lassen, den Beginn der Sitzung auf etwas spätere Zeit zu verlegen. Er kann noch nicht anwesend sein. Ich darf Herrn *Blankenhorn* bitten festzustellen, ob wir überhaupt mit seinem Kommen rechnen dürfen.

Dr. Köhler: Der Geschäftsordnungsausschuß hat beschlossen, daß Drucksachen des Bundestags als verteilt gelten, wenn sie in den Postfächern der Abgeordneten abgelegt sind. Daher ist eine tägliche Leerung der Fächer dringend geboten.

Kaiser: Noch eine Mitteilung: Jene Abgeordneten, die bisher ihre Bonner Anschrift noch nicht angegeben haben, werden gebeten, sich in die Liste im Fraktionsbüro einzutragen.

Weiter darf ich an die Ausfüllung der Fragebogen mit den nötigen Personalangaben usw. erinnern. Soweit solche Bogen fehlen, liegen sie im Fraktionsbüro auf.

Ferner bitte ich die Herren Abgeordneten, falls sie in der nächsten Zeit Bonn verlassen, ihre Anschrift im Fraktionsbüro anzugeben.

Schließlich werden die Abgeordneten gebeten, in einer Liste, die im Fraktionsbüro aufliegt, ihre Wünsche bezüglich der Mitgliedschaft in bestimmten Ausschüssen einzutragen.

Vogel: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte folgenden Antrag stellen: Es hat sich herausgestellt, daß die Belastung der vier ersten Vorstandsmitglieder zu stark ist, als daß sie sich mit den laufenden Geschäften abgeben können. Daher beantrage ich, entsprechendes Personal einzustellen, das diese Arbeiten erledigen kann.

Kaiser: Es ist ein Ausschuß gebildet worden, der diese Dinge regeln soll. Der Vorstand muß sich mit diesen Fragen so rasch als möglich befassen.

(Die Sitzung wird bis 18 Uhr unterbrochen.)

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren, heute nachmittag waren drei Herren von den Demokraten bei mir und Frau *Kalinke* von der Deutschen Partei. Ich habe da ein ähnliches Gespräch führen müssen wie heute morgen hier: Man wollte vor der Wahl des Kanzlers genau wissen, was, inwiefern, warum, wieso usw. Die Herren kamen mit sehr großen Ansprüchen. Wir sind dann dahin übereingekommen, daß wir heute abend um 7 Uhr eine Besprechung abhalten, bei der wir, wie ich Ihnen vorschlage, entsprechend dem Stärkeverhältnis der andern mit 14 Herren oder Damen antreten, und zwar drüben in meinem Zimmer. Es sind Schnittchen da, so daß gegessen werden kann. Ich bitte die betreffenden Herren oder Damen, sich darauf einzurichten, daß die Sitzung [bis] tief in die Nacht hineingehen wird.[36] Es könnten also Ermüdungserscheinungen auftreten, aber

36 Zu diesen Verhandlungen Nr. 74, S. 413f., Nr. 76 und Blankenhorn, S. 58f.

diese Ermüdungserscheinungen müssen in der Hauptsache auf der anderen Seite auftreten.

(Heiterkeit. Zuruf: Wissen das die anderen jetzt nicht früher, schon ehe sie kommen?)

– Wenn sie das wittern und schon etwas trinken, habe ich gar nichts dagegen.

(Lebhafte Zurufe.)

– Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie wir sonst durchkommen wollen. Wir sollen morgen den Kanzler wählen und müssen ihn morgen wählen; es ist alles darauf eingestellt, und die Abgeordneten werden alle herbeigeholt. Zum andern würde die Bevölkerung es nicht verstehen, wenn wir jetzt nicht wenige Tage, nachdem der Bundespräsident gewählt ist und nachdem der Bundespräsident durch ein Schreiben an den Präsidenten des Bundestags mich als Kanzler vorgeschlagen hat[37], zur Wahl kommen.

Ich bitte Sie also, meine Damen und Herren, gleich diejenigen zu bestimmen, die an der Verhandlung teilnehmen sollen. Ehe Sie diese Bestimmung treffen, darf ich Ihnen selbst eine kurze Liste vorlegen, auf der ich einige Namen zusammengestellt habe; dabei handelt es sich aber nur um Diskussionsvorschläge.

Zuvor muß ich Ihnen noch sagen, worum sich die Diskussion heute nachmittag gedreht hat. Die Demokraten sagten: Wir Demokraten sind nach Ihrem Vorschlag an keinem der großen wirtschaftlichen Ministerien beteiligt! – Als große wirtschaftliche Ministerien bezeichneten sie das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium und ein von ihnen verlangtes Sozialministerium[38], bei dem auch die Aufgaben bearbeitet werden sollen, die mit den Sozialversicherungszweigen zusammenhängen, weil sich bei diesen Versicherungen das Kapital ansammeln werde, das für die nächsten Jahre entscheidend sei.

In erster Linie kamen sie wieder zurück auf das Finanzministerium, kamen dann aber plötzlich mit dem Vorschlag wegen dieses Sozialministeriums heraus, von dem ich Ihnen eben berichtet habe. Sie erklärten, daß nach ihrer Auffassung für dieses Sozialministerium Herr Dr. *Schäfer* aus Hamburg in Betracht komme; Herr Dr. *Schäfer* sei Angehöriger der Angestelltengewerkschaft; infolgedessen habe man da bei den Gewerkschaften eine gewisse Sicherung; außerdem sei er auch ein Fachmann von besonderer Bedeutung.

Nachher, als die Demokraten weg waren, stimmte Herr *Seebohm* im Gespräch diesem Vorschlag restlos zu, erklärte aber für die Deutsche Partei, daß in dieses Sozialministerium vier frühere Angehörige des Arbeitsministeriums eingebaut werden müßten, von denen drei der CDU/CSU angehören, damit man eine Garantie dafür habe, daß der Minister nichts tun werde, was unseren Anschauungen nicht entspreche.

(Unruhe und Zurufe.)

– Ich referiere Ihnen nur, meine Damen und Herren!

Was das ERP-Ministerium angeht, so sagten sie, es komme ganz darauf an, was man ihm zuteilen wolle; davon werde es abhängen, ob es etwas wert sei oder nichts wert sei.

Ich habe – außer mir war Herr *Schäffer* da – bezüglich dieser großen Ministerien, also, sagen wir einmal, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium und ERP-Ministerium, den Standpunkt vertreten, daß das alles ja in engstem inneren Zusammenhang stehe,

37 Zur Reaktion der FDP hierauf Nr. 76.

38 Nach Blankenhorn, S. 55, ging der Vorschlag, Arbeits- und Sozialministerium zu trennen, auf *Adenauer* zurück.

weiter, daß gerade bei uns in Deutschland jetzt alles in fortdauerndem Fluß sei, so in der Entwicklung begriffen sei, daß es unmöglich scheine, nun einem früher richtigen Brauch entsprechend für jedes Ministerium bis unten hin feste Ressortmauern aufzurichten, daß da nichts anderes übrigbleibe, als daß eben die leitenden Leute gemeinsam versuchten, die Dinge vorwärtszutreiben.

Ich wiederhole: Zu irgendeinem Ergebnis sind wir nicht gekommen. Nachher – schade, daß Herr *Schäffer* noch oben im Ältestenrat festgehalten ist; denn Herr *Strauß* und die anderen bayerischen Freunde werden sich dafür interessieren – wurde ausgeführt, daß den Bayern ja darum zu tun sei, in erster Linie die Bundesfinanzen auf föderalistischer Grundlage verwaltet zu sehen, und da Herr *Seebohm* den Bayern als Föderalist genüge, wurde vorgeschlagen, dem Herrn *Seebohm* das Finanzministerium zu übertragen

(Zuruf: Kann der denn alles?)

und den bayerischen Freunden das Innenministerium zu übertragen.

(Zuruf des Abg. *Blank*.)

– Ich habe ja nur referiert, Herr *Blank*, ich habe gar keine Stellung dazu genommen, auch bei den Leuten keine Stellung genommen!

Ich habe nun eine Liste zusammengestellt, die ich eventuell zu ergänzen bitte; es schadet nichts, wenn der eine oder andere noch hinzukommt.

Ich hatte vergessen, etwas Wichtiges zu sagen: Herr *Blücher* hatte den lebhaften Wunsch, es möchte einer von uns dabei sein, der den Organisationsvorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz[39] beherrsche. Ich weiß nun nicht, wer von Ihnen den beherrscht. Ein Exemplar davon werden wir wohl dahaben.

(Zurufe.)

– Herr *Kühn*, Sie beherrschen ihn?

(*Kühn*: Ich bin vielleicht der Vater!)

– Ich glaube, der Plan hat viele Väter.

(Heiterkeit und Zurufe.)

– Meine Herren, hier meldet sich noch ein Vater.

(Zuruf: Ich war im Ausschuß!)

– Ich glaube, es ist am besten, wenn ich Ihnen meine Namensliste einmal verlese. Ich wiederhole aber, daß diejenigen Damen und Herren, die das übernehmen, Geduld und Ausdauer haben müssen:

Adenauer, *Hilpert*, *von Brentano*, *Erhard*, *Strauß*, *Schäffer*, *Kaiser*, *Holzapfel*, *Kunze*, *Gerstenmaier*, *Storch*, *Albers*, *Lange*, Frau *Weber*.

(Zuruf: Darf ich fragen, welcher *Hilpert*?)

Dr. *Hilpert*.

Rümmele: Ich würde vorschlagen, daß wir unseren Parteifreund Anton *Hilbert* mit hinzunehmen, dann ist auch einer aus dem Süden dabei.

Dr. Adenauer: Meine Herren, ich habe die dringende Bitte, daß wir bei der Zusammensetzung dieses Ausschusses weder nach Norden noch nach Süden, weder auf katholisch noch auf evangelisch sehen, sondern hier müssen in erster Linie wirklich diejenigen Leu-

39 Vgl. Wengst, S. 99–106.

te heran, die von diesen Dingen etwas verstehen, und das sind – ich wiederhole es – das Finanzwesen, die Wirtschaft und die Arbeit. Das sind die drei Dinge, um die es sich hier handelt. So angenehm mir Herr *Hilbert* ist und ich gern jemand auch aus Süd-Baden dabei hätte, aber ich glaube, in dem Zusammenhang scheint das nicht nötig zu sein.

(Zuruf: Ich wollte Herrn Carl *Schröter* vorschlagen!)

– Ja, damit wir einen von Schleswig-Holstein haben?

(Zuruf: Ich schlage Herrn Dr. *Wuermeling* vor! Weiterer Zuruf: Ich möchte Herrn Dr. *Junglas* als den Sozialminister vorschlagen![40])

Darf ich zunächst einmal fragen, wer von den bisher Vorgeschlagenen glaubt, nicht gut – so will ich mich einmal ausdrücken – mittun zu können?

(Zurufe.)

– Frau *Weber* haben wir auf alle Fälle nötig; sie war lange Jahre im Wohlfahrtsministerium. Herrn *Blank* haben wir auch nötig; Herrn *Albers* ebenfalls.

(*Albers*: Wenn Sie meinen?!)

– Ich meine! – Dann Herrn *Storch* selbstverständlich, Herrn *Gerstenmaier* auch, Herrn *Kunze* ebenfalls. Herr *Holzapfel* ist noch oben, Herr *Kaiser* auch noch, ebenso Herr *Schäffer*. Dann brauchten wir Herrn *Strauß*, bayerische Belange!

(*Strauß*: Ich brülle im Moment nicht!)

– Sie sollen heute abend brüllen! Also Sie sind dabei. – Dann Herrn *Erhard* natürlich, Herrn *von Brentano* auch als einen der Väter, ferner Herrn Dr. *Hilpert*.

(Dr. *Hilpert*: Ich bin auch bereit, zugunsten meines Namensvetters, mit dem ich weder verwandt noch verschwägert bin, zu verzichten!)

– Jetzt gehen Sie aber mit der christlichen Nächstenliebe zu weit! – Es bliebe dann noch Herr *Pünder* und meine Wenigkeit.

(Zuruf: Wir möchten Herrn Dr. *Kather* vorschlagen!)

– Meine Damen und Herren, beschränken wir uns doch auf das Notwendigste; wir könne keine große Plenarsitzung abhalten!

Ich wiederhole: Die Gebiete, um die es sich handelt, sind: Finanzwesen, Wirtschaft, Arbeit und Sozialversicherung. Das sind die Dinge, um die die Diskussion gehen wird.

Dr. Steinbiß: Von den anderen Parteien kommen doch auch noch Herren hinzu; also wird der Kreis doch schon reichlich groß!

Dr. Adenauer: Es werden noch acht von den beiden anderen Parteien hinzukommen.

(Zuruf: Ist es nicht möglich, daß auch ein Flüchtlingsvertreter hinzukommt? – Lebhafter Widerspruch.)

Schröter: Meine Damen und Herren, ich war vorgeschlagen, möchte auf jeden Fall aber verzichten und bitten, dafür jemanden von den Flüchtlingen, und zwar aus dem Lande Schleswig-Holstein zu nehmen. Ich schlage Herrn Dr. *Kather* vor. Man kann nicht daran vorbeigehen.

Dr. Adenauer: Verehrter Herr *Schröter*, ich sehe wirklich nicht ein, warum diesmal ein Flüchtling dabei sein soll!

Schröter: Spielt das nicht eine große Rolle beim Sozialministerium?

---

40 *Junglas* war bereits von *Altmeier* als Ministerkandidat vorgeschlagen worden. Vgl. Nr. 53.

Dr. Adenauer: Die Flüchtlinge haben doch mit dem Sozialministerium gar nichts zu tun. Ich denke, wir bestehen darauf, daß ein Flüchtlingsministerium kommt?

Dr. Kleindinst: Ich weiß nicht, ob das erwünscht ist; ich halte es für grundsätzlich falsch, ein Flüchtlingsministerium zu fordern.

Dr. Adenauer: Ich hätte bald ein hartes Wort gesagt, Herr *Kleindinst*! Ich bin der Auffassung, man soll mit Grundsätzen sparsam umgehen, namentlich im politischen und parlamentarischen Leben. Wir haben uns im Wahlkampf fast alle für ein Flüchtlingsministerium eingesetzt, die Sozialdemokratie hat es ebenfalls getan; da können wir doch nicht ausgerechnet jetzt nein sagen.

(Zuruf.)

– Sie mögen es für falsch halten, Herr *Kleindinst*. Der Mensch tut manches im Leben, was er hinterher für falsch hält. Wenn Sie sich mit Herrn *Kather* unterhalten, wird er Ihnen klarmachen, daß es grundsätzlich richtig ist.

(Dr. *Kather:* Das habe ich schon getan, aber er sieht es nicht ein!)

– Das sagt er von Ihnen auch!

(Dr. *Kather*: Er versteht nichts davon!)

Dr. Gerstenmaier: Vielleicht wird uns im Laufe der nächsten Stunden noch etwas einfallen, damit wir zu einer Lösung kommen, die beide Seiten befriedigt. Ich glaube nicht, daß jetzt der richtige Ort und die richtige Zeit ist, diese Debatte zu entfesseln.

Dr. Kather: Ich wollte nur sagen, daß ich es für richtig halte, wenn heute abend ein Flüchtling dabei ist.

Dr. Adenauer: Herr *Kather*, ich habe Ihnen eben doch noch gesagt, daß ich absolut auf dem Standpunkt stehe, es müsse ein Flüchtlingsministerium eingerichtet werden.

(Lebhafte Rufe: Bravo!)

Im übrigen, meine Freunde, berichteten die FDP-Leute und die von der Deutschen Partei übereinstimmend, daß sie den heftigsten Angriffen in ihren Fraktionen ausgesetzt worden seien wegen der großen Zahl der Ministerien.

(Zurufe: Sehr richtig!)

– Sicher: „Sehr richtig!", nur muß man es dann anders machen! Also, die Diskussion ist da ganz ähnlich gegangen.

Herr *Gerstenmaier*, Sie sagen, wir kommen mit zehn Ministerien aus. Bitte, machen Sie sich klar, welche Ministerien wir absolut nötig haben, also die sogenannten klassischen Ministerien, und dann [die], welche wegen unserer besonderen Notlage hinzukommen müssen. Ich habe einmal feststellen lassen, wieviel Ministerien wir in den Jahren 1919 und 1920 gehabt haben.[41] Da war ganz dieselbe Geschichte gewesen wie jetzt auch. Wir haben ein Innenministerium nötig, ein Justizministerium und ein Finanzministerium. Damals brauchte man sogar ein Wehrministerium und ein Auswärtiges Amt. Damals hatte man sogar ein Kolonialministerium.[42] Das ist doch eine gewisse Parallele zu den

41 Im Kabinett *Scheidemann* (13. 2.–20. 6. 1919) betrug die Zahl der Ministerien 13; im Kabinett *Bauer* (21. 6. 1919–27. 3. 1920) 11, wobei es während der Regierungszeit in einzelnen Fällen zu Auflösungen und Neubildungen von Ministerien kam. Vgl. Anton Golecki (Bearb.), Das Kabinett Bauer (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik), Boppard/Rh. 1980, S. 809f.

42 Dessen Geschäfte wurden ab dem 7. 11. 1919 durch den Reichsminister für Wiederaufbau abgewickelt. Ebenda, S. 810.

heutigen Verhältnissen. Schließlich hatten wir noch ein Ministerium für die besetzten Gebiete[43], ein Ministerium für wirtschaftliche Demobilmachung[44], ein Wiederaufbauministerium.[45] Das waren Ministerien, deren Notwendigkeit sich auch damals aus den besonderen Zeitläufen ergab.

In dem Zusammenhang muß ich Ihnen allerdings auch sagen, meine Herren: Wenige Ministerien mit Wasserköpfen darunter haben auch keinen Zweck! Ich darf da auch einmal eine falsche Auffassung zu zerstören suchen, die hier zu herrschen scheint. Bei diesem Wiederaufbauministerium, wie es fälschlicherweise genannt wird, handelt es sich doch nicht lediglich darum, Häuser zu bauen, sondern um die Frage, ob wir in der Lage sind, die Zwangswirtschaft zu brechen, weiter darum, ob wir dafür sorgen, daß das Privatkapital sich wieder für den privaten Wohnungsbau interessiert. Darüber müssen wir uns völlig klar sein: Alle theoretischen Betrachtungen helfen uns nichts, wenn es uns nicht gelingt, das private Kapital wieder für den Wohnungsbau zu interessieren. Gelingt uns das nicht, so wird die Wohnungsfrage niemals gelöst werden. Das ist ein solcher Komplex von Fragen, daß die des Wohnungsbaues und der Geldbeschaffung für den Wohnungsbau nur als eine Teilfrage erscheint.

Ich bin deswegen im Gegensatz zu Herrn *Gerstenmaier* der Auffassung, daß man dieses Ministerium nicht mit dem Flüchtlingsministerium zusammentun soll.[46] Es handelt sich dabei um eine ganz andere Materie. Wenn dieses Ministerium Erfolg hat, wird dadurch auch das Los der Flüchtlinge in etwas gemildert, weil sie Wohnungen bekommen; das ist die indirekte Wirkung. Ich würde es auch optisch gesehen für falsch halten, wenn wir die beiden Ministerien in einem zusammenkoppeln würden. Wenn Sie aber sonst Vorschläge haben, wie man Ministerien zusammenlegen könnte, dann bitte, bringen Sie sie vor.

Albers: Es ist doch nicht etwa beabsichtigt, jetzt die Diskussion von heute morgen fortzusetzen?

Dr. Adenauer: Etwas Zeit haben wir schon noch, Herr *Albers*.

Albers: Wenn wir nämlich wieder in die Diskussion von heute morgen eintreten wollen, müßten wir den ganzen Fragenkomplex, der heute morgen behandelt worden ist, erneut aufreißen. Das scheint mir zur Stunde nicht richtig zu sein.

Zur Sache selber wollte ich nur auf einen Punkt verweisen: Lassen Sie uns bei den Überlegungen über die zu schaffenden Ministerien nicht davon ausgehen, Arbeit und Sozialversicherung zu trennen!

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist der Kardinalpunkt der ganzen Auseinandersetzungen, an denen die Arbeitnehmerschaft interessiert ist. Danach wird sich die Gesamtbeurteilung der jetzigen und der kommenden Dinge stärkstens richten.

Dann habe ich einen zweiten Appell – nicht an Sie persönlich, Herr Dr. *Adenauer* – : Lassen Sie uns die Zahl der Minister nicht über das notwendige Maß hinauswachsen las-

---

43 Ein Reichsministerium für die besetzten Gebiete ist erst am 13. 8. 1923 von der Reichsregierung *Stresemann* eingerichtet worden.

44 Dieses Ministerium fiel mit dem Ende des Kabinetts *Scheidemann* im Juni 1919 weg.

45 Eingerichtet am 25. 10. 1919.

46 So auch im Minderheitsvorschlag des Organisationsausschusses der Ministerpräsidentenkonferenz. Vgl. Wengst, S. 166. *Gerstenmaiers* Argumentation in Nr. 78, S. 435f.

sen. Es gibt auch psychologisch Grenzen, die wir beachten müssen. Ich weiß, daß wir Politik zu machen haben und nicht alles so machen können, wie wir selbst es vielleicht für richtig halten, also so, wenn wir allein das Kabinett machen könnten oder würden. Aber wir dürfen auch hier die klare Linie nicht aus den Augen verlieren. Wir dürfen keinen Ministerposten schaffen, um damit ein politisches Geschäft nach irgendeiner Seite zu machen!

(Zustimmung.)

Ein Drittes hätte ich Ihnen zu sagen, meine Damen und Herren: Denken Sie bei allen Überlegungen und bei allen kommenden Entscheidungen daran, wie sehr es darauf ankommt, denjenigen, die draußen in erster Linie die Politik der CDU zu vertreten haben, die Arbeit in den nächsten sechs Monaten leichter zu machen. Nach sechs Monaten haben wir die Erfolge, davon bin ich überzeugt; es kann auch noch schneller gehen. Aber bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir auch irgendwie und gut zum Volke sprechen können. Wir müssen verhüten, daß die Gewerkschaften in eine Position gegen uns gebracht werden. Deshalb sollte auch im Kabinett ein Mann von uns drin sein. Ich bleibe bei dem, was ich schon vor Wochen sagte: Als Arbeitsminister gehört in das Kabinett ein Mann aus der christlichen Arbeiterschaft, der noch Resonanz bei den Gewerkschaften hat. Das ist ein wichtiger politischer Gesichtspunkt. Denken Sie daran, daß wir die Gewerkschaften, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, in einer Art guten Willens uns gegenüber halten müssen!

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Den letzten Teil der Ausführungen von Herrn *Albers* habe ich den anderen Leuten gegenüber auch gemacht, und was den ersten Teil angeht, in bezug auf die Zahl der Ministerien, so bin ich durchaus Ihrer Meinung. Der ganze Vorstand war dieser Meinung. Aber es hat sich keine Übereinstimmung darüber ergeben, auf keinerlei Art, welche Ministerien nun künftig fortfallen können. Und wenn wir uns im Prinzip auch einig sind, möglichst wenig Ministerien zu schaffen, so kann ich mir für das bloße Prinzip nichts kaufen. Da muß man schon praktische Vorschläge machen, welche Ministerien nun wegfallen können.

(Zuruf: Herr Dr. *Adenauer*, dazu war wirklich keine Zeit!)

– Lassen Sie mich bitte zu Ende sprechen. Schließlich sind ja die Herren *Albers*, *Storch*, *Blank* und Frau *Weber* extra von mir vorgeschlagen, damit sie diesen Standpunkt, der eben hier vertreten worden ist, auch dort vertreten.

Bausch: Wir sind heute früh auseinandergegangen mit der Feststellung des Herrn Vorsitzenden, daß wir diese besonders wichtigen Fragen besprechen wollen, zu denen Herr *Ehlers* als Redner vorgemerkt war. Darf ich zur Geschäftsordnung anregen, daß wir nun bei diesem Punkt der Verhandlungen damit fortfahren?

Dr. Adenauer: Einen Augenblick, meine Damen und Herren! Ich darf auch an den Ausgangspunkt von heute vormittag anknüpfen, muß Ihnen aber sagen, daß die ganze Situation jetzt ein anderes Aussehen hat. Sie müssen selbstverständlich morgen früh ins Bild gesetzt werden über das, was sich heute abend oder im Laufe der Nacht hier ereignet. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, daß ich den dringenden Wunsch habe, wir könnten die Gegenseite überzeugen, damit wir zu einem Ergebnis kommen. Wir müssen aber morgen früh um 11 Uhr den Kanzler wählen, auch wenn wir noch nicht einig sind.

Ich wiederhole: Sie haben dieses Programm heute morgen nur zum Teil gebilligt. Sie sehen aber aus den Forderungen der Demokraten und der Deutschen Partei: Der Kanzler, wenn er erst einmal gewählt ist, hat bei den Koalitionsverhandlungen eine viel stärkere

Position als jetzt der Vorsitzende der CDU. Auf alle Fälle müßten Sie also morgen früh schon ziemlich zeitig hier sein.

(Zurufe: Wann?)

– Sagen wir: um halb 10. Wird das gehen?

(Lebhafte Zustimmung.)

Wollen Sie dann jetzt noch die Ausführungen von Herrn *Ehlers* hören? – Bitte sehr, Herr *Ehlers*.

Dr. Ehlers: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich darf anknüpfen an das, was Herr Dr. *Adenauer* heute morgen gesagt hat: daß auf verschiedenen Gebieten Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien, auch in der Frage der Beteiligung der verschiedenen Konfessionen. Es ist bekanntgeworden, daß vorgestern im Rahmen eines geselligen Zusammenseins der evangelischen Mitglieder der Fraktion ein Meinungsaustausch über diese Frage stattgefunden hat. Damit darüber grundsätzliche Klarheit besteht, möchte ich folgendes ausführen:

Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß die evangelischen Mitglieder der Fraktion nicht die Absicht haben, ihre besonderen evangelischen Belange zu vertreten und die protestantischen Interessen zu wahren. Es ging lediglich darum, einen Meinungsaustausch darüber herbeizuführen, in welcher Weise und durch welche Politik die evangelischen Mitglieder der Fraktion dazu beitragen können, den Gedanken der Union zu stärken und zu verwirklichen. Wir sind uns darüber einig geworden, daß diesem Ziel nicht dienen kann irgendeine Form von organisierter Teilfraktion der Evangelischen.

(Sehr richtig!)

Es ist also nicht beabsichtigt, hier eine evangelische Unterfraktion zu schaffen. Wenn es nötig werden sollte, werden wir in loser Form einen Meinungsaustausch herbeiführen, der allerdings zum Ziele hat, den peinlichen Eindruck zu vermeiden, daß nacheinander dieser oder jener aufsteht und seine Meinung als die Meinung der Evangelischen vertritt. Wir möchten eine gewisse Einheitlichkeit herbeiführen.

Diese Absicht, meine Damen und Herren, entspringt einmal der Lage der evangelischen Kirche. Es ist oft genug darüber geredet worden, ich brauche das nicht zu wiederholen, wie stark und nachhaltig wir darum ringen müssen, die evangelischen Kreise des deutschen Volkes an die Christlich-Demokratische Union heranzuholen, wie sehr wir also ringen müssen gegen den zunehmenden Liberalismus auch innerhalb der evangelischen Kirche. Wir können gar nicht leugnen, daß die liberalen Kräfte auch dort im Vormarsch sind. Es geht darum, die wirklich evangelischen Kräfte zur gemeinsamen Verantwortung innerhalb der Union aufzurufen.

Das heißt aber auch, meine Damen und Herren, daß insbesondere wir, die in besonders gefährdeten Landschaften lebenden Evangelischen im Rahmen der Union – als Beispiel bieten sich ganz natürlich an Schwaben und das nördliche Niedersachsen –, diesen Evangelischen das gute Gewissen und die Möglichkeit geben, dem immer wiederkehrenden – Sie mögen sagen: läppischen – Vorwurf zu begegnen, daß sie im Grunde nichts anderes seien in der CDU als Briefträger der Katholiken.

Von diesem Gesichtspunkt aus, den wir nicht für richtig halten, gegen den wir uns aber zu wehren haben, ist von uns die Frage erörtert worden: Welche Möglichkeit gibt es, eine evangelische Vertretung in der Regierung, eine evangelische Beteiligung an der Regierung von der CDU aus zu schaffen, die deutlich macht, daß auch in den entscheidenden

Fragen unseres politischen Lebens der Gedanke der Union verwirklicht wird, damit wir uns nicht in der peinlichen Lage sehen, daß die Vertreter der Evangelischen in der Regierung nur aus der Deutschen Partei und aus der FDP kommen?

Von diesem Gesichtspunkt aus, meine Damen und Herren, sind wir zu der Meinung gekommen – jedenfalls die Mitglieder der Fraktion, die an jenem Abend zugegen waren –: Wir wünschen nicht, daß irgendwelche Ministerien geschaffen werden, nur um Leute unterzubringen, auch nicht, um evangelische Leute unterzubringen. Ministerien sollten nur aus sachlichen Notwendigkeiten heraus geschaffen werden.

Zweitens bestand unter uns völlige Einmütigkeit darüber – ich hoffe, daß es eine Einmütigkeit der Fraktion ist –, daß Ministerposten nicht etwa besetzt werden sollen, weil irgendwo ein persönlicher Ehrgeiz besteht.

Drittens haben wir zum Ausdruck gebracht: Es wäre gut, wenn in eines der Schlüsselministerien eine Persönlichkeit käme, die vor der ganzen evangelischen Öffentlichkeit als Repräsentant der evangelischen Kirche dasteht und die in der schwierigen Situation, die wir in manchen Landesteilen haben, ein Zeichen des guten Gewissens und die Verkörperung des Gedankens der Union ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ist von uns die Frage der Besetzung des Innenministeriums erörtert worden. Herr Dr. *Adenauer* hat das heute morgen angeschnitten. Wir haben in einer Besprechung, die wir mit Dr. *Adenauer* heute morgen haben konnten, aus der damaligen Situation heraus gebeten, Herrn Oberbürgermeister Dr. *Heinemann* aus Essen zu sich zu bitten, um mit ihm die Übernahme des Innenministeriums zu besprechen.[47] Meine Damen und Herren! Das ist aus dem Grunde geschehen, um auch hier eine Persönlichkeit, eine hervorragende Persönlichkeit der evangelischen Kirche in den Kreis der Betrachtungen hineinzuziehen. Herr Dr. *Heinemann* ist Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, Mitglied des Rates. Seine Beteiligung an der Besprechung von Fragen, die jetzt im Hinblick auf das gesamte kirchliche Leben zur Erörterung stehen, wäre dringend erwünscht.

Das ist die Bitte, die wir vorgetragen haben und die wir hier noch einmal aussprechen und deren Berücksichtigung bei den Verhandlungen heute nacht wir empfehlen. Es ist die Bitte nicht irgendeiner Gruppe, die sich als Gruppe verstanden wissen will, sondern ein Gesamtanliegen der Union!

(Lebhafter Beifall.)

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Herren waren heute morgen bei mir; der eine oder andere von uns hat auch gestern schon mit mir darüber gesprochen. Ich darf den einen oder anderen Gedanken wohl in etwas anderer Form wiedergeben. Es ist mir gestern insbesondere von Herrn *Schröder* vorgetragen worden, daß ein großer Teil der evangelischen Wählerschaft in einer gewissen – er drückte sich so aus, deswegen gebrauche ich das Wort – Zerfaserung begriffen sei. Er sagte, es sei zu befürchten, daß ein großer Teil zur Deutschen Rechtspartei, ein anderer zur Deutschen Partei, ein weiterer

47 Über diese Besprechung schreibt Blankenhorn, S. 58: „Aussprache *Adenauers* mit der protestantischen Gruppe unter Führung von *Ehlers*, *Gerstenmaier* und *Bucerius* über die Kandidatur *Heinemanns* zum Innenminister. *Adenauer* knüpft hieran die Bedingung, *Heinemann* möchte sich von seinen sämtlichen Ämtern frei machen. Insbesondere sei zu prüfen, ob der Union dadurch Schaden erwachse, daß *Heinemann* seine so bedeutenden Ämter in der evangelischen Kirche aufgebe."

zur Demokratischen Partei gehen würde, so daß wir von den evangelischen Freunden entblößt würden, weil man uns als die katholische Partei kennzeichnet.

Aus diesen Erwägungen heraus ist dann gesagt worden: Wir möchten eine Persönlichkeit wie Herrn *Heinemann* an einer führenden Stelle ins Kabinett setzen, und zwar als Innenminister, um so diesem Prozeß entgegenzuarbeiten.

Herr *Heinemann*, meine Damen und Herren, ist wohl fast allen bekannt. Herr Dr. *Heinemann* ist ein außergewöhnlich begabter Mensch. Er hat – ich referiere in allen Dingen ganz objektiv – eine besondere Kenntnis auf dem Verwaltungsgebiet nicht. Herr *Heinemann*, der ursprünglich der Justitiar einer Bergwerksgesellschaft war, ist seit etwa anderthalb Jahren Oberbürgermeister nach englischem Ritus in Essen.[48] Ein Oberbürgermeister nach englischem Ritus – diejenigen, die aus der britischen Zone sind, werden das verstehen – ist nach meiner Meinung ein Mann, der nun auf [dem] Verwaltungsgebiet durch eine Tätigkeit von anderthalb Jahren keine besondere Erfahrung sammeln kann. Aber Herr *Heinemann* ist ein ungewöhnlich begabter Mensch und wird sich höchstwahrscheinlich schnell die nötigen Kenntnisse aneignen.

Nun habe ich Herrn *Heinemann* – ich habe das den Herren heute morgen gesagt – dringend mehrfach gebeten, sich doch als Bundestagskandidat aufstellen zu lassen. Das hat Herr *Heinemann* mir [gegenüber] wiederholt abgelehnt[49], und zwar mit folgender Begründung: Wenn er Bundestagsabgeordneter wäre, dann würde er den Oberbürgermeisterposten verlieren; den müsse er abgeben. Da aber die Wahl in Essen halb und halb steht, würde höchstwahrscheinlich doch ein Sozialdemokrat diesen Oberbürgermeisterposten bekommen.

Er hat mir dann weiter gesagt – das bitte ich namentlich die Herren, die Herrn *Heinemann* nominiert haben, doch einen Augenblick zu überlegen –: Wenn er als Bundestagsabgeordneter politisch so hervortrete, dann würde er den Einfluß, den er infolge seiner kirchlichen Ämter jetzt habe, einbüßen. Er hat mir vorgestellt, daß er gerade für die CDU sehr viel besser eintreten könne, wenn er dort bleibe, wo er ist, weil er dann diese kirchlichen Ämter beibehalten könne.

Ich habe die Herren auch gefragt, wie es denn werden würde, wenn Herr *Heinemann* Innenminister werden würde. – Die Herren haben mir gesagt, er müsse dann selbstverständlich alle diese Posten niederlegen, auch seine kirchlichen Ämter. Er würde die kirchlichen Ämter im Lauf der nächsten dreiviertel Jahre niederlegen müssen, sagten Sie, glaube ich, Herr *Ehlers*. Wer dann sein Nachfolger ist, steht nicht fest.

Daher müssen wir nun auch überlegen, an welcher Stelle Herr *Heinemann* der CDU den besseren Dienst leistet: indem er dafür sorgt, daß die Evangelischen zu uns kommen und bei uns bleiben, oder ob als Innenminister, der diese Ämter nicht mehr hat. Darüber habe ich bisher mit Herrn *Heinemann* nicht sprechen können. Wenn die anderen Herren nicht heute nachmittag zu diesen Koalitionsverhandlungen gekommen wären, hätte ich Herrn *Heinemann* herübergebeten und mit ihm darüber gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen ein vollständiges Bild geben: Von anderer Seite ist bei mir der Gedanke angeregt worden, Herr Kollege *Lehr* solle das Amt des Innenministers übernehmen. – Herr *Lehr* ist, wie Sie wissen, meine Damen und Herren,

48 *Heinemann* war ab dem 30. 10. 1946 Oberbürgermeister von Essen. Handbuch des Landtages von NRW, 1. WP., Düsseldorf 1949, S. 285.

49 Diesbezüglicher Briefwechsel vom Juni/Juli 1949 im NL Heinemann, vorl. 9.

alter Fachmann auf Verwaltungsgebieten. Er ist immer in der Kommunalverwaltung tätig gewesen und war dann, wenn auch nicht sehr lange, Oberpräsident von Nordrhein-Westfalen nach der Besetzung.[50] Von anderer Seite wiederum wurde mir aber gesagt, daß doch Herr Kollege *Lehr* nicht in dem Sinne als Repräsentant der evangelischen Kräfte wirke oder gelten könne wie Herr *Heinemann*.

Zu der Frage der Besetzung des Innenministeriums weiter folgendes: Dieser Innenminister muß erstens etwas von Verwaltung kennen, er muß zweitens etwas von Organisation kennen und muß drittens, meine Freunde – und das unterstreiche ich –, gegenüber der Sozialdemokratie gepanzert sein, denn es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie versuchen wird, wenn sie jetzt nicht in der Regierung drin ist, möglichst viele Leute in wichtige Stellungen hineinzubringen. Viertens muß der Innenminister folgende Tatsache kennen und beachten: Unsere gesamte Polizei in den Ländern ist miserabel!

(Lebhafte Zustimmung.)

Das ist zum Teil Schuld der Besatzungsbehörden, die aber, wie ich von der englischen Besatzungsbehörde und dieser Tage auch von der amerikanischen Besatzungsbehörde hier hörte, anfangen einzusehen, daß sie eine furchtbare Dummheit gemacht haben. Es ist in Wirklichkeit so, meine Freunde, daß fast alle leitenden Polizeiposten in den Händen der Sozialdemokratie sind,

(erneute lebhafte Zustimmung.)

zum Beispiel in Rheinland-Pfalz ausschließlich, in Nordrhein-Westfalen fast ausschließlich, sehr stark auch in Bayern und selbstverständlich auch in Hamburg. Also überall hat die Sozialdemokratie es verstanden, sich diese leitenden Stellen bei der Polizei zu verschaffen.

Nun hat die SPD[51] weitere Versuche gemacht, zum Teil mit Erfolg – die Nachrichten sind allerdings nicht allerletzten Datums – sich schon jetzt bei den leitenden Polizeistellen Leute zu sichern, die bereit sind, später für die SPD[51] einzutreten.

Alles in allem: Wenn irgend etwas passieren sollte, Unruhen oder so etwas, dann wird die Polizei die letzte Organisation sein, die irgendwie für Ruhe und Ordnung sorgt. So sehr ich Föderalist bin, glaube ich doch, es wird gar nichts anderes übrigbleiben, als daß wir auf irgendeine Weise wenigstens zu verhüten suchen. Nehmen Sie einmal an, in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet käme es eines Tages zu Unruhen – das ist in der Vergangenheit ja auch schon so gewesen – und die Polizei von Nordrhein-Westfalen ist absolut nicht in der Lage, da für Ordnung zu sorgen. Ehe dann Polizei aus anderen Ländern herangezogen werden kann und darf, die wahrscheinlich auch nicht sehr viel besser ist, ist dort alles kurz und klein geschlagen!

Das ist also eine sehr schwierige Frage. – Es sind jetzt die Namen *Heinemann* und *Lehr* genannt worden. Ich hatte außerdem an Herrn *Weitz* gedacht[52], und zwar deswegen – das trifft aber auch für die Herren *Lehr* und *Heinemann* zu –, weil Herr *Weitz* die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Gefahren, die dort entstehen, aus eigenem Wissen kennt. Er war lange Jahre Beigeordneter in Duisburg, war nach

50 *Lehr* war von Oktober 1945 bis August 1946 Oberpräsident der Nordrheinprovinz. Potthoff/Wenzel, S. 67f.

51 In der Vorlage „SED".

52 Vgl. Nr. 58.

1945 noch einmal Oberbürgermeister in Duisburg und ist jetzt Finanzminister in Nordrhein-Westfalen.[53] Er ist auch ein erfahrener Verwaltungsmann.

Wir haben also jetzt drei Leute, die alle drei aus Nordrhein-Westfalen stammen, und das – das möchte ich speziell unseren süddeutschen Freunden sagen – scheint mir an sich richtig zu sein; denn der Hauptunruheherd liegt im Industriegebiet, in Nordrhein-Westfalen. Unruhen, die anderswo entstehen, werden immer mehr oder weniger lokaler Natur sein und eher zu begrenzen sein. Nordrhein-Westfalen aber ist das verwundbarste Gebiet, ist das Gebiet, das natürlich linksradikalen Zugriffen und Unruhestiftern am meisten ausgesetzt ist. Daher glaube ich, daß man in diesem Falle wenigstens einmal die Frage Nord oder Süd ruhig ausschalten darf. Es handelt sich hier wirklich darum, einen Mann dorthin zu bringen, der tatsächlich die Gefahren ermessen kann und versteht, die durch die kommunistische Agitation in Nordrhein-Westfalen, das heißt im Ruhrgebiet, entstehen können.

Jetzt habe ich Ihnen einen Überblick über die ganze Sachlage gegeben, und es wäre mir sehr lieb, Herr *Albers*, wenn Sie sich äußern würden.

Albers: Meine Damen und Herren! Ich möchte von mir aus die Ausführungen, die Herr Dr. *Adenauer* über Herrn Dr. *Heinemann* gemacht hat, bestätigen. Bei allen Vorverhandlungen über die Aufstellung der Kandidaten ist Herr Dr. *Heinemann* vom geschäftsführenden Vorstand der rheinischen Partei mehrmals aufgefordert worden, sich zur Verfügung zu stellen. Herr Dr. *Heinemann* ist solchen Aufforderungen immer wieder aus dem Wege gegangen. Er hat erklärt: Wenn er politisch-parlamentarisch gebunden ist, kann er die große Aufgabe, im evangelischen Volke zu wirken, nicht erfüllen. Das waren die Gründe, die den geschäftsführenden Vorstand der rheinischen Partei veranlaßten, nicht weiter in Herrn Dr. *Heinemann* zu dringen.

Nun sind mir aber im Laufe der letzten Tage verschiedene Vorschläge aus der Fraktion über die Besetzung des Innenministeriums zur Kenntnis gebracht worden. Ich hörte vor einigen Wochen davon, als der Name Dr. *Weitz* genannt wurde. Ich habe die Sache nicht vom konfessionellen Standpunkt aus betrachtet. Ich habe, als ich diesen Namen zum ersten Mal hörte, der Fraktion eigentlich schon zu diesem Vorschlage gratuliert, weil Dr. *Weitz* nach meiner Auffassung wegen seiner Erfahrungen und auf Grund seines ganzen Werdeganges und mit Rücksicht auf die Aufgaben, die zu bewältigen sind, mir als der zuständigste und auch der sachverständigste erschien. Ich möchte also von mir aus den Gedanken, Herrn Dr. *Weitz* auf diese wichtige Stelle, also das Ministerium des Innern, zu berufen, stark unterstützen, weil ich sein Wirken im Land Nordrhein-Westfalen nach der sachlichen Seite genügend kennengelernt habe.

Inzwischen ist nun noch etwas hinzugekommen. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Kollegen Dr. *Dresbach* gerade über diese Frage einmal eingehender zu sprechen. Kollege Dr. *Dresbach* hat mir – Dr. *Müller* war Zeuge – eingehend bewiesen, welche Aufgaben der Innenminister in der Kommunalpolitik und im Polizeiwesen zu erfüllen hat, also das, was Herr Dr. *Adenauer* anführte bezüglich der Organisation und einiger anderer Dinge. Wenn wir daran denken, daß wir auch im Lande Nordrhein-Westfalen viele Dinge im Polizeiwesen und auch in der Kommunalpolitik in Ordnung zu bringen haben, wenn wir bedenken, daß es in anderen Ländern ähnlich liegt, dann sollten wir uns jetzt nur fragen:

53 *Weitz* war von 1920 bis 1927 Beigeordneter der Stadt Duisburg, anschließend bis 1933 Oberbürgermeister in Trier, von 1945 bis 1947 Oberbürgermeister in Duisburg und ab Juni 1947 Finanzminister von NRW. Handbuch des Landtages von NRW, 1. WP., Düsseldorf 1949, S. 334.

Wer ist der tüchtigste, wer ist der zuverlässigste und wer ist der zuständige Mann? Wir dürfen diese Sache nicht allein vom konfessionellen Gesichtspunkt aus betrachten. Ich habe Verständnis für die Wünsche unserer evangelischen Freunde, und diese Wünsche müssen irgendwie erfüllt werden. Aber in diesem Augenblick sollten wir doch in erster Linie die sachlichen Notwendigkeiten sehen und sollten uns von diesem oder jenem nur wichtig scheinenden Gesichtspunkt freimachen. Auf Grund der Personalkenntnisse, der Übersicht über die Verhältnisse in der britischen Zone, die ich habe gewinnen können, kann ich Ihnen nur empfehlen, Herrn Dr. *Weitz* in erster Linie für diese Position zu berücksichtigen.

Bausch: Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß wir diese Frage hier erörtern müssen. Ich bin der Meinung, wir sollten grundsätzlich möglichst bald zu einer Situation in der CDU kommen, bei der wir die Frage evangelisch-katholisch überhaupt nicht mehr berühren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Für uns kann es nur darum gehen, daß wir die besten Leute heraussuchen. Wenn die besten Leute lauter Evangelische sind, dann sollten wir lauter Evangelische nehmen, und wenn die besten [Leute] lauter Katholiken sind, dann wollen wir lauter Katholiken nehmen.

(*Albers:* Einverstanden!)

Aber wir sind leider noch nicht so weit. Wir stehen in einer Entwicklung, in der wir darum kämpfen, daß das Gros der evangelischen Christen seine politische Heimat in der CDU findet. Wir kämpfen hier einen verzweifelten Kampf, einen Kampf von einer Härte, von der die meisten von Ihnen sich wahrscheinlich gar keine Vorstellung machen. Einige von uns haben im Jahre 1945 die Verantwortung dafür übernommen, daß der evangelische Volksteil seine politische Heimat in der CDU findet. Wir sind von den kirchlichen Stellen weithin völlig allein gelassen worden!

(Zurufe: Leider!)

Einige wenige, sage ich, haben diese Verantwortung übernommen, und das hat dazu geführt, daß ein ganz beträchtlicher Teil der evangelischen Christen zur CDU abmarschiert ist. Bei uns in Württemberg besteht die Mehrzahl der Wählerschaft aus evangelischen Wählern.

(Zurufe.)

– Gut, auch Württemberg-Baden! Nun haben wir nach längerer Bemühung erreicht, daß bei der letzten Wahl auch führende Kirchenmänner zu uns gekommen sind. Das ist ein erfreulicher Vorgang, und wir hoffen, daß diese Entwicklung sich weiter fortsetzt und diese Umwälzung sich zugunsten der CDU auswirkt.

Es ist aber völlig ausgeschlossen, meine verehrten Freunde, daß wir diesen Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg weiterführen, wenn unsere Gegner bei den Liberalen, bei den Sozialdemokraten oder sonstwo mit einigem Recht sagen können, daß wir Evangelischen in der CDU nur geduldet sind und daß wir um unser Heimatrecht in der CDU noch kämpfen müssen.

Dazu sage ich Ihnen folgendes: Wenn ich diese Liste der Regierungsmänner durchsehe, wie sie jetzt vorläufig aufgestellt ist, dann muß ich und jeder, der diese Liste ohne besondere Böswilligkeit durchsieht, sagen: fast lauter Katholiken! Man wird uns fragen: Wo ist denn nun eure Heimatberechtigung im Lager der CDU?

(Zurufe.)

– Bitte, meine Damen und Herren, nehmen Sie das doch sehr ernst! Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß diese Liste, so wie sie jetzt vorliegt, eine fast überwiegend katholische Liste ist, und das ist für uns unerträglich. Wir fordern, daß unter allen Umständen eine führende Persönlichkeit aus dem evangelischen Lager, eine Persönlichkeit von Rang, Gewicht und Autorität, eine Persönlichkeit, die ihrer Glaubenshaltung wegen ein Echo in den lebendigen Teilen des evangelischen Volkes hat, an einen wichtigen Platz in dieser Regierung gestellt wird. Es tut mir bitter leid, daß wir diese Dinge hier überhaupt noch sagen müssen. Wenn wir um einen Posten für einen Mann bitten und wenn wir diesen Mann benennen, dann sollten wir das nicht zweimal sagen müssen.

Dr. Dresbach: Meine Damen und Herren! Herr Dr. *Adenauer* hat einmal ausgeführt, daß das Innenministerium kein Vorbild in der Zweizonenverwaltung habe, daß es sich darum handele, ein neues aufzubauen. Ich darf einige Gedanken dazu vortragen vom Standpunkt der unteren Verwaltungsbehörden. Wir sind daran interessiert, daß wir nicht zu viele Ministerien bekommen; wir wissen, daß ein Zuviel die Arbeit der Verwaltungsbehörden nur verwirren kann. Wir sind interessiert daran, daß im Innenministerium ein gutes Ministerium entsteht, in dem möglichst viele Fachressorts untergebracht werden, auch im Interesse der Einheit der Verwaltung. Es muß verhindert werden, daß die allgemeine und innere Verwaltung einschließlich der Kommunalverwaltung weiter ausgehöhlt wird, wie es in der Hitlerzeit und in der Okkupationszeit geschehen ist.

Unter diesem Innenminister stelle ich mir einen Mann vor, der vor allen Dingen eine Kooperation der Länder-Innenminister lenkt, damit wir uns auf dem Gebiete des Polizeirechts, des materiellen wie des formalen Polizeirechts, des kommunalen Verfassungsrechts nicht weiter wie bisher in der Okkupationszeit auseinanderleben, sondern damit wir da wieder zusammengebracht werden. Das bedeutet, daß dieser Mann auch menschliche Qualitäten haben muß, damit er diese elf oder wieviel Innen-Länderminister zu dieser Kooperation zu führen vermag.

Weiterhin muß das Innenministerium ein Organisationsministerium sein, und zwar auch auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts, der Landesverwaltung, um auch da zu verhüten, daß wir uns allzusehr auseinanderleben.

Wenn ich mir nun die drei genannten Kandidaten ansehe – *Lehr*, *Weitz*, *Heinemann* –, dann stelle ich folgendes fest: Herr *Heinemann* ist vornehmlich Industriejurist und deshalb als Chairman of the council verhältnismäßig spät in die Verwaltung eingetreten, so daß er sich bestimmt nicht die Kenntnisse wie die Herren *Weitz* und *Lehr* hat erwerben können, die durch die Schule der Kommunalverwaltung nach der rheinischen Städteordnung gegangen sind. Ich bin weiterhin der Meinung, daß auch Herr *Heinemann*, den ich ungemein verehre, nicht die Qualitäten hat, diese widerspenstigen Innenminister der Länder zu zähmen.

(*Bausch*: Reden Sie sich doch nicht auf solche Dinge heraus!)

– Verzeihung, Herr *Bausch*! Ich habe Sie nicht unterbrochen, hören Sie mich bitte auch bis zu Ende an! Oder wünschen Sie mich als zweite Garnitur anzufassen? Ich würde Sie davor warnen müssen!

(Heiterkeit und Zurufe.)

Herr *Weitz* hat bestimmt mehr als Herr *Heinemann* die Fähigkeit, diese widerspenstigen oder unter Umständen, sagen wir, widerspruchsvollen Innenminister zu einer Koopera-

tion zu lenken. Jedenfalls kann ich mich vom Standpunkt der Verwaltungsbehörden, die nachher die Dinge auszuführen haben, nur für jemanden aussprechen, der in der Verwaltung gestanden hat und in ihr aufgewachsen ist.

Dabei wäre bei den Herren *Lehr* und *Weitz* noch zu sagen, daß ihnen auch die Gesichtspunkte der kommunalen Verwaltung bekannt sind, daß sie die Staatsverwaltung eigentlich nur vom Standpunkt des Beaufsichtigten kennen. Hier ist uns vor allem jemand von diesem Schlage nötig. Wir kommen damit leichter zurecht als ich mit meinem Nachbarn, Herrn *Bausch*, der mich so scharf monierte. Wir brauchen jemanden, der die Staatsverwaltung und vor allen Dingen die Sonderverwaltungen kennt, damit das Auseinanderstreben der staatlichen Verwaltungssäulen vermieden wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe rein fachlich-sachlich gesprochen. Ich weiß schon, daß ich vom Standpunkt des Herrn *Bausch* nicht mehr zur evangelischen Kirche gehöre. Aber, Herr *Bausch*, ich darf Ihnen antworten: Ich gehöre nach wie vor dazu!

Dr. Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. *Bucerius*.

Dr. Bucerius: Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, diese Debatte heute nicht zu vertiefen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben vor kurzem folgenden Sachverhalt festgestellt: In bezug auf die Beteiligung der Evangelischen am Kabinett liegt ein Notstand vor, der in irgendeiner Weise überwunden werden muß. Was wir aber unter allen Umständen vermeiden müssen, das ist, daß wir bei dieser Gelegenheit eine Auseinandersetzung zwischen einem sogenannten protestantischen und einem sogenannten katholischen Flügel entfachen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß bei der Erörterung dieses Themas im Fraktionsvorstand vor allem katholische Kollegen gerade aus Bayern großes Gewicht darauf gelegt haben, daß in unser aller Interesse die evangelische Seite nicht zu kurz wegkommt. Dieser Gefahr, in eine solche Debatte zu geraten, scheinen wir hier zu erliegen.

Ebenso unmöglich ist es, in diesem Stadium der Dinge Personalfragen genau und im vorhinein zu entscheiden. Es ist ein bestimmter Vorschlag gemacht worden. Wir haben gehört: Herr Dr. *Adenauer* hat die Absicht, mit Herrn Dr. *Heinemann* sachlich zu verhandeln. Die Bedenken, die in bezug auf Herrn *Heinemann* bestehen, sind Ihnen bekanntgemacht worden, insbesondere im Hinblick darauf, ob seine wichtigen kirchlichen Aufgaben nicht zu kurz kommen würden. Darüber kann aber nur einer Auskunft geben, das ist Herr Dr. *Heinemann* selbst, darüber muß er sich mit Herrn Dr. *Adenauer* unterhalten. Wenn diese Unterhaltung stattgefunden hat, wissen wir darüber Bescheid. Dann müssen wir prüfen, ob, wenn dieser evangelische Kandidat nicht in Frage kommt, sich ein anderer geeigneter evangelischer Kandidat finden läßt. Namen sind bereits genannt worden.

Ich schlage Ihnen also vor, diese Debatte zu schließen, die sonst wirklich ins Unendliche gehen würde. Wir befassen uns erneut mit diesem Thema, wenn diese wichtige Unterhaltung stattgefunden hat.

Dr. Adenauer: Es haben sich noch zum Wort gemeldet die Herren *Etzel*, Frau *Steinbiß*, Herr *Feldmann* und *Tillmanns*, dann ich selbst, ferner die Herren *Bausch* und *Lübke*.

Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

(Zurufe.)

– Zur Geschäftsordnung Herr *Strauß*.

Strauß: Die Koalitionsverhandlungen sollten um 19 Uhr beginnen; es ist jetzt 19.15 Uhr!

Dr. Adenauer: Ich halte fortwährend Verbindung mit dem Ältestenrat, wo unsere Herren und auch die Herren von den Demokraten sind. Dort ist man noch nicht fertig, und ich darf Ihnen auch sagen, worum es sich da handelt: Man ist sich darin einig, daß morgen um 11 Uhr Sitzung ist mit der Tagesordnung: Wahl des Bundeskanzlers. – Wenn die Sache fertig ist, schließt sich nach 10 Minuten Pause eine zweite Sitzung an mit den Verhandlungsgegenständen – nicht wahr, Kollege *Holzapfel* –: Einstellung des Strafverfahrens gegen *Loritz* und gegen den FDP-Abgeordneten *Onnen*.

Dr. Holzapfel: Ferner noch eine Entnazifizierungssache; Einzelheiten darüber weiß ich nicht.

Dr. Adenauer: Ich darf weiter referieren. Man streitet sich noch über folgendes: Die Sozialdemokraten wollen, daß am Freitag unter allen Umständen eine Sitzung stattfindet, bei der ihre Demontagevorschläge erledigt werden.[54]

(Zurufe: Kommt nicht in Frage!)

– Wir haben hier und da schon darüber gesprochen, aber ich wiederhole: Ich halte es, solange eine Bundesregierung nicht da ist, einfach für unmöglich, daß Sitzungen mit geschäftlichem Inhalt stattfinden.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Zweitens werde ich morgen sagen können, daß wir wieder einmal daran sind, sämtliches Porzellan kaputtzuschlagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir jemanden heraufschikken, um unseren Herren zu sagen, wir seien einstimmig der Ansicht: keine Sitzung, ehe die Bundesregierung steht!

Dr. Holzapfel: Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß es nötig ist, das oben noch einmal zu sagen; denn wir haben diesen Standpunkt mit aller Schärfe und mit allem Nachdruck vertreten. Es wäre höchstens zu überlegen, ob die Herren es nicht noch einmal öffentlich sagen könnten, daß die Fraktion in dieser Frage einheitlich derselben Meinung ist. Ich darf hinzufügen, daß beispielsweise das Zentrum, vertreten durch Frau *Wessel*, sich mit allem Nachdruck dafür ausgesprochen hat, daß dieser Punkt zur Verhandlung kommt.

Dr. Adenauer: Natürlich habe ich den Vorschlag nicht gemacht, damit unseren Herren der Rücken gestärkt wird, sondern nur, damit unsere Herren sagen können: Unsere Fraktion ist vollzählig versammelt und hat einstimmig diesen Beschluß gefaßt.

Auf die Anträge zur Geschäftsordnung komme ich gleich zurück. Ich darf Ihnen noch berichten über die Gründe, die die Deutsche Partei veranlaßt haben, sich dafür einzusetzen, daß die Mindestzahl für die Festsetzung der Fraktionsstärke auf 10 heruntergesetzt wird: Zwischen der *Loritz*-Partei und dem Zentrum ist eine Fraktionsgemeinschaft in Bildung begriffen.[55]

---

54 Vgl. Anm. 16.

55 Über Bestrebungen dieser Art berichtete die „Frankfurter Rundschau" bereits am 1. 9. 1949. Danach hatte die WAV an das Zentrum und die DRP gleichlautende Telegramme gesandt, in denen sie zu Besprechungen über die Bildung einer gemeinsamen Fraktion aufforderte. Das Zentrum war auf dieses Gesprächsangebot unter der Bedingung eingegangen, daß sich eine mögliche Fraktionsgemeinschaft darauf beschränkt, Vertretern des Zentrums und der anderen

(Heiterkeit und Zurufe: Verloben die sich?)

– Ist Herr *Loritz* Junggeselle, Herr *Strauß*?

(*Strauß:* Ich glaube ja. – Große Heiterkeit.)

– Ich habe nichts gesagt!

Aber, meine Damen und Herren, die Deutsche Partei wies darauf hin, daß dann diese Fraktionsgemeinschaft mit, ich weiß nicht wieviel Mandaten vor der Deutschen Partei kommt, und daß sie dann eventuell ins Präsidium kommt.

(Zurufe: Dritter Vizepräsident!)

– Einen Augenblick, meine Damen und Herren, man muß die Dinge einmal ausrechnen. Ich habe auch zuerst gelacht, als ich gehört habe: *Loritz* und Fräulein *Wessel* gehen zusammen. Aber es hat alles seine zwei Seiten. Man muß sich das einmal ausrechnen, auch bei den Ausschüssen. Wenn wir bei der Fraktionsstärke auf 10 heruntergehen, könnte es sein, daß uns bei den 15er und 21er Ausschüssen Ausfälle entstehen. Auf der anderen Seite, wenn diese beiden Gruppen eine Fraktionsgemeinschaft von 23 Mann bilden, wäre es möglich, daß sie nicht überall da hineinkommen. Das muß man sich einmal in Ruhe ausrechnen. Ich wollte nur den Herren vom Geschäftsordnungsausschuß, insbesondere Herrn *von Brentano* sagen, wie die Deutsche Partei zu dieser Idee gekommen ist.

Dann wurde die Anregung gegeben, doch unseren Herren zu helfen, die vorläufig keine Sitzungen mit sachlichen Gegenständen haben wollen, und zwar dadurch, daß Sie die vorläufige Geschäftsordnung noch nicht fertigstellen. Sie sehen, wie groß der Einfluß des Vorsitzenden sein kann.

(Zuruf: Wollen Sie Herrn Dr. *Heinemann* empfangen und dazu hören?)

– Sicher, soweit ich kann! Aber ich wiederhole, daß das morgen zu irgendeiner Stunde im Laufe des Tages sein kann. Ich weiß aber noch nicht, wann. Selbstverständlich will ich ihn hören.[56]

Stimmen Sie nun dem Vorschlage von Herrn Dr. *Bucerius* zu, diese Debatte jetzt zu beenden, bis ich im Laufe des Tages morgen Herrn *Heinemann* gesprochen habe?

(Zurufe.)

– Dann müssen wir abstimmen über den Antrag.

(Lebhafte Zurufe. – Dr. *Steinbiß:* Aber die Sache ist doch zu wichtig!)

– Was soll ich denn tun? – Es haben sich noch zum Wort gemeldet: *Etzel*, Frau *Steinbiß*, Herr *Feldmann*, Herr *Tillmanns*, Herr *Bausch* und nun noch eine ganze Reihe, auch Herr *Lübke* noch. Es ist ganz klar, meine Damen und Herren, daß je nach dem Ausfall meiner Unterredung mit Herrn *Heinemann* die ganze Geschichte noch einmal besprochen wird.

Also es wird verlangt, abzustimmen über den Antrag auf Vertagung. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist die überwiegende Mehrheit.

---

beiden Parteien Sitz und Stimme in den Ausschüssen zu besorgen. Ende des Monats September 1949 beschlossen Zentrum und WAV die Bildung eines „Stellenanteilkartells". Siehe BT Sten. Ber., S. 206 A.

56 Vgl. Nr. 75.

Darf ich dann noch einmal die Namen derjenigen verlesen, die sich, sobald wir im Ältestenausschuß fertig sind, bereit halten müssen, drüben in mein Zimmer zu kommen:

Dr. *Hilpert*, Herr *von Brentano*, Herr *Erhard*, Herr *Strauß*, *Schäffer*, *Kaiser*, *Holzapfel*, *Kunze*, *Gerstenmaier*, *Storch*, *Albers*, *Blank*, Frau *Weber*, Herr *Pünder*.

Gengler: Sollen wir jetzt im Geschäftsordnungsausschuß auf 10 heruntergehen?[57]

Dr. Adenauer: Sagen Sie, das sei ein so neuer Gesichtspunkt, wir wären in der Fraktion noch nicht dazugekommen, wir könnten die Tragweite nicht überschauen.[58]

Meine Damen und Herren, es wird eben gefragt, ob die Diskussion von heute morgen nicht weitergeführt werden soll.

(Zurufe.)

– Nein, sie war noch nicht abgeschlossen! Aber Sie werden sich darüber klar sein, daß eventuell die Verhandlungen mit den anderen Koalitionsparteien eine Änderung der ganzen Sachlage mit sich bringen könnten, die wir berücksichtigen müssen. Deswegen wollen wir ja, wie wir gesagt haben, morgen früh um halb zehn zusammenkommen, um Ihnen zu berichten, was heute abend dort drüben besprochen worden ist.

Dr. Vogel: Ich habe heute morgen den Antrag gestellt, dafür zu sorgen, daß wir endlich einmal weiterkommen in der Organisation des Fraktionsvorstandes. Dazu müssen wir unbedingt den Fraktionsvorstand einberufen. Wir müssen das wissen, das kann nicht dauernd verschoben werden!

Dr. Holzapfel: Darf ich zunächst noch aus der Sitzung des Ältestenrats über einige andere Dinge berichten? –

Oben ist über das Abstimmungsverfahren für die Wahl des Bundeskanzlers gesprochen worden. Wir haben uns dahin geeinigt, daß auf den Stimmzettel „Ja" oder „Nein" geschrieben werden soll. Rein formell ist es damit keine Wahl. Es wurde aber gesagt, daß diejenigen, die nun absolut Herrn Dr. *Adenauer* nicht haben wollten, irgendeine Möglichkeit haben müßten, diese ihre ablehnende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Zuruf: Und die, die sich der Stimme enthalten?)

– Die können einen weißen Zettel abgeben. Es wäre die Möglichkeit gewesen, auf den Zettel „*Adenauer*" schreiben zu lassen. Weil aber kein Gegenkandidat da ist, hätte der weiße Zettel die Bedeutung gehabt: Ich enthalte mich der Stimme. Deshalb bleibt nichts weiter übrig als zu sagen: Es wird Ja oder Nein geschrieben.

(Zuruf: Wie in Bayern!)

– Die Frage heißt: Ja oder Nein zu dem Vorschlag, den der Bundespräsident gemacht hat.

Die andere Möglichkeit wäre gewesen, daß diejenigen, die Dr. *Adenauer* wählen wollen, seinen Namen auf den Zettel schrieben – also so, wie wir es im Frankfurter Wirtschaftsrat gemacht haben –, und diejenigen, die ihn nicht wählen wollten, hätten den Namen Dr. *Adenauer* mit einem Nein darunter geschrieben. Das ist eine etwas unglückliche Konstruktion, so daß ich glaube, diese Möglichkeit, wie sie jetzt oben vereinbart worden ist, mit Ja und Nein ist die richtige.

---

57 Bei der Fraktionsstärke.

58 Fortsetzung der Diskussion hierüber in Nr. 78, S. 424–430.

Dr. Adenauer: Ich höre eben: Die Sitzung des Ältestenrats ist zu Ende. Es ist dort beschlossen worden, daß keine Sitzung mit einer Beratung über die Anträge der Sozialdemokratie noch vor der Regierungserklärung stattfindet.

(Lebhafte Zurufe: Sehr gut!)

Die Regierungserklärung wird – das kommt jetzt wieder darauf an, wieviel Zeit man braucht, um eine Regierung zu bilden – am Montag oder Dienstag abgegeben werden.

(Zuruf: Nicht Montag, damit die Leute nicht schon am Sonntag wieder hierherreisen müssen!)

– Die Sozialdemokraten wollen dann ihre Anträge zur Demontagefrage mit hereingenommen wissen.

Dr. Holzapfel: Die Termine müßten wir dann allerdings jetzt, wenn irgend möglich, festlegen.

Dr. Adenauer: Herr *Kaiser* weiß darüber Bescheid.

Dr. Holzapfel: Ich hatte noch eine zweite Frage anschneiden wollen und bitte da, mir die Meinung unserer bayerischen Freunde bekanntzumachen. Zwischen den beiden Sitzungen[59] wird nur eine Pause von fünf Minuten liegen. In der zweiten Sitzung sollen Anträge auf Einstellung der gegen die Abgeordneten *Loritz* und *Onnen* eingeleiteten Strafverfahren behandelt werden. Die Anträge sind von den beiden Beteiligten selbst gestellt worden, und das Haus wird darüber zu entscheiden haben. Da ein Ausschuß nicht besteht, soll eine Art Berichterstatter diese Anträge im Plenum irgendwie begründen oder vertreten. Dazu hat sich der Abgeordnete *Zinn* von der SPD bereit erklärt.

Es kommt nun darauf an, wie wir uns zu diesen Anträgen stellen wollen. Es ist eine etwas schwierige Situation. Normalerweise müßte jeder solche Antrag einem Ausschuß überwiesen werden, in dem dann der Sachverhalt geprüft werden müßte. Nachdem das ganze Material geprüft worden ist, müßte sich der Ausschuß mit einer Empfehlung an das Haus wenden.

Das läßt sich nicht durchführen, weil das Gericht in der Angelegenheit *Loritz* einen weiteren Beweistermin bereits für Freitag angesetzt hat. Daher ist jetzt oben im Ältestenrat ein Ausweg in der Form gefunden worden, daß die Aussetzung beantragt werden soll, Aussetzung solange, bis der Bundestag einen Beschluß über eine weitere Regelung dieser ganzen Angelegenheit gefaßt hat. Es würde sich also nur um eine provisorische Aussetzung dieses Verfahrens handeln, in keinem Falle schon die Vorwegnahme einer endgültigen Entscheidung bedeuten. Wir kennen den ganzen Sachverhalt nicht. Mir ist insbesondere der Fall *Loritz* nur aus der Presse bekannt. Von einem Fall *Onnen* weiß ich gar nichts. Es wäre aber gut, wenn wir einmal unsere bayerischen Freunde zum Fall *Loritz* und unsere niedersächsischen Freunde zum Fall *Onnen* hören könnten.

Zum Fall *Loritz* wird Herr *Strauß* sprechen.

Strauß: Meine Damen und Herren, befürchten Sie keine lange Darstellung. Der bayerische Justizminister hat mich ausdrücklich gebeten, wenn irgend möglich zu verhindern, daß *Loritz* in diesem Falle die Immunität erhält, so daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werden müßte. Der Ausgang des Verfahrens gegen *Loritz* ist noch ungewiß. Wenn aber das Verfahren eingestellt wird, dann findet die Zwangsuntersuchung darüber, ob er

59 Sitzungen des Bundestages am 15. 9. 1949.

unter § 51 fällt[60], nicht statt. Wir würden aber großen Wert darauf legen, nachdem von drei Gerichtspsychiatern zwei sich für § 51 zugunsten *Loritz*, der dritte sich gegen den § 51 ausgesprochen hat. Es wäre wichtig, hier eine völlige Klärung zu erreichen und dabei gleich durchzusetzen, daß *Loritz* unter den § 51 fällt. Dann hätten wir eine politische Handhabe; denn die Zuerkennung des § 51 gibt uns eine viel bessere politische Handhabe als eine Strafe von einigen Wochen Gefängnis.

Mancher unserer Freunde wird über den Fall *Loritz* nicht Bescheid wissen. *Loritz* ist einige Monate eingesperrt gewesen. Im Zusammenhang mit seiner Haft hat er schwerwiegende Beschuldigungen gegen die bayerische Justizverwaltung erhoben: daß die Justizbeamten im Gefängnis mehrfach Mordversuche auf ihn unternommen hätten; man habe ihm Gift in das Essen, Urin in die Suppe gemengt, usw. Diese Beschuldigungen hat *Loritz* zum Hauptgegenstand seiner Wahlreden in Bayern gemacht und hat es damit und in Verbindung mit dem Neubürgerbund fertiggebracht, immerhin zwölf Abgeordnete in das Bundesparlament zu bringen, das sind 15 oder 16 % der bayerischen Stimmen. Wir sind daran interessiert, Herrn *Loritz* in möglichst viele Prozesse zu verwickeln und ihn zum Schluß als Narren daraus hervorgehen zu lassen.

Dr. Bucerius: Der Fall *Loritz* eröffnet überaus trübe Perspektiven für die deutsche Demokratie, aber wir müssen uns davor hüten, daß uns in diesem Fall ein Bruch der Verfassung unterläuft. Wenn etwa die Verfassung vorsieht, daß das Verfahren eingestellt werden muß – –

(Lebhafte Zurufe: Nein, nein!)

– meine Herren, dann ist die Sache so: Wenn der Bundestag darüber entscheiden soll, dann braucht er diese Entscheidung nicht aus der bloßen Hand zu fällen, dann muß eine sachgemäße Untersuchung vorgenommen werden. Das ist nun einmal nicht anders denkbar. Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen: Weil der Mann so komisch ist, muß das Verfahren durchgeführt werden.

(Zuruf: Er ist nicht komisch, sondern eine Gefahr für die Demokratie!)

– Gerade um dieser Gefahr zu begegnen, ist der Prozeß in drei Wochen doppelt so interessant. Das hinterläßt den besten Eindruck auf alle und schadet dem Mann am meisten, wenn die Sache dann außerdem noch in einen Untersuchungsausschuß hineinkommt, der die ganzen Dinge im Hinblick auf die Immunitätsfrage untersucht. Wenn dann noch ein anderes Verfahren hinterherkommt, so tun wir damit, glaube ich, dem bayerischen Justizminister den allerbesten Gefallen.

Dr. Holzapfel: Also Herr Dr. *Bucerius* schlägt vor, daß wir einer so befristeten Aussetzung zustimmen, Aussetzung solange, bis eine abschließende Regelung durch den Spruch eines Ausschusses möglich sein wird.

Oben wurde eben noch besprochen, daß es in der alten Reichsverfassung hieß, die Aussetzung erfolge für die Dauer einer Sitzungsperiode, während jetzt das Grundgesetz die Aussetzung eines Verfahrens für die gesamte Wahlperiode vorsieht. Das würde also im Gegensatz zu früher mit einer Aussetzung von einigen Monaten die Aussetzung für die Dauer von vier Jahren bedeuten. Wenn man aber eine so weitgehende Entscheidung trifft, muß der Sachverhalt vorher weitgehend geprüft sein. Es ist daher nur eine provisorische Aussetzung vorgeschlagen worden.

---

60 Der (damalige) § 51 des Strafgesetzbuches enthielt die Regelung, daß im Falle von Unzurechnungsfähigkeit der Täter straflos zu bleiben hatte.

Gengler: Das Richtige wäre gewesen, wenn die beiden Sachen einem noch zu bildenden Ausschuß überwiesen worden wären!

Dr. Holzapfel: Herr *Gengler*, das hätten wir auch getan, aber der Termin steht für übermorgen an. Eigentlich war der Termin schon für heute angesetzt. Nach einem telefonischen Anruf ist erreicht worden, daß er erst für übermorgen angesetzt wurde, weil *Loritz* eingewandt hatte, er könne an der Sitzung morgen nicht teilnehmen, wenn er übermorgen zum Termin müsse.

(Zuruf: Wollen wir den bayerischen Justizminister desavouieren?)

– Es ist darüber hinaus interessant, daß die Kommunisten nachdrücklich darauf hingewiesen haben, *Loritz* solle einen Antrag auf Aufhebung seiner Immunität stellen. Werde diesem Antrag auf Aufhebung der Immunität stattgegeben, dann würde das bedeuten, daß das Verfahren fortgesetzt würde; werde er aber abgelehnt, dann wäre die Immunität einwandfrei klargestellt, und dann könne das Gericht überhaupt nicht weiterverhandeln.

(Zuruf: *Loritz* wollte von Anfang an, daß das Verfahren beschleunigt durchgeführt würde. Er soll seinen Willen haben! Davon gehen wir nicht ab!)

– Was schlagen Sie nun vor?

(Zuruf: Einstweilige Aussetzung!)

– Meine Herren, es handelt sich darum, daß Freitag ein Termin ist. Wenn dem Antrag überhaupt nicht stattgegeben wird, dann wird *Loritz* sich darauf berufen können: „Ich kann den Bundeskanzler morgen nicht wählen, denn ich muß zu meinem Termin!" Das ist an sich nicht schlimm, aber das wäre ein außerordentlich gutes Agitationsmittel, mit dem er nachher in Bayern hausieren gehen könnte. Deswegen soll man sagen: Gut, den Termin am Freitag wollen wir nicht stattfinden lassen, der soll aufgehoben werden, aber im übrigen soll der Termin stattfinden, sobald Zeit ist; wir setzen die Sache vorübergehend aus, solange, bis ein Ausschuß von uns darüber entschieden hat.

(Zuruf: Sofort!)

Dr. Bucerius: In jedem Parlament gibt es doch einen Immunitätsausschuß!

Dr. Holzapfel: Den müssen wir erst bilden!

Dr. Solleder: Wenn § 51 in Frage kommt, dann ist damit die geistige Zurechnungsfähigkeit des Abgeordneten in Frage gestellt. Wir haben das größte Interesse, eine rasche Erledigung oder Klärung des Falles herbeizuführen, schon aus Prestigegründen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Andererseits ist es richtig, daß die Sache einem Ausschuß überwiesen werden muß. Dieser Ausschuß aber muß zu einer raschen Entscheidung kommen, weil der Bundestag selbst das größte Interesse hat zu klären, ob *Loritz* geistig zurechnungsfähig ist oder nicht.

Dr. Kleindinst: Ich bin für eine vorübergehende Aussetzung und Überweisung an einen Ausschuß. Es handelt sich nicht nur um § 51, sondern auch darum, daß durch das Gericht festgestellt wird, ob die Zustände in den bayerischen Gefängnissen in Ordnung sind oder nicht. Das ist ein wichtiger staatspolitischer Gesichtspunkt.

Dr. Holzapfel: Darf ich dann Herrn *Storch* bitten, uns einmal über den Fall *Onnen* zu berichten?

Storch: Im Fall *Onnen* läuft kein Verfahren. Gegen *Onnen* ist ein Verfahren bei der

Staatsanwaltschaft so weit abgeschlossen, und zwar wegen eines Vergehens gegen die Menschlichkeit. Er hat in der nationalsozialistischen Zeit einen Herrn aus Osnabrück bei der Gestapo angezeigt. Der Mann ist dann zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es liegen Zeugenaussagen von beteiligten Leuten des Gerichts, das damals getagt hat, als auch von anderen vor, wonach *Onnen* alles daran gesetzt hat, daß das Urteil auf 15 Jahre Zuchthaus in ein Todesurteil umgewandelt würde. Wir haben also bestimmt kein Interesse daran, daß etwa verhindert wird, dieses Verfahren nun in Gang zu bringen. Herr *Onnen* hat es bei der Staatsanwaltschaft nur mit Berufung auf seine Kandidatur fertiggebracht, daß das Verfahren nicht bereits eröffnet worden ist. Ein zwingender Notstand wie bei *Loritz* liegt also hier nicht vor. Wir haben gar kein Interesse daran, die Staatsanwaltschaft zu hindern, das gerichtliche Verfahren gegen Herrn *Onnen* in Gang zu bringen.

(Lebhafte Zustimmung.)

– Deshalb sollten wir uns gegen diese Dinge wehren. Das Parlament kann sich dann die Akten – die Nummer habe ich da – geben lassen und kann dann entscheiden, ob man mit einem derartigen Mann überhaupt in einem Parlament zusammensitzen kann.

(Zuruf: Wahlprüfungsausschuß!)

Dr. Holzapfel: Das sind sehr schwere Vorwürfe, die uns Herr *Storch* gerade vorgetragen hat. Wenn die Staatsanwaltschaft sich mit solchen gegen einen Abgeordneten erhobenen Vorwürfen befaßt, dann hat, glaube ich, der Abgeordnete selbst das allergrößte Interesse daran, wieder zu einer reinen weißen Weste zu kommen. Wenn derartige Vorwürfe gegen mich erhoben würden, würde ich mich unter keinen Umständen hinter der Immunität verschanzen, sondern so schnell wie möglich Klarheit darüber schaffen lassen. Wenn wir also morgen über diesen Antrag abstimmen, kann es sich nur um eine vorübergehende Sache handeln, um eine Aussetzung so lange, bis ein Ausschuß da ist, der die Sache prüfen kann. Allerdings scheint mir in dem Falle *Onnen* die zwingende Notwendigkeit wie im Falle *Loritz*, bei dem für Freitag Termin angesetzt ist, überhaupt nicht gegeben zu sein. Wenn noch kein Termin angesetzt ist, wäre die Sache besser einem Ausschuß zu übergeben, der den Sachverhalt prüft und dem Plenum Bericht erstattet.

Strauß: Im Falle *Loritz* schlage ich vor, daß ich noch einmal den bayerischen Justizminister anrufe; wir könnten dann morgen zu Beginn noch einmal drei Minuten darüber sprechen.

Dr. Kahn: Ich würde vorschlagen, daß wir uns der Anregung der bayerischen Freunde fügen.

Dr. Wuermeling: Kann man nicht für diese Fälle *Loritz* und *Onnen* morgen in der Sitzung schon eine Art vorläufigen Rechtsausschuß wählen, der sich der Sache sofort annehmen kann, damit wir endlich weiterkommen? Das könnte man doch im Ältestenrat gleich vereinbaren.

Dr. Neuburger: Nach der verfassungsmäßigen Rechtslage handelt es sich an sich hier um Tatbestände, die uns nichts angehen. Wenn wir uns damit befassen, dann nur unter dem Gesichtspunkt: Gehen sie uns etwas an? Nur wenn wir das bejahen, könnten wir die Aussetzung beschließen. Grundsätzlich geht uns die Sache zunächst nichts an. Es erhebt sich die Frage, a) wieweit interessiert *Loritz*, b) wieweit der andere? – *Loritz* interessiert uns tatsächlich nur insoweit, als der Mann morgen bei einer wichtigen Abstimmung nicht da sein könnte. Das dürfen wir meines Erachtens nicht verhindern. Wenn unsere

bayerischen Freunde daher ein Interesse daran haben, daß wir diesen Aussetzungsbeschluß zugunsten des Herrn *Loritz* morgen nicht herbeiführen, ist es ihre Sache, sofort, heute oder morgen früh, die Verlegung dieses Termins auf einen Tag der nächsten Woche zu veranlassen. Dann besteht ein Notstand für den Bundestagsabgeordneten *Loritz* nicht und damit auch für uns kein Notstand. Im anderen Falle besteht überhaupt kein Notstand. Daher bin ich der Auffassung, wir haben keinerlei Veranlassung, morgen zu irgendeinem der beiden Aussetzungsanträge Stellung zu nehmen, vorausgesetzt, daß der Termin für *Loritz* auf einen Tag verlegt wird, an dem er dort sein kann. Sie können nicht verlangen, daß ein Mann morgen früh hier ist und am Freitag früh wegen einer wichtigen Terminsache in München. Also für *Loritz* liegt meines Erachtens morgen ein Notstand vor. Wird der Termin nicht verlegt, müßten wir dem Aussetzungsantrag stattgeben.

Dr. Holzapfel: Bis zur Stunde liegen die beiden Anträge, die morgen im Plenum behandelt werden sollen, noch nicht vor; sie sind überhaupt noch nicht eingereicht; Herr *Loritz* und Herr *Onnen* haben diese Anträge gar nicht erst eingebracht. Selbstverständlich müssen die Anträge erst gedruckt und jedem einzelnen Abgeordneten zugestellt werden.

Also, Herr *Strauß* wird heute abend noch einmal den bayerischen Justizminister anrufen und sich mit ihm darüber unterhalten. Ich würde vorschlagen, wir sprechen morgen früh um halb zehn noch einmal darüber; dann liegen die Anträge vor, und wir sehen, in welcher Form sie gestellt werden.[61]

Ehlers: Ich bitte die niedersächsischen Abgeordneten, nach Schluß dieser Sitzung noch einen Augenblick zusammenzubleiben!

(Zuruf: Wäre es nicht klarer bei der Abstimmung über den Bundeskanzler, wenn gedruckte Stimmzettel mit dem Aufdruck „*Adenauer*" benutzt würden und der Abstimmende nur Ja oder Nein dahinterzuschreiben brauchte?)

Dr. Holzapfel: Die Sache ist im Ältestenrat endgültig entschieden: Auf dem Stimmzettel soll ein Ja oder Nein stehen.

Also morgen früh um halb zehn [Uhr] Fraktionssitzung![62]

---

61 Zum Fortgang Nr. 74, S. 416f.

62 Nr. 74.

72.

14. 9. 1949: Der 1. Vorsitzende der DP, Heinrich Hellwege (Bonn), an den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH 12.03; Materialien Hellwege. Handschriftliche Anmerkungen Adenauers.[1]

Sehr verehrter Herr Doktor *Adenauer*!

Nachdem ich Ihnen in den Vorbesprechungen die grundsätzliche Bereitschaft der Fraktion zum Ausdruck gebracht habe, in eine Regierung, die von der Fraktion der CDU/

1 Auszugsweise abgedruckt in: Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 23f.

CSU und FDP gemeinschaftlich mit der Fraktion der DP gebildet wird, einzutreten[2], falls gewisse sachliche und personelle Voraussetzungen festgelegt sind, darf ich Ihnen nachstehend diejenigen Punkte übermitteln, deren Erfüllung bzw. Versagung in einer Regierungserklärung und im Rahmen der Richtlinien der Politik die Voraussetzung bilden, daß sich die grundsätzliche Bereitschaft der Fraktion der Deutschen Partei, in die Regierung einzutreten, verwirklichen kann.

1. Wie bereits mündlich besprochen, wünscht die Deutsche Partei eine Verpflichtung der Regierung, den Flüchtlingsausgleich gem. der Befugnis des Art. 119[3] des Grundgesetzes in einem möglichst kurzen Zeitraum zu vollziehen.

2. Die Organisation der Bundesorgane, wie sie in den Vorschlägen der Ministerpräsidentenkonferenz niedergelegt worden ist[4], bedarf der Revision.

3. Einer Revision bedürfen ferner die seit 1945 begründeten Beamtenverhältnisse.

4. Eine Steuerreform, insbesondere eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, mit dem Ziel, das Realeinkommen zu erhöhen und die private Kapitalbildung zu erleichtern, ist so bald wie möglich einzuleiten.

5. Die Entnazifizierung ist abzuschließen. Dabei wird ein Amnestiegesetz für alle Gruppen, die den Kategorien 3 und 4 des Befreiungsgesetzes[5] gleichzusetzen sind, gefordert. Die Entnazifizierung ist auf rein deliktische Tatbestände zu beschränken.

6. Das Pensionsrecht der Beamten ist von Bundes wegen zu vereinheitlichen mit dem Ziel, die vertriebenen Beamten den eingesessenen Beamten gleichzustellen.[6]

7. Das Versorgungsrecht der Wehrmachtsangehörigen ist unter Berücksichtigung der wirtschaftlich veränderten Umstände nach der Niederlage Deutschlands, aber unter möglichster Aufrechterhaltung des seit 1918 entwickelten Rechtszustandes wiederherzustellen.

8. Der soziale Wohnungsbau ist zu fördern, darf aber vor dem privaten Wohnungsbau keinen Vorrang erhalten.

9. Das Besatzungsrecht ist nach Möglichkeit einer Beseitigung entgegenzuführen bzw. dem deutschen Rechtszustand anzugleichen.

10. Eine großzügige soziale Hilfe ist allen Kriegsgeschädigten zu gewähren.

Zu diesen bereits mitgeteilten Punkten bittet die Fraktion der Deutschen Partei, auch noch von folgenden Gesichtspunkten in bindender Form Kenntnis zu nehmen:

---

2 Die grundsätzliche Bereitschaft der DP zum Eintritt in die Bundesregierung hatte *Hellwege Adenauer* schon frühzeitig zur Kenntnis gebracht. Vgl. Nr. 29 mit Anm. 1.

3 Der Artikel lautet: „In Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen, insbesondere zu ihrer Verteilung auf die Länder, kann bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Für besondere Fälle kann dabei die Bundesregierung ermächtigt werden, Einzelzuweisungen zu erteilen. Die Weisungen sind außer bei Gefahr im Verzuge an die obersten Landesbehörden zu richten."

4 Vgl. Wengst, S. 99–106.

5 Gesetz Nr. 104 der amerikanischen Militärregierung zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946, das fünf Entnazifizierungskategorien nannte. 4 = Mitläufer; 3 = Minderbelastete. Vgl. Nr. 48, Anm. 5.

6 Gesetzgebung nach Art. 131 GG.

1. Die Fraktion wünscht, daß sich die Regierung dafür einsetzen wird, den Gedanken einer politischen Bodenreform durch den Gedanken der reinen Siedlung zu ersetzen.

2. Jede Art von Sozialisierung unter Mißachtung überkommener Eigentumsverhältnisse wird abgelehnt.

3. Der Lastenausgleich ist in wirtschaftlich vertretbarer Form und sozial gerecht zu verwirklichen.

4. Die Fraktion der Deutschen Partei lehnt ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei den Unternehmerfunktionen ab. Ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der arbeitsrechtlichen und sozialen Beziehungen ist sicherzustellen.

Das Regierungsprogramm soll als leitenden Willen festhalten, auf allen Gebieten der Wirtschaft durch Förderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen eine Produktionssteigerung zu ermöglichen.

Dabei ist jeder Planungs- und Lenkungsgedanke sozialistischer Prägung abzulehnen.

Ein Planungsbestreben darf auch nicht auf dem Umweg der Kreditpolitik verwirklicht werden.

5. Durch eine sozial gerechte Gestaltung der Wirtschafts- und Währungspolitik ist eine allgemeine Erhöhung des Lebenszuschnittes der Schaffenden und Arbeitsunfähigen anzustreben.

6. Die Belange der Landwirtschaft stehen wirtschafts- und lohnpolitisch völlig gleichrangig zu den Belangen der gewerblichen Wirtschaft.

7. Es ist vor allem zu Gunsten der Landwirtschaft eine Preissenkung der Industriegüter zu ermöglichen.

8. Eine Verbilligung der Lebensmittel ist anzustreben; sie ist erforderlich für Minderbemittelte.

9. Die Auswirkung der Währungsreform auf das Hypothekenrecht ist zu revidieren mit dem Ziel, den kleinen Besitzern eine Erleichterung ihrer Lage zu gewähren.

Abschließend möchte ich bemerken, daß das eine der zwei von der Fraktion der Deutschen Partei geforderten Ministerien die Bezeichnung „Ministerium für Länderangelegenheiten" erhalten soll.[7]

Darunter wird die federführende Bearbeitung des Verkehrs der Bundesregierung mit dem Bundesrat und den Ländervertretern verstanden, sowie grundsätzlich die Vertretung der Bundesregierung in dem gem. Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes gebildeten Ausschuß.[8]

Die Fraktion der Deutschen Partei kann sich nicht damit einverstanden erklären, wenn dieses Ministerium als Ministerium ohne Portefeuille bezeichnet wird.

Ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie der Fraktion der Deutschen Partei die Zustimmung zu diesen Gesichtspunkten schriftlich erklären könnten.[9]

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr sehr ergebener
Heinrich *Hellwege*

7 Diesem Wunsch wurde nicht entsprochen. Vgl. Nr. 85.

8 Vermittlungsausschuß.

9 Antwort *Adenauers* Nr. 73.

73.

14. 9. 1949: Der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Konrad Adenauer (Bonn), an den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Bonn)

StBkAH 12.03. Durchschlag. „Vertraulich".

Sehr geehrter Herr *Hellwege*!

Die mit Ihrem Schreiben vom 14. 9.[1] mir heute übersandten Punkte beantworte ich wie folgt:

Die Punkte 1 – 10 beantworte ich mit „Ja".[2]

Bei Punkt 8 wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie folgende Formulierung wählen wollten:

„Sozialer Wohnungsbau ist zu fördern, darf aber vor dem privaten Wohnungsbau keinen besonderen Vorrang erhalten."

Die mir weiter im zweiten Teil Ihres Schreibens mitgeteilten Punkte 1 – 9 bejahe ich ebenfalls.[3] Lediglich bei Punkt 4 darf ich Ihnen mitteilen, daß dieser von mir in vollem Umfange nicht bejaht werden kann. Entsprechend dem Ahlener Programm und den Düsseldorfer Leitsätzen werden wir uns hierüber noch unterhalten müssen.[4]

Mit vorzüglicher Hochachtung
A[denauer]

1 Nr. 72.

2 Vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen in *Adenauers* Regierungserklärung am 20. 9. 1949. BT Sten. Ber., S. 22A.

3 Wie Anm. 2.

4 Zur Diskussion um die Mitbestimmung nach Bildung der Bundesregierung jetzt umfassend Gabriele Müller-List (Bearb.), Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, Düsseldorf 1984, S. XXXVIII–XLIX mit den dazugehörigen Dokumenten.

74.

15. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII-001-006/2. Beginn: 9.30 Uhr. Schluß: 13.50 Uhr.

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Bevor wir in unsere sachlichen Beratungen eintreten, darf ich einige geschäftliche Angelegenheiten vorwegnehmen. Zunächst handelt es sich um die Frage, ob wir einige Mitglieder des Bundestags, vorläufig zwei, nämlich Dr. *Edert*[1] und Dr. *Ott* als Hospitanten in unsere Fraktion aufnehmen wollen. Dazu bedarf es aber Ihrer Zustimmung.

1 In der Vorlage „Ewers".

Schröter: Dr. *Edert* wurde im Wahlkreis Flensburg-Stadt und -Land als Kandidat aller Parteien mit Ausnahme der SPD gewählt.[2] Er ist einer der ganz wenigen Kenner der Verhältnisse dort oben. Er hat angefragt, ob er als Hospitant in unsere Fraktion aufgenommen werden könne. Wir würden in dem Mann eine wertvolle Kraft bekommen. Er wird übrigens auch von anderen Parteien bearbeitet, vor allem von der FDP und DP. Er wird systematisch gekeilt. Bisher hat er solche Vorschläge zurückgewiesen, weil sein Denken und Fühlen christlich-sozial ist. Ich bitte, Herrn Dr. *Edert* in unsere Fraktion aufzunehmen.

Dr. Adenauer: Ich stelle die Zustimmung der Fraktion fest und bitte Herrn *Schröter*, Herrn Dr. *Edert* unseren Beschluß mitzuteilen.[3]

Ein unabhängiger „Wilder", nämlich Dr. *Ott*, hat den Wunsch geäußert, bei uns hospitieren zu dürfen. Wie denken Sie darüber?

Bausch: Hier handelt es sich um einen Fall ganz besonderer Art, der sorgfältiger Prüfung bedarf. Ich fürchte, wir können diesen Fall nicht im großen Kreise besprechen. Daher schlage ich vor, daß meine Freunde aus Württemberg, die Herrn Dr. *Ott* kennen, sich mit einigen Herren des Fraktionsvorstandes zusammensetzen und den Fall gründlich überprüfen. Er bedarf genauer Prüfung. Aber wir werden auf keinen Fall das Gesuch von vornherein ablehnen.

Dr. Adenauer: Es ist also anzunehmen, daß wir heute über den Beitritt Dr. *Ott's* noch zu keiner endgültigen Entscheidung kommen können. Auf alle Fälle dürfte es sich aber empfehlen, Herrn Dr. *Ott* mitzuteilen, daß wir seinem Ansuchen wohlwollend gegenüberstehen. Dies empfiehlt sich schon deshalb, weil wir dann auf die Stimme des Herrn Dr. *Ott* bei der Wahl des Bundeskanzlers rechnen dürfen.

Schütz: Dr. *Ott* ist mein Landsmann. Ich kenne die Dinge ziemlich genau und glaube, es hat wenig Zweck, wenn wir uns darüber näher unterhalten.

Dr. Adenauer: Immerhin sollten wir schon jetzt eine vorläufige Entscheidung treffen. Ich glaube, die Fraktion stimmt zu, daß Herr *Schütz* den einen oder anderen Herrn, etwa Herrn *Bodensteiner* und *Bausch*, zuziehen und den Fall prüfen würde. Ich würde einen versöhnlichen Mann empfehlen. Herr *Schütz* übernimmt die Sache.[4]

Nun aber zu wichtigeren Dingen. Ich weiß nicht, ob gestern das Verfahren erörtert wurde, das wir einschlagen sollen, wenn der erste Wahlgang der Bundeskanzlerwahl nicht die erforderliche Stimmenzahl bringt. Und nach dem Grundgesetz muß dann spätestens binnen 14 Tagen ein neuer Wahlgang durchgeführt werden, und dann ein dritter. Ich glaube aber, wir können dem deutschen Volk nicht das klägliche Schauspiel zumuten, daß wir, nachdem der Bundespräsident gewählt ist, 14 Tage oder noch länger ohne Bundesregierung herumlaufen.

---

2 Eduard *Edert* hatte annähernd 48 % der Stimmen erzielt, der Mitbewerber des SSW etwas über 31 % und der SPD-Kandidat ca. 15 %. Der unbedeutende Stimmenrest entfiel auf KPD und RSF. Wahlunterlagen KGParl.

3 Eduard *Edert* blieb während der gesamten 1. Legislaturperiode Hospitant der CDU/CSU-Fraktion. Datenhandbuch Bundestag, S. 1106.

4 Franz *Ott* trat am 4. 5. 1950 als Hospitant der Fraktion der WAV bei; am 13. 10. 1950 trat er der Fraktion des Deutschen Gemeinschaftsblocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten bei, die er am 21. 3. 1952 wieder verließ, um ihr am 26. 3. 1952 erneut als Hospitant beizutreten. Vom 26. 6. 1952 an gehörte er dem Deutschen Bundestag als fraktionsloser Abgeordneter an. Datenhandbuch Bundestag, S. 1140.

Kaiser: Die Frage wurde kurz erörtert. Wir haben das Grundgesetz überprüft. Wir werden uns in diesem Fall wohl mit weiteren Parteien in Verbindung setzen und unsere Vorschläge neu bringen müssen. Einen anderen Weg dürfte es kaum geben. Die SPD dürfte ihrerseits wohl einen Mann vorschlagen.

Dr. Adenauer: Die Herren würden das übernehmen.

Ich darf Ihnen nunmehr kurz über das Ergebnis der Verhandlungen berichten, die wir gestern abend bis gegen Mitternacht geführt haben. Ich darf mir bei der Beurteilung die Charakterisierung zueigen machen, die Herr *Schäffer* wählte, indem er feststellte: Das Eis ist am schmelzen. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, und die Demokraten – die Freien Demokraten, wie *Blücher* immer sagt – sind nun genauso wie wir in die traurige Notwendigkeit versetzt, den Bundeskanzler wählen zu müssen, ehe die Koalitionsverhandlungen völlig abgeschlossen sind.[5]

(Heiterkeit.)

Das ist natürlich ein unerwartetes Ergebnis.

(Erneute Heiterkeit.)

Für Sie, meine Damen und Herren, ergibt sich daraus folgende Notwendigkeit: Sie dürfen nicht abreisen; denn Sie müssen über den Fortgang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten werden, und wir müssen in der Lage sein, Ihre Meinung, Ihr Urteil zum jeweiligen Stand der Verhandlung einzuholen. Ich habe gestern am Schluß der Verhandlungen erklärt, falls ich heute zum Bundeskanzler gewählt werde, würde ich die Verhandlungen mit den drei Fraktionen heute nachmittag sofort fortsetzen. Es fragt sich also, wie lange Sie in Ihrer großen Mehrzahl hier zusammenbleiben wollen. Ist das nicht möglich, dann empfehle ich Ihnen, einem verstärkten Fraktionsvorstand die nötigen Vollmachten zu geben. Der verstärkte Vorstand muß aber auf alle Fälle in Bonn versammelt bleiben, bis die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sind, notfalls also auch über den Sonntag. Ich kenne die menschlichen Schwächen: Wenn der Sonntag herankommt, dann erliegen viele der Versuchung abzureisen. Daher wäre es sicherer und besser, den Fraktionsvorstand zu verstärken.

Dr. Horlacher: Ich bin dagegen, die Regierungsbildung unter einem verstärkten Zeitdruck vorzunehmen. Es kommt heute auf einen Tag mehr oder weniger nicht an. Ob der Kanzler die Regierungserklärung am Montag oder am Dienstag abgibt, ist gleichgültig. Ich wäre für das Letztere. Am Montag ist die Fraktion wieder versammelt und kann jederzeit über die Lage unterrichtet werden. Auch der Dienstagvormittag ist frei. Am Dienstagnachmittag kann der Kanzler dann die Regierungserklärung abgeben. Jede Übereilung ist geeignet, Mißstimmung in der Fraktion zu erzeugen, und das ist für die Zukunft nicht gut.

Dr. Adenauer: Ich bin mit diesem Vorschlag einverstanden, muß aber schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß die Regierungserklärung am Dienstag noch nicht abgegeben werden kann.[6] Ich muß in der Lage sein, dem Bundespräsidenten meine Vorschläge zu unterbreiten. Der Bundespräsident muß Zeit genug haben, um die Ernennungen zu vollziehen. Und vorher muß noch die Fraktion gehört werden. Ich kann dem Herrn Bun-

5 Zur Wirkung dieses Sachverhalts auf die FDP-Fraktion Nr. 76.

6 Entgegen dieser Aussage gab *Adenauer* seine Regierungserklärung am Dienstag, dem 20. 9. 1949, ab. Vgl. Nr. 88.

despräsidenten frühestens Montagabend meine Kabinettsliste vorlegen.[7] Eine Antwort des Bundespräsidenten dürfte erst am Montag sehr spät oder Dienstagfrüh zu erwarten sein. Nun muß aber die Regierungserklärung sorgfältig vorbereitet werden, sie muß auch im Kabinett durchgesprochen werden; denn sie wird im In- und Ausland stärkste Beachtung finden. Unter diesen Umständen halte ich es für fast ausgeschlossen, daß ich schon am Dienstag um 14 Uhr die Regierungserklärung im Bundestag abgeben kann. Sie müßte unbedingt noch etwas hinausgeschoben werden.

Dann darf ich noch folgendes berichten: Nach Meldungen aus Washington ist eine amerikanische Erklärung zur Demontagefrage in den ersten Tagen der nächsten Woche zu erwarten.[8] Wenn wir nun hier im Bundestag in dieser Frage vorprellen, wie das die Sozialdemokraten planen[9], und wenn wir nun Gott weiß wie auf den Tisch schlagen, so dürfte ein solches Vorgehen den deutschen Interessen in Washington absolut schaden. Wir haben heute Donnerstag. Hoffentlich kommen wir im Laufe des Samstag zum Abschluß. Den Sonntag müssen Sie mir zur Vorbereitung der Regierungserklärung nun wirklich lassen. Die Zeit ist ohnehin knapp genug. Es ist da schon besser, die Fraktion bleibt beisammen, wie wir das ja von Anfang an in Aussicht genommen haben.

Dr. Horlacher: Auf einen Tag mehr oder weniger kann es jedenfalls nicht ankommen. Es ist nun einmal so, daß mehreren Herren die Anwesenheit hier über das Wochenende unmöglich ist. Andererseits besteht allseits das Bedürfnis – ich spreche das offen aus –, bei der Auswahl der Kabinettsmitglieder noch ein Wort mitzureden. Es ist ja kein Geheimnis, daß nicht alle Namen, die man jetzt hört, bei allen Mitgliedern der Fraktion Wohlgefallen finden. Es gilt, Mißstimmungen in personellen Fragen nach Möglichkeit auszuschalten; das ist für die Zukunft nicht gut.

Dr. Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, die Fraktion bleibt beisammen. Ich lasse darüber abstimmen. – Die Mehrheit der Fraktion hat entschieden, daß sie versammelt bleibt. Wenn jemand ein unabweisbares Bedürfnis hat wegzufahren, dann muß er beim Fraktionsvorstand um Urlaub nachsuchen. Ich nehme ohne weiteres an, daß die Fraktion am nächsten Sonntag eine Sitzung abhalten wird. Wer fernbleiben will, muß schon einen triftigen Grund anführen können.

Ich darf auch Ihr Einverständnis dazu feststellen, daß jene Fraktionsmitglieder, die Sie gestern abend mit der Fortführung der Koalitionsverhandlungen beauftragt haben, mit dieser Aufgabe auch weiterhin betraut bleiben. – Die Fraktion stimmt diesem Vorschlag zu.

Ich darf Ihnen nunmehr in großen Zügen über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen berichten.[10] Wir haben uns zunächst des langen und breiten über die Besetzung des Bundesfinanzministeriums ausgesprochen. Dabei haben die Demokraten ihren An-

7 Vgl. Nr. 85.

8 *Adenauers* Hoffnungen auf ein Entgegenkommen der Alliierten in der Demontagefrage richteten sich auf ein Treffen der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs, das am selben Tag in Washington stattfand. Hierin wurde die Demontagefrage besprochen, entgegen *Adenauers* Erwartung jedoch eine abwartende Haltung der Alliierten bezüglich einer Revision der Demontagepolitik beschlossen. Vgl. FRUS 1949, Vol. 3, S. 599–603.

9 Vgl. Nr. 71 mit den Anm. 15 und 16.

10 Vgl. Nr. 76 und Blankenhorn, S. 58f.

spruch auf dieses Ministerium sehr entschieden wiederholt. Sie begründeten dieses Verlangen damit, daß eines der drei großen wirtschaftlichen Ministerien ihnen zustehe. Das Wirtschaftsministerium ist für *Erhard* vorbehalten. Es bleiben also noch übrig das Landwirtschaftsministerium und das Bundesfinanzministerium. Auf meine Frage, ob die Demokraten einen Kandidaten für das Landwirtschaftsministerium vorschlagen könnten, erwiderte Herr *Blücher* mit Nein; die Demokraten wünschten das Finanzministerium. Wir haben uns weiter sehr eingehend und, wie ich sagen muß, in einer sehr sachlichen Weise über die aktuellen Probleme unterhalten. Nun schien erneut der Zeitpunkt gekommen zu sein, Herrn *Blücher* den Posten des stellvertretenden Kanzlers und zugleich ERP-Ministers anzubieten.[11] Besonders Prof. *Erhard* setzte sich sehr warm für die Persönlichkeit des Herrn *Blücher* ein. Andererseits legte Herr *Schäffer* ihm in sehr überzeugender Weise klar, wie wichtig es sei, Bayern aus seiner Verdrossenheit gegenüber dem Reich und dem Bund, in der es seit Anfang der zwanziger Jahre verharre, herauszuholen. Diese Darlegungen blieben nicht ohne Eindruck, und die Demokraten werden sich mit der Frage des Finanzministeriums weiter beschäftigen. Aber man kann wohl sagen, daß das Eis im schmelzen begriffen ist.

Eine weitere Frage betraf den Aufgabenbereich des Sozialministeriums.[12] Die Frage war: Soll dieses Ministerium die Sozialversicherung umfassen, oder soll es reines Arbeitsministerium sein? Einschlägig war auch die Frage nach der Einheitsversicherung, namentlich, ob Herr *Storch* im Grunde seines Herzens auf dem Boden der Einheitsversicherung steht oder nicht. Diese Frage wurde nicht erschöpfend geklärt, und ich habe es übernommen, mit Herrn *Storch* darüber zu sprechen und von ihm eine präzise Antwort zu erlangen.[13]

Bezüglich des Bundesfinanzministeriums darf ich nachholen, daß die Deutsche Partei vorschlug, Herrn *Seebohm* als Kandidaten in Erwägung zu ziehen, der sowohl ein guter Föderalist wie ein guter Wirtschaftler sei. Die Anregung wurde aber nicht weiterverfolgt, und mein Eindruck ist, sie wird auch in Zukunft keine wesentliche Rolle spielen.

Schäffer: Die Herren von der DP haben mir erklärt, sie hätten die Kandidatur Dr. *Seebohm* nur in die Debatte geworfen, um der FDP klarzumachen, daß der Anspruch der FDP auf das Bundesfinanzministerium von der DP nicht unterstützt werde. Der Vorschlag hatte also nur taktische Motive. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

[**Dr. Adenauer:**] Wir haben uns gestern weiter mit der Frage des Innenministeriums befaßt.[14] Ich habe Herrn *Heinemann* auf heute nachmittag zu mir gebeten, um mit ihm die Dinge zu besprechen.[15] Die Frage, ob ein evangelischer Parteifreund das Innenministerium bekommen soll oder nicht, ist natürlich geeignet, unter unseren evangelischen Mitgliedern eine ziemlich weitgehende Meinungsverschiedenheit hervorzurufen. Daher liegt es sehr im Interesse des gegenseitigen Vertrauens, diese Frage zu klären, ohne daß die Personenfrage jetzt schon entschieden zu werden braucht.

---

11 Vgl. Nr. 68 mit Anm. 11.

12 Zur bisherigen Diskussion über das Sozialministerium Nr. 71 mit Anm. 38.

13 Hierzu Nr. 78, Anm. 31.

14 Vgl. Nr. 71, S. 392–399.

15 Nr. 75.

Zunächst ist wichtig festzustellen, wer von unserer Fraktion heute zur Wahl des Bundeskanzlers nicht anwesend ist. Es gilt natürlich, möglichst sämtliche Fraktionsmitglieder herbeizuholen. Die Abstimmung wird voraussichtlich knapp werden. Da kommt es auf jeden Mann und jede Frau an. Ich bitte Herrn *Blankenhorn*, die Mitglieder einzeln aufzurufen.

(Folgt Namensaufruf.)

Wir müssen versuchen, auch den Vertreter von Südschleswig[16] und Dr. *Ott* für uns zu gewinnen. Sehr günstig wäre es, wenn auch die Bayernpartei für den Bundeskanzler stimmen würde[17], ähnlich wie beim ersten Wahlgang für den Bundespräsidenten. Damals hatte die Bayernpartei sechs ihrer Leute veranlaßt, für Herrn *Heuss* zu stimmen, die anderen nicht. Wir müssen mit einer sehr geringen Mehrheit rechnen, und es wäre daher wünschenswert zu erreichen, daß die Bayernpartei wie bei der Wahl von *Heuss* sechs ihrer Leute im ersten Wahlgang für den Bundeskanzler stimmen ließe.

Dr. Horlacher: Ich bitte, unter keinen Umständen derartige Fühler auszustrecken. Die Mehrzahl der Arbeitsgruppen der CSU stehen im scharfen Kampf gegen die Bayernpartei. Es ist für uns ganz unmöglich, daß Verhandlungen mit der Bayernpartei aufgenommen werden. Wir können keinerlei Beziehungen zur Bayernpartei aufnehmen. Das würde bedeuten, daß die Bayernpartei das sofort agitatorisch gegen uns ausnützen würde. Wenn die Bayernpartei etwas will, dann soll sie sich frei darüber entscheiden, ob sie der Regierungskoalition beitreten will oder nicht, und zwar nach der Wahl des Bundeskanzlers. Aber vorher mit der Bayernpartei ein Techtelmechtel anzufangen und uns damit in eine taktisch schwache Stellung zu bringen und zu manövrieren, das lehne ich mit einer großen Reihe meiner Freunde rundweg ab.

Dr. Adenauer: Ich möchte die Sache hier nicht vertiefen. Wenn Dr. *Baumgartner*, der schon vor einigen Tagen bei mir war, mir erklärt, ich könne auf eine gewisse Anzahl Stimmen seiner Partei rechnen, und wenn er mir das Angebot macht, ohne dafür etwas zu verlangen, dann sage ich nicht zu ihm: Ihre Stimmen können wir nicht brauchen.

Strauß: Die Bayernpartei will nichts anderes als das Zünglein an der Waage spielen. Diese Rolle will sie weiterspielen, und diesen Trumpf will sie ausspielen und auswerten. Verhandlungen mit der Bayernpartei sind von unserer Seite aus völlig ausgeschlossen, und zwar auch solche inoffizieller Art.

Lübke: Was die Wahl des Innenministers angeht, so möchte ich mich in den Streit der evangelischen Freunde nicht einmischen. Es müßte aber möglich sein, die Wünsche unserer evangelischen Freunde im vollen Umfang zu berücksichtigen, damit diese leidige Frage endlich einmal von unserer Tagesordnung verschwindet.

Zu der Person des Herrn Dr. *Weitz* möchte ich folgendes sagen. Ich sitze mit ihm seit zwei Jahren im Kabinett[18] zusammen. Er ist ein genauer Kenner des Etatrechts, des Finanzrechts, des Verwaltungsrechts und des Kommunalwesens. Er ist ein ausgezeichneter Organisator, ein liebenswürdiger, gewandter Unterhändler, ein korrekter und exakter Beamter. Herr *Weitz* müßte auf der Liste der Kandidaten für den Posten des Innenmini-

16 Gemeint ist der Bundestagsabgeordnete Hermann *Clausen*, der über die Ergänzungsliste des SSW in den Bundestag gelangt war.

17 Zum Wahlverhalten der Bayernpartei bei der ersten Kanzlerwahl Nr. 79.

18 In Nordrhein-Westfalen.

sters obenan stehen. Daher möchte ich Ihnen empfehlen, sich für Herrn *Weitz* zu entscheiden. Es wird in der Fraktion erzählt, Herr Dr. *Weitz* habe in Nordrhein-Westfalen eine spezifisch katholische Personalpolitik getrieben. Diese Behauptung ist unwahr. Ich kenne seine Personalpolitik genau und weiß, daß Dr. *Weitz* auch auf diesem Gebiet ein absolut korrekter Mann ist.

Brese: Wir in Niedersachsen hatten die Deutsche Partei als Koalitionspartner.[19] Sie hat uns große Sorgen gemacht und tut dies weiterhin. Wir hören heute oft den Namen Dr. *Seebohm*. Dieser Mann hat in Niedersachsen viele Reden gehalten und dabei seine Ministerkollegen in jeder Weise heruntergerissen.[20] Wenn Sie *Seebohm* zum Minister machen, so sehe ich voraus, daß er in Niedersachsen eine Propagandawelle gegen die CDU starten wird. Nun haben wir leider von Herrn Dr. *Adenauer* nicht gehört, wie die Verhandlungen mit der Deutschen Partei stehen. Aber wir wissen, daß für Herrn *Hellwege* ein Ministerium geschaffen werden soll. Ich muß lachen, wenn ich daran denke, daß *Hellwege* ein Koordinierungsminister werden soll. Jedenfalls möchten wir von unserem Standpunkt aus strikte davor warnen, der Deutschen Partei eine zu starke Stellung im Kabinett und in der Koalition einzuräumen. Auch von meinem Standpunkt als Vertreter der Landwirtschaft aus würde ich es nicht verstehen, wenn man Ministerposten als Trostpreise verteilte.

Dr. Adenauer: Wir sollten uns zunächst auf die Person des Innenministers beschränken. Ich bin mit dem Vorschlag einer Kandidatur *Heinemann* keineswegs absolut einverstanden. Ich habe Herrn *Heinemann* mitteilen lassen, er möchte sich bereithalten und heute nachmittag gegen halb 3 Uhr hier sein. Ich werde heute mit Herrn *Heinemann* sprechen. Es wäre gut, wenn man über die einzelnen Persönlichkeiten etwas mehr wüßte, als man jetzt weiß. Aber ich will zunächst einmal mit Herrn *Heinemann* sprechen.[21]

Nun sollten wir die Immunitätsfälle erörtern; denn diese sollen gleich nach der Kanzlerwahl erledigt werden.

Schäffer: Es handelt sich um zwei Fälle.[22] In beiden Fällen geht der Antrag dahin, das Verfahren auszusetzen, bis eine Entscheidung des Bundestags über die Aufhebung oder die Ablehnung der Aufhebung der Immunität erfolgt. Der eine Antrag betrifft den Abgeordneten *Loritz*. Gegen ihn schwebt ein Verleumdungsverfahren. *Loritz* hat in öffentlichen Versammlungen beleidigende Behauptungen gegen die bayerische Gefängnisverwaltung aufgestellt, die sicher unwahr sind. An sich sollte *Loritz* das Bedürfnis haben, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Überdies erscheint es reichlich unsympathisch, wenn der Bundestag sich sofort mit der Person des Herrn *Loritz* befassen muß.

Der zweite Fall betrifft den Abgeordneten *Onnen*. Gegen ihn läuft ein staatsanwaltschaftliches Verfahren wegen Kriegsverbrechen, und ich weiß nicht, ob es einen sehr günstigen Eindruck macht, wenn der Deutsche Bundestag in solchen Fragen die Immunität des betreffenden Abgeordneten aufrechterhält und die Strafverfolgung ablehnt.

---

19 Die DP gehörte der ersten ernannten Regierung *Kopf* (23. 11. 1946–11. 6. 1947) und der ersten gewählten Regierung *Kopf* (11. 6. 1947–9. 6. 1948) an. Potthoff/Wenzel, S. 64f.

20 *Seebohm* hatte in den in Anm. 19 genannten Regierungen das Amt des Ministers für Aufbau und Arbeit, bzw. für Arbeit, Aufbau und Gesundheit wahrgenommen. Ebenda.

21 Nr. 75.

22 Vgl. Nr. 71, S. 403–407.

Kaiser: Man sollte diesen Dingen keine allzu große Aufmerksamkeit widmen und auf keinen Fall eine Diskussion darüber eröffnen. Im Ältestenrat war man sich darüber einig, daß das Plenum des Bundestags ohne Debatte sich für eine Aussetzung der Verfahren aussprechen soll, bis die Frage der Immunität geklärt ist. Im übrigen würde es keinen günstigen Eindruck machen, die Sache *Loritz* in derselben Sitzung zu behandeln wie die Bundeskanzlerwahl. Man sollte vielmehr für die beiden Immunitätsfälle eine neue Sitzung festsetzen.

Strauß: Ich habe gestern abend noch mit dem bayerischen Justizminister gesprochen, um seine Meinung über die Behandlung des Falles *Loritz* einzuholen. Dr. Josef *Müller* erklärte mir, sowohl das Landgericht München I wie auch das bayerische Justizministerium ständen auf dem Standpunkt, daß es sich hierbei um ein schwebendes Verfahren handelt, in dem schon zwei Termine stattgefunden haben. Für die Fortführung dieses Verfahrens spiele die Aufhebung oder Nichtaufhebung der Immunität keine Rolle; daher werde das Landgericht München I die Hauptverhandlung gegen *Loritz* notfalls unter Einsetzung eines Pflichtverteidigers fortführen und zur Urteilsfindung kommen. Das Landgericht München I habe einen diesbezüglichen Beschluß bereits gefaßt. Der bayerische Justizminister hielte es für unglücklich, wenn der Bundestag sich in Gegensatz zur Rechtsauffassung des bayerischen Justizministeriums und zum Beschluß des mit der Sache befaßten Gerichts setzte.

Was den Fall *Onnen* betrifft, so würde der Bundestag mit einem schlechten Beispiel beginnen, wenn er ausgerechnet sich schützend vor einen Mann stellte, der einen anderen durch Anzeige bei der Gestapo zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verholfen hat.

Dr. Adenauer: Die Demokraten geben eine vollkommen andere Darstellung des Falles *Onnen*. Sie behaupten, *Onnen* sei von den Nazis als Zeuge unter Eid vernommen worden. Jetzt wird behauptet, daß *Onnen* keinen Falscheid oder Meineid begangen habe; wohl aber habe er seine eidliche Aussage so gefärbt, daß sie zu einer Verurteilung geführt habe. Aber, meine Freunde, wenn der Ältestenrat, in dem doch alle Parteien vertreten sind, einstimmig beschlossen hat, die Strafverfolgung in beiden Fällen auszusetzen, so sollten wir doch unsere Vertreter im Ältestenrat nicht im Stiche lassen und desavouieren. Sonst haben ja die Beschlüsse des Ältestenrats überhaupt keinen Wert. Wir sollten uns an seine Beschlüsse gebunden halten.

Schäffer: Meine persönliche Stellung zum Fall *Loritz* ist die: Wir sollten Herrn *Loritz* nicht die Ehre antun, über ihn allzuviel zu sprechen, sondern uns dem Beschluß des Ältestenrats anschließen. Wenn wir viel darüber sprechen, dann machen wir für *Loritz* eine Reklame, die er nicht wert ist.

Was den Fall *Onnen* angeht, so wehrt sich unser Gefühl dagegen, darüber jetzt gewissermaßen zur Tagesordnung überzugehen; aber letzten Endes soll das Verfahren ja nur ausgesetzt werden, bis der Bundestag Gelegenheit hat, auf dem üblichen Wege über die Frage zu entscheiden. Wir enthalten uns einer sachlichen Stellungnahme zu den beiden Fällen. Wir sollten dem Beschluß des Ältestenrats ohne Debatte zustimmen.

Dr. Adenauer: Immerhin besteht die Gefahr, daß *Loritz* sein Ziel mit Hilfe anderer Fraktionen erreicht. Wenn die SPD eine Chance sieht, den Koalitionsparteien eine Ungelegenheit zu bereiten, so wird sie sie mit Vergnügen ergreifen. Sie wird mit Vergnügen alles tun, was uns unangenehm ist. Wenn wir gegen *Loritz* stimmen, wird sie für ihn eintreten.

Wir haben nun noch fünf Minuten bis zur Plenarsitzung Zeit. Es werden zwei Sitzungen

stattfinden; die erste wird die Bundeskanzlerwahl umfassen[23], und nach einer Pause von einer halben Stunde werden die Amnestiefälle behandelt werden.[24]

(Pause von 10.59 Uhr bis 13.30 Uhr.)

Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Der erste Schritt auf dem schwierigen Weg der Regierungsbildung ist nunmehr erreicht, und der Bundestag hat mich, wenn auch mit knapper Mehrheit, zum Bundeskanzler gewählt.[25] Ich danke Ihnen allen für diesen Beweis des Vertrauens. Ich verspreche Ihnen, daß ich alles tun werde, um unsere Sache zu einem guten Ende zu führen. Möge der Herrgott uns segnen und uns die Kräfte schenken, die wir brauchen. Wir werden Erfolg haben, wenn wir ihm treu bleiben. Ich bitte auch Sie, liebe Fraktionsfreunde, in diesem Sinne und Geiste die Arbeit fortzuführen. Wir kennen ja alle die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen. Aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Der Mensch fürchtet immer nur die Schwierigkeiten und denkt zu wenig daran, daß sie ihm geschickt sind, damit er sich an ihnen bewähre. Wenn wir treu zusammenhalten, dann wird uns Gott auch die Kraft schenken, täglich neu schenken, die wir brauchen, um unser Werk zu tun.

(Lebhafter Beifall.)

Schäffer: Herr Dr. *Adenauer* hat uns soeben gesagt, in welchem Sinne er sein Amt zu führen gedenkt. Gehen wir mit Optimismus an die Arbeit, nicht immer nur mit Pessimismus. Hüten wir uns vor allen Dingen davor, immer nur Schwierigkeiten zu sehen, sogar selbst da, wo gar keine sind. Wir wissen, daß die Aufgabe des neuen Kanzlers schwer sein wird. Auch die Aufgabe des ersten Deutschen Bundestags wird schwer sein. Er soll werden, was sein Name verspricht: ein erster Deutscher Bundestag, eine Vertretung des deutschen Volkes, das sich nunmehr anschickt, sein Geschick wieder selbst in die Hand zu nehmen und die schwere Zeit im Vertrauen auf Gott, aber auch mit männlichem Mut zu bestehen und zu überwinden. Wir wissen sehr wohl, daß wir diesen Aufgaben nur gewachsen sind, wenn wir als Freunde untereinander zusammenwachsen und zusammenhalten. Diese Fraktion ist noch jung, und wir kennen uns erst seit wenigen Wochen. Unsere Auseinandersetzungen waren offen und ehrlich. Der offene und ehrliche Weg ist auch der rechte Weg zum Herzen und zum gegenseitigen Verständnis.

Ich glaube, wir können unserem neuen Bundeskanzler das Versprechen auf den Weg geben, daß wir alles tun werden, damit Deutschland in allen seinen Stämmen und Ländern sich zusammenfinde. So muß auch unsere Fraktion sich mit den Söhnen aller dieser Stände und Länder in Stadt und Land zusammenfinden. Hoffentlich ersteht in kurzer Zeit wieder der deutsche Staat. Wir versprechen unserem Kanzler, daß wir alles tun werden, um ihm sein Amt zu erleichtern und ihm die Bürde tragen zu helfen, die das Schicksal ihm auferlegt.

(Lebhafter Beifall.)

---

23 Vgl. Nr. 77.

24 Hierin beschloß der Bundestag, die eingeleiteten Verfahren gegen *Loritz* und *Onnen* solange auszusetzen, bis eine Entscheidung über die Aufhebung der Immunität gefallen war. BT Sten. Ber., S. 16 B.

25 Für *Adenauer* 202 Stimmen; gegen *Adenauer* 142 Stimmen, 44 Enthaltungen, eine Stimme ungültig. Die 202 Stimmen für *Adenauer* entsprachen der nach dem GG notwendigen absoluten Mehrheit im ersten Bundestag; d. h. wenn *Adenauer* auch nur eine Stimme weniger bekommen hätte, wäre die Kanzlerwahl im 1. Anlauf gescheitert. Zahlen nach Datenhandbuch Bundestag, S. 779.

75.

15. 9. 1949: Aufzeichnung des Oberbürgermeisters von Essen und Vorstandsmitgliedes der CDU von Rheinland, Gustav Heinemann, über eine Besprechung mit dem Bundeskanzler und Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in Gegenwart von MdB Hermann Ehlers

NL Heinemann vorl. 254. Handschriftliche Korrekturen.

Herr Dr. *Adenauer* war vormittags vom Bundestag zum Bundeskanzler gewählt worden und hatte mich zu einer Aussprache gebeten. Er erklärte einleitend, daß meine Bestellung zum Bundesminister des Innern erwogen werde.[1] Die Gründe hierfür seien mir bekannt. Die Fraktion habe ihre Aussprache hierüber unterbrochen, damit er (Dr. *Adenauer*) mit mir Fühlung nehmen könne. Auf seine vor der Bundes[tags]wahl geäußerte Bitte, mich als Bundestagskandidaten aufstellen zu lassen[2], hätte ich aus zwei Gründen ablehnend geantwortet, nämlich einmal unter Bezugnahme auf die Essener Oberbürgermeister-Situation und sodann auf meine Arbeit in der evangelischen Kirche, u. a. auch im Sinne einer politischen Aktivierung der Evangelischen.[3] Er möchte nun zunächst wissen, wie ich zu diesen früheren Erklärungen stünde.

In der Bundestagsfraktion seien gegen meine Berufung einige Bedenken erhoben worden, die er offen nennen wolle:

„Bei voller Anerkennung meiner schnellen Auffassungsgabe und Arbeitsweise sei auf den Mangel an Verwaltungspraxis hingewiesen worden, ferner darauf, daß bei einer Bestellung zum Bundesminister der Verbund mit der kirchlichen Arbeit sich lockern werde, daß ich im persönlichen Umgang manchen Leuten zu schroff sei und – wie er selbst hinzufüge – daß meine Verbundenheit mit Herrn Ministerpräsidenten *Arnold* ihn bezüglich der Gesamtlinie der von ihm gewünschten Politik bedenklich stimme."

Ich habe Herrn Dr. *Adenauer* geantwortet, daß ich in der Tat nicht im entferntesten daran gedacht hätte, mich in die Bonner Entwicklung hineinziehen zu lassen.[4] Auf einen äußerst dringenden Appell insbesondere der evangelischen Freunde in Bonn sähe ich mich jedoch gezwungen, alle früheren Entscheidungen erneut zu überprüfen. Ich sei grundsätzlich bereit, mich zur Verfügung zu stellen.

Eine Mitarbeit in Bonn bedinge das völlige Loslösen von Rheinstahl, wo ich nunmehr 21 Jahre tätig bin und voraussichtlich im Januar nächsten Jahres den Vorsitz im Vorstand übernehmen würde. Im Zusammenhang mit der Rheinstahlarbeit stünden eine Anzahl von anderen unternehmerischen Funktionen in Aufsichtsräten und dergleichen, die ich ebenfalls niederlegen müßte. Die Ablösung der bisherigen politischen Funktionen sei nach Rücksprache mit Dr. *Toussaint* so zu denken, daß der Posten des Essener Ober-

1 Zur Kandidatur *Heinemanns* Nr. 71, S. 392–399.

2 Adenauer an Heinemann vom 29. 6. 1949, NL Heinemann vorl. 9. Darin hieß es: „Es sind im evangelischen Lager neuerdings verschiedene Bestrebungen aufgetreten, die entweder Abstinenz von der CDU anraten oder aber sogar die SPD empfehlen, daß ich Sie herzlich bitte, unter Würdigung aller dieser Umstände zu kandidieren."

3 Heinemann an Adenauer vom 7. 7. 1949, NL Heinemann vorl. 9.

4 Vgl. dagegen allerdings Nr. 56.

bürgermeisters auf Dr. *Toussaint* übergehen solle.[5] Dr. *Toussaint* würde sich dann von seiner bisherigen starken Mitarbeit in wirtschaftspolitischen Verbänden entlasten. Ich würde zwar das Amt als Oberbürgermeister sofort niederlegen, mein Amt als Stadtverordneter dagegen erst am 19. Oktober nach der Ersatzwahl durch den Essener Gemeinderat. Das Landtagsmandat gedenke ich bis zum Ende der Legislaturperiode des Landtags (Frühjahr 1950) beizubehalten, um dem Wahlkreis Essen-Werden eine Ersatzwahl für nur wenige Monate zu ersparen.

Von meinen Funktionen in der evangelischen Kirche würde ich die Mitwirkung in der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland einstellen, dagegen großen Wert auf die Fortführung des Amtes als Präses der Synode und als Mitglied des Rates der EKD legen. Die Aufgabe und Bedeutung dieser beiden letzteren kirchlichen Ämter habe ich Herrn Dr. *Adenauer* näher erläutert. Dr. *Adenauer* legte Wert darauf, daß ich diese Ämter beibehalten würde, um wirklich die Verbundenheit mit den Evangelischen zu halten. Auf meine Bemerkung, daß die Fortführung dieser Ämter auch von einem Votum der kirchlichen Organe abhängen werde, erklärte er, daß ich mich sofort mit den beiden Ratsvorsitzenden Bischof D. *Dibelius* und D. *Lilje* in Verbindung setzen möchte, um deren Meinung zu hören.[6]

Auf die sogenannte Verwaltungserfahrung sind wir nicht näher zu sprechen gekommen. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß ich nicht erst seit eineinhalb, sondern seit drei Jahren in Essen als Oberbürgermeister amtiere.[7]

Was meine persönlichen Beziehungen zu Herrn *Arnold* anbelangt, so sind sie nach wie vor recht freundschaftlich, dennoch teile ich völlig die Linie der sogenannten kleinen Koalition und der sozialen Marktwirtschaft. Dr. *Adenauer* war über diese Erklärung befriedigt.

Im weiteren Verlauf der sich sehr auflockernden einstündigen Unterhaltung habe ich Herrn Dr. *Adenauer* gesagt, daß ich meine persönliche Verbundenheit mit Leuten anderer Parteien fortzusetzen gedenke; einerlei ob es *Jacobi*, *Renner* oder wer sonst sei. Ich müßte mir ausbitten, daß daraus keine Monita gemacht würden. Des weiteren betonte ich, daß ich eine Förderung der Ostzone sowohl in moralischer Hinsicht als auch durch sehr reale Dinge für geboten halte. Ich würde beispielsweise auch dafür eintreten, daß gewisse Bundesbehörden nach Berlin zu legen seien. Dr. *Adenauer* widersprach dem nicht. Schließlich unterhielten wir uns noch etwas länger über soziale Forderungen (Mitbestimmungsrecht, Eigentumsfrage an den Grundstoffindustrien und dergleichen). Ich sagte, daß bei diesen Materien eine Meinungsdifferenz wahrscheinlich nicht nur mit den anderen Koalitionspartnern, sondern auch mit Dr. *Adenauer* persönlich denkbar wäre. Wir stellten fest, daß wir uns allseitig erst an die Lösung dieser Fragen herantasten. Gegenwärtig sind nur das Ahlener Programm und die Düsseldorfer wirtschaftspolitischen Leitsätze ein gewisser Orientierungsrahmen.[8]

Das war im wesentlichen der sachliche Inhalt der Aussprache. Auf eine Zwischenfrage von Dr. *Adenauer*, wie denn meine Frau das völlige Ausscheiden aus der bisherigen Exi-

5 Sogleich nach *Heinemanns* Ernennung zum Innenminister übernahm Hans *Toussaint* das Amt des Essener Oberbürgermeisters.

6 *Dibelius* Meinung in Nr. 83, S. 446.

7 Genaue Daten Nr. 71, Anm. 48.

8 Zur Mitbestimmungsfrage Nr. 73 mit Anm. 4.

stenz beurteile, erklärte ich, daß sie auf dem Standpunkt stehe, daß ich die Tür in Bonn durchschreiten müsse, auf die ich in keiner Weise selber zugeschritten sei, wenn sie mir von anderer Seite aufgemacht werde und die Freunde und Brüder es mir als meine Verantwortung deutlich machen, daß ich ihnen in Bonn helfen soll.[9]

Dr. *Heinemann*

9 Bericht *Adenauers* über dieses Gespräch vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Nr. 83, S. 446.

76.

15. 9. 1949 (morgens): Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

Walter[1], der plötzlich hier aufkreuzte, will einen Brief mitnehmen und das hübsche Glas, Arbeit vertriebener Sudetendeutscher, die man am 13. nachmittags im Schloß Brühl[2] bekam.

Der [gestrige] Tag zog sich lang und unerquicklich hin. Der Bundespräsident hat nun *Adenauer* dem Bundestag vorgeschlagen als Kanzler. Das ist für uns unbequem, weil wir vorher gern uns eine starke Position im Kabinett gesichert hätten.[3] Nun macht die Fraktion Schwierigkeiten. Weil aber nicht nur die Partei da ist, sondern weil wir *Heuss* nicht entgegen sein können und weil Deutschland rasch eine Regierung braucht, werden wir zustimmen müssen. Ich war gestern abend noch von 8–12 [Uhr] mit *Blücher* und *Euler* bei den Verhandlungen bei *Adenauer*, der einen guten Eindruck machte.[4] Die Verhandlungen verliefen schleppend und unerquicklich – bis sie sich verliefen. Übrigens scheint das Wiederaufbauministerium auf mich zuzukommen[5] – aber es ist das noch unsicher und ungewiß.

Diese Tage – die in Herumsitzen, Warten und Reden bestehen – und was wird alles geredet – sind unerquicklich.

Meine Zimmer sind ordentlich.

Gabi[6] fährt also in Urlaub – in 14 Tagen. Da ist in Badenweiler sicherlich Platz. Wie geht Dirs? Ich bin ganz gut in Form.

1 Naher Verwandter *Wildermuths*.

2 Anläßlich des ersten Empfangs des Bundespräsidenten.

3 Gerade dies wollte *Adenauer* verhindern. Vgl. Nr. 71, S. 374.

4 Darüber notierte *Wildermuth* in sein Tagebuch: „Am Abend zum ersten Mal bei den Koalitionsverhandlungen. *Adenauer* macht überlegenen Eindruck. Finanzen: *Schäffer*, Wirtschaft: *Erhard*, Arbeit: Feilschen [?] usw." NL Wildermuth 28. Vgl. auch den Bericht *Adenauers* hierüber in Nr. 74, S. 413f.

5 Von der Forderung der FDP nach der Besetzung des Wohnungsbauministeriums – neben Justiz- und ERP-Ministerium – erfuhr die CDU/CSU-Fraktion am 14. 9. 1949; Nr. 71, S. 380.

6 Tochter *Wildermuths*.

77.

15. 9. 1949 (abends): Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

Walter holte mich heute früh ab und nahm Orientierung, Brief und das „Bundesglas" als nettes Andenken mit.[1]

Adenauer kam heute gerade mit der einen Stimme durch[2] nach schweren Auseinandersetzungen auch in unserer Fraktion.[3] Ich hatte ein bißchen das Gefühl vom Reiter und dem Bodensee – es ist unvorstellbar, was hier eine Lage staatsrechtlich und politisch entstanden wäre, wenn *Adenauer* nicht die nach dem Grundgesetz notwendige absolute Mehrheit von 202 Stimmen bekam.

Leider muß ich hier bleiben, um die Verhandlungen mit *A[denauer]* – mit *Blücher, Oellers* und *v. Rechenberg* – weiterzuführen.[4] Und das kostet wahrscheinlich das Wochenende. Es ist bitter!

Ich fühle mich hier so ganz [. . .][5] Wenns geht, komme ich noch Samstag früh an und fahre Sonntag nacht zurück.

Es besteht nun eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß das Wiederaufbauministerium auf mich zukommt.[6] Es wird eine schwere Aufgabe sein – aber sie hat Sinn für mich.

1 Vgl. Nr. 76.

2 Vgl. Nr. 74, Anm. 25.

3 Vgl. Nr. 76.

4 Dazu Nr. 78, S. 430f., und die Nrn. 81 und 82.

5 Ein Wort nicht zu entziffern.

6 Vgl. Nr. 82.

78.

16. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII–001–006/2. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: 13.30 Uhr.

Kaiser: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler ist zum Herrn Bundespräsidenten gebeten worden[1] und kann voraussichtlich nicht anwesend sein. Ich schlage vor, daß Herr *Schäffer* uns zunächst über den Stand der Koalitionsbesprechungen berichtet. Dann werden wir einige geschäftliche Angelegenheiten zu regeln haben. Ferner müssen wir Beschlüsse über das Fraktionssekretariat fassen. Dieses ist vorläufig noch

1 Überreichung der Ernennungsurkunde zum Bundeskanzler. Vgl. Blankenhorn, S. 59.

ohne jede finanzielle Grundlage. Es ist geplant, eine Regelung über den Bundestag anzustreben. Ich schlage vor, daß jedes Fraktionsmitglied vorbehaltlich der endgültigen Regelung 50,– oder 100,– DM einzahlt.

Schäffer: Ich halte es für einen unhaltbaren und unwürdigen Zustand, daß wir den Damen des Fraktionssekretariats zumuten, ohne Gehalt von der Hand in den Mund zu leben. Es muß hier möglichst bald etwas geschehen, vielleicht in der Weise, daß die Parteisekretariate auf den Bundesetat übernommen werden. In diesem Fall werden die Vorschüsse, die die Fraktionsmitglieder heute leisten, wieder zurückerstattet werden.

Dr. Vogel: Die Frage des Fraktionssekretariats steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Diätenregelung.[2] Es gibt hier zwei Möglichkeiten, und beide sind erörtert worden. Zunächst besteht der Plan, ein großes Sekretariat aus Bundesmitteln zu errichten. Die Kommission, die Sie eingesetzt haben, schlägt Ihnen vor, einen Geschäftsführer einzustellen, der eine hervorragende Kraft sein soll, ferner je nach der Stärke der Fraktionen eine Reihe von Schreibkräften, weiter eine Reihe sehr zuverlässiger Boten. Weiter brauchen wir so rasch wie möglich einen Vervielfältigungsapparat, vier bis sechs Schreibmaschinen und Bürogegenstände. Wir sollten auf jeden Fall vermeiden, innerhalb der Fraktionen sozusagen ein zweites Ministerium zu errichten. Die Abgeordneten müssen Herren der Materie bleiben und können ihre Aufgaben nicht an andere Kräfte abtreten. Weiter möchte ich vorschlagen die Heranziehung von Privatdozenten und wissenschaftlichen Assistenten, die wir aus einem Fonds laufend entlohnen. So würden wir einen großen Teil junger akademischer Kräfte an uns binden.

Kunze: Man sollte aber jene Fraktionskollegen von der Pflicht zur Entrichtung eines Vorschusses für das Sekretariat freistellen, die ausschließlich von ihren Abgeordnetendiäten leben müssen. Diese Kollegen dürfen wir nicht unter Druck stellen. Das Gesamtaufkommen wird durch diese Maßnahme kaum gefährdet.

Dr. von Brentano: Man kann das wohl in das Ermessen des Einzelnen stellen. Den Bedenken des Kollegen *Kunze* wird man ohne weiteres Rechnung tragen können. Einstweilen können wir nur ein Provisorium schaffen.

Bausch: Es lohnt sich wohl kaum, heute schon in die Details einzugehen, wir haben noch keinen endgültigen Vorstand. Wir müssen eine Kommission einsetzen, die einen Vorschlag auf Grund der Richtlinien ausarbeitet, die wir hier geben.

Dr. Vogel: Die Kommission besteht aus den Herren Dr. *Holzapfel*, Dr. *Laforet*, Dr. *Vogel* und *Strauß*. Wir haben eine Reihe anderer Herren zugezogen, und zwar *Scharnberg*, *Gengler* und *Bausch*.

Kaiser: Zu behandeln wäre auch noch die Frage der Verbindung der Fraktion zur Presse, und zwar zur Parteipresse wie zur Presse überhaupt. Im Parlamentarischen Rat hatte Kollege Dr. *Finck* diese Aufgabe in Händen. Er sorgte dafür, daß die Presse mit richtigen, zuverlässigen Informationen bedient wurde.[3]

Dr. von Brentano: Es ist mir lieb, daß Herr *Kaiser* dieses Problem anschneidet. Mir ist heute ein Artikel der „Kölnischen Rundschau" zu Gesicht gekommen, ein Leitartikel, in dem es heißt, es dürfe angenommen werden, daß der eine oder andere hessische CDU-Abgeordnete aus seiner Frankfurter Heimattreue wegen der Wahl Bonns zum

2 Vgl. Nr. 65, Anm. 49.

3 Vgl. Nr. 65 mit Anm. 55.

Bundessitz[4] noch immer verärgert an der gestrigen Sitzung noch nicht teilgenommen hat.[5] Ein solches Verhalten zeuge nicht von staatsmännischer Einsicht, da es bei der Wahl des Bundeskanzlers auf jede Stimme ankomme. – Ich bedaure solche Äußerungen aufs tiefste; denn es ist doch klar, daß die Wahl Bonns zum Bundessitz in keiner Verbindung mit der Kanzlerwahl steht. Diesen Herren müßte bedeutet werden, daß sie hier eine üble Brunnenvergiftung betreiben.

Kaiser: Wir werden uns mit der „Kölnischen Rundschau" in Verbindung setzen und dieses Treiben aufs schärfste brandmarken. Wir müssen einen Mann aus unseren Reihen damit beauftragen, die Verbindung zur Presse zu pflegen, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Aber es muß ein Mann sein, der von Presseangelegenheiten etwas versteht. Wir haben unter uns den Kollegen *Höfler*, der Hauptschriftleiter von Beruf ist.[6] Wir brauchen einen Mann, der diese Dinge auch in der Hand behält. Als seinen Vertreter könnten wir Herrn Dr. *Vogel*[7] bestimmen. – Wir treffen also eine vorläufige Regelung dahin, daß Herr *Höfler* das Amt übernimmt. Sein Vertreter ist Dr. *Vogel*.

Dr. Laforet: Ich bin gebeten worden, eine ernste Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Ein Mitglied des Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates, ein Mann, der sich um die Partei sehr verdient gemacht hat, befindet sich in ausgesprochener Not, denn er ist schwer krank geworden. Zwar haben der Präsident des Wirtschaftsrates wie des Parlamentarischen Rates schon das Mögliche getan, aber es muß noch mehr geschehen. Zu diesem Zweck rege ich an, daß jedes Fraktionsmitglied fünf DM monatlich in eine Unterstützungskasse einzahlt. Die Persönlichkeit, um die es sich hier handelt, verbiete es von selbst, daß die Unterstützung wie eine Art Almosen aussieht. Vielmehr sollte die Unterstützungskasse eine versicherungsähnliche Einrichtung sein, ohne das Odium eines Almosens.

Kaiser: Ich bitte Herrn *Vogel*, diesen Punkt in seinen Bericht an den Fraktionsvorstand aufzunehmen. Übrigens kann man den Namen ruhig nennen: Es ist unser Kollege Theophil *Kaufmann*. Herr *Vogel* wird sich der Sache annehmen.

Gengler: Meine Damen und Herren, ich möchte kurz über die Arbeit des Geschäftsordnungsausschusses berichten. Der Ausschuß hat in mehreren Sitzungen den Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung ausgearbeitet, der sich eng an die Geschäftsordnung des Reichstags anschließt. Es empfiehlt sich, daß diese vorläufige Geschäftsordnung möglichst ohne Debatte über die Bühne des Plenums geht. Zu diesem Zweck ist es not-

4 Vgl. Nr. 2 mit den Anm. 9–11.

5 Zu diesen Spekulationen war es gekommen, da *Adenauer* bei der Kanzlerwahl am 15. 9. 1949 nur 202 Stimmen bekommen hatte, obwohl von den Koalitionsfraktionen 206 Abgeordnete anwesend waren. Da außerdem noch ein BP-Abgeordneter für *Adenauer* gestimmt hatte (Nr. 79), bedeutete dies, daß fünf Abgeordnete der Koalitionsfraktionen *Adenauer* nicht gewählt hatten. Vgl. auch Blankenhorn, S. 59, wo es unter dem 15. 9. 1949 heißt: „In der CDU haben offensichtlich vier oder fünf Mitglieder dagegen gestimmt oder sich der Stimme enthalten." Anders die Feststellung in Nr. 79.

6 Heinrich *Höfler* war von 1921 bis 1931 Chefredakteur des Zentrumsblattes „Pfälzer Bote" in Heidelberg gewesen und hatte anschließend das Schriftleiteramt der Zeitschrift „Caritas" übernommen. Angaben nach Fritz Sänger (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Bundestages, 1. WP., Stuttgart 1949, S. 160.

7 Rudolf *Vogel* hatte von 1930 bis 1933 als Redakteur bei der „Oberschlesischen Volksstimme" gearbeitet, und er war anschließend Mitarbeiter ehemaliger katholischer Provinzzeitungen in Berlin. Ebenda, S. 251.

wendig, alle Punkte auszuschalten, die Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion geben könnten.

Sie werden es mir wohl erlassen, Ihnen den Entwurf in allen Einzelheiten vorzutragen. Ich möchte mich darauf beschränken, jene Bestimmungen anzuführen, die Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben haben.

Da war zunächst die Frage der Fraktionsstärke[8], d. h. der Mindestzahl von Mitgliedern, die eine politische Gruppe haben muß, um die Rechte einer Fraktion zu gewinnen. Die Geschäftsordnung des Reichstags sah eine Fraktionsmindeststärke von 15 Mitgliedern vor. Zu dieser Frage lagen naturgemäß Anträge der verschiedenen Parteien vor, die Fraktionsmindeststärke auf 10 Mitglieder herabzusetzen. Unsere Fraktion hat sich zu diesen Vorschlägen zunächst ablehnend verhalten. Nachdem aber andere Fraktionen sich bereit erklärten, auf 10 Mitglieder herabzugehen, werden wir dazu Stellung nehmen müssen. Einstweilen haben wir uns im Geschäftsordnungsausschuß die endgültige Entscheidung vorbehalten. Herr Dr. *Adenauer* hat gestern von der Möglichkeit gesprochen, das Zentrum und die WAV könnten eine gemeinsame Fraktion bilden.[9] Dieses Experiment könnte auch von anderen Parteien wiederholt werden, wenn wir nicht auf die Mindestzahl von 10 Mitgliedern heruntergehen. Wie gesagt, wir wollen uns die endgültige Entscheidung vorbehalten.

Die zweite wichtige Frage betrifft Art und Zahl der Ausschüsse.[10] Die Geschäftsordnung des Reichstags führte eine große Anzahl Ausschüsse namentlich auf. Präsident Dr. *Köhler* hat uns über die Ausschüsse eine Art Vorlage gemacht. Es wird zu prüfen sein, welche Ausschüsse heute notwendig sind und welche problematisch. Eine Reihe von Ausschüssen wird zunächst vielleicht beschäftigungslos sein. Schließlich einigte man sich darauf, Ausschüsse, die sich als notwendig erweisen, je nach Bedarf zu gründen. So beschränkten wir uns auf die Bestimmung in der Geschäftsordnung, daß zur Vorbereitung der Vollversammlungen besondere Ausschüsse eingesetzt werden. Die Aufführung der Ausschüsse im einzelnen behalten wir uns für die endgültige Geschäftsordnung vor.[11]

In Verbindung damit steht die Frage der Besetzung der Ausschüsse und der Zahl ihrer Mitglieder.[12] Eine Sonderregelung betrifft den Ältestenrat, der ja kein normaler, sondern ein Ausschuß besonderer Art ist. Er soll bestehen aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und 21 Mitgliedern. Die 21 Sitze werden entsprechend der Stärke der Fraktionen nach einem bestimmten Schlüssel verteilt. Aufgabe des Ältestenrats ist die Vorbereitung der Vollsitzungen. Daher wird im allgemeinen über die einzelnen Punkte nicht abgestimmt, sondern es wird versucht, eine Übereinstimmung der Fraktionen darüber herbeizuführen.

Eine besondere Frage betrifft die Bestellung der Ausschußvorsitzenden.[13] Darüber gingen die Meinungen im Geschäftsordnungsausschuß auseinander. Ein Vorschlag war,

---

8 Vgl. Nr. 71, S. 356–359.

9 *Adenauer* hatte sich am 14. 9. 1949 hierzu geäußert. Vgl. Nr. 71 mit Anm. 55.

10 Zur bisherigen Diskussion hierüber in der CDU/CSU-Fraktion Nr. 65, S. 299–308.

11 Übersicht über die schließlich gebildeten Ausschüsse im ersten Bundestag in: Datenhandbuch Bundestag, S. 566–572.

12 Vgl. Nr. 71, S. 362.

13 Hierzu Nr. 65, S. 299f., sowie Nr. 71, S. 359f.

die Ausschußvorsitzenden ausschließlich den Regierungsparteien vorzubehalten. Eine andere Meinung ging dahin, die Stellen der Ausschußvorsitzenden nach einem bestimmten Schlüssel auf die Fraktionen zu verteilen. Wir haben uns auf die dritte Anregung geeinigt, von einer starren Verteilung abzusehen und besondere Wünsche einzelner Fraktionen in bezug auf ein besonderes Sachgebiet und eine besonders fachkundige Persönlichkeit gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Unentschieden blieb ferner die Zahl der Vizepräsidenten des Bundestags.[14] Wir haben in unserer ersten Sitzung einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten gewählt.[15] Es erhob sich die Frage, ob man nicht einen dritten und vierten Vizepräsidenten dazu bestellen sollte. Wir haben die Entscheidung darüber zurückgestellt. Die Geschäftsordnung des Reichstags, die die Grundlage unserer Beratungen war, nennt nicht die Zahl der Vizepräsidenten, so daß der Bundestag in dieser Frage freie Entscheidung hat. Für die Bestellung weiterer Vizepräsidenten kämen in Frage die Deutsche Partei und die Bayernpartei. Die Frage wurde aber bis zur Beratung der endgültigen Geschäftsordnung zurückgestellt.

Eine weitere wichtige Frage betraf die Behandlung von Anträgen, deren Verwirklichung finanzielle Aufwendungen zur Folge hat.[16] Hierzu lag ein Vorschlag der DP vor, wonach Anträge, die Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfen, wenn sie nicht zugleich eine Angabe über die Deckung dieser Ausgaben enthalten. Eine Bestimmung dieser Art findet sich in der hessischen Verfassung[17]; andere Länderverfassungen enthalten eine solche Vorschrift nicht.

Der Reichstag hat am 9. Februar 1931 den Beschluß gefaßt, in die Geschäftsordnung einen § 48a einzufügen, wonach Finanzvorlagen vom Präsidenten des Reichstags unmittelbar dem zuständigen Ausschuß und dem Haushaltsausschuß oder dem letzteren allein überwiesen werden, wenn nicht die Reichsregierung einer abweichenden Behandlung zustimmt.[18] Finanzvorlagen sind alle Vorlagen der Reichsregierung und alle Anträge von Mitgliedern des Reichstags, die in der Hauptsache oder in erheblichem Umfang geeignet sind, für die Gegenwart oder die Zukunft auf die öffentlichen Finanzen einzuwirken. Im Zweifelsfall entscheidet der Präsident des Reichstags nach Anhörung des Ältestenrats. Gegen einen solchen Vorschlag wandte sich namentlich der Vertreter der KPD, der eine solche Bestimmung für verhängnisvoll und undurchführbar erklärte. Der Reichstagspräsident *Löbe* schilderte, wie es zu der Bestimmung des § 48a gekommen war. Er vertrat darüber hinaus die Ansicht, man müsse eine gewisse Sicherung gegen die Flut von Agitationsanträgen schaffen, um zu verhindern, daß der Bundestag ebenso wie der Reichstag vor 1933 an solchen Entartungen der Verantwortung zu Grunde gehe. Der Abgeordnete Dr. *Arndt* von der SPD meldete gegen eine solche Bestimmung verfassungs-

14 Vgl. Nr. 61, S. 269, 274f.

15 Der Bundestag hatte am 7. 9. 1949 Erich *Köhler* (CDU) zum Präsidenten und Carlo *Schmid* (SPD) und Hermann *Schäfer* (FDP) zu Vizepräsidenten gewählt. Datenhandbuch Bundestag, S. 212 und S. 224.

16 Vgl. Nr. 71, S. 361.

17 Nr. 71, Anm. 8.

18 Nr. 71, Anm. 9.

mäßige Bedenken an und meinte, sie beeinträchtige das Initiativrecht der Parteien.[19] Ich wandte mich gegen eine solche Auffassung. Mehrere Redner schlugen vor, diese grundsätzliche Frage nicht schon in der vorläufigen Geschäftsordnung zu regeln, sondern die Entscheidung der endgültigen Geschäftsordnung zu überlassen. Dr. *Becker* von der FDP und ich forderten, schon jetzt Klarheit zu schaffen. Schon heute stehe man Forderungen von Interessentengruppen gegenüber, deren Erfüllung ungezählte Milliarden beanspruchen müßte. Ein solches verantwortungsloses Treiben müsse von vornherein unterbunden werden. Die Stellungnahme der SPD läßt erkennen, daß sie sich in ihrer Agitationsarbeit nicht stören lassen will. Schließlich einigte sich der Geschäftsordnungsausschuß dahin, die Entscheidung bis zur Beratung der endgültigen Geschäftsordnung zurückzustellen. Ich selbst habe mir natürlich die Entscheidung meiner Fraktion vorbehalten.

Dr. von Brentano: Als Vorsitzender des vorläufigen Geschäftsordnungsausschusses kann ich mich dem Bericht des Kollegen *Gengler* anschließen. Was die Bestimmung des § 48a angeht, so dürfte Kollege *Gengler* Herrn *Arndt* von der SPD mißverstanden haben. Zweifellos ist Dr. *Arndt* ein linientreuer Sozialdemokrat. Ich kenne ihn vom Wirtschaftsrat her gut genug und möchte meinen, seine Bedenken sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Das Grundgesetz kennt keine Bestimmung der Art, wie sie die hessische Verfassung enthält, sondern lediglich den Artikel 113.[20] Die Geschäftsordnung in ihrer heutigen Form und nach ihrem heutigen Zustandekommen dürfte sich für die Aufnahme einer so weitreichenden materiellen Bestimmung nicht eignen; wir werden uns dann schon entschließen müssen, unsere endgültige Geschäftsordnung in der Form eines materiellen Gesetzes zu erlassen. Die Möglichkeit dazu besteht jederzeit. Ich meine, wir sollten diese Frage in der vorläufigen Geschäftsordnung noch nicht regeln. Ich fürchte, wir werden uns dabei in uferlose Debatten verlieren. Es ist da gar nicht sicher, ob wir bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen eine solche Bestimmung durchbringen würden. Wir sollten uns auch nicht der Gefahr aussetzen, daß der Staatsgerichtshof wegen dieser Grundsatzfrage angerufen wird.

Gengler: Der Abgeordnete *Renner* meinte, wir hätten vorläufig überhaupt noch keinen Haushaltsplan, und deshalb sei eine solche Bestimmung überhaupt zur Zeit gegenstandslos. Im übrigen tat er so, als ob die KPD gar nicht die Absicht hätte, Agitationsanträge zu stellen. Dem wurde entgegengehalten, die Bundesregierung werde, sobald sie im Amte sei, den bizonalen Haushalt übernehmen müssen; es sei also schon ein Haushaltsplan vorhanden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Artikel 112[21] und 113 des Grundgesetzes als vorläufiges Sicherheitsventil genügen. Ich betonte, eine Bestimmung nach dem Muster des § 48a der Geschäftsordnung des Reichstags stelle keinen Widerspruch zu dem freien Initiativrecht des Artikels 76 dar. Die Finanzwirtschaft des Staates müsse wie die Wirtschaft eines privaten Betriebs nach den Regeln eines ordentlichen

19 Diese Auffassung vertrat 1952 auch das Bundesverfassungsgericht. Vgl. Nr. 71, Anm. 10.

20 Art. 113 GG: „Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung."

21 Art. 112 GG: „Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden."

Kaufmanns geführt werden. Allerdings würde es sich empfehlen, den § 48a nicht in die Geschäftsordnung aufzunehmen, sondern durch Parlamentsbeschluß zu einem materiellen Gesetz zu erheben. Damit würde man auch allen verfassungsrechtlichen Bedenken aus dem Wege gehen.

Dr. Wahl: Wenn die Geschäftsordnung des Reichstags den § 48a enthielt, so liegt darin schon ein Präjudiz, daß man diese Bestimmung nicht als Verfassungsänderung betrachtet hat. Darauf könnte man sich immerhin auch heute noch berufen.

Dr. Neuburger: Nach Artikel 76 des Grundgesetzes werden Gesetzesvorlagen beim Bundestag eingebracht. § 48a der Geschäftsordnung des Reichstags schließt die Einbringung von Anträgen nicht aus. Man darf die Artikel 112 und 113 des Grundgesetzes nicht in den Artikel 76 hineininterpretieren. Da möchte ich sagen: Principiis obsta! Wir haben eine kleine Koalition, und auf diese Tatsache muß man Rücksicht nehmen.

Dr. Kleindinst: Wenn uns die Mehrheit für eine solche Bestimmung nicht sicher ist, dann hat es auch keinen Zweck, einen derartigen Antrag zu stellen. Die Bestimmung ist notwendig; sonst würde der Reichstag sie nicht beschlossen haben. Verfassungsrechtliche Bedenken habe ich nicht; denn das Initiativrecht der Mitglieder des Bundestags wird dadurch nicht beschränkt, sondern die Antragsteller werden lediglich angewiesen, sich Gedanken über die finanzielle Deckung zu machen. Eine solche Bestimmung würde lediglich einen Mißbrauch des Initiativrechts verhindern.

Dr. Bucerius: Es ist das wichtigste Anliegen einer Regierungskoalition, nach außen hin geschlossen aufzutreten und sich möglichst wenig zu blamieren. Daher sollte man eine verfassungsrechtliche Debatte über diese Frage vermeiden. Ich möchte deshalb empfehlen, sich zuerst über die Frage zu vergewissern, ob hinter einem solchen Vorschlag eine Mehrheit steht. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Schäffer: Verfassungsrechtliche Bedenken habe ich nicht. Inwieweit der Bundestag sein Initiativrecht ausüben will, liegt in seinem freien Ermessen. Ich würde eine Bestimmung wie den § 48a auch in der vorläufigen Geschäftsordnung für sehr wünschenswert halten, bin aber im Zweifel, ob sie jetzt schon durchzusetzen ist. Ich schlage vor, mit den beiden Koalitionsparteien Verbindung aufzunehmen mit dem Ziel, einen solchen Antrag zu unterstützen und ihm eine Mehrheit zu sichern.

Bausch: Es wird ohne Zweifel im Bundestag eine Menge Leute geben, die bestrebt sein werden, der Bundesregierung mit Agitationsanträgen Schwierigkeiten zu machen. Ich halte den § 48a für unerläßlich. Um ihn durchzusetzen, brauchen wir aber eine zuverlässige Mehrheit. Diese zu schaffen, sollte unser Ziel sein.

Kaiser: Ich denke, wir können den Herren Dr. *von Brentano* und *Gengler* die Vollmacht geben, das Bestmögliche in diesem Sinne zu tun.

Dr. Laforet: So ist es, wenn die Dinge nicht zu Ende gedacht werden. Man hat sich im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates leider Gottes umstimmen lassen, für solche Dinge ein einfaches Gesetz zuzulassen. Wir Juristen waren dabei leider nicht maßgebend, sondern das erste Wort sprach die Politik. Ja, wir Juristen waren im Hintertreffen.

Dr. Müller: Ich habe Bedenken, die Fraktionsmindeststärke auf 10 Mitglieder herabzusetzen. Das Verhältnis zwischen WAV und Zentrum ist das gleiche wie das Verhältnis zwischen CSU und Bayernpartei. Die Bedeutung der Zentrumspartei wird zurückgehen. Ich bin dafür, daß diese Parteien in der Bedeutungslosigkeit verbleiben sollten, in der sie in das Parlament eingezogen sind. Ich wünschte, daß das Zentrum mit *Loritz* zusam-

mengeht. Das gibt gerade uns im Münsterland gutes Agitationsmaterial, wenn wir sagen können, Helene *Wessel* habe sich mit einem § 151er[22] zusammengefunden. Um für eine Bestimmung wie den § 48a eine Mehrheit zu finden, müssen wir die DP gewinnen. Ich habe unter vier Augen mit Mitgliedern der SPD und FDP gesprochen. Bezüglich der Fraktionsstärke haben sich beide Parteien so gut wie sicher auf eine Fraktionsstärke von mindestens 15 Mitgliedern festgelegt. Wenn wir keine sichere Mehrheit für die Mindeststärke von 15 Mitgliedern erhalten, sollten wir darauf nicht bestehen. Es wäre taktisch unklug, sich auf etwas zu versteifen, was dann doch nicht durchgeht.

Nellen: So sehr wir wünschen, daß das Zentrum sich durch ein Zusammengehen mit *Loritz* der Lächerlichkeit preisgibt, so muß ich doch noch mehr befürchten, daß das Zentrum wie schon im Wahlkampf uns vorwerfen wird, wir hätten seine parlamentarische Tätigkeit mit der Festsetzung einer höheren Fraktionsmindeststärke von vornherein auf unfaire Weise abwürgen wollen. Diesen Vorwurf halte ich für viel gefährlicher.

Dr. Köhler: Wenn Zentrum und WAV eine Ehe eingehen, so haben beide eine Fraktionsstärke von 27 Mitgliedern. Damit würde diese Kombination vor unserer dritten Koalitionspartei, der Deutschen Partei, marschieren, namentlich wenn wir bei der Verteilung der Ausschußsitze nach dem LOW-System[23] vorgehen. Das ist die eine Seite der Sache. Wenn wir über die Zahl von 21 Ausschußmitgliedern [nicht] hinausgehen, dann wird es gelingen, die KPD draußen zu halten. In diesem Punkt besteht zwischen uns und der SPD Übereinstimmung. Das hat mir Carlo *Schmid* nahegelegt. Dann werden die kleinen Fraktionen überhaupt draußen bleiben und nur mit beratender Stimme an den Ausschußsitzungen teilnehmen können.

Ich wiederhole: Wenn es bei einer Mindestzahl von 15 Ausschußmitgliedern bleibt, scheiden Zentrum und WAV aus. Wenn wir nicht über die Höchststärke von 21 Mitgliedern hinausgehen, dann scheidet auch die KPD aus.

Schäffer: Meines Wissens hat Dr. *Adenauer* im Ältestenrat erklärt, die Fraktion der CDU werde dafür eintreten, daß noch ein dritter und vierter Vizepräsident bestellt wird. Ich habe ihm persönlich die Erklärung abgegeben, die CSU werde sich, falls es zur Abstimmung kommt, gegen einen dritten und vierten Vizepräsidenten aussprechen. Ich bitte, die Frage heute nicht endgültig zu behandeln, sondern zurückzustellen. Ich glaube kaum, daß meine Freunde von der CSU von diesem strikten Standpunkt abgehen werden.

Kaiser: Dr. *Adenauer* ist von folgenden Motiven ausgegangen[24]: Er hatte eine diesbezügliche Abrede getroffen. Nun hat sich aber Dr. *Seelos* von der BP gemeldet und gefordert, daß ihr die Stelle eines Vizepräsidenten zustehe[25], weil die BP zwar keine höhere

---

22 Vgl. Nr. 71 mit Anm. 60.

23 Ein System dieser Bezeichnung ist nicht nachweisbar. Die anschließenden rechnerischen Überlegungen legen nahe, daß das Höchstzahlverfahren nach *d'Hondt* gemeint ist, das im Bundestag 1949 dann auch eingeführt wurde. Möglicherweise liegt hier ein Hörfehler des aufnehmenden Stenographen vor.

24 Vgl. Nr. 61, S. 269, 274f.

25 Am 8. 9. 1949 hatte *Adenauer* folgendes Schreiben von *Seelos* erhalten: „Da infolge des nachträglichen Einspruchs der SPD im Ältestenrat vom 7. September 1949 die am Vortage getroffene zwischenfraktionelle Vereinbarung über die Wahl von vier Vizepräsidenten nicht durchgeführt werden konnte, haben Sie mir dankenswerterweise bei dieser Gelegenheit die Zusicherung gegeben, daß Sie sich nach wie vor an die Vereinbarung gebunden fühlen, der BP den dritten Vize-

Fraktionsstärke als die Deutsche Partei hat, aber eine höhere Stimmenzahl.[26] Das kann ihm nicht bestritten werden. Herrn Dr. *Adenauer* lag daran, die Zustimmung der Deutschen Partei für wichtigere Dinge zu gewinnen. Er handelte aus taktischen Gründen und konnte nicht anders handeln.

Schäffer: Ich möchte Ihnen nun über die Koalitionsbesprechungen berichten, die gestern stattgefunden haben. Ich werde mich dabei bemühen, möglichst vollständig zu berichten und etwas in die Details zu gehen. Was ich nun sagen werde, ist natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Ich bitte die Herren daher, diese Dinge nicht hinauszutragen, sondern absolute Vertraulichkeit zu wahren. Dies um so mehr, als die Verhandlungen noch keineswegs abgeschlossen sind.

Wir hatten gestern zwei Besprechungen, und zwar um 16 Uhr eine Besprechung im erweiterten Fraktionsausschuß oder Fraktionsvorstand, und im Anschluß daran um 18 Uhr Verhandlungen mit den Herren von der DP und FDP.

Die Besprechung um 16 Uhr drehte sich ausschließlich um die Frage der Zahl der Ministerien. Man äußerte Bedenken dagegen, mit einer allzu großen Zahl von Ministerien an die Öffentlichkeit zu treten. Diese Bedenken waren, ich möchte sagen, allgemein.

Man befaßte sich weiter mit der Frage, welche der geplanten Ministerien ausscheiden sollten. In Aussicht genommen waren die Bundeskanzlei, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium der Justiz, das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium für Arbeit, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesverkehrsministerium und das Bundespostministerium. Man kann alle diese Ministerien als sogenannte alte, herkömmliche Ministerien bezeichnen. Dazu kamen noch die Ministerien, die entsprechend der Zeitlage neu gebildet werden sollten: das sogenannte Ostministerium, eine unglückliche Bezeichnung, das Ministerium für Wiederaufbau, das das Wohnungswesen umfaßt, das Flüchtlingsministerium und das ERP-Ministerium, ferner noch das Ministerium *Hellwege* als Koordinierungsminister. Das Ostministerium soll einen anderen Namen erhalten; man hat dafür Ministerium für gesamtdeutsche Fragen vorgeschlagen. Seine Aufgabe soll sein die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Einheit von Ost- und Westdeutschland möglichst zu erhalten bis zu dem Tag, wo wir die wirkliche politische Einheit wiederhergestellt haben werden. Die Aufgabe dieses Ministeriums wird ausgesprochen politischer Natur sein. Gegen dieses Ministerium wurden ernsthafte Bedenken nicht erhoben. Dagegen wurden gegen die übrigen neuen Ministerien Widerstände laut. Über das ERP-Ministerium wurde zwar wenig gesprochen. Der Minister *Hellwege* soll mehr oder weniger Minister ohne Portefeuille sein. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um Wiederaufbau-, Flüchtlings- und Sozialministerium. Man hat vorgeschlagen, für diese Ressorts keine Ministerien einzurichten, sondern Bundesämter, die unter der politischen Verantwortung eines Ressorts stehen sollten.

Mit solchen Plänen und Vorschlägen sind wir um 18 Uhr in die Besprechung mit den Koalitionspartnern gegangen. Für die Deutsche Partei sprach Dr. *Seebohm*. Er bezog

präsidenten und der DP den vierten Vizepräsidenten zuzugestehen. Die BP hat deshalb auch ihrerseits einstimmig den Kandidaten der CDU/CSU, Herrn Dr. Erich *Köhler*, zum Bundestagspräsidenten und Herrn Dr. *Schäfer* von der FDP zum zweiten Vizepräsidenten gewählt." StBkAH 09.02.

26 In der Bundestagswahl 1949 betrug die Stimmenzahl für die BP 986 478, für die DP 939 934. Datenhandbuch Bundestag, S. 34.

sich auf Artikel 85 des Grundgesetzes und meinte, die Einrichtung von Bundesämtern sei nur durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats möglich. Wir sind zu dem Vorschlag, Bundesämter einzurichten, aus der Erwägung heraus gekommen, daß ein Bundesministerium mehr das Bedürfnis hat, sich nach unten hin auszudehnen und vielleicht sogar störend in die Länderverwaltungen einzugreifen, als es in der Natur eines Bundesamts läge, das nicht den Ehrgeiz hat, seinen Verwaltungskörper übermäßig aufzublähen. Die Bundesämter hätten auch einen festumrissenen Aufgabenkreis.

Gegen das sogenannte Ostministerium wurden Bedenken laut, namentlich von der FDP. Die DP sprach sich dafür aus. Man forderte aber eine Namensänderung. Der Abgeordnete *von Merkatz* schlug vor: „Ministerium für gesamtdeutsche Aufgaben". Gegen dieses Ministerium zeigte sich schließlich kein grundsätzlicher Widerspruch mehr.

Weiter wurde gesprochen über das Bundesamt für Wohnungswesen. Ein Widerspruch dagegen erhob sich nicht. Zweifelhaft war nur, ob und in welches Ministerium dieses Bundesamt für Wohnungswesen einzugliedern sei. Von einer Seite nannte man das Wirtschaftsministerium. Das Wohnungswesen greift nun in verschiedene Ressorts ein, und daher bezeichnete man es als zweckmäßig, es politisch und parlamentarisch mit dem Stellvertreter des Bundeskanzlers zu verbinden.[27]

Ferner erörterte man das Bundesamt für die Heimatvertriebenen. Zunächst schien es fast, als ob man sich mit einem Bundesamt begnügen würde; im weiteren Verlauf der Debatte überlegte man aber, ob es sich nicht aus rein psychologischen Gründen empfehle, ein Ministerium für Vertriebene zu schaffen. Schließlich erklärte Dr. *Adenauer*, er wolle sich die Frage noch überlegen und zunächst mit Herrn Dr. *Lukaschek* sprechen. Wie die Besprechung mit *Lukaschek* ausfallen wird, kann ich natürlich nicht voraussagen. Jedenfalls wird es für Herrn Dr. *Adenauer* wertvoll sein, welche Stimmung in unserer Fraktion herrscht, ob sie sich für ein Bundesamt oder aber für ein Flüchtlingsministerium ausspricht.

Ausgiebig erörtert wurde die Frage der Schaffung eines Bundesamts für soziale Aufgaben, das einen Teil des Aufgabenbereichs zu übernehmen hätte, der nach dem Organisationsplan dem Arbeitsministerium zugedacht ist, also vor allem den Bereich der Fürsorge und des Gesundheitswesens. Die Frage wurde nicht entschieden.

Dagegen wurde viel über die Frage der Sozialversicherung gesprochen, vor allem darüber, wie diese künftig ausgebaut werden soll. Soll der reine Versicherungsgedanke entscheidend sein oder soll die Organisation mehr in den Fürsorgegedanken hineinleiten? Es ließ sich nicht vermeiden, daß die Aussprache über diese Frage viel Zeit in Anspruch nahm. Frau *Kalinke* von der DP hat uns darüber einen sehr ausführlichen Vortrag gehalten. Herr Dr. *Adenauer* hat unseren Freund *Blank* beauftragt, im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft seine Gedanken schriftlich niederzulegen. Ein grundsätzlicher Widerspruch gegen den Plan der Schaffung eines Bundesamts für soziale Aufgaben ist in der Debatte nicht zum Ausdruck gekommen.

Ich stelle diesen Bericht zur Debatte und bitte, zunächst eine Entscheidung der Fraktion darüber herbeizuführen, ob die Errichtung eines Ministeriums für gesamtdeutsche Aufgaben gewünscht wird. Ein solches Ministerium würde jedenfalls in der deutschen öffentlichen Meinung keinen Widerspruch finden.

---

27 Vgl. dagegen *Wildermuth* in Nr. 81, der als Ergebnis dieser Verhandlungen mit seiner Berufung zum Wohnungsbauminister rechnete.

Kaiser: Wir haben gestern mit Nachdruck betont, daß wir ein Kabinett mit 15 oder 16 Ministern nicht für vertretbar halten. Wir haben daher angeregt, die Liste der Ministerien noch einmal daraufhin zu überprüfen, welche Ministerien ausscheiden sollen. Freilich, nach dem Verlauf der gestrigen Debatte kann nicht allzuviel herausgestrichen werden. Jedenfalls ist die Frage der deutschen Einheit, die Vorbereitung der deutschen Einheit von großer Bedeutung. Ich möchte betonen, daß meine Person, die in diesem Zusammenhang wiederholt genannt wird, dabei in keiner Weise im Wege stehen darf. Es besteht immerhin die Gefahr, daß dieses Kabinett zu sehr nach rechts abzurutschen droht. Es sollte nicht allzu starke bürgerliche Züge tragen. Für uns, die wir aus der Arbeiterschaft kommen, wäre es viel leichter, wenn wir an diesem Kabinett gar nicht beteiligt würden, wenn weder *Storch* noch ein anderer von uns Arbeitervertretern eine unmittelbare Verantwortung zu übernehmen brauchte. Andererseits müssen wir dieses Kabinett auch nach links abschirmen und darüber die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie führen.

Noch einen anderen Gesichtspunkt sollten wir in unserem Kreise klar sehen. Der Mann, der gestern gegen das Ostministerium Einspruch erhoben hat, war Herr *von Rechenberg*, ein politischer Typ, mit dem schwer zusammenzuarbeiten sein wird. Er ist Schwerindustrieller in Köln. Wenn, so habe ich mir sagen lassen, der Ausdruck „reaktionär" anwendbar ist, dann auf ihn.

Dr. Dr. Lehr: Eine Frage zuvor: Ist beabsichtigt, bei einer Herabsetzung der Zahl der Ministerien die an ihre Stelle tretenden Bundesämter selbständig zu machen oder aber einem Bundesminister zu unterstellen?

Kaiser: Aus verfassungsrechtlichen Gründen wird das letztere nötig sein.

Dr. Dr. Lehr: Dann möchte ich folgendes sagen: Zweifellos ist eine nicht zu große Zahl von Ministerien erwünscht. Man sollte die sogenannten Grundministerien so ausstatten, wie sie bisher in herkömmlicher Weise ausgestattet waren. Schließlich ist es kein Zufall, daß jedes dieser Ministerien seinen festumrissenen Aufgabenbereich hatte. Man sollte einen großen Fehler vermeiden: außerhalb der Ministerien möglichst viele Sonderverwaltungen zu schaffen. Sonderverwaltungen sind immer Fremdkörper und haben die Tendenz, möglichst unmittelbar dem Kanzler unterstellt zu werden. Diese Einrichtung hat in der nationalsozialistischen Zeit ihre große Schwäche gezeigt; sie führte zur Zersplitterung, die nur durch das Führerprinzip übertüncht wurde. Wenn wir also organisatorische Fehler vermeiden wollen, müssen wir uns bemühen, uns auf die sogenannten grundlegenden Ministerien zu beschränken. Diese müssen dann aber so ausgestaltet werden, daß sie alles das enthalten, was in ihren Aufgabenkreis gehört. Wir sollten uns davor hüten, aus ihrem Bereich Sonderbehörden abzusplittern. Diese sind immer bestrebt, sich einen eigenen Unterbau zu schaffen und nach oben hin möglichst unter eine Spitze gestellt zu werden. Es wird für den Kanzler ohnehin nicht leicht sein, sein Kabinett zusammenzuhalten.

Zu den Besorgnissen des Herrn Jakob *Kaiser* wegen der Gefahr einer zu stark rechts orientierten Regierung möchte ich nur sagen: Herr Jakob *Kaiser* kennt mich seit vielen Jahren. Er kennt mein grundsätzlich konservatives, gemäßigt rechtsgerichtetes Gemüt, und dieser Umstand hat bisher unsere gegenseitigen Beziehungen nicht gestört. Daher möchte ich bei ihm ein gutes Wort für die Männer von rechts einlegen, die ihr gut Teil dazu beigetragen haben, die Hitlergefahr zu bekämpfen. Es wird mir selbst in Kreisen unserer eigenen Freunde nicht immer verziehen, daß mein Vater ein preußischer General

gewesen ist. Aber ich kann nichts dafür. Aus schwerem inneren Erleben heraus habe ich den Weg zur Union gefunden, und ich glaube nicht, daß eine besondere Abschirmung nach links nötig wäre. Ich habe das meinem Freund *Blank* plausibel zu machen versucht, und er hat mir Absolution erteilt. Wenn wir uns jetzt in der Union und in der Fraktion hier, wo wir uns im einzelnen noch nicht so kennen, zusammenfinden, so bitte ich Sie, in den sogenannten Vertretern der Männer von rechts keine Gefahr zu sehen, die unsere Zusammenarbeit stören könnte.

Kaiser: Ich habe mich vorhin vielleicht falsch ausgedrückt. Überhaupt sind die Begriffe rechts und links falsch. Herr Dr. *Lehr* hat von seinem Vater gesprochen. Ich bin nicht im Hause eines Generals geboren, sondern Kind eines kleinen Mannes, in dessen Hause 10 Kinder aufgewachsen sind. Wenn wir die Christlich-Demokratische Union gegründet haben, so mit dem Ziele, einen gesunden konservativen Sinn mit den sozialen Notwendigkeiten zu einer Harmonie zu vereinigen. Eine gewisse Gefahr ist da, und sie muß aufgefangen werden. Wenn das Unternehmen, das unter dem Namen *Adenauer* versucht wird, gelingen soll, so muß auch die Welt der kleinen Leute Vertrauen zu ihm haben. Dieser Bürgschaft bedarf das Kabinett *Adenauer*. Wir beide kommen nach Art und Herkommen aus anderen Volksschichten. Unter uns muß Übereinstimmung sein. Wenn Konrad *Adenauer* anscheinend Wert darauf legt, daß ich mit dabei sein soll, so nicht nur aus der Erkenntnis heraus, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit vorbereitet werden muß, sondern auch aus dem Gefühl heraus, daß er neben seinen anderen Freunden auch ein paar Leute aus der Arbeiterbewegung braucht.

Dr. Köhler: Bezüglich der Zahl der Ministerien teile ich uneingeschränkt die Auffassung Dr. *Lehr's*. Wir dürfen die Kabinettsbildung nicht immer vom Standpunkt der großen Politik aus betrachten, sondern aus der Perspektive des kleinen Mannes auf der Straße. So hat Konrad *Adenauer* gesagt. Man wird von uns Rechenschaft fordern, denn wir sind ein Arm des Volkes. Das kommende Kabinett wird Aufgaben zu bewältigen haben, die man früher nicht gekannt hat. Das Volk schreit nach Vereinfachung der Verwaltung. Der Aufbau der Organisation im Bund steht in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Lösung der Verwaltungsreform in den Ländern; das wird mein Freund Dr. *Hilpert* ohne weiteres zugeben. In allen Ländern zeigt sich das Bestreben, den Verwaltungsapparat zu vereinfachen. Der Bund muß mit der Vereinfachung vorangehen. Es gilt, den Aufbau der Ministerien so zu gestalten, daß ihre Organisation den neuen Aufgaben irgendwie gerecht wird. Wir stehen da in einer Zwangssituation.

Was die Schaffung von Bundesämtern angeht, so teile ich nicht ganz die Auffassung meiner Vorredner. Der Begriff des Staatssekretärs muß endlich wieder den Kurswert erhalten, den er in früheren Jahrzehnten gehabt hat. Ein Staatssekretär stand auf der Höhe seiner Laufbahn, und so war es vor 1914, so war es auch noch in den zwanziger Jahren.

Was den Wohnungsbau angeht, so habe ich meinem Freunde *Erhard* schon gesagt, so ist diese Aufgabe eine Resultante des Zusammenwirkens von Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzministerium. Warum sollen nicht Staatssekretäre diese neuen Aufgaben übernehmen können? Das gleiche gilt für das Bundesamt für das Flüchtlingswesen. In Frankreich und England nimmt kein Mensch Anstoß an der Anzahl von Staatssekretären. Bezüglich der Bezeichnung „Bundesamt" bin ich seit gestern wieder etwas wankend geworden, und ich meine fast, man sollte dafür Staatssekretariate schaffen. Das Wort „Amt" hat einen gewissen haut goût. Da sagt der kleine Mann auf der Straße, der mit 40 Mark in der Woche auskommen muß: Zum Donnerwetter! Wenn ein solches Ressort unter einem

Staatssekretär steht, so ist das dem Volk bei weitem klarer zu machen, als wenn man von einem Bundesamt spricht. Es wäre daher wohl zu erwägen, statt Bundesämter Staatssekretäre aufzustellen.

Dr. Laforet: Die Zahl der Ministerien ist nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch politisch von hoher Bedeutung. Ich höre schon Klänge, die mir zeigen, daß man nicht an die Zuführung gedacht hat. Wenn man Bundesämter gestalten will, dann können sie nicht als Teile eines Ministeriums behandelt werden. Bei der Gesetzgebung unterscheidet man ausschließliche und Vorranggesetzgebung des Bundes. Für die Verwaltung ist eine Parallele gegeben. Im Augenblick gibt es nur eine bundeseigene Verwaltung; daher wäre das Ostministerium ein Teil des auswärtigen Dienstes.

Dr. Gerstenmaier: Das können wir nicht sagen, solange wir Deutsche sind.

Dr. Laforet: Die Zuständigkeit des Bundes ist gegeben. Zweifel entstehen dort, wo der Bund die Gesetzgebung hat, der Vollzug aber den Ländern zusteht. Wenn Sie solche Bundesämter schaffen und sie Ministerien unterstellen, dann schaffen Sie Oberbehörden im Rahmen des Bundes. Dazu brauchen Sie ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Dazu brauchen Sie einen Verwaltungsaufbau mit Unter- und Mittelbehörden. Diese kann man aber, so wie die Rechtslage jetzt ist, nur bei Vorliegen neuer Aufgaben schaffen. Die Aufgaben, die heute vorgelegt sind, sind aber keine neuen Aufgaben. Sie können Abteilungen der Ministerien unter einem Staatssekretär bilden; dagegen besteht keine Erinnerung. Wenn Sie aber Bundesämter schaffen, dann brauchen Sie dazu ein Gesetz. Der Vollzug der Gesetze ist augenblicklich Sache der Länder. Ich möchte auf diese Schwierigkeit ausdrücklich hinweisen.

Kaiser: Ich darf Sie bitten, diese hochwichtige Angelegenheit mit dem Kollegen *Schäffer* unter vier Augen zu besprechen. Herr *von Merkatz* hat ähnliche staatsrechtliche Bedenken geltend gemacht.

Dr. Hilpert: Die Verwaltungsreform in den Ländern bringt eine gewisse Doppelgleisigkeit in die Verwaltung hinein. Eine derartige Gesetzgebung bedarf der Zustimmung des Bundesrats. Wir müssen unterscheiden zwischen einer ad hoc-Priorität und organischer Verwaltung. Die Flüchtlingsprobleme sind heute gewiß vordringlich; aber vom Verwaltungsstandpunkt aus stellen sie nur eine ad hoc-Aufgabe dar, nicht eine erste Priorität. Der Herr Bundeskanzler hat eine außerordentliche, sachlich in keiner Weise begründete Abneigung gegen Staatssekretariate, und ich bin der Meinung, daß ein Staatssekretär notwendig ist, um gerade einer ad hoc-Situation zu entsprechen und einen organischen Verwaltungsaufbau nicht für die Zukunft zu präjudizieren und von vornherein unmöglich zu machen. Ich halte es für vordringlich, diese Frage mit dem Herrn Bundeskanzler zu besprechen. Andernfalls müssen wir uns damit abfinden, richtige Ministerien zu errichten. Dann haben wir wenigstens eine verfassungsrechtlich absolut klare Sachlage. Aber dann wird auch soviel Sand im Getriebe sein, daß die dringliche und schnelle Arbeit, die wir leisten müssen, in keinem Fall gewährleistet ist.

Dazu kommt noch die eine oder andere koalitionspolitische Schwierigkeit. Wenn der Kreis der Ministerien sich reduziert, dann ergibt sich eine größere Zahl von Anspruchsberechtigten. So genial die Bundesämter erscheinen mögen, so sollten wir doch versuchen, auf die Staatssekretäre zurückzukommen. Wenn es gelingt, Herrn *Adenauer* von seiner Voreingenommenheit gegen die Staatssekretäre zu befreien, die gewiß auch ihre sachlichen Gründe haben mag, könnte man immerhin einen solchen Plan weiterhin ins Auge fassen.

Kaiser: Ich darf feststellen: Wir stimmen darin überein, daß die Zahl der Ministerien beschränkt werden muß auf die klassischen Ministerien.

Die zweite Frage, die wir zu entscheiden haben, ist: Bundesämter oder Staatssekretariate? Vielleicht verfährt man am besten so, daß man an einem Beispiel zu klären sucht, wie in dem einen oder anderen Fall die Lösung aussehen würde. Wir sollten die Sache meinetwegen an Hand des Flüchtlingsministeriums durchexerzieren. Die Frage wäre: Flüchtlingsministerium oder Bundesamt für die Heimatvertriebenen?

Wackerzapp: Die Frage des Flüchtlingsministeriums hat eine psychologische und eine sachliche Seite. Was die erstere betrifft, so haben alle Parteien, insbesondere auch die CDU, in ihrer Wahlagitation gefordert, daß die Belange der Flüchtlinge in der künftigen Bundesregierung nur durch ein selbständiges Flüchtlingsministerium wahrgenommen werden können.[28]

(Widerspruch.)

Die Flüchtlinge würden es jedenfalls nicht verstehen, wenn wir heute ein solches Versprechen nicht einlösen würden. Es wird dann heißen, die Einheimischen kennen die Flüchtlinge nur, wenn man ihre Stimmen braucht; nachher bleibt alles beim alten. Eine solche Stimmung unter den Flüchtlingen wollen wir nicht aufkommen lassen. Ich kann mir ein Bundesamt oder einen Staatssekretär für das Flüchtlingswesen nicht recht vorstellen. Die staatsrechtliche Stellung einer solchen Organisationsform steht in keiner Weise fest. Früher waren Staatssekretäre und Bundesämter Abteilungen im Ministerium. Der Staatssekretär ist normalerweise an die Weisungen seines Ministers gebunden. Ein Staatssekretär kann durch seinen Minister von seiner sachlichen Überzeugung abgedrängt werden. Wir müssen einen Flüchtlingsminister haben. Im Bundesrat haben die Flüchtlinge überhaupt keinen Vertreter. Wenn wir einen Staatssekretär oder den Leiter eines Bundesamtes schaffen, dann haben wir auch in der Bundesregierung selbst, im Kabinett, keinen Mann, der die Interessen der Flüchtlinge vertritt. In einer solchen Einrichtung sehen wir Flüchtlinge keine ausreichende Vertretung unserer Interessen.

Dr. Gerstenmaier: Je weiter die Diskussion fortschreitet, desto mehr gerät sie, scheint mir, auf Abwege. Ich möchte einmal etwas Grundsätzliches sagen: Wir sollten uns auf das Energischste dagegen wehren, namentlich als stärkste politische Partei mit der größten politischen Verantwortung, eine Hypothese zu akzeptieren, die einfach nicht wahr ist. Es geht nicht an, das Flüchtlingsproblem unter dem Gesichtspunkt einer Interessenvertretung zu behandeln. Das Flüchtlingsproblem ist ein Schicksalsproblem des deutschen Volkes. Es ist zu ernst, als daß man es unter dem Gesichtspunkt einer reinen Interessenvertretung behandeln könnte.

Was ferner die Organisation angeht, ob Ministerium, Staatssekretariat oder Bundesamt, so gibt es, meine ich, da keine Relativierung. Die Flüchtlingsfrage ist eine gesamtdeutsche Frage, die von allen gelöst werden muß. Man kann sie nicht im Sinn eines Klassenkampfes, eines Flüchtlingsproletariats lösen. Ein Bundesflüchtlingsamt ist nichts anderes als ein Versuch, einen Kompromiß zu finden, dazu bestimmt, das Gesicht gegenüber den anderen zu wahren. Die reinlichere Lösung würde mir das Staatssekretariat sein. Aber ich begreife, daß die Forderung der Flüchtlinge, ein Flüchtlingsministerium zu erhalten, in der Öffentlichkeit schon zu stark geworden ist, als daß man davon wieder abkommen könnte. Ich möchte daher ein Flüchtlingsministerium vorschlagen. Ein Flücht-

28 Vgl. Nr. 20 mit Anm. 5 und 6 sowie Nr. 29.

lingsminister wird im Kabinett einen schweren Stand haben. Er wird, wenn man seine Forderungen nicht erfüllt, eines Tages die Masse der hinter ihm stehenden Flüchtlinge gegen die eigene Regierung mobilisieren. Er wird unablässig Krach machen. Es gilt, das Flüchtlingsproblem in den Blutkreislauf der Wirtschaft einzuordnen, indem man das Flüchtlingsministerium trotz aller Bedenken mit dem Wiederaufbau verbindet.[29] Gewiß geht der Wiederaufbau weit über die unmittelbaren Forderungen des Flüchtlingswesens hinaus. Die entscheidende Frage ist aber die Schaffung großer materieller Mittel und das Bewußtsein, daß das Flüchtlingsproblem nicht in sechs oder sieben Monaten zu lösen ist, sondern eine große außenpolitische Aufgabe darstellt.

Dr. Laforet: Wir sind im Parlamentarischen Rat immer davon ausgegangen, daß das Flüchtlingsproblem ein gesamtdeutsches Problem ist und niemals nur die Angelegenheit einer Interessenvertretung. Was bisher geschehen ist, namentlich in Frankfurt im Wirtschaftsrat, konnte naturgemäß bei weitem nicht ausreichen. Es fehlte auch die Zeit dazu. Nur ein Bundesgesetz kann das Problem der Lösung näherbringen. Aber bis ein solches Bundesgesetz kommt, können Monate vergehen. Was die materiellen Aufwendungen für die Flüchtlingshilfe betrifft, so dürfte das Finanzministerium wie auch sonst in Gelddingen zuständig sein.

Dr. Dr. Lehr: Es besteht der allgemeine Wunsch bei uns, die Zahl der Ministerien auf die klassischen Ministerien zu beschränken. Ich glaube, man muß Herrn *Adenauer* auf eins aufmerksam machen: Seine Abneigung gegen den Staatssekretär bezog sich nicht so sehr auf die Institution als solche, sondern auf den politischen Staatssekretär. Ich denke aber an den fachlich geschulten, nicht den politischen Staatssekretär. Man darf es im übrigen dem organisatorischen Geschick unseres Kanzlers überlassen, daß er die richtigen Dispositionen schon treffen wird.

Dr. Kleindinst: Die Aufgabe der Flüchtlingsverfassung beschränkt sich nicht auf die Verteilung der Flüchtlinge, sondern erstreckt sich auf ihre wirtschaftliche Festigung, auf die Jugendpflege, die Beamtenfrage, die Sozialversicherungsrenten usw. Daher sind eigentlich fast sämtliche Ministerien an der Lösung der Flüchtlingsprobleme beteiligt. Das Innenministerium, das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, das Außenministerium. Ein Flüchtlingsministerium würde und müßte in alle diese Ressorts hineingreifen und so die ganze Verwaltung durcheinanderbringen. Führend im Flüchtlingswesen muß sein der Bundesminister des Innern, namentlich für die Verteilung, die Beamtenfrage, die Fürsorge. Man kann die Flüchtlingsfürsorge nicht von der allgemeinen Fürsorge trennen. Ohne Koordination mit sämtlichen anderen Ministerien gibt es nur Wirrwarr und einen Scherbenhaufen. Gut wäre es, wenn der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen im Innenministerium sich einen Beirat aus Flüchtlingskreisen angliedern würde.

Wir haben seit 1919 den Fehler gemacht, für jede neu aufgetretene Aufgabe neue Organisationen zu schaffen. Wenn man den Leuten gar nichts bieten konnte, so hat man ihnen eine Organisation geboten. Wenn einer dieser Organisation angehörte, dann war er zufrieden. Auf diese Weise haben wir die ganze Verwaltung der Zersplitterung und der Gefahr der Auflösung ausgeliefert. Die Nationalsozialisten haben diesen verhängnisvollen Fehler fortgesetzt, sie haben die ganze Verwaltung mit Reichskommissariaten durch-

29 Hiergegen hatte sich *Adenauer* am 14. 9. 1949 expressis verbis ausgesprochen. Vgl. Nr. 71 mit Anm. 46.

setzt. Schließlich war es so, daß jeder solcher Reichskommissar mit dem Einsperren drohte, wenn das, was er forderte, nicht gemacht wurde. Einsperren, KZ oder Aufhängen, das waren die Druckmittel. Auch heute stehen wir wieder vor der großen Gefahr, gegenüber koalitionspolitischen Erwägungen die ganze Verwaltungsorganisation zu präjudizieren. Die Folgen dieses Treibens sind gar nicht abzusehen. Ich halte aus allen diesen Gründen ein Flüchtlingsministerium für eine sehr unglückliche Lösung. Die beste Lösung wäre, das Flüchtlingswesen einem Staatssekretär im Rahmen des Innenministeriums zu übertragen, der sich durch einen Beirat von Flüchtlingsvertretern beraten läßt. Mit der Schaffung von Bundesämtern sollte man vorsichtig sein. Da, wo solche Ämter zwingend notwendig sind, sollte man sie mit klaren Befugnissen ausstatten. Es ist leicht hingesagt, ein Bundesamt für soziale Angelegenheiten zu schaffen. Wenn man aber dabei keine klare Vorstellung über das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat, dann nützt ein solches Bundesamt gar nichts, sondern ist nur die Ursache weiterer Verwirrung und weiteren Gegeneinanderarbeitens. Wir sollten uns davor hüten, mit Schlagworten zu arbeiten und dabei das große Ganze zu übersehen. Die Flüchtlingsverwaltung ist nur ein Teil der allgemeinen Verwaltung.

Sewald: Wir haben gesehen, daß in dem Augenblick, wo das Wort „Flüchtling" fiel, sich sofort Widerstände und Gegensätzlichkeiten hier zeigten, namentlich von Herrn Dr. *Gerstenmaier*.

(Zuruf Dr. *Gerstenmaier:* Ich protestiere dagegen!)

Aber wir haben in dieser Frage eine dreijährige Erfahrung hinter uns. Die Flüchtlingsangelegenheiten waren in Nordrhein-Westfalen dem Sozialministerium angegliedert. Ich will hier nicht untersuchen, ob hierbei die Besatzungsmacht allein die Schuld trägt. Wir täten gut daran, aus diesen schlechten Erfahrungen zu lernen. Nach unserer Auffassung entspricht nur ein reines Flüchtlingsministerium mit einem starken Mann an der Spitze den Erfordernissen. Unsere Partei sollte eine solche Lösung unterstützen.

Kaiser: Ich darf das Ergebnis der bisherigen Aussprache zusammenfassen. Zunächst besteht eine einheitliche Auffassung darüber, daß die Zahl der Ministerien möglichst klein zu halten sei; sie sollte über den Kreis der Klassenministerien nicht hinausgehen. Wir sollten auch die Gefahr vermeiden, daß der organische Zusammenhang der allgemeinen Verwaltung nicht durch Sonderverwaltungen zerrissen werden soll.

Die Schaffung von Bundesämtern begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken. Artikel 85 des Grundgesetzes bestimmt, daß neue Bundesbehörden nur mit Zustimmung des Bundesrats und nur durch ein Bundesgesetz geschaffen werden können.

Weiter soll ich, um die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten zu beheben oder zu umgehen, mit Dr. *Adenauer* besprechen, ob es nicht möglich wäre, anstelle der Bundesämter Abteilungen innerhalb der klassischen Ministerien zu errichten, nicht mit politischen, sondern mit permanenten und beamteten Staatssekretären an der Spitze.

Bezüglich der Flüchtlingsverwaltung sind die Flüchtlinge unter sich, die hier aufgetreten sind, nicht einig. Aber was in verfassungsrechtlicher Hinsicht für ein Bundesamt für den Wiederaufbau oder für die Volkswohlfahrt gilt, gilt auch für ein Bundesamt für Flüchtlingsfragen. Grundsätzlich wäre in Besprechungen mit Dr. *Adenauer* der Plan zu prüfen, anstelle eines Bundesamts einen Staatssekretär, und zwar einen permanenten Beamten vorzusehen. Ich stelle fest, daß die Fraktion zustimmt, wenn ich die aufgeworfenen Fragen in dem angedeuteten Sinne mit Dr. *Adenauer* bespreche.

Frau Dr. Weber: Bei der Besprechung mit Dr. *Adenauer* sollte auch klargestellt werden, daß die Sozialversicherung nicht vom Arbeitsministerium getrennt werden darf. Wir wünschen eine solche Abtrennung nicht.

Bausch: Kann uns schon näheres über die Verhandlungen wegen der Besetzung des Innenministeriums mitgeteilt werden?

Kaiser: Diese Frage ist personell noch offen. Ich hörte nur, daß Dr. *Adenauer* mit Dr. *Heinemann* Besprechungen gehabt hat.[30] Im übrigen bin ich über den Stand der Angelegenheit nicht unterrichtet.

Unentschieden ist auch noch die Besetzung des Arbeitsministers. Darüber hat Dr. *Adenauer* sich zunächst mit *Storch* besprochen.[31] Hier haben sich Einflüsse geltend gemacht, die uns nicht recht schön und zweckmäßig vorkommen, weder in sachlicher, noch in menschlicher Beziehung. Ich begreife die Erregung, die Herrn *Storch* gestern ergriffen hat. Dr. *Adenauer* wird seine Regierungserklärung frühestens am Sonntag abfassen können.[32]

30 Vgl. Nr. 75.

31 Zu diesen Besprechungen, an denen *Gerstenmaier* beteiligt war, Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981, S. 304f. Wenig Aufschluß über den Verlauf dieser Besprechungen geben die Erinnerungen Storchs in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 2, Boppard/Rh. 1983, S. 332f., in denen aber festgehalten ist, daß sich zwischen *Adenauer* und *Storch* Meinungsverschiedenheiten ergeben hatten, die so gravierend waren, daß *Storch* bis zuletzt an seiner Ernennung zweifelte. Vgl. auch Nr. 83, Anm. 32.

32 Zur Abfassung der Regierungserklärung Nr. 71, Anm. 23.

79.

16. 9. 1949: Das Vorstandsmitglied der CSU und 2. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Fritz Schäffer (Bonn), an den Ministerpräsidenten von Bayern und Vorsitzenden der CSU, Hans Ehard (München)

NL Schäffer 4. Durchschlag. „Persönlich".

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich übersende Ihnen Abschrift eines Briefes an Herrn Ministerialdirigenten Hans Ritter *von Lex*.[1] Ich bitte mein freundschaftliches Ersuchen, das ich an Herrn *von Lex* gerichtet habe, mit Ihrer Autorität unterstützen zu wollen.

Ich hoffe, daß wir für Bayern das Finanzministerium, das Postministerium (als Ministerium und nicht als Abteilung), vielleicht sogar das Landwirtschaftsministerium, jedenfalls aber Dr. *Niklas* als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium erhalten.

Der neue Bundeskanzler hat mir auch den Staatssekretär im Ministerium des Innern zugesagt.[2] Wer Minister des Innern wird, ist noch offen, genannt sind Dr. *Lehr*, *Heine-*

1 Nr. 80.

2 Diese Forderung war von bayerischer Seite bereits am 20. 8. 1949 gegenüber *Adenauer* erhoben worden. Nr. 17a.

mann und *Weitz*.[3] Dr. *Lehr* hat ausdrücklich ein föderalistisches Bekenntnis vor der Landesgruppe der CSU abgeben lassen. *Weitz* ist der Gegenspieler von Ministerpräsident *Arnold*.[4] *Heinemann* ist mir von süddeutschen Abgeordneten der CDU empfohlen worden. Er ist in der evangelischen Kirche sehr bekannt und soll auch ein sehr guter Verwaltungsbeamter sein.

Der Kampf mit der FDP um das Finanzministerium war sehr schwer; der Bundeskanzler Dr. *Adenauer* hat sich aber völlig für unsere bayerischen Wünsche ausgesprochen. Ich habe also die Hoffnung, daß wir unser Ziel erreichen. *Lex* darf sich nicht versagen. Ich bitte dringend, ihn zu veranlassen, daß er sich zur Verfügung stellt.

Eine vertrauliche Mitteilung: Unter den Stimmen, die den neuen Bundeskanzler gewählt haben, war eine Stimme der Bayernpartei[5]; sie gab den Ausschlag, weil mehrere Stimmen der FDP versagt haben. Die CDU war geschlossen.[6] Von der CSU ist das selbstverständlich.

Mit dem Ausdruck der Verehrung
Ihr sehr ergebener
gez. *Schäffer*

3 Zur Diskussion innerhalb der CDU/CSU-Fraktion hierüber Nr. 71, S. 392–399.

4 Zur Gegnerschaft von *Weitz* gegen *Arnolds* Kandidatur für das Amt des Bundesratspräsidenten Nr. 63.

5 Dabei handelte es sich um den Abgeordneten Johann *Wartner*. Vgl. Wolf, S. 160f.

6 Anders Blankenhorn in Nr. 78, Anm. 5.

80.

16. 9. 1949: Das Vorstandsmitglied der CSU und 2. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Fritz Schäffer (Bonn), an Ministerialdirigent Hans Ritter von Lex (München)

NL Schäffer 4. Durchschlag.

Lieber Hans!

Ich habe in den letzten Wochen in Bonn ein großes Spiel gespielt, und wie mir von allen meinen Freunden versichert wird, ein gutes Spiel. Die Früchte müssen sich jetzt zeigen, wenn es um die Berücksichtigung Bayerns bei der Kabinettsbildung geht. Ich hoffe, daß aus Bayern besetzt werden: das Finanzministerium, das wichtigste für uns, das Postministerium, unser Traditionsministerium, daß Dr. *Niklas* entweder Staatssekretär bleibt oder Landwirtschaftsminister wird, und daß wir von dem Ministerium des Innern einen Permanent-Staatssekretär erhalten, der insbesondere die Abteilung Recht, Verfassung und Polizei leiten wird. Nachdem Dr. *Ringelmann* sich versagt hat, werde ich wahrscheinlich das Finanzministerium übernehmen müssen, so schwer mir der Entschluß fällt.[1]

1 Zum Stand der Kabinettsbildung am Abend dieses Tages Nr. 83, S. 442ff.

Jetzt muß ich aber an Dich als alten Joseph-Ritter[2] und Freund appellieren. Du mußt den Staatssekretär im Ministerium des Innern übernehmen. Dieser Posten ist vom föderalistischen Standpunkt aus, neben dem Finanzministerium, der wichtigste.

Nachdem durch unseren Einfluß in Bonn plötzlich alles betont, daß sie föderalistisch gesinnt seien, wirst Du einen Minister erhalten, mit dem Du gut zusammenarbeiten kannst. Ich bringe das Opfer, daß ich in die Bresche springe. Du mußt mir als Freund und guter Bayer folgen. Ich wäre sehr enttäuscht, wenn Du Dich versagen würdest. Ich wüßte keinen Ersatzmann, und unser Spiel, das ich hier gespielt habe, wäre gestört. Also verlasse mich nicht und sage zu.[3]

Mit herzlichen Grüßen
Dein
gez. *Schäffer*

2 *von Lex* war Träger des vom bayerischen König verliehenen Militär-Max-Joseph-Orden, der seinen Mitgliedern das persönliche Adelsprädikat verlieh. Zu seinem Erwerb waren herausragende Leistungen oder besondere Tapferkeit als Offizier im Krieg erforderlich. Vgl. Günther Frhr. von Pechmann, Der Militär-Max-Joseph-Orden. Geschichte und Bedeutung der Ordensstiftung, Festschrift zur 150-Jahrfeier des Ordens, München 1956.

3 *Lex*, der im ersten Weltkrieg ein Bein verloren hatte, telegraphierte am 20. 9. 1949 an Schäffer, daß nach einer ärztlichen Untersuchung Bedenken gegen die Übernahme des angebotenen Amtes bestünden. NL Schäffer 4. Hierauf teilte Anton *Pfeiffer* von Lex am 21. 9. 1949 mit: „Dein Telegramm an Fritz *Schäffer* beantworten wir gemeinsam dahin, daß Deine Einwände nicht überzeugen können. Halten Deine Mitwirkung für unerläßlich, rechnen bestimmt mit Deiner Zusage." NL Pfeiffer 241. Bereits zwei Wochen später nahm *von Lex* die Staatssekretärsstelle im Innenministerium ein.

81.

16. 9. 1949 (mittags): Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen) (Auszug)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

[. . .][1]

Gestern schleppten sich Verhandlungen in viel zu großem Kreis weiter.[2] Ich sprach unter vier Augen mit *Erhard* und erreichte dann, daß heute in einer Aussprache zwischen *Blücher* und *Oellers* von uns und *Adenauer* einmal klar gesagt wurde, wie wir uns das Kabinett und die Machtverteilung denken. Heute nachmittag geht das große Palaver weiter.[3] Nun sieht es so aus, als ob ich zunächst als Wohnungsminister in das Kabinett eintrete[4],

1 Private Angelegenheiten.

2 Vgl. Nr. 78, S. 430f.

3 Zum Ergebnis Nr. 82 mit Anm. 1.

4 Angedeutet bereits in Nr. 77, wo allerdings noch die Bezeichnung Wiederaufbauministerium gebraucht wurde.

während die zweite Aufgabe, über die *Heuss* schon mit *Adenauer* sprach, erst später gestellt werden wird, vielleicht schon in kurzer Zeit.[5] Diese Mitteilungen sind vertraulich.

Ich kann nicht sagen, daß ich gespannt und erregt bin. Da merke ich wohl, daß ich allmählich alt geworden bin. Lief es anders, wäre es natürlich eine Enttäuschung gewesen. Es ist für mich jetzt die letzte Zeitspanne, in der ich zum Zug kommen kann – die letzte Wiedereinstellung.

[. . .][6]

5 Bezieht sich vermutlich auf die Tätigkeit als Bundesverteidigungsminister, eine Aufgabe, die *Wildermuth* langfristig ansteuerte. Vgl. die Andeutungen in: Wengst, S. 172 und 273.

6 Private Angelegenheiten.

82.

16. 9. 1949 (abends): Der Wirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

Nach Verhandlungen seit 15 Uhr scheint nun das Kabinett – noch ohne einige wichtige Besetzungen – zu stehen[1], mit mir als Minister für Wohnungswesen – endgültig wird die CDU erst am Sonntag Stellung nehmen.[2] Ob ich heute abend fahren kann? Ich komme dann morgen mit dem Zug oder Autobus nach Tübingen – um am Sonntagabend wieder zu gehen.

Es wäre mir schon lieb – sonst müßte ich telefonieren. Aber wo ?

Ich freue mich, daß[3] das endlose Verhandeln und die Quasselei aufhört und die wirkliche Arbeit beginnt.

1 Hierüber heißt es in *Wildermuths* Tagebuch: „Verhandeln und Palavern. Wiederaufbauminister?“ NL Wildermuth 28. Vgl. auch Nr. 83, S. 442ff. Blankenhorn, S. 59, notiert unter dem 16. 9. 1949: „Die Koalitionsgespräche laufen weiter: Immer noch schwierig die Besetzung des Finanz-, des Innen- und des Arbeitsministeriums.“

2 Für die Ernennung von *Wildermuth* zum Wohnungsbauminister setzten sich einen Tag später *Schäffer* und *Adenauer* vor der CDU/CSU-Fraktion nachdrücklich ein. Da auch *Erhard* einverstanden war, war die Entscheidung für *Wildermuth* praktisch schon gefallen. Vgl. Nr. 83, S. 444, 451.

3 In der Vorlage „bis“.

83.

17. 9. 1949: Stenographische Niederschrift über die Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

ACDP, VIII–001–006/2. Beginn: 10.00 Uhr. Schluß: 12.55 Uhr.

Kaiser: Ich habe bei Herrn Dr. *Adenauer* anfragen lassen, ob es nicht möglich sei, für kurze Zeit in unsere Fraktion zu kommen. Ich konnte eine Antwort noch nicht erreichen, weil er in einer Besprechung mit einigen Herren begriffen ist. Ich möchte aber annehmen, daß er noch kommen kann. Dann werden wir Gelegenheit haben, von ihm ein orientierendes Wort über den Stand der Regierungsbildung zu erhalten.

Es bleibt dabei, daß bis Dienstag[1] nicht nur das Kabinett gebildet ist, sondern am gleichen Tag auch die Regierungserklärung erfolgt.[2]

Es wäre gut, wenn wir Herrn Dr. *Adenauer* auf diesen oder jenen Punkt aufmerksam machten, der in der Regierungserklärung zum Ausdruck zu kommen hätte. Ich bitte daher, Anregungen dieser Art mit einigen Stichworten zu Papier zu bringen; ich werde sie dann Herrn Dr. *Adenauer* heute oder morgen vorlegen.

Unsere gestrigen Beratungen[3] trugen selbstverständlich vertraulichen Charakter. Nun lese ich heute zu meinem Erstaunen in der „Welt", daß ein ausführlicher Bericht über den Verlauf unserer Sitzung in diesem Blatt steht.[4] Das ist mehr als peinlich, um so mehr, als der Bericht der „Welt" den Eindruck erweckt, als ob es sich um ausgemachte Dinge handelte. Wir haben aber unsere Auffassungen in verschiedenen Fragen gestern korrigiert. Ich bitte noch einmal dringend, sich bewußt zu bleiben, daß unsere Verhandlungen hier vollkommen vertraulich sind. Ich muß fordern, daß jeder von uns sich an dieses Gebot hält und jede Schwatzhaftigkeit unterläßt. Wer es trotzdem macht, entehrt unsere Fraktion und wirkt im höchsten Grade störend.

Dr. Bucerius: Die Presse befleißigt sich einer wahnsinnigen Schnüffelei. Sie gibt sich Kombinationen hin, die keine reale Grundlage haben. Die Presseleute sind natürlich auch nicht auf den Kopf gefallen; ein Wort gibt das andere, und so entstehen Kombinationen, ehe man sich versieht.

Kaiser: Ich habe Herrn *Höfler* gebeten, die Unterrichtung der Presse zu übernehmen.[5] Wir werden jeweils am Schluß der Fraktionssitzungen feststellen, was der Presse mitgeteilt werden darf, und Herrn *Höfler* autorisieren, der Presse bestimmte Erklärungen zu übergeben.

Schäffer: Ich darf Ihnen kurz einige Informationen über den weiteren Verlauf der Koalitionsbesprechungen geben. Die Besprechungen wurden gestern nachmittag drei Uhr wiederaufgenommen. Der Fraktionsausschuß hatte sich darauf geeinigt, die Zahl der Ministerien möglichst klein zu halten. Nachdem man erkannt hatte, daß die Schaffung

1 20. 9. 1949.

2 Zu den Ereignissen dieses Tages Nr. 88.

3 Nr. 78.

4 Der Artikel stand auf der ersten Seite unter der Schlagzeile: „Nur 10 Ministerien. Bericht über die Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 16. 9. 1949."

5 Vgl. Nr. 78, S. 424.

von Bundesämtern auf verfassungsrechtliche Bedenken stoße, dachte man an die Einrichtung und Berufung sogenannter permanenter Staatssekretäre.[6]

Über den Verlauf der Koalitionsbesprechungen gestern nachmittag darf ich Ihnen folgendes berichten. Die Freien Demokraten gaben die Erklärung ab, sie seien bereit, auf eines der drei Schlüsselministerien für Finanzen, Wirtschaft und Inneres zu verzichten. Zum Ausgleich dafür müßten sie aber wenigstens drei Sitze im Kabinett verlangen. Dabei war wohl gedacht an das Justizministerium, das ERP-Ministerium und das Ministerium für den Wiederaufbau. Die Deutsche Partei wünschte zwei Kabinettssitze.[7] Davon steht der eine außerhalb jeder Erörterung, und bei dem anderen wird die Schaffung eines Staatssekretärs in der Bundeskanzlei erwogen. Man denkt auch an die Berufung eines Ministers, der die Verbindung namentlich mit dem Bundesrat pflegen soll. Das wäre ein Ministerium mit einem sehr geringen Verwaltungsapparat, würde also kaum einem Widerstand beim Volk begegnen.

Die Lösung aller dieser Forderungen hängt natürlich von der Gesamtzahl der Ministerien ab und davon, welche Ministerien die CDU/CSU übernimmt. Dabei ergab sich folgendes vorläufige Ergebnis: Bundeskanzler: CDU/CSU; Ministerium des Innern: CDU/CSU, die Personenfrage ist noch offen[8]; Ministerium für Wirtschaft: CDU/CSU, der Kandidat ist bekannt[9]; Finanzministerium: CDU/CSU, die Person ist Ihnen allen bekannt[10]; Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: CDU/CSU, die Person ist noch offen.[11]

Bezüglich der Ministerien für Verkehr und Post entschloß man sich, die beiden Ministerien zu trennen. Das Bundespostministerium wird von der CDU/CSU besetzt werden, die Person steht außer Debatte.[12]

Das Justizministerium soll der FDP gegeben werden, die dafür Dr. *Dehler* vorschlägt. Als Staatssekretär wurde Dr. *Strauß* von der CDU/CSU genannt.[13] Dieses Thema ist aber noch nicht abgeschlossen.[14] Das Ministerium für gesamtdeutsche Aufgaben, früher fälschlich Ostministerium genannt, bleibt bei der CDU/CSU. Die Person ist bekannt.[15]

Der eigentliche Streit begann aber erst dann; er verursachte uns heiße Köpfe. Da war zunächst die Frage, ob ein Wiederaufbauministerium zu schaffen sei, das der FDP zukä-

---

6 Vgl. Nr. 78, S. 430f.

7 Vgl. Nr. 72.

8 Zum Stand der Erwägungen Nr. 79.

9 Ludwig *Erhard*.

10 Blankenhorn, S. 60, schreibt unter dem 17. 9. 1949: „Eine wichtige Frage ist entschieden: Staatsrat *Schäffer* wird Bundesfinanzminister." Diese Entscheidung hatte sich bereits einen Tag zuvor abgezeichnet. Vgl. Nr. 80.

11 Vgl. Anm. 37.

12 Hans *Schuberth*.

13 Diese Bedingung für die Berufung *Dehlers* zum Justizminister war von seiten der CDU/CSU bereits zuvor gestellt worden. Nr. 68, S. 320.

14 Die Ernennung von Walter *Strauß* zum Staatssekretär wurde schließlich im Zuge der Regierungsbildung durchgesetzt, und alle Versuche *Dehlers*, in den folgenden Monaten *Strauß* zu entlassen, scheiterten an der Gegenwehr der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. Wengst, S. 156f.

15 Jakob *Kaiser*.

me, die als Minister Herrn *Wildermuth* aus Tübingen vorgeschlagen hat, der heute Wirtschaftsminister in Süd-Württemberg-Hohenzollern ist.[16] Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob dieses Ministerium daran denke, sich einen Verwaltungsapparat zu schaffen, also Mittel- und Unterbehörden anzustreben. Diese Frage wurde von *Wildermuth* glatt verneint. Er wurde auch darauf hingewiesen, die Schaffung von Mittel- und Unterbehörden würde nicht in seinem Ermessen stehen, weil ja nach dem klaren Wortlaut des Grundgesetzes für die Schaffung neuer Behörden auch neue Aufgaben nachgewiesen werden müßten.[17] Die Abgrenzung dieses Ministeriums wurde dann einem Gespräch zwischen *Erhard*, *Wildermuth* und *Albers* überlassen. *Erhard* teilte uns als Ergebnis mit, er sei bereit, mit *Wildermuth* zusammenzuarbeiten, und werde einen vorläufigen Vorschlag über die Abgrenzung ausarbeiten.

In unserem erweiterten Ausschuß entspann sich sodann eine lebhafte Debatte über die Forderungen der Demokraten und vor allem über die Gefahr, daß der Wiederaufbauminister einen Erfolg, der dem Gesamtkabinett zuzuschreiben wäre, auf seine parteipolitische Werbemühle leiten könnte. Die Debatte wurde mit großem Temperament geführt. Der Vorschlag der FDP begegnet in unserem Kreise schweren Bedenken, weil dadurch die Zahl der Ministerien über das von uns gesetzte Maß hinaus anwachsen würde. Ich vertrat die grundsätzliche Auffassung, man sollte es bei dem organischen Verwaltungsaufbau belassen, wie er sich in langen Jahrzehnten entwickelt und bewährt habe. Man sollte jede Zersplitterung der Verwaltung vermeiden und Sonderaufgaben innerhalb der allgemeinen Verwaltungsorganisation, also ohne Sonderverwaltungen zu lösen versuchen. Darüber wollten wir mit den Koalitionspartnern weiterverhandeln. Ferner erörterten wir die Frage der Schaffung eines Flüchtlingsministeriums. Auch wir erklärten uns damit einverstanden und waren bereit, dieses Ministerium der FDP zu überlassen, während wir den Minister für Wiederaufbau stellen würden. Dagegen äußerten die Demokraten Bedenken. Der Flüchtlingsminister steht vor einer undankbaren Aufgabe, denn es liegt in der Natur der Dinge, daß die Flüchtlinge immer mehr und mehr fordern werden, als sich nachher verwirklichen lassen wird. Man einigte sich auf die Person des Herrn Dr. *Lukaschek*; im übrigen aber bleibt die Frage noch offen.

Bei der Frage, ob das Arbeitsministerium in ein Arbeitsministerium und ein Sozialministerium zu teilen sei, einigte man sich darauf, von einer solchen Teilung abzusehen. Die personelle Besetzung dieses Ministeriums bleibt offen.[18] Ich hoffe, man wird einen Weg finden, der die Unruhe innerhalb des christlichen Gewerkschaftsteils beseitigt.

Dr. Adenauer: Erlauben Sie mir, Ihnen kurz die letzte Entwicklung in den Koalitionsverhandlungen zu schildern. In einer längere Zeit zurückliegenden Besprechung mit *Blücher* habe ich Herrn *Weitz* als Innenminister vorgeschlagen.[19] *Weitz* war jahrelang Beigeordneter in Duisburg und dann, kurz vor 1933, Oberbürgermeister in Bingen. Er wurde von den Nazis abgesetzt. Nach dem Zusammenbruch wurde er Finanzminister in Nordrhein-Westfalen.[20] Ich schlug Herrn *Weitz* vor, weil er große Erfahrungen auf dem

16 Vgl. die Nrn. 81 und 82.

17 Art. 87 Abs. 3 GG.

18 Vgl. Nr. 78, Anm. 31.

19 Auf dieses Gespräch ging offensichtlich der Bericht *Blüchers* am 4. 9. 1949 vor dem Geschäftsführenden Vorstand der FDP zurück. Nr. 58.

20 Genaue Lebensdaten von *Weitz* in Nr. 71, Anm. 53.

Gebiet der Verwaltung hat, und zwar sowohl der Kommunal- wie der Stadtverwaltung. Er ist eine Persönlichkeit, die energisch und zielbewußt arbeitet. Die erste Aufgabe eines Innenministers scheint mir die Schaffung einer guten Verwaltungsorganisation zu sein. Der Innenminister hätte auch dafür zu sorgen, daß die Polizeiverhältnisse im Bund in Ordnung kommen. Ohne Bundespolizei werden wir kaum auskommen können. *Weitz* kennt aus seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet die Verhältnisse in dem wichtigsten Bezirk Deutschlands gut. Sowohl *Blücher* wie *Hellwege* wären mit seiner Ernennung einverstanden.

Nun ergab sich aber, daß das Kabinett bei der geplanten Zusammensetzung allzusehr katholisches Gepräge trug. Daran hatte ich bei der Nominierung des Herrn *Weitz* offen gestanden überhaupt nicht gedacht. Nun kamen einige Beauftragte des evangelischen Volksteils zu mir[21] und meinten, ein großer Teil der evangelischen Christen habe parteipolitisch noch nicht Wurzel geschlagen. Man versuche diesen Kreisen beizubringen, daß die CDU/CSU im Grunde genommen nichts anderes sei als eine christlich getarnte katholische Partei. Es bestehe die Gefahr, daß die kommende Bundesregierung allzusehr katholisches Gepräge trage, daß evangelische Volkskreise sich der FDP oder einer anderen Parteigruppierung zuwenden würden. Dabei spielte auch die Person des Herrn Dr. *Heuss* eine gewisse Rolle. Unter diesen Umständen sei größter Wert darauf zu legen, einen evangelischen Parteifreund als Minister an einer hervorragenden Stelle ins Kabinett aufzunehmen. Dafür eigne sich das Innenministerium besonders. Man sei daher übereingekommen, mir vorzuschlagen, auf den Posten des Innenministers Herrn *Heinemann* aus Essen zu berufen.

Zur Persönlichkeit des Herrn *Heinemann* folgendes. Herr *Heinemann* ist nach dem Assessorexamen in den Vorstand von Rheinstahl eingetreten. Wie er mir vorgestern mitteilte[22], wird er in einigen Monaten nach dem Ausscheiden des jetzigen Inhabers der Generaldirektorstelle dessen Nachfolger werden. *Heinemann* ist weiter der Präsident der Generalsynode der Evangelischen Kirche, hat also in dieser Eigenschaft in der Organisation der Evangelischen Kirche die höchste Stelle inne, die er darin innehaben kann. *Heinemann* ist ein besonders begabter Mann. Ich habe Herrn *Heinemann* vor der Aufstellung der Kandidatenliste für den Bundestag zweimal gebeten, sich als Kandidat aufstellen zu lassen.[23] Er hat mir damals erklärt, er sei dazu nicht in der Lage; einmal sei er Oberbürgermeister von Essen, und dort seien in der Stadtverordnetenversammlung die Verhältnisse so, daß, wenn er nicht bleibe, ein Sozialdemokrat sein Nachfolger werde. Auch sei er, wenn er mit der Übernahme eines Bundestagsmandats stärker in das politische Leben eintrete, außerstande, in seiner kirchlichen Stellung zu bleiben. In dieser Stellung könne er der CDU mehr nützen, als wenn er in die Politik eintrete. So wurde Herr *Heinemann* nicht als Kandidat aufgestellt. Ich erklärte der Delegation des evangelischen Volksteils, die mir Herrn *Heinemann* vorschlug, es erscheine mir nach seinen eigenen Mitteilungen zweifelhaft, ob *Heinemann* bereit sein würde, Innenminister zu werden; auch habe Herr *Heinemann* trotz seiner großen allgemeinen Begabung und Arbeitskraft etwas nicht, was ein Innenminister unbedingt haben müsse, nämlich Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung. Seine Tätigkeit als Oberbürgermeister könne ich nicht als Schule

21 Vgl. Nr. 71 mit Anm. 47.

22 Vgl. Nr. 75.

23 Hierzu und zum folgenden Nr. 71 mit Anm. 49.

zum Erwerb von Verwaltungstechnischem ansehen. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Kandidatur des Herrn Dr. *Lehr* aufgeworfen. Dieser sei während seines ganzen Lebens in der kommunalen Verwaltung tätig gewesen und nach dem Zusammenbruch anderthalb Jahre Oberpräsident von Nordrhein-Westfalen gewesen[24], habe also auch in der staatlichen Verwaltung Erfahrungen sammeln können. Die Herren erwiderten mir, Herr *Lehr* komme als Repräsentant der evangelischen Kreise nicht in Frage. Ich war darüber einigermaßen erstaunt, denn bei uns war Herr *Lehr* immer als hervorragender Repräsentant der evangelischen Interessen betrachtet worden, ebenso im Parlamentarischen Rat.

Auf Wunsch der Herren habe ich mit Herrn *Heinemann* Verbindung aufgenommen. Er ist bei mir gewesen und hat mir erklärt, er sei bereit, auf seine Stelle bei Rheinstahl und auf die in Aussicht stehende Beförderung zum Generaldirektor zu verzichten, um das Innenministerium zu übernehmen. Ich fragte Herrn *Heinemann*, wie es unter diesen Umständen mit der Wahrnehmung seiner Funktionen als Präses der Generalsynode sein würde. Er meinte, diese Funktion laufe in dreiviertel Jahren ab, wenn ich mich recht erinnere; außerdem nehme sie ihn nicht übermäßig in Anspruch. Ich fragte die Vertreter des evangelischen Volksteils noch, ob *Heinemann*, wenn er das Innenministerium übernähme und als Präses der Generalsynode ausscheide, für die evangelischen Wählermassen noch die attraktive Kraft habe, die er haben sollte. Man bejahte diese Frage.

Ich hatte Herrn *Heinemann* gebeten, sich mit *Dibelius* telefonisch in Verbindung zu setzen und ihn zu fragen, was dieser von seiner Kandidatur als Innenminister halte. *Dibelius* erklärte, *Heinemann* könne, auch wenn er Innenminister sei, seinen Posten als Präses der Generalsynode beibehalten.

Nun wurden von katholischer Seite Einwendungen erhoben. Zunächst erklärte man, bisher habe noch niemals ein Katholik das Innenministerium geführt. In Nordrhein-Westfalen sei der Sozialdemokrat *Menzel* Innenminister, und in katholischen Kreisen werde man auf starken Widerspruch stoßen, wenn der Präses der Generalsynode Innenminister werde. Der Innenminister sei in hervorragender Weise politischer Minister. – Das ist die Situation.

Ich darf kurz rekapitulieren: Richtig ist, daß die Ministerkandidatenliste, wenn man sie unter dem konfessionellen Aspekt sieht, etwas einseitig aussieht. Daher ist der Wunsch der evangelischen Kreise zu verstehen, daß die Ministerliste nach der Richtung hin eine Korrektur erfahren sollte, die die evangelischen Kreise befriedigt. Ich muß natürlich auch die Frage stellen, wie führende katholische, kirchliche Kreise die Wahl des Präses der evangelischen Generalsynode zum Innenminister beurteilen würden. Diese Frage müßten wir hier in aller Offenheit erörtern, um jede unangenehme Reaktion aus der Welt zu schaffen. Die Situation ist für unsere Fraktion besonders schwierig, und wir müssen nach der Richtung hin besonders sorgfältig vorgehen. Herr *Heinemann* verfügt über keine große Verwaltungserfahrung, er ist aber besonders beliebt, gerade auch in Arbeiterkreisen. Herr *Lehr* hat große Verwaltungserfahrung und ist, wenn ich recht unterrichtet bin, in evangelischen Kreisen von Nordrhein-Westfalen führend, ohne innerhalb der evangelischen kirchlichen Organisation eine hohe Stellung einzunehmen. Gegen seine Kandidatur würden von katholischer Seite wohl kaum Einwendungen erhoben werden, wie sie bei Herrn *Heinemann* sicher zu erwarten sind.

---

24 Vgl. Nr. 71, Anm. 50.

Das ist der Sachverhalt. Herr *Lehr* ist nicht hier. Ich habe mit ihm über diese Dinge in aller Offenheit gesprochen; ich hielt es für meine Pflicht. Herr *Lehr* war sehr überrascht darüber, daß er nicht als Repräsentant evangelischer Interessen angesehen werde, und erklärte, er möchte das doch gerne klarstellen. Die Situation ist schwierig, und es würde sich empfehlen, die Angelegenheit noch einmal in kleinsten Kreisen zu besprechen.

Kaiser: Ich denke, man sollte das Argument der Repräsentanz der evangelischen Interessen überhaupt ausscheiden. Wir haben Verständnis für das Anliegen unserer evangelischen Freunde, einen Mann ihres Vertrauens im Kabinett zu sehen. Ich glaube, wir alle könnten uns beglückwünschen, wenn Herr *Heinemann* Innenminister würde. Ich kenne *Heinemann*, und ich kenne *Lehr*. Ich würde Herrn *Heinemann* den Vorrang geben. Er ist die jüngere Kraft. Er ist ein Mann in der Vollkraft seiner Fähigkeiten. Er ist eine prägnante Persönlichkeit. Die Entscheidung liegt beim Bundeskanzler selbst. Wir dürfen ihm unseren Willen nicht aufzwingen. Wir können nur unsere Meinung aussprechen. Diese geht dahin, daß *Heinemann* an dieser verantwortlichen Stelle neben Konrad *Adenauer* der richtigere und bessere Mann wäre.

Kunze: Es ist zweifellos, daß der Name *Heinemann* als Präses der evangelischen Kirchensynode, die alljährlich zusammentritt und eine Woche dauert, der bekanntere ist. Es muß aber mit aller Deutlichkeit abgelehnt werden, als ob Dr. *Lehr* nicht ebenfalls ein angesehener evangelischer Christ wäre. *Lehr* hat im Kampf der Bekennenden Kirche seinen Mann gestanden.[25] 95 Prozent aller Deutschen stehen hinter den beiden Konfessionen. Zweifellos ist Dr. *Lehr* als Mann der evangelischen Kirche anzusprechen. Ich muß hier erklären, daß ich von *Heinemann* selbst gebeten worden bin, gegebenenfalls für Dr. *Lehr* als Innenminister einzutreten. Er tat das vor 10 Tagen. Ich rede hier nicht für *Heinemann* und nicht für *Lehr*. Ich spreche nur gegen die These, *Lehr* sei kein Repräsentant der evangelischen Kirche.

Wackerzapp: Ich möchte der Delegation evangelischer Christen, die mit Dr. *Adenauer* verhandelt hat, die Sachlegitimation bestreiten, im Namen der evangelischen Kirche zu sprechen. Es ist zweckmäßig, den Posten des Innenministers mit einem Mann des Vertrauens der evangelischen Kreise zu besetzen, schon um den Verdacht zu zerstreuen, als sei die CDU eine überwiegend katholische Partei. Für Dr. *Lehr* spricht, daß er ein bewährter Verwaltungsbeamter von hohen Graden ist. Auf die Sachkenntnis wird es aber bei der Besetzung der Ministerposten immer entscheidend ankommen. Ein Mann, der nicht aus der Verwaltung hervorgegangen ist, muß sich erst von unten her emporarbeiten. Der gelernte Verwaltungsbeamte hat die Ausbildung bereits hinter sich und kann sofort positiv tätig werden. Er braucht sich nicht mehr mit den Schlichen und Tücken, die es in jeder Verwaltung gibt, auseinanderzusetzen. Aus rein sachlichen Gründen würde ich daher Herrn *Lehr* den Vorzug geben. Vielleicht aber überwiegt das psychologische Moment, einen prominenten evangelischen Vertreter zu wählen. In Niedersachsen macht sich eine merkwürdige Stimmung gegen die CDU breit. Dort wird, bewußt oder unbewußt, geraunt, die CDU sei nichts anderes als eine verkappte Zentrumspartei, und die evangelischen Kreise sollten sich überlegen, ob sie dieser Partei weiter folgen dürfen. Diese Gerüchte könnte man zum Schweigen bringen, wenn man einen prononcierten evangelischen Vertreter auf den wichtigen Posten des Innenministers setzen würde. Ich

25 Zu *Lehrs* Rolle im Widerstand die knappen Hinweise von Walter Först, Robert Lehr, in: ders. (Hrsg.), Land und Bund, Köln u. a. 1981, S. 185f.

muß also meine sachliche Überzeugung hinter mehr psychologischen und politischen Erwägungen zurückstellen und würde, falls ich gefragt würde, für *Heinemann* stimmen.

Etzel: Wenn ich nach rein sachlichen Gesichtspunkten urteile, dann wäre *Weitz* durchaus der Mann, zu dem ich ja sagen würde. Auf der anderen Seite steht aber der Unionsgedanke, und der verlangt, einen prominenten evangelischen Vertreter in das Kabinett aufzunehmen. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß die ganze Fraktion dieser Forderung zustimmt.

Zur Wahl stehen die Herren *Lehr* und *Heinemann*. Ich fürchte, der Kanzler hat die evangelischen Herren mißverstanden, wenn er ihren Erklärungen entnommen hat, *Lehr* sei nicht als Repräsentant der evangelischen Kirche anzusehen. Über die Sachkunde *Lehrs* ist ein Zweifel nicht erlaubt. *Heinemann* dagegen verfügt nicht über diese Sachkenntnis. Diesen Mangel könnte man allerdings durch einen fachlich geschulten Staatssekretär ausgleichen, den man *Heinemann* beigibt. Mir scheint die Kandidatur *Heinemann* als die richtigere. Rein menschlich schätze ich beide Herren gleich hoch. Vom Unionsgedanken aus dagegen bringt *Heinemann* die größere Resonanz mit.

Dr. Kleindinst: Über das Verhältnis zwischen Katholiken und Evangelischen stimme ich durchaus dem zu, was *Kaiser* gesagt hat. Es wäre durchaus zu begrüßen, wenn ein fähiger evangelischer Fachmann das Innenministerium übernähme. Aber übersehen Sie bitte nicht die sachliche Seite, die Beherrschung der Verwaltung. Unser Innenminister ist ausgesprochener Verwaltungsminister. Der Bundeskanzler hat kaum die Zeit, sich um die Einzelheiten dieser Fragen zu kümmern. Wir stehen vor der Neuorganisation der Bundesverwaltung. Das Verhältnis der Bundesverwaltung zu den Länderverwaltungen bedarf der endgültigen Klärung. Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich erinnere an die Schwierigkeiten in den Jahren 1921/22 mit der Durchführung des Republikschutzgesetzes.[26] Der Innenminister muß die Zuständigkeiten zwischen Bundesverwaltung und Länderverwaltungen scharf abgrenzen. Dazu gehört besondere Fachkunde und Erfahrung. Über sie verfügt sicher Herr *Lehr*. Man könnte Herrn *Heinemann* einen geschulten Staatssekretär beigeben; aber das ist eine Frage für sich. Mißlich wäre es, wenn der Innenminister lediglich als Repräsentant einer betonten evangelischen Richtung aufträte, während das Schwergewicht der Arbeit fast ausschließlich bei seinem Staatssekretär läge. Unter diesen Umständen möchte ich den Befürwortern der Kandidatur *Heinemann* doch zu bedenken geben, ob es sich nicht empfehle, angesichts der großen verwaltungs- und verfassungspolitischen Aufgaben das Innenministerium einem absolut sicheren und erfahrenen Fachmann zu geben. Hier scheint mir der entscheidende Punkt zu liegen. Dazu kommt, daß Herr *Heinemann* selbst Herrn *Lehr* als Innenminister empfohlen hat. Ich bitte, sich für den Fachmann zu entscheiden.

Schäffer: Ich muß mich im wesentlichen der Auffassung unseres Freundes *Kleindinst* anschließen. Wir haben alle der Forderung zugestimmt, daß man ein wichtiges Ministerium in die Hände eines betont evangelischen Parteifreundes legen sollte. Mir persönlich läge es näher, die Ministerposten nach Leistung und Tüchtigkeit ohne jede Rücksicht auf die konfessionelle Einstellung des einzelnen zu besetzen. Das wäre zweifellos der Idealzustand. Nun sind wir aber keine Idealmenschen, und schon in der Schrift heißt es: „Um

26 Zum Republikschutz in den frühen Jahren der Weimarer Republik Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963, S. 34–105.

Eurer Schwachheit willen haben wir Euch dieses Gesetz gegeben."[27] Wir müssen mit den gegebenen Tatsachen rechnen und ängstlich darauf bedacht sein, Gefühle zu vermeiden, als ob irgendein konfessioneller Teil bevorzugt würde. Ich erinnere mich, daß man seinerzeit überhaupt nur den Namen *Lehr* als Kandidaten für den Innenministerposten genannt hat. Dies geschah nicht wegen seiner konfessionellen Zugehörigkeit oder Tätigkeit, sondern im Hinblick auf seine fachlichen Qualitäten. Die Kandidatur Dr. *Lehrs* würde in Bayern nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen werden. Aber wir haben diese Bedenken zurückgestellt; sie sind nach Besprechungen mit ihm gegenstandslos.[28] Wenn nun zwei evangelische Kandidaten zur Wahl stehen, dann sollte ausschließlich die Fachkenntnis entscheiden. Mag *Heinemann* auch als Präses der evangelischen Synode einen größeren Namen haben, so wäre es doch verfehlt, Herrn *Lehr* als bloßen Mitläufer der evangelischen Kirche zu bezeichnen. Er ist vielmehr ein bewußter Bekenner seiner Konfession. Wir wünschen einen evangelischen Mann, wir wünschen einen aktiv evangelischen Mann. Aber daneben tritt gleichberechtigt das fachliche Moment. Ich glaube, unsere evangelischen Freunde werden unsere Einstellung verstehen, wenn wir der fachlichen Eignung den Vorzug geben. Aus diesen sachlichen Gründen sollten wir unserem Kanzler die Ermächtigung geben, unter zwei Namen den auszuwählen, den er für den fachlich geeigneteren hält.

Dr. Gerstenmaier: Die Kirchentreue Dr. *Lehrs* kann überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion sein; sie steht für uns alle fest. Unsere Motive liegen auf einer anderen Ebene. Herr *Heinemann* ist im gesamten Bereich der Evangelischen Kirche Deutschlands bekannt. Die Synode tritt nur einmal im Jahr zusammen. Herr *Heinemann* ist sozusagen Bundestagspräsident der Evangelischen Kirche Deutschlands. Gleichzeitig ist er Mitglied des Evangelischen Rates. In dieser Stellung wird er alle sechs Wochen einen oder zwei Tage in Anspruch genommen. Ich möchte das in aller Ruhe darlegen, weil gelegentlich angedeutet wurde, der Innenminister *Heinemann* könne seine kirchlichen Ämter unmöglich mehr beibehalten. Diese Bedenken dürften hinfällig sein.

Die Situation ist die: Es ist gar keine Frage, daß in weiten Kreisen des deutschen Protestantismus keine Klarheit darüber besteht, wo der deutsche Protestantismus sich politisch verankern soll. Große Teile des evangelischen Volkes und ihre prominenten Träger hatten ihre politische Heimat Jahrzehnte hindurch bei der sogenannten nationalen Rechten. Diese Schichten wurden vor allem durch den zweiten Weltkrieg und durch die Dämonie *Hitlers* und des Nationalsozialismus bis in den Grund erschüttert. Der Nationalismus ist diesen Kreisen nun zum ersten Mal verdächtig geworden, fragwürdig. Es bedurfte eines Adolf *Hitler*, um ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß ein überspannter Nationalismus ein Volk, ja einen ganzen Kontinent in den Untergang hineinreißen kann. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch haben viele Protestanten die Christlich-Demokratische Union gewählt. Je mehr wir uns aber von der großen Katastrophe entfernen, desto mehr zeigt sich da eine Entfremdung, ich will nicht sagen, eine Abwanderung von der CDU. Wohl aber kann man von einer langsamen Abwehr sprechen. Vor uns liegt eine große politische Aufgabe, und wir müssen uns taktisch und persönlich darauf einstellen. Von diesen Gesichtspunkten aus sollten wir auch die beiden Kandidaturen für den Posten des Innenministers betrachten. Nach der Seite der Qualifikation besteht zwi-

27 In dieser Formulierung nicht nachzuweisen. Inhaltlich identisch jedoch Galater 3 Vers 19: „Was soll nun das Gesetz? Es ist hinzugekommen um der Sünde willen."

28 Vgl. Nr. 79.

schen den beiden Männern kein Unterschied; wohl aber ist die öffentliche Hebelkraft *Heinemanns* weiter als die *Lehrs*. *Lehr* hat zweifellos die größere Verwaltungserfahrung. Ich glaube, wir handeln richtig, wenn wir diese schwierige Entscheidung in einem kleineren Kreise zusammen mit dem Bundeskanzler klären.

Blank: Es steht mir nicht an, zu den Qualitäten der beiden Bewerber etwas zu sagen. Als Vertreter der Gewerkschaft Bergbau habe ich mit Herrn *Heinemann* die besten Erfahrungen gemacht. Man rühmt ihm allgemein große Sachkenntnis nach. *Heinemann* genießt das Vertrauen der Bergarbeiterschaft. Man empfindet ihn bei uns gar nicht in der Schroffheit als den sozialen Gegenspieler. *Heinemann* würde dem Kabinett auch etwas politisches Kolorit geben. Herr Oberpräsident *Lehr* mag mir verzeihen. Er weiß, daß ich persönlich nichts gegen ihn habe. Aber ich muß sagen und herausstellen, daß er bei uns im Lande anders beurteilt wird als *Heinemann*.

Bausch: In der fachlichen Qualifikation und in der persönlichen Bewertung einen Unterschied zwischen *Lehr* und *Heinemann* festzustellen, wäre völlig absurd. Wir schätzen beide aufs höchste. Entscheidend ist für uns ein Gesichtspunkt, auf den Dr. *Gerstenmaier* vorhin hingewiesen hat: Zur Zeit ist in der politischen Haltung des deutschen Protestantismus ein Umbruch im Gange. Wenn es uns gelingt, das Gros des deutschen Protestantismus zu einer positiven Haltung gegenüber der Demokratie zu bestimmen, dann haben wir das Spiel gewonnen. Die gesamte Front des deutschen Protestantismus wurde sozusagen aufgewühlt, und zwar zunächst durch den Kampf gegen den Liberalismus in der evangelischen Kirche. Was Karl *Barth* und seine Freunde da getan haben, ist in seinen Wirkungen gar nicht abzuschätzen.

(Zuruf Dr. *Adenauer*: Auch in seinen negativen Wirkungen nicht!)

– Gewiß, auch im Negativen nicht. Aber ich sehe nicht nur das Negative, sondern auch das Positive. Wir brauchen aus der evangelischen Kirche Leute, die die größte Anziehungskraft ausüben, und zwar auf breiteste Schichten des Volkes. Nun steht fest, daß *Heinemann* eine größere Anziehungskraft entfalten wird als *Lehr*. Wir müssen diese Dinge nüchtern abwägen. *Heinemann* hat in Heidelberg den Wahlkampf eröffnet[29]; er ist dadurch in breitesten Schichten als Vorkämpfer der CDU bekannt geworden. Sein Name hat in kirchlichen Kreisen stärkeren Klang als der *Lehrs*. Das steht fest, und daher sollten wir darüber nicht weiter debattieren, sondern uns für *Heinemann* entscheiden.

Schuler: Ich bin Mitglied der evangelischen Synode, und ich komme aus dem werktätigen Volke. Ich weiß daher, wie notwendig es ist, wenigstens einen Kabinettsminister aus dem evangelischen Volksteil zu nehmen. Ich bin erst seit kurzer Zeit hier, aber ich habe doch das Empfinden, als ob es mit der Toleranz uns gegenüber, namentlich in Südwestdeutschland, nicht so weit her wäre. Gerade uns süddeutschen Evangelischen wird es nicht leicht gemacht, uns in Bonn politisch zu akklimatisieren. Wir in Süddeutschland kennen den Kampf, der namentlich von sozialistischer Seite gegen uns geführt wird. Da wird zum Beispiel ausgestreut, man müsse die Buchstaben CDU von rückwärts lesen, und dann heißt es: „Und dennoch Centrum." Gerade deshalb ist es notwendig, vor allem innerhalb der CDU selbst Toleranz zu üben. Der Bestand der CDU hängt davon ab.

---

29 Auf der Wahlkampferöffnungskundgebung der CDU/CSU am 21. 7. 1949 in Heidelberg war *Heinemann* neben *Adenauer* und *Ehard* als Redner aufgetreten. *Heinemanns* Ansprache stand unter dem Thema „Der evangelische Christ in der Union." Text in: Union im Wahlkampf, hrsg. von Bruno Dörpinghaus, Nr. 20, 30. 7. 1949, S. 1–3.

Kaiser: Ich denke, wir können die Erörterung über dieses Thema nun abschließen.[30] Was die Besetzung des Arbeitsministeriums angeht, so verrate ich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß von seiten der Demokraten und der Deutschen Partei Bedenken gegen Herrn *Storch* und einige seiner Mitarbeiter geäußert worden sind.[31] Die Unterhaltungen darüber haben viele, viele Stunden in Anspruch genommen. Ich hoffe, wir kommen zu einem klaren, guten Ergebnis.[32] Es erscheint mir nicht richtig, im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen mehr darüber zu sagen.

Bezüglich des Wiederaufbauministeriums hat die FDP den Wunsch ausgesprochen, es mit einem ihrer Leute zu besetzen, und zwar im Hinblick auf den Zusammenhang mit der Wirtschaft mit Herrn *Wildermuth*. Zwischen Herrn *Wildermuth* und Herrn *Erhard* haben Besprechungen stattgefunden[33], und *Erhard* meinte mir gegenüber, er glaube, es ließe sich mit *Wildermuth* ein genügender Kontakt herstellen.[34]

Dr. Adenauer: Bezüglich des Wiederaufbauministeriums lassen Sie mich noch folgendes sagen: Wenn wir den Demokraten das Finanzministerium gegeben hätten, würden sie zweifellos auf das Wiederaufbauministerium nicht Anspruch erhoben haben. Nun haben wir ihnen aber erklärt, wir könnten unter keinen Umständen auf das Finanzministerium verzichten. Man hat das Herrn *Blücher* von seiten der Opposition in der FDP schwer angekreidet. Schließlich haben die Demokraten sich damit abgefunden, ihren Anspruch auf das Finanzministerium nicht weiterzuverfolgen. Dafür kommen sie nun mit der Ersatzforderung auf das Wiederaufbauministerium. Ich habe darüber tagelang verhandelt. Irgendeinen Ersatz muß man den Demokraten geben. Bedenken Sie, meine Herren: Der Bundeskanzler muß immer daran denken, eine Mehrheit für seine Vorlagen zu bekommen. Daher muß er von Anfang an darauf bedacht sein, daß unter den drei Koalitionspartnern eine Willensübereinstimmung zustande kommt; sonst hat die Koalition ihren Sinn verloren. Wir dürfen bei keinem der Koalitionspartner das Gefühl aufkommen lassen, er sei vergewaltigt und auf die Seite gedrückt worden. Wir haben nicht alles erreicht, aber die anderen auch nicht.

Albers: Ich habe mit Herrn *Wildermuth* ein Gespräch geführt und verschiedene Fragen an ihn gerichtet, namentlich die, wie er sich die Führung des Wiederaufbauministeriums vorstelle und nach welchen Methoden er zu arbeiten dächte. Ich habe dabei festgestellt, daß Herr *Wildermuth* große Erfahrungen von seiner Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium her besitzt.[35] Namentlich auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues verfügt er über große Sachkenntnis.

30 Nach Blankenhorn, S. 60, entschied sich *Adenauer* am folgenden Tag für *Lehr*, machte aber diese Entscheidung einen Tag später wieder rückgängig. Vgl. Anm. 37.

31 Zur Kritik aus der FDP besonders Nr. 58. Sie hielt auch weiterhin an; vgl. Nr. 86. Zur Haltung der DP gegenüber *Storch* Nr. 87.

32 Blankenhorn, S. 60, notiert unter dem 18. 9. 1949: „Arbeitsminister soll *Blank* werden. Das wird *Adenauer* nicht durchsetzen können, da die Christlichen Gewerkschaften sich bereits für *Storch* entschieden haben." Dieser Vermutung entsprechend gab *Adenauer* nach und schlug *Storch* zum Arbeitsminister vor, was noch einigen Wirbel verursachte. Vgl. die Nrn. 84 und 86.

33 Vgl. z. B. Nr. 81.

34 Vgl. Wortmeldung *Schäffers* auf S. 444.

35 *Wildermuth* war von 1926 bis 1928 Beamter im Reichsarbeitsministerium gewesen und hatte anschließend bis 1939 als Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank engen Kontakt mit der für Wohnungsbaufragen zuständigen Abteilung im Reichsarbeitsministerium gehalten. Vgl. Wengst, S. 172.

Wackerzapp: Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist eines der wichtigsten. Man darf seine Bedeutung unter dem schönen Bonner Himmel nicht unterschätzen. Ich fürchte, wir unterschätzen etwas die Erfahrungen, die ein solches Amt erfordert. Ich meine, auf diesen Posten kann nicht ein Mann wie *Lauenstein* gesetzt werden[36]; vielmehr müssen wir eine Persönlichkeit finden, die bereits bewiesen hat, daß sie einem solchen Posten gewachsen ist. Ein Mann, der da eine lange Anlernzeit braucht, um überhaupt in die Probleme hineinzukommen, ist da fehl am Platze, und es bestünde die Gefahr, daß er von seinen Mitarbeitern völlig abhängig würde. Bei der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums muß die fachliche Qualifikation den Ausschlag geben.

Schäffer: Mit dieser Frage wird die Fraktionssitzung sich morgen zu befassen haben.[37] Dies ist auch der ausdrückliche Wunsch des Herrn Dr. *Horlacher*. Die Person des Herrn *Lauenstein* kommt schon wegen seiner schillernden Vergangenheit nicht in Frage.[38]

36 *Lauenstein* war Kandidat der DP für das Amt des Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium. Wengst, S. 148.

37 Über die Fraktionssitzungen der CDU/CSU am 18. und 19. 9. 1949 sind keine Protokolle überliefert. Nach den Berichten der Tageszeitung „Die Welt" stand in ihnen vor allem die Besetzung des Landwirtschaftsministeriums zur Diskussion. So hieß es im Bericht vom 19. 9. 1949 über die Sitzung vom Tag zuvor, daß die Kandidatur *Schlanges* für dieses Amt von der Fraktion favorisiert würde, sich gegen *Niklas* Widerstände erhoben hätten und *Lübke* keine Chance habe. Einen Tag später hieß es über die Sitzung vom 19. 9. 1949: „Im Verlauf der Beratungen der CDU/CSU-Fraktion konnte noch immer keine Entscheidung über den Ernährungsminister gefällt werden. Wie verlautet, machte die Fraktion den Vorschlag, daß entweder *Niklas* oder *Lübke* berufen wird, während *Adenauer* nach wie vor für *Müller* eintritt." Entsprechend auch sein Vorschlag an Heuss am 19. 9. 1949, vgl. Nr. 85. Nach Blankenhorn, S. 60, befaßte sich die Fraktion am 19. 9. 1949 auch noch einmal mit der Besetzung des Innenministeriums: „Nun hat sich die Fraktion doch einmütig für *Heinemann* als Innenminister erklärt. *Adenauer* möchte diese Entscheidung zugunsten *Lehrs* rückgängig machen. Vergeblich. Herr *Heinemann* wird zum Bundesinnenminister vorgeschlagen werden." Vgl. Nr. 85.

38 Über *von Lauenstein*, ehemals Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, kursierten damals Behauptungen in Bonn, er sei NSDAP-Mitglied gewesen und sei unter den Nationalsozialisten besonders schnell befördert worden. Diese Behauptungen wies *Lauenstein* in einem Brief an Adenauer vom 8. 9. 1949 mit Nachdruck zurück. StBkAH 10.02.

84.

19. 9. 1949: Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher, und den 1. Vorsitzenden der DP, Heinrich Hellwege (Bonn)

StBkAH III/21. Durchschlag. Handschriftliche Korrektur.

Sehr geehrter Herr *Blücher/Hellwege*!

Ich habe mich entschlossen, dem Herrn Bundespräsidenten Herrn *Heinemann* als Bundesinnenminister, Herrn *Storch* als Bundesarbeitsminister vorzuschlagen.[1] Letzteres mit der Zusage seitens des Herrn *Storch*, daß Herr *Sauerborn* Staatssekretär im Arbeits-

1 Vgl. Nr. 85.

ministerium werden[2], Herr *Scheuble* dagegen nicht übernommen werden soll.[3] Herrn *Sauerborn*, der sich in München befindet, habe ich bis jetzt noch nicht erreichen können.[4] Die Versuche, ihn zu erreichen, werden fortgesetzt. Sollte Herr *Sauerborn* nicht zustimmen[5], so werde ich an seiner Stelle eine andere Persönlichkeit berufen, die die nötigen Fachkenntnisse und das erforderliche allgemeine Vertrauen besitzt.[6]

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
A[denauer]

2 Ein in diese Richtung zielender Vorschlag bereits in Nr. 17a. Für *Sauerborns* Ernennung zum Staatssekretär setzten sich nach einem Brief *Storchs* an Matthias Föcher vom 9. 11. 1949 schließlich „nicht nur die Freien Demokraten und die Deutsche Partei, sondern auch die CSU und Teile der CDU aus Süddeutschland" ein. DGB-Archiv Düsseldorf, Ordner „Stellungnahmen zum Mitbestimmungsrecht".

3 In dem in Anm. 2 erwähnten Brief teilt *Storch* mit, daß *Scheuble* eine Abteilungsleiterstelle im Arbeitsministerium übernehmen solle, und er fährt dann fort: „Dagegen ist natürlich auch sehr stark opponiert worden, aber ohne tatsächlichen Erfolg." *Scheuble* übernahm die Leitung der Abteilung II und wechselte 1952 in das Präsidentenamt der Bundesanstalt für Arbeit über. Vgl. Wengst, S. 164f.

4 *Adenauer* hatte am 17. 9. 1949 an *Sauerborn* ein „dringendes Telegramm" geschickt und ihn gebeten, zu einer Besprechung nach Rhöndorf zu kommen. StBkAH o. Nr.

5 *Sauerborn* stimmte zu und übernahm bereits kurz darauf das angetragene Amt.

6 Die Reaktion von FDP und DP in den Nrn. 86 und 87.

85.

19. 9. 1949: Der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn), an Bundespräsident Theodor Heuss (Bonn)

StBkAH III/47. Durchschlag.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Hiermit beehre ich mich, Ihnen zu Ihrer Information meine vorläufigen Vorschläge der für die kommende Bundesregierung in Aussicht genommenen Persönlichkeiten vorzulegen.

Die endgültige Liste darf ich Ihnen morgen vormittag überreichen und gleichzeitig mündlich erläutern.[1]

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung
bin ich
Ihr sehr ergebener
A[denauer]

Bundesminister für Angelegenheiten des Marshall-Planes: Herr Franz *Blücher*
Bundesminister für Inneres: Herr Dr. Gustav W. *Heinemann*

1 Dies geschah am 20. 9. 1949 um 10.30 Uhr. Blankenhorn, S. 61.

Bundesminister für Justiz: Herr Dr. Thomas *Dehler*
Bundesminister für Finanzen: Herr Staatsrat Fritz *Schäffer*
Bundesminister für Wirtschaft: Herr Prof. Dr. Ludwig *Erhard*
Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung: Herr Dr. Karl *Müller*[2]
Bundesminister für Arbeit: Herr Anton *Storch*[3]
Bundesminister für Verkehr: Herr Dr. Hans Christoph *Seebohm*
Bundesminister für Post: Herr Hans *Schuberth*
Bundesminister für Wohnungsbau[4]: Herr Eberhard *Wildermuth*
Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen: Herr Dr. Hans *Lukaschek*
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: Herr Jakob *Kaiser*
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats[5]: Herr Heinrich *Hellwege*.

2 Karl *Müller* erklärte am Abend des 19. 9. 1949 seinen Verzicht auf das Ministeramt. Widerstände innerhalb der CDU/CSU-Fraktion (Nr. 83, Anm. 37) und von seiten der Bauernverbände (Wengst, S. 132) sind offenbar hierfür verantwortlich zu machen. An seiner Stelle wurde Wilhelm *Niklas* berufen. Die Andeutung einer solchen Entwicklung bereits in den Nrn. 79 und 80.

3 Die Reaktion von FDP und DP hierauf in den Nrn. 86 und 87.

4 Im Entwurf dieses Schreibens noch die Bezeichnung „Bundesminister für Wiederaufbau".

5 Im Entwurf dieses Schreibens noch die Bezeichnung „Bundesminister ohne Portefeuille. Beauftragter für die Verbindung zum Bundesrat". Die Haltung der DP hierzu in Nr. 72.

86.

19. 9. 1949: Tagebucheintragung des Wirtschaftsministers von Württemberg-Hohenzollern und Vorstandsmitgliedes der FDP, Eberhard Wildermuth

NL Wildermuth 28. Handschrift.

In der Zwischenzeit haben die interfraktionellen Verhandlungen geschlafen.[1] Auch die CDU tagte erst am Sonntag, den 18. 9.[2]

Palaver in der [FDP-]Fraktion. Der hysterische Beschluß: die drei Ministrabiles zu ersuchen, in keine Regierung mit *Storch* einzutreten! Nach *Höpker Aschoffs* Eingriff läßt alles die Ohren hängen.

Dehler und ich fahren zu *Heuss*, der doch die Situation leicht ansieht und Eintritt mit *Storch* empfiehlt.[3]

1 Die letzten Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern hatten am Nachmittag des 16. 9. 1949 stattgefunden. Vgl. Nr. 82 und Nr. 83, S. 442 ff.

2 Die CDU/CSU-Fraktion tagte auch am 17. 9. 1949. Vgl. Nr. 83.

3 Diese seine Auffassung ließ *Heuss* sogleich auch den führenden Männern der FDP-Fraktion übermitteln – mit durchschlagendem Erfolg. Über die Fraktionssitzung der FDP am 20. 9. 1949 um 9.00 Uhr notierte *Wildermuth* in sein Tagebuch: „Vom gestrigen Beschluß spricht niemand." Statt dessen forderte die Fraktion die Ministeranwärter auf, zum Empfang der Ernennungsurkunden zum Bundespräsidenten zu gehen – „ohne Kenntnis des Kabinetts und ohne Kenntnis der Regierungserklärung", wie *Wildermuth* verwundert seinem Tagebuch anvertraute. NL Wildermuth 28.

87.

20. 9. 1949: Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und 1. Vorsitzende der DP, Heinrich Hellwege (Bonn), an den Bundeskanzler und Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer (Bonn)

StBkAH III/21. Handschriftlicher Vermerk: „mündlich erledigt z. d. A."

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Darf ich Ihr Schreiben vom 19. des Monats[1] mit verbindlichem Dank bestätigen. Ich möchte namens meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, daß unser ganzes Bemühen darauf gerichtet war, die Bildung der von Ihnen geführten Regierung zu erleichtern. Dennoch muß ich ausführen, daß die Fraktion der Deutschen Partei besonderen Wert darauf legt, in diesem fortgeschrittenen Stadium der Verwirklichung des Kabinetts keine Unklarheiten bestehen zu lassen, zu denen Ihr Schreiben Anlaß geben könnte. Die Fraktion der Deutschen Partei ist mit Herrn *Heinemann* als Innenminister einverstanden. Sie glaubt aber unterstreichen zu müssen, daß von ihr in Übereinstimmung mit Ihren eigenen Ausführungen die Person des Arbeitsministers *Storch* nur dann, und zwar mit den größten Bedenken, für tragbar gehalten wurde, wenn Herr *Sauerborn* als Staatssekretär eine Durchführung der Sozialpolitik gewährleistet, die den Konzeptionen des Gesamtkabinetts und den Voraussetzungen entspricht, die Sie, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, so eindrucksvoll dargelegt haben. Sollte Herr *Sauerborn* sich Ihrem Ruf versagen, müßte auch ein anderer Arbeitsminister betraut werden. In diesem Sinne darf ich den letzten Satz Ihres Schreibens verstehen, dessen Redaktion vielleicht in der Eile der Geschäfte mißverständlich erfolgt ist.

Ich bringe an dieser Stelle ferner zum Ausdruck, daß die Deutsche Partei auf eine maßgebliche Verankerung im Ressort des Landwirtschaftsministeriums durch einen Staatssekretär mit Rücksicht auf ihre Wähler nicht verzichten kann, und darf hieran die Bitte schließen, daß es der künftigen Entwicklung nur im höchsten Maße dienlich sein kann, wenn Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, die Fraktion der Deutschen Partei weder in sachlichen noch in persönlichen Fragen vor vollendete Tatsachen zu stellen versuchen, da sich hieran sonst unübersehbare Konsequenzen knüpfen könnten. Ich bitte hierbei zu berücksichtigen, daß die Masse unserer Wähler aus einem der größten deutschen Agrarländer kommt, das um seinen wirtschaftlichen Bestand schwer ringen muß. Ferner ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß die Verankerung einer Persönlichkeit meiner Parteirichtung in diesem Ressort als Grundlage aller bisher von Ihnen geführten Besprechungen angesehen wurde.[2]

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Heinrich *Hellwege*

1 Nr. 84.

2 *Adenauer* hat im folgenden das Vorschlagsrecht der DP für den Staatssekretärsposten im Landwirtschaftsministerium anerkannt und mit Theodor *Sonnemann* einen Staatssekretär berufen, der die Zustimmung *Hellweges* besaß. Vgl. Wengst, S. 148f.

88.

21. 9. 1949: Der Bundesminister für Wohnungsbau und Vorstandsmitglied der FDP, Eberhard Wildermuth (Bonn), an Marianne Wildermuth (Tübingen)

NL Wildermuth 35. Handschreiben.

Ich war so froh, gestern mit Dir sprechen zu können. Nun ist also, am Schluß sehr schnell, die Entscheidung gefallen. Meine Ernennungsurkunde vom 20. 9. schickt Dir das Büro des Bundespräsidenten. Gestern 9 Uhr Fraktion[1], 10.00 [Uhr] bei *Adenauer*[2], 11.00 [Uhr] beim Bundespräsidenten[3], 12.00 Uhr erste Kabinettssitzung[4], 14.00 [Uhr] Bundestag mit Vereidigung und der (sehr guten) Regierungserklärung[5], 18.30 [Uhr] Fraktion, 19.30 [Uhr] Kabinett bis 21.00[6] [Uhr]!

Dann fuhren *Erhard*, *Dehler* und ich nach Unkel, um in einem guten Lokal zu essen und eine Flasche zu trinken (Summe: 25 DM pro Kopf). Als wir 0.05 [Uhr] an der Fähre waren, war die gerade weg. Warten bis 1.00 [Uhr] – Ich unterhielt mich mit dem Kapitän, der als Stimme des Volkes die Bonner Anstrengungen als Hochstapelei bezeichnete. Von 1.00 [Uhr] – 1.25 [Uhr] ging ich zu Fuß nach Haus.

Heute früh um 8.15 [Uhr] war schon Walter[7] da, um einiges zu besprechen. Seit 9.00 [Uhr] Fraktion. Um 10.00 [Uhr] muß ich Unterkünfte ansehen. Denn ich bin nun Bundesminister ohne Dach über dem Kopf, ohne Stuhl, Tisch oder irgend etwas. Und – es soll etwas werden.

1 Vgl. Nr. 86, Anm. 3.

2 Das Tagebuch *Wildermuths* hierzu: „Um 10.00 Uhr mit *Blücher*, *Dehler*, *Euler* [und] *Oellers* bei *Adenauer*." NL Wildermuth 28.

3 Das Tagebuch *Wildermuths* hierzu: „Dann auf zur Viktorshöhe. Empfang der Urkunden. Ansprache *Heuss*, der seine Ansprüche umreißt und seine Linie darlegt. Keine Brücken zur SPD abbrechen." NL Wildermuth 28.

4 Protokoll dieser Sitzung abgedruckt in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1, 1949, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard/Rh. 1982, S. 67f. Dieser Aufzeichnung zufolge begann die Sitzung bereits um 11.30 Uhr und dauerte bis 13.00 Uhr.

5 Vgl. BT Sten. Ber., S. 20 D.

6 Protokoll dieser Sitzung abgedruckt in: Kabinettsprotokolle (Anm. 4), S. 69–73. Dauer nach dieser Aufzeichnung von 18.30 Uhr bis 20.10 Uhr.

7 Naher Verwandter *Wildermuths*.

Register

Die Angaben zu den Personen beschränken sich in aller Regel auf die (wichtigsten) öffentlichen Ämter und politischen Funktionen, die diese Personen im hier behandelten Zeitraum wahrgenommen haben. Zeitangaben erfolgen nur dann, wenn während der in der Edition dokumentierten Zeitspanne Änderungen eingetreten sind (Tages- und Monatsangabe ohne Jahreszahl) oder der jeweilige Name in einem Zusammenhang genannt wird, der früher oder später liegt (Angabe der Jahreszahlen). Berufsbezeichnungen werden allein bei denjenigen Personen aufgeführt, bei denen der jeweilige Beruf in Beziehung zu ihrer politischen Tätigkeit oder Rolle steht, sowie bei denjenigen, die in Ausübung ihres Berufes in den abgedruckten Dokumenten in Erscheinung treten.

Adcock, Clarence, stellv. amerikanischer Militärgouverneur 35

Adenauer, Konrad, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, 1.9.–15.9. Vorsitzender der CDU/CSU–Bundestagsfraktion, ab 15.9. Bundeskanzler XIV, XVIII, XXIII, 5, 23, 26, 43f., 66, 70, 80ff., 89, 104, 107, 153, 163, 165, 211f., 214, 249, 450, 456
– und Arnold XVIII, XXVIf., XLVII, 32f., 53, 63, 75, 268, 271, 290, 294, 419
– und Außenpolitik 61f., 365ff.
– biographische Daten XIXf.
– und Blücher XXXV, XXXVIII, XLIIf., 3, 77, 93, 96, 128, 147, 153, 159, 218, 220, 237, 296, 311, 320, 347ff., 452f.
– und BP XLIX, 40, 93, 368f., 415, 429
– und v. Brentano XXXII, 107–111, 161f., 276f., 344, 372ff., 382ff.
– und Bundeshauptstadtfrage XXII, 41, 63ff., 203, 208, 233–237, 239, 278
– und Bundeskanzler(amt) IXff., XVf., XX, XXXVIII, XLf., XLVf., L, 8, 30, 32, 40f., 51, 53, 55ff., 59f., 90, 97, 101f., 151, 166, 182, 187–191, 205, 209, 243, 262, 279, 291f., 310f., 314, 363f., 368, 418, 421f., 424
– und Bundespräsident(enamt) XI, XX, XXXI, XLf., XLVf., 8, 32, 40f., 53, 57, 74, 90, 97, 127–130, 160, 166, 187–190, 193f., 198, 200, 207, 223, 237f., 242f., 247, 252–257, 260, 265ff., 277, 286f., 315f., 318, 323–333, 335f., 338, 341, 344, 351ff., 363f., 369f., 373f., 377, 379, 453f.
– und Bundesrat 221, 271f., 276, 290f.
– und Bundesratspräsident(enamt) XLf., XLVIf., 31, 67, 194, 197, 222f., 237, 241f., 247, 257, 268, 271, 282ff., 287–291, 293ff., 313, 330
– und Bundestag 60, 65, 187, 221f., 269–273, 275ff., 285f., 300, 302–308, 358ff., 400f., 417, 425, 429f.
– und Bundestagspräsident(enamt) XXII, XL, XLVI, 30, 121, 194, 203, 208, 223–233, 241f., 269f., 274f.
– und Bundestagswahl XVII, XXXVIII, XL, 4, 6, 9f., 21, 33, 36f., 45, 51f., 61, 91, 94f., 135, 142ff., 204
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion XX, XLV, XLVIII, 53, 90, 140ff., 167, 170ff., 174–187, 191, 220f., 237, 241, 277f., 285, 287–291, 309f., 331ff., 350, 352f., 362, 364f., 368, 375f., 381–384, 410f., 413, 442
– und DP XL, 34, 37, 97, 134, 146, 314, 374ff., 410, 455
– und Ehard XIII, XVII, XXIVf., XXVIII, XXXVIII, XL, XLIV, 6, 30ff., 88, 194, 223, 237, 242, 271, 282ff., 287–290, 293f., 330
– und Erhard XXII, 34, 297f.
– und FDP XL, 37f., 96f., 134ff., 146f., 194, 374ff., 383
– und Gereke XXX, 101
– und Heinemann XII, XIX, 216, 394, 399, 401, 414, 416, 419ff., 438, 445f.
– und Hellwege XII, XXXVI, XLII, L, 34, 37, 93, 106, 162, 210, 238f., 296, 375, 407, 410, 452f.
– und Heuss XI, XXXI, XL, XLVf., 32, 41, 97, 128f., 189f., 195–198, 200, 237, 242f., 253, 255, 266f., 287, 324–333, 339, 341, 344, 353, 373f., 376–379, 453f.
– und Hilpert XXVIIIf., XLI, 42, 74, 115f., 118f., 124f., 338f., 374f.
– und Holzapfel XXXf., 151f., 158, 190–194, 265, 376f.
– und Kaiser XXI, XXVII, 63, 191, 209, 308, 433
– und Kather XXXIII, 43, 70, 76
– und Koalitionsbildung X, XXff., XXIVff., XXVIII, XXXVIII–XLII, XLIVf., XLIX, 20f., 30, 32ff., 36ff., 40, 52–57, 63, 73, 75, 91–99, 101, 110f., 119, 123, 125, 133–136, 142–150, 152, 160ff., 206, 215f., 234, 250, 283, 328f., 332, 368f., 385
– und Koalitionsverhandlungen XXVf., XLI–XLVIII, L, 6, 32, 56, 59, 62, 77, 93, 96, 124, 128, 136, 147, 149, 162, 203, 205, 210, 218, 237ff., 242f., 265–268, 276f., 286, 295f., 314, 318, 330, 374ff., 385–389, 402, 412, 421f., 440, 444
– und G. Müller XLI, 66, 73f.
– Presseerklärungen und -konferenzen XVIf., XXXVIII, XLI, XLVI, 39, 51–65, 201–211
– und Regierungsbildung XXIf., XXXIII, XLf., XLVIff., Lff., 30ff., 38, 56ff., 60, 63, 65, 71, 76, 158f., 166ff., 194, 196, 203f., 209, 218f., 227, 232, 283f., 258f., 265f., 286f., 292, 294ff., 321, 365, 371f., 374ff., 378ff., 383–391, 393–396, 412ff., 416, 431, 433, 435–439, 441, 444–447, 451–455
– und Schäffer XXVf., 375
– und Schlange-Schöningen XLIV, 79, 134, 331f., 349
– und Schumacher XXXVIf., 4, 36, 58f., 94f., 129, 132f., 148f., 207, 252, 291, 315f., 318, 323f., 326f., 338, 374
– und SPD XLf., XLIVf., 33–37, 45, 55–59, 73, 85, 90f., 95, 98, 109ff., 121, 128, 134ff., 146, 148f., 160f., 164f., 172f., 204–207, 252, 290f., 304, 329, 395, 414, 417
– und Zentrum XLIX, 40, 51f., 77f., 93f., 217, 238, 358

Ahlener Programm s. Wirtschafts(Finanz)lage

Albers, Johannes, stellv. Vorsitzender der CDU Rheinland, ab 7.9. MdB XLI, 159, 161, 168, 174, 195, 366
– biographische Daten XXXII
– und Bundestag 275, 305f., 360
– und Bundestagspräsident(enamt) XLVI, 153f., 189, 224–230, 253
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 171f., 177ff., 181
– und DP 146
– und FDP 153
– und Koalitionsbildung XXXII, 148, 152f.
– und Koalitionsverhandlungen 170f., 387f., 402, 444, 451
– und Regierungsbildung XXXII, 390f., 396f.
– und SPD 153, 270

Alliierte Hochkommission 221, 272

Alt, Franz XIf.

Altmeier, Peter, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, 1. Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 13, 33, 42, 89
- biographische Daten XXVII
- und Bundesratspräsident(enamt) XXVIII, XLVII, 223, 281ff., 293
- und CDU/CSU–Bundestagsfraktion XLVI, 211–214
- und Koalitionsbildung X, XXVIIf., XXXIX, 82f.
- und Regierungsbildung XLVI, 211ff.

Amelunxen, Rudolf, nordrhein-westfälischer Sozialminister (Zentrum) 295, 354

Ankermüller, Willi, bayerischer Innenminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 13

Apel, Wilhelm, Bevollmächtigter Hessens bei der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bzw. beim Bund 71

Arbeitslosigkeit s. Wirtschafts(Finanz)lage

Arndgen, Josef, hessischer Arbeits- und Wohlfahrtsminister, Mitglied des Vorstandes der CDU Hessen, ab 7.9. MdB XLV, 13, 89, 111ff., 198, 216, 257f., 278

Arndt, Adolf, bis 3.9. MinRat im hessischen Justizministerium, ab 7.9. MdB (SPD) 426f.

Arnold, Karl, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland, ab 7.9. Bundesratspräsident XII, XLI, 38, 207f., 419f., 439
- und Adenauer XVIII, XXVIf., 32f., 53, 63, 268, 290, 294, 313
- biographische Daten XXVI
- und Bundeskanzler(amt) XXVIf., 32
- und Bundespräsident(enamt) 128, 223, 337f., 340, 352, 354
- und Bundesratspräsident(enamt) XVIII, XXVIIf., XLVIf., 246f., 264, 271f., 279, 281–284, 287, 289f., 293ff., 312–315, 330, 332, 340
- und Koalitionsbildung XXVIf., XXXVII, XXXIX, XLII, 33f., 45, 53, 63, 75, 85, 91, 101, 143, 152, 290, 328

Atlantikpakt vom 4. 4. 1949 62, 133

Attlee, Clement R., britischer Premierminister XIX, 137

Atzenroth, Karl, Vorsitzender der Vereinigung der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Rheinland Hessen-Nassau, ab 7.9. MdB (FDP) XVI, 48f., 139

Auslandskredite s. Wirtschafts(Finanz)lage

Baade, Edith 72

Baade, Fritz, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, ab 7.9. MdB (SPD) 130

Bach, Ernst, Oberbürgermeister von Siegen, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen 353

Bähnisch, Dorothea, Regierungspräsidentin von Hannover (SPD) 36

Barraclough, Sir John, Brigadier, britischer Militärgouverneur für die Nordrhein-Provinz (1945) XX

Barth, Karl, Professor der evangelischen Theologie an der Universität Basel 450

Bartram, Walter, schleswig-holsteinischer Ministerpräsident (1950–1954) (CDU) 106, 268

Bauernverbände LII, 14, 16, 80, 453

Bauknecht, Bernhard, Präsident des Landesbauernverbandes Württemberg-Hohenzollern, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 14

Baumgartner, Josef, Vorsitzender der BP, ab 7.9. MdB 39, 93, 415

Baurichter, Kurt, Regierungspräsident von Düsseldorf (SPD) 85f.

Bausch, Paul, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Nord-Württemberg, ab 7.9. MdB 140, 142, 165, 242, 399, 401
- biographische Daten XXXIIf.
- und Bundestag 303, 306, 411, 428
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 175–179, 183, 237, 353, 423
- und FDP 199
- und Heuss 189, 199, 251f., 336
- und Koalitionsbildung 163f., 250f.
- und Regierungsbildung 391, 397f., 438, 450
- und SPD 164, 199, 251

Bayernpartei (BP) XXV, XXX, 19, 36
- und Bundeskanzlerwahl 188f., 380, 415, 439
- und Bundespräsident(enamt) 317f., 325, 340, 415
- und Bundestag 269, 275, 304, 356f., 426, 429f.
- und Bundestagswahl XXIV, 14, 20, 297
- und CSU 29, 34, 39, 84, 145, 242, 261, 271, 288, 296f., 304, 369, 415, 428
- und DP 40, 317f.
- und Koalitionsbildung XLIX, 14, 20, 26, 28, 39, 66, 93, 147f., 368f., 379, 415

Becker, Max, ab 7.9. MdB (FDP) 361, 427

Bergsträsser, Ludwig, Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M., ab 7. 9. MdB (SPD) 97, 146

Berlin 11, 18f., 25, 39, 64, 85, 87, 119ff., 133, 205f., 307f.

Besatzungsstatut 61, 63, 131, 367

Bevin, Ernest, britischer Außenminister 73

Beyerle, Josef, stellv. württemberg-badischer Ministerpräsident und Justizminister (CDU) 24, 27, 29, 240

Biegel, Helmut, Kreisgeschäftsführer der FDP in Bielefeld 7

Binder, Paul, Mitglied des Landtages von Württemberg-Hohenzollern (CDU) 24, 26f.

Bismarck, Otto Fürst von, Reichskanzler (1867 bzw. 1871–1890), preußischer Ministerpräsident (1862–1873 und 1873–1890) 341

Blank, Theodor, 3. Vorsitzender des Industrieverbandes Bergbau im DGB/britische Zone, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) XVIII, 33, 37, 312, 433
- und Bundeshauptstadtfrage 236
- und Bundespräsident(enamt) 350
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 186, 330
- und Koalitionsbildung 38
- und Koalitionsverhandlungen 387f., 391, 402
- Ministerkandidatur 31, 77, 218, 451
- und Regierungsbildung 431, 450

Blankenhorn, Herbert, persönlicher Referent Adenauers XIII, 33f., 58, 70, 88f., 93, 106, 148f., 233, 265, 287, 353, 368, 370, 415

Bleek, Karl Theodor, Oberbürgermeister von Marburg, Mitglied des Erweiterten Vorstandes der FDP 218, 220

Block, August, bis 1948 niedersächsischer Landwirtschaftsminister (DP) 218, 239

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 106

Blücher, Franz, stellv. Vorsitzender der FDP, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundesminister für den Marshallplan und Stellvertreter des Bundeskanzlers 48, 69, 368, 412
- und Adenauer XXXV, XXXVIII, XLIIf., 3, 77, 93, 96, 128, 147, 153, 159, 218, 220, 237, 296, 311, 320, 374ff., 452, 456
- biographische Daten XXXV
- und Bundestag 12, 220, 222
- und Bundestagswahl 3, 8, 12, 47
- und Dehler 12, 46f.
- und Hellwege XXXVf., XLII, 46, 93
- und Heuss XVI, XXXVIII, 3f., 12, 45–48, 128, 198, 364
- und Koalitionsbildung XXXV, XXXVIII, XLII, 4, 11f., 46f., 99, 139, 145, 218
- und Koalitionsverhandlungen XLIIf., 46ff., 77, 93, 96, 128, 139, 147, 162, 218, 242, 268, 276, 296, 387, 421f., 440, 444
- Ministerkandidatur XXXV, XLVIII, 15, 22, 30f., 47, 71, 218ff., 311f., 319ff., 382f., 414, 453
- und Regierungsbildung XLVIIf., 47, 168, 176, 218ff., 414, 445, 451

Bodensteiner, Hans, Landrat, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 411

Böckler, Hans, Vorsitzender des DGB/britische Zone (SPD) 37, 191, 252

Böhm, Hans, Mitglied des Vorstandes des DGB/britische Zone, ab 7.9. MdB (SPD) 280f., 338

Böx, Heinrich, Journalist bei der „Kölnischen Rundschau" 90, 241, 309

Bonn s. Bundeshauptstadtfrage

Brandt, Willy, Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin, ab 7.9. MdB XVII, XLIII, 18f., 22, 49f., 280

Brauer, Max, 1. Bürgermeister von Hamburg, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (SPD) 263, 279, 281

Brentano, Clemens v., Leiter der badischen Staatskanzlei 13f.

Brentano, Heinrich v., Mitglied des Vorstandes der CDU Hessen, Vorsitzender der Landtagsfraktion, ab 7.9. MdB 24, 89
- und Adenauer XXXII, 107–111, 161f., 276f., 372f., 381ff.
- biographische Daten XXXIf.
- und Bundeshauptstadtfrage 234, 423f.
- und Bundeskanzlerwahl 424
- und Bundespräsident(enamt) 266, 276, 341–344, 370ff.
- und Bundesrat 29f.
- und Bundestag 299, 356–361, 401, 427f.
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion XXXIf., 186, 285, 423
- und Koalitionsbildung XXXII, XLV, 28, 107ff., 161f., 215
- und Koalitionsverhandlungen XXXII, 108f., 161, 276, 311, 387f., 402
- und Regierungsbildung 161f., 372f., 382ff.

Brese, Wilhelm, Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. MdB 416

Brüning, Heinrich, Reichskanzler (1930–1932) (Zentrum) 81, 340, 347, 361

Brunner, Heinrich, Ministerialdirigent im bayerischen Verkehrsministerium 17, 31

Bucerius, Gerd, Mitherausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit", ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 268, 323, 442
- und Bundespräsident(enamt) 263
- und Bundestag 299f., 306, 359, 404f., 428
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 184, 186
- und Koalitionsbildung 156ff.
- und Regierungsbildung XXXI, 158, 393, 399, 401

Bundesämter s. Bundesregierung

Bundeshauptstadtfrage XXII, XXIX, 5, 41, 63ff., 131, 203, 208, 215, 233–237, 239, 278, 282, 423f.

Bundeskanzler(amt) 53, 90, 127, 158, 166, 203
- Kandidatur Adenauer IXff., XV, XX, XXXVIII, XLf., XLVf., 8, 30, 32, 40f., 55ff., 59, 101f., 151, 182, 188f., 191, 209, 243, 262, 279, 314, 364
- Kandidatur Arnold XXVIf., 32
- Kandidatur Ehard 30, 32
- Kandidatur Holzapfel XXXI
- Kandidatur Carlo Schmid 265
- Stellung im Regierungssystem XLVIII, 35, 40f., 51, 60, 97, 188, 190, 243, 291f., 295, 363f., 372, 378, 380ff.
- Stellvertreteramt XXXV, XLVIII, 31, 71, 158, 220, 238f., 248, 319ff., 383f., 414
- Wahlakt IX, XLIXf., 310f., 367f., 370, 402, 407, 411f., 415, 418, 421f., 424, 439

Bundesminister(ium) für Angelegenheiten des Bundesrates 409, 430, 443
- Ministerkandidatur Hellwege XXXVI, XLVIII, 219, 239, 322, 380, 454

Bundesminister(ium) für Arbeit XL, 17, 390, 421, 430, 441
- Besetzung mit CDU-Politiker 158, 196, 265, 391
- Ministerkandidatur Blank 31, 77, 218, 451
- Ministerkandidatur Gengler 218
- Ministerkandidatur Sauerborn 69, 77
- Ministerkandidatur Schäfer 218
- Ministerkandidatur Seebohm 77
- Ministerkandidatur Storch XI, XLII, XLVII, LIf., 31, 69, 77, 209, 218, 438, 451f., 454f.
- Staatssekretärsposten LII, 452f., 455
- Zuständigkeitsfrage 390, 414, 438, 444

Bundesminister(ium) für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 430
- Besetzung mit CDU/CSU-Politiker 196, 265, 443
- Besetzung mit CSU-Politiker XL, 438f.
- Besetzung mit DP-Politiker 239, 380
- Besetzung mit FDP-Politiker 168, 414
- Ministerkandidatur Block 218, 239
- Ministerkandidatur Lauenstein 452
- Ministerkandidatur Lübke 16, 31, 452
- Ministerkandidatur Karl Müller LXVII, LIf., 218, 452, 454
- Ministerkandidatur Niklas LII, 16, 31, 71, 439, 452, 454
- Ministerkandidatur Schlange-Schöningen 15f., 31, 71, 80, 452
- Ministerkandidatur Schröter XXIII
- Staatssekretärsposten LII, 16, 438f., 452, 455

Bundesminister(ium) der Finanzen 89, 158, 196, 265, 430, 441
- Besetzung mit CSU-Politiker XL, XLVIII, 205, 319, 438f.
- Besetzung mit FDP-Politiker XLVIII, L, 176, 220, 333, 373–376, 378, 380, 383f., 413f., 439, 451
- Besetzung mit SPD-Politiker 38, 56
- Ministerkandidatur Blücher XLVIII, 15, 22, 30, 71, 218, 220, 311f., 319, 383
- Ministerkandidatur Hartmann 31f.
- Ministerkandidatur Hilpert 23, 31f.
- Ministerkandidatur Höpker Aschoff XLVIII, 15, 22, 30, 218, 311, 319, 371, 377, 383
- Ministerkandidatur Ringelmann XLVIII, 30ff., 76f., 218, 439
- Ministerkandidatur Schäffer XXVI, XLVIII, LI, 218, 421, 439f., 443, 454
- Ministerkandidatur Seebohm 387, 414
- Ministerkandidatur Wellhausen 31
- Staatssekretärsposten 76f.

Bundesminister(ium) für gesamtdeutsche Fragen LI, 430f.
- Ministerkandidatur Kaiser 443, 454

s.a. Bundesminister(ium) für Ostgebiete und Flüchtlingsfragen

Bundesminister(ium) des Innern XL, L, 38, 89, 430, 436f., 441
- Besetzung mit CDU/CSU-Politiker 158, 196, 248, 265, 385, 387, 443
- Besetzung mit SPD-Politiker 38
- Ministerkandidatur Heinemann XLIX, LI, 378, 393–396, 398f., 414, 416, 419ff., 438f., 445–450, 452f., 455
- Ministerkandidatur Lehr LI, 15, 31, 71, 378, 394f., 398f., 438f., 446–452
- Ministerkandidatur Weitz XLVII, 15, 219, 374, 395–399, 415f., 439, 444f.
- Staatssekretärsposten LII, 31, 438ff.

Bundesminister(ium) der Justiz 430
- Besetzung mit FDP-Politiker 219, 380, 384
- Ministerkandidatur Dehler XLVIII, 8, 320, 443, 454
- Staatssekretärsposten XLVIII, LII, 320, 443

Bundesminister(ium) für den Marshallplan 321, 386, 430
- Besetzung mit FDP-Politiker 380, 443
- Ministerkandidatur Blücher XXXV, XLVIII, 320f., 383f., 414, 453

Bundesminister(ium) für Ostgebiete und Flüchtlingsfragen XLVII, 43, 63, 65, 133, 204, 265, 430, 432f.,
- Ministerkandidatur Kaiser XXI, XL, XLVII, 31, 204, 209

s.a. Bundesminister(ium) für gesamtdeutsche Fragen und Bundesminister(ium) für Vertriebene

Bundesminister(ium) für das Post- und Fernmeldewesen 430, 438f.
- Ministerkandidatur Schuberth XLVIIf., 16, 23, 443, 454

Bundesminister(ium) für Soziales L, 386, 414
- Ministerkandidatur Junglas 388
- Ministerkandidatur Schäfer 386

s.a. Bundesminister(ium) für Arbeit

Bundesminister(ium) für Verkehr 430, 443
- Ministerkandidatur Frohne 16f., 23
- Ministerkandidatur Seebohm XLVIII, 77, 219, 239, 322, 454
- Ministerkandidatur Wellhausen, 31, 71

– Staatssekretärsposten 17, 31

Bundesminister(ium) für Vertriebene XI, XXXIII, 43, 70f., 76, 218, 389f., 430f., 435ff.
– Besetzung mit CDU-Politiker XLI, 44, 167f.
– Besetzung mit FDP-Politiker 43f., 167, 444
– Ministerkandidatur Kaiser 219
– Ministerkandidatur Kather XXXIII
– Ministerkandidatur Lukaschek LI, 70, 444, 454
s.a. Bundesminister(ium) für Ostgebiete und Flüchtlingsfragen

Bundesminister(ium) für Wiederaufbau s. Bundesminister(ium) für Wohnungsbau

Bundesminister(ium) für Wirtschaft 218, 430
– Besetzung mit CDU/CSU-Politiker 158, 196, 265
– Besetzung mit SPD-Politiker 4, 55f., 91f., 110, 123, 135, 143
– Ministerkandidatur Erhard XXII, XLf., XLVII, 15, 30, 32, 55–58, 66, 91f., 110, 203, 414, 421, 443, 454

Bundesminister(ium) für Wohnungsbau 218, 390, 430, 436
– Besetzung mit FDP-Politiker 320f., 380, 443
– Ministerkandidatur Blücher 31, 71, 219
– Ministerkandidatur Wildermuth LXVIII, LI, 219, 421f., 440f., 444, 451, 454

Bundesministerium für zwischenstaatliche Beziehungen 31, 60f.

Bundespräsident(enamt) XIV, 48, 53, 59, 90, 97, 132, 166, 194, 203, 207, 238
– Amtshandlungen XI, L, 421f., 456
– Besetzung mit SPD-Politiker XXI, 41, 57, 66ff., 74, 84, 128ff., 166, 189, 228, 251–254, 279f., 316, 332f., 335f., 339
– Kandidatenauswahl mit SPD XXX, 102, 159f., 189f., 219, 254f., 264, 280f., 311, 315f., 326f., 334–340
– Kandidatur Adenauer XX, 8, 40, 188, 194, 260, 265, 325, 351
– Kandidatur Amelunxen 354
– Kandidatur Arnold 337f., 340, 354
– Kandidatur Böckler 191, 252
– Kandidatur Dibelius 249f., 316, 322, 339, 344, 346, 353
– Kandidatur Hermes 160
– Kandidatur Heuss XI, XXIX, XXXI, XXXIV, XXXVIII, XL, XLVf., XLVIIIf., 8, 30, 32, 41, 46f., 97, 102, 118, 127ff., 151, 160, 189–201, 237f., 242f., 245–250, 253, 255–267, 276, 281, 287, 296, 311, 315–318, 322–337, 339, 341–348, 351–354
– Kandidatur Kaisen 128ff., 337
– Kandidatur Laue 8
– Kandidatur Lilje 250, 344, 346
– Kandidatur Löbe 129
– Kandidatur Loritz 354
– Kandidatur Thomas Mann 327
– Kandidatur Meinecke 198
– Kandidatur Josef Müller 317, 354
– Kandidatur Nadolny 160
– Kandidatur Reuter 67, 129
– Kandidatur Schlange-Schöningen XXII, XXXIV, 257, 260, 281, 322, 326, 331f., 337f., 340f., 345–351, 354
– Kandidatur Louise Schroeder 15, 191
– Kandidatur Schumacher XXXVIII, XLIX, 354
– Kandidatur Stohr 201
– Kandidatur Alfred Weber 198
– Kandidatur Wirth 317
– und Koalitionsverhandlungen XXVIII, XXX, XLI, XLVI, 66ff., 74, 101f., 129, 198, 219f., 223, 237, 242, 244–247, 251, 256–260, 263–267, 276f., 279, 284ff., 296, 318, 322f., 327f., 330, 332ff., 336f., 340, 378
– überparteiliche Kandidatur XXXVIII, 57, 251, 256, 267, 327, 335, 342f.
– verfassungsrechtliche Befugnisse 187f., 190, 255, 260f., 342, 363f., 370–374, 377f., 380ff.
– Wahlakt und anschließende Kundgebung 354, 369f., 380, 415
s.a. Bundesversammlung

Bundesrat 24, 29, 69, 276, 280, 291
– Konstituierung 221, 240, 271f.
– Präsidentenfrage XVIIIf., XXV, XXVIIf., XLf., XLVIIff., 24, 26, 29–32, 41, 67f., 74, 194, 196f., 222f., 237, 240–247, 255ff., 260ff., 264, 268, 271, 279–285, 287–291, 293–296, 298, 312f., 315, 324, 330, 332, 335, 340
– Stimmenverhältnis 100, 263, 280, 290f.

Bundesregierung
– anteilmäßige Vertretung der CDU/CSU 151, 158, 194, 196, 265
– anteilmäßige Vertretung der DP XXXI, 70, 151, 265, 322, 393, 416, 443
– anteilmäßige Vertretung der FDP XXXI, 71, 151, 176, 245, 264f., 319ff., 383f., 386, 393, 421, 443
– Auswahl der Minister allgemein IX, XL, XLVIIf., 15ff., 158, 162, 166, 203, 208f., 244, 257f., 286f., 292, 295, 319–322, 382f., 440, 442, 453f.,
– Beteiligung des Arbeitnehmerflügels der CDU XXXII, 227, 231, 391, 432f.
– Beteiligung bayerischer (CSU-)Politiker XXVI, XL, XLIV, XLVII, 16, 30f., 88f., 355, 438f.
– Beteiligung evangelischer CDU-Politiker XLIX, 216f., 230, 232, 248, 261, 321, 392–399, 445–450
– Beteiligung der französischen Zone XLVI, XLIX, 211ff., 355
– Einflußnahme des Bundespräsidenten auf die Bildung L, 363f., 370, 372, 374, 376–379, 441, 454
– Errichtung von Bundesämtern L, 430f., 433ff., 437, 443
– Ministerstellung 295, 363, 382
– Programm (Regierungserklärung) 70, 77f., 89, 109, 127, 159, 217, 365, 367, 369, 403, 408ff., 412f., 438, 442, 456

– Staatssekretäre, -sekretariate L, 294, 433–437, 443
– Zahl der Ministerien Lf., 59f., 389ff., 430–437, 442ff.
s.a. Bundesministerien und Koalitionsverhandlungen

Bundestag s. Deutscher Bundestag

Bundestagswahl vom 14.8.1949
– Reaktionen im Ausland 10, 19, 27, 78
– Wahlergebnisse IX, XXII, XXIV, XXVIII, XXXVII, 6, 9ff., 13f., 18–21, 24f., 30, 33, 35f., 38f., 43, 48f., 51f., 72f., 83, 85, 94, 99f., 103, 106f., 113, 115, 130, 144, 155, 167, 197, 279, 296, 301
– Wahlkampf XL, 4f., 7, 12, 22, 26, 33ff., 37, 45, 47, 49–52, 58, 61, 72, 84, 91, 94f., 99, 119, 135, 142ff., 158, 164, 166, 169, 192, 195, 200, 204, 215, 229, 249, 272, 274, 279ff., 296ff., 301f.

Bundesversammlung 67f., 237f., 261, 267, 277, 286, 317, 324, 354
s.a. Bundespräsident(enamt)

Bunzel, Eugen, Geschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern 69

Burger, Reinhold, Präsident der Reichsbahndirektion Regensburg 23

Busch, Fritz, Generaldirektor der Reichsbahn in der amerikanischen und britischen Zone 23

Chapeaurouge, Paul de, Mitglied des Vorstandes der CDU Hamburg, Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion 64, 89

Christlich Demokratische Union (CDU)
– und Bundestagswahl IX, XXII, XXVIII, 9f., 14, 41, 91, 100, 106, 164
– und CSU XLI, 5, 9, 39, 52f.
– und DP 100, 146
– und FDP 47, 81, 109, 150f.
– und Koalitionsbildung XXIf., XXV, XXXII, XXXIX, XLI, XLIVf., 11, 20f., 41
– Landesverband Berlin 119ff., 124
– Landesverband Hamburg 156f.
– Landesverband Hessen XVII, XXII, XXIX, XXXII, XLVI, 110, 115f., 214ff.
– Landesverband Nord-Württemberg 106f.
– Landtagsfraktion NRW XVIIf., 53, 152f.
– und SPD 21, 36, 38, 56, 58f., 81, 98, 108f.
s.a. CDU/CSU, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesregierung und Koalitionsbildung

Christlich Soziale Union (CSU) XVIII, 19
– und BP 29, 34, 39, 84, 145, 242, 261, 271, 288, 296f., 304, 379, 415, 428
– und Bundespräsident(enamt) XLIX, 41, 296, 331, 340
– und Bundestagswahl XXIV, 9, 13f., 20, 106, 115, 296f.
– und CDU XLI, 5, 9, 39, 52f.
– und Koalitionsbildung XXIVf., XL, XLIX, 20, 26, 39, 41, 84, 96, 124, 145, 162, 215
– und Regierungsbildung XL, XLIV, XLVIIf., 16f., 23, 30ff., 34, 205, 218, 387, 438f., 453
s.a. CDU/CSU, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesregierung und Koalitonsbildung

CDU/CSU
– Arbeitsgemeinschaft XXXIX, 15, 53
– Bebenhausener Treffen am 29.8.1949 27, 174–177
– Ellwanger Freundeskreis (Treffen am 19./20.8.1949) XVIIf., XXVIII, XXXII, XXXVIIIff., 6, 13f., 24–30, 293
– Rhöndorfer Konferenz IXff., XIII, XVII, XXIII, XXVIIIff., XXXI, XXXIII, XXXVIII–XLI, XLV, 6, 28, 32–43, 53–57, 66ff., 74, 82ff., 92–96, 101f., 105f., 111, 116, 119, 134f., 163, 176, 293
– Sitzung führender Politiker am 31.8.1949 XIV, XXIII, XXVIIf., XXXII, XLV, 89–130

CDU/CSU-Bundestagsfraktion XIII–XVI, XVIII, XXVII, 211
– und Adenauer XLVf., XLVIII, 170ff., 191, 350, 373, 382f.
– und Bundeshauptstadtfrage 208, 233–237
– und Bundespräsident(enamt) XXXIV, XLVI, XLVIIIf., 151, 159f., 187–201, 207, 242–267, 321–353, 362f., 370ff., 376–382
– und Bundesratspräsident(enamt) 241–247, 271, 287–290, 293ff.
– und Bundestag 269–275, 285f., 298–309, 356–362, 385, 401f., 416f., 424–430
– und Bundestagspräsident(enamt) XLVI, 141, 223–233, 236
– und FDP 192f., 195ff., 199f.
– Fraktionsgemeinschaft XXV, XLVII, 27, 96, 119, 124, 132, 140f., 145, 162, 283, 287ff., 291, 332f.
– fraktionsinterne Organisation XIV, XXI, XXV, XXXIf., XLVf., 90, 171–186, 212ff., 237, 241, 285, 309f., 385, 402, 422ff., 442
– Hospitanten 410f.
– Indiskretionen 221, 442
– und Koalitionsbildung XXIX, XLV, 15, 42, 53, 67, 150, 152–170, 172f., 201f., 245, 379, 415
– und Koalitionsverhandlungen XXXII, XLVIII, L, 28, 166ff., 170ff., 242f., 267, 286, 330, 385–389, 412f., 430f., 442ff., 451
– protestantische Minderheit XXXIII, 163f., 246ff., 262, 348, 392f., 397ff., 414, 445
– und Regierungsbildung LIf., 32, 258, 293, 319–322, 372f., 375f., 379–384, 386–399, 413–416, 419, 430–438, 442–452
– und SPD 164, 166, 168, 173, 202
– Vorstand 220f., 223ff., 228f., 234, 242f., 245f., 258, 262ff., 266, 285–288, 291f., 307, 310, 325, 330, 380, 391, 399, 412, 430
s.a. Koalitionsbildung

Churchill, Winston, britischer konservativer

Politiker. Oppositionsführer im Unterhaus 24, 78, 137

Cillien, Adolf. Mitglied des Vorstandes der CDU Hannover. Vorsitzender der Landtagsfraktion in Niedersachsen 33, 89

Clausen, Hermann, 2. Vorsitzender des SSW, ab 7.9. MdB 62, 415

Dahrendorf, Gustav, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD), Vizepräsident des Wirtschaftsrates (1947–1949) 138

Degener, Johannes, Mitglied des Vorstandes der CDU Bremen, Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion 89

Dehler, Thomas, Vorsitzender der FDP Bayern, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundesjustizminister 69, 218, 456
- und Bundeshauptstadtfrage 5
- und Bundespräsident(enamt) 311
- und Heuss 454
- und Koalitionsbildung XXXIX, XLII, 12, 46f., 49, 219
- Ministerkandidatur XLVIII, 8, 320, 382, 443, 454

Demontagen s. Wirtschafts(Finanz)lage

Deutsche Partei (DP) XII, XVI, XXV, XXX, 10, 193, 206
- und Bundeshauptstadtfrage 278
- und Bundespräsident(enamt) XLIX, 238, 317f., 331, 347
- und Bundestag 269f., 275, 356ff., 360, 400, 426, 430
- Bundestagsfraktion XV, L, 347, 455
- und Bundestagswahl 8, 20, 34f., 39, 99f., 106, 146, 158, 167
- und CDU 100, 146
- und FDP 8f., 219f.
- Gesamtdirektorium XV, 70
- und Koalitionsbildung IX, XXIIf., XXXIf., XXXVI, XLII, 11, 20, 34–37, 39, 70, 97, 100, 105, 146, 206, 408f.
- und Koalitionsverhandlungen 149, 242, 268, 286, 319, 407ff., 443
- und Regierungsbildung XII, XXXI, Lff., 70, 77, 188, 219, 238f., 244, 265, 319f., 322, 374ff., 380, 386, 393, 409, 414, 416, 430f., 443, 451, 453, 455

s.a. Koalitionsbildung u. Bundesregierung

Deutsche Rechts-Partei 8, 10, 66, 93, 109, 148, 166f., 219, 301f., 356, 380, 393

Deutsche Reichsbahn 16, 23

Deutscher Bundestag XIV, 108
- Ältestenrat 187, 222, 233, 269f., 278, 298ff., 305, 356f., 400, 403, 417, 425, 429
- Alterspräsident 85, 121, 132, 269
- Antragsrecht 127, 285, 361, 426–429
- Ausschußwesen 138, 299–304, 306ff., 356–360, 362, 385, 400, 425f., 429
- Berliner Abgeordnete 18f., 308
- Diätenregelung 187, 298f., 303–306
- Fraktionsstärke 40, 270, 275f., 356–360, 400, 402, 425, 428f.
- Geschäftsordnung, -sausschuß 65, 222, 270, 285f., 299, 356ff., 361, 385, 401f., 424–428
- Immunitätsangelegenheiten 400, 403–407, 416ff.
- Konstituierung 221f., 269–276, 285, 309
- Präsident XL, XLVI, 30, 48, 71, 119, 132, 141, 153f., 159, 194, 203, 208, 222–233, 236, 269f., 274f., 296, 338
- Schriftführer 275, 277
- Sitzordnung 5, 12, 220, 270, 276
- Vizepräsidenten 132, 203, 269f., 426, 429f.

s.a. Bundestagswahl vom 14.8.1949

Dibelius, Otto, Bischof der ev. Kirche Berlin–Brandenburg, Vorsitzender des Rates der EKD 249f., 316, 322, 344, 346, 353, 420, 446

Dichtel, Anton, 1. Vorsitzender der CDU Süd-Baden, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Baden XXVIII, 31, 33, 42, 92, 116

Dietz, Josef, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Beirates der CDU Hessen 216

Dobbernack, Wilhelm, Referent in der bizonalen Verwaltung für Arbeit 17

Dobbert, Alfred, 1. Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen (SPD) 279f.

Dörpinghaus, Bruno, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU XXXIX, 11, 89, 103ff., 111, 123, 140, 142f., 167, 177, 185

Dohr, Josef, 1. Vorsitzender der Demokratischen Partei (FDP) Rheinland-Pfalz 46

Dreher, Klaus Xff.

Dresbach, August, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 194f., 229, 346, 396, 398f.

Dürkheimer 16 Punkte s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Düsseldorfer Leitsätze s. Wirtschafts(Finanz)lage

Ebert, Friedrich, Reichspräsident (1919–1925) 41, 336

Eckert, Josef, Mitarbeiter im bayerischen Arbeitsministerium 17, 31

Eckstein, Heinrich, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 186

Edert, Eduard, Mitglied des Vorstandes des schleswig-holsteinischen Heimatbundes, ab 7.9. MdB (unabhängig) 410f.

Edinger, Lewis J. XIII

Ehard, Annelore 32

Ehard, Hans, bayerischer Ministerpräsident, Vorsitzender der CSU, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 19, 24, 33, 42, 89, 317, 331, 438
- und Adenauer XIII, XVII, XXIVf., XXVIII, XXXVIII, XL, XLIV, 6, 30ff., 88, 288ff., 294
- biographische Daten XXIIIf.
- und Bundeskanzler(amt) 30, 32
- und Bundespräsident(enamt) 284f.
- und Bundesrat 29, 284f.
- und Bundesratspräsident(enamt) XVIIIf., XXV, XL, XLVIff., 31f., 68, 194, 223, 237, 240, 242, 245, 247, 261, 264, 271, 279, 281–285, 287–290, 293f., 296, 312, 315, 324, 330, 332, 340
- und CDU 30, 288
- und Koalitionsbildung XXIVf., XL, XLIVf., 26f., 30, 32, 34, 89, 96, 284f.
- Presseerklärungen XVII, XLIV, XLVII, 88f., 284f.
- und Regierungsbildung XL, XLIV, 30f., 88f., 284f.

Ehard, Sieglinde XVII

Ehlers, Hermann, Oberkirchenrat, Mitglied des Verfassungsausschusses der EKD, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 391f., 394, 407, 419

Ehren, Hermann, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB 195

Eichler, Willi, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 84, 86, 130

Eick, Gerda, Sekretärin 19

Einaudi, Luigi, italienischer Staatspräsident 194

Ellwanger Freundeskreis s. CDU/CSU

Elmenau, Johannes v., Bevollmächtigter Bayerns für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet XVII, XL, 15ff., 22f., 30ff., 71f., 76f.

Elsen, Franz Michael, Generalsekretär des Wirtschaftsbeirates der Union e.V. (CSU) 14

Entnazifizierung 137, 408

Erhard, Ludwig, Direktor der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft, ab 7.9. MdB (CDU/CSU), ab 20.9 Bundeswirtschaftsminister 23, 32f., 41f., 89, 99, 105, 112, 116, 125, 136, 143, 151f., 165, 170, 291, 297f., 332, 433, 456
- und Adenauer XXIIf., 34
- biographische Daten XXII
- und Bundestagswahl 21, 113
- und Heuss 258f.
- und Koalitionsbildung X, XXIIf., 11, 27, 38, 55, 66, 113ff.
- und Koalitionsverhandlungen 387f., 402, 440, 444, 451
- Ministerkandidatur XXII, XLf., XLVII, 8, 15, 30, 32, 40, 55–58, 66, 91f., 106f., 110, 203, 414, 421, 443, 454
- und Regierungsbildung 258f., 321, 414

ERP-Programm s. Wirtschafts(Finanz)lage

Etzel, Franz, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Rheinland, ab 7.9. MdB XLI, 44f., 75, 90, 193, 269, 399, 401, 448

Etzel, Hermann, stellv. Vorsitzender der BP, ab 7.9. MdB 269, 297

Euler, August-Martin, Vorsitzender der FDP Hessen, Mitglied des Engeren Vorstandes der Bundespartei, ab 7.9. MdB 4, 43, 218ff., 278, 421, 456

Europäische Union – Europarat 252, 367

Ewers, Hans, stellv. Vorsitzender der DP Schleswig-Holstein, ab 7.9. MdB 269

Farke, Ernst-August, stellv. Vorsitzender des Direktoriums der DP, ab 7.9. MdB 301

Fay, Fritz, Stadtrat (SPD), Vertreter der Interessen Frankfurts/M. in der Hauptstadtfrage in Bonn 207

Fecht, Hermann, stellv. badischer Staatspräsident und Justizminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) 89

Feldmann, Aloys, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB 165f., 185, 336f., 351, 360, 399, 401

Fetzer, Max, Ministerialdirektor im württemberg-badischen Verkehrsministerium 239

Finck, Albert, Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages (CDU) 33, 40, 274, 309, 423

Fischer, Erika, persönliche Mitarbeiterin Franz Blüchers 3, 12, 139, 218

Fischer, Franz, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 13

Fitting, Karl, Referent in der bizonalen Verwaltung für Arbeit 17

Flick-Steger, Carl, Korrespondent von „Associated Press" in Bonn 204, 208, 210

Föcher, Matthias, stellv. Vorsitzender des DGB/britische Zone (CDU) 44

François-Poncet, André, französischer Militärgouverneur 85, 308

Frankfurt/M. s. Bundeshauptstadtfrage und Wirtschafts(Finanz)lage

Freie Demokratische Partei (FDP) XII, XVI, XXX, 157, 206, 394
- und Bundeshauptstadtfrage 5, 278
- und Bundespräsident(enamt) XLVI, XLVIIIf., 129, 190, 192f., 195f., 237, 243, 249, 256, 259, 263f., 311, 317, 331, 333, 343
- und Bundesratspräsident(enamt) XLVI, 223, 237, 242, 261, 311
- und Bundestag 5, 12, 220, 270, 356, 358, 417

– Bundestagsfraktion XV, LII, 3ff., 8f., 48, 139, 159, 242, 311, 421f., 454
– und Bundestagswahl 4f., 7f., 34, 38, 48f., 100, 106, 108f., 151f., 157f., 167, 197, 199
– und CDU/CSU 47, 81, 150f., 192f., 196f., 199f.
– und DP 8f., 219f.
– Geschäftsführender Vorstand XV, 218ff.
– und Koalitionsbildung IX, XXIIf., XXXIf., XXXIX, XLII, 8, 11, 20f., 34–37, 46f., 96f., 99, 108, 124, 132, 135, 145ff., 150f., 153, 163, 165, 190, 192, 194, 218ff., 243, 311
– und Koalitionsverhandlungen 149, 242, 263, 268, 286, 319ff., 385, 421, 443f.
– und Regierungsbildung XXXI, XLII, XLVIII, Lff., 8, 17, 30f., 43f., 71, 77, 158f., 168, 188, 218ff., 245, 264ff., 311, 319ff., 333, 373–376, 378, 380, 384, 386, 393, 412f., 421, 431, 439f., 443f., 451, 453f.
s.a. Koalitionsbildung und Bundesregierung

Fricke, Otto, niedersächsischer Wirtschafts- und Verkehrsminister, Mitglied des Vorstandes der CDU Braunschweig 89, 126

Friedensburg, Ferdinand, 2. Bürgermeister von Berlin (CDU) 89, 119ff., 307

Frings, Josef, Kardinal, Erzbischof von Köln, Vorsitzender der Fuldauer Bischofskonferenz 21

Frohne, Edmund, Direktor der bizonalen Verwaltung für Verkehr 17, 23

Frommknecht, Otto, bayerischer Verkehrsminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 23f.

Geiger, Hugo, Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 13

Gengler, Karl, Landtagspräsident in Württemberg-Hohenzollern, Mitglied des Vorstandes der CDU Süd-Württemberg, ab 7.9. MdB 90, 128
– und Bundespräsident(enamt) 267, 277
– und Bundestag 127, 285, 361f., 368, 405, 424–428
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 183, 186, 423
– und Koalitionsbildung 121f.
– und Koalitionsverhandlungen 243
– Ministerkandidatur 218
– und Schumacher 121f.

Gereke, Günther, stellv. niedersächsischer Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister, 1. Vorsitzender der CDU Hannover, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates XXXI, 33, 43, 89, 107, 161, 167
– und Adenauer XXX, 101
– biographische Daten XXIXf.
– und Bundeskanzler(amt) 101
– und Bundespräsident(enamt) 101ff., 118, 159f., 246f., 253, 263, 267, 323f., 353
– und Bundesratspräsident(enamt) 246f., 264, 294f., 324
– und Koalitionsbildung X, XXVIIIf., XXXIX, XLV, 27, 36, 83, 91f., 101, 159

Gerstenmaier, Eugen, Leiter des evangelischen Hilfswerkes in Stuttgart, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 14
– und Bundespräsident(enamt) 195f., 262f., 339, 346, 352f.
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 182–186
– und FDP 195ff., 199f., 262
– und Heuss 195, 262
– und Koalitionsbildung 201
– und Koalitionsverhandlungen 243, 387f., 402
– und Regierungsbildung XI, 389f., 393, 434–438, 449f.

Gewerkschaften XXXVIII, 21, 23, 37, 44f., 50, 79, 84, 103f., 125, 153, 155, 168f., 193, 215, 281, 444, 451

Giese, Friedrich, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt/M. 370, 378

Glaeser, Wolfgang, Mitglied des Erweiterten Vorstandes der FDP 9, 218, 220

Gockeln, Josef, Landtagspräsident in Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland, ab 7.9. MdB XXXIX, XLI, XLVI, 45, 91, 101, 143, 152, 224–233, 309

Gögler, August, württemberg-badischer Ministerialbeamter 239

Gögler, Hermann, Staatssekretär in der württemberg-badischen Staatskanzlei (CDU) 13

Goerdeler, Carl Friedrich, Oberbürgermeister von Leipzig (1930–1937), als führendes Mitglied der Widerstandsbewegung 1944 hingerichtet 117

Görlinger, Robert, Oberbürgermeister von Köln, Mitglied des Parteivorstandes der SPD XLIII, 85, 229

Greve, Otto, ab 7.9. MdB (SPD) 56

Grieser, Andreas, Staatssekretär im bayerischen Arbeitsministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 17, 31

Gronowski, Johannes, 1. Vorsitzender der CDU Westfalen 33, 54, 89, 92f., 140, 158

Grüssen, Hugo, Korrespondent verschiedener Zeitungen in Bonn 203, 209

Günther, Bernhard, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 300, 304

Hamburger, Adolf 72

Hange, Franz, Chefkorrespondent von „dpa" in Bonn 208

Harriman, William Averell, Sonderbeauftragter der US-Regierung für den Marshallplan 114

Hartmann, Alfred, Direktor der bizonalen Verwaltung für Finanzen 16, 22, 31f., 76f., 90, 124–127, 307

Hasemann, Walter, stellv. Vorsitzender der FDP Niedersachsen 46

Haußleiter, August, stellv. Vorsitzender der CSU 29

Heidenheimer, Arnold J. XI

Heine, Fritz, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Pressesprecher XXXIX, 33, 36, 56f., 59, 91, 95, 109ff., 117, 123, 130, 135, 280

Heinemann, Gustav, Oberbürgermeister von Essen, Präses der Generalsynode der EKD, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland, ab 20.9. Bundesinnenminister XII, XIX, 216f., 229
– Ministerkandidatur XLIX, LI, 378, 393–396, 398f., 401, 414, 416, 419ff., 438f., 445–450, 452f., 455

Heinen, Reinhold, Herausgeber der „Kölnischen Rundschau" 309

Heix, Martin, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland, ab 7.9 MdB 80f.

Hellwege, Heinrich, 1. Vorsitzender der DP, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundesratsminister XV, 19, 35, 100, 244
– und Adenauer XII, XVI, XXXVI, XLII, L, 34, 37, 93, 106, 162, 210, 238f., 296, 375, 407–410, 452, 455
– biographische Daten XXXVI
– und Blücher XXXVf., XLII, 46, 93
– und Bundeshauptstadtfrage 239
– und CDU 156
– und Koalitionsbildung XXXVI, XLII, 20, 39, 70, 407f.
– und Koalitionsverhandlungen XXXVI, XLII, 34, 70, 93, 162, 210, 238f., 296, 319, 407ff.
– Ministerkandidatur XXXVI, XLVIII, 219, 239, 322, 382, 416, 430, 454
– Presseerklärungen XVII, 70
– und Regierungsbildung XLVIIf., L, 238f., 380, 409, 445, 455

Henkels, Walter, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in Bonn 203, 208

Henßler, Fritz, Oberbürgermeister von Dortmund, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 59, 130, 132
– biographische Daten XXXVII
– und Bundespräsident(enamt) XXXVIII, 281
– und Bundestagswahl 20ff., 84
– und CDU XXXVII, XLIII, 21, 84
– und Koalitionsbeteiligung oder Oppositionsstellung XXXVII, XLIII, 20f., 33, 281
– und Schumacher XXXVII, 20ff., 84ff., 281

Hermans, Hubert, Ministerialrat in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei (CDU) 294

Hermes, Andreas, Vorsitzender und Präsident des Deutschen Bauernverbandes (CDU) 160

Heubl, Franz, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 24

Heurich, Fridolin, 1. Vorsitzender der CDU Nordbaden 33

Heuss, Theodor, 1. Vorsitzender der FDP, 7.9.–12.9. MdB, ab 12.9. Bundespräsident 7, 109, 218, 367, 445, 453
– und Adenauer XX, 287, 364, 376f., 379
– biographische Daten XXXIV
– und Blücher XVI, XXXVIII, 3–6, 12, 45, 128, 198, 364
– und Bundeshauptstadtfrage 5
– und Bundestag 5, 220, 222
– und Bundestagswahl 4f., 249
– und Bundespräsident(enamt) XI, XXIX, XXXI, XXXIV, XXXVIII, XL, XLVf., XLVIIIf., 8, 30, 32, 41, 46f., 97, 102, 118, 127ff., 151, 160, 189–201, 237f., 242f., 245–250, 255–267, 276, 281, 287, 296, 311, 315–318, 322–337, 339, 341–348, 351–354, 362f., 370–374, 378f., 415
– und Koalitionsbildung XXXIV, XXXVIIIf., 11, 20f., 38, 145, 219, 329
– Presseerklärungen XVII, XXXIV, 21
– und Regierungsbildung LII, 364, 376ff., 441, 454

Heuss-Knapp, Elly 4, 189, 199, 258f.

Hilbert, Anton, stellv. Vorsitzender der CDU Süd-Baden, ab 7.9. MdB 166f., 184, 186, 236, 387f.

Hilpert, Werner, stellv. hessischer Ministerpräsident und Finanzminister, 1. Vorsitzender der CDU Hessen, ab 7.9. MdB und Mitglied des Bundesrates XXII, XXXf., 24, 33, 90, 126, 167, 172, 312, 321, 433
– und Adenauer XXVIIIf., XLI, 26, 42, 74, 115f., 118, 124f., 337ff., 365, 374f.
– biographische Daten XXVIIIf.
– und Bundeshauptstadtfrage XXIX, 215, 234ff.
– und Bundespräsident(enamt) XXIX, 118, 196, 243f., 263, 337f., 341
– und Bundesrat 22, 26, 29, 196
– und Bundesratspräsident(enamt) 26, 29f., 41, 118, 196, 222f., 242f., 271, 289, 293f.
– und Bundestag 300–303, 307f.
– und Bundestagspräsident(enamt) 230, 233
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 177, 183
– und Koalitionsbildung XXVIIIf., XXXII, XXXIX, XLV, 22f., 25f., 28, 34f., 39, 42, 83, 91f., 101, 116ff., 125, 215f., 244
– und Koalitionsverhandlungen 28, 41, 168, 387f., 402
– und Regierungsbildung 293f., 434

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, Reichspräsident (1925–1934) 199, 316, 348

Hitler, Adolf XX, 449

Höfler, Heinrich, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 14, 201, 272f., 424, 442

Höhnle, Albert, Landessekretär der CDU Nord-Württemberg 90

Höpker Aschoff, Hermann, Mitglied des Erweiterten Vorstandes der FDP, ab 7.9. MdB XVI, 7, 9, 163
- und Bundespräsident(enamt) XXXVIII, 8
- und Koalitionsbildung XXXVIII, 8
- Ministerkandidatur XLVIII, 15, 22, 30, 218, 311, 319, 371, 377, 383
- und Regierungsbildung XXXVIII, 8, 454

Hof, württemberg-badischer Ministerialbeamter 239

Hoffmann, Paul, Administrator für wirtschaftliche Zusammenarbeit 117

Hoffmann, Karl, Mitglied der DVP Württemberg-Baden 46

Hofmann, Josef, Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung", Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland 53

Hofmeister, Werner, niedersächsischer Justizminister, Vorstandsmitglied der CDU Braunschweig 24, 27, 90

Hohl, Heinrich, stellv. Landrat, ab 3.11.1949 MdB (CDU/CSU) 216

Holzapfel, Friedrich, 2. Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, ab 1.9. stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 33, 90, 168, 222
- und Adenauer XXII, XXXf., 151f., 158, 190–194, 265, 376f.
- biographische Daten XXX
- und Bundeskanzler(amt) XXXI, 151, 166, 189f., 265
- und Bundespräsident(enamt) XXXI, 128, 151, 166, 189, 192f., 195f., 200, 264–267, 346, 376f.
- und Bundesratspräsident(enamt) 264
- und Bundestag 400, 402–406
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion XXV, XXXI, 176, 179–185, 253, 285, 423
- und FDP 150ff., 157, 192f., 195
- und Koalitionsbildung XXXI, 150f., 161
- und Koalitionsverhandlungen 387f., 402
- und Regierungsbildung XXXI, 265, 376

Hoogen, Matthias, Bürgermeister von Kempen/Niederrhein, ab 7. 9. MdB (CDU/CSU) 293, 301

Horlacher, Michael, Landtagspräsident in Bayern, stellv. Vorsitzender der CSU, ab 7. 9. MdB 32f., 90, 117
- und Bundespräsident(enamt) 41, 261f.
- und Bundesratspräsident(enamt) 262
- und Bundestag 71, 274f., 285, 357, 359
- und Koalitionsbildung 154f., 415
- und Regierungsbildung 412f., 452

Horn, Peter, Bundestagskandidat der CDU in Hessen 216

Huber, Anton, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Nord-Württemberg 24

Hütter, Margarete, ab 15. 9. MdB (FDP) 367

Hüwel, Detlef XII

Hugenberg, Alfred, Vorsitzender der DNVP (1928–1933) 5

Hundhammer, Alois, bayerischer Kultusminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 24, 26, 29

Huth, Eugen, an 7. 9. MdB (CDU/CSU) 228

Industrie(verbände) XLIV, 36, 45, 48f., 136–139

Jacobi, Werner, Staatskommissar in Nordrhein-Westfalen, ab 7.9. MdB (SPD) 280

Jaeger, Richard, Oberbürgermeister von Eichstätt, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 296f., 339f.

Juncker, Albert, Präsident der Handelskammer Siegen, ab 7.9. MdB (FDP) 7

Junges, Rudolf, Leiter des Büros des Christlich Demokratischen Pressedienstes 119, 128, 130–134, 241

Junglas, Johann, rheinland-pfälzischer Gesundheits- und Wohlfahrtsminister, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 90, 183, 185, 213, 388

Kahn, Karl, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 406

Kaisen, Wilhelm, Bremer Bürgermeister und Senatspräsident, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates XLIII, 40, 84, 128ff., 337

Kaiser, Jakob, Vorsitzender der Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse der CDU, 1.9.–20.9. stellv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, ab 20.9. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen XII, XXII, 33, 42, 90, 112, 153, 226, 272
- und Adenauer XXI, XXVII, 63, 191, 365, 370, 433
- biographische Daten XXI
- und Bundeshauptstadtfrage 236f., 278
- und Bundespräsident(enamt) XXI, 41, 66, 68, 74, 128, 228, 325f., 335, 352
- und Bundesratspräsident(enamt) 271, 289f., 294
- und Bundestag 222, 270, 274, 276, 308, 356–361, 385, 412, 417, 428ff.
- und Bundestagspräsident(enamt) 227f.
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion XXI, XXV, XXXI, 171, 174, 180–186, 191, 212ff., 227, 315, 322, 373, 376, 385, 422ff., 442
- und Heuss 189, 364

– und Koalitionsbildung XXI, XXXII, 40, 66, 128, 228
– und Koalitionsverhandlungen XXI, 268, 387f., 402
– Ministerkandidatur XXI, XXXI, XL, XLVII, 31, 204, 209, 219, 433, 443, 454
– und Regierungsbildung 432–435, 437f., 442, 447, 451
– und Schumacher 40, 129, 209f.

Kalinke, Margot, Mitglied des Direktoriums der DP, ab 7.9. MdB 242, 385, 431

Kather, Linus, Vorsitzender des Zonenverbandes der Vertriebenen in der britischen Zone, Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. MdB 90, 101
– und Adenauer XXXIII, 43f., 70f., 76
– biographische Daten XXXIII
– und Bundestagspräsident(enamt) 227f.
– und Bundestagswahl 43, 167
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 186, 228
– und Koalitionsbildung 167
– und Koalitionsverhandlungen 388
– Ministerkandidatur XXXIII
– und Regierungsbildung XI, XXXIII, XLI, 43f., 70f., 167f., 227, 264, 295, 389

Kerneck, Heinz, Parlamentsberichterstatter für „dpa" 207f.

Kerschensteiner, Anton, Präsident des Landesarbeitsgerichts München 17

Kaufmann, Edmund, württemberg-badischer Finanzminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) XVIII, 33, 39, 90, 126, 240, 312ff.

Kaufmann, Theophil, stellv. Vorsitzender der CDU Nordbaden 41, 424

Ketels, Max Detlef, Senator für Handel, Schifffahrt und Gewerbe in Hamburg (1945–1946), Vorsitzender der CDU Hamburg (1946–1948) 138

Kiesinger, Kurt-Georg, Geschäftsführer der CDU Süd-Württemberg, ab 7.9. MdB 14, 253ff.

Kleindinst, Ferdinand, Stadtrechtsrat, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 198, 264, 266, 333f., 382, 389, 405, 428, 436f., 448

Klotzbach, Kurt XIII

Knoeringen, Waldemar v., Vorsitzender der SPD Bayern, Mitglied des Parteivorstandes der SPD 85f., 130

Knorr, Heribert XIf.

Koalitionsbildung 30, 41
– und Auslandsstimmen 27, 35, 38, 50, 78, 85, 98, 114f., 220, 259, 366
– CDU/CSU-Alleinregierung 328, 334
– CDU-CSU-DP-BP-Zentrum XXV, 20
– CDU/CSU-FDP (Minderheitsregierung) XXXIV, XXXVIIIff., 8, 21f., 28, 30, 34ff., 39, 111, 123, 132, 135
– CDU/CSU-FDP-DP (kleine Koalition) IXf., XXII, XXIX, XXXIIff., XXXVf., XL, XLII, XLIVff., 35–40, 45ff., 66, 68ff., 93f., 96f., 99ff., 105–109, 115, 131, 136, 139, 145ff., 151, 156, 158f., 161f., 206, 215, 219, 227f., 243ff., 250f., 256, 328f., 379, 407f.
– CDU/CSU-FDP-DP-BP XLIX, 147f., 368f., 379
– CDU/CSU-FDP-DP-Zentrum 11
– CDU/CSU-SPD (große Koalition) IXf., XXI–XXIV, XXVI–XXIX, XXXIIf., XXXVII, XXXIX, XLII–XLV, 22f., 26ff., 33–36, 38ff., 44f., 50, 57, 63, 75, 79, 81, 83–86, 91f., 96–99, 101, 103f., 105–110, 112–125, 127, 135ff., 142f., 145f., 149, 155ff., 164, 166f., 215, 218f., 290, 328f.
– CDU/CSU-SPD-FDP XXXIX, 12, 27f., 46f., 49, 91, 190, 219
– CDU-SPD 99, 145
– CDU-SPD-Zentrum 99, 145f.
– auf Länderebene IX, XXII, XXVI, XXIX, XXXVIIf., 21, 29, 37, 40, 50, 75, 84, 86, 91, 97, 106, 110, 115, 120, 133f., 157, 268, 279, 358
– ohne SPD IX, XX, XXII–XXV, XXXI, XXXVIf., XXXIXff., XLIIIf., 4, 11, 14, 18, 20f., 26f., 30, 32–40, 44, 49f., 55f., 66, 73, 81, 84ff., 91, 95f., 110f., 114f., 120, 122f., 125, 128, 130–136, 139, 149ff., 153ff., 157, 159–162, 165–169, 202, 219, 223, 250, 259f., 278, 280f., 328, 385

Koalitionsverhandlungen
– inoffizielle Fühlungnahmen XXXV, XLII–XLV, 3, 6, 32, 34, 46ff., 56, 59, 77, 88, 93, 106, 136, 139, 147, 149, 162, 170ff., 198, 205, 218, 296
– offizielle Verhandlungen XXVf., XLVIIf., Lf., 28, 62, 89, 161f., 166ff., 170ff., 203, 210, 237ff., 242f., 268, 296, 314, 319ff., 374ff., 379f., 385–388, 391f., 407–410, 412ff., 421, 430f., 440–444, 454
s.a. Bundespräsident

Koch, Diether XII

Koch, Willi, Mitglied des Vorstandes der CDU Schleswig-Holstein 33

Kock, Peter Jakob XVIIIf.

Köhler, Erich, stellv. Vorsitzender der CDU Hessen, ab 7.9. Präsident des Bundestages 33, 40f., 90, 338, 350
– biographische Daten XXII
– und Bundestag 222, 272, 275, 305, 309, 356f., 362, 367ff., 385, 425, 429
– und Bundestagspräsident(enamt) XXII, XL, XLVI, 30, 224–233, 270–274, 278, 426
– und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 171f., 178, 277, 353
– und Koalitionsbildung XXII, XXIX, 35, 39, 127
– und Regierungsbildung 384, 433f.

Kogon, Eugen, Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte" 13

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 18, 36, 60f., 113, 128, 148, 157, 210, 225, 270, 275, 304, 307, 318, 331, 338, 356, 361f., 366, 368, 405, 427, 429

Kopf, Hinrich Wilhelm, niedersächsischer Ministerpräsident, ab 7.9. Vizepräsident des Bundesrates (SPD) XXX, 40, 246f., 282f., 290, 293f.

Koransky, Walther, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes von Württemberg-Baden 239

Kosthorst, Erich XII, XXI

Krahnstöver, Anni, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 130

Kraus, Hans, bayerischer Finanzminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 13

Krehle, Heinrich, bayerischer Arbeits- und Sozialminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 13

Kriedemann, Herbert, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 86, 301f.

Kriege, Walter, stellv. Direktor der bizonalen Verwaltung für Finanzen 22, 76

Krone, Heinrich, stellv. Vorsitzender der CDU Berlin, ab 7.9. MdB 19, 182, 237, 308

Krueger, Werner, Redakteur der „Westfalenpost" 241

Kühn, Adolf, Vorstandsmitglied der CDU Nordbaden 387

Kuhlemann, Christian, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Hannover, ab 7.9. MdB (DP) 242

Kunze, Johannes, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB 90
- und Bundespräsident(enamt) 127, 247f., 256, 258, 346f., 351f.
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 181–185, 236, 423
- und Koalitionsbildung 122f.
- und Koalitionsverhandlungen 387f., 402
- und Regierungsbildung 230, 232, 248, 447

Laforet, Wilhelm, Professor der Rechte an der Universität Würzburg, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 295, 303, 310, 357, 371, 380ff., 423f., 428, 434, 436

Lais, Eduard, badischer Wirtschafts- und Arbeitsminister (CDU) 50

Lambach, Walther, Mitglied des Reichstages (1920–1932) (DNVP) 47

Lang, Hugo, Geistlicher Rat, Honorarprofessor für Katholische Theologie an der Universität München 24

Lastenausgleich 11, 52, 78, 87, 124, 151, 157, 409

Laue, Max v., stellv. Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen 8

Lauenstein, Johann Dietrich, Verwaltungsrechtsrat in Hannover 452

Layton, Lord Walter, stellv. Vorsitzender der Europa-Union 367

Leddin, Bruno, ab 7.9. MdB (SPD) 130

Lehr, Robert, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Rheinland und des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. MdB LI, 15, 31, 71, 182, 184, 186, 377f., 394f., 398f., 432f., 436, 438f., 446–452

Lenz, Aloys, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 147f., 154ff., 159, 161, 168, 172, 190f., 195, 231f., 234, 252, 273, 345f., 353

Lescrinier, Bernhard, Sonderkorrespondent von „United Press" 203f., 207–210

Leuchtgens, Heinrich, ab 7.9. MdB (bis 11.9. FDP, dann DRP/NR) 34, 109

Lex, Hans Ritter v., Ministerialdirigent im bayerischen Kultusministerium (CSU) LII, 31, 438ff.

Lilje, Hanns, Bischof der ev.-luth. Landeskirche Hannover, stellv. Vorsitzender des Rates der EKD 250, 344, 346, 420

Löbe, Paul, Präsident des Reichstages (1920–1932), ab 7.9. MdB (SPD), Alterspräsident des Bundestages 19, 85, 118, 121, 129, 132, 221f., 226, 233, 269, 275, 357, 362, 426

Löns, Josef, bis 1948 Generalsekretär der CDU in der britischen Zone, Beigeordneter der Stadt Köln 33

Löwenthal, Richard, Deutschlandkorrespondent von „Reuters Nachrichtenagentur" und „Observer" 203, 205f.

Londoner Konferenz, - Empfehlungen 36, 58f.

Lorberg, Karl, hessischer Landwirtschaftsminister (CDU) 13, 90

Loritz, Alfred, Vorsitzender der WAV, ab 7.9. MdB 117, 269f., 354, 368, 400f., 403–407, 416ff., 428f.

Lubbers, Heinz, Leiter des „Deutschland Union Dienstes" 90, 241

Lübke, Heinrich, nordrhein-westfälischer Landwirtschaftsminister, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 16, 31, 244f., 263, 399, 401, 415f., 452

Lüdemann, Hermann, bis 29.8. schleswig-holsteinischer Ministerpräsident (SPD) 36, 58, 106

Lukaschek, Hans, Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe, ab 20.9. Bundesvertriebenenminister (CDU) LI, 70, 431, 444, 454

Luther, Hans, Reichskanzler (1925–1926) 334

Maier, Reinhold, württemberg-badischer Ministerpräsident, Mitglied des Vorstandes der DVP Württemberg-Baden, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates XLVII, 240f., 243, 246, 268, 293f.

Mann, Thomas, Schriftsteller 327

Marshallplan s. Wirtschafts(Finanz)lage: ERP-Programm

Martin, Georg, Auslandskorrespondent in Bonn 203, 205

Martini, Paul, Professor für Innere Medizin an der Universität Bonn 7

Marx, Wilhelm, Reichskanzler (1923–1925 und 1926–1928) (Zentrum) 341

Massoth, Willy, Vorstandsmitglied der CDU Hessen, ab 7.9. MdB 24, 200f.

Mayer, Ernst, Generalsekretär der FDP, Geschäftsführer der DVP Württemberg-Baden, ab 7.9. MdB 3, 9, 46, 218f.

Mayr, Karl Sigmund, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 64

McCloy, John, amerikanischer Militärgouverneur 35, 114f., 251, 285, 366

Meder-Eggebert, Joachim, Bundestagskandidat für die DRP 301f.

Mehs, Matthias Joseph, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 183, 185, 334ff.

Meinecke, Friedrich, Professor für Geschichte an der Universität Berlin 198

Menne, W. Alexander, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (CDU) XLIV, 136–139

Mensing, Fritz, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 229, 232, 301f.

Menzel, Walter, stellv. nordrhein-westfälischer Ministerpräsident und Innenminister, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 11, 97, 130, 146, 446

Merkatz, Hans Joachim v., juristischer Berater des Direktoriums der DP, ab 7.9. MdB 319, 326, 431, 434

Meyn, Hermann XII

Middelhauve, Friedrich, 1. Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Erweiterten Vorstandes der FDP, ab 7.9. MdB 46

Ministerpräsidentenbesprechungen
- Rittersturz (25./26.8.1949) XLII, 60, 72, 75, 128
- Unkel (6.9.1949) XVIIff., XLVII, 223, 240f., 246, 281–284, 289, 294, 312f.

Morsey, Rudolf XIIIf., XVII

Muckermann, Richard, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 305

Müchler, Günther XI

Mühlberger, württemberg-badischer Ministerialbeamter 239

Müller, Gebhard, württemberg-hohenzollernscher Staatspräsident, 1. Vorsitzender der CDU Süd-Württemberg, ab 7.9. Vizepräsident des Bundesrates XVI–XIX, 13f., 33, 42, 82, 214, 293
- und Adenauer 66f., 73, 284
- biographische Daten XXVII
- und Bundespräsident(enamt) XLI, 66ff.
- und Bundesrat 69
- und Bundesratspräsident(enamt) XXVIII, XLI, 67f., 241, 281–284
- und Koalitionsbildung XXVIIff., 27, 40, 66–69, 83, 92, 101
- und Regierungsbildung 211f.

Müller, Josef, stellv. bayerischer Ministerpräsident und Justizminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU XXV, 13, 19, 317, 340, 354

Müller, Karl, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Rheinland, Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. MdB XLVII, LIf., 218, 230f., 238, 309f., 396, 428f., 452, 454.

Nadolny, Rudolf, Botschafter a.D. 48, 65, 160

Naegel, Wilhelm, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 33

Nationaldemokratische Partei (NDP) 4, 34, 159, 206, 220

Nationalismus in der Bevölkerung 8ff., 18, 50, 61, 135, 148, 206, 302

Naumann, Friedrich, liberaler Politiker und Publizist im Deutschen Kaiserreich, 1919 Vorsitzender der DDP XXXIV, 195, 249

Nellen, Peter, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 229, 248ff., 305, 429

Neuburger, August, Verwalter der Südwestbank in Württemberg-Baden, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 406f., 428

Neumann, Franz, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 19, 130

Neumayer, Fritz, ab 7.9. MdB (FDP) 46

Nickl, Christof, Landrat, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 230, 302

Niggemeyer, Maria, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB 196

Niklas, Wilhelm, stellv. Direktor der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ab 20.9. Bundeslandwirtschaftsminister (CSU) LII, 16, 30ff., 71, 438f., 452, 454

Nölting, Erik, nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister (SPD) 130, 137

Nuschke, Otto, Vorsitzender der CDU in der Ostzone 204

Oellers, Fritz, 1. Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, Mitglied des Engeren Vorstandes der FDP, ab 7.9. MdB 46, 218ff., 242, 311f., 422, 440, 456

Ollenhauer, Erich, 1. stellv. Vorsitzender der SPD, ab 31.8. stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion 11, 18, 36, 55, 59, 80, 86, 95, 124, 130, 132, 149, 177, 281, 285, 308, 358

Onnen, Alfred, stellv. Vorsitzender der FDP Niedersachsen, ab 7.9. MdB 400, 403, 405ff., 416ff.

Ott, Franz, ab 7.9. MdB (unabhängig) 410f., 415

Papenhoff, Wilhelm, Leiter des Bonner Büros der „Neuen Zeitung" 205

Pfeiffer, Anton, Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates XVI, XVIII, XXIVf., 13f., 24f., 27, 29–33, 68, 82, 84, 177, 187, 205, 221, 287, 289, 440

Pfeiffer, Peter, Mitglied der Jungen Union in Bayern 24

Pferdmenges, Robert, Bankier, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland X, 33f., 138, 157

Pfleiderer, Karl Georg, Landrat, ab 7.9. MdB (FDP) 218

Planwirtschaft s. Wirtschafts(Finanz)lage

Podeyn, Hans, Generalreferent für Ernährungsfragen in der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 16, 80, 340

Preller, Ludwig, schleswig-holsteinischer Wirtschafts- und Verkehrsminister, ab 29.8. außerdem Arbeitsminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (SPD) 280

Pünder, Hermann, Oberdirektor des bizonalen Verwaltungsrates, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) X, 33, 42, 54, 69, 90, 124
- und Bundespräsident(enamt) 59, 243
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 173f.
- und Koalitionsbildung XXXIII, XXXIX, 11, 35
- und Koalitionsverhandlungen 388, 402
- und Regierungsbildung XXXIV, 8, 31, 71, 321

Rademacher, Willy Max, 1. Vorsitzender der FDP Hamburg, Mitglied des Erweiterten Vorstandes der FDP, ab 7.9. MdB 46, 218, 220

Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF) 7

Raederscheidt, Erich, Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der FDP in Bonn 3

Raestrup, Bernhard, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 200

Rattenhuber, Ernst, Staatsrat a.D., stellv. Vorsitzender der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Mitglied des Vorstandes der Vereinigung der Arbeitgeberverbände (CSU) 14

Rechenberg, Hans Albrecht v., 2. Vorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, ab 7.9. MdB 8, 46, 422, 432

Rechtsradikalismus s. Nationalismus

Regierungsbildung s. Bundesregierung und Bundesministerien

Reif, Hans, stellv. Vorsitzender der FDP Berlin, ab 7.9. MdB 19

Renner, Heinz, Vorsitzender der KPD-Bundestagsfraktion 269f., 427

Rest, Friedrich, Bundestagskandidat der CDU im Wahlkreis Korbach 216

Reusch, Ulrich XIX

Reuter, Ernst, Oberbürgermeister von Berlin, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (SPD) 67f., 129, 221, 307, 344

Rex, Emil, 1. Vorsitzender der CDU Bremen 90

Rhöndorfer Konferenz s. CDU/CSU

Richter, Willi, Vorsitzender des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen, Mitglied des (bizonalen) Gewerkschaftsrates, ab 7.9. MdB (SPD) 130

Ringelmann, Hans, Staatsrat im bayerischen Finanzministerium (CSU) XLVIII, 30ff., 76f., 218, 439

Robertson, Brian, britischer Militärgouverneur XIX, 35, 95, 285, 366

Roth, Ernst, Landrat, ab 7.9. MdB (SPD) 281

Royer, Auslandskorrespondent in Bonn 206

Rümmele, Oskar, Bürgermeister von Hinterzarten, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 226, 387

Rüp, Otto Ernst, freier Journalist in Bonn 209ff.

Ruhrstatut 36, 58f., 61, 87, 133, 312

Saargebiet 87, 252, 279

Sabel, Anton, Leiter des Arbeitsamtes Fulda, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 215, 227f., 350f.

Sattler, Dieter, Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 24

Sauer, Albert, württemberg-hohenzollernscher Kultusminister, stellv. Vorsitzender der CDU Süd-Württemberg, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 90

Sauerborn, Maximilian, Präsident des bayerischen Landesversicherungsamtes (CSU) LII, 17, 31, 69, 77, 452f., 455

Schäfer, Hermann, stellv. Vorsitzender der FDP Hamburg, Mitglied des Engeren Vorstandes der FDP, ab 7.9. Vizepräsident des Bundestages 64, 109, 218, 220, 242, 269, 386, 426

Schäffer, Fritz, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, 1.9–20.9. stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 20.9. Bundesfinanzminister XVI
- und Adenauer XXVf., 418
- biographische Daten XXV
- und BP 304, 317f., 380
- und Bundespräsident(enamt) 245f., 315–319, 322–325, 351, 353
- und Bundesratspräsident(enamt) 245
- und Bundestag 222, 269, 298ff., 303f., 307f., 416f., 428f.
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion XXV, XXXI, XLVII, 140f., 171, 174, 181–184, 253, 287f., 423
- und Koalitionsbildung XXV, 19f., 162, 322f., 368
- und Koalitionsverhandlungen XXVf., 124, 162, 245, 314, 318–322, 375, 379f., 383, 386ff., 402, 412, 422, 430f., 442ff.
- Ministerkandidatur XXVI, XXXI, XLVIII, LI, 218, 421, 439f., 443, 454
- und Regierungsbildung 246, 250, 380, 414, 434, 438ff., 442ff., 448f., 452

Scharnberg, Hugo, 1. Vorsitzender der CDU Hamburg, ab 7.9. MdB XXIII, 33, 38, 90, 99f., 171f., 277, 349, 423

Scheuble, Julius, stellv. Direktor der bizonalen Verwaltung für Arbeit (CDU) 17, 453

Schiller, Friedrich, stellv. Direktor der bizonalen Verwaltung für Verkehr 17

Schlange-Schöningen, Hans, Direktor der bizonalen Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 5, 90, 216
- und Adenauer XLIV, 79f., 134, 331f., 349
- und Bundespräsident(enamt) XXII, XXXIV, XLIX, 257, 260, 281, 322, 326, 331f., 337f., 340f., 345–351, 354
- und Koalitionsbildung XXII, XXXIII, XLIV, 79
- Ministerkandidatur 8, 15f., 31, 49, 71, 80, 452

Schleicher, Kurt v., General, Reichskanzler (1932/33) XXX

Schlieffen, Alfred Graf v., preußischer Generalfeldmarschall (1911–1913) 5

Schlögl, Alois, bayerischer Landwirtschaftsminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 13

Schmid, Carlo, stellv. württemberg-hohenzollernscher Staatspräsident und Justizminister, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 31.8. stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ab 7.9. Vizepräsident des Bundestages XI, XXXIV, 310
- und Bundeshauptstadtfrage 5
- und Bundeskanzler(amt) 265
- und Bundespräsident(enamt) 280, 311, 315, 326f., 335, 341, 344, 380f.
- und Bundesratspräsident(enamt) 280
- und Bundestag 132, 222, 232, 269f., 272f., 278, 356, 359, 426, 429
- und Koalitionsbeteiligung oder Oppositionsrolle 85f.
- und Schumacher 40, 95
- und SPD-Bundestagsfraktion 124, 130, 149, 177

Schmitt, Hermann Joseph, Präses der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands XLIV, 80ff., 134

Schmitz, Hans, Präsident der Industrie- und Handelskammer Bonn, Mitglied des Vorstandes der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 309

Schoettle, Erwin, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, ab 7.9. MdB 85f., 130, 270, 280, 358f.

Schreiber, Walther, Vorsitzender der CDU Berlin 33, 90, 120, 124

Schröder, Gerhard, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 166, 168, 255ff., 259, 393

Schroeder, Louise, 1. Bürgermeister von Berlin, Mitglied des Parteivorstandes der SPD XXXIX, 15, 19, 84f., 191

Schröter, Carl, 1. Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein, ab 7.9. MdB XXIII, 33, 35, 39, 90, 105f., 186, 268, 300, 303, 350, 360, 388, 411

Schuberth, Hans, Direktor der bizonalen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen, ab 20.9. Bundespostminister (CSU) XLVIIf., 16, 23f., 26, 90, 443, 454

Schütz, Hans, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. MdB 411

Schuler, Fritz, 1. Beigeordneter in Calw, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 450

Schumacher, Kurt, 1. Vorsitzender der SPD,

ab 31.8. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion XIIf., 36, 61, 121, 252, 367
– und Adenauer XXXVIf., 4, 36, 58f., 95, 129, 132f., 148, 315f., 318, 323f., 326f., 374
– biographische Daten XXXVIf.
– und Bundeshauptstadtfrage 131, 208, 233
– und Bundespräsident(enamt) XXI, XXXVIII, XLIX, 84, 127, 132, 279, 315f., 324, 335, 338f., 344, 354, 364
– und Bundesratspräsident(enamt) XLVII, 279
– und Bundestag 132, 203, 269
– und Bundestagswahl 4, 58, 72f., 83, 94f., 130, 144, 207, 229
– und CDU/CSU 9, 36, 58, 95, 122, 132, 135, 141, 148, 164, 203, 205, 278f., 291, 336
– und Heuss 324, 329
– innerparteiliche Opposition XXXVIIff., XLIII, 40, 68, 84ff., 95, 112, 122f., 135, 148f., 279ff.
– und Kaiser 40, 129, 209f.
– und Koalitionsbeteiligung oder Oppositionsrolle XXVII, XXXVIf., XLIII, 33, 35, 37, 79, 83-86, 91, 119, 125, 130–133, 149, 162, 173, 202ff., 215, 278f., 281, 314
– Presseerklärungen und -konferenzen XVII, XLIV, XLVI, 91, 99, 119, 127, 130-134, 141, 144, 168, 173, 202f., 219, 233
– und Regierungsbildung 4, 84, 133, 204, 279
– und SPD-Bundestagsfraktion 86, 118, 124, 128, 130f., 149, 177
s.a. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Schuman, Robert, französischer Außenminister 85, 212

Schwalber, Josef, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 24

Schwarz, Hans-Peter XIII

Schwend, Karl, Ministerialrat in der bayerischen Staatskanzlei XVIII, 13, 24–30, 32

Schwennicke, Carl-Hubert, Mitglied des Engeren Vorstandes der FDP 218

Sedlmayr, Lorenz, Staatssekretär im bayerischen Verkehrsministerium, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 24

Seebohm, Hans-Christoph, stellv. Vorsitzender der DP, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundesverkehrsminister XLVIII, 9, 37, 77, 99, 219, 239, 244, 319, 322, 382, 386f., 414, 416, 430f., 454

Seelos, Gebhard, Staatsrat, ab 31.8. Vorsitzender der BP-Bundestagsfraktion 96, 188, 269, 429

Seidel, Hanns, bayerischer Wirtschaftsminister, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 13

Semjonow, Wladimir, Berater der sowjetischen Militäradministration in Berlin 204

Severing, Carl, preußischer Innenminister (1920–1926 und 1930–1932), Reichsinnenminister (1928–1930) (SPD) 117

Sewald, Günther, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 437

Simpfendörfer, Wilhelm, 1. Vorsitzender der CDU Nord-Württemberg XXVIII, XLV, 13, 33, 36, 90, 92, 106ff., 116, 121, 130

Six, Bruno, Mitglied des Engeren Vorstandes der CDU Rheinland 265

Solleder, Max, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 405

Sonnemann, Theodor, Geschäftsführer des niedersächsischen Landvolkes (DP) 455

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (**SPD**) XVI, 45, 206, 252, 395, 456
– und Adenauer 40, 58, 91, 95
– und Berlin 11, 85, 87, 307f.
– und Bundeshauptstadtfrage 5, 64, 131, 208, 233f., 236, 278
– und Bundespräsident(enamt) XXXVIII, 84, 118, 127f., 132, 189, 191f., 198f., 255, 263, 279ff., 311, 325ff., 331f., 335, 337ff., 346, 354
– und Bundesrat 279f., 290f.
– und Bundesratspräsident(enamt) 279f., 290, 294, 313
– und Bundestag 187, 304, 356–361, 366, 400, 403, 427, 429
– Bundestagsfraktion XV, XLIIIf., 5, 61, 86, 99, 118f., 122, 124, 130f., 148f., 165, 177, 204, 346f.
– und Bundestagspräsident(enamt) 119, 141, 225f., 233
– und Bundestagswahl IX, XVII, XXXVII, 10f., 22, 49f., 83ff., 94f., 100, 106, 113, 143f., 279ff.
– und CDU/CSU 9f., 21, 26, 36, 40, 56, 58f., 81, 84, 108f., 119, 146, 166, 168, 202, 417
– und Erhard 27, 34, 40, 58, 91, 119, 132, 143
– und Heuss 287, 315f., 329
– „kleiner Parteitag" (6.9.1949) XIII, XV, XLVII, 278–281
– und Koalitionsbeteiligung oder Oppositionsrolle XIf., XXVII, XXXVIf., XXXIX, XLIII, 11, 18, 21, 40, 50, 55f., 73, 83-88, 90ff., 110f., 119, 130–133, 135, 143, 145, 149, 154, 160f., 165, 202, 329
– Landesverband Berlin XVII, XLIII, 18f., 49f.
– Parteivorstandssitzung in Bad Dürkheim XI, XIII, XV, XXXII, XLIII, XLV, 37, 46, 83–88, 110f., 113, 116, 119, 124ff., 130f., 149, 160, 162, 168, 172f., 202, 219, 280f.
– Presseerklärungen des Parteivorstandes XXXIX, 10ff., 40, 55f., 58, 73, 91, 110, 121
– und Regierungsbildung 4, 55ff., 91f., 110, 123, 135, 143, 412
s.a. Bundespräsident, Koalitionsbildung und Schumacher

Soziale Marktwirtschaft s. Wirtschafts(Finanz)lage

Sozialisierung s. Wirtschafts(Finanz)lage

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 35f., 45, 210

Spiecker, Carl, nordrhein-westfälischer Minister ohne Geschäftsbereich, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) 63, 71, 282

Spieker, Heinrich, Leiter des Bonner Büros der „Rheinischen Post" 205, 208f.

Spreng, württemberg-badischer Ministerialbeamter 239

Staatssekretäre, -sekretariate s. Bundesregierung

Stein, Erwin, hessischer Kultusminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) 24

Steinbiß, Viktoria, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen, ab 7.9. MdB 179, 183, 186, 277, 302, 388, 399, 401

Steinmayer, Otto, württemberg-badischer Verkehrsminister (SPD) 240

Steinmetz, Hans, Leiter der Personalabteilung der bizonalen Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen (CDU) 215

Stetter, David, Ministerialdirektor, kommissarischer württemberg-badischer Arbeitsminister (SPD) 239

Stock, Christian, hessischer Ministerpräsident, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (SPD) XXXIX, 33, 40, 84ff., 91, 95, 110, 149, 223, 246, 278, 281, 283

Stohr, Albert, Bischof von Mainz 201

Stooß, Heinrich, württemberg-badischer Landwirtschaftsminister (CDU) 13, 240

Storch, Anton, Direktor der bizonalen Verwaltung für Arbeit, Mitglied des Vorstandes der CDU Hannover und des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundesarbeitsminister 17, 90, 147, 150, 167, 170
- und Bundespräsident(enamt) 199f.
- und Bundestag 405f.
- und Koalitionsbildung 168ff.
- und Koalitionsverhandlungen 387f., 391, 402
- Ministerkandidatur XI, XLII, XLVII, LIf., 31, 49, 69, 77, 209, 218, 414, 432, 438, 451f., 454f.
- und Regierungsbildung 453

Sträter, Artur, nordrhein-westfälischer Justizminister, Mitglied des Vorstandes der CDU Westfalen 90

Strauß, Franz Josef, Geschäftsführer der CSU, Mitglied des Landesvorstandes der CSU, ab 7.9. MdB X, 33, 90, 262, 369, 383, 387, 401
- und Adenauer XXVI, 260, 379
- und BP 379, 415
- und Bundespräsident(enamt) 259ff., 266f., 378f.
- und Bundesratspräsident(enamt) 260f., 298
- und Bundestag 403f., 406f., 417
- und Bundestagswahl 296
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 171f., 174, 176, 180, 182f., 186, 285, 423
- und Erhard 297f.
- und Koalitionsbildung XXVI, XL, 39, 66, 96, 259f., 379
- und Koalitionsverhandlungen 259, 378, 387f., 400, 402
- und Regierungsbildung 176, 261, 378f.

Strauß, Walter, Leiter des bizonalen Rechtsamtes (CDU) XLVIII, LII, 24, 29, 294, 320, 443

Stresemann, Gustav, Reichsaußenminister (1923–1929) (DVP) 39

Stricker, Fritz, bis Juli 1949 (†) Vorsitzender des Zentrums 51f.

Strickrodt, Georg, niedersächsischer Finanzminister, 1. Vorsitzender der CDU Braunschweig, Mitglied des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 13, 90, 125f., 312

Stübinger, Oskar, rheinland-pfälzischer Landwirtschaftsminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) 90

Südschleswiger Wählerverband (SSW) 300

Sühler, Adam, Mitglied des Landesvorstandes der CSU 13

Süsterhenn, Adolf, rheinland-pfälzischer Justiz- und Kultusminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) 13, 212

Suhr, Otto, Vorsteher der Stadtverordnetenversammmlung von Groß-Berlin, ab 7.9. MdB (SPD) 19, 85f., 130

Teusch, Christine, nordrhein-westfälischer Kultusminister, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland 282

Tillmanns, Robert, stellv. Vorsitzender der CDU Berlin, ab 7.9. MdB 19, 182, 185, 197, 233, 263, 307f., 399, 401

Toussaint, Hans, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Essen (CDU) 419f.

Treviranus, Gottfried Reinhold, Reichsminister (1930–1932) (Konservative Volkspartei) 47

Tulpanow, Sergej, Oberst in der sowjetischen Militäradministration in Berlin 204

Ulrich, Fritz, württemberg-badischer Innenminister, Mitglied der Kontrollkommission der SPD, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates 240

Veit, Hermann, württemberg-badischer Wirtschaftsminister, Mitglied des Parteivorstandes der SPD 240

Vietzen, Hermann, Landesgeschäftsführer der DVP Württemberg-Baden 218

Vocke, Wilhelm, Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder 113, 115

Vogel, Rolf, freier Zeitungs- und Rundfunkkorrespondent 241

Vogel, Rudolf, stellv. Vorsitzender der CDU Nord-Württemberg, ab 7.9. MdB 24
- und Bundeshauptstadtfrage 234
- und Bundespräsident(enamt) 324, 351
- und Bundesratspräsident(enamt) 242
- und Bundestag 233
- und Bundestagswahl 13f.
- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion 171f., 175, 177–181, 184, 186, 241, 285, 314, 385, 423f.
- und Koalitionsbildung 14, 27

Wackerzapp, Oskar, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 311f., 435, 447f., 452

Wahl, Eduard, Professor der Rechte an der Universität Heidelberg, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 428

Walter, Albert, ab 7.9. MdB (DP) 39

Walz, Reinhold (SPD) 49

Wandersleb, Hermann, Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei 235

Wartner, Johann, ab 7.9. MdB (BP) 439

Weber, Alfred, emerierter Professor der Nationalökonomie 198

Weber, Helene, Mitglied des Weiteren Vorstandes der CDU Rheinland, Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, ab 7.9. MdB 163, 179, 186, 250, 335, 338f., 341, 344f., 352f., 364f., 377, 379, 387f., 391, 402, 438

Wehner, Herbert, ab 7.9. MdB (SPD) 130, 281

Weiß, Franz, württemberg-hohenzollernscher Landwirtschaftsminister, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 14, 322

Weitz, Heinrich, nordrhein-westfälischer Finanzminister, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) XLVII, 15, 22, 219, 281f., 295, 341, 374, 395–399, 415f., 439, 444f.

Wellhausen, Hans, ab 7.9. MdB (FDP) XVI, XLIII, 31, 69, 71, 77, 242

Wesemann, Fried XIIf.

Wessel, Helene, Geschäftsführende Vorsitzende des Zentrums, ab 1.9. Vorsitzende der Bundestagsfraktion 40, 77, 93f., 217, 238, 400f., 429

Westarp, Kuno Graf v., Mitglied des Reichstages (1920–1932) (DNVP, Konservative Volkspartei) 47

Weymar, Paul X

Wiedervereinigung 62f., 88, 133

Wildermuth, Eberhard, württemberg-hohenzollernscher Wirtschaftsminister, 1. Vorsitzender der DVP Württemberg-Hohenzollern, Mitglied des Engeren Vorstandes der FDP, ab 7.9. MdB, ab 20.9. Bundeswohnungsbauminister XVI, 218, 456
- biographische Daten XXXVf.
- und Bundesratspräsident(enamt) 283
- und FDP-Bundestagsfraktion 47, 242, 311, 421f., 454
- und Heuss 354, 421, 454
- und Koalitionsbildung 46
- und Koalitionsverhandlungen 421f., 440f., 454
- Ministerkandidatur XLVIII, LI, 219, 421f., 440f., 444, 451, 454

Wildermuth, Marianne 354, 421f., 440f., 456

Wirth, Josef, Reichskanzler (1921–1922) (Zentrum) 317

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) 66, 117, 167, 331f., 358, 400, 425, 428f.

Wirtschafts(Finanz)lage, -politik 25, 37, 112, 116f., 124–127, 147, 149
- Ahlener Programm der CDU XXXII, 59, 65, 78, 93, 153, 156, 159, 162, 238, 410, 420
- Arbeitslosigkeit 11, 23, 34f., 37f., 70, 78, 85, 87, 107, 112, 126, 154, 206, 260, 266
- Auslandskredite 34f., 78, 98, 114f., 154
- Demontagen 61, 72f., 83, 87, 137, 260, 266, 285, 298, 312f., 366, 400, 403, 413
- Düsseldorfer Leitsätze der CDU 38, 59, 65, 78, 93, 159, 162, 238, 410, 420
- ERP-Programm 25, 39, 79, 154
- Frankfurter (Erhardsche) XXIX, XL, XLIV, 11, 18, 23, 33ff., 37f., 50f., 55f., 58, 72f., 78, 86, 92ff., 102, 106ff., 110f., 113f., 118ff., 122, 125, 128, 132, 138, 143-146, 150, 154, 156, 159–163, 166, 168, 192, 202, 206, 215, 238, 280, 297
- soziale Marktwirtschaft 11, 41, 45, 51, 53, 55, 104, 136, 170, 173, 258f., 420
- Sozialisierung, Planwirtschaft 21, 33, 35, 41, 51f., 87, 104, 114, 118, 409

Wirtschaftsrat (Frankfurter) IX, XXII, 16f., 51, 55, 69, 104, 108, 117, 156f., 169f., 179f., 192f., 213, 225, 304, 307, 362

Wittwer, Konrad, württemberg-badischer Staatsrat 239

Wönner, Max, stellv. Generalsekretär und Mitglied des Bundesvorstandes des bayerischen Gewerkschaftsbundes, ab 7.9. MdB (SPD) 130

Wohleb. Leo, badischer Staatspräsident, ab 7.9. Mitglied des Bundesrates (CDU) XXVIIf., XXXIX, 13, 214, 281, 283, 355

Wuermeling. Franz Josef, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium, ab 7.9. MdB (CDU/CSU) 186, 277f., 359, 388, 406

Württemberg-Baden XVIII, 239ff.

Württemberg-Hohenzollern 241

Wurm. Theophil, bis Januar 1949 Landesbischof von Württemberg 107

Wutzlhofer. Hans, bayerischer Ministerialbeamter 24

Zentralbankrat der Bank deutscher Länder 114f.

Zentrum XLIX, 51f.
- und Bundespräsident(enamt) 331f.
- und Bundestag 270, 276, 356ff., 400, 425, 428f.
- und Koalitionsbildung XXV, 11, 20, 40, 93f., 99, 145, 217, 238

Zimmer. Alois, Regierungspräsident von Montabaur, Leiter des Bundestagswahlkampfes der CDU 15, 33, 90f., 129, 213, 294

Zinn. Georg-August, hessischer Justizminister, ab 7. 9. MdB (SPD) 130f., 222, 269, 403